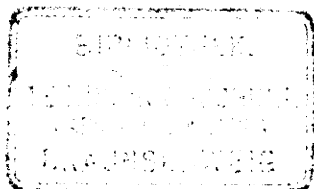


L. F. Fredericksdorff's
P r o m t u a r i u m
der
Braunschweig - Wolfenbüttelschen
Landes - Verordnungen,
mit
Hinweisung auf die neuere Gesetzgebung,
bearbeitet

von
Adolf Steinacker,
Kreissecretair zu Gandersheim.



Erster Theil.

Von A bis Z.

Gandersheim,
Druck und Verlag von Carl Friedrich Hertel.

1838.

L. F. Fredericksdorff's

P r o m t u a r i u m

der

Braunschweig-Wolfenbüttelschen

L a n d e s = V e r o r d n u n g e n.

E r s t e r T h e i l.

V o r r e d e.

Das Bedürfniß einer vollständigen Sammlung und Bekanntmachung unserer ältern Landesgesetze im weitesten Sinne, das sich schon vor mehr als hundert Jahren fühlbar machte, wird natürlich bei dem zunehmenden wissenschaftlichen Studium unserer Gesetzgebung immer dringender, gleichwohl die vollständige Erreichung dieses Wunsches um desto unwahrscheinlicher, je mehr sich die Schwierigkeiten mit dem Verlaufe der Zeit häufen. Worin diese Schwierigkeiten bestehen, ist bekannt und schwerlich möchten sie durch die einem Privatmanne zu Gebote stehenden Mittel völlig zu besiegen sein. Um so mehr muß sich jeder, dem die wissenschaftliche Ausbildung unsers Rechtszustandes am Herzen liegt, aufgefordert fühlen, nach Kräften zu einem solchen Unternehmen mitzuwirken, und ohne Zweifel würde es demjenigen nicht an Unterstützung fehlen, der Mühe und Ausdauer nicht scheuen wollte, sich einer Arbeit zu unterziehen, die auch selbst dann nicht ohne Nutzen wäre, wenn ihr Resultat nur unvollständig bleiben sollte. Wenn nur erst die Bahn gebrochen wäre, so zweifle ich nicht, daß reger Eifer für das Studium unserer Rechtsquellen uns der vollständigen Befriedigung des Bedürfnisses immer näher bringen würde. Von diesen Erwartungen ging ich aus, als ich mich vor einiger Zeit mit mehreren Geschäftsmännern zu verbinden suchte, um eine möglichst vollständige chronologische Sammlung unserer ältern Gesetze und sonstigen legislatorischen Verordnungen und einen wörtlichen Abdruck der wichtigsten derselben, das heißt vorzüglich derjenigen, welche nicht bloß transitorisch gewesen sind, zu veranstalten. Mein damaliger Zweck ist freilich unerreicht geblieben, aber nicht, weil er unausführbar gewesen wäre oder keinen Anklang gefunden hätte, sondern weil seine Ausführung unsere Kräfte überstiegen haben würde. Bei einem solchen Unternehmen darf nicht darauf gerechnet werden, daß der Debit des Werks den nothwendig damit verbundenen nicht unbedeutenden Kostenaufwand decke, wenn die vor Allen ins Auge zu fassende Gemeinnützigkeit desselben erreicht werden soll,

weshalb nothwendiger Weise die Unternehmer dem Gemeinwohle ein bedeutendes Opfer bringen müssen, wenn ihnen nicht eine hinreichende Unterstützung von Seiten der Regierung zu Hülfe kommt. Das letzte steht aber jetzt um so weniger zu erwarten, als dem Vernehmen nach eine officiële Zusammenstellung aller noch gültigen ältern Landesgesetze veranstaltet werden soll, was freilich, wenn die schon oft versuchte Arbeit dieses Mal gelingen sollte, für die Praxis von sehr großem Werthe sein, indeß uns von der Sammlung aller, auch der zwar nicht mehr practischen, aber für die Geschichte unsers Landes und unsers Rechtszustandes oft so höchst wichtigen gesetzlichen Documente und Quellen weiter als jemals entfernen wird, weil für die Zukunft alsdann bei einer jeden Privat-Arbeit der Art bei Weitem weniger auf Unterstützung zu hoffen ist als jetzt. Aus diesem Grunde stand ich denn auch, als mir jene Absicht der Regierung aus glaubhafter Quelle bekannt wurde, von meinem angefangenen Unternehmen ab, weil ich die augenblickliche Unausführbarkeit desselben einsah. Da indeß jene officiële Sammlung jeden Falls erst nach Verlauf einiger Zeit wird erscheinen können, so ist zu erwarten, daß bis dahin noch das Fredericksdorffsche Promptua rals Aushülfe wird dienen müssen, weshalb bei dem immer fühlbaren Mangel an Exemplaren eine solche neue Auflage desselben wünschenswerth erscheint, die zugleich, besonders durch Zusammenschmelzung von fünf Alphabeten, den Gebrauch des Werkes bequemer macht. — Als der Herr Verleger im Jahre 1835 die Idee eines solchen neuen Abdrucks dieses Promptuars auffaßte, hatte ich nicht die entfernteste Ahndung davon, daß ich zur Beförderung der damit verbundenen literarischen Arbeiten aufgefordert werden würde. Dies ist durch zufällige Umstände und hauptsächlich dadurch herbeigeführt, daß ich auf Veranlassung meines eigenen frühern Plans mich bereits durch Sammlungen in den Besitz des dazu erforderlichen Materials gesetzt hatte. Ich führe dies zur Entschuldigung dafür an, daß das Werk nach einem von dem angekündigten etwas abweichenden Plane bearbeitet ist, indem ich den ersten Plan insofern nicht für durchaus zweckmäßig hielt, daß theils die in dem Promptuar enthaltenen, durch die neuere Gesetzgebung unpractisch gewordenen und antiquirten Verordnungen ic. in dem neuen Abdrucke ohne Weiteres weggelassen und theils nur da die neuern Verordnungen allegirt werden sollten, wo durch sie ältere zum Theil antiquirte, zum Theil aber noch gültige Verordnungen modificirt wären. Abweichend hiervon habe ich bei der großen Schwierigkeit, welche in manchen Fällen die Beantwortung der Frage, ob die eine oder andere Verordnung noch gültig ist, bietet, und in der Absicht, das Werk besonders für angehende Geschäftsmänner durch rechtsgeschichtliche Notizen und Hinweisungen auf die neuere Gesetzgebung nützlich zu machen, nach folgendem Plane gearbeitet: Es sind allein diejenigen Verordnungen ic. ganz weggelassen, welche durch die neuere Gesetzgebung oder durch veränderte Staats-Einrichtungen ausdrücklich oder ganz unzweifelhaft aufgehoben sind; indeß habe ich auch in diesen Fällen die wichtigsten ältern Verordnungen unter Auführung des Grundes ihrer jetzigen Ungültigkeit wenigstens benannt und, so weit es irgend thunlich gewesen ist, ihren Inhalt kurz in den

Noten angeführt. Alle übrigen Verordnungen *cc.*, deren heutige Anwendbarkeit nur noch irgend wahrscheinlich ist, und auch die, deren Kenntniß zum leichtern Verständniß oder zur Erläuterung späterer Verordnungen dienen können, habe ich beibehalten und die Beurtheilung ihres practischen Werthes oder Unwerthes dem Geschäftsmanne überlassen zu müssen geglaubt. Es wird deshalb an meiner Arbeit vielleicht mit Recht getadelt werden, daß ich die eine oder andere ältere Verordnung unnöthiger Weise aufgenommen habe; allein ich glaubte, mich eher diesem Tadel aussetzen zu dürfen, als dem entgegenstehenden, nämlich noch gültige oder auch nur solche Verordnungen, deren Kenntniß dem Geschäftsmanne von Wichtigkeit sein kann, weggelassen zu haben, wodurch das Promptuar offenbar an seinem frühern Werthe viel verloren haben würde.

Um die Beurtheilung der heutigen Anwendbarkeit der einen oder andern Verordnung den mit der neuern Gesetzgebung weniger Vertrauten zu erleichtern, und um zugleich das Werk zum Gebrauche im Allgemeinen bequemer einzurichten, habe ich überall, wo es hat geschehen können, speciell auf die neuern Gesetze oder sonstigen Verfügungen hingewiesen. Daß diese Hinweisungen ganz vollständig sind, vermag ich nicht zu behaupten, doch hoffe ich, daß etwas Wesentliches dabei nicht übersehen sein wird. Rücksichtlich der nicht in der Gesetz- und Verordnungsammlung enthaltenen Verfügungen mußte ich mich auf Hinweisungen auf das Bege'sche Repertorium und die Br. Anzeigen beschränken und ich konnte nur einige wenige, darin nicht enthaltene, wichtige Verfügungen, insbesondere aus der neuern Zeit, in den Noten abdrucken lassen.

Da übrigens der Druck des Promptuars mit dem Anfange des Jahres 1837 begonnen ist, so war es nicht möglich, mehrere im Verlaufe des vorigen Jahres und zwar nach Vollendung des Drucks der betreffenden Rubrik erst erschienene Gesetze, *z. B.* das Gesetz vom 18. Juli v. J., die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt betreffend, noch zu berücksichtigen.

Bei der Bearbeitung der ältern Verordnungen schien es mir zweckmäßig, diejenigen von ihnen, welche bei Fredericksdorff unter einzelne Rubriken zerstreuet sind, *z. B.* die Wechsel-Ordnung, unter eine Rubrik ungetrennt zu bringen und bei andern verwandten Rubriken auf diese hinzuweisen, weil ich dafür hielt, daß es erforderlich sei, um genau in den Geist eines Gesetzes einzubringen, dasselbe in seinem ganzen Umfange vor sich zu haben. Auf eben diese Weise auch bei den größern und zum Theil auf viele Gegenstände ausgedehnten Ordnungen, als *z. B.* bei der Landes-Ordnung, Hofgerichts- und Kanzlei-Ordnung *cc.*, so wie bei den Landtags-Abschieden zu verfahren, mußte außer dem Plane meiner Arbeit liegen, bei dem ich vor Allem auch auf Raumersparung Bedacht zu nehmen hatte, um die Kosten der Anschaffung nicht zu sehr zu erhöhen. In letzter Hinsicht werde ich jedoch dafür Entschuldigung finden, daß ich die *ratio legis* den *verbis dispositivis* in den Fällen vorangesezt habe, wo solches zur Erläuterung des Gesetzes dienlich erschien, zumal dadurch der Umfang des Werks nicht wesentlich vergrößert ist.

Mit wenigen Ausnahmen bin ich im Stande gewesen, alle aufgenommene Verordnungen, Rescripte u. mit den Originalen zu vergleichen, was auf die Correctheit nicht ohne Einfluß gewesen ist. Indesß sind außer den Verordnungen u., die das ältere Promptuar enthält, in diese neue Bearbeitung nur noch wenige aufgenommen, weil jenes ohne Zweifel schon die wichtigsten umfaßt und es außer meiner Absicht lag, eine vollständige Sammlung auch der minder wichtigen geben zu wollen.

Was endlich das verspätete Erscheinen der neuen Auflage des Promptuars betrifft, so wird mir in dieser Hinsicht ein Vorwurf nicht gemacht werden können, weil ich die Bearbeitung von der Uebnahme derselben an in $\frac{3}{4}$ Jahren beschafft habe und der Druck dann sofort begonnen ist, da sich dies mit einer nochmaligen Durcharbeitung recht gut vereinigen ließ. Der Herr Verleger ist durch mancherlei unvorhergesehene Umstände behindert worden, den Druck so zu befördern, wie dies wohl wünschenswerth gewesen wäre, indesß hofft derselbe, den zweiten und letzten Theil in einer bei Weitem kürzern Zeit erscheinen lassen zu können.

Indem ich damit meinen geehrten Mitbürgern den ersten Theil eines Werks übergebe, dessen Bearbeitung mühsam und selbst nicht ohne Opfer für mich gewesen ist, wünsche ich nichts so sehr, als daß dadurch einem lange gefühlten Bedürfnisse einigermaßen abgeholfen sein möge; ich würde mich glücklich schätzen, wenn meine Absicht, dem Gemeinwohle nach Kräften zu nützen, nicht verfehlt wäre.

Gandersheim im März 1838.

H. St.

Abbrennen der Heide.

Siehe Heide-Abbrennen.

Abdeckerei.

In Ansehung der Abdeckerei muß es zwar, um guter Ordnung willen, bei der bisherigen Verfassung verbleiben. Dafern aber der Abdecker eines Districts seine Berrichtungen und praestanda nicht gehörig erfüllen würde, bleibt dem Gerichtsherrn frei, sich eines andern zu bedienen. Landtags-Abchied vom 9. April 1770. Art. 57.

Abendmahl.

Den Predigern ist die Macht nicht gegeben, absque cognitione et decreto superiorum, nach ihrem eigenen Privat-Urtheile, jemanden von der Beichte und dem heiligen Abendmahle abzuweisen. Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Cap. X. §. 10.

Wenn jemand wegen Leibeschwachheit sich nicht in der Kirche zum heiligen Abendmahle einzufinden vermag, so hat der Prediger demselben in seinem Hause sowohl mit der Absolution, als mit der Reichung des heiligen Abendmahls zu willfahren. Wie denn auch denen, die nicht aus Hochmuth oder einer Singularität, sondern aus andern christlichen Ursachen in der Kirche vor oder nach dem Gottesdienste zu beichten und das heil. Abendmahl zu genießen verlangen, solches nicht versagt werden soll. Ebendas. Cap. XI. §. 7.

Vor abgelegter summarischer Beichte *) darf Niemand zur Absolution, viel weniger zum Genusse des heil. Abendmahls zugelassen werden. Ebendas. Cap. X. §. 3. Cap. XI. §. 5. **)

Kein Prediger darf sich selbst das Abendmahl reichen. Consistor. Aussch. v. 18. Mai 1718.

Alle Privatcommunion am Sonntage soll in allen Stadtkirchen zu Braunschweig gänzlich aufgehoben sein, und sollen alle diejenigen, welche am Sonntage mit der Gemeinde nicht öffentlich communiciren können, noch wollen, an einem Wochentage, an welchem in der Kirche öffentlicher Gottesdienst gehalten wird, und zwar nach Endigung desselben sich zur Privatcommunion einfinden, Tages zuvor aber, wie bisher gebräuchlich gewesen, sich dazu bei dem Pfermanne melden. Landesf. Rescr. an das geistliche Gericht zu Braunschweig v. 12. Aug. 1755.

Diejenigen von der Garnison oder zum Stabe gehörigen Personen zu Braunschweig, welche daselbst in andern Gemeinen einige Häuser besitzen, oder ganze Häuser miethsweise bewohnen, haben die Freiheit, mit den Ihrigen zu beichten und zu communiciren, wo sie wollen; die übrigen zur Garnison und zum Stabe gehörigen Personen aber sollen sich in Ansehung der Beichte und Communion lediglich zur Garnison-Kirche halten. Landesf. Rescr. v. 15. Aug. 1773.

Den Landpredigern ist nicht gestattet, an den Sonntagen, da die Communion angekündigt ist, die Communicanten unter dem Vorwande, daß ihrer zu wenig wären, abzuweisen. Consistor. Aussch. vom 21. Januar 1775.

Da im Gebrauche des heil. Abendmahls niemandem ein Zwang auferlegt werden soll, so wird auch einem Jeden sich dessen, wo er will, zu bedienen freigelassen. Landesf. Reglement die actus ministeriales und jura stolae zwischen dem Stiftsprediger und dem Stadtprediger zu Braunschweig betreffend v. 23. Mai 1782.

S. auch: Beichte. — Verachtung göttlichen Wortes und der Sacramente. — Confirmation der Kinder. — Römischcatholische. Nro. 15 und 16.

*) S. Beichte.

**) Die Cap. X., XI. u. XXV. §. 2. des ersten Theils der erneuerten Kirch. Ordn. enthalten noch mehrere Bestimmungen über die Beichte und das Abendmahl, die indeß hauptsächlich das von den Predigern dabei zu beobachtende Verfahren betreffen.

Aberglaube.

S. Wahrsager.

Abfindungen.

Wegen der Meiergüter soll dahin gesehen werden, daß die übermäßigen und zum Verderben der Meier gereichenden Aussteuern eingezogen und die Eheleistungen mit Vorwissen des Gutsherrn vor dem Gerichtsherrn jeden Orts aufgerichtet werden. Wolfenbütt. Landt. Absch. v. 27. Januar 1619. Art. 10.

Niemand soll seinen Kindern, so er aussteuert, Lehn-, Erbenzins- und Meier-Aecker, es sei viel oder wenig, mitgeben, imgleichen auch keinen Erbauer, so bei dem Hofe und in den Dienst gehören, ihnen vom Hofe mit weggeben, die billigen Zinsen aber, so von den Erb-Aeckern kommen können, mag er denselbigen wieder zutheilen, und sie damit aussteuern, die Aecker aber sollen bei den Höfen bleiben. Allgem. Land. Ordn. Art. 31. Wer seine Kinder aus seinen Gütern aussteuern will, der soll denselbigen aufs Höchste ein Mehreres oder Höheres nicht zur Aussteuer als ein Ackermann 30 Fl., ein Halbspänner 15 Fl., ein Köther 8 Fl. werth benebst den Hochzeitskosten, geringer aber unter solcher Summe gar wohl mitgeben, damit die Güter nicht beschweret, und derjenige, so von den Kindern im Hofe bleibet, nicht in Abgang gerathen, und weder Dienst oder dem Gutsherrn das Seinige reichen könne. Alles bei gedoppelter Erlegung dessen, was über die vorgesezte Summe ein jeder gezahlt, oder versprochen, und was darüber zugesagt, darüber soll in keinem Gericht gehalten, weniger dazu verholten werden. Was aber darüber ausgezahlt, das soll auf den Fall, wenn ein Streit unter den Gläubigern bei den Höfen, darin die also zu hoch ausgesteuerten Kinder und insonderheit die Töchter geheirathet, kein Privilegium des Brautshages, oder der eingebrachten Ehesteuer zum Vorfang einiges Gläubigers haben. Ebendas. Art. 32. Was nach Absterben der Eltern jedem Kinde oder Successor über seine empfangene Aussteuer aus den nachgelassenen väterlichen Gütern entweder nach der Ordnung gemeiner Rechte, oder eines Testamentmachers beständigen Verordnung zukommen wird, solches bleibt ihm nicht unbillig, und ist obgedachte Verordnung zu Schmälerung seines kindlichen oder andern Antheils nicht gemeint, sondern nur dahin angesehen, daß die Eltern bei Lebzeiten den Kindern ein Mehreres nicht zuwenden sollen. Ebendas. Art. 33.

Da die Mitgift eigentlich derjenige Antheil ist, welcher einer Tochter aus dem väterlichen Hofe gebührt, dessen sich eine geschwächte Tochter dadurch, daß sie in Unehren Kinder erzeugt und durch Heirath nicht wieder zu Ehren gebracht wird, nicht verlustig macht, noch darum von ihren Geschwistern von der väterlichen und mütterlichen Erbschaft ausgeschlossen werden mag, so ist den unehelichen Kindern, als ungezweifelten Erben ihrer Mutter, die ihr verschriebene Mitgift von deren Brüdern zu bezahlen. Landesf. Resolut. v. 27. Juni 1748. (Gesenius Meierrecht Bd. 1. Beil. XIV.)

Die Erbschaft der in den Bauerhöfen ab intestato unverheirathet sterbenden Kinder fällt der Obervanz nach dem Besizer des Hofes an, mit Ausschließung der rechten Geschwister und übrigen Erben, jedoch nur so viel das aus den Höfen zur Abfindung ausgelobte Quantum betrifft, imgleichen, wenn desfalls keine andere Conventien im Wege steht. Attestat der fürstl. Justizkanzlei v. 18. Aug. 1751 für Heinrich Hofmeister zu Salzbadlum. (Gesenius Meierrecht Bd. 1. Beil. XIX.)

S. auch: Erbgelehrer. — Schwächung adelicher und anderer Personen angesehenen Standes. — Eheleistungen. — Restitution eines Kindes gegen die Renunciation auf das Erbrecht in den väterlichen Nachlaß. — Soldaten, Abfindung der von denselben geschwächten Weibspersonen u. — Beamte, Justitiarier und Actuarien, Instruction für dieselben; Verordn. v. 17. Juni 1760. §. 12. — Meier der Kirchen und Pfarren. — Lehn-, Erbenzins- und Meiergüter, Verpfändung, Veräußerung u. derselben.

cf. Cammer-Rescr. v. 14. Nov. 1821 und v. 27. April 1825. (Bege I. p. 171 und 175.) — Landesf. Circul. Rescr. v. 13. Mai 1831, die bei bauerrechtlichen Erbtheilungen, insofern Minderjährige bei denselben concurriren, zur Rechtsbeständigkeit des Geschäfts erforderliche landesfürstliche Dispensation betr. — Gesetz v. 20. Decbr. 1834, die Ablösungs-Ordnung betr., §. 110.

Abgaben.

S. Onera publica.

Abgabenfreiheit.

S. Steuerfreiheit.

Abgaben = Pränumeration.

S. Amts = Obrigkeit.

Abgebrannte Gebäude.

S. Landes = Brandversicherung.

Abmeiern.

S. Meier. — Meierbriefe.

Abortus.

S. Abtreiben der Leibesfrucht.

Abpflügen.

Wenn jemand dem andern etwas abpflügt, so soll solches mit Zuziehung des Bauermeisters und der Feldgeschwornen besichtigt, und darauf wieder an den andern Acker, davon es genommen, gepflügt oder gerissen werden; der aber, so etwas vorsätzlich abgepflügt hat, soll für jede Furche 3 Fl. Strafe geben. Würde er aber das Abgepflügte, nachdem es der rechte Herr wieder zu seinem Acker obbemeldeter Maßen genommen, zum andern Male abpflügen, so soll er für eine jede Furche oder Bohre 6 Fl. geben. Allg. Land. Ordn. Art. 60. Wer in die Gemeine zäunet oder pflüget, ohne Urlaub, der soll so viel Gulden zur Strafe geben, so viel Zaunstacken oder Furchen er der Gemeine zu nahe getreten. Ebendas. Art. 61.

S. auch: Feldwanne.

Abschiede der Dienstboten.

S. Gesinde.

Abschiede der Soldaten.

S. Soldaten, Verabschiedung derselben.

Abschleppen der Baumaterialien.

S. Baumaterialien, Abschleppen derselben.

Abschöpf.

Von den aus Liefland und Kurland in die hiesigen Lande kommenden Erbschaften wird nicht mehr als der zehnte Pfennig gefordert und soll dasselbe daher dießseits gleichfalls beobachtet werden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 13. Juni 1760.

Der dritte Pfennig wird an Abzugsgeldern so lange gefordert, bis man sich wegen völliger Aufhebung des Abschosses oder zu einem gewissen quanto desselben verglichen haben wird. Landesf. Verordn. v. 20. Novbr. 1762. *)

Von sämtlichen königl. Dänischen Unterthanen, welche in die hiesigen Lande, und von sämtlichen hiesigen Unterthanen, welche in die Dänischen Königreiche und Lande ziehen, soll kein Abschöpf, in so weit solcher seither in die königl. Dänischen oder in die hiesigen Cassen geflossen ist, weiter gefordert, auch beiderseitigen Unterthanen zufallende Erbschaften ohne allen Abzug verabsolgt werden. Landesf. Verordn. v. 16. Juli 1781.

In Ansehung sämtlicher Russischen Provinzen soll nur der zehnte Pfennig als Abschöpf gefordert werden, weil auch nach den dasigen Statuten nicht mehr gefordert wird, in allen Fällen aber, wo mit

*) Durch diese Verordnung wird zugleich bekannt gemacht, mit welchen Staaten und Städten das Abzugrecht resp. in totum oder in tantum aufgehoben ist; indeß ist dieser Theil der Verordnung durch spätere Uebereinkommen unpractisch geworden.

den auswärtigen Städten und Ländern nichts Gewisses festgesetzt worden ist, soll der dritte Pfennig ordnungsmäßig gefordert werden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 7. März 1782.

In England wird kein Abschoss genommen, und soll derselbe auch in Rücksicht Englands wegfallen. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 31. Juli 1783. *)

Die Aufhebung des Abzugsgeldes, wenn dieselbe bloß auf das in die Landes-Cassen zu Zahlende eingeschränkt ist, kann nicht auf das ausgedehnt werden, was die Cämmerei-Cassen in vorkommenden Fällen davon zu erheben haben. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Wolfenbüttel v. 7. Decbr. 1798. **)

Wegen der Convention mit Frankreich s. Droit d'Aubaine.

Die übrigen zahlreichen Verordnungen, wodurch die Aufhebung des Abschosses mit andern Staaten erklärt ist, sind durch die neuere Gesetzgebung antiquirt.

cf. Verordnung v. 2. Januar 1818, die Nachsteuer- und Abzugsfreiheit in den zum Deutschen Bunde gehörigen Staaten betr. — Verordn. v. 12. Januar 1819, die mit der königl. Preuß. Regierung wegen Ausdehnung der zwischen den hiesigen Landen und den Deutschen Provinzen des königl. Preuß. Staats bereits bestehenden Abschoss- und Abzugsfreiheit auch auf die nicht zum Deutschen Bunde gehörigen königl. Preuß. Provinzen, getroffene Uebereinkunft betr. — Verordn. v. 1. Mai 1820, die Bekanntmachung der kaiserl. Oesterreichischen Verordnung über die Abzugsfreiheit betr. — Landschafts-Ordnung v. 12. October 1832. §. 35. — Verordn. vom 28. Octbr. 1833, den mit dem Königreiche der Niederlande über eine gänzliche Freiheit von Abzugssteuer der gegenseitigen Unterthanen geschlossenen Vertrag betr. — Verordn. v. 9. Novb. 1833, den mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft über eine wechselseitige allgemeine Freizügigkeit abgeschlossenen Vertrag betr. ***)

Abschriften, vidimirte aus fürstl. Geh. Kanzlei.

Von denjenigen Resolutionen und andern Ausfertigungen bei fürstl. Geheimen Kanzlei, welche den Obrigkeiten bisher durch besondere Rescripte bekannt gemacht worden, sollen statt deren bloß die, von dem geheimen Registrator vidimirte Abschriften denselben zugefertigt werden, solche jedoch in Ansehung der dabei verfürten Amtspflicht der Obrigkeiten eben die Kraft und Wirkung haben, als wenn solches vermittelst fürstl. besonderen rescriptorum geschehen wäre. Landesf. Ausschreiben v. 6. Octbr. 1763.

Abtreiben der Leibesfrucht.

S. Hebammen und Wärmefrauen.

Abtritte.

S. Ockerkanäle und Gräben in Braunschweig.

Abwesende.

S. Verschollene.

*) In einem landesf. Rescr. v. 20. Juli 1786 an den Magistrat zu Wolfenbüttel ist jedoch demselben befohlen, den Kaufmann Herzer, welcher sich in London aufhielt, zu beschreiben, daß seinem Gesuche um Verabfolgung seines väterlichen Vermögens nicht zu deferiren sei.

**) Dieses Rescr. ist in Bezug auf die unterm 16. Juli 1781 publicirte Convention mit Dänemark erlassen.

***) Uebrigens wird die Abzugssteuer auch in den Fällen, wo sie noch Statt finden kann, nur jure retorsionis gefordert. Dies ergibt sich aus einem landesf. Rescr. an das Kreisamt Holzminden v. 31. Aug. 1831, welches in Wege's Repertorium nicht aufgenommen ist und folgendermaßen lautet: Wilhelm, Herzog u. u. Der Bericht vom 26/30. b. M. über das Gesuch des vormaligen Amtsvoigts Günther um Erlaß der bei seiner Auswanderung nach Amerika zu erlegenden Nachsteuer, ist uns zugegangen, und da letztere in den hiesigen Landen nur jure retorsionis gefordert wird, die Nordamerikanischen Freistaaten aber dergleichen Abgaben von dem ausgehenden Vermögen nicht erheben, so wollen Wir dem Antrage des Supplicanten hiemit deferiren. Herzogl. Kreisamt hat daher hiernach den u. Günther auf das hierbei zurück erfolgte Gesuch zu beschreiben und den auf die demselben zustehenden Hauskaufgelder zu 805 Thlr. gelegten Arrest forderfamst aufzuheben. Braunschw. u.

Abwinden.

S. Auf- und Abwinden schwerer Lasten in Braunschweig.

Abzehnten.

S. Zehnten.

Abziehegossen.

S. Straßen, Beengen derselben in Braunschweig.

Abzugsgräben.

S. Wege, Besserung und Erhaltung derselben. — Maulwurfshäufen.

Abzugsrecht.

S. Abschöß.

Acceptation der Wechsel.

S. Wechsel = Acceptation.

Accise.

Die älteren gesetzlichen Bestimmungen sind durch die in neuerer Zeit eingetretenen Veränderungen in der Steuerverfassung antiquirt.

cf. den mit dem Königreiche Hannover unterm 1. Mai 1835 abgeschlossenen Vertrag über die Annahme eines gemeinschaftlichen Systems der indirecten Abgaben und die in Folge dessen erlassenen Gesetze, so wie auch das Gesetz v. 11. Mai 1835 über die städtischen Abgaben in Braunschweig und Wolfenbüttel.

Accord unter den Gläubigern.

S. Concurß.

Accouchir-Hospital.

Die landesf. Rescripte v. 17. Decbr. 1767 und 11. Januar 1768, wonach die in das Accouchir-Hospital aufgenommenen Weibspersonen *) vor ihrer Entlassung aus demselben über den Vater des unehelichen Kindes eidlich vernommen werden sollen, damit dieser die Brüche bezahle, sind unpractisch geworden, da Unzuchtsbrüche nicht mehr gehoben werden. S. Hurenbrüche.

Accusatio contumaciae.

S. Contumacia.

Acker, arthafter.

S. Arthafter Land.

Ackerbau, Verbesserung desselben.

S. Beamte, Justitiarien und Actuarien, Instruction für dieselben. Nro. 13.

Ackergeräthschaften, Entwendung derselben.

Wer Mühlen-, Pflug-, Wagen- oder ein anderes zum Ackerwerk gehöriges Geschirr bestiehlt, der soll nach alter Gewohnheit mit Ernst bestraft werden. Allg. Land. Ordn. Art. 81.

Ackerhof, Theilung desselben in zwei Halbspännerhöfe.

S. Art. 29 der allg. Land. Ordn. unter: Pertinenzen der Bauergüter.

*) Wegen der Aufnahme in die Entbindungsanstalt s. Refcr. fürstl. Geh. Raths = Coll. v. 23. Octb. 1818. (Seite I. p. 365.)

Ackerland vor Braunschweig, Cultiviren desselben als Gartenland.

S. Feldland vor Braunschweig.

Ackerleute, Proceßführung derselben.

S. Gemeinde-Proceße.

Acquisition ritterfreier Güter.

S. ritterfreie Güter.

Acten.

Die Acten sollen von den Secretarien mit numeris notirt und in jeder Sache eine vollständige *designatio actorum* gemacht, auch selbige geheftet werden. Canzl. Ordn. Art. 11.

S. auch: Amts-Registraturen. — Beamte u. Instruction für dieselben. Nro. 1.

cf. Rescr. fürstl. Geh. Raths-Coll. v. 23. Febr. 1817. (Bege I. p. 162.)

Actenschluß.

S. Schluß zum Erkenntnisse.

Acten-Verschiedung.

Die Acten-Verschiedung ist nicht mehr zulässig.

cf. Verordn. v. 15. Januar 1814, die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizei-Verfassung betr., §. 5. — Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 14. — Ausnahme beim Ober-Appellations-Gerichte s. Ob. Appell. Ger. Ordn. v. 16. Sept. 1835. Tit. V.

Actuarien.

S. Beamte, Justitiaren und Actuarien, Instruction für dieselben. Nro. 8 und 13. — Amts-Bediente.

Additional-Artikel.

S. *Articuli additionales*.

Adel.

Wenn die vom Adel von den fürstl. Beamten gegen die Landes-Recessse beschwert werden sollten, und solches erwiesen würde, wird der Landesherr solchem auf das Nachdrücklichste steuern. Landtagsabschied v. 9. April 1770. Art. 50.

S. auch: Ritterschaft. — Gerichtsbarkeit.

Administratoren.

S. Pupillen, Curatelen, Kirchen und milden Stiftungen zustehende Gelder. — Vorsteher und Rechnungsführer bei Kirchen, Hospitälern und Armenkasten. — Kirchen und andern *pilis corporibus* zustehende Güter. — Zinsen, Bezahlung derselben nach entstandenem Concurse. — Bedienten und Boten, ungetreue. — Communion-Rechnungsbediente.

Adulterium.

S. Ehebruch, Hurerei u.

Advents- und Fastenwoche.

Es soll stricte über die Kirchen-Ordnung gehalten werden, und die Prediger nach Maaßgabe derselben keine Copulationen in der ersten Advents- und Fastenwoche verrichten oder Hochzeiten geschehen lassen, sondern, wenn die Nothwendigkeit ein Anderes zu Zeiten erfordern sollte, die Interessenten an fürstl. Consistorium, um vorher darin zu cognosciren und dem Befinden nach zu dispensiren, verweisen,

und sich desfalls aller eigenmächtigen Dispensation bei Vermeidung ernstlicher Bestrafung lediglich enthalten.
Fürstl. Wolfenbüttl. Consistor. Verordn. v. 25. Novbr. 1669. S. auch: Römischcatholische Nro. 14.

Diese Verordnung ist in der Kirchen-Ordn. v. 1709. Cap. 22. §. 9. erneuert.

cf. Verordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul-Angelegenheiten betr. §. 13., wodurch das Verbot auf die stille Woche vor Ostern beschränkt ist.

Advisißbrief.

S. Wechselrecht Art. 13 und 16 der Wechsel-Ordn. v. 1. Aug. 1715.

Advocaten.

Es soll Niemand zum Advocaten auf- und angenommen werden, der nicht zuvor dazu geschickt und erfahren befunden und, wo es nöthig erachtet, examinirt worden ist, auch den Advocaten-Eid geschworen hat; es wäre denn, daß er in seinen eigenen oder auch seiner Blutsverwandten und Freunde Sachen advociren wolle. Die Parteien sollen auch fremde Advocaten *) gebrauchen dürfen, indeß die Schriften derselben von hiesigen Advocaten geprüft und unterschrieben werden, bei Strafe eines halben Thalers. Hofger. Ordn. Tit. X.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 6 und 16. — Rescr. herzogl. Land. Gerichts v. 11. Juli 1825, die Zulassung auswärtiger Advocaten betr., (Bege I. p. 175.) — Verordn. v. 1. Mai 1826, die Prüfung der Candidaten der Rechte betr. — Ober-Appell. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §. 55. — Verordn. v. 29. Septbr. 1835, die Feststellung der Zahl der Advocaten und Notare in den Gerichtskreisen des Herzogthums betr. — Verordn. v. 16. Febr. 1836, die weitere Ausführung der Bestimmungen der Verordn. v. 29. Septbr. 1835 betr.

Um möglichst zu verhüten, daß die Unterthanen theils durch ungeschickte, theils durch gewissenlose Advocaten in unnöthige Proceßse verwickelt werden, ist verordnet, daß künftig auf dem platten Lande überall keinem Advocaten sich nieder zu lassen gestattet sein soll. Landesf. Verordn. v. 10. Septbr. 1756. **)

cf. Landesf. Rescr. v. 4. Juli 1814. (Bege III. p. 209.) — Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 8. Nro. 6.

Um dem Mißbrauche abzuheffen, welcher durch das Zulassen der Advocaten fast bei jeder Kleinigkeit entstanden ist, indem dadurch manche Sache in die Gestalt eines förmlichen Proceßes eingeleitet worden, welche sich dazu nicht schickt, und welche, wenn die Advocaten davon geblieben wären, mit leichter Mühe, nachdem das Factum gründlich untersucht worden, hätte verglichen oder rechtlich abgethan werden können, mithin dadurch die Unterthanen in viele Weitläufigkeiten, verderblichen Zeitverlust und Kosten-Verspilderung gesetzt werden, wird verordnet, daß künftig bei den Aemtern und Gerichten, bei welchen ohnehin, so viel immer möglich, *salvis substantialibus, summarie* zu verfahren ist, die Advocaten in mündlichen und gütlichen Verhören gar nicht, außer denselben aber zum schriftlichen Verfahren anderergestalt nicht, als wenn die Noth solches erfordert und die Parteien ihrer Hülfe nicht entbehren können, zugelassen werden sollen. Landesf. Rescr. v. 23. Octbr. 1745. ***)

*) Durch ein landesf. Rescr. vom 16. Juli 1801 wurde den Hildesheimischen Advocaten die Praxis in hiesigen Landen untersagt, weil die hiesigen Advocaten dort nicht zugelassen wurden.

**) Die fernere Bestimmung dieser Verordnung, daß diejenigen, welche *praxis advocatoriam* treiben wollen, von den Stadt-Magistraten recipirt und beeidigt werden sollen, ist aufgehoben, indem allein dem herzogl. Landes-Gerichte die Prüfung, Reception und Beerdigung der Advocaten zukommt; s. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr. §. 16. — Verordn. v. 16. Febr. 1836, die weitere Ausführung der Bestimmungen der Verordn. v. 29. Septbr. 1835 betr. §. 7.

***) Die Hofger. Ordn. Tit. VI. gestattet, bei dem Versuche einer gütlichen Vereinigung die nur zu Sanft und Streich geneigten Anwälde von den Parteien zu separiren. — Nach einer auf landesf. Befehl bekannt gemachten Verordn.

cf. Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 22. Nro. 3.

Alle Advocaten in hiesigen Landen sollen die Braunschw. Intelligenzblätter, sowohl wegen der Gesetze und öffentlichen Anstalten, als wegen Edictal = Citationen und anderer Parteisachen, so darin bekannt gemacht werden, zu halten verbunden sein. Landessf. Verordn. v. 28. Decbr. 1758.

Sammtliche Advocati ordinarii und Untergerichts-Advocati sollen die Parteien, welche sich ihres consilii bedienen wollen, ohne höchstgegründete Ursachen nicht abweisen, mit der Verwarnung, daß derjenige, welcher in Zukunft seinem officio kein Genügen leisten wird, davor in namhafte Geldbuße genommen werden soll. Fürstl. Blankenb. Regier. Umlauf v. 16. Decbr. 1771.

Die Advocaten sind erinnert worden, der Verordnung v. 28. Decbr. 1758, nach welcher dieselben die Braunschweigischen Anzeigen halten sollen, schuldigst nachzukommen. Bekanntm. des fürstl. Ministerii v. 19. Juni 1804. (Braunschw. Anz. v. 1804.)

Advocaten und Procuratoren.

Die Anwälde sollen gleich Anfangs genugsame Vollmacht auf die ganze Sache oder, nach Gelegenheit, ihr Syndicat, curatoria, tutoria oder actoria eingeben oder wenigstens de rato caviren und solches neben ihrem Namen bemerken. Sobald sie aber in derselben Sache anderweite Handlung einzubringen haben, sollen sie bemerkte Vollmachten ohne fernern Verzug bei willkürlicher Strafe mit übergeben. Canzl. Ordn. Art. 5. Jedoch ist dies nur von causis contentiosae, nicht aber voluntariae jurisdictionis zu verstehen. Ebendasf. Art. 6.

Die Procuratoren und Anwälde sollen sich gleich im ersten Termine mit genugsamer Vollmacht *) legitimiren, widrigen Falls bestraft werden. Es sollen auch der Procuratoren Vollmachten nicht mehr auf einen einzigen Act, sondern auf die ganze Sache gestellt, und außerdem im Gerichte nicht angenommen werden. Hofger. Ordn. Tit. XI. §. Es sollen auch die Procuratoren ic.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 13. — Gemeiner Bescheid des herzogl. Land. Gerichts v. 5. Januar 1835. (Br. Anz. v. 1835. Nro. 21.) — Oberappellat. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §. 119.

Alle Sachen sollen durch die bestellten Procuratoren geführt werden; Canzl. Ordn. Art. 22. — und diese keine ungerechte Sache annehmen. Ebendasf. Art. 23.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 6. — Oberappell. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §. 50 und 119.

Die verordneten Anwälde sollen sich im Reden und Schreiben aller unziemlichen Worte, wie auch unnöthigen Weitläufigkeit enthalten, sich vielmehr einer nervösen Kürze in den Schriften befleißigen und die injuriösen den Principalen wieder zurückschicken, zu welchem Ende die dispositio L. quisque §. 1. C. de postul. sowohl in Ansehung der Procuratoren, als der Advocaten bestätigt ist. Canzl. Ordn. Art. 26.

Die Advocaten sollen sich in ihren Schriften der Kürze befleißigen und alles Ueberflüssige und zur Sache nicht Dienliche weglassen; dagegen aber die rechten Requisite in Acht nehmen und die Arbeit nicht auf die letzte Stunde verschieben, auch die Producte zum wenigsten fünf oder sechs Tage vor Eröffnung des Hofgerichts den Procuratoren zuschicken. Hofger. Ordn. Tit. X. §. Es sollen auch ic. Tit. XI. §. Sonst sollen die Procuratoren ic.

des Magistrats zu Helmstädt waren bei demselben in Sachen unter 20 Thlr., wenn beide Parteien in loco wohnten, die Advocaten ausgeschlossen. — Beim Kaufgerichte sollen keine Advocaten zugelassen werden; s. Kaufgericht, Verfahren bei demselben. — Gleichfalls nicht in Wechselfachen ohne landessf. Concession; s. Wechselrecht Art. 2.

*) Die Hofger. Ordn. enthält im Tit. XI. mehrere specielle Vorschriften über die Einrichtung der Vollmachten. S. auch: Vollmachten.

Die Advocaten sollen sich aller Schmähworte bei angemessener Strafe enthalten und ist die dispositio L. quisque §. 1. C. de postul. wiederholt. Hofger. Ordn. Tit. X. §. Zudem sollen sie ic.

Wenn die Procuratoren anderer Advocaten Producte unterschreiben, so sollen sie, wenn etwas Ungebührliches darin zu befinden, oder die Sache dadurch verabsäumt oder verhindert würde, dem Richter und den Parteien nicht weniger, als wenn sie denselben selbst dienten, zu antworten und den Schaden zu entgelten verpflichtet sein und keine Protestation oder Bedingung sie davon entbinden. Ebendas. §. Wann auch die Procuratoren ic.

cf. Oberappell. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §. 51.

Alle streitenden Parteien, wie auch alle Advocaten und Procuratoren sollen vorsätzlich keine böse Sache wider besseres Wissen, gemeine Rechte, Statute, Constitutionen, Gewohnheiten und Abschiede, einmal gewilligte Veranlassung und erstrittenes Recht anfangen, annehmen und bedienen. Hofger. Ordn. Tit. X. §. Und sollen alle ic.

S. auch: Landesf. Verordn. v. 25. Febr. 1605 unter: Verordnungen, landesfürstliche.

Die Advocaten sollen in eben der Sache der Gegenpartei nicht dienen. Ebendas. Tit. XI. §. Wir wollen auch ic.

Die Advocaten und Procuratoren sind schuldig, der armen Parteien Sache zu übernehmen. Hofger. Ordn. Tit. XV.

S. auch: Armenrecht.

cf. Rescr. fürstl. Land. Ger. v. 3. Septbr. 1824. (Bege II. p. 158.) — Oberappell. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §§. 52 und 140.

Der Sachen, welche die Advocaten und Procuratoren einmal übernommen haben, sollen sie ohne redliche Ursache oder richterliches Erkenntniß sich nicht entschlagen, sondern bis zum Ende dabei verharren. Hofger. Ordn. Tit. LXXVII. §. Wenn sich auch ic.

cf. Oberappell. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §. 53.

Das pactum de quota litis ist ihnen bei Verlust ihres Amtes und bei Strafe der Infamie und der Nichtigkeit des Vertrags verboten. Hofger. Ordn. Tit. LXXVII. §. Es sollen auch ic.

cf. Oberappell. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §. 53.

Advocati ordinarii und Procuratores sollen sich mit genugsamen Vorschuss zur Auslösung der decretorum versehen lassen oder gewärtigen, daß derjenige Advocat oder Procurator, welcher ein Decret aus Mangel des in Händen habenden Vorschusses abzulösen sich weigert, sofort in 5 Thlr. condemnirt, und überdies die von ihm übergebene Schrift, wovon er das darauf abgegebene Decret nicht ablösen wollen, ab actis removirt, und als nicht übergeben angesehen werden solle. *) Auch sollen die Procuratoren nach Vorschrift der Hofger. Ordn. ihre Vollmachten ad acta bringen, widrigenfalls aber gewärtigen, daß sie sofort nach Vorschrift nurgedachter Hofger. Ordn. bestraft, und dem Befinden nach bei öfters bezeugter Saumseligkeit weiter zu keiner Handlung im Gerichte zugelassen werden sollen. Fürstl. Blankenb. Regierungs-Umlauf an alle Advocaten vom 4. Aug. 1769.

Die Advocaten und Procuratoren sollen nach Endigung der ihnen vom fürstl. Consistorio aufgetragenen Prozesse ihre Manualacten binnen einem Vierteljahre, von der Beendigung angerechnet, mit kurzer Anzeige, daß und wodurch der Proceß beendet sei, an das fürstl. Consistorium remittiren. Umlauf des fürstl. Consistorii zu Wolfenbüttel an die Obergerichtsprocuratoren und Advocaten vom 2. Febr. 1803.

S. auch: Procuratoren — Güte-Versuch — Producte, gerichtliche — Untergericht zu Braunschweig, Verfahren bei demselben — Bescheide, Einlösung derselben.

*) S. Bescheide, Einlösung derselben.

Advocaten und Procuratoren bei fürstlicher Justiz-Canzlei.

Alle und jede vor der fürstl. Rathsstube anzustellende Proceß- und Rechtfertigungs- oder gütliche Parteisachen, (außer gemeinen Promotorialen und andern Schreiben, so dergleichen nicht bedürfen) sollen durch dazu sonderbar beedigte Advocaten und Procuratoren von Terminen zu Terminen sollicitirt, oder wie es sonst die Nothdurft und Ordnung erfordert, getrieben werden. Diese sollen alle Schriften, so sie eingeben, subscribiren, und soll ein jeder in vorkommenden gütlichen Handlungen, rechtshängigen und zum Proceß gediehenen Sachen keine andere als beedigte Procuratoren ad acta constituiren, durch den oder dieselben die Nothdurft übergeben, die citationes, mandata oder Proceß in termino, wie gewöhnlich, mit genugsamen Schein der Insinuation reproduciren, um Bescheid anhalten, auch zu mehrerer ihrer und der Sachen Beförderung alle und jede Producte, Streitschriften oder Klagen, so dem Gegentheil zu communiciren, doppelt übergeben,*) keinesweges aber durch Urtheil und Recht entschiedene oder sonst rechtmäßiger Weise hin und beigelegte Sachen ohne Noth wiederum von Neuem erregen und auf die Bahn bringen, auch der Taxe, so gemacht und angeschlagen, damit die Parteien in Güte oder Recht nicht übernommen werden, sich unterthänig und schuldiger Gebühr bequemen. Landesf. Verordn. v. 23. Septbr. 1616.

S. auch: Procuratoren.

Auf landesf. Befehl wird verordnet und den Advocaten und Procuratoren mittelst Umlaufs bekannt gemacht: daß der bisherige Unterschied zwischen Advocatis und Procuratoribus ordinariis und extraordinariis gänzlich aufgehoben worden, und hinfüro bei der fürstl. Justiz-Canzlei nicht mehr als zwölf Advocaten und Procuratoren angenommen werden,**) und davon die vier ältesten in ihren eigenen Sachen die Sportelfreiheit zu genießen haben sollen. Diesen, als eigentlichen Anwälten und Procuratoren, liegt es ob, sowohl in den angeetzten Terminen ihre Vorträge zu thun, als zu solchen die Untergerichts-Advocaten zu introduciren, dafür dieselben jedesmal acht Gutegroschen zu nehmen befugt sind, so daß also überhaupt pro termino ein Thaler passirt, ferner die von diesen gefertigten Schriften durchzusehen, zu unterschreiben und einzureichen, auch die darauf ertheilten Bescheide anzunehmen und auszulösen, zu welchem Ende sie sämmtlich in Wolsenbüttel anwesend sein und ihre beständige Wohnung daselbst haben müssen.***) Damit aber an vorerwähnter Introduction um so weniger Mangel sein möge, so sollen künftig die Vollmachten nicht nur ausdrücklich auf einen Substituten gestellt werden,****) sondern es wird auch hiemit weiter verordnet, daß von vorgebachten Canzlei-Advocaten täglich Morgens um 10 Uhr sich zwei, nach der Ordnung, wie sie ernannt und vorhin gesetzt worden, behuf der etwa erforderlichen Introduction und anderer Vorfällenheiten, auf der Canzlei einfänden und, wenn einer oder der andere daran behindert wird, solcher einen der folgenden für sich stellen, und dem Canzlei-Verwalter Morgens vor 10 Uhr dieses melden, widrigenfalls diejenigen, welche hierunter etwas versäumen, jedesmal mit zwei Thaler Strafe belegt, auch bei wiederholter Versäumnis dem Befinden nach schärfer angesehen werden sollen. Wie nun, nach vorerwähntem höchsten Befehle die bisherigen unter diesem Umlaufe verzeichneten Canzlei-Advocaten, welche entweder eine fürstliche Bedienung erhalten, oder in Wolsenbüttel nicht wohnen, sich künftig der Procuratur gänzlich ent schlagen sollen; so bleibt ihnen jedoch unbenommen, in den Sachen, worin sie die Feder führen, die angeetzten Termine ohne Introduction abzuwarten, wie denn auch diejenigen, welche

*) S. auch: Producte, gerichtliche.

**) cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 17. — Oberappell. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §. 43. seqq. (Durch eine landesf. Resolution vom 18. April 1707 war die Zahl der bei der Justiz-Canzlei und beim Hofgerichte angestellten Procuratoren auf acht bestimmt.)

***) cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 6. — Oberappell. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §§. 43. seqq. 118 und 121.

****) S. auch: Hofger. Ordn. Tit. XI. Oberappell. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §. 119. und des herzogl. Land. Gerichts gemein. Bescheid v. 5. Januar 1835. (Br. Anz. von 1835. Nro. 21.)

dieselbst in Diensten stehen, ihre Schriften ohne Unterschrift eines der vorgenannten zwölf Procuratoren übergeben können. Wenn aber ein solcher Schriftsteller allhier nicht wohnt, muß jedesmal ein Procurator bestellt werden, welcher die Schriften zu übergeben, auch die Bescheide anzunehmen und auszulösen hat. Als auch seit einiger Zeit mißfällig wahrgenommen worden, daß die Canzlei-Advocaten demjenigen, was die fürstl. Canzlei-Ordnung von ihnen erfordert, und woran sie durch die von Zeit zu Zeit erlassenen gemeinen Bescheide erinnert worden, nicht allerdings nachgekommen, insonderheit, daß sie ihre Schriften nicht doppelt übergeben, solche, wenn sie weitläufig, nicht geheftet, die gehörige Rubrik nicht beobachtet, den Punkt, worin gehandelt wird, nicht bemerkt, die Copien nicht unterschrieben, *) bei Einführung der Sachen *de rato* nicht cavirt, noch weniger bei fernerer Handlung Vollmacht beigebracht, zu den angesetzten Terminen sich gehörig nicht gemeldet, in solchen theils mit überflüssiger Weitläufigkeit recessirt, theils entweder schriftliche Reccesse übergeben, oder die Nothdurst vorbehalten, vor Eröffnung der Bescheide von der Canzlei sich hinwegbegeben, und die auf ihre Schriften ertheilten Decrete dem Gegentheil nicht insinuiren lassen, oder solche auszulösen, sich geweigert, obwohl sie nach der höchsten Verordnung vom 9. Juli 1748 **) deshalb von den Parteien einen Vorschuß zu fordern befugt, in dessen Entstehung aber die Sachen anzunehmen, nicht gehalten sind: so werden sie hierdurch nochmals alles Ernstes erinnert, in allen diesen Punkten ihren Pflichten künftig besser, als von einigen unter ihnen zuweilen bisher wol geschehen, nachzukommen. Wiewol nun verhofft wird, daß vorgedachte zwölf Canzlei-Advocaten aus Ehrliche von selbst beflissen sein werden, dasjenige, was die Ordnung und der Vortheil der ihnen anvertrauten Parteien erfordert, willig zu beobachten, sich als nützliche Diener des gemeinen Wesens auszuzeichnen und sowohl die landesfürstliche, durch die auf ihre Personen eingeschränkte Procuratur, ihnen erwiesene Gnade, als das Vertrauen des Publikums um so mehr zu verdienen; so haben hingegen diejenigen unter ihnen, welche dem zuwider handeln und so gemeinnützige Pflichten hintansetzen werden, ohnfehlbar zu erwarten, daß sie in die gesetzmäßigen, oder wo solches besonders nicht ausgedrückt, in eine Strafe von zwölf Gutegroschen, welche befundenen Umständen nach geschärft werden wird, genommen und diese sofort von ihnen beigetrieben werden sollen, gestalt denn der Botenmeister und Canzleiverwalter, so viel ihnen obliegt, hierauf zu achten, und besonders vom Anfange instehenden Monats Februar die Contraventionsfälle gebührend anzuzeigen und die Strafen zu bemerken, auf ihre Dienstpflicht ernstlich angewiesen sind. Uebrigens soll eine Abschrift der gemeinen Bescheide vom 18. Octbr. 1707, 28. Decbr. 1745, 24. Januar 1749, 24. April und 13. Mai 1754, auch 23. Octbr. 1770 zur Einsicht und besseren Nachachtung diesem beigelegt werden. Fürstl. Justiz-Canzlei-Verordn. v. 13. Decbr. 1784.

Hat Anlagen von Litt. A. bis F.

Litt. A.

Demnach zeither verschiedene Klagen einkommen, daß nicht allein die Advocati und Procuratores ordinarii zur Beobachtung der von ihnen selbst extrahirten oder sonst bei fürstl. Canzlei angesetzten Termine sich zum öftern zu rechter Zeit nicht eingefunden, noch wenn sie zur Audienz gefordert, gegenwärtig gewesen, einige derselben auch sich unternommen, in der Secretarien Cabinette zu gehen, die eine oder andere Acte darin nachzusehen, nicht weniger bei der Canzlisten Tische die darauf befindlichen Conceive durchzusehen, und aber solches ihnen keineswegs gebührt, hiedurch auch lauter Unordnungen verursacht werden: so wird hiermit abermals verordnet, und allen und jeden Advocatis und Procuratoribus ordinariis anbefohlen, daß sie hinfüro zur Beobachtung der angesetzten Termine jederzeit des Morgens längstens um 10 Uhr vor fürstl. Rathsstube erscheinen, oder widrigenfalls gewärtigen sollen, daß, dafern sie nach 10 Uhr auf der Canzlei sich anfinden, ihnen sodann der Vortritt nicht anders verstattet werden

*) cf. Herzogl. Land. Gerichts gemein. Bescheid v. 5. Januar 1835. (Br. Anz. von 1835. Nro. 21.)

**) S. Bescheide, Einlösen derselben.

solle, bis zuvörderst jedweder, so zu spät kommen, 12 Ggr. Strafe erlegt, und falls ein oder der andere erst nach 11 Uhr sich anfinden wird, er sodann gar nicht gehört, sondern dem anwesenden Gegentheil zu contumaciren verstattet, er aber seinen Principalen wegen des durch sein Ausenbleiben verursachten Schadens und Unkosten gehalten sein solle. Und ob zwar den Advocatis und Procuratoribus ordinariis der Zutritt in der Canzleistube, sonderlich zu Winterszeiten, verstattet ist, so wird ihnen doch hiermit ernstlich verboten, in der Secretarien Cabinette einzutreten, oder sich bei des Secretairs und Botenmeisters, wie auch der Canzlisten Tische zu stellen, sondern es haben dieselben lediglich sich außerhalb der in der Canzleistube befindlichen Gatter zu halten, und sich keinesweges zu unterfangen, Acten oder Concepte zu durchsehen, dafern ihnen auch die Inspection einiger Acten verstattet werden sollte, haben sie selbige an dem dazu destinirten Tische nachzusehen, und sich auch unter diesem Prätext nicht zu unterstehen, in der Secretarien Cabinette zu kommen, sondern wenn die inspectio actorum vorbei, haben sie sich sogleich wieder von da wegzubegeben. Gleichwie man nun der Hoffnung lebt, es werden alle und jede Procuratoren und Advocaten solcher Verordnung in allem gebührend nachleben, also soll hingegen derjenige, welcher in dem einen und andern Stücke selbige übertritt, jedes Mal mit 5 Thaler Strafe belegt, auch solche auf den Weigerungsfall von ihm executive eingetrieben werden. Fürstl. Justiz-Canzlei gemeiner Bescheid v. 18. Octbr. 1707.

Litt. B.

Demnach durch ein landesf. Rescr. v. 22. Novbr. 1745 befohlen, denjenigen Advocaten, welche ihren Klienten mit Treue und uneigennützigem Fleiße dienen, und in ihren Aufträgen oder mündlichen Vorträgen ihre Geschicklichkeit bezeigen, gelegentlich ihr verdientes Lob beizulegen; die andern hingegen, welche weitläufig und ungeschickt oder unfleißig und eigennützig sind, ex officio vorzunehmen, und, wenn sie sich nicht bessern, mit der Cassation zu bedrohen; die Zungendrescher aber, und welche das Recht geiffentlich verdrehen, oder die gütliche Vergleichung der Parteien zu verhindern suchen, nachdrücklich zu bedeuten, gleich dann auch den auswärtigen Advocaten, wenn sie sich nach der ersten Verwarnung nicht gleich bessern, die fernere praxin per decretum in hiesigen Landen zu untersagen: als ist von fürstl. Canzlei zu Wolfenbüttel solches alles denselben mittelst offenen Anschlages bekannt gemacht, und sie sammt und sonders verwarnt worden, sich nichts zu Schulden kommen zu lassen, weshalb sie, wie oben erwähnt, ex officio vorgenommen, nachdrücklich bedeutet, oder gar cassirt werden müssen. Da auch der Durchl. Landesherr unterm 25. Septbr. fürstl. Canzlei zu Wolfenbüttel allen Ernstes anbefohlen, über den Buchstaben der fürstl. Canzlei- und andern Ordnungen nach aller Strenge zu halten, und die denselben widrige eingeschlichene Observanz ein- für allemal völlig auszurotten; insonderheit aber in Sachen von geringem Werth gleich durchzugreifen, ex aequo et bono sie abzuthun, *) insgemein auch terminos praejudiciales, und so kurz als möglich anzusehen, und daß solche durch unstatthafte Dilationen prorogirt werden, nicht zu gestatten; ungegründete Supplicationen gleich abzuschlagen, noch weniger aber supplicationes supplicationum, oder andere ordnungswidrige remedia und unnöthige transmissiones actorum zuzulassen, sondern vielmehr letztere so viel als möglich einzuschränken: **) so ist solches gleichfalls sämmtlichen Advocaten und Procuratoren zu wissen gethan, damit sie sowohl ihren Parteien davon Nachricht geben, als auch sich selbst darnach achten können. Gestalten dann künftig keine Dilationen noch Prorogationen, wo nicht ein impedimentum legale in specie angeführt, und zugleich bescheinigt, oder sonst notorium ist, ertheilt; insonderheit aber die fatalia justificandorum remediumum suspensivorum, wie der §. 59 der Canzlei-Ordnung besagt, ganz und gar nicht mehr prorogirt, ***) die Supplicationen selbst aber in causis

*) S. Processen, geringfügige.

**) S. Rechtsmittel — Actenverschidung.

***) S. Fristen.

appellabilibus eher nicht, als wenn der Appellation ad protocollum expresse vorher renunciirt worden, angenommen werden sollen. Und wie insonderheit wahrgenommen, daß seither auf den eingereichten *productis judicialibus* und Schriften, wie die Ordnung erfordert, nicht allemal, was es für Sachen und Klage concernire, oder auch in welchem Punkte gehandelt werde, verzeichnet stehe; imgleichen, daß die Sachwalter nicht gleich neben der ersten Supplication, darin um Erkennung der Proceffe angehalten wird, eine genugsame Vollmacht auf die ganze Sache, oder nach Gelegenheit ihr Syndicat, Curatoria, Tutoria oder Actoria eingeben, oder wenigstens *de rato caviren*, und solches neben ihren Namen unter die Supplication zeichnen; wie auch, daß sie dasjenige, was ausgefertigt, nicht unverzüglich abfordern, noch innerhalb vierzehn Tagen von der Zeit an, da dieselbe Sache in dem offenen Anschlage mit begriffen, dem Gegentheile insinuiren; die Producte hingegen dem Botenmeister, so das Präsentatum darauf zu verzeichnen hat, öfters gar spät in der Nacht überantworten: so sind sämtliche Advocaten und Procuratoren nochmals ernstlich erinnert worden, so wie allem andern, was ihrenthalben in den fürstl. Canzlei- und andern Ordnungen enthalten, also auch dem obigen allen genau und sträglich nachzukommen, mit der ausdrücklichen Verwarnung, daß im fernern Verbleibungsfall die eingegebenen Schriften von ihnen nicht angenommen, und die ertheilten Bescheide cassirt werden sollen, gleichwie denn auch dieselben zu gewärtigen haben, daß sodann, dem höchsten Befehle gemäß, wider dieselben unnachbleiblich verfahren werde, dahingegen ihren Klienten, wider welche in *contumaciam* procedirt werden muß, wider sie, wenn sie durch ihre Nachlässigkeit es veranlaßt haben, der Regreß vorbehalten bleibt. Fürstl. Wolfenbüttelsche Canzlei-Verordn. das künftige Betragen der Advocaten betreffend. d. d. Wolfenbüttel, den 28. Decbr. 1745.

cf. Verordn. v. 15. Januar 1814, die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizei-Versaffung betr., §. 5. — Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 13. — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 25. — Oberappell. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §. 54. 57. 136 — 138. (insbesondere in Beziehung auf Restitution.)

Litt. C.

Nachdem man wahrzunehmen gehabt, daß die bei fürstl. Canzlei bestellten Advocaten und Procuratoren an die ihnen unterm 28. Decbr. 1745 geschehene Bedeutung sich noch nicht allerdings gefehrt, insonderheit aber auf den eingereichten *productis judicialibus* und Schriften, wie fürstl. Canzlei-Ordn., §. 3. 5. 7. erfordert, nicht allemal, was es für Sachen und Klage concerniren, oder auch in welchem Punkte gehandelt werde, angemerkt, wie auch nicht gleich neben der ersten Supplication, darin um Erkennung der Proceffe angehalten wird, allemal eine genugsame Vollmacht auf die ganze Sache, oder nach Gelegenheit ihr Syndicat, Curatorium, Tutorium oder Actorium eingeben, oder wenigstens *de rato cavirt*, und solches neben ihren Namen unter die Supplication gezeichnet haben: so werden dieselben, wie überhaupt dem Inhalt Eingangs gedachter Bedeutung, also auch insonderheit obigem genau nachzukommen, zum Ueberflusß hiemit nochmals unter der bereits geschehenen Verwarnung erinnert, gestalten dann dem Canzlei-Botenmeister auf seine geleistete Pflicht ernstlich aufgegeben worden, vom Anfange instehenden Monats Februar an keine Schrift anzunehmen, noch darauf das Präsentatum zu setzen, es sei dann jedes Mal sowohl in alten als neuen Sachen, was es für Klage und Sachen concernire, und in welchem Punkte gehandelt werde, darauf verzeichnet, und in neuen Sachen die Vollmacht mit beigebracht, oder wenigstens *de rato cavirt*. Wie denn auch diejenigen, so bei der ersten Schrift in neuen Sachen *de rato cavirt*, bei der nächstfolgenden Schrift aber, oder im nächstfolgenden Termine die Vollmacht nicht beibringen, *eo ipso*, und ohne eine weitere Commination oder Declaration zu erwarten, in *poenam ordinis* verfallen sein sollen. Fürstl. Justiz-Canzlei gemeiner Bescheid v. 24. Januar 1749.

Litt. D.

Demnach verschiedentlich vorgekommen, daß Leute, welche der Rechte nicht kundig sind, oder auch wohl solche, denen die Praxis aus hinlänglichen Ursachen verboten ist, dennoch Schriften machen und durch die hiesigen Procuratoren unterschreiben und übergeben lassen; diese aber, ob sie schon die Verantwortung davon über sich nehmen müssen, nicht allemal der Gebühr nach sothane Schriften nachzulesen, und wenn dieselbe der Ordnung nicht gemäß, zu ändern sich die Zeit nehmen, sondern wohl gar dagegen, daß sie keinen Theil daran nehmen, vermeintlich sich zu verwahren suchen, woraus denn viele Inconvenientien sich öfters hervorgethan: als wird den bei fürstl. Canzlei bestellten Advocaten und Procuratoren hiedurch bei 1 Thaler jedes Mal unausbleiblich zu erlegenden Strafe, auch anderer ernstlichen Ahndung anbefohlen, kein Supplicat oder Judicial-Product, welches sie selbst nicht verfertigt, zu unterschreiben oder zu exhibiren, wo nicht auch der wahre Concipient desselben es eigenhändig mit unterschrieben habe, wie solches die Verordnung vom 2. März 1737 *) vorhin bereits mit sich bringt. Es haben daher auch vorermeldete Procuratoren den Advocaten und Concipienten, deren Schriften sie zu exhibiren gewillet, dieses zeitig genug bekannt zu machen, und wie sie solcher Mitunterschrift unerachtet die ihnen sonst obliegende Verantwortung nach wie vor auf sich behalten, also auch ihren Pflichten nach besten Fleißes dahin zu sehen, daß obigem allen nach verflossenen 6 Wochen, vom Präsentato dieses anzurechnen, ein Genügen ohne alle Ausnahme so gewiß geschehe, als ihnen lieb sein mag, obige Strafe und andere rechtliche Ahndung zu vermeiden; gestalten denn man auch das Zutrauen zu ihnen hat, daß sie sich selbst für Concipienten der von andern verfertigten Schriften anzugeben, und dadurch die bei dieser Verordnung führende heilsame Absicht zu eludiren, sich nicht werden zu Schulden kommen lassen wollen, widrigen unverhofften Falls man solches gleichfalls auf das Nachdrücklichste zu ahnden wissen wird. Fürstl. Justiz-Canzlei gemeiner Bescheid v. 21. April 1751.

Litt. E.

Obwohl in der Canzlei-Ordnung §. 35. deutlich enthalten, daß die Advocaten und Procuratoren, damit in den Verhörs-Tagen der festgesetzte Endzweck desto besser erreicht werden möge, in termino gefaßt erscheinen und sich vorher von ihren Principalen über das ganze Factum und dessen Umstände und Qualitäten zeitig und genugsam informiren lassen, auch sodann dasselbe nachher in judicio mit möglichster Kürze proponiren und einführen, die dazu gehörigen Urkunden und Documente bei der Hand haben, und, insonderheit wenn die Sache auf Rechnung und Gegenrechnung beruht, mit richtigen Liquidationen und Gegenliquidationen parat sein sollen; wie aber demohngeachtet man verschiedentlich wahrzunehmen gehabt, daß dieselben ohne Noth weitläufige Recesse gehalten, oder wohl gar loco recessuum oralium dergleichen *instructiones ad protocollum* gegeben, wodurch der Gegentheile seine Nothdurft zu reserviren, und um deren schriftliche Verhandlung anzufuchen veranlaßt worden: so werden dieselben hiedurch anderweit alles Ernstes erinnert, vorgedachter Canzlei-Ordnung auch hierin gemäß, nach ihren darauf geleisteten Pflichten sich zu bezeigen, und aller unnöthigen Weitläufigkeit, welche sowohl dem Richter Verdruß erwecken, als den Parteien selbst Kosten, Schaden und Aufenthalt verursachen muß, sich zu enthalten, wie dann auch künftig so wenig eine schriftliche Instruction loco oralis recessus ad protocollum genommen, als dem einen oder andern Theile eine schriftliche Nothdurft in termino sich zu reserviren gestattet, sondern auf das abgehaltene Protocoll, *prout jacet*, eines Weges wie des andern sofort in der Sache, was Recht ist, erkannt werden, die von ein und andern sich anmaßende Ungebühr aber überdem nicht ungeahndet bleiben soll. Wonach dieselben also sich und ihre Principalen, welchen wider sie der Regreß allenfalls bevorbleibt, vor Schaden und Nachtheil zu hüten haben. Fürstl. Justiz-Canzlei gemeiner Bescheid vom 13. Mai 1751.

*) S. Suppliken und dabei zu erstattende Berichte.

Litt. F.

Demnach von des regierenden Herzogs, unsers gnädigsten Herrn Durchl. Höchstdero freundlich geliebtesten Sohnes, des Herrn Erbprinzen Durchl. sich vermögen lassen, in eigener hoher Person, so oft es thunlich, die fürstl. Collegia zu besuchen, um sowohl die Dienerschaft, als die Angelegenheiten des Landes bei Zeiten und zum Voraus sich bekannt werden zu lassen, und dann einem Jeden nicht gleichgültig, sondern besonders daran gelegen sein mag, in seinem Beruf sich kennbar zu machen, und in guter Bereitschaft sich finden zu lassen: als wird auch den bei fürstl. Justiz-Canzlei bestellten Advocaten und Procuratoren hiedurch solches zu dem Ende intimirt, daß selbige ihrerseits gleichfalls es sich zur Aufmunterung dienen lassen, und desto ernstlicher sich befeßigen mögen, aus ehrlichem Eifer, und ohne dazu durch Strafen angehalten zu werden, ihren aufhabenden Pflichten, und den ihrentwegen ergangenen Verordnungen genau Genüge zu leisten, und durch ihre Geschicklichkeit und Aufmerksamkeit sowohl, als treuen Fleiß sich verdient zu machen. Wobei sie zugleich insonderheit erinnert werden, den gemeinen Bescheiden v. 18. Octb. 1707, 28. Decbr. 1745, 24. Januar 1749, 21. April und 13. Mai 1751 von nun an besser, als bisher, nachzukommen; gleichwie ihnen auch gemeßentlich anbefohlen wird, zu Abhaltung der angeordneten Verhörs- und anderer Termine jedesmal längstens um 10 Uhr auf fürstl. Justiz-Canzlei sich einzufinden, inmaßen denn später keiner mehr admittirt, sondern dem Gegentheil, so zur rechten Zeit sich einfindet, zu contumaciren freigelassen, der andern Partei aber den dadurch verursachten Schaden und Verlust zu ersetzen, deren ihr Anwalt ohne alle Nachsicht condemnirt werden soll. Fürstl. Justiz-Canzlei gemeiner Bescheid vom 23. Octbr. 1770.

Advocaten und Procuratoren bei den Gerichten der Stadt Braunschweig. *)

Da einige derselben zu ihrer Clienten nicht geringem Nachtheile die ihnen aufgetragenen Rechtsfachen sehr unfleißig und ungeschickt tractirt, auch wohl gar dadurch den Parteien den Verlust ihres sonst auszuführen gemessenen Rechts veranlaßt, andere aber sich dadurch bekannt gemacht, daß sie, um ihre gewinnfüchtigen Absichten zu erreichen, das gütliche Auseinanderkommen der Parteien gehindert, dabei wider besser Wissen und Gewissen, unnöthige Aufzüge gemacht, ihre Schriften wider die Nothwendigkeit eigennütziger Weise weitläufig eingerichtet, anbei auch zu unerlaubten Absichten das Recht geßtentlich zu verdrehen gesucht haben; so soll alles solches hinführo gänzlich abgestellt, und Falls jemand, er mag in oder außerhalb dieser Stadtgerichte sein, sich ungeschickt, weitläufig, eigennützig, oder als ein Zungendreher befinden lassen wird, demselben die Praxis bei den Stadtgerichten sofort gelegt, auch solches an den Landesherrn gemeldet werden; in welcher Absicht die vorhin ergangenen Verordnungen, worin die Concipienten die Schriften mit ihrem Namen zu unterschreiben angewiesen sind, anhero wiederholt worden, auch anderergestalt nicht angenommen werden, oder Falls sich befindet, daß dennoch einige eingeschoben wären, die Schriftsteller nach deren Erkundigung ohne Nachsicht jedes Mal in zwei Thaler Strafe verfallen sein sollen. Wie aber den fleißigen, geschickten, getreuen, von aller Rabulisterei entfernten und das wahre Beste ihrer Clienten suchenden Advocaten ihr wohlverdientes Lob bleibt, so sind dieselben zu fernem Fleiße aufgemuntert, inmaßen sie sich versichert halten sollen, daß bei vorfallenden Gelegenheiten, jenes ihnen beizulegen, nicht unterlassen werden solle. Auf landesf. Befehl von dem Magistrate zu Braunschweig publicirte Verordn. v. 18. März 1746.

S. auch: Procuratoren.

Advocaten-Eid.

Die Advocaten sollen geloben und schwören, daß sie in ihren Schriften, Sätzen und Producten Gott

*) Die Einrichtung, vermöge welcher bei den Gerichten zu Braunschweig besondere Procuratoren bestellt waren, ist aufgehoben; cf. Rescr. herzogl. Land. Ger. v. 1. April 1823. (Bege II. p. 170.)

im Himmel, die christliche Liebe und die Gerechtigkeit vor Augen haben und in Acht nehmen, auch vorsätzlich keine böse Sache wider besseres Wissen, gemeine Rechte, Landtagsabschiede und Constitutionen, löbliche Statute, Landes- und andere Gewohnheiten, gewilligte rechtmäßige Veranlassung, auch vorhin erstrittenes Recht anfangen, annehmen und bedienen, den Parteien aber, deren Sachen sie aufnehmen oder ihnen von dem Hofrichter und Beisitzern anbefohlen worden, in denselben Sachen mit getreuem Fleiße und nach ihrer besten Verstandniß ihre Nothdurft und Gerechtigkeit schriftlich vorbringen, darin wissentlich kein Falsches, die Unwahrheit oder einigen gefährlichen Aufschub zu Verlängerung der Sache suchen, noch begehren, noch die Parteien, solches zu thun, unterweisen, der Parteien Geheimniß oder Behülfe, so sie von ihnen empfangen oder sonst erlernen, ihnen zum Nachtheile keinem eröffnen, sich in ihrem Advociren und Schreiben der Ehrbarkeit gebrauchen, von den Parteien keinen andern Sold noch Gabe zur Ungebühr fordern oder nehmen, denn der ihnen auf billige Maasse beliebt oder von dem Vice-Hofrichter oder Beisitzern zu geben taxirt und verordnet wird, auch sich der Sachen, so sie einmal angenommen, ohne redliche Ursache und Erlaubniß des Vice-Hofrichters und der Beisitzer nicht entschlagen, besondere bis zu Ende auswarten und sich in Verfertigung der Producte und Vollführung der Proceße alle dem, was die Hofgerichts-Ordnung in sich enthält und darin hinfüro zu verfahren vorschreibt, bequemen und gemäß erzeigen und allenthalben solches mit Fleiß beobachten, und sonst Alles thun und lassen wollen, was einem getreuen Advocaten gebührt, getreulich und ohne Gefährde. Hofger. Ordn. Tit. XX.

Der in der Ganzl. Ordn. Nro. VI. vorgeschriebene Eid stimmt mit diesem, bis auf einige unwesentliche Ausdrücke, wörtlich überein.

Advocatur = Gebühren.

S. Deserviten.

Advociren.

Die Räte, Assessoren und Secretarien in der Rathsstube und Hofgerichte sollen sich des Advocirens, Consulirens und Sollicitirens bei ernstem Einsehen an dem Orte, da sie und ein Jeder in specie in judicio mit sitzen, gänzlich enthalten. Wolfenbüttl. Landtagsabschied v. 27. Januar 1619. Art. 6.

Niemand, der bei dem Ober- oder Untergerichte zu Braunschweig als Mitglied oder Bedienter concurrirt, soll den Parteien wider ihren Gegenwart advocando assistiren. Rescr. v. 2. April 1696.

S. auch: Amtsbediente.

cf. Verordn. v. 16. Febr. 1836, die weitere Ausführung der Bestimmungen der Verordn. v. 29. Septbr. 1835. (wegen der Advocaten und Notare) betr., §. 3.

Necker und Wiesen, Verpfändung und Veräußerung derselben.

S. Lehn-, Erbzins- und Meiergüter, Verpfändung, Veräußerung u. derselben.

Uergernisse.

S. Prediger, Aufsicht derselben über den Lebenswandel ihrer Eingepfarrten.

Restitution gestohlener Sachen.

S. Gestohlene Sachen.

Affenzieher.

S. Bären-, Affen- und Hundezieher.

Affictionsdocumente.

S. Documenta af- et reflexionis.

Asterbelehnung.

§. Lehnsgüter — Lehnwaare.

Ähmen der Biergefäße.

§. Biergefäße.

Ähmen der Malzsäcke.

§. Malzsäcke.

Ähm- und Sackordnung.

Ähm- und Sack-Ordnung des Magistrats zu Braunschweig v. 9. Decbr. 1668.

Erneuerte Ähm- und Sack-Ordnung, wonach sämtliche Einwohner von Braunschweig sich zu achten haben, v. 12. März 1708.

Declaration derselben v. 27. März 1708.

Alienation.

§. Veräußerung und Verpfändung.

Alimente unehelicher Kinder.

Da die Stupratoren, wenn sie auf die Alimente unehelicher Kinder von den Müttern derselben belangt werden, die Sachen durch Appellationen an die höhern Gerichte und bei diesen abermals durch gesuchte Dilationen aufzuhalten suchen, dieses aber besonders bei der Armuth der Mütter eine Verwarlosung der Kinder veranlassen kann, so sollen in solchen Fällen keine Dilationen gestattet, *) für baldige Remissionen der Acten ex officio gesorgt, auch allenfalls, und wenn die Sache weitläufig werden sollte, interimistische Verfügung wegen Unterhaltung der Kinder gemacht werden. Landesfürstl. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel vom 1. Junius 1754.

§. auch: Kinder, uneheliche — Soldaten, Abfindung der von denselben geschwächten Weibspersonen und Alimentation der unehelichen Kinder.

Altshuster = Gilde in Braunschweig.

Die Altshuster = Gilde in Braunschweig soll nur Schuhsticker-, keinesweges aber Neuschuhmacher = Arbeit verfertigen, und sollen auch diejenigen, welche dergleichen Neuschuhmacher = Arbeit bei ihnen verfertigen lassen, den Umständen nach ebenfalls bestraft werden. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 25. Mai 1784. (Braunschw. Anz. vom Jahre 1784. 26. Stück.)

Altvatertheil.

§. Leibzüchter — Bauerhöfe — Beamte ic., Instruction für dieselben.

Amelunxborner Klosterschule zu Holzminden.

§. Stipendium der Amelunxborner Klosterschule.

Amtsactuaren.

§. Beamte, Justitiaren und Actuaren, Instruction für dieselben — Amtsbediente.

Amtsbediente.

Da nicht ferner gestattet werden kann, daß die Actuaren für Unterthanen der fürstl. Ämter und Gerichte, bei welchen sie stehen, Memorialien und Vorstellungen verfertigen, weil solches eine Art von Prävarication involviret, also mit ihren Amtspflichten unvereinbar ist, ohnehin aber sich von selbst versteht,

*) §. Rechtsmittel.

daß die Justizbeamten bei den fürstl. Aemtern und Gerichten, auch Klostergerichten, sich mit dergleichen Nebenbeschäftigungen überall durchaus nicht abgeben dürfen, so wird auch für die dabei angelegten Actuarien verordnet, daß dieselben sich damit für Unterthanen desjenigen Amts oder Gerichts, bei welchen sie stehen, in allen denjenigen Sachen, die vor den Gerichten ihres Orts ventilirt werden, oder weshalb auf die Memorialien demnächst Berichte zu erstatten sind, desgleichen auch für keine Auswärtige in Sachen, die vor ihren Gerichten rechtshängig sind, durchaus nicht ferner abgeben sollen, bei Vermeidung 10 Thaler und, dem Befinden nach, noch schärferer Strafe, welche noch merklich erhöht werden soll, wenn Justizbeamte selbst diesem wider Verhoffen zuwider handeln sollten. Die Justiz- und andere Collegia sollen in Contraventions-Fällen die Uebertreter in die gesetzte Strafe *ad pias causas* nehmen, von Fällen aber, die eine schärfere Bestrafung verdienen, zu weiterer Verordnung berichten. Landesf. Verordn. v. 19. Febr. 1778. (Braunschw. Anz. vom Jahre 1778. 21. Stück.)

S. auch: Advociren — Suppliken.

Amtsbereifung.

S. Beamte.

Amts = Cammer = Ordnung.

Dieselbe ist v. 1. Juli 1688 und hat als Anlagen: I. Tare der Amtsgebühren. II. Cammer-Tare. III. Formular der Berichte wegen des Mißwachses rat. der Aemter. IV. desgleichen rat. der Dorfschaften. Sie handelt von den Einrichtungen der Ober- und Beamten, dem Amtshaushalte und dessen Administration, von der Beitreibung der herrschaftlichen Gefälle, von Diensten u. Das, was sie für das Geschäftsleben noch jetzt Wichtiges enthält, ist unter den betreffenden Artikeln extrahirt.

Amtsgefälle.

S. Intradem, herrschaftliche.

Amts- und Gerichtsdiener.

Jeder, der sich über die Amts- oder andere Gerichtsdiener zu beklagen hat, soll gebührl. gehört werden. Würden die Bauernmeister oder andere in den Dörfern, wenn ihnen von diesen etwas anzuzeigen ist, sich verkriechen, in die Winkel verstecken, oder gar abweg. gehen, so sollen dieselben, so oft es geschieht, alle Mal drei Mfl. zur Strafe erlegen. Allgem. Landes-Ordnung Art. 8.

S. auch: Widersetzlichkeit gegen die Obrikeit — Beamte u., Instruction für dieselben Nro. 10. — Gerichtsbediente.

Amtshandelsbücher.

S. Handlungen, gerichtliche.

Amts-Obrikeiten.

Keine Amts-Obrikeit, worunter sowohl die auf Pacht und Rechnung sitzenden, als Justitiarien, Sogräfen, Voigte und andere Amtsbediente zu verstehen, soll von den Unterthanen des Districts, welchem sie vorgesetzt, Selber aufleihen, noch auch die dem Landesherrn zugehörigen Gefälle vor der Verfall- oder der von den Collegien gesetzten Zeit *sub poena dupli* dessen, was sie zu nicht gehöriger Zeit gehoben, sich pränumeriren lassen, endlich auch die bei den Aemtern stehenden gerichtlichen Depositengelder, bei Vermeidung der darauf haftenden *poena infamiae*, zu ihrem eigenen Nutzen nicht verbrauchen. Wenn etwas gerichtlich deponirt wird, soll solches von dem Beamten nicht nur, sondern auch von dem Justitiarius, oder den andern Amtsbedienten *conjunctim* versiegelt, und an einen wohlverwahrten Ort niedergelegt werden. Landesf. Verordn. v. 17. Novbr. 1721.

S. auch: Depositengelder — Beamte — Obergkeiten.

cf. Gesetz v. 23. April 1835, die Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangs-Abgaben betr., §. 22. Nro. 3. — Gesetz über die Besteuerung des inländischen Branntweins nach dem Rauminhalte der Maßschottische v. 23. April 1835. §. 62. Nro. 3.

Amts-Rechnungen.

Die ältern Vorschriften über die Hebung und Berechnung der Cammer- und Kloster-Einkünfte sind theils aufgehoben, theils veraltet.

S. übrigens: Quartal-Rechnungs-Extracte der Cammer- und Kloster-Rechnungsführer.

cf. Instruction des fürstl. Cammer-Collegii für die Rechnungsführer der fürstl. Cammer- und Klostergüter v. 1. Octbr. 1823. (Bege III. p. 41.)

Amts-Registratur.

Die Beamten sollen die Amts-Registratur in gute Ordnung bringen und darin erhalten, nichts abhanden bringen, oder bei ihrem Abzuge mit sich nehmen, noch solches von Andern geschehen lassen, sondern die Registratur wohl verschlossen und verwahrt halten, auch jede Sache, sie betreffe die Amts-jura oder der Unterthanen Nothdurft, nachdem jedes Stück in Quart gelegt und numerirt, mit einer deutlichen Rubrik versehen und designationem actorum, und zwar die Amts-Acten von den Acten der Privaten getrennt, anfertigen. Amts-Cammer-Ordn. v. 1. Juli 1688. Art. 6.

Da Serenissimus die bei den Amts-Registraturen eingerissenen Unordnungen abgestellt wissen wollen, und daher besagte Registraturen in gehörige Ordnung zu bringen, und darin zu erhalten verordnet, die Obergkeiten auch in ihren abgestatteten Dienst-Eiden dazu verbunden worden; so sind sie auf Serenissimi Befehl darauf verwiesen, und ist ihnen nochmals nachdrücklich anbefohlen, obiger höchsten Ordre zu geleben, und so fern es über Verhoffen noch nicht völlig geschehen, sich sogleich an die Amts-Registratur zu machen, und solche in gehörigen Stand und gute Ordnung zu bringen, auch darin zu erhalten, ordentliche Repertorien zu verfertigen, solche zu continuiren, und was zu guter Einrichtung der Registratur gehört, zu beobachten, zu dem Ende auch den Schlüssel zu der Registratur oder zu den Repositorien allein in Verwahrung zu haben, und, wenn Acten verabsolgt werden, darüber einen Schein zu fordern und in ein besonderes Buch zu notiren, wannher die Acten verabsolgt und wann sie zurückgeliefert worden; gestaltet es dann auch auf diese letztere Weise mit den Acten zu halten, welche an Serenissimum oder an fürstl. Justiz- und andere Collegia eingesandt werden. Ferner sollen sie die Justiz- und Partei-Acten ohne Unterschied einheften, desgleichen auch die andern Amts-Acten, so viel nämlich solches practicabel, und zwar jede Sache separat, wie dann auch, wenn eine fürstl. Verordnung oder sonst ein Rescript mehr als eine Sache in sich faßt, oder zu mehr als einer Acte zu gebrauchen, davon Copie machen lassen, und jeder Acte dasjenige, was dazu gehört, beilegen, damit die Acten allemal complet sein mögen; nicht weniger sind die Amts-Handels-Bücher und die generalen Protocoll-Bücher ordentlich zu halten und zu continuiren; desgleichen die Constitutionen, so emanirt werden, ordentlich in ein besonderes Buch zu heften, die Abschriften davon aber ebenfalls ad acta zu legen. Und damit Serenissimus versichert sein mögen, ob die Amts-Obergkeiten auch obigem allen gebührend nachkommen; so haben Höchstselben befohlen, daß die Landgerichts-Commissarien alle Jahre die Gerichtsstuben und Registraturen visitiren sollen, in welchem Stande und Ordnung solche befindlich, wie die Repertorien beschaffen, ob auch die Acten, so neu hinzugekommen, accurat nachgetragen werden, und falls bei ein und andern ein Mangel sich befinden sollte, solches dem Justitiario ernstlich verweisen, und denselben zu mehrerem Fleiße anweisen und anhalten sollen, mit der Verwarnung, daß es ohne künftige weitere Entschuldigug von demselben gefordert, und widrigenfalls bei continuirender Saumseligkeit und Negligenz es an Serenissimum zu gehöriger wirklicher

Bestrafung angemeldet und berichtet werden soll. Fürstl. Cammer zu Braunschweig Rescript an alle Aemter, v. 17. Januar 1746.

S. auch: Beamte u., Instruction für dieselben.

cf. Rescr. fürstl. Geheim. Raths-Collegii v. 23. Febr. 1817. (Bege I. p. 162.) — Rescr. fürstl. Landesgerichts v. 26. August 1819. Litt. d. (Bege I. p. 26.)

Amts-Unterbediente.

S. Amts- und Gerichtsdiener.

Amts-Unterthanen.

Die Beamten sollen deren Bestes befördern; s. Beamte u. Instruction für dieselben. Nro. 13.

Anatomie zu Braunschweig.

S. Theatrum anatomicum.

Anbauer, neue.

Die neuen Anbauer sind zu den Gemeinde-Holz- und Gras-Theilungen nicht berechtigt, wenn jedoch die Gemeinden befugt sind, trockenes Eeseholz in gewissen Holzungen zu sammeln und an solchem kein Mangel ist, so wird dieses auch den neuen Anbauern des Orts nachgelassen. Landesf. Ausschr. v. 24. Januar 1755. *)

Die neuen Anbauer sollen ein Bierfaß Roden an die Schulmeister geben. Landesf. Rescr. v. 3. Mai 1764.

Sie müssen die Parochial-Abgaben entrichten. Landesf. Rescr. v. 31. Octbr. 1765.

An den Orten, wo Serenissimus die von den neuen Anbauern der Pfarre zu reichenden praestanda noch nicht regulirt hat, soll es mit deren Entrichtung, außer den *juribus stolae*, folgender Gestalt gehalten werden: Sind die jährlichen Abgaben an den Prediger leicht und gering, so sind die neuen Anbauer mit den übrigen Brinkfigern hierunter gleich zu setzen; wenn dieselben aber von einiger Bedeutung sind, wie z. B. ein halber oder ganzer Hinten Roden für einen Brinkfiger, der noch dazu neu ist, so ist die Abgabe des neuen Anbauers auf die Hälfte zu setzen. Rescr. d. fürstl. Conf. v. 3. Octbr. 1770.

S. auch: Weiderechtigung der neuen Anbauer.

cf. Neue Landschafts-Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 56. — Ablösungs-Ordn. v. 20. Decbr. 1834. §. 6.

Anbauer der wüsten Stellen in Königsutter.

Wegen des Anbaues der wüsten Hoffstellen im Amte Königsutter, in specie im dasigen Oberndorfe, wozu gar kein Land oder Wiesen gehören, ist verfügt worden, daß von den zu bebauenden wüsten Stellen, welche unter einen halben Morgen Landes halten, wöchentlich ein Tag, von denen aber, welche einen halben Morgen und darüber halten, wöchentlich anderthalb Tage Herrendienste gefordert und geleistet, jedoch daß den wirklich Anbauenden dreijährige Dienstofffreiheit verstattet werden solle. Rescr. der fürstl. Cammer zu Braunschweig v. 23. Mai 1719.

Angerpläze.

Es ist angezeigt, daß einige Gemeinden, theils mit, theils ohne Consens der fürstl. Aemter und ihrer Gerichts-Obrikeiten, sich unternommen haben, Angerpläze aus der Gemeinheit zu verkaufen und zu arthafem Lande zu machen, unter dem Vorgeben, daß das daraus gelöste Geld zu der Gemeinde Bestem verwendet worden. Nachdem aber vorhin verordnet, **) die gemeine Wohlfahrt es auch ohnehin erheischt,

*) Die übrigen Bestimmungen dieses Ausschr., wodurch den neuen Anbauern gewisse Baubouccurs und eine mäßigste Abgaben-Freiheit zugesagt wird, sind durch das landesf. Circular-Rescr. v. 12. März 1825 aufgehoben.

**) S. Art. 100 der Amts-Cammer-Ordn. unter: Rottländerel.

daß niemandem verstattet sein solle, Wiesen, Weiden und Holzungen zu arthaftem Acker zu machen, es sei denn die landesf. Concession darüber eingeholt, ferner auch viele Exempel zeigen, daß durch Ausrodung solcher Weiden und Aenger den Dorfschaften die Hude und Weide, über deren Mangel bereits verschiedentlich Klage geführt, noch mehr geschmälert und entzogen wird, die Nachkommen auch besonders darunter leiden, da das Geld ausgegeben, die Weide aber vermindert worden; zuletzt auch die fürstl. Cammer den Rott- und Zehnt-Zins, indem die geschehene Ausrodung derselben nicht allemal bekannt wird, verliert: so wird dergleichen eigenmächtiger Handel und Ausrodung gemeiner Aenger und Weiden nachdrücklich verboten; gestalt denn, wenn eine oder andere Gemeinde dennoch dawider handeln sollte, dieselbe nicht allein das umgebrochene Land, dasern nicht nach vorgängiger Untersuchung und eingezogenem Berichte die landesf. oder in den Aemtern der fürstl. Cammer Concession darüber erteilt, und der Rottzins auch das Quantum für den Rottzehnten determinirt worden, wieder zur Weide liegen zu lassen angehalten, sondern auch noch dazu mit einer Geldstrafe belegt werden soll. Wenn aber sich Vorfälle ereignen, da die Gemeinen zu nothwendigen Ausgaben und Gemeinen-Werken, e. g. zum Prediger-, Pfarr-Wittwen- und Schulhaus-Bau, Backofen u. Geld benöthigt: so sollen sie solches von ihren Gemeine-Einkünften nehmen, oder in deren Ermangelung nach dem Fuße der Contribution, oder wie sonst üblich, sammeln. Landesf. Verordn. v. 13. August 1750.

S. auch: Gemeinde-Aenger, Theilung derselben — Rottländerei — Holzung, Ausroden derselben — Nebenausgaben der Dorfgemeinden — Beamte u., Instruction für dieselben. Nro. 13.

cf. Gesetz v. 20. Decbr. 1834, die neue Gemeinheits-Theilungs-Ordnung betr., §. 187.

Angerplätze vor Braunschweig.

S. Feldland vor Braunschweig.

Anlehne.

S. Credit — Amts-Obrigkeiten.

Annus deliberativus der Erben des Wechselschuldners.

S. Wechselschuldner, Erben desselben.

Anpflanzung junger Bäume.

Bei allen und jeden Dörfern, so Holzung haben, soll ein Ackermann alle und jede Jahre besonders vier eichene und vier büchene junge Stämme, ein Köthler aber einen eichenen und einen büchernen Stamm in oder bei die Gemeine-Holzung oder andere Derter, so ihnen angewiesen werden sollen, mit beständigen Wurzeln pflanzen und mit Dornen verbinden, und ein jeder das Seinige, so er gepflanzt, wohl in Acht nehmen, und was nicht bekommen, wieder mit andern ersetzen, bei Strafe 10 Gr. für jeden Stamm, den er jährlich nicht gesetzt; gestalt denn die Bauermeister nebst den Förstern und Holzgeschwornen jedes Orts darauf gute und fleißige Acht haben, und bei den jedesmaligen Landgerichten die Ungehorsamen und Verbrecher zur gebührenden Bestrafung anmelden sollen, und dasselbe ebenmäßig bei 10 Mgr. Strafe für jede Person, so sie verschweigen und nicht anmelden werden, und sollen zu desto besserer Herbeibringung erwähnter junger Stämme, sonderliche eichen und büchen Rämpe mit sonderbarem Fleiß angerichtet, bezaunet, gehäget, und die jungen Stämme jährlich daraus durch das Amt, oder Gericht, oder den Förster jedem, wie obsteht, angewiesen werden. Allg. Land. Ordn. Art. 37.

S. auch: Weiden — Bäume und Hecken, Beschädigung derselben.

Anstalten, öffentliche, Arbeiten für dieselben.

S. Arbeiten für öffentliche Anstalten und Gemeinden.

Antichreticum pactum.

S. Verpfändungen sub pacto antichretico.

Anticipatus concubitus.

Diejenigen, welche concubitus anticipirt haben, sollen ohne Kranz, Spiel und Ceremonien zur Kirche gehen. Landesf. Verordn. v. 8. Decbr. 1591.

Anzeigen, Braunschweigische.

S. Braunschweigische Anzeigen.

Apotheker.

S. unter „Collegium medicum“ das landesf. Reglement v. 4. Januar 1747. §. 13 bis 16.

Dieselben sollen alle innerlichen Arzneien, wie gewöhnlich, mit Signaturen auf weißem und alle äußerlichen Mittel mit Signaturen auf blauem Papier versehen. Gifte sollen wie bisher nur versiegelt und mit der Bezeichnung: Gift der bestehenden Verordnung nach ausgegeben werden. Bekanntm. des Obersanitäts-Collegii v. 1. Decbr. 1802. (Br. Anz. v. 1802. Nro. 96.)

S. auch: Gift, Verkauf desselben.

Apotheker = Gehülfen.

Da bisher mißfällig wahrgenommen, daß einige in hiesigen Landen privilegirte Apotheker, dem Endzwecke der vorgeschriebenen Ordnung entgegen, ihre neu angenommenen Gesellen erst nach vielen Wochen, auch wohl gar nicht bei fürstl. Obersanitäts-Collegio zum Examen und zur Beeidigung gemeldet haben, dieser Unordnung aber zur Sicherheit des Publicums nicht ferner nachgesehen werden kann, so wird hiermit sämmtlichen Apothekern in den hiesigen Landen aufgegeben, einen jeden neu angenommenen Gesellen sogleich binnen den ersten 14 Tagen bei Vermeidung namhafter Strafe bei fürstl. Obersanitäts-Collegio anzuzeigen, und haben die Land- und Stadtphysici dahin zu sehen, daß diese Vorschrift von den Apothekern ihres Districts gehörig befolgt werde, widrigenfalls aber davon an das fürstl. Obersanitäts-Collegium unverzüglich pflichtmäßig zu berichten. Avertissement des fürstl. Obersanitäts-Collegii v. 25. Novbr. 1784. (Br. Anz. v. Jahre 1784. Nro. 100.)

Apotheker = Schulden.

Da die Apotheken mit frischen Waaren und Medicamenten in gutem Flor zu erhalten und mit tüchtigen Gesellen zu versehen, jährlich ein Großes kostet, die meisten Patienten aber ihr Bedürfnis auf den Borg nehmen und die Bezahlung in Stecken und Gefahr des endlich erfolgenden gänzlichen Verlustes gerathen lassen, so sollen zwar die Apotheker, absonderlich in der Noth und in geschwinden Fällen, gehalten sein, einem jedem Bekannten und Geseffenen einige Arznei zu Vorge abfolgen zu lassen, jedoch niemandem, wenn sie nicht wollen, länger als ein Vierteljahr zu creditiren, bei nicht folgender Zahlung aber ihnen paratissima executione zu ihrer Befriedigung geholfen werden, nicht weniger dieselben sowohl als die Medici bei entstehendem Concurse wegen der auf die letztere Krankheit gereichten Medicamente und geleisteten Beistandes des in Rechten geordneten juris praelationis genießen. Medicinal-Ordn. v. 21. Februar 1721. Cap. III. §. 15.

1) Niemandem sollen von einem Jahre bis zum andern die Medicamente creditirt werden, es wäre denn, daß selbiger wegen seiner Bedienung, Standes, großer Handlung und Vermögens zu den ansehnlichen Einwohnern eines Orts sich mit Fug rechnen könnte. Wenn aber nach Verfließung dieser Zeit noch keine Bezahlung erfolgt, soll die Schuld von den Obrigkeiten von Amtswegen sofort executive beigetrieben, und über Rechnungen, die die Schuldner über ein Jahr stehen lassen, die im 8. §. erwähnte sonst gegründete Exemption nicht beobachtet werden. 2) Allen übrigen Personen soll der Credit nicht länger als

drei Monate zugestanden, nach Verlauf solcher Zeit aber die Schuld gleichgestalt auf obgedachte Art beigetrieben werden. 3) Fremden, deren Person und Umstände nicht hinlänglich bekannt, ist auf ihren eigenen Namen nicht, wohl aber dem Wirth, welcher für selbige seinen Glauben interponirt, nach vorstehender Ordnung zu creditiren, und hat der jedesmalige von dem Fremden herangerufene Medicus mit dem Wirth das Nöthige deshalb zu verabreden, auch Falls der Wirth sich der Bürgschaft weigern sollte, sich nach der Vorschrift des 5. Punkts zu achten. 4) An Domestiken, Handwerksgejellen u. soll der Apotheker gleichfalls nicht borgen, es wäre denn, daß ihre Herren und Meister für sie gut sagten, oder gleich zu erwähnendermaßen der Medicus ein Attestat erteilte. Wie übrigens die billige Sicherstellung der Apotheken nicht so weit getrieben werden soll, daß Kranke mit der nöthigen Hülfe aufgehalten, oder derselben gar beraubt werden mögen, so soll 5) in Fällen, wo kein längerer Credit Statt findet, zwar jederzeit, so bald der Medicus unter das Recept schreibt, daß der Patient der Medicin bedürfe, solche verabsolgt, auch wenn der Zufall gefährlich, ein Gleiches geschehen, wenn auch der Medicus dieses anzuzeigen vergessen hätte; es soll aber sodann der Apotheker den Vorfall alsogleich gehörigen Orts melden, damit befindenden Umständen nach das Weitere verfügt werden könne. 6) Wegen der den Armen ohne ihre Kosten zu reichenden Medicin hat es bei den deshalb gemachten Anordnungen sein Bewenden. 7) Die obangesezten Termine heben nicht auf, daß die Apotheker nicht auch vor deren Ablauf die Schulden einfordern dürfen; vielmehr sind solche und deren Abgeschickte, wenn sie um baldige Richtigkeit sich bekümmern, jederzeit mit gebührender Höflichkeit zu begegnen. 8) Sollte jemand über einige Uebersetzung auf der Apotheke sich zu beklagen genöthigt finden, so soll solches von dem Collegio medico sofort brevi manu untersucht, und Falls die Klage gegründet, nicht nur der Absatz gemacht, sondern auch den Umständen nach der Apotheker bestraft, der Kläger aber niemals mit Kosten beschwert werden. Landesf. Verordn. v. 30. Novbr. 1751.

cf. Verordn. v. 29. März 1826, die Eintreibung der Apotheker-Schulden betr. *)

Apothekerwesen.

S. Medicinal-Ordnung — Collegium medicum. **)

Appellation.

S. Rechtsmittel.

Arbeiten für öffentliche Anstalten und Gemeinden.

Alle Arbeiten für öffentliche Anstalten und Gemeinden, welche von Duvriers im Lande verfertigt werden können, sollen künftig außerhalb Landes nicht verfertigt werden. Landesf. Rescript an fürstl. Cammer zu Blankenburg v. 21. Novbr. 1798.

cf. Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 11. Septbr. 1823. (Bege III. p. 18.)

Arbeitsbier.

Es soll zwar bei der bisherigen Gewohnheit, wegen des den Handwerksleuten und Arbeitern zu reichenden täglichen Trunks, wenn solcher nach einzelnen Stübchen sogleich in solcher Arbeit consumirt wird, gelassen werden, sonst aber dergleichen Handlung, da den Arbeitsleuten ein oder mehrere Fässer Bier versprochen und bei dem Contracte mit einbedungen worden, hierdurch gänzlich verboten sein; inmaßen dann, wenn dergleichen Bier bei jemandem unversteuert gefunden werden sollte, solches ohngeachtet allen dawider

*) Durch diese Verordn. und auch schon durch die veränderte Gerichts-Verfassung sind die landesf. Rescr. v. 16. Novbr. 1767 und 30. März 1769, das in der Stadt Braunschweig bei der Eintreibung der Apotheker-Schulden zu beobachtende Verfahren betr., aufgehoben.

**) Unterm 12. Octbr. 1653 war eine Hof-Apotheker-Ordnung in Wolfenbüttel ergangen.

geschehenen Einwendens, daß es von einem freien Brauwesen als Arbeitsbier genommen worden, confiscirt, auch überdas diejenigen, so dieser Verordnung zuwider solch Bier ausgeladen, und abfolgen lassen, willkürlich gestraft werden sollen. Landesf. Verordn. v. 20. April 1709.

cf. Gesetz über die vom inländischen Biere zu entrichtende Fabrikations-Abgabe v. 23. April 1835. §. 13.

Arbeitslöhne.

Alle Verkäufer, Kaufleute, Professionisten, Handwerker, Arbeitsleute und Tagelöhner, auch diejenigen, welche um Lohn fahren, sollen bei allen und jeden zu verkaufenden Waaren, zu verfertigenden Arbeiten, oder zu verrichtenden Tagewerken und Fuhren mit einem dem Werthe der Waaren und deren Einkäufe gemäßen Preise, ferner mit einem ihrer Arbeit, Einrichtungen und Fuhren zukommenden billigen Macher-, Arbeits- und Fuhrlohne sich begnügen lassen, niemanden im Preise übersehen, noch ihre Waaren zu Vermehrung der Theurung bis zu hohen Preisen an sich halten. Die sämtlichen Obrigkeiten, sowohl in den Städten als auf dem Lande, sollen ihr besonderes Augenmerk auf die Steuerung des Wuchers und der unbilligen Preise und Löhne richten, auf die Contraventionen fleißig invigiliren, so wie solche ihnen kund werden, schleunig untersuchen, und die Contravenienten mit Nachdruck bestrafen, auch befindenden Umständen nach davon höchsten Orts berichten. Landesf. Verordn. v. 17. Mai 1764.

cf. Landtags-Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 64. — Verordn. v. 22. Juni 1826, die Arbeitslöhne der Bauhandwerker betr. und deren Declaration hinsichtlich des Lementirer-Gewerbes v. 28. August 1826.

Arme, Beerdigungskosten derselben.

§. Jura stolae.

Arme, kranke.

§. Kranke, arme.

Arme, wahnsinnige.

§. Wahnsinnige.

Armen-Anstalten auf dem Lande.

Jeder Ort muß seine Armen selbst unterhalten. Landesf. Verordn. v. 11. Juni 1595.

Damit die Unterthanen auf dem platten Lande von den Beschwerlichkeiten der Bettler, Landstreicher und des liederlichen Gesindels befreiet und die in jedem Dorfe befindlichen Armen mit dem Nothwendigsten versehen werden, wird verordnet:

§. 1. Zur nachdrücklichen Aufhebung der herumstreichenden Bettler sollen die dagegen angeordneten Maaßregeln in jedem Districte unter der Direction eines dazu speciell beauftragten fürstl. Bedienten ausgeführt werden, dessen Anweisung sich jeder bei einer Strafe von 5 Mfl. zu unterziehen hat.

§. 2. Hiernächst werden alle Prediger auf dem platten Lande, welche der Director zu diesen Armen-Anstalten als Inspectoren an jedem Orte zu einer und andern Handlung anweist, hiemit befehligt, über die bei ihnen, es sei in dem Dorfe, wo sie wohnen, oder in den Filialen, so sie zu ihren Pfarren haben, sich befindlichen Haus-Armen eine genaue Specification zu machen, darin deren Wohnung, Alter, Ursache ihres Unvermögens, ob sie verheirathet, ob sie Kinder haben, wie alt sie sind, was diese für Handthierung haben, verzeichnet ist, und dieselben alle Monate auf den 20sten eines jeden, ein und gedachtem Director zuzuschicken, damit derselbe den Abgang und Zuwachs der Armen einsehen, und die Ursache des letzteren genau untersuchen, auch die nöthige Verfügung machen könne.

§. 3. Damit deshalb kein Zweifel sein möge, wer unter die Haus-Armen gehöre, so wird bestimmt, daß nur diejenigen, welche niemanden haben, welcher den Rechten nach zu ihrer Alimentation gehalten und dazu

dazu vermögend wäre, dann ferner auch weder selbst durch ihre eigenhändige Arbeit ihr Erforderliches an Brod und Kleidung sich erwerben können, noch von den an Andere übergebenen Höfen, aus Cheststungen oder andern Verträgen, ihre Unterhaltung zu fordern haben, auch jetzt wirklich auf den Dörfern wohnen, als Hans-Arme angesehen und gehalten, für ihre nothdürftige Verpflegung aus den Armen-Anstalten Sorge getragen, und sie bei ihrem Absterben daraus begraben, ihr Nachlaß aber den Armen-Anstalten, wenn Kinder vorhanden, zum Kindes-Theil, sonst aber gänzlich heimgefallen sein soll.

§. 4. Dahingegen soll hinfort keinem Einwohner auf dem Lande erlaubt sein, einen fremden Armen aus andern Ländern bei sich aufzunehmen, und demnächst über kurz oder lang den Armen-Anstalten zur Last mit aufzubürden. Es soll auch keinem frei stehen, diejenige Person, welche er aus seinem Hofe und Gütern ernähren muß, mit Entziehung seiner Schuldigkeit, und so lange er selbst des Vermögens ist, an die Armen-Anstalten zu verweisen; vielmehr hat jeder Prediger genaue Acht darauf zu geben, daß solches nicht, hingegen der Schuldigkeit der Alimentation ein Genügen geschehe, und wenn hierunter gefehlt wird, solches alsogleich dem Director zu melden. Geriethe aber etwa der Hauswirth selbst in solche Umstände, daß er die obhabende Ernährung des Andern ohne seinen völligen Untergang nicht weiter aushalten könnte, so soll er sich deshalb bei dem Pastor melden, und dieser dem Director davon berichten, welcher dann das Benöthigte zu verfügen haben wird. Es fällt aber sodann die aus dem Hofe zu fordernde Mitgast den Armen-Anstalten zu. Wer auch durch Arbeit sich selbst ernähren kann, und dennoch aus den Armen-Anstalten seinen Unterhalt muthwillig sucht, derselbe soll so wenig dazu gelassen werden, daß hingegen der Director ihn für seinen Muthwillen mit Gefängniß zu belegen, oder dem Befinden nach höchsten Orts zur Verordnung, daß er zur öffentlichen Arbeit gebraucht werde, zu berichten hat.

§. 5. Die armen Kinder sollen gleichergestalt auf andere Weise nicht zu dem Genusse der Armen-Anstalten gelassen werden, als wenn sie sonst aus keinem Hofe die Unterhaltung mit Recht fordern können, oder derselbe Unvermögens halber sie zu ernähren nicht im Stande sei, welchen Falls sie zwar aufgenommen werden, jedoch, wenn sie während der Kindheit sterben, ihre an dem Hofe habende Forderung auch den Armen-Anstalten anheim fallen soll. Es hat auch hier der Prediger jedes Orts die §. praec. ihm demandirte Aufsicht, daß die armen Kinder von denen, so dazu gehalten, ernährt werden, genau zu beobachten.

§. 6. Wenn nun die Verpflegung der Seelen das wichtigste Stück der landesväterlichen Fürsorge und deshalb die Inspection der Armen-Anstalten jedes Dorfs den Predigern aufgetragen ist, damit dieselben desto nähere Gelegenheit haben, an die Seelen der Armen und der leiblichen Gaben Bedürftigen zu kommen, werden dieselben ermahnt, dieses höchst wichtige und zu ihrer obhabenden Amts-Pflicht ohnedem schon gehörige Werk mit allem Fleiße zu treiben, sonderlich die Armen zu einem ehrbaren christlichen Leben und Wandel, erkenntlicher, dankbarer und guter Anwendung der Almosen an- und von allem Geföße, Ueppigkeit und Leichtfertigkeit abzuhalten; anbei aufmerksame und oft wiederholte Aufsicht auf die armen Kinder, deren Erziehung und Anweisung in der Schule zu haben; auch, Falls sie durch Ermahnen und Zureden eines oder das andere Uebel nicht heben könnten, es dem Director zur erforderlichen Bestrafung zu berichten, wie denn durch diese neuen Armen-Anstalten auf dem platten Lande auch der höchst nothwendige und nützliche Zweck erhalten werden soll, daß die armen Kinder im Lesen, Schreiben, Catechismo und der heiligen Schrift besser als sonst geschehen, unterwiesen, und dadurch die reichen Eltern zu einem löblichen Eifer gereizt werden, ihre Kinder ebenmäßig also zu erziehen. Es soll also für die armen Kinder nicht nur das Schulgeld *) erlegt, sondern ihnen auch die erforderlichen Bücher und Schreibmaterialien angeschafft werden; auch bleibt zu des Predigers Bericht und des Directors Ermessen verstellt, Falls jemand zwar seinem Kinde wohl Speise, Trank und Kleidung reichen, aber sie nicht zur Schule

*) S. Schulgeld.

halten könnte, das Kind aus den Armen-Anstalten dazu zu halten, nur daß der Prediger dahin sehe, daß diese Ausgabe wohl angewendet werde. Es sollen auch die armen oder andere aus den Armen-Anstalten zur Schule gehaltenen Kinder nicht etwa nur so lange dahin gehen, bis sie das Vieh hüten, oder als Enke dienen können, sondern so lange, bis sie zum heiligen Abendmahl gegangen sind.

§. 7. Sobald die Armen-Kinder so weit erwachsen und unterwiesen, daß sie zum Tische des Herrn zugelassen sind, so sollen die Prediger sie genau ausforschen, wozu sie ferner tüchtig sein dürften, und da es vornehmlich bei dem Ackerbau an gehörigem Gesinde nicht fehlen muß, dafür sorgen, daß sie in dem Dorfe, woraus sie die Almosen genossen, bei einem Brodherrn sich vermietthen und demselben gebührend gehorchen. Sollte aber etwa ein Knabe zu Kriegs-Diensten oder zu einem Handwerk Lust haben, so hat der Prediger ihn mit einem Schein an den Director zu schicken, welcher denn die Verfügung deshalb zu machen wissen wird.

§. 8. Die Verpflegung des Leibes betreffend, so haben die Prediger sofort alle befindlichen Einwohner, es mögen Eigenthümer oder Miethsleute sein, in ihrem Dorfe und Filialen dergestalt, wie dieselben auf der Reihe wohnen, ohne Unterschied, ob es adliche, schriftsfähige oder amtsfähige sind, zu specificiren, und bei solcher Specification nach dem der Verordnung beigefügten Formulare gewisse Rubriken zu machen; sodann jeder in seiner Gemeinde sowohl, als in dem Filial Haus bei Haus selbst zu gehen und zu fragen, auf welche Art ein jeder seinen armen Nächsten seine Miththatigkeit bezeigen will, auch sodann solches in die Rubriken zu schreiben und davon dem Director dieser Armen-Anstalten eine leserliche Copie sofort zuzuschicken. Wenn nun mehrere sich erbieten sollten, die Armen zu speisen, als wegen deren etwaigen wenigen Anzahl möglich ist; so hat es zwar, was diese betrifft, dabei sein Bewenden und der Prediger die Bemittelten, und die noch eher baares Geld haben, als Andere, zu erinnern, daß sie ihre Gabe an baarem Gelde geben möchten; Falls jedoch ein oder anderer Einwohner so wenig zu Speisung der Armen als Abgebung baaren Geldes seiner Umstände halber sich erklären könnte, sondern erbötig wäre, zu deren Verpflegung wöchentlich etwas an Brod, Käse oder dergleichen Eswaare zu reichen, so hat der Prediger zu veranstalten, daß einer von den in dem Dorfe befindlichen Haus-Armen, der die Kräfte dazu hat, mit einem Tragkorbe nebst demjenigen, der die Almosen wöchentlich einsammelt, herum gehe, und dasjenige, was gereicht wird, auf die Pfarre bringe, allwo es der Prediger zu vertheilen, solchergestalt, daß an Gelde und Victualien eine proportionirte Gleichheit beobachtet werde.

§. 9. Wenn nun ausgemacht ist, wo die Armen Speise und Trank bekommen, so ist wegen der erforderlichen Kleidung, Haltung der Kinder zur Schule, und etwa nöthigen Ausgaben für die, welche ein Handwerk lernen wollen, auch für die erlaubten Collectanten und fremden Armen sowohl bei denen, so sich zum Geldgeben in denjenigen Dörfern, wo Haus-Arme sind, erklärt, als auch auf den Dörfern, wo dergleichen sich nicht vorfinden, das wöchentliche Sammeln der Almosen auf folgende Weise zu verrichten.

Es wird jegliches Dorf, nach Befinden der Größe, in zwei oder mehrere Theile getheilt, oder auch, wenn es aus wenig Häusern besteht, ohne Theilung gelassen, in beiden Fällen werden resp. mehrere oder eine besondere schloßhafte blecherne Büchse gemacht, mit welcher alle Montage nach der Bettstunde jeder Einwohner auf der Reihe in seinem Districte oder im ganzen Dorfe herum geht, und bei denen, welche nicht die Haus-Armen speisen, um ein christliches, beliebiges Almosen ansucht, welches dann von dem Geber selbst in die verschlossene Büchse gesteckt, darauf die Büchse von dem Sammler an den Pastor, als welcher den Schlüssel dazu hat, noch denselben Tag gebracht, und von diesem in Gegenwart des Sammlers geöffnet, das Geld nachgezählt, von dem Pastor heraus genommen und verzeichnet, die ledige Büchse aber dem nachfolgenden Einwohner höchstens den Sonnabend in derselben Woche zugestellt wird. Wenn Wittwen oder Waisen in einem Hofe wohnen, welche nicht selbst herum gehen können, müssen sie zwar mit dem Umgange verschont werden, dagegen aber dafür sorgen, daß solches durch einen andern glaubhaften

Mann geschähe. Sollte keiner von ihnen dazu erhalten werden können, so muß der Pastor dahin sehen, daß er jemanden dazu ausfindig mache, allenfalls aber durch den Spfermann den Umgang besorgen lassen. Wer sich dieses Umgangs entziehen will, giebt für jedesmal 1 Mfl. Strafe, welche auch derjenige erlegt, welcher die Büchse nicht wenigstens vor 4 Uhr des Montags Nachmittags dem Pastor einhändigt.

§. 10. Da nun zu den Superintendenten und Predigern vertrauet wird, daß sie nicht nur durch die Beobachtung dessen, so ihnen in diesem Reglement befohlen wird, die landesväterliche Fürsorge für die Armen besten Fleißes befördern helfen, sondern auch durch die ihrem Vermögen und Umständen nach zu diesen Armen-Anstalten wöchentlich zu gebenden reichlichen Almosen ihren Gemeinden ein gutes Exempel geben werden, so wird verordnet, daß sie den Anfang zum Sammeln selbst machen, wöchentlich mit collectirt werden, und, wenn sie die Reihe wieder trifft, mit dem Sammeln immer fortfahren; wozu sie denn auch ihre Spferleute auf gleiche Weise anzuhalten haben.

§. 11. Zu dem wöchentlich gesammelten Gelde muß auch dasjenige, so der Gewohnheit nach mit dem Klingbeutel, *) auch an den Quatembertagen in den Becken gesammelt wird, als welches allezeit nach geendigtem Gottesdienste nachzuzählen und genau zu verzeichnen, auch letzteres nicht mehr, wie bisher geschehen, gleich nach dem Gottesdienste zu vertheilen ist, nicht weniger, was jetzt an Armen-Geldern sich vorrätzig findet, genommen, darüber eine genaue Rechnung von dem Prediger geführt, und solche alle drei Monate, jedesmal am 21sten des laufenden Monats, dem Director dieser Armen-Anstalt zugesandt, von demselben monirt und alle Jahre gehörig abgenommen werden. **)

§. 12. Was nun von diesen Geldern wöchentlich oder monatlich oder vierteljährig den Haus-Armen, welche nicht gespeist werden, zu ihrer Nahrung, den Nackenden zur erforderlichen Kleidung, und den Kranken zur nothwendigen Pflege und Wartung zu geben ist, darüber haben die Prediger nach eines jeden in ihrer Gemeinde befindlichen Haus-Armen genau erforschten Umständen dem Director Vorschläge zu thun und dessen Determination zu gewarten, wie dann überhaupt die Versorgung der wahren Haus-Armen so reichlich, daß keiner an dem Erforderlichen Mangel leide, anbei aber so mäßig, daß keiner in Müßiggang und Muthwillen gerathe, geschehen soll.

§. 13. Es soll auch zu desto besserer Erreichung dieses landesväterlichen Vorhabens und Endzwecks der über alle verarmten Unterthanen sich in gleicher Maße erstreckenden Vorsorge den Directoren dieser Armen-Anstalten nachgelassen sein, denjenigen Dörfern, welche eine größere Last von Haus-Armen überm Halse haben möchten, als sie zu versorgen fähig sind, mit Anweisung der Gelder aus den Gemeinden, welche entweder gar keine, oder gar wenige Haus-Arme haben, zu Hülfe zu kommen, welche sodann ein Prediger dem andern, gegen sothane Anweisung und des Annehmenden Leitung, ohnfehlbar zuzuschicken hat.

§. 14. Wegen der unter den Haus-Armen befindlichen oder künftig sich noch anfindenden Kranken und deren Kur ist bereits unterm 27. Mai dieses Jahrs die Verfügung dahin gemacht, daß die Land-Physici denselben ohnentgeltlich oder einige Belohnung Rath und Hülfe ertheilen, die gebrauchten Medicamente aber, wenn die Rechnungen von dem Land-Physicus attestirt sind, von den Ober- und Beamten in den Amts-Dörfern bezahlt und der fürstl. Cammer berechnet, in den Gerichts-Dörfern aber von deren Obrigkeiten bezahlt und aus christlichem Mitleiden gegen die Armen, anbei zur rühmlichen Nachfolge des höchsten Beispiels, ebenmäßig übertragen werden sollen.

Es soll hiebei nicht nur bewenden, sondern, Falls die gedachten Haus-Armen der Gegenwart des Land-Physici unumgänglich benöthigt sind, so sollen die erforderlichen Vorspann-Pferde auf Attestat des Predigers, in dessen Gemeinde der Kranke liegt, von den Ober- und Beamten, oder deren nachgesetzten Wägten und Sograsen, sofort verabfolgt und fürstl. Cammer angerechnet werden, wobei es des Befehls

*) S. Klingbeutel-Gelder.

**) cf. Verordn. v. 24. März 1814, die Unterstützung der Armen betr., §. 3.

nicht bedürfen wird, daß die Obrigkeiten in den Gerichts-Dörfern gleiche Willfährung den Armen zu erweisen haben. *)

§. 15. Damit nun den Haus-Armen die von ihren Miteinwohnern gesammelte Beisteuer ganz allein zu Gute kommen möge, so sollen sich die in den Städten und Vorstädten befindlichen und daselbst versorgten Armen des Bettelns auf dem platten Lande durchaus enthalten, und Falls sie dennoch betreten würden, das erste Mal mit eintägigem, das andere Mal mit achttägigem Gefängniß wechselweise bei Wasser und Brod, das dritte Mal aber mit der beständigen Aufbewahrung in dem Zuchthause oder den Umständen nach mit ewiger Landesverweisung auf vorgängige abgestattete Urphede bestraft, auch Falls sie sich sodann dennoch wieder einfänden sollten, mit der Strafe, so auf die gebrochene Urphede den Rechten nach verhängt ist, belegt werden.

§. 16. Die Haus-Armen eines jeden Dorfs werden zugleich hiemit angewiesen, in keiner Stadt oder Dorfe betteln zu gehen, widrigenfalls es mit ihnen eben so gehalten werden soll, als im vorigen §. von den Armen aus den Städten verordnet ist. **)

Die §§. 17 bis incl. 23 betreffen die fremden Bettler und Collectanten; indeß sind die darin gegebenen Vorschriften durch spätere Verordnungen entweder, und zwar zum größten Theile, abgeändert, oder ausführlich wiederholt; s. Bettler — Bettler, Italienische, und sonstige Collectanten — Collection für Abgebrannte.

§. 24. Wenn nun für die verarmten Unterthanen Sorge getragen wird, auch die auswärtigen Bettler und Landstreicher gänzlich entfernt werden sollen, so erfordert die Billigkeit, daß die Haus-Armen sich mit dem, was ihnen gereicht wird, begnügen lassen und nicht in den benachbarten Landen bettelnd umherlaufen. Es wird also allen Ernstes und bei Vermeidung eben der Strafe, womit die aus den Städten auf dem platten Lande bettelnden Armen belegt werden sollen, allen Haus-Armen in den hiesigen Landen verboten, sich außerhalb Landes zum Betteln zu begeben, wie denn die auf den Grenzen stehende Wache sowohl, als auch alle Unterthanen in den Grenz-Dörfern hiermit ausdrücklich befehligt werden, Falls von benachbarten Aemtern ein oder mehrere bettelnd getroffene Arme an die Grenze geliefert werden sollten, selbige ebenmäßig von Dorf zu Dorf bis an den Director dieser Armen-Anstalten zur Bestrafung zu liefern.

§. 25. Diese Verordnung soll auf das Genaueste befolgt werden und der Director deshalb alle drei Monate Bericht erstatten. Landesf. Reglement v. 14. (20.) Decbr. 1743. ***)

Da der Bestimmung der Verordnung, daß die Eigenthümer oder Miether der Häuser die Sammlungen der wöchentlichen Almosen in Person verrichten und nur die Wittwen und minderjährigen Erben eines Hauses von dem Herumgange dispensirt sein sollen, nicht überall nachgelebt wird, so werden die, welche sich dieser Anordnung unbedachtsamer, nachlässiger oder liebloser Weise entzogen haben, ernstlich und nachdrücklich ermahnt, sich des wirklichen Herumganges künftig nicht zu schämen, noch denselben zu versäumen, sondern durch die Bewerkstelligung desselben, so oft es ihnen möglich ist und sie nicht durch Krankheit, unentbehrliche Geschäfte oder andre erhebliche Ursachen daran verhindert werden, ihre bessere, schuldigste Aufmerksamkeit auf den Dienst der Armen und den landesf. Befehl zu bezeigen. Landesf. Rescr. v. 21. Octbr. 1744. ****)

Damit die an verschiedenen Orten so gar geringen Beiträge zu den Armen-Anstalten ohne merkliche Beschwerde der Unterthanen nach und nach verbessert, und zu vorfallenden außerordentlichen Ausgaben

*) S. Kranke, arme.

**) S. Bettler.

***) Unterm 17. Decbr. 1744 ist ein landesf. Reglement wegen der Armen-Anstalten auf dem platten Lande im Fürstenthume Blankenburg und Stiftsamte Walkenried ergangen, welches indeß mit dem obigen Reglement v. 14. (20.) Decbr. 1743 wörtlich übereinstimmt.

****) Dieses Rescript bezieht sich eben sowohl auf die Städte, als auf das Land.

etwas gesammelt werden möge, soll bei angenehmen Begebenheiten, bei welchen die Leute sich fröhlich zu bezeigen pflegen, wenn jemand Hochzeit hält, oder taufen läßt, oder sein Kind zum ersten Male zum heiligen Abendmahl schickt, oder von einer schweren Krankheit genesen ist, oder einen Rechtsstreit von einiger Beträchtlichkeit gewonnen, oder eine feine Erbschaft gethan, oder einen neuen Bau aufgeführt hat, von denjenigen, die dergleichen angenehme Begebenheiten empfinden, eine milde Beisteuer von den Geistlichen jedes Orts mit freundlicher und liebevoller Ermahnung und Vorstellung des von Gott zugewendeten Guten, und der demselben dafür gebührenden Dankbarkeit, und bei mildthätiger Erweisung gegen den armen Nächsten weiter zu hoffenden Segens verlangt werden. Den dazu anzuweisenden Geistlichen sollen dergleichen Begebenheiten, bei welchen sie keine Amtsverrichtungen haben, und die sie sonst etwa nicht erfahren, bekannt gemacht werden. Landesf. Ausschreiben v. 19. Mai 1745.

Damit die wegen der milden Beisteuer bei freudigen Begebenheiten erlassene Verordnung desto zuverlässiger zur Ausübung gebracht werde, ist verordnet, daß auf Verlöbniß, Hochzeiten, Kindtaufen und dergleichen Ehrengelagen der Prediger die Anwesenden zu einer Beisteuer für die Armen kürzlich ermuntern, und darauf der Dpfermann vor den andern gewöhnlichen Sammlungen, als zum Exempel für Musikanten, Koch, Kellner und dergleichen den versammelten Gästen die Armenbüchse präsentiren, bei andern bekannt gewordenen außerordentlichen Vorfällen aber, als wenn einer einen Proceß von Beträchtlichkeit gewonnen, oder eine gute Erbschaft gethan, oder ein anderes Glück gehabt hat, zu solchen Leuten in die Häuser gehen, ihnen die Ursache seines Kommens bescheidenlich eröffnen, und sie zur Dankbarkeit für das ihnen von Gott verliehene Glück, um eine milde Gabe für ihren armen Nächsten geziemend ansprechen solle. Die Obrigkeiten sollen die Prediger sowohl, als die Dpferleute vorgesehrtmaßen *vi specialis commissionis* instruiren und darüber halten. Landesf. Ausschreiben v. 14. August 1745.

Da die Armen-Anstalten auf dem platten Lande nicht an allen Orten den erwünschten Fortgang haben und es keinem Zweifel unterliegt, daß die Sorgfalt oder Nachlässigkeit der Prediger zur Verbesserung oder Verschlimmerung der Armen-Anstalten sehr Vieles, wo nicht das Meiste beitragen könne, so werden dieselben auf pflichtmäßige und getreue Beobachtung dessen, was ihnen dieserhalb bereits aufgegeben worden, nochmals ernstlich verwiesen und noch ferner verordnet:

§. 1. Werden sämtliche Prediger auf dem Lande hiemit befehligt, ein Register über die ihrer Pfarre einverleibten Gemeinen, nach dem hiebei gehenden Formular, zu halten, solche dem Director der Armen-Anstalten zu Anfang jeden Jahrs ohnfehlbar einzuschicken, und

§. 2. darnach die wöchentlichen Sammlungen verrichten zu lassen; da denn die Collectanten diejenigen, so gar nichts gegeben, dem Prediger bei der Ablieferung des Geldes melden sollen, und hat der Prediger bei Einsendung der Quartal-Rechnungen die Namen solcher Lieblosen, sammt den Umständen, worin sie sich befinden, dem Director mit zu übergeben, um von denselben den Beitrag nachzufordern.

§. 3. Der Hauswirth hat sein Gesinde *) zu ermahnen, daß sie, wenn sie einigermaßen können, ihre Scherflein mit beitragen. Falls auch seine Kinder ihr Brod bei ihm hinlänglich verdienen, hat er auch diese, gleich dem übrigen Gesinde, zu ermuntern.

§. 4. Alle Kinder, die zum ersten Mal zum heiligen Abendmahl gelassen werden, sollen an dem Sonntage, da sie confirmirt werden, und zwar

a) der Ackerleute und Halbspänner Kinder nicht unter 2 Ggr.,

b) der Rothsaffen Kinder nicht unter 1 Ggr., und

c) der Brinkfiger und Häuslinge Kinder nicht unter 8 Pf.,

auf den Altar opfern, und dieser Beitrag soll in der Rechnung unter einer besondern Rubrik aufgeführt werden.

*) S. Gesinde, Beisteuer desselben zur Armencaffe.

§. 5. Ueberhaupt haben die Prediger nicht zu vergessen, daß sie, bereits vorgeschriebenermaßen, *) bei fröhlichen Begebenheiten, als Hochzeiten, Kindtaufen, Kirchgängen, Genesung von gefährlicher Krankheit, angefallener Erbschaft und dergleichen, diejenigen, welche solche betreffen und dadurch erfreuet worden, zur Bezeugung ihrer Dankbarkeit gegen Gott durch eine milde Gabe an ihren nothleidenden armen Bruder fleißig ermahnen und aufmuntern. Wie sie denn auch

§. 6. sowohl öffentlich in den Predigten und Katechismus-Lehren, als auch privatim in den Beichtstühlen und Häusern ihren Zuhörern und Pfarrkindern die große Pflicht der Liebe und Barmherzigkeit gegen den Nächsten fleißig anzupreisen, und dahingegen die große Verantwortung, welche auf die Lieblosen wartet, die ihre Herzen für ihren armen Nächsten verschließen, nachdrücklich vorzustellen, und dazu keine Gelegenheit zu versäumen haben.

§. 7. Obgleich das, was die Prediger hierunter thun, ein nothwendiges Stück ihrer Amtspflicht ist, von deren Ausrichtung sie demnächst Gott genaue Rechenschaft thun müssen, auch wohl zu glauben ist, daß viele derselben, hoffentlich alle, diejenigen Bemühungen, welche sie bei den Armen-Anstalten zur Ehre Gottes und zur Erquickung der Armen anwenden, ohne alle eigennützige Absicht mit willigem und freudigem Herzen verrichten werden; so soll ihnen dennoch, Falls sie nicht selbst ein Anderes wollen, auch nicht zugemuthet werden, daß sie solche Arbeit fernerhin ganz umsonst thun sollen. Dahero

§. 8. sollen vorerst die Prediger, für ihre zur Aufnahme der Armen-Anstalten anzuwendende Mühe und Sorgfalt, zur Vermehrung ihres Gehalts aus den Einkünften der Kirchen jährlich so viel bekommen, als der 20ste Theil der in jeder Gemeinde in jeglichem Jahre gesammelten Armen-Gelder ausmacht, und haben diejenigen Prediger, aus deren Kirchen dieser Beitrag, wegen ihres Unvermögens, nicht erfolgen kann, solches binnen 6 Wochen a die insinuationis dieser Verordnung, sub poena silentii, zu melden.

§. 9. Dahingegen werden diejenigen Prediger, welche, wider besseres Verhoffen, ihrer Schuldigkeit wie sich gebührt, vorgeschriebenermaßen kein Genügen leisten, dafür desto nachdrücklicher angesehen werden. Landesf. Verordn. v. 5. Novbr. 1748.

*) Verordn. v. 10. Juni 1713. — 11. Juli 1717. — 24. Juli 1724. — 14. August 1724.

Formular des Gemeinen-Registers.

Dorfschaft	Hauswirth	Hausfrau	Kinder über 14 Jahre		Kinder unter 14 Jahren		Gemeinethete Knechte und Enten	Gemeinethete Mägde
			männl.	weibl.	männl.	weibl.		
Ackerleute:								
Rothsassen:								
Brinkfeger:								
Hauslinge:								

Die in dem 25. §. des Reglements, die Armenanstalten auf dem platten Lande betreffend, befohlenen Berichte sollen hinführo nur mit Ablauf jeden Jahres von den Armen-Directorien erstattet, prompt ohne alle Saumseligkeit eingesendet, und denselben die abgenommenen Jahresrechnungen jeden Orts nebst einem aus diesen sämmtlichen Rechnungen zu verfertigenden General-Extract *) beigefügt werden. Landesf. Ausschreiben v. 7. April 1758.

Die Prediger, welche künftig angestellt werden, sollen auf die ihnen durch die Verordn. v. 5. Novbr. 1748. §. 8. für ihre Bemühungen zur Aufnahme der Armen-Anstalten verwilligte Einnahme verzichten und die Armen-Rechnungen unentgeltlich führen. Landesf. Rescr. an fürstl. Consistorium v. 18. Febr. 1771 und Rescr. des fürstl. Consistorii v. 6. März 1771.

Den sämmtlichen Predigern auf dem platten Lande ist die Verordn. v. 5. Novbr. 1748 wegen Einsammlung der Armengelder auf dem platten Lande und der Haltung der Register über ihre Eingepfarrten in Erinnerung gebracht, und sollen die Obrigkeiten, in so fern ihnen die Direction der dasigen Armen-Anstalten anvertrauet ist, für die bessere Aufnahme derselben sorgen, insbesondere der Bettelei mit Ernst steuern und wenn die Prediger der vorgedachten Verordnung nicht nachkommen, mit dem Klingbeutel und den Armengeldern nicht gehörig verfahren und besonders die Gemeinen-Register, wonach die Sammlung geschehen soll, nicht ordentlich führen und zu Anfange jeden Jahres an die Obrigkeiten einliefern, davon Serenissimo Anzeige machen. Landesf. Rescr. v. 15. Mai 1804.

Auf landesf. Befehl soll den sämmtlichen Landpredigern, mit Bezug auf die an dieselben unter dem 5. Novbr. 1748 erlassene Verordnung, eröffnet werden; wie Serenissimus mißfälligst vernommen, daß ein großer Theil derselben, wenngleich verschiedene hierin eine rühmliche Ausnahme machten, die mit ihrem Amte in so genauer Verbindung stehende pflichtmäßige Sorge für das Armenwesen in ihren Gemeinen bis anhero sehr vernachlässigt, und insbesondere den Inhalt obiger Verordnung, so viel die wöchentlichen Sammlungen des Armengeldes, die des Behufs erforderliche Eintragung der in ihre Pfarren einverleibten Gemeinen in besondere Register, und deren Einsendung an den Director der Armen-Anstalten angeht, nicht befolgt, ja oft die Aufbewahrung und Berechnung der eingekommenen Armengelder ohne gehörige Aufmerksamkeit besorgt habe, wodurch denn die Armen-Anstalten sehr zurückgekommen, wenigstens nicht dahin gebiehn wären, wohin sie längst gebiehn sein müßten, wenn die Prediger hierin überall ihre Schuldigkeit gehörig beobachtet hätten, und dann, da hierunter nicht länger nachgesehen werden könne, auch der jetzige Wohlstand des platten Landes zu der Erwartung eines reichlichern Ertrags des Armengeldes berechtige, wenn auf das Einsammeln der wöchentlichen Beiträge pflichtmäßig gehalten werde, wodurch es nur möglich werden dürfte, der überhand nehmenden Bettelei auf dem Lande zu steuern, und doch dabei den gerechten Ansprüchen, welche die Armen jeder Gemeinde auf die Unterstützung ihrer vermögenden Miteinwohner haben, ein Genüge zu leisten; zugleich befohlen, daß die sämmtlichen Landprediger der oben allegirten Verordnung bei Vermeidung schwerer Verantwortung künftighin aufs Genaueste nachkommen, also die Einsammlung der Armengelder sich äußerst angelegen sein lassen, die Register über ihre Eingepfarrten mit aller Sorgfalt führen, die Sammlung danach besorgen lassen, und diejenigen, die dazu beizutragen verweigern, durch vernünftige Vorstellungen und Belehrungen dazu zu bewegen suchen, auch, wenn diese fruchtlos blieben, dem Director der Armen-Anstalten die Renitenten anzeigen, ferner jährlich die Register demselben ordnungsmäßig einsenden, auch vorschriftsmäßig gleichfalls darauf achten sollen, daß die §. 4. der oben erwähnten Verordnung bestimmten Armengelder von den Confirmanten entrichtet werden, desgleichen, daß sie bei feierlichen und frohen Gelegenheiten, wo sie selbst zugegen sind, mit wenigen den Vermögenden zu rechter Zeit aus Herz gelegten Worten, selbige zur Mildthätigkeit auf-

*) Durch das landesf. Ausschreiben v. 25. Januar 1760 ist ein Schema zu diesen Extracten vorgeschrieben.

fordern, auch in ihren Predigten, wo sich dazu eine Veranlassung findet, die Verpflichtung zur Abgabe an die Armen, und die Nothwendigkeit und den Nutzen einer gut eingerichteten Armen-Anstalt ihren Gemeinen begreiflich machen, und überhaupt keine Gelegenheit versäumen sollen, über diese Gegenstände vernünftige Begriffe zu verbreiten, und ihre Gemeinen auf diese Art zu einer vernünftigen Wohlthätigkeit zu leiten, wobei Serenissimus auch noch bemerkt hat, wie zu den Landpredigern vertrauet werde, daß, da auch sie größtentheils durch die verbesserte Acker-Cultur und die gestiegenen Getreidepreise sich in ihrer Einnahme merklich verbessert hätten, sie diesen Theil ihrer Amtspflichten hinführo unentgeltlich übernehmen, und also auf das in dem §. 8. der mehrangezogenen Verordnung vom Jahre 1748 ihnen bestimmt gewesene Accidenz, in sofern dieselben nicht bereits darauf Verzicht geleistet haben, weiter keinen Anspruch machen würden; so soll den Superintendenten, und durch dieselben hinwiederum den ihnen untergebenen Predigern ein Exemplar dieses Circular-Ausschreibens zugesertigt, und ihnen die genaueste Befolgung der darin enthaltenen landesfürstl. Vorschriften gemessenst aufgegeben werden. Rescr. d. Conf. v. 16. Juni 1804.

cf. Verordn. v. 24. März 1814, die Unterstützung der Armen betr. — Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 9. April 1818. (Bege I. p. 4.) — Rescr. herzogl. Cammer v. 6. Octbr. 1830. (Bege II. p. 40.) — Rescr. herzogl. Cammer v. 20. Octbr. 1832. (Bege III. p. 8.)

Armen-Anstalten in den Städten. *)

Zum Besten des nothleidenden Nächsten ist eine gleiche Einrichtung, wie das landesf. Ausschreiben v. 14. August 1745. **) wegen der Sammlungen milder Beisteuern bei frohen Begebenheiten auf dem Lande vorschreibt, auch für die Städte angeordnet und sind die Armen-Directorien jeglichen Orts befähigt, sich hiernach zu achten, und was den Armen-Anstalten solchergestalt künftighin zufließen wird, unter der Rubrik:

Außerordentliche Einnahme

zu berechnen. Die Obrigkeiten jedes Orts aber sind angewiesen, diejenigen von vorgedachten Fällen, welche sie als Obrigkeit wissen und erfahren, und bei welchen die Geistlichen keine Amtsverrichtungen haben,

*) In den meisten Städten bestanden schon in älterer Zeit besondere, landesf. bestätigte Reglements in Betreff der Armen-Anstalten, als z. B. Ordnung des Armen-, Waisen-, Zucht- und Werkhauses in Braunschweig v. Jahre 1677. — Vorläufiges Reglement wegen Einsammlung der Almosen in Braunschweig v. 25. Juni 1742. — Landesf. Declaration v. 29. Juli 1742, daß aus den Beisteuern zu den Armengeldern in Braunschweig niemals ein Erbengins oder dergleichen gemacht werden solle. — Landesf. Declaration v. 14. Octbr. 1742, daß die Armengelder in Braunschweig nicht zu Tage- und Arbeitslohn der Wollfabrik gebraucht werden sollen. — Reglement v. 5. April 1743, wegen Einsammlung der Almosen in Wolfenbüttel. — Reglement wegen Einsammlung der wöchentlichen Almosen in Schöppenstedt, v. 21. Febr. 1744. — Reglement wegen Einsammlung der wöchentlichen Almosen in Schöningen, v. 20. Mai 1744. — Gnädigstes Reglement wegen Einsammlung der wöchentlichen Almosen in der Stadt Königslutter, Oberlutter und dem Kloster-Districten, v. 4. Juli 1744. — Gnädigstes Reglement wegen der Armen-Anstalten in der Stadt Gelmsfeldt, der Neumark, dem Osterdorfe und dem Bezirke des Klosters Marienberg v. 10. Aug. 1744. — Landesf. vorläufiges Reglement wegen Einsammlung der öffentlichen Almosen in der Stadt Seesen, v. 29. Aug. 1744. — Vorläufiges Reglement wegen Einsammlung der Almosen in der Stadt Blankenburg, v. 17. Decbr. 1744. — Anderweitige gnädigste Verordnung, das Armenwesen in der Stadt Braunschweig betr., v. 26. Novbr. 1772. — Landesf. Reglement in Ansehung der Armen vom Militairstande, v. 6. Octbr. 1773. — Ordnung und Regeln, wonach die Hospitalisten in dem neuen, großen Armen-Institute zu Wolfenbüttel sich zu verhalten und darauf ihr Angeldbniß zu thun haben, v. 1. Octbr. 1787. — Indes sind diese Reglements theils durch später ergangene ganz aufgehoben, theils durch neuere Einrichtungen bei den Armen-Anstalten in den Städten wesentlich verändert; die zu erwartenden städtischen Statuten werden hierüber das Erforderliche enthalten.

**) S. Armen-Anstalten auf dem platten Lande.

haben, und die sie sonst etwa nicht erfahren, sowohl den Directoren der Armen-Anstalten, als dem Geistlichen, in dessen Kirchspiele der Fall sich begeben hat, bekannt zu machen. Die Geistlichen sollen sodann, wenn ihnen obbemeldete freudige Begebenheiten durch die Anzeige der Obrigkeit, oder eigene Amtsverrichtungen dabei, oder sonst bekannt werden, obgeordnete Ermahnungen zu thun nicht versäumen. Landesf. Verordn. v. 28. Decbr. 1746, welche den wöchentlichen Sammlungsbüchern beigeheftet werden soll. (Br. Anz. v. Jahre 1747. Nro. 6.)

Die Armen-Anstalten in den Städten sollen von dem Nachlasse derer, die ohne Descendenz versterben, jedesmal dasjenige, was der Verstorbene aus den Armen-Anstalten genossen hat, mit dem Interfurio deduciren, und das Uebrige desselben nächsten Verwandten verabsolgen lassen. Landesf. Verordn. v. 17. Juni 1751.

Es soll bei dieser Verordnung sein Bewenden haben, und wenn der Verstorbene zwar keine Kinder, jedoch aber einen Ehegatten nachgelassen hat, soll diesem, wie jenen, in so fern ihm die Rechte nicht im Wege stehen, der Nachlaß gelassen werden. Da aber angemerkt worden, daß Leute, wenn sie der Armen-casse lange genug zur Last gewesen, unvermuthet von selbst sich des Armengeldes begeben, um solchergestalt der Casse die zu hoffende Schadloshaltung aus ihrem Nachlasse zu entziehen, und mit einem hohen Sarge begraben zu werden, da sonst diejenigen, welche die Armen-Anstalten begraben lassen, nur einen platten Sarg bekommen; so ist ferner verordnet, daß die Erben solcher Personen, wenn es auch gleich deren Kinder oder Ehegatten wären, dennoch von dem Nachlasse dasjenige, was der Verstorbene genossen, wieder bezahlen, auch diese sowohl, als alle anderen Hinterbliebenen, wenn sie die bis daher noch tolerirte Beerdigung mit einem hohen Sarge verlangen, den Armen-Anstalten für die Concession einen Thaler erlegen sollen. Landesf. Declarat. v. 17. Juli 1751.

Wegen des Einsammelns des Armengeldes s. Landesf. Rescr. v. 21. Decbr. 1744 unter: Armen-Anstalten auf dem Lande.

Wegen der Stadt Braunschweig cf. Verordn. v. 6. Febr. 1815, die verbesserte Einrichtung der Armen-Anstalten daselbst betr.

Armen-Anstalten zu Braunschweig, die von denselben den Armen anvertrauten Sachen.

Niemand soll sich unterstehen, von den Armen zu Braunschweig weder Flachs oder Wolle, vielmehr aber die denselben unentgeltlich anvertrauten mit A. W. bezeichneten Spinn- und Wollräder oder Haspel, bei Strafe dreifacher Ersetzung, auch nach Befinden willkürlicher Leibesstrafe, an sich zu kaufen, in Versuch zu nehmen, oder dadurch sich auf eine oder die andere nur zu erdenkende Weise jemals bezahlt zu machen, indem oberwähnte Strafe ohne einige Nachsicht, oder Annehmung einiger Entschuldigung an den Uebertretern vollzogen werden soll. Avertissement aus fürstl. Geh.-Canzlei v. 2. Decbr. 1773. *) (Br. Anz. vom Jahre 1773. Nro. 96.)

Auf höchsten Special-Befehl ist jedermann aufs Neue gewarnt, dem Avertissement v. 2. Decbr. 1773 aufs Genaueste nachzuleben, und sich hierunter nichts zu Schulden kommen zu lassen, auch sich zu hüten, daß er auf die den Armen in Braunschweig ertheilten Geldbücher etwas leihe, oder selbige an sich nehme, und sich dadurch in Rücksicht seiner an den Armen etwa habenden Forderungen bezahlt zu machen; es wäre denn, daß er zuvor die schriftliche Einwilligung des Deputirten, zu dessen Gemeinde der Arme gehört, dazu erhalten hätte; immaßen oberwähnte Strafe auf das unerlaubte Versehen der Armen-Geldbücher zugleich erstreckt werden soll. Avertissement des fürstl. Armen-Directorii in Braunschweig v. 7. April 1786. (Br. Anz. v. Jahre 1786. Nro. 35.)

*) Dieses Verbot ist nachher mehrmals in Erinnerung gebracht.

Die von der Militair-Unterstützungscommission den Militair=Armen gegebenen Betten und sonstigen Effecten sind mit höchster Erlaubniß mit dem Zeichen

F.
M. U.
C.

 gestempelt, und ist von Serenissimo den Magistraten zu Braunschweig und Wolfenbüttel re- scribirt worden, daß derjenige, welcher dergleichen gestempelte Effecten kauft, oder als Pfand annimmt, zur unentgeltlichen Herausgabe verurtheilt werden solle. Bekanntmachung der Militair-Unterstützungscommission zu Braunschweig v. 14. Novbr. 1805. (Br. Anz. v. 1805. Nro. 95.)

Damit der Verkauf, die Verpfändung und alle heimliche Verschleppung der den Armen anvertrauten Sachen gänzlich verhütet und dieselben als ein unverlegliches Depositum der öffentlichen Wohlthätigkeit angesehen und betrachtet werden, so ist in mehrerer Beziehung auf das Avertissement v. 2. Decbr. 1773 und ein solcherhalb an den Stadtmagistrat zu Braunschweig unterm 9. Novbr. 1786 erlassenes Rescript verordnet, daß

1. alle den eingezeichneten Armen eingegebenen Kleidungsstücke, Betten, Matrasen, Decken, Wäsche und Hausgeräth, auch Flachz, Wolle und selbst das ihnen ausgetheilte Brod völlig dem bürgerlichen Verkehr entzogen und die Armen-Anstalten befugt sein sollen, solche Sachen und Effecten als ihr Eigenthum von jedem dritten Besitzer ohne Erstattung des Kaufgeldes, Pfandschillings, oder sonstigen Werths zurückzufordern, wie denn

2. diejenigen, welche mit dem Stempel der Armen-Anstalten, nämlich: AN versehene, oder offenbar versehen gewesene Sachen angekauft, als Pfand angenommen, oder sonst, ohne sofortige Anzeige an das Armen-Directorium oder an einen der Armenpfleger, in ihre Verwahrung genommen haben, außer der unentgeltlichen Zurückgabe der Sachen und Effecten den Umständen nach auf das Nachdrücklichste, an Vermögen oder mit Gefängniß, die Trödlere, welche sich dessen schuldig machen, mit dem Verluste ihrer Concession und die Juden mit der Entziehung des Schutzes bestraft werden sollen; daher denn

3. jedermann hiermit gewarnt wird, von der ärmern Volksclasse Kleidungsstücke, Hausgeräth, Linen oder Betten und dergleichen anzukaufen, indem er die Vermuthung, daß diese Sachen Eigenthum der Armen-Anstalt sind, gegen sich hat. Landesf. Verordn. v. 16. Novbr. 1805.

S. auch: Leihhaus zu Braunschweig, §. 33.

cf. Bekanntmachung der herzogl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 11. Februar 1833. (Br. Anz. v. 1833. Nro. 38.)

Armen=Arbeits-Anstalten zu Braunschweig.

Diese haben den 6. Decbr. 1773 ihren Anfang genommen; s. Br. Anz. v. 1774. Nro. 2.

Die Bestrafung aller daran theilnehmenden Armen und mit Freischulen versehenen Kinder, ist in Verbrechen, die sich zu den Armen-Anstalten und deren Einrichtung qualificiren, und dieselben unmittelbar angehen, zur Erhaltung der nöthigen Ordnung, dem Armen-Directorio überlassen worden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig, v. 2. Decbr. 1773.

Armen=Atteste.

Die Prediger sollen sich enthalten, dergleichen auszufertigen, weil jede Gemeinde ihre Armen erhalten muß. Fürstl. Consistorial-Ausschreiben v. 25. Febr. 1705.

Den Predigern ist nochmals ernstlich eingebunden, daß sie sich der Austheilung der Armen=Atteste und Recommendationen oder Bittbriefe, um damit im Lande bettelnd herumgehen zu können, gänzlich enthalten, und also sich der deshalb gemachten Verordnung v. 25. Febr. 1705 gemäß bezeigen sollen, als lieb ihnen andere deshalb zu machende unangenehme Verordnung zu vermeiden sein wird. Fürstl. Consist. Rescr. an die General-Superintendenten v. 29. Januar 1712.

Ein Gleiches ist in Ansehung der Prediger in Braunschweig verordnet durch das Rescript an das geistliche Gericht daselbst v. 12. April 1717.

Wegen der Armen-Atteste in Processen, s. Armen-Recht.

Armen-Cassen.

S. Armen-Anstalten auf dem Lande, insbesondere: landesf. Ausschr. v. 7. April 1758. — landesf. Rescr. v. 18. Febr. 1771. — Consistor. Rescr. v. 16. Juni 1801.

cf. Verordn. v. 24. März 1814, die Unterstützung der Armen betr., §. 3. — Rescr. fürstl.

Gammer-Colleg. v. 9. April 1818. (Bege I. p. 4.) — Rescr. fürstl. Cammer-Colleg. v. 16.

August 1818. (Bege III. p. 4.) — Rescr. fürstl. Geh. Raths-Colleg. v. 4. Decbr. 1818.

(Bege I. p. 100.)

Armenfundation zu Bevern.

Auf den Antrag Sr. Durchlaucht des Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg-Bevern Carl Friedrich Ferdinand sind der von Höchstenselben errichteten Armenfundation zu Bevern die Rechte der *piarum causarum* beigelegt worden. Landesf. Verordn. v. 28. Mai 1801.

Armengeld, Einsammeln desselben.

S. Armen-Anstalten auf dem Lande.

Armen-Institute.

S. Armen-Anstalten.

Armenkasten-Vorsteher.

S. Vorsteher und Rechnungsführer bei Kirchen, Hospitälern und Armenkasten.

Armenknaben, von den Waisenhäusern und Armen-Anstalten unterhaltene.

Wegen der Knaben, welche aus den Armen-Anstalten erhalten, und theils bei solche Handwerker gegeben werden, wobei sie als Gefellen nicht viel verdienen können, und also nur gar zu oft den Armen-Anstalten zur Beschwerde zurückfallen, ist verordnet: daß 1) auf dem platten Lande zwar nach wie vor den Einwohnern unverwehrt sein solle, arme Knaben zu sich zu nehmen, und zur Erleichterung der Armen-Anstalten gegen Reicheung des Unterhalts derselben sich bei ihrem Ackerbau und Haushalt, jedoch mit Beobachtung der Land-Schulordnung, zu bedienen; wenn aber die Knaben aus den Armen-Anstalten unterhalten werden und zu einem Handwerk taugen, sollen sie 2) solches lernen; Falls jedoch ein oder der andere wegen Gebrechlichkeit kein Handwerk lernen könnte, so ist ihm wenigstens so viel beizubringen, als er nach Beschaffenheit seines Zustandes lernen kann. 3) Sollen die Armenknaben, so bald sie confirmirt sind, zum Handwerk gebracht werden, und ist ihnen fernerhin nicht mehr zu gestatten, die Erlernung des Handwerks so lange auszusetzen, bis sie zu mehreren Kräften gelangen. 4) Diejenigen Knaben, welche zu starker Arbeit nicht geschickt sind, sollen eines der Handwerke lernen, bei welchem keine schwere Arbeit erfordert wird, dahingegen die Knaben, welche starke Arbeit verrichten können, vorzüglich bei Drechsleyn, Gärtnern, Gelbgießern, Kammachern, Schmieden, Salaunmachern, Rothgießern, Seisengießern, Pfeifenmachern und dergleichen anzubringen sind, und ist hiebei eine Designation der theils leichten, theils schweren Handwerke communicirt, *) damit desto eher eines gewählt werden kann, wenn dergleichen Fälle vorkommen. 5) Hat es dabei sein Bewenden, daß die Gilde-praestanda der angehenden Lehrknaben von dem Meister entweder bei Anfang oder Endigung der Lehrjahre vorgeschossen, oder auch

*) Diese Designation besteht in einem Verzeichnisse der bekannten Handwerke nach alphabetischer Ordnung.

allenfalls creditirt, und von den Knaben nachher wieder abverdient werden. *) 6) Da auch auf dem platten Lande kein anderes, als das Leineweber-Handwerk gelernt werden kann, **) so sollen die Armen-Directoren, wenn die Knaben ein anderes Handwerk lernen wollen, mit den Magistraten einer benachbarten Stadt sich deshalb in Correspondenz setzen. 7) Von den unehelichen Knaben, oder solchen, von deren ehrlicher Geburt keine Nachricht vorhanden, sollen die Armen-Directoren ad Serenissimum ex officio berichten, damit Serenissimus denselben dem Befinden nach mit der Legitimation zu statten kommen könne. Landesf. Aussch. v. 8. August 1755. ***)

Diejenigen auf Kosten der Waisenhäuser und Armen-Anstalten erzogenen Lehrknaben, welche sich gelüsten lassen, muthwilliger Weise aus der Lehre zu laufen, um vor geendigten Lehrjahren sich entweder als Soldaten engagiren zu lassen, oder wohl gar auf den benachbarten Dörfern als Gänsehirten und dergleichen sich zu vermiethen, sollen die Obrigkeiten, unter deren Gerichtszwange sie sich betreten lassen, Falls in den Braunschweigischen Anzeigen deren Enweichung aus der Lehre nebst beigefügten Umständen der Statur, des Alters, der Kleidung und so ferner ersehen worden, sofort ohne einige weitere Requisition zur Haft bringen und gehörigen Orts wieder abliefern lassen. Landesf. Aussch. v. 6. Juli 1756.

E. auch: Armen-Anstalten auf dem Lande, insbesondere: Reglement v. 14. (20.) Decbr. 1743, §. 5. seqq.

cf. Verordn. v. 21. März 1814, die Unterstützung der Armen betr., §. 4. Nro. 3.

Armen-Knaben, Ein- und Ausschreibe-Gebühren derselben bei den Gilden.

E. §. 65 der Gewerbe- und Gilde-Ordnung v. 29. Octbr. 1821, wodurch die ältern Bestimmungen abgeändert sind.

Armen-Krankenhaus zu Braunschweig.

Wegen der Errichtung des Armen-Krankenhauses zu Braunschweig waren durch die landesf. Verordn. v. 7. April 1758 die vorläufigen Verfügungen gemacht, indeß ist dasselbe erst unter der Regierung des Herzogs Carl Wilhelm Ferdinand durch einen hinlänglichen Fonds dauerhaft begründet.

Nachdem das neu erbaute Hospital zu Braunschweig in solchen Stand gesetzt ist, daß nicht nur die aus den dasigen öffentlichen Armen-Anstalten bisher theils in dem Siechenhause zu St. Leonhard, theils in Privathäusern mit nicht geringer Unbequemlichkeit verpflegten und curirten Kranken in dasselbe zusammen gebracht werden, sondern auch andere Einwohner der Stadt und Lande die Freiheit haben sollen, sich dieser Hospital-Anstalt für sich selbst zu bedienen, oder für ihre kranken Angehörigen und respective Bedienten zu nutzen, wenn sie sich dieserhalb zuvor bei dem Condirector derselben werden gemeldet, und einen Receptionsschein von demselben empfangen haben; so wird solches bekannt gemacht. Diejenigen Privaten, die sich dieser Anstalt bedienen wollen, zahlen für jegliche Person täglich eines für alles vier Gutegroschen, wofür sie die gänzlich freie medicinische und chirurgische Cur, Verpflegungen, Arzneien, ihrem Zustande angemessene Speisen und Getränke, Feuerung und Licht, Wartung, auch wo die Umstände es nöthig machen, Nachtwache erhalten. Vom Schlage gelähmte, mit der fallenden Sucht behaftete, oder blöde- und wahnsinnige Kranke aber werden in dieses Hospital nicht aufgenommen. Avertissement v. 27. Septbr. 1780. (Br. Anz. desselben Jahrs im 78sten Stück.)

cf. Verordn. v. 5. Juli 1826, das bei der Behandlung armer Kranken u. zu beobachtende Verfahren betr., §. 7.

*) cf. Gewerbe- und Gilde-Ordnung v. 29. Octbr. 1821. §. 65.

**) cf. Ebendaß. §. 17.

***) Unter demselben Datum ist ein gleichlautendes landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig ergangen.

Armen-Rechnungen.

C. Armen-Cassen.

Armen-Recht.

Der Armuth soll die Justiz ohn Entgelt administriert und niemand leichtglisch mit dem juramento paupertatis deswegen belegt werden. Landt. Absch. v. 10. Octbr. 1682. Art. 9.

Die *causae pauperum* sollen nicht ohne Unterschied angenommen, sondern von denen, die das Armen-Recht verlangen, vor allen Dingen eine kurze summarische schriftliche Delineation ihres angeblichen Rechts nebst den dazu gehörigen Documenten übergeben, oder wenn die Sache vor den Untergerichten haftet, an dieselben um Bericht geschrieben werden. Im Falle nun daraus *praevia aliquali causae cognitione* erscheint, daß die erhobene Klage haufällig und unbegründet, und nur *ex malitia* andern zum Verdruß und Schaden movirt und getrieben werden wollte, so sollen sie damit abgewiesen, im Gegensall aber, und da sie der Sachen Fug haben, der Proceß verstattet, das *juramentum paupertatis* von ihnen angenommen, und mit Adjunction der Procuratoren und anderer rechtmäßigen Verordnung der Gebühr verfahren werden. Kanzlei-Ordn. Art. 31.

Der Eid, den die, welche solches suchen, schwören müssen, ist vorgeschrieben ebendas. p. 47. Nro. VIII. und in der Hofger. Ordn. Tit. XXIV. *)

Wenn die Parteien eine glaubhafte schriftliche Urkunde von dem Gerichte des Orts, wo sie ansässig sind, produciren, alsdann und nicht eher sollen sie zum Eide der Armuth gelassen und mit Advocaten und Procuratoren versehen werden. Die Sachen dieser armen Parteien sollen unter die Advocaten und Procuratoren gleichmäßig vertheilt werden und diese verpflichtet sein, bei Strafe der Amts-Entsetzung, die Sachen ohne Widerrede anzunehmen und darin nicht mit wenigerm Fleiße, als in andern Partei-Sachen zu handeln. Hofger. Ordn. Tit. XV. §. Damit nun ic.

Die armen Parteien sollen auf keine Weise aufgehalten und zurückgesetzt werden. Ebendas. §. Es sollen auch ic.

Die Sachen derer, welche das Armen-Recht suchen, sollen geprüft, die Güte in aller Maaße darin versucht, wenn aber dieselben nicht gut befunden werden, so soll das Armen-Recht den Parteien nicht weiter angebeihen. Ebendas. §. Jedoch werden ic.

cf. Berordn. v. 9. Febr. 1814, die Gerichts-Sporteln betr., §. 10 und 11. — Landesf. Rescr. v. 17. Mai 1815. (Bege I. p. 115.) — Rescr. fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 26. Octbr. 1817. (Bege I. p. 165.) — Berordn. v. 30. Januar 1823, die den armen Parteien in ihren Proceßsachen bewilligte Befreiung vom Briefporto und von andern Gebühren betr. — Rescr. herzogl. Landes-Gerichts v. 1. Juli 1827. (Bege II. p. 107.) — Ober-Appell. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §. 140.

Armen-Wachen.

C. Bettler.

Armen- und Begebesserungs-Gelder.

C. Testamente, Ehestiftungen, Vergleiche, Kauf- und andere Contracte.

*) Dieser Eid ist außer Gebrauch gekommen; s. Rescr. herzogl. Landes-Gerichts v. 1. Juli 1827. (Bege II. p. 107.)

Arrest.

Mit Arrest soll nicht so schleunig, — in streitigen und bedenklichen Sachen aber damit vor gütlicher oder rechtlicher Erörterung gar nicht verfahren werden. Salz Dahl. Landt. Absch. v. 3. Juni 1597. Art. 48. *)

Es soll keiner den andern weder an seinem Leibe noch Gute bekümmern und in Arrest oder Verbot beschlagen lassen, sondern wer den andern zu besprechen hat, soll dasselbe mit ordentlichen Rechten thun, und sein Recht nicht mit Kummer noch ab executione anfangen; es wäre denn, daß einer wegfertig oder flüchtig wäre, und also in ein anderes Gericht weichen und hinziehen, und gleichwohl nicht so viel hinter ihm an liegenden oder sonst gewissen Gütern verlassen würde, daß sich der Kläger daran zu halten hätte; oder daß ein forensis, ausländischer und in hiesigem Fürstenthum und Landen nicht Besessener mit hiesigen Unterthanen in hiesigen Gerichten contrahirt, oder bei Handwerksleuten sonst etwas hätte verfertigen und machen lassen, und gleichwohl dasselbe nicht bezahlt hätte, noch auf Erinnern bezahlen wollte; oder aber, so ein Fremder hiesigen Unterthanen was schuldig wäre, und denselben von jenes Obrigkeit das Recht und die Justiz verweigert oder verzögert würde, und ihm also zu seiner Befugniß und Gerechtsame nicht verholffen werden wollte; oder, wann es eine Erbschaft oder andere fahrende Habe belangen würde, die vermuthlich von dem Inhaber derselben verrückt oder alienirt werden möchte. Desgleichen mag ein Gast wegen schuldiger Zehrung, wie auch ein Zinsmann, der hinweg will ziehen, wegen des versessenen Zinses von einem Hause, Hofe, Acker, Wiesen oder andern Gütern wohl angehalten, oder das Seine bekümmert werden. Außer diesen Fällen soll kein Arrest verhängt werden, es wäre denn, daß derselbe vom Richter aus rechtmäßigen, beweglichen Ursachen verstatet und zugelassen würde. Hofger. Ordn. Tit. LXXX.

Der Magistrat zu Braunschweig soll die zur Stadt kommenden Bauern, die jemanden der Bürger womit verwandt, es sei die Sache liquide oder illiquide nicht sofort mit Arrest belegen, ihnen Pferde oder Wagen, auch wohl gar beides zugleich anhalten lassen, und mit der Execution nicht so voreilig verfahren, sondern Falls ja ein oder anderer jemanden von den Bürgern verhaftet, und die Sache zu des Magistrats Cognition gelangt, selbige auch dahin gehörig, soll derselbe ohne alle überflüssige Weitläufigkeit, jedoch *legaliter et juxta ordinem et naturam processus* darin procediren, und allenfalls die Execution der erkannten *judicatorum* mittelst gewöhnlicher *subsidualium* bei des *debitoris* ordentlicher Gerichts-Obrigkeit Inhalts des §. 48 des Landtags-Absch. v. 1597 suchen. Fürstlicher Justiz-Canzl. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 14. April 1725.

Der Passus der Untergerichts-Ordnung zu Braunschweig vom Jahre 1677. Cap. 24, nach welcher ein Fremder, welcher in der Stadt contrahirt und die Zahlung daselbst versprochen hat, selbige aber nicht leisten will, an seinem Leibe und Gute ganz wohl bekümmert werden kann, ist nach dem Sinn der fürstl. Hofgerichts-, Canzlei- und Landes-Ordnung nach dem Landtags-Abschiede vom Jahre 1597 dahin interpretirt, daß unter dem Namen der Fremden bloß diejenigen zu verstehen, die in andern Landen ange- sessen und anderer Herrschaften Unterthanen sind, und ist dem zufolge der Magistrat zu Braunschweig befehligt, keine Arreste über die Einwohner hiesiger Aemter und anderer Landesstädte in *causis civilibus* zu verhängen, sondern daforne jemand von selbigen einem Bürger zu Braunschweig verhaftet und die Sache vor den Magistrat kommt, auch dahin gehörig ist, darunter zwar ohne Weitläufigkeit, jedoch nach Maßgebung der Landesgesetze zu verfahren, und allenfalls die Execution des *judicati* gehörigen Orts per *subsidiales* zu suchen. Landesl. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 2. August 1732.

Jemanden an seinem Leibe oder Gute bekümmern oder arrestiren zu lassen, soll Bürgern und Fremden gestattet sein, aber nur in folgenden Fällen: §. 1. a) Wenn jemand, der hier zu bezahlen schuldig ist,

*) S. auch: Landtags-Absch. v. 10. Octbr. 1601. Art. 2.

sich aus der Stadt wegbegeben wollte, und seinem Gläubiger wegen der Bezahlung nicht vorher hinlängliche Sicherheit zu schaffen vermögend wäre, b) wenn ein Miethsmanu vor bezahlter Miethe aus dem Hause ziehen wollte; c) wenn ein Fremder mit Fremden allhier contrahirt, und die Zahlung allhier versprochen, oder ein Debitor *foro competenti* renunciirt und sich allen Gerichten, wo er angetroffen würde, unterwürfig gemacht, d) wenn jemand in Anspruch zu nehmen, der nirgend wohnhaft oder angeessen, sondern nur von einem Orte zum andern zieht. §. 2. So viel die in hiesigen Landen angeessenen Bauersleute anbetrifft, welche mit Bürgern dieser Stadt contrahiren, so sollen dieselben zwar wegen ihrer contrahirten Schuld, Falls die an dieselben gemachte Forderung einigermaßen von hiesigen Bürgern bescheinigt oder auf Eid und Gewissen versichert wird, bei ihrem Hiersein belangt, und mit ihren allhier habenden Sachen arrestirt werden können, es soll aber alsofort untersucht werden, ob sie der Schuld geständig, oder dagegen rechtliche Einrede haben. Fände es sich, daß ein Bürger unrechtmäßiger Weise wider einen inländischen Bauern Arrest gesucht hätte, so soll solcher außer der schuldigen Schadloshaltung annoch sechs, und dem Befinden nach mehrere Gulden Strafe erlegen. §. 3. In obgedachten Fällen soll der Gerichtsverwalter Macht haben, den Arrest zu verhängen, und sollen, wenn solches geschehen, die Parteien an das Untergericht, oder gestalten Sachen nach, an den Rath verwiesen werden, allwo ihnen, zumal wenn sie fremd sind, auf das Schleunigste ohne Aufenthalt Justiz administirt werden soll. §. 4. Außer diesen Fällen soll kein Arrest bei dem Untergerichte statt haben. Würde jemand aus rechtmäßigen Ursachen, außer obgedachten Fällen, genöthigt sein, einen Arrest zu suchen, so muß solches bei dem Magistrat geschehen. §. 5. Wenn in eines Bürgers Hause fremdes Gut, an Mobilien oder Moventien arrestirt wird, und der Bürger solches für sein eigenes Gut ausgiebt, der Arrestant aber wahrscheinliche Anzeige beibringt, daß das Gut dem Arrestanten gehöre, so soll der Bürger, bei welchem der Arrest angelegt ist, Falls er demohingeachtet bei seinem Anführen bleibt, solches eidlich zu behaupten, oder auf andere Weise zu bescheinigen schuldig sein, und wenn es klar gemacht wird, daß er wissentlich Unwahrheit vorgebracht, 10 bis 20 Rthlr., auch dem Befinden nach ein Mehreres zur Strafe erlegen; würde aber dergleichen wahrscheinliche Anzeige von dem Arrestanten nicht beigebracht, so soll dem Bürger, wenn er das Gegentheil auf seinen Bürgereid versichert, geglaubt werden. §. 6. Wenn fremdes Gut in jemandes Hause verarrestirt wird, soll derselbe ohne Befehl des Gerichts oder Bewilligung des Arrestanten solches dem Arrestanten oder andern nicht ausfolgen lassen. Auf den Uebertretungsfall soll derselbe nicht allein den Schaden, den der Arrestant leidet, gelten, sondern auch dem Gerichte sechs, und dem Befinden nach noch mehrere Gulden zur Strafe erlegen. §. 7. Wenn Gut oder Moventien (es seien Pferde, Esen oder anderes Vieh) auf der Gasse verarrestirt werden, soll, was mit Arrest beschlagen, wenn der Arrestant keinen gewissen Wirth hat, in sein gewöhnliches Wirthshaus gebracht, daselbst verwahrt und mit nöthigem Futter versehen werden. §. 8. Dem Wirth sollen vor allen Dingen vom Arrestanten die etwaige Miethe und erforderlichen Kosten, nach Ermäßigung des Gerichts, angeschafft und bezahlt werden, bis dahin ist er dasjenige, was ihm in sein Gewahrsam gegeben, in Absicht des Arrestanten, als ein Unterpfand anzusehen, und zur Erhaltung seiner respectiven Miethe, Vorschusses und anderer rechtmäßigen Forderungen sich seines Pfandrechts zu gebrauchen befugt. §. 9. Wenn mehr denn einer auf das arrestirte Gut Anspruch machen, und solches bekümmern, soll der erste Arrestant, durch dessen Fleiß der Arrest erhalten worden, vor andern den Vorzug haben, wenn die folgenden nicht etwa auf des Arrestanten Güter eine General-, oder auf das arrestirte Gut eine Special-Hypothek haben; die übrigen Creditoren, so kein Pfandrecht haben, concurriren pro rata. §. 10. Alle Arreste werden auf Gefahr desjenigen, der sie sucht, verhängt, und ist derselbe auf den Fall, daß dem Arrestanten zu viel geschehen, nicht nur zu einer völligen Schadloshaltung, sondern auch dem Gerichte zu einer Strafe von sechs, und dem Befinden nach, mehreren Mariengulden gehalten. §. 11. Würde ein Arrestant hinlängliche Caution, und zwar zugleich de *prosequenda lite* bestellen und der Bürge sich *ad protocollum* verbindlich machen, so soll

der Arrest relaxirt und aufgehoben werden. Cap. XII. der verbesserten Untergerichts-Ordnung der Stadt Braunschweig, v. 2. Febr. 1764.

Arrest kann nicht auf die aus den Todten-Cassen auszahlenden Begräbnißgelder gelegt werden. Erneuerte Todtencassen-Ordnung der Grabefolge-Brüderschaft in Braunschweig, de confirmato den 20. Juni 1771. Art. 13. Ordnung der zweiten Grabefolge-Brüderschaft-Todten-Casse, de confirmato den 27. Decbr. 1773. Art. 9. Unter landesf. Confirmation erneuertes Reglement der bei dem Waisenhause B. M. V. in Braunschweig im Jahre 1756 errichteten Todten-Casse v. 10. April 1780. §. 29. Kurzer Inhalt des von Serenissimo gnädigst confirmirten Plans einer Begräbniß-Gesellschaft für die Stadt Seesen und den Harz-District, publicirt Braunschweig den 23. August 1784. §. 14.

Diese Disposition findet sich in mehreren Todtencassen-Ordnungen, die besondern Gesellschaften und Gilden verliehen sind. Ein jeder, der dazu gehört, muß sie bei eintretendem Falle für sich anführen.

Die von der ersten großen Wittwen-Societät auszahlenden Competenz-Gelder sollen aus keiner Ursache, ausgenommen wegen der Schulden, womit Defunctus der Societät selbst verhaftet geblieben, den Wittwen und Waisen entzogen, oder mit Arrest belegt werden. Unter der fürstl. Confirmation d. d. den 2. Octbr. 1774 erneuerte Convention der zur Verpflegung der Wittwen und Waisen in Braunschweig im Jahre 1705 errichteten ersten großen Societät d. d. Braunschweig den 4. Juli 1774. §. 21.

S. Wittwen- und Waisen-Societät in Braunschweig.

Der Wittwen-Gehalt aus der Civil-Bedienten-Wittwen-Casse ist keinem Arreste, Execution oder Immission unterworfen.

S. Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisen-Casse, §. 12.

Auch auf die Lotteriegewinne kann, zufolge der in dem höchsten Orts genehmigten Plane enthaltenen Bestimmung, kein Arrest verhängt werden.

S. auch: Befolgungen — Officiere, Schuldenmachen derselben — Soldaten, Credit derselben — Bergtheile — Zehntschatz.

cf. Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordnung v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 3. Nro. 2. — Verordn. v. 29. Juni 1819, die Ausdehnung des §. 12 der Verordn. v. 30. März 1775 auf die aus der Militair-Wittwencasse auszahlenden Wittwen-Gehalte betr. — Verordn. v. 19. Decbr. 1824, die in Braunschweig errichtete allgemeine Wittwen-Versorgungs-Anstalt betr., §. 2. — Verordn. v. 25. Febr. 1832, die Bestätigung der Statuten der vaterländischen Hagelschaden-Affecuranz-Societät betr., Nro. 4.

Arrest, Anlegung desselben auf die zur Post gegebenen Gelder.

Die Verarretirung der Gelder auf der Post soll zur Erhaltung des Post-Credits ohne höchste Noth nicht vorgenommen, und sodann in continenti bei Serenissimo justificirt werden. Wenn aber zur Fortsetzung des corporis delicti, oder sonst zur Untersuchung der Sache eine Eröffnung und Besichtigung nöthig, so soll solches der fürstl. Post-Commission gemeldet werden, welche verfügen wird, daß solches auf eine dem Credit der Post unmaßeiliche Art geschehe. Landesf. Postscript an den Magistrat zu Braunschweig v. 19. August 1760.

cf. Postordnung v. 13. August 1832. §. 49 und 50.

Arrestatin, Unzucht mit derselben.

Auf die fleischliche Vermischung des Schließvoigts mit einer inhaftirten und seiner Aufsicht und Verwahrung anvertrauten Inquisitin ist die Strafe des Staubbessens zu erkennen. Landesf. Postscript an die fürstl. Justiz-Canzlei v. 20. Septbr. 1742.

Arre-

Arretirung.

Wenn einige Vermuthung vorhanden, daß Leute unschuldig und von gutem Stande sein können, sollen solche nicht, wie bishero, durch Marktmeister und Knechte, sondern durch eine Wache von der Miliz nach dem Rathhause gebracht und in Bürgergehorsam gesetzt werden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 28. Novbr. 1743.

S. auch: Personal-Arrest.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 33. — Declaration des §. 33 der Verordn. v. 3. Febr. 1814 und der darin enthaltenen Bestimmungen wegen der Rechtsmittel gegen provisorische Verfügungen in Untersuchungssachen, v. 12. Januar 1826. — Landesf. Circular-Rescr. v. 8. Mai 1826, die Fesselung der Gefangenen betr. — Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 107. 202. 204 und 135. — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 4. Nro. 2. — Verordn. v. 2. Januar 1833, die Geschäftsführung u. bei den mit zwei Beamten besetzten Aemtern betr., §. 3. Nro. 1.

Arsenik.

S. Gift, Verkauf desselben.

Arthaftes Land.

Die Obrigkeiten sollen genau Acht geben lassen, daß kein arthaftes Land im Winter- oder Sommerfelde unbestellt liegen bleibe, und wenn der eine oder andere Hauswirth sich solches demohngeachtet zu Schulden kommen läßt, solches sogleich ernstlich bestrafen, auch, wenn durch die erste Bestrafung die Besserung nicht erreicht wird, sondern einer zum zweiten Male hiergegen handelt, mit Einsendung der Protocolle davon an fürstl. Geheimeraths-Stube berichten, welche den Umständen nach eine Strafe bestimmen wird. Uebrigens mögen die Graslegden, welche bisher nicht beackert worden, ferner unbestellt liegen bleiben. Landesf. Aussch. v. 28. Mai 1756.

S. auch: Beamte, Subsistarien und Actuaren, Instruction für dieselben. Nro. 13.

Articuli additionales, elisivi, causales etc.

sind gänzlich verboten. Hofger. Ordn. Tit. 32. §. Wir statuiren und ordnen u.

Da in der Hofgerichts-Ordnung Tit. 59 verordnet ist, daß nur alsdann, wenn die Eröffnung der Zeugen-Aussage bereits geschehen, zu Verhütung der Subornation, weitere persönliche Kundschaft auf die vorigen Beweis-Artikel nicht weiter zugelassen werden solle; so können bei fürstl. Justiz-Canzlei nach einer beständigen Observanz ante publicationem rotuli noch articuli additionales übergeben, und darüber Zeugen abgehört werden. Fürstl. Justiz-Canzlei Rescr. an die Commissarien in Sachen des Bäckers Helmuth Ehefrau gegen den Amtmann Hoyer zu Marienberg, v. 23. März 1752.

cf. Gesetz v. 23. Febr. 1837, nähere Bestimmungen des Gesetzes v. 15. Octb. 1832. Nro. 33 betr., §. 16.

Articuli probatoriales.

S. Zeugenbeweis.

Arzneihandel.

Die Obrigkeiten sollen auf diejenigen, welche Medicin und dahin gehörige Waaren herumtragen, genau Acht geben lassen, und gegen selbige, als andere Hausirer, der Ordnung gemäß verfahren. Auch soll den Medicinträgern das Ausstehen mit ihren Waaren auf den Jahrmärkten hinführo nicht weiter erlaubt sein. Landesf. Umlauf v. 31. (Juni) Mai 1749. *)

*) Nach einer vorliegenden Abschrift dieses Umlaufs ist derselbe nicht v. 31. Juni, sondern v. 31. Mai 1749 datirt.
Erster Theil.

Alle und jede Ober- und Beamten, auch übrige Gerichts-Obrikeiten, nicht weniger die Magistrate in den Städten, sind aufs Neue ernstlich befehligt, nicht nur über die gegen die Medicinfrämer und Schachtelträger ergangenen Verordnungen auf das Strengste zu halten, und solche auf das Genaueste zu beobachten, sondern auch das vom fürstl. Collegio medico verfügte fiscalische Verfahren gegen alle Contraventionen dieser Art ohne alle Ausnahme gehörig zu unterstützen, auch keine Dilitantenkrämer, Ungern und andere Medicinhändler an den Grenz-Zöllen mit ihren Waaren durchzulassen, es sei denn, daß solche erst vorsichtig, und zwar mit Siegelack versiegelt werden. Auf dem platten Lande sollen die Obrikeiten nicht weniger fleißig invigiliren lassen, ob sich daselbst dergleichen Schleichhändler aufhalten, und wo sie ihre Waaren deponiren, diese auch alsdann ohne alle Rücksicht confisciren, auch nicht gestatten, daß jemand dergleichen Krämer mit ihren Waaren, wofern solche und die bei sich führende Medicin an den Grenz-Zöllen nicht versiegelt, im Lande beherberge, sondern solche der Obriktheit anzeige, welche dann mit Confiscation solcher unversiegelten Waaren zu verfahren, und davon an fürstl. Collegium medicum zu berichten hat. Wofern aber derselben Waaren an den Grenz-Zöllen gehörig versiegelt sind, ist ihnen die Herberge, gleich andern Reisenden, zu verstaten. Nicht weniger sollen die Obrikeiten die Polizeibedienten in den Städten, und auf dem platten Lande die Landreuter, auch übrigen Amts- oder Gerichts-Untersbedienten dahin ernstlich anweisen, daß sie, wenn sie dergleichen Krämer mit unversiegelten Waaren ansichtig werden, solche anhalten, und dem Fiscal des Collegii medici, wenn er da ist, sonst aber, wie auch an allen andern Orten außerhalb Braunschweig, der Obriktheit davon Nachricht geben sollen. Da auch verschiedentlich darüber geklagt worden, daß dem landesfürstlich angeordneten Fiscal des Collegii medici die gehörige Assistentz nicht allemal geleistet werde; als ist sämmtlichen Obrikeiten hierdurch ernstlich anbefohlen, demselben in den ihm obliegenden Amtsverrichtungen mit allem Nachdruck zu assistiren. Und damit die Polizei-, auch Amts- und Gerichts-Untersbedienten, auch die Landreuter dessen mehr ermuntert werden, hierunter ihre Pflichten zu beobachten, so soll es mit diesen Medicin-Waaren, wie bereits durch den offenen Umlauf v. 31. Juni (Mai) 1749 befohlen worden, eben also gehalten werden, wie mit den Waaren, welche andern Hausirern abgenommen und confiscirt werden, da nämlich $\frac{1}{3}$ dem Denuncianten, $\frac{1}{3}$ des Orts Obriktheit, und $\frac{1}{3}$ den Armen-Anstalten heimfällt, jedoch mit der Einschränkung, daß, da diese weggenommenen Medicamente nicht so wie andere Waaren, so wenig an den Meistbietenden als überall von des Orts Obriktheit zu verkaufen, sondern an fürstl. Collegium medicum einzuschicken sind, solche daselbst taxirt, und daß dafür aus der Apothecken-Casse zu bezahlende Taratum zur Distribution an des Orts Obriktheit gesandt werden soll. Ferner sind sämmtliche Obrikeiten befehligt, überall keine Niederlagen von diesen Medicamenten, so wenig in Braunschweig, als sonst wo im Lande, es sei unter welcherlei Vorwand oder Einschränkung es wolle, zu dulden, auch, da Serenissimi Wille ist, daß öfters unvermuthete Visitationen in denjenigen Häusern veranstaltet werden, die etwa schon wegen Beherbergungen von dergleichen Leuten verdächtig sind, oder noch werden möchten, zu diesen Visitationen das Nöthige, so bald und so oft das fürstl. Collegium medicum oder dessen Fiscal es verlangt, prompt zu veranstalten, und dahin zu sehen, daß eine genaue Geheimhaltung dabei beobachtet, und den Untersbedienten davon vorher nichts bekannt werde. Landesf. Auschr. v. 24. August 1767. *)

Wenn Medicinfrämer sich bei den Thoren der Stadt Braunschweig angeben, oder als solche bekannt sind, sie mögen dergleichen Waaren öffentlich oder verborgen bei sich führen oder nicht, soll ihnen der Eingang und Aufenthalt in der Stadt gar nicht mehr gestattet, sondern sie bei ihrer Ankunft entweder um die Stadt den Weg zu nehmen angewiesen, oder durch einen Mann von der Wache gegen Entrichtung

und schon am 12. Juni 1749 präsentiert. Die gewöhnlich unrichtige Angabe des Datums wird auf einem Schreibfehler in dem folgenden landesf. Auschr. v. 24. August 1767 beruhen.

*) Dasselbe ist auf landesf. Befehl von fürstl. Regierung zu Blankenburg durch einen Umlauf v. 3. Septbr. 1767 verordnet.

eines Gutengroschens sogleich nach dem andern Thore, ohne einiges Verweilen in der Stadt, gebracht werden. Den Einwohnern daselbst aber ist ernstlich anbefohlen, daß sie sich aller Collusion und Gemeinschaft mit dergleichen Leuten oder Gehehlung ihres Handels gänzlich enthalten sollen, bei nachdrücklicher und nach Befinden der Umstände jedes Mal zu determinirender Strafe. Fürstl. Cammer und der jedesmalige Commandant sollen dieserhalb resp. in den Thoren und an den Thorwachen, Bürgermeister und Rath aber in Betracht der Einwohner über diese Verordnung halten, auch der Fiscal des fürstl. Collegii medici auf die Contraventionen fleißig invigiliren, und solche gehörigen Orts zur Untersuchung anzeigen. Landesf. Verordn. v. 21. Decbr. 1767.

Die Medicinkasten und Oltatenschachteln, welche die Hausirer bei sich führen, sollen an den Grenzsöllern versiegelt, und die Hausirer dabei jedes Mal ernstlich bedeutet werden, daß, wenn sie an irgend einem Orte im Lande mit unversiegelten Kasten und Schachteln betroffen werden sollten, die Verfügung gemacht sei, daß ihnen solche sogleich weggenommen und confiscirt werden. Landesf. Aussch. v. 30. Mai 1768.

Da dem von den Oltäten-Krämern betriebenen Handel nicht länger nachgesehen werden soll, wird verboten:

1. den Oltätenkrämern und allen sonstigen unbefugten Arzneihändlern, sie seien aus welchem Lande sie wollen, mit ihren Arzneien und Waaren so in, als außer den Messen in den hiesigen Landen zu handeln, bei drei- bis sechswochentlicher Zuchthausstrafe; imgleichen

2. alle und jede Einführung und Niederlegung ihrer Waare, so wie überhaupt aller Waaren dieser Art, unter welchem Vorwande es sei, in den hiesigen Landen, bei Strafe der Confiscation der Waaren;

zugleich wird befohlen:

- a) daß, wenn Oltätenkrämer und fremde Arzneihändler sich gegenwärtig in den hiesigen Landen aufhalten, dieselben solche binnen 4 Wochen a dato räumen, widrigenfalls diese Verordnung gegen sie in Kraft gesetzt und sie als Landstreicher behandelt werden sollen;
- b) daß in dieser vierwöchentlichen Frist ihre hier befindlichen Waaren, wenn sie mit einem gerichtlichen Siegel versehen sind, von hier geschafft werden, wie sie denn im entgegengesetzten Falle, wenn sie nicht gerichtlich versiegelt, oder in dem bestimmten Termine nicht abgeführt worden, ohne Nachsicht confiscirt werden sollen; maßen
- c) von nun an überall keine Oltäten- und Arzneihändler mit ihren Waaren in die hiesigen Lande mehr eingelassen, sondern sogleich an den Grenzen zurückgewiesen, die sich dennoch einschleichenden aber als Landstreicher behandelt werden sollen.

Zugleich werden die Unterthanen, vorzüglich die Bewohner des platten Landes und der Landstädte ermahnt, die Hülfe ordentlicher Aerzte zu suchen und bei ganzlichem Unvermögen die nothwendigen Heilkosten aus eigenen Mitteln zu bestreiten, sich an ihre Obrigkeit zu wenden. Auch sind nochmals bei Vermeidung einer nachdrücklichen, dem Ermessen des Richters überlassenen Bestrafung, alle heimliche Curen, und vornämlich aller Ankauf von Arzneien und Waaren von herumziehenden Oltäten- und Arzneihändlern verboten. Alle Wirthschaftsberichtigte, Krug-Inhaber und sämtliche Unterthanen sollen sich der Ausnahme und Beherbergung der gedachten Oltäten- und Arzneihändler, wie der Aufbewahrung ihrer Waaren bei namhafter Strafe und besonders erstere bei Verlust ihrer Wirthschaft und Krugnahrung enthalten und sämtliche Obrigkeiten über den Inhalt dieser Verordnung aufs Genaueste halten, ihre Unterbedienten zur sorgfältigen Beachtung der Uebertretungsfälle anweisen und nach geschehener Anzeige sofort die nöthige Untersuchung verhängen. Landesf. Verordn. v. 11. Juni 1805.

Mittels des landesf. Circular-Rescr. v. 11. Juni 1805 ist den Obergkeiten aufgegeben worden, die Wirthschaftsberechtigten und Krug-Inhaber in ihrem Gerichtsbezirke unter der Versicherung der Straflosigkeit und Verschweigung ihres Namens zu ermahnen und aufzufordern, aufrichtig anzuzeigen, ob sie bisher die Oligaten- und Arzneihändler bei sich aufgenommen, oder sonst einige Kenntniß von deren Aufenthaltsörtern und den Niederlagen ihrer Waaren haben, zugleich aber dieselben eidlich zu verpflichten, in Zukunft den Oligaten- und Arzneihändlern weder eine Herberge noch Ablager ihrer Waaren zu verstaten, sondern deren Ankunft sofort bei Verlust der Wirthschaft oder Krugnahrung der Obergkeit oder den Schulzen und Gemeinde-Vorstehern anzuzeigen.

Arzt.

S. Collegium medicum — Apothekerschulden.

Asche, Aufbewahrung derselben.

S. Feuergefähr, Abwendung derselben.

Assignmenten.

S. Messen, Groß- und Detail-Handel, auch Zahlung der Wechsel in denselben — Scontriren, Scontrobücher und Assigniren — Leihhaus-Assignmenten.

Ähungs-kosten.

Wenn ein oder anderer, jedoch zu keiner Lebensstrafe in Haft sitzender Delinquent selbst des Vermögens, daß er für seine Zehrung stehen kann, soll er dieselbe selbst bezahlen. Amts-Cammer-Ordn. v. 1. Juli 1688. Art. 35.

Da den Gesetzen nach ein jeder Inquisit seine Alimenten- oder Ähungs-Kosten, wenn er nicht wegen Armuth dazu außer Stande sich befindet, zu tragen schuldig ist, und es dem Landesfürsten und dessen Cammer überlassen bleiben muß, in wie fern in einzelnen Fällen die Billigkeit hierunter eintreten mag, so liegt es auch dem Richter gesetzmäßig ob, einen jeden Delinquenten zur Ersehung der Ähungs-Kosten zu condemniren, bis derselbe dargethan hat, daß er wegen Armuth solche nicht wieder erstatten könne. Es soll also über die Erstattung der Ähungs-Kosten jedes Mal mit erkannt und der fürstl. Cammer überlassen werden, in wie fern dieselbe, nach den vorkommenden Vermögens-Umständen der Inquisiten, die Billigkeit wegen der Erstattung solcher Kosten eintreten lassen will. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 5. Mai 1789.

Von fürstl. Justiz-Canzlei ist erkannt, daß zwei Inquisiten wegen ihres Unvermögens mit Erstattung der Ähungs-Kosten zu verschonen. Da aber dieser Ausdruck mehr für eine billige Rücksicht und darauf beruhende Ermäßigung, als für ein rechtliches Erkenntniß zu halten ist, so ist in Zukunft bestimmt und dahin zu erkennen, ob die Inquisiten den Rechten nach schuldig sind, die verursachten Ähungs-Kosten zu übernehmen oder nicht, damit fürstl. Cammer sodann die denselben vorbehaltene Ermäßigung anstellen kann. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei v. 13. Juli 1790.

cf. Rescr. herzogl. Landes-Gerichts v. 3. Juni 1814. Nro. 2. (Bege I. p. 21.) — Rescr. fürstl. Land. Ger. v. 14. Mai 1819. (Bege I. p. 25.) — Verordn. v. 4. Octbr. 1826, die Bestimmung verschiedener Gerichtsgebühren betr., §. 6.

Auctionen abgepfändeter Sachen.

Die Gerichtspersonen sollen nicht selbst mit licitiren; s. Execution, wie damit beim Untergerichte zu Braunschweig zu verfahren ist. §. 16.

Auctionswesen in Braunschweig, Wolfenbüttel und Blankenburg.

Es sollen hinführo 1) außer den gleich zu erwähnenden, alle Auktionen durch einen zu bestellenden beeidigten Auctionator unter obrigkeitlicher Aufsicht besorgt werden. 2) Das fürstl. Leihhaus läßt jedoch nach wie vor die uneingelösten Pfänder, der Leihhaus-Ordnung gemäß, öffentlich verkaufen, außer solchen Pfändern aber wird künftig nichts in dessen Auktionen gebracht, und wegen der Auktionen in den Messen sollen zwar die Verfügungen der Marktgerichts-Ordnung hierdurch nicht aufgehoben, jedoch dahin erweitert sein, daß, wenn nicht besondere Umstände ein anderes erfordern, der Auctionator die Versteigerung der zu verkaufenden Sachen auf obrigkeitliche Anordnung besorgen solle. Sollte über die Frage: ob die nurgedachten Umstände vorhanden? ein Zweifel entstehen, so soll der Stadtmagistrat zu Braunschweig in den Fällen, nach der ihm erteilten Anweisung, den Ausspruch thun. 3) Alle und jede Einwohner zu Braunschweig von jeder Gerichtsbarkeit, und die Gerichte selbst bei gerichtlichen Auktionen, sollen sich dieses Auctionators allein bedienen. Wenn also hinführo jemand Geräthschaften, Kleider oder andere fahrende Habe mittelst einer Auction zu verkaufen gewillt ist, soll er solches dem bestellten Auctionator anzeigen, *) und demselben ein Verzeichniß der zu verkaufenden Sachen zur Revision zustellen, da denn der Auctionator dafür haften muß, daß das Verzeichniß deutlich und ordentlich sei, und die Sachen nach Ellen, Maaß und Gewicht und sonstiger Beschaffenheit specificirt werden, für welche Bemühung dem Auctionator 2 Mgr. für jeden geschriebenen Bogen hierdurch zugebilligt werden. Sollte dieses wider Verhoffen dahin gemißbraucht werden, daß durch zu enge Schreiben die Anzahl der Bogen und Gebühren vermindert würde, so hat der Magistrat ein billiges Einsehen zu thun. 4) Hat der Eigenthümer kein Verzeichniß verfertigt, so muß solches der Auctionator aufnehmen, und erhält wegen dieser Bemühung für jeden nicht zu weitläufig geschriebenen, und bei entstehender Streitigkeit von dem Magistrat zu beurtheilenden Bogen 4 Ggr. 5) Der Auctionator muß den nöthigen Gehülfen annehmen, für denselben völlig einstehen, und demselben obenbenanntes Verzeichniß zur Revision zustellen, und ihn für diese und die übrigen Arbeiten von den Art. 3 und 4 auch sonst verwilligten Gebühren lohnen. 6) Der Auctionator, so wie sein Gehülfe, und, wenn mehrere derselben sind, auch diese, müssen für die ihnen anvertrauten Sachen haften, und der Auctionator ohne vorgängige obrigkeitliche Genehmigung den Tag zur Auction nicht ansetzen. 7) Den Interessenten steht zwar frei, ob sie zu dem Verkaufe der Sachen die Vor- oder Nachmittagsstunden, oder beide nehmen wollen, jedoch müssen in Zukunft die Auktionen des Morgens um 9 Uhr, und des Nachmittags um 2 Uhr ihren Anfang nehmen, und resp. bis 12 und 5 Uhr, im Winter aber bis 4 Uhr Abends dauern. 8) Sobald eine ziemliche Anzahl Käufer sich eingefunden, nimmt der Verkauf seinen Anfang, da denn das Bieten deutlich und vernehmlich geschehen muß, zumalen der Ausrufer nach gegebenen Zeichen und Winken sich durchaus nicht richten soll. Sollte bei der Steigerung Streit entstehen, und der Auctionator kann die Sache nicht gleich selbst beilegen, so ist derselbe gehalten, solche noch selbigen Tages an die Behörde zu melden, das streitige Stück aber bis zur Entscheidung zu seponiren. 9) Dem Auctionator, dessen Gehülfen, so wie den übrigen Auctionsbedienten bleibt ausdrücklich untersagt, für sich auf Sachen mittelbar oder unmittelbar zu bieten, und solche zu kaufen, es bleibt denselben aber unbenommen, Commissionen von dem Eigenthümer so wie von andern anzunehmen, und Sachen zu erstehen; die erstandenen Sachen müssen aber auf dessen Namen, für welchen er solche erstanden, geschrieben, und von demselben, wie unten §. 12 verordnet, Zahlung geschehen. Wie denn der Auctionator genau darauf sehen muß, daß, wenn jemand die in andern Auktionen erstandenen Sachen nicht abgeholt, solcher weiter nicht zum Gebot gelassen werde. Sollte auch jemand rathsam finden, einzelne Sachen, oder auch Sammlungen derselben, dem Auctionator zu Vermeidung des Hazards einer Auction zuzuschlagen, so wird solches hierdurch gestattet. 10) Der Auctionator hält die Auktionen in seinem Hause; ermangelt aber hierzu wegen

*) cf. Rescr. fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 28. August 1822. (Bege I. p. 172.)

der Menge der zu verkaufenden Sachen darin der Platz, oder der Eigenthümer verlangt, daß der Verkauf in einem andern Hause geschehen soll, so sorgt der Auctionator für ein dazu bequemes Zimmer, oder hält die Auction an dem Orte, den der Eigenthümer selbst bestimmt. 11) Wie nicht selten verschiedene Sachen um einen geringen Preis weggehen, weil die wenigsten Käufer aus allen Classen etwas erstehen, und entweder gar nicht, oder unrichtig bekannt worden, welchen Tag diese oder jene Stücke vorkommen, daher bei langwierigen Auctionen die mehrsten Käufer, um sich nicht sonst täglich zu versäumen, zurück bleiben; so soll bei Auctionen von einiger Importanz nicht allein das Verzeichniß durch den Druck hinlänglich bekannt gemacht, sondern auch in der durch die hiesigen Anzeigen bekannt zu machenden Notification von der zu haltenden Auction zugleich das Publicum benachrichtigt werden, welche Nummern man den ersten Tag des Morgens und des Nachmittags vornehmen werde, und in der Folge hat der Auctionator resp. des Morgens und Nachmittags den Anwesenden zu eröffnen, mit welchen Nummern man resp. des Nachmittags und folgenden Morgens wiederum anfangen, und wie weit man gehen wolle, sondern auch dieses mittelst einer an die Thür des Hauses, wo die Auction gehalten wird, zu schlagenden schriftlichen kurzen Anzeige, oder wenn es verlangt wird, durch öffentlichen Ausruf bekannt zu machen. Wie der Auctionator sich genau nach der gemachten Anzeige richten muß, als hat derselbe auch 12) das Auctions-Protocoll dergestalt deutlich zu führen, daß man daraus ersehen könne, welchen Tag, wie hoch, und von wem jede Sache erstanden und bezahlt worden, und dieses bei Ersetzung des aus dessen Versäumniß für den Interessenten entstehenden Schadens. 13) Die in den Auctionen erstandenen Sachen sind, wenn es Möbeln, binnen 3 Tagen, und wenn es Bücher, binnen 14 Tagen nach geendigter Auction, abzuholen und zu bezahlen, und hat der Auctionator sträglich darauf zu halten, daß die einmal in der Auctionsliste stehenden Sachen nicht wieder herausgenommen, und daß nach erfolgter Zahlung die Sachen prompt verabsolgt werden. Beforgt einer binnen der gesetzten Zeit die Abholung nicht, werden die Sachen auf seine Kosten und Gefahr anderweit verauctionirt, und diese sowohl wie der Werth des für den Eigenthümer daher entstehenden Schadens von ihm prompt beigetrieben. Erstehet jemand, der dem Auctionator nicht genug bekannt, Sachen, so kann derselbe die Zahlung gleich, oder hinlängliche Sicherheit verlangen. 14) Da, wie bereits oben verordnet, dem Auctionator nachgelassen ist, einen Gehülfen anzunehmen, als muß dieser, wenn auf eine Zeit mehrere Auctionen vorzunehmen sind, bei der einen gegenwärtig sein, damit der Auctionator die andere halten könne; er ist aber nach dieser Verordnung, auch der dem Auctionator erteilten besondern Instruction sich auf das Genaueste zu richten verbunden. Beide stehen für die creditirte Bezahlung der erstandenen Sachen und den Schaden, den die Auctionsbedienten und Austräger veranlassen, ein, und ersetzen diesen ungesäumt, jedoch bleibt ihnen der Regreß wider dieselben unbenommen, wenn der Schaden durch dieselben unmittelbar veranlaßt wird. 15) Der Auctionator muß resp. den 4ten und 15ten Tag nach geendigter Auction die Gelder, bei Vermeidung 5 Procent Strafe und Erlegung des Interesse morae, welche sogleich auf Anzeige des Eigenthümers beigetrieben werden sollen, abliefern. Verlangt der Eigenthümer vor eben bestimmter Zeit von den etwa eingegangenen Geldern etwas auf Abschlag, so zahlt der Auctionator solche aus, notirt dieses aber deutlich in die Rechnung, und producirt die über jenes erhaltenen Quittungen bei der einzugebenden Rechnung. Für diese Mühe soll der Auctionator 1 Pf. vom Thaler zu genießen haben. 16) Der Auctionator muß alle Vierteljahr *) Rechnung von jeder Auction an die Behörde ablegen, und wird darüber quittirt. 17) Von jedem aus der Auction herauskommenden Thaler bekommt der Auctionator 6 Pf., und also von 100 Thlr. 2 Thlr. 3 Gr., wenn er die Auction in seinem Hause hält; alsdann aber von jedem Thaler 8 Pf., und von 100 Thlr.

*) Jetzt muß jedes Mal spätestens binnen 14 Tagen nach jeder Auction dem Stadt-Magistrate nachgewiesen werden, daß wegen der Auction Rechnung abgelegt ist und die Auctionsgelder abgeliefert sind. Bekanntmachung des Magistrats zu Braunschweig v. 23. Decbr. 1827. (Br. Anz. Nro. 85.)

2 Thlr. 28 Gr., wenn er die Auction in andern Häusern halten muß. *) Von diesen Geldern bezahlt derselbe seinen Gehülfsen und die Ausrufer. Er erhebt diese Gebühren von den Auctionsgeldern, führt aber solche in die zu producirende Rechnung. Ein Mehreres aber soll derselbe nicht fordern, es wäre denn, daß der Eigenthümer einen Extract von den des Tags vorher verkauften Sachen verlange, da denn für einen solchen Extract, wenn derselbe von einem Bogen und darunter, 4 Gr., wenn der Extract aber stärker, alsdann für jeden Bogen 3 Gr. verwilligt werden, doch sind auf jede Seite 24 Reihen zu schreiben, und zu einer Nummer nicht mehr als eine Reihe zu nehmen, gestalt denn nur die Nummer und dabei nur einige Worte aus dem Cataloge in den Auszug zu bringen sind. Landesf. Verordn. v. 30. Juni 1768. (Br. Anz. vom Jahre 1768. Nro. 59.)

Der höchsten Verordnung gemäß sollen alle und jede Auctionen allhier dem verordneten Auctionator zuvor zeitig angezeigt werden, damit nach Erfordern der Umstände die Auctionstermine von ihm vorgeschlagen und nach obrigkeitlicher Ermäßigung bestimmt werden können, gestalten keine Auctionen gehalten, noch in den hiesigen Anzeigen bekannt gemacht werden sollen, bevor das Avertissement von dem Auctionator eigenhändig unterschrieben worden. Avertissement des Magistrats zu Braunschweig, v. 15. Novbr. 1768. (Br. Anz. vom Jahre 1768. Nro. 91.)

Binnen den in der höchsten Verordnung v. 5. Febr. 1768 **) zur Messe bestimmten 3 Wochen sollen keine Waaren-Auctionen gehalten werden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig, v. 25. Januar 1769.

Es sollen keine freiwillige Auctionen über Kaufmannswaaren, sie haben Namen wie sie wollen, ohne vorherige landesfürstliche Bewilligung verstattet, bei Concurfen und andern nothwendigen Vorfällen aber solche zwar auf richterliches Erkenntniß, jedoch exclusive der Meßzeit vergönnt, dennoch aber solches allemal in den desfalls in hiesige Anzeigen zu setzenden Avertissements mit angeführt werden. Diejenigen also, welche dergleichen freiwillige Auctionen anzustellen gesonnen, sollen darüber zuvor höchste Concession beibringen, welche sodann, wenn selbige ertheilt ist, in dem Avertissement ebenfalls mit zu allegiren ist. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig, v. 22. August 1769.

Da die hiesigen Kaufleute dabei leiden, wenn eine Quantität Waaren auf ein Mal mittelst einer Auction zu Gelde gemacht wird; so sollen in dergleichen vorkommenden Fällen dieselben zuvörderst vernommen werden, ob sie sothane Waaren nicht lieber unter billigen Bedingungen selbst annehmen wollen. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig, v. 6. Januar 1772.

Kurz vor und während der Messen sind keine Auctionen mit ungeschnittenen Waaren zu gestatten. Landesf. Rescr. v. 20. Januar 1774.

Der §. 17 der unterm 30. Juni 1768 publicirten Auctions-Ordnung für die Stadt Braunschweig, welche nachher auch auf Wolfenbüttel extendirt worden, ist dahin declarirt, daß künftig dem Auctionator, wenn er die Auction in seinem Hause, oder auf dem Auctionssaale hält, oder sonst für den Ort der Auction sorgt, und die Miethe dafür selbst bezahlt, acht Pfennige von jedem aus der Auction gelösten Thaler, mithin von hundert zwei Thaler acht und zwanzig Mariengroschen; wenn aber von den Interessenten für den Ort der Auction gesorgt, und die Miethe dafür bezahlt, oder selbige in ihren Häusern, welches jedoch lediglich in ihrer Willkühr steht, abgehalten wird, nur sechs Pfennige von jedem Thaler, mithin zwei Thaler drei Mariengroschen von hundert, ***) wovon jedoch in beiden Fällen die Gehülfsen

*) cf. Landesf. Rescr. v. 29. Mai 1832. (Bege III. p. 233.)

**) S. Messen, Gros- und Detail-Handel etc.

***) cf. Landesf. Rescr. v. 29. Mai 1832. (Bege III. p. 233.)

und der Ausrüfer von dem Auctionator übertragen werden müssen, an Gebühren überhaupt bezahlt, wenn in den Auctionen aber ein oder mehrere Stücke vorkommen, welche über hundert Thaler weggehen, imgleichen von Juwelen, Perlen, Medaillen, Gold- und Silbergeräthe und Pretiosen überhaupt, wenn solche zusammen einhundert Thaler und darüber betragen, statt obiger Gebühren nur Ein Procent genommen werden solle. Landesf. Verordn. v. 14. Mai 1779. (Br. Anz. vom Jahre 1779. Nro. 43.)

Die landesf. Verordnungen v. 30. Juni 1768 und 14. Mai 1779, das Auctionswesen in Braunschweig betreffend, sind auf die Stadt Blankenburg extendirt worden. Landesf. Rescript an fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 28. Febr. 1792.

Sämmtliche in Braunschweig zum Trödelhandel concessionirte Kleiderfeller werden verwarnet, sich in den Auctionen der auf den Wiederkauf unter sich abzielenden Vorkäuferei und jedes auf Herabsetzung des eigentlichen Werths der vorkommenden Sachen Bezug habenden unbilligen und gewinnsüchtigen Tadelß zu enthalten, widrigenfalls aber zu gewärtigen, daß gegen die Contravenienten mit der nachdrücklichsten Bestrafung und, befundenen Umständen nach, mit Abnahme der ihnen verliehenen Concession verfahren werde. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 16. Mai 1800.

cf. Rescr. fürstl. Geh. Rathß-Collegii v. 15. Febr. 1818. (Bege I. p. 166.) und v. 28. August 1822. (Bege I. p. 172.) — Landesf. Rescr. v. 29. Mai 1832. (Bege III. p. 233.)

Auditoren.

Alle diejenigen, welche Auditoren bei den Collegien, fürstl. Aemtern und Magistraten werden wollen, sollen jedes Mal, wie die Justitiaren, vorher, auch wenn sie demnächst weiter befördert werden wollen, auch einmal von fürstl. Justiz-Canzlei tentirt werden. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei v. 25. Juli 1765. *)

cf. Verordn. v. 1. Mai 1826, die Prüfung der Candidaten der Rechte u. betr. — Verordn. v. 30. Juli 1833, die Bestimmung der Verhältnisse der bei den Gerichten des Landes zugelassenen Auditoren betr. —

Auf- und Abwinden schwerer Lasten in Braunschweig.

Den Einwohnern in Braunschweig ist nicht allein die größte Vorsicht beim Auf- und Abwinden schwerer Lasten und der Waaren überhaupt ernstlich empfohlen, insbesondere aber der Gebrauch solcher Ketten, deren Haken in die Riehmen der Tonnen fassen, so wie auch das Anhängen der Lasten in die in der Ruhe hängenden Binden bei fünf Reichsthaler Strafe verboten, und befohlen, statt der gedachten Ketten künftig der Fangseile, welche unter die ganzen Tonnen fassen, sich zu bedienen, und die Binden-Seile, um solche statt durch angehängte Lasten, auf andere Art zu conserviren, lieber an einem auswärts des Hauses angebrachten Haken einzuhängen, überhaupt aber die Binden von Zeit zu Zeit auf das Genaueste visitiren, und die daran vorkommenden Schadhaftheiten sogleich repariren zu lassen. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 10. Juli 1786. (Br. Anz. v. Jahre 1786. Nro. 56.)

Aufgebot.

§. Copulation.

Aufhebung todtgefundenener Personen.

§. Section gewaltsam getödteter Personen.

Aufkauf.

*) Das landesf. Rescr. an fürstl. Cammer v. 14. Octbr. 1796, die Beeidigung der Amtsauditoren ad criminalia betr., hat keinen practischen Werth mehr, da jetzt die Auditoren sämmtlich, eben so wie die Actuaren, auf die Führung des Protocolls ohne Unterschied, ob in Civil- oder Criminalsachen, beeidigt werden.

Kauf.

G. Kauf und Vorkauf.

Auflassung unbeweglicher Güter in Braunschweig.

Die gerichtliche Tradition soll hinfort bei den unter des Magistrats Jurisdiction sowohl in der Stadt, als außer derselben innerhalb der Landwehr belegenen Gütern aus bewegenden Ursachen im Gebrauch verbleiben. *) Wann also unbewegliche Güter durch Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft, Heirath, oder auf andere Weise einen neuen Eigenthümer bekommen, so soll von demjenigen, der das dominium auf den Andern transferiren will, das Grundstück aufgelaßen, dessen Eigenthum im Gerichte übergeben, und, daß solches geschehen sei, mit allen Umständen, von wem, an wen, aus was Ursachen, ex quo titulo, und zu welcher Zeit die Auflassung geschehen, ins Gerichtsbuch verzeichnet werden. §. 1. Es soll aber dergleichen Auflassung von demjenigen, der dieselbe bewerkstelligen will, und den sämtlichen Interessenten in Person, oder durch genugsame Bevollmächtigte geschehen, widrigenfalls dieselbe nicht zugelassen, sondern schlechterdings vom Gerichte abgewiesen werden soll; wie denn auch das Gericht allen Fleißes zu untersuchen hat, ob die Interessenten noch unter fremder Gewalt stehen, oder nicht, und bei sich ereignetem Zweifel dieselben, bis alle Bedenklichkeiten aus dem Wege geräumt, abzuweisen hat. §. 2. Niemanden sollen Immobilien gerichtlich tradirt werden, er habe denn zuvor das hiesige Bürgerrecht oder von der höchsten Landesherrschaft eine besondere Verfügung erhalten. **) §. 3. Auch sollen alle Immobilien, sie mögen verkauft, vererbt, verschenkt werden, oder durch irgend eine andere Weise an jemand gelangen, höchstens binnen Jahr und Tag nach verändertem Eigenthume gerichtlich verlassen werden. Im Nachbleibungsfalle sollen diejenigen, welche hierin säumig gewesen, nicht nur von jeder vorhergehenden Veränderung des Eigenthums die Gebühren nachbezahlen, sondern auch die von der letzten Aenderung zu erliegenden Gebühren, gedoppelt entrichten. §. 4. Würde jemand Immobilien, so ihm nicht gehören, verstellter Weise auf seinen Namen im Gerichtsbuche anschreiben lassen, um den wahren Eigenthümer von der Erwerbung der Bürgerschaft zu entheben, so soll er in einen ganzen Vorsatz Strafe verfallen sein. §. 5. Wenn eine gerichtliche Tradition geschehen, soll solche in den nächsten Anzeigen kund gemacht werden. Würde jemand ein Recht zu haben vermeinen, in Betracht dessen die Tradition ungültig und wieder aufzuheben sei, so soll er solches innerhalb vier Wochen, welche jedoch a die scientiae zu rechnen, dem Gerichte anzeigen, und seine Contradiction oder Impugnacion in drei Monaten justificiren, sollte er solches versäumen, so soll es bei der Tradition unveränderlich verbleiben, und nachgehends seine Contradiction oder Impugnacion nicht zugelassen werden. §. 6. Cap. 14. der verbesserten Untergerichtsordnung v. 2. Febr. 1764.

Kein Tradent soll eher (zu Verlassung der Grundstücke) zugelassen werden, bevor er nicht durch eine Bescheinigung des Receptoris der onerum publicorum dargethan, daß sämtliche bis zur Tradition rückständige onera publica abgetragen worden. Das Untergericht soll hiernach verfahren, und sämtlichen Untergerichts-Procuratoren aufgeben, daß sie sich bei den gerichtlichen Verlassungen darnach achten, und die Tradenten der Grundstücke, wenn sie sich wegen Verlassung derselben bei ihnen melden, jedes Mal darnach instruiren sollen. Conclusum des Magistrats zu Braunschweig v. 23. Decbr. 1774.

cf. Bekanntmachung des Stadt-Gerichts zu Braunschweig v. 20. Decbr. 1816. (Br. Anz. v. 1816. Nro. 101.) — Verordn. v. 26. März 1823, die stillschweigenden und gesetzlichen Hypotheken betr., §. 3. — Declaration dieses Paragraphen v. 8. Decbr. 1825. — Declaration der Verordn. v. 26. März 1823. §. 4. Nro. 4 und 5, in Hinsicht der gerichtlichen Auf- und

*) Schon das erste Braunschweigische Stadtrecht von 1232 enthält die Bestimmung, daß der Verkäufer das Erbe auflassen und der Käufer dasselbe vor dem Rathe empfangen solle.

**) cf. Allgemeine Städte-Ordnung v. 4. Juni 1834. §. 18. Erster Theil.

50 Auflassung unbewegl. Güter in Helmstädt — Auflassung unbewegl. Güter in Wolfenbüttel.

Annahme der Testamente und der gerichtlichen Verlassung der Grundstücke, besonders in der Stadt Braunschweig, v. 20. Decbr. 1825. §. 4. — Refcr. herzogl. Staats-Ministerii v. 1. Mai 1828. (Bege II. p. 110.) — Bekanntmachung des Stadt-Magistrats zu Braunschweig v. 30. Juni 1829. (Br. Anz. v. 1829. Nro. 54.)

Auflassung unbeweglicher Güter in Helmstädt.

Wer einen Frieden verlassen will an seinem Erbe, oder eine Donation und Gast thun, außerhalb seiner Eheftiftung, der soll es vor dem Rathe gerichtlich thun. Statuten der Stadt Helmstädt von 1580. Artikel 49.

Man soll auch durch niemand Verschreibungen, Reccesse, Briefe eines Kaufs, Eheftiftung oder andere aufrichten, denn allein durch den Stadtschreiber, sonst will ein ehrbarer Rath nicht darüber halten. Auch sollen die Eheftiftungen alsbald, wenn der Handel vollzogen worden, zu dem Stadtschreiber gebracht, verfaßt, gelöst und alle Wege in Gegenwartigkeit beiderseits Freundschaft, ehe Braut und Bräutigam zusammen gegeben werden, gelesen werden, gleiche Meinung soll es auch mit Hauskauf-Briefen, Verträgen und andern Reccessen haben. Auch will ein ehrbarer Rath die Ehehandlungen, Kaufbriefe und andere Reccesse durch den Stadtschreiber gebühlich bestätigen und vollziehen lassen, sonst will der Rath keine Eheftiftung ic. für bündig und kräftig achten und halten. Dasselbst Artikel 54.

Demnach man zeither mißfällig wahrgenommen, wasgestalt bei Verkauf und Veräußerung unbeweglicher Güter die Auflassung des Eigenthums nicht allemal, wie in hiesiger Stadt Statuten geordnet, gerichtlich geschehen, sondern sothane Verordnung einigermaßen in Abgang gekommen, und dann Serenissimus dieses Statut führohin genau observirt wissen will, auch deshalb an den Stadt-Magistrat sub dato den 9. huj. rescribirt, so verordnet dieser hiermit und kraft dieses, daß die gerichtliche Auflassung aller Immobilien künftig binnen Monatsfrist nach abgeredetem Kauf vor dem Stadt-Gerichte geschehen, widrigenfalls der geschlossene Kauf für null und nichtig, auch das Eigenthum für nicht transferirt gehalten werden solle; wie denn auch alle diejenigen, welche bisher ihre verkauften Immobilien von deren Verkäufern sich noch nicht gerichtlich wieder auftragen lassen, hiermit anbefohlen wird, solches binnen Monatsfrist von dem 7ten nächstkommenden Monats December anzurechnen, unter vorbedeutetem praejudicio zu berichtigen, wornach ein jeder sich zu achten. Verordn. des Magistrats zu Helmstädt v. 30. Novbr. 1716.

cf. Landesf. Refcr. v. 6. Juni 1826. (Bege I. p. 177.) — Verordn. v. 26. März 1823, die stillschweigenden und gesetzlichen Hypotheken betr., §. 3. — Declarat. dieses Paragraphen v. 8. Decbr. 1825.

Auflassung unbeweglicher Güter in Wolfenbüttel.

Die Verordnung der Heinrichstädtischen Statuten und Privilegien Tit. XIII., *) daß ohne Vorwissen der Obrigkeit keine in der Stadt Wolfenbüttel oder vor den Thoren derselben belegene Häuser, Aecker, Wiesen, Gärten und andere unbewegliche Güter versezt, verkauft, oder sonst veräußert, sondern die darüber errichteten Contracte jedesmal in die respectiven Amts- und Gerichtsbücher verzeichnet und eingetragen werden sollen, ist dahin wiederholt, daß 1) keine unbewegliche Güter, sie seien so groß oder so gering wie sie wollen, ohne fürstl. Residenz-Amts, oder des Heinrichstädtischen Stadt-Magistrats, nach Unterschied der Jurisdiction, worunter sie belegen, Vorwissen versezt, verkauft oder auf einige Weise veräußert werden sollen. 2) Die dawider handeln, sollen jedesmal und zwar beide Contrahenten ein ieglicher zwei Procent des wahren Werths des außergerichtlich veräußerten unbeweglichen Gutes ad pias

*) S. Retract.

causas zur Strafe erlegen, und solche unverzüglich von ihnen beigegeben werden. 3) Alle Subhastationen von dafiger Eingefessenen unbeweglichen Gütern sollen künftig jedesmal von der Unterobrigkeit geschehen, *) damit dieselbe allezeit zuverlässig wissen möge, wer Eigenthümer derselben, und zu Abtragung der onerum verbunden sei, und sind die Obergerichte ihnen solche zu überlassen, besonders angewiesen worden. Auch ist 4) dem dafigen Stadt-Magistrat zu Herbeitreibung der Cämmerei-Gefälle von den unter derselben Jurisdiction für ihre Personen sonst nicht stehenden fürstl. Bedienten commissio specialis & perpetua bis auf anderweite Verordnung ausdrücklich beigelegt. 5) Da auch die Executionen dadurch, daß der Canzlei-Pedell bisher bei denselben gegenwärtig sein müssen, nur weitläufig gemacht worden, so ist solches abgeschafft, und soll die Execution hinführo bloßerding von der Unterobrigkeit allein vollzogen werden. Landesf. Verordn. v. 21. Novbr. 1744.

cf. Verordn. v. 26. März 1823, die stillschweigenden und gesetzlichen Hypotheken betr., §. 3. — Declaration dieses Paragraphen v. 8. Decbr. 1825.

Auflauf auf den Gassen.

E. Unfug und Auflauf auf den Gassen.

Auflauf veranlassende Feierlichkeiten

sollen nicht ohne polizeiliche Erlaubniß in den öffentlichen Häusern gehalten werden; s. Schauspiele.

Auf- und Verkauf.

Inhalts der gemeinen Rechte, Reichsabschiede und Constitutionen, auch des anno 1597 publicirten Landtags-Abschieds **) sollen alle Monopole und schädliche Verkauf-Handlungen gänzlich abgestellt und niemanden dergleichen zu treiben verstattet sein. Da nun dergleichen verbotene Handlungen hin und wieder in hiesigen Landen, insonderheit in dem Weserdistricte, sogar von einigen fürstl. Beamten und Pächtern, vornehmlich bei dem Branntweinbrauen, Wollen-, Leinwand-, Garn-, Eisen- und Leinhandel sowohl zu der gesammten Unterthanen, als auch der mit dergleichen Waaren commercirenden Kauf- und Handelsleute besondern Nachtheil und Abbruch bei ihrer Nahrung getrieben worden, so ist nochmals ernstlich befohlen, daß jedermann im ganzen Lande, insonderheit aber im Weserdistricte, sich dergleichen höchst strafbarer Monopole und Verkauf gänzlich enthalte, und den Handlungen und Commerzien, insonderheit mit den obbemeldeten Waaren, ihren freien Lauf lassen und dabei niemanden beeinträchtigen soll, so lieb einem jeden sein wird, höchste Ungnade und unausbleibliche Bestrafung zu vermeiden, gestalt denn, wenn nichts desto weniger ein oder anderer dergleichen höchstschädliche Handlungen unternehmen würde, die bei ihm befindlichen Waaren nach geschehener Untersuchung weggenommen und confiscirt, und er überdas mit hundert Thaler Strafe belegt werden soll. Es sind auch alle und jede, unter was Prätext es sein möchte, desfalls erhaltene und diesem zuwiderlaufende Gnadenconcessionen, Privilegien und Contracte hiermit cassirt, annullirt und aufgehoben, und dem Landfiscal ist committirt, auf die etwa sich ereignenden Contraventionen genau zu inquiren, und solche ohne einiges Ansehn der Person seinem Eid und Pflichten nach bei fürstl. Geheimen-Rathsstube zu gebührender Remedirung und Bestrafung anzumelden. Landesf. Verordn. v. 28. Juni 1702.

E. auch: Getreide — Lebensmittel — Vieh — Felle u., Auf- und Verkauf derselben.

cf. Gesetz über die Heranziehung ausländischer reisender Kaufleute zur Gewerbesteuer v. 15. Octbr. 1832. §. 6.

*) E. Subhastation.

**) E. Getreide, Auf- und Verkauf derselben.

Aufwechselung und Ausführung grober Münzsorten.

S. Münzen.

Aufwinden schwerer Lasten.

S. Auf- und Abwinden schwerer Lasten in Braunschweig.

Augenschein.

S. Beweis durch Augenschein — Beweis bei dem Untergerichte zu Braunschweig.

Ausbau.

S. Straßen, Beengen derselben.

Ausbeute.

S. Bergtheile.

Ausbleiben vor Gericht.

S. Ungehorsam.

Auseinandersetzung der Kinder mit den Eltern bei deren Wiederverheirathung.

S. Wittwen, Wiederverheirathung derselben — Vermögen, mütterliches.

Ausgeber des Wechsels.

S. Wechsel-Ausgeber.

Ausgießen auf die Straßen in Braunschweig.

Es ist bei 2 Thaler Strafe verboten, im Winter das Röhrenwasser ohne Nutzen auf die Gassen laufen zu lassen; imgleichen Fenster unausgenommen zu waschen, damit den Vorbeigehenden beschwerlich zu fallen, auch Wasser und andere Unreinigkeiten aus den Fenstern, und überhaupt auf die Gassen zu gießen, es sei bei Nacht oder bei Tage. §. 6 der landesf. Verordnung, die Straßenreinigung der Stadt Braunschweig betr., v. 28. Novbr. 1758.

Gegen diejenigen, so allerhand Unreinigkeiten aus den Etagen der Häuser auf die Gassen gießen werden, soll mit der hierauf gesetzten Strafe von 2 Thaler ungesäumt verfahren werden. Avertissement des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 13. März 1767. (Br. Anz. vom Jahre 1767. Nro. 22.)

S. auch: Lauge und warmes Wasser.

Diese Verordnungen sind erneuert, mit dem Zusätze, daß man zu den Hauswirthen vertraue, daß selbige ihren Inquilinen deren Inhalt bekannt machen, und darauf, daß dawider nicht gehandelt werde, achten, immaßen widrigenfalls jene bestimmte Strafe, befundenen Umständen nach, von ihnen selbst begetrieben werden solle. Bekanntm. des fürstl. Polizei-Departements in Braunschweig v. 22. Januar 1796. (Br. Anz. vom Jahre 1796. Nro. 8.)

cf. Bekanntmachung fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 9. April 1815. Nro. 11. seqq. (Br. Anz. von 1815. Nro. 29.)

Auskippen der Münzen.

S. Münzen.

Ausländer.

S. Fremde.

Auslieferung der Verbrecher.

S. Criminalsachen, Convention in Betreff derselben.

Auspacken der Meßwaaren.

S. Meßwaaren, Auspacken derselben.

Auspfindung.

S. Execution.

Aus schleppen des krepirten Viehes.

S. Vieh, krepirtes.

Aus schütten auf die Straßen.

S. Ausgießen auf die Straßen in Braunschweig.

Auspielen in Lotterien oder auf andre Weise.

Obgleich wider das Auspielen der Sachen ohne besondere höchste Concession bereits verschiedentlich Verordnungen *) ergangen sind, so ist solches doch von so wenig Wirkung gewesen, daß vielmehr das verbotene Auspielen seit Errichtung der Zahlen-Lotterie überhand genommen und vornehmlich diese Anstalt dazu gemißbraucht wird. Es wird demnach verordnet,

1) daß ohne specielle höchste Concession keine Sachen, deren wahrer Werth sich über fünfzig Reichsthaler beläuft, und die von geringerem Werthe nicht ohne vorgängige Erlaubniß der Ortsobrigkeit, es sei bei Gelegenheit der Ziehung der Zahlenlotterie oder auf andre Art, wie es Namen haben möge, fernerhin auszuspielen gestattet sein; **) 2) gegen die Contravenienten mit Confiscation sowohl der Sachen, als der eingelegten Gelder ohne Nachsicht verfahren, auch davon 3) dem Denuncianten ein Drittel zugebilligt, die übrigen zwei Drittel aber zu milden Stiftungen verwandt werden sollen. Landesf. Verordn. v. 9. Decbr. 1771.

Da der Verordnung v. 9. Decbr. 1771 bisher nicht überall und genau nachgelebt ist, so wird dieselbe in Erinnerung gebracht und befohlen, daß ohne höchste specielle Concession keine Sache, deren wahrer Werth sich auf 50 und mehrere Thaler beläuft, und die von geringerem Werthe nicht ohne vorgängige Erlaubniß des Orts Obrigkeit so wenig in der hiesigen Classen-Lotterie, als auf andere Art, wie es auch Namen haben möge, ausgespielt, und daß gegen die Contravenienten mit Confiscation sowohl der Sachen, als der eingelegten Gelder, ohne Nachsicht verfahren, und hiervon dem Denuncianten ein Drittel zugebilligt, die andern zwei Drittel aber zu milden Stiftungen verwandt werden sollen. Würde auch jemand hinführo es sich begeben lassen, Geld-Gewinne mit dergleichen Auspielungen zu verbinden, so soll derselbe dafür in 50 Thaler Strafe, wovon ebenmäßig der Denunciant ein Drittel erhält, verfallen sein. Landesf. Verordn. v. 21. Januar 1791. (Br. Anz. v. Jahre 1791. Nro. 20.)

Alles Auspielen der Sachen, es sei durch Würfel oder in der Lotterie, oder auf welche Art es wolle, soll, weil solches theils zu den Hazardspielen gehört, theils mit Vervortheilung des Publicums

*) Schon durch eine landesf. Verordn. v. 2. April 1717 ist das Auspielen allen, sowohl Unterthanen als Fremden, dieselben mögen von Civil-, Militair- oder anderer Condition sein, bei Verlust des acquirirten Geldes und zwanzig Thaler Strafe, und zwei Thaler Strafe von jedem, der um dergleichen mitgespielt hat, welche Strafgeelder zur Lazareth-Casse gesandt werden sollen, verboten.

**) Durch die landesf. Declaration v. 9. Decbr. 1772 wurde die Zahlenlotterie-Societät autorisirt, über das Auspielen der Sachen einen besondern Aufseher zu ermächtigen, welcher die Einwilligung der General-Administration der Zahlenlotterie im Namen der Auspieler zu erwirken habe, und hiermit wurde zugleich die obige Bestimmung in soweit aufgehoben, daß es zu Auspielungen der höchsten Concession nicht mehr bedürfe und den Obrigkeiten in keinem Falle mehr frei stehe, zum Auspielen von Sachen die Erlaubniß zu ertheilen.

gewöhnlich verbunden ist, in Gemäßheit der höchsten Verordnung v. 9. Decbr. 1771 fernerhin überall nicht gestattet werden, welches auf landesf. Befehl wiederholt bekannt gemacht ist, durch ein Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 6. Octbr. 1794. (Br. Anz. v. 1794. Nro. 81.)

cf. Bekanntmachung herzogl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 15. Octbr. 1833. (Br. Anz. v. 1833. Nro. 249.)

Ausstattung der Töchter aus Lehngütern.

Wenn ein Lehmann, er sei adlichen Standes oder nicht, einen oder mehrere Söhne, und zugleich auch Töchter, oder aber keine Söhne, sondern nur eine oder mehrere Töchter, und an Erbgütern nicht so viel verläßt, daß die Töchter ihrer Geburt und Herkommen nach davon nothdürftig ausgestattet werden könnten, so soll deren Ausstattung (sowohl auch immittelt die nothdürftige Unterhaltung bei ihren Freunden, da es ihnen am bequemsten ist) aus Lehngütern, ob sie gleich anders woher bemittelt wären, geschehen, oder was an väterlichen Erbgütern mangelt, aus dem Lehne erfüllt, das quantum dotis aber nach Anzahl der Töchter und den Werth der unbeschuldeten und von dem Landesherrn recognoscirenden Lehngüter (zumal in dem Falle, da ein Lehmann mehrere von andern Lehnherren verliehene Güter hätte, wegen dieser die Observanz und Verordnung einer jeden Lehn-Cammer billig zu observiren, und es dabei zu lassen) dergestalt eingerichtet werden, daß, wo drei oder vier Töchter vorhanden, von 20000 Thlr. der angeschlagenen Lehngüter jeder Tochter 1000 Thlr., wo aber nur eine Tochter vorhanden, derselben 2000 Thlr., oder wenn zwei Töchter vorhanden, jeder 1500 Thlr. pro dote constituit, doch niemals, wenn gleich mehr als vier Töchter vorhanden, auf 20000 Thlr. mehr denn 4000 Thlr. angesetzt werden. Wo aber das Erbe, worunter auch wiederkäufliche Lehngüter zu verstehen, dergestalt beschaffen, daß die Töchter aus demselben richtig versorgt, die legitimam erlangen, und nach Standesgebühr ausgestattet werden können, soll aus dem Lehn, es sei altväterlich oder neuerkauft, keine Zusage erfolgen; unterdeß und bis sie ehrlich verheirathet werden, soll einer Tochter, so viel als der landübliche Zins von dem zur Ausstattung oben determinirten Quanto austrägt, aus dem Lehn jährlich zum Unterhalte gegeben, jedoch aber, da nach obiger Proportion und nach dem Werthe der Lehngüter mehr als 3000 Thlr. pro dote gezahlt werden müssen, dennoch der Alimentations-Gelder halber niemals über 150 Thlr. für jede Tochter gerechnet werden. Da aber drei Töchter vorhanden wären, soll jede 40 bis 50 Thlr. des Jahrs haben, und im Falle solche Umstände sich ereigneten, daß die Lehnfolger sich mit den Töchtern darüber nicht vergleichen könnten, soll es an die fürstl. Rathsstube gebracht, daselbst summarisch darüber cognoscirt und auf ein Gewisses eingerichtet werden. Es sollen aber die Töchter, wenn ihnen obiges, oder das solchergestalt von der fürstl. Rathsstube zu determinirende Quantum gereicht wird, aus dem Lehn zu weichen schuldig, und der Lehnfolger dieselben wider seinen Willen bei sich zu behalten nicht gehalten sein. Wenn auch ein Vater für sein ganzes oder meistes Allodium neues Mannlehn erkauft, bleibt zwar solch neues Lehn den Söhnen als Lehnfolgern allein, sie sind aber nicht dessen Werth, sondern nur dasjenige Quantum, dafür das neue Lehn erkauft worden, wenn ihre Schwestern dadurch in legitima verfürzt würden, in subsidium zu conferiren und in legitimam zu imputiren verbunden, davon jedoch das groß- und altväterliche Mannlehn befreit bleibt. Uebrigens soll durch diese Constitution den pactis familiae nicht derogirt werden. Landesf. Verordn. v. 15. Febr. 1714. *)

Da es mit dem in der Verordnung vom 15. Februar festgesetzten Brauttsche, wie die klaren Worte derselben selbst ergeben, die Beschaffenheit hat, daß er nur in dem Falle, wenn die Töchter aus

*) Schon unterm 23. Octbr. 1702 und 25. Januar 1703 sind dieserhalb Verordnungen ergangen; indeß disponirt diese neuere von 1714 nicht nur genauer und weitläufiger, sondern hat jene auch dahin abgeändert, daß auf 20000 Thlr. 4000 Thlr. Dotatgelder angesetzt werden können, indem nach den erstern auf eine solche Summe nur 3000 Thlr. gestattet waren.

dem Erbe die legitimam nicht erlangen können, aus den Lehngütern erfolgen ſolle, eine legitima aber mit einer Bedingung vom Vater den Rechten nach nicht onerirt werden mag, ſo bedarf es keiner weitem Declaration. Landeſf. Reſolution für den Canzlei-Advocaten Kern v. 7. Juli 1774.

S. auch: Ehebruch, Hurerei ꝛ.

Ausſtehen mit Waaren an mehreren Orten in und außer den Meſſen und Märkten, und Unterhaltung mehrerer Werkſtellen in der Stadt Braunschweig.

1. Ohne beſondere landeſfürſtl. Conceſſion ſoll niemandem der gewerbetreibenden Einwohner der Stadt Braunschweig, er ſei Handwerker, Kaufmann oder Profeſſionist, oder unter welchem Namen er Waaren verfertigt, oder zum Verkauf ausbieten mag, erlaubt ſein, Werkſtellen und offene Läden in mehreren von einander abgeſonderten Häuſern zu haben, und ſolchergeſtalt an ganz verſchiedenen Stellen einerlei Gewerbe und Nahrung zu betreiben, vielmehr ſoll jeder Profeſſionist, Fabrikant, Kauf- und Handelsmann nur einen einzigen Laden zum Verkauf ſeiner Waaren, und eine einzige Werkſtelle zu halten befugt ſein.

2. Gleichermaßen ſoll in den beiden hieſigen Meſſen und auf den Jahrmärkten hieſiger Stadt ſowohl den fremden und auswärtigen, als den landeſeingewohnten Kauf- und Handelsleuten und hieſigen Einwohnern nur geſtattet ſein, in einer einzigen Bude, Gewölbe oder Stande Waaren zum Verkauf auszubieten und damit auszuſtehen.

3. Da auch hin und wieder Kaufleute in den Meſſen in abgeſonderten Ständen und Buden bloß Muſterwaaren auslegen, um Käufer anzulocken und nach dem Lager-Gewölbe zu verweiſen, dieſem zum Nachtheil anderer eben ſo ſehr gereichenden Benehmen aber nicht weiter nachgeſehen werden kann, ſo wird ſolches hierdurch gleichfalls gänzlich verboten.

4. Da jedoch eine ordnungsmäßige Induſtrie dadurch nicht beſchränkt werden ſoll, ſo bleibt ferner einem jeden Einwohner der Stadt Braunschweig, ſo wie auch während der Meſſen jedem ſowohl einheimiſchen, als fremden Kauf- und Handelsmanne unbenommen, ſein Gewerbe in mehreren unmittelbar aneinander gränzenden Häuſern zu betreiben und ſeine Handlung in verſchiedenen neben oder ſo nahe gegen einander über gelegenen Gewölben, Buden oder Ständen zu führen, daß dieſelben zu gleicher Zeit überſehen und die Geſchäfte in beiden zugleich von eben denſelben Perſonen wahrgenommen und beſorgt werden können, damit daraus keine doppelte Handlung und beſondere Etabliſſements entſtehen mögen.

5. Auch bleibt den Kaufleuten, Profeſſionisten und andern nahrungtreibenden Einwohnern der Stadt Braunschweig geſtattet, in den Meſſen, Jahr- und Wochenmärkten, außer ihren Wohnhäuſern, oder wo ſie ſonſt ihre Waaren auslegen, in den Meß- oder Marktrevieren beſondere Gewölbe, Buden oder Stände zu beziehen und darin ihre Waaren auszuhängen und feil zu bieten, wobei es jedoch

6. bei demjenigen, was hierunter durch Verordnungen, Verfügungen, auferlegte Gilde-Berechtigungen feſtgeſetzt und hergebracht iſt, in allem ſein unabgeändertes Bewenden behalten ſoll.

7. Jeder Contravenient gegen dieſe Verordnung ſoll in zehn Thaler Strafe verfallen ſein, welche ſofort von ihm beigetrieben, und wobei er bedeutet werden ſoll, bei Vermeidung doppelter Strafe, bis auf eine Werkſtelle, Laden, Bude, Gewölbe oder Stand und dergleichen, alle übrigen ohne weitem Anſtand zu ſchließen, widrigenfalls ſolches ohne Rückſicht auf ſein beſonderes Intereſſe verfügt werden ſoll. Landeſf. Verordn. v. 16. Novbr. 1801.

cf. Gewerbe- und Gilde-Ordnung v. 29. Octbr. 1821. §. 131. — Bekanntmachung herzogl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 17. Januar 1833. (Br. Anz. v. 1833. Nro. 18.)

Ausſteuer.

S. Abfindungen — Ausſtattung — Eheſtiftungen.

Auswandern der Unterthanen.

Die ältern Verbote gegen das Auswandern, insbesondere die Bestimmungen des unterm 14. Juni 1770 publicirten kaiserl. Edicts v. 7. Juli 1768 sind durch die neuere Gesetzgebung aufgehoben.

cf. Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 35.

Ausweichen des Fuhrwerkes.

S. Gesetz über die Chausseegelb-Erhebung, den Gebrauch der Chausseen und die Begepolizei vom 28. Mai 1835. §§. 23 und 24.

Backelohn.

S. Backöfen — Backöfen im Weserdistricte und Amte Greene, §. 4. — Backwesen in Braunschweig.

Backöfen.

Alle Gemeine-Backhäuser, woran sich noch Defecte befinden, sollen nach Maaßgabe der dieserhalb bereits ergangenen Verordnungen in völligen Stand gesetzt, an den Orten aber, wo noch keine Gemeine-Backhäuser befindlich, solche unverzüglich vorgerichtet und in gutem Stande erhalten werden. Die Obrigkeiten sollen ein verhältnißmäßiges Backelohn ausmachen und feststellen. In den großen Dörfern sollen die Backhäuser mit Bäckern, in den kleinen aber mit Häuslingen, die auf das Backen Acht haben, besetzt, und sowohl durch diese Bäcker und Häuslinge, als die Amts-, Unter- und Revier-Forstbedienten darauf genaue Acht gegeben werden, daß in keinen andern, als diesen Ofen gebacken werde. Von den übrigen Backöfen sollen nur diejenigen, so in gutem und feuerfestem Stande sind, zum Obßbacken allein bei Vermeidung deren Demolition gebraucht, dahingegen die feuergefährlichen eingeschlagen werden. Landesf. Verordn. v. 21. Decbr. 1772.

S. auch: Mauermeister.

cf. Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 29. Decbr. 1817. (Bege I. p. 363.) und v. 18. August 1819. (Bege III. p. 333.) — Feuerordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. §. 9.

Backöfen im Weserdistricte und im Amte Greene.

Zu Ersparung des Bauholzes, welches die Errichtung und Unterhaltung vieler Backöfen und Backhäuser erfordert, ferner auch des Holzes und der Waafen, welche bei so vielen Privat-Bäckereien verbraucht werden, und wohl drei- bis vier Mal mehr ausmachen, als wenn in jeder Gemeinde ein einziges, oder nach Beschaffenheit der Größe des Orts, zwei Gemeine-Backhäuser, und in einer Stadt oder Flecken ebenfalls nur einige wenige Backhäuser vorhanden sind, ist nachfolgende Verordnung gemacht.

1. Ist wie obgedacht gewiß, daß bei einer so großen Menge Backöfen an Holz und Waafen vieles überflüssiger- und unnöthigerweise verbrannt werde, da nicht nur in einem Ofen, der wohl angelegt, wenn er einmal durchgeheizt ist, nacheinander mit wenigerem Holze eben so viel kann gebacken werden, als in drei andern zu einer jeglichen geringen Quantität Brodes besonders geheizten Ofen, sondern es braucht auch ein Bäcker in einem Ofen, der beständig geheizt wird, kaum halb so viel Holz und Waafen, als zu Heizung dreier Ofen, welche etwa alle acht Tage einmal geheizt werden, nöthig ist; wozu noch Winde und Wetter exponirt sind, daher bei strenger Kälte wohl zweimal so viel Holz zu derselben Heizung, als zu einem im Hause liegenden, mithin der rauhen und kalten Luft nicht exponirten Backofen erfordert wird. Es sollen daher in dem ganzen Weserdistricte und dem Amte Greene durchgängig alle Privat-Backöfen abgeschafft, bei jeglicher Gemeinde ein Backhaus, oder, wie vorgedacht, höchstens zwei zum

zum allgemeinen Gebrauch, auf die Art, wie unten vorgeschrieben wird, angelegt werden, und soll in denselben ein jeglicher sein Brod backen zu lassen schuldig und gehalten sein.

2. Und da in einem solchen Gemeinde-Ofen, wenn er einmal geheizt ist, täglich 12 und mehr Hinten Obst gedörret werden können, mithin es zum Obstdrocknen keiner Privat-Backöfen bedarf, so kann sich auch dazu ein jeglicher des Gemeinde-Backofens nach Nothdurft hinführo bedienen.

3. Ueber die bereits angeführte ansehnliche Holz-Ersparung, welche nach der diesfalls angestellten genauen Ausrechnung ein sehr Großes beträgt, soll auch den Gemeinen selbst von der Anlegung der Gemeinde-Backöfen ein besonderer Nutzen zufließen. Denn obgleich der fürstl. Cammer eine eigene Einkunft daher zugewiesen werden könnte, und dieselbe einen gewissen Backofen-Zins zu nehmen befugt wäre; so will dennoch Serenissimus aus landesväterlicher Gesinnung für die getreuen Unterthanen denselben nicht nehmen, sondern einer jeglichen Gemeinde die Verpachtung ihres Backofens verstaten, und soll das daher zu erhebende Pachtgeld der Gemeinde zum Besten angelegt und administirt werden. Dieses ist im Fürstenthume Blankenburg vorlängst also eingeführt.

4. Damit auch die Unterthanen durch das Backelohn nicht beschwert werden mögen, so ist dasselbe, in Betracht, daß Holz und Waasen in dortiger Gegend ziemlich wohlfeil sind, auf das Leidlichste gesetzt, und soll von einem Hinten Rothenmehl, wenn gemeines Hausbackenbrod davon gebacken wird, nicht mehr denn acht Pfennige oder ein Mariengroschen, wenn aber Tellerbrode davon gebacken werden, zwei Mariengroschen gegeben werden.

5. Ueber die Bäcker ist vielfals geklagt worden, daß sie die Backgäste bei der Abwirkung des Teigs vervorthen, indem sie für den der Backgäste gegebenen Sauerteig gemeiniglich noch einmal so viel, als sie denselben gegeben haben, von dem Brodteige zurück behalten.

Damit nun dieser unerlaubte Gewinnst und die damit verknüpfte Beschwerde der Backgäste abgestellt werden möge; so ist verordnet, daß ein jeglicher Bäcker eine Waage anschaffen und mit derselben den Backgästen den fordernden Sauerteig zuwägen, und wenn diese ihren Teig zum Backen bringen, sodann in derselben Gegenwart von solchem Teige das gelieferte Gewicht des Sauerteigs wieder abwägen und zurück nehmen solle. Wer dawider handeln wird, er sei Bäcker oder Backgast, soll jedes Mal in fünf Thaler Strafe genommen werden.

6. Da es auch eine ausgemachte Sache ist, daß von dem Teige durch das Ausbacken höchstens nicht mehr als der zehnte Theil abgeht, so soll der Bäcker das Brod auf solchen Fuß ausbacken, sich den Teig von jedem Backgaste zuwägen lassen, und das daraus gebackene Brod den Backgästen, nach Abzug des zehnten Theils, hinwiederum zuwägen und zurück liefern.

7. Damit diesem also gebührlich nachgelebt und den betrüglichen Vervorthungen, so viel immer möglich, gesteuert werden möge, so hat der Beamte oder die Gerichts-Obriegkeit hierauf fleißige Acht zu geben, das Gemeinde-Backhaus öfters und unvermuthet zu visitiren oder visitiren zu lassen, und wie dem Landesfürsten dergleichen sorgfältige Aufsicht zu Wohlgefallen gereichen wird, also ist derselbe allenfalls zufrieden, daß dem Beamten oder der Gerichts-Obriegkeit von den Backöfen-Einkünften etwas für ihre Mühe gereicht werde.

8. Wie keinem Zweifel unterworfen ist, daß die Waasen eben so gut, und besser als das harte Holz zum Backen gebraucht werden können, indem der Ofen durch Feuer von Waasholz eher, als durch den Gebrauch des harten Holzes in die Hitze gebracht wird, wie denn im Blankenburgischen sogar mit rauhen tannen Waasen und im Halberstädtischen an vielen Orten mit Stroh gebacken wird; so soll das Backen hinführo, so viel immer möglich, mit Waasholz geschehen.

9. Die ~~Struktur~~ der dortigen Backöfen contribuiert auch nicht wenig zu dem bisherigen Holzverderb, da dem Vernehmen nach die Oefen allzu hoch sind, der Boden nur von Lehm Schlag gemacht, das Ofenloch ebenfalls viel zu weit ist, und statt einer eisernen Thür, nur mit einem Stück Holz zugelegt wird.

Es sollen demnach

- a) die neuanzulegenden Backöfen nur $\frac{3}{4}$ Ellen in der Höhe halten.
- b) Der Boden soll von Barnsteinen, zwei Steine hoch, gemacht werden.
- c) Das Ofenloch soll eine Elle breit, und $1\frac{1}{2}$ Viertel hoch gemacht, auch mit einer eisernen Thür verwahrt werden.

Wie nun auf solche Weise die Hitze desto besser und länger zusammen gehalten werden kann, also wird auch dadurch vieles an Holz und Waasen erspart werden.

Die in den Städten bereits vorhandenen Backöfen sollen hiernach geändert und eingerichtet werden.

10. Das sogenannte Hallerbrod erfordert sehr viel mehr Holz und Waasen als das Loßbrod, wie es im Blankenburgischen gebacken wird, überdieses ist das Loßbrod besser von Geschmack, und wird reiner ausgebacken. Es ist daher von den Obrigkeiten Bericht und Gutachten gefordert, ob das Loßbrod nicht nach und nach eingeführt werden könne.

11. Sobald an einem Orte der Gemeinde-Backofen auf vorbeschriebene Maasse fertig ist, sollen die andern eingeschlagen werden, und steht den Gemeinden frei, ob sie von den Eigenthümern der jetzigen und zu destruirenden Backöfen die Materialien, zu Ersparung der Kosten, erhandeln wollen. Landesf. Aussch. v. 4. Juli 1744.

S. auch: Bauen im Weserdistricte.

Backwerk, warmes.

Vergleichen, es habe Namen wie es wolle, und bestehe solches in gemeinem Brod, Semmel, Salz- oder andern Kuchen, soll auf landesfürstlichen Befehl wegen seiner Schädlichkeit für die Gesundheit an irgend jemand durchaus nicht verkauft werden. Avertissement des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 4. Mai 1775. (Br. Anz. v. 1775. Nro. 38.)

Backwesen in Braunschweig.

Dieserhalb ist auf landesf. Befehl verordnet: 1) daß ein jeder Bäcker bei dem Kneten alle mögliche Reinlichkeit beobachten, und bei Vermeidung von zwei Thaler Strafe sich nicht unterstehen solle, solche Dinge einzumischen, wodurch das Brod zum trüglichen Anschein aufgeblasen wird, hernach zusammen fällt und der Gesundheit schadet. 2) Soll derjenige Bäcker, so sich unbilligen und unerlaubten Gewinnses halber begeben ließe, das beste mit geringerem, das gute mit schlechterem, und das Weizen- und Roggenmehl mit Mehl von andern Früchten zu vermischen, in zehn Thaler Strafe verfallen sein. 3) Welcher Bäcker das zum Verkauf gebackene Weißgut und Roggenbrod nicht tüchtig und wohl ausbackt, solches zum Verkauf auslegt, auch sonst verkauft, und dem, welcher bei ihm Hausbacken-Gut verfertigen läßt, solches ungar oder gar zu hart ausgebacken liefert, dem soll das erste Mal das untaugliche Gut weggenommen, und wenn es mehrmals vorkommt, derselbe außerdem für jeden Fall mit zwei Thaler Strafe belegt, auch durch prompte Execution angehalten werden, diejenigen schadlos zu stellen, welchen er das Hausbacken-Gut verdorben hat. 4) Wie die Bäcker, bei Verlust ihre Gildegerechtigkeit, sich vorsätzlich des Backens auf den Kauf und des Hausbackens nicht weigern mögen, so soll doch auch, bei Vermeidung der nachdrücklichsten Bestrafung, keinem hiesigen Bäcker- oder Verwandten verwehrt werden, auch solche Sorten feines Weißgut zu backen, die immer einen Vorzug vor den andern haben, und in fremden Städten in gutem Rufe stehen. 5) Damit man im nöthigen Falle gleich wissen könne, von welchem Bäcker das verkaufte Brod gebacken worden, so soll ein jeder Bäcker sein eigenes Zeichen haben, solches bei dem hiesigen Polizei-Gerichte zur Registrirung vorzeigen, und damit sein Backgut bei zwei Thaler Strafe für jeden Contraventionsfall zeichnen. Würde auch wider alles bessere Verhoffen ein Meister des andern Mitmeisters Zeichen brauchen, so soll gegen einen solchen Frevler inquisitorisch verfahren werden. 6) Sämmtliche

Bäcker werden hoffentlich ihre Pflicht gebührend beobachten und sich nach der Brod-Taxe genau richten, welche nach dem steigenden und fallenden Kornpreise aus der im abgewichenen Jahre publicirten Tabelle monatlich extrahirt und dem Publico und Bäckergerwerk genugsam und zeitig genug bekannt gemacht wird. Im Gegentheil aber soll auch der Contravenient, welcher zu leicht backt, für jedes fehlende Loth einen halben Mariengulden Strafe erlegen und das zu leicht gefundene Backgut den Armen zum Besten confiscirt werden. *) 7) Wie aber nicht wohl möglich, daß die kleineren Eispennig- und Zweispennigstücke so gar genau und gleichen Gewichts zu backen, auch sich wohl begeben kann, daß dasjenige Brod, welches auf die Brandstelle zu stehen kommt, stärker eintrocknet, so sollen in Pfenningstücken vier, in Zwei-, Vier- und Achtspennigstücken aber zwei Stück bei der Probirung allemal zusammen gewogen, und wegen des Brodes, so auf der Brandstelle gestanden, auf jedes Pfund 1 Loth für die Gefahr passirt werden. 8) Die Bäcker-gilde muß sich darnach einrichten, daß es an Kaufbrod nicht fehle, und daß man täglich frisches Backgut haben könne, deswegen ein jeder, nach dem Verhältnisse seiner Nahrung, zu aller Zeit außer dem reinen Korn, so viel er dessen in zwei Monaten zu verbacken pflegt, wenigstens so viel Roggen- und Weizen-Mehl, als er in einem Monate wirklich verbacken kann, vorrätzig haben muß. 9) Wie die Bäcker schuldig sind, mit dem Hausbacken und Obstwellen ehrlich zu Werke zu gehen, und bei Strafe der Erzekung des verursachten Schadens und der Kosten jedermann gebührend zu befördern, so sind sie auch verpflichtet, bei Vermeidung eines Marienguldens und dem Befinden nach einer höheren Strafe, niemanden im Preise des Brodbacke- und Obstwellenlohns zu überlegen, und ein Mehreres als bisher üblich ist, nämlich für einen gehäusten Himten Roggenmehl bis 2 Mgr. 2 Pf., wenn der Bäcker das Kneten mit verrichtet, alsdann 4 Mgr. und für ein Brett voll Obst zu wellen, zu $\frac{3}{4}$ Ellen breit und 3 Ellen lang, bis 2 Mgr. 4 Pf. zu nehmen. Backordnung für die Stadt Braunschweig v. 10. Novbr. 1759. (Br. Anz. von 1759. Nro. 102.)

Zur Ergänzung dieser Backordnung ist bekannt gemacht, daß derjenige, welcher dem Bäcker gemahlenes Roggenmehl giebt, um Brod daraus zu backen, wenn das Vierfaß, oder der vierte Theil eines hiesigen Himten Mehls

12	Pfund	wiegt,	alsdann	15	Pfund	Brod,
11	»	»	»	13 $\frac{3}{4}$	»	»
10	»	»	»	12 $\frac{1}{2}$	»	»
9	»	»	»	11 $\frac{1}{4}$	»	»

gar und wohl ausgebacken zurückerhalten müsse. Verordnung des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 10. Juli 1764. (Br. Anz. v. 1764. Nro. 57.)

Zur fernern Ergänzung gedachter Backordnung, vermöge welcher der Bäcker für einen Himten Roggenmehl nicht mehr als 18 Pf., wenn er aber das Kneten mit verrichtet, 4 Mgr. Backelohn nehmen, auch dem Avertissement v. 10. Juli 1764 gemäß aus 4 Pfd. Mehl 5 Pfd. Brod gar und wohl ausgebacken liefern soll, ist wegen vorgekommener Beschwerde, daß die Bäcker noch ein höheres Backelohn nehmen, bekannt gemacht, daß derjenige, welcher ins Haus backen läßt, entweder 4 $\frac{1}{2}$ oder 6 oder 9 Brode aus einem Himten Mehl backen lassen, und für ein Brod respective 4, 3 und 2 Pf. bezahlen müsse, denen aber, welche das Mehl dem Bäcker schicken, die Wahl gelassen werde, ob sie das Backelohn nach der Backordnung von 1759 mit 4 Mgr. für den Himten Mehl, oder nachdem 4 $\frac{1}{2}$ oder 6 oder 9 Brode daraus gebacken, von jedem Stücke respective 7 $\frac{1}{2}$, 5 $\frac{1}{2}$ und 3 $\frac{1}{4}$ Pf. bezahlen wollen, sie jedoch schuldig seien, das Mehl vorher richtig, und wie sie es allensfalls eidlich erhärten können, zu wägen und widrigen Falls aber mit ihren Beschwerden über das Gewicht des Brodes oder über das Backelohn nicht gehört werden sollen. Verordn. des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 11. März 1768. (Br. Anz. v. 1768. Nro. 22.)

E. auch: Bäcker — Bäcker in Braunschweig.

*) S. Brod-Taxe.

Backzeichen.

E. Backwesen in Braunschweig. §. 5.

Bademütter.

E. Hebammen.

Baden in den Okerkanälen und dem Okerstrome vor Braunschweig.

Das Baden in und nahe vor der Stadt in den Okerkanälen und dem Okerstrome, vornämlich an offenen Orten neben den gewöhnlichen Fußsteigen ist als gefährlich, und in Betracht der Vorübergehenden als unsittlich bei 2 Thlr. Strafe verboten. Eltern, Vormünder und Lehrmeister sind dabei erinnert, ihre Kinder, Pflegebefohlenen und Lehrlinge auf dieses Verbot und die mit dem Baden verknüpfte Gefahr aufmerksam zu machen, inmaßen derjenige Knabe, welcher an vorbeschriebenen Orten badend betroffen werden wird, statt der bestimmten Geldstrafe eine nachdrückliche Züchtigung zu gewärtigen hat. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 22. Mai 1793. (Br. Anz. v. 1793. Nro. 40.)

Vorstehendes Verbot ist erneuert und das Baden in der Nähe vor der Stadt, oder in den Okerkanälen in der Stadt bei 5 Thlr. Geld- oder verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe verboten worden. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements in Braunschweig v. 25. Juni 1794. (Br. Anz. v. 1794. Nro. 51.)

Die deshalb ergangenen Verbote sind nicht nur erneuert, sondern es ist auch auf höchsten Befehl das Baden wegen der Unsicherheit des Grundes der Oker in der Ferne vor der Stadt, besonders beim Bassin der Schleuse, auf der Pferdetrift, der Weidenmasch und in mehreren Gegenden daselbst untersagt. *) Bekanntm. des Poliz. Dep. zu Braunschweig v. 28. Mai. 1801. (Br. Anz. v. 1801. Nro. 41.)

Bader.

E. Chirurgen und Bader.

Badereien.

Die von Adel sollen zwar ihre Badereien wie sie dieselben hergebracht fernerhin behalten, verpachten oder auf andere Weise besetzen, jedoch daß keine andere als solche Leute dazu genommen werden, die von dem fürstl. Collegio medico examinirt, tüchtig befunden und dafür erklärt worden sind, und daß den Hintersassen unverwehrt bleibe, auch bei andern von dem fürstl. Collegio medico approbirten Chirurgen und Badern, zu welchen dieselben Vertrauen haben, sich der Curen ohne Hinderung zu bedienen. Landtags-Absch. v. 9. April 1770. Art. 55.

E. auch: Verordn. v. 20. April 1770. §. 5. unter: Collegium medicum, und v. 1. April 1765 unter: Chirurgen und Bader.

cf. Landtags-Absch. v. 11. Juli 1823. Art. 14.

Badstuben.

E. Barbier- und Badstuben.

Bäche

sollen auf den Wiesen zur rechten Zeit aufgeräumt werden, s. Maulwurfsbaufen.

Bäcker.

Die Bäcker sollen bei unablässiger Strafe das Brod wohl und fleißig kneten und keine ungefunde

*) Diese Verbote gegen das Baden sind von fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig am 31. Januar 1814 (Br. Anz. v. 1814. Nro. 60.) und nachher zu wiederholten Malen in Erinnerung gebracht.

oder unflätthige Dinge, um dasselbe aufzublasen, darunter nehmen. *Tax-Ordn. v. 29. Novbr. 1645. Tit. 4. §. 4.* Bei denselben soll durch die vereideten Wardirer öfters unvermuthet visitirt und das Brod probirt werden, ob es vollwichtig, klar, gut und wohl ausgebacken sei. Der Bäcker soll bei Strafe der Confiscation alles gebackene Brod vorzeigen. *Ebenas. §. 5.* Sollen kein Gersten- oder anderes Mehl mit dem Roggenmehl vermengen und verkneten. *Ebenas. §. 6.* Sollen sich bei Verlust der Gildgerechtigkeit und Vermeidung schwerer exemplarischer Strafe des Backens auf den Kauf oder um Lohn nicht weigern, oder den Ofen verderben. *Ebenas. §. 10.*

Bäcker in Braunschweig.

Dieselben sollen sich bei Vermeidung des Verlustes der Backgerechtigkeit in halbjährigen Mehl- und Kornvorrath setzen, und ein jeder Bäcker soll allemal am ersten Tage eines jeden Monats ungesordert, und bei Vermeidung von 2 Thlr. Strafe eine auf seinen Bürgereid gefertigte schriftliche Note von dem bei ihm vorrätthigen Weizenmehl und harten Weizen, auch Roggenmehl und harten Roggen bei dem Polizei-Departement eingeben. *Landessf. Verordn. v. 30. Januar 1762. *)*

S. auch: Backwesen in Braunschweig. §. 8.

Bäckertohlen.

S. Holztohlen.

Bären-, Affen- und Hundezieher.

Auf landessf. Befehl sollen auf den Messen zu Braunschweig keine Bären-, Affen- und Hundezieher, oder Leute, welche Kameele und dergleichen Thiere auf den Straßen herumführen, weiter zugelassen, sondern an den Grenzfürstern dieses Landes zurückgewiesen werden. *Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 28. Juni 1784. (Br. Anz. v. 1784. Nro. 52.)*

cf. Gewerbesteuer-Verordn. v. 29. Octbr. 1821. §. 29.

Bäume, Anpflanzen derselben.

S. Anpflanzung junger Bäume.

Bäume und Hecken, Beschädigung derselben.

Wer junge Weiden, Eichen, Büchen oder andere junge Bäume, es sei solches in den Kämpen, oder wenn sie versezt sind, vorsätzlich niederhaut, oder schlägt, abschält, oder auch lebendiges Heckenwerk verdirbt, dessen Leib und Gut soll in der Obrigkeit Händen stehen. Wer den Thäter erfährt und nicht anzeigt, der soll in schwere unnachlässige Strafe verfallen sein. *Allg. Land. Ordn. Art. 40.* Welcher Voigt, Sogrese oder Diener bei den Gerichten hierauf nicht Acht giebt, der soll, nebst Entsezung seines Dienstes, mit ernster Strafe belegt werden. *Ebenas. Art. 41.*

In Gemäßheit der Disposition der fürstl. Landes-Ordn. Art. 40, die Beschädigung und Abhauung junger Saugweiden oder anderer verpflanzten jungen Bäume betreffend, sind alle und jede, sowohl Auswärtige als Einheimische, nochmals gewarnt, sich wohl zu hüten, daß sie dergleichen jungen Bäumen, an was Orten auch dieselben befindlich sind, und in specie den zwischen Wolfenbüttel und dem Weghaufe stehenden Weiden und übrigen angepflanzten Holzungen keinen Schaden zufügen, vielweniger dergleichen gar abhauen, zerbrechen, ausreißen, oder sonst auf einigerlei Weise verderben. Daserf aber jemand auf dergleichen böshafter That betreten werden, oder sonst deren zu überführen sein sollte, soll wider denselben

*) Diese Verordn. enthält außerdem auch Bestimmungen wegen des Brauens; s. Brauen in Braunschweig.

62 Bäume, welche auf des Nachbars Grund und Boden fallen — Barbier- und Badstuben.

nach dem Inhalte obervähnter fürstl. Landes-Ordnung ernstlich procedirt, auch nach Gelegenheit der That die Strafe auf exemplarische Weise geschärft, nicht weniger auch derjenige, welcher dergleichen That gesehen oder erfahren und selbige gehörigen Orts nicht denunciiret, mit schwerer Strafe belegt werden. Landesf. Verordn. v. 23. März 1703.

Diejenigen, welche sich an Hecken, Weiden, Linden und andern Bäumen vergreifen, dieselbigen muthwilliger Weise umhauen, ausziehen, oder auf andere Weise beschädigen werden, sollen solchen ihren Frevel mit Strafe des großen Karrens büßen. Die Ober- und Beamte, auch die Magistrate in den Städten und Gerichtsobrigkeiten ohne Unterschied, sowohl diejenigen, welche Ober- als Untergerichte haben, sollen hierüber mit Nachdruck halten, wo solche Frevler betreten werden, sich derselben bemächtigen, und an die fürstl. Geheimrathstube davon unverzüglich berichten, auch zu desto mehrerer Verwarnung Pfähle mit einem Brette, auf welchen ein großer Karren mit der Ueberschrift: Strafe derjenigen, so Bäume und Hecken beschädigen, an den Heerstraßen und solchen Orten, wo Hecken und gepflanzte Bäume befindlich, aufrichten lassen. Landesf. Verordn. v. 5. Juni 1749.

Die dieserhalb ergangenen Verordnungen sind erneuert, und ist dabei nochmals verordnet, daß diejenigen, welche sich hinkünftig an Hecken, Weiden, Linden und andern Bäumen, insbesondere aber an den vor dem August- und Steinhore vor Braunschweig bereits angelegten und noch künftig anzulegenden Alleen von Ruß- und andern Bäumen vergreifen, dieselben muthwilliger Weise umhauen, ausziehen, oder auf andere Weise beschädigen werden, solchen ihren Frevel mit schwerer Strafe, und befindenden Umständen nach des großen Karrens büßen sollen. Landesf. Verordn. v. 26. April 1763. *)

S. auch: Feld- und Gartendieberei — Obstbäume, Entwendung und Beschädigung derselben.

cf. Forststrafdirectorium v. 5. Mai 1815. — Verordn. v. 15. Octbr. 1816, das Verbot und die Bestrafung der Beschädigungen öffentlicher Anpflanzungen betr. — Gesetz über die Chausseegeld-Erhebung, den Gebrauch der Chausseen und die Wegepolizei v. 28. Mai 1835.

Bäume, welche auf des Nachbars Grund und Boden fallen.

Die vom Sturmwinde umgerissenen oder sonst umgefallenen Bäume, wenn sie aus des Eigenthümers Grund und Boden in des Nachbars Eigenthum fallen, sollen jedes Mal dahin, wo der Baum seine Wurzel gehabt, gehören, und wenn er im Umfallen dem Nachbar Schaden thut, solcher ersetzt werden. Landesf. Rescr. an die hohen Justiz-Collegien v. 17. Febr. 1745.

Bandhändler.

Da das Auslegen der Waaren in mehreren Boutiken und Ständen schon mehrmals¹⁾ verboten ist, so ist sowohl den Braunschweigischen als fremden Bandhändlern das Ausstehen an mehr denn einem Orte auf der Messe untersagt. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 21. Januar 1793. (Br. Anz. v. 1793. Nro. 8.)

S. auch: Ausstehen mit Waaren an mehreren Orten u. — Hausirhandel mit Band.

Bankerotte.

S. Concurs.

Barbier- und Badstuben.

Niemand, ohne allen Unterschied, es sei nun, daß er die Wittwe des verstorbenen Chirurgen ehelichen wolle, oder selbst ein Sohn desselben und Erbe des väterlichen Hauses wäre, soll zur Acquisition und

*) Die Verordn. v. 1. Mai 1761, welche sich allein auf die Beschädigung von Anpflanzungen an den Landstraßen bezieht, ist durch die neuere Gesetzgebung aufgehoben.

Ausübung einer Barbier- und Baderamts-Gerechtigkeit gelassen werden, bevor er nicht in dem mit ihm anzustellenden scharfen Examen einen zuverlässigen Beweis der dazu erforderlichen Geschicklichkeit abgegeben habe. Deshalb soll hinführo der Ankauf einer Barbier- und Badstube nicht eher gültig sein und zu Recht bestehen, bis der Käufer vor dem fürstl. Ober-sanitäts-Collegio seine Fähigkeit sattem erwiesen, und darüber, und daß er zum Chirurgen wirklich angenommen werden könne, Zeugniß erhalten hat. Die Obrigkeiten sollen eher nicht auf die rechtsverbindliche Gültigkeit der Acquisition eines Barbier- oder Baderamts erkennen. Landesf. Verordn. v. 30. Januar 1775.

E. auch: Chirurgen und Bader — Badereien.

Barn-, Lehm- und Ziegelsteine.

Um den Beschwerden abzuhelpen, daß die gebrannten und Lehm-Steine sowohl von ungleicher Größe, als sehr verschiedener Güte, auch zum Theil gar untauglich gemacht werden, wodurch für den Bauenden großer Nachtheil entsteht, wird verordnet, daß künftig 1) zu den Barn-, Lehm- und Ziegelsteinen kein anderer als tüchtiger, reiner und wohlburchgearbeiteter Thon und resp. Lehm genommen; 2) die Barn- und Lehmsteine einen Fuß lang, drei Zoll dick und sechs Zoll breit; 3) die Ziegelsteine aber einen Fuß lang, einen Zoll dick und neun Zoll breit geformt, und 4) beide, sowohl Ziegel- als Barnsteine gehörig ausgebrannt und solchergestalt zubereitet werden sollen, daß es denselben an den gewöhnlichen Kennzeichen der Güte und Saare, welche besonders aus dem hellen Klange und dem leichtern Gewichte zu beurtheilen, nicht fehlen müsse.

Gestalt denn widrigenfalls und wenn dabei die vorgeschriebene Maaße gehörig nicht beobachtet sein, oder es sonst den gebrannten Steinen an obbenannten Kennzeichen der Güte fehlen würde, sodann nicht nur der Preis derselben nach obrigkeitlichem Ermessen heruntergesetzt, sondern auch, Falls ja ein Mauermeister oder Dachdecker dergleichen auf eine ordnungswidrige Art ausgearbeitete, geformte und gebrannte Steine, ohne davon dem Bauherrn oder sonst gehörigen Orts vorgängige Anzeige zu thun, verbrauchen würde, für den Schaden, welcher dem Bauherrn dadurch veranlaßt wird, aus eigenen Mitteln eintreten und nach Befinden noch dazu mit willkührlicher Geldstrafe belegt werden soll. Landesf. Verordn. v. 14. Septbr. 1764.

Auf die Vorstellung, wie es den Bauenden zum merklichen Vortheile gereichen dürfte, wenn die in vorstehender Verordnung wegen der Barn-, Ziegel- und Lehmsteine vorgeschriebene Form auf mehr als eine Art bestimmt und den Bauenden darin die eigene Wahl gelassen, zugleich aber denselben bei den sodann nöthigen Ausrechnungen und damit allenfalls jeder seinen Anschlag danach selbst machen könne, durch diensame Tabellen zu Hülfe gekommen würde, so ist folgendes declarirt und verordnet:

1) Außer der vorhin bestimmten Form zu 12 Zoll lang und 3 Zoll dick sollen die Barn- und Lehmsteine zu 10, 10½, 11, 11½ Zoll lang, und 2, 2¼, 2½, auch 2¾ Zoll dick geformt werden können, die Hüttenbedienten sich hierin lediglich nach den Bestellungen der Bauenden richten, jedoch auch diese keine andere, als von oben gedachten Maaßen verlangen, sondern sich damit begnügen, daß sie die Wahl haben, von den aus sothanan Maaßen entstehenden 25gerlei unterschiedenen Formen diejenigen zu bestellen und verfertigen zu lassen, welche sie ihren Absichten am Dienksamsten erachten. Die Breite dieser Steine aber soll durchgehends 6 Zoll sein. 2) Die Ziegelsteine sollen nur von dreierlei Form sein, nämlich: a) 12 Zoll lang, 9 Zoll breit, b) 18 Zoll lang, 9 Zoll breit, c) 18 Zoll lang, 10 Zoll breit, und die Dicke bleibt in allen drei Sorten ein Zoll. 3) Damit jeder nach Maaßgebung seines vorhabenden Werks die Anschläge wegen dieser Art Materialien sowohl selbst machen, als die von andern gemachten Anschläge oder auch die Kostenrechnungen über schon vollendete Werke gehörig prüfen könne, so ist der Verordnung eine Tabelle nebst Gebrauchsanweisung angehängt. Die Obrigkeiten sollen den Bauenden

davon Nachricht geben, auch die Maurer und Dachdecker darauf verweisen, und wenn selbige entweder zu hohe Anschläge oder zu hohe Kostenrechnungen machen, es mag solches aus Unerfahrenheit oder aus Gewinnsucht geschehen, nach dem Verhältnisse des dadurch dem Bauenden zugezogenen oder demselben bevorzustehenden Schadens, in nachdrückliche Strafe nehmen, auch wenn der Schaden schon wirklich geschehen, zu dessen Ersetzung anhalten, widrigenfalls und dafern die Obrigkeit hierbei sich Saumseligkeit zu Schulden kommen lassen würde, selbige dafür selbst haften soll. 4) Obgleich wegen verschiedener Umstände nicht thunlich ist, auf die eine oder andere Sorte einen gewissen und beständigen Preis zu setzen, so soll dennoch zu allen Zeiten der currente Preis der 12 Zoll langen und 3 Zoll dicken Barn- und Lehmsteine, und der 12 Zoll langen und 9 Zoll breiten Ziegeln, den gesetzmäßigen aller übrigen Sorten, nach Maaßgebung des in der Tabelle D. und in der Anweisung zur Tabelle E. bemerkten cubischen Verhältnisses bestimmen und sind deswegen die Inspectoren und Administratoren der Ziegelhütten befehligt, die jedes Mal currenten Preise von vorbemeldeter Form alle Monate an das Intelligenz-Comtoir zu Braunschweig einzusenden, und soll die fürstl. Intelligenz-Commission solche in dem nächstfolgenden Blatte bekannt machen lassen. Landesf. Verordn. v. 6. März 1765.

Es werden nicht allein die Verordnungen v. 14. Septbr. 1764 und 6. März 1765, welche wegen dieses Gegenstandes ergangen sind, erneuert, sondern auch dahin weiter bestimmt, daß

1) auf allen Ziegelhütten die Barnsteinformen nach Beschaffenheit der Thonarten dergestalt abgeändert und an beiden Enden mit Eisen, welche mit versenkten Schrauben zu befestigen, versehen werden sollen, daß der Barnstein nach dem Brande genau 12 Zoll Länge, 6 Zoll Breite und 3 Zoll Stärke halte, wie denn, wenn nicht andere Maaßen ausdrücklich bestellt sind, keine andere Mensur auf den Hütten Statt finden soll;

2) daß die Lehmsteine, welche mit Schewe gehörig zu vermischen, wenn sie ausgetrocknet sind, mit den Barnsteinen gleiche Maaße halten und darnach die Formen gleichfalls umgeändert werden sollen;

3) in Ansehung der Größe der Krampfsiegel, wenn nicht besondere Bestellungen gemacht werden, die Hütten sich nach den Ziegeln, womit die Gebäude ihrer Gegend gewöhnlich bedeckt sind, richten, auch die Ziegeln wenigstens $\frac{3}{4}$ Zoll nach dem Brande stark sein sollen.

Die Obrigkeiten, in deren Gerichtsbezirk Barn-, Lehm- und Ziegelsteine gefertigt werden, sollen von Zeit zu Zeit nachsehen lassen, ob auch obiger Vorschrift nachgekommen werde und die Barn-, Lehm- und Ziegelsteine die vorgeschriebene Maaße halten, auch sollen die Maurer- und Dachdeckermeister bei der Anfuhr und Verarbeitung dieser Baumaterialien hierauf achten und die Contraventionen bei Vermeidung eigener, durch die Verordnung v. 14. Septbr. 1764 ihnen angedrohten Strafe dem Bauherrn, oder sonst gehörigen Orts zur Anzeige bringen, da denn die Ziegelbrenner und Lehmsteinfabrikanten außer der, der Obrigkeit überlassenen verhältnismäßigen Herabsetzung des currenten oder sonst accordirten Preises dieser Materialien in fünf Thaler Strafe per Tausend bei den Barn- und Ziegelsteinen, und ein Thaler per Tausend bei den Lehmsteinen, genommen werden sollen. Uebrigens sind die Ziegelbrenner hierdurch noch besonders aufgefordert und angewiesen, den Thon, welchen die Hütte für das nächste Jahr gebraucht, im Winter in Zeiten graben zu lassen und überhaupt alle Sorgfalt anzuwenden, daß tüchtige Waare gefertigt werde; wie denn derjenige, welcher aus Gewinnsucht, zum Nachtheil des Publicums, dagegen handelt, die Thonarten nicht gehörig vermischt und nach Erfordern mit Sande versetzt, die Masse nicht tüchtig verarbeitet, gestrichenes vom Frost gelittenes Gut dennoch brennt, die Steine nicht völlig austrocknen läßt, die Ofen-Eingangsthür, nach eingesetzten Steinen, nicht ordnungsmäßig trocken vermauert und mit magerer Schlamm-Erde überzieht, den Steinen nicht ein gelindes Schmauch- und nach und nach bis zu starker Blut-Feigen- des Flammenfeuer in rechter Zeit giebt, die Schürflöcher und Gewölbeöffnungen nicht nach Bedürfnis zusetzt und öffnet, den Ofen nicht am Ende gehörig verschließt und die Steine nicht hinlänglich abkühlen läßt,

läßt, in eine nach Beschaffenheit der Umstände willkürliche Strafe genommen werden soll. Landesf. Verordn. v. 30. Januar 1799.

cf. Rescr. herzogl. Cammer-Collegii v. 18. März 1829. (Bege II. p. 246.)

Bauanschläge.

Wenn die Kosten eines Baues den zehnten Theil des Anschlags übersteigen, so sollen die Baumeister gehalten sein, dasjenige, was der Bau mehr kostet, aus eigenen Mitteln zu bezahlen. Landesf. Rescr. an fürstl. Consistor. zu Wolfenbüttel v. 27. Mai 1773.

Bauart im Weserdistricte.

E. Bauen im Weserdistricte.

Bau=Douceurs, Freiheiten und Remissionen.

Wegen der dormaligen schweren Ausgaben für die Neutralitätsarmee ist resolvirt worden, keine Contributionsremissionen wegen Bauens, da solche ohnehin bei der sichtbar zugenommenen Wohlhabenheit des Landmanns sehr weit gegangen sind und die dazu jährlich ausgelegt gewesenen Summen das alterum tantum überschritten haben, über das laufende Jahr hinaus weiter zu bewilligen. Landesf. Circul. Rescr. v. 6. August 1802. *)

Durch das landesf. Circular-Rescript v. 19. März 1825, die Aufhebung der Baudouceurs und Abgabefreiheit betr., sind die Verordnungen v. 19. März 1753 und 24. Januar 1755, wodurch den neuen Anbauern dergleichen Begünstigungen zugesichert waren, aufgehoben. **)

Baudouceurs in der Stadt Braunschweig.

Da die Absichten der unterm 17. Octbr. 1750 ***) erlassenen Constitution, die Baudouceurs und Baufreiheiten auf vom Grunde neu erbaute Häuser, dergleichen auch auf beträchtliche Reparaturen

*) Nach den Verordnungen v. 23. März 1693, 28. Juni 1703 und 6. Novbr. 1713 sollten die Baufreiheiten nur denen ertheilt werden, welche durch Brandschaden und dergleichen Unglücksfälle um ihre Häuser gekommen wären und welche eine seit vielen Jahren her wüst gelegene Stelle bebaut hätten, und die Verordnungen v. 5. Octbr. 1709, 8. Januar 1710, 20. Mai 1710, 11. Septbr. 1710 und 14. Novbr. 1738 bestimmten, daß die Baufreiheiten auf keine gewisse Jahre ertheilt, sondern den Brandbeschädigten von den zum Neubau aufzuwendenden Unkosten von je 100 Thlr. auf dem Lande 25 Thlr., in den Städten 15 Thlr. und denen, welche wüste Höfe bebauen oder andere nöthige Baue vornehmen würden, von je 100 Thlr. auf dem Lande 20 Thlr., und in den Städten 10 Thlr. an der Contribution zu Gute gethan werden sollten.

**) Statt der Baudouceurs genossen die Bauenden im Fürstenthume Blankenburg eine dreijährige Baufreiheit von den gewöhnlichen oneribus publicis. Landesf. Rescr. an fürstl. Regierung und fürstl. Cammer zu Blankenburg v. 30. August 1797.

***) Diese bestimmte, daß die Baudouceurs nur bei Erbauung neuer, an den Gassen belegener und wenigstens an der Gassenseite mit Steinen ausgemauelter Vorber-Häuser, oder bei einer beträchtlichen, vornehmlich auswendigen, zur Pierde der Stadt gereichenden und sich wenigstens über 200 Thlr. belaufenden Reparatur verwilligt werden und, nach Abzug der Hälfte des Werths des alten Hauses von der Summe des Taxati des neuen Hauses, von den noch übrig bleibenden Kosten dem Eigenthümer, wenn ein neues Gebäude errichtet und solches an beiden Seiten der Nachbarghäuser mit gemauerten Siebelwänden bis zum Dache hinaus vorgerichtet, auch mit feuerfesten Brandmauern und steinernen Rauchfängen versehen sei, (indem die von Holz und Baumwerk gemachten Rauchfänge gar nicht mehr zu dulden wären) 15 Thlr. von jedem Hundert; wenn aber dergleichen steinerne Siebelmauern nicht hergestellt worden, ohne Unterschied, ob das Haus von Mauer- oder Zimmerwerk aufgeführt sei, zehn Thaler von jedem Hundert; bei den bemerkten Reparaturen aber ohne Unterschied zehn Thaler von jedem Hundert betragen und die Bauenden außerdem noch nach der Beträchtlichkeit des Baues und der verwandten Kosten einen Nachlaß an den oneribus publicis realibus auf 1 bis 3 Jahre genießen sollten.

betreffend, guten Theils erreicht, so sollen auf die gewöhnlichen Bawe, so von Holzwerk vorgerichtet werden, noch weniger aber auf die Reparaturen in den Häusern einige Baubegnadigungen weiter verwilligt werden. Dagegen sollen denjenigen, welche ganz steinerne Gebäude von Grund auf, oder wenigstens steinerne Siebelwände auf beiden Seiten des Hauses bis zur Forst hinaus künftig aufführen lassen, einige Baubegnadigungen nach Proportion der darauf verwandten Kosten zufließen, und haben solche Baulustige, welche dieser Baudouceurs theilhaftig zu werden wünschen, sich bei der fürstl. Cammer zu melden, Riß und Anschlag von den neu zu erbauenden steinernen Gebäuden mit einzugeben, worauf sie denn wegen der Taxation der alten Gebäude, Approbation des Rißes, und wegen der nach vollbrachtem Bau zu erhaltenden Baudouceursgelder mit Resolution versehen werden sollen. Landesf. Verordn. v. 24. April 1769.

Da die Bauunterstützungen den Einwohnern der Stadt Braunschweig in der Absicht ertheilt sind, daß die Stadt und ihre Umgebungen durch geschmackvollere Gebäude verschönert werden, daher die begünstigten Bauunternehmer auch nach den höchsten Orts genehmigten Rißen ihre Gebäude aufführen lassen müssen und keine willkürliche Abänderungen geduldet werden können, so sollen diejenigen Maurer und Zimmerleute, welche zu einem solchen Mißbrauche die Hand bieten, nicht nur bestraft, sondern auch die Bauenden zur Bezahlung des Werths der erhaltenen freien Baumaterialien angehalten werden. Bekanntm. des fürstl. Ministerii v. 6. Juni 1806. (Br. Anz. v. 1806. Nro. 46.)

S. auch: Reformirte, Niederlassung derselben in den hiesigen Landen; Verordn. v. 28. März 1708. §. 26. seqq.

Bauen auf dem Lande.

Da, wenn die Gründe und Schwellen in der Erde liegen, nothwendig erfolgt, daß solche Häuser, weil die Gründe und Schwellen vermodern und faul geworden, um so viel eher zum Ruin gerathen und übern Haufen fallen müssen, so sollen die Schwellen und Gründe an den neu zu erbauenden Häusern und Gebäuden wenigstens zwei bis drei Fuß hoch über die Erde gelegt und untermauert werden. Landesf. Verordn. v. 11. Febr. 1688. *)

Da die von einigen Unterthanen auf dem Lande neu erbauten Häuser zu ihrem eigenen Schaden nicht so, wie es die Beschaffenheit ihres Hauswesens erfordert, sondern mehrentheils zu groß angelegt und ihnen die Bauten nachher zu schwer geworden sind, und deshalb nicht allein die ihnen ertheilte Baufreiheit vergeblich verwandt, sondern ein oder anderer noch dazu in viele Schulden und Ruin gerathen ist, dann auch hieraus dem Publicum und den Forsten der Schaden erwächst, daß das Bauholz ohne Noth consumirt wird, so wird verordnet, daß niemand von den Unterthanen auf dem Lande ohne Vorwissen der Obrigkeit und derselben darüber erfolgte Ermäßigung und Schein, ob und wie weit solcher Bau nöthig, und was dazu an Bauholz erfordert wird (wovon mit Zuziehung eines Zimmermanns ein Anschlag zu machen), dergleichen vornehmen und in Verleibung dessen nicht allein gar keiner Baufreiheit, noch einigen freien Bauholzes sich zu getrösten haben, sondern vielmehr dem Befinden nach noch dazu nachdrücklich bestraft werden soll. Die Obrigkeiten sollen über diese Verordnung mit gehörigem Nachdruck halten, und niemandem, daß er einen größern Bau, als er nach seines Hauswesens Gelegenheit nöthig, vornehmen möge, verstaten, auch mit Fleiß dahin sehen, daß solcher Bau binnen einer gewissen Zeit vollführt werden müsse, oder, daß deshalb von ihnen selbst Verantwortung gefordert werde, gewärtigen. Landesf. Verordn. v. 29. März 1703.

Da hin und wieder die Bauern, wenn sie neue Gebäude aufführen, selbige nicht ordentlich gründen, noch die Eüllholzer mit Steinen untermauern, daher denn dergleichen Gebäude nicht dauerhaft sind und

*) S. auch: Landesf. Verordn. v. 20. Decbr. 1689. §. 5. unter: Bau-, Kug- und Brennholz.

bald wieder einfallen; so wird verordnet, daß keinem Unterthanen einige Remission wegen des Bauens *) ertheilt werden soll, wenn das aufgeführte Gebäude nicht wenigstens zwei Fuß in der Erde und zwei Fuß über der Erde mit Steinen untermauert ist, und soll der Zimmermeister, der ein solcher- gestalt nicht gegründetes Gebäude richtet, jedesmal um 20 Thlr. bestraft werden. Landesf. Berordn. v. 3. Juli 1745.

E. auch: Bau-, Ruß- und Brennholz — Bauen im Weserdistricte — Beamte.
cf. Feuerordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. §§. 3. seqq.

Bauen in der Stadt Braunschweig.

Demnach denjenigen Einwohnern zu Braunschweig, welche die Zierde und den Wohlstand der Stadt durch neue Baue zu vermehren geneigt sind, sich besonders zwei Hindernisse in den Weg legen, als

1) daß in vorigen Zeiten ein Nachbar, zu Erweiterung seines Raumes, dem andern einen Theil des Hauses an der Erde oder in einem Stockwerke angekauft, und daher in verschiedenen Häusern sehr mißständige, den Neubauenden sehr hinderliche Einbaue entstanden;

2) daß, wenn ein Nachbar von des andern Umständen und etwas schwachen Begriffen Vortheil zu ziehen gewußt, derselbe sich *servitatem prospectus* acquirirt, und dann weder durch das Eine noch das Andre die Errichtung guter und bequemer Wohnungen schwer, oder wohl gar unmöglich gemacht werden soll; so wird verordnet, daß, was

1) die Einbaue anlangt, solche künftig überall nicht weiter gebuldet werden sollen, es wäre denn, daß die desfallige Handlung mit Vorwissen und nach vorgängiger Confirmation der Obrigkeit getroffen wäre, welche aber solche nie anders, als unter der Bedingung zu bestätigen hat, daß bei einem neuen Baue das Verkaufte gegen gerecht billige Bezahlung wieder zum Hauptgebäude gezogen werden solle. Ein dergleichen Einbau ohne obrigkeitlichen Consens wird von nun an in Betracht aller Neubauenden für unstatthaft erklärt, und soll auch, wenn das Haupthaus von einem andern, als der den Einbauraum verkauft hat, neu gebauet wird, solcher Raum sofort gegen gerecht billige Vergütung wieder eingezogen werden.

2) Die *servitatem prospectus* betreffend, wodurch oftmals zum augenscheinlichen Nachtheil der fernern Aufnahme, Beförderung und Erweiterung der Nahrung des Nachbarn weitläufiger Hofraum gleichsam in einer Einöde behalten, und nicht zugegeben werden will, daß solcher nützlich bebauet werde, wenn auch gleich dem benachbarten Hause das nöthige Licht gelassen wird, so sind dergleichen Privat-transacte, Contracte und Verbindungen, so ohne Vorwissen und Bestätigung der Obrigkeit geschehen und letztere ohne vorgängige höchste Genehmigung von nun an ebenfalls für unstatthaft, null und nichtig erklärt. Obgleich diese Verordnung hauptsächlich den künftigen Handlungen Ziel und Maas setz, so soll dennoch auch bei Beurtheilung der schon vorhandenen Fälle vornehmlich auf das gemeine Beste, und sodann auch darauf, ob dem widersprechenden Theile durch Begünstigung des andern ein wirklicher oder nur eingebildeter und erdichteter Schaden geschehe, Rücksicht genommen und in Entstehung der Güte von den Justiz-Collegien, auch Bürgermeister und Rath daselbst, darnach in den Rechten erkannt werden. Landesf. Berordn. v. 18. Mai 1748.

E. auch: Baudouteurs in der Stadt Braunschweig — Okerkanäle und Gräben in Braunschweig.

Bauen und Repariren der geistlichen Gebäude.

Die ~~Bürgermeister~~ und ~~Kirchenräthe~~ von jedem Orte sollen mit höchstem unerschöpflichen Fleiße sowohl insgesammt, als ein Jeder insonderheit die Gebäude der Kirchen, Schulen, Pfarr- und Küster-Häuser

*) E. Baudouteurs 11.

zu beobachten und dahin zu sehen schuldig sein, daß alle dabei vorkommenden Mängel von den dazu verordneten Mitteln und Aufküssen, oder wenn die nicht vorhanden und zureichen wollen, alsdann aus einer gemeinen Zusteuer zeitig wieder gebessert und gebauet werden mögen; wenn sie es auch für ihre Person allein zu heben und zu erreichen nicht vermöchten, so sollen sie den Beamten und Gerichtsherrn zu Erlangung hülflicher Handbietung solches anzuzeigen gehalten, im widrigen Falle aber, wenn sie solches unterlassen würden, nebst Erlegung einer willkürlichen Strafe allen Schaden zu ersetzen schuldig sein. Allg. Land. Ordn. Art. 103.

Die Special-Superintendenten und Pastoren sollen sich nicht unterstehen, eigenen Gefallens und ohne Consens des fürstl. Consistorii, oder ohne daß es bei den Kirchen-Visitationen besichtigt und höchst nöthig befunden worden, die Kirchengelber anzugreifen und zu verbauen, wenn es mehr denn einen halben Thaler importiren sollte; Falls aber einer oder anderer sich dennoch diesem zuwider dergleichen mehr zu thun gelüsten lassen sollte, soll solches in den Rechnungen nicht mehr passiren, sondern er die über einen halben Thaler sich belaufenden angewandten Baukosten de propriis der Kirche wieder ersetzen. Fürstl. Wolsenb. Consistor. Verordn. v. 8. März 1707.

Gleichwie eines jeden Orts Gemeinde gehalten ist, für ihren Prediger, dessen Wittwe, wie auch behuf der Schule die nöthigen Häuser zu beschaffen, also sollen sie auch dieselben in gutem Stande erhalten und zu ihrem eigenen Schaden dieselben nicht baufällig werden lassen, ohne Nothwendigkeit aber zu einiger Bau- und Verbesserung nicht angestrengt werden. Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1709. Th. 1. Cap. XVI. §. 10.

Das Pfarr- wie auch das Schulhaus soll von den Visitatoren in Augenschein genommen, eines jeden Inventarium nachgesehen, und was an solchen Gebäuden etwa zu bessern die Nothwendigkeit erfordert, nach jeden Orts hergebrachter Observanz zu repariren angeordnet werden. Ebendas. Cap. IX. §. 10.

Damit bei den Kirchen-Rechnungen ein Ueberschuß herausgebracht werden könne, soll auch im Bauwesen ohne vorher geschehene Untersuchung der Nothwendigkeit und darüber aus fürstl. Consistorio ergangene Verordnung bei den Kirchen nichts vorgenommen werden, es wäre denn, daß zur Erhaltung des Daches oder der Fenster etwas Weniges anzuwenden nöthig und dabei etwa periculum in mora sein möchte. Ebendas. Cap. XX. §. 9.

Wiel weniger sollen die Pastoren an den Pfarrhäusern von den Kirchen-Mitteln ein oder anderes zu bauen bemächtigt sein. Wenn sie aber aus den sonst in solchen Häusern üblichen ordinären Gelegenheiten zu ihrer besonderen Commodität etwas machen lassen wollen, dasselbe soll ihnen zwar aus ihren eigenen Privat-Mitteln zu thun erlaubt, der Successor aber so wenig, als die Gemeinde sothane Kosten zu refundiren schuldig sein, gestalt denn diejenigen Prediger, so etwa dergleichen nicht nothwendige Baukosten eigenmächtig aus den Kirchen-Mitteln genommen zu haben überführt werden können, sothane angewandte Gelder der Kirche hinwieder zu bezahlen schuldig sein und dazu wirklich angehalten werden sollen. Ebendas. Cap. XX. §. 10.

Jederzeit im Winter soll von allem und jedem, so das Jahr hindurch an Kirchen- und Schul-Gebäuden, Pfarr-, Wittwen- und überhaupt allen geistlichen Häusern zu bauen oder zu bessern nöthig erachtet wird, eine Designation formirt, auch jedem Artikel der Anschlag beigefügt und solchermaßen dem fürstl. Consistorio zu weiterer Beförderung eingereicht werden. Refcr. des Consist. v. 12. Januar 1747.

Die Baulichkeiten an den geistlichen Gebäuden sollen durch einheimische Meister verrichtet werden. Landesf. Refcr. v. 7. Januar 1754. *)

*) Ein gleichlautendes Consistor. Refcr. ist v. 7. Januar 1755.

Die Gemeinden sind zwar schuldig, die Schulhäuser in wohnbarem Stande zu erhalten, wenn aber eine beständige Observanz vorhanden, daß die Materialien und Arbeitslöhne von den Kirchen bezahlt worden, so soll billig hierauf, so lange die Kirchen das Vermögen dazu haben, geachtet werden. Landess. Refcr. an fürstl. Consistor. zu Wolfenbüttel v. 28. Juni 1764.

Die Beisteuern der Gemeinden zu der Baulichkeit der geistlichen Gebäude, wenn sie denselben lästig sind, sollen auf alle mögliche Art vermieden werden. Landess. Refcr. v. 21. Januar 1765.

Es bedarf der gebetenen Interpretation nicht, da es bei derselben nicht sowohl auf die Frage: ob gegen die in dem Cap. 16. §. 10. der Kirchen-Ordnung festgesetzte Regel: daß eines jeden Orts Gemeinde für ihre Prediger, derselben Wittve und für die Schule die nöthigen Häuser verschaffen und in gutem Stande erhalten solle, eine gegenseitige Observanz statt finden und den Patron zu demjenigen, was in regula den Gemeinden obliegt, verbinden könne? auch nicht auf den Umstand der Worte des §. 10. Cap. 19.

und was an solchen Gebäuden etwa zu bessern die Nothwendigkeit erfordert, nach jeden Orts hergebrachter Observanz zu repariren geordnet werden, sondern nur darauf ankommt, ob die von der Gemeinde für sich angeführte Observanz überhaupt vorhanden sei? Dieses ist aber zu leugnen, da der einzige Vorgang von anno 1734, welchen die Gemeinde für sich anführt, wenn auch die von dem Kloster dagegen angeführte besondere Veranlassung desselben nicht dabei einträte, noch keine Observanz ausmacht, als zu welcher den Rechten nach mehrere actus uniformes erfordert werden, wozu es hier fehlt, mithin bleibt es bei der Regel und allgemeinen Verordnung, daß die Gemeinde die Pfarre bauen und repariren müsse. Bei dem allen aber hat es keinen Zweifel, daß gegen die allgemeine Regel eine widrige Observanz eintreten könne und alsdann darauf zu erkennen sei, wenn die Observanz incontestable und mit allen rechtlichen requisitis versehen ist, und mögen die vorangezogenen Worte des §. 10. Cap. 19. der Kirchen-Ordnung nicht als eine bloß eingeschränkte Anwendung der Regel auf die ratione subrepartitionis in jeglicher Gemeinde hergebrachte Observanz mit Ausschließung der Statthaftigkeit einer Observanz gegen die Regel überhaupt verstanden werden, inmaßen Serenissimus zwar alle den Gesetzen entgegenlaufende Observanzen aufgehoben, darunter aber nur solche Gesetze verstanden werden können und verstanden sind, die durch pacta privata nicht geschmälert werden mögen. Wie es aber jedem Patron frei stehen würde, auch den Gemeinden nicht zu wehren, sondern zu wünschen wäre, daß beide sich mit einander dergestalt verglichen, daß der Patron alle vorfallenden Baukosten dieser Art aus eigenen Mitteln stände, so würde paritate rationis auch von Seiten der Landesherrschaft und der dem Consistorio anvertrauten Oberaufsicht nichts Bedenkliches dabei sein, wenn eben ein solcher Vergleich per pactum tacitum durch eine zu Recht beständige Observanz hergebracht wäre. Landess. Refcr. an das Consistor. v. 5. Novbr. 1765.

Die Bauanschläge der geistlichen Gebäude sollen beim fürstl. Consistorio in duplo eingereicht werden. Refcr. fürstl. Consistor. v. 22. März 1766.

Das Consistor. Refcr. v. 12. Januar 1747 wird erneuert und sollen die General-Superintendenten die Superintendenten anweisen, alljährlich Neujahr die Designation von allen in ihrer Special-Inspection sich vorfindenden Reparaturen einzuliefern und zwar dergestalt, daß in solcher Specification bei jährlichem Baue und jährlicher Reparation mit möglichster Accurateffe anzuführen und per puncta specificce zu berichten, woher die Materialien dazu zu nehmen, wobei auf deren Transport, ob selbiger frei oder nicht, mit zu reflectiren, auch wie bald solche ohne Mangel an Ort und Stelle zu bringen, nicht weniger was resp. von den alten Materialien zu Gute zu rechnen sei, welches Alles aber die geistlichen mit den weltlichen Visitatoren zu communiciren und resp. mit denselben einzuschickenden Specificationen und

70 Bauen von Steinen im Fürstenthume Blankenburg — Bauen im Weserdistricte.

notata zu verfertigen, auch von denselben mit unterschrieben, einzusenden. In Zukunft soll kein Bau oder keine Reparatur, es wäre denn *periculum in mora*, ohne verglichen vorgängig eingelangten ordnungsmäßigen Bericht, verstattet werden. Rescr. des Consistor. v. 15. Octbr. 1766.

Die Kirchen- und Pfarrhäuser sollen an den Orten, wo der Landesherr Patron ist, in beständigem baulichen Stande erhalten werden. Landessf. Rescr. v. 17. Juli 1769.

Die Superintendenten sollen jährlich eine Designation aller in ihrer Special-Inspection sich vorfindenden Baulichkeiten an Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäuden an fürstl. Consistorium einliefern. Circul. Rescr. fürstl. Consistor. v. 4. Septbr. 1799.

Den Berichten, die Baulichkeiten an den Kirchen und übrigen geistlichen Gebäuden betreffend, sollen künftig die Kosten-Anschläge beigelegt werden. Landessf. Rescr. an fürstl. Consistor. v. 15. Juli 1791.

Durch eine vom fürstl. Consistorio alljährlich zu erlassende Edictal-Citation soll bekannt gemacht werden, daß alle Werkleute ihre rückständigen Forderungen an Arbeitslohn und für Materialien in Absicht der Baulichkeiten bei den fürstl. und klosterialichen Patronatkirchen in einem dazu anzusetzenden Liquidationstermine unter dem Präjudiz der Präclusion profitieren sollen. Landessf. Verordn. v. 23. Januar 1798.

S. auch: Schulstuben.

cf. Verordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul-Angelegenheiten betr., §. 15. — Landtags-Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 45. — Rescripte herzogl. Consistorii v. 9. Octbr. 1824. (Bege I. p. 205.) — v. 17. Septbr. 1825. (Bege III. p. 264.) — v. 15. Octbr. 1830. (Bege III. p. 277.) — Landtags-Abschied v. 12. Octbr. 1832. Art. 5.

Bauen von Steinen im Fürstenthume Blankenburg.

Denjenigen, welche in dem Fürstenthume Blankenburg entweder ganz oder wenigstens die unterste Etage von Steinen aufzuführen werden, soll außer den bisher verwilligten *Baudouceurs* *) auch der Werth des Holzes, welches sie zum Aufbauen eines hölzernen Hauses mehr als zu einem feineren gebrauchen, nach dem auswärtigen und wahren Preise vergütet, und statt des sonst in natura zu empfangenden Holzes gereicht werden. Fürstl. Blankenburgisches Regierungs-Rescr. an den Magistrat zu Blankenburg v. 14. Febr. 1749. **)

Bauen im Weserdistricte.

1) Es soll hinführo kein Unterthan im Weserdistricte ohne Vorwissen der Obrigkeit und derselben darüber erfolgte Ermäßigung und Attestate, ob und wie weit der vorhabende Bau nöthig, und was dazu an Bauholz erfordert wird, (wozu mit Zuziehung specialiter darauf zu beeidigender Zimmerleute ein Anschlag zu machen) einen Bau vornehmen. 2) Die Gebäude, sie bestehen in Wohnhäusern, Stallungen oder Scheuern sollen nicht größer, als eines Jeden Hauswesen es erfordert, angelegt, und zu dem Ende von der Amts- und Gerichtsobrigkeit jeden Orts die Größe des vorzunehmenden Gebäudes determinirt, auch ob, und wie solches geschehen, in den Attestaten, wenn die Holzverwilligung gesucht wird, allemal mit angeführt werden. 3) Soll das Ständerwerk an Wohnhäusern und Ställen nicht über 8 Fuß hoch sein und keine längere Ständer dero Behuf verwilligt werden. 4) Sollen die Säule und Schwellen an allen Gebäuden, beides zur Conservation der Holzung, als auch Ersparung der öfters anzuwendenden

*) S. Bau-Douceurs, Freiheiten und Remissionen.

**) Schon durch ein Rescript des Herzogs Ludwig Rudolph v. 22. März 1730 war denen, die von Steinen bauten, in der Stadt Blankenburg fünfzehn, auf den Dörfern aber zehn Thlr. von hundert dergestalt versprochen, daß dieses an ihren Prästationen gekürzt werden sollte.

Bau- und Reparationskosten drei oder allerwenigstens zwei Fuß von und über die Erde gelegt und mit Steinen untermauert werden, und wer ein altes Gebäude gründen oder unterschwellen lassen muß, soll solches bei der Gelegenheit aufschrauben und noch untermauern lassen, an welchen Gebäuden aber die Reparationen noch nicht nöthig, die Schwellen und Säule aber doch in der Erde liegen, deren Eigenthümer sollen solche Gebäude mit einem Graben umgeben, und folchergestalt die in der Erde liegenden Schwellen entblößen. Die Contravenienten sollen bei den Aemtern angezeigt, in das Landgericht eingeschrieben, und auf demselben gebührend und nachdrücklich bestraft werden. Landesf. Verordn. v. 17. Novbr. 1736.

Um die Holzverschwendungen abzustellen, und alle Sorten von Holz so viel als möglich zu ersparen, soll zu dem, was mit Hecke oder mit schlechtem Holze verrichtet werden kann, kein besseres, auch zu dem, wozu ein wenig reicht, kein mehreres, und wo der Aufwand an Holz gar zu vermeiden steht, nichts davon verabsolgt werden. Die Bad- und übrigen Deden bei den Haushaltungen sowohl, als bei den Fabriken und Hüttenwerken sollen, wie solches füglich geschehen kann, auf eine vortheilhaftere Art, und also eingerichtet werden, daß solche mit wenigerem oder schlechterem Holze und dennoch mit gleichem Nutzen getrieben werden können. *) Auch soll in Zukunft mit Fleiß dahin gesehen und darauf gehalten werden, daß der Aufwand des Holzes bei dem Bauen nach Möglichkeit vermieden, und sowohl in Städten als auf dem Lande die Häuser und übrigen Gebäude von Steinen aufgeführt werden, wie denn, um sothanes Bauen zu erleichtern und den Bauenden die Steine, Gips, Kalk u. um einen wohlfeilern Preis zu schaffen, die nöthigen Anstalten zum Theil schon vorgekehrt worden und noch weiter vorgekehrt werden sollen. Und wie in der demnächst zu publicirenden Bauordnung das Weitere dieswegen umständlich verordnet werden wird, so sind die Ober- und Forstbedienten hierdurch vorläufig instruiert, auf Obiges genau zu achten und dahin zu sehen, daß hinführo das Holz sowohl bei dem Bauen höchster Intention gemäß gespart werde, (als auch) die nachgesetzten Forstbedienten dazu anzuweisen, daß sie diesem nicht nur gehörig nachkommen, sondern auch, wenn sie bei anderen hiesigen Unterthanen Contraventionen wahrnehmen, solche sofort anzeigen. Landesf. Instruction für die Ober- und Forstbedienten im Weserdistricte v. 30. März 1746.

Zur Ersparung des langen und starken eichen Holzes, und um längerer Dauer und mehrerer Standhaftigkeit der Gebäude willen soll das Mauerwerk auf gewisse Weise introducirt und nachstehende Einrichtung gemacht werden: 1) Sollen künftig alle und jede auf dem Lande, im Weserdistricte, wo anders solches möglich ist, zu erbauenden neuen Häuser der Unterthanen eine Etage hoch, inclusive deren Feuer-Fänge und Schornsteine, durchgängig massiv von Mauerwerk aufgeführt, auf selbige aber ein gebrochenes und mit Sollinger Steinen bedecktes Dach auf die Art vorgerichtet werden, daß die Dachsteine über die Gefimse weit genug zu besserer Abhaltung des Regens und Schladers übertreten. 2) Wenn also künftig dergleichen neue Häuser zu bauen vorkommen, so ist allemal von jedem neu zu bauenden Hause und dessen innerlichen Einrichtung, wobei vornehmlich auf des Eigenthümers Nahrung und Gewerbe zu attendiren, und darnach die Größe sowohl des Zimmers als des ganzen Hauses zu proportioniren, auch insonderheit die Hauptstube dergestalt mit anzulegen, daß darin zu Treibung der Weberei, wenn auch gleich der gegenwärtige Hauswirth solches Handwerk selbst nicht exercirt, hinlänglicher Raum bleibe, ein besonderer Grund- und Standriß von dem beeidigten Zimmermeister zu verfertigen, und an den Ober- und Beamten oder Obrigkeit jeden Orts einzuliefern: selbigem aber zugleich 3) ein specificirter Anschlag, worin die sämmtlichen zum Bane erforderlichen Materialien, Arbeitslöhne und sonstigen Kosten aufs Genaueste specificirt, insbesondere aber das Bauholz zum Dache nach den von den Unterthanen zu bezahlenden Preisen angesetzt, hingegen die alten von dem vorherigen Hause noch zu nützenden Materialien wieder

*) S. Bädöfen im Weserdistricte.

abgesetzt, beizufügen. Darauf haben 4) die Beamten oder Obrigkeiten jeden Orts des Bauenden Umstände und Vermögen, auch etwa habende Schulden, und wie weit er den Bau aus seinen Mitteln zu bestreiten im Stande sei, mit allem Fleiße zu untersuchen, darüber ein pflichtmäßiges Attest zu ertheilen, und selbiges nebst den Abrissen und Anschlägen dem jedesmaligen Ober-Forstbedienten zuzustellen, damit derselbe solches mit dem obbemeldeten Risse und Anschlage an fürstl. Cammer einsenden könne. Um nun auch zugleich den Bauenden diese Bauart so viel als möglich zu erleichtern, und denselben zu Hülfe zu kommen, ist resolvirt, daß 5) denselben a) aus fürstl. Kriegscasse, von dem Betrage der ganzen Summe des Anschlages 15 Thaler von jeden hundert Thalern baar gereicht, dagegen aber ihnen keine Contributions-Erlässung angebeihen, b) das Holz zum Dache insgesammt forstzinsfrei aus den fürstl. Forsten verabfolgt, c) von fürstl. Cammer der Betrag des Dienstgeldes auf drei Jahre baar bezahlt, von den Bauenden aber dagegen der Dienst nach wie vor ohne einige Remission abgeleistet, überdem d) noch von den, nach Abzug der in Anschlag gebrachten und frei zu verabfolgenden Holzmaterialien zum Dache übrig bleibenden Baukosten, 20 Thaler von 100 zum Douceur ebenfalls aus der fürstl. Cammer gegeben werden solle. *) Anlangend hingegen 6) die neu zuerbauenden Scheuern und Stallgebäude, so sind selbige, wenn deren Erbauung von Steinen den Eigenthümern zu kostbar fallen möchte, noch ferner von Zimmerwerk aufzuführen, dabei aber darauf Acht zu geben, daß selbige nicht größer, als eines jeden Ackerbau es erfordert, gemacht werden, und soll das dazu erforderliche Holz jedesmal nach dem für die Unterthanen gesetzten Preise bezahlt werden. Landesf. Verordn. v. 3. Juni 1750. **)

S. übrigens: Bauen.

Bauerhöfe.

Da es zu vielen Unordnungen und Streitigkeiten Anlaß giebt und die Anzahl der Unterthanen vermindert, wenn ein Landmann mehrere Höfe im Besitze hat, so mögen zwar dormalen noch die Unterthanen, welche mehr als einen Hof haben, oder künftig durch Erbschaft, Heirath oder auf andere Weise mehrere Höfe acquiriren, solche behalten; wenn aber ein Bauer, der verschiedene Höfe besitzt, mehr als ein Kind hat und entweder mit Tode abgeht, oder bei seinem Leben die Höfe abtreten will, so soll ein Kind nur einen Hof bekommen, wie denn auch ein Vater, der verschiedene Höfe hat, beide Höfe nicht auf einmal abtreten und sich einen Altvatertheil vorbehalten darf, sondern den einen Hof statt des Altvatertheils behalten und nur einen abtreten soll. Dies soll künftig bei Errichtung der Ehe Stiftungen, bei Erbtheilungen und in judicando beachtet und befolgt werden. Landesf. Rescr. v. 3. Novbr. 1760.

Nach Maafgabe des unterm 3. Novbr. 1760 an die sämmtlichen Gerichte im Lande erlassenen landesf. Rescripts ist öffentlich bekannt gemacht und verordnet: 1) daß diejenigen Unterthanen, welche gegenwärtig mehr als einen Hof besitzen, oder künftig durch Erbschaft, Heirath oder auf andere Weise mehr Höfe acquiriren, solche zwar behalten mögen; wenn aber 2) ein Bauer, der verschiedene Höfe besitzt, mehr als ein Kind hat und entweder mit Tode abgeht, oder die Höfe abtreten will, so soll im ersten Falle ein Kind nur einen Hof erhalten, im letztern Falle aber der Besitzer nicht beide Höfe auf einmal abtreten, noch aus selbigen einen Antheil sich vorbehalten können, sondern soll den einen Hof statt des Altheils wenigstens so lange behalten, bis ihn eins seiner übrigen Kinder annehmen kann. Imgleichen soll 3) den Landleuten, welche bereits einen Hof eigenthümlich im Besitze haben, ohne landesf. Special-Erlaubniß nicht gestattet sein, einen oder mehrere Höfe anzukaufen. Bei den zu confirmirenden Ehe Stiftungen und Kaufcontracten, imgleichen bei vorfallenden Erbtheilungen sollen sich die Obrigkeiten in judicando hiernach achten. Landesf. Verordn. v. 4. Mai 1778.

S. auch:

*) S. Bau-Douceurs, Freiheiten und Remissionen.

**) Dieser Verordnung ist eine Specification sämmtlicher Steinbrüche im Reserdistricte beigelegt.

§. auch: Ackerhof, Theilung desselben in zwei Halbspännerhöfe — Höfe, Abtretung derselben — Abfindungen — Beamte, Justitiarien und Actuaren, Instruction für dieselben. Nro. 12. — Pertinenz der Bauergüter — Erbregister.

cf. Ablösungs-Ordnung v. 20. Decbr. 1834. §. 110.

Bauerhöfe im Amte Thedinghausen.

§. Höfe im Amte Thedinghausen.

Bauerhöfe, verschuldete.

§. Onera publica.

Bauerköhren. *)

§. Gerichtsbarkeit.

Bauermeister und Dorfgeschworne.

Die Bauermeister, welche die Einnahme und Ausgabe in den Dörfern haben, sollen der Gemeinde Rechnung davon thun, und nichts in der Rechnung verschweigen, bei Strafe 5 Gr. für einen jeden Gr., der in der Rechnung verschwiegen ist. Allg. Land. Ordn. Art. 101. Zu desto besserer Beobachtung der Landesordnung sollen die Bauermeister mit in ihre Pflicht und Eide nehmen, daß sie alles, was deren Inhalte zuwider ist, alle 4 Wochen bei dem Amte oder Gerichte einwrogen und verzeichnen lassen, und wenn schon dergleichen nicht vorgefallen, solches dennoch anzeigen, imgleichen alle andere Brüche von Schlägerei, Herrn-Gebot oder Verbot, Hurerei und dergleichen, was nur immer strafbar ist, ebenfalls alle 4 Wochen einbringen und verzeichnen lassen wollen, bei Strafe 6 Fl., so oft dawider gehandelt, und so mancher strafbare Handel von ihnen verschwiegen und nicht angezeigt wird. Worauf die Voigte und Vogresen und andere Diener jeden Orts mit höchstem Fleiße und Sorgfalt Achtung geben sollen, bei Strafe 10 Fl., so oft sie darin sich nachlässig erweisen. Allg. Land. Ordn. in fine.

Die Bauermeister sollen in der Gemeinde nicht nach der Reihe, sondern dazu in jeder Dorfschaft ein paar fleißige, verständige und gute Richtigkeit liebende Männer, welche es ohne sonderbare Versäumung ihres eigenen Haushalts abwarten können, mit ihrem guten Willen angenommen und bestellt, auch ohne Abwechselung dabei beständig gelassen, und denselben dagegen von der Gemeinde eine Ergöglichkeit für ihre Mühe jährlich zugewandt werden. Amts-Gammer-Ordn. v. 1. Juli 1688. Art. 103.

Bauermeister und Dorfgeschworne sollen, wenn sich in ihren Dörfern oder auf ihren Feldmarken Vorfälle begeben, die nur von einiger Erheblichkeit sind, solche den Obrigkeiten bei Vermeidung der Entsetzung von ihrem Dienste, auch dem Befinden nach unausbleiblicher Geld- und Gefängnißstrafe sofort, als sie das Geringste davon erfahren, anzeigen. Landesf. Aussch. v. 20. April 1774.

Es hat sich aus einer angestellten Untersuchung ergeben, daß die Vorschrift der Amts-Gammer-Ordnung v. 1. Juli 1688. Art. 103, nach welcher in jeder Dorfschaft ein paar fleißige, verständige und gute Richtigkeit liebende Männer als Bauermeister angenommen, ohne Abwechselung beständig dabei gelassen werden und von den Gemeinden eine jährliche Vergütung für ihre Bemühungen erhalten sollen, nicht so allgemein, als zu wünschen gewesen, in Anwendung gebracht ist, sondern in den meisten Dörfern noch immer jährlich neue Bauermeister aus den Gemeindegliedern nach der Reihe gewählt werden, welche die

*) Die Verordn. v. 7. Januar 1647 und die Amts-Gammer-Ordn. v. 1. Juli 1688, Art. 102 bestimmten, daß die Bauerköhren durch die Landes-Ordnung nicht aufgehoben sein, aber unter Aufsicht der Beamten und Gerichtsherrn stehen sollten, und dies bestätigten der Landtschaft Privilegien v. 9. April 1770. Art. 71.

nöthige Erfahrung, Kenntniß und Geschicklichkeit weder besitzen, noch mit dem besten Willen in dem kurzen Zeitraume eines Jahrs erlangen können; wodurch dem freilich der Zweck, der Unsittlichkeit und jeder Unordnung in der Gemeinde möglichst zu steuern, die Gerechtsame der Gemeinde vor Beeinträchtigungen zu bewahren, ihre Güter und Einkünfte auf das Vortheilhafteste zu verwalten, die Befehle der Obrigkeit pünktlich zur Vollziehung zu bringen und auf die genaue Befolgung der Landes- und obrigkeitlichen Verordnungen zu achten, nicht erreicht werden mag. Damit jedoch dem Art. 103 der Amts-Cammer-Ordnung allenthalben ein Genüge geleistet werde, so ist verordnet, daß die Gerichtsbehörden den Gemeinden, wo noch keine beständige Bauermeister angestellt sind, durch Anleitung des Obigen zweckmäßige Vorstellungen deshalb machen, auch über die örtlichen Verhältnisse und die mit den Bauermeisterstellen verbundenen Einkünfte sich die genaueste Auskunft geben lassen und vorläufig sofort alles dahin vorbereiten sollen, daß

1) bei der nächsten Wahl neuer Bauermeister, wenn die abgehenden aus der einen oder andern Rücksicht beizubehalten nicht rathsam sein sollte, solche Bauermeister angenommen werden, welche bei anerkannter Rechtschaffenheit zu den oben angegebenen Geschäften am brauchbarsten sind, auch selbige alsdann so lange beibehalten werden, als sie diesem Amte vollkommen vorzustehen bei Kräften bleiben; ferner sollen die Gerichte

2) dafür sorgen, daß die Bauermeister eine im Verhältnisse zu ihren Geschäften stehende, billige und feste Vergütung erhalten, wobei nöthigenfalls der Ueberschuß bei den zu sammelnden Contributions-, Proviant- und Landschackgeldern mit verwandt werden mag; indem Serenissimus zu den sämtlichen Gemeinden, wo das Bauermeister-Amt bisher als eine Gemeinelast jährlich gewechselt hat, wohl vertrauet, daß sie die Wohlthätigkeit dieser neuen Einrichtung mit Dank erkennen und daher gern zu ihrer Beförderung nach ihren Kräften beitragen werden, wobei zugleich gehofft wird, daß diejenigen unter ihren Mitgliebern, welche zu diesem Geschäfte am tauglichsten sind, die ihnen von der Vorsehung verliehenen Gaben willig, ja selbst mit Aufopferungen zum Besten der Gemeinde und zum Nutzen ihrer Mitglieder ebenfalls gern verwenden werden.

Von dem Ausfalle ihrer Ausrichtung hierunter sollen die Gerichtsbehörden bei eintretenden Fällen jedesmal berichten und es sich bestens angelegen sein lassen, diese so auf das Ganze, als die einzelnen Gemeinheiten einen so wesentlichen Einfluß habende bessere Einrichtung baldthunlichst zu Stande zu bringen; wie denn auch Serenissimus zur Erreichung dieses Zwecks nöthigenfalls mit zu wirken und, wo die Kräfte der Gemeinde nicht hinreichen sollten, eine jährliche, feste und billige Vergütung den Bauermeistern zu verschaffen, durch eine Anweisung auf die Brogenstrafgelder, oder durch den Erlaß des Herrendienstes nach genommener Rücksprache mit fürstl. Cammer zu statten zu kommen nicht abgeneigt ist. Landesf. Circul. Rescr. v. 30. Novbr. 1804.

S. auch: Amts- und Gerichtsdiener.

cf. Verordn. v. 19. Febr. 1814, die näheren Beziehungen der Kreisgerichte in Hinsicht auf die Polizei- und Verwaltungs-Gegenstände betr., §. 6 und 9. — Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 16. März 1816. (Bege I. p. 89.) — Rescr. fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 20. Mai 1817. (Bege II. p. 46.) — Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 27. Novbr. 1818. (Bege I. p. 100.) — Landesf. Rescr. v. 5. Juli 1819. (Bege I. p. 101 und II. p. 104.) — Verordn. v. 26. März 1823, die Polizei- und Gemeinde-Verwaltung betr., §§. 14. seqq. — Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 11. April 1825. (Bege I. p. 103.) — Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 28. Septbr. (Octbr.) 1826. (Bege I. p. 381.) — Rescr. herzogl. Staats-Ministerii v. 27. April 1827. (Bege I. p. 104.) — desgl. v. 12. Juni 1827. (Bege I. p. 333.) — Rescr. herzogl. Cammer-Collegii v. 5. Septbr. 1827. (Bege I. p. 106.) — Rescr. herzogl. Staats-Ministerii v. 15. Decbr.

1829. (Bege II. p. 123.) — Landesf. Rescr. v. 30. Decbr. 1829. (Bege II. p. 250.) —
Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 52. — Verordn. v. 20. Decbr. 1832, die Nor-
mierung der Diensteide betr., §. 2.

Bauern.

§. Contracte und Verträge der Bauersleute — Chestiftungen — Wechselrecht, wer demselben unter-
worfen ist — Trinken auf Borg.

Bauforderungen.

Da der Fall oft eingetreten, daß Handwerker, welche zu herrschaftlichen oder klösterlichen Bauten
Arbeit geliefert und bezahlt bekommen, die bereits geschehene Bezahlung in ihren Büchern zu bemerken
vergeffen, deren Erben aber deshalb neue Forderungen formirt haben, und dies, zur Aufklärung der
Angabe, viele Mühe und Zerstreuung in den übrigen Dienstgeschäften veranlaßt, zumal wenn diejenigen,
denen die specielle Direction der Bauten aufgetragen worden, bereits verstorben sind, überdem aber es bei
der eingeführten Ordnung, daß jeder prompt bezahlt wird, höchst unangenehm ist, nach Ablauf vieler
Jahre die Richtigkeit und Liquidität dergleichen, oft Kleinigkeiten betreffenden Forderungen zu untersuchen:
so wird, theils um die herrschaftlichen Cassen, die Stifter und Klöster, nebst deren Außenhöfen, gegen
solche Rückstände in Sicherheit zu setzen, theils auch um jedem, welcher wegen eines solchen Baues zc.
Forderung zu haben vermeint, auf die zeitige Einforderung oder Anmeldung derselben aufmerksam zu
machen, folgendes verordnet: Die sämtlichen herrschaftlichen Cassen inclusive derer im Fürstenthume
Blankenburg, desgleichen sämtliche Stifter und Klöster und deren Außenhöfe, sollen wegen rückstän-
diger Forderung für Materialien und Arbeitslöhne zu Gebäuden, Brücken, Stegen, Wegen, Leichen,
Röhrenzügen, Wasserleitungen, Ufervorrichtungen zc. nur auf den Fall, daß selbige in dem jedes Jahr
anzusetzenden und öffentlich bekannt zu machenden Liquidationstermine profitirt worden, ferner für verbindlich
erachtet werden, und soll die Beobachtung dieser Vorschrift künftig bei einem jeden Contracte oder übernom-
mener Arbeit, Lieferung zc. ein stillschweigender Vertrag und eine *conditio sine qua non* sein. Es hat
daher ein jeder Handwerker, Baumaterialien-Lieferant, Arbeits- und Fuhrlohnner, auch überhaupt ein
jeder, welcher auf irgend eine Art an obbesagten Verrichtungen einen Antheil nimmt, entweder wegen
zeitiger Bezahlung seiner Forderungen sich gehörigen Orts zu bemühen, oder in dem nächsten Liquidations-
Termine des folgenden Jahrs solche ohnfehlbar anzumelden und sich dadurch, wenn er widerigensfalls eo
ipso für präcludirt nicht zu achten sein will, vor Schaden und Nachtheil zu hüten. Landesf. Verordn.
v. 15. Januar 1784. (Br. Anz. v. 1784. Nro. 13.)

cf. Verordn. v. 17. Octbr. 1836, wegen Anmeldung rückständiger Bauforderungen.

Baufreiheit.

§. Bau=Douceurs, Freiheiten und Remissionen.

Bauhandwerker, Arbeitslöhne derselben.

§. Arbeitslöhne.

Bauholz.

§. Bau-, Nutz- und Brennholz.

Baulebung, Baudeling.

Der eingeriffene Mißbrauch der Baulebungen, Baudelinge und Bedernund ist mit Einwilligung der
Landstände abgeschafft. Landesf. Verordn. v. 17. Mai 1433.

cf. Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 20. Januar 1816. (Bege I. p. 425.)

Baumaterialien.

Da bei den zum Anbaue und Reparaturung der Gebäude bestellten Gewerken, insbesondere bei den beweihten Handwerksgefallen, zu einer bösen und nicht zu dulbenden Gewohnheit geworden ist, daß, wenn des Mittags und Abends der Bau verlassen wird, die Zimmergefallen ein Stück Holz, deren Weiber und Kinder aber, oder auch wohl gar fremde Leute, die vom Bauholze abgefallenen Späne, die Maurergefallen einen Backstein, die Dachdeckergefallen einen Ziegelstein oder einige Nägel, und die Lementirer ein Stück Lönliche- oder Wellerholz mit sich nach Hause nehmen und, wie es in der That ist, dem Bauherrn entwenden, wodurch den Baulustigen der Bau nicht nur unangenehm, sondern auch auf eine höchst unbillige und von einem förmlichen Diebstahle sich wenig oder gar nicht unterscheidende Art kostbar und beschwerlich gemacht wird, solchem unziemlichen Handwerks-Gebrauche aber ferner nicht mehr nachgesehen werden soll: so wird verordnet, daß keinem Handwerks-Gesellen dergleichen Abschlepperei, unter was für Vorwande es auch geschehen möge, gestattet, und von den Meistern ihnen darunter auf einige Weise nicht nachgesehen, derjenige Meister aber, der dawider handeln wird, sowohl, als der Gefelle, nebst Zurückgebung des Abgeschleppten, nach Ermäßigung der Obrigkeit, mit Geld-, Gefängniß-, auch nach Befinden schärferer Strafe unnachbleiblich belegt werden soll. Diese Verordnung soll bei den Hauptmorgensprachen der Gilden derjenigen Handwerker, welche zum Bauen gebraucht werden, gehörig abgelesen werden, wohin die Obrigkeiten sehen sollen. Landesf. Verordn. v. 2. März 1751. *)

Da in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel, dem Vernehmen nach, sowohl bei herrschaftlichen, als andern öffentlichen Bauarbeiten, als bei Privat-Bauten und Reparaturen das Abschleppen der Baumaterialien, ohngeachtet der dawider ergangenen Verordnungen, dergestalt überhand nimmt, daß dies Abschleppen nicht bloß in den Schranken eines verbotenen Handwerks-Mißbrauches bleibt, sondern sich oft auf wirkliche Diebstähle erstreckt, so wird folgendes verordnet:

- 1) Die Verordnung v. 2. März 1751 wird erneuert und soll es dabei sein Bewenden haben.
- 2) Das Verbot wird noch weiter dahin declarirt, daß keinem Handwerksgefallen, Lehrsburtschen oder Handlanger; es sei beweiht oder unbeweiht, gestattet sei, weder selbst, noch durch die Seinigen, oder auch durch fremde Leute zu keiner Zeit, und unter welchem Vorwande es auch geschehen möge, von Baumaterialien, sie haben Namen wie sie wollen, so wenig in ganzen und in stärkerer Anzahl, als an Abfall und einzelnen Stücken das Mindeste zu entwenden oder abzuschleppen.
- 3) Die bei dem Bauen zu gebrauchenden Werkmeister sollen nicht nur selbst nach Möglichkeit hierauf achten, sondern auch bei jedem Baue einem ihrer zuverlässigsten Gesellen die besondere Aufsicht hierüber auftragen und denjenigen Gesellen und Handlangern, die sich dergleichen Entwendungen zu Schulden kommen lassen, gar keine Arbeit wieder geben, auch solche dem Stadt-Magistrat ohne Nachsicht unverzüglich anzeigen, da denn 4) selbige, wenn sie nicht in Kriegsdiensten stehen, welcherhalb der Stadt-Magistrat sofort das Nöthige an den Commandanten melden zu lassen hat, auf einen Markttag einige Stunden lang an den Straßpfahl gestellt, und ihnen ein Brett, worauf die Ursache bemerkt, an den Hals gehangen, bei der Baustelle aber, von welcher die Abschleppung geschehen, daß solche Bestrafung verfügt sei, kurz vorher durch einen Anschlag bekannt gemacht werden soll. **)
- 5) Die bei den Bauten mit Handlanger- oder Tagelöhnerarbeit sich abgebenden Soldaten sollen, wenn sie sich auf dergleichen Unfug betreten lassen, mit Gassenlaufen, weshalb jedesmal nach Befinden der Umstände das Nähere verordnet werden wird, bestraft, denselben auch dergleichen Arbeit nicht weiter gestattet werden. ***)
- 6) Die sämtlichen Wachten, sowohl in der Stadt, als an

*) Schon durch ein landesf. Rescr. v. 18. Decbr. 1584 war verboten, Späne, Holz oder Bretter abzuschleppen.

**) cf. Verordn. v. 26. Juli 1827, die Strafe des Schand- und Straßpfahls zc. betr.

***) cf. Verordn. v. 29. Decbr. 1821, die Militair-Strafen und Prozesse betr., Art. 134. — Gesetz v. 27. März 1837, einige Modificationen der Kriegsartikel betr., III. Art. 134.

den Thoren, insonderheit die wachthabenden Ober- und Unterofficiere sollen nicht nur, wenn sie solche Abschleppung selbst wahrnehmen, die Thäter sogleich arretiren, und wenn solche nicht zur Miliz gehören, an den Stadt=Magistrat abliefern, sondern auch dergleichen Arretirung auf Verlangen der Polizeibedienten und sonstige glaubhafte Anzeige sofort verfügen. 7) Die Polizei- und Rathsunterbedienten sollen auf dergleichen Unfug äußersten Fleißes Acht geben und alle damit betroffenen Contravenienten ohne Unterschied, und wenn selbige gleich zur Miliz gehören, an die nächste Wache zum Arrest bringen. 8) Sollte sich ein solcher Contravenient der Arretirung widersetzen, oder gar Thätlichkeiten gegen gedachte Unterbedienten ausüben, soll derselbe mit weit härterer Strafe, als oben auf die Contravention selbst gesetzt ist, angesehen werden. 9) Wider den Werkmeister, welcher gegen den 3ten Artikel dieser Verordnung handelt, die Contravenienten wissentlich verschweigt und einen solchen Gesellen oder Handlanger wieder in Arbeit nimmt, ist nach Befinden der Umstände mit Legung des Handwerks, auch verhältnißmäßiger Geld- oder Leibesstrafe zu verfahren, oder der zur besondern Aufsicht bestellte Geselle, wenn er sich einiger Connivenz schuldig macht, gleichfalls in eine proportionirte Geld- oder Leibesstrafe zu nehmen. 10) Sollte ein Polizei- oder Rathsunterbedienter überführt werden, daß er es an gehöriger Vigilanz fehlen lassen und die Contravenienten wissentlich übersehen, soll er im erstern Falle mit willkürlicher Gefängniß- oder Geldstrafe belegt, im zweiten Falle aber sofort ohne alle Nachsicht cassirt werden. 11) Demjenigen, welcher dergleichen Abschleppung anzeigen wird, ohne durch die höchste Verordnung und seinen Dienstpflichten gemäß dazu verbunden zu sein, soll für den Fall, der bei der Untersuchung gegründet befunden wird, eine Belohnung von 5 Thlr. gewährt, und darunter kein Unterschied gemacht werden, es betreffe solche herrschaftliche oder Privat-Bauten. Wie denn 12) diese Verordnung überhaupt auf alle und jede Bauart in den Städten und Bestungen Braunschweig und Wolfenbüttel zu verstehen ist. Dieselbe soll bei den Hauptmorgensprachen solcher Handwerker, welche zum Bauen gebraucht werden, abgelesen werden. Landesf. Verordn. v. 3. Juli 1769.

Auf landesf. Befehl ist bekannt gemacht, daß gegen diejenigen Frevler, welche gegen die landesf. Verordnungen, das Abschleppen der Bau=Materialien betreffend, handeln, mit Ausstoßung aus der Gilde nicht allein, sondern auch mit öffentlicher Bestrafung an dem Straßpfehl ohne alle Rücksicht verfahren werden solle. Avertissement des Polizei=Departements zu Braunschweig v. 20. Novbr. 1769. (Br. Anz. v. 1769. Nro. 91.)

Die Meister im Fürstenthume Blankenburg und Stiftsamte Walkenried sollen dahin sehen, daß alles Abschleppen der Baumaterialien, inmaßen dergleichen Veruntreuung durch die höchsten Constitutionen vom 3. Juli und 20. Novbr. 1769 bei nachdrücklicher Strafe und Ausstoßung aus der Gilde verboten worden, unterbleibe. Auf landesf. Befehl erlassenes Reglement der fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 15. April 1800. *)

cf. Verordn. v. 22. Juni 1826, die Arbeitslöhne der Bauhandwerker betr., §. 12.

Bau=Materialien, Auf= und Vorkauf derselben in Braunschweig.

E. Lebensmittel, Auf= und Vorkauf derselben in Braunschweig.

Bau-, Nuß= und Brennholz.

Es soll 1) kein einziger Stamm zum Bauen ohne des fürstl. Amts, worunter ein oder anderer gesehen, vorher beigebrachten Schein und Caution angewiesen und verabsolgt werden, die Ober- und Beamte auch jeden Orts gehalten sein, dasern einem oder dem andern der Unterthanen einiges Holz zum

*) Der übrige Inhalt dieses Reglements betrifft die Arbeitslöhne der Bauhandwerker.

Bauen verwilligt wird, dahin ihren Pflichten gemäß zu sehen, daß solches verwilligte Holz, wo nicht eher, doch längstens binnen drei Jahren verbauet werde, allermäßen denn zu dem Ende um das dritte Jahr die Amts- und Forstbedienten conjunctim jeden Orts der Unterthanen Häuser und Scheuern visitiren und untersuchen, ob das verwilligte Bauholz verbauet und von dem Befinden zu fernerer Verordnung referiren sollen, wie denn auch 2) zu Verhütung alles hinführo zu besorgenden Unterschleiß und Verpartierung, sonderlich auf der Weser hinunter, aus den herrschaftlichen Forsten kein Holz ins Künftige mehr passirt werden soll, es habe denn der Käufer oder Verkäufer beglaubte Bescheinigungen und Pässe von Ober- und Beamten, Oberförstern, auch Zollverwaltern zu Holzminden und übrigen Forstbedienten, woher ihnen solches Holz verabsolgt worden, producirt und beigebracht; gestalten denn auch 3) das künftige zu verwilligende Bauholz einzig und allein zu der Unterthanen Wohnhäusern und Scheuern auf den Höfen, keinesweges aber zu Erbauung der Leibgüter-Wohnungen oder anderer unnöthiger Gebäude verbraucht werden soll, und wenn sich denn 4) bei der ums dritte Jahr anzustellenden Visitation befinden würde, daß der Unterthanen Häuser, dero Behuf vorher einiges Bauholz verwilligt, nicht gebaut oder reparirt, oder gar dach- und sachlos zum Verderb und Ruin offenstehend befunden werden sollten, so sollen die Ober- und Beamten jeden Orts dazu Rede und Antwort zu geben, und nach Befinden für den Schaden zu stehen schuldig sein. 5) Es sollen, nach Maafgabe der Verordnung v. 11. Febr. 1698, *) die Schwellen und Gründe an den neu zu erbauenden Häusern und Gebäuden wenigstens 2 bis 3 Fuß hoch über die Erde gelegt und untermauert werden, auch die Unterthanen ihre Häuser und Gebäude, an welchen die Schwellen zum Verderben in der Erde liegen, mit Gräben umgeben, und die in der Erde liegenden Säule entblößen; wer solches unterläßt, derselbe soll bei der anzustellenden Haus-Visitation in willkührliche Strafe verfallen und jedweder schuldige Theil ohne Ansehen zur Forstwoge gesetzt werden. Landesf. Verordn. v. 20. Octbr. 1699.

Wenn auf das Gesuch solcher, die um Verwilligung des Bauholzes bitten, Berichte erstattet werden, so soll den einzuschickenden Specificationen von dem benöthigten Bauholze allemal der currente Preis jeder Sorte mit beigelegt werden. Landesf. Rescr. an sämtliche fürstl. Ober- und Beamte, auch Stadt-Obriigkeiten in den Harz- und Weser-Districten v. 17. Januar 1751.

Da das den Unterthanen, Deputanten und Holz-Interessenten aus den Forsten verwilligte und für sie aufgebaute Bau-, Nutz- und Brennholz, auch Waasen, auf die anfänglich auf Walpurgis und nachher auf Johannis gesetzte Frist, aller Erinnerung ohngeachtet, aus den Forsten nicht abgeholt, sondern zum Nachtheile des jungen Aufschlages Theils bis in das folgende Jahr in denselben liegen geblieben ist, hieraus aber den Forsten der größte Nachtheil erwächst: so wird die zur Abfuhrung sothanen Holzes sowohl aus den herrschaftlichen, als aus den Privat-Holzungen vorhin erwähnte Frist annoch, jedoch Eins für Alles, bis Bartholomäi verlängert, mit der ausdrücklichen Verwarnung, daß alle diejenigen, welche bis dahin das ihnen angewiesene Holz, es bestehe in was Sorten es wolle, aus den Holzungen nicht abgeholt, desselben völlig verlustig sein, und noch überdies zur Bestrafung auf das Landgericht zur Woge gesetzt werden, worüber die Ober- und Forstbedienten mit Nachdruck halten sollen. Landesfürstl. Verordn. v. 15. Febr. 1762, welche alljährlich auf den Sonntag, an welchem Johannis gefeiert wird, von den Kanzeln verlesen werden soll.

cf. Consistor. Auschr. v. 9. Octbr. 1824. (Wege I. p. 204.)

Zur Abstellung der eingerissenen Unordnung, daß sowohl zu herrschaftlichen als zu Privat-Gebäuden, den ergangenen Verordnungen gemäß, aus den herrschaftlichen Forsten verwilligtes Bau- und Nutzholz zum Destern nach Verlauf einer jährigen und zu Zeiten noch längern Frist, aus den Holzungen erst weg-

*) S. Bauen auf dem Lande.

gebracht, und dadurch das Holz selbst dem Verderben ausgesetzt, der junge Aufschlag aber zugleich beschädigt worden, wird verordnet, daß künftig alles dergleichen Bau- und Nutzholz nach der geschehenen Anweisung nicht länger bis zum Ausgang des nächstfolgenden Monats Juni in den Forsten liegen bleiben, sondern innerhalb solcher Zeit dessen Wegbringung geschehen soll. Dasjenige Holz, welches nach Ablauf dieser Frist aus den Forsten nicht weggeholt worden, soll in dem folgenden Monate sofort, unter Beforgung der Oberforstbedienten aus den Heien für ein pflichtmäßig zu verbindendes Lohn an unschädliche und zugleich sichere Derter gerückt, von dem Betrage des Rückerlohns eine Rechnung, worin die solcher-gestalt weggeschafften Sorten, und diejenigen, denen solches verwilligt, mit angezeigt sind, der fürstl. Cammer übergeben, und darauf solche Gelder bei den auf herrschaftliche Kosten gehenden Bauten, wenn die frühere Abfuhr durch gegründete Behinderungen aufgehalten worden, aus den Baurechnungen, in dem Gegenfall aber durch diejenigen, so die ihnen obgelegene Beforgung der Abfuhr versäumt, nach gedachter fürstl. Cammer Ermäßigung bezahlt, bei dem den Beamten, Unterthanen und allen sonstigen Privatpersonen verwilligten Bau- und Nutzholze hingegen, es sei für verpachtete, herrschaftliche oder eigenthümliche Gebäude, solches von den Imploranten sofort wieder entrichtet, auch diese Anordnung bei der Holzanzweisung einem jeden Interessenten von den Revierforstbedienten zu desto genauerer Befolgung bekannt gemacht, zugleich aber von diesen zu Ausgang des Mai-Monats alle diejenigen, welche das verwilligte Holz noch nicht abfahren lassen, daran erinnert werden. Wenn darauf von dem nach obiger Vorschrift ausgerückten Holze auch in den auf den Juni folgenden Monaten einiger Vorrath bis zum Herbst solchen Jahrs noch unabgefahren liegen bleiben würde, so soll davon auf dem nächsten Herbstforsttage allemal eine Specification an fürstl. Cammer mit übergeben werden, welche sodann dessen Verabfolgung zu andern bei solchem Forsttage vorkommenden Bedürfnissen, und nach sonstiger Beschaffenheit der Umstände das Nöthige weiter zu Erhaltung des Endzwecks verfügen wird. Diese nützliche Verfassung soll auch bei den Gemeindeförstern eingeführt und in allen gebührend befolgt, auch zu solchem Ende sowohl von den fürstlichen Aemtern und Obrigkeiten den mit eigenen Gehölzen versehenen Gemeinden, als auch von den Revierforstbedienten denjenigen, für welche Holz darin angewiesen wird, solches alljährlich angezeigt und in Erinnerung gebracht werden. Landesh. Verordn. v. 24. Januar 1764.

S. auch: Forst- und Schreib-Zage — Holzberechtigungen in den Harzforsten — Brennholz 2c.

cf. Cammer-Rescr. v. 26. Septbr. 1814. (Bege III. p. 66.) — Forststraf-Directorium v. 5. Mai 1815. §§. 108 sqq. — Verordn. v. 11. Decbr. 1817, die Ergänzung des Forststraf-Directorii betr. — Cammer-Rescr. v. 11. Septbr. 1817. Nro. 5. (Bege I. p. 362.) — Desgl. v. 7. Juli 1821. (Bege III. p. 98.) — Desgl. v. 15. Juli 1821. (Bege III. p. 99.) — Desgl. v. 16. Septbr. 1822. (Bege III. p. 107.) — Desgl. v. 4. März 1823. (Bege III. p. 114.) — Desgl. v. 21. März 1825. (Bege I. p. 85.)

Bau=Remissionen.

S. Bau=Douceurs, Freiheiten und Remissionen.

Bau=Schutt, Nummer 2c., Abfahren desselben aus Braunschweig.

S. Schutt, Lehm, Nummer 2c., Abfahren desselben aus Braunschweig.

Bau=Unterstützungen.

S. Bau=Douceurs, Freiheiten und Remissionen.

Beamte.

Dieselben sollen den Unterthanen in unbefugten Sachen keinen Beifall geben, auch diejenigen, welche vor den Aemtern etwas zu suchen und zu klagen haben, in selbsteigener Person gutwillig und ungesäumt

hören, und einem Jeden unparteiisch schleunig Recht bei ernstem Einsehen widerfahren lassen. Wolfenbüttl. Landtags-Absh. v. 27. Januar 1619. Art. 11.

S. auch: Justiz.

Da aus den von einigen Aemtern eingegangenen Berichten wahrgenommen ist, daß einige Beamte von den Umständen der ihnen anvertrauten Unterthanen nicht völlig unterrichtet sind, sondern sich auf die Relationen der Amts-Unterbefindlichen verlassen, wodurch verhindert wird, daß die auf das wahre Beste der Unterthanen gerichtete landesfürstliche Absicht nicht allemal erreicht, noch den ergehenden Verordnungen gemäß verfahren wird, so ist folgendes verordnet:

Die Beamten sollen alle Jahr wenigstens einmal die Dörfer ihres Amtes bereisen, nach Feueranstalten und andern Polizeisachen sich erkundigen, den Ackerbau in Augenschein nehmen, wie an Aedern, Wiesen und Aengern etwas zu verbessern, prüfen, auf die schlechten Wirthschaft besonders Acht haben, dieselben entweder in loco oder nachher vor dem Amte ernstlich vornehmen, alle übrigen Mängel bemerken, so viel an ihnen ist, abstellen, und von dem Allen dem jedesmaligen Landgerichts-Commissair eine schriftliche Relation, oder statt dessen das darüber gehaltene Generalprotocoll zustellen. Da dieselben außerdem auf den meisten Dörfern des Amtes alljährlich Verrichtungen haben, so sieht der Landesfürst gern, wenn sie sich dieser Gelegenheit bedienen, diese Visitation alsdann mit vorzunehmen. Dafern aber dieselben besondere Reisen deshalb vornehmen müssen, so sollen ihnen die erforderlichen Herrendienste in Rechnung passiren, *) gestalten die Unterthanen durch diese bloß auf ihr Bestes abzielenden Verfügungen im Geringsten nicht belastet werden sollen. Serenissimus will den hierin zu erweisenden Dienstfeier erkennen, und soll Demselben von der Beamten Relationen allemal Bericht erstattet werden. Landesf. Aussch. v. 3. Juli 1750.

Die Beamten sollen darüber halten, daß das Verhältniß zwischen den Reihe- und Nebeneinwohnern nicht überschritten, kein Neubau ohne fürstl. Cammer Kenntniß und Genehmigung vorgenommen, auch in den Brinkhäusern keine zweite Stube angelegt und dienstfähigen Personen das Sitzen auf eigene Hand nicht ohne die triftigsten Gründe gestattet werde. Landesf. Rescr. v. 29. August 1805.

S. auch: Beamte, Justitiarien und Actuarien, Instruction für dieselben — Amtsobrigkeiten — Amtsbediente — Geschenke — Leinsamen- und Eisen-Handel.

Beamte, Justitiarien und Actuarien, Instruction für dieselben.

Nachdem Serenissimus der fürstl. Cammer befohlen, in den fürstl. Aemtern zu desto schleunigerer Ausrichtung aller Amtssachen, welche seit einigen Jahren auf verschiedenen Aemtern nur gar zu schläfrig betrieben zu sein geschienen, den Beamten, Justitiarien und in einigen auch Actuarien die Verwaltung dieser Sachen und Beobachtung ihrer Obliegenheit anderweit von Neuem besonders zu injungiren; so ist zu dem Ende nach Serenissimi Intention und Willensmeinung diese Instruction, wornach sowohl die fürstl. Beamten und Justitiarien, auch Actuarien sich zu achten, als auch die Landgerichts-Commissarien auf den jährlichen Landgerichten die Gerichtsstube, Registratur und Justizverwaltung zu visitiren haben, abgefaßt worden. Und wird demnach im Namen des Landesfürsten diese Instruction allen Beamten, den Justitiarien, auch Actuarien, hiedurch bekannt gemacht, und selbigen deren unnachbleibliche Befolgung allen Ernstes anbefohlen. 1) Ueber die Registratur bei jedem Amte ist, wo es noch nicht geschehen, sogleich ein Repertorium zu verfertigen, solches fleißig nachzusehen, zu rectificiren, auch nachzutragen, die Briefschaften nach den Materien, Civil- und Criminal-Acten aber nach den Namen, in Ordnung zu legen

*) Die Transportmittel bei allen Official-Reisen werden jetzt aus der Landes-Casse bezahlt; wegen der bei solchen Reisen zu beziehenden Diäten s. Verordn. v. 8. Octbr. 1835, die Feststellung der Zehrungskosten der Justizbeamten und Actuarien bei Reisen in Official-sachen betr., und die ergänzende Verordn. v. 4. Januar 1837.

legen und darin zu erhalten, auch sind die currenten, so wie die noch zu gebrauchen seienden alten Acten, so fern es noch nicht geschehen, zu heften, und soll dieses besonders von den Justitiarien gefordert werden, jedoch haben auch die Actuarien bei den fürstl. Aemtern, wo sie bestellt, zu dieser Arbeit sich allerdings mit gebrauchen zu lassen. *) 2) Ist, wenn es noch nicht geschehen, sogleich ein Depositenkasten anzuschaffen, und mit 2 Schlössern zu versehen, zu deren einem der Beamte, zu dem andern aber der Justitiarius den Schlüssel hat, dergestalt, daß einer ohne den andern nicht zu dem Kasten kommen kann. Wie denn auch selbiger außer den Gerichtstagen nicht zu öffnen, noch was einzulegen oder auszunehmen ist. Wenn aber an dem Gerichtstage der Beamte nicht gegenwärtig ist, hat derselbe seinen Schlüssel allenfalls dem Actuar, wo dieser gesetzt ist, zuzustellen, um alsdann in den Gerichtstagen bei den Aemtern insonderheit das Nöthige und Unaufschiebliche in Ansehung der Depositen-Gelder mit zu verrichten; wonach aber sofort der Schlüssel dem Beamten wieder abzuliefern und ihm anzuzeigen ist, was in seiner, des Actuars, Gegenwart vorgenommen sei. **) 3) Ist ein eigenes Depositenbuch, ein besonderes Buch zu den Chestiftungen, dergleichen zu Kaufcontracten und andern Handlungen, wodurch Grundstücke in andere Hände kommen, ein anderes zu Obligationen, ***) und noch eins zu Vormundschaftsachen zu verfertigen, in welche der Justitiarius alles einträgt, was in jedes gehört, auch muß derselbe die Register in Ordnung erhalten und diese Bücher dem Beamten, wenn er es fordert, sonst bei Schluß jeden Monats ungefordert vorzeigen, damit derselbe mittelst seiner Namensunterschrift bezeuge, daß seines Wissens alles, was während des Monats eingekommen, richtig eingetragen sei, und soll nuregedachte Unterschrift, wobei jedesmal der Tag zu setzen ist, in diesem Verstande angenommen werden. 4) Die Protocollbücher über die Sachen, welche in einem oder etlichen Terminen ohne Weitläufigkeit abgethan werden, sind alle Jahre zu heften, und von dem Justitiar und Actuar mit einem Register zu versehen. Die jetzt vorhandenen einzelnen Protocolle soll der Justitiar a dato binnen 3 Monaten in Convolute bringen, diese heften, ferner colliren und ein General-Register darüber verfertigen und, wo ein Actuar ist, selbigen dabei mit adhibiren, dieser auch sich dazu mit gebrauchen zu lassen schuldig sein. 5) Das General-Protocoll und Register über die herrschaftl. Rescripte und deren Befolgung führt der Beamte oder Justitiar, und obgleich im letzten Falle diese Sachen dem Beamten, wann er es benöthigt und verlangt, vorzuzeigen sind, so soll doch derselbe solche niemals ohne sehr wichtige Ursachen über einen Tag bei sich behalten, damit nichts veräußert werde: gestalt besonders derjenige Beamte, welcher vornehmlich die Deconomie besorgt, in den Justiz- und dazu gehörigen Sachen weniger als der zu den Justizsachen benannte Beamte zu verantworten hat. Jedoch behält derjenige, welcher von den Beamten auf dem Amte die Wohnung hat, die Eröffnung aller an das Amt kommenden Sachen, nur daß er die darunter befindlichen Justizsachen ferner sogleich dem Justitiar zuzuschicken hat, es sei denn, daß desfalls auf einem oder andern Amte besondere Verfügung gemacht wäre; was aber in specie von den einkommenden herrschaftlichen Sachen an einen der Amts-Officialpersonen namentlich gerichtet, ist zu besorgen, daß selbiges zu dessen eigener Eröffnung unaufhältlich gelangen möge. 6) Die Gerichtstage sind an den dazu festgesetzten Tagen ohnefehlbar zu halten, und sollen in denselben alle von einiger Wichtigkeit seienden Klagen vorgenommen, die zwischen denselben eingekommenen Rescripte, wenn nicht sonst *periculum in mora*, als in welchem Falle es unerwartet des Gerichtstages geschehen muß, ausgerichtet, und die Bescheide und Berichte gemacht werden. Sollte ein Beamter an den Gerichtstagen und beim Schlusse derselben auf der Gerichtsstube nicht gegenwärtig sein können, so sind ihm die Sachen nachher zuzuschicken, aber keine Sache wegen des Einen Abwesenheit an den gesetzten Gerichtstagen aufzuhalten. Auch ist das Gerichtssiegel während des Gerichtstages beständig auf der Gerichtsstube zu lassen. 7) Die zwischen den Gerichtstagen vorkommenden

*) C. Amts-Registraturen.

**) C. Depositengelder.

***) C. Handlungen, gerichtliche.

Klagen sind von dem Justitiar oder Actuar zu Protocoll zu nehmen; wenn es Injuriensachen oder andere Kleinigkeiten, welche etwa nicht vor das Landgericht gehören, betrifft, oder dabei *periculum in mora* ist, sind die Parteien auf einen kurzen Termin, sonst aber auf den ordentlichen Gerichtstag vorzufordern und beider Theile Vortrag zu Protocoll zu nehmen, in terminis ist besonders die Güte zu versuchen, und wenn solche nicht erreicht wird, Bescheid zu publiciren. 8) Außer den Gerichtstagen sind die Besichtigungen und andere außer der Gerichtsstube zu expeditende Sachen vorzunehmen, und haben der Beamte und Justitiar zu verabreden, ob jemand, und wer von ihnen dabei gegenwärtig sein, oder ob solche von dem Actuar, wenn einer gesetzt ist, allein vorgenommen werden sollen, und hat dieser solchen Falls, wie überhaupt in des Amtes publikan und Justizgeschäften, das ihm Aufzugebende zu befolgen, alles, was in solcher Weise an ihn kommt, oder sonst ihm aufliegt, oder ihm gemeldet wird, zu Protocoll zu nehmen, und davon an den Gerichtstagen, oder vorher nöthigen Orts weiter zu referiren. 9) Gleichwie Serenissimi ernstlicher Wille ist, daß auch in Dero Aemtern die Justiz gut verwaltet, *) und jedem auf das Schnelligste zu seinem Rechte verholten werde, also sollen sich dieses alle bei dem Amte Bestellten angelegen sein lassen, und damit Serenissimo davon referirt werden könne, haben die Beamten und Justitiarien entweder gemeinschaftlich, oder jeder besonders, mit dem Schlusse jeden Jahres an fürstl. Cammer zu berichten, wie die Sachen gehen, ob auch jemand von den subordinirten Amtsbedienten seine Schuldigkeit nicht beobachtet. Zugleich hat der Beamte, der vornehmlich bei dem ihm anvertrauten Amte die Justiz respicirt, oder der Justitiarius eine Tabelle von allen das Jahr angefangenen, oder von den vorherigen noch rückständigen Processen, **) nebst einem Verzeichnisse der im Anfange des vorigen Jahrs vorrätzig gewesen, das Jahr eingekommenen, ausgegebenen, mithin beim Schlusse des Jahrs in Vorrath bleibenden Depositengelder einzuschicken. ***) In ermeldeter Tabelle geschieht der in einem oder zwei Terminen wirklich abgethanen Handel keine Erwähnung. 10) Auf die Amtsunterbedienten ist besonders ein wachsames Auge zu haben, daß dieselben nicht nur in dem Amte auf die Uebertretungen der fürstl. Verordnungen merken und solche den Beamten unparteilich und zeitig anzeigen, sondern auch die Bestellungen und Insinuationen auf Erfordern in continenti, sonst aber längstens binnen drei Tagen verrichten, ****) und sind dieselben bei befundener Nachlässigkeit, wenn es nicht das erste Mal ist, oder erhebliche Entschuldigung vorhanden, mit 2 Thlr. an Gelde zu bestrafen; im Falle aber dieses oft geschehen, dieselben dem Cofee sich ergeben, oder gar untreu sein sollten, ist davon an fürstl. Cammer zu berichten. †) 11) Wenn bei Concurs-Processen, welche ohne alle Weitläufigkeit nach Serenissimi besonders ergangener höchster Verordnung abzuthun, Geiſer abgeliefert werden, sind solche sogleich auf der Gerichtsstube von demjenigen Beamten, welcher selbige empfängt, wenn der andere Beamte nicht gegenwärtig ist, vorerst in einen daselbst befindlichen schloßfesten Schrank nieder zu setzen, in dem darauf nächstfolgenden Gerichtstage aber gehörigermassen in den Depositenkasten zu legen. ††) 12) Wie bei Confirmation der Chefstiftungen und anderer Contracte, wenn die *causae cognitio* gebührend vorgenommen und alles in den Contracten deutlich exprimirt wird, viele Prozesse vermieden werden können, so sollen die Beamten und Justitiarien hierauf besonders ihre Aufmerksamkeit richten, zu dem Ende die Sachen gründlich untersuchen und alles nach Vermögen removiren, wodurch Prozesse verursacht werden könnten, auch allemal auf das Wohlsein der Unterthanen, damit die Auslobungen nicht zu stark determinirt werden und zum Ruin der Höfe gereichen mögen, vorzüglich reflectiren, und dahin sehen, daß die Höfe im Stande erhalten werden. Wie denn auch

*) S. Justiz.

**) cf. Refcr. herzogl. Landesgerichts v. 19. Decbr. 1831. (Bege III. p. 222.) und v. 26. Novbr. 1832. (Bege III. p. 234.)

*** S. Depositengelder.

**** S. Insinuation der Decrete etc.

† cf. Gesetz über den Civil-Staatsdienst v. 12. Octbr. 1832, §. 67.

†† S. Pupillen, Curatelen, Kirchen und andern milden Stiftungen zustehende Geiſer.

sowohl die Beamten als Justitiarien besonders mit darauf zu attendiren haben, daß so lange als möglich die Höfe nicht mit Altvatern beschwert werden, oder, wenn solches ja erforderlich, dennoch die Altvatertheile, wenn nämlich bei Errichtung der Ehestiftungen davon nicht schon disponirt, so mäßig gesetzt werden, daß der Hof und der Successor nicht ruinirt werden. *) 13) Serenissimus will mit besonderm Wohlgefallen aufnehmen, wenn die Beamten gemeinschaftlich oder einzeln fürstl. Cammer Vorschläge thun werden, wodurch dem ganzen Amte, oder einzelnen Gemeinen; oder auch nur einigen Einwohnern zu besserem Auskommen geholfen, und wodurch das öffentliche oder das Privat-Beste der Amtsunterthanen befördert werden kann; und, wie bei dem Landmanne die Verbesserung des Ackerbaues, der Wiesen, Kenger und Weide, welche alle durch eine gute Cultur noch zu melioriren, einer der wichtigsten Vorwürfe ist, so werden die Beamten nach ihrem schuldigen Diensteifer, besten Wissen und Fleiße dieses würdige Object sich empfohlen sein lassen, und nicht allein dahin sehen, daß von Amtswegen über die deshalb ergangenen Verordnungen gehalten werde, als deswegen auch jeder Actuar, wo einer gesetzt ist, gleichfalls darauf zu achten hat, sondern, wenn die Beamten vermeinen, daß den Verordnungen noch was hinzuzuthun sein möchte, so haben sie deshalb zu berichten. 14) Uebrigens ist auch auf Grenz-, Zoll-, Forst- und übrige Senenissimi jura betreffende Sachen von allen beständig ein wachsames Auge zu haben, besonders sind die Befugnisse der fürstl. Cammer, so viel immer thunlich, von Zeit zu Zeit in Ausübung zu bringen, damit man, wenn es dereinst darüber zum Proceße kommen sollte, mit der Possession sich schützen könne. Was von solchen und andern wichtigen Sachen vorkommt, ist sogleich an fürstl. Cammer zu berichten, die Grenzflächen aber sind vornehmlich, wenigstens zu gleicher Zeit auch fürstlicher Justiz-Canzlei zu melden. Instruction für die fürstl. Beamten und Justitiarien v. 17. Juni 1760.

Beamte, Landwirthschaftsbetrieb derselben.

Die Beamten sollen sich des Säens mit den armen Unterthanen, wie auch des Kornkaufs in den Ämtern aus erheblichen Ursachen enthalten, auch ihr Vieh, als Füllen, Schweine, Kälber und anderes den Unterthanen in die Fütterung nicht ausdringen, oder ernstes Einsehens und Bestrafung gewärtig sein. Wolfenb. Landtags-Absh. v. 27. Januar 1619. Art. 27.

Die Beamten und Voigte sollen sich alles eigenen Ackerbaues und Viehzucht, so wie auch aller Neben-Pachtungen enthalten, die an sich gezogene Länderei von den wüsten Meierhöfen den Bauern wieder meierweise einräumen und sich einzig und allein um die Administration der ihnen anbefohlenen Ämter bekümmern. Landesf. Verordn. v. 3. Septbr. 1659. **)

Die Amtleute, insonderheit die zur Administration des Amtshaushalts bestellt sind, sollen erheblicher Ursachen halber in den ihnen anvertrauten Ämtern und Districten ohne besondere schriftliche Concession und Verwilligung keine sonderlich importante Höfe, noch viel weniger Zehnten, weder eigenthümlich noch durch Pachtungen an sich bringen, auch insonderheit keine Proceße, jura, actiones und Forderungen in den ihnen untergebenen Ämtern an sich kaufen, oder sonst an sich bringen; außer den ihnen anvertrau-

*) S. Abfindungen — Contracte und Verträge der Bauerleute — Bauerhöfe — Höfe, Abtretung derselben.

**) Schon unterm 19. Januar 1646 war eine ernstliche Landesf. Verordnung ergangen, daß die Amtsdienere, Verwalter und dergl., die von andern pflichtbare Höfe und Acker annähmen oder unter einem und andern Vorwande an sich zogen und gebrauchten, sich der bisher zur Ungebühr und zum Schaden ihres Nächsten oder Anvertrauten unternommen vortheilichen Händel gänzlich enthalten, darunter keinen unzulässigen Vortheil, unter was Schein und Prätext es auch sein möchte, suchen, sondern vom fremden Acker die Contribution und andere Landes-onera jedesmal, und wie es die gleichmäßige Eintheilung gäbe, stehen und abtragen, darunter niemandem etwas aufbürden noch anmuthen, sondern sich an der wegen ihres Dienstes und sonst wegen ihrer eigenen Güter genießenden Freiheit begnügen sollten.

ten Aemtern aber bleibt es ihnen sowohl, als einem jedweden frei und unbenommen. Damit sie aber dennoch das ihnen auf der Amtsweide verstattete Vieh*) desto füglicher stallen und ausfüttern mögen, so soll einem Amtmanne und Amtschreiber ein Kothhof von 20 à 30 Morgen Landes, höher aber nicht, zu dero Behuf anzunehmen, praestitis praestandis, unverwehrt sein, jedoch, daß sie bei Vermeidung schwerer Unnade keine Herrndienste dabei gebrauchen, noch die gemeine Weide übermäßig betreiben, oder den Unterthanen die Ausfütterung ihres Viehes obtrudiren sollen. Amts-Gammer-Ordn. v. 1. Juli 1688. Art. 56.

Da die landesf. Verordn. v. 3. Septbr. 1659, **) worin festgesetzt ist, daß die Beamten keine Länderei an sich ziehen und aller andern Pächtereien sich enthalten sollen, und der §. 56 der Amts-Gammer-Ordn., welcher den Amtleuten verbietet, keine sonderlich importante Höfe, noch weniger Zehnten, weder eigenthümlich, noch durch Pachtung ohne vorherige Concession an sich zu ziehen, eigentlich nur von den herrschaftlichen Pachtbeamten und den Administratoren der herrschaftlichen Haushaltungen reden, aber landesf. nöthig gefunden ist, solche auch auf alle obrigkeitliche Personen und die Justiz-Beamten auf dem platten Lande zu extendiren, da für dieselben der Ackerbau ohnehin nicht nur zur Versäumung ihrer eigentlichen Amtsgeschäfte gereicht, sondern auch sonst zu mancherlei andern schädlichen und nicht zu gestattenden Mißbräuchen Gelegenheit und Veranlassung geben kann, so ist verordnet: daß alle obrigkeitliche Personen und die Justizbeamten auf dem platten Lande ohne höchste vorher darüber nachzusehende ausdrückliche Bewilligung sich überall nicht mit Pachtungen von Ländereien, um davon die zu ihrer und ihrer Familie Consumtion etwa erforderlichen Kornfrüchte selbst zu gewinnen, abgeben, sondern in Zukunft nicht mehr Länderei in Pachtung nehmen sollen, als sie zu Ausfütterung ihrer Pferde und Rüge unumgänglich bedürfen. Die höhern Justiz- und übrigen Collegien sollen hierüber genau halten. Landesf. Verordn. v. 20. Januar 1789. (Br. Anz. v. 1789. Nro. 14.)

Bedemund.

Wer heirathen will, er sei Manns- oder Weibsperson, der soll solches vorher dem Amte oder Gerichtsherrn anzeigen, und die Gelegenheit dessen, mit dem er sich zu befreien gedenkt, mit Fleiß berichten, den Bedemund, da es gebräuchlich, abtragen, und darauf einen Zettel vom Amte oder Gerichte nehmen, bei Strafe 10 Fl., der Bauermeister, welcher die Personen, so also unangemeldet bei der Obrigkeit und ohne habenden Zettel heirathen wollen, nicht anzeigt, soll 5 Fl. Strafe erlegen. ***) Allg. Landes-Ordn. Art. 99. S. auch: Copulationen.

cf. Rescr. fürstl. Cammer-Colleg. v. 17. Octbr. 1823. (Bege I. p. 374.) — Verordn. v. 21. März 1825, die Wiedereinführung der Trauscheine betr. — Verordn. v. 8. Novbr. 1830, die vor Eingehung der Ehen beizubringenden obrigkeitlichen Bescheinigungen betr. — Declaration dieser Verordn. v. 23. Febr. 1835.

*) Wie viel Vieh dieselben frei auf der Amtsweide halten dürfen, bestimmt Art. 61.

**) In dem vorliegenden Abdrucke der Verordnung ist das Jahr unrichtig als 1759 angegeben.

***) Nach einem Rescr. fürstl. Cammer v. 21. Decbr. 1744 an das Amt Geesen soll bei Lösung eines Trauscheins in die Amts-Feuercasse

ein Ackermann.....	12	Sgr.
» Halbspänner.....	8	»
» Röther.....	6	»
» Brinkfeger.....	4	»
» Häusling.....	2	»

einzahlen.

Bediente und Boten, ungetreue.

Demnach in der wegen Bestrafung ungetreuer Bedienten und Boten unterm 1. August 1594 *) ausgearbeiteten landesf. Constitution verordnet worden:

daß, da ein Amtmann, Schreiber, Verwalter, Voigt, Vorsteher, Baumeister, Bauschreiber, Zöllner, Förster, oder ein jeglicher Anderer, so zu einem höhern oder niedrigeren Amte verordnet und von der höchsten Landesherrschafft, oder eines Andern wegen, Geld, Getreide, Korn, Holz und anderes aufzuheben und einzunehmen hat, von den Leuten mehr an Zinsen, Schulden, Meier- oder Weinkaufs-Geld und dergleichen einnahme, denn er berechnet, im Verkaufen und Kaufen, Verleihen und Ausmessen unrichten und falschen, auch des Orts verbotenen Scheffel und Maaß gebrauchen, Holz, Getreide und dergleichen verkaufen, und in Rechnung nicht einbringen, oder anders mehr unterschlagen, und solches alles in ihrem eigenen Nutzen anwenden, oder dergleichen Veruntreuung gebrauchen, so der höchsten Landesherrschafft oder den Unterthanen, oder andern Leuten zu Nachtheil und Schaden gereichte, der oder dieselben unterschiedlich mit folgenden Pönen belegt und bestraft werden sollen: Wenn die Summe solches veruntreueten, untergeschlagenen und in ihren eigenen Nutzen betrügerlicher Weise verwendeten Gutes unter 50 Gulden Münze sein würde, sollen sie auf kündliche Erlaubniß der hohen Obrigkeit des Landes verwiesen werden. Da sich aber solche Summe über 50 Gulden Münze erstreckte, sollen sie mit Staupenschlagen des Landes ewig verwiesen werden. Würde dann bemeldete Summe auf 100 Gulden Münze oder darüber laufen, so sollen sie mit dem Strange vom Leben zum Tode gebracht werden. Ferner soll auch ein jeder Amtmann, Amts-Befehlshaber und Verwalter, wie oben specificirt, in seiner Administration schuldig sein, alle Einnahme und von allen dem, so sie empfangen, es sei erblich, wiederkäuflich, steigend oder fallend, an Meier- oder Weinkaufs-Geld, Gerichtsstrafen, Zinsen, Holzkauf und allen andern, nichts ausgeschlossen, Zettel, Verzeichnisse und Bekenntnisse den Zinsleuten und andern zu geben und zuzustellen, darin verleiht, was sie an Summen und Stücken und wofür empfangen und eingenommen, und wenn dieselbe fällig und belegt worden, und da solches von ihnen verbliebe, soll ein jeglicher nach Gelegenheit seiner Rechnung und Befindung des Verdachts, auch derowegen willkürlich gestraft werden. Wenn auch ein Bote, dem Geld über Land zu tragen, versiegelt oder unversiegelt vertrauet, dasselbe stehlen, damit entlaufen, oder es in andere Wege betrügerlich entfremden würde, so soll derselbe, wenn sich die Summe auf 20 Gulden Münze erstreckte, mit dem Strange vom Leben zum Tode gerichtet, und da es unter 20 Gulden sein würde, mit Staupenschlagen des Landes ewig verwiesen, oder aber, da es gar wenig, mit Gefängniß oder zeitlicher Verweisung gestraft werden;

sothane Constitution auch in der unterm 3. Januar 1653 emanirten erneuerten Constitution, so viel die Bestrafung der ungetreuen Bedienten anlangt, wörtlich wiederholt, wegen Bestrafung der ungetreuen Boten aber dahin abgeändert:

daß, wenn ein Bote, dem Geld über Land zu tragen, versiegelt oder unversiegelt, vertrauet, dasselbe entwenden, damit entlaufen oder es in andere Wege betrügerlich entfremden und veruntreuen würde, derselbe, wenn sich die Summe unter 50 Gulden Münze erstreckte, des Landes verwiesen, da aber das Entwendete über 50 und unter 100 Gulden betrüge, mit Staupenschlagen und ewiger Landesverweisung gestraft, und wenn über 100 Gulden Werth vorherührtermassen untergeschlagen und entwendet wäre, mit dem Strange vom Leben zum Tode gerichtet werden solle;

auch in der letztangezogenen Constitution verordnet:

daß gleichwohl durch diese Verordnung und angelegte Bestrafung die Wiedererstattung des betrügerlich Untergeschlagenen oder Entwendeten nicht aufgehoben, noch dem Verbrecher in allen in sothaner Con-

*) Diese Verordnung ist unterm 22. Decbr. 1721 für das Fürstenthum Blankenburg erneuert.

sitution enthaltenen Fällen nachgelassen sein, sondern dieselbe, sowohl der höchsten Landesherrschaft, als andern Beleidigten ausdrücklich vorbehalten bleiben solle;

und dann auf vorgekommenen Zweifel:

ob in sothanen Constitutionen enthaltene Pönal-Verordnungen auch in dem Falle Platz greifen, wenn der ungetreue Diener auf die Einnahme und Verwaltung der ihm anvertrauten Gelder nicht besonders beeidigt worden, sondern nur den Dienst-Eid überhaupt ohne Ertenndirung auf die getreue Administration abgeleistet habe?

die obervährnten Constitutionen in der landesfürstlichen Constitution v. 10. Octbr. 1740 dahin erklärt worden:

daß nach deren Inhalt wider einen jeden verpflichteten, mit dem Dienst-Eide verwandten, aber ungetreuen Bedienten verfahren werden solle, wenn er gleich nicht insbesondere auf die Receptur und Administration desjenigen, was ihm anvertraut wird, beeidigt worden:

so werden sothane Constitutionen hiemit dahin confirmirt und declarirt,

1) daß, wenn ein Civil- oder Militair-Bedienter, er sei ein Rechnungs-Bedienter oder anderer, welcher herrschaftliche Einkünfte zu verwalten hat, es sei an Geld oder Geldeswerth, in seinem Dienste und durch Mißbrauch des ihm anvertrauten Amtes betrüglcher Weise, es sei auf was Art es wolle, der Landesherrschaft, den Unterthanen, oder auch andern Leuten Schaden zufügt, ein solcher ungetreuer Diener, er mag auf die Einnahme oder Verwaltung des ihm Anvertrauten besonders beeidigt sein oder nicht, nach vorhergegangener rechtlicher Untersuchung und Berurtheilung, wenn die Summe des anvertrauten, untergeschlagenen und in seinen Nutzen betrüglcher Weise verwendeten Guts unter funfzig Thaler sich beläuft, mit Landesverweisung, wenn die Summe über funfzig und unter hundert Thaler sich erstreckt, mit Staupenschlag und ewiger Landesverweisung bestraft, Falls aber die Summe auf hundert und mehr Thaler sich beläuft, mit dem Strange vom Leben zum Tode gebracht werden soll. 2) Alle sowohl in Rechnung stehende Bedienten, als andere über die herrschaftlichen Einkünfte, wovon ihnen die Einnahme anvertrauet worden, es seien solche von welcher Art sie wollen, sollen den Personen, von welchen sie solche erheben, Scheine und Verzeichnisse ertheilen, worin enthalten, was sie an Geld oder Geldeswerth, und wofür, empfangen und eingenommen, auch wann solches fällig und entrichtet worden; und sollen diejenigen, welche solches unterlassen, nach Befinden des Verdachts und anderer vorkommenden Umstände mit willkührlicher Strafe belegt werden. 3) Soll ein herrschaftlicher Bote, dem etwas zu überliefern anvertrauet wird, es sei versiegelt oder unversiegelt, da er dasselbe entwenden, damit entlaufen, oder es auf eine andere Art betrüglch entfremden würde, wenn sich die Summe oder der Werth des ihm zu überliefern Anvertrauten unter funfzig Thaler erstreckt, des Landes verwiesen, Falls aber das Veruntreute funfzig und unter hundert Thaler beträgt, mit Staupenschlag und ewiger Landesverweisung bestraft, und wenn hundert Thaler und darüber Werth untergeschlagen und entfremdet wäre, mit dem Strange vom Leben zum Tode gebracht werden. 4) Soll durch diese für die ungetreuen Bedienten und Boten bestimmten Strafen die Wiedererstattung des Entwendeten oder Veruntreuten nicht aufgehoben, noch dem Verbrecher in allen in dieser Verordnung enthaltenen Fällen nachgelassen sein, sondern es ist dieselbe sowohl der Landesherrschaft, als andern Beleidigten ausdrücklich vorbehalten. Es soll auch diese Verordnung den zu Einholung auswärtiger Urtheile zu verscheidenden Acten jedesmal beigelegt werden. *) Landesf. Verordn. v. 25. Febr. 1773.

Da die in hiesigen Landen wegen der Bestrafung ungetreuer Bedienten unterm 1. August 1594, 3. Januar 1653 und 10. Octbr. 1740 erlassenen landesf. Constitutionen, welche durch die unterm 25. Febr.

*) S. Acten-Verschiedung.

1773 publicirte Verordnung confirmirt und declarirt worden, bisher nur auf fürstl. Bedienten und auf die bei fürstl. Cassen angestellten Rechnungsführer, obgleich die ältere Constitution vom 1. August 1594 allgemeiner gefaßt ist, von den Gerichten angewandt werden wollen, sich jedoch Fälle ereignet, daß öffentliche, obgleich keine eigentliche fürstl. Cassen durch die ungetreue Verwaltung der dabei angestellten Rechnungsführer oder Administratoren beträchtlichen Schaden erlitten, und dann die Vergehungen dieser Art, weil sie für das Publicum von den nachtheiligsten Folgen, eben so sträflich sind, als wenn sie bei fürstl. Cassen verübt worden, so sind aus diesen und andern dazu vorhandenen Gründen sothane oben angezogene Constitutionen und Verordnungen, namentlich die v. 25. Febr. 1773 nunmehr auch auf alle andere öffentliche Cassen, als landschaftliche, städtische, Stiftungs- und dergleichen Cassen, insonderheit auf die Stadt-Cämmereien, die Aeraria der Kirchen und Schulen, der Waisenhäuser und sonstiger *piorum corporum*, desgleichen die Armen- und diejenigen Cassen, worin die Service-Gelder und sonstige *onera publica* für Städte und ganze Gemeinheiten gesammelt werden, nicht weniger auf gerichtliche deposita und andere in gerichtliche Verwahrung genommene Sachen, und auf diejenigen Bedienten, die solche nach eines jeden Orts Verfassung in ihrem Gewahrsam haben, hiemit ausdrücklich extendirt, dergestalt und also, daß hinführo die bei diesen Cassen und Aerariis stehenden Bedienten und Rechnungsführer, oder überhaupt alle und jede, welche für öffentliche Anstalten Gelder oder Geldes-Werth zu erheben und unter sich haben, wenn sie sich dabei Veruntreuungen, sie seien von welcher Art sie wollen, zu Schulden kommen lassen, nach mehr erwähnten Constitutionen und Verordnungen, insonderheit nach der Verordnung d. d. 25. Febr. 1773 bestraft und behandelt werden sollen. Es soll also hinführo hiernach verfahren werden, und die fürstl. Justiz-Collegien und sämtliche Gerichts-Obrigkeiten, welche in peinlichen Sachen zu erkennen haben, sollen sich in vorkommenden Fällen in *judicando* hiernach achten, auch diese extendirte Verordnung den, zu Einholung auswärtiger Urtheile in solchen Fällen etwa zu verschickenden Acten jedesmal mit beifügen. Landesf. Verordn. v. 14. März 1788. (Br. Anz. v. 1788. Nro. 29.)

Damit die Rechnungsführer, wenn sie wegen ungetreuer Verwaltung der ihnen anvertrauten öffentlichen Gelder in Inquisition gerathen, sich nicht mit der Unwissenheit der deshalb ergangenen Verordnungen v. 25. Febr. 1773 und 14. März 1788 entschuldigen mögen, so ist, um sothane Verordnungen zu eines jeden Rechnungsführers näherer Kenntniß zu bringen, verordnet: daß allen und jeden, in den besagten Verordnungen gedachten Bedienten von dem, der sie dazu bestellt, ein Exemplar derselben, nebst Abschrift dieses höchsten Rescripts zugestellt, auch, so oft künftig jemand als Rechnungsführer oder Administrator angestellt wird, ihm ein Gleiches bei seiner Bestellung eingehändigt, und daß solches geschehen, jedesmal *ad acta* registrirt, überdem auch von demselben ein anderes Exemplar, nebst Bemerkung des Jahrs und Tages mit seiner Namens-Unterschrift versehen und *ad acta* gelegt werden solle. Landesf. Circular-Rescr. v. 31. Decbr. 1790.

S. auch: Communion-Rechnungsbediente.

cf. Verordn. v. 26. März 1823, die Bankerotte betr., §. 16.

Bediente, herrschaftliche.

Gleichwie nach Absterben eines fürstlichen Bedienten alle bei ihm gefundenen herrschaftlichen Briefschaften, mithin auch alle Commissions-Sachen und unter solchen auch die Concepte der General- und anderen Berichte abzuliefern sind, so haben dessen Erben gleich bei Errichtung des Inventars, oder, wofern dergleichen nicht aufgerichtet wird, binnen 8 Wochen nach dem Tode des Bedienten alle dergleichen Acten und Briefschaften abzuliefern und solche Concepte, nebst andern von dem Landesfürsten erteilten Commissionsfachen, an die fürstl. Geheime-Rathsstube, die andern Commissionsfachen den Committenten und die übrigen Sachen, wohin jede gehört, abzuliefern und hat die Obrigkeit des Orts, derjenige, welcher

das Inventarium anfertigt, auch der Nachfolger in officio darauf zu sehen, daß solches wirklich geschehe, auch im Falle es unterbleibt, davon gehörigen Orts zu berichten. Die Erben eines Commissarii und deren respectiven Tutoren und Curatoren, welche diesem nicht nachkommen, sollen 10 Thaler Strafe erlegen und sind die deshalb eingehenden Strafgeelder ad pias causas destinirt. Landesfürstl. Verordn. v. 6. Febr. 1756. *)

Beengen der Straßen.

S. Straßen in Braunschweig, Beengen derselben.

Beerdigung.

Verlöbniß-, Hochzeits-, Kindtaufs- und Begräbniß-Ordnung v. 28. Octbr. 1646.

Gleichwie es zur Erinnerung der Sterblichkeit und Bereitung zum Tode gereicht, wenn die Verstorbenen öffentlich zur Erde gebracht werden, so sollen solche öffentliche Begräbniße keineswegs in Abgang gerathen; weil aber bereits in Observanz gekommen ist, daß die Frauen den Leichen nicht mehr folgen und dadurch viele Kosten und Ungelegenheiten verhütet werden, so soll künftig solche Weiberfolge durchgehends gänzlich abgestellt bleiben.

Die Besichtigung des todtten Körpers soll insgemein nur mit weißem Linnen geschehen und niemanden als den vornehmen fürstl. Bedienten und ablichen Familien zugelassen sein, ihre Todten mit Seide zu bekleiden und die Todtenkasten mit Wappen, Silber oder goldenen Farben bemalen zu lassen. Es soll auch mit den Begräbnißen länger nicht, als zur Winters-Zeit vier oder fünf Tage, und in Sommers-Zeit zwei bis drei Tage gewartet werden. Erneuerte Kirchen-Ordn. Th. 1. Cap. XXIII. §. 1.

Bei Begräbnißen soll in den Anforderungen von den Kirchen-Vorstehern wegen der Grabstellen und des Geläutes und auch von Predigern und Schul-Collegen, Opferleuten und Schülern geziemende Bescheidenheit und Moderation gehalten werden, damit niemand sich darüber zu beschweren Ursache hat und nicht nöthig ist, die vorgehenden Excesse nach Befinden nachdrücklich zu bestrafen. Ebendas. §. 2.

Die Gewohnheit auf dem Lande, die Leichen acht Tage und länger unbeerdigt stehen zu lassen, ist durchaus nicht zu gestatten. Refcr. fürstl. Consistorii v. 6. Septbr. 1741.

S. auch: Leichen u.

cf. Refcr. fürstl. Consistorii v. 13. April 1822. (Bege I. p. 238.)

Beerdigung der Armen.

S. Armen-Anstalten.

Beerdigung in Braunschweig.

Begräbniß-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 26. Juli 1650. **)

Die Leichen sollen nicht des Abends, sondern mit Anbruch des Tages beerdigt werden. Landesf. Refcr. v. 30. Juni 1762.

In allen Fällen, wo die Bekleidung der Diehlen oder des Leichen-Zimmers mit schwarzem oder andern

*) Wegen des übrigen Inhalts dieser, das bei Commissionen zu beobachtende Verfahren betreffenden Verordnung s. die Note unter: Commissionen, Landesfürstliche.

**) Durch das landesf. Refcr. v. 25. August 1829 (Bege III. p. 297.) ist in Braunschweig eine Leichenschau und Todten-Bescheinigung angeordnet und eingerichtet. Bekanntmach. des Stadt-Magistrats zu Braunschw. v. 23. Decbr. 1829. (Br. Anz. v. 1829. Nro. 101.)

andern Zeuge geschieht, es sei nun, daß solches von den Anverwandten oder Erben verlangt, oder bei den Leichen der Hof- und andern höhern Civil-Bedienten vom fürstl. Hofmarschall-Amte verfügt, imgleichen bei den Stabs-Officieren von dem Regiments-Chef oder sonst verordnet worden, sollen die auf dreißig Thaler festgesetzten Gebühren dafür, ohne irgend einen Unterschied des Standes, halb an das Waisenhaus und halb an die Armen-Anstalten erlegt werden. Wie denn auch zu mehrerer Aufrechthaltung dieser Verordnung das Polizei-Departement zu Braunschweig befehligt ist, auf die Ausschlagung der Diehlen oder Leichen-Zimmer bei den Beerdigungen durch die Polizei-Unterbedienten genau achten und davon sowohl dem fürstl. Waisenhaus-, als Armen-Directorio Nachricht geben zu lassen, imgleichen auf jedesmalige Requisition des Waisenhaus- und Armen-Directorii diese Gebühren von den Debiten, ohne Unterschied, unter welcher Jurisdiction dieselben stehen, Kraft der ihm unterm 11. Juli 1768 aufgetragenen speciellen Commission forderksamst beizutreiben und an die Behörde einzusenden. Landesfürstl. Verordn. v. 16. Januar 1777. (Br. Anz. v. 1777. Nro. 11.)

S. auch: Trauer.

Zu den stillen Beerdigungen in Braunschweig soll weder eine Concession mehr gesucht, noch etwas dafür bezahlt werden. Landesf. Reglement an das geistl. Gericht zu Braunschweig v. 27. Juni und 19. Decbr. 1782.

S. auch: Leichentragen.

Beerdigung der Catholiken.

S. Römisch-Catholische. Nro. 16.

Beerdigung der Inquisiten.

Ein verstorbener Inquisit soll solchergestalt zur Erde bestattet werden, daß er zwar keine infame Sepultur bekomme, doch auch ohne alle Ceremonien und Ehrenbezeugungen, welche unbescholtenen Leuten noch zuletzt erwiesen werden, zu seiner Grabstätte gelange. Landesf. Rescr. v. 30. Octbr. 1742 auf geschehene Anfrage der Justiz-Canzlei.

cf. Rescr. fürstl. Geh. Raths-Colleg. v. 8. Octbr. 1823. Nro. 3. (Bege I. p. 31.)

Beerdigung in den Kirchen.

In den Kirchen sollen keine Leichen mehr begraben werden. Ausschreiben des fürstl. Consistorii v. 25. Mai 1765.

Denjenigen, welche vor dieser Verordnung bereits Grabstellen in den Kirchen gekauft, auch schon zum Voraus deshalb Concessionen erhalten haben, sollen solche gelassen werden. Landesf. Rescr. an fürstl. Consistorium v. 19. Juni 1769.

S. auch: Erbbegräbnisse.

Beerdigung, nächtliche.

Bei nächtlichen Begräbnissen sollen insgemein, bei Vermeidung von 20 Thlr. Strafe, keine parentationes oder Trauer-Reden (es wäre denn, daß vornehme fürstl. Bediente und Adliche solches verlangen wollten) gehalten werden, auch kein Gefolge als etwa 3 bis 4 Paare von den nächsten Verwandten zugelassen sein; wie denn auch keineswegs dabei Fackeln, sondern nur Leuchten, und deren nicht über 12, bei Vermeidung von 10 Thlr. Strafe gebraucht werden sollen. So soll auch bei solchen Begräbnissen keine Trauer-Musik gehalten werden, es wäre denn, daß dazu landesf. Concession eingeholt wäre. Erneuerte Kirchen-Ordn. Th. 1. Cap. XXIII. §. 5.

Beerdigung der Reformirten.

S. Reformirte, Niederlaſſung deſſelben in den hieſigen Landen; Verordn. v. 29. April 1747. §. 6.

Beerdigung der Soldaten.

Wie es bei den ſowohl öffentlichen als ſtilen Beerdigungen der Officiere, Unterofficiere und Gemeinen in der Garniſon zu halten, iſt vorgeschrieben durch ein landeſf. Reglement v. 16. März 1771.

Beerdigung, ſtille.

Die Conceſſion zu einer ſtilen Beerdigung ſoll nicht leicht jemandem verſagt werden. Erneuerte Kirchen-Ordn. Cap. XXIII. §. 3. *) Weil aber dabei in gewiſſen Stücken Maas und Ziel zu ſetzen nöthig iſt, ſo wird verordnet: 1) daß bei den ſtilen Begräbniſſen, wenn Unvermögende und Arme begraben werden, ſo wenig von den Kirchen-Vorſtehern für das Geläute, als von den Predigern und der Schule etwas gefordert werden ſoll. 2) Wenn aber bei denen, welche das Begräbniß beſorgen, ſich ein mittelmäßiges Vermögen fände, ſo ſoll wegen der Glocken, in Betracht, daß man dieſelben bei ſolcher ſtilen Beerdigung nicht braucht, ein mäßiger Abtrag mit den Kirchen-Vorſtehern behandelt, auch den Predigern an den Orten, wo ſie ein ordinarium von den Begräbniſſen haben, der halbe Theil ſothanen ordinarii, jedoch den Schul-Collegen, weil ſie mehrentheils ſchlechte ſalaria genießen, das volle ordinarium gegeben und dem Rector juxta observantiam zu diſtribuiren eingehändig, den Schülern aber nichts gereicht werden. In den Fällen aber 3) wo wohlbemittelte Leute ſtille Beſetzungen der Leichen erhalten, ſollen dieſelben alles, was bei öffentlichen Begräbniſſen die Obſervanz erfordert, den Kirchen und Schulen abſtatten. Ebendaſ. §. 4.

Als ſtille Beerdigungen ſind diejenigen zu rechnen, welche von Oſtern bis Michaelis von 8 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens, und von Michaelis bis Oſtern von 6 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens geſchehen. Conſiſtor. Ausſchr. v. 20. Juli 1768.

S. auch: Ritterschaft — Selbſtmorde — Beerdigung in Braunschweig.

cf. Reſcr. fürſtl. Conſiſtorii v. 17. Mai 1817. (Bege III. p. 256.)

Beerdigung todtgefundenen Körper.

S. Section gewaltſam getödteter Perſonen.

Beerdigung in Wolfenbüttel.

Begräbnißordnung v. 30. Novbr. 1707.

Wegen der Grabſtellen und des Geläutes auf der Auguſt-Stadt iſt am 2. März 1730 ein Reglement gegeben.

Beerdigungskosten aus der Concurſ-Maſſe.

Wenn ein Liquidat während des Concurſes verſtirbt, ſoll zu deſſen Begräbniß aus der gemeinen Maſſe nichts weiter genommen werden, als bei denen von Adel oder vornehmen fürſtl. Bedienten bürgerlichen Standes ſechzig Thaler, bei geringern Bedienten, auch Kaufleuten oder Künſtlern ſechs und dreißig Thaler, bei andern bürgerlichen Perſonen achtzehn Thaler, und bei Bauersleuten acht Thaler, und ſind

*) Das landeſf. Reſcr. v. 26. April 1719 und die Conſiſtorial-Reſcr. v. 3. Mai 1719, 20. Septbr. 1731 und 6. Mai 1741 beſtimmen, daß die ſtilen Beerdigungen nicht ohne Conceſſion des Conſiſtorii oder des dazu verordneten General-Superintendenten oder Commiſſars geſtattet ſein ſollen, und das Conſiſtor.-Reſcr. v. 15. Juli 1784 unterſagt den Predigern die Ertheilung einer ſolchen Conceſſion bei 10 Thlr. Strafe.

nach Proportion dieses quanti auch die jura stolae zu ermäßigen, gestalt außer den festgesetzten Summen unter keinem Vorwande aus der massa communi etwas mehr genommen werden soll. Auf den Fall aber, daß eines Liquidaten Ehefrau während des Concurfes verstirbt, soll, wenn sie selbst nichts im Vermögen hat, als wovon sonst die Begräbnißkosten zu nehmen sind, die Hälfte dessen, was in Ansehung der Männer oben festgesetzt worden, verabsolgt werden; dahingegen, wenn der Sterbefall von dem Ehe- mann oder der Ehefrau vor entstandenem Concurse sich begiebt, die zum Begräbniß aufgewandten Kosten, wenn sie dem Stande der Verstorbenen gemäß sind, billig in Rechnung passiren sollen. *) Landesf. Verordn. v. 12. Octbr. 1756.

Landesf. auch: Jura stolae.

Befehle, landesfürstliche.

S. Verordnungen, landesfürstliche.

Begräbniß.

S. Beerdigung.

Begräbniß-Gesellschaft für die Stadt Seesen und den Harz-District.

Landesf. confirmirter Plan derselben v. 23. August 1781.

Beguininnen und Hospitaliten in Braunschweig, deren Nachlaß.

Der sämtliche Nachlaß der Beguininnen oder Hospitaliten in der Stadt Braunschweig, er bestehe worin er wolle, und sei von ihnen ins Hospital gebracht, oder befinde sich anderswo, soll bei ihrem Absterben, sie mögen in dem Hospitale oder Beguininnenhause selbst versterben, oder sich vorher daraus wegbegeben haben und außer demselben versterben, solchem Hospitale oder Beguininnenhause zufallen; **) den Fall jedoch ausgenommen, wenn dergleichen Personen, die sich daraus wieder wegbegeben, bei ihrem Abzuge noch bei völliger Gesundheit und Leibeskräften gewesen, auf die Wiedererstattung ihrer etwanigen Einkaufsgelder Verzicht gethan, und dasjenige, was sie während ihres Aufenthalts in dem Hospitale an beneficiis, haar oder an Lebensmitteln genossen, demselben wieder vergütet, auch bei dem jedesmaligen Provisor des Hospitals auf ihr beneficium förmlich und zeitig genug, dergestalt, daß von dem Tage des Abzuges aus dem Hospitale bis zum Todestage solcher Personen drei volle Monate verstrichen, renun- ciirt haben. Landesf. Verordn. v. 29. Octbr. 1778. (Br. Anz. v. 1778. Nro. 92.)

Beguininnen und Hospitaliten in Wolfenbüttel.

Ordnung und Reglement, wonach die Hospitaliten in Wolfenbüttel sich zu verhalten haben, vom 1. Octbr. 1787.

Beguininnenhäuser.

S. Geistliches Gericht zu Braunschweig; Verordn. v. 10. Decbr. 1691. Nro. 13.

Beherbergen.

S. Fremde und Durchreisende — Juden, welche zwischen den Messen nach Braunschweig kommen — Bettler — Weibspersonen, unzüchtige — Huren in Braunschweig.

*) Diese Verordn. bestimmt außerdem auch das Vortrecht des Gfindelohns im Concurse; s. Gfindelohn 2c.

**) Daß der Nachlaß der Personen, welche in den Beguininnen-Häusern und Hospitälern versterben, an diese fallen soll, ist schon durch die Verordn. des Magistrats zu Braunschweig v. 10. Juni 1604 und 29. Novbr. 1700 festgesetzt, welche letztere mit Consens und Genehmigung der zu den Braunschw. Stadtsachen damals angeordneten fürstl. Commission ergangen und wodurch die erste confirmirt ist.

Beherbergen der Missethäter.

Straßenräuber, Todtschläger und dergleichen Missethäter soll niemand unter dem Vorwande naher Verwandtniß oder anderm wissentlich hausen, hegen, beherbergen oder ihnen Unterschleiß geben, sondern sie alsbald der Obrigkeit anzeigen, und demnach, unerwartet eines fernern Gerichts-Befehls oder des Voigts, mit Zuthun der ganzen Gemeinde zur Haft nehmen, bei Strafe 10 fl. Allg. Land. Ordn. Art. 26.

Beichte.

Was jemand zur Entladung seines Gewissens dem Prediger im Geheimen vertrauet, eröffnet und zu erkennen giebt, solches soll derselbe, wenn er zuförderst dem Confitenten nach Befinden der Sache darüber freundlich zugeredet, ihn getröstet und ermahnt hat, sub sigillo confessionis bei sich treulich bewahren und niemandem davon etwas entdecken. Erneuerte Kirchen-Ordn. Th. 1. Cap. X. §. 12.

Unter Aufhebung der Bestimmungen des Cap. X und XI der Kirchen-Ordnung ist einem Jeden, sowohl in den Städten als auf dem Lande, ohne deshalb eine besondere Concession oder Dispensation nöthig zu haben, freigelassen, der Privat-Beichte, wie sie bisher üblich gewesen, sich ferner zu bedienen, oder, ohne vorher zum Beichtstuhle zu gehen, sich bei dem heiligen Abendmahle einzufinden, wenn er nur in der Woche, und wenigstens drei Tage zuvor, bei dem Prediger oder Opfermanne sich gemeldet und der nachstehend angeordneten Vorbereitungsstunde beigewohnt hat. Zu diesem Ende soll, statt der Tags vor der Communion bisher gewöhnlich gewesen Beicht-Vesper, eine Vorbereitungsstunde gehalten werden, worin, nach einem dazu schicklichen Gesange, der Prediger vor dem Altare eine kurze, auf Buße und Besserung des Lebens und Wandels sowohl, als auf den würdigen Genuß des Abendmahls gerichtete und die Andacht erweckende Rede zu halten, nach deren Endigung die General-Beichte und Absolution zu lesen und den Segen zu ertheilen hat, worauf der Gottesdienst mit einem zweiten Gesange zu beschließen ist. Es muß aber dieser Gottesdienst des Nachmittags, oder an den Orten, wo es gebräuchlich, des Morgens zeitig genug angehen und nicht zu lange dauern, damit diejenigen, welche die Privat-Beichte beibehalten wollen, in den jedem offen bleibenden Beichtstuhl treten können; dahingegen diejenigen, welche auch die General-Beichte und Absolution selbst für eine überflüssige Sache, die zu den wesentlichen Stücken der Buße nicht erforderlich, ansehen, dennoch dieselbe mit anzuhören, in ihrem Gewissen sich nicht beschwert halten können. Es kann aber auch in den Städten, wo zwei Communionstage wöchentlich bestimmt sind, und die Prediger sowohl Vor- als Nachmittags der Menge wegen zur Beichte sitzen müssen, so damit gehalten werden, daß die, welche ferner noch privatim zu beichten verlangen, nach vorgängiger Anmeldung sich entweder beide Tage Vormittags, oder nur an einem von beiden der dazu besonders ausgesetzten Tage einfinden.

Damit hiebei aller Unordnung vorgebeugt wird, so bleibt jedem Prediger unbenommen, sich mit den Beichtkindern, welche ohne Beichte communiciren wollen, vorher zu besprechen; wogegen niemand deswegen, weil er nicht in den Beichtstuhl treten will, von dem Genuße des heiligen Abendmahls ausgeschlossen werden darf.

Denen, welche mit den Ihrigen der Privat-Communion sich bisher bedient haben, bleibt dies mit oder ohne vorgängige Privat-Beichte zu thun ferner unverwehrt und hat in jedem Falle der Prediger es bei einer kurzen Ermahnung und Vorlesung der allgemeinen Beichte und Absolution vor Administration des heiligen Abendmahls bewenden zu lassen.

Uebrigens soll, mit Aufhebung der unrichtigen und unschicklichen Benennung eines Beichtpfennigs, ein freiwilliges Geschenk, so gering es auch sein mag, von den Communicanten bei der Anmeldung dem Prediger in dessen Hause zugestellt werden, wo nicht eine vierteljährige Sammlung Statt hat. Landesb. Verordn. v. 5. März 1775.

E. auch: Abendmahl — Prediger, Aufsicht derselben über den Lebenswandel ihrer Eingepfarrten — Consistorium — Beichtstuhl.

Beicht-Pfennig. *)

S. Beichte.

Beichtscheine.

Es sollen keine Fremde, ohne Producirung eines unverdächtigen Attestes, wie auch an den Orten, wo verschiedene Kirchen sind, kein Consitent aus einer andern Pfarre ohne einen von seinem vorigen Beichtvater erhaltenen Schein (welcher Schein unentgeltlich ertheilt werden soll) zur Beichte angenommen werden; dafern es aber einem Fremden oder einem Reisenden an dem Atteste ermangeln würde, soll der Pastor mit demselben vorher von den zu der reinen Lehre und dem wahren Christenthume erforderlichen Stücken Unterredung halten, alles wohl erforschen und, wenn er ihn gegründet und bußfertig findet, zur Beichte verstaten. Erneuerte Kirchen-Ordn. Th. I. Cap. X. §. 4.

Obgleich die heilsame Einrichtung der in der Kirchen-Ordn. Th. I. Cap. X. §. 4. vorgeschriebenen Ausstellung der Beichtscheine in den größern Städten von jeher Hindernisse gefunden, so fallen dieselben doch auf dem Lande und in den Landstädten, wo die Prediger mit ihren Consistenten näher bekannt sind, von selbst weg und sind daher die Prediger an die Befolgung jener Vorschrift erinnert. Auschr. des fürstl. Consistorii zu Wolfenbüttel v. 29. März 1800.

S. auch: Confirmation der Kinder.

Beichtstuhl.

Die Prediger sollen niemanden, der ihnen in *privato* etwas zuwider gethan, oder ihnen sonst etwas zu geben oder zu prästiren schuldig ist, darüber im Beichtstuhl besprechen, sondern was sie mit Recht zu fordern haben und in Güte nicht erlangen können, bei der weltlichen Obrigkeit suchen, keinesweges aber jemandem die Beichte und Absolution difficultiren, bei 10 Thlr. Strafe ad *pias causas* auf jeden Contrventionsfall. Erneuerte Kirchen-Ordn. Cap. X. §. 6.

S. auch: Beichte — Prediger, Aufsicht derselben über den Lebenswandel ihrer Eingepfarrten — Consistorium.

Bei- und Nebenwege in den Forsten.

S. Nebenwege in den Forsten.

Beischlaf, anticipirter.

S. Anticipatus concubitus.

Beischarren des krepirten Viehes.

S. Vieh, krepirtes.

Beisehung, stille.

S. Beerdigung, stille.

Beitrags-Gelder der Holz-Interessenten zur Salarirung der Forstbedienten.

S. Holz-Interessenten u.

*) Wegen Abschaffung desselben und Aufbringung eines Surrogats in der General-Superintendentur Wolfenbüttel ist ein landesf. Rescript an alle geistliche und weltliche Kirchen-Bisitatoren, imgleichen an die Prediger auf dem platten Lande in gedachter General-Inspection unterm 29. März 1750 ergangen, die Sache selbst aber nicht zu Stande gekommen. Die Absicht war, den Beicht-Pfennig im ganzen Lande abzuschaffen und damit vorerst in der Wolfenbüttelschen General-Superintendentur den Anfang zu machen.

Bekenntniß beim Diebstahl.

S. Diebstahl.

Beklagter, ungehorsames Ausbleiben desselben.

S. Ungehorsam.

Belehnung.

S. Lehnwaare.

Bemeiern.

S. Meierbriefe.

Beneficia der Ehefrauen.

S. Privilegium dotis.

Beneficium cessionis honorum.

S. Cessio honorum.

Beneficium non deducta deducendi et non probata probandi.

S. Rechtsmittel.

Bepflasterung.

S. Straßenpflaster.

Berg-Communion-Gerichte.

Reglement, wie es mit den Appellationen von den Berg-Communion-Gerichten, imgleichen wegen der Jurisdiction des Bergamts gehalten werden soll, v. 22. Septbr. 1680. (Woltereds kurzer Begriff der Braunschweig-Wolfenb. Landesordn. S. 117.)

S. Communion-Harz, Theilung desselben.

Berg- und Hüttenleute, Gerichtsstand derselben.

Nach der jetzigen Gerichts-Verfassung haben auch die Berg- und Hüttenleute keinen andern als den gewöhnlichen Gerichtsstand; s. Gerichtbarkeit.

S. auch: Hüttenzwang.

Wegen der Vorladung und Verhaftung derselben *) vergl. Rescr. fürstl. Geh. Raths-Colleg. v. 25. Septbr. 1820. (Bege I. p. 169.)

Berg- und Hüttenleute, Militairpflicht derselben.

Die frühere Befreiung der Berg- und Hüttenleute vom Militairdienste **) ist durch das Gesetz v. 23. Febr. 1837, die Verpflichtung zum Kriegsdienste betr., aufgehoben.

*) Durch das landesfürstl. Rescr. an fürstl. Berg- und Hüttenamt zu Blankenburg v. 3. Februar 1749 war bestimmt, daß das Amt, wenn dasselbe die Sisirung eines Berg- und Hüttenarbeiters verlange, die Hüttenbedienten durch einen offenen Zettel, oder mündlich durch einen geschwornen Boten requiriren solle.

**) Durch die landesf. Berordn. v. 11. Novbr. 1606, 30. Decbr. 1606 und 10. Febr. 1752 war das Anwerben der Berg- und Hüttenleute bei schwerer Strafe verboten und auch das Canton-Reglement v. 30. Jun 1821. §. 26 beschränkte ihre Militairpflicht.

Berg- und Hüttenleute, Verheirathung derselben.

S. Heirathen der Berg-, Puch- und Hüttenleute.

Berg- und Hüttenleute, Zänkereien und Schlägereien derselben.

S. Bergwerke, Zänkereien und Schlägereien auf denselben.

Bergmaterialien.

Die Unterthanen sollen zu den Bergmaterialien, als Blei, Kupfer, Eisen und deren Kauf vor andern, wofern sie, was Fremde dafür entrichten, geben wollen, billig verstattet, und, da gleich mit fremden Ausländischen gewisser Contract getroffen wird, so soll dennoch dahin gesehen werden, daß die Unterthanen die Nothdurft und dasjenige, was die Fremden dafür versprochen und geben, habhaft werden mögen. Wolfenb. Landtags=Absch. v. 27. Januar 1619. Art. 14.

Bergtheile.

Auf den Communion-Bergwerken soll zu den Bergtheilen so wenig, als zu der Ausbeute derjenigen Gewerke und deren Erben, welche in- oder außerhalb der fürstlichen, auch churfürstl. Braunsch. Lüneb. Lande Schulden gemacht, geholfen, noch darauf Arrest gelegt, weniger ein auf des Schuldners Güter erkannter Generalarrest auf die Bergtheile und Ausbeute extendirt, sondern vielmehr dieselben davon frei geachtet und darunter keinesweges mit verstanden werden, doch mit dieser Erklärung, daß, wenn die Schuldforderung unstreitig vom Bergwerke herrührt oder die Creditoren auf die Bergtheile und Ausbeute von dem Communion-Bergamte oder durch die von dem Berggegenschreiber im Bergbuch geschehene Zuschreibung versichert, oder auch der Schuldner verstorben, und nicht so viel an Vermögen nachgelassen, womit die Creditoren zu befriedigen, oder auch gar flüchtig geworden, und daher die Gläubiger an seine Person sich zu halten nicht vermögen, sodann in solchen Fällen deren Gläubiger in subsidium, ihrer genugsam erweislich gemachten Schulden halber, zu den Bergtheilen und Ausbeute zu verhelfen und darauf der Arrest und Hülfe den Creditoren zu verstaten, jedoch solchergestalt, daß den Creditoren bei entstandnem concursui creditorum durch keine andere Hypothek und Verschreibung der Bergtheile und Ausbeute eine Priorität vor andern Gläubigern zustehen solle, als durch diejenige, welche entweder im Communion-Bergamte errichtet, oder doch wenigstens im Bergamte confirmirt, oder auch durch den Berggegenschreiber im Bergbuche wirklich geschehen, gestalt zu dem Ende alle Contracte, Verträge, Cessionen, so ohne des Communion-Bergamts Wissen und Consens über Bergtheile und Ausbeute errichtet, oder aber dem Bergbuche nicht einverleibt, für unkräftig zu achten und darauf im Communion-Bergamte, außer obbeschriebenen Fällen, nicht zu verhelfen. Was aber die gemeinen und Privat-Kurhandlungen und Krenzereien betrifft, bleiben dieselben nach wie vor bei ihren Kräften, und wenn deswegen Streit entstehen sollte, ist solcher nach Disposition gemeiner Bergrechte zu decidiren und zu entscheiden. Gleichwie auch auf andern königl. chur- und fürstl. Bergwerken die Vorsehung geschehen, daß die Bergtheile von allen Confiscationen befreiet sein, damit kein Gewerke deswegen einige Beisorge tragen, sondern seine Bergtheile desto richtiger bauen und erhalten möge, also sollen auch zum Credit der fürstl. Communion-Bergwerke die den sowohl einheimischen als ausländischen Gewerken zustehenden Kuren sammt deren Nutzung und Ausbeute aus keinerlei Verbrechen und Ursache, sie haben Namen, wie sie wollen, confiscirt und eingezogen werden, sondern in allen Wegen den Besitzern und Erben frei bleiben. Landesfürstl. Verordn. v. 27. Octbr. 1717.

Wenn ein bei den Communion-Bergwerken interessirter Gewerke ab intestato verstirbt, soll das Successions-Recht ab intestato in den Bergtheilen, womit derselbe bei den Communion-Bergwerken

interessirt gewesen, nach den Gesetzen, Statuten und Gewohnheiten des Orts, wo der Verstorbene gewohnt, geachtet und darnach gesprochen werden. *) Zu Ab- und Zuschreibung der hinterlassenen Bergtheile soll auch für hinlänglich geachtet werden, wenn von den Requirenten bei ihren zu Abschreibung der Kuren bei die Gegenbücher eingelegten Requisitionen von dem foro domicilii des Verstorbenen gerichtliche Attestate werden beigebracht sein, worin angeführt, daß der Gewerke, von dessen Kure die Zuschreibung gesucht wird, verstorben, derselbe unter ihr forum gerechnet, oder sein domicilium gehabt habe, und durch dessen Todesfall dem oder den Requirenten und keinem andern mehr dessen nachgelassene Bergtheile oder Kuren heimgefallen seien; dabei aber soll nicht erfordert werden, daß in solchem Attest mit angeführt werde, ob dem- oder denselben ab intestato, oder aus einem andern Rechte solche Kuren anheim gefallen seien, und sollen alsdann diejenigen, welche die Gegenbücher haben, autorisirt sein, darauf die Ab- und Zuschreibung der Bergtheile zu thun, auch der Communions-Zehntner befugt sein, auf solche Attestate die Ausbeute verabsolgen zu lassen. Landesf. Verordn. v. 19. August 1751.

S. auch: Kurhandlung.

Bergwerke, Diebereien auf denselben.

Niemand soll untergeschlagene und gestohlene Silber, Hanen, Körner und Anbrüche oder andere dergleichen Metalle, Materialien und Instrumente, wie auch von allerhand verpartirtem Eisenwerke, wie es Namen haben mag, etwas kaufen und an sich bringen, heimlich oder öffentlich, so wenig auf dem Bergwerke, als in und außerhalb Landes. Wenn dergleichen befunden wird, soll nicht allein gegen die Untreuer und Diebe, sondern auch die Käufer mit der in den Rechten diesfalls verordneten und gebührenden Bestrafung, ohne Ansehn der Personen, mit unnachtriffigem Ernst nach Gelegenheit der Sachen an Leib, Ehre, Habe und Gut andern zum Abscheu und sowohl wider den Fehler als Stehler verfahren werden. Landesf. Verordn. v. 3. Januar 1612.

Auf die Anzeige der churhannoverschen Landesregierung wegen der auf den Silberbergwerken am Harz begangenen Diebereien ist den herzogl. Braunschweigischen Unterthanen und Juden verboten, an solchen Diebereien weder durch eigene That, noch durch Ankauf und Hehlung der Silbererze oder der aus denselben geschmolzenen Producte Theil zu nehmen, widrigenfalls dieselben wie andere Diebe, Diebeshehler und nach Befinden noch schärfer bestraft werden sollen.

Da nun auch nach den auf den Bergwerken und Hütten herrschenden Gesetzen, Ordnungen und Einrichtungen die rohen Silbererze von den Berg- und Hütten-Arbeitern, oder sonst von Privat-Personen nicht wohl vertragen oder zum Verkaufe und Privat-Schmelzen in Privat-Hütten und Defen gebracht werden können, ohne daß sie gestohlen sind: so hat ein jeder hiesige Unterthan alle rohen Silbererze und geschmolzenen Producte aus denselben, die ihm zum Verkaufe angeboten werden, wovon vornehmlich folgende Stücke **) dem Privat-Verkaufe unterworfen sind:

1) die Werfblei-Stücke;

2) die Glätte, welche auch unter dem Namen Silber-Glätte bekannt ist und hauptsächlich von den Töpfern zur Glasur gebraucht wird; wovon jedoch die Kaufglätte, als Kaufmannswaare, nur in den Händen eines Verkäufers, der keine Handlung treibt, Verdacht erregt, die Frischglätte aber, weil sie gar nicht verkauft wird, als Waare durchaus verdächtig ist;

3) die

*) Durch eine landesf. Resolution v. 16. Mai 1739 war bestimmt, daß bei Beerbung der Bergtheile auf dem Communions-Harze, in Ermangelung eines letzten Willens, nicht die in foro domicilii des verstorbenen Gewerkes üblichen Gesetze, Statuten und Gewohnheiten, sondern die beim Communions-Bergamte, als dem foro rei sitae, üblichen gemeinen Rechte befolgt werden sollten.

**) Diese sind in der Verordn. der Gestalt, dem Gewichte und der Bezeichnung nach noch genauer beschrieben.

3) die Blei-Zaine,

nicht nur als verdächtige Waare anzusehen, sondern es wird auch, zu mehrerer Warnung und Verhütung solcher Erz- und Silber-Diebereien, auf das Strengste verboten, daß ein Jude oder anderer Privatus, zu dessen Profession das Erz- und Silber-Schmelzen nicht gehört, solches unternehme, noch Anstalten dazu in dessen Wohnung, Gebäuden oder Besitzungen vorrichte und dulde, indem er sonst als Uebertreter der wider alles Privat-Gold- und Silber-Schmelzen ergangenen Gesetze bestraft und als Hehler der Erz-Diebereien angesehen werden soll. Bekanntmachung des kais. Staats-Ministerii v. 7. Mai 1799.

S. auch: Unschlitt, Pulver und Kunstleder.

Bergwerke, Verleihung derselben.

Den Bergleuten im Fürstenthume Blankenburg wird an den Gruben, wobei sie als Bedingearbeiter stehen, überall kein Eigenthum zugestanden, *) auch gar keine Muthung auf Eisenstein angenommen und keinem Eisensteins-Bergmanne Concession ertheilt, als Gewerke auf einer Grube zu arbeiten, oder solche unter diesem oder jenem Titel erb- und eigenthümlich zu besitzen, wie denn auch aller Handel mit Eisensteingruben, imgleichen die Dispositionen der Eltern über diese Gruben jederzeit verworfen worden, folglich ein Eisensteins-Bergmann nicht anders als ein anderer Grubenarbeiter zu betrachten ist, der eine gewisse Zahl Eisenstein für einen gewissen Preis liefern muß, auch die einem Bergmanne über eine Eisensteinsgrube zu gebende Concession allemal unter der Bedingung: »bis zu weiterer Verordnung und so lange sich Impetrant unverweisslich verhalten, das ist, seinen Bau bergmännisch führen, untadelhaften Eisenstein auf die Halle liefern und den Verordnungen des Bergamts sich gebührend unterwerfen würde,« ertheilt wird, bei welchen Concessionen zwar bisher vorzüglich darauf gesehen worden, den Söhnen oder nächsten Verwandten auf den Gruben, so ihre Väter oder Verwandten betrieben, die Grubenarbeit zuzutheilen, jedoch ohne eine Grube als eine rem in commercio zu betrachten, oder den Erben der vorigen Arbeiter außer in casu summae pauperpatris einen Steingins oder dergleichen zu prästiren, wie denn das Berg- und Hüttenamt diejenigen Bergleute, welche ihre Schuldigkeit nicht gethan, abgelegt und andere auf die von ihnen betriebenen Gruben wieder angestellt hat. Landesf. Resolut. v. 11. Febr. 1782 auf ein Gesuch der Wittwe Pust zu Hüttenrode.

cf. Landtags-Absh. v. 11. Juli 1823. Art. 68.

Bergwerke, Zänkereien und Schlägereien auf denselben.

Keiner von den in dem Fürstenthume Blankenburg sich nährenden Berg- und Hüttenleuten, noch weniger deren vorgesetzte Berg- und Hüttenwerks-Officianten oder auch ein Anderer, er sei auch wer er wolle, soll sich weder vorsätzlich noch aus Unbedachtsamkeit unterstehen, auf den Zügen und an allen Orten, wo Bergwerke gebaut, so wenig in den Gruben als auf den Hallen, Zechenstuben, Bergschmieden und Puchwerken, auch auf den Hütten und allen andern dem Bergwerke zuständigen Plätzen den Frieden weder mit Worten noch mit der That zu brechen, Zänkerei zu moviren, noch weniger zu schelten oder gar zu schlagen. So sich aber jemand dagegen zu handeln gelüsten und darüber betreten lassen würde, absonderlich wenn ein oder anderer mit Worten oder Werken gegen seine Vorgesetzten sich vergreifen wollte, der soll nicht allein mit schwerer Leibesstrafe belegt, sondern auch, nachdem die Umstände des Verbrechens befunden worden, auf lange oder kurze Zeit mit Landesverweisung, nach Befinden auch wohl schärfer gestraft werden; allermassen Serenissimi Wille dahin geht, daß Friede und Einigkeit auf den Berg- und Hüttenwerken erhalten, die Obern ihre Untergebenen in Liebe regieren, hingegen die Unterge-

*) Durch ein landesf. Rescr. v. 18. Decbr. 1757 war bereits bestimmt, daß die Unterthanen an den Eisensteingruben im Fürstenthume Blankenburg kein Eigenthum erworben hätten und auch nicht erwerben könnten.

benen ihren Vorgesetzten alle gebührende Ehrerbietigkeit und Gehorsam erweisen sollen. Damit diese Verordnung zu jedermanns Notiz gelange, so soll solche nicht allein in den Zechenhäusern nach dem Beten öffentlich verlesen und allezeit mit Quartalschluß wiederholt, sondern auch in den Zechenhäusern und gewöhnlichen Orten affigirt werden. Landessf. Verordn. d. d. Blankenburg den 24. Juli 1717.

Auf den Zügen und Hallen, in Gruben, Bergschmieden, wie auch auf den Hütten und andern den Bergwerken zuständigen Orten, imgleichen auch an dem Orte, wo allwöchentlich die öffentliche Lohnung geschieht, soll Freiheit sein. Wer diese Freiheiten vorsätzlich, oder aus Unbedachtsamkeit mit Worten, oder mit der That auf eine oder die andere Weise brechen und übergehen wird, soll nach den dabei unterlaufenden Umständen auf eine lange oder kurze Zeit des Landes verwiesen, auch nach Befinden, und wenn sich einer oder anderer mit Worten oder mit Werken gegen seine Vorgesetzten vergreifen würde, noch härter bestraft werden. Landessf. Verordn. v. 9. August 1725. *)

S. auch: Burg- und Haus-Frieden.

Bergwerks-Ordnungen.

Ordnung der fürstl. Bergwerke in Grund, Zellerfeld, Wildemann, Lautenthal, sammt allen andern umliegenden Silber-, Blei- und andern Kupferbergwerken, in den Gebirgen der Braunschw. Lande belegen, v. 1. Juli 1550. (Woltereds kurzer Begriff Braunschw. Wolfenb. Landesordn. p. 7.)

Ordnung der Bergwerke im Rammelsberge, Wirsperg, Grund, Wildemann und Lautenthal v. 21. März 1555. (Woltered l. c. p. 8.)

Herzogs Wolfgang und Philipp Bergordnung v. 18. Septbr. 1593, welche 1698 revidirt erschienen ist. (Schneiders Repertorium Bd. III. p. 64.)

Patent, was die Gewerke auf dem Harze künftig für Vortheile und Freiheiten zu genießen, v. 15. März 1623. (Woltered l. c. p. 61.)

Ser. Pub. Rud. landessf. Verordn. v. 10. Juni 1716 und 13. Septbr. 1718, die den fürstl. Blankenburgischen Bergwerken gnädigst ertheilte Bergfreiheit betreffend. (Schneiders Repert. Bd. II. p. 519.)

Ordnung für die Eisensteingewerke und Arbeiter in dem Stiftsamte Walkenried, v. 20. Mai 1751. (Schneiders Repert. Bd. III. p. 423.)

Bergwerks-Schulden.

S. Bergtheile.

Berichte.

S. Suppliken und dabei zu erstattende Berichte.

Bescheide, Decrete, Urtheile, Abfassung derselben.

Das Urtheil soll binnen 4 Wochen, nachdem in der Sache geschlossen, publicirt werden. Kanzlei-Ordnung Art. 54. In decisionibus soll nicht nach Sachsenrecht, als welches in hiesigen Landen abgeschafft ist, **) sondern nach des heil. römischen Reichs gemeinen Rechten, Constitutionen und Abschieden, imgleichen nach den in hiesigen Landen vorhandenen, oder noch ins Künftige zu publicirenden Landtags-

*) Eine ganz gleichlautende communion-herrschaftliche Verordn. ist unterm 28. April 1712 in Betreff des Communion-Ober-Harzes ergangen, welche jährlich auf den 23. Sonntag nach Trinitatis verlesen werden soll.

**) S. Sachsenrecht.

Abschieden, Constitutionen, Ordnungen, Statuten, Gewohnheiten und Herkommen gegangen werden, *) dergestalt, daß in den Sachen, so in gemeldeten Landtags-Abschieden, Constitutionen und Ordnungen allbereits determinirt, oder noch künftig determinirt werden möchten, den Parteien keine unnütze Disputationen zu geben, sondern danach die vorkommenden quaestiones, auch ohne Anregen oder Allegiren des einen oder andern Theils der Gebühr nach allemal entschieden und erörtert werden sollen. So viel aber die jedesmal allegirten Local- oder Special-Statuten, Gewohnheiten und Herkommen betrifft, soll so weit danach gerichtet werden, wann und so viel deren die litigirenden Parteien anziehen und behaupten werden. Canzlei-Ordn. Art. 54. Hofger. Ordn. Tit. 5.

Bei Abfassung der Bescheide soll vor allen Dingen nach den ergangenen constitutionibus und der Hofgerichts-Ordnung gesprochen werden. Landesf. Rescr. an fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 22. August 1742.

S. auch: Justiz — Entscheidungsgründe — Verordnungen, landesfürstliche.

cf. Verordn. v. 15. Januar 1814, die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizei-Versaffung betr., §. 9. — Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., insbesondere §§. 2. 3. 6. 34. — Ober-Appellat.-Gerichts-Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §. 159 sqq.

Bescheide u., Einlösen derselben.

Die Procuratoren und Anwälde sollen darauf bedacht sein, wie sie die Gerichtsgebühren von ihren Parteien einbringen; in dessen Entstehung sollen sie selbst solche zu zahlen und richtig zu machen schuldig sein. Canzlei-Ordn. Art. 19.

Die Procuratoren sollen die, auf ihre eingegebenen Schriften erkannten Decrete gebührend einlösen, gestalt ihnen denn alle Decrete, ehe sie an die Principal-Parteien auswärtz gesandt werden, zu dem Ende präsentirt, auch derjenige, welcher sich hierunter widerspenstig oder nachlässig erzeigen wird, deswegen bestraft, und nach Befinden mit Suspension von der Procuratur oder Advocatur zu besserer Bezeigung angewiesen werden soll. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 22. April 1707.

Den Advocaten und Procuratoren ist nochmals ernstlich und zwar bei Verlust ihrer Advocatur und Procuratur anbefohlen, nach Anweisung der Hofgerichts- und andern desfalls vorhin ergangenen Verordnungen, die von ihnen übergebenen Schriften und darauf erkannten Decrete gebührend abzulösen, auch, wenn ihnen solche offerirt werden, unweigerlich anzunehmen, gestalt denn diejenigen, so sich solchem nicht gemäß, sondern widersetzlich darunter erweisen werden, eo ipso ihrer Advocatur und Procuratur verlustig sein, und vor fürstl. Justiz-Canzlei nicht mehr admittirt werden sollen. Verordn. der fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 23. Decbr. 1709.

Da verschiedentlich Klage über die späte Insinuation der bei den Justiz-Collegien abgegebenen Bescheide eingelaufen, bei geschעהner Untersuchung aber befunden ist, daß solches vornehmlich daher rührt, daß die Procuratoren mehrentheils von den Parteien keinen Vorschuß in Händen haben, daher sie die Auslösung der Bescheide verweigern und dadurch verursachen, daß solche den Parteien selbst durch besondere Boten zugesandt werden müssen: so wird zum Vortheile der streitenden Theile selbst verordnet, daß jeder, der bei den Justiz-Collegien eine Klage einführen, oder eine Sache einem Procurator auftragen will, diesen sogleich mit einigem Vorschuß zu Auslösung der Bescheide versehen, widrigenfalls aber der Procurator die Sache anzunehmen nicht gehalten sein soll, wonach also die Parteien sich zu achten oder sich zu imputiren haben, wenn durch Versäumniß der fatalium ihnen ein Nachtheil zugezogen wird. Landesf. Verordn. v. 9. Juli 1748.

*) Dasselbe wird wiederholt in der Hofger. Ordn. Tit. VI. §. Sonst sollen unsere u.

Es sollen die Untergerichts-Procuratoren, auch die des Obergerichts, welche Sachen bei dem Untergerichte betreiben, imgleichen die Advocaten, welche dazu Erlaubniß haben, die ihnen einzuliefernden Decrete ohnweigerlich einlösen, wogegen das Untergericht ihnen mit Nachdruck zu ihrem ausgelegten Gelde und Gebühren wieder verhelfen soll. Verbesserte Untergerichts-Ordn. der Stadt Braunschweig v. 2. Febr. 1764. Cap. V. §. 3.

S. auch: Advocaten und Procuratoren — Gemeinde-Proceffe.

cf. Verordn. v. 9. Febr. 1814, die Gerichts-Sporteln betr., §. 6. — Gemeiner Bescheid des Oberappellat. Gerichts v. 16. Septbr. 1817. (Krügers Proceß p. 42.) — Oberappellat. Gerichts-Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §. 121 und 122.

Bescheide, Infination derselben.

S. Infination der Decrete u.

Beschwerde über verweigerte Justiz.

S. Querela denegatae vel protractae justitiae.

Besenreiser, Schneiden derselben im Weser-Districte.

Die gegen das unerlaubte Schneiden der Besenreiser im Weser-Districte ergangenen ältern Verbote, namentlich die Verordn. v. 13. März 1766, welche dasselbe mit schwerer, dem Befinden nach mit Karren-Strafe bedrohet, sind durch das Forststraf-Directorium v. 5. Mai 1815. §. 29 und 30 aufgehoben.

Besoldungen.

Da der Dienst darunter leidet, wenn durch verhängte Arreste der Bedienten Unterhalt geschmälert wird, so ist verordnet, daß auf die Besoldungen der Civil-Bedienten ohne höchsten specialen Befehl kein Arrest oder Execution zugelassen, denselben auch ihre Besoldungen an jemand zu verschreiben, oder Assignation darauf zu ertheilen, nicht gestattet werden soll, indem diejenigen, welche den Civil-Bedienten ohne zu nehmende völlige Sicherheit mehr vorleihen, sich wegen ihrer Bezahlung an des Schuldners übrigen Gütern, welche selbiger außer seiner Competenz und Besoldung besitz, zu erholen haben. Landesf. Verordn. v. 9. Septbr. 1726.

cf. Gesetz über den Civil-Staatsdienst v. 12. Octbr. 1832. §. 15 und 58.

Besoldungs-Abzüge.

S. Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisen-Casse.

Besoldungs-Quartal.

Da die Gehalte der Staatsdiener nicht mehr vierteljährlich, sondern monatlich ausbezahlt werden, so sind die ältern, hinsichtlich der Anfangszeit der Besoldungs-Quartal-Termine ergangenen Bestimmungen *) antiquirt.

cf. Gesetz über den Civil-Staatsdienst v. 12. Octbr. 1832. §. 14.

Bestätigung der Contracte.

S. Contracte und Verträge der Bauersleute — Contracte über Immobilien in den Städten — Wechsel, gerichtlich bestätigte — Sichorienwurzeln, Piefierungs-Contracte — Bergtheile.

*) Insbesondere Landesf. Verordn. v. 9. Febr. 1778 und Avertiffement fürstl. Cammer-Casse v. 1. Septbr. 1779.

Bestechung.

S. Geschenke.

Betrug im Handel und Wandel.

Bei Sachen, die Handel und Wandel, Treue und Glauben betreffen, soll streng auf die facta gesehen, und was den so sehr heruntergefallenen Credit noch mehr herunter bringen kann, scharf und andern zum Exempel bestraft werden. Es sollen daher nicht nur alle nach den römischen Gesetzen in dieser Materie vorkommenden Zweifel gemeldet werden, sondern auch alle Betrügereien, Verkürzungen im Handel und Wandel, und was contra bonam fidem läuft, jedesmal ex officio nachdrücklich gestraft werden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 30. Januar 1745.

S. auch: Vervorthellung im Handel und Wandel — Elle, Maaß und Gewicht — Hausdiebstahl — Trödelhandel in Braunschweig — Wochenmärkte daselbst.

Bettelbriefe.

S. Armen-Atteste — Bettler.

Bettelei.

S. Bettler.

Bettelei in der Stadt Braunschweig.

S. Straßen- und Hausbettelei in Braunschweig.

Bettelei auf den Brand.

S. Collection für Abgebrannte.

Betteljuden.

Es soll kein Betteljude, wenn er gleich mit Gesundheitsbriefen und Pässen versehen, ins Land gelassen, sondern an den Gränzen mit der Verwarnung, daß er, Falls er in hiesige Lande kommen würde, unausbleibliche Leibesstrafe zu erwarten habe, ab- und zurückgewiesen werden. Würden sich dennoch einige einschleichen, sollen dieselben, auch wenn gleich ihre Pässe durch die gegen diese Verordnung Handelnden an den Gränzen oder im Lande unterschrieben worden, von keinem beherbergt werden, auch nicht genug sein, dieselben abzuweisen, sondern die Wirths und insgemein ein jeder Unterthan schuldig und gehalten sein, ihre Gegenwart dem Voigte oder Bauernmeister anzumelden, dieser aber mit Hülfe der übrigen Einwohner sich ihrer versichern und des nächsten Weges ans Amt oder Gericht bringen, und wenn sie sich in Güte dazu nicht bequemen, oder wohl gar widersehen werden, alle Mittel anwenden, sich ihrer zu bemächtigen, inmaßen denn, wenn auf solchen Fall ein Betteljude übel tractirt wird, dasselbe ungeahndet bleiben soll. Würde aber jemand Betteljuden beherbergen, oder sie, wenn sie bereits im Lande, nur abweisen und nicht anmelden, soll derselbe jedesmal mit 10 Thlr. bestraft, und solche demjenigen, welcher dieses entdeckt, zugebilligt werden. Wenn die arresirten Betteljuden ans Amt oder Gericht geliefert, sollen die Beamten und Gerichtshaber die Inhaftirten genau examiniren, allenfalls auch, und wenn sie auf Zureden nicht bekennen wollen, auf die Tortur bringen lassen, und befragen, woselbst sie ins Land kommen? Ob sie einen Paß gehabt, und ob etwa selbiger an einem oder andern Orte unterschrieben worden? Auch wo sie von Zeit zu Zeit ihre Herberge und Nachtlager gehabt? Auch das davon gehaltene Protocoll nebst den bei ihnen etwa gefundenen Pässen einsenden, damit gegen die Gränzobrigkeiten, diejenigen, welche etwa die Pässe unterzeichnet, auch dieselben, so die Juden nach und nach beherbergt, mit der Execution verfahren und die verwirkten Strafgelber beigetrieben werden können; gestalt denn die:

jenige Magistratsperson, durch deren Gränzamt oder Gericht die Betteljuden kommen, jedesmal mit fünfzig, ein jeder aber, welcher sie beherbergt, oder nur ihr Dasein gewußt und nicht angemeldet, mit 10 Thlr. Strafe belegt und von solchem allen dem Denuncianten der dritte Theil zugebilligt werden soll. Die Betteljuden aber sollen zum ersten Male mit hartem Gefängniß auf zehn bis vierzehn Tage belegt, in die ärgsten Hundelöcher geworfen, mit Wasser und Brod gespeist und sonst übel tractirt werden, damit ihnen künftig keine weitere Lust ankomme, sich in hiesigen Landen finden zu lassen. Nach ausgestandenem Gefängniß aber sind sie einige Tage nach einander, ein jeder besonders, durch verschiedene Wege außerhalb Landes zu schaffen. In den Orten, wo sie ertappt werden, ist auch der Obrigkeit frei gelassen, solche bei der ihnen vorfallenden Arbeit mit Karrenschieben und sonst bei Wasser und Brod zu gebrauchen. Würden sie aber dennoch wieder kommen, sollen sie zum zweiten Male mit Staupenschlägen und einem Brandmahle belegt, zum dritten Male aber mit dem Strange bestraft werden. Die in hiesigen Landen angefahrenen vergelteten Schutzjuden sind ernstlich befehligt, die ankommenden Betteljuden so wenig zu beherbergen, als ihnen das Geringste zu reichen, sondern sie vielmehr und ihr Dasein anzumelden, damit sie zur verdienten Strafe gezogen werden können, bei unausbleiblichem Verlust ihres Geleits, auch 10 Thlr. Strafe, welche dem Denuncianten gereicht werden sollen, auch dem Befinden nach in Ermangelung des Geldes, gleichmäßiger Gefängnißstrafe. Landesf. Verordn. v. 31. August 1712, welche durch eine nachmalige landesf. Verordn. v. 20. Octbr. 1719 nach ihrem ganzen Inhalte wörtlich erneuert ist.

Die unterm 31. August 1712, 20. Mai 1717, *) und 20. Octbr. 1719 wegen der Betteljuden erlassenen und unterm 24. August 1743 **) erneuerten Verordnungen werden dahin wiederholt und erneuert, daß von nun an überall kein Betteljude weiter in hiesige Lande eingelassen werden soll, und sollen die sämtlichen Obrigkeiten in den Städten und auf dem Lande, besonders die fürstl. Beamten, Obrigkeiten und Gerichte an den Gränzen und Pässen bei namhafter Strafe darauf genau achten und sträckerlich darüber halten. Sollte sich aber dergleichen Gefindel demohngeachtet einzuschleichen Gelegenheit finden, so soll dasselbe, wie in der Verordnung v. 31. August 1712 enthalten ist, niemand beherbergen, sondern die Wirth und insgemein ein jeder Unterthan solches dem Voigte oder Bauermeister sogleich anmelden, welche sie mit Hülfe der übrigen Einwohner an das Amt oder Gericht, allwo sie mit Gefängnißstrafe bei Wasser und Brod belegt, oder auch nach Befinden mit harter Arbeit, Karrenschieben und solche von fremden Orten zugeführt werden, so sollen selbige hierunter nicht begriffen, sondern nach Maafordnung, welche hiemit auf die Juden ausdrücklich extendirt ist, behandelt werden. Diejenigen aber, die solche von ausländischen Orten herzugeführt haben, wenn sie in hiesigen Landen noch anzutreffen sind, sollen gleichfalls nach dem Inhalte des dritten Paragraphen dieser Verordnung mit ihrem Fuhrwerke und Pferden in Arrest genommen und darin bis zu weiterer Verordnung aufbehalten werden. Landesf. Verordn. v. 8. Decbr. 1774.

Die Landesf. Verordn. v. 8. Decbr. 1774 ist nicht allein wörtlich erneuert, sondern auch dahin geschärft und extendirt, daß hinkünftig überall weiter keine Juden, wenn sie zu Fuße reisen und nicht etwa mit der Post oder eigenem Spannwerk und Pferden kommen, an den Gränzen und bei den Landzöllen, imgleichen in den Thoren in die Städte ein- oder durchgelassen werden sollen, wenn nicht die auswärtigen mit hinlänglichen Pässen von ihren Obrigkeiten versehen sind, oder die einheimischen, wovon jedoch in Rücksicht der Stadt Braunschweig die Wolfenbüttelschen Juden, wenn sie den Thorschreibern bekannt,

*) S. Bettler.

**) S. Juden.

***) S. Kranke, arme.

ausgenommen sind, ihre Schutzbrieve vorzeigen und sich dadurch als einheimische Juden legitimiren können. Die sämmtlichen Obrigkeiten in den Städten und auf dem Lande, besonders die Beamten, Obrigkeiten und Gerichte an den Gränzen und Pässen sind nochmals auf ihre Pflicht gewiesen und ernstlich erinnert, bei Vermeidung unausbleiblicher Ahndung gegen diejenigen, welche eine Nachlässigkeit oder Nachsicht sich hierunter zu Schulden kommen lassen, keine dergleichen Bettel- oder sonst zu Fuße reisenden Juden, wenn nicht letztere sich vorbefohlenermaßen gehörig legitimiren können, überall weiter einzulassen, sondern solche an den Gränzen sofort wieder zurückzuweisen; wenn sie aber im Lande betreten werden, dem Inhalte obiger Verordnung nach mit ihnen zu verfahren. Landesf. Verordn. v. 7. Decbr. 1780. (Br. Anz. v. 1781. Nro. 7.)

Da durch die sich von Neuem einschleichenden Betteljuden leicht die Landstraßen unsicher gemacht werden können, so werden die Beamten und Obrigkeiten auf die dagegen unterm 8. Decbr. 1774 und 7. Decbr. 1780 erlassenen Verordnungen verwiesen, um darauf mit Strenge zu halten. Landesf. Circular-Rescr. v. 8. Juni 1787.

Die Obrigkeiten sollen wegen nothwendiger Sicherheit der Landstraßen bei Vermeidung schwerer Verantwortung es an ihrer Schuldigkeit in Beobachtung vorstehender Verordnungen nicht ermangeln lassen. Landesf. Circular-Rescr. v. 1. Juli 1791.

S. auch: Bettler — Juden — Sadenchaft in Braunschweig N 17 und 18.

Bettler.

Damit die Bettler, Landstreicher und anderes Gefindel desto mehr abgehalten werden, in hiesige Lande zu kommen, weshalb schon früher verschiedene geschärfte Verordnungen ergangen sind, *) so sollen an den Gränzen Pfähle errichtet und daran eine Tafel mit den Worten: »Auswärtige Bettler, Landstreicher und anderes liederliches Gefindel sollen diese Lande bei Strafe des Karrenschießens und anderer Strafe meiden« geheftet werden. Sollten sich dennoch Bettler in hiesigen Landen betreten lassen, so sollen solche sofort zur Haft gezogen und von der Obrigkeit des Orts untersucht werden, ob durch selbige Betrug, Dieberei oder andre Unthaten verübt worden, auch an welchem Orte sie ins Land gekommen, welchen Falls dasselbe an die k. Justiz-Canzlei zu berichten oder resp. ihnen der Proceß zu machen ist; da aber desfalls keine Muthmaßung sich hervorthun, noch etwas auf sie gebracht werden sollte, ist ohne weitere Anfrage damit folgendergestalt zu procediren: Alte Kerle und Weibspersonen, so zu keiner Arbeit mehr tüchtig, sollen, nachdem sie 14 Tage mit Gefängniß bei Wasser und Brod belegt sind und das Land verschworen haben, an die Gränzen gebracht und aus dem Lande geschafft werden. Gesunde und zur Arbeit fähige Mannspersonen sollen ad operas publicas nach Braunschweig oder Wolfenbüttel ohne weitere Ordre geliefert, die zur Arbeit tüchtigen gesunden Weibspersonen hingegen mit vierwöchigem Gefängniß bei Wasser und Brod belegt und nachher aus dem Lande, nachdem sie es verschworen, gebracht werden. Diese Verordnung soll in den Krügen affigirt werden und sollen die Wirthe, und wer sonst Leute zu beherbergen pflegt, bei zehn Thaler Strafe alle Abend der ihnen vorgelegten Obrigkeit, oder wenn es auf dem Lande zu weit vom Amte oder Gerichte entfernt, wenigstens dem Voigte, Bauermeister oder Geschwornen anmelden, wer bei ihnen herbergt. Wenn solches Gefindel zum Festungsbaue gesandt

*) Diese waren v. 18. August 1597 — 18. April 1624 — 18. Octbr. 1651 — 30. August und 21. Decbr. 1655 — 17. Mai 1660 — 2. Octbr. 1698 — 5. April und 19. Octbr. 1699 — 18. Febr. 1701 — 29. Juli 1709 — 2. Novbr. 1711 — 20. Mai 1717 und für die Grafschaft Reinstein und Blankenburg v. 5. Decbr. 1617; außerdem enthalten auch die Landtags-Abschiede von Salzdahlum v. 3. Juni 1597. §. 47 und von Wolfenbüttel v. 27. Januar 1619 Bestimmungen gegen die Gardebrüder, Zigeuner, fremden Bettler etc. Alle diese Verordnungen enthalten aber nicht mehr als die spätern, welche außerdem verschiedene Punkte der ältern näher bestimmt und abgeändert haben.

worden, soll an die fürstl. Geheime-Raths-Stube bei fünfzig Thaler Strafe binnen der nächsten acht Tage ohnfehlbar berichtet werden. Die Magistrate in den Städten sollen öfters und wenigstens wöchentlich einmal in den Krügen, Wirths- und andern Häusern, wo herbergirt wird, nachsuchen lassen, ob darin Leute logiren, welche nicht gemeldet worden, alsdann den Herbergirer in die gesetzte Strafe condemniren und davon dem Denuncianten die Halbschied zuwenden. Auf dem platten Lande aber hat es bei der verordneten Patrouillir- und Visitirung lediglich sein Bewenden, und mag eine jede Obrigkeit desfalls eine dem dasigen Orte und Districte convenable Verfügung machen; wie denn auch einer jeden Gemeinde nachgelassen ist, daß sie desfalls einige Leute ausmache und davon monatlich bei der benannten Strafe berichte, ob und was für Leute ertappt, was desfalls für Anstalt gemacht, mit dem Anhange, daß, wenn eine Obrigkeit die gebührende hinlängliche Anstalt wegen der Visitirung nicht gemacht, noch darüber hält, daß solche geschehe und von dergleichen Landstreichern und herrenlosem lieberlichen Gesindel ein Einbruch oder Diebstahl verübt würde, welcher durch Beobachtung dieser Verordnung verhütet werden könne, dieselbe dafür einstehen, und demjenigen, welcher darunter gelitten, Satisfaction und Ersekung aus dem Ihrigen zu geben schuldig und dazu verurtheilt werden solle. Gestalt denn zu besserer Exequirung dieser Verordnung die Commandanten in den beiden Westungen, auch die auf dem Lande commandirenden Officiere von dem Regimente Dragoner und Landregimente befehligt sind, daß sie auf Erfordern und Requisition der Obrigkeit assistiren und dergleichen Gesindel zu arretiren ohne Entgelt behülflich sein, die in den Städten und Flecken commandirenden Officiere aber dergleichen an den Thoren sich meldende Bettler und anderes lieberliches Gesindel nicht hereinlassen, sondern sich dessen sogleich versichern und an die Obrigkeit des Orts zu weiterer Untersuchung ausliefern lassen sollen. Alle Prediger und andere, welche das Armenwesen respiciren, oder die Armengelder anweisen oder vertheilen, sollen bei zehn Thaler Strafe sich nicht gelüsten lassen, einem auswärtigen Bettler, Bagabunden und Landstreicher ein Almosen zu reichen, sondern dessen Anwesenheit sogleich der Obrigkeit melden, und sollen diejenigen, welche die Armenrechnungen revidiren, darauf allemal mit vigiliren, wiewohl davon diejenigen ausgenommen sind, welchen in der Armen-Ordnung ein Almosen zu reichen erlaubt worden, wenn sie nämlich eine Concession von dem fürstl. Consistorio oder Schein von der Obrigkeit des Orts, wo sie ins Land getreten, und daß sie sich bei ihnen gemeldet, vorzuzeigen haben. Den Thorschreibern in den Städten wird bei Verlust von drei monatlichen Gagen verboten, dergleichen Leuten die Pässe zu unterschreiben. Landesf. Verordn. v. 15. März 1731.

Wenn ein aufgehobener Bettler sich wieder an dem Orte, wo er aufgehoben worden, betreten lassen wird, soll er ohne weitere Untersuchung und andere Anzeigen mit einer Leibesstrafe belegt werden. Landesf. Verordn. v. 2. Novbr. 1743.

Damit die fremden Bettler so viel als möglich zurückgehalten werden, sollen die Gränzpfähle mit einer Warnungstafel gegen die Bettler versehen werden. Auch ist das Werkhaus-Directorium zu Braunschweig befehligt worden, die dahin zu schickenden Bettler und der Bettelei halber herumstreichenden Handwerksburschen ohnweigerlich ins Werkhaus aufzunehmen. Landtags-Absch. v. 9. April 1770. Art. 30.

Die Verordn. v. 14. Decbr. 1743 wird, insofern nicht etwa veränderte Zeitumstände diese oder jene Vorschrift jetzt unmöglich machen, erneuert und verordnet, daß 1) nach Anweisung des Reglements vom 14. Decb. 1743, die Armen-Anstalten auf dem Lande betreffend, alle diejenigen, sie mögen aus fremden oder aus hiesigen Landen, imgleichen wandernde Gesellen oder weß Standes, Geschlechts und Herkommens sonst sein, welche wider die so oft wiederholten Verordnungen auf dem platten Lande Reisegeld, einen Zehrpennig, oder Almosen zu suchen sich unterstehen, sofort in Haft genommen, von Dorf zu Dorf durch den oder die in jedem Dorfe seienden Landsoldaten, oder in deren Ermangelung durch den Bauernmeister, nöthigen Falls mit Zuziehung eines oder mehrerer aus der Gemeinde an das fürstl. Amt oder Gericht, unter welches der Ort, wo die Aufhebung geschehen, gehört, gebracht werden sollen. 2) Diejenigen, die noch des

Ber-

Vermögens sind, daß sie arbeiten können, sollen mit einem in Form eines pro memoria zu fassenden Requisitions-Schreiben, welchem eine beglaubigte Abschrift des vor der Absendung aufgenommenen Amts- oder Gerichts-Protocolls beizufügen, und zugleich die auf vorgängige pflicht- und billigmäßige Erwägung der eintretenden, mehr oder weniger gravirenden Umstände bestimmte Bestrafung zu bemerken ist, an eine der nächstbelegenen Bestungen Braunschweig oder Wolfenbüttel abgeliefert werden, woselbst sie zur strengen Arbeit im Zuchthause oder Philippsberge, oder bei der Bestung auf die von dem Amte oder Gerichte bestimmte Zeit angehalten werden sollen. 3) Die jedesmaligen Commandanten der Bestungen, die Obrigkeit oder das fürstl. Werkhaus-Directorium sollen solche ohne Widerrede sogleich annehmen, die Strafe pünktlich erequiren und die also Bestraften nach Verfließung der gesetzten Strafzeit mit einer ernstlichen Verwarnung, sich bei Vermeidung einer noch weit härtern Strafe aller Bettelei in den hiesigen Landen zu enthalten, aus dem Thore bringen lassen. Sollten dieselben gegen die erkannte Strafe etwas zu erinnern finden, ist solches der fürstl. Geheimen-Rathsstube mit Beischließung des Requisitions-pro memoria zu melden. 4) Die aufgehobenen gebrechlichen Armen, deren Gesundheits-Umstand es leidet, sollen bei dem Amte oder Gerichte, wohin sie geliefert werden, mit achttägigem Gefängniß bei Wasser und Brod bestraft werden. Außerdem aber, und wenn ihnen solche Strafe bei ihrem gebrechlichen Zustande schädlich sein könnte, ist ein Unterschied zu machen; sind es einheimische, werden sie an die Obrigkeit des Orts, wohin sie gehören, geschickt, welche sodann dafür zu sorgen hat, daß sie nicht umher gehen dürfen, sondern an ihrem Orte den nöthigen Unterhalt finden; sind es aber auswärtige, hat das fürstl. Amt oder Gericht über den Ort ihrer Herkunft, oder bisherigen Aufenthalts, Gewerbe und andere Umstände sie zu vernehmen, und mit Einsendung des Protocolls davon an die fürstl. Geheime-Rathsstube zu berichten. 5) Die Krüger und Hauswirth, welche Bettler beherbergen, hausen, hegen, damit durch die Finger sehen, und nicht vielmehr deren Verhaftung befördern helfen, sollen ohne alle Nachsicht, und die Krüger um so viel mehr, da diese Verordnung in den Krügen angeschlagen und ihnen täglich vor Augen ist, mit Gefängniß, auch dem Befinden nach mit vierwöchentlicher Zuchthausstrafe belegt werden, welche das Werkhaus-Directorium auf eingehende Requisition sogleich vollziehen soll. 6) Die fürstl. Aemter sollen die angedrohten Strafen für die fremden Bettler an den Gränz-Pfählen bemerken lassen. 7) Insonderheit sollen die Bauernmeister der an den Landes-Gränzen belegenen Dörfer auf die in dieselben einschleichenden fremden Bettler ein wachames Auge haben, solche bei Vermeidung schwerer Strafe mit Hülfe der daselbst sich aufhaltenden Landсолдат, auch allenfalls der Gemeinde, sogleich aufheben und an das fürstl. Amt oder Gericht liefern. Landesf. Verordn. v. 26. April 1770, welche jährlich an den Sonntagen nach dem neuen Jahre und nach Johannis von den Kanzeln verlesen werden soll. *)

Die Zeit der in der landesf. Verordn. v. 26. April 1770 den Aemtern und Gerichten nachgelassenen Strafe der Bettler mit strenger Arbeit im Werkhause, Philippsberge oder bei dem Festungsbaue ist (da die Zeit in vorgedachter Verordnung nicht festgesetzt ist) dahin bestimmt, daß keine Obrigkeit diese Strafe über 4 Wochen setzen soll und dabei befohlen, daß jedes Amt oder Gericht, welches dergleichen Strafe erkannt hat, davon zugleich unverzüglich höchsten Orts berichten soll. Landesf. Ausschr. v. 26. August 1775.

Die zur Abhaltung der herumstreifenden Bettler und Bagabunden in verschiedenen fürstl. Amtsdörfern bereits seit einigen Jahren getroffene Einrichtung, nach welcher von den rührigsten unter den Armen jeden Orts, welche aus der Armenkasse Wochengelder erhalten, täglich einer in dem Dorfe die Reihe herum Wache halten und die Bettler abweisen, oder mit Hülfe des Bauernmeisters an das Amt bringen muß, wofür ihm denn während der Zeit der Wache das Duplum des ihm ausgesetzten wöchentlichen Armengeldes

*) Jetzt wird dieselbe nur noch durch bloßes Anführen am Sonntage nach Neujahr in Erinnerung gebracht, s. Circular-Rescr. fürstl. Consistorii v. 9. Octbr. 1824. (Bege I. p. 204.)

gereicht wird, soll in den sämmtlichen fürstl. Landen allgemein gemacht und vergleichen Armenwachen angestellt werden. Niemand soll sich an diesen Armenwachen vergreifen, sondern vielmehr erforderlichen Falls, und insbesondere die gewöhnliche Dorfwatche ihnen Hülfe leisten. Landesf. Verordn. v. 9. Decbr. 1776. (Br. Anz. v. 1777. Nro. 2.)

Bei dem Ueberhandnehmen des Bettelns, besonders von fremden Bettlern und Landstreichern, werden die Verordnungen v. 15. März 1734, 14. Decbr. 1743, 26. April 1770 und vorzüglich die v. 9. Decbr. 1776 in Erinnerung gebracht, wie denn auch in den Dörfern durchaus ordentliche Nachtwächter gehalten werden sollen. Landesf. Rescr. v. 4. Septbr. 1783.

Da den wegen Verhinderung der Bettelei auf dem Lande erlassenen Landes-Verordnungen, insbesondere der v. 9. Decbr. 1776, worauf die Obrigkeiten noch durch das unterm 4. Septbr. 1783 erlassene Circular-Rescr. mit aller Aufmerksamkeit zu wachen angewiesen sind, nicht erforderlichermaßen gelebt wird, so sind die Obrigkeiten nochmals allen Ernstes erinnert, daß sie durch Anwendung der vorgeschriebenen Mittel zur Verminderung dieses in so mancher Hinsicht schädlichen Uebels alles Mögliche beitragen, und insofern etwa Local-Ursachen vorhanden, weshalb die Verordnung ihres Orts nicht völlig in Ausübung gebracht werden könnte, davon ungesäumt höchsten Orts berichten sollen. Landesf. Circular-Rescr. vom 26. Novbr. 1790.

Wegen der auf dem Lande überhand nehmenden Bettelei sind die Aemter und Gerichte auf die wegen Anstellung der Armenwachen unterm 9. Decbr. 1776 erlassene Verordnung und das darauf Bezug habende Circular-Rescr. v. 26. Novbr. 1790 nochmals verwiesen und sollen dieselben auf die gemessenste Befolgung der wegen der Bettelei auf dem platten Lande unterm 26. April 1770 erlassenen Verordnung halten und dem gemäß die sich anfindenden gesunden Bettler aufheben und selbige nach vorgängigem Erkenntniß mit Bemerkung dieser erkannten Strafe resp. an das Werkhaus zu Braunschweig oder nach Wolfenbüttel an den dasigen Commandanten oder das Polizei-Departement zur Bestrafung mit dem Rittfarren oder der Zwangsarbeits-Anstalt abliefern lassen, die einheimischen aber an ihre Ortsobrigkeit senden, auch mit den gleichfalls aufzuhebenden gebrechlichen Armen, oder solchen, deren Gesundheit den Transport nicht leidet, nach Vorschrift dieser Verordnung verfahren, insbesondere aber auf die Krüger ein wachsames Auge haben, daß sie keine Bettler haufen und hegen, welches denselben bei unausbleiblicher, an ihnen sofort zu vollziehender Zuchthausstrafe nochmals untersagt werden soll. Ferner sollen gedachte Obrigkeiten binnen vier Wochen berichten, wie diesem allen nachgekommen und etwaige Vorschläge, wie dem Uebel nach dem jedesmaligen Locale abzuhelpen, beifügen. Landesf. Circular-Rescr. an sämmtliche Aemter und Gerichte v. 20. Januar 1797.

Die zur Abhaltung der herumstreifenden Bettler und Vagabunden unterm 9. Decbr. 1776 erlassene Verordnung und die sich darauf beziehenden Circular-Rescripte v. 4. Septbr. 1783 und 26. Novbr. 1790 sind nicht allein erneuert, sondern es sollen auch die Unterbedienten alle Wirthshäuser und Krüge stets auf das Strengste controlliren und soll gegen das fremde Gesindel und dessen Zurückweisung aus dem Lande mit gehörigem Nachdruck verfahren werden. Landesf. Circular-Rescr. v. 3. März 1800.

Da dem Vernehmen nach das Betteln auf dem Lande wieder überhand genommen und es dermalen mehr als je nothwendig sein will, den herumstreifenden Bettlern und Vagabunden den Eingang ins Land zu verwehren, so sollen die Obrigkeiten nicht nur über die genaue Befolgung der wegen Anstellung der Armenwachen in den Dörfern unterm 9. Decbr. 1776 erlassenen Verordnung bei Vermeidung eigener Verantwortung mit Nachdruck halten, sondern auch in Gemäßheit der mehrmalen und zuletzt auch unterm 20. Januar 1797 und 3. März 1800 ergangenen Aufforderungen es an fleißigen Visitationen der Krüge und Wirthshäuser nicht fehlen lassen. Die bei solchen Visitationen oder sonst sich vorfindenden Bettler,

Vagabunden oder sonstige verdächtige Personen sind übrigens den Umständen nach unter der Verwarnung, daß sie im Wiederbetretungsfalle mit dem Werkhause bestraft werden sollen, sofort über die Gränze zu schaffen, oder nach vorgängigem Erkenntniß mit Bemerkung ihrer Bestrafung mit dem Werkhause, dem Rittkarren oder der Zwangsarbeits-Anstalt resp. an das Werkhaus zu Braunschweig oder nach Wolfenbüttel an den dasigen Commandanten oder das Polizei-Departement mit Bemerkung der erkannten Strafe abzuliefern, auch ist den Krügern und Gastwirthen, Hirten und sonstigen Besitzern der abgelegenen Häuser nochmals bei Zuchthausstrafe zu intimiren, daß sie keine Bettler und Vagabunden herbergen und lagern sollen. Von dem Ausfalle der Visitationen soll von Zeit zu Zeit und mindestens alle Quartal berichtet werden. Landesf. Circular-Rescr. v. 30. Octbr. 1801.

Wegen der überhand genommenen Bettelei ist den Obrigkeiten auf das Gemessenste aufgegeben:

1) die Einrichtung der Armenwachen und Ansetzung der Nachtwächter in den sämtlichen Dörfern, wo es noch nicht geschehen ist, nach weiterer Anleitung der deshalb ergangenen Verordnungen sofort zu veranlassen, und wo sie bestehen, auf deren Beibehaltung mit Sorgfalt zu achten und dahin zu sehen, daß diese Wachen den Zweck erfüllen und ihre Schuldigkeit thun;

2) den Krügern, Hirten und Bewohnern der einzeln liegenden Häuser bei der in der Verordnung v. 26. April 1770 und dem Circular-Rescr. v. 20. Januar 1797 bestimmten Strafe die Beherbergung und Aufnahme fremder Bettler und Landstreicher, ferner jedem Einwohner das Almosengeben an fremde Bettler zu untersagen und jede Gemeinde, in welcher erweislich ein fremder Bettler ein Almosen erhalten hat, in eine Strafe von 8 Ggr. für die Armenkasse zu nehmen, wobei aber ihr Rückanspruch an den Almosengeber offen zu lassen ist;

3) die Visitationen und Nachsuchungen nach den Bettlern, in weiterem Bezug auf die Verordnungen v. 3. März 1800 und 30. Octbr. 1801, von den Gerichtsunterbedienten mit Zuziehung der Forstbedienten, auch nöthigenfalls der Landmiliz anstellen zu lassen und ihnen aufzugeben, dieselben bei scharfer Ahndung mit aller Sorgfalt und Treue zu vollziehen und sich dabei keine Nachlässigkeit oder Unrechtfertigkeit zu Schulden kommen zu lassen;

4) die Forst- und Jagdbedienten mittelst dieses aufzufordern, in ihren Forst- und Jagdbrevieren auf das Bettelgesindel beständig Acht zu haben, und wo es ihnen aufstoße, solches anzuhalten und an die Dorfschulzen, Bauernmeister oder Geschwornen zur weitem Ablieferung ans Gericht abzuliefern;

5) vier Wochen a dato ohnfehlbar zu berichten:

a) ob Armenwachen und Nachtwächter überall in den Gerichts-Dorfschaften bestellt;

b) wann und mit welchem Erfolge die Visitationen angestellt und

c) welche Vorfälle sonst in Rücksicht des fremden Gesindels zur Anzeige gebracht sind;

auch mit Ablauf jeden Vierteljahres die fernern Berichte hierüber einzusenden.

Für die Befolgung dieser Vorschriften sind die Obrigkeiten besonders verantwortlich gemacht und soll jeder Verstoß und jede Nachlässigkeit gegen dieselben auf das Schärffte geahndet werden. Landesf. Circular-Rescr. v. 25. Juni 1804.

S. auch: Armen-Anstalten — Straßenbettel — Beherbergen — General-Visitationen — Vagabunden und lichterliches Gesindel — Handwerksgesellen u. — Wachen — Einsammeln des Neujahr- u. Geldes.

Landesf. Verordn. v. 24. März 1814, die Unterstützung der Armen betr., §. 8. — Landesf. Rescr. v. 9. August 1815. (Bege I. p. 51.) — Verordn. v. 30. Decbr. 1828, die Abweh- rung der zweck- und arbeitslos umherschweifenden Handwerksgesellen betr. Nro. V. — Gesetz v. 29. Juli 1823, die zu Bayern und Braunschweig zu errichtenden Besserungs- und Arbeits- Anstalten betr., §. 2 und 3.

Bettler in Braunschweig.

Nachdem durch die neu errichteten Armen- und Arbeits-Anstalten zu Braunschweig erreicht ist, daß alle wirklich Armen theils mit Arbeit, theils mit Geld unterstützt werden können und allem Gassen- und Hausbetteln gänzlich abgeholfen werden soll, so sollen die gegen das Gassenbetteln verschiedentlich, unter andern unterm 20. Decbr. 1755, ergangenen Verordnungen erneuert, extendirt und geschärft werden, und ist zu dem Ende folgendes verordnet:

1) Kein Bettler soll in die Stadt gelassen und von den Thormachen, Thorschreibern und Visitatoren darauf bei willkürlicher Strafe genau Acht gegeben werden. Wenn aber Abgebrannte oder wegen der Religion Vertriebene vor den Thoren sich anfinden und Attestate vorzeigen, sind dieselben durch einen von der Wache an den jedesmaligen Director der Armen-Anstalten zu bringen, welcher die Attestate untersucht, wenn solche richtig befunden worden eine milde Beisteuer verwilligt, wenn aber eine Unrichtigkeit befunden wird wegen der Bestrafung das Weitere verfügt. 2) Soll niemand ohne Erlaubniß des Armen-Directorii einen Bettler wissentlich beherbergen, bei 10 Thlr. Strafe, oder, wenn er so viel nicht im Vermögen hat, bei einer proportionirten Gefängniß-Strafe. 3) Niemand soll einem, der ihn um Almosen anspricht, es sei auf der Gasse oder im Hause, ein Almosen mittheilen, *) vielmehr hat ein jeder basiger Einwohner, wenn er um Almosen angesprochen wird, den Bettler an die Armen- und Arbeits-Anstalten zu verweisen. 4) Da auch nach der Verordn. v. 25. Juni 1742, **) wobei es durchgehendß sein Bewenden hat, die sämmtlichen Wachen bereits angewiesen sind, den Armenvoigten und andern, welche zu Aufhebung der Bettler bestellt sind, zu assistiren, so haben selbige sich, bei Vermeidung nachdrücklicher Strafe, hiernach zu achten, auch wenn sie darum requirirt werden, die Bettler aus den Häusern aufzuheben und an gehörigen Ort zu liefern. 5) Die Verhehlung der Bettler aus unzeitigem Mitleiden in den Häusern und die üble Begegnung der sie verfolgenden Armenvoigte ist als eine vorsätzliche Uebertretung dieser Verordnung bei 50 Thaler, oder dem Befinden nach Gefängniß- und anderer nachdrücklichen Strafe verboten; wie denn auf den unverhofften Fall, daß sich hinführo jemand unterstellen sollte, einen Bettler zu verbergen oder seine Flucht zu befördern, die nächste Wache sogleich zu Hülfe gerufen und nebst dem Bettler auch der Thäter, wenn letzterer daselbst nicht angefaßt ist, in Arrest genommen werden soll. 6) Bürgermeister und Rath zu Braunschweig, wie auch die Obrigkeiten der Dörfer Mascherode, Rautheim, Broitzen, Zimmerlah und Melverode, desgleichen die Beamten des Kreuzklosters, auch des Gerichts St. Leonhard sind allen Ernstes angewiesen, über die Verordnungen v. 14. Decbr. 1743. §. 17. ***) und 18. März 1747, ****) die fremden Bettler betreffend, welche auch unterm 24. Decbr. 1754 durch ein Circular-Rescript auf die Zigeuner und anderes lieberliches Gefindel, desgleichen durch die Verordn. v. 26. April 1770 auf die wandernden Gesellen, welche einen Zehrpfennig und Almosen suchen, extendirt, mit äußerstem Nachdruck zu halten und deshalb öfters unvermuthete Visitationen in den nächstbelegenen Dörfern, den Landwehrsthürmen, auch in Garten-, Pfänder- und andern einzelnen Häusern oder Herbergen und Krügen anstellen, alle angetroffenen Bettler und lieberliches Gefindel aufheben und zur Bestrafung an das Armen-Directorium nach Braunschweig abliefern zu lassen, auch gegen diejenigen, welche solche beherbergt, verhehlt oder ihnen durchgeholfen, nach der Schärfe obervähnter Verordnungen zu verfahren. Landesh. Verordn. v. 13. Decbr. 1773. (Br. Anz. v. 1774. Nro. 6.)

*) Die Verordn. v. 20. Decbr. 1755 bestimmt auch für diesen Fall eine Strafe von 10 Thlr. und verspricht in beiden Fällen dem Denuncianten die Hälfte der Strafgebelde. (S. unten Bekanntmach. v. 20. Mai 1798. Nro. 5.)

**) Reglement wegen Einsammlung der wöchentlichen Almosen in der Stadt Braunschweig; s. Armen-Anstalten in den Städten.

*** S. Armen-Anstalten auf dem Lande.

**** S. Straßenbetteln.

Um dem, ungeachtet aller in Braunschweig für die Armen und deren Verpflegung eingerichteten guten Anstalten, wieder überhand nehmenden Haus- und Gassenbetteln abzuwehren, wird verordnet:

1) Wie solche Arme, welche die Noth, Mangel an Gesundheit und Kräften, oder das Alter außer Stand setzt, sich selbst zu ernähren, von den verordneten Armen-Anstalten versorgt werden müssen, und denselben auch in dem Falle, wenn etwa dem Armen-Directorio die große Armuth derselben nicht genugsam bekannt gewesen wäre und dergleichen Leute aus dieser Ursache keine hinlängliche Almosen bekommen hätten, bei sich ergebenden Umständen ihrer Armuth ein Mehreres zu ihrer Verpflegung und Kleidung gereicht werden soll; so sollen hingegen 2) diejenigen Bettler beiderlei Geschlechts, welche gesund sind und arbeiten können, aber sich mit dem Mangel an Arbeit und Verdienste entschuldigen, in ein auf höchsten Befehl in dem hiesigen Werkhause angelegtes Arbeitshaus gebracht, und ihnen daselbst Arbeit, wodurch sie ihren Unterhalt verdienen können, gegeben werden. Es versteht sich aber von selbst, daß solche Leute nicht nach Willkühr das Arbeitshaus verlassen können, sondern wenigstens ein Jahr darin verbleiben müssen, damit ihr Verdienst das Haus schadlos halte. Sollten auch dergleichen Leute faul sein und nicht nach dem Maaße ihrer Kräfte arbeiten wollen, so sollen sie nicht allein durch Züchtigung dazu angehalten, sondern auch, wenn dieses fruchtlos wäre, unter die ordentlichen Züchtlinge gestellt werden. Eben so sollen auch diejenigen Knaben und Mädchen, welche bei dem Betteln betroffen werden, und schon so erwachsen sind, daß sie arbeiten können, in dieses Arbeitshaus gebracht, nebst dem ihnen zu gebenden Unterricht in der Religion zur Arbeit angehalten und gewöhnt, und aus demselben nicht eher entlassen werden, bis sie so weit gebracht sind, daß sie ihr Brod selbst verdienen können. Wie nun 3) den Eltern die Pflicht obliegt, ihre Kinder unter Aufsicht zu haben und zur Arbeit anzuhalten, mithin das Betteln der Kinder fast immer die Schuld der Eltern ist, diese auch nicht selten ihre Pflicht so weit vergessen, daß sie die Kinder zum Betteln gewöhnen und sie dazu ausschicken, so soll in dem Falle, wenn Kinder beim Betteln betroffen werden, genau untersucht werden, ob die Eltern darum gewußt und es gut geheißen haben, und, wenn sie sich nicht gehörig rechtfertigen können, daß das Betteln ohne ihr Wissen und Theilnehmung geschehen, sie ihnen auch durch Entziehung des Unterhalts keinen Anlaß zum Betteln gegeben haben, sollen sie gleichfalls mit dem Zuchthause, nach Verhältniß ihrer Schuld, bestraft werden, es ergäbe sich denn, daß sie in so großer Armuth wären, wie Nro. 1 gedacht ist; die beim Betteln betroffenen Kinder aber, wenn sie schon arbeiten können, sollen, wie vorgebracht, in das Arbeitshaus gebracht, diejenigen hingegen, die noch zu jung und unvermögend dazu sind, in dem Falle, wenn deren Eltern mit dem Zuchthause bestraft werden, von den Armen-Anstalten inzwischen versorgt werden. Was aber 4) diejenigen Bettler anbetrifft, die arbeiten können, sich jedoch aus Faulheit und Bosheit dem Betteln ergeben, so sollen dieselben in dem ersten Betretungsfalle mit einem Jahre, in dem zweiten mit drei Jahren, im dritten aber mit noch längerer Zuchthausstrafe, und zwar in allen Fällen ohne einigen Erlass bestraft werden. Wie nun 5) die Verfügung gemacht worden ist, daß die fremden Bettler auf alle Weise von den Gränzen abgehalten und in hiesige Thore gar nicht eingelassen werden sollen; so soll in dem Falle, da sich doch etwa der eine und der andere durchschleichen sollte, folgendermaßen verfahren werden: Wäre der Bettler ein elender schwacher Mensch, so soll derselbe, nach einem von den Armen-Anstalten erhaltenen Zehrpfennig, sofort aus der Stadt und dem Lande geschafft, und dabei bedeutet werden, daß er in einem zweiten Betretungsfalle mit einer Züchtigung, wie sein Körper es leidet, belegt werden solle. Gesunde Bettler aber, die arbeiten können, sollen ohne alle Nachsicht auf obbemelte Art mit dem Zuchthause bestraft, auch allenfalls zur Festungsbau-Arbeit angehalten werden. In allen Fällen aber soll genau untersucht werden, durch welchen Weg und welches Thor der Bettler eingegangen ist, damit derjenige, durch dessen Schuld er durchgeschlichen ist, dafür bestraft werden könne. 6) Die gegen das Betteln der Handwerksburschen unterm 21. Decbr. 1772 ergangene landesf. Verordn. ist hiermit nicht allein wiederholt, sondern auch hierdurch verordnet: daß den in das Thor einpassirenden fremden Handwerksburschen ein gedruckter

Zettel, worauf die Straße und Nummer des Herbergs Hauses oder Gasthofes, wohin diejenigen gewiesen werden, die keine Herberge hier finden, bemerkt ist, von dem Thorbedienten zugestellt und sie bedeutet werden sollen, daß sie gerade nach der Herberge oder dem angewiesenen Gasthofe gehen müssen. Sobald der Handwerksbursche daselbst angekommen ist, muß der Herbergsvater oder der Wirth demselben eröffnen, daß die Verordnung, wie er sich hier zu verhalten, daselbst angeschlagen sei, und ihm dabei bekannt machen, daß er bei Zuchthausstrafe niemanden um einen Zehrpennig ansprechen dürfe. Diejenigen Herbergsväter und Gastgeber aber, worunter auch die Besitzer der Brauhäuser hieselbst ausdrücklich mit gemeint sind, welche wissentlich dergleichen bettelnde Handwerksburschen oder andere Bettler dulden, dieselben, wenn sie des Abends kommen, länger als eine Nacht beherbergen, und wenn sie am Tage ankommen, nicht wegweisen, sondern aufnehmen und dem Districts-Commissair nicht anzeigen, sollen das erste Mal mit 2 Thlr., das zweite Mal mit 5 Thlr. und, wenn sie dennoch mit sothanem gefehwirdigen Betragen fortfahren, mit Privation der Gerechtigkeit, herbergiren zu dürfen, und mit Verlust der Handwerks-Herberge gestraft werden. 7) Werden auch die durch landesf. Verordnungen ergangenen Verbote, den herumgehenden und in die Häuser kommenden Bettlern etwas zu geben, nicht allein wiederholt, sondern es sollen auch dieselben, wenn es die Nothdurft erfordern würde, geschärft werden. Wie denn einem Jeden hiermit zur Pflicht gemacht wird, wenn es ihm thunlich ist, zu veranstalten, daß dergleichen Bettler angehalten und aufgehoben werden. Sollte endlich 8) der Eine und der Andere sich nicht zu viel sein lassen, aus einem ganz unzeitigen Mitleiden oder andern sträflichen Ursachen einen Bettler gegen die Polizei-Unterbefehlten zu verhehlen, zu vertheidigen, oder in Schutz zu nehmen, derselbe soll in eine unabkömmliche Strafe von 10 Thlr., oder, wenn er diese zu bezahlen nicht vermag, in eine derselben gleiche Gefängnißstrafe verfallen. Diese landesf. Verordn. v. 18. März 1784 soll jährlich zwei Mal, als am ersten Sonntag nach Ostern und den ersten Sonntag nach Michaelis in allen Kirchen von den Kanzeln wörtlich abgelesen werden. (Br. Anz. v. 1784. Nro. 31.)

Da überall keine fremde Bettler geduldet werden sollen, so ist den sämtlichen Wirthen, Krügern und übrigen Einwohnern zu Braunschweig, welche sich mit Beherbergung dergleichen geringer Leute abgeben, nochmals bekannt gemacht, daß selbige überall keine fremde Bettler, oder auch nur des Bettelns halber verdächtige Personen, bei Vermeidung nachdrücklichster Bestrafung aufnehmen und beherbergen, vielmehr solche abweisen und dem Districts-Commissair, im Falle solche sich nicht abweisen lassen wollen, sofort die schleunigste Anzeige davon thun sollen. Bei den in dergleichen Häusern anzustellenden öftern unvermutheten Visitationen sollen die Hauswirthe den zur Verrichtung derselben sich einfindenden Polizei-Unterbefehlten in Betracht der bei ihnen logirenden Fremden, wenn sie deshalb befragt werden, ausführliche und bescheidentliche Auskunft geben. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 29. April 1791. (Br. Anz. v. 1791. Nro. 37.)

Zur Verhütung des Eindringens fremder Bettler ist auf höchsten Befehl verordnet:

1) Jeder zur Aufnahme der fremden Reisenden nicht befugte Einwohner soll sich bei nachdrücklicher Bestrafung allen Herbergirens enthalten.

2) Die zum Herbergiren Berechtigten müssen die bei ihnen eingekehrten Fremden nach Namen, Stand und Gewerbe, der Ursache ihres Aufenthalts und Dauer desselben befragen und entweder noch denselben Tag oder Tags nachher bei 10 Thlr. Strafe dem Polizei-Director und Commandanten davon Anzeige machen.

3) Wenn der Hauswirth bemerkt, daß die Fremden Bettelns, Hazardspielens oder sonst unziemlichen oder lieberlichen Gewerbes halber verdächtig sind, so muß derselbe sogleich dem Polizei-Commissair davon Anzeige machen.

4) Fremde Juden dürfen ohne Logirzettel der Behörde bei 20 Thlr. Strafe nicht aufgenommen werden.

5) Den Vagabunden und auswärtigen Bettlern soll bei 2 Thlr. Strafe keine Unterstützung gegeben werden. Die Strafe soll zur Hälfte dem Denuncianten, wenn dieser auch der Bettler selbst wäre, zufallen.

6) Ist die Aufnahme fremder Bettler (worunter jeder Fremde, welcher Unterstützung oder Almosen sucht, verstanden wird) bei 10 Thlr. Strafe untersagt. Bekanntmachung des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 20. Mai 1798. *)

S. auch: Fremde in Braunschweig.

cf. Bekanntmachungen herzogl. Polizei-Direction zu Braunschweig vom 4. März 1829. (Br. Anz. Nro. 10.) — 12. Febr. 1832. (Br. Anz. Nro. 13.) und 7. April 1835. (Br. Anz. Nro. 86.)

Bettler, Italienische, und sonstige Collectanten.

Demnach seit verschiedenen Jahren sehr viele, zum Theil mit Ordenskleidern angethane Bettelleute aus Italien in hiesige Lande fast haufenweis gekommen, die Theils für gefangene Christen in der Barbarei, Theils unter einem andern Vorwande sammeln, auch darüber Atteste produciren, und dann befunden worden, daß, wo nicht alle, doch der größte Theil derselben lieberliche, verlaufene Leute, Betrüger und Landstreicher sind, die unter falschen Namen, Pässen und Zeugnissen Almosen erpressen, solche lieberlicher Weise verzehren und am Ende sich zu Diebes- und Räuber-Gesindel schlagen und der Justiz in die Hände gerathen, so werden nicht nur die Landes-Unterthanen ernstlich vermahnt; solchen Betrügern, ihr Vorgeben, Pässe und Zeugnisse mögen so wahrscheinlich sein, als sie wollen, schlechterdings keinen Glauben beizumessen und sich zu einem falschen, sehr übel angebrachten Mitleiden nicht bewegen zu lassen, sondern auch die Kemter und Gerichte ernstlichst befehligt, wosern dergleichen Bettler, in geistlichen Ordenskleidern oder ohne solche, sich anfinden sollten, solche sogleich zur gefänglichen Haft bringen zu lassen, die bei denselben eintretenden Umstände scharf zu untersuchen und mit Einsendung der Protocolle, Pässe und Zeugnisse davon höchsten Orts zu weiterer Verordnung zu berichten. Landesf. Verordn. v. 15. Septbr. 1753.

Die Verordnung vom 15. September 1753 ist wörtlich erneuert, und dahin extendirt, daß auch künftig überall keine Collectanten weder aus solchen entfernten noch näher belegenen Ländern, sie mögen in geistlicher oder weltlicher Kleidung erscheinen, unter keinerlei Vorwand in hiesigen Landen weiter geduldet, sondern an den Gränzen sofort zurückgewiesen, oder, wenn sie von bekannten Obrigkeiten deutscher Lande glaubhafte Atteste und Pässe produciren und nur durchgelassen werden wollen, sich allen Colligirens bei Gefängnißstrafe zu enthalten bedeutet, und wenn sie demohnachtet sich darüber betreten lassen, gleich den obgedachten italienischen Bettlern sofort arretirt werden sollen. Wie denn auch künftighin keinem dergleichen Collectanten von den Unterthanen weiter etwas abgereicht, vielweniger aus den Gemeine- und Güte-Cassen, bei Strafe, daß widrigenfalls die Vorsteher solches ex propriis ersetzen müssen, ferner einiger Beitrag gegeben werden soll. Diese Verordnung soll von den Kanzeln alle Vierteljahr verlesen werden. **) Landesf. Verordn. v. 26. März 1781.

S. auch: Collection für Abgebrannte.

*) Diese Verordnung ist in der Folge fast jährlich in Erinnerung gebracht.

Außer den obigen Verordnungen sind auch noch unterm 13. April 1772, 11. Decbr. 1773, 14. Octbr. 1777, 13. Februar 1787, 18. Novbr. 1793 und 13. Juli 1795 Verfügungen wegen des Gassenbettelns in Braunschweig erfolgt, die aber nur die angeführten Bestimmungen wiederholen.

**) cf. Circular-Rescr. fürstl. Consistorii v. 9. Octbr. 1821. (Bege I. p. 204.)

Bevern, Armenfundation daselbst.

E. Armenfundation zu Bevern.

Beweinkaufsgelder der Meier.

E. Weinkaufsgelder der Meier.

Beweis.

Der Beweis soll sich auf die Litiscontestation gründen. Canzlei-Ordnung Art. 46. Delationis juramenti und confessionis des Gegentheils kann sich jemand dazu bedienen. Ebendas. Art. 47. Der dazu gesetzte Termin soll 4 Wochen halten und wider die verzögernde Partei *ex capite contumaciae* nach Anweisung der Rechte verfahren werden. Ebendas. Art. 48. Der Termin desselben soll *praejudicial* sein. Hofger. Ordn. Tit. XXXIII. §. Es sollen auch Kraft dieses *ic.* Die dritte Dilation zu Einbringung desselben soll nicht anders, als wenn der Beweisführer das Hinderniß eidlich erhärtet, oder eidlich *documentirt*, die vierte Dilation aber gar nicht gestattet werden. Ebendas. Tit. XII. §. Ueber solchen *Präjudicial-Bescheid* *ic.* und tot. Tit. LI. Kann in *summarischen* Sachen auch vor der Litiscontestation geführt werden. Ebendas. Tit. LIII. §. Es hat solches auch statt *ic.*

Wenn auf Beweis erkannt wird, soll 1) in den Urtheilen und Bescheiden nicht mehr der generale Ausdruck, daß Kläger den Grund seiner Klage, und was davon verneint, oder aber Beklagter seine vorgebrachten Einwendungen zu erweisen habe, gebraucht, sondern vielmehr allemal *specific* und wörtlich das eigentliche *probandum* von den Gerichten den Parteien vorgeschrieben werden. 2) Wenn des *injungirt* Beweises halber der eine oder der andere Theil gravirt zu sein sich erachtet, und daß solcher Beweis überflüssig, oder nicht recht bestimmt, oder auch *impertinent* und *irrelevant* sei, auszuführen sich getraut, soll zwar nach befundener Erheblichkeit der *gravamina* demselben darüber eine Instanz gestattet werden, jedoch das deshalb zur Hand genommene *remedium*, wenn der Beweis durch Zeugen zu führen ist, ferner nicht mehr *vim suspensivam* haben, sondern dem ungehindert derjenige Theil, dem der Beweis *injungirt* ist, binnen rechtsbehöriger Zeit, als nämlich binnen 4 Wochen von Zeit der eröffneten Urtheile an, und ohne das *fatale decendii* davon abzurechnen, wenn auch etwa schon solcher *terminus* wörtlich nicht *exprimirt* wäre, antreten, *) damit nach erfolgter *confirmatoria* sofort *ad publicationem rotuli* geschritten werden könne; gleichwie hingegen bei erfolglicher *reformatoria* der *rotulus*, in so weit er *irrelevante* Aussagen in sich faßt, *cassirt* werden soll. 3) Derjenige, welcher einen *Gegenbeweis*, oder den Beweis seiner Einreden durch Zeugen zu führen gemeint ist, soll selbigen nicht erst nach *absolvirtem* Beweise, sondern binnen 4 Wochen *sub praejudicio*, nachdem der vom Gerichte auferlegte Beweis angetreten sein wird, seinerseits ebenmäßig antreten, oder damit *eo ipso* *präcludirt* sein. Und wie 4) derjenige, wider welchen Beweis- oder *Gegenbeweis-Artikel* **) eingebracht werden, seine *interrogatoria specialia* allemal binnen 14 Tagen nach erhaltenen Beweis-Artikeln bei Verlust derselben *ad acta* einbringen soll, also sollen auch die Commissarien, welchen von den Justiz-Collegien die Abhörung der Zeugen oder eine andere Handlung bei der Beweisführung aufgegeben wird, ohne zu erwarten, daß *partes* darum anrufen, *ex officio* und *absque requisitione vi commissionis specialis* das Nöthige an die Parteien und Zeugen erlassen, auch letztere in *termino* abhören, wenn gleich beide Theile zurückbleiben sollten, wenn nur von der richtig geschehenen *Insinuation* gehörig *constirt*, und ohne Zulassung einiger

*) Aufgehoben durch die Berordn. v. 18. Juni 1837, die Verbindlichkeit *processführender* Parteien zur Antretung des Beweises durch Zeugen betr.

**) Das *articulirte* Zeugenverhör ist gänzlich abgeschafft; s. Gesetz v. 23. Febr. 1837, nähere Bestimmungen des Gesetzes v. 15. Decbr. 1832. Nro. 33 betr., §. 16.

einiger Einwendungen, so etwa wider die *articulos* selbst, oder wider die Personen der Zeugen vorgebracht werden wollen, obschon *salvis istis* dem *commissorio* gemäß verfahren, sich allen *Cognoscirens* enthalten und selbiges dem *judicio committenti* lediglich überlassen, auch unerwartet der etwa dafür ausständigen Gebühren, als wozu ihnen auf ihr Anmelden sofort *executive* verholten werden soll, binnen acht Wochen a die *insinuati commissarii* ohnfehlbar und bei 10 Thlr. Strafe *acta* mit dem *rotulo* an das *judicium committens* einschicken, oder wenigstens, Falls sie durch erhebliche Ursachen daran behindert werden, davon berichten. 5) Wenn die vorgeschlagenen Zeugen sich außerhalb Landes, oder, wenn der Proceß bei Untergerichten geführt wird, außer deren Gerichtsbarkeit aufhalten, so sollen den *Requisitorialien* nicht allein die Artikel, sondern auch die Fragstücke beigelegt, und der *judex requisitus* ersucht werden, den Termin *ex officio* anzusetzen, in welchem die Zeugen *servato juris ordine* auch sodann abzufragen, wenngleich beide Theile zurück bleiben und den *rotulum* einzuschicken, wofür, wenn es der Producent versäumt, das requirirende Gericht die Gebühren bezahlen und solche gehörigen Orts wieder beitreiben soll. 6) Den Parteien und deren Advocaten soll darin nicht nachgesehen werden, wenn sie die *rotulos* uneröffnet liegen lassen und die Sachen dadurch aufhalten, sondern sobald die *rotuli* rectificirt und respective angekommen sind, soll zur Publication derselben Termin *ex officio* angesetzt, auch, wenn schon beide Theile zurück bleiben, der *rotulus pro publicato* gehalten und geöffnet *ad acta* geheftet werden, sodann aber, und ohne daß ihm durch einen Bescheid solches zu thun auferlegt werde zu erwarten, soll 7) Product binnen 4 Wochen seine etwa habenden *exceptiones contra personas et dicta testium*, und nicht Producent, wenn gleich jener es verlangen sollte, seine *deductiones ex rotulo*, zumal nicht aus dergleichen Schriften, sondern vielmehr aus dem *rotulo* selbst ob und was erwiesen sei, *dijudicirt* werden muß, *sub poena praeclusi* einbringen, und, wenn darauf dem Producenten binnen anderweiten 4 Wochen seiner Seits eine *Salvations-Schrift sub eodem praejudicio* einzubringen nachgelassen worden, soll, ohne dem einen oder andern Theile eine Frist dabei irgend zu verstaten, Termin zu Eröffnung des Urtheils angesetzt werden. 8) Diejenigen, welche in *processu ordinario* ihre Klagen oder Einreden durch *Documente* ganz oder zum Theil erweisen wollen, sollen dasjenige, was sie damit zu erweisen vermeinen, in Beweis-Artikel bringen, die *Documente* abschriftlich beilegen, und zugleich um einen Termin zur Production und Agnition der Originalien ansuchen. Landessf. Verordn. v. 13. Mai 1757.

Da bei Auslegung des 7ten Paragraphen der Verordn. v. 13. Mai 1757 Zweifel darüber entstanden ist, ob die binnen vier Wochen *sub poena praeclusi* vorgeschriebene Einbringung der *Exceptionis-* und *Salvations-Schriften* dergestalt zu verstehen, daß die *poena praeclusi ipso jure* statt finden, oder ob sie erst *praevia contumaciae accusatione* eintreten solle: so ist gedachter Paragraph 7 dahin declarirt, daß die in demselben zu Einbringung der *Exceptionis-* und *Salvations-Schriften* festgesetzte Frist von vier Wochen für ein eigentliches *Fatale* nicht zu halten, und daher die verordnete *poena praeclusionis* ohne vorgängiges *Contumaciren* nicht eintritt, und daß folglich, wenn die *accusatio contumaciae* nicht geschehen, die respectiven *Exceptionis-* und *Salvations-Schriften* nach Ablauf jener vierwöchigen Frist annehmen sind. Landessf. Verordn. v. 3. Septbr. 1781. (Br. Anz. v. 1781. Nro. 79.)

S. auch: *Fatalien und Präjudicialfristen — Eid — Zeugen — Urkundenbeweis — Briefe und Siegel, klare — Untergerichte, Verfahren bei denselben.*

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 2 und 3. — Declaration der Vorschrift des §. 3 und 6 der Verordn. v. 3. Febr. 1814, die *Insinuation* der gerichtlichen Erkenntnisse im Falle des Ungehorsams betr., v. 8. Octbr. 1825. — Verordn. v. 18. Juni 1827, die Verbindlichkeit proceßführender Parteien zur Antretung des Beweises durch Zeugen betr. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, nähere Bestimmungen des Gesetzes v. 15. Octbr. 1832. Nro. 33 betr., §. 16 sqq.

Beweis beim Untergerichte zu Braunschweig.

§. 1. Wenn der beim Anfange jeder Sache unter den Parteien zu versuchende gütliche Vergleich nicht erreicht wird, und bei rechtlicher, entweder im Gerichte, oder von der von selbigem verordneten Commission anzustellender Verhandlung sich findet, daß dem Kläger zwar etwas zu erweisen auferlegt werden müsse, dieser Beweis aber durch den Augenschein, briefliche Urkunden oder Zeugen ohne Weitläufigkeit geschehen könne, so soll gedachter Beweis ihm in termino injungirt und dazu eine Präjudicialfrist präfigirt, die Documente aber in dem angefügten Termine producirt und recognoscirt, auch solche ad protocollum notirt werden. §. 2. Sind aber beide Theile über dasjenige, was bewiesen werden soll, nicht eins, so liegt dem judicio ob, dasjenige, was bewiesen werden soll, sofort am nächsten Gerichtstage durch einen zu publicirenden interlocutorischen Bescheid zu determiniren, zu dessen Anhörung die Parteien in dem gehaltenen termino audientiae wieder vorzuberscheiden und die ihnen deshalb geschehenen Auflagen ad protocollum zu notiren sind. §. 3. Falls der Beweis per ocularem inspectionem zu führen, so soll dazu binnen acht Tagen geschritten, ein gewisser Tag dazu angelegt, die Parteien dazu citirt, und einer der Assessoren mit dem Secretair und zwar, wenn es der Sachen Nothdurft erfordert, mit Zuziehung eines oder mehrerer peritorum dazu deputirt, die Besichtigung eingenommen, der deputation & peritorum relationes binnen den nächsten acht Tagen ad acta gebracht und, wenn die Sache einzig und allein darauf beruht, darauf vermittelst Ansetzung eines 14tägigen Termins sententionirt werden. §. 4. Sollte diejenige Partei, welcher Documente beizubringen injungirt worden, dieselben in dem nicht über 14 Tage anzusetzenden Termine nicht produciren können und davon acht Tage vorher beweisliche oder in notorietate beruhende Ursachen angeben, soll derselben noch ein Termin von 14 Tagen, wenn die Partei in der Stadt wohnhaft, dafern sie aber auswärts ihr Domicil hat, ein geräumiger Termin nach Entfessenheit des Producenten eingeräumt werden. §. 5. Falls aber auch in solchem Termine die Documente nicht producirt würden, soll auf Gegentheils Anrufen die Production ferner nicht verstattet, sondern in der Sache Urtheil gefällt werden, es wäre denn, daß erhebliche Ursachen vorhanden, warum eine weitere Frist gestattet werden möchte, die zwar bei solchen sonderbaren Fällen zuzulassen, aber in andern Fällen gar nicht zu gestatten ist. §. 6. Wenn jemand den Beweis durch Zeugen führen will, so soll dasjenige, was zu erweisen ist, in deutliche möglichst wenige und kurze Artikel verfaßt, und selbige mit den Namen der Zeugen und einem Directorio in dem angefügten termino probatorio von vierzehn, oder bei etwaniger Entfessenheit des Producenten mehreren Tagen eingebracht werden. *) Sollte der Beweisführer solchen Termin nicht observiren, so soll er des Beweises verlustig sein. §. 7. Vorgebachte Artikel sollen dem Gegentheile communicirt, und ihm freigestellt werden, zulässige sachdienliche interrogatoria ad articulos innerhalb 14 Tagen einzugeben, worauf zu Beeidigung und Abhörung der Zeugen ein gewisser Tag, so kein Gerichtstag ist, höchstens innerhalb acht Tagen anberaumt und die Parteien ad videndum jurare, die Zeugen zu Ablegung des Zeugnißes citirt, und nach vorgängiger Warnung vor dem Meineide und dessen schwerer Strafe mit dem Zeugeneide belegt, sodann examinirt und der rotulus nach Vorschrift des leßtpublicirten Reichstags-Abschiedes zu Regensburg von 1654 verfaßt, (§. 4. Cap. 4.) auch binnen acht Tagen publicirt werden. §. 8. Demjenigen, gegen welchen Zeugen producirt worden, steht nach Publication des rotuli frei, seine exceptiones adversus personas testium binnen acht Tagen einzubringen. Cap. 10. der verbesserten Untergerichts-Ordnung der Stadt Braunschweig, v. 2. Febr. 1764.

§. übrigen: Beweis.

*) cf. Gesetz v. 23. Febr. 1837. §. 16, wodurch das articulierte Zeugenverhör abgeschafft ist.

Beweis durch Augenschein.

Der Beweis durch die augenscheinliche Besichtigung soll auch nach dem Beschlusse der Sache, wenn solches begehrt, von den Richtern aus richterlichem Amte, Falls es die Nothdurft erfordert und dem Gegentheile, wie Recht ist, dazu verkundet wird, zugelassen und eingenommen werden. Hofger. Ordnung Tit. LX.

S. auch: Beweis beim Untergerichte zu Braunschweig.

Beweis zum ewigen Gedächtniß.

Derselbe findet statt: wenn die Zeugen mit sorglicher Krankheit oder hohem Alter beladen; wenn sie an einen andern entlegenen Ort zu ziehen oder sonst wegzureisen fertig; wenn sie in schweren Sterbensläufen sind, oder in andern dergleichen gefährlichen Fällen; Hofger. Ordn. Tit. 53. §. Wiewohl keine Zeugen u.; und wenn zu vermuthen, daß die Zeugen ihr Gedächtniß, ehe denn der Kläger klagen könnte, ablegen möchten. Ebendas. §. Es hat solches auch u. Die anzuführenden Ursachen kommen auf das arbitrium judicis an. Ebendas. §. Wie aber das Alter u. Der Gegentheil soll dazu vorgeladen werden und der rotulus verschlossen bleiben. Ebendas. §. Wiewohl keine Zeugen u. Der von dem Kläger geführte erlöscht binnen Jahres-Frist von der Zeit an, da er den Beklagten in Anspruch nehmen können. Ebendas. §. Jedoch ist die Verhörung u. Der von dem Beklagten geführte erlöscht aber nicht. Ebendas. §. Wenn aber ein Antworter u. Der Beklagte kann sich des geführten nicht ad agendum, sondern nur ad repellendum bedienen. Ebendas. §. Es dient aber u.

cf. Verordn. v. 18. Juni 1827, die Verbindlichkeit proceßführender Parteien zur Antretung des Beweises durch Zeugen betr.

Beweis durch Eid.

S. Eid.

Beweis durch Kunsterfahrene.

S. Kunsterfahrene.

Beweis durch Urkunden.

S. Urkundenbeweis.

Beweis in Wechselfachen.

S. Wechselrecht; Art. 2. der Wechselordnung v. 1. August 1715.

Beweis durch Zeugen.

S. Zeugenbeweis.

Bier-Accise.

S. Accise.

Bier, Auschenken desselben.

S. Biermaße.

Bierbrauen.

S. Brauen.

Bier-Consumtionssteuer.

Die ältern Verordnungen in Betreff der Bier-Consumtionssteuer sind aufgehoben und wird statt dieser eine Fabrikations-Abgabe entrichtet.

S. Verordnung v. 23. April 1835, den mit dem Königreiche Hannover über die Annahme eines gleichmäßigen und gemeinschaftlichen Systems der indirecten Abgaben geschlossenen Vertrag betr., und Gesetz v. 23. April 1835 über die vom inländischen Biere zu entrichtende Fabrikations = Abgabe.

Bier = Einziehen.

Damit bei der erhöhten extraordinären Bier = und Effig = Steuer sowohl die Aufnahme der Brauereien möglichst befördert, als auch den Consumenten, insonderheit in den Dörfern und auf dem Lande, um so leichter gemacht werde, gutes und unverfälschtes Getränk für Geld zu erhalten, so ist künftig allen und jeden Landeseinwohnern ohne einigen Unterschied frei verstattet, das für sich und zu ihrer eigenen Consumtion benötigte Bier sowohl aus den Städten, als von den zum feilen Verkauf berechtigten Brauereien auf dem Lande in halben Fässern, Tonnen, halben Tonnen oder, welches einerlei ist, Achtern, selbst zu holen und einzuziehen, und ist also die in Absicht des Landmanns deshalb bisher verfügte Einschränkung, vermöge deren demselben die eigene Einziehung des Biers nur zur Erntezeit und bei Hochzeiten, Kindtaufen und dergleichen Ehrengelagen erlaubt worden, *) gänzlich aufgehoben. Dabei ist jedoch die Absicht, daß dadurch auf keinerlei Weise einiger zum Nachtheil der Krugnahrung abzielender Mißbrauch verübt, und so wenig jemandem von dem für sich solchergestalt geholten und eingezogenen Biere etwas an andere zu verkaufen, auszuschenken oder auf andere Art zu überlassen, noch weniger aber auf Mühlen, Gartenhäusern, oder sonst irgendwo Trink- und Schankgelage anzustellen, freigelassen werden solle, gestalt denn, wenn jemand sich dergleichen Ungebühr zu Schulden kommen lassen, derjenige, welcher unter einer halben Tonne einzieht, mit der Confiscation für die alte extraordinäre Biersteuercasse und mit dem Werthe des Bieres für die neue erhöhte extraordinäre Bier = Steuercasse, welcher aber von eingezogenem Biere an andere verkauft, ausschenkt oder auf andere Art überläßt, auch welcher Trink- und Schankgelage anstellt, für eine ganze Tonne mit 5 Thlr. und bei andern Gefäßen nach Proportion belegt werden soll, wobei es jedoch unverwehrt bleibt, daß einer bei Gelegenheit der Einholung und Einziehung des zu seiner eigenen Consumtion benötigten Getränkes auch dergleichen für seinen Nachbar oder sonstigen Freund, jedoch in einem besondern Gefäße, so aber nicht unter einer halben Tonne sein muß, mitbringe. Wenn aber wider alles Vermuthen diese letzterwähnte uneingeschränkte Einziehung des Biers einer oder andern Brauerei in der Folge wirklich nachtheilig fallen sollte, so wird darüber die weitere gründliche Vorstellung erwartet, worauf alsdann eine den Umständen gemäße Verfügung erfolgen wird. Landesf. Verordn. v. 6. August 1770. **)

S. auch: Biere, fremde.

Biereffig = Vorrath.

Ein jeder Krüger, insonderheit auf dem platten Lande, soll zu Vorbeugung der Accise = Defraudationen und Bequemlichkeit der Unterthanen eine mit seinem zu hoffenden Debit im Verhältniß stehende Quantität guten tüchtigen Biereffigs zum einzelnen Verkauf beständig vorrätzig haben, und derjenige Krüger, welchem es an einem zur Nothdurft hinlänglichen Vorrath von gutem Biereffig fehlt, oder welcher gar nicht damit versehen ist, soll mit einer Geldstrafe von fünf Thalern belegt, hievon aber dem Denuncianten 1 Thlr. zugebilligt werden. Landesf. Verordn. v. 15. Septbr. 1774.

*) Diese Verordn. waren v. 22. Januar und 29. Octbr. 1729; sie geboten zugleich den Bauern, kein Bier in Bouteillen aus den Städten mitzunehmen, dasselbe vielmehr aus den Krügen zu holen.

**) Der übrige Inhalt dieser Verordnung betrifft die Anlegung einer extraordinären, durch die Verordn. v. 30. März 1792 wieder aufgehobenen Bier- und Effig = Steuer.

Biere, fremde.

Es sollen weder die Krüger auf den Dörfern, welche nicht besonders darüber privilegiert, noch die Bauern (außer wenn sie Hochzeiten und Kindtaufen halten) fremdes oder auswärtiges Bier einziehen, ausschenken und versellen. Wer aber dergleichen Bier vergönntermaßen einlegt, der soll das gewöhnliche Consumtions-Buch mitnehmen, und solches Bier an den passirenden ersten Ort, wo ein Biersteuer-Einznehmer wohnt, darin verzeichnen lassen, anderergestalt dergleichen Bier confiscirt, oder, wenn es schon consumirt, dessen Werth bezahlt, auch von jeglicher Tonne überdas noch 10 Thlr., von einer halben Tonne 5 Thlr. und von sonstigen Gemäßen eine nach dieser Proportion zu bestimmende Strafe erlegt werden soll. Landesf. Verordn. v. 10. Juli 1722.

Kein auf dem Lande wohnender Unterthan und Bauersmann soll, (Hochzeiten, Kindtaufen und andere dergleichen Gelage ausgenommen,) ausländisches oder fremdes Bier einziehen, bei 10 Thaler Strafe für jedes halbe Faß, welche ohne Nachsicht beigetrieben werden soll. Landesf. Verordn. v. 20. April 1723.

Die geistlichen Personen sollen schuldig sein, beständig von einem Orte im Lande, auch, wo es nicht zu weit entlegen, aus einer Stadt das benöthigte Bier holen und den Einnehmern zum Einschreiben richtig anzeigen zu lassen, dahingegen das eigenmächtige Einziehen des ausländischen Bieres bei Strafe dessen Confiscation ihnen gänzlich untersagt ist. Sollte aber das inländische eines oder des andern Gesundheit nicht convenabel sein, so will der Landesfürst ceteris paribus Concession zu Einlangung fremden Bieres ertheilen. Landesf. Befehl v. 7. Mai 1740.

Die Ausfelling fremder ausländischer Biere auf den Dörfern soll gänzlich eingestellt, und den Bürgern in den Städten Saufens halber nach ausländischen Bieren in fremde Krüge zu laufen, nicht gestattet werden. Gesammter Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770. Art. 77.

Ratione der Einziehung fremden Bieres hat es bei den frühern Verordnungen lediglich sein Bewenden. §. 7. in fin. der landesf. Verordn. v. 6. August 1770. *)

Bier-Gefäße.

Es sollen keine andere als geaichte und gebrannte Fässer und Tonnen zu dem Biere genommen werden. Tar-Ordn. v. 29. Novbr. 1645. Tit. 1.

Die Fässer und Tonnen sollen bei Strafe der Confiscation geaicht werden. Landesfürstl. Verordn. v. 25. Juli 1691.

Für die Richtigkeit der Gefäße sollen die Brauherren selbst antworten, und für jedes ungeaichte Faß, so entweder bei ihnen selbst oder einem Krüger gefunden wird, 1 Thlr. Strafe geben. Der Bötticher, welcher ein unrichtiges Faß gebrannt, oder ein neues nicht nach der rechten Maaße verfertigt, soll eben so viel geben. Den Brauern und Krügern, welche sich den Visitationen nach unrichtigen Gefäßen widersetzen, soll die Brauerei respective Krügerei genommen und gelegt werden. Landesf. Verordn. v. 17. Januar 1708.

Die Verordnung v. 17. Januar 1708 ist dahin extendirt, daß die Braugefäße künftig auch bei der Reparatur und dem Nachbinden (wo sie durch Unachtsamkeit oder Vorsatz der Bötticher leicht in der Maaße Veränderung leiden können) von dem Bötticher jedesmal genau untersucht und bei gleichmäßiger Strafe von Einem Thaler für jedes Faß nicht unberichtigt aus ihren Händen gelassen werden sollen. Landesf. Verordn. v. 25. Mai 1780. (Br. Anz. v. 1780. Nro. 46.)

*) Wegen des übrigen Inhalts dieser Verordnung s. Bier-Einziehen.

Bei den sich hin und wieder gefundenen Unrichtigkeiten bei den Braugefäßen sind die Obrigkeiten von Neuem angewiesen, den Böttchern nicht nur die unterm 25. Mai 1780 ergangene Verordnung wieder in Erinnerung zu bringen, und strenger als bisher auf deren genaue Beobachtung zu halten, sondern auch sämtliche in ihrem Gerichts-Bezirk vorhandene Böttcher auf die Befolgung des Inhalts dieser Verordnung, und daß sie bei allen zu verfertigenden Bier-Gefäßen die hiesige Aiche genau beobachten, und keine andere machen und wieder herstellen wollen, die solchergestalt nicht beschaffen, und überdem mit ihrem Namen und dem höchsten Brennzeichen bemerkt sind, förmlich zu beeidigen. Landesf. Circular-Rescr. v. 15. Febr. 1788.

Obige Verordnungen sammt der landesf. Verordnung v. 17. Januar 1708 sind den Brauern und Böttchern in Braunschweig zur Nachachtung nochmals in Erinnerung gebracht durch eine Bekanntmachung des fürstl. Polizei-Departements daselbst v. 7. März 1796. (Br. Anz. v. 1796. Nro. 24.)

1) Sämmtliche Böttcher sowohl in den Städten, als auf dem Lande sollen von der Obrigkeit des Orts dahin eidlich verpflichtet werden:

daß sie bei allen neu verfertigten oder ihnen zur Ausbesserung gelieferten Bier-Gefäßen die hiesige Aiche, das halbe Faß zu 54 Stübchen und so nach diesem Verhältnisse die kleinern Gefäße gerechnet, genau beobachten und keine andere, als darnach berichtigte Gefäße aus den Werkstätten verabsolgen lassen sollen.

2) Damit nun kein Böttcher, bevor er nicht solchergestalt auf die Richtigkeit der Gefäße verpflichtet worden, sich besetzen und das Handwerk treiben könne, so soll diese Verpflichtung sofort nach geschehener Aufnahme in die Gilde geschehen und der Aufgenommene verbunden sein, sich dazu bei der Obrigkeit seines Wohnorts zu melden, diese aber mit sothaner Verpflichtung ohne Anstand verfahren und darüber, daß solches geschehen, dem Verpflichteten eine gerichtliche Bescheinigung ertheilen.

3) Auf gleiche Weise soll es auch mit denjenigen Böttchern, welche bei den Brauereien auf dem Lande besonders angenommen werden, gehalten werden.

4) Der Land-Commissarius, die landschaftlichen Bier-Inspectoren und Controleurs haben bei Bereisung der Districte darauf fleißig zu achten, ob diese Beeidigung richtig geschehen, sich darüber die ausgestellten Bescheinigungen vorzeigen zu lassen und dasern sie bemerken, daß selbige unterlassen worden, dieserhalb an das fürstl. Schatz-Collegium zu berichten.

5) Damit auch an den Gefäßen selbst sofort wahrgenommen werden könne, welcher Böttcher solche verfertigt, oder bei der Ausbesserung berichtet habe, so sollen die Böttcher auf jedes in ihrer Werkstatt neu verfertigte oder ausgebesserte und dabei von Neuem berichtigte Gefäß ihren Namen mit einem dazu zu haltenden besondern Brennweisen, bevor sie solche aus der Werkstatt verabsolgen lassen, einbrennen und bezeichnen.

6) Zum Nachmessen und Ahmen oder Brennen der Gefäße mit des Herzogs Namenszuge aber sollen in den Städten ein oder nöthigenfalls mehrere Stadtmeister von der Obrigkeit des Orts besonders verpflichtet werden. Hingegen soll sothanes Ahmen und Brennen der auf dem Lande verfertigten und reparirten Gefäße von den landschaftlichen Controleurs geschehen und selbigen dafür ein Mehreres nicht, als für jedes Stück 2 Ugr. von dem Eigenthümer gereicht werden.

7) Derjenige Böttcher, welcher ein unrichtiges oder mit seinem Namen nicht bezeichnetes Gefäß aus seiner Werkstatt verabsolgen läßt, soll mit einer an die Bier-Steuerkasse zu erlegenden Strafe von 1 Thlr. belegt werden, auch

8) der Braumeister, welcher ein nicht geahmtes und mit dem Brennweisen nicht gezeichnetes Gefäß füllt und den Consumenten verabsolgen läßt, gleichfalls in 1 Thlr. Strafe verfallen sein.

9) Endlich soll diese Verordnung auch bei den Biereßig = Gefäßen auf gleiche Weise beobachtet werden. Landesf. Verordn. v. 15. Juli 1800.

S. auch: Brau = Meister und Knechte, Beeidigung derselben — Bier = Preise.

cf. Gesetz v. 30. März 1837, die Maaß = und Gewichts = Ordnung betr.; insbes. §§. 27. 35. 41.

Bier = Maaße.

Um dem Uebelstande abzuheffen, daß die Käufer zum Nachtheile der Brauer unzulässiger Weise das zwanzigste Faß unentgeltlich abfordern und gleichsam abdringen, anderer Seits auch gewinnsüchtige Brauer solches gutwillig hingeben, wodurch andere wider ihren Willen und zu ihrem großen Schaden ein Gleiches zu thun genöthigt werden, wird verordnet, daß niemand bei Verlust der Brau = Gerechtigkeit auch anderer schwerer unablässiger Bestrafung das zwanzigste halbe Faß unbezahlt fordern oder nehmen, noch auch der Brauer solches geben und verabfolgen lassen soll, es sei denn, daß, um fremde außer Landes gefessene Krüger an sich zu ziehen, solches auf beschene Anmeldung verstattet werde. Landesf. Verordn. v. 25. Novbr. 1695.

Kein Brauer soll durch die verbotene heimliche Schenkung des zwanzigsten Fasses, unentgeltliche Verabfolgung des Seyes, auch Neujahrs = Geschenke und andere dergleichen Ergößlichkeiten die Krüger ungebührlicher Weise an sich locken, diese aber solche unzulässige Geschenke weder anzunehmen noch zu fordern sich unterstehen, und zwar in Ansehung der Brauer bei Verlust der Braugerechtigkeit und in Ansehung der Krüger bei jedesmaliger Strafe von 20 Thlr., davon die eine Hälfte dem Denuncianten zu Gute kommen, die andere aber in die Brauergilde = Kasse gelegt werden soll. Landesf. Verordn. v. 31. März 1698.

Da zu noch mehrerem Verderbe der ohnehin abnehmenden Braunahrung zu Wolfenbüttel einige Brauer selbst wider die deshalb publicirten Verordnungen bei Verschüttung ihres Biers die Leute durch übermäßig große Bier = Maaßen mit ihrem eigenen Schaden an sich zu ziehen sich unterstanden haben, so wird zur Abstellung solcher Unrichtigkeit verordnet, daß die Consumenten, welche an der sonst richtigen Bier = Maaße sich nicht begnügen lassen wollen, sondern sich deshalb zu andern Krügern und Brauern wenden, auf der Brauer Klage mit Geld oder Gefängniß, diese aber, wenn sie das Bier übermäßig ausschütten und verkaufen, das erste Mal mit 2 Thlr., das zweite Mal aber mit Verlust ihrer Braugerechtigkeit auf eine gewisse Zeit, welche der landesf. Gesetzgeber zu bestimmen sich vorbehalten, gestraft werden sollen, gestalt die Brauer = Vorsteher zu Wolfenbüttel darauf genaue Kundschaft zu legen. Landesf. Verordn. v. 21. Febr. 1709.

Niemand, und am allerwenigsten diejenigen, so in der Stadt Wolfenbüttel die Brau = Nahrung treiben, soll den Mitbrauenden zum Schaden, bei Verlust der Braugerechtigkeit, auch anderer schwerer unausbleiblicher Bestrafung, das zwanzigste halbe Faß unbezahlt respective fordern oder nehmen, auch, um die Krüger an sich zu ziehen, geben oder absetzen lassen, es wäre denn, daß, um fremde außer Landes gefessene Krüger an sich zu ziehen, ein solches auf vorher geschene Anmeldung verstattet würde. Landesf. Verordn. v. 24. Decbr. 1735.

Die vorhin ergangenen Verordnungen, welche den Brauern verbieten, bei Verschüttung ihres Biers die Leute durch übermäßig große Bier = Maaße an sich zu ziehen und dadurch ihre Mitbrauer an Abgang ihres Biers zu hindern, weshalb sie, um ohne Schaden bleiben zu können, entweder überzubrauen, oder das Bier zu verfälschen sich unterstanden, sind, da einige Wolfenbüttelsche Brauer demselben zuwider gehandelt, erneuert, inmaßen denn so viel die Consumenten betrifft, wenn von einem oder anderem Brauer darüber Klage einlaufen sollte, daß dieser oder jener an der sonst richtigen und von der Obrigkeit gezeich-

neten Maaße sich nicht begnügen lassen wollen, und insonderheit, wenn sie darüber weggegangen und sich zu andern Krügern und Brauern gewendet, dieselben nach Beschaffenheit der Personen entweder mit Geld bestraft, oder mit Gefängnißstrafe angesehen werden sollen. Würden aber die Brauer nach wie vor mit den Consumenten darunter conniviren, gestalt die Brauer-Vorsteher darauf Rundschaft legen sollen, so sollen dieselben, welche deshalb zum ersten Male auf dergleichen Unrichtigkeit betreten werden, mit zwei Thaler, da sie aber zum zweiten Male dergleichen Unterschleiß überführt würden, mit Verlust ihrer Braugerechtigkeit auf eine gewisse Zeit, deren Determination der landesf. Gesetzgeber sich vorkommenden Umständen nach reservirt, bestraft werden, wie denn auch kein Brauer seinem Mitbrauer zum Nachtheile das Quartier Bier unter dem Preise (damals 5 Pf.) bei Vermeidung solcher Strafe verkaufen soll, nicht weniger das Ueberbrauen und Verfälschen des Biers bei der bereits vorhin angeordneten Strafe nochmals verboten ist. Landesf. Verordn. v. 24. Decbr. 1735.

Sowohl Brauer und Bierauschenkennde, als auch die Bierholenden sind verwahrt, nicht anders als in die gewöhnlichen richtigen Maaßen zu halben Stübchen, Quartieren und halben Quartieren, jedoch ohne die geringste Zugabe, nicht aber wie bisher zur Ungebühr geschehen, für 2, 3, 4, 6, 7, 8 und 9 Pfennige das Bier zu zapfen oder zapfen zu lassen, bei Vermeidung der in der Brauer-Gilbeordnung enthaltenen 2 Thlr. Strafe, welche von demjenigen, der deshalb einiger Contravention überführt werden wird, alsdann sogleich executive beigetrieben werden soll. Es soll auch keinem zu einer Entschuldigung dienen, wenn er vorwenden wollte, daß sein Gesinde oder Bierzapferinnen ohne sein Wissen und Willen wider diese Ordnung gehandelt hätte. Verordn. des Magistrats zu Braunschweig v. 16. Decbr. 1746.

Demnach in mehreren Landstädten die Gewohnheit eingerissen ist, daß den Consumenten, so oft sie einzeln Bier geholt, sowohl von den Brauern als den Krügern allemal etwas an Bier unentgeltlich zu gegeben, mithin das Bier nicht nach den gesetzten Maaßen ausgeschenkt worden, aus welcher Ursache denn auch die Krüger sich nicht entsehn, den Brauern bei Bezahlung des Biers an jedem halben Fasse einige Gutegroschen zu kürzen, hierdurch aber die Nahrung der Brauer und Krüger geschwächt und der Ordnung entgegen gehandelt wird, daher diese Unordnung auch längst bei namhafter Strafe verboten worden; so wird dieses Verbot erneuert und verordnet, daß so wenig der Brauer als Krüger sich bei Vermeidung von 2 Thlr. Strafe unterfangen soll, bei einzelner Verzapfung des Biers etwas über die Maaße zu geben, noch dieserhalb respective dem Brauer bei dessen Bezahlung etwas weiter zu kürzen. Landesf. Verordn. v. 5. Novbr. 1760.

S. auch: Bier-Preise.

Bier = Mangel.

Es soll ein jeder Krüger, oder wer sonst die Bier-Cellung auf dem Lande treibt, sich gutes Bier anzuschaffen befeßigen, auch jederzeit wenigstens die Nothdurft an Bier in Vorrath haben, oder, da selbige bei ihm nicht gefunden würde und er keine rechtmäßige Entschuldigung anzuzeigen müßte, in fünf Thaler Strafe verfallen sein und dieselbe ohne einiges Nachsehen oder ferneres Einwenden von ihm erigirt werden. Die Obrigkeiten und Biersteuer-Inspectoren sollen die Schenken zu dem Ende fleißig visitiren und dahin sehen, daß die Contravenienten bestraft und die Strafe zur Biersteuer-Casse geliefert werde. Landesf. Verordn. v. 19. Juni 1694. *)

Zu Vermeidung des Bier-Mangels sollen diejenigen Brauer, die zu der Zeit, wenn sie die Reihe trifft, zum Brauen nicht gelangen können, vorbeigegangen, und die in der Ordnung folgenden für sie zugelassen werden. Landesf. Befehl v. 17. Decbr. 1695.

Jeder

*) Diese Verordnung enthält außerdem noch ein wiederholtes Verbot des Bierzwanges; s. Bierzwang.

Jeder Brauer, sowohl auf dem Lande als in den Städten, bei dem Bier-Mangel angetroffen wird, soll wegen eines jeden fehlenden halben Fasses die Steuer und Accise, gleich als ob dasselbe wirklich consumirt wäre, mit 1 Thlr. abtragen, daneben auch dem Krüger, so lebig wieder wegfahren müssen, die Unkosten ersetzen. Möchte sich aber auch finden, daß in den Städten die Brauer-Vorsteher daran Schuld, sollen selbige nicht ausgeschlossen sein, sondern zu Bezahlung der Biersteuer, auch der Kosten gleichfalls angehalten werden. Landesf. Verordn. v. 29. April 1721.

Bier = Preise.

Da den Krügern nicht nachgesehen werden kann, daß sie von den Brauern verlangen, daß dieselben an dem Bierpreise schwinden lassen, auch wohl gar bei Bezahlung des Biers Abzüge machen und zum Schaden der Brauer den Bierpreis nach Gefallen heruntersetzen: so wird solches Unternehmen ernstlich verboten und verordnet, daß die Krüger, welche künftig den Brauern in den Städten an dem ordentlichen Bierpreise etwas abziehen oder, daß etwas nachgelassen werde, zu erzwingen sich unterstehen werden, nachdrücklich bestraft werden sollen. Landesf. Verordn. v. 12. Mai 1745.

Die Brauer sollen gutes Bier brauen und solches um billigen Preis nach dem Korn- und Hopfen-Kaufe geben, auch die Fässer im rechten Gehalte lassen und richtige Maaße geben. Gesammter Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770. Art. 76.

Es soll der Brauerschaft jeden Orts überlassen bleiben, *) nach einer unter sich getroffenen Uebereinkunft ihr Bier bei gleicher Beschickung und gleichem Gusse zu dem bisherigen geringern Preise zu versellen. Landesf. Edict v. 13. Novbr. 1801. (Br. Anz. v. 1801. Nro. 98.)

S. auch: Bier = Maaße — Brauen.

cf. Landtags = Absch. v. 11. Juli 1823. Art. 61.

Bier = Sellung.

S. Bier = Mangel — Brauen.

Bier = Steuer.

S. Bier = Consumtionssteuer.

Bier = Verfälschung.

Welcher Krüger oder Schenke in Städten, Flecken und Dörfern das Bier mit Wasser oder andern geringen Biere verfälschen würde, soll, so oft solches geschieht, 5 Thlr. zur Strafe erlegen und die Obrikeit mit allem Fleiße darauf sehen. Tax = Ordn. v. 29. Novbr. 1645. Tit. 6. §. 13.

Bier = Verkauf.

S. Bier = Mangel — Brauen.

Bier = Zwang.

Jedermann ist freigestellt, ob und wo er wolle, Bier zu kaufen, weswegen denn niemand von den fürstlichen Häusern Bier zu holen gezwungen, gleichwohl aber einem jeden, so darum ansuchen wird, dasselbige für billige Bezahlung überlassen werden soll. Salzdhf. Landtags = Absch. v. 3. Juni 1597. Art. 30.

*) Die Bierpreise wurden durch landesf. Edicte nach den laufenden Kornpreisen festgesetzt.
Erster Theil.

Obwohl in den vorigen Landtags-Abschieden ausdrücklich versehen, daß der Bierzwang im Lande durchgehends abgestellt sein und jedem Krüger und Unterthanen freistehen sollte, sein Bier wo er wollte und absonderlich in den Städten zu holen, so sind dennoch viele Beschwerden geführt, daß vornehmlich von den Pächtern der fürstl. Ämter, wie auch von einigen ablichen Gerichten, den Verordnungen zuwider, den Städten zum großen Nachtheile und Abgange ihrer Nahrung, die Krüger und Einwohner solcher Ämter und Gerichte das Bier von ihnen allein zu nehmen genöthigt und gezwungen, oder auch, da sie es dennoch nicht thun wollen, das Bier ihnen vor die Schenken und Häuser gefahren worden. Da nun bei den jüngsten Landtags-Handlungen *) von den Städten darüber ein besonders großes gravamen gemacht und denselben zugesagt ist, solchen Bierzwang durchgehends im Lande durch ein offenes Edict aufs Neue abzuschaffen: so wird den Gerichtsherrn und Beamten, insonderheit den Pächtern der fürstl. Ämter ernstlich befohlen, daß sie mehrerwähnten Bierzwang gänzlich einstellen und den Krügern und Einwohnern frei lassen, ihr zu verschenkendes, zu versellendes oder sonst benöthigtes Bier, wo sie wollen, aus den Städten zu holen und denselben wider ihren Willen von ihrem Amts- oder Gerichts-Biere nichts obtrudiren, aufdringen, noch vor die Krüge und Häuser fahren lassen, bei Vermeidung der landesf. Ungnade und anderer willkührlichen schweren Strafe. Der Land-Fiscal wird angewiesen, auf die gegen dieses Edict vorgehenden Contraventionen genau zu achten und die Excesse gehörigen Orts genau anzumelden. Landesf. Verordn. v. 9. Octbr. 1682. **)

Der Bierzwang ist nach Maaßgabe des auf dem anno 1682 gehaltenen offenen Landtage errichteten und publicirten Recesses und des darauf unterm 9. Octbr. selbigen Jahrs emanirten Edicts gänzlich aufgehoben, und steht einem jeden Krüger und Unterthanen frei, sein Bier sonderlich aus den in hiesigen Landen belegenen Städten zu holen, wo er will, und soll niemand jemanden bei höchster Ungnade und unausbleiblicher Bestrafung darin beeinträchtigen. Es sollen auch alle und jede bis daher, unter was Prätext es sein möchte, desfalls erhaltenen Gnaden, Concessionen, Privilegien, wie auch, was von den Pächtern in diesem Stücke bei ihren Contracten etwa erlangt sein möchte, hiedurch cassirt, annullirt und aufgehoben sein, der Land-Fiscal auf die etwa sich ereignenden Contraventionen genau inquiren und solche ohne Ansehen der Person seinem Eide und Pflichten nach bei der fürstl. Geheimen-Rathsstube zu gebührender Remedirung und Bestrafung anmelden. Landesf. Verordn. v. 25. Novbr. 1695.

Die des Bierzwanges wegen ergangenen Edicte werden nicht allein renovirt, sondern auch dahin declarirt, daß hinfüro überall niemandem, so wenig von den fürstl. Beamten oder Pächtern, als den Gerichtsherrn oder sonst einer Obrigkeit, auch keinem Privaten sich solchen Bierzwang anzumassen freistehen, auch keine Privilegien, Concessionen noch Contracte dawider im Geringsten gelten sollen, sondern es soll jeder sein Bier nach eigenem Gefallen, wo er will, zu holen freie Macht haben. Damit dies endlich zum gehörigen Effect gebracht werde, wird verordnet, daß, wenn jemand nichts desto weniger solchen Bierzwang zu exerciren sich gelüsten lassen sollte, derselbe wegen jedes halben Fasses aufgedrungenen Biers mit zwanzig Thalern bestraft, demjenigen aber, welcher dergleichen Contravention anmelden würde, von solchen Strafgeldern zwei Thaler zugewendet und sein Namen verschwiegen werden soll. Landesf. Verordn. v. 28. Juni 1702.

Alle diejenigen, deren Brauwesen nur auf gewisse Derter restringirt ist, sollen sich dabei in ihren Schranken halten und solche Concessionen nicht überschreiten und kein Bier ohne Unterschied ausladen und verkaufen, bei Verlust ihrer Braugerechtigkeit auch Confiscation des solchergestalt außer in die ihnen assignirten Krüge und Dörfer ausgeladenen Biers, und soll jedes Orts Obrigkeit auf Anhalten der Brauer

*) S. Landtags-Abschied v. 10. Octbr. 1682. Art. 25.

**) Das hier gegebene Verbot des Bierzwanges ist in der Verordnung v. 19. Juni 1694 (s. Bier = Zwang) wiederholt.

aus den Städten oder anderer, zu deren Präjudiz hierwider etwa gehandelt werden möchte, mit sothaner Confiscation verfahren. Landesf. Verordn. v. 20. Novbr. 1702.

Wegen des in den Landesgesetzen verbotenen Bierzwanges soll das Nöthige geordnet werden. Landtags = Absch. v. 9. April 1770. Art. 63.

Der Bierzwang soll keinesweges geduldet werden, und verbleibt es auch dieserhalb bei der Disposition des neuen Landtags = Abschiedes. Gesammter Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770. Art. 76.

Bigamie.

S. Ehebruch, Hurerei u.

Billigkeit.

S. Prozesse, geringfügige.

Birken.

S. Maien.

Blankschmiede = Waaren.

Da in den königl. kurfürstl. Braunschweig = Lüneburgischen Landen die Einführung fremder Blank = schmiede = Waaren untersagt, jedoch die in hiesigen Landen verfertigten von diesem Verbote ausgenommen sind *) und daher nöthig ist, daß selbige zum Unterschiede anderer mit einem sichern Merkmale versehen werden; so sollen 1) alle in die kurfürstl. Braunsch. Lüneb. Lande bestimmten Blankschmiede = Waaren in der nächstbelegenen Stadt oder auf der nächsten Hütte mit einem Stempel bezeichnet werden, in welchem über dem Rosse ein B. und unter selbigem der Anfangsbuchstabe der Stadt oder der Hütte, wo die Waare gestempelt worden, befindlich ist; es soll jedoch 2) auf Ansuchen der Blank = und anderer Schmiede den ihnen am nächsten wohnenden Obrigkeiten ein solcher Stempel gleichfalls anvertraut werden. Damit man bei Vorfällenheiten wissen möge, wer die beste und schlechtere Waare mache, so soll 3) jeder Schmidt außer diesem sich einen Stempel anschaffen, worauf die Anfangsbuchstaben seines Namens befindlich sind, damit seine sämtlichen Waaren künftig zeichnen, vorher aber selbigen seiner Obrigkeit vorzeigen, diese aber davon einen Abdruck an die fürstl. Cammer einsenden. Die Hüttenbedienten und Stadtobrigkeiten sollen wegen des Stempels alle Aufmerksamkeit anwenden, auch, sofern sie Schuld sind, dafür haften, daß bei dem ersten und zweiten Punkte kein Unterschleif vorgehe und fremde Waare gestempelt werde. Landesf. Verordn. v. 17. März 1768.

S. auch: Waaren, Stempelung derselben.

Blattern.

S. Schutzpocken — Zeichen, Ausstellung derselben in Braunschweig.

Blattern = Patienten.

S. landesf. Verordnung, die den Blattern = Patienten in der Stadt Braunschweig, insonderheit den Dürftigen, zu verschaffenden Genesungsmittel betr., v. 13. August 1770. (Br. Anz. v. 1770. Nro. 75.)

*) Durch die landesf. Verordn. v. 15. Febr. 1725 war bestimmt, daß die zu Liebenau und Steierberg geschmiedeten Senfen, Sichel, Schneidmesser, Aerte und Warten in hiesigen Landen sowohl in als außer den Märkten zugelassen werden sollten; daß aber der Verkauf solcher an andern Orten außer Landes verfertigten Waaren bei Confiscation und anderer willkührlichen Strafe verboten sei. Dagegen wurden die in den hiesigen Landen verfertigten Blank = schmiede = Waaren auch in den Hannoverschen und Gellischen Landen zugelassen.

Bleiche vor Braunschweig.

Dahin soll niemand einen Hund, los mit sich führen; s. Freischießen in Braunschweig.

Blinde.

S. Vormünder, wem solche zu bestellen sind.

Blödsinnige.

S. Vormünder, wem solche zu bestellen sind — Confirmation der Kinder.

Bluttrunst.

S. Schlägerei.

Blutschande.

S. Ehebruch, Hurerei u.

Bötticher.

S. Handwerke, Geräusch machende — Häuser-Ankauf in Braunschweig — Pacht Hof zu Braunschweig.

Wegen der Beeidigung derselben s. Biergefäße, insbesondere landesf. Verordn. v. 15. Juli 1800.

Borgen zum Trinken.

S. Trinken auf Borg.

Boten.

S. Bediente und Boten, ungetreue.

Boten = Eid

ist vorgeschrieben in der Kanzlei-Ordn. p. 47. Nro. IX. und in der Hofgerichts-Ordn. Tit. XXIII.
cf. Oberappellat. Gerichts-Ordn. v. 16. Septbr. 1835. Anlage A. Litt. d.

Boutiken.

S. Ausstehen mit Waaren an mehreren Orten u. — Bandhändler.

Brachfeld.

Der Art. 58 der allgemeinen Landes-Ordn. v. 7. März 1647, wonach das Brachfeld zur gemeinen Weide, insbesondere für die Schaafe, mit Ausnahme der Bestellung mit Flachs und weißem Kohl unbestellt bleiben soll, ist durch §. 90 des Gesetzes v. 20. Decbr. 1834, die neue Gemeinheits-Theilung betr., aufgehoben.

Brachzehnten.

Was in das Brach- und Rottland bestellt wird, wenn es nach der Besaamung mit der Egge bestrichen wird, davon geht der Zehnten; jedoch mit dem Unterschiede, daß der Zehnten aus der Brache dem ordentlichen Zehntherrn, der Zehnten von dem Rottlande aber (so aufs Neue zu Rottlande gemacht wird, nicht aber etwa allbereits vor Alters zehntbar gewesen und hernach verwißert, bewachsen und wieder ausgerottet) dem Landesfürsten zu unmittelbarer Verordn. wohin er denselben verordnen will, zuständig sein soll. Allgem. Landes-Ordn. Art. 52.

Nachdem in Zweifel gezogen worden, ob von dem, so in die Brache gesäet worden, gleich den im Winter und Sommer Felde bestellten Kornfrüchten der Zehnten gegeben werden soll, solches aber nicht allein in den früher publicirten Zehnt-Ordnungen bereits versehen, sondern auch an sich billig ist, indem sonst der Zehntherr, wenn von dem, was in der Brache bestellt ist, der Zehnten nicht entrichtet wird, des nächstfolgenden Jahrs an seinen Intraden verkürzt werden und einen merklichen Abgang leiden würde, bei den höhern judicis auch alle Zeit auf das Gegentheil erkannt ist, so wird, um alle darüber vorkommenden contestationes abzuschneiden, folgendes verordnet: Von allen und jeglichen in die Brache bestellten Gewächsen und Früchten, es sei an Flachs, Rüben, Rübsaat, Kohl oder wie es Namen haben möchte, soll der Zehnten allemal unstreitig gefolgt und abgeführt, auch die bisher von den Zehntpflichtigen zu ihrem Vortheil, sonst aber wider die wahre Intention gemachte Deutung der Zehntordnung und der daher vorgegebene Unterschied, ob es mit der Egge bestrichen oder nicht, gänzlich aufgehoben sein und dagegen keine Possession, Verjährung oder Gewohnheit allegirt werden und gelten. Landesf. Verordn. v. 2. August 1703.

Wenngleich in den Zehntordnungen von dem grünen Wiedfütter, so aus Mangel der Weide auch des Klee und grünen Grases sogleich abgefüttert wird, mit ausdrücklichen Worten nichts disponirt ist, so ist das Wiedfütter dennoch ex generalitate der Verordnung, nach welcher von allem, was in der Brache bestellt mit der Egge bestrichen worden, der Zehnten entrichtet werden soll, für zehntbar zu halten und der Zehnten davon zu entrichten oder zu vergüten. Landesfürstl. Declaration v. 20. Januar 1744. (S. Wolterecks kurzen Begriff der Braunschw. Lüneb. Landes-Verordn. p. 352.)

Da in der am 2. August 1703 ausgegangenen Verordnung, wegen Abgabe des Zehntens von den in die Brache mitgesäeten Früchten, mit enthalten ist, daß dagegen keine Possession, Verjährung oder Gewohnheit allegirt werden solle, und denn verschiedentlich darüber gestritten worden, ob durch diese Clausel auch die praescriptio immemoralis ausgeschlossen sei, folglich gegen die Abgabe des Brachzehntens von den Zehntpflichtigen nicht allegirt werden könne: so wird die gedachte Verordnung dahin declarirt, daß unter den Worten »Possession, Verjährung und Gewohnheit« die praescriptio immemoralis nicht verstanden sein, sondern selbige gegen die von dem Zehntherrn geforderte Abgabe des Brachzehntens attendirt und, wenn sie nach ihren rechtlichen requisitis gehörig erwiesen werden wird, der Zehntpflichtige von sothaner Abgabe freigesprochen werden soll. Landesf. Declarat. v. 27. Januar 1756.

Da zuweilen Streit darüber entsteht, ob von dem in die Brache zu bestellenden Wiedfütter und anderm Futterkraute, welches grün abgefüttert wird, der Zehnten zu entrichten sei, es dieserhalb aber auf einer Feldmark anders, als auf der andern bisher gehalten: so soll es zu Vermeidung unnöthiger Processe in den etwa vorkommenden Fällen schlechterdings bei der Observanz gelassen werden, und sind die Feldmarken, welche von dem grün abgemäheten Futterkraute bisher keinen Zehnten gegeben haben, davon ferner befreiet, wogegen diejenigen, welche solchen bisher entweder in natura oder mit Gelde entrichtet haben, denselben auf gleiche Weise ferner zu entrichten verbunden sind. Landesf. Declarat. v. 26. Novbr. 1756.

S. auch: Zehnten — Futterkräuter, Anbau derselben.

Brand = Bettelei.

S. Collection für Abgebrannte.

Brand = Giebel und Mauern in Braunschweig.

Zu Braunschweig soll zwischen den Häusern eine gemauerte Scheidewand sein. Landesf. Rescr. v. 16. Novbr. 1733.

Nach dem landesf. Rescripte v. 19. d. Mts. an das Polizeidepartement zu Braunschweig ist der §. 8 der Feuer-Ordn. zu Braunschweig, wonach »hölzerne und ausgestrahlte Giebelwände ferner nicht

geduldet, bei Erbauung neuer Häuser aber darauf gesehen werden soll, daß die Giebelwände anderthalb Fuß dick massiv aufgeführt werden; dahin näher bestimmt worden, daß nicht nur die Brandgiebel, sondern auch überhaupt alle und jede massiven Mauern, welche bei Haupt-, Seiten- oder Nebengebäuden sich bereits vorfinden, nicht willkürlich, sondern erst nach deshalb dem Polizei-Departement gemachter Anzeige, darauf angeordneter Besichtigung und erfolgtem Erkenntnisse künftighin abgebrochen werden sollen, welche höchste Verfügung bei einer Strafe von 20 Thlr. für die sich darnach nicht achtenden Mauermeister bekannt gemacht wird. Bekanntmachung des Polizei-Departements v. 30. Mai 1797. (Br. Anz. v. 1797. Nro. 45.)

S. auch: Mauermeister.

Brand- und Mutterkorn.

Die Müller werden befehligt, das Korn, so sie verkaufen oder zum Verkaufe des Mehls vermahlen, von dem Mutterkorne zu reinigen, auch für andere dergleichen mit Mutterkorn vermengten Roggen nicht eher, als bis er davon gereinigt ist, zu vermahlen. Die Obrigkeiten sollen hierauf fleißig achten lassen und die Contravenienten der fürstl. Cammer zur Bestrafung anzeigen. Ausschreiben fürstl. Cammer v. 13. Novbr. 1770.

Da das Mutterkorn der menschlichen Gesundheit sehr schädlich ist und, insonderheit wenn es noch frisch und einigermaßen noch feucht mit dem guten Roggen gemahlen und verbacken wird, mancherlei Krankheiten, besonders die tödtliche Krampfsucht und Kribbelkrankheit verursacht: so ist den Unterthanen dieses bekannt zu machen, und sind selbige zu warnen, dahin zu sehen, daß der Roggen durch dazu geschickte Siebe, auch bei dem Würfeln, und wie es sich sonst am besten thun lassen will, davon möglichst gereinigt, auch so viel es immer möglich nicht so frisch gebacken werde, sondern einige Monate liegen bleibe und während solcher Zeit fleißig umgestochen werde. Landesf. Ausschr. v. 27. August 1778. *)

Als sich im Jahre 1785 Brand- und Mutterkorn unter dem Roggen zeigte, wurden die Beamten und Obrigkeiten befehligt, zu Verhütung alles Unglücks die Land- und Hauswirthe, in specie die Bäcker zu ermahnen, daß sie sowohl ihres eigenen, als ihrer Nebenmenschen Leben und Gesundheit halber bei dem Reinemachen, Würfeln und Sieben des Kornes etwas mehr Fleiß und Aufmerksamkeit, als sonst gewöhnlich, anwenden und dadurch das Vermahlen des so schädlichen Brand-Mutter-Korns, so viel an ihnen, möglichst verhüten sollten; was denn besonders dadurch erreicht werden könne, wenn der Roggen zweimal, nämlich einmal durch ein großes Roggen-Sieb, welches das Mutter-Korn, da es größere Körner als der gewöhnliche Roggen habe, nicht durchlasse, und das andere Mal durch ein kleines Sieb, welches den Roggen zurückhalte und nur den kleinern Unkrautsaamen und das etwa ausgefallene Mehl des beim Dreschen zermalnten Mutter-Korns durchfallen lasse, gesiebt werde; wie denn auch noch mehrerer Voricht wegen diejenigen Hauswirthe, welche den Roggen nicht selbst einernbten, sondern solchen von andern kauften, wohl thun würden, wenn sie sich hierunter auf den Verkäufer nicht verließen, sondern vor dem Vermahlen des Roggens solchen wenigstens noch einmal sorgfältig durchsieben ließen. Landesf. Circular-Rescr. v. 29. August 1785. **)

Brandsilber.

S. Bruch- und anderes Gold, auch Bruch- und Brandsilber.

*) Von Zeit zu Zeit, so wie sich dergleichen Brand- und Mutterkorn unter dem Roggen gefunden hat, als z. B. unterm 18. Octbr. 1764 und 16. Octbr. 1770 sind dagegen Warnungen gleichen Inhalts erlassen.

**) Ein gleichlautendes Rescript ist unterm 22. Septbr. 1789 ergangen. (Br. Anz. v. 1789, Nro. 36.)

Brand-Versicherung.

E. Versicherung gegen Feuergefähr.

Brannteweins-Accise.

E. Accise.

Branntwein-Brenner in Braunschweig.

E. Häuser-Ankauf in Braunschweig.

Brannteweins-Steuer.

E. Gesetz über die Besteuerung des inländischen Brannteweins nach dem Rauminhalte der Maischbottiche v. 23. April 1835 — Gesetz v. 23. April 1835, die näheren Bestimmungen für die Destillir-Anstalten hinsichtlich der Steuer-Entrichtung betr. — Gesetz v. 14. März 1837, die Aufhebung der Abgabe von der Rectification des Brannteweins und der Liqueurfabrikation betr.

Branntwein, Verkauf des auf dem Lande gebrannten.

Da von den Städten darüber Beschwerde geführt ist, daß von den Branntwein-Brennereien auf dem Lande sowohl durch den einzelnen Verkauf des Brannteweins auf der Stelle in sehr kleinen Quantitäten, als auch durch die in diesem Producte in den Städten und andern Orten im Lande errichteten Niederlagen zum Verkaufe in ganzen Fässern den städtischen Branntwein-Brennern großer Abbruch geschehe, so wird zur bestmöglichen Beförderung der städtischen Nahrung verordnet, daß 1) auf dem Lande, sowohl bei den Amts- als adlichen Brennereien kein Verkauf des Brannteweins unter zehn Stübchen gestattet, und 2) keine Niederlagen davon in den Städten oder andern Orten im Lande weder für die fürstlichen Ämter, noch für die adlichen Brennereien geduldet werden sollen, beides bei Vermeidung der Confiscation des Brannteweins und einer dessen Werth gleichen Geldstrafe, von welcher letztern ein Drittel der Orts-Obrigkeit, wo der zu confiscirende Branntwein gefunden wird, und ein Drittel den Armen-Anstalten solchen Orts zugebilligt und verabfolgt werden soll. Ueber die aus dem confiscirten Branntwein gelöseten Gelder aber, welche ganz ad pios usus bestimmt bleiben, will der Landesfürst jedesmal besonders disponiren, zu welchem Ende von gedachter Obrigkeit sofort nach der ihr von dergleichen Contraventionsfalle geschehenen Anzeige an fürstl. Geheime-Rathskammer zu berichten ist. Landesf. Verordn. v. 22. Mai 1775. (Br. Anz. v. 1775. Nro. 47.)

cf. Verordn. v. 7. Octbr. 1822, den Verkauf des Brannteweins auf dem Lande betr. — (Gesetz v. 11. Mai 1835, die Abänderung mehrerer Paragraphen der Gewerbe- und Gildordnung v. 29. Octbr. 1821 und der Gewerbesteuer-Verordnung von demselben Datum betr.)

Brannteweins-Zwang.

Der Zwang beim Verkaufe des Brannteweins ist ernstlich und bei Vermeidung willkürlicher Strafe verboten. Landesf. Verordn. v. 25. Januar 1727. *)

Der Inhalt der landesf. Verordn. v. 25. Januar 1727, den Zwang bei dem Brannteweins-Verkaufe, daß Branntwein-Brennen und die zu entrichtende Accise vom Branntwein betr., ist erneuert und den mit dem Branntwein-Brauen Berechtigten anderweitig befohlen, dergleichen Zwang, er möge auf eine directe oder indirecte Weise geschehen, gänzlich und bei Vermeidung von 50 Thlr. Strafe auf jeden Contra-

*) Der übrige Inhalt der Verordnung, welcher die Accise vom Branntwein betrifft, ist antiquirt; s. Accise.

ventionsfall einzustellen und einem jeden, woher er den benöthigten Brantwein nehmen wolle, freizulassen. Landesf. Verordn. v. 26. Januar 1791. (Br. Anz. v. 1791. Nro. 21.)

Brauen.

Den fürstl. Beamten, Voigten und dergleichen oder andern Gerichtsherrn, oder auch Krügern, Müllern und den Bauersleuten auf den Dörfern soll zum feilen Kaufe und mehr, als sie zu ihrer eigenen Haushaltung vonnöthen, zu brauen nicht gestattet werden. Salz Dahl. Landtags-Absch. v. 3. Juni 1597. Art. 30.

Das Brauen auf den Amthäusern, Klöstern, adlichen Sizen und Dörfern auf feilen Verkauf, den Landtags-Abschieden zuwider, soll, wo es nicht beständig hergebracht, nicht länger nachgesehen, sondern, damit die bürgerliche Nahrung in den Städten nicht gänzlich darnieder liege, unterlassen und das dawider Handeln unnachlässig angesehen werden. Landtags-Absch. zu Seesen v. 6. März 1607.

Auf das Ansuchen der Städte um Abstellung des Brauens zum feilen Verkaufe bei den Aemtern hat Serenissimus sich dahin erklärt, daß, wie bereits bei den Aemtern Lichtenberg und Gebhardshagen das von Alters her dabei geführte Brauwesen hat eingestellt werden müssen, also auch bei den übrigen Aemtern, wo den Städten an der Braunahrung Abbruch geschehen kann, gleichmäßige Verordnung gemacht und zwar, sobald nur die Pachtjahre bei den Aemtern abgelaufen sein werden, alles Brauen zum feilen Kaufe abgestellt, auch bei den Klöstern, Comtureien und Gerichten das bisher exercirte Brauen durch Commissarien genau untersucht und bei demjenigen, bei welchem es de jure nicht competirt, dem Befinden nach gleichmäßig aufgehoben werden soll. Landtags-Absch. v. 10. Octbr. 1682. Art. 25.

Da die Städte um Einstellung der Brauereien bei den Aemtern und Gerichten nachgesehen haben, so soll diese Sache in der Maaße, wie solche im §. 25 des Landtags-Abschiedes von 1682 vorgeschrieben worden, zur Hand genommen, die Anlegung neuer Brauereien auf dem Lande aber nicht gestattet werden. Landtags-Absch. v. 9. April 1770. Art. 63.

Die von der Ritterschaft, welche auf ihren adlichen Sizen das Brauen zum feilen Verkaufe beständig hergebracht, werden vermöge Landtags-Abschiedes von 1607 dabei ruhig gelassen. Art. 74. In Ansehung des den Städten und deren Bürgern zustehenden Bierbrauens zum feilen Verkaufe und Abstellung des Brauens auf den fürstl. Amthäusern, Klöstern, adlichen Sizen und Dörfern auf feilen Verkauf, wo es nicht beständig hergebracht ist, hat es bei demjenigen sein Verbleiben, was in dem neuen Landtags-Abschiede dieserhalb enthalten ist, und es sollen die Städte bei der Braunahrung erhalten werden. Die Brauer sollen aber auch gutes Bier brauen und solches um billigmäßigen Preis *) nach dem Korn- und Hopfenkaufe geben, auch die Fässer in rechtem Gehalte lassen **) und richtige Maaße geben. Wie es billig ist, daß einem jeden zu seinen Forderungen geholfen werde, so soll auch den Brauern zu ihren Biereschulden auf ihr Anmelden jedesmal prompte obrigkeitliche Hülfe geleistet werden. Art. 76. Fürstl. Beamten, Schreibern, Sogrefen, Förstern, Voigten, Krügern, Müllern und Bauersleuten wird nicht verstattet, Bier zum feilen Verkaufe, auch nicht zur eigenen Haushaltung (die fürstl. Beamten, in Ansehung ihrer Haushaltung ausgenommen) zu brauen. Art. 77. der gesammten Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770.

S. auch: Arbeits-Bier.

cf. Landesf.

*) S. Bier-Preise.

**) S. Bier-Gefäße.

cf. Landesf. Rescr. v. 17. Juni 1814. (Bege III. p. 38.) — Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 14. April 1829. *) (Bege II. p. 121.) — Gesetz über die vom inländischen Biere zu entrichtende Fabrikationsabgabe, v. 23. April 1835, insbesondere §. 12 und 13.

Brauen in Blankenburg.

Derjenige Brauer in Blankenburg, welcher entweder ein Mehreres als die eingewilligte **) Zahl der zwanzig und ein halbes Faß zu brauen, oder diese Zahl durch unverantwortliche Zugießung von Wasser oder der vierten Pfanne zu vermehren sich unterstellen, und sothanes Verbrechen von jemandem aus der Brauer-Gilde angezeigt und zu Recht erwiesen wird, soll seiner Brau-Gerechtigkeit verlustig erkannt werden, mithin dieselbe der ganzen Brauer-Gilde, jedoch, daß diese dagegen die davon sowohl an das fürstl. Amt kommenden praestanda, als alle anderen onera an Contribution und dergleichen zu übernehmen, heimfallen, im Falle aber, da dergleichen Unterschleif von den Brauervorstehern oder sonst jemandem, der kein Mitglied der Brauer-Gilde, er sei sonst wer er wolle, ausgekundschaftet und der Obrigkeit angezeigt wird, der Contravenient sodann, wenn er genugsam überwiesen, in 250 Thlr. Strafe verfallen sein soll, wovon 200 Thlr. dem fürstl. Amte berechnet, 50 Thlr. aber dem Denuncianten unter Verschweigung seines Namens gereicht werden. Landesf. Verordn. d. d. Blankenburg den 30. Novbr. 1714.

Bei der am 30. Novbr. v. J. ergangenen Brau-Constitution und der darin den Contravenienten gesetzten Strafe soll es lediglich bewenden bleiben, jedoch mit der Declaration, daß in sothane Strafe

*) Dies Rescript bezieht sich auf ein früheres, welches sich im Bege'schen Repertorium nicht befindet und deshalb hier mitgetheilt wird:

Mittels höchsten Rescripts v. 10. v. Mts. ist dem herzogl. Cammer-Collegium eröffnet worden, wie auf Veranlassung mehrerer Gesuche und Beschwerden die Frage, ob die Einrichtung des Reihebrauens mit dem gemeinen Wohle verträglich sei und ferner bestehen könne, reiflich in Erwägung gezogen sei, und da die Erfahrung beweise, daß durch solche Einrichtung der beabsichtigte Zweck, dem Publicum jederzeit ein gutes und gesundes Bier zu verschaffen, nicht erreicht werde, die Erreichung dieses Zwecks sich aber sicherer annehmen lasse, wenn eine unbeschränkte Freiheit in der Ausübung des Braugewerbes statt finde, eine solche Freiheit dem allgemeinen Wohle mehr für entsprechend gehalten werden müsse.

Es ist daher bestimmt, daß die Reihebrauerei, wo sie noch besteht, aufgehoben und wo sie seit der westphälischen Periode noch nicht wieder eingeführt worden, nicht wieder hergestellt werden solle, auch dafür gehalten, daß bei Aufhebung der Reihebrauerei die Ausübung des Braugewerbes zu Gunsten der Brauberechtigten nur auf dieselben beschränkt und das dormalige Contributions-System modificirt werden dürfte. Wie aber zugleich die Meinung geäußert ist, daß in den Städten und Ortschaften, wo die Reihebrauerei besteht, deren Aufhebung zur Folge haben werde, daß nur wenige Berechtigte das Braugewerbe ferner betreiben und demnach die Mehrzahl der Berechtigten um so mehr leiden würden, indem dieselben auch nicht weiter Gelegenheit haben dürften, ihre Gerechtsame nach deren dormaligem Werthe zu veräußern, so ist zur Beseitigung desfalls etwa zu erhebender Beschwerden eine solche Einrichtung für erforderlich gehalten, wodurch die Berechtigten einigermaßen entschädigt würden, und daß der Zweck auf die Weise sich erreichen lassen würde, wenn man die Erlegung einer geringen, jedoch einigermaßen nach Verhältniß des Nutzens, welchen die Reihebrauer von jedem Gebraue oder von ihrer Gerechtsame seither gehabt haben, festzustellenden Abgabe von jedem künftighin nach freier Willkühr stattfindenden Gebraue zur gleichmäßigen Vertheilung unter alle Brauberechtigte festsetzte.

Behuf Erlassung einer desfallsigen definitiven Verordnung ist nun annoch die gutachtliche Äußerung des herzogl. Cammer-Collegiums über eine solche Maafregel und, Falls gegen deren Ergreifung keine erhebliche Bedenken vorhanden sein sollten, die Vorlegung von Vorschlägen erforderlich, auf wie hoch für jeden Ort, wo bisher Reihebrauerei betrieben worden, eine solche Abgabe von jedem, zu einer bestimmten Risikung anzunehmenden Gebraue festzusetzen, auch wie die Verwaltung der Casse, für welche dieselbe zu erheben, imgleichen die etwa halbjährliche Vertheilung unter die interessirten Brauberechtigten einzurichten sein möchte, und über den Zeitpunkt, zu welchem, an jedem Orte besonders, die Reihebrauerei einzustellen sein dürfte. Die Oberhauptleute werden daher über diese Punkte baldigst Bericht zu erstatten aufgefordert. Circular-Rescr. des herzogl. Cammer-Collegii v. 3. Septbr. 1827.

**) Diese Einwilligung war durch eine landesf. Resolution v. 12. Decbr. 1712 geschehen.

kein Brauer, er sei denn zuvörderst einer dolosen und vorsächlichen Uebertretung völlig überwiesen, condemnirt werden, und dagegen derselbe, wenn *ex causis plane improvisis* sich über die concedirte Fasszahl noch etwas finden würde, gehalten sein soll, solches sofort, wenn gefaßt worden, gehörigermassen anzuzeigen, oder daß derselbe nach dessen Unterlassung, als welche allerdings für einen förmlichen vorsächlichen Betrug zu achten, daß er als ein wissentlicher Uebertreter bestraft werde, zu gewärtigen haben soll; gestalten denn auch mehrberegten Brauern sothanes ohne ihr Zuthun und Verursachen sich findendes überflüssiges Bier zu verschenken zwar gestattet sein, der Werth desselben aber halb dem Armenhose gegeben, die andere Hälfte aber in der Brauergilde-Rechnung berechnet werden soll. Landesf. Resolution für die gesammten Brauer der Stadt Blankenburg v. 16. Januar 1715. *)

Da verschiedene Brauhäuser in Blankenburg von den auswärtig wohnenden Eigenthümsherrn nicht selbst bewohnt, sondern durch andere administriert und die davon kommenden Nuzungen aus der Stadt weg an andere Orte gezogen werden, hierdurch aber sowohl überhaupt allerhand Unordnungen im Brauwesen entstehen, als auch insonderheit bei der Biersteuer, auch Taback- und Branntwein- Accise merklicher Abgang causirt, bei der ganzen Stadt die Consumtion geschwächt und den Handwerkern die Nahrung entzogen, hingegen den anwesenden Unterthanen die Last vermehrt, sogar auch der Armuth der Beitrag benommen wird, so wird verordnet, daß ein jeder in Blankenburg nicht wirklich wohnende Brauer, so oft die Reihe zu brauen ihn trifft, ratione der vorerzählten Abgänge 1) an die fürstl. Bier-Steuerkasse 1 Thlr. 8 Ggr., 2) zu dem wöchentlich zu sammelnden Armen-aerario 8 Ggr. und 3) der Stadt und Gemeinde ratione der Landfolge 16 Ggr., folglich insgesammt, so oft er brauet, 2 Thlr. 8 Ggr. ohnweigerlich zu zahlen schuldig sein, dagegen dieses onus, sobald ein jeder auswärtig wohnende Brauer seine wesentliche Haushaltung in besagter Stadt nehmen wird, sofort wiederum cessiren und aufgehoben werden soll. Zu Erhaltung obverordneter Intention soll der jedesmalige Amtmann zu Blankenburg den Brauern, welche daselbst nicht wesentlich wohnen, bei den auf sie fallenden Braureihen den benöthigten Malzzettel nicht eher, bevor sie die Quittung über die Bezahlung vorspecificirter Gelder producirt, ertheilen. Sereniss. D. Rud. Aug. Berordn. d. d. Blankenburg den 4. März 1717.

Um einer unrichtigen Interpretation der Brau-Constitution v. 30. Octbr. 1714 abzustellen, wird dieselbe dahin declarirt, daß ein jeder Brauer für die *facta* und vorzunehmenden Unterschleife seiner Domestiken und Brauleute schlechterdings haften soll, und ist derselbe die jedesmalige durch deren vorsächliche und überführte Uebertretung nach obiger Verordnung verwirkte Strafe, aller Einwendung ohngeachtet, zu erlegen schuldig und gehalten, ihm aber dagegen seinen Regreß gegen seine Domestiken und Brauleute hinwieder zu nehmen reservirt und vorbehalten. Landesf. Berordn. d. d. Blankenburg den 3. Octbr. 1718.

S. auch: Malz, Vorrichtung desselben zum Brauen in Blankenburg.

Brauen in Braunschweig.

Da die Brauer-Gildegenossen zum Theil die Meinung hegen, als wenn ihnen freistehe, nach eigener Willkühr entweder eine Zeit lang gar nicht, oder nach vorkommenden Fruchtpreisen viel oder wenig zu brauen, dieselben auch die mit dem Betriebe dieses Nahrungsgeschäfts genau verknüpfte Schuldigkeit zu verkennen scheinen, wenigstens an einem halbjährigen Malz- und Gersten-Vorrathe es niemals fehlen zu lassen, hierdurch aber zu solchen Unordnungen und übeln Folgen Anlaß gegeben wird, denen zum Schaden des Publicums nicht nachgegeben werden kann: so wird nicht nur die Brauer-Gilde gewarnt, von oban-

*) Diese Resolution ist auf ein Gesuch der gesammten Brauer der Stadt Blankenburg ergangen, worin dieselben um Milderung der obigen Strafen, so wie auch um fernere Erhöhung des Bierpreises und Verstattung eines höheren Gewinnes gebeten hatten; mit den letzten Ansuchen wurden dieselben abgewiesen.

gemerkter irrigen Meinung abzustehen, sondern auch verordnet, daß derjenige Brauer, welcher um den 10ten, 14ten, 20sten oder 30sten Tag ein Mal brauet, seine Brauzeit aus eigener Willkühr vergeblich verstreichen läßt, jedesmal mit zehn Thaler, derjenige aber mit dem Verluste der Brauergilde-Gerechtigkeit bestraft werden soll, bei welchem sich der halbjährige Malz- und Gerstenvorrath nicht befindet. Damit auch mit Nachdruck über dieser Verordnung gehalten werden könne, so soll jeder Brauer allemal am ersten Tage eines jeden Monats unabgefordert und bei Vermeidung von zwei Thaler Strafe eine auf seinen Bürgereid gefertigte schriftliche Note von dem bei ihm vorrathigen Malze und Gersten bei dem Polizeidepartement eingeben. Landesf. Verordn. v. 30. Januar 1762.

Brauereien.

S. Brauen.

Brau = Gerechtigkeit zu Wolfenbüttel.

Die Brauergilde-Mitglieder in Wolfenbüttel haben an den Brau-Gerechtigkeiten das Näherrecht, jedoch muß der Käufer, er sei Gilde-Interessent oder nicht, die vollen Einkaufsgelder erlegen. Landesf. Rescr. v. 9. (19.) Mai 1774.

Brau = Häuser, Feuerfestigkeit derselben.

Demnach bei der wegen der etwaigen Feuergefährlichkeiten vorgenommenen Besichtigung der hiesigen Brauhäuser bemerkt worden, daß 1) die vorhandenen Dampfkuhlen theils schadhast, theils mit schadhafte Deckeln versehen; 2) die Asche nicht sorgfältig genug, sondern wohl gar in Tubben aufbewahrt; 3) vor der Braupfanne hin und wieder theils gar keine, theils nur schadhafte eiserne Thüren vorhanden gewesen, die hiesige Feuerordnung aber deutlich vorgeschrieben hat, daß die Dampfkuhlen in den Brauhäusern in gehörigem Stande und mit passenden eisernen oder steinernen Deckeln versehen, die Asche nur in eisernen oder anderen feuerfesten Gefäßen aufbewahrt und vor den Braupfannen eiserne Thüren befindlich sein sollen: als ist sämmtlichen Brauern vorangezeigten Mängeln aufs Baldigste abzuhelpen anbefohlen, wie denn derjenige, bei welchem nach Ablauf dieser Frist bei dieserhalb anzustellender Nachsehung annoch eine schadhafte Braupfannen-Thür und ein nicht feuerfestes Gefäß zur Aufbewahrung der Asche wahrgenommen werden wird, die nachdrücklichste Bestrafung zu gewärtigen hat. Avertissement des fürstl. Polizeidepartements zu Braunschweig v. 20. Octbr. 1792. (Br. Anz. v. 1792. Nro. 83.)

Brau = Meister und Knechte.

Alle Brau-Meister und Knechte, oder wer sonst bei dem Brauwesen (ohne Ausnahme, wem dasselbe zusteht) gebraucht wird, sollen auf eine besondere Instruction beeidigt und die jedesmal Anzunehmenden bei zwanzig Thaler Strafe bei dem Brauen nicht eher gebraucht werden, bis sie beeidigt sind. Landesf. Verordn. v. 29. Octbr. 1703, welcher die Instruction beigelegt ist.

Brau = Nahrung.

S. Brauen — Brauwesen — Bier-Maße.

Braunschweigische Anzeigen.

Mittelft Communication des vorläufigen Unterrichtes von den unter höchster Approbation und auf landesf. Specialbefehl herauszugebenden Braunschw. Anzeigen d. d. den 2. Novbr. 1744 ist den Obrigkeiten und Gerichten befohlen, dasjenige, was unter den vorfallenden Sachen unter die in mehrerwähntem Unterrichte specificirten Rubriken gehört, imgleichen die Anzeigen von Auszahlung der Depositengelder,

auch überhaupt alles, was per patentis fund gemacht zu werden pflegt, insonderheit auch von den Urtheilen oder Decreten, welche Auswärtige betreffen, die Rubriken alle Montage und Donnerstage früh vor 8 Uhr in das Intelligenz-Comtoir in Braunschweig einzusenden. Landesf. Refcr. v. 7. Novbr. 1744.

Wenn Vormünder bestellt werden, soll solches dem Intelligenz-Comtoir jedesmal angezeigt und demselben sowohl die Namen der Kinder, welche bevormundet werden, als der Vormünder selbst eingeschickt, nicht weniger, wenn Kinder in ihr mündiges Alter getreten und die Vormundschaften niedergelegt oder concessionis veniae aetatis ertheilt werden, solches dem Intelligenz-Comtoir ebenfalls angezeigt werden. Es sollen auch die bei den Gerichten vorkommenden und anzuzeigen befohlenen Sachen hinführo auf Kosten der Parteien eingeschickt, von denselben nach Beschaffenheit der Sachen ein Billiges dafür genommen und solches der Anzeige jedesmal mit beigeflossen werden; jedoch werden davon 1) ihrer Eigenschaft nach die Polizeisachen, Anzeige der Preise, Taren und was dahin gehört; 2) was ex officio gemeldet wird und keine jura partium betrifft, 3) die Urtheile und Bescheide in auswärtigen Proceßsachen ausgenommen. *) Aufschreiben an alle Ämter, Gerichte und Obrigkeiten v. 1. März 1745.

Da es mit den Anzeigen von Depositen-Geldern die Meinung hat, daß dem Intelligenz-Comtoir nicht nur von der bereits geschehenen, sondern auch von der noch bevorstehenden Auszahlung der Depositen-Gelder Nachricht ertheilt und die Gebühren für solche Anzeigen, wenn die bei der Auszahlung Interessirten nicht arm sind, zugleich mit eingekendet werden sollen, so sollen sich die Beamten, Obrigkeiten und Gerichte hiernach achten. Landesf. Umlauf v. 5. Juni 1745. **)

Die Ober- und Beamte, auch Gerichts-Obrigkeiten sind nochmals ernstlich und bei Vermeidung unausbleiblicher Strafe befehligt, pressante Anzeigen, zum Exempel: wenn etwas gestohlen, verloren oder gefunden worden, wenn etwas zu verkaufen, zu vermieten, zu verleihen ist und andere dergleichen Vorfällen dem Intelligenz-Comtoir jedesmal ohne allen Verzug, andere Anzeigen aber, bei welchen es auf die Eile gar nicht ankommt, demselben bis auf weitere Verordnung und so lange, bis eine bequeme Communication im Lande zu Stande gebracht sein wird, jedesmal mit dem Ende des Monats bei Einsendung der Contribution mit einzuschicken, und wenn auch gar nichts Anzeigungswürdiges in demselben Monate bei dem Amte oder Gerichte vorgekommen wäre, solches dennoch, und daß für dasmal nichts anzuzeigen sei, zu melden und solches auf das Posthaus in Wolfenbüttel, von woher der Intelligenz-Commission die Briefe frei überbracht werden, abzugeben. Wenn auch auf die durch die Intelligenz-Blätter bekannt gemachten Anzeigen von gefundenen Sachen die Eigenthümer derselben sich melden und die gefundenen Sachen zurücknehmen, so sollen die Ämter und Gerichte solche den Eigenthümern nicht eher verabsolgen lassen, bis diese für die geschehene Anzeige etwas Billiges und Proportionirliches bezahlt haben, ***) welches denn die Ämter und Gerichte der Intelligenz-Commission am Ende des Monats jedesmal mit einsenden oder gewärtigen sollen, daß sie die Anzeigen ex propriis bezahlen und noch dazu gestraft werden. Landesf. Verordn. v. 29. Novbr. 1745.

Wie bei den besten Anstalten bösgesinnte Menschen zuweilen auf einen Mißbrauch zu verfallen pflegen, also kann auch in den in Braunschweig herauskommenden Anzeigen einer dem andern in seinen Rechten und Privilegien zu nahe treten oder auf mehr als eine Art ein falsum begehen, ohne daß es sich bei der deshalb verordneten Censur, welche eigentlich nur über das notorium erkennen kann und

*) S. Braunschweigische Anzeigen, Insertionsgebühren.

**) Durch diesen Umlauf wurden zugleich sowohl die Beamten als auch die Obrigkeiten in den Städten und bei den ablichen Gerichten aufgefordert, sich mit der Einschickung der Anzeigen an das Intelligenz-Comtoir bei Vermeidung höchster Ungnade nicht ferner mehr säumig zu bezeigen.

***) cf. Verordn. v. 15. April 1824, die gefundenen Sachen betr., §. 8.

particularia auf eines jeden eigene Verantwortung verstellt sein lassen muß, veroffenbart. Wenn nun dergleichen Unfug billig um so härter zu bestrafen ist, je weniger ihm vorzubeugen steht, und je mehr ein jedes Mitglied des gemeinen Wesens sich befeßigen sollte, eine bloß zum gemeinen Nutzen abzielende Sache auch bloß zum gemeinen Nutzen und nie zum Schaden und Verdruss anderer zu gebrauchen, oder dabei etwas Strafbares auf irgend eine Art, weder heimlich noch öffentlich, direct oder indirect zu versuchen, zu thun oder zu veranlassen: so wird ernstlich befohlen, daß, wenn jemand mittelst der Anzeigen einem andern einigen Schaden oder Nachtheil widerrechtlicher und vorsätzlicher Weise zuzufügen, oder irgend ein falsum zu begehen, auch sonst überhaupt etwas Boshaftes oder Muthwilliges occasione derselben zu unternehmen sich gelüsten ließe, nicht allein die darauf in den Rechten gesetzte oder doch wohlverdiente Strafe ohne die geringste Nachsicht dictirt und erequirt, sondern selbige auch noch damit geschärft werden soll, daß, wenn jemand solchergestalt aus den Anzeigen wegen eines ihm darin zugefügten Unrechts zu klagen genöthigt ist, die darauf dictirte Strafe auf des Beklagten doppelte Unkosten, sowohl zu dessen desto mehrerer Beschämung, als um eine solche zwar an sich selbst schon ungültige Anzeige vollends damit zu cassiren, öffentlich publicirt werde; gestalten es denn gleichermassen in dem Falle, da jemand in oder vor dem jedesmaligen Adress-Comtoir sich ungebührlich bezeigt, gehalten, und überall in diesen Sachen summariter procedirt werden soll. Landesf. Verordn. v. 31. Januar 1746. *)

Die Morgensprachen der Gilden, die aufgenommenen neuen Mitglieder und die neuen Meisterstücke nebst deren Preisen sollen durch die Intelligenz-Blätter bekannt gemacht werden. Offener Umlauf v. 16. Juli 1746.

Die Translocationen und Beförderungen der Bedienten sollen von den Departements und Collegien auf des Neubeförderten Unkosten an das Intelligenz-Comtoir gemeldet werden. Landesf. Rescr. v. 21. Septbr. 1746.

1) Derjenige, so in die Intelligenz-Blätter etwas einrücken lassen will, muß seine Anzeige längstens des Montags und Donnerstags Vormittags um 11 Uhr eingeschildt haben, anderergestalt selbige bis zum künftigen Intelligenz-Blatte liegen bleibt. Sollte aber nach vorbeschriebener Zeit annoch etwas schleunig zu publiciren vorkommen, als wenn etwas gestohlen, verloren u. worden, so sollen solche zu spät eingeschildten Anzeigen, wo es nur irgend möglich, dennoch durch das nächste Blatt bekannt gemacht werden. 2) Die Anzeigen müssen überall, sonderlich aber in den Namen und Zahlen, leserlich geschrieben und in möglichster Kürze abgefaßt sein. 3) Unter der Anzeige muß ein jeder, so sie einzurücken verlangt, seinen rechten Vor- und Zunamen (ob zwar derselbe geheim bleibt) setzen, damit man wisse, wo sie herkomme, derjenige aber, welcher seinen Namen nicht gern darunter setzen will, die Anzeige entweder durch eine dritte sonst beliebige Person einschicken, die ihren rechten Namen unterschreibt oder sich eines hiesigen Mäklers zu dem Ende bedienen und sich von selbigem gleichfalls aller Verschwiegenheit versichert halten. 4) Diejenigen, so nicht schreiben können, haben sich bei dem fürstl. Adress-Comtoir zu melden, allwo ihnen wie jedem mit aller Bescheidenheit begegnet und ihr Antrag gegen Erlegung der bereits genugsam bekannten Anzeige-Gebühren ohnentgeltlich niedergeschrieben werden soll. Avertissement der fürstl. Intelligenz-Commission v. 26. Novbr. 1746. **) (Br. Anz. v. 1746. Nro. 96.)

Es soll an das Intelligenz-Comtoir nicht nur das rubrum, sondern auch der kurze Inhalt der Urtheile und Bescheide gemeldet werden. Landesf. Rescr. v. 2. Januar 1748.

*) Diese Verordnung ist vom fürstl. Polizei-Departement zu Braunschweig am 27. Novbr. 1800 in Erinnerung gebracht. (Br. Anz. v. 1800. Nro. 94.)

**) Diese Bekanntmachung ist nachher von Zeit zu Zeit wörtlich wiederholt. Vergl. die halbjährlichen Bekanntmachungen des herzoggl. Intelligenz-Directorii, die beim Intelligenz-Wesen getroffene Einrichtung betr.

Bei Vermeidung unausbleiblicher und nachdrücklicher Bestrafung sollen die Anzeigen bei dem Intelligenz-Comtoir nach den vorgeschriebenen Rubriken *) geschehen. Wenn sie 8 Tage zu spät kommen, sollen die in der Ordnung wegen Beschleunigung der Expedition gesetzten Correctionen **) auch hier statt finden und solche zum zweiten Male doppelt gegeben, und bei fortbauender Nachlässigkeit, wie in vorgedachter Ordnung enthalten ist, geschärft werden, und ist das Intelligenz-Comtoir befehligt worden, die Versäumnis-Fälle zu melden. Sollte auch bei solchem ein Versehen denunciirt werden, ist das Intelligenz-Comtoir ebenfalls angewiesen worden, dem Denuncianten einen und mehrere Thaler zur Discretion zu geben, welche von dem, der das Versehen begangen hat, wieder beigetrieben werden sollen. Ueber diese geschärfte Verordnung soll mit mehrerem Ernst gehalten, und niemandem darunter einige Nachsicht weiter gegönnt werden. Landesf. Ausschreiben v. 7. Octbr. 1749.

*) Das dem Ausschreiben beigefügte Verzeichniß enthält folgende Rubriken: 1. Was zu verkaufen. 2. Was zu vermieten. 3. Was zu mietzen. 4. Was zu verpachten. 5. Was zu vermieern. 6. Was zu vertauschen. 7. Was zu verpfänden. 8. Was einzulösen. 9. Was verkauft, oder Immobilien, so gerichtlich verlassen. 10. Gerichtliche Donationen. 11. Was vermietet. 12. Was verpachtet. 13. Was vermieert. 14. Was vertauscht. 15. Was verpfändet. 16. Was eingelöst. 17. Was verbürgt. 18. Was gestohlen. 19. Was verloren. 20. Sachen, so als verdächtig anzuhalten gebeten werden. 21. Was gefunden. 22. Sachen, so als verdächtig angehalten worden. 23. Gelber, so auszuleihen. 24. Gelber, so aufzuleihen. 25. Lehns-Sachen. 26. Erbzins-Sachen. 27. Bergwerks-Sachen. 28. Urtheile und Bescheide in auswärtigen Proceß-Sachen. 29. Gerichtliche Immissionen. 30. Gerichtliche Subhastationen. 31. Licitationen. 32. Abjudicationen. 33. Gerichtlich confirmirte Vergleiche. 34. Gerichtlich confirmirte Ehestiftungen. 35. Gerichtlich deponirte Testamente. 36. Gerichtlich ausgelieferte Erbschaften. 37. Tutel- und Curatel-Sachen. 38. Deponirte Gelber. 39. Auszahlung deponirter Gelder. — (P. M. Weil bieserhalb viele gewünscht, daß die zu Auszahlung deponirter Gelder festgesetzten Termine wenigstens einige Zeit vorher durch die Anzeigen publicirt werden möchten, so wird auch dieses, dem durch einen Umlauf bekannt gemachten Landesf. Besche vom 5. Juni 1745 gemäß, von den Gerichten zu bewerkstelligen sein.) 40. Gerichtlich ausgezahlte Gelder. 41. Edictal-Citationen. 42. Auctionen. 43. Avancements, Begnadigungen, Versetzungen und dergleichen. 44. Privilegien-Sachen. 45. Gilbe-Sachen. — (P. M. Die Gilbe-Zusammenkünfte nebst Benennung des Orts, wo sie gehalten werden, die angelegte Verfertigung der Meisterstücke, deren öffentliche Teilbitung für einen billigen Preis, oder die Einschreibung der Lehrlungen müssen aber, wie zeither verschiedentlich geschehen, nicht nachher erst, sondern 8 Tage vorher auf Kosten respective der Gilbe oder des neuen Meisters zur Bekanntmachung dem Intelligenz-Comtoir übersandt werden.) 46. Armen-Sachen. — (P. M. Hierunter ist zu rechnen, an welchem Tage und Stunde, auch in wessen Beisein etwa die Revisionen der Armen oder die öffentliche Ablegung der die Armen-Gelder betreffenden Rechnungen und dergleichen vorgenommen, auch deshalb 14 Tage vorher durch die Intelligenz-Blätter dergleichen Anzeigen publicirt werden sollen.) 47. Merkwürdige Curen. 48. Künstler. 49. Personen, so in Arbeit verlangt oder sonst wozu gesucht werden. 50. Handwerker, so verlangt werden. 51. Gestorbene. — (P. M. Weil solches, außer der Stadt Braunschweig, nur von denen zu verstehen, welche von Condition gewesen, und deshalb auch ehnlangst bereits Ordre ergangen, so ist nur zu vigiliren, daß die ohnentgeltlichen Anzeigen von dergleichen Todes-Fällen auch ohnsehlbar geschehen müssen.) 52. Vollzogene Strafen. — (P. M. e. gr. Zuchthaus-Strafe, Anschließung am Pranger, die Bestrafung mit dem Kleinen oder großen Karren und dergleichen ist hierunter zu verstehen.) 53. Vollzogene Leibes-Strafe. — (P. M. Hierunter wird die Strafe des Staubbefens, Brandmarkens u. u. verstanden.) 54. Vollzogene Lebens-Strafe. 55. Vermischte Nachrichten. — (P. M. Als a) allerlei erlaubte Lustbarkeiten, als Aufzüge der Schützen-Gesellschaften, Scheiben-, Bogel- und dergleichen auf gewisse Tage festgesetzte oder vollendete Schießen, auch die dabei von einem oder anderm erlangten Gewinnste. b) Die zum Besten oder zur Zierde dieser und jener Stadt, Fleckens oder Dorfs eingerichteten, besonders der Fremden oder Benachbarten wegen öffentlich bekannt zu machenden Polizei-Ordnungen. c) die Veränderung der Jahrmärkte, oder die, wegen der dabei aus Vorsicht gemachten Veranstaltungen, den Auswärtigen zur Nachricht bekannt zu machenden Anzeigen. d) Die öffentlichen Warnungen für diesen oder jenen lieberlichen, auch wohl ohne hinlängliche Ursache weggelaufenen Diensthoten u. e) Die Arretirung der aus den Gefängnissen echappirten, oder, begangener Freveltthaten wegen, ausgetretenen Personen, und andere dahin zu rechnende unzählige Anzeigen.) 6. übriges unten: Verordn. v. 16. April 1750.

**) S. Verordnungen, landesfürstliche; Verordn. v. 14. Januar 1749. Nro. 10.

Von den dem höchsten Rescripte v. 7. Octbr. 1749 beigefügten Rubriken, nach welchen die Anzeigen beim Intelligenz-Comtoir zu bewerkstelligen, sollen die in der Anlage *) bemerkten Artikel, an deren Bekanntmachung dem Publicum nicht sehr gelegen ist, in den Intelligenz-Blättern in Zukunft ausgelassen, statt der Rubrik Nro. 36, deponirte Testamente, aber die substituirte Rubrik »Eröffnung deponirter Testamente« beobachtet werden. In Ansehung aller übrigen Rubriken hat es bei dem Rescripte v. 7. Octbr. 1749 sein Verbleiben. Landesf. Circular-Rescr. v. 16. April 1750.

Den Acten, worin subhastationes und edictales ad liquidandum oder ad licitandum befindlich, soll jedesmal dasjenige Exemplar der hiesigen Anzeigen, in welchem solche publicirt sind, beigefügt werden.**) Die Obrigkeiten sollen demnach künftig bei 10 Thlr. Strafe auf jede Contravention dieses beobachten und zu dem Ende für jede in Zukunft stets separat anzuführende Anzeige einer Subhastation sowohl als Edictal-Citation, inclusive der bereits hergebrachten 2 Ggr. Anzeige-Gebühren, 3 Ggr. dem Intelligenz-Comtoir übersenden; dagegen demselben aber für die, auch nur einer einzigen Sache wegen nebst 6 Ggr. Gebühren***) übersandte Edictal-Citation und Subhastation ein Exemplar derjenigen Anzeige, welcher das eine oder das andere eingerückt ist, ohne Anstand von dem Intelligenz-Comtoir zugefertigt werden soll, welches alsdann den Acten beizufügen ist. Landesf. Aussch. v. 5. Decbr. 1755.

Hinsfuro sollen die durch Kauf oder *ex mera gratia* auf andere Familien kommenden Lehnsgüter in die Braunschweigischen Anzeigen inserirt und dafür nach Proportion des Lehns 1, 2, 4 bis 10 Thlr. an das Adress-Comtoir erlegt werden.****) Fürstl. Justiz-Canzlei ist also befehligt, nicht nur in den sich begebenden Fällen die Anzeigen nebst den Gebühren gehörigen Orts einzuschicken, sondern auch den Edelleuten im Lande, welche Afters-Basallen haben, solches bekannt zu machen. Landesfürstl. Rescr. v. 19. Decbr. 1755.

Wenn Prediger und Schul-Bediente im Fürstenthume Blankenburg mit Tode abgehen, soll solches in den Braunschweigischen Anzeigen und zugleich bekannt gemacht werden, wer Patron des vacanten Dienstes ist, desgleichen soll die Introduction der Prediger und Schul-Bedienten gleich nachher in die Anzeigen kommen und fürstl. Consistorium die Verfügung machen, daß solches dem Adress-Comtoir gehörig gemeldet, demselben auch bekannt gemacht werde, wenn Personen verstorben, die ihr Alter auf, oder über 100 Jahr gebracht haben. Uebrigens soll auch dasselbe vor Antritt eines jeden Kirchen-Jahrs die Buß-Texte auf das künftige Jahr dem Adress-Comtoir einschicken. Landesf. Rescr. an fürstl. Consistorium zu Blankenburg v. 17. Februar 1756.

Die Buchführer in hiesigen Landen sollen alle bei ihnen herauskommenden neuen Schriften in den hiesigen Anzeigen hinlänglich bekannt machen, und alle Bücher, auf welche sie Pränumerationen oder Subscriptionen annehmen, denselben gegen die Gebühr einrücken lassen. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 17. Febr. 1756.

Dasjenige, was in den Gerichten vorgeht, dem Publico zu wissen nöthig und, den Braunschweigischen Anzeigen einverleiben zu lassen, höchstens verordnet ist, soll an das fürstl. Intelligenz-Comtoir zu Braunschweig mit Beilegung der Gebühr höchster Verordnung gemäß eingesandt werden. Diese höchste Verordn. ist durch einen fürstl. Blankenb. Regierungs-Umlauf v. 2. Decbr. 1758 erneuert.

*) Diese Artikel sind: Nro. 8. 10. 11. 12. 14. 15. 16. 17. 25. und 26.

**) Vergl. Braunschw. Unterger. Ordn. v. 2. Febr. 1764. Cap. 16. §. 7.

***). S. Braunschw. Anzeigen, Insertionsgebühren.

****). S. Braunschw. Anzeigen, Insertionsgebühren.

Bei Anzeigen von gerichtlich verkauften Grundstücken ist nicht allein der volle Vor- und Zuname des vorigen und neuen Besitzers, sondern auch dessen Ehren- und Nahrungsstand dem fürstl. Adress-Comtoir mit zu melden. Fürstl. Ministerii Verordn. v. 6. Januar 1761. (Br. Anz. v. 1761. Nro. 4.)

Die Weinschenken, Caffetiers und einigermaßen beträchtlichen Gastwirths sollen jeder für sich und insbesondere die Braunschweigischen Anzeigen halten. Landesf. Rescr. an fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 23. Decbr. 1765.

In Gemäßheit, daß die Advocaten die Braunschw. Anzeigen halten sollen, *) wird fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel befehligt, solches den bei derselben recipirten Advocaten nochmals bekannt zu machen, deren Designation der Intelligenz-Commission einzuschicken und ihnen anzudeuten, daß man jeden derselben, der die Intelligenz-Blätter bisher nicht gehalten, solche zusenden werde und von ihnen dagegen alle Quartale die richtige Bezahlung derselben erwarte, im widrigen Falle fürstl. Justiz-Canzlei zu deren Beitreibung der Intelligenz-Casse auf alle Weise zu assistiren habe. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 23. Decbr. 1765. **)

Die Gilden sollen die Braunschweigischen Intelligenz-Blätter halten. Diese vom Landesfürsten bereits gemachte Verordnung ist auf höchsten Befehl durch ein fürstl. Blankenb. Regierungs-Rescript an den Magistrat zu Blankenburg d. d. den 5. Januar 1766 erneuert.

Die Braunschweigischen Anzeigen sollen bei den Gerichten gehalten, aufbewahrt und eingebunden werden. Landesf. Ausschr. v. 9. Januar 1766.

Die Beamten und Magistrate sollen die Braunschweigischen Intelligenz-Blätter halten, solche aufbewahren und eingebunden in das Archiv legen. Bekannt gemacht auf höchsten Befehl durch einen fürstl. Blankenb. Regierungs-Umlauf v. 27. Januar 1766.

Der geschehenen Standes-Erhebungen soll jedesmal in den Braunschweigischen Anzeigen Meldung geschehen und für jede derselben zwei Thaler an die Intelligenz-Casse sofort bei derselben Anzeige mit eingesandt werden. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 28. Januar 1766. ***)

Nebst der Anzeige von Urtheilen und Bescheiden in rechtshängigen Sachen soll auch in den hiesigen Intelligenz-Blättern von den gerichtlichen Vergleichen Nachricht ertheilt und von Zeit zu Zeit davon ebenfalls eine Note an das fürstl. Intelligenz-Comtoir eingeschickt werden. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 7. April 1766.

Das Halten der Braunschweigischen Anzeigen soll den (adlichen) Gerichten nicht weiter als eine Nothwendigkeit auferlegt werden; jedoch mit dem Vorbehalte, daß wenn eine Viehseuche oder andere, eine nothwendige und allgemeine Kundmachung erheischenden Vorfälle es erfordern, sich hierauf nicht bezogen werden soll, sondern diejenigen, welche solche nicht ohnehin freiwillig halten, sie, so lange die Vorfälle dauern, zu nehmen schuldig sein sollen. Landtags-Absch. v. 9. April 1770. Art. 60.

Die Anzeigen von den Tutelen, Curatelen, deponirten und ausgezahlten Geldern sollen dem Intelligenz-Comtoir zur Bekanntmachung genau und in den ersten acht, höchstens vierzehn Tagen jedesmal ohnfehlbar eingesandt werden. Landesf. Ausschr. v. 25. Januar 1776.

S. auch:

*) S. Advocaten; Verordn. v. 23. Decbr. 1758.

**) Dasselbe ist in einem Landesf. Rescripte v. 25. Januar 1776 wiederholt verfügt.

***) S. Braunschw. Anzeigen, Insertionsgebühren.

S. auch: Auffassung unbeweglicher Güter in Braunschweig — Baaren-Räcker in Braunschweig — Advocaten — Ehesiftungen.

cf. wegen öffentlicher Bekanntmachung der Straf-Erkenntnisse: Landesf. Rescr. v. 25. Jan. 1820. (Bege I. p. 28.) — Verordn. v. 26. März 1823, die Bankrotte betr., §. 18. — Landesf. Rescr. v. 10. März 1828. (Bege II. p. 53.) — Rescr. herzogl. Landes-Gerichts v. 22. August 1828. (Bege II. p. 55.) — Neue Landfch. Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 110. — Gesetz v. 23. April 1835, die Eingang-, Durchgangs- und Ausgangs-Abgaben betreffend, §§. 109 und 112.

Wegen des täglichen Erscheinens der Anzeigen f. Bekanntmachung des herzogl. Intelligenz-Directorii v. 2. April 1832. (Bege III. p. 340.)

Braunschweigische Anzeigen, Insertionsgebühren.

Das, was von den Copulationen und Taufen *) zu einiger Schadloshaltung der Intelligenz-Casse gezahlt werden muß, soll von den Oesperleuten der Kirchen zu Braunschweig eingefordert und mit dem gewöhnlichen wöchentlichen Verzeichnisse abgeliefert, von notorisch armen Leuten aber gar nichts genommen werden. Landesf. Rescr. an das geistl. Gericht zu Braunschweig v. 23. Decbr. 1765.

Wofern nicht in den ersten acht, höchstens vierzehn Tagen jede Anzeige eingesandt wird, soll das Intelligenz-Comtoir solche Fälle aufzeichnen und melden und sollen von dem, der daran Schuld, für jeden Fall die doppelten Gebühren, bei gänzlicher Unterlassung der Einsendung aber höhere Geldstrafen beigetrieben werden.

Bei Einsendung der bekannt zu machenden Anzeigen sollen die Gebühren jedes Mal mit eingesandt werden. Landesf. Aussch. v. 9. Januar 1766. **)

Die Taxen für diejenigen Artikel, die nach der Verordnung nothwendig in die Intelligenz-Blätter kommen müssen und nicht herausbleiben dürfen, sollen nicht erhöht werden. Landtags-Absch. v. 9. April 1770. Art. 59.

In Gemäßheit eines landesf. Rescripts wird bestimmt, daß, da die Inserirung aller derjenigen Anzeigen, die jura partium betreffen, in den Intelligenz-Blättern nach Vorschrift des höchsten Reglements v. 1. März 1745 bezahlt werden müssen, und die Anzeigen wegen der Verpachtung der Mühlen, Krüge, Zölle, musikalischen Aufwartungen u. zu dergleichen inserendis mit gehören, künftig für dergleichen inserenda die Gebühr von den fürstl. Aemtern an das fürstl. Intelligenz-Comtoir mit eingesandt und solche demnächst mit den übrigen Kosten oder Gerichtsporteln von den Pacht-Impetranten wieder eingefordert werden sollen. Circular-Rescr. fürstl. Cammer v. 26. Febr. 1779.

Nach einer auf höchsten Befehl bekannt gemachten Ordonanz sind die Gebühren für die inserenda in die Anzeigen folgendergestalt bestimmt und einzufordern:

Absterben ablicher Personen 16 Ggr.; characterisirter bürgerlicher Personen, besonders rubricirt, 12 Ggr.; wenn einige nicht zu weitläufige Lebensumstände hinzugefügt sind, 10 Ggr.; solcher Personen, deren Stand erfordert, daß sie Herr genannt werden, 8 Ggr.; geringerer Personen, die besonders genannt werden, 2 Ggr.

Adelsbriefe, deren Anerkennung in hiesigen herzogl. Landen, 1 bis 2 Thlr.

Auctionen: in loco für jeden Bogen des Catalogs, der über 6 Bogen beträgt, 2 Ggr.; andere und auswärtige für 5 gedruckte Zeilen u. 2 Ggr.

*) S. unten: Bekanntmachung v. 1. Octbr. 1787.

**) Der übrige Inhalt dieses Ausschreibens betrifft den Betrag der Insertionsgebühren; f. Bekanntm. v. 1. Octbr. 1787. Erster Theil.

Avancements und Begnadigungen von 8 Ggr. bis 2 Thlr. (nach Bestimmung der fürstl. Collegien, von welchen die Anzeige eingesandt wird.)

Belehnungen 2 Thlr.

Copulationen adlicher Personen 1 Thlr.; vornehmer unadlicher Personen, wo der Bräutigam Herr genannt wird, 12 Ggr.; von Leuten geringern Standes 2 Ggr.

Depositen-Gelder, deren Annahme und Auszahlung 2 Ggr.

Subhastationen, Excitationen, Adjudicationen und Edictal-Citationen, für jede 2 Ggr. (betragen sie über fünf gedruckte Zeilen, so wird für jede 4 Ggr. und so nach Verhältniß mehr bezahlt.)

Tausen: eines adlichen Kindes, 16 Ggr.; von Kindern angesehenen bürgerlicher Personen, wo der Vater Herr genannt wird, besonders rubricirt 12 Ggr., nicht unter besonderer Rubrik 8 Ggr.; eines Kindes von geringerm Stande 2 Ggr.

Vergleiche, gerichtlich confirmirte, für jeden 2 Ggr.

Verlassungen, gerichtliche, der Immobilien, für jedes Grundstück 2 Ggr.

Vormünder, Ernennung derselben, auch Aufhebung der Vormundschaft wegen Majorennität der Kinder, für jede 2 Ggr. *)

Von andern unter obige Rubriken nicht gehörenden Anzeigen, z. B. von Verkaufungen, Vermietthungen, verlorenen, gefundenen oder gestohlenen Sachen, Dienstsuchungen, Anfragen und vermischten Nachrichten wird für jede Anzeige, die fünf Zeilen und weniger im Drucke beträgt, 2 Ggr. bezahlt. Beträgt die Anzeige mehr als fünf gedruckte Zeilen, so steigt die Bezahlung von fünf zu fünf Zeilen mit 2 Ggr.

Soll die Anzeige mehr als ein Mal eingerückt werden, so wird die Bezahlung danach verdoppelt oder vervielfältigt.

Verlangt man die Uebersendung des Intelligenz-Blattes, in welches die Anzeige eingerückt ist, so wird dafür 1 Ggr. der Bezahlung beigelegt.

Wenn von auswärtigen Orten her Anzeigen eingesandt werden und ihnen die Bezahlung nach obiger Festsetzung nicht beigelegt ist, so können die eingesandten Sachen auch nicht bekannt gemacht werden. Ist aber eine geringere Bezahlung als die festgesetzte beigelegt, so wird die Anzeige verhältnißmäßig abgekürzt. **)

Unentgeltlich und ex officio werden in die Anzeigen eingerückt: 1. Alle herrschaftlichen Verordnungen, Edicte und Avertissements. 2. Edicte und Avertissements aller herrschaftlichen Collegien, auch des Magistrats und Polizei-Departements. 3. Criminalgerichtliche Sachen. 4. Polizeisachen. 5. Waisenhaus-Sachen, die dies Institut unmittelbar betreffen. 6. Armensachen. 7. Steckbriefe und alle die gerichtlichen Anzeigen, die ex officio geschehen und keine jura partium betreffen. 8. Anzeigen von Vormundschaften, Tausen und Beerdigungen armer Personen, und solche, wobei durch die Unterschrift des Directorii aus pflichtmäßigen Gründen von der Bezahlung dispensirt wird. Bekanntmachung des fürstl. Intelligenz-Directorii v. 1. Octbr. 1787. (Br. Anz. v. 1787. Nro. 86.)

Daß Intelligenz-Directorium ist angewiesen worden, den Obrigkeiten am Schlusse jeden Jahrs einen Auszug der während desselben in jedem Gerichts-Bezirk gebliebenen oder entstandenen Reste zuzusenden, und sollen jene solche, wenn es nöthig, untersuchen, sie beitreiben und an die Intelligenz-Casse einsenden; Falls aber darunter einige nicht mehr erigibel sein sollten, davon berichten. Landesf. Circular-Rescr. v. 11. Novbr. 1788. ***)

*) Die Gebühren für die obigen Inserenda waren auf landesf. Befehl schon durch eine Bekanntmach. des fürstl. Intelligenz-Directorii v. 9. Mai 1776 bestimmt, indeß mit einigen Abweichungen von deren spätern Feststellung.

**) Dieselben Bestimmungen enthielt schon eine Bekanntmachung der fürstl. Intelligenz-Commission v. 5. Juli 1778.

***) Durch ein landesf. Circular-Rescr. v. 17. März 1789 wurde den Gerichten Special-Commission v. 5. Juli 1778. Inhalte des obigen Rescripts auch gegen die in dem Gerichtsbezirk wohnenden Schriftfassen und andere Privilegirte zu verfahren.

Es tritt zum Destern der Fall ein, daß dem fürstl. Intelligenz-Comtoir von den Magistraten, Gerichten und Aemtern hiesiger Lande gerichtliche Anzeigen von gestohlenen Sachen eingesandt werden und die Einrückung derselben in die hiesigen Anzeigen ex officio verlangt wird. Da aber die Rubrik »Was gestohlen« unter die zu bezahlenden gehört, so kann darin nicht ohne Einschränkung um so weniger gewillfahret werden, weil Serenissimus diesen Fall bereits durch ein höchstes Rescript v. 25. Januar 1788 dahin entschieden hat, daß unter den ex officio einzurückenden Anzeigen nur bloß criminalgerichtliche und überhaupt gerichtliche Anzeigen, die auch von den Gerichten ex officio geschehen müssen und keine jura partium betreffen, mithin auch kurze summarische Anzeigen von geschehenen Diebstählen, nicht aber umständliche Angaben und Verzeichnisse der gestohlenen Sachen, als welche einzeln und besonders anzuhängen und beizufügen, nicht aber den gerichtlichen Bekanntmachungen einzuverleiben, zu verstehen sind; und daß das Intelligenz-Comtoir ein- für allemal angewiesen ist, sich bei Einforderung der Gebühren nach der Rubrik zu richten, unter welche die Anzeige gehört und mit welcher sie eingesandt sind.

Es ist also diese höchste Verfügung, um künftigen irrigen Ansprüchen in dieser Rücksicht zuvorzukommen, hierdurch zu jedermanns Wissenschaft gebracht. Avertissement des fürstl. Intelligenz-Directorii v. 23. Novbr. 1789. (Br. Anz. v. 1789. Nro. 96.)

Daß für das Einrücken der umständlichen Verzeichnisse der gestohlenen Sachen in den gerichtlichen Bekanntmachungen die Insertions-Gebühren bezahlt werden müssen, ist auch durch das Rescript fürstl. Cammer v. 25. März 1793 bekannt gemacht.

cf. Bekanntmachung des fürstl. Intelligenz-Directorii v. 6. Juli 1815. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 52.) — Desgl. v. 5. Febr. 1816. (Br. Anz. v. 1816. Nro. 11. und Bege I. p. 23.) — Rescript fürstl. Cammer-Collegii v. 23. Decbr. 1829. (Bege II. p. 58.) — Bekanntmachung des herzogl. Intelligenz-Directorii vom 2. August 1833. (Br. Anz. v. 1833. Nro. 183.) — Halbjährlich erscheinende Bekanntmachung des herzogl. Intelligenz-Directorii in Betreff der beim Intelligenzwesen getroffenen Verfügungen.

Brau-Ordnungen.

E. Brauwesen.

Brautkranz.

E. Anticipatus concubitus.

Brautshaß.

E. Privilegium dotis.

Brauwesen.

Wegen der Streitigkeiten über das Brauwesen auf dem Lande mit den Städten sollen keine Prozesse verstatet, sondern dieselben zum commissarischen Verfahren verwiesen werden. Landesh. Rescr. v. 29. Octb. 1744.

Brauwesen in Braunschweig.

Landesh. Verordn. v. 5. Decbr. 1746, die neue Einrichtung des Brauwesens in Braunschweig betr. Declaration derselben vom 20. April 1747.

Daß auf höchsten Befehl vom fürstl. Polizei-Departement unterm 4. Januar 1782 publicirte Reglement, das Brauwesen in Braunschweig betr.

Brauwesen in Königsutter.

Brau-Ordnung der Stadt Königsutter v. 4. Septbr. 1793.

Brauwesen in Schöppenstädt.

Landesf. Brau-Ordnung für die Stadt Schöppenstädt v. 21. August 1777.

Brauwesen in Wolfenbüttel.

Brau-Ordnung in Wolfenbüttel v. 26. Februar 1664.

Confirmirte Brau-Ordnung der Festung Wolfenbüttel und der Heinrichsstadt v. 17. Decbr. 1680.

Declaration derselben v. 2. Decbr. 1686.

Verordnung, wonach die Wolfenbüttelschen Braumeister anzunehmen, zu verpflichten und im Saume zu halten, v. 2. Decbr. 1686.

Ratification der acht Punkte, welche in der am 22. Decbr. 1687 von der Brauer-Gilde in der Heinrichsstadt gehaltenen Haupt-Morgensprache vorgekommen, v. 29. März 1688.

Landesf. Verordn. für die Brauer-Innung zu Wolfenbüttel und Aufnahme ihrer Brau-Nahrung v. 7. Mai 1716.

Landesf. offener Befehl wegen der Contravenienten in Verlegung der der Stadt Wolfenbüttel private angewiesenen Krüge v. 15. Septbr. 1719.

Wolfenbüttelsches Brau-Reglement v. 16. Febr. 1731.

Ordnung für die Braumeister und Braufnechte in Wolfenbüttel v. 9. Januar 1777, sammt Eidesformel für erstere v. 5. Novbr. 1779.

Confirmirte Brau-Ordnung der Festung Wolfenbüttel, Heinrichs- und August-Stadt vom 17. Septbr. 1781.

Brau-zeiten.

S. Brau-Gerechtigkeit in Wolfenbüttel — Brauen in Braunschweig.

Breite Steine in Braunschweig, Reiten und Fahren auf denselben.

Es hat bei der Verordnung, *) daß niemand bei 2 Thlr. Strafe über die zur Erhaltung eines reinlichen Fußganges gelegten breiten Steine fahren, reiten, farren, **) und mit Porteschaisen passiren *** soll, sein Verbleiben; und wie auf die bisherige Art mit der Bepflasterung fortgefahren werden soll, so hat derjenige, dessen Steinpflaster schadhaft wird, auf die Anzeige des Districts-Vorgesetzten solches binnen 48 Stunden herzustellen, oder zu gewärtigen, daß solches auf seine executive ohne Anstand beizutreibenden Kosten bewerkstelligt werde.****) Wie denn auch der Wirth bei 1 Mfl. Strafe dahin zu sehen, daß diejenigen, welche bei ihm ausgespannt, mit ihren Wagen die Gassen und Fußgänge nicht beengen, und so viel immer thunlich, die Wagen auf die Höfe bringen. Ueberdem aber ist bei zwei Thaler Strafe hiemit verboten, bei Messzeiten auf dem Kohl- und alten Stadtmärkte, auf der Breiten-, Gördelinger-, Schützen- und Schuhstraße unbespannte Wagen stehen zu lassen.*****) §. 9 der landesf. Verordn., die Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig betr., v. 28. Novbr. 1758.

Da den wegen des Steinpflasters in der Stadt Braunschweig und insbesondere der breiten Steine halber ergangenen Verordnungen nicht genau nachgelebt wird, so ergeht deshalb folgende geschärfte Verordnung:

*) Befehl des Magistrats zu Braunschweig v. 15. Septbr. 1758.

**) S. unten: Verordn. v. 4. Januar 1779.

*** cf. die auf landesf. Befehl durch die fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig unterm 9. April 1815 bekannt gemachte Straßen-Polizei-Verordnung. §. 24. (Br. Aug. v. 1815. Nro. 29.)

****) S. Straßen-Pflaster.

***** cf. cit. Straßen-Polizei-Verordn. v. 9. April 1815. §. 17.

1) Derjenige, der sich anterleht, mit Fuhrwerk, es sei mit Kutschen, Wagen oder Karren, auf den breiten Steinen zu fahren, soll außer der Ersetzung des gethanen Schadens mit 15 Thlr., oder, wenn er des Vermögens nicht ist, solche bezahlen zu können, mit dreiwöchiger Gefängnißstrafe, wechselseitig bei Wasser und Brod, im zweiten Betretungsfalle aber mit doppelter Geldstrafe oder vier- bis sechswöchiger Werkhausestrafe belegt werden. *) 2) Derjenige, welcher auf den breiten Steinen reitet, soll mit 10 Thlr. bestraft, oder, wenn er des Vermögens nicht ist, daß er solche bezahlen kann, mit 14tägiger Gefängnißstrafe, wechselseitig bei Wasser und Brod, belegt, im Wiederholungsfalle aber gleichfalls mit doppelter Strafe angesehen werden. **) 3) Wenn jemand mit einer Schiebekarre darüber fährt, so soll er das erste Mal mit 5 Thlr. oder achttägigem Gefängniß bei Wasser und Brod, das zweite Mal aber mit 10 Thlr. oder 12tägiger Werkhausestrafe belegt, oder, wenn er ein Soldat und die Geldstrafe zu erlegen nicht vermögend ist, im ersten Uebertretungsfalle mit Krummliegen, im zweiten aber dem Befinden nach noch härter bestraft werden, in allen Fällen aber die Schiebekarre verfallen sein. ***) 4) Wer Holz, Bretter, Steine, Handwerksgeräthe und Baumaterialien, Fässer, Kisten, Theer-, Herings- und Fischtonnen darauf legt, soll 5 Thlr. und für jeden Tag, da er solche darauf liegen läßt, 1 Thlr. Strafe geben. Insbesondere sollen sich die Steinleger und Röhrenbohrer bei Aufreißung des rauhen Pflasters des Aufmarsens der Kiesel auf die breiten Steine bei Vermeidung ebennmäßiger Strafe von 5 Thlr. und Ersetzung des verursachten Schadens enthalten. †) 5) Sollte sich jemand, der bei vorgenannten Uebertretungen betroffen wird, erweisen, sich demjenigen, der ihn dabei auf der That ertappt und anhält, zu widersetzen, so soll derselbe ohne alle Rücksicht mit Werkhause- oder dem Befinden nach auch wohl mit empfindlicher Leibesstrafe belegt werden. Wie nun ein jeder Hauswirth zu seinem eigenen Vortheile auf die Contravenienten genau Acht haben und solche zu gebührender Bestrafung anzeigen wird, so soll ein jeder Denunciant, der dergleichen erweisliche Uebertretung anzeigen wird, in dem Art. 1 erwähnten Falle 6 Thlr., in dem Art. 2 bestimmten aber 4 Thlr. und in den Art. 3 und 4 verordneten Fällen 3 Thlr. zum Douceur haben und sein Name, wenn er es verlangen wird, verschwiegen werden. Landesh. Verord. v. 4. Januar 1779. ††) (Br. Anz. v. 1779. Nro. 13.)

Bei dem überhand nehmenden Fahren mit den Schiebekarren auf den breiten Steinen ist obiges Verbot wieder in Erinnerung gebracht, zugleich aber jedermann aufgefodert, die Contraventionen bei der Polizei anzuzeigen, wobei jedem die Versicherung gegeben ist, daß er nicht nur mit allen Kosten verschont bleiben, sondern ihm auch, wenn er dergleichen Uebertretung bergestellt zur Anzeige bringt, daß der Thäter dessen überführt wird, ein Douceur von 3 Thlr. unter Verschweigung seines Namens verabreicht werden soll. Uebrigens sind vorzüglich die Haus-Eigenthümer erimert, daß es ihr eigener Vortheil erfordere, auf diese Uebertretungen zu achten, und sie entweder selbst oder durch ihr Gefinde zur Anzeige zu bringen. Avertissement des k. Polzei-Departements zu Braunschweig v. 26. Febr. 1793. (Br. Anz. v. 1793. Nro. 18.)

Obige Verordn. v. 4. Januar 1779 ist nochmals erneuert, mit dem ausdrücklichen Zusatze, daß die Schiebekarre auf alle Weise verfallen sein soll. Uebrigens sind die Schmelde und Rademacher zugleich angewiesen, ihren Lehrburschen das Rollen der Räder auf den breiten Steinen ernstlich zu unterfagen, inmaßen die Contravenienten, den Schiebekarrenfahrern gleich, bestraft werden sollen. †††) Avertissement des k. Polzei-Departements zu Braunschweig v. 24. Octbr. 1794. (Br. Anz. v. 1794. Nro. 84.)

*) cf. cit. Straßen-Polzei-Verordn. v. 9. April 1815. §. 20.

**) cf. Ebendas. §. 20.

***) cf. Ebendas. §. 22.

†) cf. Ebendas. §. 20.

††) Diese Verordnung ist am 29. Decbr. 1781, 18. März 1794, 10. Febr. 1794 u. vom k. Polzei-Departement zu Braunschweig, wesslich in Erinnerung gebracht, wie denn auch schon durch die Avertissements v. 18. März 1767 und 26. Febr. 1774 das Reiten und Fahren auf den breiten Steinen bei namhafter Strafe verboten war.

†††) cf. cit. Straßen-Polzei-Verordn. v. 9. April 1815. §. 22.

Breite Steine in Wolfenbüttel, Reiten und Fahren auf denselben.

Alles Fahren mit den Schiebekarren sowohl, als mit andern beladenen und leeren Wagen, von welcher Art sie auch sein mögen, imgleichen das Reiten auf den breiten Steinen vor den Häusern und unter den Krambuden ist bei zwei Thaler unabkömmlicher Strafe oder dem Befinden nach breitägiger Gefängnißstrafe im Zwangs-Arbeitshause verboten, und soll dem jedesmaligen Denuncianten auf den Fall einer erigibeln Geldstrafe, wenn er die geschehene Contravention sofort durch Zeugen erweisen kann, ein Drittel dieser Strafe mit 16 Ggr. anheim fallen. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Wolfenbüttel v. 1. Novbr. 1792. (Br. Anz. v. 1792. Nro. 88.)

Brennholz

S. Bau-, Nutz- und Brennholz.

Brennholz, Anfahren desselben für die fürstlichen Hofstätten und Magazine.

Ein jeder und vornehmlich die, so das herrschaftliche Klosterholz für die fürstl. Hofstätten verschaffen, sollen sich auf keinerlei Weise eigenmächtig daran vergreifen und etwas davon zurücklassen oder sonst abhandeln bringen, widrigensfalls der, so sich dessert gelassen hätte, das erste Mal für jede Klust mit 10 Thlr. Strafe ohne Hoffnung einiger Moderation, oder, wenn er solches Geld nicht zu bezahlen hat, mit proportionirter Gefängnißstrafe im Philippsberge bei Wasser und Brod, das andere Mal aber mit Karrenziehen und anderer exemplarischer Leibesstrafe belegt werden soll. Landesh. Verordn. v. 5. Novbr. 1786.

Zu Abhelfung der hiebei vorgefallenen Unordnungen und dadurch veranlaßten verschiedenen Querelen und Verlegenheiten ist nachstehendes Reglement verordnet:

1) Wie zu der Anlieferung obgedachten Feuerholzes kein anderes Mittel, als das Fuhrwerk der Unterthanen aus den dazu bisher adhibirten fürstl. Aemtern auszufinden möglich, so soll dieses dazu fernerhin und zwar gegen Entrichtung des unten bestimmten Fuhrlohns genommen werden. 2) Um aber gedachten Fuhrleuten darunter, so viel möglich, alle Erleichterung und Hülfe zu verschaffen, so sollen dazu alle und jede mit Zugpferden versehenen Unterthanen besagter Amts-Dörfer in folgender Proportion concurriren.

a) Von dem Brennholze für die fürstl. Hofhaltung hat alle Jahr

1) ein jeglicher Ackermann zwei sechsfüßige Klasten,

2) ein jeglicher Halbspanner ein dergleichen Klasten,

3) ein jegliches Spann der Rothsaßen-Pferde, deren viere auf ein Spann gerechnet werden, ebenfalls ein dergleichen Klasten, und also ein jegliches Röthel-Pferd ein Viertel solchen Klastens anzuliefern.

b) Das Brennholz für die Magazine hingegen, da solches nicht alljährlich ein gleich großes Quantum ausmacht, soll nach eben dieser Proportion unter die mit Spannwerk versehenen Unterthanen repartirt werden, also bei beiderlei Holzfuhrn die von den fürstl. Aemtern bisher zu deren Vertheilung, theils nach der Contributions-Abgabe, theils nach der Morgen-Zahl der Länderei zc., willkürlich zum Grunde gelegten verschiedenen und zu allerhand Beschwerden Anlaß gegebenen modi künftig gänzlich cessiren und die Anfuhr allein nach obiger Proportion und ohne darunter einen oder andern zu übersehen und zu verschonen geschehen.

3) Anlangend das für solche Holz-Anfuhr zu bezahlende Fuhrlohn, so soll solches

a) durchgängig nach der Entlegenheit der Forsten von den Dörtern, wohin das daraus angewiesene und aufgelastete Holz zu liefern ist, dergestalt entrichtet werden, daß

b) dergleichen Distanzen von 2 bis 2½ Meile für einen Tag in der Anfuhr zu rechnen, und

c) das Fuhrlohn für jeglichen solchergestalt zu bestimmenden Tag mit einem Thaler zu bezahlen.

Damit nun dieser Lohn den fürstl. Aemtern von fürstl. Cammer sogleich bei der Ausschreibung der Fuhrn bekannt gemacht werden könne, so haben die Ober-Forstbedienten bei Uebergebung der Etats von dem jeglichen Jahr für die Hoffstätten und Magazine zu hauenden Holze und der Forst-Reviere, woraus solches erfolgt, allemal zugleich specifice und zuverlässig anzuzeigen, wie viel Meilen jegliche Hauung, worin das Holz aufgelastet wird, von dem Ablieferungs-Orte entfernt sei. 4) Zu der Anfuhr des nach solcher Vorschrift einem jeden mit Spannwerk versehenen Amts-Untertanen assignirten Holzes wird eine halbjährige Zeit, nämlich von Weihnachten bis Johannis, hierdurch festgesetzt. Wie nun binnen solcher geraumen Zeit ein jeder gar sätlich und ohne Beschwerde das zugetheilte geringe Quantum anliefern kann, und diejenigen, die es darunter ermangeln lassen, keine andere Ursache als einen unverantwortlichen Eigensinn oder Faulheit dazu haben können, so soll, zur Abwendung der daraus von Neuem zu besorgenden Unordnungen, nach dem Schlusse eines jeden Monats, vom Januar an, von den Revier-Forstbedienten eine summarische Specification von den in eines jeglichen Forst vorrätig gewesenenen, abgefahrenen und rückständigen Klastern an die Ober-Forstbedienten, von den Forstschreibern aber aus jedem Districte eine daraus formirte Tabelle, ebenfalls alle Monate, an fürstl. Cammer, ohne Mangel, eingesandt und danach die Beamten zur Antreibung der saumseligen Fuhrleute erinnert, das demohngeachtet nach Ablauf des Monats Juni in den Forsten zurückgebliebene Holz hingegen alsdann sogleich aus den Haien mit möglichster Vorsicht heraus und auf einen unschädlichen Platz für Lohn gebracht, das dafür bezahlte Rückerlohn aber denjenigen Fuhrleuten, die solches zu der rechten Zeit abzufahren versäumt, von dem Fuhrlohn, abgezogen und zu solchem Ende mit Anfang des Juli von jeglichem Amte das Verzeichniß solcher Saumseligen an fürstl. Cammer eingesandt werden. Sollten nun, dieser Anordnung ohnerachtet, auch im Juli dergleichen Rückstände noch nicht weggebracht werden, so sollen solche ohne weitere Nachsicht sofort nach Ablauf dieses Monats durch andere zu dingende Fuhrleute abgefahren, und das dafür über das obbestimmte Fuhrlohn betragende Geld von den zurückgebliebenen Fuhrleuten, ohne Annehmung einiger Entschuldigung, entrichtet und executive beigetrieben werden. 5) Damit jedoch die willigen Fuhrleute auch in den Forsten desto eher und gewisser mit der Ladung abgefertigt werden mögen, die Revier-Forstbedienten aber, mit Versäumung ihrer sonstigen Verrichtungen, nicht ganze Tage auf die Fuhrleute warten dürfen, so sollen wöchentlich die beiden Tage, nämlich der Montag und Mittwoch, allein zur Ladung des gedachten Holzes genommen werden und an solchen die Forstbedienten von dem Morgen bis des Abends bei dem Holze sich aufhalten und den Fuhrleuten die Ladungen anweisen, diese aber sich nur allein auf diese beiden Tage in den Forsten einstellen, und haben diejenigen, so sich auf die übrigen Tage daselbst einfinden, es sich selbst zuzuschreiben, daß sie alsdann leer wieder abfahren müssen; gestalt denn keinem Fuhrmanne bei nachdrücklicher Strafe erlaubt wird, ohne Weisheit und Anweisung des Försters seinen Wagen mit Holz zu beladen und damit abzufahren. 6) Um nun hierunter alles nach dem vorgelegten Endzwecke desto besser zu erhalten, sollen

- a) von den fürstl. Hoffstätten die Holz-Anforderungen allemal gleich in den ersten drei Tagen des Monats August den Ober-Forstbedienten zugestellt,
- b) von diesen der danach und
- c) wegen der Magazin-Vorräthe mit den Hauungen zu machende Etat mit Anfang des Septembers an fürstl. Cammer übergeben,
- d) bei dieser sodann die Fuhr-Repartition dergestalt gemacht werden, daß solche auf dem Herbst-Forsttage mit vorgelegt, durchgegangen und völlig abjustirt, im November aber sowohl den fürstl. Aemtern als Hoffstätten und Ober-Forstbedienten communicirt werden könne. Wie jedoch auch die Anzahl der Rothsaßen-Pferde sich jährlich ändern kann, deren numerum aber zu wissen, bei der Formirung der Fuhr-Repartition unentbehrlich nöthig ist, so soll
- e) von allen Beamten des Schöningschen und Wolfenbütelschen Districts, allemal mit Ausgang des

Augustmonats, bei 50 Thlr. Strafe die wahre Anzahl der vorhandenen Rothfassen-Pferde an fürstl. Cammer pflichtmäßig einberichtet werden.

Die höheren Justiz-Collegien sollen, wenn etwa über die in dieses Reglement einschlagenden Punkte bei ihnen Klage angebracht werden sollte, selbige danach ohne Verflattung ordentlicher Prozesse decidiren. Landesf. Reglement v. 28. Juli 1763. *)

Wie bei der wegen der Kastenholz-Führen zu den fürstl. Hofstätten gemachten Einrichtung, so viel nur möglich gewesen, auf die Erleichterung der Amts-Untertanen und zugleich darauf gesehen worden, daß in Betracht des Fuhrlohns und der weitem oder mindern Entfernung der Forsten eine Gemeinde vor der andern nicht beschwert werden möge, so soll auf das von den Landtags-Deputirten dieserhalb geschehene Ansuchen eine Revision der Führen vorgenommen und dem Befinden nach für die entferntern Gemeinden ein höheres Fuhrlohn bestimmt werden. Landtags-Absh. v. 9. April 1770. Art. 32.

cf. Rescr. herzogl. Cammer-Collegii v. 28. Novbr. 1828. (Bege II. p. 186.)

Brennholz, Auf- und Verkauf desselben.

S. Holz, Auf- und Verkauf desselben in Braunschweig.

Brennholz = Handel in Braunschweig.

Das volle Kasten Brennholz soll anders nicht als zu 6 Fuß lang, 6 Fuß hoch und 6 Fuß breit verstanden und danach auch das vorfallende längere und kürzere Kastenholz ausgemessen und bezahlt werden. Zu welchem Ende bei dem Stadt-Polizeigerichte jeden Districts geachtete Kastenstöcke in Bereitschaft gehalten werden sollen, welche jedoch einem jeden zu Ersparung der Kosten für den Bedienten, der mit selbigen die Messung gegen Erlegung von 2 Sgr. verrichtet, selbst anzuschaffen nachgelassen ist. Wenn bei einem nach dem Augenscheine geschehenen Handel, der vorerst noch gestattet bleibt, der Käufer sich betrogen zu sein erachtet, so soll auf dessen Anzeige das Holz nach obiger Maaße gemessen und nach dem marktgängigen Preise taxirt werden, auch der Käufer bei sich findendem merklichen Unterschiede zu einem Mehreren, als der Marktpreis beträgt, nicht gehalten sein. Landesf. Verordn. v. 6. Juli 1764, welcher die erforderlichen Tabellen beigelegt sind. (Br. Anz. v. 1764. Nro. 63.)

Brennholz = Unterstützungen in Braunschweig.

Den Armen in Braunschweig ist die Veräußerung des ihnen zu ihrer Nothdurft verwilligten Tannen-Brennholzes bei Verlust ihrer Unterstützung ernstlich untersagt, auch der Ankauf des einzelnen Tannen-Holzes, besonders von Armen, bei namhafter Strafe verboten, und soll das Polizei-Departement durch die Polizei-Unterbedienten hierauf fleißig invigiliren lassen. Avertissement aus fürstl. Geheimen-Rathsstube in Braunschweig v. 21. Decbr. 1786. **) (Br. Anz. v. 1786. Nro. 101.)

Brenn- und Rußholz, Abgabe davon in den Thoren zu Braunschweig und Wolfenbüttel.

Die Einnehmung und Berechnung davon ist folgendergestalt eingerichtet:

1) Soll

*) Unterm 11. Januar 1764 ist von fürstl. Cammer ein Regulativ in Betreff der Maaße, Auflasterung, Abfuhr, Ablieferung 2c. des Brennholzes für die fürstl. Hofstätten ergangen, welches hauptsächlich nur die Officianten, welche die Abfuhr und Annahme desselben zu besorgen haben, angeht. Ein Abdruck desselben findet sich in Schneiders Repertorium Bd. 2. p. 28 sqq.

**) Wegen des zur Erleichterung des Holzankaufs für die unermittelten Einwohner zu Braunschweig errichteten Holz-Magazins s. Bekanntmachung des Magistrats zu Braunschweig v. 1. Decbr. 1827. (Br. Anz. v. 1827. Nro. 95.)

1) Soll die Abgift von Brennholz und Wasen in den Thoren zwar bleiben und nach bisheriger, auch für dasmal revidirter Verfassung in folgendem bestehen, daß

- 1) alles, was an die fürstl. Hofstätte kommt, frei ist;
- 2) die Geheimen Rätthe, der Decan und die Capitularen im Dome zu Braunschweig, desgleichen die Patrizier in dieser Stadt, welche eigene Holzung haben, von dem angefahrenen Holze vom Fuder 2 große oder 4 ordinaire Stücke;
- 3) das Waisenhaus aus dessen Holzung von einem Fuder 4 Stücke ferner im Thore abgeben; dahingegen
- 4) von einem jeden andern vier- oder dreispännigen Fuder Holz 6 Stücke;
- 5) von einem zweispännigen dergleichen Fuder Holz 3 Stücke;
- 6) von einem vier- oder dreispännigen Fuder Wasen 2 Stücke;
- 7) von einem zweispännigen dergleichen 1 Stück abgegeben werden.

2) Da aber diese Stücke vorhin und zeither theils bei der Wache, theils bei den Thorschreibern abgeliefert worden, so soll künftig und nach Publication dieses Reglements sothaner Unterschied und die an zwei Orten zum Aufenthalt der Fuhrleute geschehene Ablieferung aufgehoben sein und das im vorstehenden §. 1 in Eins gezogene und determinirte ganze Quantum bei den Thorschreibern abgegeben, und von selbigen oder, nach deren Anweisung, von den Visitatoren in Empfang genommen werden. 3) Die Wachen an den Thoren bleiben inzwischen schuldig, nach wie vor auf Ordnung zu halten, und den Thorschreibern, so oft es nöthig, oder diese es verlangen, zu assistiren, wie dero behuf Ordre an den Commandanten ergangen. 4) Das sämtliche Thorholz wird an den Schreibhäusern der Thorschreiber in die dero behuf gefertigten Klastersstücke in Klastern, und zwar das Buchen-, Eichen- und Eichenholz jegliche Sorte besonders, und was zu diesen Sorten nicht gehört, unter einander eingelegt; die Wasen aber werden gleichgestalt bis zur Ablieferung und zum Verkaufe in getreuliche Verwahrung genommen, und sollen die Thorschreiber und Visitatoren, zumal denselben zur Ergöglichkeit für die Einnehmung, Berechnung und Ablieferung dieses Thorholzes eine proportionirte Zulage und Verbesserung verwilligt worden, äußersten Fleißes und auf Eid und Pflicht dahin sehen, daß solches ordentlich geschehe, auch nichts davon abhanden komme. Mit Ablieferung der gesammelten Klastern aber an die Brennholz-Magazine soll folgende Ordnung gehalten werden: Sobald ein Klastern voll, senden die Thorschreiber am August-, Stein-, Fallerälebischen- und Wenden-Thore das Holz an das Brennholz-Magazin vor dem Fallerälebischen Thore, und die Thorschreiber am Petri-, Hohen- und Wilhelms-Thore an das Magazin vor dem Petri-Thore, und geben dem Fuhrmann einen nach dem gegebenen Formulare eingerichteten Zettel; solchen Zettel bringt der Fuhrmann mit des Holzschreibers Unterschrift dem Thorschreiber zurück. Die Wasen anbelangend, so soll nach fürstl. Cammer Anordnung zuvörderst dasjenige Quantum, so die Wachen zur Anzündung des Torfs benöthigt, denselben davon verabfolgt, und was sodann übrig bleibt, sobald einige Schocke zusammen, das Schock um 24 Gr. bis zu anderweiter Verordnung verkauft werden, wie von fürstl. Cammer die Ablieferung, der Verkauf, auch die Art der Berechnung angeordnet werden wird. 5) Insonderheit sollen die Thorschreiber selbst genau darauf achten, auch darüber halten, daß die Visitatoren dahin sehen müssen, daß die durch diese Ordnung den zur Stadt Kommenden angebotene Erleichterung nicht dahin gemißbraucht werde, daß die Klüfte und Wasen immer schlechter und schlechter ihrer Qualität und Quantität nach von jeglichem Wagen resp. abgelegt und angenommen werden. 6) Nach der von dem zu dieser Einrichtung bestellten und deshalb mit landesf. Ordre versehenen Commissar zu erhaltenden Instruction und Vorschrift sollen die Thorschreiber Berechnung von dem Brennholze und Wasen einrichten und accurat fortführen; auch an denselben 7) die bisher gewöhnlichen Wochenzettel, wie viel Fuder Holz und Wasen eingegangen, und wie viel Stück von beiderlei eingenommen worden, ferner einsenden, nicht weniger an den jedesmaligen Commandanten in dem einzusendenden Abendzettel die

Specification der Fuder Holz und Wasen nach wie vor melden. Es sollen aber auch die wachhabenden Unterofficiere an jedem Thore die bis daher geführte Anzeichnung von dem eingekommenen Holz und Wasen nach wie vor continuiren, und solche an den jedesmaligen Commandanten einschicken, damit derselbe nach landesf. Befehl die Tageszettel aus der Wache mit Ende jeder Woche dem bestellten Commisfar zum angeordneten Gebrauche allemal einschicken könne. 8) Wegen der übrigen bisherigen Abgaben von Holz und mehreren andern Materialien in den Thoren ist resolvirt und verordnet, daß zum Soulagement der Eigenthümer und Fuhrleute, und damit dieselben bei sothaner Ablieferung im Thore sich nicht aufzuhalten haben, die von einem Fuder Borke, Drechslerholz, Böttcherstäbe, groß Bandholz zu Braubütten und Böttcherbänden bisher bei der Wache abgegebenen Stücke Brennholz und Wasen, imgleichen die naturalen Abgaben von den aufgeladenen kleinen tannen Stangen, Hopfenstangen, Strahl- oder Tönnecheholz, großen tannen Ricken, kleinen Rastbäumen, tannen Heibbrettern, so ins Petri-, Wenden- und Fallerslebische Thor kommen, Latten, Kohlen, großen Hohlschaukeln, Besen, Stroh und Heu gänzlich abgeschafft sein, und solche nach Publication dieses in den Thoren nicht weiter abgegeben oder abgenommen, noch weniger gefordert, an deren statt aber etliche wenige Pfennige über den bisherigen Einzoll von den Eigenthümern und Fuhrleuten am Packhose abgeführt werden sollen. Wie denn der künftige Einzoll von vorspecificirten Holz- und andern Materialien mittelst höchster Verordnung an das Packhaus determinirt und die Zollrolle, was die Stücke quaest. betrifft, declarirt worden; hingegen sollen die Abgaben im Thore von dem sogenannten Bauerkohl, imgleichen vom Dorf nicht nur gänzlich cessiren, sondern auch von beiderlei an Einzoll ein Mehreres als bisher nicht abgeführt werden. 9) Wie nun, daß diejenigen von der Wache, welche gegen dieses Reglement handeln, mit Spießruthen bestraft werden sollen, landesf. Ordre an den Commandanten ergangen, also ist auch ferner allen Ernstes verordnet und befohlen, daß 1) derjenige, der sich an dem gesammelten Thorholze und Wasen diebischer Weise zu vergreifen unterfangen sollte, für eine jede Kluft Holz oder Bund Wasen, eine Geldstrafe von 5 Thlr. erlegen, oder wenn der Delinquent diese Geldstrafe aufzubringen nicht im Stande, alsdann mit einer Leibesstrafe belegt werden soll. Dafern aber 2) die Thorschreiber auf irgend eine Art Unterschleif machen oder sonst diesem Reglement zuwider handeln würden, soll der Uebertreter nach Befinden das erste und zweite Mal mit Geld oder Suspension bestraft, das dritte Mal aber, oder auch nach der Größe des Verbrechens das erste und zweite Mal sogleich cassirt werden. Wie denn auch 3) die Visitatoren, wenn sie untreu handeln und sich etwas zu Schulden kommen lassen würden, mit einer den Umständen nach geschärften Leibesstrafe unabkömmlich belegt, oder gleich nach Befinden weggejagt werden sollen. Landesf. Reglement v. 21. Decbr. 1746. *)

cf. Gesetz über die städtischen Abgaben in Braunschweig und Wolfenbüttel v. 11. Mai 1835.

Briefe und Adressen an Fremde in Braunschweig.

Die fürstl. Briefträger sind in ihrer Instruction angewiesen worden, die bei dem fürstl. Post-Comtoir eingegangenen Briefe und Adressen an Personen, die ihnen unbekannt sind, vornehmlich in den Messen den Hauswirthen, bei welchen solche Personen sich aufhalten, zuzustellen und dabei zu verlangen, daß sie die von solchen fremden Personen über den Empfang der Gelder und Päckereien zu quittirenden Postscheine mit unterschreiben möchten. Da nun einige Hauswirthe sich dessen geweigert, so ist auf landesf.

*) Schon eine landesf. Verordn. v. 5. Septbr. 1693 bestimmt, daß durchaus kein Holz in die Thore zu Braunschweig gelassen werden solle, bis davon die bestimmten Stücke abgegeben wären.

Die spätern Avertissements v. 28. August 1770, durch welche die Größe des von dem einkommenden Brenn- und Nutzholze an den Thoren zu entrichtenden Licents bestimmt wurde, und v. 8. April 1774 und 21. Juli 1785, welche Straf-Bestimmungen auf den Fall, daß zur Verkürzung der Abgaben vor den Thoren von den Wagen Pferde abgespannt würden, enthielten, sind durch die neuere Gesetzgebung antiquirt.

Befehl sämmtlichen hiesigen Einwohnern bekannt gemacht, daß sie dergleichen Briefe und Adressen, welche an die bei ihnen logirenden Fremden gerichtet und den Briefträgern unbekannt sind, zu weiterer Beförderung an die Empfänger anzunehmen, auch zu dem Ende besonders die Namen der in ihren Häusern in den Messen aufgenommenen Juden, nebst dem auswärtigen Orte ihres sonst gewöhnlichen Aufenthalts sogleich bei dem fürstl. Post-Comtoir anzuzeigen, oder in Ermangelung dessen zu gewärtigen haben, daß sie den durch ihr Verschulden entstandenen Schaden ersetzen müssen. Verordn. der fürstl. Cammer zu Braunschweig v. 20. Januar 1780. (Br. Anz. v. 1780. Nro. 11)

cf. Post-Verordn. v. 13. August 1832. §. 88 sqq.

Briefe und Siegel, klare.

Wenn jemand seinen gegebenen mit Hand und Siegel bestätigten Verschreibungen, Contracten und Händeln, die keine verbotene und unehrliche Zusage in sich begreifen, nicht nachkömmt, sondern denselben mit erdachten Griffen, durch habende böshafte Advocaten und vortheilhafte Behelfe, widerläuft, sich auf ordentliches Recht und Erkenntniß beruft, derselbe soll damit nicht gehört, noch zum Proceß verstattet, die Advocaten auch, so gutherzige Leute dazu führen, oder denselben Anlaß geben, nicht allein mit willkührlicher Strafe belegt, sondern wider den Schuldigen Inhalts gegebener Siegel und Briefe unverzüglich und alsbald verholten und keine Widerrede, Einwenden oder Exception dawider zugelassen oder angenommen werden. Wenn aber einer zur Nothdurft in continenti und auf unverwendeten Fuß darthun und erweisen wollte, daß Siegeln und Briefen allbereits genug gethan, dieselben erfüllt, die Zahlung geleistet und das debitum illiquidum wäre, damit wird er billig gehört. Da aber die Bezahlung wirklich ergangen, alsdann und nicht eher soll dem Beklagten frei und bevor stehen und unbenommen sein, den Kläger wegen erlittener und vollstreckter Hülfe, wiederum nach Anleitung der Rechte, ordentlich vorzunehmen. Ueber Juden- und andere ungebührliche nicht zugelassene Zinsen soll nicht geholfen, und ein jeder in hiesigen Landen sich der wucherlichen Contracte und Partiten enthalten, auch über die Verschreibungen, darin ein höheres als sechs von hundert *) verschrieben, kein Consens noch Bewilligung gegeben noch verholten, sondern wider solche vergessene Wucherer vermöge der gemeinen Rechte und Reichsabshiede verfahren werden. Wider die Ehrvergeßenen, welche mehr aufnehmen und borgen, als ihr Vermögen austrägt und also Gläubiger und Bürgen vorsätzlich betrügen, soll zu Aufrechthaltung der Ehr- und Redlichkeit, Treue und Glaubens nicht allein mit schleuniger Hülfe bis aufs Aeußerste, sondern auch dann mit willkührlicher Strafe also verfahren werden, **) daß andere daran ein Absehen tragen werden. Landesfürstl. Verordn. v. 3. Novbr. 1617.

Auf die Verordn. v. 3. Novbr. 1617 soll gehalten werden, insofern in continenti nicht erwiesen, daß das debitum illiquidum ist, und dem Beklagten soll nach erfolgter Bezahlung seine Nothdurft gegen den Kläger reconveniendi vorbehalten werden. Landesf. Rescr. v. 9. Juni 1619.

In dem Falle, wenn einer aus der fürstl. Constitution vom Jahre 1617, wegen Erequirung klarer Briefe und Siegel, aus klaren Briefen und Siegeln belangt wird, und der Beklagte zum Beweise seiner Einrede sich der Eides-Delation bedient, soll dieser damit gehört und die delatio juramenti pro probatione, quae fit in continenti, wie sie in vorgedachter constitutio Divi Friderici Ulrici de 1617 zugelassen wird, angenommen werden, jedoch mit diesem Anhange, daß derjenige, welcher sich der Eides-Delation in processu executivo, da aus instrumentis guarentigiatis gegen ihn geklagt wird, bedienen will, solches sub praejudicio, daß er sonst in solchem processu executivo damit weiter nicht

*) S. Zinsen.

**) S. Concurr.

148 Brinksfiser, Proceſſe derſelben — Bruch = u. anderes Gold, auch Bruch = u. Brandſilber.

gehört werde, zeitig ante terminum melden ſolle, damit der Kläger ſich in termino darauf erklären könne. Landeſf. Verordn. v. 10. Juni 1745.

Die gutwillige Annehmung der Particular-Solution, wenn der Gläubiger dem Rechte, welches klare Briefe und Siegel mit ſich führen, nicht ausdrücklich renunciirt, ſoll daſſelbe nicht aufheben. Landeſf. Declaration v. 4. Mai 1748. *) (S. Woltereck's kurzen Begriff Br. Wolfenb. Landeſſ-Ordn. p. 410.)

S. auch: Eid — Beweis — Untergericht zu Braunschweig, welche Sachen dahin gehören — Untergerichte des Fürſtenthums Blankenburg — Executiv-Proceß.

Brinksfiser, Proceſſe derſelben.

S. Gemeinde-Proceſſe.

Brinksfiser, Weidegeld derſelben.

Da hin und wieder zwischen den Unterthanen Streitigkeit, auch wohl weitläufige Proceſſe über die Frage entſtanden ſind, ob die Brinksfiser, wenn ſie ihr Vieh mit auf die Gemeinde-Weide treiben, dafür Weidegeld entrichten, oder in wie weit ſie davon befreiet ſein ſollen? Serenissimus aber in dieſen, das Contributions-Wesen und die Polizei betreffenden Sachen keine Proceſſe verſtatten will; ſo ſollen alle Beamte und Gerichts-Ordnungen dergleichen, wenn ſie an dieſelben gebracht werden, nicht annehmen, ſondern partes an fürſtl. Geheime Rathſtube verweiſen und zugleich an dieſelbe von der Sache Bewandniß berichten. Landeſf. Reſcr. v. 8. Juni 1743.

S. auch: Gemeinde-Weiden.

Brinksfiser-Stellen, Anlegung einer zweiten Stube in denſelben.

S. unter »Beamte« landeſf. Reſcr. v. 29. Auguſt 1805.

Brod.

S. Bäcker — Backweſen in Braunschweig.

Brod- und Saatkorn.

S. Säen um die Hälfte.

Brod-Taxe in Braunschweig.

Die Feſtſtellung der Brod-Preiſe in Braunschweig durch die Polizei-Behörde iſt aufgehoben durch die auf höchſten Befehl ergangene Verordnung der fürſtl. Polizei-Direction v. 10. Februar 1817. (Br. Anz. v. 1817. Nro. 13.)

Bruchgerichts-Ordnung

der Stadt Braunschweig v. 15. April 1690.

Das Bruchgericht iſt durch die landeſf. Verordn. v. 24. Juli 1759, das Polizei-Gericht in Braunschweig betr., §. 18 aufgehoben; f. Polizeisachen in Braunschweig.

Bruch- und anderes Gold, auch Bruch- und Brandſilber.

Da den wiederholt ergangenen Verordnungen **) zuwider von Einheimiſchen und Auswärtigen das

*) Dieſe Declaration iſt, bei Gelegenheit einer Forderung des Rathsbieners Kortnacke an die Erben des Bürgerhauptmanns Kortnacke, an fürſtl. Juſtiz-Canzlei ergangen.

**) Schon unterm 14. Januar 1715 und 8. Auguſt 1733 waren dieſerhalb landeſf. Verordnungen ergangen.

Bruch- und andere Silber immer mehr außer Landes verfahren, nicht weniger auch das Bruch- und anderes ungemünztes Gold fortgeschafft wird, hierdurch aber nicht nur dem gemeinen Wesen der Schaden zuwächst, daß für das aufgekaufte und weggeschleppte Silber und Gold größtentheils schlechte Geldsorten zurückbleiben und deren Ueberschwemmung sich vermehrt, sondern auch die Besorgung des mit der Dauer und Aufnahme des Handels und Wandels so nahe verknüpften Münz-Regals immer schwerer wird, dann ferner für die Fabrikanten und Gold- und Silber-Arbeiter daher die unvermeidliche Folge entspringt, daß sie entweder gar keine Metalle zu ihrer Arbeit bekommen können, oder, um davon auf den bedürftigen Fall nicht entblößt zu sein, solche, wie sie vorkommen, zu einem lästigen Vorrathe aufkaufen, aber übermäßig bezahlen und noch wohl dazu mit neuer Beschwerde und Kosten zu ihrer Arbeit zubereiten müssen, woraus denn nichts anderes als ein Abbruch des Verdienstes und Verfall der Nahrung, letztlich auch die Besorgniß entstehen muß, daß die wegen gehöriger Feine des verarbeiteten Goldes und Silbers gemachten Verordnungen um so eher übertreten, Treue und Glauben verlegt und unschuldige Käufer verlegt werden; so wird zur Steuerung solchen Unwesens verordnet:

1) Niemandem, wer der auch sei, Christen oder Juden, Einheimischen oder Auswärtigen, soll gestattet sein, Bruch- oder anderes Gold, Bruch- oder Brandsilber, Pagamenten, alte goldene oder silberne Pressen, Fransen, Faden, Points d'Espagne, Borten, oder wie das verarbeitete oder unverarbeitete, dem Schmelzen bestimmte Gold und Silber immer genannt werden mag, außer Landes zu führen, sondern es soll solches alles an die fürstl. Münze in Braunschweig gegen baare Bezahlung geliefert werden. Da nun bei gedachter fürstl. Münze nicht allein die Veranstaltung gemacht, daß alles, was daselbst gebracht wird, zu völliger Vergnüglichkeit der Verkäufer billig bezahlt werde, sondern auch zu Erleichterung der Fabrikanten und Arbeiter verordnet, daß denselben nicht nur das feine Scheidegold, welches oftmalen etliche Grane, ja wohl gar ganze Karate unter der Feine zum Abbruche des Credits und Aufnahme der Fabriken betrüglich verkauft, sondern auch überhaupt alles Gold und Silber, so sie zu ihrem Gewerbe gebrauchen, ohne Absicht auf einigen Profit nach dem jedesmaligen Preise, und zwar zu ihrer Sicherheit in der gehörigen Feine gestempelt, wiederum verlassen werde: so sollen 2) künftighin alle Fabrikanten, Gold- und Silber-Arbeiter und Handwerker, die dieser Metalle resp. zum Vergolden, Drathziehen, Schmieden oder anderer Arbeit benöthigt, sich deren Ankaufs gänzlich enthalten, vielmehr alles und jedes aus der fürstl. Münze nehmen; und damit diese Verordnung denen, die außer der Stadt Braunschweig wohnen, zu keiner Beschwerde gereiche, soll alles, was sie an Gelde oder Metall resp. an die Münze schicken, oder daher verlangen, auf den fürstl. Posten ohne einiges Entgeld hin- und hergebracht werden. Ebenso wenig ist nach obgedachten Fabrikanten und Arbeitern 3) jemand anders, weß Standes oder Wesens er sei, erlaubt, alles Gold oder Silber zum Einschmelzen oder weitem Verkaufe einzuhandeln, zumal die Erfahrung gegeben, daß die Nachforschung und Entdeckung gestohlener goldener oder silberner Waaren vornehmlich daher oft unmöglich gewesen, weil ein jeder sie einkaufen und einschmelzen dürfen, und ist für diejenigen, die außer Braunschweig wohnen, und Silber oder Gold verkaufen wollen, gleichfalls verordnet, daß es auf den fürstl. Posten frei sein und die Bezahlung mit nächster Post franco zurückgeschickt werden solle. Ueberhaupt soll 4) sowohl der Käufer als Verkäufer, welcher diese Verordnung übertritt, in gleicher Verdammniß sein, es wäre denn, daß den Käufer oder Verkäufer das Geschehene gereuete und er solches meldete, auf welchen Fall er nicht nur aller Strafe entlassen, sondern ihm auch, was er durch Verkauf an Geld bekommen, verbleiben, das durch Kauf erlangte Metall aber bezahlt und das Kauf-pretium dazu wieder geschafft werden, wie denn alle, die Contraventionen denunciiren, den dritten Theil dessen, was das Gold oder Silber werth, bezahlt haben sollen. Es bleibt indessen 5) unverwehrt, von fremden Orten Gold und Silber zum Schmelzen und Verarbeiten kommen zu lassen, jedoch solchergestalt, daß es gleich nach der Ankunft der Münze zur Probirung und Stempelung oder Vermünzung eingesandt werde. 6) Die Uebertreter sollen mit Confiscation und harter Gelbbuße angesehen, nicht minder vor-

kommenden Umständen nach an Ehre, Leib und Leben bestraft werden. Landesfürstl. Verordn. v. 29. Juli 1742.

Es soll sich kein Unterthan, noch sonst jemand, der sich Handels und Gewerbes wegen in hiesigen Landen aufhält, unterstehen, einiges Silber, es sei von was für Gattung es wolle, in hiesigen Landen aufzukaufen, oder hiesige grobe und andere Silber-Münzsorten, insonderheit die nach dem Conventionsfuße ausgeprägten Species-Thaler, $\frac{2}{3}$ und $\frac{1}{3}$ Stücke des Einschmelzens und verbotenen Münzhandels wegen aufzuwechseln und aus hiesigen Landen zu führen. Sollte sich dieses ernstlichen Verbots ungeachtet dennoch jemand unterstehen, demselben zuwider zu handeln, dem soll nicht nur das bei ihm sich findende Silber, es sei gemünztes oder anderes, ohne einige Gnade, Nachsicht oder Milberung confiscirt, sondern derselbe auch noch über dieses dem Befinden nach mit empfindlicher, allenfalls Leibes-Eraße belegt werden. Und damit hierunter um so weniger einiger Unterschleif vorgehen möge, so sollen alle diejenigen, welche Silber aufkaufen, gehalten sein, darüber richtig Buch zu führen und, so oft es verlangt wird, jedes Mal erweislich machen, daß sie ihr aufgekauftes Silber bei fürstl. Münze hieselbst wieder abgegeben und bei derselben gelassen, widrigenfalls sie als Uebertreter dieser Verordnung angesehen und nach der Strenge derselben bestraft werden sollen. Die Obrigkeiten, insonderheit der Stadt-Magistrat in Braunschweig, sollen darüber mit Nachdruck halten und über die Contraventionen fleißig invigiliren lassen. Demjenigen, welcher dergleichen denunciiren wird, soll jedes Mal ein Theil des confiscirten Silbers anheim fallen, auch dessen Name verschwiegen bleiben. Landesf. Verordn. v. 27. Febr. 1766. *)

Da verschiedene in dem Wahne stehen, als ob die wider die Ausfuhr des Silbers unterm 27. Febr. 1766 ergangene höchste Verordnung nicht auf die Messen gehe, so ist auf landesfürstl. Befehl jeder gewarnt und zum Ueberflusse ausdrücklich declarirt, daß es nie die Meinung gewesen, noch sein könne, daß gedachte Verordnung in den Messen cessiren solle, vielmehr soll nach aller Strenge gegen die Contravenienten verfahren werden. Avertissement v. 4. August 1766. (Br. Anz. v. 1766. Nro. 63.)

Auf höchsten Befehl ist Inhalts der landesf. Verordnungen v. 29. Juli 1742 und 28. Juli 1760 bekannt gemacht, daß derjenige, so ohne expresse Concession Gold und Silber einschmelze, Gold- und Bruchsilber, auch feine und gute Münzsorten aus dem Lande sende, ohne Unterschied nach der Vorschrift oben angezogener Verordnungen angesehen, demjenigen aber, so dergleichen Uebertretungen anzeigen werde, mit Verschweigung seines Namens die ausgesetzte Belohnung gereicht werden solle. Avertissement v. 12. Januar 1769. (Br. Anz. v. 1769. Nro. 8.)

Auf den Verkauf und die Ausführung des Bruch- und andern Silbers soll die genaueste Achtung gegeben, und gegen die betroffenen Contravenienten mit der Confiscation solchen Silbers und deren Bestrafung ohne alle Nachsicht verfahren, denjenigen aber, die dergleichen Contraventionen entweder bei fürstl. Münze oder dem hiesigen Magistrate anzeigen, wenn solche Meldung bei angestellter Untersuchung richtig befunden worden, der in den fürstl. Verordnungen versprochene Antheil von dem confiscirten Silber mit Verschweigung ihres Namens ohne Mangel zugestellt werden; wogegen bei fürstl. Münze die Einrichtung gemacht ist, daß sowohl von den hiesigen Einwohnern, als von den anhero kommenden Fremden dergleichen Silber gegen prompte Bezahlung des wahren Werths angenommen werde. Zu welchem Ende denn besonders die die hiesigen Messen besuchenden Juden das mit anhero gebrachte Silber bei ihrer Ankunft gehörig resp. bei fürstl. Packhause oder auf dem Posthause durch ihre Caventen anzugeben, an gedachte

*) Diese Verordnung ist durch eine in verbis dispositivis ganz gleichlautende Verordnung v. 25. Januar 1770 erneuert. Früher waren schon unterm 29. Juli 1760 und 13. August 1761 Verordnungen ergangen, die aber im Wesentlichen nicht mehr als die oben angeführte enthalten.

Münze abzuliefern, darüber sodann außer der gebührenden Bezahlung die nöthige Bescheinigung ohne Mangel zu erwarten, und solche vor ihrer Abreise den Obercommissarien am Pacht Hofe vorzuzeigen haben, indem ihnen ohne diese die nöthige Abfertigung zu ihrer Abreise nicht ertheilt werden wird. Auf landesf. Befehl bekannt gemachtes Avertissement v. 5. August 1776. (Br. Anz. v. 1776, denen dieses Avertissement beigelegt ist.)

Die Braunschweigischen Schugjuden sollen dergleichen Bruch= und ungemünztes Gold und Silber nicht außer Landes schicken. S. Judenthath in Braunschweig. §. 10. S. auch: Juden, Handel derselben in den Braunschweigischen Messen.

Da den ergangenen Verordnungen, den verbotenen Ankauf des Goldes und Silbers betreffend, beträchtlich in und außer den Messen zuwider gehandelt worden, so sind dieselben nochmals in Erinnerung gebracht und ist den Denuncianten der dritte Theil des Goldes und Silbers, insofern die Confiscation derselben eintritt, wiederholt zugesichert. Bekanntmachung des Polizei=Departements zu Braunschweig v. 25. Juni 1804. (Br. Anz. v. 1804. Nro. 53.)

S. auch: Münzen.

cf. Gesetz v. 23. April 1835, die Eingangs=, Durchgangs= und Ausgangs=Abgaben betr., Anlage A. Nro. 26.

Brücken=Geld.

S. Weg= und Brückengeld.

Brunnen in Braunschweig, Verunreinigen derselben.

Das Auswaschen und Abspülen des Garns, der Fenster und andern Geräths in den Bassins der öffentlichen Brunnen, wodurch das daselbst befindliche Wasser ungebührlich verunreinigt wird, ist bei 2 Mariengulden Strafe untersagt. Bekanntmachung des fürstl. Polizei=Departements zu Braunschweig v. 28. März 1805. (Br. Anz. v. 1805. Nro. 27.)

Brunnen in Seesen.

S. die mit landesf. Genehmigung vom dasigen Magistrate publicirte Brunnen=Ordnung für die Stadt Seesen v. 10. Octbr. 1788.

Brunnen und Wasserleitungen in Braunschweig.

Da den bei den Wasserkünsten angenommenen Kunstmeistern, welche Inhalts ihrer Instruction darauf zu achten haben, daß keine Brunnen und Wasserleitungen, so wenig in Privat= als öffentlichen Häusern, eingehen, alle Brunnen=Arbeiten in den Privat=Häusern privative beigelegt worden, so wird solches und daß sich jeder einzig und allein bei vorzunehmenden Brunnen=Arbeiten an diese, bei den Wasserkünsten besonders angenommenen Kunstmeister, nicht aber an andere Arbeiter zu wenden hat, bekannt gemacht. Bekanntmachung des fürstl. Polizei=Departements zu Braunschweig v. 29. Novbr. 1804. (Br. Anz. v. 1804. Nro. 95.)

cf. Bekanntmachung der fürstlichen Polizei=Direction zu Braunschweig v. 17. Juli 1815. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 55.)

Bücher, abergläubige, Verkauf derselben.

S. Wochenmärkte in Braunschweig Nro. 22.

Bücher, gebundene, Handel mit denselben.

Da der Vertrieb, feile Kauf und Handel mit Kalendern, Schul-, auch Gesangbüchern, Katechismen, neuen Testamenten, Psaltern, Evangelien, Gebeten, Sirachs und andern dergleichen gebundenen Büchern außer denjenigen, welche sich zu den Buchbinder-Gilden im Lande halten, niemandem zukömmt, so sollen sämtliche Ober- und Beamte solchen Handel niemandem (auch nicht den Hofen- und Winkelskrämern auf den Dörfern, imgleichen den Küstern und andern Personen, wie die *verba enunciativa* dieser Verordnung ausdrücklich besagen) als den Buchbindern gestatten, denselben auf ihr Anmelden und Verlangen bei den etwa anzustellenden Visitationen auf alle Weise mit obrigkeitlicher Hülfe assistiren, die Contravenienten das erste Mal scharf verwarnen, hernachmals aber mit der Confiscation gegen dieselben verfahren und die Hälfte der confiscirten Waaren dem Denuncianten jedes Mal verabsfolgen lassen. *) Die Obrigkeiten in den Landstädten sollen sich gleichfalls nach dieser Verordnung achten, und streng darüber halten, hiernächst aber auch darauf gedenken und die Verfügung machen, wie in Ermangelung einer Gilde oder tüchtiger Meister an jeglichem Orte ein Vorrath von obgedachten Büchern angeschafft werden könne, und sollen dieselben von einer inländischen Gilde genommen und ein gewisser Preis regulirt werden. Landesf. Verordn. v. 24. Mai 1745.

cf. Bekanntmachung der fürstl. Polizei-Direction zu Wolfenbüttel v. 11. Octbr. 1831. (Br. Anz. v. 1831. Nro. 82.)

Bücher=Censur.

Die wegen der Bücher=Censur ergangenen ältern Bestimmungen sind antiquirt. S. Verordn. v. 28. März 1814 und v. 25. Octbr. 1819, die Censur der Druckschriften betr. — Verordn. v. 23. Febr. 1824, die vor dem Abdrucke der Censur zu unterwerfenden, bei der Bundes=Versammlung einzureichenden Reclamationen und Druckschriften u. betr. — Verordn. v. 30. August 1824, die Fortdauer der wegen der Censur der Druckschriften unterm 25. Octbr. 1819 ergangenen Verordn. betr. — Verordn. v. 4. August 1832, die Bekanntmachung des Beschlusses des Deutschen Bundes v. 5. Juli 1832 betr. — Neue Landschafts=Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 31.

Bücher=Pränumeration.

S. Pränumeration auf Bücher.

Bürger=Geld

müssen die herrschaftlichen Bedienten bezahlen, wenn sie immobilia erwerben. Landesfürstl. Rescr. v. 29. März 1742.

Denjenigen, die das Bürger-Recht in einer Stadt gewonnen haben, soll auf den Fall, wenn sie aus einer hiesigen Stadt in eine andere Stadt ziehen, die Hälfte des Bürger=Geldes, welches sie in der andern Stadt erweislich bezahlt haben, zu Gute kommen. Landesf. Verordn. v. 31. Decbr. 1759.

cf. Städte=Ordn. v. 4. Juni 1834. §. 29.

Bürger=Geld in Braunschweig.

Ein jeder, welcher sich nach Braunschweig zu begeben und ehrlich zu ernähren Willens, er sei von was für Profession er wolle, soll anstatt der sonst üblichen Bürger=Gelder nicht mehr für sich und seine Frau als 20 Mfl., wosfern er aber eine lebige Person ist, oder eines Bürgers Tochter heirathet,

nur

*) cf. Gesetz v. 4. April 1837, die Gewerbesteuer betr., §. 48.

nur die Hälfte, nämlich 10 Mfl., erlegen. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 21. Januar 1712.

S. auch: Reformirte, Niederlassung derselben in den hiesigen Landen.

Bürger- und Bauer-Lehn.

Damit die von dem Landesherrn und dessen fürstl. Hause relevirenden, in hiesigen Landen belegenen Bürger- und Bauer-Lehne in gehöriger Ordnung und mehrerer Gewisheit in Ansehung ihrer Besitzer erhalten werden, soll dem Lehns-Fiscal, wenn er von den Obrigkeiten genaue Erkundigung einzieht, ob die Vasallen die sämtlichen Lehnstücke noch wirklich besizen, von fürstl. Ober- und Beamten, auch andern Gerichts-Obrigkeiten auf seine Requisitionen mit den dieserhalb zu verlangenden Nachrichten und Nachweisungen jedes Mal bald und unweigerlich, auch in vollständiger Maasse an Handen gegangen werden. Landesf. Ausschreiben v. 27. Septbr. 1764.

Bürgermeister.

An den Orten der Stadt Braunschweig und deren Bürgerei zugehörigen Meiern, so bis dahero kraft der aus voriger Observanz einen Tag in der Woche Dienst geleistet, sollen hinfüro die Dienstpflichtigen, gleich andern dienstpflichtigen Unterthanen, wöchentlich zu dem zweitägigen abzuleistenden Dienste, ohne einiges Ansehn der Person, mit erfordert und solches den Dienstregistern mit inserirt, auch wenn etwa des Endes Güter, so denen in der Stadt zustehen, hiernächst verkauft und die Kaufgelder von der Stadt Braunschweig Bürgern aufgenommen, wie auch sonst Erbschaft oder andere Fälle, worin nach Gebrauch dieser Länder der Abzug des dritten Pfennigs Statt hat, nachher der Stadt Braunschweig fallen würden, so soll der dritte Pfennig davon an das Amt Wolfenbüttel erfordert und der Gebühr berechnet werden. Mandat an den Amtmann zu Wolfenbüttel v. 19. Juli 1645.

Es hat wegen der Bürgermeister bei den vom Herzoge August herausgegebenen Verordnungen von 1645 und 1660, nach welchen von den Bürgermeiern der zweitägige Dienst wöchentlich geleistet werden muß, billig sein Bemenden. Wie aber verschiedenen dieserwegen einige Erlassung geschehen, so will der Landesfürst dieselben solche Begnadigung ferner genießen lassen. Landtags-Abschied von 1702. §. 12.

S. auch: Dienste; insbesondere: Dienst-Reglement v. 5. Decbr. 1722.

Bürgerrecht.

Ueber die Erwerbung desselben s. Städte-Ordn. v. 4. Juni 1834. §. 15 sqq.

S. auch: Immobilien, Ankauf derselben in Braunschweig.

Bürgschaft.

Weil die Supplicantin für die capitalia quaest. sich verbürgt, so kann sie der Bezahlung der darauf rückständigen Zinsen auch verursachten Kosten sich nicht entziehen. Landesf. Resolution für die Ehefrau des Brauers Kote in Wolfenbüttel v. 19. August 1747.

Burgfeste.

Mit der Burgfeste soll es gehalten und dieselbe geleistet werden, wie es an jedem Orte, auch in specie mit jeder Person und Hofe hergebracht ist; Salzbadl. Landtags-Absch. v. 3. Juni 1597. Art. 2. und Wolfenb. Landtags-Absch. v. 27. Januar 1619. Art. 18. dieselbe oder zu anderer Arbeit und viel weniger in Privatsachen nicht misbraucht, es auch damit also angestellt werden, daß es den Leuten nicht zu schwer falle. Wolfenb. Landtags-Absch. v. 27. Januar 1619. Art. 18.

Erster Theil.

Die Festungs-Arbeiten sind zu den Burgfesten nicht zu ziehen und daher die Hintersassen zum Festungsbaue zu schicken. Landessf. Rescr. an das abliche Gericht Duttensfeld v. 26. Mai 1652.
S. auch: Dienste.

Burg- und Haus-Frieden.

Zu Wolfenbüttel auf dem Schlosse, im Marstalle, im Zuchthause, auf dem Damme und in der Heinrichsstadt, in der fürstl. Kanzlei daselbst, vor dem Mühlen-Thore am Fummelser Teiche, vor dem neuen Thore im Gotteslager und so weit die Festung wendet und sich die vor den Thoren verordneten Tagwachen erstrecken, soll keiner den andern vorsätzlicher muthwilliger Weise mit Behren, wie die Namen haben mögen, einigerlei Weise verwunden, vergewaltigen und verletzen oder beschädigen, auch sonst schelten und schmähen, sondern ein jeglicher gegen den andern friedsam handeln und gebärden, und dasjenige, was er zum andern zu sprechen oder zu klagen zu haben vermeint, vor den landesfürstlich dazu befehligten Råthen oder demjenigen, allda es sich seines Dienstes, Amtes oder Sachen halber gebührt, ordentlicher und gebühlicher Weise entweder mit Güte und Recht suchen und austragen, und mit der That einen gänglichen und vollkommenen Frieden gegen männiglich, niemanden ausgenommen, halten. Würde aber einer oder mehrere diesen Burg- und Hausfrieden vorberührter Gestalt verbrechen, der oder dieselbigen sollen an Leib und Leben gestraft und keine Gnade, noch einigerlei Fürbitte oder Verdienst statt finden. Wenn auch einer oder mehrere an einander in ein Gezänk geriethen, dadurch zu beforgen, daß dieser Burg- und Haus-Frieden verletzt werden möchte, so sollen die andern Beiwesenden den Haderern diesen Frieden gebieten und ankündigen, welchen diese Zankfüchtigen in alle Wege zu achten schuldig sein sollen. So aber einer oder die beiden dem zuwider ihre Wehre blösten und zückten, und doch einer den andern nicht verletzte, so sollen die nach Gelegenheit der Person, nach landesfürstlicher und der fürstl. Råthe Erkenntniß, darum gestraft werden, und sollen die Anwesenden dieselben vorsätzlich nicht an einander lassen. Wenn die aber das gestatten würden, so sollen sie als Verächter dieses Friedens nach Befindung mit ernstlicher Strafe auch angesehen werden. Es soll auch niemand die Gefängnisse öffnen noch ersteigen, noch dazu Rath, Hülfe oder That geben, noch den Gefangenen hinweghelfen, noch keiner auf oder über die Festung, Stacket und Wälle (und Rüste, so in Zeit des Bauens darüber gemacht, landessf. Verordn. v. 25. März 1592.) vorsätzlicher oder verdächtiger Weise gehen, steigen oder laufen. So oft das einer oder mehrere thäten, sollen der oder die nach Befindung mit der Strafe des Burg- und Haus-Friedens oder mit andern ernsten Einsen oder Strafe, welche der, dem hinweggeholfen wäre, verwirkt hätte, gestraft werden. Die fürstl. Hofdiener und diejenigen, so an Hof kommen, sollen den Wirthen und Bürgern in ihren Häusern und an ihrem Gesinde mit unzüchtigen Worten und Werken keine Ueberlast, Frevel noch Gewalt thun, noch das durch ihre Diener, Knechte und Jungen zu thun gestatten oder verhängen, auch mit unzüchtigen, schandbaren, schandlosen Worten, Gebärden und bösen ärgerlichen Beispielen gegen sie sich nicht gebärden, sondern sich ehrbar und züchtig halten; wenn aber einer dawider freventlich handeln würde, so soll der Frevler und Unzüchtige nach Gelegenheit der Person und begangenen Verwirkung nach höchster oder der fürstl. Råthe Erkenntniß deswegen bestraft werden. Da sich aber begäbe, daß eine fröhliche Gesellschaft und nicht muthwillig den Wirthen und Bürgern ihre Gemächer, Fenster, Defen, Kanten, Thüren und andere Hausgeräthe oder Eigenthum zerschlagen oder zerbrechen würden, (das dann billig unterlassen werden soll) so sollen dieselbigen, so solches gethan, nicht eher weggelassen werden, sie haben denn zuvor für solche geübte Unlust des Wirths und Bürgers Willen gemacht und ihn zufrieden gestellt; ob sie auch darüber dem oder den Gästen ihre Pferde, oder anderes, das ihnen zuständig, anhalten werden, sollen sie damit nichts gefrevelt haben, sondern ihnen das hiermit erlaubt und nachgegeben sein. Würde sich auch zutragen, daß der, welcher von wegen seiner Verbrechen dieses Friedens und seiner obgeschriebenen angehefteten Artikel und Handhabung desselben zum Gefängniß

durch die herrschaftlichen dazu verordneten Befehlshaber und Knechte eingezogen und angenommen werden sollte, sich dafür mit Frevel und Gewalt aufhalten und dawider sperren und setzen wollte, und derselbe darüber verletzt oder beschädigt würde, so soll er derhalben es niemandem zu klagen haben, und die, so solches obberührtermassen gethan, sollen ihm dazu zu antworten nicht schuldig sein. Wollten auch andere den Schulbigen, so eingezogen und angenommen werden sollte, davor helfen; schützen und erretten, soll der oder die, welche sich das unterständen, zu gleichem Gefängniß oder Arrethung mit bestrickt und nach höchster und fürstl. Rätthe Erkenntniß vermöge der Rechte gestraft werden. So auch die fürstl. Befehlshaber und Diener jemanden anzunehmen und zum Gefängniß zu bringen zu schwach wären, so sollen auf Ansuchen alle und jede Bürger und Hausgesessene sammt ihrem Gesinde, bei Vermeidung schwerer Ungnade und Strafe, ohne Weigerung dazu zu helfen und Rettung zu thun verpflichtet sein. Die Wirth, Bürger auf dem Damme, in der Heinrichsstadt und an allen obbemeldeten Stätten, sammt allen denen, so in Dertern, dahin dieser Frieden sich erstreckt, und im hiesigen Fürstenthum gesessen sind, keinen ausgenommen, sollen diesen Burg- und Haus-Frieden mit ihrem Gesinde und Hausgenossen bei ihren Pflichten, Eiden und Verwandniß, so sie dem Landesfürsten geschworen und gethan haben, auch halten, und wenn in ihren Häusern derselbige Burg- und Haus-Frieden gebrochen, und dagegen Inhalts dieser obbeschriebenen Artikel gehandelt wird oder ein thätlicher Bank sich erhebe, daraus einige Verbrechen dieses Friedens zu besorgen wäre, solches in oder kurz nach frischer That alsbald bei dem Hofmarschalle anmelden, oder da sie denselben nicht alsbald haben möchten, dem Burggrafen und Sergeanten der Leibgarde und in den andern fürstl. Schlössern, Häusern und Aemtern dem Inhaber oder Befehlshaber daselbst zur Stunde anzeigen und melden, welche die Thäter, damit sie ihrer Verwirkung nach gestraft werden, einzuziehen und anzuhalten bei ihren gethanen Eiden und Pflichten schuldig sein sollen; welche aber von den Wirthen und Bürgern oder andern solches verschweigen, verhehlen und nicht von sich sagen werden, die sollen nach Gelegenheit der Person mit der Geldstrafe, als den Bürgern in ihren bürgerlichen Ordnungen darauf gesetzt, gestraft werden. Welcher auch den Thäter oder Verbrecher dieses Friedens, es sei der Beschädiger oder Beschädigte, mit Worten, Schriften, Winken, Deuten oder andern Zeichen warnen, oder zu seiner Verbergung Vorschub thun oder hinweghelfen, oder Rath und That und Hülfe dazu thun würde, derselbige soll eben sowohl als der Schuldige und Verbrecher des Friedens ernstlich gestraft werden. Es sollen auch die Wirth und Bürger diesen Burg- und Haus-Frieden ihren täglichen und fremden Gästen, so bei ihnen herbergen, so oft es die Nothdurft erfordert zu jeder Zeit vermelden, und sich vor Unfall, Schaden und Strafe zu hüten wissen. Es soll auch niemand die Unwissenheit, Wöllerei, Trunkenheit, Gesellschaft und andere Entschuldigung vortragen. Der Hofmarschall soll zu dem Ende diesen Burg- und Haus-Frieden alle Viertelsjahr ablesen lassen. Es soll auch dieser Burg- und Haus-Frieden nicht allein zu Wolfenbüttel und an den obgesagten, auch den Dertern, wo der Landesfürst mit seinem Hoflager ist, sondern auch auf und in allen fürstl. Aemtern, Schlössern, Häusern und den dazu gehörigen Vorwerken, auch in den Klöstern, Städten, Flecken, Dörfern, Häusern, so lange der Landesfürst allda mit den Seinen Ablager nimmt und hält, unverbrüchlich und fest gehalten werden; alles bei obgeschriebener ausgedrückter Strafe und dazu höchster schwerer Ungnade. Landesf. Verordn. v. 25. März 1592 und 10. April 1645. *)

Wer jemandem vor seiner Thür oder an Fenstern, Thüren und sonst in dem Seinen Gewalt thut und Muthwillen übt, es sei bei Tage oder Nacht, oder mit Gewehr oder Schmähworten aus dem Seinen fordert, der soll in 10 *fl.* Strafe verfallen sein. Allgem. Landes-Ordn. Art. 73.

*) Beide Verordnungen sind im Wesentlichen ganz gleichlautend, nur daß der Burg-Frieden in der neuesten auf mehrere in den *verhis dispositivis* benannte Orte erstreckt ist; denn in der ersten ist nur erwähnt: das Schloß zu Wolfenbüttel, der Damm und die Heinrichsstadt, so weit die Festung wendet und sich die vor dem Thore verordneten Tagwachen erstrecken.

Wer, wo landesf. Freiheit ist, auf Amt, Vorwerken, imgleichen auf den Kirchhöfen, jemanden mit Worten oder Werken angreift und verletzt, der soll in der Herren Ungnade und Strafe des Burg-Friedens erkannt werden. Ebendas. Art. 75.

Die Verordn. v. 10. April 1645 wird auf das Fürstenthum Blankenburg ausdrücklich extendirt und soll der Burg- und Haus-Frieden an folgenden Orten gehalten werden: In dem fürstl. Residenz-Schlosse und der Stadt Blankenburg, auf dem Schloßberge, im Thiergarten und den darin befindlichen Gebäuden, auf dem fürstl. Amte Blankenburg sammt dessen Gebäuden und Gärten, auf allen fürstl. Silber-, Kupfer-, Blei-, Eisen-, Berg- und Hüttenwerken und Gruben, in allen Berg- und Hüttengebäuden, Factoreien, Puchwerken, Schmelz-, Hohen-Defen- und andern Hütten, wenn sich schon das fürstliche Hoßlager daselbst nicht befindet. Landesf. Verordn. v. 5. März 1729.

Alle und jede in fürstl. Diensten stehenden Ober- und Unter-Officianten, Werk-, Schau- und Spiegelglas-, Schleif- und Polirmeister, Strecker, Schürer, mit einem Worte alle in fürstl. Diensten, Besoldung und respective Lohn stehenden Laboranten, männlichen und weiblichen Geschlechts, sind ernstlich erinnert, daß sie unter einander sowohl in als außer den Fabriken selbst friedlich und schiedlich leben, in specie aber in den fürstl. Gebäuden, Hütten, Mühlen u. keiner den andern gröblich injuriiren, mit anzüglichen Reden antasten, noch weniger aber durch Thätlichkeit mit Schlagen, Stoßen, Werfen u. vergreifen und dadurch den Burg-Frieden brechen, sondern, so ihm vermeintlich zu viel geschehen, solches seinem Vorgesetzten gebührend anzeigen, (welcher denn die Sache nach Recht und Billigkeit zu decidiren beflissen sein wird) oder im Entstehungsfalle ernstlicher und exemplarischer Strafe gewärtig sein sollen. Anbei sind die Fabriken-Directoren, Inspectoren, Factoren, Verwalter, und wem die Aufsicht eines Werks anvertraut ist, ernstlich befehligt, hierüber ohne Ausnahme oder Ansehn der Person sträckerlich zu halten und die Contravenienten allen Ernstes bestrafen zu lassen. Landesf. Verordn. v. 13. Octbr. 1744.

S. auch: Bergwerke, Zänkereien und Schlägereien auf denselben — Collegium Carolinum — Duelliren — Ehebruch, Hurerei u.

Buschwerk auf den Ländereien.

Die Unterthanen, insbesondere in dem Weser-Districte, auch andern Orten, da man ohnehin aus der Holzung des Ueberflusses halber nicht viel machen kann, sollen nicht weiter gehindert werden, die mit Holz und Buschwerk bewachsenen Aecker und Wiesen nach und nach wieder auszuroden und zu brauchbaren Aeckern und Wiesen zu machen. Da denn zwar die Unterthanen das darauf stehende Unterholz und Buschwerk für ihre Mühe billig zu genießen haben; im Falle aber darunter einige Hauptstämme sich finden und also das Holz mehr als die Unkosten des Ausrodens betragen sollte, bleibt solches dem Landesfürsten zu berechnen. Amts-Cammer-Ordn. v. 1. Juli 1688. Art. 100.

Wenn des einen oder andern Unterthanen Ländereien mit Strauch- und Buschwerk bewachsen, sollen selbige nicht zu den Holzungen gezogen, sondern nach Inhalt der Landtags-Abchiede de anno 1601 und 1619 den Unterthanen erlaubt sein, solches auszuroden, wenn solches nämlich ohne Verwüstung guter nutzbarer Holzung und ohne Nachtheil der Hude und Weide, womit andere des Orts berechtigt, von jemandem in dem Einigen geschieht, immassen denn die Forstbedienten dawider niemanden beeinträchtigen, und die Beamten die Unterthanen, wenn sie sonst in den vorerwähnten Schranken sich halten, wider dergleichen Zumüthigungen schützen, auch nöthigen Falls zu fernerer Verordnung höchsten Orts berichten sollen. Landesf. Verordn. v. 21. August 1707.

S. auch: Holzung, Ausroden derselben — Hude- und Weide-Reviere im Amte Harzburg.

Cabinet's = Justiz.

S. Justiz.

Cadaver.

S. Theatrum anatomicum.

Cammer = Befugnisse.

Die Beamten sollen hierauf ein wachsames Auge haben und sie von Zeit zu Zeit ausüben. S. Beamte 1c., Instruction für dieselben. S. 14.

Cammer = Capitalien, Zinsen = Erhebung.

S. Zinsen = Erhebung von Cammer = Capitalien.

Cammer = Collegium.

S. Collegien, Geschäfts = Bestimmung für dieselben.

Cammer = Gefälle.

S. Intraden, herrschaftliche.

Cammer = Sachen.

S. Collegien, Geschäfts = Bestimmung für dieselben.

Cammer = Schulden.

Sowohl über das gegenwärtige Schuldenwesen fürstl. Cammer, als auch über die auf deren Credit künftig zu übernehmenden Schulden ist in Gemäßheit des mit getreuer Landschaft dato abgeschlossenen Vertrags in Kraft eines beständigen Landes = Grundgesetzes Nachstehendes verordnet und festgesetzt: 1) Die bei fürstl. Cammer = Casse gegenwärtig noch ungetilgten Schulden sind von dem Landesfürsten längst anerkannt, und gehören daher in die Classe der rechtmäßigen Schulden. In Ansehung derselben hat der Landesfürst schon seit langer Zeit nach einem festgesetzten Etat dahin die Einrichtung getroffen, daß solche, insofern die Beschaffenheit derselben es zuläßt, nach und nach gänzlich getilgt werden, und ist auch mit deren Amortisation bereits schon so weit vorgerückt, daß dieser Plan in einem nicht weit entfernten Zeitpunkte zur gänzlichen Erfüllung gebiethen sein wird. Wie nun in dem Etat selbst die Abbezahlung dieser Schulden gegründet ist, so bedarf es zu deren Amortisirung keiner neuen aufzuborgenden Capitalien, weshalb denn auch seit geraumer Zeit bei fürstl. Cammer = Casse keine neue Capitalien in Verzinsung genommen worden. 2) Nach dieser Voraussetzung sind daher alle und jede Schuldverschreibungen, welche etwa unter dem Scheine ausgestellt werden, als ob damit alte Capitalien getilgt werden sollten, ungültig und unkräftig. 3) Nur die Cautions = Capitalien, welche die fürstl. Pächter zur Sicherheit wegen der ihnen anvertrauten Pachtstücke, oder einige fürstl. Bedienten bis daher noch, in Ermangelung anderer Sicherheit durch Bürgen, liegende Gründe oder sichere Schuldverschreibungen, zu erlegen haben, sind davon ausgenommen, und hat es um so mehr bei dem, was bisher darunter üblich gewesen ist, sein Bewenden, als mit solchen Cautions = Capitalien die abgehenden Pächter wiederum abgelegt werden, mithin keine neue Schulden entstehen, und überdem auch der Cautions = Nexus in den jedesmaligen Obligationen ausdrücklich bemerkt wird. 4) Was hingegen die künftig zu contrahirenden Cammer = Schulden betrifft, so ist in Absicht deren Rechtmäßigkeit einzig und allein zum Augenmerk zu nehmen, ob dringende Landesbedürfnisse solche nothwendig machen. Wo dieses Merkmal fehlt, da ist die zu contrahirende Cammer = Schuld

für keine rechtmäßige Schuld zu achten, und der Gläubiger wegen deren Wiederbezahlung nicht gesichert, vielmehr solche als nichtig anzusehen. 5) Damit nun aber niemand in Ungewißheit bleibe, von welchem Inbegriffe rechtmäßige Cammer-Schulden sind, so werden dahin gerechnet:

a) Alle diejenigen Schulden, die zum Nutzen des Herzogthums gemacht werden, als z. B. die zur Erwerbung wirklicher Domainial-Stücke, Land und Leute, Dörfer, Forsten, nutzbarer Renten und Gerechtsame, Pfandschaften, Güter und Rechte, welche zu wirklichen einträglichen Verbesserungen, zu Abfindungen fürstl. Wittwen wegen ihres Eingebrauchten und der zum Besten des Landes erweislich verwandten Dotat-Gelder, zur Tilgung fremder Ansprüche an das Land, Leute und Güter u. s. f. erborgt werden.

b) Desgleichen diejenigen Schulden, die in Kriegs- und andern gefährlichen Zeiten zur Rettung des Herrn oder des Landes, zu Vergütung der durch feindliche Invasionen verursachten Schäden, zur Anschaffung von Saatkorn in bedrängten Zeiten, zur Wiederaufbauung eines durch Brand verzehrten fürstl. Residenzschlosses und in andern ähnlichen Nothfällen contrahirt werden. 6) Bevor nun ein zu solchem Behufe aufzunehmendes Capital wirklich erborgt wird, muß erst eine Untersuchung vorhergehen, ob auch wirklich diejenigen Umstände vorhanden sind, die die zu contrahirende Schuld rechtmäßig und nothwendig machen. Es soll daher fürstl. Ministerio davon jedes Mal Anzeige geschehen, welches darauf mit Zuziehung des engern Ausschusses getreuer Landschaft solche Untersuchung vornimmt. Sind beide über die Rechtmäßigkeit des Anlehns einverstanden, so communicirt ersteres wegen der erforderlichen Summe und des auszumittelnden Amortisations-Fonds mit dem fürstl. Finanz-Collegio, worauf denn, wenn alles berichtet ist, die nöthigen Schuldverschreibungen ausgestellt werden, von welchem allen das fürstl. Ministerium gedachtem engern Ausschusse Nachricht ertheilt. 7) Mit diesen auszufertigenden Obligationen soll es dergestalt gehalten werden, daß solche bei fürstl. Finanz-Collegio entworfen und ausgefertigt, von sämmtlichen fürstl. Geheimen-Räthen aber, auch den jedesmaligen Chefs der Justiz-Canzlei und der Cammer, nicht weniger des Finanz-Collegii contrasignirt werden sollen. Sollten die Chefs dieser Collegien etwa zugleich fürstl. Geheime-Räthe sein, so werden die Contrasignaturen von dem, in der Ordnung zunächst folgenden Director oder Rathe, nachdem ihnen vorher ein gemeinschaftlich ausgestelltes Certificat von fürstl. Ministerio und mehrgedachtem engern Ausschusse wegen der Rechtmäßigkeit der Schuld zugegangen, eher aber nicht, mit verrichtet. 8) Alle diese contrasignirenden Personen werden für jetzt wegen der Aufrechthaltung dieser vorstehenden Einrichtung auf ihren geleisteten Diensteid verwiesen. Die in der Folge eintretenden aber werden neben ihrem zu leistenden Diensteid noch insbesondere darauf verpflichtet, daß sie demjenigen, so ihnen in diesem Edicte und in dem dieser Angelegenheit halber mit getreuer Landschaft errichtetem Vertrage vorgeschrieben worden, getreulich nachkommen und sich ernstlich bemühen wollen, daß wider diese höchste Absicht und Willens-Meinung und den eigentlichen Sinn derselben nichts vorgenommen werde. 9) Der vorhin gedachte Amortisations-Fonds der erborgten Capitalien soll in bestimmten anzuweisenden namhaft gemachten Revenüen fürstl. Cammer bestehen, die zugleich dem Creditor zu einer Special-Hypothek dienen sollen, daher denn die bisher in den fürstl. Cammer-Obligationen üblich gewesene General-Hypothek künftig gänzlich wegfällt. Es soll in den ausgefertigten Obligationen dieser Fonds ausgedrückt und dabei festgesetzt werden, binnen welcher Zeit die Amortisation geschehen soll, welches denn auf das Genaueste zu befolgen ist. Die Kraft dieser Obligationen kann also nur bis zum Ende dieses Zeitraums dauern; nach Ablauf desselben sind solche ipso jure unkräftig und unverbindlich. 10) Damit nun dieses um desto mehr nachgelebt werde, soll fürstl. Finanz-Collegium alle Jahr dem fürstl. Ministerio von dem Fortgange der Amortisation eine Nachricht mit Beifügung der eingelösten Obligationen ertheilen, dieses aber dem engern Ausschusse getreuer Landschaft eine beglaubte Abschrift von sothaner Nachricht zusenden. Sollte alsdann entweder fürstl. Ministerium oder erwähnter engerer Ausschuss einen Mangel an der Amortisation bemerken, so wird beiden freigelassen, deshalb geziemende Erinnerung zu thun, damit die wirkliche Tilgung nicht unterbrochen werde. 11) Was die jetzigen Cammer-Schulden und deren

Tilgung anlangt, so soll folgendergestalt verfahren werden: Das fürstl. Finanz-Collegium meldet dem fürstl. Ministerio bei Anfang eines jeden Rechnungs-Jahrs die Summe der, in dem laufenden Jahre zu tilgenden Capitalien, und am Ende des Jahrs wird dem fürstl. Ministerio vom fürstl. Finanz-Collegio eine Nachricht von den wirklich abbezahlten Capitalien nebst Beifügung der eingelösten Obligationen ertheilt, welche aber nach davon genommener Einsicht dem fürstl. Finanz-Collegio wieder zugefertigt werden, worauf denn das fürstl. Ministerium dem engern Ausschusse getreuer Landschaft eine beglaubte Abschrift von sothaner Nachricht zuzustellen hat. 12) Ob nun wohl aus Obigem (§. 5.) sich von selbst schon ergibt, daß alle Verbürgungen, sie mögen sein von welcher Art sie wollen, unter die rechtmäßigen Cammer-Schulden nicht gerechnet werden mögen, so ist jedoch hierdurch insbesondere noch und zum Ueberfluß erklärt, daß solche auf keine Weise dahin gerechnet, und weder von fürstl. Ministerio noch engern Ausschusse getreuer Landschaft bei der Untersuchung der Rechtmäßigkeit der Schuld dafür erkannt werden sollen. 13) Gleichergestalt ist auch hierdurch erklärt, daß, gleichwie die Verfassung fürstl. Cammer zu Blankenburg es an sich nicht gestattet, daß auf deren Credit Capitalien erborgt werden, andere fürstl. Cassen auch der Anleihe von Passiv-Capitalien nicht bedürfen, die etwa auf jener Revenüen gerichteten Schuldverschreibungen, so wie überhaupt alle auf irgend eine fürstl. Cassé (die hiesige fürstl. Cammer-Cassé allein ausgenommen) ausgestellten Obligationen ungültig und kraftlos sein sollen; wie denn auch alle Veräußerungen und Verhypothecirungen fürstl. Allodial-Stücke, wie nicht weniger alle Aufnahme der fürstl. Cammer-Revenüen zum Voraus auf mehrere Jahre hiermit ausdrücklich als null und nichtig erklärt sind. 14) Ob nun auch wohl einem jeden Regenten freigelassen werden muß, dasjenige zu thun, was ihm nach guten Gründen der Staats-Wirthschaft nützlich und rathsam zu sein scheint, oder was die Rechte und Pflichten eines Regenten in gewissen Fällen an die Hand geben, mithin in Absicht der Vererbzinsung einiger Grundstücke, Veräußerung unnützer oder überflüssiger Gebäude, Modificationen der Lehne, Vertauschung einiger Landesstücke oder Gerechtsame, Abtheilung beschwerlicher Communionen, Erlassung gewisser den Unterthanen lästiger Abgaben und Dienstleistungen gegen ein jährliches billiges Surrogat an Geld oder Naturalien, Abthuung schwerer Processen durch billige Vergleiche u. s. f. demselben (außer der in den Landes-Verträgen hierüber bereits enthaltenen Bestimmung) nicht wohl Ziel und Maaße gesetzt werden kann, so soll doch in solchen Fällen, wo die Staats-Wirthschaft einen Abgang leidet, das eingehende Capital zum Abtrage vorhandener Schulden oder zu Ersetzung des Abgangs auf eine andere nützliche Art wieder verwandt werden und fürstl. Ministerium nebst mehrgedachtem engern Ausschusse darauf zu achten hierdurch angewiesen sein, zu welchem Ende jenes diesem in wichtigen Fällen zeitig vertrauliche Eröffnung zu machen hat. Landesf. Edict v. 1. Mai 1794. (Br. Anz. v. 1794. Nro. 37.)

cf. Verordn. v. 29. Octbr. 1821, die Schulden fürstl. Cammer betr. — Neue Landschafts-Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 164 sqq. — Gesetz v. 12. Octbr. 1832, die Organisation und Geschäftsführung des herzogl. Finanz-Colleg. betr., §. 9 sqq. — Gesetz v. 19. Decbr. 1834, die Ordnung der Cammer- und Landesschulden betr. — Gesetz v. 20. Decbr. 1834, die ohne besondere ständische Zustimmung zulässigen Veränderungen mit dem Grundvermögen des Cammerguts 2c. betr.

Cammer, Sportelfreiheit derselben bei den Hannöverschen, und der Hannöverschen Cammer bei den hiesigen Gerichten.

Der fürstl. Cammer steht bei den Churhannöverschen Gerichten die Sportelfreiheit zu mit Ausnahme der Stempel-, Copial- und Insinuations-Gebühren, so wie der Churbraunschweigischen Cammer bei den hiesigen Gerichten. Landesf. Rescr. an fürstl. Cammer v. 18. Juli 1801.

cf. Rescr. fürstl. Geheim. Raths-Colleg. v. 31. März 1821. (Bege I. p. 120.) — Landesf. Circul. Rescr. v. 20. Mai 1831, die Sportelfreiheit der Hannöb. Cammer betr.

Candidaten der Theologie.

§. 1. Es sollen die Candidaten des Predigt-Amtes, wie solches die Ordnung ohnehin erfordert, bevor zum Examen selbst geschritten wird, glaubwürdige Zeugnisse ihres, sowohl auf hohen Schulen, als nachher geführten guten und christlichen Lebens und Wandels vorzeigen.

§. 2. Wie die Natur der Sache es ergibt, daß niemand einer Gemeinde als Lehrer und Seelsorger vorzustehen im Stande sei, welcher nicht theologiam theticam und moralem, oder die von ihm der christlichen Gemeinde vorzutragenden Glaubenslehren und Lebenspflichten gründlich und vollständig in ihrem Zusammenhange wisse, auch solche, und was zu der Heils-Ordnung gehört, ordentlich mit Gründlichkeit und Deutlichkeit, sowohl in Predigten, als Catechismus-Unterweisungen lehren, auch auf die unterschiedlichen Umstände der eine Gemeinde ausmachenden Personen, nach der Absicht und dem Willen Gottes, anwenden, und in vorkommenden besondern Fällen recht gebrauchen könne: als soll in dem Examen hauptsächlich und vor allen Dingen erforscht werden, ob der Candidat diese wesentlichen Stücke der zum Predigt-Amte erforderlichen Gelehrsamkeit und Geschicklichkeit vorgebachtermaßen recht gefaßt habe; zu welchem Ende ein und anderer von den practischen locis theologicis also mit ihm durchzugehen ist, daß er die Verbindung desselben mit andern locis zeigen und, nach geschehener Beantwortung der an ihn gethanen Fragen, die Sätze, so er behauptet, durch Aussprüche der heiligen Schrift und mittelst bündiger, aus der Theologie oder der Analogie der Glaubens-Lehren hergenommener Gründe erweisen, imgleichen die daraus fließenden, nach den mancherlei Umständen der Menschen unterschiedenen Anwendungen herausziehen muß. Dabei ist vornehmlich erforderlich, daß er zugleich die symbolischen Bücher, worauf er zu schwören hat, mit Fleiß gelesen und mit deren Inhalt sich völlig bekannt gemacht habe.

§. 3. Ferner wird seine Geschicklichkeit in den Grund-Sprachen und der *philologia sacra* mittelst der von ihm zu verrichtenden Erklärung und Auslegung einiger Stellen aus den hebräischen Büchern des alten, und den griechischen des neuen Testaments geprüft, auch untersucht, was er in der *polemica* und Kirchen-Historie gethan hat.

§. 4. Zum Beschluß macht der Candidat eine Probe seiner Fertigkeit im Catechisiren, dergestalt, daß er aus einem ihm aufgegebenen Stücke der christlichen Lehre die Fragen selber macht und beantwortet, wobei hauptsächlich darauf Acht zu geben ist, ob er die Geschicklichkeit hat, die Catechisation nach dem Begriffe der Kinder und anderer Einfältigen einzurichten, die Fragstücke gehörig zu zergliedern, auch jedes Glied mit einem Spruche der Schrift zu erweisen, damit aus dieser Probe erscheine, ob und wie weit er das Catechisiren verstehe, darin die rechte Lehr-Art besitze, und denen, die im Catechismus zu unterrichten sind, dessen wahren Verstand beizubringen wisse.

§. 5. Nach dem Examen, und wenn er darin das Erforderliche geleistet, hat er an einem ihm zu bestimmenden Sonn- oder andern Tage, an welchem Gottesdienst gehalten wird, die gewöhnliche Probe-sehen sei, und das Wort Gottes ordentlich, deutlich, gründlich und vollständig auf der Kanzel vortragen könne.

§. 6. Hat der Candidat in allen diesen Stücken sich wohl gehalten, so ist selbiger, wenn er präsentiert worden, um desto mehr anzunehmen, sonst aber bei Pfarr-Diensten, wozu dem Landesfürsten vom Consistorio Subjecte in Vorschlag zu bringen sind, vorzüglich auf ihn zu denken. Unter den Candidaten in den von einem Prediger und Seelsorger nothwendig erforderlichen Stücken, sondern auch in den übrigen Theilen der Gottes-Gelahrtheit eine gute Geschicklichkeit gezeigt haben, zu wichtigeren und einträglicheren Pfarr-Diensten vorzüglich befördert werden.

§. 7. Hat die Erfahrung leider mehr als zu viel bisher gelehrt, daß die *candidati theologiae*, wenn sie in das Amt gekommen sind, mehr Zeit auf die Haushaltungs-Geschäfte und andere Dinge, als auf

auf die ihnen anbefohlene Seelsorge wenden, das Studiren und die Betrachtung der heiligen Schrift hintan setzen, auch mancher, der vorhin einen guten Grund gelegt und, wenn er darauf weiter gebaut hätte, es vielleicht in diesem und in jenem Theile der geistlichen Gelehrsamkeit zu einer viel größern Wissenschaft gebracht haben würde, durch unverantwortliche Unterlassung des fortzusetzenden Fleißes in wenigen Jahren dergestalt zurückkömmt, daß er kaum die nöthigste Erkenntniß beibehält, auf seine Predigten nicht gehörig meditiert, und oft ohne Ueberlegung was ihm in den Mund kömmt auf der Kanzel daher spricht, mithin wenig Erbauliches, und öfters nicht dasjenige, was er vornehmlich lehren sollte, vorbringt, auch die Lehren der Religion nicht vollständig, sondern verstümmelt vorträgt, folglich seine Gemeinde zu keiner deutlichen Erkenntniß Gottes und seines Willens führt, aus deren Ermangelung wohl nichts anders, als ein unchristlicher, roher und unvernünftiger Wandel und das allergrößte Uebel erfolgen kann. Wie nun diesem Verderben möglichst abzuhelpen ist, rechtschaffene Prediger aber bei ihrem Fleiße und gutem Betragen zu erhalten und dazu mehr und mehr zu ermuntern sind, so ist jüngsthin die Verordnung ergangen, daß die in einigen Inspectionen in Abgang gekommenen jährlichen Synoden und Colloquien wieder hergestellt, auch allenthalben gleichförmig zu dem Ende gehalten werden sollen, damit man aus den jährlich davon mit Beifügung der Protocolle zu erstattenden Berichten den Fleiß, die Tüchtigkeit und das Verhalten der Prediger in ihrem Amte von Zeit zu Zeit näher vernehmen und des Mehreren daraus sehen könne, was sowohl wegen derjenigen, die ihren Pflichten kein Genüge leisten, zu verfügen, als auch auf welche Prediger zur Versetzung an austräglichere Pfarren vorzüglich zu gedenken sei; maßen das Consistorium ferner dahin zu sehen hat, daß erstere wegen ihres Unfleißes und sorglosen Betragens nachdrücklich angesehen und den Umständen nach bestraft, letztere aber bei allen Gelegenheiten hervorgezogen und weiter befördert werden.

§. 8. Damit indessen die Prediger desto mehr bewogen werden mögen, ihr Amt mit Treue und Eifer zu verwalten, auch zum Dienste der Kirche sich immer tüchtiger zu machen, so soll kein Prediger von einer, den Einkünften nach geringern zu einer austräglichern Pfarre befördert werden, mit welchem nicht vorher, gleichwie mit denjenigen Predigern, die von auswärtigen Orten zu Pfarr-Diensten in dieses Lande kommen, bisher geschehen ist, ein colloquium im fürstl. Consistorio gehalten worden, welches einem *examine rigoro* gleich kömmt, es wäre denn der weiter zu befördernde Prediger aus sonderlich bewegenden Ursachen, und weil er vorhin seiner Gelehrsamkeit und Geschicklichkeit wegen genugsam bekannt ist, davon dispensirt worden.

(Die §§. 9. 10. 11. bezogen sich auf die Candidaten, welche sich zur Aufnahme in das damalige Prediger-Seminar zu Niddagshausen meldeten.)

§. 12. Da es auch geschehen kann, daß ein an sich nicht ungeschickter Candidat aus angeborener Blödigkeit und anderm natürlichen Mangel nicht im Stande ist, auf die ihm vorgelegten Fragen sogleich mündlich zu antworten, so wird fürstl. Consistorium hiermit angewiesen, die Einrichtung dahin zu machen, daß derjenige Candidat, welcher in dem Examen das Erforderliche nicht etwa zur Genüge geleistet hat, befundenen Umständen nach, und wenn nicht deutlich zu sehen, ob die Ursache ein Fehler der Natur oder eine wirkliche Unwissenheit ist, nach dem Examen an einem gewissen Orte, wo er keine andere Hülfе außer der Bibel haben kann, einige in lateinischer, auch wohl, nach Beschaffenheit der Umstände, deutscher Sprache entworfene Fragen in der Sprache, worin sie abgefaßt worden, schriftlich beantworten muß.

§. 13. Wie nun die Candidaten, welche obige zu Verwaltung eines Pfarr-Dienstes in hiesigen Landen nöthigen Eigenschaften nicht haben, zu einem geistlichen Amte nicht befördert werden können, so können solche, den Umständen nach und Falls sie im ersten Examen nicht völlig untüchtig befunden worden, sondern noch zu hoffen steht, daß sie sich bessern mögen, wohl zum zweiten Examen nach einiger Zeit gelassen werden. Wenn sie aber auch sodann eine hinlängliche Geschicklichkeit nicht gezeigt haben, so sind sie völlig abzuweisen und zu bedeuten, daß sie überall keine weitere Hoffnung zu Erlangung eines

Pfarr-Dienstes in hiesigen Landen sich machen können; maßen kein Unwürdiger oder Untüchtiger zu einer Prediger-Stelle zugelassen und nicht zugegeben werden soll, daß etwa bloß um eines Menschen zeitlicher Wohlfahrt willen eine Gemeinde in das größte Verderben gestürzt werde.

§. 14. Da auch Inhalts der der fürstl. Kirchen-Ordnung Nro. XII. beigedruckten Verordn. v. 3. Juni 1707 *) keinem studioso theologiae das Predigen verstattet sein soll, welcher nicht zuvor tentirt worden und ein Attestat, daß er zum Predigen tüchtig befunden sei, auch ohne Bedenken auf die Kanzel gelassen werden könne, erlangt hat, so wird solche Verordnung hiermit erneuert. Die Superintendenten haben hierauf ein wachsames Auge zu halten, und wenn gegen Vermuthen dawider gehandelt werden sollte, es dem General-Superintendenten unverzüglich anzuzeigen, welcher davon sofort an fürstl. Consistorium zu weiterer Verfügung zu berichten hat.

§. 15. Damit nun obiges Alles zur Wissenschaft aller derjenigen gelange, die sich dem studio theologico widmen wollen oder schon gewidmet haben und Beförderung zu erlangen gedenken, auch ein jeder, den es angeht, sich des Mehreren danach richten und niemand mit der Unwissenheit sich entschuldigen möge, so ist diese Verordnung durch den Druck öffentlich bekannt gemacht, und soll allen studiosis, welche in hiesigen Landen predigen wollen und deshalb, Inhalts des gleich vorhergehenden Paragraphen, tentirt werden, bei dem Tentamen ein Exemplar davon zugestellt, auch so oft ein Candidat des Predigt-Amtes examinirt wird, selbiger zuvörderst, ob er diese Verordnung mit Fleiß gelesen habe, befragt werden. Landesf. Verordn. v. 19. Decbr. 1750.

Die Candidaten zu den Braunschweigischen Stadt-Pfarren sollen bei ihrem Examen jedes Mal, ob sie das corpus doctrinae Julium gewöhnlich- und verordnetermaßen zu unterschreiben bereit und das juramentum simoniacum abzuleisten im Stande sind, von dem geistlichen Gerichte befragt, und daß solches geschehen sei, in dem Testifications-Schreiben an fürstl. Consistorium von demselben bemerkt werden. **) Landesf. Rescr. an das geistl. Gericht zu Braunschweig v. 27. August 1772.

S. auch: Predigen — Prediger, Berufung und Einführung derselben — Patronat-Pfarren — Simonie — Geistliches Gericht zu Braunschweig.

cf. Verordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der Kirchen- und Schulangelegenheiten betr. — Landtags-Absh. v. 11. Juli 1823. Art. 48. — Verordn. v. 21. Octbr. 1823, die Prüfung der Studirenden, insbesondere der Theologie betr. — Verordn. v. 2. Febr. 1836, die Errichtung eines Prediger-Seminars zu Wolfenbüttel betr. — Rescr. des herzogl. Consistorii an das Directorium des Prediger-Seminars daselbst v. 31. Decbr. 1836.

Canon.

S. Erbenzins-Güter — Kirchen-Güter — Meierzins.

Kanzlei-Ordnung.

Aus der Kanzlei-Ordnung des Herzogs August v. 24. Juni 1651 ***) ist das Wichtigste unter den betreffenden Artikeln angeführt.

*) S. Predigen.

**) Die Prüfung sämtlicher Candidaten der Theologie gehört jetzt ohne Ausnahme vor das Consistorium. S. Verordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der Kirchen- und Schulangelegenheiten betr., §. 3.

***) Die älteste bekannte Kanzlei-Ordnung ist die ungedruckte des Herzogs Julius v. 18. April 1525, dann folgte die des Herzogs Friedrich Ulrich v. 12. März 1629 und zuletzt die oben genannte. Von den Kanzlei-Ordnungen der Herzöge Heinrich d. J. und Heinrich Julius ist auf die jetzigen Zeiten nichts überkommen, als die wahrscheinliche Vermuthung ihrer frühern Existenz. S. J. G. P. du Roi Anleitung zur Kenntniß der Quellen und der Literatur des Braunschw. Wolfenbüttelschen Staats- und Privat-Rechts. 1792.

Alle und jede, absonderlich aber die bei der fürstl. Rathsstube bestellten Advocaten und Procuratoren, auch andere Anwälde sollen bei Vermeidung willkürlicher Strafe oder scharfen Einsehens der Canzlei-Ordnung beständig nachkommen, und vermittelst Abstellung aller dawider laufenden Mißbräuche danach sich richten, insonderheit auch dasjenige, was ihnen wegen Einbringung der Vollmachten, Abforderung der Decrete, Beiragung der Verschickungs-Gebühr und dergleichen nach Gelegenheit und Bewandniß der Sachen vermöge solcher Ordnung obliegt und gebührt, ihren Prinzipalen zeitig zuschreiben und sich deswegen gefaßt halten. Landesf. Verordn., wie es mit Beförderung der Prozesse bei der fürstl. Rathsstube beständig zu halten, v. 31. August 1667. *)

S. auch: Advocaten und Procuratoren bei fürstl. Justiz-Canzlei. Litt. B.

Capitalien und Forderungen der Minderjährigen und *piorum corporum*.

S. Pupillen, Curatelen, Kirchen und andern milden Stiftungen zustehende Gelder — *Decretum de solvendo*.

Capitalien, mütterliche.

S. Vermögen, mütterliches.

Capitalien, Negotiationen in Betreff derselben.

S. Verordn. v. 19. Juli 1827, die Sicherstellung des Publicums gegen Uebervortheilungen bei der Unterhandlung über an- oder auszuleihende Capitalien und bei der Vermittelung von Contracten über Immobilien 2c. betr. — Declaration derselben v. 11. Febr. 1832.

Die ältern derartigen Bestimmungen **) sind hierdurch aufgehoben.

Capitalien, Wiederbezahlung derselben.

Die Commercien und Handlungen, welche nicht in den täglichen Handkauf laufen, sollen mit lauter groben und keinen andern Geld-Sorten getrieben werden und deshalb unter hundert Reichsthalern auszahlenden Geldes niemand höher oder mehr als fünf Thaler kleiner Sorten in Zahlung anzunehmen schuldig sein. Landesf. Verordn. v. 20. Mai 1656. ***)

Bei Bezahlung der Capitalien und Zinsen soll allemal auf die Zeit der Ausleihung, wie die Münz-Sorten gegolten und die Resolutionen guter grober Sorten in die geringere deteriorirte Münze vorgegangen, zurückgegangen und *justa proportione* die Zinsen und Hauptsumme danach abgestattet werden. ****); Ob auch gleich ein oder zwei Mal die Zinsen an guter Münze abgerichtet, soll doch das den Creditoren

*) Diese Verordnung handelt außerdem noch von der Appellation, Citation, ersten Instanz, den bedingten und unbedingten Mandaten, mündlichen Terminen und Procuratur-Gebühren.

**) Nach einer auf landesf. Befehl bekannt gemachten Verordn. des Stadt-Magistrats zu Braunschweig v. 27. Novbr. 1770 sollten die Untergerichts-Procuratoren und wer sonst sich mit Geld-Negotiationen abgeben würde, bei ernstlicher Strafe nicht mehr als 3 Sgr. von hundert Thalern, noch weniger gewisse Procent-Gelder nehmen.

***) Diese Verordnung bestimmt zugleich, daß zur Verhütung der Einföhrung kleiner geringhaltiger, und der Aufschwelung und Ausföhrung der guten grobren Münzsorten aller Handel und Wandel mit ganzen, halben, Viertel- und Achtel-Thalern, die nach des Röm. Reichs Münz-Ordnung geprägt wären, getrieben und, mit Ausnahme der äußersten Gränzorte, keine andere Scheidemünze, als die in hiesigen Landen geprägte angenommen und ausgegeben werden solle.

****) Schon durch das landesf. Edict v. 21. Febr. 1699, die Devaluirung und Widerrufung geringhaltiger Münzsorten betr., ist Art. 5 verordnet, daß die Capitalien entweder in den Sorten, worin die Ausleihung geschehen, oder nach dem Werthe und Gehalte, welchen sie zur Zeit der Ausleihung gehabt, mit Hinzurechnung des gebührenden Aufgeldes, begahlt werden sollen.

nicht vortragen, sondern sie sollen, wenn sie zu viel gehoben, wieder einzubringen, oder sich am Capital kürzen zu lassen schuldig sein. Wofern aber bei einem oder andern sonderbare Considerationen unterliefen, daher diese Verordnung zu mildern, so kann mit denselben Creditoren *consideratis considerandis* aparte gütliche Handlung gepflogen, und es dahin gerichtet werden, damit keiner mit Fug zu klagen, daß ihm zu viel geschehen. Landesf. Verordn. v. 23. August 1723. *)

Die Verringerung des Gehalts der Münze soll denjenigen nicht zum Nachtheile gereichen, welche vor Publication der Verordn. v. 5. Juli d. J. **) Geld in alten Vier-Gutegroschenstücken hergeliehen, oder sonst in solcher Münze Forderung gehabt haben, wonach in *sententionando* sich gerichtet werden soll. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 3. Octbr. 1758.

Es kann zwar einem Creditor, der Geld ausleihet, nicht verargt werden, wenn er die Zinsen in eben der Münzsorte, worin das Capital steht, sich stipuliren läßt; allein wo solches nicht geschehen ist, können die Zinsen nicht anders als in currenter Münze gefordert werden, worauf in *decidendo* zu achten ist. Was die Aufkündigung des Capitals zur Erhaltung mehrerer Zinsen, oder zur Gewinnung des Agio anlangt, so kann solchem zum Ruin derer, welche Capitalien aufnehmen müssen, nicht nachgesehen werden. Wenn also ein Creditor bei jetzigen calamiteusen Zeiten seine Capitalien bloß in der Absicht kündigen wollte, um das hohe Agio zu gewinnen, so ist dem Debitor nachzulassen, in currenter Münze die Zahlung zu leisten, jedoch daß er sich verpflichte, nach wieder hergestelltem guten Münzfuße das Agio zu bezahlen, welches alsdann billig erkannt werden wird; dahingegen, wenn der Schuldner das Capital aufkündigt, oder der Creditor es selbst gebraucht und deshalb, oder aus Mangel hinlänglicher Sicherheit oder unrichtiger Zinszahlung das Capital aufkündigt, der Schuldner der Bezahlung des üblichen Agio sich nicht entziehen kann. Hiernach sollen die etwa klagbar werdenden Capitalisten bedeutet und allenfalls in *decidendo* erkannt werden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 8. Septbr. 1760. ***)

Die durch das Rescr. v. 8. Septbr. a. c. wegen Bezahlung der Zinsen und Wiederbezahlung der Capitalien ergangene Verordnung ist lediglich auf die hypothekarischen Capitalien, welche auf Häusern haften, zu beschränken. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 3. Novbr. 1760.

cf. Gesetz v. 18. Decbr. 1834, die Münz-Verfassung betr. — Gesetz v. 28. Decbr. 1835, die Herabsetzung des Conventions-Geldes Braunschw. Gepräges auf den Werth des Courant-Geldes ic. betr.

Cartel.

S. Verordn. v. 8. April 1831, das allgemeine Cartel zwischen den Deutschen Bundes-Staaten betr. ****) — Verordn. v. 8. März 1833, die Declaration und Erweiterung einiger Bestimmungen der allgemeinen Cartel-Convention unter den Deutschen Bundes-Staaten betr.

Die ältern Cartel-Conventionen sind antiquirt.

*) Diese Verordnung, welche in einer Zeit, wo nach zerrüttetem Münzwesen der Münzfuß wieder hergestellt wurde, ergangen ist, redet insbesondere von Cammer-, Kloster- und landschaftlichen Capitalien. Da indeß in den verbis enunciativis derselben die Meinung der Rechtsgelehrten, *quod in mutationibus seu alternationibus monetarum aestimatio debeatur secundum tempus initii contractus, ne alteruter contrahentium plus aut minus reddat vel recipiat, quam datum aut acceptum fuit*, als höchst billig ausdrücklich genehmigt ist, so hat dieselbe in gleichen Fällen *pro norma judicandi* gebietet, wie denn auch dieser Grundsatz durch die im Jahre 1764 geschehenen Reductionen der geringhaltigern Münzen auf bessere von Neuem landesfürstlich genehmigt ist.

**) Die Veränderung des Münzfußes betr.

***) Dieses Rescript ist auf eine Vorstellung des Seilers Decker, wegen eines dem Doctor Martini schuldigen Capitals, ergangen und ein in verbis dispositivis ganz gleichlautendes an den Magistrat zu Braunschweig unterm 19. Septbr. 1760, auf die Vorstellung des Tischlers Bielslein.

****) Schon unterm 30. März 1819 sind mit dem königl. Hannoverschen, unterm 4. Mai 1819 mit dem königl. Preussischen

Cassen=Bediente, ungetreue.

C. Bediente und Boten, ungetreue.

Cassen=Obligationen.

Auf fürstliche und landschaftliche Cassen=Obligationen können bei dem fürstl. Leihhause zu Braunschweig Anlehne erhalten werden, und zwar in der Maasse, daß das Leihhaus von denjenigen, auf deren Namen die Obligationen lauten, eine eventuelle Cession, wenn selbige nicht zu rechter Zeit eingelöst werden, nehmen soll, ferner, wenn die Obligationen von andern, als auf welche sie ausgestellt, präsentirt werden, der Präsentant sich zuvörderst dazu durch einen Schein des Collegii, unter dessen Aufsicht die Casse administriert wird, oder auf andere rechtliche Art gehörig legitimiren oder hinlängliche Caution bestellen, und alsdann ebenfalls eine solche eventuelle Cession ausstellen soll. Dem Leihhause wächst aber durch eine solche Cession kein mehreres Recht an der Obligation zu, als sich wegen der wirklich vorgeliehenen Gelder und der fälligen ordnungsmäßigen Zinsen nach Maassgebung des darüber von dem Leihhause dem Debitor gegen die versetzte Obligation erteilten Pfandscheins bezahlt zu machen. Es findet also die lex Anastasiana hiebei gar keine Anwendung. Landesf. Verordn. v. 26. Juli 1770.

Catechismen, Handel mit denselben.

C. Bücher, gebundene, Handel mit denselben.

Catechismus=Lehre.

Wer seine Kinder und Gesinde nicht fleißig zur Kirche, und insonderheit zur Lehre und zum Verhöre des Catechismi schickt, der soll 5 Fl. Strafe geben. Allgem. Land. Ordn. Art. 4.

Die Obrigkeiten sollen dahin sehen, daß sowohl von den Eltern als Kindern und Gesinde der Landes=Ordnung gemäß an Herrentagen, wenn die Catechismus=Lehre gehalten wird, dieselbe besucht werde, und sollen die Pastoren und Opferleute die Ausbleibenden fleißig annotiren, dieselben alle Mal den Beamten übergeben, welchen denn, dieselben so oft sie ausbleiben der Gebühr nach zu bestrafen, nochmals ernstlich anbefohlen ist. Landesf. Verordn. v. 12. März 1657.

Die Catechismus=Lehren sollen auf der mater und filia alternative gehalten werden. Consistorial-Refcr. v. 22. Septbr. 1706.

Bei den Catechisationen sollen die Prediger die Lehren und Fragen nach Anleitung des in den Kirchen eingeführten Catechismus von Gesenius einrichten und die dahin gehörigen Sprüche aus der Bibel der Jugend bekannt machen. *) Erneuerte Kirchen=Ordn. v. 1709. Th. 1. Cap. IV. §. 3.

Wenn mehr als ein Prediger bei einer Kirche ist, sollen dieselben einen Sonntag um den andern, oder wie sie sich darüber vergleichen die Catechismus=Lehre übernehmen. Ebendaf. Th. 2. Cap. II. §. 33.

Wenn auf dem Lande ein Pastor zwei oder mehrere Kirchen zu besorgen hat, so soll er die Catechismus=Lehre den einen Sonntag an dem einen, den folgenden an dem andern Orte wechselseitig halten. Ebendaf. §. 39.

Auf dem Lande soll statt der Nachmittags=Predigt an den ersten Festtagen künftig Catechismus=Lehre gehalten werden. Landesf. Refcr. an fürstl. Consistorium v. 8. Octbr. 1772.

und unterm 15. Juni 1819 mit dem kurfürstl. Hessischen Gouvernement Conventionen wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs und der sonst ausgetretenen militairpflichtigen Landes=Einwohner abgeschlossen.

*) cf. Landtags=Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 53.

Statt der Freitags-Betsstunden sollen auf dem platten Lande Catechismus-Lehren gehalten werden. S. fürstl. Consistorii Reglement, die Freitags-Catechismus-Lehren und die Passions-Predigten auf dem platten Lande betr., v. 14. Januar 1777, welches mittelst Ausschreibens vom 12. März 1777 communicirt ist.

Die bereits confirmirten Kinder sollen noch zwei bis drei Jahre die öffentlichen Catechismus-Lehren besuchen. *) Consistorial-Rescr. v. 8. Novbr. 1799.

Unter den Kindern, welche noch zwei bis drei Jahre nach der Confirmation die Kinderlehren besuchen sollen, sind auch diejenigen zu verstehen, welche nach der Confirmation entweder in ihrem Wohnorte oder auf den Dörfern in Dienst und in die Lehre gehen. Consistor. Aussch. v. 4. Januar 1800.

S. auch: Confirmation der Kinder — Schulwesen auf dem Lande, Verbesserung desselben.

Catechismus-Lehre in Braunschweig.

Ueber die Einrichtung derselben s. landesfürstl. Reglement wegen der Catechisation in Braunschweig v. 25. April 1725.

Die Wochenpredigten in allen Kirchen zu Braunschweig sind in Catechismus-Lehren verwandelt, mit Ausnahme der Passions-Predigten in den Fastenwochen, welche auch ferner gehalten werden sollen. Jedes Kind, welches confirmirt werden will, soll diese Catechismus-Lehren wenigstens ein Jahr lang besucht haben. Landesf. Rescr. an das geistl. Gericht zu Braunschweig v. 21. Octbr. 1773. (Br. Anz. v. 1773. Nro. 90.)

Die Prediger in Braunschweig sollen die Kinderlehren und Betsstunden nicht durch Candidaten halten lassen. Landesf. Rescr. an das geistl. Gericht zu Braunschweig v. 30. Mai 1782.

Catechismus-Lehre in Helmstädt.

Landesf. Verordn. v. 30. Mai (März?) 1751, wie es in der Stadt Helmstädt mit den Catechismus-Lehren zu halten.

Catholiken.

S. Römisch-Catholische.

Cautio pro expensis beim Untergerichte zu Braunschweig.

§. 1. Wer mit unbeweglichen Gütern unter der Stadt Jurisdiction angeessen, oder auch hinlänglich bescheinigen kann, daß er in hiesigen Landen mit liegenden unbeweglichen erb- und eigenthümlichen Gütern genugsam angeessen sei, ist von dem gerichtlichen Vorstande *de expensis* befreit. §. 2. Falls aber ein Fremder oder nicht Angeessener gegen Bürger oder Fremde Klage anstellt, soll zwar ein mit unbeweglichen Gütern angeessener Bürge, jedoch nur in genere, wie hoch sich etwa die Gerichts- und andere Kosten in *casum succumbentiae* auf vorhergehende richterliche Moderation erstrecken möchten, caviren, dabei aber alle Disputation, ob der Bürge *idoneus fideiussor* sei oder nicht, unzulässig sein, es wäre denn der vorgeschlagene Bürge ganz notorie insolvent oder inhabilis, auf welchen Fall die Caution billig mit einem andern seßhaften oder tüchtigen zu bestellen. §. 3. Sollte es sich jedoch begeben, daß jemand, welcher dem Obigen gemäß Caution zu stellen schuldig, aus einer klaren Obligation, richtigen Abrechnung, oder sonst geständigen Schuld klagte, oder das Gericht deutlich sähe, daß Beklagter dem Kläger zu etwas gerecht sein muß, so soll derselbe von der Caution befreit sein, überhaupt aber das Gericht ermäßigen, ob die Caution nur frivol und zum Aufschub der Sache verlangt werde oder nicht,

*) Vergl. Consistor. Aussch. v. 30. Juli 1721 unter: Confirmation der Kinder.

und ersten Falls sie gar nicht zulassen. Cap. VIII. der Untergerichts-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 2. Febr. 1764.

Cautio de judicio sisti et judicatum solvi in Wechselsachen.

Ö. Verordn. v. 1. August 1715. §. 3. unter: Wechselrecht.

Cautio de proseguenda lite et pro expensis.

Wenn der Beklagte vom Kläger begehrt, durch sich oder seinen Anwalt des rechtlichen Streits abzuwarten und, wenn er überwunden würde, alle Kosten und Schaden ihm zu entrichten, Cautio und Sicherheit zu leisten, so soll der Kläger solches mit Bürgen oder Gütern zu prästiren schuldig sein. Hofger. Ordn. Tit. XXXV. §. So setzen und ordnen wir u.

Wenn aber der Kläger mit seinem Eide betheuern möchte, daß er diese Sicherheit nicht leisten könnte, so soll er mit seinem Eide diese Sicherheit zu thun zugelassen werden, in folgender Maße: Ihr sollt schwören einen Eid zu Gott und auf sein heiliges Evangelium, daß ihr nach möglichem angewandtem Fleiße die vom Beklagten erforderte Cautio mit Bürgen, Pfand oder Gütern nicht bestellen könnt oder mögt, und daß ihr deswegen den rechtlichen Streit nichts desto weniger durch euch selbst oder euren rechtlichen Anwalt bis zum Ende ausführen, und wenn ihr der Sache überwunden würdet, alle zuerkannten Kosten und Schaden entrichten wollt, getreulich und ungefährlich. Ebendas. §. Wann aber der Kläger u. *)

Desgleichen soll der Antworter auf Begehr des Klägers, sich in Recht zu stellen und der Sache selbst oder durch seinen Anwalt rechtlich abzuwarten, eine Cautio und Sicherheit zu thun schuldig sein. Ebendaselbst §. Desgleichen u.

Wenn aber der Kläger oder der Beklagte in hiesigen Landen mit liegenden und unbeweglichen Erb- und eigenthümlichen Gütern genugsam angefaßen oder versehen ist, so soll er obbemeldeten Vorstand zu thun nicht verpflichtet sein. Ebendas. §. Wann aber u.

Es soll vom Richter darauf geachtet werden, ob die Cautio vom Beklagten ohne genügende Ursache und nur zur Aufenthaltung der Sache gesucht wird, als in Mandats- oder andern Sachen, darin der Beklagte selbst in culpa vel mora begriffen, oder in solchem nexu notorie steht, daß er was auszahlen oder dem Kläger worin gerecht sein muß und also, oder auch sonst, wegen anzuwendender Gerichtskosten nicht gefährdet werden kann, auf welchen Fall und bei solchen kundbaren oder andern vorkommenden Umständen soll in arbitrio judicis stehen, zur Abschneidung aller in puncto cautionis vorlaufenden dilationum, dasjenige, was des Vorstandes und der Cautio halber gesucht wird, zwar zu communiciren, zugleich aber die Handlung in der Hauptsache beiderseits zu injungiren, oder nach Befinden sofort die exceptionem cautionis zu verwerfen und, auf die Klage hauptsächlich zu antworten, dem Beklagten per decretum aufzuerlegen. Ebendas. §. Wir wollen auch u.

cf. Ober-Appellations-Gerichts-Ordnung v. 16. Septbr. 1835. §. 139.

Cautio de rato.

Ö. Advocaten — Advocaten und Procuratoren — Procuratoren — Legitimatio ad acta beim Untergerichte zu Braunschweig.

*) Der in der Ganglei-Ordnung Nro. X. vorgeschriebene Eid ist hiermit völlig gleichlautend.

Cautions-Scheine

sollen in die Gerichts-Handelsbücher eingetragen werden; s. Handlungen, gerichtliche.

Censur.

S. Bücher = Censur.

Cessio bonorum.

Da das beneficium cessionis bonorum durch die publicirte Wechsel-Ordnung *) nicht aufgehoben worden, so soll ein Debitor, der weder per dolum noch latam culpam in das Falliment gerathen, und daher sothanen beneficii cessionis bonorum nicht unwürdig, solches genießen, und gegen seiner Creditoren Andringen dabei geschützt werden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 3. August 1719. **) (S. Wolfframs Wechsel-Ordn. p. 173.)

S. auch: Wechselschuldner, welcher bonis cedirt hat.

cf. Verordn. v. 26. März 1823, die Bankerotte betr., §. 17.

Chausseen.

Die ältern, die Chausseen und insbesondere die Chausseegeld-Erhebung betreffenden Bestimmungen ***) sind durch das Gesetz v. 29. Mai 1835, die Chausseegeld-Erhebung, den Gebrauch der Chausseen und die Wegepolizei betr., theils vervollständigt, theils abgeändert.

S. auch: Wege u.

Chaussee-Steine, Entwendung derselben.

Demnach seit einiger Zeit bemerkt worden, daß von den behuf des Chaussee-Baues und deren Unterhaltung angefahrenen Steinen und gesetzten Vorraths-Haufen Steine entwandt, ja sogar dies von den Fuhrleuten, mit welchen die Anfuhr der Steine zu den Chausseen accordirt worden, geschehen und zwar von letztern, um dadurch die übernommene Ruthenzahl desto eher voll zu machen und als völlig abgeliefert bezahlt zu erhalten, dergleichen Entwendungen aber um so strafbarer sind, je mehr diese Vorraths-Haufen der öffentlichen Sicherheit überlassen bleiben müssen: so wird verordnet, daß ein jeder, welcher die Beraubung der behuf des Chaussee-Baues und der Erhaltung der Chausseen angefahrenen Steine und gesetzten Stein-Vorraths-Haufen sich zu Schulden kommen läßt, wenn er dabei betroffen, oder sonst dieser Beraubung überführt wird, außer dem vierfachen Erfaze der geraubten Steine und des Fuhrlohns, wenn er dergleichen zu fordern hat, mit schwerer Strafe und dem Befinden nach, besonders wenn er zu wiederholten Malen sich diesen Diebstahl zu Schulden kommen läßt, mit der Strafe des großen Karrens belegt werden soll. Landesf. Verordn. v. 16. Septbr. 1797.

cf. Gesetz v. 28. Mai 1835, die Chausseegeld-Erhebung, den Gebrauch der Chausseen und die Wegepolizei betr., §. 8.

Chirographarische Gläubiger.

S. Concurß — Hypothekarische und chirographarische Gläubiger in Helmstädt.

Chirurgen

*) Art. 56; s. Moratorien.

**) Das Rescript ist auf ein Gesuch der Anna Dorothea Krause, Andreas Oldenbruchs Ehefrau, ergangen.

***) Die Verordnung v. 26. Juni 1796, nebst einem vollständigen Tarif über die Erhebung des Chaussee-Geldes, enthält die ersten umfassenden Bestimmungen.

Chirurgen und Bader.

Die Chirurgen sollen bei ernstster Strafe keine innerlichen Kuren vornehmen. Medicinal-Ordnung v. 21. Febr. 1721. Cap. V. §. 5 und 6.

Dieselben dürfen ohne Vorwissen eines Medici sowohl Kranken beiderlei Geschlechts, als auch sonst gefunden unverheiratheten Weibspersonen keine Ader öffnen. Ebendas. §. 9.

Bei der Prüfung der Lehrknaben sollen die Stadt-Physici zugezogen werden und soll außerdem der Lehrbrief ungültig sein. Ebendas. §. 10.

Es ist folgende Tax-Ordnung für die Chirurgen festgestellt:

		Thaler.	Mgr.
1)	Für einen Aderlaß am Arme in des Barbierers Hause	3, 4, 5 bis	— 6
	» » » » Fuße » » » »	5, 6 bis	— 8
	» » » in des Patienten Hause	9 bis	— 12
2)	Fontanellen zu legen bis zum Fluß	1 bis	2 —
3)	Verrückter Glieder Einrichtung	1, 2 bis	3 —
	Gänzliche Verrückung, sammt der Kur,	4 bis	5 —
	Gemeine oder halbe Verrückung des Hüftbeins	1	18
	Einrichtung, sammt der Kur,	10 bis	12 —
	Knies Einrichtung, sammt der Kur,	6 bis	10 —
	Schulter » » » »	4 bis	6 —
4)	Erster Verband schlechter Wunden	—	9
	» » gefährlicher Wunden	18 bis	— 24
5)	Fleisch-Wunden zu heilen	1 bis	2 —
6)	Gestochene Wunde, nach dem sie gefährlich	4, 6 bis	8 —
7)	Weinschröbige große Wunden	6, 10 bis	16 —
8)	Haupt-Wunde, gehauene ohne Gefahr,	1, 2 bis	3 —
	» » geschlagene oder gefallene	2 bis	3 —
	» » cum laesione cranii sine fissura	6 bis	8 —
	» » » » cum fissura	8 bis	10 —
9)	Pro usu trepani, jedes Mal	1 bis	2 —
10)	Arm-, Bein- oder Kniescheiben-Brüche	4, 6, 8 bis	10 —
	» Bruch mit einer Röhre	4	—
	» » » beiden Röhren	5 bis	7 —
11)	Schlig-Bruch, wöchentlich	1	—
12)	Ablösung eines Arms	10 bis	12 —
	» » Schenkels	12 bis	16 —
13)	Weib-Wunden, jeden Gang	—	6
14)	Brand, nachdem er groß, wöchentlich	1 bis	2 —
15)	Geschwülste, Contusionen, Hals- und Brust-Geschwüre, weil sie unterschiedlich, können am Füglichsten nach Gängen, die aber der Chirurgus nicht ohne Noth häufen, sondern allezeit nach des Patienten oder der Seinigen Bewilligung abreden soll, (berechnet werden) für jeden Gang	3 bis	— 6
16)	Nasen-Geschwüre	3, 6 bis	9 —
17)	Wolf und fressende Schäden, wöchentlich	1	—
18)	Krebs zu heilen	4, 6 bis	10 —

		Thaler.	Mgr.
19) Fisteln, wöchentlich	1 bis	2	—
20) Alte Schäden, wöchentlich		2	—
21) Die Heilung der lues Gallica, oder Franzosen dürfen sie ebenfalls vornehmen, jedoch sollen sie bei sich ereignendem Zweifel mit dem Medico dienliche Consultationen und Rücksprache pflegen und die Kur nicht über 20 bis 30 Thlr. steigern, ohne Medicamente und andere Kosten. Ebenbas. Cap. VI. §. 1.			

Hiermit wird den Begüterten ihre Liberalität nicht beschränkt, absonderlich wenn sie ihre Gefahr und des Chirurgen Fleiß und Sorgfalt extraordinarie zu verspüren gehabt. Ebenbas. §. 2.

Die, welche die besondern Operationen vornehmen, hinsichtlich welcher die Chirurgi ordinarii aus der Uebung kommen, als Staar-Stecken, Stein-, Bruch- und Haasenscharten-Schneiden, sollen bei Strafe der Relegation sowenig in der Bundarzney den Chirurgen ordinariis zum Abbruche, als vornehmlich an innerlichen Kuren den Medicis zum Schimpf und Präjudiz, sich vergreifen. Ebenbas. Cap. VII. §§. 1, 2 und 3.

Insbeyondere ist ihnen das Urin-Besehen und Beurtheilen bei willkührlicher Strafe untersagt. Ebenbas. §. 4.

Nachfolgende Taxen sollen ihnen bei ihren Kuren und Operationen zu Statuten kommen:

		Thaler.
Für ein Staar-Stecken	10, 16 bis	20
» » Stein-Schneiden	10 bis	20
» einen Bruch ohne Schnitt zu heilen	5, 8 bis	10
» » » mit dem Schnitte	6, 8 bis	12
» eine Haasenscharte	6, 9 bis	12
Augen-Kuren, nach Beschaffenheit der Umstände	1, 2 bis	6

Ebenbas. §. 5.

Jedoch sollen sie bei einer jeden solchen Operation in den Städten den Physicus bei Verlust ihres Arztlohns mit zuziehen. Ebenbas. §. 6.

Wegen der Prüfung und Beeidigung der Chirurgen, so wie wegen der von ihnen und gegen sie in Sachen, welche ihr Geschäft betreffen, geführten Klagen, auch wegen der wiederholt verbotenen Anwendung innerlicher Kuren und Austheilung von Medicamenten s. Verordn. v. 4. Januar 1747. §. 17. 18. 19 und 24. und v. 26. April 1770 unter: Collegium medicum.

Es ist nöthig gefunden worden, daß bei Annahme der Land-Chirurgen und Bader eine hinlängliche Communication zwischen dem fürstl. Collegio medico und den Obrigkeiten gepflogen werde und daher bestimmt, daß

- 1) wenn Land-Chirurgen und Bader sterben oder nur so abgängig werden, daß sie eines Adjuncts bedürfen, solches von den Obrigkeiten dem fürstl. Collegio medico ex officio gemeldet, auch
- 2) Falls jenen gute Subjecte bekannt, solche diesem vorgeschlagen, übrigens aber
- 3) keine Verschreibung der Badstuben an nicht recipirte und vom gedachten Collegio mit einem Atteste nicht versehene Subjecte gestattet werden soll. Landesf. Rescr. v. 1. April 1765. *)

Den Chirurgen und Badern an denjenigen Orten, wo keine Gilden sind, auch den Land-Chirurgen und Badern, soll Lehrlinge anzunehmen gar nicht weiter gestattet sein. Landesf. Aussch. v. 26. Septbr. 1768.

Der Unterschied zwischen den Chirurgen und Badern ist gänzlich aufgehoben, solchergestalt, daß beide unter dem allgemeinen Namen der Chirurgen begriffen sein, einer vor dem andern nichts voraus

*) Dieses Rescript ist auf landesf. Befehl im Fürstenthume Blankenburg und Stiftsamte Walkenried durch den Umlauf fürstl. Blankenb. Regierung v. 12. April 1765 bekannt gemacht.

haben, vielmehr beide in Ansehung der Gesellen und Lehrlinge, nicht weniger des Gebrauchs zu Legal-Besichtigungen und Sectionen, auch sonst einerlei Rechte genießen, und die Badstuben keinem andern, als tüchtig befundenen Chirurgen verliehen werden sollen. Landesf. Verordn. v. 6. Decbr. 1769.

Ueber die Beschränkung der Landchirurgen auf die ihnen angewiesenen Districte s. Verordn. v. 26. April 1770 unter: Collegium medicum.

Zufolge einer den Chirurgen ertheilten höchsten Resolution ist nicht die Absicht der Verordn. v. 6. Decbr. 1769, wegen Aufhebung des Unterschiedes zwischen Chirurgen und Bädern, gewesen, aus beiden Aemtern eins zu machen, vielmehr ist solche dahin gegangen, daß beide von einander unterschiedene Aemter und Innungen bleiben, und dieser Unterschied in der Ausfertigung der Lehrbriefe beobachtet werden soll, daß jedoch beide in Ausübung der Chirurgie einerlei Rechte zu genießen haben, auch zu solchem Ende die Badstuben keinem andern, als tüchtigen Chirurgen eingethan werden sollen. Bekanntmach. des Colleg. medici v. 10. Decbr. 1770. (Br. Anz. v. 1771. Nro. 1.)

Die Chirurgen und Barbieri, welche in hiesigen Landen Badstuben an sich bringen, sollen alle Mal solche Gesellen, die in Badstuben gelernt haben, halten, und soll Innungsverwandten der auf den Badstuben wohnenden Chirurgen gleichfalls gestattet werden, in hiesigen Landen eigentliche Barbierstuben acquiriren zu dürfen, jedoch mit der Bedingung, daß sie sodann auch solche Gesellen halten, die auf Barbierstuben gelernt haben und sich zu der Innung des acquirirten Amtes halten müssen. Uebrigens ist dadurch die höchste Declaration v. 6. Decbr. 1769 und 10. Septbr. (Decbr.?) 1770, wodurch der Unterschied zwischen den in den Barbier- und Badstuben wohnenden Chirurgen dergestalt aufgehoben worden, daß beide Aemter nicht zusammen geschmolzen werden, sondern sich in den Lehrbriefen und Kundschaften distinguiren sollen, auch ein vom fürstl. Sanitäts-Collegio unterm 17. Juni 1782 an alle Aemter der Chirurgen im Namen des Landesfürsten erlassenes Mandat, nach welchem das Amt der auf den Badstuben wohnenden Chirurgen sich in dem Siegel und der Unterschrift von dem andern Amte der Chirurgen unterscheiden soll, nicht aufgehoben, vielmehr sollen diese, wie auch die höchste Verordn. v. 30. Januar 1775,*) nach welcher der Ankauf einer Barbier- und Badstube nicht eher gültig sein und zu Recht bestehen soll, bis der Käufer vor dem fürstl. Obersanitäts-Collegio seine Fähigkeit sattem erwiesen hat, in ihrer völligen Kraft bleiben. Auf landesfürstl. Befehl geschehene Bekanntmachung des fürstl. Obersanitäts-Collegii v. 14. Mai 1783.

Es haben beim fürstl. Obersanitäts-Collegio die Chirurgen und Barbieri gegründete Klage geführt, daß es zu ihrem größten Nachtheile überhand genommen habe, daß verschiedene der practisirenden Aerzte sich mit der *praxi chirurgiae* befaßten, und ihnen, den Wundärzten, fast gar keine Verrichtungen weiter übertragen würden, wodurch es ihnen denn unmöglich fiel, die ihnen obliegenden *praestanda* zu entrichten. Ob nun gleich fürstl. Obersanitäts-Collegium nicht bedenklich findet, wenn ein Arzt mit erforderlichen chirurgischen Kenntnissen, Geschicklichkeit und Erfahrungen versehen, wichtige chirurgische Operationen, z. B. Staar-Operationen, Amputationen, Steinschneiden, wichtige Erstirpationen, Trepanationen u. dergl. übernimmt, so ist es dennoch den Gerechtfamen der Chirurgen entgegen und unter der Würde eines Arztes, wenn sich derselbe auch mit geringen chirurgischen Verrichtungen, als Zahnausziehen, spanische Fliegen-Legen, Aderlassen, geringe Abscesse zu behandeln u. befaßt, daher denn fürstl. Obersanitäts-Collegium verschiedentlich sein Mißfallen darüber geäußert, und in Circularen den Aerzten solches zu thun untersagt hat. Dieses alles ungeachtet hat aber diese Unordnung nicht allein fortgebauert, sondern sogar so sehr überhand genommen, daß die Stadt- und Land-Chirurgen mit Anführung verschiedener specieller Fälle darüber die bittersten Klagen zu führen sich genöthigt gesehen haben. Fürstl. Obersanitäts-Collegium

*) S. Barbier- und Badstuben.

ist daher vom Landesfürsten befehligt worden, den hiesigen Aerzten sowohl, als den auswärtigen hierdurch nochmals zu eröffnen, daß es ihnen zwar unbenommen sein solle, wichtige chirurgische Operationen, deren glückliche Beendigung sie sich zutrauen, zu übernehmen, hingegen sie sich bei unvermeidlicher Strafe zu 20 Thlr. für jeden erwiesenen Contraventions-Fall aller geringeren chirurgischen Verrichtungen (den Fall der äußersten Noth ausgenommen) enthalten sollen, und wird fürstl. Obersanitäts-Collegium um so mehr auf die Befolgung dieses Verbots ein wachsames Auge haben, da es den hiesigen und auswärtigen Wundärzten bei gleicher Strafe alle *praxin medicam internam* untersagt hat. Circularschreiben des fürstl. Obersanitäts-Collegii v. 20. Januar 1794. *)

S. auch: Barbier- und Badstuben — Wundärzte — Collegium medicum — Verwundungen — Rettung Verunglückter.

cf. Verordn. v. 24. Februar 1814, den Geschäftskreis der Oberhauptleute betr., §. 8. — Gesetz v. 12. Octbr. 1832, die Organisation und den Wirkungskreis der Kreis-Directionen u. betr., §. 7. Nro. 7.

Chirurgen, Regiments- und Compagnie-.

Alle Bürger und Einwohner der Stadt Braunschweig und der dazu gehörigen Dörfer Lehn Dorf, Delper, Rühme und Rünigen sollen, wenn sie in Zukunft, es sei zum Barbieren, Aderlassen, Curirung alter und neuer Schäden, oder Gebrauchung äußerlicher Medicamente eines Chirurgen bedürftig sein möchten, sich dabei der Regiments- und Compagnie-Feldscherer und überhaupt aller Stöhrer und Pfuscher, Soldaten und alter Weiber gänzlich und bei Vermeidung unausbleiblicher harter Strafe äußern und enthalten, oder gewärtigen, daß die dadurch verwirkte Strafe von den muthwilligen Contravenienten, ohne einiges Ansehen der Person, durch gewöhnliche Zwangsmittel eingetrieben werde. Dieses ist nach vorgängigem Gesuche der Chirurgen der Stadt Braunschweig auf landesfürstl. Befehl durch eine Verordnung des Magistrats zu Braunschweig v. 26. Juni 1719 bekannt gemacht. **)

Die Regiments- und folglich auch die Compagnie-Feldscherer sollen in ihren Schranken bleiben und sowohl bei äußerlichen gefährlichen casibus, als auch bei innerlichen Krankheiten unter der Miliz die Garnison-Medici consuliren, und mit Nachdruck bestraft werden, wenn sie durch ihre Schuld jemanden nach dem Kirchhofe kuriren. Medicinal-Ordn. v. 21. Febr. 1721. Cap. V. §. 8.

Mittels Erneuerung des unterm 16. August 1717 ergangenen Verbots sind alle und jede Chefs der Regimenter in der Garnison zu Braunschweig beordert, den Regiments- und Compagnie-Feldscherern alles Barbieren, Aderlassen und Curiren bei der Bürgerschaft und Civilpersonen bei namhafter Strafe gänzlich zu untersagen, und dabei denselben anzudeuten, daß demjenigen, welcher gegen dieses Verbot zu handeln sich unterstehe, der dadurch erlangte Gewinn an der Gage abgezogen und den Braunschweigischen Stadt-Chirurgen ausgezahlt werden solle. Landesf. Befehl an die Regiments-Chefs v. 23. März 1741.

Wegen der Prüfung und Beeidigung der Regiments- und Compagnie-Feldscherer, so wie wegen des wiederholten Verbots für dieselben, andere als Militair-Personen zu behandeln, s. Verordn. v. 4. Januar 1747. §§. 21 bis incl. 25 unter: Collegium medicum.

Unterm 12. Decbr. 1752 ist ein besonderes landesf. Reglement ergangen, in welcher Maaße den Regiments-Feldscherern die innerlichen Curen erlaubt sein sollen; es ist aber in demselben §. 2 den Regi-

*) Erneuert am 21. Septbr. 1803. — cf. Bekanntmachung herzogl. Obersanitäts-Colleg. vom 27. Januar 1830. (Bege II. p. 212.)

**) Erneuert am 19. März 1741.

ments- und Compagnie-Feldscherern bei Vermeidung ernstlicher scharfer unausbleiblicher Strafe angedeutet, sich allen innerlichen und äußerlichen Curirens bei Bürgerleuten, auch allen und jeden Medicin-Ausgebeß an dieselben in Zukunft zu enthalten, inmaßen derjenige Regiments-Feldscherer, der dessen sich weiter gelüßten lassen und zu Recht überführt werden wird, sich dadurch ipso facto seiner Bedienung verlustig gemacht haben und cassirt, der Compagnie-Feldscherer aber für jeden Contraventions-Fall, ohne Nachsicht, mit 48stündigem Krummliegen im Stockhause bestraft werden soll.

S. auch: Wundärzte in Braunschweig — Medicinische Puscherei.

Chirurgische Kuren.

S. Chirurgen und Bader — Chirurgen, Regiments- und Compagnie- — Wundärzte in Braunschweig.

Chirurgische Puscherei.

S. Medicinische Puscherei.

Christ- und andere kleine Jahrmärkte in Braunschweig.

Die auswärtigen Gewürz-Krämer können sich zwar bei den in Braunschweig üblichen Messen und großen Jahrmärkten anfinden, sollen auch alle dabei ertheilten Freiheiten nach wie vor zu genießen haben; hingegen aber sollen sie der kleinen Jahrmärkte und in specie des Christmarkts sich gänzlich enthalten. Landesf. Verordn. v. 10. Januar 1691.

Eichorien-Kaffee.

Demnach dem Vernehmen nach dem durch die hiesigen Anzeigen publicirten Avertissement d. d. den 6. Januar 1783, *) nach dessen Inhalt aller Handel mit Eichorien-Kaffee, wenn nicht eine besondere landesf. Concession dazu impetrirt, bei 50 Thlr. Strafe verboten ist, zeither verschiedentlich entgegen gelebt, und in der irrigen Meinung, daß das Verbot nur auf die Stadt Braunschweig gehe, solcher unbefugte Handel, besonders in den Landstädten, oft von Leuten betrieben worden, welche durch Einmischung fremder Wurzelarten, oder sonstiger der Gesundheit wohl gar schädlichen Ingredienzien dieses dem Lande in Ansehung des ziemlich ausgebreiteten Commercii damit nicht unwichtige Fabrikat, besonders im Auslande, in Mißcredit gebracht und dadurch den stärkern Absatz eines Waaren-Artikels, welcher schon deshalb, daß das Material dazu hier im Lande erzeugt wird, alle Begünstigung verdient, nicht wenig behindert haben, ein so schädlicher, dem guten Rufe des hiesigen Eichorien-Kaffees entgegen stehender Verkehr aber fernerhin nicht zu gestatten ist: so ist nicht nur verordnet, daß obigem Verbote hinführo genau nachgegangen werde, sondern die Oborgkeiten sollen auch künftig niemandem in ihrem Gerichts-Bezirk, wenn er nicht eine specielle landesf. Concession dazu erhalten, die Zubereitung des Eichorien-Kaffees, um damit irgend eine Art von Handel, es sei durch Absatz gegen baares Geld, oder andere Waaren zu treiben, bei Vermeidung der darauf gesetzten Strafe von 50 Thlr., wovon die Hälfte den Armen-Anstalten des Orts und die andere Hälfte dem Denuncianten hiermit zugebilligt wird, weiter gestatten, **) welches durch öffentlichen Anschlag und sonst bekannt zu machen ist. Landesf. Circular-Rescript v. 11. Septbr. 1787.

*) S. Br. Anz. v. 1783. Nro. 5. Das Avertissement ist weniger umfassend als dieses Circular-Rescript.

**) In Braunschweig war alle Verfertigung und jeder Handel mit Eichorien-Kaffee ohne höchste Concession schon wiederholt bei 50 Thlr. Strafe, wovon der Denunciant unter Verschweigung seines Namens ein Drittel, das Uebrige aber das Armenhaus erhalten sollte, untersagt worden durch das Avertissement des fürstl. Polizei-Departements v. 14. Octbr. 1785. (Br. Anz. v. 1785. Nro. 83.)

Da die Erfahrung lehrt, daß die gemahlene, noch nicht völlig erkaltete, in Quantitäten zusammen geschütteten und in Fässer gepackten Cichorien sich selbst entzünden, so ist zu Verhütung dergleichen Unglücksfälle sämtlichen Cichorien-Fabrikanten, auch denjenigen Einwohnern in Braunschweig, welche sich mit Verfertigung des Cichorien-Kaffees in Quantitäten abgeben, ernstlich anbefohlen, auf die Abwendung aller Feuergefährlichkeiten vorzüglich aufmerksam zu sein und den gemahlene Cichorien-Kaffee, ehe selbiger nicht völlig erkaltet ist, und bevor nicht wenigstens volle 24 Stunden nach dem geschehenen Mahlen verfloßen sind, nicht zu verpacken, oder in Quantitäten feuergefährlich hinzuschütten; vielmehr sollen selbige gedachte gemahlene Cichorien bis zu ihrer gänzlichen Erkaltung in einem feuerfesten Behältnisse sorgfältig aufbewahren, widrigenfalls dieselben, im Falle einer hierunter bekannt werdenden Sorglosigkeit und veranlaßten Feuersgefahr, sich selbst zuschreiben haben, wenn sie deshalb nachdrücklich bestraft und wegen Ersehung alles dadurch entstandenen Schadens in Anspruch genommen werden. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements in Braunschweig v. 4. Januar 1791. (Br. Anz. v. 1791. Nro. 4.)

S. auch: Cichorien-Wurzeln, Darren, Brennen und Mahlen derselben.

Cichorien-Kaffee-Fabrikanten.

S. Cichorien-Kaffee — Holz, Verkauf desselben in Braunschweig — Cichorien-Wurzeln, Darren, Brennen und Mahlen derselben.

Cichorien-Kaffee, Mahlen auf Handmühlen.

S. Cichorien-Wurzeln, Darren, Brennen und Mahlen derselben.

Cichorien-Wurzeln, Darren, Brennen und Mahlen derselben.

Kein Brauer in Braunschweig soll, zu Verhütung der Feuersgefahr, bei 100 Thlr. Strafe des Nachts und durchaus nicht länger als von 5 Uhr Morgens bis 8 Uhr des Abends darren, dergestalt, daß nicht länger als bis zu dieser Stunde weder Feuer noch glühende Kohlen in den Darr-Defen bei den Darren vorhanden sein sollen. Dem Denuncianten ist ein Drittel der Strafe, mit Verschweigung seines Namens, versichert worden, wenn er die Anzeige so zeitig thut, daß der Contravenient in continenti darüber betreten werden kann. Landesh. Rescr. an das Polizei-Departement zu Braunschweig v. 24. Octbr. 1774, *) und die von diesem in Gemäßheit desselben bekannt gemachten Avertissements v. 24. Octbr. 1774 und 18. März 1783. **) (Br. Anz. v. 1774. Nro. 85. und v. 1783. Nro. 26.)

In Gemäßheit der unterm 24. Octbr. 1774 und unterm 18. März 1783 bekannt gemachten Avertissements ist zu Verhütung der Feuersgefahr nicht nur das bei nachtschlafender Zeit vorzunehmende Darren der Cichorien-Wurzeln bei 20 Thlr. Strafe und mit der Erklärung verboten, daß durchaus nicht länger, als von 5 Uhr des Morgens bis 8 Uhr des Abends weder Feuer noch glühende Kohlen in den Darr-Defen bei den Darren vorhanden sein sollten, sondern auch, da sich die Darren bei dem in den Darr-Defen beständig vorhandenen Feuer leicht entzünden können, das Tag für Tag geschehene Darren bei ebenmäßiger Strafe von 20 Thlr. untersagt und solches in der Maaße nur gestattet, daß solches wechselsweise einen um den andern Tag geschehen könne. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 8. August 1789. (Br. Anz. v. 1789. Nro. 65.)

*) Durch dieses Rescript wird außerdem noch bestimmt, daß das obige Verbot jedes halbe Jahr von den Kanzeln vorgelesen, auch in den Anzeigen und Zeitungen bekannt gemacht werden solle.

**) Das zweite Avertissement ist das umfassendere, indem es nicht nur das erste wörtlich wiederholt, sondern auch den Zusatz enthält, daß in den Defen weder Feuer noch Kohlen länger, als bis zu der bezeichneten Stunde vorhanden sein sollen.

Da mit Ueberzeugung vorstellig gemacht ist, daß die Cichorien=Wurzeln dem Verderben unvermeidlich unterworfen sein würden, wenn das Darren derselben unterbrochen werden und solches nur einen Tag um den andern geschehen sollte, als ist dieserhalb, und da die zum Zweck habende Sicherheit auch schon dadurch mit erlangt werden wird, wenn das Darren dieser Wurzeln unter gehöriger Aufsicht und nur von 5 Uhr des Morgens bis 8 Uhr des Abends geschieht und hiebei sorgfältig in Obacht genommen wird, daß nach dieser Zeit weder Feuer noch glühende Kohlen in den Darr=Defen bleiben, das unterm 8. August dieses Jahrs erlassene Regulativ solchergestalt modificirt, daß das Darren der Cichorien=Wurzeln, jedoch mit obiger, zur Abwendung der Feuergefährdung nothwendigen Einschränkung, erforderlichen Falls Tag für Tag, wie vorhin geschehen, künftig wiederum geschehen könne. Avertissement des fürstl. Polizei=Departements zu Braunschweig v. 10. Septbr. 1789. (Br. Anz. v. 1789. Nro. 72.)

Demnach der Betrieb der Cichorien=Kaffee=Fabrikanten sich mehr und mehr verbreitet, mithin auch die bei dem Cichorien=Darren sich ereignen könnende Feuergefährlichkeit zur Sicherheit des Publikums auf das Sorgfältigste abgewendet werden muß, als sind sämtliche Cichorien=Kaffee=Fabrikanten ernstlich erinnert, bei dem Darren sowohl, als auch bei dem Aufbewahren des gemahlten Cichorien=Kaffees vorhin bereits verordnetermaßen zu Abwendung etwaniger Feuergefährlichkeit die strengste Aufmerksamkeit anzuwenden, und ist zugleich auf landesf. höchsten Befehl hiermit bekannt gemacht, daß 1) jeder Cichorien=Kaffee=Fabrikant, welcher eine neue oder mit Röhrenzügen anzulegende, oder sonst besser einzurichtende Darre zu bauen oder vorrichten zu lassen Willens sein sollte, solches zuvor bei dem Polizei=Departement anzeigen und obgedachte Veränderung oder Verbesserung nicht eher, bis dazu nach geschehener Befichtigung die Erlaubniß erteilt worden, vornehmen, oder nachdrückliche Bestrafung gewärtigen müsse; daß ferner 2) niemand, bei 20 Thlr. Strafe, des Nachts darre, sondern sich dahin einzuschränken habe, daß Morgens vor 5 Uhr nicht angefangen werde, und dagegen Abends um 8 Uhr alles Darr=Feuer, die Darre sei auch noch so feuerfest eingerichtet, verlöscht und ausgethan sei; daß endlich 3) bei den neuanzulegenden Darren die Defen, damit die Platte sich nicht heben könne, oben mit Schrauben oder eisernen Bändern versehen, auch der Raum auf der Darre über den Defen, wo eine Entzündung der Cichorien am Leichtesten zu befürchten ist, ganz von Cichorien leer gelassen und mit Lehm wohl verwahrt sein müsse. Avertissement des fürstl. Polizei=Departements zu Braunschweig v. 20. Juli 1791. (Br. Anz. v. 1791. Nro. 61.)

Daß Darren der Cichorien in Back=Defen und die Transportirung der heißen Cichorien in Trag=Kiepen und Körben, die mit selbigen auch gewöhnlich so hingeseht zu werden pflegen, wie auch das Hinschütten derselben an nicht feuerfeste Orte ist wegen besorglicher Feuergefährdung auf höchsten Befehl bei nachdrücklicher Strafe verboten worden. Avertissement des fürstl. Polizei=Departements in Braunschweig v. 5. Novbr. 1791. (Br. Anz. v. 1791. Nro. 80.)

Nachdem die Cichorien=Darr= und Brennerei=Gebäude aus der Stadt auf angewiesene Plätze verlegt sind, so ist niemandem mehr erlaubt, Cichorien in der Stadt auf Brauer= oder Cichorien= Darren zu darren oder in Back=Defen zu trocknen, auch selbige überhaupt in der Stadt, die Quantität sei auch noch so klein, zu brennen; vielmehr ist alles Darren und Brennen der Cichorien innerhalb der Stadt fernerhin bei 20 Thlr., oder dem Befinden nach noch härterer Strafe auf jeden Contraventionsfall untersagt. Zugleich sind die sämtlichen Cichorien=Fabrikanten zu Befolgung des unterm 4. Januar 1791 erlassenen Avertissements, *) in Betracht des verbotenen Verpackens des gemahlten Cichorien=Kaffees, bevor selbiger gehörig erkaltet ist, nochmals angewiesen. Avertissement des fürstl. Polizei=Departements zu Braunschweig v. 27. Juli 1792. (Br. Anz. v. 1792. Nro. 62.)

*) C. Cichorien=Kaffee.

Da obiges Verbot des Darrens und Brennens des Cichorien-Kaffees in der Stadt Braunschweig auch Beziehung auf die Stadt Wolfenbüttel hat, so ist den dasigen Cichorien-Fabrikanten selbst sowohl alles Darren und Brennen der Cichorien in ihren Häusern in der Stadt, als auch den Brauern und Bäckern, welche etwa auf den Brau-Darren und in den Back-Ofen Cichorien gedarret und getrocknet haben, solches bei schwerer Strafe auf höchsten Befehl untersagt und den Cichorien-Kaffee-Fabrikanten insbesondere aufgegeben, ihre Darren und Brennereien außerhalb der Stadt entweder auf ihren Gärten, oder auf einem denselben anzuweisenden Plage in der dasigen Festung vorrichten zu lassen. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Wolfenbüttel v. 23. August 1792. (Br. Anz. v. 1792. Nro. 67.)

Da das Darren und Brennen der Cichorien=Wurzeln niemandem, als allein privilegierten Cichorien-Fabrikanten gestattet werden soll, folglich auch die auf Spekulation gebaueten, oder ferner vorzurichtenden Cichorien-Darren und Brennereien (welche zwar sonst einem jeden Einwohner vor den Thoren anzulegen frei steht) weder von dem Eigenthümer, wenn selbiger nicht selbst privilegirter Cichorien-Fabrikant ist, zum Cichorien-Darren und Brennen genutzt, noch an andere, als privilegierte Cichorien-Fabrikanten vermietet oder sonst zum Gebrauche eingeräumt werden dürfen, so ist dieses auf höchsten Befehl bekannt gemacht durch ein Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 14. Septbr. 1792. (Br. Anz. v. 1792. Nro. 73.)

Das Beschütten der Brauer-Darren mit geschnittenen Cichorien=Würfeln unter dem Vorwande, daß man solche allda nur durch die gewöhnliche vom Stuben-Ofen heraufziehende Wärme trocknen oder luft-trocken machen wolle, ist wegen Feuergefährlichkeit als ein verheimlichtes Darren ein für alle Mal untersagt, und hat derjenige, auf dessen Darre künftig Cichorien, es sei unter welchem Vorwande es wolle, vorgefunden werden, zu gewärtigen, daß eine Strafe von 20 Thlr. gleichmäßig von ihm beigetrieben werde, als ob er wirklich Cichorien gedarret hätte. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 22. Novbr. 1792. (Br. Anz. v. 1792. Nro. 95.)

Auf höchsten Befehl ist das Mahlen der gebrannten Cichorien auf den von den Cichorien-Fabrikanten bisher gebrauchten Handmühlen zu Abwendung der hierdurch zu besorgenden Feuergefährlichkeit in der Stadt bei 5 Thlr. Strafe verboten und dem Denuncianten ein Drittel der Strafe zugleich zugesichert. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements v. 27. August 1794. (Br. Anz. v. 1794. Nro. 68.)

Demnach den sämtlichen hiesigen Cichorien-Fabrikanten theils durch specialiter insinuirte Auflagen, theils durch öffentlich bekannt gemachte Verordnungen die strengste Vorsicht zur Abwendung der bei den Cichorien-Fabrik-Geschäften hin und wieder sich ereignenden Feuergefährlichkeit von Zeit zu Zeit anbefohlen worden, gleichwohl bemerkt ist, daß selbige, besonders nachdem die Darren vor die Thore verlegt sind, in der Meinung stehen, als ob jene bei diesem Gewerbe in der Stadt vorgeschriebene Vorsicht nicht mehr nöthig sei, da doch um ihres eigenen Nutzens willen alle jene Vorschriften und Anordnungen noch nach wie vor beobachtet werden sollen, als werden selbige hiermit nochmals in Erinnerung gebracht: 1) Müssen in jedem Darr-Gebäude, sonderlich auf den Darren und in den Brennhäusern, zu jeder Zeit mehrere mit Wasser angefüllte Fässer oder Tubben in Bereitschaft stehen, damit ein wider Verhoffen entstehendes Feuer gleich beim Ausbruche gelöscht werden könne, und es an dem hierzu benöthigten Wasser im Hause selbst nicht fehle. 2) Müssen in den Darrhäusern, so lange das Darren währt, auch des Nachts, Leute gehalten werden, die die Darren von Zeit zu Zeit visitiren und auf die Ofen, damit diese nicht überheizt werden, Acht haben, und da ein einziger Mann diese nächtliche Wache nicht wohl verrichten möchte, so ist die Einrichtung zu treffen, daß zwei Männer sich hierin ablösen, und einer vor, der andere aber nach Mitternacht die Aufsicht habe. 3) Muß jeder Cichorien-Fabrikant seine sämtlichen Darren jeden Abend, so oft als gedarret wird, selbst nachsehen und darauf achten, daß selbige nicht überheizt werden.

4) Muß

4) Muß beim Brennen der Eichorien=Würfel die Vorsicht beobachtet werden, daß selbige, wenn sie aus dem Brenner geschüttet sind, gehörig erkalten und nicht in großen Quantitäten heiß auf einander zu liegen kommen, auch müssen solche gebrannte Würfel nicht in hölzerne Gefäße, sondern in feuerfeste Behälter geschüttet werden. 5) Auch die gemahlene Eichorien müssen in feuerfesten Behältern erst erkalten, bevor sie zum Versenden verpackt werden. Wie nun jeder Fabrikant, auch bei gemieteten Darren, diese Vorschriften genau zu befolgen hat, so hat es im Uebrigen bei dem wiederholt bekannt gemachten Verbote, daß innerhalb der Stadt Eichorien nicht gedarrt und auch bei 20 Thlr. Strafe nicht gebrannt werden dürfen, die Quantität sei auch noch so klein und die Vorrichtung noch so feuerfest, sein Verbleiben. Avertissement des fürstl. Polizei=Departements zu Braunschweig v. 6. Decbr. 1793. (Br. Anz. von 1793. Nro. 97.)

Die unterm 21. Octbr. 1774 und 18. März 1783 erlassenen Avertissements sind aufs Neue in Erinnerung gebracht durch ein Avertissement des fürstl. Polizei=Departements zu Braunschweig v. 16. März 1795. (Br. Anz. v. 1795. Nro. 27.)

Den Eichorien=Fabrikanten ist befohlen, bei 20 Thlr. Strafe keine gedarrten Eichorien=Würfel, bevor selbige nicht gehörig erkalten sind und wenigstens 48 Stunden von der Darre gänzlich abgebracht auf ihren Fabrikhäusern auseinander geschüttet gelegen haben, in die Stadt bringen und allda ferner aufschütten zu lassen. Auch ist jedem Hauswirth, welcher seine Kammern und Böden zum Aufbewahren der gedarrten und gemahlene Eichorien einräumt, bei 20 Thlr. befohlen, bei der Ablieferung derselben genau darauf zu achten, ob dieselben völlig kalt sind, und entstehenden Falls dieselben nicht anzunehmen. Sollte wegen nicht gehörig angewandter Vorsicht Feuersgefahr daraus entstehen, so soll sowohl der Fabrikant als auch der Hauswirth außer der Strafe noch für den dadurch entstandenen Schaden haften. Ferner sollen die Eichorien=Fabrikanten dem Polizei=Departement schriftlich anzeigen, welche Böden sie zum Aufschütten der erkalteten Eichorien gemietet haben, damit die Vorräthe nöthigen Falls nachgesehen werden können. Bekanntmachung des Polizei=Departements zu Braunschweig v. 8. Novbr. 1799. (Br. Anz. v. 1799. Nro. 89.)

E. auch: Eichorien=Kaffee — Malz= und Darr=Defen.

Eichorien=Wurzeln, Lieferungs=Contract.

Um allen Nachtheil von den Landbebauern, welche mit den Eichorien=Kaffee=Fabrikanten wegen der auf ihren Feldern gebaueten Eichorien=Wurzeln Contracte abschließen, abzuwenden, ist auf landesfürstl. Befehl verordnet:

1) daß, wenn Einwohner zu Braunschweig, welche Land cultiviren, Contracte abschließen, wodurch sie sich verbindlich machen, Eichorien=Wurzeln für einen bestimmten Preis zu liefern, diese Contracte, sie mögen gefaßt sein, wie sie wollen, anderergestalt als Lieferungs=Contracte nicht bestehen sollen, als wenn sie nach vorgängiger Cognition der Sache (wobei der Verkäufer über den Umfang der zu übernehmenden Verpflichtung ad protocollum zu belehren ist) gerichtlich bestätigt worden; dagegen

2) dergleichen Contracte in Entstehung der gerichtlichen Confirmation nur angesehen werden sollen, als wenn sie lediglich über den von den Landbebauern von ihrer eigenen oder gepachteten Länderei zu hoffenden Ertrag der Wurzeln geschlossen worden, mithin der Verkäufer ein Mehreres zu leisten nicht verbunden ist, als ihm nach der Natur dieser Gattung von Contracten zu erfüllen den Rechten nach obliegt. Bekanntmach. des Magistrats zu Braunschv. v. 30. Decb. 1803 nach dem Inhalte des landesf. Refcr. v. 20. Decbr. 1803. (Br. Anz. v. 1804. Nro. 1.)

Citation.

E. Infimation der Decrete x. — Edictal=Ladung — Ungehorsam.
Erster Theil.

Citation zu Braunschweig.

E. Infination der Decrete zu Braunschweig — Polizeisachen in Braunschweig.

Citation vor das Kaufgericht zu Braunschweig.

E. Kaufgericht zu Braunschweig, Erscheinen vor demselben.

Civilbedienten = Wittwen = und Waisencasse.

Die Noth und Armuth der Wittwen und Waisen, welche die fürstl. Bedienten hinterlassen, ist zwar bisher von den Landesfürsten durch Gnadengehalte und Pensionen erleichtert und soll solches auch künftig geschehen; weil aber der dazu bestimmten ansehnlichen Summen ohngeachtet dennoch verschiedener Bedienten Wittwen und Kinder Mangel leiden, solche auch um so mehrerer Aufmerksamkeit und Mitleidens würdig sind, als die ehrlichsten Diener meistens am Wenigsten erwerben, so sollen künftig von allen aus fürstl. Cammer-, der Kriegs- und Klosterscasse, wie auch landesf. Scatol, nicht minder aus den aerariis der Landschaft und der Städte zu bezahlenden Besoldungen und zwar, was die Besoldungen der Kriegs-Bedienten betrifft, von den Gagen der Lieutenants incl. an und so weiter hinaufgerechnet, zwei Procent inne behalten und außer den vom Landesfürsten bereits ausgeworfenen Gnadengeldern auf Wittwen und Waisen verwandt werden. Unverheirathete und wohlhabende Bediente werden diesen geringen Abzug leicht und willig ertragen, denen aber, welchen er zu einiger Last gereicht, bleibt dafür die gewisse Hoffnung, daß nach ihrem Tode die Ihrigen den Zuschuß vielfach wieder genießen. Die Abzüge sollen quartaliter geschehen. Landesf. Verordn. v. 27. Juni 1743.

Da man sich eines Theils durch die zeitherige Erfahrung im Stande befindet, behuf eines dauerhaften Fortganges der durch die Verordn. v. 27. Juni 1743 errichteten Wittwen- und Waisencasse zuverlässigere Maaßregeln zu nehmen, als bei der anfänglichen Errichtung möglich war, andern Theils auch, um nicht nur die Anstalt allgemeiner zu machen, sondern auch die künftig zu dieser Anstalt qualificirten Wittwen und Waisen im Voraus ihre zu hoffen habenden Pensionen zu versichern: so wird jene Verordnung declarirt und demnach folgendes verordnet:

1) Da die gegenwärtige Anstalt insbesondere die fürstl. Civilbedienten in dem Herzogthume Braunschweig Wolfenbüttelschen Theils und dem dazu gehörigen Fürstenthume Blankenburg in sich begreifen soll, so werden davon ausgeschlossen:

- a) die fürstl. Militairbedienten und diejenigen Civilbedienten, welche aus der fürstl. Kriegscasse besoldet werden, als für deren Wittwen durch die fürstl. Kriegs-Wittwencasse gesorgt wird;
- b) die aus der Landrenterei-Casse besoldeten Bedienten;
- c) die Kirchen- und Schuldienere;
- d) die Stadt-Bedienten;

wobei sich jedoch von selbst versteht, daß die Bedienten ad b, c & d, wenn sie zugleich fürstl. Bedienten sind und als solche besonders besoldet werden, auch in die fürstl. Civilbedienten-Wittwencasse mit eingeschlossen sind. 2) Gleichwie die Dauerhaftigkeit dieser Anstalt sich darauf gründet, daß eine mit dem jährlichen wahrscheinlichen Wachsthum der Wittwen- und Waisenanzahl im Verhältniß stehende Revenue ausgemacht werde, so sind zur Erreichung dieses Endzwecks folgende Einflüsse für diese Casse bestimmt:

- a) der bisherige Besoldungs-Abzug zu 2 Procent;
- b) sollen statt des bisher von den neuen Besoldungen behuf der Lazareth-Hausbaukasse gemachten Abzuges des ersten Monats künftig nicht nur von den neuen Besoldungen, sondern auch den Besoldungs-Zulagen die ersten drei Monate abgezogen werden und der Betrag jenes einen Monats von

den neuen Besoldungen ferner in die Lazareth-Hausbaukasse, die andern resp. zwei und drei monatlichen Abzüge aber in die Wittwencasse fließen;

b) soll dazu von dem extraordinair-Besoldungs-Abzuge à 10 Procent künftig 1 Procent verwandt, auch solches beständig bleiben und den sämtlichen fürstl. Bedienten, incl. derjenigen, welche bisher von dem Abzuge der 10 Procent befreiet gewesen, gekürzt werden, wenn gleich mit der Zeit die übrigen 9 Procent wieder wegfallen;

d) so wie der durch die zeitherigen Abzüge der 2 Procent erwachsene Fonds zu 5 Procent genützt worden, so sollen auch die künftig zum Fonds zu schlagenden Capitalien, sobald eine Summe von 100 Thlr. nach Abzug der Pensionen überschießt, zu 5 Procent Verzinsung sicher untergebracht, auch, wenn solches nicht anderwärts geschehen kann, bei den fürstl. Cassen jederzeit mit 5 Procent verzinst werden. Wie jedoch zu vermuthen, daß durch alle diese Einflüsse das erforderliche Quantum noch nicht herauskommen möchte, so will der Landesherr um aller Sicherheit willen

e) zu dessen Completirung aus den fürstl. Cassen einen jährlichen Zuschuß von 5 bis 600 Thlr. zu dieser Anstalt thun lassen.

3) Die sämtlichen an diesem Institute theilnehmenden fürstl. Bedienten sind in 9 Classen vertheilt, wobei zwar derselben Stand zum Grunde gelegt worden, jedoch ausdrücklich declarirt wird, daß bei etwa entstehenden Rangfreitigkeiten daraus nicht die geringste Folge hergeleitet werden soll. Nach sothaner Classification erhalten die Wittwen und Waisen in der

1ten Classe jährlich	300 Thlr.
2ten » »	150 »
3ten » »	130 »
4ten » »	100 »
5ten » »	50 »
6ten » »	30 »
7ten » »	20 »
8ten » »	16 »
9ten » »	12 »

4) Damit ein jeder Bediente wissen und versichert sein möge, was für einen Gehalt seine Wittwe oder Kinder dereinst zu hoffen haben, so soll einem jeden verheiratheten Bedienten nach dem angehängten Formulare ein von der fürstl. Wittwencassen-Deputation unterschriebenes Attestat, worin der Wittwen-Gehalt bestimmt ist, ertheilt werden. Ascendirt derselbe zu einer höhern Classe, so giebt er das vorige Certificat wieder zurück und erhält ein anderes auf die neue Classe eingerichtetes. 5) In Ansehung der bereits vorhandenen Wittwen hat es bei dem ihnen bestimmten Gehalte sein Verbleiben. Diejenigen, denen mehr, als die künftigen bekommen können, verwilligt worden, erhalten zwar aus der Wittwencasse nicht mehr, als die neuen Wittwen, es soll ihnen jedoch das Uebrige aus fürstl. Cammercasse vergütet werden. Wenn sie aber nach ihrem Tode des Waisengehalts fähige Kinder hinterlassen, so wird deren Quantum nach der neuen Classification bestimmt. 6) Die Wittwe behält ihren Gehalt so lange sie lebt und im Wittwenstande bleibt, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß sie ihre Pension im Lande verzehrt, wie sie denn derselben ipso facto verlustig wird, wenn sie ohne höchste Special-Dispensation aus dem Lande zieht. 7) Wenn die Wittwe mit Tode abgeht und mit ihrem in hiesigen fürstl. Diensten gestandenen Ehemann ehelich gezogene Kinder hinterläßt, so soll, so lange als die Töchter das 1ste und die Söhne das 20ste Jahr nicht zurückgelegt haben, selbigen der ihrer Mutter beizulegende Wittwengehalt, wenn ihrer vier oder mehrere, ganz, wo aber ihrer zwei oder drei, davon nur zwei Drittel, und wenn nur eines vorhanden ist, die Hälfte angedeihen. Der auf diese Weise bestimmte Gehalt wird unter die participationsfähigen Kinder in gleiche Theile getheilt, und so lange an selbige ausgezahlt, als sie obiges

Alter nicht überschreiten, die Töchter vor dem 16ten Jahre sich nicht verheirathen, und die Söhne vor dem 20sten Jahre nicht in Bedienung treten, oder zur Metier ergreifen, wovon sie ihren Lebensunterhalt haben. Sobald einer dieser Fälle eintritt, fällt der abgehende Waisenanteil der Casse anheim. 8) Verheirathet sich die Wittve wieder, so verliert sie ihren Gehalt mit dem Quartale, worin sie zur anderweiten Ehe geschritten, und die Kinder haben keinen Gehalt zu erwarten, so lange diese Ehe besteht; verstirbt aber ihr Stiefvater, ehe sie das ordnungsmäßige Alter erreichen oder versorgt sind, so hat zwar die Mutter das von ihrem ersten Ehemanne erworbene Recht durch ihre anderweite Verheirathung verloren, die Kinder aber treten sodann, Kraft des von ihrem leiblichen Vater auf sie gekommenen Rechts, in den Genuß des Gehalts ein. Es versteht sich jedoch von selbst, daß die aus der zweiten Ehe erzeugten Kinder keiner Theilnehmung an diesem Gehalte fähig sind, obschon denselben die Befugniß ihres Vaters, wenn derselbe gleichfalls in hiesigen Diensten gestanden und darin verstorben ist, bevor und unbenommen bleibt. 9) Eine von ihrem Ehemanne geschiedene Frau soll in dem Falle, wenn sie der unschuldige Theil ist, nach dem Tode des Mannes den wirklichen Wittwen gleich gehalten werden. Würde dem schuldigen Ehemanne sich anderweit zu verheirathen gestattet, so bleibt dessen Wittve von dem Genuße des Wittwengehalts so lange ausgeschlossen, als solchen die erste Wittve und ihre participationsfähigen Kinder genießen. 10) Ist hingegen der Ehemann der unschuldige Theil, so bleibt die Wittve der Pension auf beständig verlustig, und fällt nach dem Tode des Mannes der Genuß des Wittwengehalts der zweiten Wittve, oder, wenn keine vorhanden, den aus der geschiedenen Ehe und den aus den folgenden Ehen etwa erzeugten participationsfähigen Kindern zusammen zu. 11) Wenn der Ehemann in fremden Diensten steht, so kann die Wittve auf keine Pension Anspruch machen. Wird hingegen ein fürstl. Bediente wegen Vergehens oder aus andern von ihm nicht abhängenden Ursachen der Dienste entlassen, so sollen dessen Wittve und Kinder, im Falle jene zur Zeit seiner Entlassung mit ihm bereits verheirathet gewesen, darunter nicht leiden, sondern den Gehalt, gleich als wenn der Ehemann in fürstlichen Diensten geblieben wäre, genießen; die Wittve aus einer nach der Entlassung geschlossenen Ehe aber wird des Gehalts nicht theilhaftig. 12) Der Wittwengehalt ist keinem Arreste, Execution oder Immission der Creditoren unterworfen, sondern dessen Zahlung geschieht an niemanden, als an die Wittve oder an die Vormünder der Kinder selbst. *) 13) Sowohl zur Oberaufsicht über diese Anstalt, als zur Entscheidung der streitigen Fälle, ist eine Deputation angeordnet, worin jederzeit der erste fürstl. Geheime-Rath das Präsidium führen soll. Die Auszahlung der Pension, die Eincaßirung, Verwahrung und Belegung der Gelder, und überhaupt alle bei diesem Werke vorkommenden Rechnungsgeschäfte werden durch zwei dazu bestellte beeidigte Bedienten dargestellt besorgt, daß solche alle Monate von dem Zustande der Casse an die Deputation ausführlichen Bericht abstaten müssen. Und damit die Art. 2 erwähnten Einflüsse lediglich zu ihrer Bestimmung verwandt, so sollen aus der Wittwencasse keine Besoldungen an gedachte Bedienten gezahlt werden, sondern solche aus fürstl. Cammercasse erfolgen. **) 14) Gleich nach dem Absterben des fürstl. Bedienten hat dessen hinterlassene Wittve nebst Beibringung des nach Art. 4 ihrem verstorbenen Ehemanne ertheilten Certificats und, wenn es verlangt wird, eines obrigkeitlichen Attestats, daß sie die rechtmäßige Wittve des defuncti sei, sich bei besagter fürstl. Deputation zu melden und zugleich ihr und, wenn sie Kinder hat, auch deren Alter anzuzeigen, worauf sodann wegen Auszahlung des Gehalts sofort das Nöthige verfügt wird. 15) Stirbt die Wittve und hinterläßt participationsfähige Kinder, so haben solches die Vormünder oder nächsten Angehörigen sofort der Behörde anzuzeigen, wie selbige denn, im Falle sich einer darunter zu Schulden kommen lassenden Versäumniß, die Kinder ex propriis schadlos zu halten verbun-

*) cf. Verordn. v. 29. Juni 1819, die Ausdehnung dieses Paragraphen auf die aus der Militair-Wittwencasse auszahlenden Wittwengehalte betr.

**) Die Verwaltung geschieht jetzt durch herzogl. Finanz-Collegium; Gesetz v. 12. Octbr. 1832, die Organisation und Geschäftsführung des herzogl. Finanz-Collegii betr., §. 14.

den sein sollen. 16) Die Auszahlung des Wittwengehalts hebt nach Verfließung des Sterbequartals, oder, wenn der Wittwe das Gnadenquartal *) bewilligt wird, nach dessen Ablaufe an, und wird von dem Quartale, in welchem die Wittwe stirbt, sich verheirathet, oder die Quantität der participirenden Kinder aufhört, zum letzten Male bezahlt. 17) Die Auszahlung der Gelder geschieht in quartaligen Raten, nämlich Ostern, Johannis, Michaelis, und Weihnachten und haben die Wittwen und Vormünder der participationsfähigen Kinder sich wenigstens 8 Tage vor jedem Quartale bei dem Rechnungsführer zu melden, auch, wenn es verlangt wird, von dem Leben, Wittwenstande und der Pensionsfähigkeit der Kinder eine gerichtliche Bescheinigung zu produciren, worauf von demselben auf die Wittwencasse eine Assignation ertheilt wird, womit die Interessenten sich sodann auf fürstl. Cammercasse zu melden und ihr Quantum ohne allen Abzug in Empfang zu nehmen haben. **) 18) Da sowohl die vorräthigen Gelder, als die Obligationen über die ausgeliehenen Capitalien in einem besondern, mit zwei Schlössern versehenen Kasten verwahrt werden, wovon jeder beeidigte Rechnungsbediente einen in Verwahrung hat und daher einer ohne den andern den Kasten nicht öffnen kann, so würde es gedachten Bedienten in ihren andern Geschäften sehr hinderlich sein, wenn die Wittwen- und Waisengehalte zu allen Zeiten abgefordert werden könnten, und wird daher hierdurch verordnet, daß die Interessenten ihre Pensionen binnen 14 Tagen nach jedem Quartalschlusse Vormittags von 10 bis 12 und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr sich auf fürstlicher Cammercasse hieselbst auszahlen zu lassen haben, wie denn denjenigen, welche ihre Pension zu dieser Zeit abzufordern versäumt haben, solche nicht eher als im nächsten Quartale verabfolgt werden soll. Sollte aber eine Pension vier nach einander folgende Quartale nicht abgefordert werden, so soll deshalb im fünften Quartale keine weitere Nachzahlung Statt finden; wenn es aber bei Kindern geschieht, die Vormünder solche schadlos halten. 19) Diejenigen der alten Wittwen, deren Pension das classificationsmäßige Quantum übersteigen, erhalten zwei Assignationen, nämlich eine auf die Wittwencasse wegen des classificationsmäßigen Gehalts, und die andere auf fürstl. Cammercasse wegen des Ueberschusses. 20) Uebrigens ist die zu dieser Anstalt angeordnete Deputation angewiesen, in Fällen, welche aus der gegenwärtigen Verordnung nicht entschieden werden können, Falls die Interessenten mit dem Ausspruche der Deputation nicht zufrieden, an den Landesfürsten zur weitem Entscheidung zu berichten. Von dieser Verordnung soll einem jeden fürstl. Bedienten, auch den fürstl. Bedienten = Wittwen ein Exemplar zugestellt werden. Landesf. Verordn. v. 30. März 1775. (Br. Anz. v. 1775. Nro. 33.)

1) Durch den ersten Artikel der höchsten Verordn. v. 30. März 1775 sind die Kirchen- und Schulbedienten von der fürstl. Civilbedienten = Wittwen = und Waisencasse ausgeschlossen; da aber in Ansehung der Kirchen- und Schulbedienten, welche bei den Stiftern und Klöstern in einem fixen Gehalte stehen, imgleichen derjenigen, so aus einer fürstl. oder andern zu dieser Anstalt contribuirenden Casse einen jährlichen Gehalt oder Pension zu genießen haben, und von welchen der verordnete Beitrag zur Wittwencasse bisher geleistet worden, von sothaner Vorschrift eine Ausnahme zu machen resolvirt ist; so sollen jetztbenannte Kirchen- und Schulbedienten zum Besten der bei ihnen entstehenden Wittwen und Waisen in dieses Institut mit eingeschlossen sein. Wie jedoch der dem verordneten Abzuge unterworfenen Gehalt derselben sie zu gleichen Ansprüchen mit den fürstl. Civilbedienten nicht berechtigt, indem jene von einem großen Theile ihrer aus andern Quellen fließenden Einkünfte keinen Beitrag zur Wittwencasse leisten, da hingegen letztere größtentheils ihre ganze jährliche Einnahme aus den fürstl. Cassen ziehen und davon zur Wittwencasse contribuiren, so soll, um die Concurrenz mehrgedachter Kirchen- und Schulbedienten mit der Sicherheit des Instituts und den rechtmäßigen Ansprüchen der bisherigen Interessenten zu vereinigen,

*) S. Sterbe- und Gnaden-Quartal der Civilbedienten = Wittwen und Waisen.

**) Die Pensionszahlungen erfolgen jetzt in monatlichen Raten aus herzogl. Haupt-Finanzcasse; cf. landesf. Rescr. v. 23. Febr. 1816. (Bege III. p. 367.)

für die Kirchen- und Schulbedienten eine neue und besondere Classification; wobei bloß das dem Abzuge zur Wittwencasse unterworfenene Besoldungs-Quantum, ohne Rücksicht auf den Stand und Character der Interessenten, zum Grunde zu nehmen, angeordnet und festgesetzt werden. Nach dem Resultate der in dieser Absicht angestellten Untersuchung ist daher folgende Classification zweckmäßig gefunden und genehmigt, daß nämlich die mehrbemeldeten Kirchen- und Schulbedienten in acht Classen vertheilt werden, wovon:

die 1ste Classe.....	100	Thlr.
» 2te »	50	»
» 3te »	40	»
» 4te »	30	»
» 5te »	20	»
» 6te »	10	»
» 7te »	6	»
» 8te »	4	»

für die in jeder dieser Classen entstehenden Wittwen und Waisen zu erwarten hat. In allen andern, die Rechte und Verbindlichkeiten der Interessenten bestimmenden Artikeln hat übrigens die mehrerwähnte höchste Verordn. v. 30. März 1775, nebst der gegenwärtigen Declaration, auch für vorbemeldete Kirchen- und Schulbedienten ihre unveränderte Kraft und Gültigkeit, und wie selbige mithin in Ansehung ihrer bei den Stiftern und Klöstern, oder aus den fürstl. Cassen zu erhebenden Besoldungen dem durch den zweiten Artikel der vorangeführten höchsten Verordnung festgesetzten jährlichen Abzuge der 3 Procent, wie auch den resp. zwei- und dreimonatlichen Abzügen von den neuen Besoldungen und Besoldungszulagen in gleicher Maaße, wie die übrigen fürstl. Bedienten unterworfen werden, so wird auch den Verheiratheten unter ihnen nach dem Inhalte des vierten Artikels derselben Verordnung ein der Classe, wohin sie gesetzt sind, bestimmtes Certificat ertheilt und danach ihren etwaigen Wittwen und Waisen die mit dieser Classe verbundene Pension aus der fürstl. Civilbedienten = Wittwen = und Waisencasse ausgezahlt werden. In Ansehung der übrigen Kirchen- und Schulbedienten aber, welche bisher nie auf einige Weise zu dieser Cassen contribuiert haben, hat es bei der höchsten Verordnung dahin sein Bewenden, daß selbige auch ferner gänzlich davon ausgeschlossen bleiben.

2) Die Magistratspersonen und Stadtbedienten, welche durch den zweiten Artikel der höchsten Verordnung v. 30. März 1775 ebenfalls von der fürstl. Civilbedienten = Wittwen = und Waisencasse ausgeschlossen sind, sollen in gleicher Maaße, wie die Kirchen- und Schulbedienten, bei diesem Institute mit zugezogen werden, dergestalt, daß selbige nach eben der auf das Besoldungsquantum der Interessenten gegründeten Classification, welche in dem vorhergehenden Artikel für die Kirchen- und Schulbedienten festgesetzt, an diesem Institute Theil nehmen; und wie also nach Maaßgabe dieser Classification sich aller der in der höchsten Verordn. v. 30. März 1775 und der gegenwärtigen Declaration den Interessenten desselben versicherten Vortheile ihre nachbleibenden Wittwen und Waisen zu erfreuen haben, so sind sie dagegen auch verpflichtet, nicht nur den verordneten Beitrag der 3 Procent sowohl von ihren aus den Stadtcämmerei = Cassen fließenden Besoldungen, als demjenigen Gehalte, welchen sie etwa aus einer fürstl. Cassen zu genießen haben, zu entrichten, sondern auch sich dem verordneten resp. zwei- und dreimonatlichen Abzuge von den neuen Besoldungen und Besoldungszulagen zu unterwerfen; in gleichem Betracht werden diejenigen dieser Bedienten, welche entweder bisher noch gar keine Beiträge zu dem Institute, woran sie jetzt Theil nehmen, entrichtet haben, oder doch damit in Rückstand geblieben sind, von selbst die so billige und in den Rechten der Interessenten gegründete Verbindlichkeit anerkennen, diese unberichtigt gelassenen Beiträge gegenwärtig noch nachzuzahlen; wie jedoch diese Nachzahlung denjenigen, die solche von einer langen Reihe von Jahren leisten mußten, zum Theil sehr beschwerlich und drückend werden möchte, so soll selbige nur von einem gewissen Zeitraume, welcher hierdurch auf fünf Jahre bestimmt wird, in der

Maasse geschehen, daß obgedachte Bedienten die rückständigen Beiträge von Johannis 1772 bis Johannis 1775 mit 2 Procent, und von Johannis 1775 bis jetzt mit 3 Procent von dem Betrage der Besoldungen, so sie während dieser Zeit genossen, und insofern sie schon seit dieser Zeit in Diensten gestanden, amnoch an die fürstl. Civilbedienten = Wittwen = und Waisencasse zu berichtigen haben.

3) Da das Verhältniß der fürstl. Pachtbeamten eine Concurrenz derselben bei dieser Wittwen = und Waisencassen = Anstalt nicht wohl gestattet, so bleiben solche davon gänzlich ausgeschlossen. Die Justizbeamten und sonstigen Gerichtspersonen hingegen sollen dabei admittirt sein, jedoch unter der in Ansehung der Stadtbedienten bereits angeführten billigen Bedingung, daß sie die bis jetzt unberichtigt gelassenen Beiträge von Johannis 1772 an nach dem Maasse ihrer Besoldungen und Dienstzeit mit resp. 2 und 3 Procent nachschießen, auch sich allen übrigen in der mehrerwähnten höchsten Verordnung den Interessenten auferlegten Verbindlichkeiten unterwerfen. In Ansehung der Classification derselben hat es, so viel die Justizbeamten und Gerichtspersonen bei den fürstl. Aemtern und Gerichten im Herzogthume Braunschweig und Fürstenthume Blankenburg betrifft, bei demjenigen sein Verbleiben, was in der höchsten Verordn. v. 30. März 1775 überhaupt wegen Classification der fürstl. Civilbedienten bestimmt worden; was hingegen die Justizbeamten und Gerichtspersonen bei den in hiesigen Landen belegenen Stifts = und Klostergütern anlangt, so erfordert die Ordnung, daß, da erwähntermassen die Kirchen = und Schulbedienten bei den Stiftern und Klöstern nach einer besondern Classification bei mehrbemelbeter Wittwen = und Waisenanstalt concurriren, auch die übrigen sämmtlichen Stifts = und Klosterbedienten, und folglich nicht bloß die dabei angesetzten Justizbeamten und Gerichtspersonen, sondern auch die bei selbigen salarirten Rechnungs = und Forstbedienten nach einer gleichen, auf das Besoldungs = Quantum der Theilnehmer gegründeten Classification behandelt werden, und überhaupt alles dasjenige, was in dem ersten Artikel dieser höchsten Declaration wegen der geistlichen Personen verordnet ist, auch in Ansehung vorbenannter Stifts = und Klosterbedienten Statt habe.

4) Bei der in dem vierten Artikel der höchsten Verordn. v. 30. März 1775 in Ansehung der auszuthelenden Certificate gegebenen Versicherung behält es sein unverändertes Verbleiben, und wird solche nunmehr unverzüglich zur Ausführung gebracht werden. Wenn jedoch vorgetragen worden, daß die von verschiedenen fürstl. Bedienten dieser Wittwencassen = Anstalt einkommenden Beiträge so gering sind, daß solche mit dem Pensionsquantum derjenigen Classe, worin sie ihrem Stande und Prädicate nach zu stehen kommen, bei Weitem in keinem Verhältnisse stehen, und der Landesfürst zum Besten des Instituts, und um den Genuß der Vortheile, so weit es bei einer Anstalt von der Art thunlich, mit den Zuschüssen der Theilnehmer gleichförmig und übereinstimmend zu machen, sich vorbehalten, in dergleichen Fällen das Quantum der den Wittwen oder Waisen solcher Interessenten zu verwilligenden Pension selbst zu bestimmen, so ist für gut gefunden, den nach dem der mehrgedachten höchsten Verordnung angehängten Formulare auszuthelenden Certificaten den Zusatz machen zu lassen:

Insofern der Gehalt, welchen derselbe bei seinem Leben genossen und wovon derselbe zu der bemeldeten Wittwencasse ordnungsmäßig contribuiert hat, von dem Verhältnisse gegen das desselben Wittwe oder Kindern zu reichende classificationsmäßige Pensions = Quantum nicht zu sehr abweicht, oder von dem Pensions = Quantum gar überstiegen wird, als in welchem Falle der Landesfürst das Weitere zu bestimmen sich vorbehalten hat.

5) Was in dem siebenten Artikel der oft angeführten höchsten Verordnung wegen der von den mit Tode abgehenden Wittwen fürstl. Civilbedienten hinterlassenen Kinder bestimmt ist, soll in gleichem Maasse bei den nachgelassenen ehelichen Kindern derjenigen an diesem Institute theilnehmenden Bedienten, welche ohne Hinterlassung einer Wittwe verstorben, Statt haben, dergestalt, daß selbige nach dem Absterben ihrer Väter sich derjenigen Pension, welche ihre Mutter genossen haben würde, wenn der Vater vor selbiger mit Tode abgegangen wäre, nach dem im bemeldeten siebenten Artikel festgesetzten Verhältnisse bis zu dem constitutionsmäßigen Alter zu erfreuen haben.

6) Die in dem ersten Artikel der Verordn. enthaltene Vorschrift, daß, wenn der Ehemann in fremde Dienste geht, die Wittwe auf keine Pension Anspruch machen könne, ist dahin näher bestimmt und declarirt: daß im Falle ein außer Landes in fremde Dienste gehender Bediente funfzehn Jahre lang in hiesigen fürstl. Diensten gestanden und die verordneten Beiträge der resp. 2 und 3 Procent von seiner hier genossenen Besoldung ununterbrochen geleistet hat, auch damit in Zukunft unausgesetzt continuirt und deshalb die nöthige Sicherheit macht, derselbe ein Interessent der hiesigen fürstl. Civilbedienten = Wittwen = und Waisencasse, und zwar in derjenigen Qualität, in welcher er die hiesigen Dienste verlassen, bleiben solle.

7) Um in Ansehung der Quartale, in welchen nach dem 16ten Artikel mehrgedachter höchsten Verordnung die Auszahlung der verwilligten Pensionen anheben oder aufhören soll, allen Irrungen zuvorzukommen, wird hierdurch bekannt gemacht und festgesetzt, daß die vier Zahlungs = Quartale nicht von den Feiertagen, Weihnachten, Ostern, Johannis und Michaelis, sondern jedes Mal nach Verlauf dreier Monate, von dem ersten Tage des nächstkommenden Monats anheben und bis zum letzten des dritten Monats fortlaufen sollen, dergestalt, daß das erste Zahlungs = Quartal im Jahre den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. März incl., das zweite vom 1. April bis zum 30. Juni incl., das dritte vom 1. Juli bis zum 30. Septbr. incl., und das vierte oder letzte vom 1. Octbr. bis zum 31. Decbr. incl. in sich faßt. Landesf. Declaration obiger Verordn. v. 20. Novbr. 1777. (Br. Anz. v. 1777. Nro. 99.)

Bei der dieser Casse so nachtheiligen säumigen Einsendung der Beiträge von den Besoldungen verschiedener Aemter und Magistrate in den Städten ist verordnet: daß, da die Amtsbedienten ihren Gehalt aus den Händen der Pachtbeamten empfangen müssen, die Magistratspersonen aber solchen aus den Stadt = Cämmereicassen erhalten, dieselben die 3 Procent zur Wittwencasse jedes Quartal an dem Gehalte der Contribuenten fügen und solche an die Wittwencasse sofort ohne Erinnerung unmangelbar einschicken, im Unterlassungsfalle aber die Pachtbeamten und bei den Stadtobergkeiten die erste Magistratsperson für die daraus entstehenden Reste als Selbstschuldner haften, und die Wittwen = und Waisencasse deshalb aus ihren eigenen Mitteln zu entschädigen schuldig sein, auch ohne Annehmung einiger Entschuldigung und Einwendung dazu angehalten werden sollen. Landesf. Circular = Rescr. v. 20. Juli 1790.

Nach den höchsten Verordnungen v. 30. März 1775 und 20. Novbr. 1777 ist zwar festgesetzt, daß von allen Besoldungen und Besoldungszulagen zu 100 Thlr. oder darüber der Betrag des ersten Quartals davon zur fürstl. Civilbedienten = Wittwen = und Waisencasse abgezogen werden soll; jedoch hat der Landesfürst verordnet, daß auch alsdann der Abzug des ersten Quartals gemacht werden soll, wenn eine Besoldung unter 100 Thlr., wovon der Verordnung nach der Abzug des ersten Quartals nicht gemacht ist, bis auf diese Summe oder darüber erhöht worden. Rescr. des fürstl. Schatzcollegii v. 15. April 1797.

Nach einem landesf. Rescr. v. 31. Octbr. 1805 ist verordnet worden, daß ein Mitglied des fürstl. Wittwen = und Waisencassen = Instituts bei dem Eintritte in auswärtige oder inländische neue Dienstverhältnisse, wodurch dasselbe nach der höchsten Verordnung von einer fernern Theilnahme an dem Institute ausgeschlossen wird, unter keiner Voraussetzung das Recht haben solle, seine bis dahin zu der fürstl. Civilbedienten = Wittwen = und Waisencasse geleisteten Beiträge zurückzufordern; dagegen aber die den Mitgliedern, welche 15 Jahre in hiesigen Diensten gestanden, sodann aber in auswärtige Dienste gezogen sind, in dem §. 6 der höchsten Verordn. v. 20. Novbr. 1777 ertheilte Befugniß, Interessenten der Wittwencasse zu bleiben, nicht allein hiermit bestätigt, sondern auch auf diejenigen Mitglieder, welche in solche inländische Staats =, Kirchen = und Schulämter übertreten, mit welchen eine Theilnahme an dem Civilwittwen = und Waisencassen = Institute sonst nicht verbunden ist, ausgedehnt werden solle. Bekanntm. der zur fürstl. Civilbedienten = Wittwen = u. Waisencasse verordneten Deputation v. 22. Nov. 1805. (Br. Anz. v. 1805. Nro. 95.)

cf. Lan-

cf. Landess. Rescr. v. 10. Januar und v. 23. Febr. 1816. (Bege III p. 367.) — Bekanntmachung fürstl. Geheim. Raths-Collegii v. 26. Juli 1822. (Bege I p. 473.) — Landt. Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 23 und 34. — Gesetz v. 12. Octbr. 1832, die Organisation und Geschäftsführung des herzogl. Finanz-Collegiums betr., §. 14.

Classenlotterie.

S. Lotterie.

Clauseln.

Die Advocaten sollen zu Ende der Klagen gemeine, gewöhnliche und nothdürftige Clauseln hinzufügen, damit, obwohl die Petition und das Begehren eingebrachter Klage untauglich, unförmlich oder ungenügsam wäre, dennoch auf die narrata und erzählte Geschichte ergehen und erkannt werden möge, was Recht ist. Hofger. Drbn. Tit. X. §. Und sollen die Advocaten ic.

Collation.

S. Erbfolge der Ehegatten.

Collectanten.

S. Bettler, Italienische, und sonstige Collectanten.

Collecteur.

S. Lotterie.

Collection für Abgebrannte.

Alle Sammlungen wegen der in benachbarten Ländern vorgefallenen Brandschäden und für auswärtige Abgebrannte sind, als den höchsten Verordnungen, das Verbot der Brand-Bettelei betreffend, zuwider, auf höchsten Befehl nochmals gänzlich untersagt. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 1. Juni 1792. (Br. Anz. v. 1792. Nro. 43.)

S. Verordn. v. 18. Juli 1753. §. 13. unter: Versicherung gegen Feuergefähr — Bettler, Italienische, und sonstige Collectanten.

Collegien, Geschäftsbestimmung für dieselben.

Da zwischen den Geheimen-Raths-, Kanzlei- und Cammer-Collegien, wegen der vor ein jedes Collegium besonders gehörenden Sachen, sich zu Zeiten Irrungen ereignen und über geschehene Vor- und Eingriffe Beschwerden geführt werden, dergleichen Dissonanzen aber dem fürstl. Interesse schädlich sind und deshalb eine Remedirung beschafft und über die Distinction erwähneter Collegien und die einem jeden zukommenden Expeditionen genau gehalten werden soll, so wird folgendes verordnet:

1) Gleichwie das fürstl. Geheim. Raths-Collegium den statum publicum insgemein und in allen Stücken, auch was ad potestatem legislativam, jus edicendi & constituendi, concessionibus privilegiorum und dergleichen, wie auch zu dem Polizeiwesen und Bestellung der Obrigkeiten und Gerichts-Bedienten in den Landstädten gehörig ist,*) einzig und allein zu respiciren, zu versorgen und zu expediren hat, also soll auch von solchen Materien, und was dahin seiner Eigenschaft nach gerechnet werden kann, nichts an andere Collegien gezogen werden.

*) Herzog Friedrich Ulrich, der eine von den Kanzlei- und von den Domainen-Sachen getrennte besondere Geheimen-Rathsstube errichtete, wies dieser Reichs-, Kreis-, Correspondenz-, Legations- und Staats-Sachen zu. Reglement v. 8. August 1625.

Und weil 2) die fürstl. Canzlei zu ordentlicher Administration der Justiz sowohl in civilibus als criminalibus; wie auch zu Beobachtung der Lehn- und Stenz-Sachen eigentlich gewidmet und autorisirt, *) und wie der Landesfürst jederzeit geneigt bleibt, zu Vorkommung aller dem Justiz-Wesen höchst schädlichen Sub- und Obreptionen die bei ihm einlaufenden Supplicate, Klagen und Beschwerden, so eine cognitionem inter partes und rechtliche Entscheidung erfordern, an dieses Justiz-Collegium zu remittiren und sich in solchen Sachen zu keinem Extrajudicial-Decret bewegen zu lassen, so soll daher mehrgedachter fürstl. Canzlei so wenig von dem Geheimen-Rath, als auch von der fürstl. Cammer, noch von einem andern Collegio auf keinerlei Weise eingegriffen, und in Criminal-, Justiz- und Partei-Sachen weder Citationen, Mandate oder Decrete ausgelassen, auch keine Commissionen gegeben, vielmehr, was in dergleichen Sachen von der fürstl. Canzlei erkannt, verordnet und erequirt worden, durch contraire Verordnungen und Befehle geändert, gehindert oder aufgehoben werden. **)

Und obwohl 3) dem fürstl. Cammer-Collegio, als welchem die Direction der fürstl. Domainen- und Cammer-Intraden ***) besonders anvertraut, demselben auch die Auctorität und Macht beigelegt ist, in allen dahin gehörigen Sachen nicht nur an die Drossen, Ober- und Beamte, auch andere Amts-Bediente und Angehörige Mandate, Rescripte und Verordnungen ergehen, auch Land- und Forstgerichte halten zu lassen, sondern auch erheischender Nothdurft nach Commissionen zu Untersuchung, Regulirung und Verbesserung des Cammer-Interesse anzuordnen, nicht weniger auch in solchen Sachen mündliche Verhöre und Handlungen vorzunehmen, darin auch durch diensame Vorstellungen gütliche Vergleichung zu machen, so soll dennoch per modum einer gerichtlichen Cognition und Decision darin nicht verfahren, sondern solche und mehrere Sachen, so rechtsstreitig oder criminell sind und ihrer Eigenschaft nach vor Gericht und die fürstl. Canzlei gehören, mit den Cammersachen nicht vermischt, sondern sobald in einer oder andern bei der fürstl. Cammer vorkommenden Sache sich hervorgeben würde, daß zwei Parteien in Streit verfallen und darin gerichtlich zu cognosciren, und was Rechts zu erkennen sei, die bei der fürstl. Cammer eingebrachten Supplicate sammt den etwa darauf eingelangten Berichten und gehaltenen Protocollen zu der fürstl. Canzlei eingeschickt, und die Parteien dahin zu Ausführung ihres Rechts und Erwartung rechtlichen Ausspruchs verwiesen, und Falls bei einem oder andern Punkte der fürstl. Cammer Interesse angemerkt werden sollte, alsdann dem Cammer-Consulenten dabei zu vigiliren anbefohlen werden.

Wenn aber 4) bei den Collegien solche Sachen vorkämen, wobei Zweifel wäre, wohin selbige eigentlich gehören möchten, auf solchen Fall sollen die fürstl. Collegien darüber sich folchergestalt mit einander vernehmen, daß dieser Verordnung nachgegangen, alle Collision verhütet, und so wenig der Cammer als des Publicums Interesse verabsäumt werde.

Wie denn auch 5) wenn die fürstl. Cammer zu Beförderung des Cammer-Interesse sowohl des fürstl. Geheim. Rathes, als der fürstl. Canzlei Einraths und Assistenz vonnöthen hat, derselben jedes Mal getreulich an die Hand gegangen werden soll. Landesf. Verordn. v. 30. August 1699.

S. übrigens: Justiz.

cf. Neue Landschafts-Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 158. sqq. — Gesetze v. 12. Octbr. 1832: die Organisation, den Geschäftskreis und das Verfahren der Ministerial-Commission — die

*) Herzog Julius trennte die fürstl. Rathsstube, weil diese nach dem Anfall des Calenbergischen den vermehrten Geschäften nicht mehr vorkommen konnte, in zwei Sectionen und überwies der einen die Justiz- und Partei-Sachen und der andern die Reichs-, Kreis-, Thur- und Fürsten-, auch Amts- und Cammer-Angelegenheiten. Reglement v. 10. Januar 1586.

**) S. auch: Justiz.

***) Herzog Friedrich Ulrich trennte die Domainen-Sachen von den Ministerial-Geschäften und den Canzlei-Sachen, Reglement v. 31. Octbr. 1622, und bildete eine Geheim. Rathsstube und eine Rent-Cammer, Reglement vom 8. August 1625.

Organisation und den Wirkungskreis der Kreis-Directionen und der durch dieselben zu bildenden Landes-Direction — die Organisation und den Geschäftskreis der Cammer — die Organisation und den Geschäftskreis des Finanz-Collegiums — die Organisation und den Geschäftskreis der Steuer-Direction — die Organisation und den Geschäftskreis der Bau-Direction betr. — Gesetz v. 16. Decbr. 1834, die Verbindung der Steuer-Direction mit dem Finanz-Collegium betr.

Collegien, Signatur der Expeditionen in denselben.

C. Signatur der Expeditionen in den Collegien.

Collegium Carolinum.

Das Collegium Carolinum sammt allen gegenwärtig dazu gezogenen und künftig noch dazu zu ziehenden Häusern und Gebäuden soll für einen von dem Landesfürsten mit dem Haus- und Burgfrieden specialiter privilegirten Ort geachtet werden, mithin niemandem, er sei wes Standes er wolle, fremd oder einheimisch, gestattet sein, einige Vergewaltigung, noch sonst etwas, das dem Haus- und Burgfrieden entgegensteht, *) es mag Namen haben, wie es immer wolle, darin vor- noch daran Theil zu nehmen. Es soll daher ein jedweder, der sich gelüsten lassen würde, im Carolino jemandem zu drohen, zu schelten, zu schlagen, oder gar tödtliche Waffen zur Hand zu nehmen und zu gebrauchen, die Zimmer, den Carcer und andere Behältnisse mit Gewalt zu öffnen, die Mauern und Verwahrungen des Collegii zu übersteigen, Unzucht zu begehen, den Befehlen der Curatoren und anderer Befehlshaber sich zu widersetzen, oder, daß solches von andern geschehe, zu veranlassen und Rotten zu machen, oder sonst etwas gegen die landesfürstlichen, des Haus- und Burgfriedens halber erlassenen Verordnungen vorzunehmen, als ein Stöhrer der gemeinen Ruhe, und als ein frevelhafter Uebertreter dieses und nurgedachter Landesgesetze geachtet, mithin nach Inhalt derselben, den Umständen nach, an Ehre, Gut, Leib und Leben gestraft werden. Und wie das Collegium curatorum hiemit zugleich autorisirt wird, über alle in dem Carolino etwa vorkommenden Gebrechen und Delicte die erste Cognition zu nehmen, und sodann der ihnen ertheilten Instruction gemäß wegen Uebergabe und Auslieferung der Delinquenten an die Criminal-Gerichte das Weitere zu verfügen, also ist auch landesf. Wille und Befehl, daß kein Inquisitions- noch anderes Civil- und Militärgericht oder Befehlshaber in der Stadt Braunschweig sich anmaßen solle, in dem mehrbefagten Collegio Carolino Delinquenten oder andere verdächtige Leute, am allerwenigsten aber jemanden, der zum Carolino gehört, durch ihre Gerichtsbedienten oder die Miliz auffuchen, noch sonst etwas, wodurch die demselben beigelegte Freiheit und Jurisdiction **) violirt werden kann, unternehmen zu lassen; sondern es sollen dieselben gehalten sein, die Curatoren bei vorkommenden Fällen jedes Mal gebührend zu requiriren, mithin mehrbefagtes Collegium Carolinum des demselben verliehenen Privilegii dergestalt geruhiglich genießen zu lassen und dasselbe auf keine Weise zu beeinträchtigen. Jedoch bleibt hiervon ausbeschieden, daß, wenn periculum in mora und die Sache von großer Wichtigkeit, imgleichen, wenn Delinquenten und Arrestanten der Wache oder den Gerichtsbedienten, welche sie führen oder verfolgen, entwischen und in das Carolinum sich begeben, insonderheit wenn diejenigen, welche wider landesf. Befehl des Gassenbettelns sich unterfangen, in dem Carolino ihre Zuflucht suchen würden, sodann solche von der Wache oder den Gerichtsbedienten daselbst festgehalten und weiter geführt werden mögen. Landesf. Berordn. v. 10. Juli 1745.

Die Ausländer, die Studirende halber hieher kommen, und den Unterricht eines oder mehrerer der Professoren des Collegii Carolini genossen wollen, aber nicht im Collegio, sondern in der Stadt

*) S. Burg- und Hausfrieden.

**) S. Collegii Carolini concillium.

wohnen, sollen zu Vermeidung von Inconvenienzien, insonderheit in Ansehung des Gerichtsstandes, die Matrifel nehmen, und einem solchen anher kommenden Ausländer soll, sobald er auf gedachte Art Stunden verlangt, eröffnet werden, wie er nebst seinem Hofmeister erst vom Concilio die Matrifel nehmen müsse, um dadurch den Gerichtsstand bei dem Collegio Carolino zu erhalten, welches hoffentlich jeder Caroliner für eine Wohlthat erkennen wird, um desto mehr, da die Matrifel unentgeltlich*) ertheilt wird. Sollte wider Vermuthen ein Fremder dieses ausschlagen, so hat der Professor oder Lehrer solches mit Anführung der angegebenen Ursachen dem Concilio anzuzeigen, und dieses davon zu berichten, bis dahin aber kein Professor oder Lehrer dem Fremden eine Stunde zu geben. Landesf. Rescr. an das Concil. Coll. Carol. v. 17. Octbr. 1781.

Die bei der Errichtung des Collegii Carolini im Jahre 1745 (Br. Anz. v. 1745. Nro. 31.) für die darin aufgenommenen Studirenden errichteten Geseze wurden im Jahre 1784**) erneuert und vermehrt; indeß sind im Jahre 1823 neue, durch das landesf. Rescr. v. 31. März 1823 bestätigte und vom fürstl. Directorium des Collegii Carolini unterm 11. April 1823 bekannt gemachte Geseze erschienen. S. Geseze für die Studirenden des Collegii Carolini. Braunschw. 1823.

S. auch: Semi-Caroliner — Credit Minderjähriger.

cf. Rescr. fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 22. Septbr. 1814. (Br. Anz. v. 1814. Nro. 108.) — Landtags-Absh. v. 11. Juli 1823. Art. 52. — Verordn. v. 21. Octbr. 1823, die Prüfung der Studirenden u. betr. — Landesf. Rescr. v. 3. Juli 1826. (Bege III. p. 267.) — Bekanntmachung des herzogl. Directorii des Collegii Carolini v. 27. Decbr. 1828. (Br. Anz. v. 1829. Nro. 1.)

Collegii Carolini concilium.

Statt der bisherigen Direction des fürstl. Collegii Carolini sollen die Professores ordinarii und Hofmeister ein Concilium mit einander ausmachen, worin alles vorgenommen und ausgemacht wird, was zur guten Ordnung, zur Ehre und Aufnahme des Collegii gehört. Das Präsidium geht monatlich oder vierteljährlich, wie dies verabrebet wird, unter den Lehrern um, ohne daß die Sitze deswegen verändert werden, und der, an welchen es kommt, hat jedes Mal den ersten Vortrag; hiernächst trägt ein jeder vor nach der Ordnung der Sitze. Alle Anwesende haben gleiche Stimmen, und alle conclusa werden durch die meisten Stimmen ausgemacht, und der Synbicus, welcher der jedesmalige Professor juris ist, führt über alle vorkommenden Verhandlungen in der Session in gewöhnlicher Form das Protocoll. Unter der Auctorität dieses Concilii stehen nicht allein die wirklichen Einwohner des Collegii, sondern auch die sogenannten Semi-Caroliner, sie mögen bei ihren Eltern oder für sich in der Stadt wohnen, und dieses nicht allein in Ansehung der fleißigen Besuchung ihrer Lehrstunden oder ihres Betragens im Collegio, sondern auch in Ansehung ihrer Aufführung überhaupt. Diejenigen erwachsenen Fremden aber, sie mögen sein von welchem Stande sie wollen, die mit dem Collegio in keiner Verbindung stehen, sondern sich hier nur eine Zeit lang aufhalten, und von dem einen oder dem andern Lehrer Privat-Unterricht nehmen wollen, stehen unter dem foro, worunter alle Fremde stehen, und nimmt das Collegium von deren Betragen gar keine Notiz. Der Intendant und die ganze Deconomie steht unmittelbar unter fürstl. Ministerio, auch alle übrigen Lehrer und Exercitien-Meister, die keinen Sitz im Concilio haben, außer

*) cf. Geseze für die Studirenden des Collegii Carolini v. 11. April 1823. §. 56.

**) Erneuerte und vermehrte Geseze des Collegii Carolini, enthaltend: 1) Allgemeine Geseze, welchen alle Studirende des Collegii Carolini unterworfen sind. 2) Besondere Geseze, zu deren Befolgung alle Studirende verbunden sind, welche im Collegio unter der Aufsicht öffentlicher Hofmeister stehen, oder unter Privat-Hofmeistern in zum Collegio gehörigen Gebäuden wohnen. Braunschweig 1784; deutsch und französisch.

wenn sie in ihrer Pflicht oder in Ansehung der jungen Leute sich etwas dem Collegio Nachtheiliges zu Schulden kommen ließen, so ist es des Concilii Recht und Pflicht, solches dem fürstl. Ministerio anzuzeigen. Die Personen, die bloß zur Deconomie gehören, stehen lediglich unter dem Intendanten. Die Hauswärter und Aufwärter stehen zwar auch, in Ansehung der Deconomie, unter der Auctorität des Intendanten, so wie sie in Ansehung ihrer Dienstpflichten und ihres Betragens im Collegio unter der Aufsicht der Hofmeister stehen und der Intendant selbige auf der Hofmeister Verlangen nach Maaßgabe ihrer Schuld abstrafen muß; wären sie aber außerdem unordentlich und nachlässig, hielten das Collegium und die Auditorien nicht reinlich, wären lieberlich, spielten, besuchten öffentliche Häuser, liefen sonst herum außer dem Hause, machten Schulden, entwendeten etwas, stächen mit den jungen Leuten auf einige Art durch, sorgten nicht für die gehörige Schließung des Collegii, oder Heizung der Stuben und Auditorien, und die Hofmeister hätten darin einige Nachsicht, so stehen sie auch wieder ganz unter der Auctorität des Concilii, daß es sie vorfordern, auch ihre Bestrafung von dem Intendanten fordern kann. Der Marqueur beim Billard steht auch unter dem Intendanten. Uebrigens sind auch noch alle Schuld- und Klagesachen *) an dieses Concilium lediglich verwiesen, und alles, was per plurima darin beschloffen wird, hat seine volle Auctorität. An fürstl. Ministerium wird nur in besondern Fällen gegangen. Landesf. Reglement v. 26. August 1777.

S. auch: Collegium Carolinum — Semi-Caroliner.

cf. Gesetze für die Studirenden des Collegii Carolini. Braunschweig 1823.

Collegium medicum.

Zur Steuerung der sowohl im Medicinal- und Apotheken-Wesen, als auch in der Chirurgie eingeschlichenen Mißbräuche und Unordnungen ist sowohl ein Collegium medicum in Braunschweig errichtet, welchem die Aufsicht über alle dahin gehörigen Verfassungen übergeben worden, als auch den Medicis aufgegeben, in jedem Orte eine Societatem medicam unter sich zu bilden.

§. 1. Das in der Stadt Braunschweig zu Respicirung der Sanitäts- und Medicinal-Anstalten verordnete Collegium medicum soll von männiglich als ein vom Landesfürsten niedergesetztes fürstl. Collegium angesehen und geachtet werden, von niemandem als vom Landesfürsten und fürstl. Geheim. Raths-Collegio dependiren, seine Berichte von Sanitäts-Angelegenheiten entweder an den Landesfürsten oder an gedachte fürstl. Geheime Rathsstube immediate jedes Mal abgehen lassen, auch in den ihm aufgegebenen Verrichtungen des ihm anvertrauten fürstl. Siegels sich bedienen.

§. 2. Ferner soll demselben von allen und jeden Obrigkeiten in allen in die Sanitäts-Anstalten einschlagenden Fällen ohnweigerlich assistirt und, so etwas bei ihnen vorkommt, das vor das Collegium medicum gehört, selbiges an dieses verwiesen, nicht minder die bei ihnen vorkommenden hierher gehörigen Fälle und Mißbräuche solchem jedes Mal angezeigt werden.

§. 3. Die Stadt- und Landphysici **) sind befehligt, sich in allen zu ihrer Bedienung gehörigen Sachen an das Collegium medicum zu wenden, alle casus notabiliores, grassirende Krankheiten, ***) Viehseuchen u., auch alle ihnen vorkommenden Verbesserungen oder Mißbräuche in medicinischen, Apotheken- und chirurgischen Sachen aus den ihrer Aufsicht anvertrauten Städten und Districten, hinfüro an das Collegium medicum und zwar zu Ersparung der Zeit durch kurze und ohne Curialien, jedoch hin-

*) Wegen der dem Colleg. Carol. beigelegten Jurisdiction enthielten die landesf. Rescripte an den Magistrat zu Braunschweig v. 15. März 1746 und 22. August 1771, sowie wegen des Gerichtsstandes der dabei angestellten Professoren das landesf. Rescr. an das geistliche Gericht zu Braunschweig v. 10. Juli 1745 nähere Bestimmungen; s. indeß: Gerichtsbarkeit.

**) S. Physici.

***) S. Krankheiten, epidemische.

länglich gefaßte Nachrichten oder pro memoria gelangen zu lassen, welches denn gehörige Verfügung darin thun, oder allenfalls solche bei dem Landesfürsten selbst, oder fürstl. Geheim. Raths-Collegio gebührend suchen wird.

§. 4. Der Landesfürst will auch, daß bei erforderlichen Communicationen mit andern Collegien und Obrigkeiten, fürstl. Collegium medicum aller Curialien und was dahin gehört sich enthalte und statt förmlicher Schreiben ein pro memoria gebrauche; deren sich hinwiederum auch zu bedienen den Collegien und Obrigkeiten gleichfalls freisteht.

§. 5. Alles was in hiesigen fürstl. Landen an das Collegium medicum geht und von diesem wiederum abgeschickt wird, soll völlig postfrei sein.

§. 6. Die im hiesigen Lande, außerhalb der Universität Helmstädt, herauskommenen und zu drucken oder zu verlegenden physicalischen und medicinischen Schriften sollen dem Collegio medico zuvor zur Censur übergeben und nicht eher als nach erlangter Einwilligung des Collegii gedruckt oder verlegt, *) nach vollendetem Drucke aber drei Exemplare des censirten Werks an das Collegium medicum eingeliefert werden.

§. 7. Es sollen keine äußerliche oder innerliche Medicamente, welche nicht zuvor von dem Collegio medico approbirt und gut gefunden worden, öffentlich distribuiert, vielweniger durch die öffentlichen Anzeigen oder Zeitungen bekannt gemacht werden; wie jedoch die landesfürstliche Absicht keinesweges dahin geht, daß die Erfindung oder Verbesserung heilsamer Hülfsmittel eingeschränkt oder gar unterdrückt werde, so ist deshalb mehrbesagtes Collegium hinlänglich instruiert.

§. 8. So oft ein neuer Medicus in fürstl. Landen sich anfindet, es mag derselbe erst von Universitäten kommen, oder bereits an einem andern auswärtigen Orte practisirt haben, und gedenkt, in hiesigen Landen, es sei an welchem Orte es wolle, praxin medicam anzufangen und zu exerciren, so soll derselbe jedes Mal zuvor sich bei dem fürstl. Collegio medico melden, und seine testimonia, specimina academica, diploma promotionis demselben vorlegen. **) Darauf stellt fürstl. Collegium, nach der ihm vom Landesfürsten vorgeschriebenen Art, eine Unterredung und ein tentamen profectionum mit ihm an, worauf sodann weitere Verfügung erfolgt, bis dahin er sich aller Praxis bei Vermeidung nachdrücklicher Abmahnung zu enthalten hat; und haben sich alle Obrigkeiten, insonderheit die Magistrate in den Städten, die Stadt Braunschweig ausgenommen, woselbst es das Collegium medicum besorgen wird, danach zu achten und auf sich ergebenden Contraventionsfall mit vorläufiger Inhibition nachdrücklich zu verfahren, auch mit Beilegung des Protocolls dem fürstl. Collegio medico in einem kurzen pro memoria davon Nachricht zu geben, welches weitere Verfügung und Veranstaltung dieses Falls zu machen nicht ermangelt wird. In Ansehung derjenigen Medicorum aber, welche etwa zu landesfürstl. Diensten, oder zum Besten des Publicums in künftigen Zeiten expresse berufen werden könnten, soll jedes Mal die landesfürstl. Willensmeinung hierüber dem fürstl. Collegio medico eröffnet werden.

§. 9. Fürstl. Collegium medicum ist vom Landesfürsten ernstlich befehligt worden, seine Aufmerksamkeit vorzüglich dahin zu richten und fleißig Acht zu geben, wie die vorhandenen jüngern Medici ihre studia und praxin treiben, auch daß, wenn bei solchen, oder überhaupt bei andern sich Spuren der Unwissenheit und Nachlässigkeit hervorthun würden, solche untersucht und dem Landesfürsten gemeldet werden.

§. 10. Was für das tentamen sowohl, als pro receptione in numerum medicorum ein jeder neu ankommende Medicus bei dem Colleg. med. zu erlegen habe und wie diese Gelder zu verwenden, darüber ist das Collegium besonders angewiesen.

*) S. Bücher - Censur.

**) S. Medici.

§. 11. Wie das Tentamen vor dem Collegio med. für die erste und Haupt-Bedingung gesetzt ist, nach deren Erfüllung den neu ankommenden Practicis praxis medica erst erlaubt sein soll, so wird zur zweiten Bedingung sowohl für die, welche praxin medicam erst anzufangen gedenken, als auch für alle schon practisirenden Medici zur völligen Anweisung ihrer Pflichten, als auch zur Versicherung, daß sie diese in alle Wege zu beobachten gesinnt sind, gesetzt, daß sie einen vom Collegio med. vorgeschriebenen und auf Begehren von selbigem jedes Mal zum Voraus zu communicirenden Revers unterschreiben und unterfiegeln, auch daß sie die societatem medicam mit halten, fleißig besuchen und darin mit arbeiten zu wollen, versprechen sollen. Die angehenden Medici sollen diesen Revers vor wirklicher Antretung der Praxis, nach vorgängig abgelegtem Huldigungs-Eide alle Mal erst unterschreiben und im Beigerungsfalle der Unterschrift soll die ihnen ertheilte Erlaubniß zu practisiren sogleich aufgehoben und erloschen sein und hat überhaupt das Colleg. med. auf die Beobachtung dieses Reverses auf das Genaueste zu achten.

§. 12. Fürstl. Collegium medicum hat in allen Klagesachen, deren Entscheidung und Decision aus medicinischen Principien zu nehmen, welche entweder Medici unter einander, oder sonst jemand gegen einen Medicum haben könnte, zu cognosciren, und wenn dergleichen vor Publication dieser Verordnung etwa bei der ordentlichen Obrigkeit klagbar gemacht oder künftig angebracht werden, so sind die vorhandenen nunmehr dem Collegio medico einzuschicken, und die künftigen sofort an das Collegium medicum zu verweisen. Es untersucht alsdann dasselbe den Vorgang, versucht die Güte, und entscheidet in deren Entstehung die geringern Fälle gleich, wie hingegen bei wichtigern Vorfällenheiten acta nebst Bericht und Gutachten fürstl. Geh. Rathsstube zur Entscheidung eingesandt werden.

§. 13. In allen diesen Fällen soll die im Jahre 1721 publicirte Medicinal-Ordnung in allen den Stücken, welche nicht durch nachherige Mandate verändert, oder durch gegenwärtiges Reglement erläutert und auf eine andere Weise eingerichtet worden, jederzeit zur Richtschnur des Erkenntnisses und Ausspruches dienen, wie denn auch nach der dabei befindlichen Apotheker-Taxe jedes Mal in vorfallenden Fällen gerechnet und decidirt werden soll, bis das nach landesf. Befehl zu verfertigende neue Dispensatorium Gelegenheit giebt, eine anderweitige dermaleinst einzuführen.

§. 14. Fürstl. Collegium medicum examinirt und beedigt gleichermaßen alle neuantretenden Apotheker im ganzen Lande, und will der Landesfürst überall die ganze Aufsicht über alle und jede Apotheken, sowohl was die Einrichtung der Officinen, Güte der Materialien, Zubereitung der Medicamente, Dispositionen der Apotheken, Beobachtung, Einschränkung und Extension der Privilegien, auch Klagen zwischen und über Apotheker betrifft, demselben hiemit anvertrauen, mit beigefügtem ausdrücklichen Befehl, so bald als sich thun lassen wird, ein ausführliches und accurates Dispensatorium zu entwerfen und zum Druck zu befördern.

§. 15. Fürstl. Collegium medicum hat auch dahin zu sehen, daß alles, was von den zeitigen Garnison-Medicis für die ihnen anvertrauten Garnisons verschrieben, oder von den Regiments- und Compagnie-Feldscherern zu Pflastern und Salben u. für dieselben verbraucht wird, zu mehrerer Versicherung guter aufrichtiger Medicin und Waare von den privilegirten Apotheken in Braunschweig und Wolfenbüttel jedes Mal genommen werde.

§. 16. Wenn Apotheker Medicamente an Patienten geben oder wider ihre Pflichten im Einkauf der Waaren, Zubereitung der Medicamente, Receptirung derselben, *) oder in andern Stücken wider die Landes-Ordnungen oder von dem Collegio ertheilten Vorschriften handeln würden, so sollen sie selbst, und nach Befinden ihre Gesellen und Lehrlinge künftighin in diesen und allen gleichmäßigen Sachen der Untersuchung, Ermahnung und allenfalls erforderlichen Bestrafung des Collegii medici untergeben sein.

*) S. Medicinal-Ordnung. Cap. III.

In civilibus hingegen bleibt der Apotheker, seine Leute und Hausgenossen unter der ordentlichen Obrigkeit, welche die Vorfällenheiten in möglichster Kürze abzuthun hiemit nochmals angewiesen wird.

§. 17. Alle Chirurgen und Bader, die sich in Städten sowohl als auf dem Lande in Flecken und Dörfern künftig entweder von Neuem befehen, oder andern verstorbenen succediren wollen, es sei unter was für einer Gerichtsobrigkeit es wolle, hat fürstl. Collegium medicum künftig ordentlich zu examiniren und deren Antworten ad protocollum zu nehmen. Wie es mit solchen in Ansehung der beiden Residenzstädte Wolfenbüttel und Braunschweig absonderlich solle gehalten werden, darüber ist das Collegium medicum specialiter instruit. Die Chirurgen und Bader außer diesen Städten hingegen haben, wenn sie sich bei dem Collegio zum Examen anfinden, denselben zu produciren und mitzubringen ein Attestat und resp. Bericht von ihres Orts Obrigkeit, daß sie die Barbier- und Badstuben acquirirt, ererbt, oder nach vorgängiger und hinlänglicher cognitioni causae, worüber jedoch alle Mal mit dem Collegio medico vorher zu communiciren, neu anzulegen gewillet, ferner zu welchem in der Nähe belegenen Barbierer- oder Baderamte sie sich künftig zu halten gesonnen, und daß sie bereits bei diesem Amte ihre Geburts- und Lehrbriefe, auch sonstige Testimonien producirt, imgleichen das gehörige Meisterstück bereits verfertigt, und daß solches Amt beides für gut und tüchtig erkannt. Denn ob zwar bisher die Gewohnheit gewesen, daß die sogenannten Meisterstücke erst nach dem Examen verfertigt worden, so ist dennoch aus triftigen Ursachen für gut gefunden, darunter künftig eine Aenderung zu machen, und wird hie- mit verordnet, daß die Verfertigung der Meisterstücke alle Mal vorhergehen, und das Examen und die Approbation des Collegii medici nachfolgen solle. Es schreitet selbiges, nach geschehener Berichtigung des Obigen mit solchem Chirurg oder Bader zum Examen, und belegt denselben, Falls er tüchtig befunden wird, sofort mit dem Eide der Chirurgen oder Bader und ertheilt ihm ein Testimonium über das Examen und dessen guten Ausgang, welches er der ordentlichen Obrigkeit seines Orts reproducirt, und alsdann von solcher praestito homagio als ein ordentlich bestellter, approbirter und beeidigter Chirurgus oder Bader angenommen und gehalten wird. Ohne diese vorgängig zu erfüllenden Stücke soll künftig keiner von solchen Amtsgenossen angenommen oder geduldet werden, und Falls dawider gehandelt würde, haben es die Obrigkeiten jedes Orts oder die Landphysici solcher Districte sofort dem Collegio medico zur Remedur anzuzeigen.

§. 18. Was ein Barbier oder Bader für das Examen und pro receptione zu zahlen hat und wie dieses Geld zu verwenden ist, darüber ist das Collegium medicum besonders instruit.

§. 19. Alle Klagesachen der Chirurgen und Bader über Dinge, die zu ihrem Wesen und Professionen gehören, welche sie unter einander entweder haben könnten, oder die ein anderer über sie in solchen Sachen etwa zu erheben sich gemüßigt fände, sollen vor das Collegium medicum gehören, an solches nach Vorschrift der §§. 12 und 13 verwiesen, und vor demselben in solcher Maaße, wie oben, an nur-angeführten Orten geordnet worden, abgethan, oder davon berichtet werden.

§. 20. Auch will der Landesfürst, daß zu mehrerer Aufrechthaltung solcher Aemter, und damit alles in seiner gehörigen Ordnung erhalten werde, die Klagen der Amtsgenossen über Pfuscher vor dem Collegio medico hinfüro abgethan werden sollen.

§. 21. Die Regiments- und Compagnie-Feldscherer, welche künftig bei den fürstl. Regimentern zu bestellen sind, sollen gleichermaßen jedes Mal vom fürstl. Collegio medico in Gegenwart des Medici ihrer Garnison und Auditeurs ihres Regiments, auch deren Regiments-Feldscherer examinirt werden, und haben, wenn das Collegium medicum, auch der Garnison-Medicus mit dem Examen fertig, die Regiments-Feldscherer wie gewöhnlich auch einige Fragen an den Examinirten zu thun. Der gegenwärtige Regiments-Auditeur führt über diesen Act und des Collegii Urtheil von des Candidaten Geschicklichkeit ein Protocoll, gleich wie der Secretarius des Collegii ein solches über das Examen selbst aufzunehmen hat, und wenn die Meinung des Collegii dahin geht, daß der Candidat gute Dienste seiner Wissenschaft nach leisten könne, so wird derselbe vor demselben beeidigt.

§. 22. Wenn bei einem Corps fürstl. Truppen, so auf dem Lande in Quartieren liegt, ein Regiments- oder Compagnie-Feldschererplatz zu besetzen ist, so wird von dem Chef desselben die Person, so er dazu erwählt, ebenfalls an das Collegium medicum zum Examen abgeschickt, und dieses zieht dann nebst dem Garnison-Medicus auch einen Auditeur und Regiments-Feldscherer aus der Garnison mit zu dem Examen, nach welchem denn ebenfalls der Candidat, wenn es gut ausgefallen, beeidigt, und so wiederum mit einer Bescheinigung von seinem Examen an das Regiment abgefertigt wird.

§. 23. Was ein Regiments- oder Compagnie-Feldscherer für das Examen und für seine Reception zu zahlen hat, so wie darüber, wie diese Gelder verwandt werden sollen, ist das Collegium medicum instruiert.

§. 24. Alle Chirurgen, Regiments- und Compagnie-Feldscherer, Barbierer und Bader, welche sich, der Verordnung zuwider, mit innerlichen Kuren, Verschreibung oder Austheilung innerlicher Medicamente bei hiesigen Unterthanen abgeben, sind, wenn die Sache zur Genüge dargethan, von fürstl. Collegio medico dieserhalb dem Befinden nach zu bestrafen, und ist diese Strafe bei abermaliger Wiederholung der Contravention zu verdoppeln, und, Falls sodann keine Besserung erfolgen sollte, an den Landesfürsten zu berichten. Damit auch ein jeder in seinen gehörigen Schranken bleibe und diejenigen Personen, welche bei fürstl. Militair-Etat besolbet werden, die, so bürgerliche Nahrung treiben und davon ihre Abgaben und Unpflichten gestehen müssen, nicht beeinträchtigen und selbigen ihre Nahrung schmälern und benehmen mögen, so werden die deshalb ergangenen Verordnungen nochmals erneuert und ist nachdrücklich darauf zu halten, daß keiner der bestellten und in monatlichem Solde stehenden Regiments- und Compagnie-Feldscherer einige Ueberlässe oder äußerliche, vielweniger innerliche Kuren bei den Bürgerschaften thun und verrichten möge, sondern alle chirurgische Kuren lediglich den bestellten Amts-Chirurgen und Bädern zur Aufrechthaltung dieser Aemter, ihrer nöthigen Nahrung und gehörigen Uebung verbleiben. Damit auch hierüber desto genauer gehalten werden möge, so ist hiermit verordnet, daß die Regiments- und Compagnie-Feldscherer, wie sie in allem, was die Dienstleistung an sich selbst, das Commando und ihre Personen betrifft, das forum militare völlig behalten, also in Sachen, die zur Chirurgie gehören, wenn wegen ihrer Kuren Beschwerden vorkommen, oder wenn sie sonst in Absicht auf ihre Chirurgie Excesse begangen, innerlich kurtirt, oder Medicamente dispensirt, dem Collegio medico untergeben und unterwürfig sein sollen, solchergestalt, daß selbiges alle hierher gehörigen Dinge untersuche und darin erkenne, jedoch sollen alle Mal die Chefs der Regimenter um die Stellung requirirt werden, welche dieselben ohne Weigerung, und wenn nicht höchstwichtige Hinderungen im Wege stehen, auf die bestimmte Zeit zu verfügen haben.

§. 25. Sollte inzwischen jemand bei einem wichtigen und erheblichen äußerlichen Schaden ein besonderes Vertrauen zu einem der Regiments- oder Compagnie-Feldscherer haben und nebst dem Amts-Chirurgus einen von diesen zu der Kur mit zu adhibiren verlangen, so will der Landesfürst in diesen außerordentlichen Fällen solches gestatten, jedoch dergestalt und mit der ausdrücklichen Einschränkung, daß sich ein solcher Patient dieserwegen bei dem zeitigen Decan des Collegii medici melden und ihm die Ursachen seines Verlangens eröffnen solle, welcher sodann die Erheblichkeit desselben ohne Anstand selbst oder durch andere zu untersuchen und nach Befinden darüber entweder die Verwilligung zu ertheilen, oder ihn an die ordentlichen Stadt-Chirurgen zu verweisen hat, und soll sonst nichts, als des Decans dem Patienten ertheilter Verwilligungs-Schein die Regiments- oder Compagnie-Feldscherer von der sonst verwirkten Strafe, wenn sie unter der Bürgerschaft kurtiren, befreien können. *)

§. 26. Das fürstl. Collegium medicum hat dafür zu sorgen, daß zu Verhütung mancher betrübten Verwahrlosungen das Hebammen-Wesen im ganzen Lande in gutem zuversichtlichen Stande sei, darin erhalten und verbessert werde. Zu dem Ende hat solches mit dem Forderksamsten eine neue Hebammen-

*) S. auch: Chirurgen und Bader — Chirurgen, Regiments- und Compagnie-.

Ordnung zu entwerfen und nach vorgängiger landesf. Approbation zu publiciren, inzwischen aber den Stadt- und Landphysicis aufzugeben, für eine gute Wahl und benöthigten Unterricht der Hebammen zu sorgen und gleich Anfangs zu berichten, was für ordentlich bestellte Hebammen in den Städten und Districten befindlich sind, auch jedes Mal zu melden, wenn mit solchen eine Veränderung vorgeht und neue angenommen werden.

§. 27. In der Stadt Braunschweig wählt fürstl. Collegium medicum diejenigen Personen aus, welche es ihrem Alter, Person und Aufführung nach zu diesem Amte für geschickt hält, und läßt sich nicht allein ein Zeugniß der Beichtväter von ihrem Christenthume und bisherigen Wandel produciren, sondern fragt auch bei dem Magistrate an, ob etwas vorhanden sei, warum sie zu diesem Amte nicht könnten gelassen werden; findet sich solches nicht, so besorgt nach Vorschrift des Collegii medici der Stadtphysicus ihren Unterricht, und dann wird zu derselben Examen aus dem Magistrate die Deputation in das Collegium medicum eingeladen und nach Endigung dessen werden sie, wenn sie gut bestanden, sofort beeidigt und darauf dem zeitigen Seniori ministerii zugesandt, damit er sie ermahne und über die Noth-Laufe instruire.

§. 28. Was eine Hebamme an Gebühren für das Examen zu bezahlen hat, darüber ist dem Collegio medico Befehl ertheilt.

§. 29. Da es weiltäufig fallen würde, alle Hebammen im Lande zum Examen nach Braunschweig in das Collegium medicum kommen zu lassen, so soll der außerhalb der Stadt Braunschweig befindliche Unterricht und Examen von den Stadt- und Landphysicis jedes Orts, und letzteres in Gegenwart der Gerichtsobrigkeit zwar vorgenommen, sodann aber von dem Befinden mit Beifügung des Protocolls an das Collegium medicum berichtet werden, und demnächst auf dessen Verfügung die Beeidigung von der Gerichtsobrigkeit geschehen.

§. 30. Die so bald es möglich zu entwerfende und zu publicirende neue Hebammen-Ordnung soll alle Jahr ein Mal in Braunschweig von dem Collegio medico, und in den übrigen Städten von dem Stadtphysicus den Hebammen vorgehalten und vorgelesen werden, wobei dieselben über die etwa in solchem Jahre vorgegangenen und bekannt gewordenen Fehler und übeln Gewohnheiten den Umständen nach zu erinnern, zu ermahnen und anzuweisen, wie solches künftig abzustellen und zu verbessern. Wie auch die auf dem platten Lande vorhandenen Hebammen jährlich ein Mal zu dieser nützlichen Vornehmung zu ziehen, hat fürstl. Collegium medicum nach eingenommener weitem Erkundigung zu verordnen, indessen ist, sobald die Ordnung publicirt, einer jeden der gegenwärtig und künftig anzunehmenden Hebammen in den Städten und auf dem Lande ein Exemplar derselben einzuhandigen.

§. 31. Außer den bestellten und beeidigten Bademüttern soll niemand sich unterstehen, ohne Noth bei Gebärerinnen Hebammen-Verrichtungen zu thun, noch daraus ein heimliches Handwerk zu machen. Fällt dergleichen vor, so hat fürstl. Collegium medicum solches zu untersuchen, und solcher Unordnung durch Verbot und Strafe abhelfliche Maaße zu geben.

§. 32. Wenn eine Person entweder unentbunden, oder in ihren Wochen stirbt, so soll die Hebamme, welche derselben ihre Dienste geleistet, an den Orten, wo ein Medicus oder Landphysicus vorhanden, solches demselben und zwar in dem ersten Falle in möglichster Eile melden. In den Städten soll solches jedes Mal bei den Stadtphysicis, und in Braunschweig bei dem zeitigen Decan des Collegii medici unverzüglich geschehen, damit dieser und jene, was etwa vorzunehmen, überlegen und nachfragen, oder allenfalls sich weiter erkundigen, ob etwa ein Fehler vorgegangen, der nachher verbessert und abgestellt werden könnte. So oft eine Hebamme solches versäumt, soll sie in eine Geldstrafe für die Armen-Anstalten des Orts verfallen sein. *)

*) S. auch: Hebammen und Wärmefrauen.

§. 33. Die Streit- und Klagesachen zwischen und wider Hebammen, deren Verrichtung betreffend, sollen auch künftig vor das Collegium medicum gehören, und vor demselben auf gleiche Weise, als die Streitsachen der Mediciner und Chirurgen abgethan werden.

§. 34. Alle Medicamenten-Händler, Oculisten, Stein- und Bruchschneider, Zahnärzte und Marktschreier, so sich in Braunschweig anfinden möchten, gehören, so viel deren Prüfung, ohne welche sie nicht zu dulden, auch demnächst ihrer Waaren, deren und ihrer Kuren Taxirung und überhaupt die Treibung ihrer Professionen oder Künste betrifft, auch unter die Dijudicatur des Collegii medici, und hat selbiges so viel als immer möglich anzuwenden, daß keine schädliche Betrügerei von dergleichen Leuten ausgeübt, oder wohl gar an getreuen Unterthanen vollbracht werde.

§. 35. Alle unbefugten, betrüglischen, abergläubischen Kuren, verbotenen Handlungen mit und ohne Ausübung von Medicamenten hat fürstl. Collegium medicum zu untersuchen und zu bestrafen, oder wenn solche in Criminalfälle einschlagen, der Obrigkeit zu übergeben, welche demnächst die Nachricht, wie solche bestraft worden, dem Collegio einschickt.

§. 36. In den Fällen, wo Verwarnungen und nachher erfolgte Geldstrafen die Contravenienten nicht zurückziehen, hat fürstl. Collegium medicum an den Landesfürsten oder an fürstl. Geheimraths-Collegium zu berichten, worauf das Weitere verfügt werden soll.

§. 37. Wenn das Collegium medicum nach Befinden eine Geldstrafe jemandem dictirt hat, so ist das Quantum derselben dem Braunschweigischen Armen-Directorio jedes Mal von dem Collegio zu melden und sodann derselben Beitreibung von jenem bei den Obrigkeiten zu urgiren, welche in diesem Stücke alle Mal den Armen-Anstalten bereitwillige Hülfe gratis leisten sollen. *)

§. 38. Ueber die Einrichtung der societatum medicarum soll eine besondere Verordnung verfaßt werden. Landesf. Reglement v. 4. Januar 1747.

Der §. 1 des Reglements v. 4. Januar 1747 soll den Unterthanen bekannt gemacht werden. Landesf. Rescr. v. 28. März 1768.

Auf die Beschwerde der Stände, daß die jetzige Einrichtung des Collegii medici in einigen Stücken zur Beeinträchtigung ihrer Jurisdiction-Gerechtsame gereiche, und die darauf gestützte Bitte, daß einige Punkte des am 4. Januar 1747 erlassenen landesf. Reglements abgeändert werden möchten, ist bestimmt, daß das Collegium medicum hinfüro nicht weiter unmittelbar Citationen, Vorladungen und Verfügungen erlassen, sondern die Gerichte und Obrigkeiten in vorkommenden Fällen requiriren, diese aber das Verlangte alle Mal willigst und ohne Aufenthalt leisten, und in Sachen, welche die Verrichtungen der Mediciner, Chirurgen, Bader und Hebammen, insofern selbige aus medicinischen Principien zu beurtheilen, betreffen, ohne das medicinische Erkenntniß des fürstl. Collegii medici darüber ad acta erhalten zu haben, nichts entscheiden sollen, wie solches und einige andere dahin gehörige wechselseitige Benehmungen mittelst einer zum Druck gebrachten landesf. Declarations-Verordnung v. 14. Novbr. 1769 festgesetzt worden. Landtags-Absch. v. 9. April 1770. Art. 28.

Um statt der in dem Reglement für das fürstl. Collegium medicum v. 4. Januar 1747 gedachtem Collegio alleinig zugetheilten Ausrichtungen diese wichtige Polizei-Anstalt durch wachsame Aufsichten der Obrigkeiten, fleißige Communication derselben mit dem Collegio medico und fordersamste Entscheidung der vorkommenden Fälle jedes Orts aufrecht zu erhalten, ist auf den Antrag der Stände verordnet, daß 1) die in dem §. 4 des gedachten Reglements dem fürstl. Collegio medico, ohne sich mit Requisition der Obrigkeiten aufzuhalten, nachgelassene unmittelbare Ablassung der Citationen, Vorladungen und Verfügungen, wie hiermit geschieht, aufgehoben und das Collegium medicum die Gerichte und Obrigkeiten

*) S. auch: Medicinalsachen, die in demselben erkannten Strafen — Medicinische Pfründerei — Arzneihandel.

hinsüro jederzeit requiriren, diese aber auch das Verlangte alle Mal willigst und ohne Aufenthalt zu leisten schuldig sein sollen, wobei das Collegium medicum den bisherigen modum communicandi ohne Variationen durch bloße pro memoria fernerhin gebrauchen, und die Gerichte und Obrigkeiten sich desselben ebenfalls bedienen mögen. 2) Bei dem, was in den §§. 12 und 19 des Reglements von Abthnung solcher Sachen geordnet worden, deren Entscheidung aus medicinischen Principien zu nehmen, hat es zwar insofern sein Verwenden, daß die Untersuchung und Cognition dessen, wobei principia medica zum Grunde zu legen, bei dem Collegio medico geschehen müsse; wenn aber diese Untersuchung geschehen, soll der Ausspruch, was für Recht zu erkennen, den Gerichten und Obrigkeiten verbleiben; damit aber auch das Collegium medicum wisse, ob und wie die Sache abgethan, demselben die Abschrift des Erkenntnisses zugefertigt werden. Es erklären sich also hieraus 3) die §§. 24, 33 und 35 des Reglements von selbst dahin, daß die darin erwähnten Klagesachen, welche gegen Mediciner, Chirurgen, Wader und Hebammen in Ansehung ihrer Kuren und Verrichtungen erhoben werden, zuerst bei der ordentlichen Obrigkeit angebracht und klagbar gemacht werden müssen, welche darauf den Vorgang selbst oder das Factum untersucht, und das Protocoll dem fürstl. Collegio medico zuschickt. Dieses giebt darauf über dasjenige, was auf medicinischen Gründen beruht, sein Erkenntniß, oder bemerkt die specialia, worauf es ankömmt und die erst näher ins Licht gesetzt werden müssen, um ein medicinisches Urtheil fällen zu können, ob und wie weit ein Medicus, Chirurgus oder Hebamme culpa lata vel leviori gegen die Regeln der Kunst und Wissenschaft etwas zu Schulden gebracht und sich verantwortlich gemacht habe, worauf die Obrigkeit, was Rechts ist, erkennt und ebenfalls dem Collegio medico davon Nachricht ertheilt. Auf gleiche Art wird es bei Untersuchungen, die ex officio geschehen müssen, und in Criminal-Fällen gehalten. Was 4) in dem §. 20 wegen der Klagen der Amtsgenossen über die Pfscher vorkömmt, wird hierdurch nunmehr dahin geordnet: daß solche Klagen bei den Gerichten und Obrigkeiten anzubringen, welche alle diejenigen, die keine Zeugnisse oder Concessionen von dem Collegio medico aufzuweisen haben, für Pfscher zu erkennen und nicht zu dulden, auch dem Collegio medico davon Nachricht zu geben, überhaupt auch alle Nachrichten, die es in Verwaltung der ihm anvertrauten Geschäfte verlangt, willigst und forderksamst mitzutheilen haben; wie denn auch die Nachforschung, ob Pfscher vorhanden, oder Mängel und Mißbräuche eingerissen sind, nach wie vor eine Amtspflicht des fürstl. Collegii medici bleibt, welches darauf die Gerichte und Obrigkeiten requirirt, damit solche der Ordnung nach verfahren können. 5) Denen von der Ritterschaft, welche Wadereien in ihren Gerichtsbörsern hergebracht haben, bleibt unbenommen, solche fernerhin zu verpachten oder auf andere Weise zu besetzen; jedoch daß keine andere als solche Leute dazu gewählt werden, die vom fürstl. Collegio medico examinirt und tüchtig befunden worden sind, und daß den Gerichts-Hinterfassen unverwehrt bleibe, auch bei andern von dem fürstl. Collegio medico approbirten Chirurgen und Wadern, zu welchen dieselben Vertrauen haben, sich der Kuren zu bedienen, da überhaupt den von dem fürstl. Collegio medico bestellten Landchirurgen in ihren Districten kein solches jus prohibendi ertheilt worden, daß, wenn ein Kranker ein vorzügliches Vertrauen zu einem benachbarten, auch recipirten Chirurgen hätte, ihm nicht gestattet sein solle, sich dessen zu bedienen. Es bleibt vielmehr dabei, daß zwar ein Landchirurgus in des andern Districte keine Kuren suchen, noch sich darum bewerben dürfe, die Patienten aber auch keinesweges gezwungen werden müssen, sich des Districtschirurgen wider Willen zu bedienen. Landesf. Verordn. v. 26. April 1770. (Br. Anz. v. 1770. Nro. 48.)

Sämmtliche Physici hiesiger Lande, wie auch die übrigen Medici, Chirurgen, Apotheker und Hebammen sind angewiesen, wenn sie bei fürstl. Collegio medico etwas zu suchen, vorzutragen oder Amtshalber zu berichten haben, ihre respectiven Memorialien und Berichte, die sie mit der fürstl. Post absenden, zu desto geschwinderer Beforgung der Sachen, hinsüro unmittelbar an das fürstl. Collegium medicum

hieselbst, und nicht, wie bisher zu Zeiten geschehen, an dieses oder jenes einzelne Membrum desselben zu adressiren. Und damit die Physici, wenn von fürstl. Collegio medico an selbige Circulare abgehen, die sie sich einander zu communiciren haben, nach der von dem Landesfürsten in den Medicinal-Angelegenheiten ertheilten Postfreiheit nicht nöthig haben mögen, in diesem Falle Briefporto zu zahlen, so haben dieselben, wenn das abseiten des fürstl. Collegii medici darum geschlagene Couvert nicht weiter zugesiegelt werden kann, sondern anstatt desselben ein neues genommen werden muß, auf selbiges zu notiren: »Hierin ein Circular-Schreiben des fürstl. Collegii medici in Braunschweig,« da denn sämtliche Post-Expeditionen solche unentgeltlich an die Physici abliefern lassen werden.*) Avertissement des fürstl. Collegii medici zu Braunschweig v. 4. Januar 1772. (Br. Anz. v. 1772. Nro. 2.)

Auf höchsten Befehl ist bekannt gemacht, daß, was bisher an fürstl. Collegium medicum gerichtet worden, hinfüro an das fürstl. Ober-Sanitäts-Collegium zu richten sei. Avertissement der fürstl. Geheimen-Canzlei zu Braunschweig v. 25. Juni 1772. (Br. Anz. v. 1772. Nro. 50.)

S. auch: Medici — Medicinal-Ordnung — Medicinal-Sachen, die in denselben erkannten Strafen — Medicinische Puscherei.

Colloquia der Prediger.

S. Synoden der Prediger auf dem Lande und in den Landstädten — Geistliches Gericht zu Braunschweig.

Commissionen, landesfürstliche.

Die ältern Verordnungen **) über das Verfahren bei Commissionen, welche vom Landesfürsten oder von fürstl. Geheimen-Rathsstube in Proceß-Sachen ernannt wurden, sind antiquirt, da kein Landes-Einwohner seinem gesetzlichen Richter, es sei in bürgerlichen oder strafrechtlichen Fällen, entzogen werden darf. Neue Landschafts-Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 201.

Wegen der landesfürstl. Commissionen in andern, als Proceßsachen s. Verordnungen, landesfürstliche — Rescripte in Commissionsachen.

Commissions-Waaren, Vorzugsrecht des Inhabers derselben im Concurse.

S. Wechselrecht; Verordn. v. 1. August 1715. Art. 53.

Communications-Wege.

S. Wege, Besserung und Erhaltung derselben.

Communion.

S. Abendmahl.

*) cf. Post-Ordnung v. 13. August 1832. §. 130 sqq.

**) Die wichtigste dieser Verordnungen war die v. 6. Febr. 1756. (Br. Anz. v. 1756. Nro. 27.) Diese bestimmte, daß in solchen Commissionen in der Regel kein schriftliches Verfahren und, wenn sie cum facultate decidendi ertheilt worden, keine Acten-Verscheidung und kein anderes Rechtsmittel als das der Appellation zulässig sein, daß die Berichts-Erstattung und die Acten-Einsendung wegen noch nicht bezahlter Gebühren nicht verzögert, die Commission der Regel nach am Wohnorte des Commissarii ausgerichtet, dabei der Verordnung wegen des Stempel-Papiers genau nachgekommen, die Commissions-Acte binnen 8 Tagen nach der Beendigung des Geschäfts an den Committenten eingesandt, die Commission in einer Partreife, worin binnen 6 Monaten nichts verhandelt worden, für beendet angesehen und nach Ablauf eines jeden Jahres ein General-Bericht über das Commissions-Geschäft erstattet werden solle. Was die Verordnung wegen der Ablieferung der Commissionsachen beim Absterben des Commissarii vorschreibt, s. unter: Bediente, herrschaftliche.

Communion=Harz, Theilung desselben.

Nachdem zwischen dem Landesfürsten und dem Könige von Großbritannien, als Churfürsten zu Braunschweig und Lüneburg, die Verabredung getroffen worden, die bisher bestandene Ober- und Unterharzische Communion der Bergwerke, der Forsten und des Territorii, jedoch mit Ausschluß des Ramelsbergischen Bergwerks und der dazu gehörigen Hütten und übrigen Unterharzischen Werke, der Eisenhütte zu Gittelde und der Nutzung der zum Betriebe derselben bestimmten Eisenstein-Gruben, nicht weniger auch des Bergwerks-Rechts in der Goslarischen Forst und des Salzwerks Julius-Halle, aufzuheben, und diese Aufhebung, Theilung und wechselseitige Abtretung der beiderseitigen Territorial-Antheile; vermöge des von beiden Seiten ratificirten Theilungs-Recesses, *) bereits ihren Bestand erhalten hat, auch diesem und einer weitem Verabredung zufolge vom Könige von Großbritannien obige in solcher Maasse geschehene Theilung und wechselseitige Abtretung durch ein Patent öffentlich bekannt gemacht wird, und die vom Landesfürsten übernommenen Communion=Forstbedienten und überhaupt alle Unterthanen und Einwohner des demselben in der Theilung zugefallenen Territorial-Antheils derjenigen Dienst-, Eides- und Unterthanen-Pflicht, womit selbige dem Hause Hannover, als ihrem bisherigen Communion=Mitlandesherrn, verwandt gewesen, gänzlich entbunden werden: als wird auch diesseitig obige geschehene Theilung und wechselseitige Abtretung bekannt gemacht und werden zugleich nicht nur die von der Krone Hannover übernommenen Bergwerks-, Hütten-, Forst- und andere Bediente, sondern auch die sämmtlichen Unterthanen und Einwohner in den in der Theilung gedachter Krone zugefallenen Bergstädten Zellerfeld, Grund, Wildemann und Lautenthal und der übrigen bisherigen Communion=Orte und Wohnungen der Dienst- und Unterthanen-Pflicht entlassen, und dahingegen die nunmehrigen hiesigen alleinigen Bedienten und sämmtliche Unterthanen des dem Hause Braunschweig-Wolfenbüttel zugefallenen und abgetretenen Territorial-Antheils auf diejenigen Dienst-, Eides-, Huldigungs- und Unterthanen-Pflichten, womit sie bereits demselben als bisherigen Communion=Mitlandesherrn verwandt gewesen, die übernommenen Forstbedienten aber auf die bereits mittelst Handschlages besonders angelobte fernere Dienst- und Unterthanen-Pflicht verwiesen, so wie denselben die Aufrechthaltung aller bisherigen Rechte und Privilegien zugesichert wird. Landesf. Patent v. 20. Juni 1789. (Br. Anz. v. 1789. Nro. 51.)

Communion=Rechnungsbediente.

1) Da einer der in Rechnung stehenden Communion=Bedienten, welchen mit herrschaftlichen und Gewerken=Geldern oder andern dergleichen Einkünften umzugehen und dieselben einzunehmen anvertrauet ist, seinem geleisteten Eide und Pflichten zuwider die gehobenen Gelder oder andere dergleichen Einkünfte, wohin es verordnet und sich gebührt nicht wird liefern, oder zu demjenigen Gebrauche, wozu sie gewidmet und verordnet, nicht anwenden, sondern dieselben entweder zu seinem Nutzen und Gebrauche, oder sonst anderer Gestalt, wohin es nicht verordnet, wird anwenden und das Gehobene nicht gehörig berechnen und sofort liefern können, derjenige soll deswegen, und weil er wider seinen Eid und das ihm anvertraute Amt gehandelt, da er noch am Leben ist, für infam und unehrlich, wie er ohnedem von Rechts wegen ist, gehalten, und nicht allein mit den auf dergleichen Verbrechen in Rechten verordneten Strafen belegt, sondern auch, wenn es klar befunden worden, daß mit Betrug die Gelder oder Einkünfte entwendet oder untergeschlagen, und die Summe sich auf hundert Thaler oder mehr beläuft, am Leben, wenn die Summe aber geringer, am Leibe auf vorgegangene rechtliche und ordentliche Cognition und Beurtheilung gestraft werden. Da aber die begangene Untreue mit den eingenommenen Geldern

*) Dieser Recess ist am 4. Octbr. 1788 abgeschlossen und am 6. Juni 1789 ratificirt. Ueber den nähern Inhalt desselben s. geographisch=statistische Beschreibung der Fürstenthümer Wolfenbüttel und Blankenburg von Haffel und Bege. Braunschweig 1803. Bd. II. p. 150 sqq.

oder dergleichen Einkünften erst nach des Verbrechers Tode dergestalt fund und offenbar werden sollte, daß man versichert, daß, wenn er noch am Leben wäre, er solches Verbrechen mit keinem Rechtsgrunde würde ablehnen können, sondern die Lebensstrafe vorgemeldetermaßen verwirkt haben, desselben Körper soll zu einem ehrlichen Begräbniß nicht verstattet, und da er schon begraben wäre, soll er wieder aufgraben und außerhalb des Kirchhofes, wie und wohin es alsdann verordnet werden wird, eingescharrt werden. 2) Ist allen und jeden in Rechnung stehenden Bedienten verboten, wie es denn auch an sich selbst nicht gebührt, mit den eingenommenen herrschaftlichen Gewerken=Geldern für sich Handel und Wandel zu treiben, oder dieselben auf einige Weise mit dem ihrigen zu vermischen oder zu versehen, sondern sie sollen die herrschaftlichen und Gewerken=Gelder dergestalt separat halten, daß sie auf Erfordern jedes Mal augenblicklich zeigen können, wo selbige Gelder besonders verwahrt stehen. Wer dawider thun wird, der soll, ob er schon sich erbieht und Mittel genug haben möchte, es zu erstatten und wieder zu geben, seiner Bedienung verlustig sein und noch dazu willkürlich hart gestraft werden. 3) Obiges Alles soll auch von denjenigen, welche die in Gerichten deponirten Gelder in Verwahrung haben, imgleichen von den Administratoren der Städte und anderer Communen=Gelder und Intraden verstanden werden. 4) Sollen alle zu bestellende in Rechnung stehende Communions-Bediente auf diese Constitution ausdrücklich mit beeidigt werden. Communions=herrschaftl. Verordn. v. 27. Octbr. 1717.

§. auch: Bediente und Boten, ungetreue.

Comödianten.

§. Schauspieler, umherziehende.

Compagnie=Chirurgen.

§. Chirurgen, Regiments- und Compagnie-.

Concessionisten.

Daß landesf. Rescr. v. 12. Januar 1786, wodurch den Concessionisten aufgegeben wurde, ihre Concessionen vor Ablauf derselben den Aemtern oder Gerichten zur Erneuerung einzureichen, ist dadurch unpractisch geworden, daß die Concessionen jetzt regelmäßig auf Lebenszeit ertheilt werden. Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837. §. 32.

§. übrigens: Handels-Concessionisten auf dem Lande.

Concubinatus.

§. Ehebruch, Hurerei u.

Concubitus anticipatus.

§. Anticipatus concubitus.

Concurſ.

Die Fremden sollen bei Fallimenten und daher entstehenden Concurſen mit den hiesigen Unterthanen gleicher Rechte sich zu erfreuen, und nicht weniger als diese ex communi massa ihren Antheil zu gewärtigen haben, dafern nur von ihrer Landes-Obrigkeit auch hiesigen Unterthanen und Angehörigen darunter dergleichen Parität gegönnt wird; widrigen Falls werden sie sich nicht zu beschweren haben, wenn sie auf gleichen Fuß, wie denselben allda begegnet wird, auch in hiesigen Landen jure retorsionis oder talionis tractirt werden. Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715. Art. 55.

§. auch: Hypothekarische und chirographarische Gläubiger in Helmstädt.

cf. Reſcr. herzogl. Land. Gerichts v. 25. Mai 1827. (Bege II. p. 167.) — Landſchafts-Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 210.

Wenn bei einem Concurſe alle Gläubiger nicht völlig befriedigt werden können, und dieſelben daher zu einem Nachlaſſe oder Accorde ſich verſtehen wollen, ſo ſoll der wenigſte vor andern nicht privilegirte Theil nach denen, ſo am Meiſten zu fordern haben, ſich richten und in den Accord ſolchergeſtalt mit einzutreten ſchuldig ſein, daß, was zwei Drittel derſelben reſolviren, gelten, und er dawider mit ſeiner Contradiction nicht gehört werden ſoll. *) Ebenſaf. Art. 57.

Dieſe Verordnung de pluralitate votorum iſt dahin declarirt, daß, weil ſie nicht diſtinguirt und generalis iſt, dieſelbe allerdings und um ſo viel mehr auf muthwillige und unachtfame Debitoren zu ziehen ſei, da die pluralitas votorum hauptſächlich in favorem der Creditoren mit eingeführt und juris communis iſt, auch der Muthwille ſothaner Debitoren auf andere Weiſe beſonders beſtraft werden kann und ſoll. Landeſf. Declaration v. 29. Auguſt 1744. **)

Unter den Gläubigern mögen minus privilegiati, wenn ſie ſchon in größerer Anzahl vorhanden ſind und ein Mehreres zu fordern haben, den magis privilegiatis an ihren Rechten nicht präjudiciren, dergeltalt, daß die ältern Creditoren, wenn ſie ſich zu keinem Accorde verſtehen wollen, dazu wider ihren Willen nicht genöthigt werden können und iſt der 57. Artikel der Wechſel-Ordnung nicht entgegen. Landeſf. Reſcr. an fürſtl. Juſtiz-Canzlei v. 13. Novbr. 1769 und Reſolution für die Dunkerſchen Gläubiger de eodem dato.

Der Landeſfürſt wird auf das von der Curia civitatum geſchehene Anſuchen gegen die muthwilligen und vorſächlichen Bankrottirer ein geſchärftes Mandat ergehen laſſen. Landtags-Abſchied v. 9. April 1770. Art. 10.

cf. Verordn. v. 26. März 1823, die Bankrotte betr., §§. 2, 23 und 24.

§. übrigenſ: Hypotheken — Meierzinſ — Zinſen, Bezahlung derſelben nach entſtanenem Concurſe — Cessio honorum — Onera publica — Vermögen, mütterlicheſ — Gefindelohn, Vorzugsrecht deſſelben im Concurſe — Unterpfänder, Vorzugsrecht derſelben im Concurſe — Immiſſion — Beerdigungs-Koſten auß der Concurſ-Maſſe — Wechſelſchuldner, welcher bonis cedirt hat — Moratorien — Wegen deſ Vorzugsrechtſ der Inhaber von Commiſſions-Waaren ſ. Verordn. v. 1. Auguſt 1715. Art. 53. unter: Wechſelrecht — Wegen der Koſten der letzten Krankheit ſ. Apothekersſchulden — Wegen der Brandcaſſen-Beiträge ſ. Verſicherung gegen Feuerſgefahr.

Concurſ in Wolfenbüttel.

Die Verfügung, daß inter chirographarios non privilegiatos creditores die Bürger und Untertanen in Wolfenbüttel, ſo viel das Hauptgeld anlangt, anderen Fremden vorgezogen werden ſollen — Heinrichſt. Statuten Art. 10. — iſt aufgehoben durch das Poſſſcr. v. 12. Octbr. 1754.

§. Concurſ.

Concurſ-Koſten.

§. Verordn. v. 20. Novbr. 1827, die Aufhebung der Verordn. v. 6. April 1778 ***) wegen Bezahlung der Concurſ-Koſten in der Stadt Braunſchw. betr.

§. auch: Unterpfänder, Verkaufſ-Koſten derſelben.

Concurſ-

*) Daſſelbe beſtimmt ſchon die Marktgerichts- und Wechſelordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 10. i. f.

**) Dieſe Declaration iſt auf das Geſuch deſ Advocaten Mund erfolgt und vollſtändig abgedruckt in Wolſſſramſ Sammlung der Wechſel-Verordnungen p. 193.

***) Für die Concurſ-Koſten wurden früher bei allen Gerichten zwei Procent von den an die Creditoren auszahlenden Geldern

Concurs-Proceß.

Die ältern Verordnungen über den Concurs-Proceß, insbesondere die Bestimmungen des landesf. Rescripts an fürstl. Justiz-Canzlei v. 15. März 1757 und der landesf. Verordn. v. 6. Mai 1757 *) sind durch die neuere Gerichts-Verfassung antiquirt, indem sowohl hinsichtlich der Competenz der Gerichte, **) als auch in Betreff der Rechtsmittel bei Concurs-Sachen die gewöhnlichen Proceß-Vorschriften eintreten.

S. auch: Kaufgericht zu Braunschweig, Verfahren bei demselben — Beamte, Justitiaren und Actuaren, Instruction für dieselben. Nro. 11.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 26. — Verordn. v. 26. April 1823, die Bankerotte betr. — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §§. 3 und 12. — Ablösungs-Ordn. v. 20. Decbr. 1834. §. 20. Nro. 3. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, nähere Bestimmungen des Gesetzes v. 15. Octbr. 1832. Nro. 33 betr., §§. 8 und 10.

Confirmation der Contracte.

S. Contracte und Verträge der Bauersleute — Contracte über Immobilien in den Städten — Wechsel, gerichtlich bestätigte — Bergtheile — Eichorien-Wurzeln, Lieferungs-Contract.

Confirmation der Kinder.

Sowohl das Examen der Confirmanden, als die Confirmation soll jedem Prediger bei seiner Kirche gelassen werden. Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Cap. IX. §. 5.

Wenn der Pastor den einen oder andern Catechumenen zu der Confirmation noch nicht genugsam geschickt zu sein befindet, dessen Eltern oder Verwandte aber darauf, daß derselbe mit angenommen werden möchte, bestehen würden, so soll der Pastor ihn mit den Eltern an den Superintendenten zum Examen schicken und dessen Gutachten erwarten. Ebendas. §. 6.

Geldern abgezogen; dies hob indeß das landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei v. 14. Juni 1757 auf, welches bestimmte, daß künftig in Concurs-Sachen die gewöhnlichen Bescheide-Gebühren genommen werden sollten. Für die Stadt Braunschweig war diese Abänderung schon früher eingetreten und durch die auf eine landesf. Declaration begründete Verordn. des Stadt-Magistrats v. 7. Septbr. 1736 festgesetzt, daß das Salar des Curators und die übrigen Concurs-Kosten nicht von der massa honorum abgezogen, sondern von den Creditoren, welche ihre Bezahlung erhielten, allein pro rata getragen werden, die Lieblohne aber von allem Abzuge befreit bleiben sollten. Dies wiederholte die landesf. Verordn. v. 6. April 1778 (Br. Anz. v. 1778. Nro. 36.) mit der Erweiterung, daß auch die pia corpora und andere spottelfreie Gläubiger den Abzug für die Concurs-Kosten sich sollten gefallen lassen, wehingen die nach dem Prioritäts-Urtheile zum Besten des einen oder andern Gläubigers aufgewandten Kosten, z. B. die Auktions-Kosten, auch von diesem allein getragen werden sollten. Außer dem Lieblohne sollten auch die onera publica und Begräbniß-Kosten von allem Abzuge frei bleiben, ausgenommen, wenn nach deren Bezahlung nicht mehr so viel übrig bliebe, um das Gericht wegen der baaren Auslagen schadlos halten zu können, in welchem Falle allein die Begräbniß-Kosten dazu nicht beitragen sollten.

*) In beiden wurde verordnet, daß, wenn ein Creditor an die Justiz-Canzlei und ein anderer an das Hof-Gericht appellire, der ganze Concurs vor das Gericht gezogen werden solle, bei welchem die Appellation zuerst introducirt sei; dieses Gericht solle auch bei neuen gravaminibus allein competent bleiben und nicht nur über die gravamina appellationis, sondern auch über die etwa eingelegten Supplicationen und dabei vorkommenden Punkte entscheiden. Bei beiden Gerichten solle eine besondere Concurs-Commission, welcher die Beschleunigung der Concurs-Sachen obliege, ernannt und jährlich ein Verzeichniß der beantragten und der noch currenten Concurs-Processe höchsten Orts eingeschickt werden.

**) Die Concurs-Processe gehörten in der Stadt Braunschweig ausschließlich vor das Obergericht. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei v. 20. August 1742.

Die Special-Superintendenten und Prediger sollen dahin sehen, daß die Jugend nicht allein im Catechismus gründlich informirt werde, sondern auch keiner, bis er das 14te Jahr ganz oder mehrentheils erfüllt, confirmirt und zum heiligen Abendmahl admittirt werde; es wäre denn, daß eine solche junge Person kurz vor Erreichung solcher Jahre in schwere Krankheit gerieth und an der Genesung gezweifelt würde, vorher aber wohl informirt worden und ein sonderliches Verlangen darnach trüge, solchen Falls soll einem jeden christlichen Beichtvater nach seinem Gewissen darunter zu verfahren freigelassen sein. Auf landesf. Befehl ergangenes Consistorial-Rescript an die General-Superintendenten v. 10. (5.) April 1713. *)

Kein Hausvater oder Vermund soll sich unternehmen, seine Kinder oder Pflegebefohlenen kurz vor oder nach Ostern anderswohin zur Confirmation zu schicken bei willkürlicher Strafe, sondern das *judicium* von der Kinder Geschicklichkeit oder Capacität dem ordentlichen Pastor oder ebenfalls dessen Special- oder General-Superintendenten überlassen. Daher auch die Prediger gleichfalls keine junge Leute von fremden Orten zum ersten Male ohne Beichtschein ihres vorigen Beichtvaters, darin zugleich die Zeit ihrer Confirmation exprimirt, anzunehmen befugt sein sollen, gestalt denn von solcher Zeit an zu rechnen, wo die jungen Leute, ob sie gleich von fremden Orten, die Catechismus-Lehre frequentiren, und dero behuf sich auf das Chor zu stellen haben, bis die 3 Jahre, oder in großen Städten 1 Jahr verflossen ist. Consistorial-Ausschr. v. 30. Juli 1721. (Woltered l. c. p. 254.)

Die Prediger sollen keine von dem dazu erforderlichen Alter und sonst tüchtig befundene Catechumenen künftig einem benachbarten Prediger zur Confirmation zuschicken oder auf ein Jahr hinaus zur Confirmation verweisen, sondern, wenn unter den hierzu sich anfindenden Kindern auch nur ein einziges tüchtiges und geschicktes Subject ist, jedes Mal solches selbst confirmiren, weil bei solchem löblichen Acte die Gemeinden noch mit erbauet und zur Andacht erweckt werden. Consistorial-Ausschr. v. 22. April 1741. (Woltered l. c. p. 333.)

Alle Geistlichen auf dem platten Lande sollen den erwachsenen Kindern in ihren Gemeinden und insonderheit denjenigen, welche in ein paar Jahren zum heiligen Abendmahle zu gehen gedenken, wöchentlich ein Mal entweder in der Kirche, oder in ihrem Hause den nöthigen Unterricht geben und sie zur wahren Erkenntniß der Gottseligkeit leiten. Consistor. Ausschr. v. 12. Novbr. 1746.

Keiner der Prediger in der Stadt Braunschweig soll ein Kind zur Confirmation annehmen, das nicht von einem Schulmeister der obersten Klasse das Zeugniß hat, daß es wenigstens ein Jahr in der obersten Classe zugebracht und den Unterricht darin genossen habe. Landesf. Verordn. v. 31. August 1752, welche alle halbe Jahre öffentlich von den Kanzeln gelesen werden soll.

Um den Hindernissen und Nachtheilen abzuhelpen, welche durch die zu lange Dauer des bei der Confirmation der Catechumenen gehaltenen Gottesdienstes entstehen, indem die Aufmerksamkeit der Zuhörer ermüdet wird und die Catechumenen die Schwächung ihrer Aufmerksamkeit am Stärksten empfinden, wird verordnet, daß an diesem feierlichen Confirmations-Tage der Catechumenen künftig vor dieser Handlung ferner keine Predigt gehalten werden, sondern sofort nach Verlesung der Epistel vor dem Altare die sonst nach der Predigt gewöhnliche Fürbitte für die Catechumenen nebst andern Fürbitten, Aufgeboten und zu publicirenden herrschaftlichen Verordnungen folgen, sodann der Hauptgesang und nach selbigem der Gesang Nro. 195 des neuen Gesangbuchs: »Erhör o Gott! das heiße Flehn,« oder an den Orten, wo dieses noch nicht eingeführt, Nro. 215 des alten: »Komm heiliger Geist, Herr Gott« angestimmt, und darauf gleich die Confirmations-Handlung vorgenommen werden soll. Der Klingbeutel aber soll gleich mit dem Anfange des Hauptgesanges und zwar bei den Catechumenen zuerst umgehen. Wie nun solchergestalt

*) Erneuert durch das Consistorial-Rescr. v. 9. April 1768.

der Vormittags-Gottesdienst um Vieles abgekürzt wird und zu rechter Zeit geendet werden kann, so soll dagegen der Nachmittags-Gottesdienst zu gewöhnlicher Zeit anfangen und von dem Prediger jeden Orts selbst gehalten werden. Landesf. Verordn. v. 24. Febr. 1780. (Br. Anz. v. 1780. Nro. 21.)

Das in der vorstehenden Verordnung enthaltene Gebot, den Nachmittags-Gottesdienst zu halten, geht nicht auf den mittägigen Gottesdienst oder die sogenannte Epistel zu Braunschweig, sondern auf diejenigen Orte im Lande, wo der Gottesdienst erst um 2 Uhr angeht. Landesf. Rescr. an das geistliche Gericht zu Braunschweig v. 20. März 1780.

Weil einige Eltern aus einem besondern Vertrauen zu andern Predigern außer ihrer Gemeinde diesen ihre Kinder lieber, als den Predigern ihrer Gemeinde zur Confirmation übergeben wollen, so bleibt in Braunschweig denselben solches zwar unbenommen, jedoch ist der Prediger, der Kinder aus einer andern Gemeinde annimmt, schuldig, den andern Prediger, dem er dadurch zu nahe tritt, zu entschädigen, wenn ihn nicht die Eltern deshalb entschädigt haben. Landesf. Rescr. an das geistl. Gericht zu Braunschweig v. 8. März 1784.

Die zur Confirmation zu lassenden Kinder müssen die nothwendigsten Religionskenntnisse gefaßt und sich nicht durch grobe Unfittlichkeit sträflich gemacht haben. Auschr. des fürstl. Consistorii zu Wolfenbüttel v. 14. April 1798.

Das fürstl. Consistorium zu Blankenburg hat unter höchster Genehmigung mit den Consistorien zu Halberstadt, Hannover, Neustadt in der Grafschaft Hohnstein, Quedlinburg, Bernburg, Stollberg und Wernigerode die Uebereinkunft getroffen, daß weder die Prediger des Fürstenthums Blankenburg, noch die unter jenen genannten Consistorien stehenden wechselseitig Kinder zur Confirmation annehmen dürfen. Auschr. des fürstl. Consistorii v. 2. Juni und 8. Decbr. 1797. Eine gleiche Uebereinkunft ist von dem fürstl. Consistorio zu Wolfenbüttel mit dem Consistorio zu Hannover getroffen worden. Auschr. des fürstl. Consistorii v. 5. Mai 1798.

Blödsinnige Kinder sollen von der Confirmation und Abendmahlsfeier nicht unbedingt zurückgewiesen werden, indem der Act ihrer Vereinigung mit erwachsenen Religionsverwandten selbst für diese von Nutzen und christlicher Erbauung sein kann. Es muß aber ein solcher Confirmande bei seiner Verstandesschwäche kein auffallendes, die Andacht störendes Aeußere haben. — Sollten auch dergleichen blödsinnige Kinder bis zum Lesen und bis auch nur zu einiger Fassung der allgemeinsten Hauptlehren des Christenthums gelangt sein, sind sie dabei gut erzogen und nicht bössartig, haben sie keine Anfälle von Verstandesverwirrung, ist alle ersinnliche Mühe auf Bildung ihres Geistes von Jugend auf und zuletzt besonders durch die Prediger verwandt worden und tragen sie ein Verlangen zur Confirmation, so mag ihnen solche nicht versagt werden. Es ist jedoch diese Handlung mit ihnen privatim in einer Wochen-Betsstunde vorzunehmen und ihnen nachher der Genuß des heiligen Abendmahls mit der Gemeinde öffentlich zu gestatten, wobei der Prediger durch eine dazu eingerichtete Rede auch auf diese Weise allgemeine Erbauung zu erwecken sich bemühen soll. Landesf. Rescr. an fürstl. Consistor. zu Blankenburg v. 12. Januar 1804.

Vor der Confirmation sollen keine zu Lehrlingen angenommen und ohne Production eines von dem Prediger auszustellenden Confirmations-Scheins nicht in die Gilde eingeschrieben werden. Landesf. Rescr. v. 17. Januar 1804.

Es ist in den Consistorial-Ausschreiben v. 14. April 1798 und v. 9. Novbr. 1799, die Dispensations-Gesuche für solche Confirmanden, welchen das zur Confirmation erforderliche Alter fehlt, betreffend, deutlich auseinander gesetzt und vorgeschrieben worden, worauf bei diesen Gesuchen Rücksicht zu nehmen und was darin vorzutragen sei; auch ist die dabei intendirte Absicht nicht zu verkennen, die Erlangung

der Dispensation nur solchen Catechumenen zu erleichtern, die sich durch fleißigen Schulbesuch, durch erlangte nöthige Religionskenntnisse und durch eine gute Aufführung derselben würdig machen, auch überdem besondere Gründe, warum sie die Schule nicht länger besuchen können, für sich haben, dagegen aber dem zudringlichen Eilen mancher Eltern mit der Confirmation ihrer Kinder vor erreichtem gesetzlichem Alter, wodurch solche dem Schulunterrichte ohne Noth zu früh entzogen werden, nach Möglichkeit Einhalt zu thun.

Bei vielen der bisher eingereichten Dispensions-Gesuchen scheint indeß, wie aus deren Unvollständigkeit und aus der sich von Jahr zu Jahr vergrößernden Anzahl der Kinder, für welche um Dispensation gebeten worden, hervorgeht, der rechte Gesichtspunct verfehlt, und häufig für alle Kinder, die um die Confirmationszeit das 13. Jahr zurückgelegt gehabt, ohne Unterschied, ob sie sich auszeichneten und ob dringende Gründe für ihr früheres Verlassen der Schule sprachen oder nicht, um Dispensation nachgesucht zu sein; daher auch in den darauf ertheilten Resolutionen auf die Beobachtung der darüber gegebenen Vorschriften und auf die Tendenz derselben wiederholt hingewiesen worden ist.

Um nun fernerm Verfehlen des Zwecks hierbei vorzubeugen, findet sich das Consistorium bewogen, die unter demselben stehenden Herren Superintendenten und Prediger an die genaue Befolgung der in den Eingang erwähnten Ausschreiben, besonders in dem zuletzt erlassenen, enthaltenen näheren Anweisungen zu erinnern und es ihnen zur Pflicht zu machen, die Aeltern derjenigen Kinder, die sich zur Erlangung der mehrgedachten Dispensation nicht qualificiren, oder für welche in dieser Hinsicht keine dringende Gründe sprechen, jedes Mal zeitig genug zu benachrichtigen, daß ihre Kinder für das Jahr zur Confirmation nicht gelangen könnten. Wegen der nicht, wie vielfältig geschehen ist, bloß im Allgemeinen, sondern mit speciellen Angaben zu fassenden Dispensions-Gesuche werden aber noch folgende, aus den ertheilten Vorschriften sich von selbst ergebende Bestimmungen hinzugefügt. Es ist nämlich in diesen Gesuchen bei jedem Kinde

- 1) dessen Alter mit Anführung des Jahres und Tages seiner Geburt und
- 2) der Stand seiner Eltern, mit Bemerkung der häuslichen Lage derselben und der für das Gesuch sprechenden äußeren Gründe anzugeben, ferner
- 3) in dem Zeugnisse über den Schul- und Kirchenbesuch, der Katechismus-Lehren und der Sommerschule, weil die solche versäumenden Kinder der Dispensation unwürdig sind, ausdrücklich zu erwähnen, auch
- 4) das Zeugniß über die Kenntnisse auf die mehrere oder mindere Lesefertigkeit auszudehnen, und
- 5) das nöthige Zeugniß über das sittliche Betragen gehörig zu ertheilen.

Auf künftige Gesuche, welche diese näheren Angaben nicht enthalten, wird keine Rücksicht genommen werden und keine Resolution erfolgen. Uebrigens ist dabei alle unnöthige Weitläufigkeit zu vermeiden und das bei jedem Catechumenen Erforderliche der Wahrheit gemäß in der Kürze zu bemerken.

Da auch vorgekommen ist, daß das für die Catechumenen, welchen Dispensation ertheilt worden, bis zur Erreichung des gesetzmäßigen Alters zu entrichtende Schulgeld nicht immer vor der Confirmation, vielmehr oft lange nach derselben und manchmal gar nicht bezahlt wird, diese Unordnung aber zum Schaden der Schullehrer gereicht und nicht geduldet werden darf, so wird bei jeder erfolgenden Dispensation die Entrichtung des Schulgelbes vor der Confirmation hierdurch zur ausdrücklichen Bedingung gemacht, solches auch in den Resolutionen ausgedrückt werden, und es ist über die Erfüllung dieser Bedingung ernstlich zu halten, auch der Schullehrer jedes Mal vorher zu befragen, ob er befriedigt sei, widrigen Falls aber die Annahme der Kinder, für welche das Schulgeld nicht berichtigt worden, in Gemäßheit der bedingt ertheilten Dispensation für das Jahr zu versagen. Refr. des Consistorii v. 8. Januar 1812.

E. auch: Ritterchaft.

cf. Landesf. Rescr. v. 16. Febr. 1815. (Bege III. p. 253.) — Consistorial-Rescripte vom 4. Novbr. 1815. (Bege I. p. 186.) — 21. Aug. 1819. (Bege I. p. 199.) — 6. August 1825. (Bege I. p. 206.) — 21. März 1827. (Bege III. p. 268.)

Confiscation des Vermögens.

S. Vermögens-Confiscation.

Connerität.

S. Reconvention — Kaufgericht zu Braunschweig, welche Sachen vor dasselbe gehören.

Consistorium. *)

Des fürstl. Consistorii ausgehende Schreiben, Mandate, Citationen, Decrete, Commissionen, Urtheile, Executorialien und alle anderen Proceffe, sie mögen von dem Landesfürsten unterschrieben sein oder nicht, wenn sie nur unter dem fürstl. Consistorial-Secrete von dem fürstl. Statthalter oder Canzler, oder je von einem der fürstl. Kirchen-Räthe, dem es in einem sonderbaren Schreiben in specie befohlen, unterschrieben abgehen, sollen nicht in geringerem Respect und Ohservanz als der fürstl. Rathsstube und Hofgerichts Befehle und Proceß gehalten, sondern denselben durchaus gelebt werden. Ingleichen soll hinfüro kein General- oder Special-Superintendent, Pastor oder Caplan sich unterstehen, propria auctoritate und

*) Die Kirchenverbesserung, welche in der Stadt Braunschweig schon 1528 eingeführt war, konnte sich in dem übrigen Braunschw. Wolfenbüttelschen Landesgebiete erst 1542 verbreiten; als Herzog Heinrich d. J. durch den Schmalkaldischen Bund vertrieben war. 1543 wurde im Namen des Schmalkaldischen Bundes eine Kirchen-Ordnung für das gesammte Land erlassen (die Stadt Braunschweig hatte eine solche schon 1531 erhalten), in Folge welcher ein General-Superintendent und Inspector über sämmtliche Pfarren des Landes bestellt wurde, der die Ohservanz über die Lehre und die kirchlichen Ceremonien zu führen, die Prüfung und Einführung der Prediger zu besorgen hatte und überhaupt ziemlich alle Functionen eines Consistorii in seiner Person vereinigte. Nach der Rückkehr des Herzogs zu der Regierung im Jahre 1547 wurde indes die katholische Kirchen-Verfassung wieder hergestellt und erst mit seinem Tode (1568) siegte die Sache der Reformation. Die 1569 erschienene Kirchen-Ordnung Herzogs Julius enthielt neben der Agenda zugleich Bestimmungen über die Einrichtung der Hierarchie und die Form der kirchlichen Verwaltung. Indes war das Consistorium ober der Kirchenrath, dessen in der Vorrede zu dieser Kirchen-Ordnung erwähnt wird, noch kein für sich bestehendes Collegium, vielmehr war der Sitz der Kirchengewalt damals die fürstl. Rathsstube, in welcher für die eigentlichen Religions-, Disciplinar- und kirchlichen Verwaltungs-Sachen der Statthalter, der Canzler und der Ober-Superintendent zu Wolfenbüttel eine besondere Deputation bildeten, welche eine eigene Titulatur führte, sich eines besondern Siegels bediente und sich hinsichtlich der Competenz von der Rathsstube und dem Hofgerichte unterschied. Gewisse Angelegenheiten mußten vor der Rathsstube selbst, als der eigentlich vollständigen Behörde, verhandelt werden. Dies Verhältniß blieb auch noch bestehen, als die das Consistorium bildende Deputation von 1576 bis 1589 von Wolfenbüttel weg nach der eben gestifteten Universität Helmstädt verlegt wurde. Im Jahre 1573 wurden die s. g. General-Consistorien oder Consistoria ordinaria angeordnet, welche aus dem Canzler, einigen Mitgliedern der fürstl. Rathsstube, dem Ober-Superintendenten, einigen Superintenden, einigen Prälaten, einigen Mitgliedern der Ritterschaft und abwechselnd einigen Deputirten der Städte bestanden, Anfangs vier Mal im Jahre, nachher so oft es nothwendig erschien, (Landtags-Absh. v. 1619. Art. 5.) gehalten wurden und besonders über die Befestigung der Reformation und genaue Beobachtung der Kirchen-Ordnung zu wachen hatten, übrigen auch noch andere Sachen, als Ehefachen, Rechtsstreitigkeiten zwischen geistlichen Personen und über Kirchengüter, Besoldung und Prüfung der Prediger, Disciplinarsachen u. s. w. besorgten. Diese General-Consistorien kamen im Anfange des 17. Jahrhunderts nach und nach außer Ohservanz, als das stehende Consistorium sich mehr ausbildete, wodurch zugleich die Trennung desselben von der Rathsstube weiter fortschritt, welche 1662 vollendet wurde. In diesem neu gebildeten Consistorio führte der Ober-Superintendent das Directorium; indes ist diese Würde seit 1745 eingegangen und seitdem steht das Consistorium unter einem weltlichen Präsidenten. (Vergl. Bülow's Beiträge zur Geschichte der Braunschw. Länd. Bande p. 1. sqq.) Im Fürstenthume Blankenburg war Anfangs das Consistorium mit der Canzlei, nachher mit der fürstl. Regierung verbunden und bestand außer dem Regierungs-Personale und den Räten aus einem Superintendenten und einem geistlichen Assessor. Nach der Verordn. v. 26. Septbr. 1701 war dasselbe vom Consistorio zu Wolfenbüttel unabhängig; 1814 erreichte es seine Endschafft.

für sich selbst ohne des geistlichen Consistorii Erkenntniß und Befehl jemanden zu bannen, von der christlichen Gemeinde zu excludiren, von der Beichte, Taufe oder Nachtmahl abzuweisen, oder zu Aufhebung angerichteten Aergernisses öffentliche Abbitte und Kirchenstrafe aufzulegen, sondern Inhalts der fürstl. Kirchen-Ordnung darin procediren und verfahren. Da aber die Sache je so lästerlich und ärgerlich, daß ohne merklichen Nachtheil der Kirche die Strafe nicht wohl verzogen werden kann und der vorangezogene Proceß darin zu halten nicht nöthig, alsdann soll der Pastor damit nicht warten, bis der Beschuldigte zu Gevatter stehen soll oder zur Beichte kommt, sondern die strafwürdige Person für sich allein bescheiden, sie ihres begangenen Ercesses erinnern, auch zur Buße ermahnen, und daß er denselbigen an das fürstliche Consistorium Amtshalber gelangen lassen müsse, auch ehe er daher, wie es mit ihm zu halten, Bescheid erlangt, um allerhand Aergerniß und Unrichtigkeit zu vermeiden, sie zu Gevatterschaft und heiligen Nachtmahl (jedoch den Nothfall, da kein Bußfertiger zu veräumen, in alle Wege ausgenommen) nicht gestatten könne, mit guter Bescheidenheit vermelden, auch darauf ohne allen Verzug solchen Fall sammt seinem Rath und Gutdünken ungesäumt an den Superintendenten des Orts, oder da derselbe weit abgesehen, an das fürstl. Consistorium mit gutem wahren Grunde und allen nothdürftigen Umständen, und sonderlich, ob der Sünder sich bußfertig oder halsstarrig erzeige, mit Hintansetzung aller Affection, schriftlich berichten, dabei die Wahrheit nicht verschweigen, noch auch jemanden mit Mehrerem, als befindlich, beschuldigen, und darüber, laut der fürstlichen Kirchen-Ordnung und der Personen Verhandlung und Halsstarrigkeit, des Landesfürsten oder des geistlichen Consistorii gebührlchen Bescheid erwarten. Und damit sich des Verzugs halber niemand zu beklagen habe, sollen die Beamten solche von den Superintendenten oder Pastoren ihnen zugebrachte Briefe, wenn sonst gleich keine Botenschaft vorhanden, jedoch ungesäumt bei der ersten ablaufenden herrschaftlichen Post an das fürstl. Consistorium schicken, und die fürstl. deputirten Consistorial- und Kirchenräthe solche Sachen bei sich nicht liegen lassen, sondern förderlichst verabscheiden und beantworten. Und dieweil dieses keinesweges dahin gemeint, daß mit denen, so öffentlich gesündigt, durch die Finger gesehen werden solle, sollen die Kirchenräthe die unnachlässige Beschaffung thun, daß niemand von den Pastoren oder auch ihnen selbst übersehen, sondern vielmehr ohne Ansehn der Person allenthalben nach Befindung der Sachen und aller Umstände das gegebene Aergerniß gestraft und gebührlch abgeschafft, auch darin zu Besserung der Sünder und zu Erbauung der christlichen Gemeinde gewisse Ordnung, Richtigkeit und Gleichheit gehalten werde. Landesf. Verordn. v. 6. Januar 1593.

E. Abendmahl — Beichte — Kirchenbuße.

Die in altbraunschweigischer Verfassung bestandene Consistorial-Justiz*) ist nicht wieder hergestellt und das jetzige herzogl. Consistorium hat nur die allgemeine Aufsicht über das evangelisch-lutherische Kirchen- und Schulwesen im Lande.

*) Diese erstreckte sich über geistliche und dahin gehörige Sachen und geistliche Personen (Landesf. Declarat. v. 19. Mai 1711.), namentlich erkannte das Consistorium in persönlichen Klagen gegen die evangelisch-lutherischen Pfarrer, deren Ehefrauen, Kinder und Wittwen (Erm. Kirch. Ordn. Cap. XIV. §. 1. 2. 3.) und in Ehe- und Verlöbniß-Sachen. (Verordn. v. 2. Januar 1704.) Strafen durfte dasselbe erkennen, wenn gegen die Kirchen-Ordnung oder andere, der Ehe und sonstiger Consistorial-Sachen halber ergangene Mandate peccirt wurde und wenn die Parteien oder Untergerichte den Consistorial-Befehlungen nicht Folge leisteten. (Landesf. Ausfchr. v. 9. Septbr. 1596.) Solche Strafgeelder theilten die Consistorial- und Kirchen-Räthe unter sich. (Landesf. Verordn. v. 4. Mai 1637.) Um seinen Anordnungen Nachdruck verschaffen zu können, war dem Consistorio verstattet, gefängliche Haft zu verfügen, insbesondere in puncto adulterii oder bei dergleichen Delicten, wenn die Schulbigen keine Caution bestellen konnten, worauf diese aber an die zuständige Obrigkeit abgeliefert werden mußten (Landesf. Rescr. v. 23. August 1745.); auch durfte das Consistorium in delictis ecclesiasticis selbst eintägige Gefängniß-Strafe, allenfalls bei Wasser und Brod, erkennen. (Landesf. Rescr. v. 2. Mai 1748.) Uebrigens sollte dasselbe die Schranken ecclesiasticae jurisdictionis nicht überschreiten. (Landtags-Abfch. v. 1619. Art. 5.)

cf. Verordn. v. 15. Januar 1814, die Einführung der provisorischen Justiz- und Polizei-Verfassung betr., §. 6. — Verordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul-Angelegenheiten betr. — Landtags-Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 46 und 47. — Landtags-Absch. v. 12. Octbr. 1832. Art. 5 und 17. — Landschafts-Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 213, 228 und 229.

Contracte.

Die gerichtlichen Contracte sollen in die Gerichts-Handelsbücher eingetragen werden; s. Handlungen, gerichtliche.

Die Prediger sollen keine Contracte aufnehmen; s. Prediger, Errichtung von Testamenten, Ehestiftungen und sonstigen Contracten durch dieselben.

Wegen der Abgabe von Contracten ad pias causas s. Testamente, Ehestiftungen, Vergleiche, Kauf- und andere Contracte.

S. auch: Leihhaus-Scheine — Briefe und Siegel, Klare — Grundstücke, ob deren Verkauf die Miethe bricht — Eichorien-Wurzeln, Lieferungs-Contract — Auflassung unbeweglicher Güter — Ehestiftungen.

Contracte und Verträge der Bauersleute.

Da seither viel darüber geklagt ist, daß Pfarrherren und Schuldiener, denen es nicht gebührt und die auch der Leute Vermögen und Zustand nicht genau gekannt, Ehestiftungen und Verträge, vornehmlich zwischen den Bauersleuten, aufsetzen und verfertigen, welche hernach auch den Amtsbüchern nicht inserirt oder einverleibt werden, was doch um mehrerer Nichtigkeit willen höchst nöthig ist, so wird zur Abstellung des daraus entstandenen vielen Gezänks folgendes verordnet:

Alle und jede Ehestiftungen, Kaufbriefe, Theilungs-Recesse und Verträge unter der Bauerschaft auf dem Lande, sollen entweder vor den fürstl. Officiern und Beamten aufgerichtet und beschlossen, *) oder doch, sobald dieselben von den Parteien betheldigt und beliebt, den Beamten offenbart, und den Amtsbüchern, um künftiger Nachricht willen, um billige Gebühr, darin eine Maasse zu halten und die Armuth über Billigkeit nicht zu beschweren, einverleibt werden, dabei denn die Beamten vermöge ihrer Pflicht in Acht nehmen sollen, ob dergleichen Eheselübbe und Handlungen dem Landesfürsten ohne Nachtheil der herrschaftlichen Dienste, Landfolge und anderer Gebührniß, dann die Leute ohne ihren sonderbaren Verderb, wie sie abgeredet, also bei Kräften gelassen werden können, und da sie befinden werden, daß einer oder der andere über sein Vermögen seiner Tochter oder Sohne eine Aussteuer und Mitgift versprochen, oder sonst der Vertrag wider die Billigkeit sein, oder auch unmündige unbevormundete Kinder betreffen und sonst die Einfältigen dadurch überschnellt würden, sollen sie dieselben bei Vermeidung willkührlicher Strafe keinesweges approbiren, noch in die Amtsbücher einschreiben, sondern zuvörderst den Unmündigen Vormünder bestätigen und an den Landesfürsten oder die vorgesetzten Collegia die Beschaffenheit umständlich berichten und Bescheides darauf gewärtig sein. Es soll auch keine Ehestiftung oder Vertrag der Bauersleute bündig und kräftig sein, noch darauf erkannt und darüber gehalten werden, darin diese vorgeschriebene Form nicht observirt oder in Acht genommen worden. Wonach sich Hofgericht, Rathsstube und Juristen-Facultät, auch Officiere und Beamte in judicando und decidendo und sonst jedermanniglich zu achten. Landesf. Verordn. v. 4. April 1620.

Alle Kaufbriefe, Ehestiftungen, Verträge und dergleichen Contracte sollen den fürstl. Aemtern und den Gerichtsherren vorgelegt werden, und von denselben gegen jedes Orts hergebrachte billige und nicht

*) Vergl. Landtags-Absch. v. 27. Januar 1619. Art. 10 unter Abfindungen.

übermäßige Gebühr bestätigt, sonst aber darüber nicht gehalten werden. Allgemeine Landes-Ordnung Art. 15.

Es ist um Declaration der Constitution v. 4. April 1620, wegen Confirmation der Ehestiftungen unter Bauersleuten, über die Frage: ob eine Wittwe, wenn die Ehestiftung bei ihres Ehemannes Lebzeiten nicht confirmirt worden, selbige für sich allegiren könne? nachgesucht. Da nun in vorgedachter Constitution deutlich verordnet ist: »daß keine Ehestiftung der Bauersleute bündig und kräftig sein, noch darauf erkannt oder darüber gehalten werden solle, wenn sie nicht entweder vor den Beamten aufgerichtet, oder doch, sobald dieselbe von den Parteien betheidigt und beliebt, den Beamten offenbart und den Amts-Handelsbüchern um künftiger Nachricht willen einverleibt worden,« mithin obige Frage allerdings zu verneinen ist und eine Wittwe ihre Ehestiftung, so bei ihres Mannes Lebzeiten vorgeschriebenermaßen nicht confirmirt worden, für sich nicht allegiren mag, so ist hiernach in judicando zu verfahren. Landesf. Rescr. an fürstl. Residenz-Amt v. 12. Decbr. 1746. *)

Es ist der halbe Morgen Landes sogleich herauszugeben, indem keine gerichtliche Verschreibung darüber vorhanden ist und ohne solche Contracte der Bauersleute nach der Landes-Ordnung null und nichtig sind; die Sache wegen der Geldforderung ist in separato auszumachen. Landesfürstl. Resolution an das fürstl. Residenz-Amt in der Sache Neddermeyer w. Campen v. 15. Octbr. 1756.

S. auch: Handlungen, gerichtliche — Testamente, Ehestiftungen, Vergleiche, Kauf- und andere Contracte — Ehestiftungen — Beamte, Justitiarien und Actuaren, Instruction für dieselben Nro. 12. — Onera publica.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 43. — Verordn. v. 8. Decbr. 1825, die erforderliche Bestätigung der von Bauern eingegangenen Verträge betr. — Landesf. Circular-Rescr. v. 14. Decbr. 1825, die Ausfertigung der Hypothekenscheine betr. — Declaration der Verordn. v. 8. Decbr. 1825 d. d. 22. Juni 1827. — Declarat. der Verordn. v. 8. Decbr. 1825 und 22. Juni 1827 d. d. 8. Mai 1830. — Rescr. herzogl. Staats-Minist. v. 15. Juni 1830. (Bege II. p. 253.) — Landesf. Circular-Rescr. v. 23. August 1830, das Subhastations-Verfahren betr. — Rescr. herzogl. Land. Gerichts v. 27. Septbr. 1830. (Bege II. p. 177.) — Rescr. herzogl. Staats-Minist. v. 13. Novbr. 1830. (Bege II. p. 178.) — Rescr. herzogl. Land. Gerichts v. 18. Novbr. 1830. (Bege III. p. 214.) — Landesf. Rescr. v. 15. Juni 1831. (Bege III. p. 219.) — Rescr. herzogl. Staats-Minist. v. 9. Septbr. 1831. (Bege III. p. 220.) — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 7. — Gesetz v. 20. Decbr. 1834, die Ablösungs-Ordn. betr., §§. 105, 106 und 110. — Gesetz v. 20. Decbr. 1834, die neue Gemeinheits-Theilungs-Ordn. betr., §. 170.

Contracte über Immobilien in den Städten.

Auf die Anfrage wegen Declaration des §. 15. **) der Landes-Ordnung wird erwiedert, daß die Landes-Ordnung lediglich auf die Dörfer geht und auf die Städte nicht zu appliciren ist. Landesfürstl. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei v. 4. Mai 1743.

Auf die Anfrage der fürstl. Regierung zu Blankenburg, ob die in der Landes-Ordnung §. 15 erforderliche gerichtliche Confirmation der Veräußerungen und Beschwerden der Immobilien auch auf die Städte
im

*) Obiges Rescript ist unter demselben Datum der fürstl. Justiz-Canzlei zur Nachricht bekannt gemacht. (Gesenius Meierrecht I. Anl. VIII und IX.)

**) S. Contracte und Verträge der Bauersleute.

im Fürstenthume Blankenburg gezogen werden möge? bleibt derselben unverhalten, daß zwar *ratione praeteriti Serenissimus* nicht der Meinung ist, daß die Verschreibungen und *alienationes* der städtischen unbeweglichen Güter der obberregten Disposition unterworfen werden, weil aber in Zukunft es sehr nützlich und dem gemeinen Besten zuträglich sein wird, daß auch in den Städten keine *jura realia* gültig constituirt und transferirt werden, es sei denn, daß die gerichtliche Confirmation und Bestätigung hinzukomme, so ist fürstl. Regierung zu Blankenburg befehligt, zu verfügen, daß solches gehörig publicirt und bei den Magistraten in den Städten darüber gehalten werde, daß dergleichen *constitutiones* und *translationes jurium realium* vor Gerichte geschehen, und widrigen Falls das dingliche Recht an und für sich selbst nicht gültig geachtet werde, und sind zu solchem Ende auf den Rathhäusern förmliche Gerichts-Handelsbücher, in welche dergleichen gerichtliche Handlungen eingetragen werden, einzurichten. Landesf. Rescr. an fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 23. Octbr. 1741.

Der Art. 15 der fürstl. Landes-Ordnung ist mittelst Rescripts v. 23. Octbr. 1741 auch auf die Städte *pro futuro* extenbirt, und, daß auch in den Städten keine *jura realia* gültig constituirt und transferirt werden mögen, es sei denn, daß die gerichtliche Confirmation und Bestätigung hinzugekommen, mithin, daß dergleichen *constitutiones* und *translationes jurium realium* vor Gericht geschehen sollen, widrigen Falls das dingliche Recht an und für sich selbst nicht gültig zu achten, sancirt worden. Fürstl. Blankenb. Regierungs-Rescr. an den Magistrat zu Blankenb. v. 1. Novbr. 1741.

S. auch: Auflassung unbeweglicher Güter.

cf. Attest herzogl. Landes-Ger. v. 2. Novbr. 1827. (Bege III. p. 213.) — Rescr. herzogl. Landes-Ger. v. 18. Novbr. 1830. (Bege III. p. 214.) — Rescr. herzogl. Staats-Minist. v. 9. Septbr. 1831. (Bege III. p. 220.)

Contribution.

Fundamentum classificationis wegen des Landes:*)

I. Die Länderei oder der Acker wird in fünf Classen gesetzt, nach dem Ertrage oder der Fruchtbarkeit, also daß das Land, wovon das sechste Korn zu hoffen, nämlich von einem Morgen, der mit zwei Himten besaamt wird, zwölf Himten, *ad primam classem* gehört.

Was aber noch austräglich ist, als das siebente Korn, und mehr tragend, wird mit NB. gezeichnet.

II. Wovon das fünfte Korn oder zehn Himten zu erwarten, gehört *ad secundam classem*.

III. Welches das vierte Korn oder acht Himten trägt, *ad tertiam classem*.

IV. Wovon das dritte Korn oder sechs Himten zu erwarten, *ad quartam classem*.

V. Wovon aber nur das andere Korn, als vier Himten zu hoffen, gehört *ad quintam classem*.

Wobei zu bemerken, obgleich in einem oder andern Dorfe unterschiedliche Art Länderei, theils gut, theils schlecht zu befinden, daß doch solche deswegen nicht unterschiedlich anzuschlagen, sondern nach Qualität und Gelegenheit des meistens Landes, ob dasselbe gut oder gering, in eine gewisse Classe zu setzen, der Unterschied aber hernach bei der Repartition in billige Aufsicht genommen werden könne.

Fuß der Contribution,

wie derselbe bei Untersuchung der letzten Landesbeschreibung im Herzogthume Braunschweig und Lüneburg, Wolfenbüttelschen Theils, durch die dazu Deputirten im Monat März 1683 ausgefunden und gnädigst beliebt worden, was von jedem hiernach specificirten Stücke in *simplo* gegeben werden soll, wonach die Anlagen nach Befinden erhöht oder verringert werden können: **)

*) Diese Classification wurde im Jahre 1683 bekannt gemacht, nachdem im Jahre 1677 eine besondere Commission mit der Revision des Contributions-Wesens und der Entwerfung einer Landes-Beschreibung beauftragt war.

**) Dieser Contributions-Fuß ist bloß für das Land berechnet. Ihren besondern Bestuerungs-Fuß behielten: Erster Theil.

I. Von den Höfen.

In Wolfenbüttelschen und Schöningischen Quartieren.

Ein Ackerhof soll geben in simplo monatlich	6 Mgr.	— Pf.
Ein Halbspänner	4 »	— »
Ein Großkötter oder Kärner, so mit den Pferden dient	4 »	— »
Ein Kleinkötter, so etwas Land hat	3 »	— »
Kötter oder Brinkfeger, so keine Länderei, doch eigene Häuser haben	2 »	4 »
Ein Hof, der wüste liegt, (von dem) die Stätte und Garten aber, auch Theilungen in Holz und Wiesen genossen werden, soll den vierten Theil dessen geben, was der Hof sonst geben soll.		

Im Harzischen Quartiere.

Ein Ackerhof	5 Mgr.	— Pf.
Ein Halbspänner	3 »	4 »
Ein Großkötter oder Kärner	3 »	4 »
Ein Kleinkötter, so etwas Land hat	2 »	4 »
Ein Kleinkötter oder Brinkfeger ohne Land	2 »	— »

Im Weser-Quartiere.

Ein Ackerhof	4 »	4 »
Ein Halbspänner	3 »	— »
Ein Großkötter	3 »	— »
Ein Kleinkötter, so etwas Land hat	2 »	— »
Ein Brinkfeger	1 »	4 »

Mit den wüsten Höfen wird es in diesen beiden Quartieren gehalten nach Proportion wie im Wolfenbüttelschen und Schöningischen, daß der vierte Theil davon von dem Possessor zu geben.

II. Holz u n g.

Die Höfe, bei welchen freies Brenn- oder Bauholz ist, oder die wohl etwas zu verkaufen haben, werden zum vierten Theil höher, als sonst die Feuerstätte trägt, angesetzt.

Die aber nur nothdürftiges Brennholz haben, auf den sechsten Theil.

III. Länderei wird in vier Schürzen getheilt, als:

1) Von zehnt- und dienstpflchtigem, wie auch zehnt- und dienstfreiem Meierlande, so sehr gut, und in der Classification mit NB. bezeichnet, von jedem Morgen	— Mgr.	3 Pf.
in prima classe	— »	2 »
sesunda classe	— »	1½ »
tertia classe	— »	1 »
quarta classe	— »	½ »
quinta classe	— »	¼ »

1) das Amt Campen und die Dörfer Beventrode, Waggen und Bientrode nach Grundlage des alten Lüneburgischen Contributions-Fußes, 2) das Amt Thebinghausen, 3) das Fürstenthum Blankenburg und Stiftsamt Balkenried und 4) die Stifter und Klöster des Fürstenthums Wolfenbüttel, welche ein jährliches fixum zahlten. (Die Contributions-Füße dieser Landestheile sind abgedruckt in Bülow's Beiträgen zur Geschichte der Braunschw. Lüneb. Lande p. 62 sqq.) Braunschweig und Wolfenbüttel zahlten statt der Contribution die städtische Accise und die übrigen Städte wurden nach einem für sie besonders gebildeten Contributions-Fuße zur Contribution herangezogen, wobei die Instruction v. 18. Juni 1778 zum Grunde liegt.

- 2) Von zehnt- und dienstpflichtigem Erb-, Erbenzins- oder Lehnlande, mit NB. bezeichnet — Mgr. 4 Pf.
 in prima classe — » 3 »
 secunda classe — » 2 $\frac{1}{4}$ »
 tertia classe — » 1 $\frac{1}{2}$ »
 quarta classe — » 1 »
 quinta classe — » $\frac{1}{4}$ »
- 3) Von Erb-, Erbenzins- oder Lehnlande, so ganz dienst- und zehntfrei ist, mit NB. bez. — » 5 »
 in prima classe — » 4 »
 secunda classe — » 3 »
 tertia classe — » 2 $\frac{1}{4}$ »
 quarta classe — » 1 $\frac{1}{2}$ »
 quinta classe — » 1 »
- 4) Von Erb-, Erbenzins- oder Lehnlande, so ganz dienst- und zehntfrei ist, mit NB. bez. — » 4 $\frac{1}{2}$ »
 in prima classe — » 3 $\frac{1}{2}$ »
 secunda classe — » 2 $\frac{1}{2}$ »
 tertia classe — » 1 $\frac{3}{4}$ »
 quarta classe — » 1 $\frac{1}{4}$ »
 quinta classe — » $\frac{1}{4}$ »
- 5) Kottland wird nach dem Unterschiede des Eintrags in eine und andere der obigen Classen gesetzt, bei der Eintheilung auch der Wilschaden und andere circumstantiae, so in die General-Regeln unmöglich alle zu fassen, in gehörige Reflexion gezogen.

IV. Wiesen kommen in drei Classen, als:

- Von einer Grummetwiese, so zweimal gemähet wird, ein Fuder — » 4 »
 Eine Acker- oder sonst gute Wiese — » 3 »
 Eine Holz- oder Bergwiese — » 2 »

V. Pferde.

Dem Ackermanne werden wegen der Dienste zwei Pferde, einem Halbspänner aber ein Pferd frei gelassen.

- Von den übrigen wird durchgehends in simpto gegeben — » 4 »
 Die Köther, so Pferde haben, geben durchgehends von jedem acht Pfennig; sollten sich aber an einem oder anderm Orte einige finden, die außer den Riege-Fuhren, als welche in keine Consideration zu ziehen, mit Pferden dienen müssen, solche haben deswegen ein Pferd frei, von den übrigen aber geben sie von jedem Stück 1 » — »
 Von Fohlen unter zwei Jahren wird nichts gegeben.

VI. Weide für Ochsen und Rindvieh.

- Ein Ochs oder eine Kuh in der allerbesten Weide, giebt M. 1 » — »
 In guter Ackerweide — » 6 »
 In mittelmäßiger Weide — » 4 »
 In schlechter Weide — » 3 »

Rinder von zwei Jahren.

- In der allerbesten Weide — » 4 »
 In guter Ackerweide — » 3 »
 In mittelmäßiger Weide — » 2 »
 In schlechter Weide — » 1 $\frac{1}{2}$ »

VII. Schweine über ein Jahr.

Welche freie Mast genießen, oder wovon eine geringe Recognition gegeben wird . . . — Mgr. 1 Pf.
 Schweine, so gar keine Mast haben . . . — » ½ »

VIII. Ziegen.

Wird von jedem Stücke durchgehends gegeben . . . — » 2 »

IX. Bienen oder Immen.*)

Von jedem Stöcke . . . — » ½ »

Nach vollendeter Landes-Vermessung **) soll zu der längst beschlossenen und durch Prädeliberationen bereits vorbereiteten neuen Contributions-Beschreibung, nicht weniger zur Beschreibung der landschaftlichen Gefälle geschritten, und sollen aus der Landschaft, wie sonst geschehen, einige Stände nebst jedes Orts Obrigkeit mit dazu gezogen werden. Landtags-Absh. v. 9. April 1770. Art. 20.

Da in den Contributions-Beschreibungen, wonach bis jetzt die Contribution entrichtet wird, verschiedene wüste Höfe beschrieben, die seit so vielen Jahren wieder bebaut sein können, ***) so haben die Obrigkeiten, wenn dergleichen Fälle seit Errichtung der catastrorum contributionis sich begeben haben sollten, solches zu melden und die wieder bebauten Höfe zum Contributions-Ansage zu bringen und dessen Betrag einzuberichten. Landesf. Rescr. v. 30. Novbr. 1772.

Auf gepflogene Communication mit den Ständen und auf derselben erstattetes Gutachten sind die Contributions-Beschreibungen der nach der Landes-Verfassung von den gemeinen Landes-Anlagen nicht erimirten, also denselben beständig unterworfenen und der dahin gehörigen, vorher zur Ungebühr theils unrichtig, theils gar nicht angegebenen und verschwiegenen Grundstücke, imgleichen der nunmehr unter die Feldmarks-Interessenten proportionsmäßig vertheilten oder denselben zur Nutzung überlassenen contribuabeln Ueberschuß-Länderei ****) nach dem im Jahre 1683 festgesetzten Contributions-Fuße, mit Beibehaltung der vormalß bestimmten Classen, an jedem Orte unter der Dirigirung der zu dieser Rectification der Contributions-Beschreibungen von dem Landesfürsten aus dem fürstl. Ministerio und den von der Landschaft ernannten Ständen verordneten Commission nach der dazu ertheilten Instruction von den fürstl. Beamten und Gerichten, auch von den übrigen Obrigkeiten im Lande vorgenommen. Wie dabei ein jeder hinlänglich gehört, so sind auch die vorgekommenen Differentien von den subdelegirten fürstl. Commissarien und den dazu von der Landschaft besonders ernannten Ständen untersucht und ist darüber nach der Verfassung und dem Befinden das Nöthige verordnet, daß solchergestalt die neuen Contributions-Cataster mit aller

*) Die noch folgenden drei Abschnitte enthalten die Contributions-Ansätze von der Nahrung, den Handwerkern und den Händlingen, welche im Jahre 1787 (Verordn. v. 14. August 1787) berichtigt und moderirt sind. Diese, während der westphälischen Regierung abgeänderten Steuern wurden durch die Verordn. v. 31. März 1817, die Aufhebung der bisherigen Grundsteuer und die Wiedereinführung des vormalßigen Contributions-Systems betr., §. 7 nicht wieder hergestellt. Erst nach Emanation der Verordn. v. 7. Febr. 1822 wurde die Contribution von der Nahrung wieder nach Anleitung des 10. und 11. Abschnittes des obigen Contributions-Fußes erhoben, bis durch das Gesetz v. 4. April 1837 eine allgemeine Gewerbesteuer, welche sich auch auf das Land erstreckt, eingeführt und damit auch jene Verordnung wieder aufgehoben ist. Die im 12. Abschnitte enthaltenen Bestimmungen wegen der Personen-Steuer sind dagegen nach der westphälischen Regierungs-Zeit überall nicht wieder in Wirksamkeit gesetzt, vielmehr erschienen in dieser Hinsicht die umfassendere Verordnung v. 29. Octbr. 1821, die Personal-Steuer betr., die Verordn. v. 4. Octbr. 1830, die Ermäßigung der Personal-Steuer betr. und das Gesetz v. 7. Mai 1835, die Festsetzung der Grund-Abgaben, der directen persönlichen Abgaben und der Stempel-Steuer auf Courantgelb betr., §. 6.

**) S. Landes-Vermessung.

***) S. wüste Höfe.

****) Durch das landesf. Rescr. v. 10. Januar 1780 wurde die Aufhebung der über das Ueberschuß-Land bestehenden Pacht-Contracte und die Vertheilung desselben an die Feldmarks-Interessenten da, wo sie thumlich war, verfügt.

Vorsicht rectificirt und verfertigt worden. In solchen Catastern ist das Vieh, wie es bisher gestanden, wieder angelegt, die incerta sind von den jetzt befundenen Nahrungen, Handwerkern, Häuslingen, Lebzüchtern u. jeden Orts nach dem vorbenannten Contributions-Fuße de 1683 in einem besondern Cataster zur Contribution beschrieben, mit welchen Beschreibungen wegen der dabei vorkommenden Veränderungen jedes Jahr in dem Monate April verfahren werden soll. *) Alle und jede, die in den rectificirten Catastern zur Contribution beschrieben sind, sollen nach solchen Catastern von dem Monate Mai dieses Jahres an künftig die monatliche Contribution zu $3\frac{1}{2}$ simplis, außer den ferner für die Landrenterei-Casse noch abzuführenden $\frac{1}{2}$ simplis, unweigerlich entrichten, und die Contributions-Einnehmer, wie auch die mit Schriftfassen-Gütern Angefessenen solche zur verordneten Zeit an die fürstl. Kriegs-Casse richtig ein-senden. Landesf. Verordn. v. 18. März 1784.

Die Cataster, nach welchen Inhalts vorstehender Verordnung die Contribution von den fixis und dem Viehe aufzubringen ist, sind der Behörde zugestellt, damit nach denselben monatlich $3\frac{1}{2}$ simpla, weswegen einem jeden auf Verlangen der Extract der Summe des ihm betragenden simpli mitzuthellen ist, abgeführt und an fürstl. Kriegs-Casse eingesandt werden. Die an die Landrenterei-Casse gehörigen $\frac{1}{2}$ simpla contributionis bleiben von jedem Orte noch in ihrem bisherigen Betrage und werden ferner monatlich aufgebracht, auch an die Landrenterei-Casse eingesandt. Landesf. Aussch. v. 26. März 1784.

Die zum Besten der fürstl. Kriegs-Casse nach den Circular-Rescripten v. 24. Septbr. 1764 und 4. Novbr. 1776 bis zu weiterer Verordnung monatlich verwilligt gewesenen $\frac{1}{2}$ simpla contributionis sollen gänzlich aufhören. Landesf. Circular-Rescr. v. 27. Septbr. 1790. (Br. Anz. v. 1790. Nro. 87.)

Da nach dem beibehaltenen Contributions-Ansatz von der Holzung zum vierten oder sechsten Theile, je nachdem das Holz ein nothdürftiges Brennholz, oder noch was zum Verkaufe, oder auch Bauholz gewährt, dasjenige, was von der Hoffstelle gegeben wird, bestimmt ist, die Supplicanten aber nach diesem Fuße damit catastrirt sind, auch die Contribution danach seit hundert Jahren entrichtet worden, von diesem Fuße auch, da er allgemein im ganzen Lande eingeführt ist, nicht abgegangen und bei den Supplicanten eine Ausnahme nicht gemacht werden kann, so kann dem Suchen nicht Statt gegeben werden. Landesf. Resolution v. 5. Juli 1791 für die Rothfassen Mummie u. in Hohenassel.

Es kommt beim Ansatz der Contribution von den Holztheilen nicht auf die ungleiche Theilnahme an der Holzung, sondern auf die Qualität der Höfe an. Nach dem Contributions-Fuße von 1683, dessen Beibehaltung in Betracht der Höfe und derselben Zubehör bei Rectification der Contributions-Beschreibungen festgesetzt worden, muß der Ansatz vom Holze den vierten oder sechsten Theil desjenigen quanti betragen, welches von der Hoffstelle zu erlegen ist, je nachdem die Holzung nur nothdürftiges Brennholz, oder noch etwas mehr zum Verkaufe oder zum Bauholze gewährt. Da nun die Ackerhöfe im Wolfenbüttelschen Districte in simplo zu 4 Ggr., die Rothhöfe aber zu 2 Ggr. catastrirt worden, so ist diesem gemäß die Contribution von der Holz-Nutzung (der Höfe der Supplicanten) und zwar nur auf nothdürftiges Brennholz, zu respective 8 und 4 Pf., sowohl im alten als neuen Cataster zum Ansatz gebracht und danach die Contribution seit 100 und mehr Jahren erlegt worden. Auf ungleiche Theilnahme an den Holztheilungen hat dabei um so weniger Rücksicht genommen werden dürfen, da nach solchem

*) Durch das landesf. Ausschreiben v. 26. März 1784 wurde bestimmt, daß die incerta von den Nahrungen, Handwerkern, Häuslingen u. zwar nach der obigen Verordn. beschrieben, jedoch zunächst noch auf dieselbe Weise, wie solches bisher geschehen, colligirt und nach der neuen Beschreibung nicht eher, als bis der richtige Fuß festgesetzt sein werde, erhoben werden sollten. Dieser rectificirte und moderirte Contributions-Fuß für die Nahrungen, Handwerker und Häuslinge wurde mit der Verordn. v. 14. August 1787 publicirt und es wurden danach, v. 1. Mai 1788 an, monatlich $3\frac{1}{2}$ simpla erhoben. Einen vollständigen Abdruck desselben s. in Bobens Beiträgen zur Geschichte des Herzogthums Braunschweig p. 172 sqq.

Contributions-Fuße der Ansatz von der Holztheilung mit dem von den Hoffstellen in ein Verhältniß gesetzt worden. Wie also letztere bloß nach ihrer Qualität als Acker-, Halbspänner- oder Rothhöfe zum Ansätze gebracht worden, ohne dabei auf die Morgenzahl der Länderei oder die Größe des bei einer Hoffstelle befindlichen Gartens zu reflectiren, eben so hat auf die gleiche oder auf die ungleiche Theilnahme an der Holzung bei dem Contributions-Ansätze keine Rücksicht genommen werden können, sondern es hat nach jenem Verhältnisse bloß darauf gesehen werden müssen, ob der Theilnehmer einen Acker-, Halbspänner- oder Rothhof besitze. Da nun die Supplicanten nicht verlangen können, daß bei ihnen eine Ausnahme gemacht werden solle, so hat es um so mehr bei der Resolution v. 5. Juli vorigen Jahrs lediglich sein Bewenden, da ihnen die Reunion der etwa von den Höfen abgekommenen Holz-Antheile, insofern einer oder der andere die Pertinenz-Qualität zu dociren vermag, den Rechten nach unbenommen bleibt. Landesfürstl. Resolution v. 19. Juni 1792 für die Rothschaften Mummie u. in Hohenassel.

S. auch: Contribution vom Viehe.

cf. Verordn. v. 31. März 1817, die Aufhebung der bisherigen Grundsteuer und die Wiedereinführung des vormaligen Contributions-Systems betr. — Verordn. v. 29. Octbr. 1821, die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betr. — Landtags-Absh. v. 11. Juli 1823. Art. 8 und 9. — Rescr. des Land. Steuer-Colleg. v. 11. Mai 1825. (Bege I. p. 454.) — Neue Landsh. Ordn. v. 12. Juli 1832. §. 39. — Gesetz v. 12. Octbr. 1832, die Organisation und den Geschäftskreis der Steuer-Direction betr. — Gesetz v. 7. Mai 1835, die Festsetzung der Grundabgaben u. auf Courantgeld betr.

Contribution, Erhebung, Beitreibung und Ablieferung derselben.

Die Diener auf dem Lande, insonderheit diejenigen, welche die Contribution und andere Anlagen einfordern und aufnehmen, oder in andere Wege damit zu schaffen haben, imgleichen die zu Eintreibung und Colligirung der an die fürstl. Aemter gehörigen Gefälle gebraucht werden, sollen den Unterthanen keine absonderliche Unkosten, Geschenke und Zehrungen verursachen, aufbürden und abfordern, sondern ein jeder an dem ihm vermachten Unterhalte sich genügen lassen, und wenn er in den Dörfern, dem gemeinen Wesen, fürstl. Aemtern und wen es sonst angeht zum Besten, vermöge seiner Pflicht und Bestallung, zu verrichten hat, die Zehrung von seinem Verdienste stehen und sich aller andern unziemlichen Zugänge ganz und gar enthalten, bei höchster Ungnade und schwerem Einsehen. Landesf. Verordn. v. 22. Februar 1656. *)

cf. Reglement über das bei der Beitreibung der rückständigen herrschaftlichen Intraden zu beobachtende Verfahren v. 18. August 1814. (Bege I. p. 415.) — Circular des Land. Steuer-Colleg. v. 13. Febr. 1822. (Bege I. p. 417.)

Die Ebrigkeiten sollen denjenigen Unvermögsamen, welche etwa einen oder andern Monat mit ihrem Contributions-Beitrage zurückbleiben, mit möglichstem Vorschub an die Hand gehen, oder dafern gar keine Hoffnung zu künftiger besserer Aufnahme ihrer Nahrung sein sollte, mit deren Höfen und Gütern solche Anordnung und Anstalt machen, daß nebst ihrem bedürftigen Lebensunterhalte die onera publica dennoch davon erfolgen können. Landesf. Verordn. v. 25. Octbr. 1694.

Die zahlreichen ältern Verordnungen, Ausschreiben u. wegen der Erhebung, Beitreibung und Ablieferung der Contribution **) sind theils durch neuere Bestimmungen aufgehoben, theils abgeändert, theils antiquirt.

*) Diese Verordnung enthält zugleich auch Bestimmungen wegen der Dienst-, Reize- oder Jagdfuhren und wegen der Bestrafungen außer Landgerichte.

**) Der wesentlichste Inhalt dieser ältern Verordnungen ist folgender: Die Contribution soll gegen den 15ten jeden Monats eingezahlt und gegen den 20ten abgeliefert, Landesf. Verordn. v. 5. März 1672 und 11. Decbr. 1705, oder

cf. Verordn. v. 19. Febr. 1814, die näheren Beziehungen der Kreis-Gerichte in Hinsicht auf die Polizei- und Verwaltungs-Gegenstände betr., §. 4. — Verordn. v. 21. April 1815, die Beitreibung der Rückstände an den directen Steuern u. betr. — Instruction für die Kreis-Einnehmer v. 25. Juli 1828. (Bege II. p. 267.)

Contribution vom Viehe.

Da an einigen Orten diejenigen Kühe, welche nicht auf die Gemeinde-Weide gehen, sondern jederzeit zu Hause und auf dem Stalle oder in Privat-Wiesen, jedoch auch sonst dienstpflchtigen Gütern unterhalten werden, von der Contribution erimirt sind, dabei aber in fraudem publici viel Unter-

die Execution gegen den Erheber erkannt werden, landesf. Befehl v. 25. Octbr. 1694 und 11. März 1709. Nachher ist die Zeit der Einzahlung bis zum 10ten jeden Monats und die der Ablieferung zwischen den 15ten und 20sten bestimmt; der säumige Erheber soll mit 50 Thlr. bestraft werden, der nachlässige für die Reste haften, landesfürstl. Verordn. v. 10. März 1721, 9. Novbr. 1730 und 18. Febr. 1767, und Umlauf der Regierung zu Blankenburg v. 6. Januar 1766. Die Contribution soll zur bestimmten Zeit eingesandt oder angezeigt werden, warum solches unthunlich ist, landesf. Ausfchr. v. 29. Juli 1779, widrigen Falls gegen die Erheber mit der Execution verfahren und von denselben nebst der verwirkten Strafe für jeden restbleibenden Thaler 1 Ggr. bezahlt werden soll, landesfürstl. Verordn. v. 29. August 1768. Die Obrigkeiten sollen für die Ablieferung der Contribution die genaueste Sorge tragen, landesf. Ausfchr. v. 1. Mai 1772, 9. Juni 1774 und 19. Juli 1784.

Alle onera (wie sie damals bestanden) sollen unter einem Namen ausgebracht, und zu dem Ende $3\frac{3}{4}$ simpla contrib. ausgeschrieben werden, dergestalt, daß alle sonst zur Kriegs-Casse zu entrichtenden onera, namentlich die Contribution, Legations-, Fortifications-, Zins-, Eise- und Schutz-Gelder, ingleichen die sonst verliehenen Freiheiten, auch was an Votenlohn und Zählgelbern zugleich mit aufkommen müssen, künftig der Kriegs-Casse von solchen $3\frac{3}{4}$ simplis gut gethan, die Unterthanen aber mit keinem dieser Posten weiter beschwert werden sollen, landesf. Verordn. v. 11. Decb. 1705. Die städtischen Ausgaben sollen nicht mit der Contribution vermengt werden, landesf. Verordn. v. 10. März 1721 und v. 18. Febr. 1767.

Die Contribution soll zu $\frac{1}{3}$, landesf. Verordn. v. 24. April 1707, späterhin zur Hälfte, landesf. Verordn. v. 19. Septbr. 1716, in groben Münzsorten eingesandt werden. Bei Ablieferung der Contribution soll ein Sortenzettel beigefügt, und darauf zugleich angemerkt werden, auf welchen Monat das Quantum zu rechnen ist, welche Debiten restituiren und die Ursache der Nichtzahlung, landesf. Verordn. v. 11. Decbr. 1705 und landesf. Umlauf v. 24. Octbr. 1740. Für die Einnahme und Berechnung soll nicht mehr als 3 Pf. von 5 Thlr., landesf. Verordn. v. 28. Decbr. 1696, späterhin 3 Pf. von jedem Thaler, landesf. Verordn. v. 16. März 1697, und zwar nur von den Erhebern genommen werden, welche die Steuern zur rechten Zeit abliefern, landesf. Verordn. v. 3. Decbr. 1739 und 19. Mai 1745. Diese Zählgelber sollen am Schlusse des Jahrs auf ein Mal berechnet werden, landesf. Ausfchr. v. 31. Juli 1749.

Jeder Gemeinde soll in einem Quittangbuche über die Contribution monatlich quittirt und darin zugleich die Remission verzeichnet, landesf. Verordn. v. 10. März 1721 und 18. Febr. 1767, auch die Geldsorten, in welchen abgeliefert worden, bemerkt werden, Umlauf v. 4. Novbr. 1737.

Durch die concedirten Befreiungen sollen die andern Unterthanen nicht beschwert werden, landesf. Verordn. v. 11. Decbr. 1705.

Wenn die Beamten in Beitreibung der Reste nachlässig sind, sollen sie die Casse aus eigenen Mitteln schadlos halten, Umlauf fürstl. Regier. zu Blankenb. v. 24. Septbr. 1764. — Die Executions-Kosten sollen nicht auf die ganzen Kemter, Städte und Gemeinden geschlagen, sondern von den Säumigen bezahlt werden, landesf. Verordn. v. 5. März 1672 und v. 29. Juli 1715. Die Gemeinden sollen die Contribution auf zwei Monate vorschießen und für die remissionsfähig erwiezenen Restanten den Vorschuß zurück erhalten. Die Beamten sollen gegen die Schuldner mit Strenge verfahren und, wenn sie säumig sind, die Contribution vorschießen, land. Verordn. v. 14. Januar 1768. Wie mit der militairischen Execution verfahren werden solle und was dabei von den Debiten zu zahlen sei, bestimmt die landesf. Verordn. v. 5. März 1672.

Die Incerta der Contribution sollen nach Kerzhölzern gesammelt und das gesetzte Quantum, so wie die incerta an Vieh, Nahrung, Häuslingen, Leibzüchtern sich geändert hat, auf alle Contribucenten alle Monate repartirt werden, landesf. Verordn. v. 18. März 1719; diese Contribution soll zwischen Ostern und Johannis abgeliefert werden, landesf. Verordn. v. 28. März 1740.

schleif vorgehen kann und solchemnach für gut befunden ist, daß, wie von anderer Nahrung, also auch von allen solchen Kühen, ob sie schon nicht die Gemeinde-Weide genießen, die Contribution billig mit entrichtet werden muß, so wird den Aemtern auf landesf. Befehl geboten, zu untersuchen, ob auch dergleichen Kühe sich im Amtsbezirke finden, deshalb zu berichten und inmittelst dahin zu sehen, ob sie obgedachtermaßen mit zur Contribution gezogen werden. Umlauf fürstl. Geh. Rathsstube v. 3. März 1684.

Diejenigen, welche den Dienst mit Gelde bezahlt haben, sollen von den Pferden, welche sie deswegen weniger halten, vorerst noch die Contribution entrichten. Landesf. Rescr. v. 29. August 1768.

Die Disposition des 33sten Artikels der wegen der Rectification der Contributions-Beschreibungen unterm 30. April 1776 ertheilten Instruction, *) daß nämlich die incerta vom Viehe nicht von Neuem beschrieben, sondern, wie solche bei jedem Hofe in dem letztern Cataster aufgeführt, jetzt wieder in das communicirte zweite Formular des Catasters der incertorum angelegt und beibehalten werden sollen, **) hat die Beförderung und Vermehrung der Viehzucht zur Absicht, indem das bisher einmal beschriebene Vieh und das davon bisher entrichtete Contributions-Quantum künftig als ein certum bei fürstl. Kriegscasse angenommen werden soll, also den Gemeinden nunmehr frei steht, gegen dessen Erlegung mehr und so viel Vieh zu halten, wie sie ihren Umständen nach auszufüttern im Stande sind. Es ist also dabei die Meinung nicht, daß jedes Individuum das ihm in simplio davon angelegte Quantum aufbringen solle, sondern daß, wie es sich von selbst versteht, jede Gemeinde das auf jede Art von Vieh in simplio angelegte Quantum davon alle Jahre unter sich nach dem Viehstamme, den jeder wirklich hat, pro rata repartiren und aufbringen solle und müsse, und daß, wenn die Gemeinden unter sich deshalb sich zu vereinbaren nicht im Stande sein sollten, die Obrigkeiten zutreten und von Obrigkeit wegen die Repartition verrichten müssen. ***) Die Obrigkeiten sollen sich also hiernach achten und die Gemeinden, bei welchen sich deshalb Differenzen hervorthun, hiernach bedeuten und auseinander setzen, weshalb alle diejenigen, die sich deshalb bei dem Landesfürsten melden werden, an dieselben verwiesen werden sollen. Landesf. Ausschreiben v. 5. Juni 1784.

Mit dem in dem Amts-Berichte ****) aufgestellten Grundsatz, »daß diejenigen Einwohner, welche mehr Pferde, als zu ihrem Ackerbaue erforderlich sind, zum Frachtfahren halten, nur so viele, als sie zu ihrem Ackerbaue nöthig haben, zur Contribution zu versteuern angehalten werden können, und also die übrigen der Contribution, welche nach dem Fuße de 1683 auf Pferde gelegt ist, nicht unterworfen sind« ist der Landesfürst völlig einverstanden. Wie das Amt nun am Besten beurtheilen kann, wie viele Pferde jeder Einwohner zu seiner Acker-Cultur nöthig hat, so hat dasselbe in einem dazu anzusetzenden Termine die Einwohner hierunter mit gehöriger Deutlichkeit auseinander zu setzen und, da über dergleichen Differenzen ohnehin kein förmlicher Proceß zuzulassen ist, zu bescheiden, nicht weniger auch die Bauernmeister zu unterrichten, wie sie das der Dorfschaft obliegende Contributions-Quantum von Pferden auf die zum Ackerbaue eines jeden erforderlichen Pferde zu repartiren haben. Da jedoch auch das Frachtfahren zu den Nahrungen gehört, wovon nach dem Contributions-Fuße von 1683 und dessen Berichtigung v. 4. August 1787 Contribution erlegt werden muß, so sind die Einwohner, welche mit Frachtfahren Nahrung treiben, zur Contribution heranzuziehen. Landesf. Rescr. v. 1. Mai 1802.

E. libri:

*) S. Bode's Beiträge zur Geschichte des Herzogthums Braunschweig p. 149.

**) Dieselbe Bestimmung enthält auch der 31. Art. der Instruction v. 18. Juni 1778. (Bode l. c. p. 161.) mit dem Zusatz am Ende: oder es wird damit, wie an jedem Orte hergebracht, gehalten.

***) Dasselbe ist in der Verordn. v. 14. August 1787, womit der rectificirte Contributions-Fuß für die Handwerker erschien, wörtlich wiederholt.

****) Dieser Bericht des Amtes Stauffenburg bezog sich auf ein Gesuch der Gemeinde Badenhäusen um die Verfügung, daß die Frachtfuhrleute daselbst zur Bezahlung der Contribution von ihren Pferden angehalten werden möchten.

S. übrigen: Contribution.

cf. Rescr. herzogl. Staats-Ministerii v. 13. August 1830. (Bege II. p. 302.) — Rescr. des Land. Steuer-Collegii v. 4. Octbr. 1830. (Bege II. p. 303.) — desgl. v. 15. Decbr. 1831. (Bege III. p. 360.)

Contribution von dem Viehe der Forst-, Berg- und Hütten-Officianten.

S. Contribution vom Viehe im Fürstenthume Blankenburg; insbesondere das daselbst in der Note angeführte Cammer-Rescript v. 17. Juni 1836.

Contribution vom Viehe im Fürstenthume Blankenburg.

Da auf den Hüttenwerken im Fürstenthume Blankenburg bei dem Mangel einer gewissen Vieh-Ordnung sowohl die Hüttenleute, als die häuslich angesessenen Unterthanen und die Häuslinge so viel Kuh-Vieh, als ihnen nur beliebt, zugelegt und gehalten haben, wodurch einer dem andern die Nahrung entzogen hat, die Huden und Tristen geschmälert, die Weiden übertrieben und sonst allerhand Unordnungen, besonders aber den Forsten gar merkliche Schäden verursacht sind, so wird folgende Vieh-Ordnung erlassen:

Es soll künftig auf dem Hüttenwerke zur Lanne, soweit dasselbe zum Amte Blankenburg gehört, und zwar:

1) den Hüttenbedienten und Hüttenleuten, als:

dem Oberfactor daselbst	20	Häupter,
dem Hüttenschreiber	12	»
jedem Hammer-Schmiedemeister	4	»
jedem Hammer-Schmiedeknecht	2	»
dem Maschenbläser, wenn er sein häusliches Wesen auf der Hütte hat	3	»
jedem Hohenofen-Knechte	2	»
dem Former	3	»
dem Stein-Pucher	2	»

eigenes milchendes Kuh-Vieh und nicht mehr zu halten, auch weidegeld- und contributionsfrei auf die Weide zu treiben verstattet sein. Falls aber der eine oder andere so viel eigenes Vieh nicht haben, noch anschaffen könnte, soll demselben so viel Mieth-Vieh an deren Statt einzunehmen, ein Mehreres aber nicht, bei Strafe von 2 Thlr. für jedes Stück, so über vorgesezte Anzahl von dem einen oder andern auf die Weide getrieben werden sollte, concedirt und zugelassen sein, doch wird einem jeden überdas ein Rind zur Zuzucht frei zu halten passirt.

2) Den häuslich angesessenen Unterthanen sollen nach wie vor für jedes Haus 3 Stücke eigenes milchendes Kuh-Vieh auf die Gemeinde-Weide zu treiben verstattet sein, und weil sie für solche 3 Stücke an das fürstl. Amt Blankenburg niemals Weidegeld gegeben, so sollen dieselben auch damit künftig verschont bleiben und dabei ein jeder ein Rind zur Zuzucht zu halten die Freiheit haben. Würde aber der eine oder andere häuslich angesessene Unterthan keine 3 Stücke eigenes milchendes Kuh-Vieh haben oder anschaffen können, soll demselben an deren Statt so viel Mieth-Vieh einzunehmen erlaubt sein.

Da aber jemand über solche ordinaire 3 Stücke mehr eigenes oder Mieth-Vieh zu halten verlangen sollte, sollen demselben zwar noch 3 Stücke zu haben verstattet, derselbe aber von einem jeden Stücke eigenen Viehes 1 Thlr., von einer Mieth-Kuh aber 2 Thlr. Weidegeld an das Amt Blankenburg jährlich zu entrichten verbunden sein.

Sollte aber auch jemand über solche ordinaire und extraordinaire 6 Stücke noch mehrere Kühe zu halten verlangen, soll demselben, wenn er von jedem Stücke eigener Kühe 2 Thlr. und von jeder Mieth-Kuh

4 Thlr. an das vorgedachte fürstl. Amt entrichten wird, solches auch vergönnt sein. Und weil zur Zuzucht nicht mehr als ein Kind auf der Weide frei passirt, als soll, Falls der eine oder andere mehr Kinder zuziehen und auf die Weide treiben wollte, derselbe für das zweite Kind 4 Ggr., für das dritte 8 Ggr. und also consequenter alle Mal das duplum entrichten, und haben die häuslich angefessenen Unterthanen von ihren ordinairn 3 Stücken Kuh-Vieh und einem Kinde und zwar von jedem die ordinaire Contribution, von den übrigen aber, so über solche ordinaire Anzahl gehalten werden, die gedoppelte Contribution in simplo abzutragen u.

3) Den Häuslingen aber und die keine eigene Häuser haben, jedoch daselbst auf der Hütte geboren und erzogen sind, sollen 2 milchende Kühe gegen 6 Ggr. jährliches Weidegeld für jedes Stück, den fremden Häuslingen aber eben so viel, jedoch gegen 12 Ggr. jährliches Weidegeld von jedem Stücke und Abgebung der ordinairn Contribution, ein Mehreres aber nicht, bei Strafe von 2 Thlr. für jedes Haupt, zu halten erlaubt sein.

4) Dem Schulmeister sollen 3 Stücke milchendes Kuh-Vieh und ein Kind zur Zuzucht; desgleichen

5) dem Prediger daselbst 9 Stücke milchendes Kuh-Vieh und 3 Kinder zur Zuzucht; wie auch

6) dem Förster 9 Stücke milchendes Kuh-Vieh und 4 Kinder zur Zuzucht, ein Mehreres aber nicht, bei obbesagter Strafe, weidegeld- und contributionsfrei zu halten und auf die Weide zu treiben verstatet sein.

Jedoch reservirt sich der Landesfürst ausdrücklich, diese Vieh-Ordnung befindenden Umständen und der Zeit-Gelegenheit nach in dem einen oder andern Stücke wieder zu ändern, zu mindern oder zu mehrern. Landesf. Verordn. d. d. Blankenburg den 17. Febr. 1725.

Unter demselben Tage ist auch eine Vieh-Ordnung für die Hüttenwerke zu Rübeland, Altenbraß und Neuwerk ergangen, welche mit der vorstehenden bis Nro. 4 einschließlicg ganz gleichlautend ist, dann aber für Rübeland folgende abweichende Bestimmung enthält:

5) Wie auch dem Bergvoigte 6 Stücke eigenes oder Mieth-Vieh nebst einem Kinde zur Zuzucht weidegeld- und contributionsfrei, ein Mehreres aber nicht, bei obbesagter Strafe, zu halten und auf die Weide zu treiben verstatet ist.

Mit dieser Nummer schließt die Verordnung für Rübeland, wogegen die für Altenbraß und Neuwerk schon mit Nro. 4 endigt.

Da in der Vieh-Ordnung von 1725 des Meisterknechts nicht gedacht, sondern derselbe in den bisherigen Vieh-Beschreibungen unter die Hammerschmiede- und Hohenofen-Knechte mit gerechnet, folglich ihm mehr nicht als 2 Stücke Kuh-Vieh weidegeldfrei zu halten erlaubt ist, so wird die Vieh-Ordnung dahin declarirt, daß künftig dem Meisterknechte jährlich 3 Stücke, den übrigen Knechten bei den Hohenöfen gleich den Hammerschmiede-Knechten nur 2 Stücke Kuh-Vieh weidegeldfrei zu halten erlaubt sein soll. Landesf. Declaration d. d. Blankenburg den 6. Octbr. 1729.

cf. Rescript der herzogl. Cammer, Direction der Forsten und Jagden, v. 17. Juni 1836 an die Oberforstbedienten. *)

*) Dieses Rescript lautet folgendermaßen: Wir sind von herzogl. Steuer-Direction unterm 7ten d. Mts. benachrichtigt, daß, nachdem bei derselben über die Besteuerung der Pferde und Kühe der Forst-, Berg- und Hütten-Officianten Zweifel entstanden waren, vom herzogl. Staats-Ministerio darüber mittelst Rescripts v. 19. Febr. d. J. dahin entschieden ist, daß

1) die Dienstpferde, d. h. diejenigen Pferde, für welche die Officianten eine Fourage-Vergütung in Gelde oder in Natural-Lieferung erhalten, in Ansehung der Besteuerung völlig so angesehen werden müssen, als wenn sie unmittelbar auf Rechnung der herzogl. Cammer zum Dienste der Officianten unterhalten würden und daher auch nach der neuern Gesetzgebung contributionsfrei sind;

Alle Hüttenleute, welche wirklich im Bedinge stehen, sind für ihre Person von Abtragung der Contribution befreit, *) und haben eben solche Freiheit von so viel Häuptern von Kuh = Vieh zu genießen, als ihnen nach dem Hütten-Vereine **) frei zu halten verstattet ist; im Uebrigen aber sind sie von den Grundstücken, so sie besitzen oder acquiriren, gleich andern Unterthanen, die Contribution abzuführen und zu bezahlen schuldig und gehalten. Fürstl. Regierung zu Blankenburg Rescript an das Amt Blankenburg v. 29. April 1772.

Die Forstbedienten und die Pächter der herrschaftlichen Mühlen und Sägemühlen im Fürstenthume Blankenburg sollen bei der bisher genossenen Contributions = Freiheit von ihrem Viehe gelassen werden, jedoch dergestalt, daß jedem der Forstschreiber und Förster 6 Stücke, jedem herrschaftlichen Müller 2 Stücke, jeder Sägemühle 2 Stücke und dem Hasselfeldischen Waldhofs 4 Stücke Kuh = Vieh als eine gewisse bestimmte Zahl contributionsfrei zu halten nachgelassen sein soll. Landesf. Rescr. an fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 15. März 1773.

Contributions = Freiheit.

Alle früher bestandenen Befreiungen von Steuern und öffentlichen Lasten sind gänzlich aufgehoben und jeder Landes = Einwohner ist schuldig, dazu in demselben Verhältnisse beizutragen, in welchem die übrigen Bewohner des Herzogthums in demjenigen Landes = Theile, worin er sich aufhält, oder seine Grundbesitzungen gelegen sind, ihre Beiträge leisten. ***) Verordn. v. 29. Octbr. 1821. — Neue Land = schafts = Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 39.

Contributions = Rectificirung.

Die verschiedenen landesf. Instructionen für die zur Rectificirung der Contributions = Beschreibungen angeordneten Commissionen sind v. 28. Septb. 1677, 3. Septb. 1696, 30. April 1776, 18. Juni 1778. ****)

Contributions = Sachen.

In denselben sind keine Proceße zulässig. S. Brinkfiker, Weidegeld derselben — Contribution vom Viehe; landesf. Rescr. v. 1. Mai 1802.

2) diejenige Anzahl von Pferden, welche ein Officiant über die Anzahl hält, für welche er Fourage empfängt, zur Contribution heranzuziehen ist; und

3) diejenige Anzahl von Kühen, welche den erwähnten Officianten bei der Cammer = Verwaltung und den Hüttenleuten durch die Vieh = Ordnung v. 17. Febr. 1725 und 6. Octbr. 1729 weidegeld = und contributionsfrei auf die Weide zu bringen gestattet worden, als dem Cammergute gehörig zu betrachten und daher auch ferner nicht zur Contribution heranzuziehen ist.

Indem Wir Sie hiervon, und daß nunmehr wegen der Regulirung der Contribution von dem Viehe dieser Officianten von herzogl. Steuer = Direction das Nöthige verfügt worden ist, in Kenntniß setzen, veranlassen Wir Sie, demgemäß auch den Ihnen untergebenen, bei diesem Gegenstande betheiligten Officianten die erforderliche Eröffnung zu machen. Braunschweig, den 17. Juni 1836.

Herzogl. Braunschw. Lüneb. Cammer, Direction der Forsten und Jagden.
unterz. U b d e.

*) cf. Verordn. v. 29. Octbr. 1829, die Personal = Steuer betr., §. 8. Nro. 5.

**) Der hier gedachte Hütten = Verein ist eine zwischen den Grubenhagenschen und den Blankenburgischen Hüttenwerken unterm 20. und 21. Mai 1686 zu Gittelde bis zur landesf. Ratification abgeschlossene Vereinigung, welche sich auf Maas, Gewicht, Eisenkauf, Dingegeld, Wochenlohn, Kohlenfuhrn, Viehhalten, Köhlerei, Eisenwaaren, Handel und dergl. mehr erstreckt.

***)) Die Gleichstellung aller Landes = Theile unter einen und denselben Contributions = Fuß ist noch ausgesetzt geblieben.

****)) Diese umfassenden Instructionen, welche zur genauen Kenntniß unserer Steuer = Verfassung von großer Wichtigkeit sind, finden sich abgedruckt in den Beiträgen zu der Geschichte des Herzogthums Braunschweig von Weber; 1ter Beitrag. 1824.

Contributions-Wesen in der Stadt Blankenburg. *)

Fürstl. Contributions-Receß für die Stadt Blankenburg v. 11. April 1663. **)

Die wegen des Contributions-Wesens im Fürstenthume Blankenburg angeordnete General-Commission war befehligt, die künftige Einrichtung zu besorgen und dieselbe dergestalt zu machen, daß von nun an 1) jeglichem Contribuenten sein *simplum* ins Buch geschrieben werde, damit er selbst nachrechnen oder durch andere nachrechnen lassen könne. 2) Soll nach dem Inhalte des bekannten Recesses de anno 1663 niemand von der Contribution frei sein. 3) Die Bau-Pferde aber sollen vorgeschlagenermaßen, so lange der Bau währt, frei bleiben. Von allen übrigen Pferden aber, womit etwas verdient und Nahrung getrieben wird, muß das gewöhnliche *simplum* entrichtet werden. 4) Ein jeder soll schuldig sein, das Seinige, es bestehe in liegenden Gründen, Vieh, oder worin es wolle, selber anzugeben. Was vorsätzlich Weise verschwiegen wird, soll der Confiscation unterworfen sein, dessen die Eigenthümer nachdrücklich zu bedeuten sind. 5) Wenn einem ein Stück Vieh abgeht, muß er solches in dem Monate, worin es abgeht, noch vercontribuiren. Schafft er hingegen etwas neues an, so hat er solches den Monat hindurch, in welchem er es angeschafft, frei, nachher giebt er das ordentliche *simplum* davon. Es muß aber der Abgang und die Anschaffung des Viehes dem Contributions-Einnehmer sofort gemeldet werden, der es in die Anlage oder das Quitanz-Buch resp. einzutragen oder darin auszuthun hat, und soll der Einnehmer den Abgang und Zugang der Contributions-Anlage künftig monatlich *per extractum* zu melden schuldig sein. Landesf. Refcr. an oben gedachte Commission v. 4. Novbr. 1744.

Contumacia.

§. Ungehorsam.

Convention in Criminal-Sachen.

§. Criminal-Sachen, Convention in Betreff derselben 2c.

Conventions-Fuß.

§. Münzen.

Copulation.

§. Proclamation und Copulation.

Copulation im Hause.

§. Haus-Frauw.

Copulationen, Taufen und Sterbefälle, Anmelden derselben in Braunschweig.

Da von den hiesigen Dpferleuten beschwerend angezeigt worden, daß verschiedene hiesige Einwohner sich zeither ordnungswidrig geweigert, ihnen die bei Copulationen, Taufen und Sterbefällen zu wissen nöthigen Nachrichten gehörig mitzutheilen, hieraus aber der große Nachtheil für das Publicum erwächst, daß die darüber künftigen Beweises halber von denselben zu führenden Kirchenbücher nicht ordnungsmäßig vollständig geführt werden können, so wird zu möglichster Vorbeugung desselben und zu jedermanns Nachsicht hierdurch verordnet: daß 1) bei den Copulationen der Tauf- und Zuname der Verlobten und deren

*) Eine Nachweisung der Contribution von Grundstücken und vom Viehe, wie solche bis zum Jahre 1806 in dem Fürstenthume Blankenburg und insbesondere auch in der Stadt Blankenburg erhoben ist, s. in Bülow's Beiträgen zur Kenntniß der Braunschw. Lüneb. Lande p. 65 und 69.

**) Dieser Receß bezieht sich eigentlich auf die damals bei dem Contributions-Wesen eingerissenen Mißbräuche, indes enthält derselbe zugleich Manches, was nachher überhaupt zum Regulativ gebient hat.

Eltern, wie auch der Character des Bräutigams und der Väter beider Verlobten; 2) bei Kindtaufen der Stand, auch Tauf- und Zuname beider Eltern des zu taufenden Kindes und dessen Gevattern, der demselben beizulegende Taufname, der Tag, woran selbiges, und bei Zwillingen, wer von selbigen zuerst geboren worden; 3) bei Sterbefällen der Stand, Tauf- und Zuname, auch das Alter des Verstorbenen nebst der Krankheit und dem Tage, woran derselbe gestorben, dem Opfermanne des Kirchspiegels, worin sich ein solcher Vorfall ereignet, von demjenigen, der dabei vorzüglich interessirt, aufrichtig gemeldet, derjenige aber, der wider Verhoffen sich dieser gemeinnützigen Anordnung in solchen resp. ihn oder die Seinigen betreffenden Fällen gebührend nicht unterziehen würde, mit Nachdruck zu seiner Pflicht angehalten werden solle. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements v. 28. März 1781. (Br. Anz. v. 1781. Nro. 27.)

Wegen des Bekanntmachens der Copulationen und Taufen durch die Braunschv. Anzeigen s. unter Braunschv. Anzeigen das landesf. Rescr. an das geistl. Gericht zu Braunschweig v. 23. Decbr. 1765.

cf. Reglement des fürstl. Consistorii v. 10. Decbr. 1814, die Führung der Kirchenbücher betr. — Verordn. v. 20. Januar 1815, das zeitige Anmelden der Geburts- und Sterbefälle behuf Eintragung in die Kirchenbücher betr. — Bekanntmachung des Stadtgerichts zu Braunschweig v. 4. April 1822. (Br. Anz. v. 1822. Nro. 29.) — Declaration der Verordn. v. 26. März 1823. §. 4. Nro. 4 und 5 in Hinsicht der gerichtlichen Auf- und Annahme der Testamente u., besonders in der Stadt Braunschweig, v. 20. Decbr. 1825. §. 2.

Copulations-Listen.

S. Listen der Geborenen, Copulirten und Gestorbenen.

Corpora bonorum.

1) Bei jeder Kirche, wo es noch nicht geschehen, soll ein Hauptbuch oder Erbregister in solcher Form und mit solchen Requisiten gemacht werden, daß es vim probandi haben und bei vorfallenden Sachen danach judicirt und von den Gerichtsherrn und Beamten, wie auch von den Stadt-Magistraten nachdrücklich darüber gehalten werden kann. 2) Es sollen darin nicht allein alle Güter, Aecker, Wiesen, Zehnten, Gärten, Dienste, Korn- und Geld-Zinsen, auch alles andere Einkommen, es habe Namen wie es wolle, Rechte und Gerechtigkeiten, welches Alles die Kirchen in Genießung haben oder billig haben sollten, sondern auch die Namen aller, welche der Kirche jährlich etwas zu reichen und zu prästiren gehalten sind, deutlich specificirt, 3) von den über solche Stücke sprechenden Documenten die authentisirten Abschriften mit eingetragen, 4) die Obligationen aber an einem sichern Orte wohl verwahrt werden. Erneuerte Kirchen-Ordn. Cap. XX. §. 2.

Die General-Superintendenten sollen mit den weltlichen Visitatoren nunmehr allen Bestens dafür sorgen, daß nach begehender Einrichtung ein Haupt- und Lagerbuch, oder das corpus bonorum bei jeder Kirche und Pfarre u., da selbiges noch nicht geschehen, fordersamst gründlich und glaubwürdig, auch am Ende desselben wie von beiderseits Visitatoren, also auch von einem jeden Prediger selbst mit unterschrieben, beschafft wird. *) Consistorial-Ausschr. an die General-Superintendenten v. 1. März 1749.

In den Kirchen-Hauptbüchern soll zugleich und specificce angezeigt werden, wo eigentlich Kirchen- und Pfarr-Meiergüter wirklich sind und die Qualität der Pacht nicht haben, auch ob die Meier darüber

*) Unterm 26. Juli 1749 erging ein Consistor. Ausschr. an die General-Superintendenten, worin diesen aufgegeben wurde, dafür zu sorgen, daß bis Ostern 1750 bei 1 Thlr. Strafe für jeden Prediger und 2 Thlr. für jeden Kirchen-Visitator die corpora bon. rectificirt und eingesandt würden.

gehörige Briefe gelöst haben und zu welcher Zeit der letzte Meierbrief ausgefertigt ist, mithin soll von allen solchen Meierbriefen eine richtige Abschrift an das corpus bonorum geheftet werden, damit man nicht allein sehe, welche Pertinentien zu der Meierstätte gehören, sondern auch, ob selbige den ordinären oneribus unterworfen sind und darauf auch etwa der zehnte Theil oder andere Abgichten haften, imgleichen, was von solchen Pertinentien pro toto jährlich gegeben werden soll und wie viel pro ordinario bisher davon entrichtet ist. Consistorial-Ausschreiben v. 27. März 1749.

In die zur Pfarr-Registratur gehörigen Hauptbücher nach eigener Willkühr Anmerkungen, Abänderungen und Zusätze einzutragen, ist den Predigern bei 5 Thlr. Strafe untersagt; wie denn auch diejenigen, welche diesem Verbote entgegen handeln und dadurch die Anfertigung vidimirter Abschriften der Original-Hauptbücher für die Pfarr-Registratur veranlassen, die zu dem Ende erforderlichen Kosten aus eigenen Mitteln bezahlen sollen. Einem jeden Prediger ist ein Exemplar dieses Ausschreibens zugefertigt. Circular-Ausschr. fürstl. Consistorii v. 12. Febr. 1803.

Da die corpora bonorum noch nicht alle nach derjenigen Vorschrift, welche die landesf. Verordn. v. 28. Mai 1746 *) erfordert, angefertigt, mithin diejenigen, welchen solche requisita noch fehlen, nicht als öffentliche, zur unwandelbaren Richtschnur dienende, noch viel weniger auch als Documente, auf welche sich zu berufen die Gemeinden ein Recht haben, anzusehen sind und dann die Erfahrung lehrt, daß in den noch nicht legalisirten Hauptbüchern häufig Irrthümer enthalten sind, welche, wenn sie den Gemeinden mitgetheilt werden, zur Unzufriedenheit und zu ungegründeten Behauptungen oder Anmaßungen Veranlassung geben, so ist jedem, der von Amts wegen ein, gedachte pia corpora betreffendes corpus bonorum in seiner Verwahrung hat, befohlen, weder Gemeinden, noch sonstigen mit dem pio corp. nicht in unmittelbarer Verbindung stehenden Personen bei Vermeidung ernstlicher Ahndung dessen Einsicht zu gestatten, oder Auszüge daraus ohne vorherige Erlaubniß mitzutheilen. Circular-Rescr. des fürstl. Consistorii zu Wolfenbüttel v. 28. April 1804.

Ueber die Einrichtung der corp. honor. enthält die Verordn. v. 28. Mai 1746 (s. Kirchen und anderen piis corporibus zustehende Güter) genaue Vorschriften.

Corpus delicti.

S. Diebstahl.

Corpus doctrinae Julium.

Corpus doctrinae Julium, d. i. Summa, Form und Förmlich der reinen christlichen Lehre aus der heiligen Schrift, den Propheten und Aposteln zusammen gezogen; d. d. Die Pet. & Paul. (29. Juni) 1576. **)

Dasselbe enthält: Das kleinere corpus doctrinae, oder kurzer, einfältiger und nothwendiger Bericht von etlichen vornehmen Artikeln der Lehre, wie dieselben mit gebührender Bescheidenheit zur Erbauung vortragen und wider alle Verfälschung verwahrt werden mögen, ***) die drei Haupt-Symbola, den großen und kleinen Lutherschen Catechismus, die Augsburgerische Confession, die Apologie derselben, die Schmal-

*) S. Kirchen und andern piis corporibus zustehende Güter.

**) 1581, 1603 und 1690 erschienen neue Auflagen, die letzte auf Veranlassung der Herzöge Rudolph August und Anton Ulrich mit einer Vorrede v. 12. Novbr.

***) Das kleinere corp. doctr. ist v. D. Chemnitz und schon in der Kirchen-Ordn. d. d. confirm. 1. Januar 1569 enthalten, auch ist dasselbe nebst den symbolis und der Augsburgerischen Confession 1715 besonders abgedruckt, damit danach auf landesf. Befehl bei Hofe gepredigt werde.

katholischen Artikel und D. Urbani Rhegii Büchlein, wie man fürsichtlichlich von den vornehmsten Artikeln christlicher Lehre reden soll, nebst einem wohlgegründeten Berichte von den vornehmsten Artikeln christlicher Lehre, so zu unsern Zeiten streitig geworden, von D. Mart. Chemnitio.

Gleichwie Herzog Julius ein gewisses corpus doctrinae publiciren lassen, also sollen die Prediger und Diener des göttlichen Wortes auf die in solchem corp. symbolico zusammengefaßte normam doctrinae hiermit gewiesen, dabei jedoch bedeutet sein, daß, wenn sie zum Predigt- und Kirchen-Amte aufgenommen, sie eigentlich auf die summam doctrinae und die von allen Irthümern gereinigte Lehre sich verbindlich gemacht, keineswegs aber zu den gegen die Widersacher gebrauchten herben expressiones obligirt haben, deswegen sie denn allein auf die vorgeschriebene Lehre, wie sie dieselbe der Gemeinde rein und lauter inculciren mögen, sich getreulich appliciren, von den gedachten Expressionen aber, besonders da in den Reichs-Constitutionen und dem Friedens-Instrumente de anno 1648 dergleichen Anzüglichkeiten verboten sind, gänzlich abstrahiren sollen. Erneuerte Kirchen-Ordn. Th. 1. Cap. I. §. 2.

Überwähntes corpus doctrinae wird nochmals bekräftigt und sollen die examina sowohl der candidatorum ministerii, als der Schuldiener danach eingerichtet werden und ein jeder Subscribent sich auf das corpus doctrinae und die darin begriffenen articulos credendorum et agendorum, so weit diese Agende in der erneuerten Kirchen-Ordn. nicht geändert worden, sich mit quia verbinden, hingegen diejenigen, welche sich mit quatenus zu behelfen suchen, keinesweges zum Kirchen- oder Schulamte aufgenommen werden. Ebendaf. §. 2.

Corveische kupferne Bier- und Zweipfennig-Stücke.

Dieselben sind wegen ihres schlechten Gehalts in hiesigen Landen gänzlich verboten und sollen bei Strafe der Confiscation und einer Geldbuße von 20 Thlr. oder einer Leibes-Strafe überall nicht mehr im Handel und Wandel angenommen werden. Landesf. Circular-Rescr. v. 5. August 1789.

cf. Gesetz v. 18. Decbr. 1834, die Münz-Verfassung betr., §. 38.

Courtage.

S. Geld- und Wechsel-Mäkler — Waaren-Mäkler in Braunschweig.

Credit auf Eisen.

Den einheimischen Schmieden und geringen Eisenhändlern sollen von den Hütten-Bedienten keine Eisen-Vorräthe, als gegen Ablieferung gerichtlicher Caution-Scheine creditirt werden, und sind die Obrigkeiten befehligt, vorbesagten Schmieden und Eisenhändlern darunter auf alle Weise und ohne Abforderung einiger Gerichts-Sporteln beförderlich zu sein. Landesf. Aussch. v. 13. Decbr. 1777.

cf. Reglement über die Einrichtung und die Erfordernisse der von den Eisen-Creditihändlern zu bestellenden Cautionen — ohne Datum. — (Bege III. p. 208.) — Landesf. Rescr. v. 26. August 1825. (Bege III. p. 184.)

Credit Minderjähriger.

Wer von hiesigen Unterthanen und Landes-Eingesessenen sich unterstehen wird, einigen in väterlicher Gewalt und vormundschafter Aufsicht annoch stehenden jungen Leuten, es seien solche aus hiesigem Lande gebürtig, oder von andern Orten geschickt, ohne ihrer Eltern, Vormünder, der ihnen mitgegebenen Hofmeister und Informatoren, auch, wenn sie auf der Academie (damals zu Wolfenbüttel) leben, ohne des fürstl. Oberhofmeisters Wissen und Einwilligung etwas an Gelde, Kaufmanns- oder andern Waaren, an Gold- oder Silbergeschirr und Pretiosen, an Speisen, Bier, Wein, Confituren und dergleichen, auch

an Büchern zu creditiren, zu borgen und vorzuschießen, oder ihnen durch Gutsagen und Fidejubiren dazu behülflich zu sein, auch auf einige Weise ihre Verführung und Corruption zu befördern, derselbe soll nicht allein solchen Anlehns und Vorschusses oder anderer Prätension verlustig sein, und bei keiner Obrigkeit deswegen einiger Rechtshülfe zu gewarten haben, sondern auch das alterum tantum desselben zur Strafe erlegen und darauf ohne einige Remission erequirt werden. Landesf. Verordn. v. 20. April 1711. *)

Alle Obrigkeiten in der Stadt Braunschweig werden befehligt, in einer jeden Gerichtsbarkeit Fund zu machen und streng darüber zu halten, daß kein dortiger Einwohner einem der Alumnus des Collegii Carolini ohne Erlaubniß und schriftlichen Schein der ihnen zugeordneten Hofmeister Geld leihe oder Waaren creditire, noch Pfänder von denselben annähme oder zu gewärtigen habe, daß er nicht nur seiner Forderung verlustig erklärt werden und die Pfänder unentgeltlich herausgeben, sondern überdas mit einer den Umständen nach zu bestimmenden Geldstrafe belegt werden solle. Landesf. Verordn. v. 10. Juli 1745.

Die unterm 10. Juli 1745 erlassene landesf. Verordnung, daß keinem studioso in dem Collegio Carolino etwas creditirt werden soll, ist dahin geschärft, daß die Contravenienten, welche sothanem Edicte zuwider den obbemeldeten studiosis ohne Erlaubniß und schriftlichen Schein der ihnen zugeordneten Hofmeister Geld geliehen oder Waaren creditirt, nicht nur ihrer Forderung verlustig sein und das etwa genommene Pfand unentgeltlich wieder herausgeben, daneben, Falls sie die Angehörigen der jungen Leute, denen sie also geborgt, ihrer Forderung halber anzugehen sich unterfangen, nachdrücklich gestraft, sondern auch diejenigen, so in Zukunft und a dato an und wider das Edict handeln, noch dazu mit ansehnlicher Geld- und dem Befinden nach schwerer Leibes-Strafe belegt werden sollen. **) Landesf. Verordn. v. 5. Mai 1747. (Br. Anz. v. 1747. Nro. 40.)

Die landesf. Verordn. v. 10. Juli 1745 und 5. Mai 1747 sind erneuert, und ist diese letztere wörtlich wiederholt durch die landesf. Verordn. v. 16. Decbr. 1783. (Br. Anz. v. 1783. Nro. 86.) und auf landesfürstl. Befehl durch die Bekanntmachung des Concilii Colleg. Carolin. v. 27. August 1791. (Br. Anz. v. 1791. Nro. 68.)

Credit der Officiere.

S. Officiere, Schuldenmachen derselben.

Credit der Soldaten und Unterofficiere.

S. Soldaten, Credit derselben.

Creditiren der Medicamente.

S. Apotheker-Schulden.

Criminal-Sachen.

Demnach der Landesfürst aus ziemlicher Erfahrung der täglich vorkommenden Sachen, insonderheit aus vielen von den Aemtern und sonst woher an die Hof-Canzlei überschickten Relationen und Fragen, auch mancherlei Klagen so viel befunden, daß in dem Handeln des peinlichen Processes und der Execution allerlei

Ungleich-

*) Unterm 30. Mai 1710 ist eine landesf. Verordn. in Betreff des den Studiosen auf der Academie zu Wolfenbüttel zu gebenden Credits ergangen, welche indeß weniger streng und umfassend ist, als die obige.

**) Aehnliche Credit-Verbote enthielt auch die landesf. Verordn. v. 22. Febr. 1725 hinsichtlich der Studiosen auf der Universität Helmstädt.

Ungleichheit, Mißverstand und widerwärtige Gebrechen im Fürstenthume täglich vorkommen, ohne daß die untern Obrigkeiten, Richter und Amtleute eines Theils wegen Unwissenheit in dem Falle, da keine gewisse Regel oder Ordnung vorhanden, andern Theils auch wegen Ungleichheit der Gebräuche in solchen Blut-Sachen zu Zeiten gröblich und mit höchster Gefahr sowohl im peinlichen Proceß, als auch hinsichtlich der geordneten Strafe bei der Execution offendiren und irren, woraus denn folgt, daß in Blut-Sachen sowohl die Unschuldigen entweder übereilt, verkürzt oder über ihr Verwirken beschwert, als auch die Schuldigen nicht der Gebühr nach verfolgt oder mit Strafen, so den Mißhandlungen ebenmäßig und durch die geschriebenen Rechte angeordnet sind, belegt werden; und der Landesfürst sich Gottes Ordnung nach schuldig erkennt, theils in diesen gefährlichen Sachen, da die Execution Blut und Leib betrifft, und das einmal Ergangene nicht wohl zu ändern oder wiederzubringen, im Fürstenthume alle Richtigkeit, laut der geschriebenen Rechte, auch denselben unwiderlichen, rechtlichen Gewohnheiten höchsten Vermögens zu befördern und alle nöthige Besserung vorzunehmen, besonders aber den untern Gerichten und denjenigen, welche nicht in allen Rechten erfahren sind und gleichwohl den Halsgerichten Amts halber ob- und beistehen, eine gewisse Regel, Ordnung und Maaß zu setzen und vorzuschreiben, danach sie sich durchaus ohne alles Nachdenken oder Zweifel sicherlich zu verhalten und zu richten haben; und der Landesfürst deshalb wegen solcher Ursachen die peinliche Halsgerichts-Ordnung, so Kaiser Karl mit gemeinen des heiligen Reichs Ständen am Reichstage zu Regensburg in den Jahren dreißig, und zwei und dreißig verfaßten lassen, welche auch allen Ständen übergeben und hernach von etlichen particulatim angenommen, durch die landesf. gelehrten, auch der Gebräuche erfahrenen Räte übersehen, den hiesigen Landen hat accomodiren und also in Druck ausgeben und publiciren lassen: so wird befohlen, daß in allen peinlichen und Blut-Sachen solcher Ordnung durchaus und ohne allen Abtritt nachgegangen, danach procedirt, gerichtet, geurtheilt und erequirt, auch einige Gewohnheiten oder andere im Fürstenthume zuvor gehabte Vorbilder, so den geschriebenen Rechten und dieser Ordnung entgegen, dagegen nicht bewegt werden oder solche davon ableiten sollen. Was aber in dieser Ordnung (die denn ferner und weiter nach vorkommender Gelegenheit im Fürstenthume, in den täglich zustehenden Fällen, zu mehrern, zu ändern oder zu mindern der Landesfürst sich vorbehält) nicht ausdrücklich gesetzt, geordnet oder begriffen, das soll der Disposition der gemeinen Rechte untersezt bleiben. Wosfern denn bei dieser Ordnung wegen deren Inhalts und Disposition einiger Mißverstand oder Anderes künftig vorkommen würde, so soll deswegen bei dem Landesfürsten, den Hof- und Canzlei-Räthen jedes Mal Gewißheit oder Bescheid durch geschriebene oder mündliche Relation geholt werden. *) Landesf. Verordn. v. 24. April 1568. **)

*) Der übrige, hinsichtlich der damaligen Criminal-Rechtspflege historisch interessante Inhalt dieser Verordnung ist folgender:

Weil auch insbesondere in den Aemtern, Städten und andern Orten des Fürstenthums und bei denen, so über Blut zu richten haben, unterschiedliche Gebräuche von Alters unordenklich darüber hergebracht sind, welcher Gestalt und durch wen die peinlichen Halsgerichte zu besetzen, und besunden wird, daß neben den fürstl. Beamten und Gegreifen etliche, entweder von der Ritterschaft, aus den Klöstern, Städten oder Dörfern als Assessoren von Alters her die Gerichte mit besetzen, item dabei auch alte Namen derjenigen, so dazu gebraucht werden, dermaßen üblich, daß darin nicht wohl ohne Confusion Aenderung vorzunehmen, und der Landesfürst denn nicht gemeint ist, jemandem dasjenige, was er also sowohl mit Richten, als dem Beisitzen mit Zug hergebracht und berechtigt, hiemit abzustricken, ist dieser Ordnung folgendermaßen hinzugefügt: An den Orten, da neben den fürstl. Beamten die fürstl. Voigte, Schöppen und andere des Amts Hintergeessene vom Adel oder sonst ansehnliche Leute, item aus demselben Amte angehörigen Städten der Rath gar oder etliche Personen desselben, wie auch von den Bergwerken von Alters her die peinlichen Gerichte mit besetzen, sollen sie bei solcher Gewohnheit gelassen und keiner im Scheine dieser neuen Ordnung von seinem langesessenen Gebrauche und wohl hergebrachten Gerechtigkeit im Beisitz und Haltung der Gerichte abgedrungen, sondern vielmehr dabei erhalten werden. Doch sollen in alle Wege der Vogte des Richters Amt tragen, oder in Ermangelung des Vogtes einer zu solchem richterlichen Amte erufen werden und die übrigen, es seien Schöppen, Voigte oder andere, die Beisitzer repräsentiren, wie denn sie alle und ein jeder zu seinem Amte mit den

Unterm 3. Febr. 1570 erschien eine der vorstehenden im Wesentlichen wörtlich gleichlautende Verordnung.

Es sollen keine criminalia in Civil-Sachen verwandelt, die criminalia hingegen ordentlich von den dazu verordneten Personen tractirt werden. Landesf. Verordn. v. 17. März 1618. (Woltereds kurzer Begriff der Braunsch. Wolsenb. Landes-Ordn. p. 52.)

Obwohl in neuerer Zeit eine allgemeine Constitution, wie es in peinlichen Sachen gehalten und darin procedirt werden soll, publicirt ist, so ist doch dem Landesfürsten gemeldet, daß außer den täglich vorkommenden peinlichen Sachen und derselben Relation nicht zu geringer Verkleinerung und Abbruch der Justiz durch allerhand neue Funde und Griffe den Uebelthätern geholfen und mehreren Verbrechen gleichsam Thür und Fenster geöffnet, insonderheit aber, daß die verdiente Leibes- und Lebensstrafe in Geldstrafen versetzt, auch wohl schwere peinliche Sachen durch Verleitung des lädirtten Theils gar zu bürgerlichen gemacht, also erörtert, des Entleibten Freunde mit dem Missethäter und seinen Verwandten verglichen und in Güte beigelegt werden. Ob nun wohl durch solche Vergleichung der Obbrigkeiten an ihren Rechten nichts genommen noch entzogen, sondern nichts desto weniger nach Befinden mit der Leibesstrafe verfahren werden kann, jedoch daher allerlei gefährliche Unordnungen entstehen, so wird verordnet, daß niemand wegen der oblautenden peinlichen Uebelthaten ohne des Landesfürsten, des Statthalters, Canzlers, Vice-

in dieser Ordnung begriffenen Eiden dervwegen beladen werden sollen. Es sollen die fürstl. Hauptleute, Beamte und Angehörige, auch alle, so von und neben dem Landesfürsten über Blut zu richten haben, innerhalb vier Wochen nach Publication dieser Ordnung endlich beschaffen, damit der Sogrese, die Schöppen und Weisiger, so von Alters her die peinlichen Gerichte besessen, auch diejenigen, so dazu erwählt werden, sich vermöge dieser Ordnung mit Leistung der Eide genugsam verpflichten und denn in künftigen Zeiten die wieder aufs Neue an tretenden Sogresen, Richter, Schöppen und Schreiber alle Wege Anfangs gemeldete Eide wirklich leisten. Wofern auch an einem oder mehreren Orten außer dem Sogresen und Richter weniger denn vier Weisiger befunden würden, sollen die fürstl. Beamte und die Andern schuldig sein, solche Anzahl von guten, tauglichen, rechtlichen Leuten zu erfüllen. So soll auch alle Wege, da einer oder mehrere des Todes verfallen würden, die Stelle mit andern, die entweder wegen Succession dazu gehören, oder aber in Mangel derer sonst dazu zu erwählen sind, ersetzt werden. Es soll auch dem Gerichte ein treuer, erfahrener, unverläumbeter Schreiber, es sei von dem fürstl. Amte oder sonst, zugeordnet werden, welcher alle Acte und Handlung ordentlich verzeichnet, ein richtiges Protocoll darüber hält und sonst auf die Angefälle und Gebühr der Halsgerichte, wie das Alles Verkommen ist, gutes Aufmerken hat, insonderheit zu mehrerer Richtigkeit in künftigen Zeiten die vorkommenden Fälle und dabei ergangenen Bescheide, Urtheil und Execution in ein besonderes Buch, welches immer beim Gerichte bleibt, einschreibt. Und da im Fürstenthume fast gebräuchlich ist, daß die Bescheide und Urtheile, nach alter Gewohnheit, durch den Landmann gefunden und eingebracht werden, und gleichwohl täglich vorkommenden Rechten und dieser Ordnung ungemäß ja zum Höchsten widrig und also zu gefährlicher Beschwerung der Unschuld und zum Vortheile der Schuldigen gereicht, so wird befohlen, daß die fürstl. Beamten, Sogresen, Richter und Weisiger bei solcher Findung die Urtheilsfinder der geschriebenen Rechte und dieser Ordnung also berichten, daß sie in Einbringung der Bescheide und Urtheile von denselben nicht abtreten, wie denn die Beamten, Sogresen, Richter und Weisiger keine Findung des Landes, so den Rechten und dieser Ordnung zuwider, annehmen oder genehm halten, sondern alles nach Anleitung dieser Ordnung und der Rechte reguliren und verrichten sollen. Wo denn dergleichen Mißthelligkeit zwischen dem Landmanne und ihnen entweder im Bescheiden oder Urtheilen vorkommen sollte, worauf sie ohne landesf. Resolution nicht zu entscheiden, sollen sie solches jederzeit (wie obgemeldet) durch eine schriftliche Relation an den Landesfürsten oder dessen Räte unter dem Gerichts-Siegel gelangen lassen. Wofern denn sonst im Gemein in dieser Bestallung der Gerichte Haltung einiger Mangel derselben und sonst einiger anderweiter Mangel, Beschwerniß oder Hinderniß vorkommen sollte, will der Landesfürst denselben auf Relation und Anzeige jeberzeit, als das Haupt, gebührlchen Rath schaffen.

**) Sowohl diese Verordnung vom Herzoge Heinrich d. J., als auch die vom 3. Febr. 1570 vom Herzoge Julius sind den beiden in den hiesigen Landen veranstalteten und publicirten Ausgaben der peinlichen Gerichts-Ordnung des Kaisers Karl V. als Vorreden vorangesetzt; beide sind abgedruckt in Lichtensterns dissert. de jure crimin. in terris duc. Bruns. & Luneb.

Canzlers und der Rätthe ausdrücklicher einhelliger Bewilligung, Vorwissen und Befehl auf vorgehende Durchlesung der Acten, Erwägung der Rechte und aller Umstände, auch des dazu Verordneten Relation und reiflichen Rathschlag der fürstl. Rathsstube zu einiger Geld- oder anderer Strafe (weil solches dem Landesfürsten allein zuständig) kommen, sich deshalb vertragen, noch dieselbe sonst bürgerlich werden lassen, oder deren eines verstaten soll und zwar bei Vermeidung hernachgemeldeter Strafe. Im Uebertretungs-Falle soll der Land-Fiscal sofort die Haft wider solche widerrechtlich begünstigte ungestrafte Delinquenten veranlassen; gegen den Gegentheil aber, so sich mit solchen Delinquenten in Verträge einläßt, nicht weniger auch diejenigen, so solches verursachen, stiften, bewilligen, Rath und That dazu geben, darin schreiben, oder sich als Zeugen gebrauchen lassen, in was Wege solches geschehen möchte, das Nöthige schriftlich anzeigen, damit sie sammt und sonders zu gebührlicher ansehnlicher Geldstrafe, oder (wenn es diejenigen sein würden, so mit Obergerichten versehen) die Obergerichte gar entzogen, oder nach Gelegenheit unablässig bestraft werden können. Imgleichen soll auch niemand sich unterfangen und anmaßen, Todtschlägern und andern Mißthatern Geleit mitzutheilen, es sei denn dem Landesfürsten, dem Statthalter, Canzler, Vice-Canzler und Rätthen zuvor daraus Bericht gethan und befunden, auf was Weise und Maaße solch Geleit zu geben sei. Landesf. Verordn. v. 14. April 1624.

Bei der künftig vor fürstl. Cammer vorzunehmenden Verpflichtung der Justizbeamten und Actuarien ad civilia sollen dieselben zugleich ad criminalia verpflichtet werden. Landesf. Rescr. v. 19. Mai 1791.

Bei Versetzung der Justizbeamten und Actuarien soll eine neue Beeidigung ad criminalia nicht Statt finden. Landesf. Rescr. an fürstl. Cammer zu Braunschweig v. 17. März 1796.

Die ältern Bestimmungen *) hinsichtlich der von den Aemtern und Gerichten zu führenden Tabellen über die anhängigen Criminal-Processe sind durch die neuere Gesetzgebung wesentlich geändert; cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §§. 59 sqq.

Criminal-Sachen, Convention in Betreff derselben mit der königl. Hannov. Regierung.

Zwischen den Häusern Braunschweig-Lüneburg und Braunschweig-Wolfenbüttel ist zur gemeinen Sicherheit beiderseitiger Lande und Unterthanen ein solches Concert getroffen, daß die hin und wieder herumstreifenden Zigeuner oder andere sich zusammenrottende Diebesbanden, nach erhaltener ersten Kunde von deren Aufenthalte in beiderseitiger Herrschaft territorio ohne weitere Requisition und Rücksprache mit regulirter und Land-Miliz oder zu dem Ende aufgebotenen Unterthanen jederzeit aufgesucht, und auf alle Weise zur Haft mögen gebracht werden, ohne daß solches zu einigem Präjudiz der Landeshoheit gereichen oder jemals allegirt werden soll; jedoch, daß die solcher Gestalt ergriffenen Zigeuner oder Diebes-Rotten der nächsten Obrigkeit in solchem Lande zur Verwahrung und Bestrafung ausgeliefert werden, auch derjenige Theil, der die Verfolgung des Diebesvolks vornimmt, bei dem Eintritte in das fremde Land, ohne die Verfolgung dennoch aufzuhalten, dem Amte und Gerichte, in dessen Bezirk derselbe kommt, davon schleunige Nachricht gebe, damit die Beamten oder Gerichts-Obrigkeiten bei der Nacheile sich mit einfinden, und sowohl zur Erreichung des Zwecks helfen, als auch Acht haben können, daß im Lande dabei keine Unordnungen vorgehen. Falls aber die Wohnungen der Beamten oder Gerichts-Obrigkeiten über eine Meile von dem Orte, wo das fremde Territorium betreten wird, entlegen sind, soll alsbann dem Voigte oder Bauernmeister in dem nächsten Dorfe von der Verfolgung Nachricht gegeben werden,

*) Unter diesen gaben die Landesf. Rescr. v. 11. Januar und 25. Juni 1788 und v. 12. Septbr. 1797 die genauesten Vorschriften über die Einrichtung und Einsehung der Tabellen, welche von den Aemtern und Gerichten an die Geh. Rathsstube eingeschickt und der Justiz-Canzlei aus fürstl. Geh. Canzlei mitgetheilt wurden.

dieser aber schuldig sein, die Obrigkeit alsobald durch einen reitenden Boten davon zu benachrichtigen, auch für seine Person bei der Nothwehr gegenwärtig zu sein und sich dabei ordnungsmäßig zu verhalten. Die sämtlichen Obrigkeiten sind angewiesen, in Gemäßheit dieses zu verfahren und bei jedem Vorfalle an die fürstl. Geh. Rathsstube resp. Meldung zu thun und Verhaltungsbefehle einzuholen. Landesf. Verordn. v. 10. März 1738.

Sollte a. ein einseitiger Unterthan in dem bleibenden Communio-territorio, oder b. ein Communio-Unterthan in einem einseitigen territorio ein Verbrechen begehen, so soll das forum delicti das forum competens sein und die Auslieferung der Delinquenten, gegen Erstattung der gehabten Auslagen, wechselseitig erfolgen, auch soll es in dem ersten Falle wegen der Abfassung eines Criminal-Erkenntnisses bei der bisherigen Einrichtung bleiben. Communioharz-Teilungs-Recess v. 4. Octbr. 1788. §. 47.

Nach einer zwischen dem fürstl. Ministerio und den churfürstl. Braunsch. Lüneb. Geh. Räten geschlossenen Convention sollen

1) alle Personen, die während ihres Aufenthalts in einem der beiderseitigen Lande ein Verbrechen begangen, welches nach den Grundsätzen der gemeinen, in Deutschland geltenden Rechte eine peinliche Strafe nach sich zieht, wenn sie vor erfolgter Bestrafung in das anderseitige Territorium sich gewandt haben, an dasjenige Gericht unweigerlich ausgeliefert werden, in dessen Bezirk das Verbrechen verübt worden ist. Wosern jedoch die Delinquenten, deren Auslieferung verlangt wird, wirklich domicillierte Landes-Unterthanen des einen oder andern Landesherrn sind, so soll die Bewilligung der Auslieferung derselben zu einer, vorher darüber in jedem einzelnen Falle zwischen den beiderseitigen Ministerien zu treffenden Uebereinkunft hinverstellt bleiben.

Diesemnach findet die Auslieferung in bloßen Accise- und Contrebande-Verbrechen, wenn auch gleich in dem einen oder andern Lande darauf entweder überhaupt oder nach den Zeitumständen z. B. bei Fruchtsperrern u. eine peinliche Strafe gesetzt sein sollte, nur in den Fällen Statt, wenn deshalb für den vor kommenden Fall zwischen beiderseitigen Ministerien eine Uebereinkunft getroffen werden sollte.

2) Sollte nach der Verfassung desjenigen Landes, wo das Verbrechen verübt worden ist, die Untersuchung von einem andern judicio als demjenigen geführt werden, in dessen Gerichts-Bezirk das Verbrechen sich zugetragen hat, so erfolgt die Auslieferung an den, die Untersuchung auf sich habenden Richter.

3) Der Auslieferung muß jedes Mal eine Requisition des, die Untersuchung führenden judicii vorhergehen. Mithin soll ein bloßes Anerbieten zur Auslieferung, welches sich nicht auf eine, in öffentlichen Blättern bekannt gemachte, oder in besondern Schreiben geschehene Requisition gründet, keiner Gerichtsstelle der beiderseitigen Lande die Annahme eines Delinquenten zur Nothwendigkeit machen.

4) Trüge es sich zu, daß um die Auslieferung eines Delinquenten zu einer Zeit nachgesucht würde, wo selbiger schon wegen eines andern Verbrechens bei dem judicio requisito in Untersuchung befangen ist, so soll die Auslieferung nur alsdann Statt finden, wenn das Verbrechen, welches der judex requisirens zu untersuchen hat, nach den Grundsätzen der gemeinen in Deutschland geltenden Rechte eine größere Strafe nach sich zieht.

5) Ist es aber zweifelhaft, welches von beiden Verbrechen eine größere Strafe nach sich ziehe, oder sind beide Verbrechen von gleicher Strafbarkeit, so unterbleibt die Auslieferung, wosern nicht in jedem einzelnen Falle durch wechselseitige Vernehmung der beiden Richter oder der Landes-Justiz-Collegien ein Anderes beliebt wird.

6) Erfolgt die Auslieferung in einem solchen Falle, wo der Verbrecher in beiden Landen delinquirt hat, so werden dem judici requirenti die von dem judice requisito geführten Acten und alle sonst erforderlichen Nachrichten zugleich mitgetheilt, um danach die auf beiden delictis beruhenden Strafen zu

erkennen, und auch sonst in Ansehung der Entschädigung oder anderer Umstände darauf die nöthige Rücksicht zu nehmen.

7) Wenn der Delinquent, um dessen Auslieferung nachgesucht wird, nicht bereits bei dem *judicio requisito* sich in Haft befindet, so sollen zur Captur desselben die schleunigsten Anstalten getroffen werden.

8) Sobald der Delinquent außer den vorhin im 3ten Art. bemerkten Fällen in Haft gezogen ist, muß der requirirte Richter dem requirirenden davon unverzüglich Nachricht ertheilen, damit dieser sodann die ungesäumte Abholung besorge. Der *judex requisitus* hat demnach die eigene Abschiedung des Delinquenten nur alsdann zu veranstalten, wenn beide Richter deshalb einverstanden sind.

9) Auch in solchen Criminal-Fällen, wo nicht um die Auslieferung eines Delinquenten, sondern nur um die Vernehmung der Zeugen oder anderer Personen, und um Mittheilung der Acten oder sonstiger Nachrichten ange sucht wird, sollen die Gerichtsstellen der beiderseitigen Lande mit aller Willfährigkeit einander zu Hülfe kommen. Selbst die Sistrung der Zeugen oder anderer Personen soll, wenn sie der *judex requirens* unumgänglich nöthig findet, nicht verweigert werden.

10) Wenn behuf anzustellender Confrontationen die Sistrung eines oder mehrerer Inquisiten nöthig erachtet wird, so sollen auf vorgängige Communication der Landesjustiz-Collegien der oder dieselben nicht bloß bis auf die Grenze, sondern unter den erforderlichen Sicherheits-Anstalten an das *judicium requirens* selbst zu solchem Zwecke verabfolgt werden.

11) Mit der Bezahlung der Kosten soll es folgendermaßen gehalten werden:

Wenn der *ad judicium requirens* ausgelieferte Delinquent hinreichendes eigenes Vermögen besitzt, so werden hieraus dem *judicio requisito* nicht allein baare Auslagen, sondern auch die sämtlichen, nach der bei dem *judicio requisito* üblichen Taxe zu liquidirenden Gerichts-Gebühren entrichtet.

Hat aber der ausgelieferte Delinquent kein hinreichendes eigenes Vermögen, so fallen die Gebühren für die Arbeiten des *judicii requisiti* durchgehends weg und der *judex requirens* bezahlt alsdann dem *judicio requisito* lediglich die baaren Auslagen, welche durch die Captur und die Unterhaltung des Delinquenten bis zur erfolgten Abholung desselben veranlaßt worden sind.

12) Nach gleichen Grundsätzen soll auch in Absicht der Bezahlung der Kosten in solchen Criminal-Fällen verfahren werden, wo es nicht auf die Auslieferung von Delinquenten, sondern nur auf die Abhörung oder Sistrung von Zeugen oder andern Personen ankommt.

13) Zur Entscheidung der Frage: ob der Delinquent hinreichendes eigenes Vermögen zur Bezahlung der Gerichts-Gebühren besitze oder nicht? soll in beiderseitigen Landen etwas Weiteres nicht, als das Zeugniß derjenigen Gerichtsstelle erfordert werden, unter welcher der Delinquent seine wesentliche Wohnung hat.

Sollte derselbe seine wesentliche Wohnung in einem dritten Lande gehabt haben, und die Beitreibung der Kosten dort mit Schwierigkeiten verbunden sein, so wird es angesehen, als ob derselbe kein hinreichendes eigenes Vermögen besitze.

14) Den bei Criminal-Untersuchungen zu sistirenden Zeugen und andern abzuhörenden Personen sollen die Reise- und Zehrungs-Kosten nebst den wegen ihrer Versäumniß ihnen gebührenden Vergütungssummen nach der vom *judicio requisito* geschehenen Verzeichnung bei erfolgter wirklicher Sistrung vom *judice requirente* sofort verabreicht werden. Und sofern selbige deswegen eines Vorschusses bedürfen, wird das *judicium requisitum* zwar die Auslage davon übernehmen, es soll selbige jedoch vom *judice requirente* auf die davon erhaltene Benachrichtigung dem *judici requisito* ungesäumt wieder erstattet werden.

15) Wenn Verbrechen entweder auf unbestrittenem *confinio*, oder an solchen Orten, woselbst die Hoheits-Grenze annoch zweifelhaft ist, verübt worden, so soll die Prävention unter den beiderseitigen Gerichten der Gestalt Statt haben, daß die Untersuchung und Bestrafung demjenigen Gerichte, welches bei

capturfähigen Verbrechern bereits zu der Real-Citation geschritten ist, für das Mal verbleiben, wobei jedoch zur wechselseitigen Bedingung gemacht wird, daß solche Fälle in Absicht der Landes-Hoheit nicht für Besitz-Handlungen gelten, noch als solche jemals angezogen werden sollen.

16) Endlich ist wegen Durchführung der Gefangenen durch beiderseitige Lande annoch festgesetzt, daß in den Fällen, wenn a) der Arrestat kein Unterthan desjenigen Landesherrn, durch dessen Lande die Durchführung geschieht; b) die zur Wache mitgegebene Mannschaft nicht vom Militair; auch c) nicht von beträchtlicher Anzahl und nur höchstens fünf Mann stark ist, solche auf bloße Pässe des judicis inquisite, welche jedoch die obige Einschränkung sub a deutlich enthalten müssen, von den Garnisonen und jeden Orts Obrigkeiten gestattet, auch die nöthige Assistenz dabei geleistet, außer solchen Fällen aber die gewöhnliche vorgängige Correspondenz der höhern Collegien fernerweit erforderlich sein soll.

Uebrigens sind in dieser Convention sämtliche Churbraunschweigische Lande, sowie auch sämtliche herzogl. Braunschweigische Lande begriffen. Landesf. Edict v. 12. April 1798. (Br. Anz. v. 1798. Nro 38.)

Die nach der höchsten Verordn. v. 10. März 1738 mit der Churbraunschweigischen Regierung zu Hannover wegen Verfolgung und Arretirung der Diebesbanden und Zigeuner geschlossene Uebereinkunft ist erneuert und auf alles und jedes dergleichen verdächtiges Gefindel extendirt worden. Landesf. Circular-Rescr. v. 16. Febr. 1800.

S. auch: Gefangene, Durchführung derselben.

cf. Erklärung vom 2. August 1828, wegen der zwischen der herzogl. Braunschv. und der königl. Hannöv. Regierung zur Sicherung der Entdeckung und Bestrafung der an den Grenzen vorkommenden Holz-, Wild- und Fisch-Entwendungen getroffenen Uebereinkunft; insbesondere §. 7. — Rescr. herzogl. Staats-Ministerii v. 2. April 1830. (Bege II. p. 59.) — Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 206. — Gesetz v. 23. April 1835, die Publication des mit dem Königreiche Hannover unterm 14. März 1835 geschlossenen Vertrags wegen der vollständigen Ausführung des Steuervereinigungs-Vertrags und insbesondere wegen Verhütung des Schleichhandels betreffend.

Die mit der fürstl. bischöflichen Regierung zu Hildesheim unterm 13. Octbr. 1789 wegen der Auslieferung der Verbrecher und der Expedition in Criminal-Sachen getroffene Convention wurde durch das landesf. Rescr. v. 1. Febr. 1801 aufgehoben; dagegen ist durch das Rescr. des fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 20. Novbr. 1815 bekannt gemacht, daß die Convention v. 12. April 1798 nach einer mit dem königl. Hannöv. Cabinets-Ministerio getroffenen Verabredung sich auch auf das Fürstenth. Hildesheim erstrecken solle.

Criminal-Sachen, Convention in Betreff derselben mit der königl. Preussischen Regierung zu Halberstadt.

Zwischen der fürstl. Geh. Rathsstube zu Braunschweig und der königl. Preuß. Regierung, auch Kriegs- und Domainen-Cammer zu Halberstadt ist wegen unentgeltlicher Expedition in Criminal-Sachen folgende landesf. genehmigte und bestätigte Convention *) geschlossen: 1) Sollen von den sämtlichen hohen und niedern Gerichten in dem Herzogth. Braunschweig-Wolfenbüttel und Fürstenth. Blankenburg, wie nicht weniger in dem Fürstenth. Halberstadt und den dazu gehörigen Graf- und Herrschaften auf mutuelle Requisition alle und jede in Criminal-Sachen vorkommende Expeditionen, besonders die Abhörung erforderlicher Zeugen, Ertheilung nöthiger Nachrichten, oder was sonst zu Erleichterung der Inquisition geschehen kann, wenn die Inquisiten und Arrestaten nichts im Vermögen haben und solches von dem judicio requirente gemeldet

*) Diese Convention ist am 30. Januar 1767 abgeschlossen und am 12. August 1767 landesfürstlich confirmirt.

wird, unentgeltlich verrichtet und außer Porto und Botenlohn nichts bezahlt werden. Dagegen aber 2) wenn die Inquisiten und Arrestaten Vermögen besitzen, solches von dem *judicio requirente* gemeldet und sodann dem *judicio requisito* die deservirte Gebühr nach jedes Orts *Tax-Ordnung* bezahlt; auch da 3) von jedem *judicio* in beiderseitigen Landen zu erwarten, daß selbiges nach den ihm obliegenden Pflichten auf geschehene Requisition die begehrten *actus* auf eine rechtsbeständige und gesetzmäßige Art vornehmen, keinesweges aber, da solche unbezahlt bleiben, vernachlässigen und dadurch diesem zur Erleichterung der Inquisition abzielenden Vertrage zuwider handeln werde, im Gegentheil auf die erste darüber geführte Beschwerde schleunige und ernstliche Remedur verschafft werden soll. Landesf. Rescript d. d. den 27. August 1767.

cf. Rescr. fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 7. April 1825. (Bege II. p. 50.)

Curatelen.

S. Tutelen und Curatelen.

Curatel-Gelder.

S. Pupillen, Curatelen, Kirchen und milden Stiftungen zustehende Gelder.

Curatoren.

S. Vormünder.

Curator bonorum, Eid desselben.

Ihr sollt schwören einen Eid zu Gott und auf das heilige Evangelium, daß ihr alles und jedes der verlassenen Güter und Erbschaft N. N. sel., denen ihr jezt zum Curator verordnet worden, was gut und nützlich ist thun und handeln, was unnütz und schädlich ist vermeiden, unterlassen und verhüten, dieselben Güter, liegende und fahrende, in gutem Glauben und Treue vertreten und zum Besten versehen, Schulden und Gegenschulden, auch allen zustehenden Anspruch und Forderung mit gutem Fleiße erkundigen und das Alles eigentlich und unterschiedlich in gebührender Zeit der Rechte in ein Inventarium bringen, von eurer Verwaltung und Handlung in gebührender und rechter Zeit Rechnung thun und geben sollt und wollt, mit vollkommener Ueberlieferung alles dessen, so der Curation und Pflege halber den Gütern zusteht und zukommen wird, und sonst alles thun und lassen wollt, was einem getreuen Verwalter einer liegenden Erbschaft zugehört, bei Verpfändung eurer Habe und Güter, getreulich und ohne Gefährde. Canzlei-Ordn. Nro. IV. und Hofger. Ordn. Tit. XXVII.

Curator ad litem, Eid desselben.

Ihr sollt schwören einen Eid zu Gott und auf das heilige Evangelium, daß ihr alles und jedes, so N. N., dem ihr zum Curator der Sachen gebeten seid, in seiner angezeigten Sache gut und nützlich ist, nach eurem besten Verstande getreulich und mit bestem Fleiße handeln, vorbringen und geben, euch der Wahrheit ohne Falsch und Gefährde gebrauchen, was ihm unnütz und schädlich ist vermeiden und alles, das in der Sache zu euren Händen kommt, dem gedachten N. N. ganz und vollkommen *) zustellen und sonst alles das thun und lassen wollt, was einem getreuen Curator zusteht, ohne Gefährde. Canzlei-Ordn. Nro. V. und Hofger. Ordn. Tit. XXV.

Curatorien.

S. Handlungen, gerichtliche.

*) In der Hofger. Ordn. steht offenbar durch einen Druckfehler »unvollkommen.«

Dachdecker.

S. Arbeitslöhne.

Darlehn.

S. Leihhaus — Credit — Früchte auf dem Halme, Veräußerung derselben — Säen um die Hälfte.

Darr = Defen.

S. Malz = und Darr = Defen.

Decrete.

S. Bescheide u.

Decretum de solvendo.

Obgleich in den gemeinen kaiserlichen, in den hiesigen Landen angenommenen Rechten geordnet ist, daß Capitalien, welche unmündige oder minderjährige Gläubiger zu fordern haben, denselben oder ihren Vormündern ordentlicher Weise von den Schuldnern mit Sicherheit anders nicht ausgezahlt werden können, als wenn ein obrigkeitliches decretum de solvendo vorangegangen ist, so ist diese heilsame Verordnung dennoch nicht nur vielfältig außer Obacht gelassen, sondern auch wegen der ausgenommenen Fälle, wann die Ertheilung eines solchen Decrets nöthig oder nicht nöthig sei, und ob bis zu dessen Erlangung der Schuldner die Zahlung mit Recht verweigern könne oder nicht, gar oft Streit und Proceß entstanden, wobei insonderheit die Minderjährigen, wenn die Schuldner immitteltst zur gerichtlichen Deposition schreiten und sich dadurch vom Laufe der Zinsen befreien, nicht selten in empfindlichen Schaden und Kosten gesetzt werden. Dieser Ungelegenheit abzuhelpen, wird verordnet, daß die den Unmündigen und Minderjährigen schuldigen Capitalien an dieselben und derselben Vormünder, die Fälle mögen beschaffen sein, wie sie wollen, anderer Gestalt nicht, als wenn darüber von der Obrigkeit, worunter die Vormünder und Minderjährigen wohnhaft und die Vormünder bestätigt sind, ein decretum de solvendo beigebracht sein wird, ausgezahlt werden sollen. Es soll sich hiernach jedermann, auch diejenigen, welche fürstliche und gemeine Cassen zu verwalten haben, achten. Die Obrigkeiten sollen die Ausfertigung der bei ihnen gesuchten decretorum de solvendo auf keine Weise aufhalten, sondern dieselben befindenden Umständen nach jedes Mal prompt ertheilen, welches sie desto füglicher thun können, da sie den Vormündern nach der Ordnung alle Jahre Rechnung abzunehmen schuldig sind, mithin von dem Zustande der Minderjährigen Güter alle Mal hinlängliche Wissenschaft haben. Landesf. Verordn. v. 17. Febr. 1745.

Obwohl es gemeinen Rechts sowohl, als besonders auch vermöge der unterm 17. Febr. *) 1745 erlassenen Verordnung versehen ist, daß keinem Vormunde oder Curator ohne ein obrigkeitliches decretum de solvendo mit Gültigkeit oder cum effectu liberationis gezahlt werden könne, so ist hierüber dennoch und insonderheit bei den piis corporibus, obgleich solche mit den Minorennen gleiche jura haben, bisher nicht immer gehalten. Wie nun aber hierdurch nicht nur die Gläubiger, so unmündig und minorenn oder pia corpora sind, sondern auch die Schuldner, welche an jene oder deren Vormünder Zahlung leisten, bei darüber nicht selten entstehenden Processen in empfindlichen Schaden und Kosten versetzt werden, als wird nicht nur jedermann seiner eigenen Sicherheit halber gewarnt, keine dergleichen Zahlungen, bevor nicht das in den Gesetzen deshalb vorgeschriebene decretum ertheilt worden, zu leisten, sondern es

wird

*) In der vorliegenden gedruckten Verordnung steht unrichtig der 12. Februar.

wird auch in genauer Bestätigung der hierunter vorhandenen Gemeinen Rechte und oberväthter Verordnung v. 17. Febr. 1745 ausdrücklich nochmals festgesetzt, daß künftig überall weder bei den fürstl. oder sonstigen öffentlichen Cassen stehende Capitalien, noch die auf Häuser, Grundstücke, oder sonst an Privaten ausgeliehenen Gelder, insofern sie Minderjährigen und pils corporibus gehören, so wie alle und jede Forderungen derselben, wenn sie das Vermögen selbst und nicht etwa redditus oder Einkünfte betreffen, auch letztern Falls nicht von vielen Jahren aufgesummt, als welchen Falls sie zu dem Hauptbestande des Vermögens mit zu rechnen sind, nicht weiter ohne ein vorher von der Obrigkeit darüber erhaltenes Decret, welches jedoch von selbiger jederzeit ex officio zu ertheilen ist, *) gezahlt und aufgenommen werden sollen. Gestalt denn die, welche dagegen handeln und dergleichen Zahlungen leisten, es sei nun, daß das Capital oder die Forderung von ihnen selbst, oder von den Vormündern und Provisoren gekündigt werden, die Gefahr eines nachherigen Anspruchs sich selbst zuschreiben müssen, die Vormünder und Provisoren aber, welche dawider handeln, nach den jedesmaligen Umständen der Sache dafür besonders bestraft werden sollen. Fürstl. Justiz-Collegien und sämtliche Obrigkeiten, insofern nämlich die Abnahme der vormundtschaftlichen Rechnungen, oder die Aufsicht über das Vermögen der *piorum corporum* ihnen besonders anvertraut ist, sollen hierauf mit Nachdruck halten; auch sind insbesondere sämtliche bei den fürstl. Cassen stehende Rechnungsführer angewiesen, sich nach dieser Verordnung aufs Genaueste zu achten, und sich ihrer Seits auf keine Weise etwas zu Schulden kommen zu lassen, und soll den Provisoren und Vormündern bei ihrer Bestellung der Inhalt dieser Verordnung nochmals deutlich bekannt gemacht werden. Landesf. Verordn. v. 10. Mai 1781.

Wenn ein Vater in seinem Testamente verordnet hat, daß den Kindern ein gewisses Capital ausgesetzt sein solle, wenn sie heirathen oder majoren geworden sein würden, so bedarf es eines decreti de solvendo nicht. Landesf. Rescr. v. 13. Decbr. 1784.

E. auch: Pupillen, Curatelen, Kirchen und milden Stiftungen zustehende Gelder — Vermögen mütterliches — *Venia aetatis*.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 30. — Verordn. v. 15. Febr. 1814, das zur Volljährigkeit erforderliche Alter betr. — Rescr. fürstl. Land. Gerichts v. 8. März 1816. (Bege I. p. 160.) — Landesf. Rescr. v. 18. August 1816. (Bege I. p. 161.) — Rescr. fürstl. Land. Gerichts v. 13. Septbr. 1816. (Bege I. p. 161.) — Landesf. Declaration der Verordn. v. 15. Febr. 1814, in Beziehung auf den Anfang der vierjährigen Frist zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, v. 12. April 1828. — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 12. — Gesetz v. 20. Decbr. 1834, die Ablösungs-Ordn. betr., §. 20.

Defension der Soldaten in peinlichen Sachen.

Obwohl in peinlichen Untersuchungen gegen Soldaten gewöhnlich kein Defensor gestattet wird, indem die Regiments- und Garnison-Auditeurs nach ihrem Aute und Pflicht bereits verbunden sind, auf alles dasjenige, was einem Inquisiten, sowohl in Absicht des Verbrechens selbst, als auch der Milderung der Strafe zur Vertheidigung gereichen mag, gewissenhaften Bedacht zu nehmen, doch aber Fälle eintreten können, wo einen Defensor dem Inquisiten zu gestatten nicht Umgang genommen werden kann, so ist, damit kein Zweifel entstehen möge, ob? und wann? dergleichen Defensor zuzulassen sei, verordnet: daß den Soldaten in sehr wichtigen Verbrechen, worauf eine Lebens- oder eine harte, ihr gleich oder nahe kommende Leibes-Strafe gesetzt ist, es mag der Verbrecher vor oder nach dem Erkenntnisse darum nachsuchen, ein Defensor, wozu jedes Mal ein Auditeur von einem andern Regimente zu bestellen, zu-

*) cf. Sportel-Ordn. v. 10. Mai 1827. p. 514. Nro. 8.

geordnet werden soll. Auf gleiche Weise ist auch auf den Fall zu verfahren, wenn der Verbrecher auch nicht darum nachsucht, die Sache aber sehr zweifelhaft ist, oder sonst eine Defension nöthig erachtet werden sollte. Wie übrigens in Absicht der Defension selbst es bei demjenigen, was sonst Rechts ist, sein Bewenden hat, so haben sich alle und jede, welchen eine Militair-Jurisdiction anvertrauet ist, in vorkommenden Fällen hiernach zu achten. Landesf. Verordn. v. 16. Decb. 1790. (Br. Anz. v. 1791. Nro. 2.)
 cf. Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der vorgenommenen neuen Redaction der Kriegsartikel betr., Art. 45 sqq. (p. 281.)

Delinquenten, inhaftirte.

Da daraus, daß die Delinquenten während ihrer Gefangenschaft für die Gefangenwärter arbeiten müssen, mancher Mißbrauch in Behandlung der Delinquenten entstehen kann, diesen auch, wenn sie die Abzugs-Kosten erstatten sollen, in ihrer Gefangenschaft nicht alle Gelegenheit benommen werden muß, sich etwas verdienen zu können, so sind die Obrigkeiten befehligt, den Gefangenwärttern bei willkürlicher Strafe zu untersagen, von den Delinquenten für sich arbeiten zu lassen, und darüber genau zu halten. Landesf. Circular-Rescr. v. 5. Mai 1789.

S. auch: Abzugskosten.

Denunciationen in Polizei-Sachen.

S. Polizei-Sachen in Braunschweig.

Denunciationen, welche bei den Predigern geschehen.

S. Prediger, Aufsicht derselben über den Lebenswandel ihrer Eingepfarrten.

Depositen-Gelder.

Die Depositen-Gelder sollen, insofern solche sonst bei den Gerichten *) ohne Nutzen liegen würden, an das unter landesfürstlicher Garantie errichtete Leihhaus genommen werden und deshalb die Obrigkeiten über die im gerichtlichen Deposito jedes Mal vorhandenen Gelder eine Designation nebst zwei gleichlautenden Exemplaren von dem in triplo zu formirenden Sorten-Zettel, auch einer demselben zu inserirenden Notiz, in welchen Sachen diese Gelder ad depositum judiciale genommen worden, an den Director des gedachten Leihhauses, das dritte Exemplar aber an fürstl. Geh. Kanzlei einsenden, und so lange sie dieserhalb keinen andern höchsten Verhaltungsbefehl erhalten, auf gleiche Weise verfahren, und jedes Mal solche der Gestalt in Bereitschaft halten, daß auf den an sie nächst einlaufenden Befehl mehrgedachte vorräthige Depositen-Gelder an den Leihhaus-Director ungesäumt eingesandt werden können, und ist derselbe instruiert, den Obrigkeiten jedes Mal mit der nächsten Post unter das Duplicat des Sorten-Zettels zu quitiren. Damit aber auch diese Gelder auf die Zeit und Stunde, da solche ex deposito judiciali wiederum zu verabsolgen sind, nie fehlen mögen, so sollen die Obrigkeiten von dem zur Auszahlung anberaumten Termine den Director des Leihhauses jedes Mal 4 Wochen vorher benachrichtigen. Landesf. Auschr. v. 9. März 1765. **)

Nachdem nunmehr das fürstl. Leihhaus eröffnet worden, ist von den Obrigkeiten mit Einsendung der Depositen-Gelder, jedoch nur in Ansehung derjenigen, welche in Golde oder Conventions-Münze bestehen,

*) Die Bestimmung, (Verordnung des Magistrats zu Braunschweig v. 5. Novbr. 1695, landesf. Verordn. v. 11. Febr. 1794 und Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 2. Nro. 6. und §. 4. Nro. 6.) daß die Untergerichte keine Depositen-Gelder aufbewahren sollten, ist aufgehoben; s. Gesetz v. 15. Decbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 8.

**) Ein gleicher landesf. Befehl ist am 30. Mai 1765 an den Magistrat zu Braunschweig ergangen.

nach Vorschrift vorigen höchsten Circular-Rescriptes zu verfahren, andere Münzsorten aber sind in deposito zu behalten. Landesh. Aussch. v. 9. Mai 1765.

Die Obrigkeiten sind nochmals ernstlich befehligt, dem Circular-Rescripte v. 9. März 1765 künfftig auf das Genaueste nachzukommen, und sobald Gelder ad depositum judiciale genommen werden, die Anzeige davon alle Mal auf die befohlene Art ungesäumt zu thun, widrigen Falls diejenigen, welche sich hierunter ferner etwas zu Schulden kommen lassen werden, deshalb zur Verantwortung gezogen werden sollen. Landesh. Aussch. v. 17. März 1763.

S. auch: Beamte, Justitiarien und Actuaren, Instruction für dieselben §. 2 und 9. — Amtsobrigkeiten — Bediente und Boten, ungetreue — Communion-Rechnungsbediente, §. 3. — Braunsch. Anzeigen.

cf. Verordn. v. 18. Decbr. 1815, das fürstl. Leihhaus betr. — Rescr. fürstl. Geh. Raths-Colleg. v. 25. Decbr. 1820. (Bege I. p. 260.) — Landesh. Circular-Rescr. v. 5. März 1821, das Verfahren der Gerichte bei Deposition von Geldern betr. — Rescr. fürstl. Geh. Raths-Colleg. v. 30. April 1824. (Bege I. p. 172.) — Landesh. Rescr. v. 4. Octbr. 1832. (Bege III. p. 342.) — Rescr. herzogl. Staats-Minist. v. 29. Juni 1833. (Schneiders Repertorium Bd. 2. p. 139.) — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 8.

Depositen = Kassen.

S. Beamte u., Instruction für dieselben, §. 2.

cf. Rescr. fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 30. April 1824. (Bege I. p. 172.)

Deputate an Holz, Wasen und Kohlen.

Den Deputanten im Fürstenthume Blankenburg und Stiftsamte Walkenried ist mit Aufhebung der höchsten Verordnung v. 18. März 1743, durch welche der Verkauf der Deputate und die Angabe oder Umsehung für Fuhr- oder Arbeitslohn oder auf sonstige Weise bei Verlust des Deputats verboten war, der freie Verkauf gestattet, jedoch mit der Modification, daß aller auswärtige Verkauf oder Versand von den Holz-, Wasen- und Kohlen-Deputaten, da solcher die Consumtion aus den Forsten vermehren würde, nach wie vor und unter obgedachter Strafe des gänzlichen Verlusts des Deputats verboten bleibt; wie denn auch diejenigen, welche erweislich von ihren Holz-, Wasen- und Kohlen-Deputaten im Lande etwas veräußert oder weggegeben haben, den Ersatz des nachherigen Mangels nicht zu hoffen haben sollen, indem ihnen ein Mehreres, als der Betrag des Deputats aus den herrschaftlichen Forsten nicht wird verabfolgt werden. Landesh. Verordn. v. 20. Septbr. 1790.

cf. Forststraf-Directorium v. 5. Mai 1815. §. 114. — Verordn. v. 11. Decbr. 1817, die Ergänzung des Forststraf-Directorii betr., §. 4.

Desertion.

Da das Desertiren bei der Miliz überhand nimmt und von den vormals zu deren Verhütung publicirten Verordnungen *) fast nicht der geringste Nutzen weiter verspürt wird, so werden solche Verordnungen anderweit renovirt und gestalteten Sachen nach in einem oder andern erläutert, und weil nicht wohl möglich ist, daß, wenn solchen pflichtvergeßenen Leuten von den Unterthanen nicht übergeholfen

*) Schon unterm 11. Novbr. 1693, 20. April 1694, 22. Februar 1697, 5. Decbr. 1701 und 17. Januar 1707 sind landesh. Verordnungen erschienen, wodurch den Unterthanen aufgegeben ist, auf die Deserteure zu achten und dieselben anzuhalten; indeß sind dieselben weniger umfassend und bestimmt als die obige.

würde, dieselben sollten entlocken können, wird verordnet: 1) Wenn ein Soldat außerhalb seiner Garnison im Lande angetroffen wird, soll derselbe examinirt werden, ob er von seinem Officier mit einem Passe oder Urlaubszettel versehen, und wenn dergleichen bei ihm nicht vorhanden, oder er solchen vorzuzeigen sich weigern sollte, soll er sofort in Verhaft genommen und an die nächste Garnison behuf dessen Abholung davon Nachricht gegeben werden. Kein Soldat soll demjenigen, so nach dergleichen Paß sich bei ihm erkundigen wird, ohnerachtet solches von keiner obrigkeitlichen Person, sondern etwa von den Krügern oder Bauernmeistern geschieht, mit aller Beschidenheit Rede und Antwort zu geben, bei Vermeidung nachdrücklicher Bestrafung, sich nicht weigern, und damit niemand mit einem falschen Passe durchschleichen möge, so sollen keine andere als gedruckte Pässe respectirt und diejenigen, bei welchen dergleichen nicht gefunden werden, sollen, wie obgedacht, sofort angehalten werden. 2) Es soll kein Unterthan den Soldaten, wenn sie etwa durch Ablegung der Montirung sich unkenntlich zu machen intendiren sollten, solche Montirung oder ein Stück derselben, weder für Geld noch ohne Entgelt, abzunehmen sich gelüsten lassen. Der Contravenient soll die gekaufte Montirung nicht allein ohne Entgelt herausgeben, sondern auch deshalb einige Tage mit Gefängnis bestraft werden. 3) Könnte aber ein solcher überführt werden, daß er dergleichen Montirungsstücke einem Soldaten, um der Gestalt die Desertion zu befördern, abgenommen oder sonst dazu einigen Vorschub gethan, derselbe soll, wenn er kein häusbesessener Mann und zu den Kriegsdiensten tüchtig, für einen solchen Deserteur einzutreten schuldig sein und zur Miliz genommen werden, die andern aber zur Erlegung der jedes Mal üblichen Werbegelder sofort durch zureichende Execution angehalten, oder, da solches nicht in ihrem Vermögen, am Leibe gestraft werden, wie denn auch die Weiber, wenn dieselben in dergleichen verbotenen Dingen behülflich sein möchten, von dergleichen Strafe nicht befreiet sein sollen. 4) Demjenigen, welcher einen in der Desertion begriffenen Soldaten entdeckt, für sich anhält oder, daß er zur Haft gebracht werden kann, Anleitung giebt, werden 4 Thlr. versprochen. Jedes Orts Obrigkeit soll, wenn ihr dergleichen gemeldet wird, solchen Deserteur in Verhaft nehmen, und wenn die Orte, woselbst solche Arretirung geschieht, von den Bestungen etwas weit entlegen, so daß die Abholung aus selbigen, wie oben §. 1. erwähnt, flüglich nicht veranstaltet werden könnte, denselben, wie sonst bei andern Delinquenten üblich, von Amt zu Amt an sein Regiment liefern, dem Denuncianten aber die Discretion auszahlen, dieselbe dem Commissariat bei Lieferung der Contribution anrechnen und der Gestalt deren Erstattung gewärtigen. Landesfürstl. Verordn. v. 14. Octbr. 1728. *)

Das unterm 14. Octbr. 1728 publicirte Edict, die Desertion der Soldaten betr., wird durch wörtliche Wiederholung erneuert mit dem Zusätze, daß demjenigen, welcher einen in der Desertion begriffenen Soldaten entdeckt, für sich anhält, oder, daß er zur Haft gebracht werden kann, Anleitung giebt, statt der früher versprochenen 4 Thlr. künftig 10 Thlr. gereicht werden sollen. Landesfürstl. Edict v. 15. Januar 1752. **)

Auf landesf. Befehl ist künftigen Einwohnern in Braunschweig, bei welchen die garnisonirende Miliz von Obrigkeit wegen entweder quartirt ist oder zur Miethe wohnt, bekannt gemacht, daß sie auf ihre einquartirten und zur Miethe wohnenden Soldaten, auf das Sorgfältigste Achtung geben, und wenn sie wahrnehmen, daß solche der Desertion verdächtig, oder auch wider Vermuthen wirklich desertirt sind, solches dem Chef der Compagnie sogleich anzeigen sollen. Ein jeder soll dieses genau befolgen oder gewärtigen, daß, wenn hierbei das Geringste versehen werden sollte, er als Mitschuldiger angesehen

*) S. Montirungs-Edict.

**) Diese Verordnung ist eine wörtliche Wiederholung der zuerst unterm 12. Novbr. 1716 emanirten und schon unterm 3. Juni 1724 wörtlich erneuerten landesf. Verordnung.

und auf das Schärffste bestraft werde. Verordn. des Magistrats zu Braunschw. v. 21. Novbr. 1760. *) (Br. Anz. v. 1760. Nro. 100.)

Das Edict v. 14. Octbr. 1728, welches unterm 15. Januar 1757 erneuert ist, wird anderweit durch wörtliche Wiederholung in Erinnerung gebracht, mit dem Zusätze, daß derjenige, welcher einen in der Desertion begriffenen Soldaten entdeckt und solches nicht sofort der Obrigkeit des Orts anzeigt, sondern wohl gar zu dessen Fortkommen behülflich ist, demselben Montirungsstücke abkauft oder dagegen andere Kleidungsstücke überläßt, ohne Ansehn der Person mit dem großen Karren belegt werden soll; dahingegen sollen demjenigen, welcher einen Deserteur anzeigt, für sich anhält, oder Anleitung giebt, daß derselbe zur Haft gebracht werden kann, zehn Thaler zum Geschenke gereicht werden. Landesf. Edict v. 3. Decbr. 1763. **)

Zu Vermeidung der Desertion ist auf landesf. Befehl bekannt gemacht, daß die Bürgerschaft zu Braunschweig dem Compagnie-Chef sogleich melden soll, wenn ein einquartirter oder eingemiethter Soldat nach dem Zapfenstreiche und geschעהner Visitation wieder aus dem Quartiere gehen sollte, daß auch, wenn wider Verhoffen einem Bürger von seinem Einquartirten das mindeste Widrige um sothaner Anzeige willen widerfahren würde, solches auf das Härteste bestraft werden soll; der Bürgerschaft aber ist auch wegen der verantwortlichen übeln Folgen ernstlich anbefohlen worden, daß sie, wenn ein Soldat nach geschעהnem Visitiren ohne Noth wieder aus seinem Quartiere gehen sollte, solches den folgenden Morgen oder alsofort dem Chef des Regiments melden, daß solches geschehen, und Falls der Einquartirte ein lästigeres Betragen verspüren lasse, davon auch den Districts-Commissarien Anzeige thun soll. Avertissement des Magistrats zu Braunschweig v. 21. Novbr. 1765.

Zu Vermeidung der Desertion ist den sämtlichen Kleider-Sellern in Braunschweig, sowohl Christen als Juden, verboten, Kleider, Kleidungsstücke, Rockelors und Hosen, ohne solches dem Chef des Regiments, bevor der Handel geschlossen, zu melden und ohne dessen expresse Erlaubniß an die Soldaten zu verkaufen, bei Verlust des Geldes und der Concession des Kleider-Handels und überdem noch bei Gefängniß-Strafe. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 4. März 1772.

Die unterm 14. Octbr. 1728 erlassene und unterm 15. August 1757, 3. Decbr. 1763 und 31. Decbr. 1783 ***) erneuerte landesf. Verordn. ist durch wörtliche Wiederholung anderweitig erneuert, und daß solche von sämtlichen Obrigkeiten und Unterthanen in hiesigen Landen auf das Pünktlichste beobachtet werde, nochmals verordnet, mit dem Zusätze, daß derjenige, welcher einen in der Desertion begriffenen oder derselben verdächtig scheinenden Soldaten entdeckt und denselben nicht entweder selbst arrestirt, oder sofort der Obrigkeit des Orts anzeigt, sondern ihn unbefragt und unangehalten passieren läßt, oder

*) Schon durch ein auf landesf. Befehl erlassenes Patent des Magistrats zu Braunschweig v. 21. Decbr. 1722 war den Bauern, Wirthen und Bierschenken befohlen, nach geschעהnem Zapfenstreich keinem Soldaten einige Lecke in ihren Häusern zu gestatten, noch ihnen Getränke mehr reichen zu lassen, viel weniger gegen die umgehende Parcuille selbige zu verhehlen und zu verschweigen, sondern dieselben auf geschעהnem Zapfenstreich alsofort nach ihren Quartieren zu verweisen, bei Strafe von 6 Mfl. für die erste und bei Gefängniß-Strafe ohne einige Remission und Moderation für die zweite Contravention. Ferner war befohlen, daß die Bürger den visitirenden Unterefficiere jedes Mal richtig anmeldeu sollten, ob die bei ihnen einquartirten Soldaten über Nacht zu Hause gewesen, auch daß sie, wenn sie das Einbringen einiger verdächtiger Sachen bei Tages- oder Nachtzeit bemerken würden, solches bei 6 Mfl. Strafe sofort anzeigen sollten.

**) Durch das landesf. Ausschreiben v. 30. Januar 1773, das Verbot gegen das Eintreten der Unterthanen in fremde Kriegsdienste betr., wurde zugleich das obige Edict v. 3. Decbr. 1763 in Erinnerung gebracht und befohlen, daß besonders die Krüger, Schützen und Bauermeister auf desertirte Soldaten achten sollten.

***) Diese enthält nichts mehr, als das Edict v. 3. Decbr. 1763 und ist eine Wiederholung desselben.

auch wohl gar zu dessen Fortkommen auf eine oder andere Art behülflich ist, demselben Montirungsstücke abkauft, oder ihm dagegen andere Kleidungsstücke überläßt, ohne Ansehn der Person mit der Strafe des großen Karrens belegt werden soll. Damit aber auch jedermann wisse, wen er für einen in der Desertion begriffenen oder derselben verdächtigen anzusehen und anzuhalten habe, so ist festgesetzt, daß ein Soldat aus der Braunschweigischen Garnison, er sei Tambour, Gefreiter oder Gemeiner, wenn er jenseits der Landwehr und der Landwehr-Thürme, vor dem August- und Stein-Thore aber jenseits Melverode, Mascherode, dem kleinen Weghause und Rautheim angetroffen, und ein Soldat aus der Wolfenbüttelschen Garnison, wenn er von dort abgerechnet, jenseits Linden, Salzbadlum, Ahum, dem Lechelnholze, der Schäferbrücke, großen Stöckheim, Fummelse und Halchter, oder auch im Grammerholze betreten wird und sich durch Vorzeigung eines Urlaubs-Passes, welche kein Soldat jemals verweigern darf, nicht rechtfertigen kann, für einen Deserteur zu halten ist, und sollen demjenigen, welcher einen solchen entweder anzeigt, oder für sich anhält, oder auch nur, daß derselbe zur Haft gebracht werden kann, Anleitung giebt, zwanzig Thaler zur Belohnung gereicht werden. Landesf. Verordn. v. 1. August 1794. (Br. Anz. v. 1794. Nro. 67.)

Obwohl diese Verordnungen im Allgemeinen auch den jetzigen, die Verhütung des Entweichens vom Militaire betreffenden Bestimmungen zum Grunde liegen, so sind dieselben doch durch die neuere Gesetzgebung wesentlich modificirt. Vergl. Verfügung fürstl. Regierungs-Commission v. 24. Januar 1814, das Verhehlen der Deserteur und den Ankauf militairischer Effecten betr. — Verordn. v. 27. März 1814, die Desertion aus dem Militairdienste betr., §. 7. — Verordn. v. 8. April 1831, das allgemeine Cartell zwischen den hohen Staaten des Deutschen Bundes betr. — Verordn. v. 8. März 1833, die Declaration und Erweiterung einiger Bestimmungen unter den Deutschen Bundesstaaten betr. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, die Verpflichtung zum Kriegsdienste betr., Tit. IV. — Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der vorgenommenen neuen Redaction der Kriegsartikel u. betr., Art. 19 (p. 234) bis 32; Art. 35 (p. 267) bis 38; Art. 22 (p. 277) und 23.

Deserviten.

Den Advocaten und Procuratoren sollen ihre Belohnungen auf der Parteien oder ihr eigenes Ansuchen durch das Gericht taxirt und gemäßigt werden mit Berücksichtigung, wie sie den Sachen treulich, fleißig und wohl beigestanden haben und nicht nach der Menge und Vielfältigkeit der Producte und der gehaltenen Termine, dafern dieselben ungeschickter Weise überflüssig oder undienlich vorgebracht oder gehalten worden wären. Hofger. Ordn. Tit. LXXVII. §. Den Advocaten u.

Was also den Advocaten und Procuratoren, wenn sie sich mit den Parteien auf leidliche Maaße nicht vergleichen, durch das Gericht taxirt wird, daran sollen sie sich begnügen lassen und die Parteien darüber nicht zur Ungebühr weiter beschweren. Im Falle sie auch darüber was von den Parteien genommen oder empfangen hätten, so sollen sie denselben solches wieder geben. Ebendas. §. Was nun also u.

Es sollen und mögen aber die Parteien ihre Advocaten und Procuratoren in Bornehmung und Annehmung der Sachen subarrhiren, doch durch die Advocaten und Procuratoren darin nicht übernommen und beschwert werden, bei Strafe der richterlichen Ermäßigung. Ebendas. §. Es sollen aber und mögen u.

Bei einer jeden *taxa expensarum*, wenn darum gebeten wird, sollen die Advocaten und Procuratoren, was sie von den Parteien auf die Sache zur Belohnung empfangen haben, bei Strafe von zehn Rheinischen Goldgülden oder auch bei einer höhern Strafe, nach Ermäßigung und Vielheit der Ueberfarung, anzeigen. Ebendas. §. Ferner ordnen und wollen wir u.

S. auch: Untergericht zu Braunschweig, Verfahren bei demselben. §. 5. — Proceß-Kosten — Gemeinde-Proceße.

cf. Verordn. v. 18. Septbr. 1817, die Stempelfreiheit der von den Advocaten und Procuratoren wegen rückständiger Deserviten und Auslagen zu übergebenden Gesuche und der darauf zu ertheilenden Verfügungen betr. — Gemeiner Bescheid des herzogl. Landes-Ger. v. 16. Febr. 1826. (Br. Anz. v. 1826. Nro. 16.) — Desgl. v. 10. März 1828. (Br. Anz. v. 1828. Nro. 27.)

Detail-Handel in der Braunschweigischen Messe.

S. Messe, Gros- und Detail-Handel, auch Zahlung der Wechsel in derselben.

Diäten der fürstlichen Bedienten.

Die hierher gehörigen ältern Verordnungen *) sind theils antiquirt, theils durch neuere Bestimmungen aufgehoben.

cf. Neue Sportal-Ordnung v. 10. Mai 1835. — Verordnung v. 8. Octbr. 1835, die Festsetzung der Zehrungskosten der Beamten und Actuarien bei Reisen in Official-Sachen betr. — Verordn. v. 4. Januar 1837, die Ergänzung der Verordn. v. 8. Octbr. 1835 betr.

Diäten der Physici.

S. Physici.

Diebe, Ertappen derselben in Braunschweig.

Nach landesf. Verwilligung soll derjenige, welcher sowohl in als außer der Messe einen Dieb über der That ertappt, so, daß solcher inhaftirt und des Diebstahls überführt werden kann, ein Douceur von 25 Thlr. haben. Bekanntmachung des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 18. Januar 1799. (Br. Anz. v. 1799. Nro. 7.)

S. auch: Messen, Diebereien auf denselben.

cf. Bekanntmachung der Polizei-Direction zu Braunschweig v. 3. Febr. 1814, (Br. Anz. v. 1814. Nro. 11.) welche nachher alljährlich zur Messzeit in Erinnerung gebracht ist.

Diebesbanden, Verfolgung derselben.

S. Criminal-Sachen, Convention in Betreff derselben.

Diebesgesindel.

S. Betteljuden — Bettler — Fremde und Durchreisende — Zigeuner — General-Visitationen.

Diebstahl.

S. Haus-Diebstahl — Bediente und Boten, ungetreue — Bergwerke, Diebereien auf denselben — Baumaterialien — Feld- und Garten-Dieberei — Fisch-Dieberei — Mühlen-Diebe — Chaussee-Steine — Ackergeräthschaften — Obstbäume — Holz-Dieberei — Pferde-Diebstahl — Wild-Diebe — Messen, Diebereien auf denselben — Wochen-Märkte in Braunschweig — Laternen-Wesen in Braunschweig — Einbrüche und Diebereien in Braunschweig — Gestohlene Sachen — Geständniß in peinlichen Sachen — Brennholz, Anfahren desselben für die fürstl. Hoffstätten und Magazine.

*) Die wichtigste derselben ist das Regulativ v. 23. März 1777, die Diäten-Gelder bei Commissionen der fürstl. Bedienten betr. (Schneiders Promptuarium Th. 3. p. 280.)

Diehlen, Beziehen derselben bei Beerdigungen in Braunschweig.

§. Beerdigungen in Braunschweig.

Diehlen-Preise.

Die Unterthanen sollen das Bauholz, Diehlen und Latten um ein Billigmäßiges vor den Fremden haben. Landtags-Abfch. v. 27. Januar 1619. Art. 15.

cf. Landesf. Refcr. v. 7. April 1826. (Bege I. p. 87.)

Dienst-Abrechnung.

Alle Beamte und Rechnungsführer, welche einige Dienstgelder zu erheben haben, sollen, sie haben die Dienstgelder gepachtet oder nicht, mit einem jeden dienstpflichtigen Unterthan, und zwar bei den Aemtern, da es hergebracht, von Petri zu Petri, oder bei den andern und mehrsten Aemtern von Ostern zu Ostern, jedoch jederzeit halbjährlich, als bei den erstern von Petri Cathedra bis Bartholomäi, und von Barth. bis Petri Cath., bei den letztern aber von Ostern bis Michaelis und von Michaelis bis Ostern, im Beisein des Justitiarii ordentlich Abrechnung halten, zu dem Ende einem jeden Unterthan ein Quitanz-Buch zustellen, wie viel Tage ein jeder in natura geleistet, oder mit Gelde, auch wie hoch bezahlt habe, nebst Beisehung des termini a quo et ad quem darin notiren, den Leuten darüber selbst quitiren und zu mehrerer Gewißheit, daß solches geschehen, die von ihnen geführten Manual-Abrechnungen nebst einigen Quitanz-Büchern dem jedesmaligen zu verordnenden Landgerichts-Commissario vorlegen. Landesf. Verordn. v. 5. Januar 1741. *)

Da die bei den fürstl. Aemtern angestellten Justitiarien bei den Dienst-Abrechnungen zugegen und solche mit unterschreiben müssen, so sollen dieselben auch aus den Dienst-Manualen extrahiren und den Ober- und Beamten eine beglaubigte Specification zustellen, was für resp. Spann- und Hand-Dienste zu dem Wildfahren und Wildtragen, wie auch zu Wegtragung der Briefe und Acten zu den Vormund-Landgerichten, ingleichen in criminalibus und andern herrschaftlichen und Amts-Verrichtungen verbraucht worden, womit denn die Ober- und Beamte ihre Rechnungen zu justificiren haben. Umlauf fürstl. Cammer v. 7. Septbr. 1753.

§. auch: Dienste — Dienstgeld.

cf. Refcr. fürstl. Cammer v. 24. Novbr. 1820. (Bege I. p. 41.)

Dienstbarkeit.

§. Servitus etc.

Dienstbeschwerden.

Nachdem einiger Zweifel entstanden, ob und wie weit die Beschwerden der Amts-Unterthanen über die von den Beamten ihnen abgeforderten Dienste, zuvor sie bei fürstl. Cammer untersucht worden, bei fürstl. Justiz-Canzlei und Hofgerichte zu richterlicher Discussion und Entscheidung gezogen werden können, auch ob nicht nach dem letzten §. des unterm 5. Decbr. 1722 **) publicirten Dienst-Reglements dergleichen Beschwerden lediglich bei fürstl. Cammer auszumachen wären, so wird declarirt und verordnet:

1) In allen Fällen, wenn jemand durch die Anforderung eines Beamten in Dienstsachen beschwert zu sein glaubt, soll selbiger, ehe er gerichtlich klagt, den Vorfall der fürstl. Cammer anzeigen und bei derselben um Remedur ansuchen, und sodann erst, wenn nurgedachte fürstl. Cammer des Beamten Befahren

*) §. Landesf. Circular-Refcr. v. 13. Juli 1786. §. 9 unter »Dienste-.

**) §. Dienste.

fahren billigt, oder binnen einer Zeit von 14 Tagen bis 4 Wochen ihm keine Resolution ertheilt, an die Justiz-Collegien sich zu wenden befugt sein. Wenn aber die fürstl. Cammer die angebrachten Dienstbeschwerden per resolutionem mißbilligt, so soll in dieser zugleich der Commissarius, welchem die Untersuchung der denunciirten Facten aufgegeben worden, bekannt gemacht werden, welcher denn in den nächsten 14 Tagen, und wenn das Amt, worunter die Querulanten wohnen, über 4 Meilen von Braunschweig entfernt ist, in den nächsten 3 Wochen, dafern aber die Cammer-Resolution kurz vor oder in der Saat- und Erndtzeit ertheilt würde, in den nächsten 6 Wochen die geklagten Facta gründlich zu untersuchen, und wenn solches geschehen, in den nächsten 8 Tagen an die fürstl. Cammer davon Relation zu erstatten, diese aber ohne Aufschub die Dienstbeschwerden abzuthun, den Beamten zu bedeuten, und wenn der Erceß von Wichtigkeit sein sollte, an den Landesfürsten selbst zu dessen Ahndung zu referiren hat. 2) Die Justiz-Collegien sollen gleich bei dem Beginnen des Processus dahin sehen, daß in dem Libelle kein Klagepunkt enthalten, der in dem Dienst-Reglement bereits entschieden, und wenn es geschieht, den Libell nicht nur gleich zurück geben, sondern auch den Advocaten, welcher contra legem libellirt, in sechs Thaler und den Procurator, der solche Klage unterschrieben, in drei Thaler Strafe nehmen. 3) Wenn nun in dem Dienst-Reglement die Entscheidung für die fürstl. Cammer nicht befindlich ist, so ist Termin zum Verhör anzusetzen, zu welchem, wenn auch die Klage nur gegen den Beamten gerichtet, der Cammer-Fiscal gleich mit vorzuladen, welchen die fürstl. Cammer ohnfehlbar hinlänglich zu instruiren, das Justiz-Collegium sodann die Sache möglichst zum Vergleiche einzuleiten, bei dessen Entstehung aber dieselbe solcher Gestalt zu instruiren hat, daß, Falls nicht noch Beweis zu führen, nächstens gesprochen werden könne. Damit auch der Cammer-Fiscal die benöthigte Instruction von der fürstl. Cammer einzuholen im Stande ist, so soll der Querulant schuldig sein, demselben citationem juncto libello wenigstens 14 Tage ante terminum injunquiren zu lassen. 4) Sollte übrigens bei den fürstl. Justiz-Collegien oder bei der fürstl. Cammer selbst über den sensum des Dienst-Reglements ein Zweifel entstehen, so ist von denselben sogleich höchsten Orts anzufragen, ein Gleiches auch von der fürstl. Cammer zu beobachten, wenn dieselbe das Dienst-Reglement für die Querulanten zu hart finden sollte. Landesh. Verordn. v. 16. Januar 1756.

Unterm 9. Septbr. 1794 ist diese Verordnung durch wörtliche Wiederholung erneuert und anderweit durch den Druck bekannt gemacht. (Br. Anz. v. 1794. Nro. 75.)

cf. Verordn. v. 19. Febr. 1814, nähere Beziehungen der Kreis-Gerichte in Hinsicht auf die Polizei- und Verwaltungs-Gegenstände betr., §. 12. — Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 12.

Dienstboten.

E. Gefinde.

Dienstboten-Abschiede.

Die Dienstboten-Abschiede und Zeugnisse werden jetzt in die Gefinde-Bücher eingetragen: f. Gefinde-Ordnung v. 15. Octbr. 1832. §. 4.

Dienste.

So viel die Dienste belangt, ist die Sache kraft der zu Gandersheim den 15. und 16. Juni 1572 gethanen und eingenommenen Erklärung dahin gerichtet, daß die, so sonderliche Dienste bedingt oder sonst von Alters beständig hergebracht haben, vermöge aufgerichteter Verträge und alten Herkommens dabei bleiben, die andern Unterthanen aber, welche innerhalb 30 Jahren von Trinitatis anno 86 zurück gerechnet, zwei oder mehr Tage wöchentlich gebient haben, hinfüro wöchentlich über zwei Tage zum Dienste nicht gefordert, oder wenn es in Saat- oder Erndt-zeiten, oder sonst aus erheischender dringender Noth

zum Behufe des Landesfürsten (aber nicht in andern Wegen) etwa drei oder zum Höchsten vier Tage geschehen müßte, (damit gleichwohl die armen Leute das Ihrige auch bestellen und einbekommen, auch jedes Mal sowohl in als außer der Saat- und Erndte-Zeit auf einmal derselben nicht mehr beschieden werden mögen, als zur Verrichtung der Arbeit nöthig und daß wegen ihrer Vielheit einer den andern nicht verhin- dert, und sie immittelst vergeblich aufwarten und das Ihrige versäumen) alsdann ihnen die übrigen Tage in den folgenden nächsten Wochen von den fürstl. Beamten bei Vermeidung unnachlässiger Strafe gekürzt und von niemandem zugleich Hand- und Acker-Dienste außer, was in etlichen Aemtern in der Erndtezeit über 30 Jahre von Trinitatis anno 86 zurückgerechnet hergebracht, gefordert, auch den armen Leuten (die dann zur rechten Zeit zum Dienste kommen und wieder abziehen sollen) des Mittags ihre Ruhe- und Speisezeit gegönnt und dem Landesfürsten billig freigelassen werden soll, wenn und allda es die Nothdurft nicht erforderte, die Diensten nichts zu thun haben und also die armen Leute damit verschont würden, welches alle und jedes Jahr in des Landesfürsten Gefallen steht, alsdann für solche Dienste ein ziemliches Dienstgeld, nämlich jede Woche von einem Ackermanne 15 Mgr., von einem Köther aber 2 Mgr. und von einem Halbpänner achtehalb Mgr. zu fordern und zu nehmen.

Dieweil aber hierbei auch geklagt worden, daß in etlichen Aemtern, als Lichtenberg, Wohl- denberg, Wittenburg und Steinbrück einige Leute Dienstgeld geben und nichts desto weniger so viel als andere dienen müssen, ist dieser Artikel dahin verabschiedet, daß solches Dienstgeld künftig gänzlich erlassen werden, dagegen aber die Leute, welche dasselbe bisher gegeben, gleich andern Unterthanen wöchentlich zwei Tage zu dienen, oder, da man des Dienstes nicht von Nothen, ein ziemlich Dienstgeld dafür, wie ob- steht, zu entrichten schuldig sein und also mit den armen dienstpflichtigen Leuten eine durchgehende Gleich- heit gehalten, auch keiner vor dem andern mit den Diensten beschwert, gleichwohl aber den Leuten, wenn ihnen der Dienst angekündigt, sich mit oberwähntem Dienstgelde abzukaufen nicht freigelassen werden, son- dern sie den angekündigten Dienst ohne Weigerung zu thun pflichtig sein sollen, darüber mit Dienstgeld oder Diensten, wie auch mit Land- und andern Fuhrn (jedoch die Kornfuhrn zum Hoflager, wie auch die Wollenfuhr also, daß gleichwohl die Leute zu ungelegener Zeit damit nicht beschwert werden, ausbe- schieden) über vier oder zum Höchsten fünf Meilen, da sie dieselben in einem Tage werden erreichen kön- nen, nicht beschwert, und ihnen dagegen zwei Tage an ihrem ordinären Dienste eingelassen, wie auch die Kornfuhr zum Hoflager und Wollenfuhr nach Weite des Weges ihnen daran gekürzt, in alle Wege aber die armen Leute einer vor dem andern nicht, sondern ein jeder nur, nach dem er bespannt, beladen werden soll; würden auch etliche Leute andern mehr, als an die fürstl. Häuser dienen, so soll hierin proportionabiliter die Gleichheit gehalten und die Dienste also ausgetheilt werden, daß von den fürstl. Beamten andere, so zu den Diensten befugt, nicht zurückgesetzt werden, sondern ihre Dienste zu rechter Zeit auch gebrauchen mögen. Landtags-Absch. v. 3. Juni 1597. Art. 1.

Wenn Leinwandmachen, Schwingen, Spinnen, Kräuterlesen, Brieftragen, Botenweishen oder dergleichen operae zu des Landesfürsten Behuf zu gebrauchen sind und an den ordinären Diensten abge- hen werden, haben sich die Unterthanen dessen nicht zu beschweren, noch hierin dem Landesfürsten, wie und wozu derselbe die Dienste gebrauchen will, Zeit und Maas vorzuschreiben; würde sich aber befinden, daß die Beamten dergleichen Dienste nicht zu des Landesfürsten, sondern zu ihrem eigenen Privat-Nutzen, wie geklagt worden, anlegen, so sollen dafür die Schuldigen nach Befinden andern zum Abscheu mit verdienster Strafe nach des Landesfürsten Willkühr belegt werden. Ebenas. Art. 8.

Die Art. 1 des Salzbadlumschen Landtags-Abschiedes gemachte Vorsehung ist nochmals bestätigt, und dabei verordnet, daß dem zuwider die Dienstherrn an habenden Diensten von den Beamten nicht verhindert, und diese Leute zur Unzeit, und wenn sie allbereits von andern zu Dienste aufgefordert, zur Emulation und unnöthiger Weise und, da es geändert werden kann, von den Beamten und Voigten

nicht aufgeboden, auch wider das Herkommen mit neuen, unzeitigen oder höhern und schweren Diensten vor andern Amts-Untertanen nicht belegt werden sollen. Wolfenb. Landtags-Abschied v. 27. Januar 1619. Art. 17.

Die Spann- und Hand-Dienste sollen des Morgens im Sommer um fünf und des Winters um sieben Uhr mit tüchtigen vollständigen Personen, nicht aber mit Jungen oder Mägdelein sich einstellen und des Abends bei Sommers-Zeit um sechs, des Winters aber nach vier Uhr, und nicht eher von der Arbeit wieder abgehen, sonst die untauglichen Personen wieder nach Hause verwiesen, das Dienstgeld für denselbigen Tag bezahlt und noch dazu 1 Fl. Strafe erlegt werden soll. Allgem. Landes-Ordn. Art. 34.

Die Beamten sollen keine Herrendienst-Führen in ihren Privat-Nutzen gebrauchen, noch dienstpflichtige Unterthanen aus dem Dienstgelde setzen. Landesf. Verordn. v. 3. Febr. 1651. (S. Woltereds kurzen Begriff Braunschw. Wolfenb. Landes-Ordn. p. 88.)

Alle Ungleichheit bei Bestellung der Herrendienst-, Reihe- oder Jagd-Führen ist bei willkürlicher Strafe verboten, und sollen die Beamten und Voigte des Falls alles Eigennutzes, den einen zu verschonen und den andern zu übernehmen, und was dergleichen mehr vorgegangen, allerdings sich enthalten und sich so erweisen, daß niemand mit Fug über sie klagen könne. Landesf. Verordn. v. 22. Februar 1656. *)

Die Beamten, Amtschreiber, Vogtrefen und Voigte sollen sich nicht unterstehen, von den Herrendiensten eigenen Gefallens zu disponiren, andern zur Ungebühr damit zu willfahren, zu ihrem selbst-eigenen Ackerbau und anderm Behuf die herrschaftlichen Hand- und Spann-Dienste zu gebrauchen. noch zu dem Ende dieselben eigenmächtig aus dem Dienstgelde zu setzen sich gelüsten lassen, welches alles dem Edicte v. 3. Febr. 1651 zuwider läuft. Es soll demnach niemand weder Hand- noch Spann-Dienste, oder auch Bitt- und Reihe-Führen ohne landesfürstlichen oder fürstl. Regierung Special-Befehl, so wenig für sich als andere, es mögen gleich dieselben sein, wes Standes und Wesens sie wollen, nehmen und gebrauchen, noch daß dieselben, unter was Prätext es auch wolle, genommen und gebraucht werden, verstatten, die Beamten auch bei den ihnen untergebenen Voigten und Vogtrefen des Falls eine genaue scharfe Aufsicht haben, so lieb einem jeden ist, höchste Ungnade und schwere unnachbleibliche Bestrafung zu vermeiden. Landesf. Verordn. v. 6. Mai 1667.

Die Beamten sollen künftig nicht allein die ordinairn Dienste und Burgfesten, so nicht verpachtet, sondern auch alle extraordinairn Dienste, als Kriegs-, Jagd- und Riege-Führen, oder wie sie sonst heißen mögen, specificce verzeichnen und berechnen und die auf Befehl verbrauchten und in den Registern zum Abgange gesetzten Dienste, so viel immer möglich, mit Befehl und andern Belegscheinen verifiziren, auch in Bestellung sowohl der ordinairn als extraordinairn Dienste die Unvermögliamen und schlecht Bespannten nicht allein zum wirklichen Dienste gebrauchen, die Vermögliamen und Wohlbespannten aber in Dienstgeld setzen, auch in der Dienstleistung selbst eine solche billigmäßige Eintheilung beobachten, damit keiner vor dem andern beschwert oder übersehen wird. Die Kriegs- und Reihe-Dienste sind billig der Gestalt einzutheilen, daß dazu die Amtsdörfer nicht allein, sondern auch die in jedem Amte oder Districte belegenen Klöster und Junker-Dörfer mit dazu gezogen und also kein Ort vor dem andern darunter prägravirt noch verschont werden mag. Amts-Cammer-Ordn. v. 1. Juli 1688. Art. 25.

Die administrirenden Beamten sollen keine Spann- und Hand-Dienste, außer des Landesfürsten eigenen Geschäften, weder für sich selbst noch andere, es sei zur Bitte oder für Dienstgeld, auf einigertei

*) Diese Verordnung enthält zugleich Bestimmungen wegen der Erhebung und Collection der Contribution und wegen der Bestrafungen außer Landgerichte.

Weise gebrauchen, es sei denn auf landesherrlichen oder der Cammer ausdrücklichen schriftlichen Befehl. Ebendas. Art. 26.

Es sollen mit den Unterthanen entweder Dienstbücher oder Kerbstöcke gehalten und der abgestattete wirkliche Dienst von Wochen zu Wochen darauf gezeichnet oder geschnitten werden. Ebendas. Art. 27.

Wenn ein im Dienste stehender Unterthan mit Vorwissen des Amt- oder Pachtmanns vom Dienste zurück bleibt, so soll nach Endigung des Monats das Dienstgeld von ihm abgefordert und so von Monat zu Monat Richtigkeit getroffen, und die Unterthanen nicht mit doppelter Dienstkraft belegt werden. Ebendas. Art. 27.

Wenn die Dienstleute in der Saat- und Erndte-Zeit bei vorfallender Veränderung der Gewitter die Dienste nicht verrichten können, so soll ihnen solcher entweder bei Zeiten abgesagt, oder sie, wenn es practicabel, zu anderer Arbeit gebraucht und unverrichteter Sache nicht wieder zurückgelassen, oder aber hernach so viel früher aus dem Dienste beurlaubt werden, als sie vorhin durch das vergebliche Hin- und Herziehen an ihrer eigenen Arbeit versäumen müssen. Ebendas. Art. 28.

Die Amt- und Pachtleute sollen die Dienste nicht bis auf die Saat- und Erndte-Zeiten, da die Unterthanen selbst mit dem Ihrigen zu thun haben, aufsummen lassen, sondern das ersparte Dienstgeld dafür zu nehmen schuldig sein; dahingegen sollen die ungehorsam zurückbleibenden oder auf andere Tage nach Gefallen kommenden für einen Spann-Dienst in der Erndte- und Saat-Zeit für jeden Tag einen Thaler, außer solcher Zeit einen Mßl. und für einen Hand-Dienst ohne Unterschied 10 Mgr. zur Strafe erlegen und dazu nachdienen. Ebendas. Art. 29.

Häuslings-Dienste sollen die Beamten und Voigte nicht *pro accidenti* haben, sondern sie sollen berechnet werden. Ebendas. Art. 30.

Die Dienstpflichtigen, welche den Dienst wirklich ableisten, sollen dabei gelassen und ihnen nicht zugleich das Dienstgeld abgefordert, hingegen diejenigen, welche in Dienstgeld gesetzt sind, mit den wirklichen Diensten nicht beschwert werden. Landtags-Absh. zu Wolfenbüttel v. 28. Juni 1702. Art. 11.

Obwohl in der Landes- und Cammer-Ordnung, imgleichen in dem Landtags-Abshiede von 1597 verordnet ist, wie es mit Abstattung und Bestellung der Spann- und Hand-Dienste in den fürstl. Aemtern zu halten, so ist solchen Ordnungen sowohl von den Pachtbeamten, als von den Dienstpflichtigen bisher wenig nachgelebt, vielmehr auf viele Weise und Wege dawider contravenirt worden, diese sind auch, wenn sie eine Zeit lang zu ihrer mehreren Conservation mit den Diensten verschont, wohl gar auf den Gedanken einer gänzlichen Befreiung, oder einer nach ihrer Convenienz sich selbst formirten Art des Dienstes gerathen. Um diesem Unwesen zu steuern und da vorerwähnte Verordnungen in den wenigsten Händen sein sollen, ist nachfolgendes Dienst-Reglement erlassen:

1) Die Beamten, oder diejenigen, welchen auf gewisse Jahre einige Dienste verschrieben oder überlassen worden, sollen die Ackerleute oder Bürgermeyer zwei Tage, die Halbspänner einen Tag, die Roth-Leute zwei Tage wöchentlich dem Landtags-Abshiede de anno 1597 gemäß, die Brinkfeger aber einen Tag und die eingemiethteten Häuslinge einen halben Tag *ordinarie* und mehr nicht dienen lassen, solchen Dienst auch *in natura* von denselben erigiren, es sei denn, daß der eine oder andere von solchen dienstpflichtigen Unterthanen ein *privilegium exemptionis* vorzuweisen hätte, oder fürstl. Cammer in den mit den Pachtbeamten getroffenen Contracten, oder sonst zum *Soulagement* der Dienstpflichtigen ein Anderes bereits disponirt, oder in Zukunft noch disponiren würde, welches *beneficium* aber, sobald die Leute eine Gerechtigkeit daraus zu machen trachten, sofort cessiren soll; wie denn auch diejenigen Spann- und Hand-Dienste, so Herzog Anton Ulrich hierüber von dem Fürstenthume Zelle erhalten, zum Theil zu erimiren sind, und bleibt es denselben ferner bei derjenigen Dienstleistung, wie es jeden Orts hergebracht.

2) Wird den Beamten bei willkürlicher Bestrafung hiermit nochmals ernstlich verboten, propria auctoritate und ohne fürstl. Cammer Vorwissen jemanden der dienstpflichtigen Unterthanen, wer es auch sei, mit der wirklichen Dienstleistung zum Theil oder ganz zu übersehen und zu verschonen, noch weniger einen Halbspanner-Dienst in einen Roth-Dienst zu verwandeln, sondern pflichtmäßig dahin zu sehen, daß von allen und jedem der schuldige Dienst gehörig erfolgen, auch solcher nach der Reihe und Ordnung von ihnen prästirt, keiner aber vor den andern prägravirt werden möge.

3) An welchen Orten die dienstpflichtigen Leute über solchen ordinairn Dienst noch extraordinaire Dienste, es seien Burgfesten oder Erndte-Dienste, mit dem Spanne oder der Hand, item Heuführen oder Hufe-Zahlpflügen, imgleichen das Hede-spinnen, wo es hergebracht, zu prästiren schuldig sind, sollen sie solche zwar unweigerlich mit verrichten, jedoch die Pachtbeamten und diejenigen, welchen die Dienste aus Gnaden oder sonst verschrieben, gehalten sein, dieselben an den Tagen, da sie den extraordinairen Dienst, oder in der Woche, da sie das Hufe-Zahlpflügen verrichten, mit dem ordinairn Dienste zu verschonen.

4) Sollen die Beamten und welchen die Dienste auf gewisse Zeit verschrieben, die Dienste nicht aufsummen, noch selbige bei Saat- und Erndte-Zeiten, da die Unterthanen ohnehin genug mit dem Ihrigen zu thun haben, nachdienen lassen, oder auch selbige wider ihren Willen nöthigen, auf den neuen Dienst in Vorrath zu dienen, sondern das ersparte Dienstgeld nach dem Fuße, wie es an jedem Orte hergebracht, im Fall die Dienste nicht wirklich verbraucht werden, dafür zu nehmen gehalten sein.

5) Weil auch die Dienstleistung ein Mehreres importirt, als das den Unterthanen zum Besten gesetzte Dienstgeld beträgt, so hat fürstl. Cammer das Pachtgeld dafür billig in höhern Anschlag gebracht, die Pächter aber sind keinesweges befugt, im Falle die Unterthanen nicht wirklich dienen, ein Mehreres, als in obangezogenem Landtags-Abschiede determinirt, und wie es jeden Orts hergebracht, von denselben zu nehmen. Wenn der Landesfürst aber zu eigenem Behufe die verpachteten Dienste von Nöthen hat, oder selbigen solchen auf eine Zeit lang remittirt, haben sie das surplus, was ihnen darüber in Anschlag gebracht, der fürstl. Cammer anzurechnen.

6) Keinem Pächter ist erlaubt, die verpachteten Dienste anders als behuf des Amts-Haushalts zu verbrauchen, oder solche einem tertio ohne fürstl. Cammer Vorwissen wieder zu überlassen und zu verpachten. Es soll auch kein Beamter zu seinem Privat-Nutzen, e. gr. zu Erbauung eines Hauses in der Stadt oder auf dem Lande, oder zu Bestellung seines eigenen Ackers, oder zu Verführung erhandelten Kornes und dergleichen die Dienste verbrauchen, oder wenn er solches thun würde, ernstliche Bestrafung, auch wohl gar, wenn der Mißbrauch zu groß, der Entsetzung seines Dienstes gewärtig sein; wie denn auch keine Wittfuhren verstattet werden sollen.

7) Als der Landesfürst auch mit Mißfallen hat vernehmen müssen, daß Beamte, Pächter oder die von ihnen dependirenden Verwalter, Schreiber und Voigte die dienstpflichtigen Unterthanen öfters mit Schlägen tractiren und durch böse Verleitungen sich vielleicht persuadiren lassen, als ob ihnen bei dem Dienstwesen ein Mehreres als fürstl. Cammer selbst competirt, daher wohl dahin gebracht werden, den in den Pacht-Contracten ihnen auf gewisse Maaße verschriebenen Dienstzwang zu mißbrauchen, auch solcher Gestalt zu excediren und die Leute auf gut Aegyptisch zu tractiren, so befehlet der Landesfürst denselben insgesammt, sich des Prügels und aller Excesse gänzlich zu enthalten, widrigen Falls die Beamten mit schwerer Geldstrafe belegt, die Schreiber und Voigte aber, dem Befinden nach, mit dem Gefängniß in dem Philippsberge bestraft werden sollen.

8) Die Bestellung der Spann- und Hand-Dienste sollen die Beamten und diejenigen, welchen die Dienste auf gewisse Zeit verschrieben, (bei dem Amte Wolfenbüttel bleibt es bei der bisherigen Bestellung und Ansetzung der Dienste auf dem Regiment) folgender Gestalt verrichten lassen:

- a) Sollen dieselben den Dienst des Tages vorher und ehe es zu spät auf den Abend kommt und zwar nach der Reihe bestellen, keinesweges aber, wie bisher an einem und andern Orte wohl

geschehen, die Wohlhabenden, so etwas dafür geben können, ins Dienstgeld setzen, die Geringeren aber dienen lassen.

b) Wie sie denn auch den dienstpflichtigen Leuten dabei ansagen zu lassen, worin die Dienstleistung bestehen solle.

c) Muß die Bestellung durch den beeidigten Voigt oder schriftlich geschehen, solcher Gestalt, daß die Einhändigung des Zettels an den Bauernmeister des Dorfes könne bescheinigt werden.

9) Wenn nun die Dienstbestellung solcher Gestalt verrichtet, sollen die Spann- und Hand-Diensten des Morgens darauf im Sommer um 5 und des Winters um 7 Uhr mit tüchtigen Personen, nicht aber mit Jungen oder Mädchen sich einstellen, und des Abends bei Sommerzeiten um 6, des Winters aber nach 4 Uhr wieder abgehen, sonst die untauglichen wieder nach Hause verwiesen, das Dienstgeld für denselben Tag bezahlt und noch dazu 1 Mfl. Strafe erlegt werden soll. Hingegen sollen denselben des Sommers zwei und des Winters eine Ruhestunde gegönnt werden.

10) Sollen die Spann- und Hand-Dienste die zu den ansehnlichen Diensten benötigten instrumenta rustica, als Wagen, Pflug, Eggen, Dreschflegel, Mistforken und Haken, mitbringen, den Wagen nicht beengen, sondern bei zu verrichtenden Mistfuhren mit zwei oder einer Mistflehde und einem Brette, bei Erndte- und Heufuhren aber mit tüchtigen Erndtleitern besetzen, den Pflug tüchtig befeilen, auch so oft es nöthig ist, schärfen und die Eggen mit guten Zacken versehen lassen. Wer dawider handelt, soll von den Beamten, so oft ers thut, zur Broge geschrieben und auf dem Landgerichte dafür mit 10 Mgr. bestraft werde. Es wird aber auch den Beamten ernstlich und bei Vermeidung schwerer Bestrafung hiermit befohlen, den Amts- und Kornschreibern, oder wem sie sonst die Aufsicht über die Dienste anvertrauet, nicht zu gestatten, daß sie den armen Unterthanen den Mist, wie bisher an etlichen Orten geschehen, mit den Füßen auf den Wagen trampeln, oder bei Heu- und Kornfuhren in der Erndte sie über die Gebühr beladen, gestalt wenn darüber Klage einlaufen sollte, fürstl. Cammer solches nach der Rigueur untersuchen zu lassen und zu bestrafen hat.

11) Es sind zwar die Spann-Diensten regulariter mit 4 Pferden, wenn sie auch nur zum Pflügen bestellt werden, auf den Dienst zu kommen schuldig; sollte es sich aber begeben, daß einer oder der andere von ihnen nur 3 Pferde oder nur 2 hätte, und des Vermögens nicht wäre, sich mehr Pferde anzuschaffen, auf den Fall soll der Pächter zufrieden sein, wenn der Dienstpflichtige so viel Pferde anspannt als er hat, und womit er seine eigene Länderei bestellt. Wie denn auch diejenigen Beamten, in welchen Aemtern entweder mit Ochsen, oder mit Pferden und Ochsen zugleich gepflügt und gefahren wird, damit begnügt sein sollen, wenn der Dienstmann kein schlechteres Spann zum Herrendienste bringt, als er bei der Bestellung seines eigenen Ackers gebraucht, gestalt fürstl. Cammer bei Anschlagung der Dienstgelber auf dieses geringe Spannwerk bereits Reflection genommen.

12) An den Orten, wo bisher von den dienstpflichtigen Unterthanen täglich eine gewisse Morgenzahl gepflügt und auf die Amtsbreiten, nach dem sie vom Amte entlegen, eine gewisse Fuderzahl Mist an- und eine gewisse Fuderzahl Korn abgefahren worden und die Hand-Dienste eine gewisse Schockzahl an Garben gedroschen, soll es, weil es die Leute selbst, um ein Gewisses hierbei zu haben, gern geschehen lassen, vor der Hand also dabei bewenden bleiben. Es sollen aber die Beamten und Pächter an den Orten, da dieses von ihren Vorfahren eingeführt, diesen Dienst durch Ueberladung an Mist und Korn, oder durch übermäßige große Garben nicht noch schwerer machen, sondern hierbei in alle Wege auf die Conservation der Unterthanen sehen. Der Landesfürst behält sich auch vor, nach Ablauf ihrer Pachtjahre dieses nach Gefallen zu ändern, und alles auf den Fuß des 31. §. der Landes-Ordnung einrichten zu lassen. Es sollen aber auch die Spann-Diensten bis dahin solchen Dienst unweigerlich verrichten, und die Rothleute, die ihnen zum Dreschen von der Banse heruntergeworfenen Garben rein ausdreschen, oder gewärtigen, daß, wenn bei der Befichtigung des Strohes sich ein und anderes befinden sollte, sie nicht nur mit

5 Mgr. auf dem Landgerichte in Strafe genommen, sondern auch zu Nachdreschung des Strohes, ohne daß ihnen dafür etwas an dem Herrendienste gekürzt werde, angehalten werden.

13) Und obwohl die Spann- und Hand-Diensten den ihnen angefügten Dienst ohnweigerlich zu leisten schuldig sind, so sollen doch die Ackerleute und Bürgermeier über 4 oder 5 Meilen solchen zu prästiren nicht angehalten, die Halbspänner aber mit weiten und schweren Reisen verschont werden.

14) Wenn ein Spann- oder Hand-Dienste den ihm angefügten Dienst unterlassen, und der Beamte, daß er ihm solchen, Inhalts des §. 8 dieses Dienst-Reglements, ansagen lassen, gehörig bescheinigen kann, der Dienstmann aber wegen gegründeter Ursachen sich nicht entschuldigen lassen, so soll er dieserhalb nicht nur zur Broge gesetzt, und auf dem Landgerichte bestraft werden, sondern auch schuldig sein, wenn es verlangt wird, des andern Tages sofort nachzudienen; dafern er aber auch sodann den restirenden Dienstag nicht prästirt, so soll der Beamte oder Pächter statt seiner Lohndienste zu nehmen und, wenn es ein Spann-Dienst, für jeden Tag in der Erndte- und Saat-Zeit 1 Thlr., außer solcher Zeit aber einen Mfl., wenn es aber ein Hand-Dienst ist, ohne Unterschied 10 Mgr. zu erigiren befugt sein.

15) Wenn auch von den Unterthanen nicht wenig Klage geführt worden, daß sie oftmals in Saat- und Erndte-Zeiten, bei eingefallenem veränderlichen Wetter unverrichteter Sache wieder nach Hause ziehen oder gehen müssen und dennoch völlig nachzudienen angehalten worden, solches aber den armen Leuten sehr beschwerlich und wider die Billigkeit ist, also sollen dieselben bei solchen Begebenheiten, und wenn ihnen der Dienst nicht bei Zeiten abgesagt worden, oder sie sonst nicht an dem Orte, wo das Amt belegen, wohnen, und also ohne Incommodität in ihre Häuser und an ihre eigene Arbeit zurückkehren können, entweder, so es practicabel, zu anderer Arbeit gebraucht, und unverrichteter Sache nicht wieder zurück gelassen, oder hernach so viel früher aus dem Dienste gelassen werden, als sie vorhin durch das vergebliche Hin- und Herziehen und Gehen an ihrer eigenen Arbeit verhindert worden.

16) Sollen die Beamten und Pächter mit den Dienstpflichtigen Dienstbücher oder Kerbstöcke, wie es die Leute begehren, halten, gestalt sie darunter die Wahl haben sollen und den wirklich abgestatteten Dienst an dem Tage, an welchem er verrichtet, verzeichnen, oder aber auf den Kerbstock schneiden, damit alle Unrichtigkeit um so mehr vermieden werden möge.

17) Es sollen auch den Dienstleuten die Proben in der Größe und Masse, wie es von Alters her auf einem oder anderm der fürstl. Ämter hergebracht, unweigerlich von den Beamten und Pächtern gereicht, auch diejenigen, so die armen Leute dabei verkürzt, jedes Mal mit 10 Thlr. bestraft werden, und obwohl den Unterthanen frei steht, sich auf ein Gewisses an Korn darüber zu vergleichen, so sollen sie doch wider ihren Willen dazu nicht gezwungen, sondern auch hierunter denselben die freie Wahl gelassen, auch wo es hergebracht, reines und gesundes Getränk, imgleichen an den Orten, wo es gebräuchlich ist, nach der Erndte die gewöhnliche Erndte-Mahlzeit nach wie vor gereicht werden.

18) Endlich sollen die Beamten und Pächter, welchen von fürstl. Cammer der Dienstzwang verschrieben, die Saumseligen und Ungehorsamen auszuspänden, auch selbige dem Befinden nach mit dem Gefängniß auf einen Tag zu bestrafen, zwar befugt bleiben, dabei aber in Acht nehmen, daß sie mit der Pfändung den Anfang keinesweges vom Viehe oder Ackergeräthe machen; sollten aber allzu grobe Excesse von den Dienstleuten begangen werden, ist solches an fürstl. Cammer zu melden, die solches untersuchen zu lassen, damit es auf dem Landgerichte gebührend bestraft werde, inmaßen die Beamten und Pächter für sich in dergleichen keine Bestrafung vorzunehmen, noch weiter, als in diesem Reglement verordnet, zu gehen haben.

Hierdurch wird der Zweck, nämlich die gehörige und mit der Conservation der Unterthanen compatible Ableistung des schuldigen Dienstes erreicht, und werden die über den Dienst entstehenden Streitigkeiten, wofern sie nicht von der Beschaffenheit sind, daß sie einer rechtlicher Ausmachung bei den Justiz-Collegien bedürfen, daraus leicht abgethan werden können. Sollte jedoch ein oder anderer Zweifel bei diesem oder jenem

Punkte vorkommen, so ist an fürstl. Cammer zu berichten und daselbst schleunigst abzuthun. Landesfürstl. Verordn. v. 5. Decbr. 1722.

Nach landesf. Declaration des Dienst-Reglements v. 5. Decbr. 1722. §. 9 soll der Sommerdienst v. 1. April bis letzten Septbr. und der Winterdienst v. 1. Octbr. bis letzten März gerechnet werden. Circular-Rescr. der fürstl. Cammer zu Braunschweig v. 2. Juni 1753.

Demnach einige in Dienstgeld gesetzte Unterthanen sich begeben lassen, als ob sie zur Leistung des wirklichen Dienstes nicht weiter verbunden wären, und hierbei Zweifel entstanden, ob nicht das Verjährungs-Recht in solchen Fällen Platz habe, wo das Dienstgeld seit einer Zeit, deren Anfang nicht ausständig zu machen, von fürstl. Cammer angenommen worden, so wird dasjenige, was dieserhalb längst ausgemacht und festgesetzt ist, hiermit abermals zu jedermanns Wissenschaft gebracht und solchemnach Verfügung gemacht. Zuvörderst hat es bei den früher eingegangenen Verträgen, dem Herkommen, insonderheit auch dem hin und wieder verglichenen und hergebrachten Erb-Dienstgelde sein unabänderliches Bewenden. Da aber, so viel das nach dem gewöhnlichen Fuße von den Dienstpflichtigen bisher abgeführte Dienstgeld betrifft, in dem Salzdhalmischen Landtags-Abschiede v. 3. Juni 1597 ausgemacht, daß dem Landesfürsten freigelassen werde, wenn die Nothdurft die Dienste nicht erfordere, also die armen Leute damit verschont werden können, welches in des Landesfürsten Gefallen stehe, für solche Dienste ein ziemliches Dienstgeld zu fordern und zu nehmen, solches nach Willkühr zu nehmende Dienstgeld auch nicht nur überhaupt in eben dem Landtage bestimmt, sondern auch darauf nach der genommenen Abrede die dienstpflichtigen Unterthanen catastrirt und befundenen Umständen nach hie und da in Dienstgeld gesetzt, eben dadurch aber auch ausgemacht und bestätigt worden, daß, wenn ihnen der Dienst angekündigt, sie den angekündigten Dienst ohne Weigerung zu thun pflichtig sein sollen, wie solches, ohngeachtet es bereits aus dem Obangeführten folgt, dennoch zu desto mehrerer Deutlichkeit in mehrberührtem Abschiede mit dürrer Worten verordnet, weshalb denn auch in dem Dienst-Reglement §. 1 mit Recht versehen, daß, sobald die Dienstpflichtigen aus der ihnen zu erzeigenden Wohlthat, daß sie mit dem wirklichen Dienste übersehen, eine Gerechtigkeit zu machen trachten, diese ihnen zum Soulagement disponirte Wohlthat aufhören soll, solcher Gestalt also die Natur des Dienstgeldes und der Ursprung dessen jetziger Verfassung nicht dem mindesten Zweifel unterworfen ist: als wird declarirt und verordnet, daß künftighin der so deutlichen Vorschrift dieses Abschiedes nachgegangen, solche durch keine ungleiche Auslegung mißdeutet noch dagegen diesem zuwiderlaufende Processse gestattet werden sollen. Wie solchemnach eines Theils die Annehmung des Dienstgeldes, auch wenn die Zeit, seit welcher sie in fürstl. Cammer für gut befunden, nicht zu erforchen wäre, allezeit eine willkührliche Sache ist und bleibt, andern Theils aber auch landesf. Gerechtsame durch Widerspenstigkeit gegen klare Gesetze und etwaige Nachlässigkeit der Bedienten nicht geschmälert werden darf, so wird insonderheit verordnet, daß so wenig die Annehmung des Dienstgeldes, auch seit undenklichen Jahren, aus einer willkührlichen Wohlthat eine Nothwendigkeit machen kann, als auch eben so wenig irgend ein in Dienstgeld stehender Dienstpflichtiger sich dadurch die Freiheit von wirklicher Dienstleistung erwerben mag, wenn er dem Landtags-Abschiede zuwider sich des Dienstes geweigert, und der Beamte, dem die Anordnung der Dienste anvertraut, darauf das Dienstgeld genommen oder doch den wirklichen Dienst nicht beigetrieben hat. Wenn aber die in dem mehrgedachten Landtags-Abschiede festgesetzte Verfassung lediglich auf die dem Landesfürsten zuständigen Dienste geht, so soll auch durch diese Verordnung den Befugnissen anderer, sie seien Dienstherren oder Dienstpflichtige, nichts gegeben oder genommen sein. Der Landesfürst ist übrigens weit entfernt, von den Unterthanen der Orte, wo die Umstände es nicht erfordern, die wirklichen Dienste verlangen oder denjenigen, welchen die Dienstleistung zu einer zu großen Last gereicht, die landesväterliche Hülfe und Erleichterung nicht angedeihen zu lassen, vielmehr soll, wie bisher, also auch künftig für alle den Umständen nach mögliche Milderung
bei

bei fürstlicher Cammer gesorgt werden. Landesfürstl. Verordn. v. 8. Octbr. 1767. (Br. Anz. v. 1767. Nro. 85.)

In dem Landtags=Abschiede von 1597. Art. 1 ist zwar zum Besten der dienstpflichtigen Unterthanen das Dienstgeld für einzelne Jahre und Tage, in welchen sie mit wirklicher Leistung des Dienstes verschont werden, festgesetzt worden; da aber, wenn die Erlassung der Dienste den dazu Verbundenen zu beträchtlicher und dauerhafter Aufnahme und dem gemeinen Wesen zu mannichfaltigen wichtigen Vortheilen gereichen soll, solche auf eine geraume Zeit verwilligt, sodann aber zu Ersetzung des Abganges der Spann- und Hand=Dienste geldspilbernde Anstalten gemacht werden müssen, der Landesfürst also in Betracht dieser Umstände einer guten Anzahl dienstpflichtiger Unterthanen in den fürstl. Aemtern die Befreiung von der Natural=Dienstleistung auf räumliche Zeit, gegen Belegung mit einer billigen Summe Geldes oder Entrichtung eines erhöhten jährlichen Pachtgeldes, auf derselben Ansuchen angehehen lassen; also wird auch den Ständen gern die Freiheit gestattet, in Betracht ihrer dienstpflichtigen Hinterlassen zu einem gleichmäßigen nützlichen Endzwecke ein Gleiches zu thun, jedoch solcher Gestalt, daß das Aequivalent der zu Lehn gehenden Dienste die Natur und Eigenschaft eines Lehns behalte, auch zur Sicherheit der Lehns=Curie gehörig angezeigt werde. Auch bleibt die Verlegung der Dienste von einem Orte zu dem andern unter der billigen ausdrücklichen Bedingung freigelassen, daß den dienstpflichtigen Hinterlassen dadurch keine größere Last aufgelegt, noch denselben in Ansehung der weitem Entfernung des Orts oder sonst Anlaß zu gerechten Beschwerden gegeben werde, wie solches gegen die dienstpflichtigen Unterthanen bei den fürstl. Aemtern genau beobachtet ist und fernerhin sorgfältig beobachtet werden soll. Landesf. Verordn. v. 26. April 1770. *)

Da bisher den wegen der Bestellung und des Gebrauchs der Spann- und Hand=Dienste erlassenen Verordnungen nicht allenthalben bei den fürstl. Aemtern nachgelebt worden, auch um zur Verhütung verschiedener, bei der Bestellung der Dienste vorkommenden Unordnungen, zum Besten der dienstpflichtigen Unterthanen in den Domainen und fürstl. Cammer- und Kloster=Aemtern einige Aenderung zu treffen, wird verordnet:

1) Insofern den Pächtern der Land=Haushaltungen bei den Domainen und fürstl. Cammer-, auch Kloster=Aemtern, Gütern und Vorwerken Dienste angewiesen sind oder ferner angewiesen werden, hat es wegen deren Gebrauchs bei dem Inhalte der Pacht=Contracte und der deshalb nach der Amts=Cammer=Ordnung v. 1. Juli 1688, dem Dienst=Reglement v. 5. Decbr. 1722 und den sonst etwa erlassenen Verordnungen gemachten Verfügungen sein Bewenden; jedoch ist zum Ueberflus nochmals ausdrücklich verordnet, daß der 6. §. des Dienst=Reglements v. 5. Decbr. 1722 aufs Genaueste und ohne alle Ausnahme, bei Vermeidung der darin bemerkten Bestrafung, beobachtet werde.

2) Gleicher Gestalt hat es vorerst und bis zu weiterer Verordnung wegen des Gebrauchs der einigen Privat=Personen auf einige Zeit angewiesenen und der einigen Justiz=Beamten für die in ihren Dienst=Verrichtungen zu nehmenden Fuhren assignirten Dienste bei dem Inhalte der deshalb erteilten Bewilligungen sein Bewenden, deren genaueste Beobachtung hiemit nochmals ernstlich befohlen wird. Wie es denn den gedachten Privat=Personen zu keiner Entschuldigung gereichen soll, Falls sie die angewiesenen Dienste, auch mit gutem Willen der Dienstleute zu einem andern als dem verwilligten Behufe gebrauchen sollten; auch wird es den Justiz=Beamten zur ernstlichen Pflicht gemacht, die ihnen assignirten Dienste bloß für ihre Personen und nur allein zu ihren Dienst=Verrichtungen zu gebrauchen.

3) Wegen Anfügung und Bestellung der den Pächtern vorhin gedachtermaßen angewiesenen Dienste soll es vorerst bei der in dem §. 5 des Dienst=Reglements v. 5. Decbr. 1722 enthaltenen Vorschrift sein

*) Diese Verordnung gründet sich auf den 31. Art. des Landtags=Abschiedes v. 9. April 1770 und ist eine fast wörtliche Wiederholung desselben.

Bemenden haben, und haben die Dienstpflichtigen sich auf die ordnungsmäßig geschehene Aufsagung des Dienstes jedes Mal zu stellen, oder es sich selbst beizumessen, wenn gegen sie nach dem Inhalte des 14. §. des Dienst-Reglements verfahren wird.

4) Wegen der Aufsagung und Bestellung der einigen Justiz-Beamten vorhin gedachtermaßen angewiesenen Dienste hat es vorerst bei dem bisherigen modo sein Verbleiben.

5) Gleicher Gestalt soll es in den Aemtern, in welchen der Transport des Wildprets und der Briefe in Forst- und Jagdsachen durch Dienste beschafft wird, und die dazu nöthigen Spann- und Hand-Dienste bisher von den Forstbedienten selbst, ohne Concurrenz der Beamten und Amts-Unterbedienten, aufgefördert sind, bei diesem modo der Aufforderung bis zu weiterer Verordnung bewenden.

6) Da, so viel die den Pächtern oder Privat-Personen nicht überwiesenen, sondern bei den Pacht- und Administrations-Aemtern reservirten Dienste betrifft, bereits in der Verordn. v. 6. Mai 1667 den Beamten, Gogrefen und Voigten ernstlich untersagt ist, daß sie hinfüro keine Spann- und Hand-Dienste, oder auch Witte- und Kiege-Führen ohne Special-Befehl, so wenig für sich als andere, es mögen gleich dieselben sein, wes Standes oder Wesens sie wollen, nehmen und gebrauchen, noch, daß dieselben, unter was Prätext es auch wolle, genommen und gebraucht werden, verstaten, die Beamten auch bei den ihnen untergebenen Voigten und Gogrefen des Falls eine genaue und scharfe Aufsicht haben sollen, so wird solthane Verordnung hierdurch nicht allein wiederholt, sondern auch zugleich festgesetzt, daß sowohl derjenige Beamte, welcher ohne Special-Befehl einen der vorhin gedachtermaßen reservirten Spann- oder Hand-Dienste zur Dienstleistung auffordert oder auffordern läßt, als auch derjenige Amts-Unterbediente, welcher ohne Special-Befehl oder ohne Anweisung des ihm vorgesetzten Amts einen der erwähnten Dienste zur Dienstleistung bestellt oder bestellen läßt, nicht weniger derjenige Forstbediente, welcher in den §. 5 gedachten Fällen Dienste auffordern kann und dieselben zu einem andern als dem bestimmten Endzwecke verwendet, außer der den Dienstpflichtigen zu leistenden Schadens-Ersekung, dieses Mißbrauchs halber mit dem Verluste seines Dienstes bestraft werden soll.

7) Damit nun die Unterthanen um so mehr dagegen gesichert sein mögen, daß sie nicht eigenmächtig aus dem Dienstgelde gesetzt werden, so ist in Absicht der reservirten Dienste verordnet, daß a) die Beamten, Gogrefen und Voigte, desgleichen die Forstbedienten, insofern letzteren nachgelassen ist, Dienste aufzufordern, sich aller mündlichen Bestellungen der gedachten Spann- und Hand-Dienste gänzlich enthalten, vielmehr die Bauermeister eines jeden Orts schriftlich, wie viele Spann- und Hand-Dienste, zu welcher Arbeit, an welchen Ort und zu welcher Zeit sie bestellen sollen, anweisen; b) die Bauermeister sofort nach Empfang dieser Bestellungs-Zettel die darin beschriebenen Dienste, unter der Verwarnung, daß sie sonst zur Ersekung des durch ihren Verzug veranlaßten Schadens angehalten und überhin mit willkürlicher Bestrafung angesehen werden sollen, bestellen; c) dieselben hingegen, bei Vermeidung ernstlicher und dem Befinden nach Leibes-Strafe, sich ohne eine schriftliche Anweisung der ihnen vorgesetzten Beamten, Gogrefen oder Voigte, desgleichen der Forstbedienten, insofern letztern nachgelassen ist, Dienste aufzufordern, aller Dienst-Bestellung enthalten; d) in deren Abwesenheit die eingegangenen Dienst-Bestellungs-Zettel an den Geschwornen oder den abgegangenen Bauermeister abgeliefert, von diesem die Bestellung sofort unter der vorhin sub litt. h. bestimmten Verwarnung besorgt und mit Einhändigung des Bestellungs-Zettels sodann dem Bauermeister von der geschehenen Bestellung Nachricht gegeben werden; e) die Dienstpflichtigen von keinem als dem Bauermeister, oder in dessen Abwesenheit von dem Geschwornen, oder dem abgegangenen Bauermeister einige Dienst-Bestellungen anzunehmen gehalten; f) die Bauermeister aber die eingegangenen Dienst-Bestellungs-Zettel monatlich an das ihnen vorgesetzte Amt abliefern, und g) diejenigen, welchen ein Dienst geleistet ist, dem Dienstpflichtigen über die Ableistung des Dienstes in dem vorzulegenden Dienst-Quitungsbuche mit Bemerkung, worin die Dienstleistung bestanden hat, und an welchem Tage der Dienst geleistet ist, zu quitiren schuldig sein sollen.

8) Da die Vergleichung dieser Bestellungs-Zettel mit den erteilten Dienst-Verwilligungen die dienstpflichtigen Unterthanen dagegen sichern soll, daß keiner der Amts-Unterbefindten ohne ausdrücklichen Befehl, oder ohne Anweisung des Amtes, desgleichen keiner der Forstbedienten zu einem andern als dem vorhin bestimmten Endzwecke einen Span- oder Hand-Dienstpflichtigen zur Dienstleistung auffordern lasse, so sind die Bauermeister ernstlich befehligt, es an der zum Besten der dienstpflichtigen Unterthanen angeordneten Zurücklieferung der Bestellungs-Zettel nicht ermangeln zu lassen, gestalten dieselben widrigen Falls zu erwarten haben, daß sie zum Besten der Armen-Anstalten eines jeden Orts für jeden verlorenen Bestellungs-Zettel mit einem Mariengroschen, und für jede unterbliebene Zurücklieferung der Bestellungs-Zettel mit sechs Mariengroschen unabkömmlich bestraft, auch diese Strafe bei fortdauernder Unachtsamkeit erhöht und geschärft werden soll.

9) Da inzwischen mißfällig vernommen worden ist, daß in vielen Aemtern von den Dienstpflichtigen keine Dienst-Bücher, der deshalb bereits in der Amts-Cammerordnung §. 27 enthaltenen Vorschrift ungeachtet, gehalten werden, diese Bücher aber, wie einem jeden von selbst einleuchtend sein muß, bloß zum Besten der dienstpflichtigen Unterthanen abzwecken, gestalten a) durch die von dem Beamten anzustellende Vergleichung der darin enthaltenen Quitungen mit der Bewilligung völlig in Gewißheit gesetzt werden muß, daß keiner der Dienstpflichtigen eigenmächtig von den Amts-Unter- oder Forstbedienten zum Dienst aufgefordert sei, und b) diese Quitungen zu einer Bescheinigung über den abgeleisteten Dienst dienen müssen, ohne welche dessen Vergütung bei der Dienst-Abrechnung nicht erwartet werden kann, so sind die dienstpflichtigen Unterthanen befehligt, sich sofort, insofern es noch nicht geschehen ist, starkgebundene Dienst-Bücher anzuschaffen, und wie zu denselben vertrauet wird, daß sie ihres eigenen Bestens und Vortheils wegen mit Befolgung dieser Vorschrift keinen Anstand nehmen werden, so haben dieselben sich nunmehr wegen Anschaffung der Dienst-Bücher bei den ihnen vorgesetzten Aemtern zu melden, welche angewiesen sind, ihnen darunter die nöthige Anweisung zu erteilen; diejenigen Dienstpflichtigen aber, welche der gegebenen Vorschrift nicht binnen 6 Wochen nachgekommen sind, haben zu gewärtigen, daß ihnen der abgeleistete Dienst nach Ablauf dieser Zeit nicht weiter gut gethan werde.

10) Damit indeß der Endzweck in Absicht dieser Dienst-Bücher um so gewisser erreicht werden möge, so sind alle und jede, welchen ein Dienst geleistet ist, befehligt, über dessen Ableistung in der vorhin beschriebenen Maaße ohne die mindeste Widerrede in dem Quitungs-Buche zu quittiren, gestalten denn diejenigen, welche sich dessen weigern, den Dienstpflichtigen allen Nachtheil, Schaden, Veräumniß und Kosten, welche ihnen wegen der bei der Dienst-Abrechnung verfallenen Vergütung des angeblich geleisteten Dienstes verursacht werden, zu erstatten, und überhin für jeden Fall, da die Ertheilung der vorgeschriebenen Bescheinigung verweigert ist, zwölf Mariengroschen Strafe zum Besten der Armen-Anstalten eines jeden Orts erlegen, oder von ihnen executive auf ihre Kosten beigetrieben werden sollen.

11) Wie nun den dienstpflichtigen Unterthanen, wenn ihnen der Dienst in vorher gedachter Maaße angesagt wird, auf keine Art zugestanden werden kann, vor Ableistung des Dienstes eine Nachfrage anzustellen, ob derselbe bewilligt sei, vielmehr die Dienstpflichtigen, wenn sie auf die ihnen in Gemäßheit dieser Verordnung geschehene Ansagung des Dienstes ungehorsamlich zurückbleiben, zu erwarten haben, daß sie außer der Bestrafung, welche hiermit vorbehalten wird, zur Ersetzung aller durch ihr ungehorsames Zurückbleiben verursachten Schäden und Kosten schuldig erkannt werden, so bleibt ihnen hingegen, bei entstehendem Zweifel, ob der angesagte Dienst verwilligt oder vielmehr von den Amts-Unter- oder Forstbedienten eigenmächtig bestellt sei, nachgelassen, ohne die mindeste Besorgniß nachtheiliger Folgen, jedoch mit aller Bescheidenheit, deshalb nach abgeleistetem Dienste bei den vorgesetzten Beamten Erkundigung einzuziehen und sich dagegen der nachdrücklichsten Abstellung ähnlicher Mißbräuche versichert zu halten.

12) Damit es übrigens an gehöriger Bestellung der verwilligten Dienste nicht ermangeln möge, so haben alle diejenigen, welchen ein Dienst verwilligt wird, die Bewilligung nicht weiter an einen der

Amts-Unterbefindenden, als von welchen oft und in eiligen Fällen wegen ihrer Abwesenheit die Bestellung nicht besorgt werden kann, sondern unmittelbar an das Amt, auf welches die Anweisung ertheilt ist, zu senden, auch auf dem Umschlage die Worte: »Dienstverwilligung betreffend« zu bemerken, widrigen Falls dieselben es sich selbst beizumessen haben, wenn die Bestellung nicht zu gehöriger Zeit besorgt wird oder ganz unterbleibt.

13) Da nun diese Anordnungen nur die Abänderungen der eingerissenen Unordnungen zum Gegenstande haben, so versteht es sich von selbst, daß es in allen andern Punkten, das Herren-Dienstwesen betreffend, bei der Amts-Cammerordnung v. 1. Juli 1688, dem Dienst-Reglement v. 5. Decbr. 1722 und allen sonstigen Verordnungen sein ferneres Verbleiben habe. Landesf. Verordn. v. 13. Juli 1786.

Verstehende Verordn. ist mit einem landesf. Ausschreiben begleitet, worin bei Vermeidung schwerer Abwendung alle Aufmerksamkeit auf deren genaueste Befolgung anzuwenden befohlen und zur Nachachtung noch folgendes verordnet wird:

1) Es sollen die reservirten Spann- und Hand-Dienste künftig nicht anders, als allein auf landesf. und vom Landesfürsten selbst vollzogene Befehle ohne allen Unterschied und Ausnahme verabfolgt, und sowohl die frei angewiesenen Dienste, als die gegen das erhöhte Dienstgeld verabfolgten Dienste in den Rechnungen mittelst solcher Befehle berechnet, auch ohne deren Beifügung keine Dienste weiter in der Rechnung unter den frei verabfolgten Diensten passirt werden.

2) Ueber die bisher Pächtern oder andern Personen zum Privatbehuße oder zum herrschaftlichen Gebrauche von den reservirten Diensten angewiesenen Dienste sollen denjenigen Aemtern, auf welche dergleichen Anweisungen vorhin ertheilt sind, die nöthigen vom Landesfürsten vollzogenen Befehle zugehen, welche den Rechnungsbelägen beizufügen sind, jedoch insofern sich dieselben auf mehrere Jahre erstrecken, sind solche bei Annahme der Rechnungen wiederum zum weiteren Gebrauch zurück zu geben, und hat es sowohl wegen der Anzahl der Dienste, als ihrer Verrichtungen bei dem Inhalte dieser Anweisungen lediglich sein Bewenden, wie denn auch besonders diejenigen Justizbeamten, welchen für die in ihren Dienstverrichtungen zu nehmenden Führen gewisse Dienste bis zu weiterer Verordnung assignirt sind, ernstlich befehligt werden, diese Dienste bloß für ihre Person und nur allein zu ihren Dienstverrichtungen zu gebrauchen.

3) Sollten wider Vermuthen außer den nach §. 2 eingehenden Anweisungen noch mehreren Pächtern, oder andern Personen zu einem determinirten und fortbauenden herrschaftlichen oder Privatbehuße bisher eine bestimmte oder unbestimmte Anzahl der reservirten Dienste auf eine ausdrücklich, oder eine durch die bisherige Anrechnung in den Dienstregistern stillschweigend ertheilte Verwilligung ertheilt sein, so sollen dieselben binnen vier Wochen dem Landesfürsten specificirte angezeigt, auch, damit inzwischen kein Nachtheil entstehe, noch acht Wochen mit Verabfolgung solcher Dienste auf den bisherigen Fuß continuirt werden, insofern nicht noch vor Ablauf dieser Zeit eine andere Verfügung eingeht würde.

4) In höchst eiligen, das allgemeine Beste oder das herrschaftliche Interesse oder Official-Geschäfte der herrschaftlichen Bedienten oder Beamten betreffenden Fällen, e. g. bei Feuersbrunst, schleuniger Anfuhr der Baumaterialien, Ausziehung des Flößholzes, Aufhebung todtter Körper u., nothwendigen und unaufschieblichen Beschäftigungen bei Gelegenheit der Landgerichte oder anderer Commissionen, jedoch alle Mal nur auf den Fall, daß, ohne Besorgniß eines größern Nachtheils, vor Bestellung der Dienste eine Verwilligung nicht eingeholt werden kann, bleibt es der Behörde überlassen, die nöthigen Dienste vor Einholung einer Verwilligung in Gemäßheit der höchsten Verordnung vom heutigen dato aufzufordern. Es ist jedoch sofort nach geendigtem Geschäft die Verwilligung mit Beifügung der ergangenen Protocolle und Acten zu suchen, widrigen Falls die angerechneten Dienste nicht in Rechnung passiren sollen.

5) In allen übrigen Fällen aber hat es bei der Disposition des §. 1 dieses Circul. Rescr. sein Bewenden.

6) Die wegen Verabfolgung der Dienste zu erstattenden Berichte sind, mit Ausnahme des §. 3 ge-

dachten Falls, ferner an die Behörde zu erstatten, welche sodann dem Landesfürsten wegen der zu ertheilenden Verwilligungen weiter referiren wird.

7) Der Landesfürst will es zwar geschehen lassen, daß die Gerichts-Unterbiedienten zur Bestellung reservirter Dienste, jedoch nach Vorschrift der höchsten Verordnung von heutigem dato, mit adhibirt werden; die Beamten und Obrigkeiten sollen indeß durch fleißige Vergleichung der Bestellungs-Zettel und Dienst-Bücher mit den Verwilligungen genau darauf achten, daß von denselben keine reservirte Dienste ohne höchsten Special-Befehl aufgefördert sind, ihnen auch bei Verlust ihres Dienstes andeuten, daß sie sich darunter keinen Mißbrauch zu Schulden kommen und in Absicht der Reihe der zur Dienstleistung aufzufordernden Gemeinden nicht nach Willkühr, wie verschiedentlich bisher zum höchsten größten Mißfallen geschehen ist, sondern nach der von ihnen zu gebenden Anweisung verfahren sollen, und wird vertraut, daß sich jeder dasjenige, was der §. 25 der Amts-Cammerordnung v. 1. Juli 1688 vorschreibt, zu einer nicht hintanzusetzenden Norm werde dienen lassen, in dessen Gemäßheit denn auch die Bauermeister nochmals ernstlich angewiesen werden sollen.

8) Es ist auf alle Art dahin zu sehen, daß die in den Händen der Bauermeister befindlichen Bestellungs-Zettel nicht wieder in den Gewahrsam der Amts-Unterbiedienten kommen, oder gar diesen zur Ablieferung ans Amt zugestellt werden.

9) Da bereits durch die höchste Verordn. v. 5. Januar 1741 *) festgesetzt ist, daß alle halbe Jahre in Gegenwart des Justizbeamten Dienst-Abrechnungen gehalten werden sollen, der Landesfürst aber zum höchsten Mißfallen vernehmen müssen, daß dieser Verordnung nicht allenthalben nachgelebt werde, so sind die Beamten und Rechnungsführer auf dieselbe nochmals verwiesen mit der Verwarnung, es hierunter sowohl wegen der den Pachtbeamten überlassenen, als auch wegen der reservirten Dienste an der genauesten Erfüllung hierbei hegender landesf. Fürsorge nicht ermangeln zu lassen, wie denn zu dem Ende in den bestimmten Terminen die Dienstpflichtigen vorzufordern, vor dem Justizbeamten die Abrechnung nachzusehen, dieselbe mit dem Dienst-Manuale zu conferiren, die Dienstpflichtigen mit ihren Beschwerden zu hören, dieselben deshalb zu belehren, oder den Umständen nach davon an die Behörde zu berichten, den Abschluß, wenn nichts dabei zu erinnern sein wird, den Dienst-Büchern zu inseriren, und die in den Händen des Rechnungsführers bleibende Abrechnung von dem Justizbeamten zu attestiren ist. Uebrigens sind die Landgerichts-Commissarien angewiesen, sich bei Abhaltung des Landgerichts die Dienst-Abrechnungen nebst einigen Quittungs-Büchern vorzeigen zu lassen, auch überhaupt über die Befolgung der höchsten Verordnung vom heutigen dato, welche bei jedesmaliger Abhaltung des Landgerichts den versammelten Gemeinden vorzulesen ist, die genaueste Nachfrage anzustellen, auch haben diejenigen Pacht- und Justizbeamten, auch Rechnungsführer, welche hierunter ihren Pflichten nicht nachkommen, die ernstlichste Ahndung zu erwarten.

10) Bei den Administrations-Ämtern, bei welchen die Justizbeamten die Dienst-Rechnung selbst führen, haben die angesehenen Actuarien dasjenige, was wegen der Dienst-Abrechnung verordnet ist, sich zur Vorschrift dienen zu lassen. Landesf. Circular-Refer. v. 13. Juli 1786.

Da einige Dienstpflichtige in der Meinung stehen, als ob dasjenige, was der Art. 31 des Landtags-Abschiedes v. 9. April 1770 und die Verordn. v. 26. April 1770 wegen Verlegung der Dienste disponiren, dahin zu deuten sei, daß die Dienste sich lediglich auf das eigene Bedürfniß der Herrschaft beschränken, mithin an andere nicht überlassen oder verpachtet werden könnten, eine solche Deutung aber so wenig den über diesen Gegenstand ergangenen Verordnungen, als der auf dem letzten Landtage zwischen dem Landesfürsten und getreuen Ständen deshalb getroffenen, sowohl bei dem Art. 31 des Landtags-Abschiedes v. 9. April 1770, als der Verordn. v. 26. April 1770 zum Grunde liegenden Uebereinkunft gemäß ist,

*) S. Dienst-Abrechnung.

wie denn nicht nur die Befugniß der Dienstherren, die Dienste von einem Amte oder Gute an das andere zu verlegen, sondern auch das denselben zustehende Recht, die Dienste andern zu überlassen, wenn dadurch den Dienstpflichtigen nicht eine mehrere Last als das Dienst-Reglement, oder die auf den Gütern getreuer Stände und anderer Dienstherren jeden Orts bestehende besondere Verfassung als allgemeine Norm für jede besondere Art der Dienstleistung vorschreibt, aufgebürdet wird, auf gedachtem Landtage, nach Ausweisung der damals gepflogenen Handlungen anderweit anerkannt und bestätigt worden, so ist dieses nach vorgängiger Communication mit den Ständen des engern Ausschusses zur völligen Beseitigung des erregten Zweifels bekannt gemacht. Landesf. Verordn. v. 23. Juli 1797. (Br. Anz. v. 1797. Nro. 63.)

S. auch: Bürgermeier — Burgfeste — Reihzufuhren — Worspann und Reitsperde bei herrschaftlichen Reisen — Kriegsfuhren — Brennholz, Anfahren desselben für die fürstl. Hofstätten und Magazine.

cf. Neue Landschafts-Ordn. v. 12. Decbr. 1832. §. 36. — Ablösungs-Ordnung v. 20. Decbr. 1834.

Dienstfreiheit.

Wenn von der Ritterschaft Güter vererbt oder auf Wiederkauf verkauft worden und wieder eingelöst und zurück genommen werden, sollen diejenigen, welche vor der Verpfändung oder dem Verkaufe erweislich dienstfrei gewesen, nach geschieder Einlösung wieder dienstfrei werden. Da aber solche Dienstfreiheit nicht zu erweisen stände, alsdann werden davon die Dienste nach wie vor billig geleistet, es wäre denn, daß solche Stücke als freie Güter in den alten unverdächtigen Lehnbriefen von hundert und mehr Jahren her ausdrücklich zu befinden, und sie dieselben zu ihren eigenen adlichen Eigen oder freien Sattelhöfen bleiblich gebrauchen wollen, auf welchen einzigen Fall und sonst nicht die von Adel nach geschieder Wiederlösung die Dienstfreiheit ohne fernern Beweis billig zu genießen haben, wie solches alles bereits in dem Salzdhalmischen Landtags-Abschiede v. 3. Juni 1597 enthalten ist. Landtags-Abschied v. 9. April 1770. Art. 58. *)

Dasselbe bestimmt Art. 61 der gesammten Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770.

Da die einem dienstfreien Hofe oder sogenannten Freihause zukommende Dienstfreiheit, als eine immunitas realis, nicht weiter, als auf den eigentlichen Eigenthümer oder possessorem civilem desselben extendirt werden mag, und der von den Häuslingen zu leistende Dienst ein onus personale ist, wovon sie je jene immunitas realis eines solchen Hofes oder Hauses nicht befreien kann, so ist festgesetzt und verordnet, daß nur bloß dem eigentlichen Eigenthümer oder possessori civili eines dienstfreien Hofes oder sogenannten Freihauses, nicht aber den darin aufgenommenen Inquilinen die Dienstfreiheit angedeihen solle. Wenn aber der Eigenthümer ein solches Haus nicht selbst bewohnen sollte, so ist, weil ihm sonst die Dienstfreiheit, als ein jus reale betrachtet, gar nicht zu statten kommen würde, ein Inquilin, jedoch nicht mehrere, als der Repräsentant des domini anzunehmen und demselben in dieser Qualität die Dienstfreiheit zuzugestehen; die höheren Justiz-Collegien, wie auch alle übrigen Obrigkeiten sollen sich also in judicando hiernach achten. Landesf. Verordn. v. 26. Mai 1789. (Br. Anz. v. 1789. Nro. 48.)

cf. Ablösungs-Ordn. v. 20. Decbr. 1834. §. 85 sqq. — Verordn. v. 28. Januar 1835, die Ausführung der §§. 85 — 87 der Ablösungs-Ordn. betr.

Wegen der Dienstfreiheit der Pfarrgüter s. Pfarrgüter.

Dienstfuhren.

S. Reihzufuhren.

*) Dieser Artikel ist eine fast wörtliche Wiederholung des Art. 18 des Salzdhalmischen Landtags-Abschiedes v. 3. Juni 1597.

Dienstgeld.

S. Dienste — Schuß- und Dienstgeld.

Dienstleistungen.

S. Dienste.

Dienstpflichtige, Proceffe derselben.

S. Gemeinde-Proceffe.

Dienst-Reglement

v. 5. Decbr. 1772; f. Dienste — Dienstbeschwerden.

Dienst-, Reihe- und Jagdfuhren.

S. Dienste, insbesondere Verordn. v. 22. Febr. 1656.

Dienst-Zwang.

S. Art. 20 des Landtags-Absh. v. 3. Juni 1597 unter Meier — §§. 7 und 18 des Dienst-Reglements v. 5. Decbr. 1722 unter Dienste — Dienstbeschwerden.

cf. Verordn. v. 19. Febr. 1814, nähere Beziehungen der Kreisgerichte in Hinsicht auf die Polizei- und Verwaltungs-Gegenstände betr., §. 12. — Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 12.

Diffamation.

S. Provocatio ex lege: Diffamari.

Dilationen.

S. Fristen.

Discontiren.

Wer auf Zeit Waaren gekauft und zu discontiren oder rabattiren sich vorbehalten hat, der soll den andern Tag in der Zahlungswoche, wenn man auf den Scontro geht, sich erklären, ob er mit Disconto oder Rabatt in selbigem Markte noch zahlen wolle; thäte er solches nicht, soll der Verkäufer nicht schuldig sein, die Zahlung vor der Zeit anzunehmen, oder den völligen Rabatt sich abziehen zu lassen. Wenn aber jemand auf den Markt, da die Zahlung versprochen, solche zur Verfallzeit nicht leisten könnte, soll er es dem Creditor in der ersten Woche bei Zeiten anzeigen, und demselben, wenn er bis zum nächsten Markte Dilation verstaten will, so viel Interesse geben, als er für einen Markt Rabatt würde genießen, wenn er die Waaren flugs beim Empfange baar bezahlte, oder auch sonst so gut er kann sich mit ihm vergleichen und darüber einen Schein oder Wechselbrief ausfertigen; da aber der Debitor ohne Zahlung oder dergleichen Befriedigung in der ersten Woche aus dem Markte ginge, mag der Creditor ihn bei künftiger Messe gleich Anfangs zur Zahlung des Capitals und Interesse gerichtlich anhalten lassen. Marktgerichts- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 30.

cf. Wechsel-Ordnung v. 1. August 1715. Art. 52.

Dismembration.

S. Pertinenzen der Bauergüter — Höfe im Amte Thedinghausen, Dismembration derselben.

Dispensationen.

Die Prediger sollen sich künftig bei 10 Thlr. Strafe aller ihnen nicht zukommenden Concessionen

wegen stiller Beisetzungen und Parentationen, Copulationen vor beendigter Trauerzeit zc. enthalten.
Consistorial-Ausschr. v. 15. Juli 1734.

S. auch: Ehen in verbotenen Graden — Geistliche — Geistliches Gericht zu Braunschweig.

Dispensations-Gebühren.

Wenn der Landesfürst worin dispensirt hat, sollen keine Dispensations-Gebühren bei dem Consistorio genommen, dahingegen den Predigern und Kirchen-Bedienten ihre jura stolae, weil sie partem salarii ausmachen, verbleiben. Landesf. Rescr. an fürstl. Consistorium v. 14. Decbr. 1744. *)

Landesf. genehmigte Dispensations-Laxe v. 23. Novbr. 1751. **)

Dissolute Lebensart.

S. Trunkenheit und dissolute Lebensart.

Documenta af- et refixionis.

Bei Ehescheidungs-Fällen soll, wenn die documenta af- et refixionis der erlassenen Edictal-Gita-

*) Durch ein Rescr. v. 12. Novbr. 1727 war verordnet, daß auch alsdann, wenn fürstl. Consistorium ratione proclamationis vel copulationis dispensire, etwas an das Waisenhaus B. M. V. zu Braunschweig zu bezahlen sei; und durch ein fürstl. Welfenb. Consistorial-Ausschreiben v. 21. Febr. 1729 war bekannt gemacht, daß, wenn der Landesfürst wegen der Copulation absque proclamatione, und daß solche privatim oder an fremden Orten geschehen möge, oder in andern Fällen Concession und Dispensation erteile, dadurch weder dem fürstl. Consistorio die ordentlichen Dispensations-Gebühren, noch viel weniger den Predigern und Kirchen-Bedienten die ihnen pro parte salarii gerechneten jura stolae entzogen werden sollten.

**) Wegen der Dispensations-Gebühren ist in neuester Zeit nachfolgendes Consistorial-Rescript ergangen: Nachdem höchsten Orts der Tarif über die beim herzoglichen Consistorio zu erhebenden Gebühren festgesetzt worden, lassen wir den Herren General-Superintendenten zc., was die für Dispensationen künftig zu erlegenden Gebühren betrifft, einen daraus genommenen Auszug hierbei zugehen, und bemerken zugleich, daß, so wie alle in dem Tarif nicht erwähnten Gegenstände frei ausgefertigt werden sollen, auch die für die Dispensationen zu junger Confirmanden bei herzoglichem Consistorio sonst hergebrachten Gebühren ins Künftige wegfallen, und dafür ferner Nichts erhoben werden soll.

Welfenbüttel, den 11. Februar 1837.

Herzogliches Braunschweig-Lüneburgisches Consistorium.
v. Strombeck.

E x t r a c t.

Tarif der bei herzoglichem Consistorio zu entrichtenden Gebühren.

I. Für die Dispensationen.

	Für den Fiscus.		Stempel.		Insinuations- und sonstige Gebühren.		Summa.	
	Thlr.	Ggr.	Thlr.	Ggr.	Thlr.	Ggr.	Thlr.	Ggr.
1) Für eine Copulation im Hause.....	4	—	—	16	—	2	4	18
2) » » » in der stillen Woche.....	2	—	—	16	—	2	2	18
3) Für zweimaliges Aufgebot in Eins.....	2	—	—	16	—	2	2	18
4) » Wiederverheirathung in der Trauerzeit.....	1	6	—	16	—	2	2	—
5) » die Zufertigung der landesf. Erlaubniß								
a) zur Heirath mit der verstorb. Frau Schwester	2	—	—	16	—	2	2	18
b) zur Verheirathung mit der Schwester des Vaters oder der Mutter, oder eines weitem Verwandten in aufsteigender Linie.....	2	—	—	16	—	2	2	18
c) zur Copulation ohne Aufgebot.....	4	—	—	16	—	2	4	18

Situationen nicht zu rechter Zeit zurückkommen, *ex officio*, und ohne das Ansuchen der klagenden Theile zu erwarten; dafür gesorgt werden; daß die Documente wieder zu den Acten kommen. Landesf. Rescr. an das geistl. Gericht zu Braunschweig v. 17. Septbr. 1762.

Documente.

E. Beweis — Urkunden-Beweis.

Documentum super interpositione remedii suspensivi.

E. Rechtsmittel, Einlegung derselben.

Dörfer, Verwahrung derselben.

Eine jede Gemeinde soll ihr Dorf mit schloßhaften Schlagbäumen und Gräben, auch mit starken lebendigen Hecken und Bäumen aufs Beste zu verwahren schuldig sein, bei Strafe von 40 Fl., so oft ihr solches angesagt und sie säumig dabei erfunden wird. Allg. Landes-Ordn. Art. 71.

Der Inhalt dieses Artikels ist durch die landesf. Verordn. v. 22. Octbr. 1688 erneuert. *)

Zur Steuerung der Holzdiebereien und zur Sicherheit sollen alle offene Dörfer und Flecken, auch einzelne Höfe, wo nach Beschaffenheit der Situation das sandige Erdreich oder die gewöhnlichen Wasserfluthen es nicht verwehren, mit Mäuer-Wänden umgeben werden, solcher Gestalt, daß diese Wände acht oder, wenn die Einwohner wollen, noch mehrere Fuß hoch in einer proportionirten Dicke um jeden Flecken, Dorf oder Hof gemacht, und darin keine Oeffnungen, als nur vor den ordentlichen Straßen gelassen, diese aber den längst ergangenen Verordnungen gemäß mit tüchtigen Schlagbäumen wohl verwahrt werden. Zu Erleichterung dieser heilsamen Anstalt ist verordnet, daß die Umzingelung der Dörfer und Flecken nachgerade, und zwar bei jedem Flecken oder Dorfe so viel Ruthen, als Feuerstätten in demselben vorhanden, zur einjährigen Arbeit genommen werden sollen, bis der Ort gänzlich eingeschlossen, unter der Bedrohung, daß, wenn eine oder die andere Gemeinde sothane jährliche Ruthen-Zahl in einem Jahre in Stand zu bringen versäumt, selbige das nächstfolgende Jahr doppelt so viel zu machen angehalten werden soll. Wenn die eine oder die andere Gemeinde mit dieser Arbeit nicht umzugehen weiß, so sollen auf die der Obrigkeit gethane Anzeige und von dieser an die fürstl. Geh. Rathsstube geschehene Meldung des Werks Erfahrene zur Anweisung auf Kosten der Gemeinde abgeschickt werden. Es sollen bei diesem heilsamen Werke die Ackerleute und Halbspänner das Ihrige mit dem Fuhrwerke leisten, hingegen von den Kothleuten und Brinksigern die Handarbeiten auf eben die Weise und Ordnung, als selbige bei den Gemeine-Werken concurriren, beschafft werden. Die zu dem wenigen Stroh, auch etwa aus den Wäldern aufzuharkenden Laube und Kraute und andern erforderlichen Materialien nöthigen Kosten hingegen sollen von der ganzen Gemeinde nach dem Fuße der Contribution durch die Bauermeister eingesammelt und der Gemeinde berechnet werden. Dafern in einigen Dörfern mehr Spanne vorhanden, als zu Anfuhrung der Materialien erforderlich, können die Ackerleute und Halbspänner auch ebenfalls die Handarbeit mit zu verrichten sich nicht entlegen, und soll bei vorkommenden Streitigkeiten des Orts Obrigkeit schleunige Verordnung und Anstalt machen, auch den Gemeinden bei diesem gemeinnützigen Werke mit Rath und That assistiren. In den Orten, wo die Mäuerung möglich, soll auch zu Ersparung des Holzes das Unterthor zu Vieh-Ställen (zumalen das Vieh in gewallerten Wänden besser und wärmer,

*) Der übrige Inhalt dieser Verordn. bezieht sich auf Art. 79. der Landes-Ordnung.

Durch die landesf. Verordnungen v. 1. Septbr. 1639, 21. Novbr. 1648, 20. Decbr. 1672, 21. Febr. 1674 und 11. Novbr. 1697 wurden gleiche Anordnungen zur Abhaltung der Räuberbanden und des sonstigen Gesindels verordnet.

als in andern steht) kein Holz, außer zum Dache und wo es unumgänglich nöthig, verwilligt, auch die Scheuern, wo sie gewältert werden können, nicht mit hölzernen Wänden errichtet, endlich auch die vorhandenen hölzernen Planken und Säune, wo das Wältern möglich ist, nachgerade eingehen, keine neue errichtet, und weder dazu, noch zu deren Reparaturen, wenn letztere nur einigermaßen wichtig, Holz gestattet, vielmehr oftmähnte Wäller-Wände substituiert werden. Die Obrigkeiten sollen bei Vermeidung schwerer Verantwortung hierüber halten. Landessf. Verordn. v. 6. Mai 1744.

Dorfgemeinden.

S. Nebenausgaben der Dorfgemeinden.

Dorfgeschworne.

S. Bauermeister und Dorfgeschworne.

Dos.

S. Privilegium dotis — Ausstattung der Töchter aus Lehngütern — Abfindungen — Erbfolge der Ehegatten.

Drechsler.

Was dieselben bei Anfertigung der Garnhaspel zu beobachten haben, s. unter Kaufgarn.

Dreifelder = Wirthschaft.

S. Felder, Eintheilung derselben.

Dreikarten = Spiel.

S. Glücks- und Hazard = Spiele.

Dreschen.

S. Leuchten = Behälter.

Drescher = Lohn.

S. Dresch = Himten.

Dresch = Himten.

Es soll keinem Drescher gestattet sein, gehäufte Himten anstatt seines Lohnes zu fordern, noch, da ihm derselbe nicht gegeben werden wollte, auszutreten und in eines andern Arbeit zu gehen, sondern die Lohn = Drescher sollen mit einem gestrichenen Himten, wie derselbe in der Scheuer auf der Dresch = Dehle dem Hauswirth, welchem sie dreschen, zugemessen wird, friedlich fein und darüber ein Mehreres nicht begehren. Wenn sich jemand dieser Verordnung zuwider unterstellen würde, entweder einen gehäuften Himten den Dreschern zu geben, oder auch die Drescher denselben begehren oder annehmen würden, soll ersterer in zwanzig Thaler Strafe, der Drescher aber, so solchen begehrt oder nimmt, in vier Thaler Strafe jedes Mal verfallen sein, davon drei Theile dem Fiscus, der vierte aber dem Anfager bezahlt und gereicht, auch dessen Name verschwiegen gehalten werden soll. Landessf. Verordn. v. 31. Juli 1654.

Droit d'Aubaine.

Befuge der unterm 16. Octbr. 1778 errichteten und von beiden Landesherren ratificirten Convention ist das in dem Königreiche Frankreich und den Französischen Landen wider die Braunschweigischen Unterthanen

bisher ausgeübte sogenannte droit d'Aubaine, und was in dem Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel, dem Fürstenthum Blankenburg und sämtlichen Braunschweigischen Landen per modum retorsionis, oder sonst, wider die königl. Französischen Unterthanen, es sei unter was für einem Namen es wolle, für ein gleiches oder ähnliches Recht zeither ausgeübt, gänzlich abgeschafft und aufgehoben worden, der Gestalt und also, daß nunmehr wegen dieses Punktes die beiderseitigen Unterthanen das Recht der Eingebornen zu genießen haben sollen. Es haben also in Gefolge dieser Uebereinkunft die königl. Französischen sowohl als die Braunschweigischen Unterthanen, sie mögen sein von was Stande, Wesen und Würden sie wollen, welche in Frankreich oder resp. den Braunschweigischen Landen sich häuslich niedergelassen haben, oder darin nur eine kurze Zeit aufhalten, völlige Freiheit, über ihr Vermögen, es sei von was für Art es wolle, durch ein Testament, Schenkung oder sonst zu Gunsten eines jeden nach Gefallen zu disponiren, und können beiderseitige Unterthanen, sie mögen nun in Frankreich oder hier wohnen, dergleichen Verlassenschaften, mobilia, immobilia, jura, nomina, actiones u. dgl., es sei ihnen solches ab intestato, durch ein Testament, oder sonst auf eine rechtmäßige Weise zugekommen, eben so gut und völlig auf gleiche Weise als Eingeborne in Besitz nehmen und genießen, ohne daß sie deshalb eines Naturalisations-Briefes oder einer besondern Concession ferner bedürfen. Wie jedoch hierdurch auf keine Weise die beiderseitigen Fundamental- und das Innere des Landes betreffenden Gesetze beeinträchtigt, noch die wegen der Emigration der Unterthanen in beiderseitigen Landen publicirten Edicte, namentlich die deshalb besonders in Frankreich vorhandenen bekannten Edicte und Reglements, als deren unveränderte Ausübung sich der König, so wie auch der Herzog solcherhalb in den Successions-Fällen die Reciprocität expresse vorbehalten haben, abgeschafft worden, sondern vielmehr in ihrer völligen Kraft verbleiben, so ist auch keinesweges durch die Aufhebung des obervähnten droit d'Aubaine den wegen des sogenannten juris detractus, Abschosses, oder unter einem andern Namen in den Braunschweigischen Landen üblichen Rechtes, nach welchem von den Erbschaften auf den Fall, daß solche außer Landes gehen, einiger Abzug genommen wird, vorhandenen Rechten, Statuten, Gewohnheiten und Privilegien in ihrer Kraft etwas benommen, jedoch der Verschiedenheit dieser Rechte wegen auch hierunter, zu Vorbeugung aller Irrungen, eine Gleichheit bestimmt und zwischen beiderseitigen Landen der Abzug in solchen Fällen auf 10 Procent festgesetzt worden, so daß unter keinerlei Vorwand künftig hierunter ein Mehreres als zehn von hundert genommen werden soll. Landesf. Verordn. v. 2. Novbr. 1778. (Br. Anz. v. 1779. Nro. 1.)

E. Abschoß.

Dueßiren.

Alles Dueßiren, Außfordern, Balgen, Raufen, Kugelwechseln ist bei schwöerer Strafe gänzlich verboten. Niemand, sowohl von den Unterthanen, als allen andern in hiesigen Landen sich aufhaltenden oder durchreisenden Fremden, wes Standes sie sein mögen, sie seien von Adel oder Unadel, militairische oder andere Personen, niemand durchaus davon ausgeschlossen, soll den andern, an welchem Orte es auch sei, in seinem Stande, noch sonst auf einigerlei Weise, weder mit Worten oder Werken verunglimpfen, verachten, noch einiges Aergerniß geben, oder offendiren, weniger vergewaltigen oder beschädigen; dafern sich aber jemand beschwert und offenbart befände und solches an dem andern zu tächen meinen würde, so soll solches entweder vor dem Landesfürsten, Kanzler und Räthen, oder sonst jedes Orts bestallten Gerichtshaltern, gebührender Weise entweder mit Güte oder Recht, welches einem jedweden schleunigst administrirt werden soll, gesucht werden, dagegen aber ein jeder mit Thätlichkeiten, eigener Rachgier und Wundict gänzlich einhalten; wofen aber einer oder mehrere dieser Verordnung zuwider sich an Gleich und Recht nicht begnügen lassen, sondern aus eigener Rachgier einen andern zum Kampf provociren und außfordern würden, dieselben sollen wegen der bloßen Außforderung, obñon ein Mehreres darauf nicht erfolgte, in eine hohe willkührliche Strafe verfallen sein, oder wenn sie dieselbe zu erlegen nicht vermöchten, mit

schwerem Gefängniß nach Ermäßigung gestraft werden. Würde aber der Ausgeforderte erscheinen und es zu Thätlichkeiten kommen, so soll sowohl der Ausforderer als der Ausgeforderte mit höher Strafe, oder, in deren Ermangelung, mit schwerem Gefängniß, und zwar beides stärker als im vorigen Falle, belegt werden, auch noch, wenn einer von den Parteien ohne Schaden des Lebens verwundet wird, dem Verwundeten ohne Unterschied; Ob derselbe der Provocant oder Provocat gewesen, das Arztkohn, der erlittene Schaden, die Versäumnis und was dem mehr anhängig erstattet, auch bis zu dessen wirklicher Erfüllung und geleisteten cautio de non amplius offendendo der Verwundende in wirklichen Arrest genommen werden. Wenn aber jemand bei solcher Balgerei, Raufen und Kugelwechseln entweder alsbald entleibt, oder aber von den empfangenen Wunden, ohne seine Versäumnis oder andere äußerliche Zufälle, sterben würde, so soll der Thäter ohne einigen Unterschied, es sei der Provocant oder Provocat, Beistand, Secunde, Zuseher, oder wie er sonst genannt werden möchte, als ein vorsätzlicher Todtschläger vom Leben zum Tode ohne alle Gnade gerichtet, dadurch die Blutschulden vom Lande getilgt, dero Behuf auch, sobald eine Verwundung vorgegangen, der Thäter zur gefänglichen Haft genommen werden. Es sollen nicht allein die Provocaten und Provocanten, sondern auch diejenigen, welche sie an einander geheßt, die Ausforderung verrichtet, und daß dieselbe ihren Fortgang erreichen möchte, dazwischen gegangen, die also genannten Secunden und andere Beigestandene, lehtlich auch diejenigen, welche, wenn sie die Balgerei wohl hätten verhüten können, dennoch solches nicht zu Werke gerichtet, gestalten Sachen und Umständen nach, einer höher denn der andere mit ernster unnachlässiger Strafe an Leib, Ehre, Gut oder sonst bestraft werden. Würden auch bei erwähnten casibus solche Umstände vorgehen, welche zugleich in den publicirten Burgfrieden *) mit einliefen, so soll solches zu Exacerberirung der Strafe alle Mal in fleißige Obacht genommen werden. Sollte jemand von den fürstl. Beamten, Gerichtsherrn, Bürgermeister und Råthen in den Städten, oder wer sonst die Gerichte verwaltet, in Exequirung des obberührten Allen sich säumig erweisen, insonderheit aber die obbeschriebenen Thäter entkommen lassen, sollen dieselben mit solcher exemplarischen ernsten Strafe angesehen werden, daß jedermanniglich einen Abscheu daran haben soll. Hierüber soll ohne einigen Respect der Personen gehalten werden. Landesf. Verordn. v. 29. Decbr. 1646.

Wenn sich jemand von den Militair- und andern Bedienten, Unterthanen und Angehörigen gelüsten lassen sollte, sich zu raufen, zu balgen und zu schlagen, es geschehe gleich in- oder außerhalb hiesigen Fürstenthums und Landes, alsdann soll sowohl der Provocat als Provocant, wenn schon keiner von ihnen blessirt noch beschädigt wird, wenn selbige in fürstl. Diensten, solcher Dienste sofort entsetzt und entlassen, und da sie nicht in herrschaftlichen Diensten, sondern sonst Vasallen, Einwohner, Angehörige und Unterthanen sind, relegirt und aus dem Lande verwiesen werden. Wenn aber einer von ihnen blessirt, verwundet oder gar um das Leben gebracht würde, alsdann soll der Thäter als ein vorsätzlicher Mörder und Todtschläger geachtet und bestraft und der Entleibte keines ehrlichen Begräbnisses, noch des Kirchhofes gewürdigt, sondern gleich andern am Leben gestraften Uebelthåtern an einem besondern Orte verscharrt, auch sowohl einen als andern Falls wider die also genannten Secunden, Ausforderer und diejenigen, welche, wenn sie die Balgerei wohl hätten verhüten können, dennoch solches nicht gethan, Inhalts der hierdurch erneuerten Verordn. v. 29. Decbr. 1646 verfahren werden. Ein jeder soll dem andern dessen Stande, Würde und Amte nach geziemend begegnen, auch mit aller Sorgfalt dasjenige beitragen, was zu Verhütung alles Streites, Haders und Gejånks, und darauf insgemein folgender Thätlichkeit dienen kann; immaßen denn auch, und damit aller Prätext der vermeintlichen Ehrenrettung und Bezeigung einer ungeitigen Tapferkeit aus dem Wege geräumt werde, alles freventliche Beleidigen, Schmåhen und Injuriren, ohne Ansehen der Person und deren Freundschaft und Verwandten, unnachlässig bestraft und dem Beleidigten ohne weitläufige Gerichts-Processe, die in diesem Stücke auf alle mögliche Weise abgefürzt

*) S. Burg- und Hausfrieden.

werden sollen, sofort nach nothdürftigem summarischen Beweise der ausgeschütteten Injurien zu billigmäßiger Satisfaction verholten werden soll. Landesf. Verordn. v. 12. August 1685.

Ueber die wegen der Duells ergangenen landesf. Verordnungen sollen die Chefs der Regimenter mit möglichster Wachsamkeit halten, und sobald von Ränkereien, die zu einer so hoch verpönten Thathandlung Anlaß geben können, etwas kund wird, ist von Commando's wegen ungesäumt nähere Nachricht einzuziehen, die nöthigen Vorkehrungen zu machen, Untersuchung anzustellen und zu berichten. Wie der commandirende Officier in Absicht des Regiments, so haben auch die Chefs der Compagnien in Betreff dieser sich hieraus eine heilige Pflicht zu machen, und dem Chef des Regiments, was ihnen kund geworden, sofort anzuzeigen. Wenn wirkliche Schlägereien vorkommen, soll es eben so gehalten werden. Sollte insonderheit ein Officier von einem geringern Grade einen andern Officier von höheren Characteren, als z. B. seinen vorgesetzten commandirenden Stabs-Officier oder Capitain oder Lieutenant heraus zu fordern, oder durch Zunothigungen ein Duell zu veranlassen und solcher Gestalt ein doppeltes Delict, sowohl gegen die Duell-Mandate, als gegen die so essentielle Subordination zu begehen sich erfreschen, so soll der vorgesetzte Stabs-Officier den delict durchaus nicht annehmen, dem andern alsofort Arrest ankündigen und es melden, beides bei Vermeidung höchster Ungnade und Strafe der Cassation. Die Capitains und Lieutenants aber, so von ihren Subalternen gefordert werden, müssen es bei gleichmäßiger Strafe ihrem Chef sofort anzeigen, der den Provocanten in Arrest zu senden hat. Landesf. Rescr. vom 20. Januar 1773.

cf. Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der vorgenommenen neuen Redaction der Kriegs-Artikel betr., I. Art. 130.

Duplik.

S. Hauptsache, Verfahren in derselben — Untergericht zu Braunschweig, Verfahren bei demselben.

Durchreisende.

S. Fremde und Durchreisende.

Edictal-Ladung.

Die edictales ad liquidandum oder ad licitandum sollen durch die Braunschweigischen Anzeigen bekannt gemacht werden. S. Untergerichts-Ordn. der Stadt Braunschweig v. 2. Febr. 1764. Cap. 16. §. 7. und landesf. Auschr. v. 5. Decbr. 1755. unter: Braunschw. Anzeigen.

S. auch: Subhastation.

cf. Gesetz v. 23. Februar 1837, nähere Bestimmungen des Gesetzes v. 15. Octbr. 1832 Nro. 33 betr., §. 10 und 11.

Edicte, landesfürstliche.

S. Verordnungen, landesfürstliche.

Edition der Urkunden.

S. Urkunden, Edition derselben.

Ehebruch, Hurerei und andere Unzucht, imgleichen Mantelfinder.

Wenn eine Person, ehe ihr voriger Ehegatte verstorben, oder ordentlicher Weise von ihr durch Urtheil und Recht losgesprochen, sich noch eine andere Frau oder Mann durch den Priester geben läßt, wie auch, wenn eine Mannsperson, sie sei ledig oder ehelich, mit eines andern Eheweibe, oder ein Eheweib mit einer andern Frauen Ehemanne sich fleischlich vermischet, dieselben sollen, desgleichen alle und jede Personen,

so Blutschande und Nothzucht begangen, nach jeder Anthat Gelegenheit unterschiedlich, jedoch in alle Wege am Leben, die Eheweiber und Ehemänner aber, so mit lebigen Personen zuhalten, wenn die beleidigte sich mit der schuldigen wiederum versöhnen wird, willkürlich mit Gelde, oder da die beleidigte ihren treulosen Ehegatten nicht wieder zu sich nehmen, noch demselben ferner ehelich beizohnen will, wie dann auch, da eine eheliche Person der Gestalt zum andern Male sich vergehen wird, ohne Unterschied mit Staupenschlag und Verweisung des Landes, sonst aber gemeine Hurerei in jedem Gerichte nach hergebrachtem Gebrauche, wofern dabei kein Mißbrauch mit unterläuft, gestraft, daneben aber gleichwohl der Stand und das Vermögen des Verbrechers, dazu, ob derselbe sein eigenes, seines Vaters, Herrn oder Wirthes Blut, oder auch eine ehrliche unberückte Jungfrau, so Standes und Vermögens halber ihm billig vorzuziehen, geschändet, oder mit der, welche ihm mit Blutsfreundschaft oder Schwägerschaft so nahe verwandt, daß sie ohne Verletzung der publicirten christlichen Kirchen-Ordnung auch ehelich sich mit einander nicht einlassen können, zu schaffen gehabt, sammt andern nothwendigen Umständen in gute Acht genommen und nach Befindung solche Geldstrafe wirklich erhöht, oder auch wohl, wenn der beschwerlichen Umstände zu viele zusammen kommen, oder auch die Hurerei mehrmals wiederholt würde und sonst vorgesezte Strafe keine Furcht schaffen sollte, Entsezung des Dienstes, Amtes- und Ehrenstandes, oder der Thurm, Stellung an den Pranger, Ausklingung mit dem Becken, Anhängung der Schandsteine und Verweisung des Landes oder andere schärfere Wege, die der Befehlgeber nach Gelegenheit beschehener Uebertretung und anderer beweglicher Umstände sich vorbehalten hat, insonderheit aber, wenn solche Hurerei in Klöstern, Kirchen oder auf den fürstl. Schlössern, Frauen-Zimmern und Amtshäusern nicht ohne große Aergerniß begangen, an Weibs- und Mannspersonen das Schwerdt, wie auch, wenn es auf den fürstl. Canzleien, Marställen, Apotheken, Mühlen, Brau- und Backhäusern, Vorwerken und Meiereien geschehen, öffentlich Staupenschlagen gebraucht und sie des Landes ewig verwiesen werden; keinesweges auch, bei Vermeidung höchster Ungnade, jemandem, er sei geistlichen oder weltlichen Standes, eine Concubine oder andere Weibspersonen, so ihm nicht öffentlich durch den Priester in der Gemeinde Gottes gegeben worden, heimlich oder öffentlich Beiliegens halber zu halten, vielweniger die außer der Ehe erzeugten oder Mantelfinder per subsequens matrimonium oder in andere Wege (wenn es dem Landesfürsten oder andern Lehns Herren, oder auch den recht- und ächtgebornen Agnaten und Mitbelehnten, oder auch löblichen von dem Landesfürsten und dessen Vorfahren erlangten und confirmirten Privilegien zu Nachtheil geschehen wollte) zu legitimiren verstattet, sondern vielmehr allem ärgerlichen bösen Leben jederzeit gewehrt, und Zucht und Ehrbarkeit erhalten und fortgepflanzt, derowegen denn auch die Kuppler, Rüffer und Hurenwirth, so Rath und That oder Vorschub zu obgesetzten unziemlichen Händeln geben, oder dieselben bößlich verhehlen, nach Gelegenheit der begangenen Unzucht mit Gefängniß, Stellung an den Pranger, Ausklingung mit Becken und Anhängung der Schandsteine, zeitlicher Verweisung eines jeden Orts, oder, da diese Strafen keine Besserung wirken werden, mit Staupenschlägen und ewiger Verweisung des Landes belegt werden. Landesf. Verordn. v. 3. Januar 1593. *)

Die gemeinen Hurer sollen in jedem Gerichte, wie es darin hergebracht, gestraft, die Ehebrecher

*) Unterm 8. Decbr. 1593 ist eine abermalige landesf. Verordnung wider Ehebruch und Hurerei bei dem Hoflager zu Weissenbüttel ergangen, deren wesentlichster Inhalt folgender ist: 1) daß ein jeder, der eine Amme annehme, solches dem jedesmaligen Großvoigt und Amtmann bei Strafe von 20 Goldfl. melden solle, damit sich diese wegen der Strafe und Kirchenbuße, ob selbige nämlich ausgestanden sei, erkundigen könnten; 2) daß die Geistlichen sich bei der Taufe unehelicher Kinder nach deren Vater erkundigen und dem Großvoigt und Amtmann solches melden, die Taufe aber deswegen nicht aufhalten sollten; 3) daß niemand verdächtige Mägde und Weibspersonen im Dienste haben, sondern jeder solche abschaffen, und wenn sich dieselben bei andern eindringen wollen, diese warnen solle, bei 10 Goldfl. Strafe; 4) daß ein jeder, in dessen Behausung oder Wohnung Unzucht getrieben werde, solches dem Großvoigt und Amtmann, sobald er davon Wissenschaft bekommt, bei willkürlicher von dem Land-Fiscäl einzufordernder Strafe anzeigen solle.

aber Manns- und Weibspersonen, sollen nach Inhalt der fürstl. Verordn. v. 1593 am Leben gestraft werden. Allg. Landes-Ordn. Art. 27.

Nachdem durch die Constitution von 1593 festgesetzt worden, daß dann, wenn ein Ehemann mit einer lebigen Person sich fleischlich vermischet und der dadurch beleidigte Ehegatte sich mit dem Schuldigen wieder versöhnt, die Bestrafung des Ehebruchs vermittelst willkürlicher Selbstbuße geschehen soll, künftig aber nicht alle Zeit auf die Erlegung doppelter Hurenbrüche *) erkannt, sondern nach den dabei vorkommenden Umständen die willkürliche Bestrafung erhöht werden soll, so wird verordnet, daß in Zukunft die Strafe des einfachen Ehebruchs nach den Umständen des Vermögens des adulteri und der adulterae der Personen, des durch den von ihnen begangenen Ehebruch gegebenen Aergernisses, auch anderer bei Ausübung dieses Verbrechens zu Schulden gebrachten, dasselbe vergrößern den Schändlichkeiten geschärft, und dem Befinden nach entweder auf eine höhere Selbstbuße oder auf eine Leibesstrafe sententionirt werden, auch bei dem einfachen Ehebruche, wenn gleich der unschuldige Theil dem Schuldigen solchen verzeiht, dieser dennoch, da seine Armuth oder andere Umstände es erfordern, mit einer Leibesstrafe belegt werden soll. Diese Verordnung soll bei etwaiger Verschickung der Acten beigelegt werden. Landess. Verordn. v. 25. Juli 1743.

Da in der Verordn. v. 3. Januar 1593 verordnet ist, daß die leichtfertigen Personen, welche den von Adel und andern ehrlichen Leuten angesehenen Standes ihre Töchter, Schwestern und Gesfreundinnen zu Falle bringen, höher und schärfer, als wenn sie solche unehrbare That an anderen ihres Gleichen oder Personen von niedrigerem Stande verrichten, gestraft werden sollen, so wird solches nochmals bestätigt und dabei verordnet, daß in solchem Falle, wie auch, wenn ohne der Eltern, Vormünder, Brüder oder Freunde Wissen und Einwilligung leichtsinnige Zusage der Ehe geschehen wäre, nach Vorschrift der fürstl. Kirchen-, auch Ehe- und Verlöbniß-Ordnung verfahren werden, auch die Eltern, Brüder und Agnaten ihren Töchtern, Schwestern und Anverwandtinnen, welche ihnen solche Unehre zugefügt, mehr nicht, als den vierten Theil dessen, was ihnen sonst nach landstättlichem Gebrauche zur Abfindung und Aussteuer gebührt, zur gänzlichen Abfindung zu geben und folgen zu lassen, verbunden, dahingegen aber auch die Eltern, Brüder und nächsten Fremde ihren Töchtern, Schwestern und Freundinnen bei vorkommenden Gelegenheiten zu anständiger Verheirathung hülflich und beförderlich sein, auch dieselben nicht zum Müßiggange oder unehrbaren leichtfertigen Gesellschaften gewöhnen, sondern zur Gottesfurcht, Arbeitsamkeit und Tugend zu erziehen, und ihnen mit guten Exempeln vorzugehen schuldig sein sollen. Landtags-Abschied v. 9. April 1770. Art. 9.

S. auch: Kinder, uneheliche — Weibspersonen, unzüchtige — Arrestatin, Unzucht mit derselben.

Ehegatten, Erbfolge derselben.

S. Erbfolge der Ehegatten.

Ehen in verbotenen Graden.

S. Verordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul-Angelegenheiten betr., §§. 9, 10 und 11; die ältern Bestimmungen **) sind antiquirt.

Ehen der Soldaten.

Keines Unterofficiers und gemeinen Soldaten Ehegelohniß soll bündig sein, es habe denn der com-

*) S. Hurenbrüche.

**) Die wichtigsten sind enthalten in der landess. Verordn. v. 25. Septbr. 1695 und in der Information von Vermeidung unzulässiger Ehen v. 19. Novbr. 1725. (Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1700. §. 108 sqq.)

mandirende Officier des Regiments darein gewilligt, gestalt denn alle solche Verlobung, wenn gleich der Beischlaf und die Schwängerung erfolgt, für null und nichtig declarirt ist, es sei denn, daß die Militair-Personen durch einen offenbaren dolum und Betrug die Weibspersonen verleitet hätten. Landesf. Verordn. v. 15. Januar 1717.

Da sich Soldaten, um den Consens zum Heirathen zu erzwingen, außerhalb Landes haben copuliren lassen, solche ohne Vorwissen und Consens der Officiere und des Chefs vom Regimente geschlossene Ehen ferne, um so weniger geduldet werden sollen, als den Unterofficieren und Soldaten ohne vorgängigen Consens sich in ein Eheverlöbniß einzulassen nicht einmal frei steht, so wird verordnet, daß hinfüro keines Unterofficiers und gemeinen Soldaten Ehe bündig sein soll, es habe denn der commandirende Chef des Regiments darin gewilligt; immaßen alle solche ohne dessen vorgängigen Consens durch wirkliche priesterliche Copulation vollzogene Ehen, wenn auch gleich der Beischlaf und die Schwängerung darauf erfolgt ist, für null und ungültig declarirt und alle Mal hinwiederum cassirt werden sollen. Landesf. Verordn. v. 28. Decbr. 1741.

Die Chefs und Commandeurs der Regimenter sollen keinem Gemeinen oder Unterofficier den Consens zur Heirath mit einer geschwächten oder berüchtigten Weibsperson ertheilen. Landesf. Rescr. an die Chefs und Commandeurs der Regimenter v. 9. März. 1775.

Nach dem Inhalte der unterm 21. Novbr. dieses Jahrs publicirten neuen Kriegs-Artikel sind die wegen der Eheverlöbniße der Soldaten schon früher dieserhalb ergangenen Verordnungen dahin erneuert und geschärft, daß 1) derjenige Soldat, welcher sich ohne vorher erhaltenen Consens seines, bei der Compagnie commandirenden Chefs oder Ober-Officiers mit einer Frauensperson ehelich verspricht, mit viermaligem Gassenlaufen bestraft; 2) diejenige Frauensperson aber, welche mit einem Soldaten oder Unter-Officier ohne vorhergegangenen Consens dessen Compagnie-Chefs, oder des die Compagnie commandirenden Ober-Officiers ein Eheverlöbniß eingeht, nicht nur mit einjähriger Werthaus-Strafe belegt, sondern auch 3) das eingegangene Eheverlöbniß selbst, wenn es auch eidlich geschehen und die Frauensperson geschwängert worden, von fürstl. Consistorio für null und nichtig erklärt; nicht weniger 4) daß in dem Falle, wozu eine solche verbotene Heirath sogar durch priesterliche Copulation sollte vollzogen worden sein, die Strafe verdoppelt, und die Ehe, vorkommenden Umständen nach, wieder gänzlich cassirt werden soll. Diese Verordnung soll in Zukunft alle Jahr an dem Sonntage, wo über das Evangelium von der Hochzeit zu Cana gepredigt wird, in den Kirchen von den Kanzeln verlesen werden. **) Die Consistorien in Wolfenbüttel und Blankenburg, wie auch alle übrigen Justiz-Collegien und Obrigkeiten, sollen sich hiernach achten. Landesf. Verordn. v. 9. Decbr. 1788. (Br. Anz. v. 1789. Nro. 2.)

Die Verordn. v. 9. Decbr. 1788 die Ungültigkeit der von Unterofficieren und Soldaten ohne Vorwissen und Consens ihrer Compagnie-Chefs eingegangenen Eheverlöbniße betreffend, findet auf den Fall keine Anwendung, wenn der Stuprator erst nach der Schwängerung sich zum Soldatenstande begiebt. Landesf. Rescr. an fürstl. Consistorium zu Wolfenbüttel v. 22. Decbr. 1799.

cf. Revif. Rescr. fürstl. Consistorii v. 1. Decbr. 1821. (Bege I. p. 200.) — Declaration der Verordn. v. 8. Novbr. 1830, die vor Eingehung der Ehen beizubringenden obrigkeitlichen Bescheinigungen betr., v. 23. Febr. 1835. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, die Verpflichtung zum Kriegsdienste betr., §. 58 und 59. Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der vorgenommenen neuen Redaction der Kriegs-Artikel betr., I. Art. 61. und 62 und II. Art. 159.

*) Dieselbe Bestimmung enthält schon die landesf. Verordn. v. 18. Decbr. 1716, die sich insbesondere auf die fürstl. Garde bezieht.

**) cf. Consistor. Auschr. n. 9. Decbr. 1824. (Bege I. p. 204.)

Ehesachen.

S. Römisch-Katholische, Nro. 12 und 14. — Ehe- und Verlöbniß-Sachen.

Ehesachen der Miliz.

Die Cognitionen und Ehescheidungen in Ehesachen der Miliz sollen dem fürstl. Consistorio *) lediglich verbleiben und überlassen werden, die Officiere aber sich darin in keinerlei Wege einmischen, sondern die Sachen sofort dahin remittiren, und die citirten Parteien, daß sie ohne einige Remittenz vor demselben erscheinen müssen, anweisen. Landesf. Verordn. v. 24. Januar 1698. **)

Ehescheidung.

Wenn ein Ehemann oder Eheweib nicht wegen Unkeuschheit, sondern anderer verübten Uebeltthaten halber auf ewig relegirt worden, soll die separatio quoad vinculum Statt haben, und dem unschuldigen Theile seiner Gelegenheit nach anderweit sich zu verheirathen zugelassen sein. Fürstl. Rescript vom 19. Mai 1707.

S. auch: Documenta af- et refixionis.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 7. — Verordn. v. 1. Octbr. 1817, die Anstellung der Desertions-Processe wider die aus den letztern Kriegen nicht zurückgekehrten Militair-Personen betr. — Rescr. fürstl. Landes-Gerichts v. 22. Juni 1826. (Bege II. p. 195.) — Landesf. Circular-Rescr. v. 12. Februar 1835, die auf Ehescheidungs-Gesuche durch landesf. Nachvollkommenheit zu erstattenden Berichte betr.

Ehescheidung der Katholiken.

Wenn beide Eheleute katholisch sind, so soll die Ehe auf keine Weise quoad vinculum getrennt werden können. Landesf. Rescr. an das geistliche Gericht zu Braunschweig v. 30. Septbr. 1786.

S. auch: Römisch-Katholische, Nro. 13.

Ehestiftungen.

Die fürstl. Ober- und Beamte, auch die Obrigkeiten in den Landstädten und die Gerichte werden befehligt, die bei ihnen vorkommenden Confirmationen der Ehestiftungen mit Beifügung des Jahres und Tages, da die Confirmationen geschehen sind, dem fürstl. Intelligenz-Comtoir jedes Mal zu melden. Landesf. Umlauf v. 29. Juni 1746.

Bei Errichtung der Ehestiftungen und derselben gerichtlichen Bestätigung soll, bei Vermeidung nachdrücklicher Abndung, die Vorschrift der Landesgesetze aufs Genaueste beobachtet werden; wie denn, wo dagegen gehandelt wird, diejenigen, so dadurch beschwert werden, von der Obrigkeit, deren Unachtsamkeit solches zuzuschreiben ist, schadlos gehalten werden sollen. Landesf. Ausschr. v. 16. April 1751. ***)

Da durch die Nichtbeachtung der Bestimmung des Landtags-Abschiedes v. 1619, ****) daß bei Meiersleuten die Ehestiftungen mit Wissen der Gutsherren aufgerichtet werden sollen, oft geschieht, daß die Meiergüter mit zu starken Abgiffen der Gestalt beschwert werden, daß der Hauswirth niemals zu Kräften kommen, mithin dem Guts Herrn die Gebühr nicht leisten kann, so wird verordnet, daß die

*) S. Ehe- und Verlöbniß-Sachen.

**) Diese Verordn. enthält außerdem noch einige andere Bestimmungen hinsichtlich der Jurisdiction über das Militair.

***) Einen vollständigen Abdruck dieses Ausschreibens s. in Geseus Meierrecht I. Ant. XVIII.

****) S. Abfindungen.

Übrigkeiten bei den Eheſtiftungen, worin von den Meiergütern etwas ausgelobt wird, die etwaigen Erinnerungen der Gutsherren vorher jedes Mal hören und ſolche der Geſtalt in Thacht nehmen ſollen, daß vor deren Erörterung und beigebrachtem ſchriftlichen Conſenſ der Gutsherren dergleichen Eheſtiftungen von Amtes und Gerichts wegen nicht confirmirt werden. Landeſf. Verordn. v. 26. April 1770. *)

Die in den auf dem platten Lande errichteten Eheſtiftungen vorkommenden Diſpoſitionen, daß nach den gemeinen Rechten ſuccedirt werden ſolle, iſt in vorkommenden Fällen nicht anders verſtanden, als daß unter den gemeinen Rechten hauptſächlich die landeſf. Verordn. v. 30. Decbr. 1754, die Erbfolge der Ehegatten betreffend, und in ſubſidiam die andern gemeinen Rechte zu verſtehen ſeien. Atteſt der k. k. ſüdl. Juſtiz-Canzlei v. 1. Juni 1804.

E. auch: Abfindungen — Contracte und Verträge der Bauersleute — Handlungen, gerichtliche — Teſtamente, Eheſtiftungen, Vergleiche, Kauf- und andere Contracte — Beamte u. Inſtruction für dieſelben Nro. 3 und 12. — Proclamation, und Copulation — Römisch-Katholiſche Nro. 5 und 7 — Prediger, Errichtung von Teſtamenten u. durch dieſelben.

Die Beſtimmungen der neuern Geſetzgebung ſ. unter: Contracte und Verträge der Bauersleute ſ. ſ. 1.

Eheverbote.

E. Ehen in verbotenen Graden.

Eheverlöbniſſe.

1) Alle und jede Manns- und Frauensperſonen, weſ Alters, Standes, Würden und Weſens ſie auch ſind, welche in den hieſigen Landen in Städten, Flecken und Dörfern ſich zu verheirathen gemeint, und zwar wenn ſie annoch Eltern und Vormünder haben, ſollen anders nicht, als mit derſelben Rath und vorhergehenden ausdrücklichen Bewilligung, auch, wenn die Eltern oder Vormünder nicht zu weit entſeſſen, in derſelben Gegenwart oder an deren Statt ihrer ordentlichen vorgeſetzten Obrigkeit, und über das Alles noch im Weiſein dreier oder zweier ehrlicher Mannſperſonen als Zeugen, wenn ſie aber keine Eltern oder Vormünder haben, zum Wenigſten in Gegenwart ihrer nächſten Anverwandten und auch dreier oder zweier ehrbarer Männer als Zeugen, die Leute auf dem Lande aber mit Zuziehung ihres Pafſtors und Seelforgerſ in einiges Eheverlöbniß ſich einlaſſen; da aber etwa aus erheblichen und unabwendlichen Urfachen mit der Verlobung geſchit und der Anverwandten, Vormünder oder des Prieſters Anweſenheit nicht erwartet werden möge, ſo ſoll dennoch, ſobald es möglich und zum Längſten innerhalb 14 Tagen, denſelben, wie auch der Obrigkeit des Orts in Gegenwart und mit Benennung der Zeugen davon Eröffnung und Nachricht gegeben, und deren oder der Obrigkeit Einwilligung eingeholt werden. Widrigen Falls aber, und da bei einer oder anderer Verlobung obbemeldete erforderliche Stücke und Requiſite unterlaſſen und nicht der Gebühr beobachtet worden, ſoll ſolches für kein Eheverlöbniß geachtet, keinesweges auch vom Conſiſtorio und den geiſtlichen Gerichten**) für gültig und bündig erkannt, ſondern, wenn daſelbſt wegen einiger nach dieſer Conſtitution nicht qualificirten Verlobung Klagen angebracht würden, ſollen dieſelben nicht angenommen, ſondern ſofort zurück- und abgewieſen, im Uebrigen auch in matrimonialibus bei dem Conſiſtorio und den geiſtlichen Gerichten keine juramenta ſuppletoria leichtlich erkannt, noch zu Erſetzung der mangelnden Zeugen zugelaffen werden. Die Contravenienten, welche ſich auf einigerlei Weiſe dieſem Edicte zuwider, ohne der Eltern und Angehörigen Conſenſ und ohne Weiſein der verordneten Zeugen heimlich verkuppeln, ſollen wegen deſ wider dieſe Verordnung und den ihren Eltern und Angehörigen reſpective ſchuldigen Gehorſam und Reſpect begangenen Frevels, nicht weniger dem Befinden

*) Dieſe Verordn. iſt durch den Landtags-Abſchied v. 9. April 1770. Art. 43 veranlaßt.

**) E. Ehe- und Verlöbniß-Sachen.

nach mit Gefängniß, als harter Geldstrafe belegt, und zu Abthnung des gegebenen Aergernisses zur öffentlichen Kirchenbuße angewiesen werden. Sollte sich jedoch begeben, daß eine oder die andere Mannsperson ehrliche und ihres Lebens und Wandels halber unbescholtene Weibsbilder, unter gemachter Hoffnung und Versprechung der Ehe, zu ungebührlicher Lust zu induciren, und sie um ihre Ehre dolose zu bringen sich unterstehen sollte, so soll in solchen Fällen auf die vorhingesezten übrigen Requisite zwar nicht so genau gesehen werden, *) gleichwie aber den Eltern ihr jetzt erwähntes Recht durch der Kinder Verbrechen nicht benommen werden kann, also soll nach wie vor deren Einwilligung oder Contradiction bei der Kinder Verlobung attendirt werden, der Gestalt, daß bei entstehendem Consens die Verlobungen, wenn auch gleich solche per copulam carnalem confirmirt worden, den gemeinen Rechten nach für null und nichtig gehalten werden sollen. 2) In Ansehung der wegen naher Blutsfreund- oder Schwägerschaft unzulässigen Ehen soll es lediglich bei der in der vom Herzoge Julius erneuerten Kirchen-Ordnung p. 276 gethanen Disposition sein Bewenden haben, **) mit dem Anhange, daß, wosern jemand dawider handeln wird, fogar auch in gradibus dispensabilibus, (es wäre denn, daß er landesf. Dispensation vorher erhalten hätte) derselbe alle Mal nach Gelegenheit und Stande mit schwerer Geldstrafe oder Gefängniß, auch Landesverweisung belegt werden soll. Wenn auch 3) einige Verlobte ehe und bevor sie an dem Orte, da sie eingepfarrt, öffentlich von der Kanzel proclamirt und abgekündigt, und an anderen Orten, in oder außerhalb Landes, es sei unter was Schein es wolle, der Kirchen-, Ehe- und Verlöbniß-Ordnung zuwider, sich copuliren und trauen lassen, (es wäre denn, daß aus bewegenden Ursachen von dem Gesetzgeber oder fürstl. Consistorio solches verstatet würde) sollen dieselben alle Mal wenigstens jede Person mit 100 Thaler, und da dieselben so viel in bonis nicht hätten, mit schwerem Gefängniß, da aber auch andere beschwerliche Umstände mit unterliefen, insonderheit wenn sie sich mit andern Personen vorher ordentlich versprochen, härter, und nach Ermäßigung und Anleitung der kaiserl. Rechte an Ehre, Leib und Gut bestraft werden. Gestalt denn 4) über die Cheverlöbniße, wenn sie also, wie in dieser Constitution vorgeschrieben, mit christlichen Ceremonien und in Gegenwart der Eltern, Vormünder oder obrigkeitlichen Personen, wie auch der erfordernten Zeugen errichtet und bestätigt sind, ernstlich gehalten und niemandem leichtlich gestätet werden soll, davon ab- und zurückzutreten, sondern wenn der eine oder andere sich solches gelüsten lassen wollte, soll derselbe oder dieselbe gleich einem malitioso desertori oder desertori gehalten und sowohl seinem Gegentheil in dasjenige, was demselben den Eheverlobungen oder gemeinen Rechten nach gebührt, als dem Landesfürsten und Gerichten in schwere willkührliche Strafe verfallen sein, anderweite Verlobung und Verehelichung auch demselben absque plenissima causae cognitione und ohne höchst erhebliche Ursachen nicht verstatet werden. Diese Verordnung soll des Jahrs zum wenigsten ein Mal, an dem Sonntage, da das Evangelium von der Hochzeit zu Cana erklärt wird, öffentlich abgelesen werden. ***) Landesf. Verordn. v. 2. Januar 1704 und 19. Novbr. 1725, welche beide bis auf die §. 1 angegebene Abweichung wörtlich gleichlautend ****) und durch die landesf. Verordn. v. 13. Decbr. 1753 auf das Fürstenthum Blankenburg extendirt sind.

Wenn bei einer mit der Eltern ausdrücklichen Bewilligung geschehenen Verlobung keine Zeugen adhibirt worden sind, die Eltern aber nebst den Verlobten die der Gestalt gegebene Versprechung

*) Von hier an bis zum Ende des §. 1 weichen beide Verordnungen von einander ab, indem sich in der von 1704 an die obigen Worte schließt »sondern der dolose deflorator nach gemeinen Rechten zur wirklichen Verehelichung condemnirt werden« und damit §. 1 endigt.

**) E. Ehen in verbotenen Graden.

***) Vergl. Consistorial-Ausschr. v. 9. Octbr. 1824. (Bege I. p. 204.)

****) Schon unterm 1. Januar 1569, 25. Febr. 1685, 4. Januar 1693 und 18. Decbr. 1699 waren wegen der verbotenen heimlichen Verlobungen und wie es in Ehe- und Verlöbniß-Sachen zu halten sei landesf. Verordnungen erlassen, die indes weniger umfassend waren als die obigen.

gerichtlich zugeſehen und nur von einem der Mangel der Zeugen vorgeſchützt wird, ſo iſt ſothane Verlobung, wenn die Verlobten und Eltern ihren Conſenſ gegeben, allerdings für gültig zu erkennen, geſtatten es in ſolchem Falle keiner Zeugen, als die nur *melioris probationis gratia* zu adhibiren ſind, bedarf. Landesf. Reſcr. an fürſtl. Regierung zu Blankenburg v. 4. Septbr. 1700. *)

Auf die Anfrage, ob und in wieviele nach der Ehe-Ordnung von 1725 die Einwilligung der Stief-Eltern zur Gültigkeit eines Ehe-Verlöbniſſes erfordert werde, wird erwidert: Unter dem Namen der Eltern ſind die Stief-Eltern nicht mit zu verſtehen, noch mag an und für ſich ſelbſt deren Einwilligung oder Widerſpruch die Ehe-Verſprechung gültig oder ungültig machen. Es wird alſo bei volljährigen Stief-Kindern deren Gutachten niemals von einiger in der Ehe-Ordnung verordneten Wirkung ſein, und bei Minderjährigen, welche jederzeit bevormundet ſind, oder Falls ſie es nicht ſind, bevormundet werden müſſen, der Vormünder Meinung und Wille allein den in der Ehe-Ordnung feſtgeſetzten Effect haben. Sollten aber der Stief-Vater oder die Stief-Mutter bei einer von ihren Stief-Kindern vorhabenden Ehe ſolche Urfachen bebringen, die das Ehe-Gericht mit Recht bewegen möchten, die Ehe auch wider Willen der Vormünder zu geſtatten oder zu unterſagen, ſo werden ſie damit billig gehört. Landesf. Reſcr. an das Conſiſtorium v. 22. Januar 1742.

Die Obrigkeiten ſind angewieſen, in den Fällen, da ihnen und jeglichen Orts geiſtlichem Viſitator oder Superintendenten künſtig vom fürſtl. Conſiſtorio Cognitionen in Ehe- und Verlöbniß-Sachen werden committirt werden, nicht nur alle Mal der Landes-Conſtitution v. 19. Novbr. 1725 gemäß zu verfahren und der Sachen baldigſte und billigſte Beendigung ſich möglichſten Fleißes angelegen ſein zu laſſen, ſondern auch in denſelben keine höhere Gerichts-Gebühren zu nehmen, als ihnen in Civilſachen zu nehmen vergönnt iſt. Landesf. Umlauf an alle fürſtl. Ober- und Beamte nebst den Magiſtraten in den Städten und Flecken, auch ſämmtliche Gerichts-Obrigkeiten v. 28. Januar 1755.

Das höchſte Reſcript an fürſtl. Regierung zu Blankenburg v. 4. Septbr. 1709 iſt ausdrücklich aufgehoben, und ſoll vielmehr auf die alleinige, excluſive Gültigkeit der Verlöbniß-Ordnung von 1725 erkannt werden. Landesf. Reſcr. an fürſtl. Regierung zu Blankenburg v. 23. Novbr. 1801.

E. auch: Ehe- und Verlöbniß-Sachen — Römisch-Katholiſche, Nro. 1 und 12. — Ehebruch, Hurerei u.

cf. Verordnung v. 18. Febr. 1814, die Nicht-Aannahme der Klagen auf Vollziehung der Ehe betr.

Cheverlöbniſſe der Soldaten.

E. Ehen der Soldaten.

Ehe- und Verlöbniß-Sachen.

Die Verwaltung der Rechtſpſe in Ehe- und Verlöbniß-Sachen, welche früher dem Conſiſtorio zuſtand, **) iſt jetzt den Gerichten übertragen.

cf. Verordn. v. 15. Januar 1814, die Einführung einer proviſoriſchen Juſtiz- und Polizei-Verfaſſung betr., §. 2. Nro. 2. — Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 7. — Declaration v. 4. Mai 1818, die Competenz des Landes-Gerichts in Eheſachen betr. — Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Juſtizweſens betr., §. 2. Nro. 1. — Geſetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823 betr., §. 10.

*) S. unten: Landesf. Reſcr. v. 22. Novbr. 1801.

**) S. Conſiſtorium.

Eheliche Geburt der Armentknaben.

S. Armentknaben, von den Waisenhäusern und Armen-Anstalten unterhaltene, Nro. 7.

Eid.

Einem jeden streitenden Theile steht frei, seinem Gegner das Gewissen zu rühren, welcher denn auch bei Verlust der Sache solches *juramentum judiciale* zu schwören oder zu referiren schuldig ist, jedoch vorbehältlich der richterlichen Ermäßigung, ob und wie weit der deferirende Part befugt und das in dubio stehende *factum* bewandt sein kann, damit nicht ohne Noth die Anerbietung und Abstattung der Eide zum Mißbrauche ausschlagen und zur Stärkung der Parteien Eigensinn dienen kann. Hofgerichts-Ordn. Tit. LXI. §. Ueberdies steht u.

Um bei den Eiden, welche in *actionibus civilibus* ein Theil dem andern zuschiebt oder der Richter auflegt, ein gleichförmiges Verfahren bei allen Gerichten festzusetzen, wird verordnet:

1) Einem jeden, welchem den Beweis zu führen obliegt, bleibt unbenommen, seinem Gegentheile, jedoch binnen dem Beweis-Termin bei Strafe der Desertion, einen Eid über die abgelegneten zur Entscheidung der Sache dienenden *facta* zu deferiren, und soll der Gegentheil schuldig sein, binnen den nächsten 4 Wochen *sub poena recusati* sich darauf, ob er ihn acceptiren, oder, in so weit es den Rechten gemäß, referiren wolle, zu erklären.

2) Derjenige, welcher etwa schon während des Beweis-Termins den Beweis durch Zeugen angetreten, kann sowohl vor Abhörung derselben, als auch wenn der *Notulus* publicirt oder darüber erkannt worden, und er durch die Zeugen das, was ihm zu erweisen nachgelassen, zu Recht nicht erwiesen, dem Gegentheile annoch den Haupt-Eid deferiren, jedoch muß er dieses letztern Falls nach rechtskräftig gewordener Sentenz binnen 10 Tagen thun, widrigen Falls er damit nicht weiter gehört werden soll. Nicht weniger soll

3) einer, der gleich Anfangs zur Eides-*Delation* gegriffen, den Eid, wenn der Gegentheil sich darauf noch nicht erklärt und denselben weder acceptirt noch referirt hat, wieder zurück zu nehmen und den Beweis durch Zeugen, wenn er selbige mit Ueberreichung der Beweis-Artikel *) sofort denominirt, annoch zu führen befugt sein; wenn aber der Gegentheil den Eid bereits acceptirt oder referirt hätte, steht ihm solche Variation auch unter dem Namen einer *probatio pro evitando perjurio* nicht mehr frei, er könnte oder wollte denn sofort zugleich eidlich erhärten, daß er von den aufgefundenen Zeugen vorher keine Wissenschaft gehabt; gleichwie denn auch, nachdem der deferirte Eid wirklich abgeleistet worden, die *probatio contrarii*, wenn schon neue Zeugen oder neue Documente aufgefunden sein sollten, durchaus keine Statt mehr findet. Es mag jedoch derjenige, welcher solchen Beweis zu führen vermeint, seine Beweissthümer dem Gerichte vortragen, welches solche, wenn es die Sache darnach beschaffen findet, *inquisitorie ex officio* untersuchen, oder respective den Land-Fiscäl ercitiren soll, und soll, wenn das *perjurium* erwiesen wird, außer der Strafe auf die Restitution dessen, was ein solcher durch den Meineid gewonnen hat, erkannt werden; da denn befindenden Umständen nach dem sachfälligen Theile dasjenige, so ihm durch den Meineid entzogen, restituirt werden soll.

4) Demjenigen, dem der Haupt-Eid deferirt, nicht aber dem, welchem derselbe referirt worden, ist sein Gewissen mit Beweis durch Zeugen zu vertreten zwar zu gestatten, er muß solches jedoch binnen der ihm zur Erklärung angesetzt Zeit, oder, wenn er den Eid bereits acceptirt haben sollte, binnen den nächsten 8 Tagen darnach bei Verlust dieser Rechtswohlthat thun und zugleich Beweis-Artikel mit Benennung der Zeugen exhibiren, auch mehr als einen einzigen Zeugen vorschlagen, immaßen, und da kein *suppletorium* Statt haben mag, er mit einem einzigen Zeugen nicht zugelassen werden soll. Wenn aber

*) cf. p. 112 die zweite Note.

jemand dem Gegentheile den Eid bereits sollte referirt haben, so kann er sich der Gewissens-Vertretung überall nicht mehr bedienen.

5) Demjenigen, welcher mit der angemessenen Gewissens-Vertretung nichts ausgerichtet, bleibt annoch unbenommen, den ihm deferirten Eid binnen den nächsten 8 Tagen nach rechtskräftig gewordener Sentenz zu acceptiren oder zu referiren, es wäre denn, daß die von ihm producirten Zeugen gerade wider ihn das Gegentheil ausgesagt hätten, oder er hätte zuvor und ehe er zur Gewissens-Vertretung gegriffen, den Eid bereits acceptirt gehabt, als in welchen beiden Fällen er sodann weder den ihm deferirten Eid zu referiren ferner befugt sein, noch selbst zu dessen Ableistung mehr admittirt, sondern das, was der Gegentheil durch die Eides-Delation zu erweisen sich angemacht, schlechterdings für erwiesen angenommen werden soll.

6) Wenn ein vom Richter auferlegter Beweis geführt und dem Producten das *purgatorium* zuerkannt worden, so soll demselben nicht gestattet werden, sein Gewissen mit Beweis zu vertreten, weil ihm obgelegen, seine Beweissthümer durch Führung des Gegenbeweises beizubringen.

7) Wenn einer, wenn er den Eid wirklich acceptirt hat, verstirbt, so soll zwar der Eid, wenn er dessen Ableistung nicht verzögert hat, *pro praestito* angenommen werden, und dessen Erben denselben *de credulitate* annoch zu leisten nicht schuldig sein, jedoch nur in dem Falle, wenn der Mandatar, der den Eid für ihn acceptirt, dazu specialiter bevollmächtigt und in der Vollmacht die *formula iuramenti* enthalten ist. Anderer Gestalt, oder auch wenn der Verstorbene die Ableistung des Eides verzögert hat, sind die Erben den acceptirten Eid, jedoch nur *de credulitate* zu schwören verbunden. Landessf. Verordn. v. 17. Mai 1757. (Br. Anz. v. 1757. Nro. 50.)

Da über die in der Verordn. v. 17. Mai 1757. §. 1 enthaltene Verfügung, »daß derjenige, dem ein Eid deferirt worden, binnen den nächsten vier Wochen *sub poena recusati* sich darauf, ob er ihn acceptiren oder, in so weit es den Rechten gemäß, referiren wolle, zu erklären schuldig sein solle«, Zweifel entstanden sind, ob nämlich die *poena recusati ipso jure*, oder *praevia contumaciae accusatione* Platz haben müsse, so wird obgedachte Verordnung in Ansehung dieser Stelle dahin declarirt, daß die darin comminirte *poena recusati* allerdings eine von dem Gegentheile auf geschehene Contumacirung ausgebrachte Präclufion voraussetze und daß mithin, wenn diese noch nicht erfolgt, die Erklärung auf den Eid auch noch nach Ablauf der vierwöchigen Frist anzunehmen sei. Landessf. Verordn. v. 3. Septbr. 1781. (Br. Anz. v. 1781. Nro. 80.)

S. auch: *Juramentum etc.* — Briefe und Siegel, Klare — Wechsel-Sachen, Proceß-Verfahren in denselben.

Eid vor dem Untergerichte zu Braunschweig.

§. 1. Wenn zu Führung des Beweises eine Partei der andern einen Eid deferirt, der der Parteien eigene Geschichte betrifft, muß solcher *sub poena confessi* entweder acceptirt und in Person geleistet oder referirt werden.

§. 2. Wenn eine Forderung auf klaren Briefen und Siegeln beruht, so kann zwar *super exceptione solutionis*, oder da das *debitum illiquidum* wäre, über die eigentliche Summe die Eides-Delation zugelassen werden; jedoch hat Beklagter, nachdem ihm die Klageschrift insinuiert worden, solche Eides-Delation *ante terminum* zeitig einzubringen, damit sie Klägern communicirt werden könne. Falls die Klage nur mündlich angebracht und der Eid in *termino* deferirt würde, so soll dem Kläger zur Erklärung eine achttägige Frist *sub praesudicio* präfigirt werden.

§. 3. Diejenige Partei, so den Eid deferirt, soll auf Begehren dessen, welchem er deferirt wird, den Eid für Gefährde, entweder in Person, oder durch einen dazu specialiter versehenen Procurator, abzuschwören schuldig sein.

§. 4. Sollte das Gericht bemerken, daß von dem einen oder andern Theile etwas zum Aufenthalt der Sache oder sonst calumniose vorgebracht würde, so ist es seinen Pflichten nach verbunden, demjenigen, welcher sich dergleichen schuldig macht, oder dessen Advocaten, oder beiden zugleich das juramentum malitiae abzufordern.

§. 5. Der Kauf- und Handelsleute Erben, die keine eigene Wissenschaft von dem geführten Handel haben, sollen ihrer Erblasser Handelsbücher nicht juramento veritatis, sondern credulitatis bestärken.

§. 6. Desgleichen sollen alle Erben, Successoren, Vormünder, Curatoren, Provisoren, überhaupt alle und jede, die nicht über eigene Handlungen und Wissenschaft schwören, nur zu dem juramento credulitatis verbunden sein.

§. 7. Wenn jemand, der keine genaue Wissenschaft von der im Streite befangenen Sache hat, seinem Gegner, der gute und gründliche Wissenschaft davon haben muß, (als wenn zum Exempel derselbe selbst dem Contracte oder Handel, worüber gestritten wird, beigewohnt und denselben beschließen helfen) den Eid deferirt, ist dieser den deferirten Eid zu referiren nicht befugt, sondern denselben abzuschwören schuldig.

§. 8. Ein Haupt-Eid, er sei deferirt oder referirt, soll in Person abgeflattet werden. Falls derjenige, so ihn leisten soll, zu weit entzessen und sich erklärt, seinem Gegner die zu Bestellung eines Procurators und sonst erforderlichen Unkosten zu ersetzen, so soll des Gegners Obigkeit um die Bestellung eines Procurators und Abnahme des Eides ersucht werden.

§. 9. Hochschwangere Frauen, auch Sechswöchnerinnen sind zwar wider ihren Willen mit keinem Eide zu belegen; jedoch hat das Gericht, wenn es die persönlichen Umstände darnach beschaffen zu sein findet und auf den abzulegenden Eid der Sachen Entscheidung beruht, zu versuchen, dergleichen Personen zu Ableistung des Eides durch gütliche Vorstellungen zu bewegen, Falls sie aber bei ihrer Weigerung verbleiben, sie anzuhalten, daß sie ihr Zeugnis oder ihre Erklärung, wie sie es demnächst mit einem Eide bekräftigen können, abgeben und versichern, damit sie nach zurückgelegten sechs Wochen zu wirklicher eidlicher Bestärkung ihrer Aussage, welche ihnen alsdann nochmals vorzulegen, gezogen werden mögen. Cap. XI der verbesserten Untergerichts-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 2. Febr. 1764.

E. auch: Polizei-Sachen in Braunschweig.

Eid, Ableistung desselben vor dem Polizei-Gerichte zu Braunschweig.

Bei dem Polizei-Gerichte in Braunschweig soll in Sachen, die weniger als 4 Thlr. betragen, sowohl wenn es jura partium anlangt, als wenn es auf eine Geldbuße ankommt, mit Ableistung des Eides nicht verfahren, sondern in Partei-Sachen ein gütliches Auskommen versucht und allenfalls ex aequo et bono bestimmt werden, was einer zu prästiren hat. In Sachen ex officio aber ist in solchen Kleinigkeiten, wenn die Denunciation durch einen bedienten Diener geschehen, der Denunciat, wenn man sich zu ihm der That versehen kann, für überwiesen zu achten, wenn er hingegen gutes Gerüchte oder sonst etwas für sich hat, ist er, wenn er seine Unschuld eidlich erhärten will, simpliciter zu absolviren. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 31. Juli 1759.

Eid für Gefährde.

E. Juramentum calumniae.

Eid, Wichtigkeit desselben.

In den Dorfgemeinden hiesiger Lande sollten am 4. Advent-Sonntage den Gemeinden die Natur der Eide und die bei derselben Ablegung zu beobachtenden Pflichten, nach Veranlassung des Evangelii, deutlich und recht rührend eingeschärft werden. Fürstl. Consistorial-Ausschreiben v. 7. Septbr. 1765.

Eides-Relation.

E. Eid — Eid vor dem Untergerichte zu Braunschweig.

Einbau.

E. Bauen in der Stadt Braunschweig.

Einbrüche und Diebereien in Braunschweig.

Dieselben sollen von dem, den sie betreffen, dem Districts-Commissario schleunigst angezeigt werden.
Verordn. des Magistrats zu Braunschweig v. 30. Novbr. 1764.

cf. Bekanntmachung der herzogl. Polizei-Direction zu Braunschweig vom 4. März 1829.
(Br. Anz. v. 1829. Nro. 19.) — Desgl. v. 12. Febr. 1832. (Br. Anz. v. 1832. Nro. 13.)

Einführung der Prediger.

E. Prediger, Berufung und Einführung derselben.

Eingebrachtes der Ehefrauen.

E. Privilegium dotis.

Einlegung der Rechtsmittel.

E. Rechtsmittel, Einlegung derselben.

Einlösen der Bescheide ic.

E. Bescheide ic., Einlösen derselben.

Einlösung der Pfänder mit gestohlenem Gelde.

E. Leihhaus, Pfandrecht desselben.

Einquartierung der Soldaten.

Da außerordentliche gemeinschaftliche Lasten gemeinschaftlich zu tragen sind, so müssen allerdings die Befreiten die Einquartierungs-Last mit tragen helfen. Landesf. Resolution v. 13. Juni 1795 für die Gemeinde Thiede.

cf. Verordn. v. 24. Febr. 1814, den Geschäftskreis der Oberhauptleute betr., §. 3. — Bekanntmachung des fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 16. August 1814. (Br. Anz. v. 1814. Nro. 65.) — Bekanntm. des herzogl. Staats-Ministerii v. 11. Decbr. 1830. (Bege II. p. 227.) — Rescr. herzogl. Kriegs-Collegii v. 6. Januar 1831. (Bege III. p. 320.) — Landesf. Bekanntm. v. 14. Decbr. 1831, die Modification der Vergütungs-Sätze für die außerhalb der Garnison in Friedenszeiten einquartierten Militair-Personen ic. betr. — Neue Landschafts-Ordnung v. 12. Decbr. 1832. §. 51. — Gesetz v. 12. Decbr. 1832, die Organisation und den Wirkungskreis der Kreis-Directionen ic. betr. — Verordn. v. 22. Septbr. 1835, die Publication der mit dem Königreiche Preußen abgeschlossenen Durchmarsch- und Etappen-Convention betr., §. 9.

Einquartierung der Soldaten in Braunschweig.

Auf die zum Nachtheile und Drusse der übrigen Mitbürger gereichende Ursache, daß so viel Gelegenheit im Hause vermiethet, daß die Soldaten-Kammer wegen eigenen Gebrauchs nicht entbehrt werden könne, oder daß das Haus ganz vermiethet sei und der Eigenthümer nicht im Hause wohne, soll nicht die

die mindeste Rücksicht genommen werden, indem die Eigenthümer der Häuser sich selbst beizumessen haben, daß sie bei Vermietung ihrer Gelegenheiten und Häuser auf die ihnen bekannte Einquartierung der Soldaten keine Rücksicht genommen haben. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 15. Mai 1784. (Br. Anz. v. 1784. Nro. 39.)

Vorstehende Verordnung ist erneuert, mit dem Beifügen, daß in vorkommenden Fällen bei dergleichen unerheblichen Einreden die zu quartieren schuldig gewesen Soldaten auf Kosten derjenigen, welche aus obigen Ursachen die Natural-Quartierung weigern, für Geld untergebracht werden sollen. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 16. März 1787. (Br. Anz. v. 1787. Nro. 26.)

Demnach bisher bemerkt worden, daß die hiesige Bürgerschaft in Betracht der zu übernehmenden Natural-Einquartierung mancherlei Einreden und Hindernisse hervorzufuchen beflissen gewesen, um dadurch eine Befreiung von dieser Obliegenheit zu erlangen, es auch scheint, daß verschiedene hiesige Einwohner in der irrigen Meinung stehen, als ob man willkürlich hierunter nachsehen, und bald diesen, bald jenen, seines mehreren Vortheils oder mehrerer Bequemlichkeit halber, von der Natural-Einquartierung frei lassen und andere damit belegen könne; hierdurch aber, und durch die vervielfältigten Untersuchungen und Besichtigungen bei dergleichen Vorfällen das Einquartierungs-Geschäft über die Maaße und zur Ungebühr erschwert worden; als wird, damit ein jeder sich selbst bescheiden möge, nach welchen Grundsätzen bei der vorkommenden Natural-Einquartierung verfahren werde, auf landesf. Befehl hiermit bekannt gemacht: 1) daß jeder hiesige Bürger, welcher in Betracht seiner Nahrung und seines Hauses Service bezahlen muß, auch Natural-Quartierung einzunehmen verbunden ist, wenn ihm solche angesagt wird; 2) daß in jedem Hause, auf welchem die Natural-Quartierungs-Verbindlichkeit ruht, die erforderlichen Soldaten-Betten und die Soldaten-Kammer unausgesetzt im Stande erhalten werden müssen; 3) daß niemand deshalb, weil er die Gelegenheit in seinem Hause vermietet hat, von der Natural-Quartierung befreit zu sein hoffen darf, indem niemand seines Privat-Nutzens halber der ihm obliegenden Einquartierungs-Verbindlichkeit Hindernisse in den Weg legen muß; 4) daß die Einrede, man habe ein zu beschränktes Haus, zu kleine Zimmer, oder sei zur Quartierung nicht eingerichtet, und wie dergleichen Vorwand mehr ist, nichtig ist und nicht geachtet werden kann, inmaßen ein jeder Bürger die ihm obliegende Verbindlichkeit kennen und erfüllen muß, und derjenige, der sich dennoch nicht eingerichtet hat, oder seines Gewerbes, oder wohl gar seiner mehreren Bequemlichkeit halber glaubt, daß die Quartierung ihm zu lästig falle, mehr nicht als den Ausweg übrig behält, daß er auf seine Kosten die ihm zu Theil fallende Mannschaft anders wohin ausquartiere.

Wie jedoch

- a) die Kirchen-, Schul- und Beguinen-Häuser;
- b) die Häuser herrschaftlicher, landschaftlicher und Stadt-Bedienten;
- c) die Districte und Häuser derjenigen Personen, welche specialiter mit der Befreiung von der Natural-Quartierung begnadigt sind, so wie bisher, auch fernerhin befreit bleiben müssen; auch die Häuser der Kaufleute, sowohl der Krameramts- als des großen Victualienamts-Genossen wegen des zu haltenden offenen Ladens und zu führenden großen Waarenlagers, ferner auch die Seiler wegen des vorrätigen und im Hause liegenden Hanfes, endlich auch die in dem Meß-Revier belegenen Häuser nur bei vorkommenden extraordinairten Fällen mit Natural-Einquartierung belegt werden können, so hat es auch dabei in eben der Maaße als bisher sein Verbleiben. In allen übrigen Fällen bleibt es bei der ad 1 festgesetzten Regel, und soll zwar auf außerordentliche Hindernisse, als z. B. Krankheit des Hauswirths und der Hauswirthin, vorhabende Baue und beträchtliche Reparaturen des Hauses und dergleichen der einquartirenden Mannschaft selbst nachtheilig werdende erhebliche Vorfälle, so wie bisher, auch künftig Rücksicht genommen, und deshalb befundenen Umständen nach eine Zeit lang der Natural-Quartierung Anstand gegeben werden,

es hat aber niemand eines unbedeutenden und gefuchten Vorwandes halber sich seiner Schuldigkeit zu entziehen zu suchen, sondern sich selbst zu bescheiden, daß auf dergleichen nichtige Verweigerung nicht attendirt werden könne. Avertissement des Service-Directorii zu Braunschweig v. 3. Octbr. 1794.

Die Verordn. v. 16. März 1787 ist nochmals dahin in Erinnerung gebracht, daß die Soldaten-Kammern nicht zu vermietthen, sondern diese sowohl, als die benöthigten Soldaten-Betten unausgeseht in Bereitschaft zu halten, immaßen auf den Einwand, daß dieses nicht im Stande, oder die Gelegenheiten im Hause vermiethet und kein hinreichender Raum zur Quartierung da sei, überall keine Rücksicht genommen werden kann, weil jeder seine Schuldigkeit kennen und erst erfüllen muß, bevor auf Bequemlichkeit und Einnahme von vermietheten Gelegenheiten Rechnung gemacht werden darf. Bekanntmachung des fürstl. Service-Directorii zu Braunschweig v. 1. Decbr. 1795. (Br. Anz. v. 1795. Nro. 95.)

Einquartierung und Service in Wolfenbüttel.

Landesf. Patent v. 15. Juli 1715 wegen der in der Residenzstadt Wolfenbüttel ratione onerum und in specie wegen der Einquartierung und der Service-Gelder gemachten Veränderung.

Einreden.

3. Exceptionen.

Einsammeln des Neujahr's-, Fastnacht's-, Martini- und Weihnacht's-Geldes.

Niemandem, der nicht ausdrückliche Verwilligung von dem Landesfürsten dazu erhalten hat, *) und bei Einsammlung des Geschenk's solche vorzeigt, soll erlaubt sein, auf Martini, Nicolai, Weihnachten und Neujahr herum zu gehen und Geschenke zu sammeln; wie denn auch allen und jedweden untersagt ist, dergleichen Collectanten etwas zu geben, widrigen Falls, und wenn dieser Verordnung entgegen gehandelt wird, nicht allein diejenigen, so ohne habende Verwilligung sammeln, sondern auch die, so ihnen etwas geben, mit nachdrücklicher Strafe angesehen werden sollen. Landesf. Verordn. v. 21. Octbr. 1743.

Daß Neujahr's-, Fastnacht's- und Martini-Singen von Kindern und erwachsenen Leuten soll, insbesondere in den beiden Festungen und Städten Braunschweig und Wolfenbüttel, völlig abgeschafft, und es sollen die Uebertreter, andern Bettelleuten gleich, aufgehoben, die also singend bettelnden Kinder und deren Eltern aber, wenn sie es gewußt und zugegeben, auf des Directorii der Armen-Anstalten geschehenes Anmelden an die Obrigkeit, theils mit Gelde, theils mit Leibesstrafe dem Befinden nach bestraft und angesehen, zu Herausgebung des Empfangenen angehalten, und dieses sowohl, als die Geldstrafe dem Armen-Directorio behuf der Armen-Anstalten eingeliefert werden. Landesf. Verordn. v. 1. Decbr. 1747. (Br. Anz. v. 1748. Nro. 9.)

S. auch: Fastnacht'schwärmerei.

cf. Landesf. Rescr. v. 29. März 1815. (Bege III. p. 254.) — Consistorial-Rescr. v. 19. Juni 1819. (Bege III. p. 258.) — Cammer-Rescr. v. 3. Januar 1830. (Bege H. p. 250.)

Einsammeln des Neujahr's-, Fastnacht's-, Martini- und Weihnacht's-Geldes zu Braunschweig.

Da niemandem in Braunschweig außer den Nachtwächtern, und auch diesen nur um Neujahr aus, hergebrachtermäßen gestattet ist, ein sogenanntes Neujahr's-Geld bescheidenlich einzufordern, so ist jede

*) Durch die landesf. Concession v. 14. Decbr. 1743 wurde den beeidigten Boten bei den höchsten Gerichten in hiesigen Landen das Neujahrsgeld-Sammeln bis auf weitere Verordnung gestattet.

sonstige und von andern Leuten und Unter-Bedienten unternommene Sammlung eines Neujahrs-, Fastnachts-, Martini- oder Weihnachts-Geldes für eine mißbräuchliche und verbotene Bettelei zu halten. Avertissement des k. Polizei-Departements v. 19. Novbr. 1791. (Br. Anz. v. 1791. Nro. 93.)

Auch den Postillons ist das Neujahr-Blasen und Einsammeln des Neujahrs-Geldes in Braunschweig auf höchsten Befehl bei Strafe untersagt. Avertissement des k. Post-Departements v. 12. Decbr. 1791. (Br. Anz. v. 1791. Nro. 98.)

cf. Bekanntmachung der k. Polizei-Direction v. 24. Decbr. 1818. (Br. Anz. v. 1818. Nro. 46.) — Desgl. v. 15. Decbr. 1819. (Br. Anz. v. 1819. Nro. 60.) und v. 22. Decbr. 1834. (Br. Anz. v. 1834. Nro. 305.) welche von Zeit zu Zeit in Erinnerung gebracht sind.

Ein- und Ausschreibungs-Gebühren der armen Lehrknaben.

S. Armenknaben, von den Waisenhäusern und Armen-Anstalten unterhaltene.

Einzoll vom Viehe auf den Viehmärkten zu Braunschweig.

S. Gesetz v. 11. Mai 1835, die städtischen Abgaben in Braunschweig und Wolfenbüttel betr., p. 488, wodurch die ältern Bestimmungen aufgehoben sind.

Eis auf den Straßen.

S. Straßen, Reinigung derselben in Braunschweig.

Eisen, fremdes.

Die ältern Verbote *) gegen die Einfuhr des fremden Eisens sind aufgehoben; s. Gesetz v. 23. April 1835, die Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangs-Abgaben betr.

Eisen-Credit.

S. Credit auf Eisen.

Eisenhandel.

1) Von einem Centner fremden Eisens, jedoch mit Ausnahme des auf den königl. Preussischen und Hannoverschen Hütten erzeugten Eisens, soll 1 Thlr. als Impost entrichtet werden. **)

2) Niemandem als den bestellten Eisenhändlern auf dem Lande und in den Städten nach den denselben erteilten Concessionen soll der Handel mit Stab-, Rad-, Kraus- und Gußeisen gestattet sein, wobei jedoch den Consumenten ferner unbenommen bleibt, das zu eigenem Behufe oder zur Verarbeitung nöthige Eisen von den Hütten selbst zu erhandeln und zu nehmen.

3) Insbesondere ist das von einigen Fuhrleuten sich angemessene Hausirenfahren und Verkaufen ausländischen und inländischen Eisens an die Schmiede und andere Landes-Einwohner bei Strafe der Con-

*) Diese waren vom 14. Febr. 1650, 21. Febr. und 21. Novbr. 1653, 19. April 1656, 30. Juli 1670, 6. Febr. 1674, 16. März 1686, 18. Febr. 1708 und 3. Juni 1740. Durch die Verordn. v. 1708 war die Einfuhr des fremden Eisens bei Strafe der Confiscation verboten und bestimmt, daß kein anderes als das auf den Eisenhütten zu Newwerk, Mübelsand, Altenbraak, Lanne, Braunlage und Balkenried gewonnene und mit dem Hüttenzeichen versehene Eisen verhandelt und verarbeitet werden, und daß der Handel allein durch die besonders dazu bestellten Eisensactoren geschehen sollte; wogegen sich das in der Verordnung v. 1740 enthaltene Verbot allein auf den Harz- und Werra-District bezog, wo den Einwohnern nur das auf der Wilhelms- und Carlshütte gewonnene Eisen zu verarbeiten und damit zu handeln erlaubt war. Indes gestattete schon die Verordnung v. 29. Juni 1804 die Einfuhr fremden Eisens; s. Eisenhandel.

**) cf. Gesetz v. 23. April 1835, die Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangs-Abgaben betr., p. 206.

fiscation des Eisens verboten und soll dasselbe auf keine Weise gestattet sein. Landesf. Verordn. v. 29. Juni 1804. (Br. Anz. v. 1804. Nro. 57.)

Auf eine Anfrage der fürstl. Cammer zu Blankenburg ist vorstehende Verordnung mittelst Rescripts v. 28. August 1804 auch auf Drath und Blech aus den eximirten Landen extendirt worden.

S. auch: Leinsaamen- und Eisenhandel.

cf. Rescr. fürstl. Cammer-Colleg. v. 11. Febr. 1821. (Bege I. p. 443.) — Gesetz v. 4. April 1837, die Gewerbesteuer betr.

Elle, Maaß und Gewicht.

Wegen der Ellen, Gewichte, auch so viel Wein-, Bier-, Del- und andere Maaße betrifft, soll eine durchgehende Gleichheit gehalten und diesermwegen Anordnung gemacht werden, die Korn-Maaße aber aus besondern Ursachen noch ausgesetzt bleiben. Inmittelst soll die Obrigkeit jedes Orts gute Aufsicht haben, daß keine falsche Maaße gelitten, und diejenigen, so darüber betreten, nach der Schärfe bestraft werden; gestalt denn auch dero behuf wegen der Maaße, Gewichte und Ellen jährlich eine Visitation angestellt und die ungeaichte Maaße nicht gelitten werden soll. Wolfenb. Landt.-Absch. v. 27. Jan. 1619. Art. 35.

In hiesigen Landen soll Elle, Maaß und Gewicht der Stadt Braunschweig pro norma durchgehends gehalten werden. Tar-Ordnung v. 29. Novbr. 1645. Tit. I. Art. 1.

Wer unrechte, geringe, ungezeichnete Himten, Ellen, Maaße und Gewichte hat, und bei wem dieselben gefunden werden, der soll willkürlich bestraft werden. Allg. Landes-Ordnung Art. 95. Welcher Krüger keine rechte Kannen und Maaße hat, oder dieselben nicht voll mißt, der soll das erste Mal 5 Fl., das andere Mal 10 Fl., das dritte Mal 15 Fl. und so fürters zur Strafe geben. Ebenbas. Art. 96.

Es sollen richtige und durchgehends gleiche geaichte eiserne und messingene Gewichte, maßen die von Blei oder anderen leicht zu vermindernenden Materien gar nicht zu dulden, im Lande sein, die andern alle aber sofort weggenommen, und diejenigen, welche sich dergleichen in Zukunft bedienen, mit schwerer Strafe angesehen werden. Landesf. Aussch. v. 2. Januar 1767.

S. auch: Kaufgarn.

cf. Gesetz v. 30. März 1837, die Maaß- und Gewichts-Ordnung betr.

Elle, Maaß und Gewicht in Braunschweig.

Ein jeder Einwohner in Braunschweig soll sich keiner andern Maaße, Ellen und Gewichte bedienen, als die von dem Polizei-Gerichte nach den Original-Maaßen, Ellen und Gewichten approbirt, richtig befunden und zum Zeugnisse dessen mit dem Stadt-Zeichen eines Löwen geaicht worden. Wenn jemand wider Verhoffen andere, oder wohl gar unrichtige Maaße, Ellen und Gewichte halten und gebrauchen, oder auch, wenngleich die Maaße, Ellen und Gewichte richtig und vorerwähntermaßen geaicht sind, dennoch jemanden daran mit Wissen und Vorsatz auf einige Weise verkürzen und vervorthellen würde, so sollen die unrichtigen, auch nicht geaichten Maaße, Ellen und Gewichte, auch unrichtigen Waagen, nicht nur confiscirt und zernichtet, der Schaden dem, der vervorthelt wird, zwei- bis vierfach ersetzt, sondern auch der Contravenient überdies, dem Befinden nach, für jeden Contraventionsfall in nachdrückliche Strafe genommen, auch der, welcher es in Vervorthellung seines Nächsten zu arg gemacht hat, wohl gar dem Criminal-Gerichte zur peinlichen Bestrafung überlassen werden. Zu Aufrechthaltung dieser Anstalt sollen unverhoffte Visitationen angestellt werden, welchen sich niemand durch ungeziemendes Bezeigen in Worten oder Werken, bei Vermeidung nachdrücklicher Geld- oder Gefängniß-Strafe, widersetzen soll. Auf landesf. Befehl von dem Magistrate zu Braunschweig erlassene Verordn. v. 19. Febr. 1760. (Br. Anz. v. 1760. Nro. 24.)

S. auch: Polizei-Sachen — Wochenmärkte in Braunschweig — Kalk und Gips, Verkauf desselben in Braunschweig.

cf. Bekanntmachung der fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 18. Septbr. 1815. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 73.) — Gesetz v. 30. März 1837, die Maaß- und Gewichts-Ordnung betr.

Elzebeeren-, Zwissel- und Kwisgernbäume.

Niemand soll sich unterstehen, von den Elzebeeren-, Zwissel- und Kwisgern-Bäumen, wenn er die Frucht davon abnehmen will, die Zweige ab-, viel weniger aber den Stamm umzuhauen, sondern wer davon die Frucht zu genießen gedenkt, soll solche ohne Abhauung der Zweige oder des Stammes mit guter Behutsamkeit und ohne Verletzung des Baumes abbrehen, oder widrigen Falls für die abgehauenen Zweige 1 Mfl., für den Stamm aber 2 Mfl. unnachlässige Strafe geben, und davon derjenige, so den Uebertreter anmelde[n] wird, die Hälfte der zu erkennenden Strafe zu genießen haben und nicht gemeldet werden, der und diejenigen aber, so die Mittel nicht haben, das Verbrechen mit Gelde zu büßen, sollen für jeden Fl. mit eintägigem und nächtigem wasserbrödigem Gefängnisse bestraft werden. Fürstl. Regierung zu Blankenb. Namens des Landesfürsten erlassene Verordn. v. 5. Juli 1689.

Emigranten.

Die ältern Bestimmungen *) hinsichtlich der fremden Emigranten, welche durch die hiesigen Lande reisen oder sich darin niederlassen wollten, sind antiquirt.

Emigriren.

S. Auswandern der Unterthanen.

Emphyteusis.

S. Erbenzins-Güter.

Enten.

Die den Ufern, insonderheit auch den an dem Wasser liegenden Gärten, wie auch der Fischerei und Reinlichkeit der Kanäle nachtheiligen Enten sollen auf die Oker-Kanäle in Braunschweig nicht gelassen werden; zu dem Ende soll jeder in seinem Hause die Veranstaltung machen, daß die Enten nicht auf das Wasser kommen können, oder sich selbst beimessen, wenn seine Enten, wie hierdurch jedermann gestattet ist, aufgefangen und getödtet werden, und außerdem für jeden Contraventionsfall zwei Thaler Strafe erlegen. Auf landesf. Befehl bekannt gemachte Verordnung des Magistrats zu Braunschweig v. 2. Mai 1760. (Br. Anz. v. 1760. Nro. 39.)

Diese Verordnung ist in Erinnerung gebracht durch das Avertissement des fürstl. Polizei-Departements v. 28. Octbr. 1789. (Br. Anz. v. 1789. Nro. 87.)

cf. Bekanntm. der herzogl. Polizei-Direction v. 5. Mai 1828. (Br. Anz. v. 1828. Nro. 36.)

*) Die landesf. Verordn. v. 26. Novbr. 1754 enthielt ein strenges Verbot gegen den Eintritt solcher Emigranten in die hiesigen Lande, welche mit keinen zuverlässigen Pässen versehen waren, und zugleich die genauesten polizeilichen Vorschriften in Betreff des gestatteten Durchreisens der mit gehöriger Legitimation versehenen Emigranten. Ein gleiches Verbot und ähnliche polizeiliche Anordnungen enthielt die landesf. Verordn. v. 3. Novbr. 1792 hinsichtlich der Französischen Emigranten, und für die Stadt Braunschweig insbesondere das landesf. Rescr. v. 4. Novbr. 1794. Beide Verordnungen sind nachher mehrmals erneuert und es war für Braunschweig durch das späterhin gleichfalls öfter Erinnerung gebrachte Rescr. des fürstl. Ministerii v. 28. Decb. 1797 außerdem noch angeordnet, daß die einstweilen in noch gebildeten Französischen Emigranten binnen 4 Wochen die hiesigen Lande verlassen sollten.

Entscheidungs-Gründe.

Es ist wahrgenommen, daß, wenngleich bei den höhern Justiz-Collegien und den Untergerichten sowohl in den Städten als auf dem Lande in den vor ihnen rechtshängigen Sachen die Erkenntnisse den Acten, Rechten und Landesgesetzen ganz gemäß abgefaßt worden, dennoch die Parteien und deren Sachwalter, besonders wenn es ihnen an gehöriger Einsicht mangelt, nicht selten durch vorgekehrte Rechtsmittel eine Abänderung solcher Erkenntnisse entweder bei eben den Gerichten, wo sie ergangen, oder wohl gar bei den höhern Justiz-Collegien zu erhalten suchen und dabei in ihren Rechtfertigungen öfters, ohne den Grund zu treffen, worauf es eigentlich ankömmt, Sätze ausführen, welche an sich unzweifelhaft sind und also keiner Ausführung bedürfen, zur Entscheidung der Sache selbst aber nichts beitragen, sondern nur dieselbe verwirren und die Acten unnöthiger Weise vergrößern, wodurch denn nicht allein die Beendigung der Sache aufgehalten wird, sondern auch die Parteien in viele vergebliche Kosten gestürzt werden.

Wie es nun nicht unwahrscheinlich ist, daß viele der streitenden Parteien von diesen unnützen Weiterungen ablassen und die Rechtmäßigkeit der wider sie ergangenen Erkenntnisse einsehen werden, wenn ihnen bekamt gemacht wird, was den Richter so, wie geschehen, zu erkennen bewogen und warum er auf die von ihnen angeführten Gründe nicht geachtet habe, wie solches zu Zeiten schon von einigen Untergerichten und allezeit, wenn es nöthig befunden worden, von den höhern Justiz-Collegien geschehen ist, so haben nicht nur dieselben dieses fernerhin alle Mal zu beobachten, sondern es sollen von nun an sowohl von den Stadt-Obrigkeiten als den sämtlichen übrigen Untergerichten hiesiger Lande jedem zu eröffnenden Urtheile die hauptsächlichsten Entscheidungs-Gründe, dem Befinden nach auch wohl die Zweifelsgründe, kürzlich eingerückt werden. In dem Falle, daß solches wider Verhoffen unterbliebe, ist auf deshalb geschehene Anzeige die gebührende Ahndung vorbehalten, und die höhern Justiz-Collegien sollen, im Falle daß in den an sie eingesandten Acten der Untergerichte Uebertretungen dieser Verordnung wahrgenommen werden, bei deren Zurücksendung sie zugleich in eine nach den Umständen zu ermäßigende Strafe nehmen. Landesf. Verordn. v. 8. Febr. 1775. *) (Br. Anz. v. 1775. Nro. 49.)

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 34. — Neue Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 192. — Ober-Appellat. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §. 176.

Entwendung.

E. Diebstahl.

Epidemien.

E. Krankheiten, epidemische.

Equipagen.

E. Miethskutscher-Besen in Braunschweig.

Erb-Begräbnisse.

Wie den Patronen und Gerichtsherren von Adel die Befugniß, ihre Leichen in ihre Gewölbe oder Begräbnisse an und in den Kirchen, ohne eine besondere Concession auszuwirken und ohne dafür Gebühren zu bezahlen, beizusetzen, fernerhin ungeschmälert verbleibt, auch denjenigen, die an einem Orte mit einem Rittergute angeessen, jedoch nicht Patrone oder Gerichtsherren daselbst sind, die Erb-Begräbnisse,

*) Schon durch ein höchstes Rescript v. 23. Juli 1716 wurde der fürstl. Justiz-Canzlei aufgegeben, den Parteien die Entscheidungsgründe der auswärts eingeholten Urtheile mitzutheilen, was bei dem Hofgerichte schon früher hergebracht war.

welche sie einmal haben, gelassen werden sollen, also bleibt hingegen die Anlegung neuer und die Erweiterung der bereits vorhandenen alten Erb-Begräbnisse, es sei in der Kirche oder in einem Gewölbe an derselben, oder auch sonst auf den Kirchhöfen auf landesf. Concession verstellt. Es wird aber damit, wenn nicht beträchtliche Umstände im Wege stehen, jedes Mal gern gewillfahrt werden. Landtags = Absch. v. 9. April 1770. Art. 51.

S. auch: Beerdigung in den Kirchen.

Erbenzins = Briefe.

S. Erbenzins = und Meierland — Erbenzins = Güter.

Erbenzins = Gärten vor Wolfenbüttel.

Die Besitzer der vor der Festung zu Wolfenbüttel belegenen sowohl alten, als neuen Erbenzins = Gärten sollen den Erbenzins alle Jahre, und jedes Jahr besonders, zwischen Michaelis und Martini dem fürstl. Amte ohne ferneres Annahmen oder sonst vermeintlich anzustellende Compensation jedes Mal baar und richtig bezahlen, widrigen Falls aber, und dafern bei dem einen oder andern einige Nachlässigkeit und Verzögerung verspürt werden sollte, dieselben alsofort den Tag nach Martini allen Einwendens ungeachtet den Gartenzins gedoppelt (wovon jedoch die Habschied nur der fürstl. Cammer berechnet, die andere Hälfte aber ad pios usus gegeben werden soll) zu entrichten schuldig sein, und da wider Verhoffen auch dieses Zwangsmittel bei dem einen oder andern nichts versagen wollte, sodann nach abgelaufener einjähriger Frist, als die darauf nächstfolgende Michaelis, die Besitzer der Gärten ipso jure privirt und dieselben eingezogen werden sollen. Die jedesmaligen Ober- und Beamten zu Wolfenbüttel sollen, im Fall des binnen der gesetzten Frist nicht abgeführten Gartenzinses, der Gärten ohne weiteres Rückfragen, auch ohne Ansehen der Person sich annehmen und dieselben an andere, so hoch sie immer können, hinwiederum austhun und verpachten, auch, sobald dergleichen Privation und Einziehung geschehen wird, solches dem Landesfürsten oder der fürstl. Cammer gebührend berichten. Landesf. Verordn. v. 24. Januar 1696, welche durch eine landesf. Verordn. v. 4. August 1734 nochmals wörtlich erneuert ist.

Erbenzins = Gefälle.

S. Erbenzins = Güter — Erbenzins = und Meierland — Meierzins — Intraden, herrschaftliche.

Erbenzins = Güter.

Die Erbenzins = Güter sollen ohne Vorwissen und Consens der Erbenzins = Herren nicht veräußert, verpfändet oder zur Aussteuer verschrieben werden, jedoch auch die Gutsherren ihren Consens ohne erhebliche Ursache nicht verweigern. Landtags = Absch. zu Wolfenbüttel v. 27. Januar 1619. Art. 10.

Ob zwar durch verschiedene Edicte, insbesondere auch in dem Landtags = Abschiede von 1619 und in der Landes = Ordnung *) verordnet ist, daß keine Erbenzins = Güter ohne Vorwissen und Consens des Erbenzins = Herrn veräußert, verpfändet oder zur Aussteuer verschrieben, noch anderen eingethan werden sollen, so ist doch insonderheit von den Stiftern und Klöstern geklagt, daß dies zeither nicht alle Mal observirt und sie durch solchem Verbote zuwider vorgenommene Veränderung, Theilung und Veräußerung solcher Güter an dem Canon verkürzt und endlich gar um solche Güter selbst gebracht seien. Um nun vorgedachte Verordnungen in Kraft zu erhalten und daher solchem für die Gutsherren zu besorgenden Präjudiz vorzubauen, wird verordnet, daß über die angezogenen Verordnungen mit allem Nachdrucke gehalten und, so oft ein Sterbefall des Erbenzins = Mannes sich begiebt, innerhalb der nächsten drei Monate bei dem

*) S. Lehn-, Erbenzins- und Meiergüter, Verpfändung und Veräußerung derselben.

Erbenzins-Herrn renovatio investiturae gesucht, dann auch in den Fällen, wenn solche Erbenzins-Güter zu theilen, an andere zu verkaufen oder zu verpfänden, in gleichmäßiger dreimonatlicher Frist um Ertheilung des Consenses angehalten, im Uebrigen auch mit Abführung des Canons alle Jahre richtig inne gehalten, und der ober diejenigen, welche so in einem als anderm Stücke, entweder durch Versäumung solchen Consenses und der neuen Investitur, oder durch Verweigerung und Zurückhaltung solchen Canons über zweier Jahre Frist, diesem also nicht nachkommen würden, dadurch ipso facto solcher Erbenzins-Güter verlustig sein und privirt werden sollen. Die Obrigkeiten sollen auf Anrufen der Erbenzins-Herrn wider derselben Consenten, die sich diesem gemäß nicht erzeigen werden, mit der angedrohten Execution verfahren. Landesf. Verordn. v. 15. Decbr. 1704.

Nach Maafgabe der landesf. Verordn. v. 15. Decbr. 1704, der Verfassung, des juris communis und älterer Landes-Verordnungen zu geschweigen, soll sowohl bei den piis corporibus als privatis, so oft ein Sterbefall des Erbenzins-Mannes sich begiebt, innerhalb der nächsten drei Monate renovatio investiturae gesucht, von allen Obrigkeiten mit Nachdruck darüber gehalten und auf Anrufen der Erbenzins-Herrn wider die Consenten, die sich diesem nicht gemäß bezeigen, mit der Execution verfahren werden. Da es aber auch Rechtens, daß die Zinsleute mit keinen neuen Lasten zu belegen, *) so ist dahin zu sehen, daß die Laudemien-Gelder auf ein Billiges gesetzt und das Herkommen nicht überschritten werde. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 16. Juli (18. Mai) 1751. (Gesenius Meierrecht Bd. II. Beil. XVIII.)

Bei Veräußerung der Cammer-Erbenzinsstücke sollen die Laudemien-Gelder auch von den auf den Grundstücken befindlichen Häusern, also von der ganzen Kaufsumme entrichtet werden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Wolfenbüttel v. 24. Decbr. 1797.

S. auch: Lehn-, Erbenzins- und Meiergüter, Verpfändung, Veräußerung u. derselben — Erbenzins- und Meierland — Kirchen-Güter — Meierbriefe — Pia corpora — Verpfändung sub pacto antichretico — Intraden, herrschaftliche.

cf. wegen der Veräußerung u. von Erbenzins-Gütern: Bekanntmach. fürstl. Cammer-Collegii v. 22. Juli 1814. (Bege III. p. 38.) — Desgl. v. 8. Decbr. 1814. (Bege I. p. 35.) — Landesfürstl. Rescr. v. 10. Juni 1821. (Bege III. p. 211.) — Desgl. v. 20. Septbr. 1826. (Bege III. p. 213.) — Verordn. v. 4. Octbr. 1826, die Bestimmung verschiedener Gerichts-Gebühren betr., §. 1. — Landesf. Circular-Rescr. v. 17. Decbr. 1827, das Verfahren bei der nothwendigen Subhastation von Erbenzins-Grundstücken betr. — Rescr. herzogl. Domainen-Direction v. 3. Decbr. 1831. (Bege III. p. 62.) — Ablösungs-Ordn. v. 20. Decbr. 1834.

wegen der Erbenzins-Briefe: Landesf. Rescr. v. 27. Octbr. 1820. (Bege III. p. 316.) — Rescr. fürstl. Consistorii v. 16. August 1826. (Bege II. p. 195.) — Desgl. v. 2. Septbr. 1826. (Bege II. p. 196.) — Landesf. Rescr. v. 20. Septbr. 1826. (Bege III. p. 213.)

wegen der Steuer-Freiheit: Landesf. Rescr. v. 15. April 1817. (Bege III. p. 351.) — Desgl. v. 27. Mai 1817. (Bege III. p. 351.) — Verordn. v. 29. Octbr. 1821, die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betr. — Landtags-Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 20. — Landesf. Rescr. v. 9. Juli 1825. (Bege III. p. 356.) — Verordn. v. 5. März 1827, die Steuer-Relutionscheine für zins- oder erbpachtpflichtige Grundstücke betr.

Erbenzins-Güter im Fürstenthume Blankenburg.

- 1) Da nach der Vorschrift sowohl der allgemeinen Rechte, als der hiesigen Landes-Rechte den Erben-

*) S. Erbenzins- und Meierland.

Erbenzins-Herren bei aller Veräußerung der Erbenzins-Stücke das Näherrecht daran der Gestalt zu steht, daß sie diese in solchen Fällen gegen Bezahlung des von einem Dritten dafür gebotenen Preises selbst wieder annehmen und einziehen können, und dieserwegen jeder Erbenzins-Mann bei Verlust des Erbenzins-Rechts die nöthige Anzeige denselben zu thun verbunden ist, wenn aber der Erbenzins-Herr sich dieses Vorkaufs-Rechts freiwillig darauf begiebt, ihm sodann dafür das *laudemium* mit 2 Procent von solchem *pretio* entrichtet werden muß, so ist dieses ein mit dem Erbenzins-negotio allein und besonders verbundenes Haupt- und essentielles Requisit, welches so wenig mit den Lehn-Gütern und Lehn-Waaren, als Consens-Gebühren in andern Fällen eine Gleichheit hat, und da hiernach in hiesigen sämtlichen Landen bei allen Collegien und Gerichten in vorkommenden Fällen verfahren wird, so kann dagegen bei den von fürstl. Cammer zu Blankenburg relevirenden Erbenzins-Gütern allein durch eine eigenmächtige Abweichung von diesem gegründeten Rechtsfalle eine *contraire* Observanz und Verfassung unmöglich Statt finden und dadurch dem Landesfürsten und anderen Erbenzins-Herren das vorgedachte zustehende Recht geschmälert und entzogen werden. Es bleibt also die landesf. feste Willens-Meinung, daß bei der Veräußerung aller Blankenburgischen Cammer-Erbenzins-Güter fernerhin ebenfalls nach solchen obgedachten Principien ohne einige Abänderung procedirt werden soll. *) Da ferner die *praestatio duplicis canonis emphyteutici* nur bei Erb- und Sterbefällen Statt hat, solche aber nicht ein von den Rechten selbst verordnetes Requisit ausmacht, sondern bei den hiesigen Cammer-Erbenzins-Gütern darüber bei Errichtung des *contractus emphyteutici* besonders tractirt und nach getroffener Verabredung den Contracten oder Erbenzins-Briefen als ein *pactum adjectum* mit eingerückt wird, so ist solches auf gleiche Weise bei dergleichen dortigen Erbenzins-negotiis unfehlbar zu beobachten, diese Prästation aber bis zu anderweiter Verfügung nur auf das Absterben des Erbenzins-Mannes allein, und das danach von dem Erbfolger außer dem ordentlichen Erbenzinse in dem ersten Jahre zu erlegende *praestandum* alle Mal geringer und den Umständen des *emphyteutae* und des Erbenzins-Guts gemäß zu bestimmen.

Nach diesen Prinzipien werden bei fürstl. Cammer zu Braunschweig die Erbenzins-Briefe ertheilt, und wie dazu gedruckte Formulare zu Beibehaltung der Uniformität in den Haupt-Punkten nach der Beilage eingeführt sind, so sollen solche bei der fürstl. Cammer zu Blankenburg ebenfalls fürs Künftige sowohl bei Conferirung neuer Erbenzins-Stücke, als den Veräußerungen der alten Erbenzins-Güter angenommen und zur Ausfertigung gebraucht werden, und soll bei den davon zu erstattenden Berichten darauf Rücksicht genommen werden; bei den fortdauernden Erbenzins-Verschreibungen hingegen ist es bei der bisherigen Verfassung bis zu dergleichen Veränderungen ohne Abänderung zu lassen.

2) Es fallen also hiernach bei den Veräußerungen der Blankenburgischen Cammer-Erbenzins-Güter und dergleichen neuen Concessionen die bisher in Blankenburg eingeführten Einrichtungen der Consens-Gebühren ad 1 Procent und des doppelten Canons und im Walkenriedschen des *laudemii* zu 5 Procent ganz weg, und wird an dessen Statt, wenn im ersten Falle das Vorkaufs-Recht zu exerciren nicht rathsam gefunden wird, nur das gesetzliche *laudemium* mit 2 Procent oder *quingagesima pars pretii* allein, und zwar von dem neuen Acquirenten, wenn sonst der alienator solches nicht bei dem Handel übernommen hat, berichtet; bei Sterbefällen hingegen von dem Erbfolger der stipulirte Erbenzins, und in dem ersten Jahre nebst dem mit dessen Erblasser oder Vorgänger festgesetzten jährlichen Erbenzinse der statt des dupli verabredete Betrag erlegt. Landesf. Refcr. an fürstl. Cammer zu Blankenburg v. 11. Octbr. 1783.

Erbenzins- und Meier-Land.

Niemand soll sich unterstehen, in den feinen Erbenzins- und Meier-Leuten zu ertheilenden Erbenzins-

*) cf. Landesf. Refcr. v. 17. Decbr. 1827, das Verfahren bei den nothwendigen Subhastationen der Erbenzins-Grundstücke betr.

und Meier-Briefen neuerliche Conditionen einzurücken, den Zins zu erhöhen, oder aus Geldzinsen Kornzins, oder vice versa aus Kornzinsen Geldzins zu machen, viel weniger aber das Erbenzins-Land in Meier-Land, oder das Meier-Land in Pacht-Land zu verwandeln, sondern es soll in dem einen oder andern Stücke, wie es von Alters her darunter gewesen, in alle Wege unveränderlich gelassen werden. Der Land-Fiscäl soll ein wachsamcs Auge darauf haben, daß dieser Verordnung von den Gutsherrn nachgelebt werde, und wider diejenigen, so derselben zuwider handeln werden, sein fiscalisches Amt ohne Nachsehen beobachten. Landesf. Verordn. v. 9. März 1737.

S. auch: Erbenzins-Güter.

Erbenzins-Sachen.

Stifter und Klöster haben, wo es über rechtsbewährte Zeit beständig hergebracht, als domini directi in ihren Meier-, Voigt- und Probstei-Gedingen und Capiteln die Cognition in Erbenzins-Gütern-Sachen. Gesamnter Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770. Art. 52.

cf. Rescr. herzogl. Consistorii v. 5. Juli 1828. (Bege III. p. 274.)

Erbfolge.

S. außer den folgenden Artikeln auch: Beguinen und Hospitaliten in Braunschweig, deren Nachlaß — Armen-Anstalten in den Städten — Bergtheile.

Erbfolge des Braunschweigischen Fürstenhauses. *)

S. Rescr. fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 4. Juli 1815. (Bege III. p. 201.) — Hausgesetz v. 19. und 21. Octbr. 1831, die Vermählung der Prinzen und Prinzessinnen des Durchl. Gesamthauscs Braunschweig-Lüneburg betr. Art. 1. — Neue Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 14 sqq.

Erbfolge der Ehegatten.

Obwohl in hiesigen Landen vermöge einer von undenklichen Jahren mit Zulassung der Landesfürsten hergebrachten Gewohnheit in casibus successionis conjugum es jederzeit der Gestalt observirt worden, daß, wenn ein Ehegatte ohne Verlassung einiger Erben in auf- oder absteigender Linie, auch ohne Errichtung zu Recht beständiger Ehepacten oder einer letzten Willens-Verordnung verstorben, sodann der überlebende dem bekannten Sprichworte nach die Thür zugethan und sich des abgelebten sämmtlichen Nachlasses, mit Exclusion der seitwärts vorhandenen Erben, eigenthümlich angenommen, gestalt denn nach solcher Gewohnheit nicht nur bei den Aemtern, Städten und Gerichten, sondern auch bei der Kanzlei und dem Hofgerichte, wenn dergleichen casus zur Contradiction gediehen, oftmals gesprochen und dieselbe durch viele Präjudice behauptet worden, so haben sich dennoch einige Consulanten und Sachwalte bisher unterstanden, die Universalität dieser Gewohnheit, und ob dieselbe nebst andern Unterthanen auch die höhern, mittlern und geringern Bedienten mit begreife, in Zweifel zu ziehen und dadurch beschwerliche und kostbare Prozesse zu veranlassen. Um nun zur Verhütung dergleichen Rechtfertigungen über solche Gewohnheit die

*) Unterm 21. October 1806 errichtete der Herzog Carl Wilhelm Ferdinand ein Statut, wonach die Succession in der Regierung auf den jüngsten Prinzen des Hauses Friedrich Wilhelm, Herzog zu Oels und Bernstadt und dessen Descendenz übertragen und den ältern Prinzen Georg Wilhelm Christian und August eine Apanage ausgesetzt wurde, welchem der Herzog von Oels unter dem nämlichen dato beitrug und zugleich versprach, daß auf den Fall der Nichthaltung der seinen Brüdern ausgesetzten Apanage die Rechte der Erstgeburt derselben ipso facto wiederum eintreten sollten. Die Beitritts- und Renunciations-Urkunden der ältern Prinzen sind zu Kofstock den 27. Decbr. 1806 ausgestellt und ist zugleich darin auf die möglicher Weise eintretende Vormundschaft für die männliche Descendenz des Herzogs Friedrich Wilhelm verzichtet, jedoch sind zugleich auf den Fall des Erlöschens dieser Descendenz die Erb- und Successions-Rechte vorbehalten.

landesherrliche Approbation und Bestätigung öffentlich ergehen zu lassen, so wird mehrerwähnte Gewohnheit für ein unzweifelhaftes Gesetz in puncto successionis conjugum declarirt und constituirt, daß, wenn im hiesigen Fürstenthume Braunschweig-Wolfenbüttel, es sei in welcher Stadt, oder in welchem Amte, Gerichte, Flecken und Dörfe es wolle, zwei Eheleute durch den Tod von einander getrennt werden, und der Erststerbende weder in ascendenti noch descendenti linea einige Erben, noch ein zu Recht beständiges Testament und letzte Willens-Disposition, noch einige pacta dotalia hinterläßt, oder sonst durch andere zu Recht beständige actus inter vivos von dem Seinen disponirt, alsdann der lebende Ehegatte, er sei Mann oder Frau, den andern verstorbenen, ohne jemandes Hinderung und mit Exclusion der sich etwa sonst anmeldenden Collateral-Verwandten, sie seien so nahe als sie wollen, völlig beerben, folglich dem bisherigen alten Sprichworte nach der Letzte die Thür zuthun, und des Falls von jetztgemeldeten Collateral-Verwandten allerdings unangefochten bleiben und dieserwegen so wenig jetzt als künftig zwischen den fürstl. Hof-, Canzlei-, Kriegs- und andern Bedienten, sie mögen sein, wes Standes sie wollen, noch auch zwischen den übrigen Unterthanen einiger Unterschied gemacht, sondern sie darunter vielmehr alle gleich gehalten werden sollen. Die sämmtlichen sowohl höhern als niedern Gerichte, Aemter u. sollen sich in decidendo hiernach achten. Landesf. Verordn. v. 26. August 1689.

Die Constitution vom 26. August 1689 soll tanquam lex contraria dahin nicht extendirt werden, daß dieselbe auch auf andere und derjenigen, so außer hiesigem territorio ihr Domicil haben, concernirende casus sollte applicirt werden. Landesf. Declaration v. 12. März 1703.

Die Constitution vom 26. August 1689 wird nochmals durchgehends bestätigt und zugleich noch folgendes bestimmt: Wenn der eine oder andere Ehegatte bei seinem Absterben ohne letzten Willen ein oder mehrere Kinder hinterläßt, sodann soll der überbleibende Ehegatte, es sei der Ehemann oder die Ehefrau, mit den Kindern, dieselben mögen gleich in erster oder der andern Ehe erzeugt, auch ihrer viele oder wenige sein, jedes Mal zu gleichen Theilen gehen, folglich von den Erb- und eigenthümlichen Gütern des verstorbenen, so viel diesen Kindesheil betrifft, das völlige Eigenthum und nicht den Nießbrauch allein erhalten und darin Erbe sein. Es soll demnach solchen Falls die Wittwe bei der Theilung des Nachlasses ihres verstorbenen Ehemannes mit den Kindern, es seien diese sämmtlich oder zum Theil ihre leiblichen, oder aber Stief-Kinder, ihr Heirathsgut und was sie sonst beweislich ein- und zugebracht, mit einzuwerfen und zu conferiren nicht schuldig, sondern vielmehr das Alles nebst dem, was ihr sonst eigenthümlich an- und zugehört, vorwegzunehmen befugt sein, jedoch ist darunter alles bei Absterben des Mannes noch vorhandene Vermögen, beweglich oder unbeweglich, so sie von ihrem verstorbenen Ehemanne vor oder während der Ehe geschenkt bekommen, nicht gemeint, sondern sie ist alles, was von demselben herrührt, oder wodurch bei Absterben des Ehemannes ihre Habfeligkeit sich verbessert befindet, zu conferiren allerdings gehalten. Gleichermassen ist auch der überbleibende Ehemann dasjenige, was von seiner verstorbenen Ehegattin herrührt und bei deren Absterben noch vorhanden ist, mit zu der Theilung zu bringen gehalten. Es mag hierbei dem Wittwer, ob er gleich solcher Gestalt seinen Erbtheil aus dem Nachlasse der verstorbenen Frau zu völligem Eigenthum erhält, in den übrigen Erbtheilen, die seinen leiblichen Kindern anheim fallen, der ihm auf Lebenszeit gebührende Nießbrauch nicht entzogen werden.*) Gleichwie auch beiden, so der Wittwe als dem Wittwer, in den erledigten Portionen ihrer nachher versterbenden leiblichen Kinder ihre Erbfolge, wenn kein letzter Wille vorhanden, zugleich mit deren vollbürtigen Geschwistern ungeschmälert bleibt, so soll auch der überbleibende Ehegatte, wenn er zur andern Ehe schreitet, daß ihm einmal

*) cf. Verordn. v. 6. Mai 1828, die Verwaltungs- und Nutznießungs-Rechte des Vaters an dem Vermögen seiner Kinder, zur Erklärung der Verordn. v. 24. Decbr. 1754 über die Erbfolge der Ehegatten §. 4 und der Verfügung v. 3. Febr. 1814, über das Verfahren der Gerichte, §. 48 und 52 betr. (Es wird hier bemerkt, daß die Verordn. v. 30. Decbr. 1754 nicht in Paragraphen abgetheilt ist.) S. auch: Vermögen, mütterliches.

völlig erworbene Eigenthum seines Antheils von des verstorbenen Gütern behalten, dahingegen aber derselbe dem neuen Ehegatten ein Mehreres von dem Seinigen eigenthümlich zuzuwenden nicht befugt sein, als er einem jeglichen seiner Kinder vorhergehender Ehen zu gleichem Kindesheile anzuweisen vermögend ist. Sollte sich jedoch ereignen, daß 1) nurgedachter Kindesheil, welchen der überbleibende Ehemann seiner anderweiten Ehefrau hinterlassen kann, nicht hinlänglich wäre, daß nach seinem Tode die Wittwe davon mit Zuziehung ihres eigenen Vermögens ihrem Stande nach nothdürftig leben könnte, und daß zugleich 2) dadurch, wenn zu Alimentation der Wittwe ein Mehreres, als die Einkünfte ihres Kindesheils betragen, ausgesetzt wird, die Kinder nicht selbst in gleiche oder größere, als die sub Nro. 1 bemerkte Nothdurft ist, gerathen würden, so mag der Ehemann seiner künftigen Wittwe zu ihrem Unterhalte von dem Seinigen ein Mehreres verschreiben oder vermachen, jedoch nur solcher Gestalt, daß es die Wittwe alsdann nur auf Lebenszeit zu genießen habe und den vorhandenen Kindern, aus einer oder mehreren Ehen, daß ihr zum Nießbrauche zugetheilte Vermögen zu hinterlassen und diesen deshalb Sicherheit zu stellen schuldig sei. Würde auch ein Ehegatte bei seinem Absterben ohne Testament keine Kinder, sondern nur in aufsteigender Linie Erben hinterlassen, soll der überbleibende Ehegatte zum halben Theile erben, die in aufsteigender Linie aber, es mögen ein oder mehrere derselben sein, sollen die andere Hälfte von der Erbschaft haben. Auch mag der Wittwer oder die Wittwe, wenn derselbe oder dieselbe gleich zur andern Ehe schreitet, in solchem Falle den ihm oder ihr zugefallenen Antheil eigenthümlich behalten. Es hat aber sowohl in diesem als der vorigen Fälle einem ein jeder Erbe zu seinem Theile die der Erbschaft halber zu leistenden Abgaben, *) und unter solchen die von dem Verstorbenen hinterlassenen Schulden mit zu übernehmen. Gleichwie nun bei dem Allen, jedoch den obigen Fall, wenn nämlich der überbleibende Ehegatte, nachdem er aus des verstorbenen Theils Gütern seinen Kindes-Antheil hinweggenommen, zur andern Ehe schreitet, ausgenommen, durch ein zu Recht beständiges Testament und eine letzte Willens-Verordnung, auch Ehestiftung oder andere zu Recht beständige Vergleiche und Handlungen, in so weit solche Freiheit durch andere ausdrückliche Gesetze und Verordnungen nicht eingeschränkt ist, über das Seinige zu ordnen einem jeden unbenommen bleibt, also soll hingegen auch, wenn vergleichen zu Recht beständige Verordnung nicht vorhanden, bei vorkommenden Erbfolgen ohne Testament zwischen den fürstl. Bedienten und allen andern Unterthanen, weß Standes und Würden sie auch sind, in sämmtlichen fürstl. Länden, Städten, Aemtern, Gerichten, Flecken und Dörfern der geringste Unterschied nicht gemacht, sondern nach dieser Constitution eine durchgängige Gleichheit gehalten werden. Wie denn auch aus solcher Ursache alle etwa hier und da vorhandene Statuten und Gewohnheiten, so mit dieser Constitution nicht einstimmig sind, hiermit ausdrücklich aufgehoben und abgeschafft sind. Falls auch wider Vermuthen über den eigentlichen Verstand dieser Constitution Zweifel entstehen sollte, sollen die Obrigkeiten sich bei dem Gesetzgeber unmittelbar melden und interpretationem authenticam darüber einholen. Landesf. Verordn. v. 30. Decbr. 1754.

Demnach darüber Zweifel entstanden sind, ob eine Wittwe, welche nach Anleitung der Verordnung v. 30. Decbr. 1754 ihren Mann mit beerbt, die von demselben erhaltene Kleidung und Schmuck auf die sponsalitia largitatem in gemeine Erbschaft zu bringen schuldig sei, und dann die landesf. Meinung dahin geht, daß eine Wittwe, wenn sie mit ihres Mannes Descendenten die Erbschaft theilt, solches Alles, außer den täglichen Kleidungen, conferiren müsse, hingegen, wenn sie mit des Mannes Ascendenten zur Erbschaft gelangt, ihr auch die Feierkleider und sponsalitia largitas zum Voraus zu lassen sei, so soll sich danach in judicando geachtet werden. Landesfürstl. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei v. 17. April 1756.

S. auch: Attest der fürstl. Justiz-Canzlei v. 1. Juni 1804 unter: »Ehestiftungen«.

*) cf. Verordn. v. 29. Octbr. 1821, die Stempel-Steuer betr., §. 7.

Erbfolge der Ehegatten nach den Heinrichstädtischen Statuten.

Ist keine letztwillige Disposition vorhanden, so soll es mit des Abgestorbenen hinterlassener Wittwe also gehalten werden, daß sie alles, was sie ihrem Manne nicht praesumtive, sondern beweislich ein- und zugebracht, auch was ihr ex causa legatorum, durch Erbsälle, oder in andere in Rechten beständige Weise zugehörig, sammt ihrem in stehender Ehe nach ziemlichen Dingen und Standesgebühr gezeugten Schmuck und Zierrath aus den Gütern nehmen, für sich behalten, und dann mit ihres seligen Ehemannes Kindern, von ihr oder der vorigen Ehefrau geboren, zu gleichem Theile erben, dagegen aber auch die Schulden ihres Ehemannes pro rata ihres Kindesheils abtragen helfen und ihre eigenen Kinder, von deren Vaters Gütern sie Kindesheil genommen, von ihrer Succession so wenig als ihre künftig ehelich geborenen Kinder ausschließen, sonst aber, wenn sie solchen Kindesheil nicht haben will, mit solchen Schulden, es sei denn, daß sie auf genügsame Erinnerung S^ci Vellejani sich dessen vor dem Stadtschultheißen und ganzen sitzenden Rathe gänzlich begeben, und also darauf vor ihnen gelobt habe, gar nicht belegt, ihr auch mit ihren leiblichen Kindern auf Weise und Maasse, wie von ihrer Vormundschaft verordnet, bis sie ihren Wittwenstand verrücken will, in den Gütern unabgetheilt sitzen zu bleiben frei stehen soll, gleichwohl aber, wenn sie wieder freiet, den Kindern ihres Vaters Güter und Rente, so viel ihnen in der Theilung zukommen, auch was ihnen anders woher an- und zugefallen, unverrückt gelassen, wie auch, wenn der Vater sich wieder verhehelicht, dasjenige, was ihm seine abgestorbene Hausfrau ein- und zugebracht, sammt allen dem, so von ihr herrührt, oder damit erkaufte worden, den mit ihr gezeugten Kindern nicht weniger, jedoch dem Vater der ususfructus daran die Zeit seines Lebens, imgleichen den Kindern anderer Ehe, was von ihrer Mutter herkömmt, ganz und allein nach derselben Absterben bleiben, des Vaters Güter aber nach seinem Tode unter seine Wittwe und die Kinder erster und anderer Ehe gleich in Häupter getheilt werden sollen. Heinrichstädtische Statuten v. 25. Januar 1602. Tit. XVIII.

Die in den Heinrichstädtischen Statuten Tit. XVIII befindliche Disposition soll auf fürstl. Hofbediente, so nicht zugleich Heinrichstädtische Bürger sind, nicht extendirt werden, sondern es bleiben diese, wie andere Unterthanen in hiesigen Landen, der Disposition der gemeinen kaiserl. Rechte, in so weit sie nicht durch die am 26. August 1689 emanirte landesf. Constitution in puncto successionis conjugum, wenn keine Erben in auf- oder absteigender Linie vorhanden sind, geändert worden, oder künftig geändert werden dürften, lediglich unterworfen. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei v. 5. Octbr. 1743.

Die im 18. Artikel der Heinrichstädtischen Statuten befindliche Disposition, daß die Wittwe mit den Kindern, nachdem sie ihre Illaten sammt dem während der Ehe gezeugten Schmuck vorweggenommen, zu gleichen Theilen gehen soll, ist auch auf diejenigen, welche außer dem Bezirke der Heinrichstadt, und also auf der dasigen Freiheit und dem übrigen Amts-Districte wohnen, extendirt, per Rescr. v. 31. Octbr. 1746. (S. Wolterecks kurzen Begr. Br. Wolfenb. Landes-Ordn. p. 397.)

Um entstandene Zweifel zu beseitigen, wird verordnet, daß die Disposition des 18. Artikels der Heinrichstädtischen Statuten von dem Kindesheile, welcher nach derselben dem überlebenden Ehegatten aus des verstorbenen Gütern zusteht, auf alle und jede Einwohner der Stadt und Festung Wolfenbüttel ohne Unterschied gezogen werden soll, mithin sich auch derselben die Bürger, welche außer dem Bezirke der Heinrichstadt auf der Freiheit in den Vorstädten und übrigen Amts-Districten wohnen, nicht weniger auch die daselbst wohnenden fürstlichen Bedienten, und mit einem Worte, alle Einwohner der Stadt Wolfenbüttel, keinen davon ausgeschlossen, zu erstrecken haben sollen. Landesfürstl. Verordn. v. 21. Decbr. 1746.

Was in der Constitution v. 21. Decbr. 1746, verordnet ist, kommt eben sowohl den Wittvern, als den Wittwen zu Statten. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei v. 19. März 1748.

Den einer Wittwe nach dem 18. Titel der Heinrichsstädtischen Statuten aus ihres Ehemannes Gütern gewordenen Kindestheil soll dieselbe durch ihre zweite Verheirathung nicht verlieren. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei v. 3. März 1750.

Dasjenige, was in dem 18. Titel der Heinrichsstädtischen Statuten und der Declaration v. 21. Decbr. 1746 von der Erbfolge der Ehegatten verordnet ist, soll von allen in hiesigen sämtlichen Landen befindlichen beweglichen und unbeweglichen Erbgiutern und was in die Erbschaft gehört, so ein Ehegatt, der in Wolfenbüttel sein Domicil gehabt hat, verläßt, verstanden werden, folglich der Hinterbliebene in allen solchen Gütern, wenn gleich, an den Orten hiesiger Lande, wo sie belegen sind, sonst ein anderes jus succedendi üblich ist, nach Maaßgebung vorgedachter Verordnungen zur Succession zugelassen und hiernach die vorkommenden Fälle entschieden werden. Landesf. Verordn. v. 18. Septbr. 1751.

Der Art. 18 der Heinrichsstädtischen Statuten ist dahin ferner declarirt worden, daß, wenn ein Ehemann intestatus gestorben und einen oder mehrere Ascendenten hinterlassen hat, die Wittwe, wenn sie vorher ihr Eingebrautes vorweggenommen, mit zu der Erbschaft gelassen werden und portionem virilem haben solle. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei v. 25. August 1753.

Der Kindestheil, welcher den Wittwen nach den Heinrichsstädtischen Statuten zukommt, kann nicht auf den Mann applicirt werden, jedoch vorbehältlich des ususfructus an seiner Kinder mütterlichen Gütern. Landesf. Declaration v. 3. Novbr. 1758.

Es hat keinen Zweifel, daß durch die allgemeine Landes-Constitution v. 1754 in puncto successionis conjugum quoad casus posteriores die Disposition der Heinrichsstädtischen Statuten aufgehoben ist. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Wolfenbüttel v. 20. Mai 1765. *)

Demnach Zweifel entstanden, ob der 18. Art. der Heinrichsstädtischen Statuten, nach welchem des verstorbenen Kindes Vater und Mutter neben und mit desselben vollen Brüdern und Schwestern, da die im Leben, oder da sie nicht, sondern Halbbrüder und Schwestern vorhanden sind, alsdann neben und mit denselben, wenn die aber auch nicht vorhanden, alsdann allein erben sollen, durch folgenden passum der höchsten Verordnung v. 30. Decb. 1754, die Erbfolge der Ehegatten betreffend: »gleichwie dann auch beiden, so der Wittwe als dem Wittwer, in den erledigten Portionen ihrer nachher verstorbenen leiblichen Kinder ihre Erbfolge, wenn kein letzter Wille vorhanden, zugleich mit den vollbürtigen Geschwistern ungeschmälert bleibt.« aufgehoben, mithin nur den vollbürtigen Geschwistern die Concurrenz mit den leiblichen Eltern gegönnt, den Halbgeschwistern aber benommen sei oder nicht? so wird Kraft dieser höchsten Declaration vorbereiteter Erbfolge-Verordnung bestimmt, daß es zwar, weil in besagter letztern Verordnung nur verba enunciativa und nicht dispositiva befindlich, quoad casus præteritos, wenn nach der erstern Verordnung die Sache entschieden, dabei sein Bewenden haben, in Zukunft aber berührter Artikel der Heinrichsstädtischen Statuten durch vorangezogene letztere Verordnung v. 30. Decbr. 1754 für aufgehoben gehalten und den gemeinen Rechten, nach welchen leibliche Eltern ihre Stief-Kinder von der Erbfolge ihrer leiblichen Kinder ausschließen, nachgegangen werden solle. Landesf. Declaration v. 15. August 1776.

Erbfolge der Ehegatten in Helmstädt.

Die Gewohnheit in der Stadt Helmstädt, daß, wenn daselbst bei Absterben eines Ehegatten die Frau die dotem, oder der Mann die donationem propter nuptias in die gemeine Erbschaft conferirt,

*) Dieses Rescr. ist in Concursachen des Schuß-Juden Meyer Sumpel ergangen.

sie, sodann mit den Kindern zu gleichen Theilen gehen sollen, hingegen, wenn die Frau die dotem, oder der Mann die donationem propter nuptias nicht conferiren will, ihnen solches zwar alle Mal freistehen, jedoch in diesem Falle sie so wenig Kindesheil als sonst etwas aus der Erbschaft bekommen, wenn aber die Frau dem Manne, oder der Mann der Frau gar nichts zugebracht hat, demohngeachtet bei der Erbschaft mit den Kindern zu gleichen Theilen gehen sollen, wird hiermit confirmirt. Landessf. Rescr. v. 19. Septbr. 1748 an den Stadt-Magistrat in Helmstädt.

S. Berordn. v. 20. Decbr. 1754 unter »Erbfolge der Ehegatten«.

Erbfolge der Eltern.

S. Berordn. v. 30. Decbr. 1754 unter »Erbfolge der Ehegatten« und Declaration v. 15. August 1776 unter »Erbfolge der Ehegatten nach den Heinrichsstädtischen Statuten«.

Erbfolge der Kinder.

S. Erbfolge der Ehegatten — Kinder, uneheliche — Meiergüter, Succession in dieselben — Abfindungen — Bauerhöfe.

Erbhuldigung.

Es soll an keinem Orte jemandem, er sei verhehlicht oder ledig, verstattet werden, sich häuslich niederzulassen, er habe denn dem Landesfürsten die Erbhuldigung geleistet. Allgemeine Landes-Ordnung Art. 22. *)

Die Obrigkeiten sollen über 6 oder höchstens 7 Monate keinen fremden Einkömmling oder Einwohner, viel weniger einen wesentlichen Hauswirth unter der ihnen anvertrauten Amts- oder Gerichts-Bothmäßigkeit dulden oder gestatten, welcher nicht inzwischen das homagium oder den Huldigungs-Eid wirklich geschworen und abgestattet hat, sondern da sich jemand in dem hiesigen Fürstenthume und Landen befinden oder niederlassen sollte, sollen sie denselben zu Abstattung solcher Pflicht anmahnen und anhalten, oder, da er dessen sich verweigern sollte, ihm von dannen und aus dem Lande zu weichen andeuten, auch, daß solches geschehe, sich angelegen sein lassen, mit der Verwarnung, daß, wenn bei einer etwa anzustellenden Inquisition oder sonst sich fände, daß der eine oder andere solches verabsäumt und dagegen gehandelt habe, alsdann solche säumige Gerichtsherrn oder Beamte für jedesmalige Unterlassung, und für so viel Personen, als sich alsdann finden werden, die nicht gehuldigt haben, für jegliche zehn Thaler Strafe ohne einige Remission erlegen und zahlen sollen. Landessf. Berordn. v. 11. Febr. 1660.

cf. Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 26.

Erbrecht.

S. Erbfolge.

Erbregister.

Weil es den Aemtern an förmlichen und vollkommenen Erbregistern ermangelt, **) so sollen die Ober- und Aemtleute von den ihnen anvertrauten Aemtern richtige und vollkommene Erbregister der Gestalt verfertigen, daß darin Anfangs die jura, regalia und landessf. Hoheiten, hohe und niedrige Gerichte, Jagden und Gränzen eines jedes Amtes beschrieben werden, (bei welchen letzteren die ganze Circumferenz und wie selbige von einem Orte zum andern geht, auch ob und mit wem und an was Orten das Amt Gränz- oder andere

*) Dasselbe bestimmen auch die landessf. Edicte v. 6. Febr. 1646 und 9. März 1647.

**) Die meisten Erbregister wurden unter der Regierung des Herzogs Julius (1568—1589) angefertigt. Geseinius Meierrecht Bd. I. p. 447.

Streitigkeiten habe, umständlich beschrieben und dabei die Gränz- und Schneebäume, Mahl- und Gränz-Steine, Berge, Hügel, Gräben, Gräben und fließende Wasser, hohe und niedrige Weiden, oder andere in den Feldern und sonst hin und wieder stehende einzelne Bäume und was dergleichen Zeichnungen mehr zu einer richtigen unstreitbaren Gränzcheidung vorhanden, sehr wohl notirt, auch da man es haben kann, zu einer solchen allgemeinen Gränz-Bezieh- und Beschreibung die benachbarten Beamten und andere Gerichtsherrn selbigem Orte persönlich mit beizuwohnen, mit Fleiß vermocht und ersucht, auch die ältesten Einwohner jedes Orts auf benöthigten Fall eidlich vernommen und abgehört werden müssen,) dann auch die Amts-Acker und Wiesen, und zwar jene nach allen drei Feldern und Benennung der breiten Rämpfe und Stücke, beide aber nebst den Lust-, Baum-, Küchen- und Hopfen-Gärten, Teichen und Hölzungen nach Morgenzahl und Vermeldung der Gültigkeit und Austräglichkeit, und in specie, wie stark die Einsaat in jeden Morgen Acker erfordert werde und wie viel Hüntern Korn jeder Morgen Acker ungefähr jährlich wieder einbringen könne; ob der Acker zehntfrei oder zehntpflichtig, und wem solcher Zehnten letztern Falls gebühre; wie viel Fuder Heu ungefähr zu erndten; ob die Wiesen ein oder zwei Mal im Jahre zu mähen; ob man behuf der Amts-Viehzucht damit auskommen und noch etwas, auch wie viel ungefähr, zum Verkaufe übrig haben könne, oder aber zukaufen müsse; was und wie viel an Bäumen oder Hopfenkuhlen in den Gärten befindlich; ob und womit, auch wie stark die Teiche besetzt, und was sonst an Gräben, Bächen und fließenden Wassern im Amte vorhanden; ob und was es für Fische darin gebe, und wer darin fischen zu lassen befugt sei; item, ob die Hölzungen in Eichen, Büchen, Birken, Haseln oder anderem Holze bestehe; ob es Ober- oder Unterholz; wer darin Hoch- oder Niedrig-Wildpret zu jagen, Hasen zu hegen, zu schießen, zu fuhren oder Vögel zu fangen, dergleichen zur Mästung entweder allein, oder zur Hälfte, zum dritten oder vierten Theile und wer sonst dabei interessirt und was dagegen von Alters hergebracht worden; wer die Pfandung und Brüche darauf habe und wie weit ein jeglicher darauf zu hauen berechtigt; von wem die Förster und Holz-Knechte jederzeit bestätigt und beidigt worden, und was sonst eines jeden Orts Beschaffenheit nach hierbei in Acht zu nehmen und der Posterität nachrichtlich zu hinterlassen nöthig sein möchte; item, was es mit der Hube, Trift und Weide, welche das Amt sowohl innerhalb als außerhalb der Forsten betreiben läßt, für Beschaffenheit habe, ob es Koppelweide oder dem Amte privative zuständig sei, und wie viel Häupter an Kühen und Rind-Vieh füglich gehalten und des Winters über ausgefüttert werden können; item die Amtsgebäude, Vorwerke, Schäfereien, Wind- und Wasser-Mühlen mit ihren Gängen, Mahl-Gästen und Ertrage, Fischereien, Zölle, Krüge, Korn- und Fleisch-Zehnten, Erb-, Meier- und andere Zinsen, Stein-, Mergel- und Gyps-Kuhlen, Ziegelhütten und deren Arten sammt allen andern ständigen und unständigen Intraden und den etwa darauf haftenden oneribus; item, was es mit den Hagestolzenheit habe, und was sonst zu den Aemtern gehören und denselben annex sein möchte; dann auch die Flecken und Dorfschaften, sowohl wüste als bebauete, nebst ihren Gränzen, und wem die Ober- und Untergerichte in jedem Flecken oder Dorfe und deren Feldmarken, item das Pfarrlehn oder jus patronatus gehöre, ob und was für ein Filial dabei, wie viel Land, Wiesen, Gärten und Einkommens die Kirche, der Pfarrherr und Küster habe; ob sie solche Güter selbst gebrauchen oder andern und wem, auch um welchen Zins dieselben verpachtet und was sonst für beneficia, auch von wem selbige dotirt und gelegt, nicht weniger auch, wem die Zehnten, Krüge, Schäfereien, Erb- und Erbenzins-Mühlen oder Mühlenstätten zuständig, und was ein jedes Stück sowohl in guten alten, als jetzigen Zeiten jährlich ungefähr Halbspänner, Köther und Brinkfeger oder wohnende Häuslinge in jedem Dorfe vorhanden, und was ein jeder dem Amte zu prästiren und zu zahlen schuldig; item, ob die proprietarii und Gutsherren (so alle mit Namen beschrieben, auch quo jure et titulo sie die Güter besitzen oder genießen, vernommen, auch

Abschrift

Abschrift davon gefordert werden müssen) ihre Aecker, Zehnten und andere Güter zu Erbe, Lehn, erbenzins- oder pfandweise und von wem besitzten und genießen, auch ob und wie viel Rottland darunter und ob selbiges Zehnten oder Zinsen gebe oder nicht, wobei denn eines jeden Meier-Guts Feld-Register, desgleichen die Gürtigkeit der Aecker, und welche davon zehntfrei oder nicht, desgleichen die Wiesen, Hude, Trift und Weiden nach der bekannten Classification, item ihre zu entrichtenden Meier- und Erbenzins, wie selbige in alten guten Zeiten entrichtet worden, ordinaire und extraordinaire Dienstleistungen, Dienst- und andere Freiheiten, Holz-, Mast-, Fischerei- und andere Gerechtigkeiten, auch ob und wer dabei von den Benachbarten mehr interessirt, mit angehängt und ordentlich beschrieben, zugleich auch bei jeder Dorfschaft verzeichnet werden muß, was dieselbe an Contribution, Hufe-, Land-, Scheffel- und Zehnt-Schatz zu geben schuldig; item, wer die Land-Gerichte von jedem Orte zu halten befugt, und wie es mit den dazu erforderlichen Unkosten gehalten werde; ob und was für Städte, Klöster, adeliche Häuser, Gerichte, Ritter- und Schriftassen-Güter, Hospitalien und dergleichen in jedem Amte oder dessen District vorhanden. Sobald nun solche Erbregister verfertigt, sollen die Beamten ein rein geschriebenes Exemplar davon mit des Amtmanns Namens-Unterschrift und der Jahrzahl in die Cammer liefern und ein gleichstimmiges bei dem Amte beständig beibehalten; die zu den Aemtern gehörigen Aecker, Wiesen, Gärten, Holzungen und Teiche aber, so noch nicht gemessen, sollen vor völliger Verfertigung der Erbregister nachgemessen und deren richtige Anzahl selbigen einverleibt werden. Damit aber ein solches Erbregister desto mehr vim probandi haben möge, so sollen die Ober- und Amtleute vor Verfertigung und Schließung solcher Register die Unterthanen, Censiten, Meier-, Zins- und Dienstleute in praesentia eines Notars ihrer praestandorum halber und ob der Landesf. oder die Aemter in deren wirklicher Possession vel quasi oder nicht, nochmals deutlich vernehmen, welche Aussage dann von gedachtem Notar mittelst seiner Hand und Signets in solchem Erbregister attestirt werden muß. Es haben aber dieselben sonderlich auch darin sorgfältig sich zu erweisen, daß bei Beschreibung des Amts und der privatorum jurium zwar nichts zurück gelassen, aber auch keinem zu nahe getreten, sondern, da ein Zweifel vorfällt, genaue Untersuchung des Falls angestellt, und, was streitig, nicht positiv dem Amte oder einem privato zugeschrieben, sondern, daß es streitig, dabei gesetzt werde. Amts-Cammer-Ordnung v. 1. Juli 1688. Art. 9.

1) Die ältesten bei den hiesigen fürstl. Aemtern vorhandenen Erbregister haben plenam fidem: 2) wird die Qualität der Bauergüter daraus erwiesen; 3) werden die Meierzins nach dem in den Erb-Registern beschriebenen Quantum bei entstehenden Streitigkeiten regulirt; und es wird 4) kein Unterschied, ob der Gutsherr innerhalb oder außerhalb Landes angesessen, gemacht, auch keine Erhöhung der Meierzinsen über das in den Erbregistern enthaltene Quantum dem Gutsherrn gestattet, welches in judicando der Gestalt gehalten wird. Attest der fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 19. März 1740. (Gesenius Meierrecht Bd I. Weil. VII.)

Da bei den Aemtern in den Erbregistern, die doch zum Beweise der Qualität der darin beschriebenen Güter und der darauf haftenden praestandorum dienen, von Zeit zu Zeit nachgetragen worden und durch dergleichen Supplemente, wenn sie in beträchtlichen Punkten ohne hinlängliche Untersuchung und Vernehmung derjenigen, welche dabei interessirt sind, geschehen, leicht die Gerechtsame und Befugnisse anderer benachtheiligt werden können, zumal wenn bei Ertheilung der Extracte aus solchen Erbregistern, was von einer andern Hand darin nachgeschrieben worden, ohne etwas dabei zu bemerken, mit abgeschrieben und vidimirt wird, mithin dem Richter der Umstand der geschehenen Beschreibung und was es damit für eine Bewandniß habe, unbekannt bleibt, so wird, damit die Erbregister in ihrer Integrität erhalten werden und diejenigen Zusätze, welche wegen der mit den Besitzern der Güter oder sonst vorkommenden Veränderungen nothwendig sind, desto mehr Glaubwürdigkeit erhalten, Nachstehendes verordnet: Bei den aus den Erbregistern zu machenden Extracten soll 1) jedes Mal bemerkt werden, ob und was

von neuern Händen und, wenn die Hände bekannt ſind, von welchen? hinzugeſetzt worden; 2) ſollen die Parteien mit ihren gegen ſolche Zuſätze etwa habenden Einwendungen jedes Mal gehört, auch ſoll ex officio darauf von dem Richter nicht mehr, als es Rechtens iſt, geachtet werden; 3) nur der Juſtiz-Beamte und Juſtitarius jedes Orts, und außer ſolchen kein anderer, ſoll die Befugniß haben, bedürfenden Falls in dem Erbregiſter etwas notiren zu dürfen; 4) ſoll dieſes aber nie ohne vorgängige Unterſuchung geſchehen, über welche 5) ein förmliches Protocoll aufgenommen, und ſolches 6) in ein dazu beſonders zu haltendes Buch geſchrieben werden ſoll; wie denn auch 7) wenn ſolcher Geſtalt von dem Juſtizbeamten oder Juſtitiar in dem Erbregiſter etwas notirt wird, alle Mal dabei bemerkt werden ſoll, in welchen Protocollen und Acten die umſtändlichſte Nachricht und Gründe des Zuſatzes zu finden ſind. Endlich ſollen bei jedesmaliger Abhaltung der Landgerichte die fürſtl. Commiſſarien ſich die Erbregiſter jederzeit vorlegen laſſen und, ob mit ſolchen dieſer Vorſchrift gemäß umgegangen werde, nachſehen. Landesfürſtl. Verordn. v. 26. April 1770. *)

S. auch: Pertinenzien der Bauergüter — Meierzins, Entrichtung deſſelben.

cf. Beſchluß fürſtl. Cammer-Collegii v. 19. Mai 1821. (Bege III. p. 331.)

Erbſchaft.

S. Erbfolge.

Erhängte, Rettung derſelben.

S. Rettung Verunglückter.

Erkenntniſſe.

S. Urtheile.

Ertrunkene, Rettung derſelben.

S. Rettung Verunglückter.

Erwärmen der Bretter von den Eiſchlern.

S. Feuerſegfahr, Abwendung derſelben.

Erze, Entwendung derſelben.

S. Bergwerke, Diebereien auf denſelben.

Erzfuhren.

S. Kohlen-, Erz-, Holz- und andere Fuhren.

Erziehung der Kinder.

S. Römisch-Katholiſche.

Erzſchmelzen.

S. Laboriren, chemiſches.

Eſſighandel.

Der Eſſighandel ſoll nur den Krügern geſtattet und nur unter beſondern Umſtänden eine Ausnahme gemacht werden. Circular-Reſcr. fürſtl. Cammer v. 5. Januar 1787.

Eſſigvorrath.

S. Biereſſig: Vorrath.

*) Dieſe Verordn. iſt durch den Landtags-Abschied v. 9. April 1770. Art. 14 veranlaßt.

Estafette.

S. Extrapost = Wesen.

Etappen = Convention. *)

S. Verordn. v. 22. Septbr. 1835, die Publication der mit dem Königreiche Preußen abgeschlossenen Durchmarsch = und Etappen = Convention betr.

Evangelien = Bücher.

Der Gebrauch aller andern Evangelien = Bücher, außer dem in der Waisenhaus = Buchdruckerei gedruckten kleinen Evangelien = Buche, soll in den Schulen dieser Lande, auch des Fürstenthums Blankenburg schlechterdings verboten sein, und sind sämtliche Superintenden ten und Prediger befehligt, dafür zu sorgen, daß dasselbe in allen Schulen eingeführt werde, zu solchem Ende bei den jedesmaligen Schul = Visitationen dieserhalb Nachfrage zu halten, und sich dieses Buch, wie die übrigen geordneten kleinen Bücher vorzeigen zu lassen, und diejenigen, die damit nicht versehen sind, zur forderksamsten Anschaffung desselben zu ermahnen und anzuweisen. Den Obrigkeiten ist dabei ernstlich aufgegeben, den Superintenden ten und Predigern hierunter, wo es nöthig ist, mit obrigkeitlichem Zwange zu Hülfe zu kommen. Die Superintenden ten sollen nicht weniger darüber halten, daß die sämtlichen Opferteute und Schul = meister sich das größere Evangelien = Buch anschaffen, und dasselbe bei der Jugend auf die in der Vorrede bestimmte vorgeschriebene Art gebrauchen. Diese Verordnung soll alle halbe Jahre von den Kanzeln abgelesen werden. *) Landesf. Verordn. v. 1. Juli 1758.

Evangelisch = Lutherische, in den hiesigen Landen sich niederlassende.

S. Fremde, in hiesigen Landen sich niederlassende.

Examen.

S. Advocaten — Notarien — Justitiarien und Actuaren bei den adlichen Gerichten — Candidaten der Theologie — Collegium medicum — Apotheker = Gehülfsen — Hebammen und Wärmefrauen.

Exceptio cautionis deficientis.

S. Cautio de proseguenda lite et pro expensis — Cautio pro expensis beim Untergerichte zu Braunschweig — Exceptiones dilatoriae.

Exceptio compensationis.

S. Execution — Wechselrecht; Art. 2 der W. Ordnung v. 1. August 1715. — Untergericht zu Braunschweig, welche Sachen dahin gehören.

Exceptio contra personas et dicta testium.

Die Einreden gegen die Personen der Zeugen, weshalb sie zum Zeugniß nicht zuzulassen, soll der

*) Die älteste Convention wegen des Durchmarsches fremder Truppen ist v. 23. April 1677, welche die Herzöge Georg Wilhelm und Rudolph August zu Braunschweig und Lüneburg mit dem Churfürsten zu Brandenburg errichteten; später wurde wegen des Durchmarsches der Preussischen Truppen eine Durchmarsch = und Etappen = Convention unterm 3. Novbr. 1791 abgeschlossen und durch die Braunschw. Anzeigen v. 1792 in Nro. 7 als Beilage publicirt. Wegen des Durchmarsches der Hannoverschen und Braunschweigischen Truppen durch die beiderseitigen Lande ist unterm 8/18. Januar 1697 eine Convention errichtet, welcher Braunschw. Seits im Jahre 1709 beigetreten und die unterm 29. August 1746 erneuert wurde.

**) cf. Consistorial = Auschr. v. 9. Octbr. 1821. (Bege I. p. 204.)

Product vor und ehe die Zeugen schwören, vorbringen, oder sich dieselben bis nach dem Verhöre und nach der Eröffnung der Aussagen vorbehalten, mit der Beeidigung und Vernehmung soll aber ungeachtet der Einreden gegen dieselben, wenn sie nicht exremt und altioris indaginis sind, verfahren werden und die Ausführung dieser Einreden dem opponirenden Theile vorbehalten bleiben. Hofgerichts-Ordn. Tit. XLIV. §. Wollte auch der Gegentheil ic.

Hat sich jemand die Einreden gegen die Person des Zeugen nicht vorbehalten und kann er nicht beweisen, daß er sie erst nach Publication der Zeugen-Aussagen erfahren hat, so soll derselbe mit seinen Einreden gegen die Person des Zeugen nicht mehr zugelassen werden, *) er schwöre denn, daß er die Einrede nicht arger, gefährlicher oder böshafter Weise vornimmt. Aus welchen Ursachen wider die Person der Zeugen Einreden geschehen, weisen die gemeinen Rechte genugsam aus. Ebendas. Tit. LVII. §. Ob dann einer ic.

Gegen die Personen der selbst producirtten Zeugen darf der Producent keine Einreden vorbringen. Ebendas. §. Was nun alhier ic.

Ein jeder Theil, er mag sich solches bedungen haben oder nicht, kann nicht nur gegen seines Gegners, sondern auch gegen seiner eigenen Zeugen Aussagen Einreden vorbringen. Ebendas. Tit. LVIII. §. Es mag aber ic.

Der Beweis der Einreden gegen die Person des Zeugen kann durch Zeugen geführt werden und kann der Gegner gegen solche reprobatorios wieder Zeugen stellen. Weiter aber als zu diesen reprobatoris reprobatoriorum sollen keine Zeugen zugelassen werden. Ebendas. Tit. LIX. §. Doch ob einer ic.

S. auch: Beweis — Beweis beim Untergerichte zu Braunschweig §. 8. — Kausgericht zu Braunschweig, Verfahren bei demselben.

Exceptiones dilatoriae.

Wenn die Parteien zu einem gütlichen Vergleiche nicht zu bewegen sind, so sollen die exceptiones dilatoriae vorgebracht und, damit die Hauptsache dadurch weiter nicht aufgehalten wird, darüber interloquirt werden. Kanzlei-Ordn. Art. 43.

Sowohl in erster, als in der Appellations-Instanz sollen alle Einreden, die vor der Litiscontestation eingewandt werden müssen, auf ein Mal neben der eventuellen Litiscontestation vorgebracht und der, welcher seine dilatorischen Einreden aufsparen oder dieselben nach einander vorbringen wollte, soll damit weiter nicht mehr gehört werden. Hofger. Ordn. Tit. XXXIII. §. Nachdem nun ic. Tit. XXXIV. §. Desgleichen die ic. und Tit. LXXXI. §. Es soll nämlich ic.

In puncto dilatariorum soll jeder Theil nur mit zwei Sätzen zugelassen werden. Ebendas. Tit. XXXIII. §. Alldieweil aber ic.

Diejenigen Einreden, worüber rechtskräftig erkannt ist, sollen bei Strafe nicht wieder opponirt werden. Ebendas. §. Auf den Fall auch ic.

Obgleich sowohl in dem anno 1654 ergangenen Reichs-Abschiede §. Es soll auch 37. it. §. Wäre es dann 38, als in der Hofgerichts-Ordnung Tit. 33 und 34 verordnet ist, daß der Beklagte oder Appellat seine exceptiones dilatorias vel peremptorias sofort in primo termino und in einer Schrift beibringen solle, so haben die Parteien oder deren Anwälde solches dennoch mehrmals aus den

*) S. Verordn. v. 13. Mai 1757. §. 7 unter »Beweis«, wodurch diese Bestimmung der Hofger. Ordn. hinsichtlich der Zeit, in welcher die Einreden gegen die Personen und Aussagen der Zeugen vorgebracht werden müssen, abgeändert ist.

Augen gesetzt und solche Exceptionen nach einander zu merklicher Verwirrung und vorsätzlicher Verlängerung der Processen eingewandt, weshalb allen beim k. Hofgerichte bestellten Advocaten und Procuratoren befohlen wird, Falls sie in den ihnen anvertrauten Sachen exceptiones dilatorias vel peremtorias einwenden wollen, solche sofort in primo termino in einer Schrift einzubringen, Gestalt sie widrigen Falls damit ferner nicht gehört werden sollen, worüber mit Strenge gehalten werden wird. Gemeiner Bescheid des Hofgerichts v. 29. Novbr. 1704.

Bei dem Untergerichte zu Braunschweig sollen keine andere dilatoriae, als legitimationis und cautionis angenommen, und selbige sofort im ersten Gerichtstage vorgebracht, und wenn sie in demselben, zumal die exceptio cautionis, nicht eingewandt, hernach nicht zugelassen werden. §. 1. Cap. IX. der verbesserten Untergerichts-Ordnung v. 2. Febr. 1764.

S. auch: Kaufgericht zu Braunschweig, Verfahren bei demselben — Unter »Wechselrecht« Wechsel-Ordnung v. 1. August 1715. Art. 2.

Exceptio excussionis in Wechselfachen.

S. unter »Wechselrecht« Wechselordn. v. 1. August 1715. Art. 36.

Exceptiones illiquidae gegen verfallene Wechsel.

S. unter »Wechselrecht« Wechselordn. v. 1. August 1715. Art. 45.

Exceptio incompetentiae.

S. unter »Wechselrecht« Wechselordn. v. 1. August 1715. Art. 59.

cf. Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordnung v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 19. Nro. 5.

Exceptio inepti, obscuri etc. libelli.

Die exceptio inepti, obscuri etc. libelli soll gar nicht attendirt werden, sondern der Gerichtsverwalter soll, wenn die Unschicklichkeit oder Undeutlichkeit aus dem Anbringen der Klage erhellt und nicht sofort verbessert werden kann, den Kläger deshalb bedeuten, und ihn mit derselben zurückweisen; Falls aber die Klage leicht zu erläutern steht, soll der Gerichtsverwalter solches in dem zur Untersuchung angeetzten Termine verrichten, und ad protocollum nehmen lassen. §. 4. Cap. IX der verbesserten Untergerichts-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 2. Febr. 1764.

Exceptiones in ipsa executione opponendae.

S. Execution.

Exceptio legitimatōis deficientis.

S. unter »Exceptiones dilatorias« Untergerichts-Ordn. v. 2. Febr. 1764. Cap. IX. §. 1.

Exceptiones litis finitae.

Dieselben können entweder vor der Kriegsbefestigung in vim dilatariorum, oder nach derselben in vim peremtoriarum vorgewandt werden; als wenn jemand über abgeurtheilte, vertragene oder vorhin geendigte Sachen von Neuem beklagt würde. Hofger. Ordn. Tit. XXXIV. §. Unter diesen u.

Exceptiones litis ingressum impediētes.

Werden exceptiones litis ingressum impediētes, als praeventiois, litis pendentis etc.

opponirt, so hat Beklagter dieselben sofort zu bescheinigen, widrigen Falls er damit nicht gehört werden, sondern sich schlechterdings auf die Klage einlassen soll, es wäre denn, daß Beklagter die Bescheinigung von andern Orten herholen müßte, oder notorie an deren Beibringung behindert würde, in welchem Falle ihm zu solchem Ende eine Frist von 14 Tagen, und nach Ermäßigung des Gerichts auch eine wohl etwas längere *sub praejudicio* zu gestatten ist. Cap. IX. §. 3 der verbesserten Unterger. Ordn. der Stadt Braunschweig v. 2. Febr. 1764.

Exceptio obreptionis.

§. Execution.

Exceptio obscuri libelli.

§. Exceptio inepti, obscuri etc. libelli.

Exceptiones peremptoriae.

Peremptoriae exceptiones sind folgende: der Auszug einer geurtheilten oder vertragenen Sache, *rei judicatae*, *transactionis*, der Auszug wider Betrug, *doli* und die Exception eines Bedinges, daß jene nicht zu fordern, darum einer klagt, *pactum de non petendo* genannt; diese und dergleichen endlich auslöschliche oder zerstörlche Exceptionen, ausgenommen die im nächsten Paragraphen benannten, *) vermögen ihrer Natur nach erst nach der Kriegsbefestigung vorgewandt werden, doch mag nichts desto weniger von ihnen auch vor derselben Protestation und Bedingung geschehen. Hofgerichts-Ordn. Tit. XXXIV. §. *Peremptoriae exceptiones etc.*

Solche peremptorische zerstörlche Exceptionen sollen zugleich und in einer Schrift, wie von den *dilatoriis* vermeldet worden, eingebracht werden. Ebendas. §. Und sollen u.

Der Beklagte oder sein Anwalt soll die *exceptiones peremptorias*, so viel er deren hat, neben und mit seinen *responsionibus* auf ein Mal einbringen und hernach mit denselben weiter nicht mehr gehört werden; ebendas. Tit. XLIII. §. Wann nun u., es wäre denn, daß dieselben von Neuem erwachsen oder ihm erst bekannt geworden wären und er solches eidlich betheuern möchte, auf welchen Fall ihm dieselben einzuwenden gestattet wird. Ebendas. §. Es wäre denn u. und Canzlei-Ordnung Art. 33.

Es sollen im ersten Termine nebst der Antwort auf die Hauptsache alle und jede *exceptiones peremptoriae* auf ein Mal vorgebracht, hernach aber Beklagter damit nicht weiter gehört werden. Cap. IX. §. 2 der verbesserten Unterger. Ordn. der Stadt Braunschweig v. 2. Febr. 1764.

§. auch: *Exceptiones dilatoriae* — Wechselrecht; Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715. Art. 2.

Exceptio praecclusionis.

§. Wechselfchuldner, welcher *bonis cedirt* hat.

Exceptio solutionis.

§. Execution — Eid vor dem Untergerichte zu Braunschweig. § 2. — Briefe und Siegel, klare — Wechselrecht; landesf. Resolut. v. 19. Octbr. 1751 und landesf. Declarat. v. 27. Septbr. 1799.

Exceptio subreptionis.

§. Execution.

*) *Exceptiones litis finitae.*

Exceptionsschrift.

S. Beweis; landesf. Verordn. v. 3. Septbr. 1781.

Excommunication.

S. Kirchenbuße.

Execution.

Der obliegenden Partei soll durch schleunige Vollziehung der Execution geholfen werden. Kanzlei-Ordn. Art. 68.

Die mit der Vollstreckung der Execution Beauftragten sollen nach Inhalt der Executorialien ohne Weigerung und Verzug verfahren und sich davon durch sub - et obreptitie ausgebrachte extrajudicialia rescripta (wider deren Impetranten mit Bestrafung verfahren werden wird) nicht abhalten lassen; die säumigen Executoren sollen bestraft werden. Ebendas. Art. 69.

Wosern der Beklagte nicht bereits durch langweilige Rechtfertigung und gebrauchte Tergiversation Zeit gehabt, sollen die Richter versuchen, ob die Parteien, welche ex judicato oder sonst instrumento exequibili Hülfe verlangen, zur Geduld und Fristgebung bestimmt werden können. Ebendas. Art. 70.

Es soll kein Hülfsgehalt genommen werden, wenn nicht zugleich die Execution wirklich vollstreckt wird. Ebendas. Art. 71.

Wenn ein Urtheil in reali actione ergangen, namentlich wenn jemandem ein Gut, Haus, Acker &c. zuerkannt ist, soll demselben, in Entstehung gütlicher Restitution, innerhalb vier Wochen *) dazu verholfen, dem Beklagten solches durch die Executoren genommen und dem Kläger zugestellt werden. Ebendas. Art. 73.

In personali actione, z. B. wenn in einer Schul- oder andern dergleichen Sache gesprochen ist, soll dem schuldigen Theile innerhalb acht Wochen Richtigkeit zu machen auferlegt und daneben eventualiter die Hülfe nach Verfließung solcher Frist angesetzt, auch, Falls die Zahlung binnen der Zeit nicht erfolgt, wirklich vollzogen und keine andere Exception als solutionis oder compensationis in continenti probandae zugelassen werden. Ebendas. Art. 74.

Wenn das Urtheil auf ein gewisses Stück oder Ding zu Contentirung des Klägers gerichtet ist, so bleibt es bei solcher Special-Provision, außerdem aber soll und muß die Verhelfung billig in solche Stücke geschehen, welche dem Beklagten den wenigsten Schaden bringen und dennoch zur Bezahlung des Klägers genügen. Ebendas. Art. 75.

Vor allen Dingen soll der Anfang bei der fahrenden Habe gemacht, jedoch nicht sofort zu den instrumentis rusticis, Pferden, Ochsen, Schafen, Saamen-Getreide und was zum Feldbaue nöthig ist, oder auch zu den Sachen, welche jeder zu seiner Handthierung und Kunst gebraucht, gegriffen werden (was die Güter zu Grunde richtet, auch dem Debitor alle Mittel, sich zu erhalten, abschneidet), es sei denn von andern fahrenden und liegenden Gütern so viel nicht vorhanden, daß der Kläger daraus befriedigt werden könnte. Ebendas. Art. 76.

Wegen der Taxirung solcher Fahrniß bleibt es zwar bei eines jeden Orts hergebrachtem Gebrauche; insgemein aber hat es der Sachen halber, deren Aestimation und Werth durch den gewöhnlichen Marktvverkauf genugsam vergewissert ist, als Getreide, Wein, Butter, Käse, Speck und dgl. keine Difficultät; was aber andere Fahrniß betrifft, sollen die Executoren dazu erfahrene und der Dinge verständige Leute,

*) D's Hofgerichts-Ordn. Tit. LXXV. §. Hierum wann &c. bestimmt: diese Frist auf sechs Wochen.

welche deshalb besonders zu beeidigen sind, nehmen und nach geschehener Aestimation dem Kläger dieselben zu seiner Satisfaction zuschlagen. Ebendas. Art. 77.

Sofern aber so viel Fahrniß nicht vorhanden ist, daß der Gläubiger davon befriedigt werden könnte, so soll dann erst zu den immobilibus, liegenden Gütern und andern, so in Rechten denselben gleich gehalten, gegriffen und vor allen Dingen versucht werden, ob sich die Parteien der Aestimation halber selbst vergleichen können, in dessen Verbleibung dem Kläger oder Creditor frei steht, ob er das verholtsene Gut in causam pignoris besitzen und so lange genießlich gebrauchen will, bis er aus der jährlichen Abnutzung seiner Forderung wegen befriedigt ist, in welchem Falle sonderlich darauf gesehen werden soll, daß die Güter, zumal die Gehölze, nicht verwüstet, sondern mit nicht weniger Fleiße, als von jedem bono et diligente patrefamilias das Seinige, bestellt werden, auch dem Schuldner jährliche Rechnung abgelegt und justificirt wird. Ebendas. Art. 78. *)

Würde aber der Kläger oder Creditor Bedenken tragen, das verhaltene Gut auf solche Maasse zu besitzen, wie er denn wider seinen Willen dazu nicht gedrungen werden kann, so hat er das remedium subhastationis der Gestalt zu gebrauchen, daß solches Gut innerhalb vier Monaten, von der Zeit der Immission angerechnet, öffentlich angeschlagen oder nach eines jeden Orts Gewohnheit feil geboten, und sodann auf vorgehende Pcitation, wozu der Creditor nicht weniger als ein Fremder zuzulassen, demjenigen, welcher das Meiste geboten, wofern der Debitor nicht sofort einen Andern, der ein Mehreres geben wollte, stellen könnte, überlassen und dem Creditor davon das Seinige ad concurrentem quantitatem abgeführt, wofern aber seine Forderung dadurch nicht erreicht, der Regreß an des Debtors andern Gütern vorbehalten werden soll. Ebendas. Art. 79. **)

Wenn sich aber bei solcher Subhastation kein Käufer finden, oder, wird ein Ungleiches auf das Gut geboten, der Schuldner notorie dadurch übertreißt und zu hart benachtheiligt würde, so verbleibt dem Creditor alsdann das remedium adjudicationis und soll deswegen das verholtsene Gut durch die Gerichte entweder um baares Geld oder auf Tagezeit dem rechten und gemeinen Werthe nach, den die Güter des Orts zu der Zeit haben, taxirt und darum dem Creditor erb- und eigenthümlich zugeschlagen, bei der Taxe aber nur allein darauf gesehen werden, wie man die Güter insgemein der Zeit Gelegenheit nach in genere zu kaufen und zu verkaufen pflegt, nicht aber, was sie etwa, und insbesondere die Gebäude neu gekostet haben. Ebendas. Art. 80. ***)

Wenn die liegenden Güter nicht zureichen, soll der Gläubiger sich an des Debtors ausstehende Schulden zu halten befugt sein. Ebendas. Art. 81.

Die Hilfe in die Lehn- und Rittergüter soll weiter nicht, als auf die Nutzung erstreckt werden, es wären denn solche Schulden, so mit des Lehnsherrn Consens auf ein Lehngut versichert worden, da in solchem Falle die Execution nicht allein in die fructus, sondern auch das utile dominium Kraft solchen von dem Lehnsherrn erlangten Rechts, so hoch sich solche consentirte Forderung erstreckt, billig ertheilt wird, und es hat sich der Creditor zu seiner Befriedigung auf solchen Fall obiger remediorum zu bedienen, bevorab weil die Söhne vermöge der Landes-Constitution ihres Vaters Schulden auch aus den Lehnsgütern, es seien dieselben gleich antiqua oder nova, ex pacto et providentia, hereditaria oder mixta, zu zahlen verpflichtet, jedoch mit Vorbehalt der Mitbelehnten Rechte, welche in die Verpfändung

nicht

*) S. Immission.

**) S. Subhastation.

***) S. Immission.

nicht gewilligt, denen solches hernach, wenn das Lehn an sie fällt, zu keinem Nachtheile gereichen kann. Ebendaf. Art. 82. *)

Es sollen aber zur Taxirung der Ritter- und Lehngüter nicht die gemeinen Wardiersleute allein, sondern auch daneben solche Personen gebraucht werden, welche dergleichen Güter selbst besitzen oder deren Gelegenheit am Besten wissen, damit die Verkaufung der Lehngüter durch die zu hohen Anschläge nicht gehindert wird. Damit aber auch der Debitor sich über kein Uebereilen zu beklagen habe, so soll dem Creditor und Debitor frei stehen, wenn sie durch solchen Anschlag beschwert zu sein vermeinen, ihre gravamina gegen die ihnen communicirte Taxe innerhalb drei Wochen den dazu verordneten Personen vorzutragen, welche dieselbe in fleißigen Bedacht ziehen und alles aufs Billigste und Gleichmäßigste erwägen und dahin dirigiren sollen, daß niemandem zu viel oder zu wenig geschieht. Ebendas. Art. 83. **)

Es ist zwar recht und billig, daß jedem, welcher mit Rechtsbestand etwas von einem Andern zu fordern hat, zu seiner Befugniß verholfen wird und soll es deshalb bei den bestehenden gesetzlichen Vorschriften verbleiben; um indeß den dabei vorgehenden Excessen und andern Affecten der Bedienten so viel als möglich zu steuern, damit niemand zur Ungebühr überseht werde, wird folgendes verordnet:

Die Obrigkeiten sollen bei 20 Thlr. Strafe sich der beschwerlichen ungebührlichen Auspfändungen der Unterthanen enthalten, oder im Falle in Entstehung anderer Mittel endlich sowohl der herrschaftlichen Amtsintraden, als fremder Privatforderungen halber dazu geschritten werden muß, dabei dennoch solchen Unterschied gebrauchen, daß dasjenige Vieh, von welchem der Landmann zum Theil seine Lebensmittel haben muß, oder dessen er in der Feldarbeit nicht entathen kann, keinesweges ausgepfändet, sondern verschont und andere Mittel zur Hand genommen werden sollen; leßlich aber, und wenn anderer Gestalt der Sachen gar nicht zu rathen steht, sondern der Debitor das Seinige gar in solutum anzugeben oder bonorum cessionem zur Hand zu nehmen gemüßigt wird, so sollen die Obrigkeiten den Verlauf der Sache an den Landesfürsten gelangen lassen und darauf fernere Verordnung gewärtigen. Landesfürstl. Edict v. 11. März 1661.

Diejenigen, denen Executionen von dem Hofgerichte aufgetragen werden, sollen sie ohne Ansehn der Person bei höchster Ungnade und willkürlicher Strafe ordnungsmäßig vollstrecken. Landesf. Verordn. v. 30. April 1762.

S. auch: Arrest — Besoldungen — Officiere, Schuldenmachen derselben — Soldaten, Credit derselben — Lehn-, Erbenzins- und Meiergüter, Verpfändung, Veräußerung u. derselben — Meier — Meier im Amte Ehedinghausen, Auspfändung derselben — Contribution, Erhebung, Beitreibung und Ablieferung derselben — Intraden, herrschaftliche — Justiz — Solutio particularis — Restitutio particularis gegen processualische Verfügungen — Civilbedienten: Wittwen- und Waisen-Casse; Verordn. v. 30. März 1775. §. 12.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 12 und 24. — Neue
Landschafts-Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 210. — Oberappellat. Ver. Ordn. v. 16. Septbr.
1835. Tit. VII.

Execution, wie damit beim Untergerichte zu Braunschweig zu verfahren ist.

§. 1. Wenn ein abgesprochenes und publicirtes Urtheil zur Rechtskraft gebieten, soll dieses Urtheil vermittlest der Execution vollstreckt werden.

§. 2. Bei solcher Execution soll zwischen Real- und Personal-Klagen folgendermaßen verschiedentlich verfahren werden. Wenn die Klage auf ein gewisses Stück Gut, nicht Schulden, sondern anderer Urfa-

*) S. Lehn-, Erbzins- und Meiergüter, Verpfändung, Veräußerung u. dergleichen.

**) Eben dieselben Bestimmungen enthält gleichlautend die Hofgerichts-Ordnung Tit. LXXV.

chen halber gerichtet, und es würde, nachdem das Urtheil seine Rechtskraft erhalten, die Sache dem gewinnenden Theile nicht eingeräumt, so soll auf dessen Ansuchen das Gericht dem Succumbenten die Räumung des Guts binnen 14 Tagen anbefehlen.

§. 3. Würde nun derselbe binnen solcher Frist dem Befehle keine Folge leisten, so ist auf weiteres Anrufen des obliegenden Theils die Hülfe durch das Gericht ohne Anstand zu vollstrecken, der Condemnirte zu ermittiren und dem Obliegenden das eingeklagte Gut einzuräumen.

§. 4. Wenn aber wegen einer Schuld, für welche das unbewegliche Gut haftet, die Klage angestellt, ist gleicher Gestalt zuvörderst dem Condemnirten, wenn das Urtheil rechtskräftig, ein Zahlungs-Termin von 14 Tagen zu präfigiren und die Zahlung bei Vermeidung der Ermission anzubefehlen; würde aber der Schuldner binnen solcher Zeit die Zahlung an Capital und Zinsen nicht berichtigen, so soll nach deren Ablauf, die Forderung mag hoch oder gering sein, ohne Anstand zur Execution geschritten, die Ermission vollstreckt und die Subhastation des Guts vorgenommen werden.

§. 5. Es hat aber sodann das Gericht mit Zuziehung der gegenwärtig seienden *creditorum hypotheccariorum* alsdort auszumachen, auf was Weise das Gut während der Subhastation noch zu nutzen sei.

§. 6. Wie solcher Gestalt die sonst im Gebrauch gewesene Immission gänzlich aufgehoben wird, so soll auch hinfüro, die ausgeklagte Hypothek-Forderung mag wenig oder viel betragen, einem jeden zur Erhaltung des Seinigen verholffen werden. Bei ausgeklagter *act. personali* aber soll dem Creditor frei stehen, ob er die Execution sofort vollstrecken, oder ob er sich eine Hypothek in des Debtors unbewegliche Güter constituiren lassen wolle.

(§. 7. und §. 8 f. unter Subhastation.)

§. 9. Wenn jemand auf ein Unterpfand in beweglichen Gütern geklagt hat, so soll dem Beklagten, wenn er gegenwärtig ist, binnen acht, den an andern Orten wohnenden Debitoren aber binnen 14 Tagen die Bezahlung injungirt, und, wenn solche nicht geschieht, zur Taxation und zum Verkaufe geschritten werden. Würde hierauf der beklagte Debitor binnen den resp. 8 oder 14 Tagen annoch so viel Geld einschießen, daß der Creditor dadurch an Capital, Zinsen, wie auch Kosten völlig befriedigt werden könnte, so soll das Pfand verabsfolgt, sonst aber zur *Adjudication* geschritten werden.

§. 10. Wenn auf gemeine Schuld ohne Unterpfand geklagt und Beklagter condemnirt wird, so soll ihm sofort in der Sentenz eventualiter zur Bezahlung ein *terminus praejudicialis* von 14 Tagen angesetzt, und, dafern das Urtheil rechtskräftig geworden und der Kläger deshalb sich meldet, nach Ablauf solcher 14 Tage ohne Anstand mit der Execution verfahren werden; fände sich jedoch während solcher Zeit ein *periculum in mora*, oder, daß der Debitor seine Mobilien abhanden bringen, oder sich wohl gar davon machen, oder sonst eine nachtheilige Veränderung mit dem *objecto executionis* vornehmen möchte, so soll, Falls solches von dem Kläger bescheinigt wird, der Richter auch während obbemeldeter Zeit, ja auch, wenn das Urtheil noch nicht rechtskräftig geworden, oder, wenn *appellatio* interponirt wäre, so viel von des Beklagten Mitteln eventualiter zur Bezahlung nöthig ist, sich versichern; diese Güter sollen aber bis zu Ablauf der 14 Tage, oder bis zu des interponirten *remedii* Erledigung wohlverwahrt beibehalten werden.

§. 11. Gleicher Gestalt soll es auch gehalten werden, wenn von den höhern fürstl. *judiciis*, oder von dem Stadt-Obergerichte rechtskräftige Urtheile zur Execution an das Untergericht verwiesen werden.

§. 12. Bei schweren Schuldsachen soll das Gericht beobachten, aus was für Ursachen der Beklagte in die Schuldenlast gerathen, auch allenfalls, wenn es bei demselben ein sonderliches Unvermögen bemerkt, sich nach dessen Ursache so viel als möglich erkundigen. Imgleichen sollen die Debitoren selbst, Falls sie verlangen, daß auf die Ursache ihres Unvermögens *Reflection* genommen werde, dieses bei dem Verfahren, und bevor ein *terminus ad publicandam sententiam* angesetzt wird, anzeigen und mit genugsamem Beweise darthun. Falls sich alsdann befinden würde, daß solches ohne des Debtors oder der Seinigen

Verschulden durch Unglücksfälle geschehen, ist Kläger so viel möglich von Gerichts wegen dahin zu disponiren, daß er, wenn Beklagter zur Zahlung annehmliche Termine oder andere Conditionen vorschlagen sollte, solche gutwillig annehme; sollte sich Kläger hierzu nicht bewegen lassen, so sind solche Termine *ex officio* zu setzen, welches aber bei den Debitoren, die ohne ihren Ruin zahlen können, keinesweges gemißbraucht werden soll, wie denn auch den Debitoren, welche bloß in *executione*, um dieselbe zu eludiren oder zu verzögern, dergleichen Unvermögen vorwenden wollten, obiges *beneficium* nicht zu Statuten kommen, sondern wider dieselben mit unverzüglicher Execution verfahren und mittelst derselben den Gläubigern zu ihrem vollen Credit verholfen werden soll. *)

§. 13. So oft eine Execution zu vollziehen ist, soll das Gericht alle sich vorfindenden Umstände fleißig erwägen, ob im Hause eine grob Schwangere, eine Sechswöchnerin oder Kranke vorhanden, und nach Befinden die Execution moderiren oder aussetzen. Bei der Execution werden zuvörderst diejenigen Sachen dem Beklagten abgenommen, deren Entbehrung ihm am Wenigsten schädlich ist und welche doch zur Bezahlung des Klägers zureichen. Ein Mehreres, als zur Abführung der Schulden erforderlich, soll, so weit es immer möglich, dem Debitor nicht abgenommen werden. Zu diesem Ende hat das Gericht, sonderlich bei Sachen von einigem Betrage, dem Executor einen Taxator oder eine Taxatrice mitzugeben, welche die vorkommenden Sachen ästimiren, damit nicht mehr, als zur Execution nöthig, davon genommen werden möge. Handwerks- oder andere Instrumente, die der Schuldner zu seiner Handthierung braucht, sollen nicht eher weggenommen werden, als bis keine andere Mobilien mehr vorhanden. Sollte aber der Debitor sich vor der Execution erbiehen, daß er so viel, als zu Befriedigung des Creditors nöthig ist, selbst ins Gericht liefern wolle, so ist ihm solches nachzulassen; er muß aber sein Erbiehen ohne Aufschub bewerkstelligen, und hat sodann das Gericht zu ermäßigen und zu verordnen, wie diese Ausrichtung mit Sicherheit des Gläubigers, und ohne Aufsehn und Beschimpfung des Schuldners am Schicklichsten einzuleiten und zu Stande zu bringen.

§. 14. Die Executoren sollen dafür haften und allen Schaden ersetzen, wenn im Beztragen und Fahren die Sachen beschädigt, verdorben oder gar entfremdet, und nicht in eben dem Zustande und der Zahl, wie sie solche empfangen, auf das Neustadt-Rathhaus abgeliefert werden.

§. 15. Die von den Executoren mittelst einer Specification dem Gerichte eingelieferten Sachen revidirt der jüngste Untergerichts-Beisitzer, welchem die Haltung des Buchs über die abgepfändeten Sachen obliegt, und verzeichnet sie in das Buch, besorgt auch, daß sie in die Pfänderkammer, wozu er den Schlüssel haben soll, gesetzt werden mögen.

§. 16. Die abgenommenen Pfänder sollen dem Beklagten, wenn es keine verderbliche Sachen sind, 4 Wochen, sonst aber 14, oder wohl gar 8, oder nach Befinden weniger Tage zu Gute gehalten werden, jedoch muß er sich auch gefallen lassen, wenn das *debitum* 100 Thlr. oder mehr ausmacht, auch die Zinsen, so seit der Execution angeschwollen, dem Creditor zu bezahlen. Würde nun binnen solcher Zeit der Debitor die Sachen durch Bezahlung des Capitals und der Zinsen nicht auslösen, so soll zur Taxation geschritten, und dem Creditor, ob er die Sache *pro taxato* annehmen, oder sie öffentlich verkaufen lassen wolle, frei gelassen werden. Wählt er die Annahme der Sachen, so sind ihm solche alsobald gegen seinen *ad acta* zu nehmenden Schein zu verabfolgen. Findet er die öffentliche Verkaufung besser, so hat das Gericht dazu fordersamst einen Termin anzusetzen, solchen aber acht Tage vorher in den öffentlichen Anzeigen sammt der Specification derselben kund machen zu lassen. Sollte diese Specification nicht in wenigen Reihen bestehen, ist sie auf Kosten des Schuldners auf ein besonderes Blatt zu drucken. In der Auction sollen keine Gerichtspersonen selbst mit licitiren. Der Debitor aber ist, da ihm zur Relution genug Zeit gelassen, hernach damit gar nicht weiter zu hören. Wenn der Creditor die Sache *pro taxato*

*) *S. Solutio particularis.*

annimmt, muß er den Ueberschuß seiner Forderung dem Debitor herausgeben; Falls aber der Werth des Pfandes der Forderung nicht gleich ist, behält er den Regreß des residui halber gegen den Debitor. Wenn keine bewegliche Güter vorhanden, oder die vorhandenen zu Tilgung der Schulden nicht zureichen, so werden die unbeweglichen Güter mit angegriffen; Falls aber diese ermangeln, so sollen auch die ausstehenden Schulden, die der Schuldner eidlich anzugeben hat, mit zur Execution gezogen und den Creditoren in solutum gegeben werden. Da aber der Schuldner weder bewegliche noch unbewegliche Güter, noch ausstehende Schulden hätte, und dabei kund wäre, daß er durch sein Verschulden, zu welchem auch eine unverantwortliche Nachsicht gegen die Seinigen gehört, in solchen Abfall gerathen, soll derselbe in Verhaft genommen und nach Umständen der Sache so lange ins Werthhaus gesetzt werden, bis er daselbst durch seine Arbeit so viel verdient, daß seine Creditoren dadurch befriedigt worden.

§. 17. Niemand soll den Executoren weder mit Worten noch Werken widerstehen; wer sich solches unternehmen würde, soll nach Beschaffenheit der Resistenz mit Geldbuße, Gefängniß, Stadt- und Landesverweisung, auch nach Befinden des Verbrechens mit härterer Strafe angesehen werden. *)

§. 18. Wenn bei Vollstreckung der Execution des zu erequirenden Bürgers Ehefrau irgend eine Sache den Executoren unter dem Prätexte entziehen wollte, als gehörte solche ihr zu, oder wäre von ihr eingebracht, soll solches Vorgehen nicht attendirt, sondern mit der Execution verfahren werden; Falls sie aber binnen 14 Tagen a die executionis annoch erweisen würde, daß die abgepfändete Sache von ihr wirklich inferirt, und ihrem Manne nicht in seine Nahrung, Handthierung und Gewerbe gethan worden, so soll deren Zurücknahme ihr zwar gestattet, sie aber zu Bezahlung der auf die Execution gegangenen Kosten angehalten werden. Cap. XVI. der Untergerichts-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 2. Febr. 1764.

Execution gegen Honoratioren.

Gegen Honoratioren soll nicht leicht zu Auspfändungen geschritten, sondern der, welcher durch Urtheil und Recht wozu condemnirt ist, durch Strafbefehle, Arreste, oder auf andere Weise zu seiner Schuldigkeit angehalten werden. Wenn aber die Auspfändung unvermeidlich ist, soll solche nicht durch die Marktmeister, sondern durch die Gerichtsboten, auch wohl durch Bauermeister vollstreckt werden, und ist der Commandant befehligt, auf jedesmalige Requisition mit 1 Unterofficier und 1 bis 2 Gemeinen zu assistiren. Dem Unterofficier sollen auf jede 24 Stunden 24 Groschen und jedem Gemeinen 9 Groschen, außer freiem Essen, Trinken und Nachtlager, gereicht werden. Landesfürstl. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 2. Septbr. 1760 und 20. Juli 1762.

Execution gegen die landschaftlichen Debitoren.

Damit die Executionen gegen die landschaftlichen Debitoren nicht aufgehalten und diese inzwischen insolvent werden, sollen diejenigen Debitoren, welche sich supplicando an den Landesfürsten wenden wollen, ihre Memorialien in den ersten 14 Tagen nach der ihnen anbefohlenen Zahlung zur Begleitung mit Bericht an ihre Obrigkeit überreichen, diese aber solche mit ihrem Berichte ungesäumt höchsten Orts zur Resolution einsenden, im Entstehungsfalle aber mit der Execution fortfahren, oder, wenn sich inzwischen eine Insolvenz ereignete, dafür haften. Landesf. Verordn. v. 3. Novbr. 1779. (Br. Anz. v. 1779. Nro. 95.)

S. auch: Contribution, Erhebung, Beitreibung und Ablieferung derselben.

Execution, militairische.

Bei den in den Landstädten und auf dem Lande verhängten Executionen soll hinfüro den Executoren

*) cf. Gesetz v. 23 Febr. 1837, die gegen die öffentliche Ordnung gerichteten Vergehen betr.

nicht mehr, als jedem Unterofficiere, er sei vom Feld-, Garnison- oder Landregimente, sechs, und einem Gemeinen vier Ggr. nebst Hausmannskost, worunter aber kein Fleisch, Wurst oder dergleichen zu verstehen, und ein halbes Stübchen Bier, keinesweges aber Brantwein und warmes Getränk, der Cavallerie aber, außer dem festgesetzten Gelde und der beschriebenen Hausmannskost, auf das Pferd ein Drittel Himten Hafer nebst acht Pfund Heu und fünf Pfund Stroh verwilligt, und durchaus in ordinairen Fällen ein Mehreres nicht gegeben werden. Die Obrigkeiten sollen bei Vorfällen alles dieses, auch die Anzahl der Mannschaft befindenden Umständen nach reguliren, und bei Vermeidung eigener Verantwortung darüber halten. Sollten auch die Widersetzlichkeit und anderes Verschulden und Umstände der Unterthanen es erfordern, die Execution zu verstärken, so sollen die Obrigkeiten davon gehörigen Orts gebührende Anzeige thun, damit wegen Vermehrung der erequirenden Mannschaft das Nöthige verfügt werden könne. Landesf. Ausschr. v. 28. Juni 1777.

S. auch: Execution gegen Honoratioren.

cf. Rescr. herzogl. Staats-Ministerii v. 17. April 1832. (Bege III. p. 323.)

Execution, peinliche.

S. Todesstrafe, Vollziehung derselben.

Execution bei Wechsel- und Kaufmanns-Schulden.

S. Wechsel-Execution.

Executiv-Proceß.

S. Briefe und Siegel, klare — Mandats-Proceß — Eid vor dem Untergerichte zu Braunschweig — Untergerichte des Fürstenthums Blankenburg.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 18.

Exercierzeit.

Da der Zwischenraum zwischen der Saatzeit und Heuerndte unstreitig am Zuträglichsten zur Einziehung der Beurlaubten zum Exercieren ist und solcher nach den Berichten der erfahrensten Haushalts-Verständigen etwa v. 8. Juni bis zum Anfange des Juli, je nach der Beschaffenheit der Witterung, fällt, so werden von dieser Zeit zum künftigen alljährlichen Exercieren drei Wochen, in welchen die Beurlaubten eingezogen werden sollen, ein für alle Mal, wenn außerordentliche Fälle eine Ausnahme nicht nothwendig machen, bestimmt. Landesf. Verordn. v. 24. August 1771.

cf. Canton-Reglement v. 30. Juli 1821. §. 13 und 14. (das Gesetz v. 23. Febr. 1837, die Verpflichtung zum Kriegsdienste betr., enthält hierüber keine Bestimmungen.)

Exhibita.

S. Producte, gerichtliche.

Expeditionen-Bücher der Geistlichen.

Zur Erleichterung der Arbeit und zur Legitimation gegen die Vorgesetzten sollen alle General- und Special-Superintendenten, auch Prediger nach einem vorgeschriebenen Projecte ein von dem Vorrathe der Kirchen anzuschaffendes Expeditionen-Buch halten, worin die Zeit und der Empfang der emanirten Befehle, wie selbigen ein Genüge geleistet und solche befolgt worden, bemerkt werden soll. Bei allen Visitationen soll nach diesen Expeditionen-Büchern, und wie sie gehalten werden, gefragt, auch in den Visitations-Berichten solches mit angeführt werden. Bei Absterben eines Geistlichen soll dieses Buch pars registraturae bleiben. Fürstl. Wolfenb. Consistorial-Ausschr. v. 11. Decbr. 1765.

Extracte aus den Armencassen-Rechnungen.

S. Armen-Anstalten auf dem Lande.

Extrahent.

Derjenige, welcher Fristen bittet, Appellationen introducirt oder Supplicationen interponirt, muß die Gerichts-Gebühren für die darauf abgegebenen Bescheide allein bezahlen und müssen dazu, wenn sie präjudicial sind, Stempelbogen genommen werden. Landesf. Rescr. an fürstl. Hofgericht v. 30. Januar 1753.

Der Extrahent soll hinfüro bei dem fürstl. Hofgerichte zu Wolfenbüttel alle Bescheide allein auslösen, und ist dieses den Procuratoren anzudeuten. Da übrigens bei der fürstl. Justiz-Canzlei auch alle Bescheide, worin eine Handlung oder sonst etwas injungirt wird, präjudicial sind, und eben deswegen auf Stempelpapier geschrieben werden, so soll es bei dem fürstlichen Hofgerichte auf gleiche Art gehalten werden, und mag der modus publicandi hierunter keinen Unterschied veranlassen. Landesf. Rescr. an fürstl. Hofgericht v. 24. März 1753. *)

S. übrigens: Bescheide u., Einlösen derselben.

Extrajudicial-Befehle, Decrete u.

S. Justiz — Collegien, Geschäftsbestimmung für dieselben.

Extrapostwesen.

Es soll durchaus nicht weiter gestattet werden, daß besonders zur Messzeit fremde Fuhrleute, welche die Passagiere anhero bringen, von hier wieder ledig ausfahren und andere Passagiere von nahe belegenen Orten anhero holen, auch während der Messe ordentliche Extrafahrten verrichten, und nach geendigter Messe bald diesen bald jenen von hier wieder abreisenden Kaufmann auf einige Meilen fortschaffen, wodurch allerdings den hiesigen Postfahrern und den nahe umher gelegenen Stationen aller Verdienst und alle Nahrung genommen wird, sondern es ist vielmehr die sonst nach wie vor den Fremden bleibende Freiheit, sich zu ihrer Anherokunft eines eigenen Fuhrwerks zu bedienen, dahin ausdrücklich eingeschränkt, daß künftighin durch diejenigen Pferde, welche solche Fremde anhero bringen und selbige nach der Messe von hier wieder zurücknehmen oder abholen, sonst keine andere Personenzufahren zwischen den Messen und überhaupt keine weitere und andere Personenzufahren, als die sie anhero gethan, bei dreißig Thaler Strafe, wovon die eine Hälfte der fürstl. Postcasse, und die andere den privilegierten Extrapost-Fuhrleuten zu ihrer Entschädigung zu verabfolgen, unternommen und verrichtet werden sollen. Die sämtlichen fürstl. Postämter, denen die Obriheiten hierunter gehörig zu assistiren angewiesen sind, sollen die Contravenienten in die gehörige Strafe nehmen. Landesf. Verordn. v. 6. Mai 1779. **)

14) Da den zu Fortschaffung der Extraposten besonders angenommenen und privilegierten Post-Stationen oder Fuhrleuten billiger Weise einige Begünstigungen vor den übrigen Fuhrleuten in hiesigen Landen zuzugestehen sind, so wird hiemit verordnet, daß außer besagten privilegierten Post-Stationen und Extrapost-Fuhrleuten, keinem andern bespannten Einwohner noch fremdem Fuhrmanne eine Extrapostfuhr, die nur bis auf die nächste Station geht, zu Theil werden, denselben auch der Transport fremder Reisenden, in so fern diese nicht etwa mit verdungener Fuhr auf weite Distanzen die Station durchpassiren,

*) Beide Rescripte enthalten außerdem noch Bestimmungen wegen des bei Citationen und Präjudicial-Auflagen anzuwendenden Stempel-Papiers; s. Stempel-Steuer.

**) Ähnliche Bestimmungen enthielten: Landesf. Verordn. v. 7. Januar 1699; Ausschr. fürstl. Cammer v. 8. Januar 1773 und Rescript fürstl. Cammer v. 17. Octbr. 1777.

vorzüglich verbleiben soll. *) Es soll jedoch den fremden Reisenden, als eine Ausnahme von der Regel, frei stehen, sich auf weite Distanzen, wenn sie nicht von Station zu Station wechseln wollen, desgleichen zu Spazierfahrten **) auf 1 bis 2 Meilen, auch anderer nicht privilegirter Fuhrleute zu bedienen, wenn die privilegirten Stationen oder Fuhrleute die Fuhr für das bestimmte Postgeld nicht selbst übernehmen wollen, da solchen das Vorzugsrecht auf diesen Fall alle Mal zu lassen ist. Fremde, welche dergleichen Lohnfahren zu erhalten wünschen, haben solche daher bei den fürstl. Postämtern zu bestellen. So wie die privilegirten Stationen oder Fuhrleute solche Stationsfahren, wozu sie von den Postämtern und Post-Expeditionen aufgefordert werden, mit Post-Insignien und in völliger Postmondur verrichten müssen, so sollen sie hingegen bei den für sich angenommenen Lust- oder auf weite Distanzen verbungenen Fahren bei Strafe von zehn Thalern sich solcher Postinsignien und Mondur nicht bedienen. ***)

15) Damit indeß den übrigen Fuhrleuten gleichfalls Verdienst mit ihrem Spannwerke gelassen werde, so soll ihnen, jedoch bloß, wenn es auf den Transport der Ortseinwohner oder der Fremden nach der Bestimmung des vorhergehenden §. 14 ankommt, erlaubt sein, gegen Lösung des erforderlichen Postpassierscheins durch Erlegung des Postabgabegeldes mit 1 Ggr. für jedes Pferd auf eine Meile, (welches ihnen aber von sogenannten Lust- und Spazierfahren von einer und höchstens zwei Meilen bei unentgeltlicher Verabfolgung gedachten Passierscheins erlassen sein soll) nicht weniger der Wagenmeister-Gebühren zu 4 Ggr., Fahren auf Orte in Entfernung von einigen Meilen, desgleichen Spazierfahren zu verrichten, ihnen auch ferner unbenommen bleiben, verbundene Meilenfahren, es sei mit ihren eigenen oder fremden Kutschen, auf weite und über die Post-Stationen hinausgehende Distanzen von 6, 8 und mehreren Meilen gegen erstgedachte Lösung des erforderlichen Passierscheins durch Erlegung des Postabgabegeldes zu übernehmen; dahingegen ihnen hiermit bei zehn Thaler Bestrafung untersagt wird, außer dem §. 14 bemerkten Falle so wenig fremde oder auswärtige Personen zu fahren, als bei Verwirkung gleicher Strafe sich der Postmondur und Postinsignien bei ihren Fahren zu bedienen. Damit auch allen einseitigen Auslegungen vorgebeugt werden möge, was unter dem Namen »Fremde« zu verstehen sei, so wird hiermit bestimmt, daß darunter solche Personen begriffen sind, die entweder gleich durchreisen, oder wenn sie sich auch schon einige Tage, auch Wochen lang, an einem Orte aufgehalten haben, nachher weiter reisen. Dergleichen Auswärtige aber, welche sich auf eine Zeit lang an einem Orte aufzuhalten gewillt sind und deshalb sich in Bürgerhäuser ordentlich eingemietet haben, sollen nicht wie Fremde, sondern als Orts-Einwohner angesehen werden. Alle zu den Messen nach Braunschweig kommende Fremde sind aber hierunter nicht begriffen. Falls indeß die unprivilegirten Fuhrleute in den Braunschweigischen Messen, oder bei außerordentlich häufig vorkommenden Extrapostreisen von den Postämtern oder Postexpeditionen zu Extrapostdienst aufgefordert werden sollten, so dürfen und sollen sie solche ihnen aufgetragene und unweigerlich anzunehmende Extrapostfahren gleich den privilegirten Postfahrern ebenmäßig in voller Postmondur und mit den gewöhnlichen Postinsignien, die ihnen zu dem Ende verabfolgt werden müssen, verrichten und haben alsdann, gleich jenen, das verordnete Extrapostfuhrgeld und ihre Postillons das ihnen accordirte Trinkgeld zu gewärtigen, nachdem sie vorher ebenmäßig das verordnete Postabgabegeld erlegt haben werden.

16) Da sich auch Fälle, besonders in den Zeiten der Braunschweigischen Messe, ereignen können, daß die bei den Postämtern und Stationen vorhandenen Pferde zu Fortschaffung der Extraposten nicht hinlänglich sind, die höchste Absicht aber dahin geht, daß die Reisenden auf den Stationen keinesweges aufgehalten werden sollen, so ist verordnet, daß von den fürstl. Aemtern und den Gerichten den Postämtern und Stationen, wenn sie von diesen deshalb gebührend requirirt worden sind, die benötigten Vorspann-

*) cf. Post-Verordn. v. 13. August 1832. §. 230 und 231.

**) cf. Ebendaf. §. 235.

***) cf. Ebendaf. §. 57.

Pferde zum Fortkommen der Extraposten nicht versagt werden sollen. *) Sie haben daher allenfalls zum Voraus mit einem oder andern der Unterthanen der den Stationen am Nächsten belegenen Dörfer, welche am Besten bespannt sind und am Ersten zu diesem Nebenverdienste vom Ackerbau sich abmüßigen können, Rücksprache zu halten und sich, damit es bei vorfallenden Requisitionen an Vorspann nicht fehlen möge, derselben zu versichern, auch ihnen dabei die Versprechung zu geben, daß sie die extrapostmäßige Bezahlung für sothane Extrapostfuhren zu gewarten haben sollen. Dagegen wird aber auch von den Reisenden bei dieser zu ihrem Besten getroffenen Einrichtung die nicht unbillige Rücksicht erwartet, daß die nur zum Ackerbaue, nicht aber so sehr zum Postdienste gewöhnten Pferde nicht übertrieben werden können und daher auf die außerdem vorgeschriebene Zurücklegung einer Meile binnen einer Stunde nicht so genau gedrungen, noch von den Postämtern und Stationen darauf gehalten werden möge.

17) Wie bei bedungenen Lohn- und Meilenfuhren von den Lohnfuhrleuten selbst, nicht aber von den Reisenden, bei ihrer Durch- und Abfahrt die verordneten Postabgabe- und Recognitions-Gelder mit 1 Ggr. für jedes Pferd auf eine Meile und außerdem noch 4 Ggr. Wagenmeister- und Schmiergelde- Gebühren auf jeder Station zu berichtigen und sie in Ermangelung dessen mit zehn Thalern, wovon die eine Hälfte der Postcasse, die andere Hälfte aber der durchgefahrenen Post-Station zukommt, zu bestrafen sind, so dürfen hingegen den mit eigenen Pferden, wie auch den mit Herrendienst-Pferden reisenden Personen gar keine Postabgabe-Gelder abgefordert werden. Sollten auch etwa gegründete Zweifel über die Eigenschaft der Pferde entstehen, so werden in solchem Falle und bei Ermangelung einer andern Auskunft der Sache die Reisenden sich nicht entgegen sein lassen, durch Unterschrift eines auf den Post-Stationen ihnen vorzulegenden Reverses zu erhärten, daß sie nicht mit Lohn- oder Miethpferden ihre Fahrt verrichten.

18) Wo es erforderlich ist soll allen Fuhrleuten von den Postämtern ein Postpassierschein verabsolgt werden, ohne welchen, außer Herrendienst-Fuhren, Stadtmieths-kutschern und Einwohnern mit ihren eigenen Equipagen, keine Fuhr aus den Thoren, woselbst solche mit der richtigen Anzeige des Namens des Fuhrmanns abzugeben sind, gelassen wird, und sind die sämtlichen Thoreinnehmer und Wachen hierauf zu halten angewiesen. Damit auch Herrschaften und besonders dergleichen fremde Durchreisende, die sich zwar ihrer eigenen ihnen zuständigen Equipage bedienen, wo aber dadurch, daß deren Kutscher oder Fuhrleute nicht in besonderer Livree fahren, Zweifel entstehen und zu einigen Mißverständnissen Anlaß gegeben werden könnte, keinesweges aufgehalten werden mögen, so haben auch solche, um dergleichen Unannehmlichkeiten zu vermeiden, nachdem sie sich deshalb nach der Verordnung im 16. §. legitimirt, einen Postpassierschein bei den Postämtern oder Postexpeditionen, jedoch unentgeltlich, zu empfangen.

19) Derjenige Fuhrmann, welcher weiter fährt, als er auf einen nähern Bestimmungsort den Passierschein von dem Postamte gelöst hat, oder etwa mehrere Pferde vorspannen sollte, als der gelösete Passierschein enthält, nicht weniger, wer in dergleichen gelöseten Passierscheinen eigenmächtige Abänderungen zu machen sich unterstehen würde, soll, wenn er dessen überführt werden kann, bei jedem Falle in eine Strafe von zehn Thalern verfallen sein. Sollte jedoch von den Reisenden der Bestimmungsort, nachdem von dem Fuhrmanne bereits der Passierschein gelöset worden, durch besondere Veranlassung geändert werden, so ist dem Fuhrmanne zwar erlaubt, den Reisenden nach einem andern Orte zu fahren, jedoch muß er solches bei seiner Zurückkunft dem Postamte ohne Aufschub sofort melden und das etwa zu wenig bezahlte Post-Abgabegeld nach der oben gemachten Bestimmung nachzahlen.

20) Ob zwar auch den fremden auswärtigen Fuhrleuten, jedoch nur allein in den beiden Braunschweigischen Meßsen, gestattet ist, die von Braunschweig wieder abreisenden Meßfremden gegen Erlegung der Meilen- und Brückengelder abzuholen, so sollen durch selbige dennoch die einmal angenommenen und

beson-

*) cf. Ebendas. §. 17. S. auch: Vorspann und Reitpferde bei herrschaftlichen Reisen.

besonders privilegirten Extrapost-Fuhrleute in ihren Rechten dadurch nicht beeinträchtigt werden und also die fremden Fuhrleute weder von hier um allerlei andere Passagiere von nahe belegenen Orten anhero zu holen, wieder leer ausfahren, noch nach geendigter Messe (die Rückfuhr ausgenommen, weswegen sie eigends nach Braunschweig gekommen) irgend einen andern Reisenden fortschaffen, und sollen die Contravenienten in die, in der deshalb erlassenen besonderen Verordnung v. 6. Mai 1779 bestimmte Strafe von dreißig Thalern verfallen, wovon die eine Hälfte den privilegirten Extrapost-Fuhrleuten zu ihrer Entschädigung verabfolgt werden soll. Dahingegen bleibt den Fremden nach wie vor frei, sich zu der Hin- und Rückreise zur Messe eines eigenen Fuhrwerks zu bedienen, wenn nur solches auf obige Weise nicht gemißbraucht wird. Landesf. Verordn. v. 22. Januar 1790. *)

cf. Verordn. v. 1. Mai 1822, die Herabsetzung der Extrapost-, Courier- und Estafetten-Taxe, auch nähere Bestimmungen über das Lohnfuhrwesen enthaltend. — Verordn. v. 14. Novbr. 1825, das Extrapost-, Courier- und Estafettenwesen betr., insbesondere §. 4. — Declaration dieser Verordn. v. 7. Januar 1830, die von Lohnfuhr zu lösenden Postpassierscheine betr. — Desgl. v. 8. Septbr. 1831. — Post-Verordn. v. 13. August 1832. §. 230 sqq. — Declaration derselben v. 28. März 1833. §. 13.

Fabriken, Frieden auf denselben.

S. Burg- und Hausfrieden.

Fabrikgericht zu Braunschweig.

Die Fabrikanten zu Braunschweig standen unter einem besondern Fabrikgerichte (Reglement v. 26. Novbr. 1742 und Verordn. v. 12. März 1743.), dessen Verwaltung dem Magistrate zu Braunschweig vi specialis commissionis revocabilis übertragen war. (Landesf. Rescr. v. 21. Octbr. 1776.)

S. Gerichtsbarkeit.

Fackeln, Fahren mit denselben in Braunschweig.

Auf landesf. Befehl ist bei dem nächtlichen Fahren mit Fackeln das An- und Abschlagen der Pechfackeln an den Häusern bei nachdrücklicher Bestrafung untersagt, und sollen die Herrschaften ihre Domestiken, dieses zu unterlassen, ernstlich anweisen. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 20. Febr. 1784. (Br. Anz. v. 1784. Nro. 16.)

Wegen besorglicher Folgen ist das Fahren mit Fackeln in dem Meß-Districte zur Meßzeit, so lange die Buden stehen, in Gemäßheit höchsten Befehls gänzlich verboten worden. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 30. Januar 1788. **) (Br. Anz. v. 1788. Nro. 10.)

cf. Bekanntmachung des fürstl. Polizei-Directorii v. 28. Januar 1815. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 6.) Auch nachher ist das Verbot zu wiederholten Malen in Erinnerung gebracht.

*) Diese Verordnung soll zwar durch die Verordnung v. 14. Novbr. 1825, das Extrapost-, Courier- und Estafettenwesen betr., aufgehoben sein und auch die Post-Verordnung v. 13. August 1832 sämtliche Zweige der Postverwaltung umfassen; da aber die erste Verordnung bestimmt, daß es (§. 4.) hinsichtlich der Gränzen zwischen der Befugniß der Posthalter und derjenigen der Lohnfuhrleute, so wie auch wegen der Bestrafung der Letztern wegen der dawider begangenen Contraventionen bei den Vorschriften der Verordn. v. 1. Mai 1822 sein Verbleiben behalten solle, und diese nur eine Declaration und Modification der Verordnungen v. 6. Mai 1779 und v. 22. Januar 1790 ist, die Post-Verordn. v. 13. August 1832 aber über das Verhältniß des Lohnfuhrwesens zu dem Extrapostwesen keine umfassende Bestimmungen enthält und im §. 47 ausdrücklich auf die Verordnung v. 22. Januar 1790 Bezug nimmt, so erschien es nothwendig, die obigen Verordnungen hier so weit aufzunehmen, als dieselben sich auf das Lohnfuhrwesen beziehen, wogegen der übrige Inhalt der Verordnung v. 22. Januar 1790, der lediglich das Extrapostwesen betrifft, durch die neuern Verordnungen aufgehoben und deshalb hier nicht aufgenommen ist.

**) Dieses Verbot wurde fast alljährlich erneuert.

Fahren und Reiten.

S. Breite Steine, Reiten und Fahren auf denselben — Reiten und Fahren, übermäßig starkes auf den Straßen.

Fasanen.

Durch das Gesetz v. 28. Octbr. 1835, das Schießen, Fangen u. der Fasanen betr., sind die ältern, dieserhalb ergangenen Verordnungen *) aufgehoben.

Fastnachtsgelage.

S. Pfingst- und Fastnachts-, wie auch Sonntags- und andere Gelage.

Fastnachtssammeln.

S. Einsammeln des Neujahrs-, Fastnachts-, Martini- und Weihnachts-Geldes.

Fastnachtsschwärmen.

Obgleich die Fastnachtsschwärmerei sowohl in der Landes-Ordnung **) als nachher ***) vielfältig verboten worden, so wird dagegen dennoch in den Landstädten, insonderheit auf dem platten Lande vielfältig gehandelt und an vielen Orten solche ärgerliche Fastnachtsschwärmerei der Gestalt ungescheuet getrieben, daß die Knechte und Mägde, auch andere junge Leute männlichen und weiblichen Geschlechts in den ersten Tagen der Fastnachtswoche wie unsinnig umherlaufen, ihre Bekannten und Dienstherrn zu Spendirung von Kuchen und Brantwein oder das dazu anzuwendende Geld nöthigen, gar nichts arbeiten, sondern die Zeit mit Müßiggang, Tanzen und Schwelgen liederlicher Weise zubringen. Wie daraus mancherlei Ueppigkeit und sündliches Wesen entsteht, so werden die Obrigkeiten befehligt, diesen Unfug bei Vermeidung der schwersten Verantwortung nicht weiter zu gestatten, sondern denselben nochmals auf das Schärffste zu verbieten, auf die Contravenienten genau Acht geben zu lassen, dieselben jedes Mal mit einem Mß. an die Armen-Anstalten oder mit 24stündigem Gefängniß bei Wasser und Brod zu bestrafen, die Wirthe aber, welche dergleichen Gelage in ihren Häusern gestatten, mit doppelter, nach Beschaffenheit der Umstände noch mehr zu schärfender Strafe unausbleiblich anzusehen. Landesfürstl. Verordn. v. 20. Decbr. 1745.

Da verschiedene Unordnungen auf dem platten Lande eingerissen sind, die zu einer liederlichen und ärgerlichen Aufführung den jungen Leuten Anlaß geben, insonderheit, daß die Fastnachtsschwärmereien, ungeachtet aller wegen deren Abstellung ergangenen Verordnungen, hin und wieder unternommen, oder wider den Sinn und die Absicht solcher Verordnungen zu einer andern Zeit getrieben werden, wobei noch an einigen Orten ein ärgerliches Fußwaschen sich eingeschlichen hat; außerdem auch noch bei dem Johannisbier und in den Winter-Spinnstuben von den dahin zusammen kommenden Knechten und Mägden viele Ungezogenheiten begangen, unziemliche Lieder gesungen und schandbare Handlungen vorgenommen werden, dergleichen zur Leichtfertigkeit und einem ruchlosen Leben Anlaß gebenden Unordnungen aber möglichst gesteuert werden soll, so werden sämtliche Ober- und Beamte, Obrigkeiten und Gerichte aufs Ernstlichste befehligt, nicht nur über die unterm 20. Decbr. 1745 emanirte Verordnung nachdrücklich zu halten, son-

*) Die wichtigsten waren: Landesf. Edict v. 20. März 1734, Umlauf der fürstl. Cammer zu Blantenburg v. 2. Novbr. 1773 und Umlauf der fürstl. Regierung daselbst v. 7. Octbr. 1774.

**) Art. 20. S. Pfingst- und Fastnachts-, wie auch Sonntags- und andere Gelage.

***) Ältere Verbote gegen das Fastnachtsschwärmen enthalten außer der Landesordn.: Verordn. v. 17. Febr. 1623. — Auschr. v. 10. Januar 1639. — Consistorial-Verordn. v. 23. Febr. 1718.

bern auch keine der vorgedachten Unrechtfertigkeiten bei Vermeidung schwerer Verantwortung weiter zu gestatten, sondern dieselben nochmals aufs Schärffste zu verbieten, auf die Contravenienten genau Acht geben zu lassen, dieselben das erste Mal mit einem Mariengulden zu den Armen-Anstalten, oder mit 24stündigem Gefängniß bei Wasser und Brod und, wenn die Contravenienten sich hieran nicht kehren, schärfer zu bestrafen, die Wirthe und Hausherren aber, welche dergleichen Schwärmereien und Gelage in ihren Häusern gestatten, mit doppelter, nach Beschaffenheit der Umstände noch mehr zu schärfender Strafe unausbleiblich anzusehen. Diese Verordnung soll alle Jahre im Anfange des Monats November von den Kanzeln verlesen werden. *) Landesf. Verordn. v. 2. Novbr. 1767.

S. auch: Pfingst- und Fastnachts-, wie auch Sonntags- und andere Gelage — Einsammeln des Neujahrs-, Fastnachts-, Martini- und Weihnachts-Geldes.

Fatalien und Präjudicialfristen.

S. Fristen.

Faustpfänder.

S. Unterpfänder.

Federvieh, Handel damit in Braunschweig.

S. Lebensmittel, Auf- und Verkauf derselben in Braunschweig.

Feierlichkeiten, Auflauf oder Feuergefährlichkeit veranlassende.

S. Schauspiele.

Feiertags-Ordnung.

Durch die Verordn. v. 28. März 1825, die erneuerte Feiertags-Ordnung betr., sind die über die äußere Feier der kirchlichen Feste früher erlassenen Verordnungen **) aufgehoben.

Feldbesichtigungen.

Den Aemtern und Gerichten wird eine Instruction für die Feldbesichtigungs-Commissarien, welche für dieselben von fürstl. Cammer entworfen, und woraus zu ersehen ist, nach welchen Grundsätzen bei diesem Geschäfte verfahren werden soll, ***) zugefertigt, um darauf ihrer Seits in vorkommenden Fällen die genaueste Rücksicht zu nehmen, insbesondere aber

1) wenn sie von den Feldbesichtigungs-Commissarien zur Stellung von Ahtsleuten requirirt worden, solche auszuwählen, welche dazu in aller Rücksicht geschickt und als rechtliche und gewissenhafte Leute bekannt sind;

2) auf die Eröffnungen, welche ihnen von den Feldbesichtigungs-Commissarien nach den §§. 1 und 4 der Instruction gemacht worden, pflichtmäßig zu achten und zweckmäßige Anordnungen zu treffen;

3) den Gemeinden und Unterthanen, welche um Feldbesichtigungen nachsuchen wollen, bekannt zu machen, daß diese Gesuche allein an fürstl. Cammer gerichtet und so zeitig eingereicht werden müssen, daß die Besichtigungen selbst noch zu der im §. 7 der Instruction bestimmten Zeit vorgenommen werden können, weil auf spätere Gesuche nicht werde geachtet werden. Landesf. Circular-Defer. v. 17. Juni 1806.

*) cf. Consistorial-Ausschr. v. 9. Decbr. 1821. (Bege I. p. 204.)

**) Diese waren: Verordn. des Magistrats zu Braunschweig v. 16. Juni 1647. — Landes-Ordn. Art. 5. 6 und 7. — Landesfürstl. Sabbaths-Edict v. 30. August 1655. — Desgl. v. 29. Mai 1691. — Desgl. v. 1. August 1709. — Desgl. v. 17. Mai 1779. —

***) Bis dahin wurde hierbei nach Vorschrift des §. 94 der Amts-Cammer-Ordn. v. 1. Juli 1688 verfahren.

Instruction für die Feldbesichtigungs-Commissarien.

Nachdem der Landesfürst befohlen hat, daß der N. N. für dieses Jahr zum Feldbesichtigungs-Commissar im fürstlichen Amte N. N. auch den darin belegenden klösterlichen und ablichen Gerichten N. N. und N. N. ernannt und ihm dieses Geschäft von der fürstl. Cammer aufgetragen werden solle, so wird demselben solches hiermit bekannt gemacht und ihm der Auftrag dazu hiermit ertheilt. Es hat nun der N. N. sich diesem Geschäft nach folgender ihm dazu ertheilten Instruction und nach Anleitung der darüber bereits erlassenen höchsten Verordnungen und Verfügungen, insofern sie nicht durch folgende auf das Genaueste zu befolgende Vorschriften eine Abänderung oder nähere Bestimmung erhalten haben, zu unterziehen.

1) Zu den Feldbesichtigungen sind aus dem Bauernstande drei Ahtsleute zu nehmen, welche durch gehörige Requisition aus drei benachbarten inländischen Gerichtsbezirken *) herbei zu schaffen sind. Hierzu sind aber, insofern es nur irgend thunlich sein will, solche Gerichte zu requiriren, in deren Bezirke Dorfschaften sich befinden, deren Feldmarken mit den zu besichtigenden Feldmarken eine ziemlich gleiche Beschaffenheit haben, damit das taxatum der Ahtsleute desto richtiger ausfallen möge. Der Commissarius hat die requirirten Gerichte hierauf aufmerksam zu machen, auch nöthigen Falls ihnen die gehörige Kenntniß von der Beschaffenheit der zu besichtigenden Feldmarken bei Erlassung der Requisitorialschreiben mitzutheilen und es ihnen zu eröffnen, wenn etwa unter den vorhin und in den verflossenen Jahren gestellten Ahtsleuten sich welche befunden hätten, deren abermalige Sistrung und Zulassung zu dem Geschäft wegen ihrer persönlichen Unfähigkeit oder ihres übeln Benehmens nicht gewünscht und nicht angenommen werden könnte.

2) Die Ahtsleute sind, nachdem ihnen die zu besichtigenden Feldmarken namentlich sämmtlich bekannt gemacht sind und nach vorgängiger Warnung vor dem Meineide mit dem gewöhnlichen Taxatoren-Eide zu belegen, insbesondere aber darauf zu verpflichten:

daß sie, ohne Beachtung des ihnen nicht zu eröffnenden Ertrags der Länderei nach dem Classifications-Fuße nur bloß den wahren wirklichen Ertrag der ihnen bereits namhaft gemachten und ihnen zu zeigenden Feldmarken und des darauf befindlichen Getreides, ohne den mindesten Abzug wegen der Einsaat, Bestellungs- oder Erndtekosten, getreulich nach einem Durchschnitte morgenweise angeben sollen.

3) Ergreift sich der Fall, daß Mitglieder der Gemeinde auf eine besondere Besichtigung ihrer Feldmark antragen, so ist das Nöthige darüber nach Anleitung der weiter noch vorkommenden Vorschrift für solche Fälle den Ahtsleuten zu eröffnen.

4) Zu Feldanweiser sind zwei Mitglieder aus der Gemeinde, deren Feldfrüchte taxirt werden sollen, anzunehmen, deren Auswahl den Gemeinden unter Direction ihrer Gerichtsobrigkeiten zu überlassen ist. Es hat aber der Feldbesichtigungs-Commissarius darauf zu achten, daß die Gemeinden bei Auswahl der Feldanweiser mit der gehörigen Vorsicht verfahren und nur solche Leute dazu stellen, welche die gehörige Kenntniß von dem Felde und den Eigenthümern der Ländereien haben, auch rechtliche und unverwerfliche Männer sind. Wenn die Gemeinden Feldanweiser stellen, welche die nöthigen Eigenschaften nicht besitzen, so hat der Feldbesichtigungs-Commissarius der Gemeinde die Auswahl anderer Feldanweiser aufzugeben, auch erforderlichen Falls sich deshalb an die Ortsobrigkeit zu wenden.

5) Die Feldanweiser sind, nach vorgängiger Warnung vor dem Meineide, vorzüglich darauf zu verpflichten, daß sie die Ahtsleute durch alle Felder der Gemeinde, sie mögen beschaffen sein, wie sie wollen, führen, diejenigen Feldstücke genau anzeigen, von welchen weder Contribution, noch Meierzins gege-

*) Schon durch das Cammer-Reser. v. 27. Mai 1766 war auf landesf. Befehl bekannt gemacht, daß zu den Feldbesichtigungen nicht aus eben dem Amte, zu welchem die Feldmarken gehörten, sondern alle Mal aus einem andern Amte die Taxatoren genommen werden sollten.

ben wird, mithin also nicht taxirt werden, und insonderheit die gut befundenen Früchte des Feldes nicht verheimlichen.

6) Auf den Fall, daß Mitglieder der Gemeinde auf eine besondere Taxation ihrer Länderei antragen und diese zugestanden wird, so ist das Nöthige darüber den Feldanweisern zu eröffnen.

7) Die Taxation der Feldfrüchte geschieht in allen drei Feldern, wie bisher, auf dem Halme und zwar zeitig vor der Ernte und, wenn es irgend möglich ist, noch ehe die Felder abgemähet sind, auf jeden Fall aber früher als einiges Getreide eingefahren ist.

8) Der Feldbesichtigungs-Commissarius hat von jeder Gemeinde, deren Feldfrüchte taxirt werden sollen, ein nach der bisherigen Gewohnheit abgefaßtes, doch aber richtiges Verzeichniß der Feldbestellung, desgleichen

9) eine Bescheinigung von der Gemeinde zu fordern, daß dieselbe ihren Meierherrs von dem zur Feldbesichtigung angesetzten Termine benachrichtigt habe und diese Bescheinigung, so wie auch jene Verzeichnisse den Acten beizulegen.

10) Bevor nun zur Taxation der Feldfrüchte geschritten wird, ist von den Mitgliedern der Gemeinde zu vernehmen:

ob das eine oder andere Mitglied derselben in der Meinung, daß dessen Feldfrüchte vorzüglich gelitten haben, um eine besondere Besichtigung seiner Felder nachsuchen wolle, und ihnen dabei zu eröffnen,

daß solcher Antrag vor dem Anfange der Taxation eingebracht werden müsse, weil nach vollendeter Taxation darauf keine Rücksicht genommen werden könne.

Geschieht alsdann ein solches Ansuchen, so sind die Felder, in deren Rücksicht auf eine separate Besichtigung angetragen ist, besonders zu taxiren und zu besichtigen, und dabei ist folgendes zu beobachten:

- a) Die Feldanweiser sind ausdrücklich anzuweisen und darauf zu verpflichten, daß sie diese ihnen zu bezeichnende Länderei den Ahtsleuten bei dem Zuge durch die Felder genau anzeigen und sie darauf aufmerksam machen wollen, daß diese Länderei zur allgemeinen Taxation nicht gehöre.
- b) Die Ahtsleute sind darauf besonders zu verpflichten, daß sie die solcher Gestalt besonders zu taxirenden Stücke bei der Taxation des ganzen Feldes außer Aht lassen, mithin bei der Taxation des ganzen Feldes auf den Zustand jener besonders zu taxirenden Stücke keine Rücksicht nehmen, den Ertrag der besonders zu taxirenden Stücke auch besonders einzubringen haben.
- c) Es hat der Feldbesichtigungs-Commissarius selbst genau darauf zu achten, daß die Felder, deren besondere Besichtigung nachgelassen ist, der erwähnten Vorsichtsmaßregeln ohnerachtet, doch nicht zur allgemeinen Taxation der Feldfrüchte gezogen werden.
- d) Die Berechnung des Schadens der besonders taxirten Stücke ist zwar eben so einzurichten, wie die von dem Schaden der ganzen Feldmark, es sind aber diejenigen namentlich aufzuführen, deren Felder besonders taxirt sind; auch ist für einen jeden, wie sich von selbst versteht, eine besondere Berechnung zu formiren, wenn die Taxation verschieden ausfällt.

Im Allgemeinen hat nun der Feldbesichtigungs-Commissarius auch noch dahin vorzüglich zu sehen,

11) daß kein Stück der Feldmark, wovon Abgaben entrichtet werden, unbefichtigt bleibt und zu dem Ende die Taxatoren durch die Felder selbst zu begleiten, auch darauf zu achten, daß

12) keine Beredung sowohl unter den Taxatoren selbst, als auch mit den Feldinteressenten Statt habe, diese auch keine Gelegenheit nehmen können, die Ahtsleute durch Bewirthung auf ihre Seite zu bringen, und sie auf andere Art zu ihrem Vortheile zu stimmen; es hat auch der Commissarius

13) die Taxatoren anzuhalten, daß sie sich zur Besichtigung einer Feldmark die gehörige Zeit nehmen und nicht, wie es bisher wohl geschehen ist, mit zu großer Eile dabei verfahren, so daß ein gehörig geprüftes Urtheil über den Ertrag von ihnen erwartet werden kann;

14) ist das *taxatum* von einem jeden Achtsmanne einzeln, und ohne daß der eine von dem *taxato* des andern Kenntniß erhalten kann, einzufordern und einzubringen.

15) In dem über das ganze Geschäft aufzunehmenden Protocolle sind

- a) die Eidesformeln sowohl der Achtsleute als auch der Feldanweiser aufzuführen; auch demselben
- b) alle Formen und Vorschriften, welche bei dem ganzen Geschäft zu beobachten sind, hinzuzufügen, damit daraus ersehen werden kann, daß das Geschäft auch vorschriftsmäßig ausgeführt ist.

16) Der Commissarius hat möglichst genau zu erforschen, ob der Feldschaden durch eigene Schuld der Feldinteressenten entstanden ist und darüber sich in seinen zu erstattenden Berichten jedes Mal mit gehöriger Anführung der Beweise seiner Behauptungen zu äußern.

17) Bei der Ausrechnung des Feldschadens ist der nach der bekannten Classification jeder Feldmark zu hoffende mittlere Ertrag resp. des Winter- und des Sommerfeldes solcher Gestalt zum Grunde zu legen, als derselbe in Gefolg einer rectificirten Berechnung und Bestimmung der Classification in dem diesem angefügten Verzeichnisse wegen der für dieses Jahr von dem Commissar zu besichtigenden Feldmarken beschrieben ist; dieser mittlere Ertrag ist ohne den mindesten Abzug und auch ohne die mindeste Erhöhung (als welche vormalß wegen der Einsaat und Bestellungskosten, jedoch irriger Weise, wohl hin und wieder geschah) mit dem *taxato*, welches die Achtsleute von dem Ertrage der Feldmark in diesem Jahre eingebracht haben, zu compensiren. Dieser von den Achtsleuten eingebrachte Ertrag muß aber ohne den mindesten Zusatz und auch ohne den mindesten Abzug angerechnet werden, indem so wenig für die Einsaat, als wegen der Bestellungs- und Erndtekosten davon etwas abgesetzt werden darf, weil hierauf und auf desfallige Abzüge bei der Classification der Feldmarken bereits Rücksicht genommen worden ist.

18) Der Feldbesichtigungs-Commissarius hat über den Ausfall der Besichtigungen, die ihm übertragen worden sind, unfehlbar vor dem 1. October dieses Jahres und zwar einzig und allein an fürstliche Cammer, mithin an keine andere Behörde seinen Bericht zu erstatten und dabei nicht allein die Commissions-Acten und Protocolle einzuliefern, sondern auch wegen einer jeden Feldmark eine besondere nach dem in der Amts-Cammer-Ordnung *) vorgeschriebenen und angegebenen Formulare auf das Genaueste eingerichtete Berechnung des diesjährigen Abganges am classificirten mittlern Ertrage, mit einzuliefern.

19) Uebrigens verbleibt es in Absicht der Besichtigungskosten, der Diäten des Commissarii und der Achtsleute, so wie überhaupt auch wegen aller übrigen in dieser Instruction nicht berührten Punkte lediglich bei demjenigen, was deshalb bereits vorhin verordnet und verfügt worden ist, und es ist solches auf das Genaueste zu beobachten. Urkundlich des fürstl. Cammer-Siegels und nebengesetzter Unterschrift.

Feldbesichtigungs-Kosten.

Da die Bestimmungen des §. 95 der Amts-Cammer-Ordnung **) wegen der Commissions-Kosten bei den durch Mißwachs, Hagelschlag, Mäuse- und Schneckenfraß oder andere Unglücksfälle eintretenden Feldbesichtigungen außer Obervanz gekommen und solche Kosten auf einen gewissen und unveränderlichen den jetzigen Zeiten und Umständen angemessenen Fuß gesetzt werden sollen, wird folgendes verordnet:

1) Für die Besichtigung einer Feldmark soll ohne Unterschied der Größe der Feldmark dem dazu verordneten Commissar, der die Besichtigung in Person zu verrichten und die sämmtlichen Früchte in allen drei Feldern selbst in Augenschein zu nehmen hat, 2 Thlr., dem Gogrefen oder Amtsvoigte, im Fall derselbe von dem Commissar zu der Besichtigung erfordert wird, 24 Mgr., und dem etwa dazu

*) Beilage 3 und 4.

**) Schon durch den landesf. Umlauf v. 21. Juli 1740 war bestimmt, daß dem Commissarius von jeder Gemeinde nicht mehr als 2 Thaler und jedem Taxator 16 Ggr. verabreicht werden sollten, und dieses Gebot war deshalb nothwendig geworden, weil die Kosten der Feldbesichtigung sich oft höher, als der den Unterthanen nachher ertheilte Erlaß betraffen hatten.

berufenen Amts-, Unter- oder Gerichtsvogt 12 Mgr. von der die Commission extrahirenden Gemeinde pro discretionem gereicht werden, selbige von der Gemeinde auch ein Mehreres an Zehrung oder Reisekosten, noch sonst an Gerichts- oder andern Gebühren, wie sie Namen haben mögen, weder begehren noch nehmen, die Gemeinde jedoch den Commissar holen und zurückfahren zu lassen und, dafern derselbe ein Reitpferd mitbringen würde, dafür bloß das nöthige Futter über die hierin festgesetzten Commissions-Gebühren zu geben gehalten sein.

2) Den Aichtleuten oder Taxatoren soll nebst nothdürftigem Essen und Trinken, auch Futter für ihre etwa mitzubringenden Pferde, einem jeden 18 Mgr. für einen Tag gegeben und, im Falle sie zur Taxation mehrerer Feldmarken an einem Tage gebraucht werden, diese Gebühren höchstens auf 1 Thlr. erstreckt, solcher aber auf die Gemeinden, deren Feldmarken in einem Tage besichtigt worden, repartirt werden.

3) Von den Commissarien sollen, ehe sie ihre Besichtigungs-Berichte an die höheren Collegien eingesandt und von selbigen nichts dagegen zu erinnern gefunden worden, keine Besichtigungs-Attestate ertheilt, für ein solches Attestat aber auch nicht mehr als 9 Mgr., exclusive des Stempelpapiers, bezahlt werden. Die zu dergleichen Beschäftigungen zu ernennenden Commissarien, welche den durch dergleichen Unglücksfälle schon genug gebrückten Gemeinden die Kosten auf alle mögliche Art erleichtern und, wenn sie an einem Tage mehr als eine Feldmark besichtigen, solches den Gemeinden durch Moderation der durch diese höchste Verordnung bestimmten Commissions-Gebühren genießen lassen werden, sollen dennoch bei Einsendung der Feldbesichtigungs-Berichte und Tabellen in den Berichten jedes Mal pflichtmäßig anzeigen, wie viele Feldmarken in jedem Tage besichtigt worden, und was jede Gemeinde dafür ihnen, den Commissarien, den Amts-Unterbefindenden und Taxatoren bezahlt habe. Landesfürstl. Verordn. v. 27. Novbr. 1775.

Felder, Eintheilung derselben.

Vor einem jeden Dorfe sollen die Feldmarken auf Maaße, wie es von Alters hergebracht, und damit eine Dorfschaft der andern wegen der nachbarlichen Mit- und anderen Hude keinen Schaden zufüge, in Winter-, Sommer- und Brachfelder ordentlich gebracht, das einzelne Säen aber in allen drei Feldern wieder abgestellt sein. Allgem. Landes-Ordn. Art. 57.

Feld- und Gartendieberei.

Wer dem andern Korn oder andere Früchte aus dem Felde, Gärten oder Wiesen stiehlt, andrückt, die Aehren abschneidet, das Korn in die Hölzer oder Hecken trägt, oder, wie das Namen haben mag, entwendet, der soll zum ersten Male Andern zum Abscheu an den Pranger in die Halsseilen gestellt, *) ihm eine Partikel dessen, so er gestohlen, an den Hals gehängt und hernach durch den Korb **) an den Orten, da Gelegenheit dazu ist, ins Wasser gebracht oder anderer Gestalt bestraft werden, den Beleidigten auch das Ihrige zu bezahlen schuldig sein. Würde aber jemand solches oft wiederholen, soll derselbe wie ein Dieb nach gemeinen Rechten gestraft werden. Allg. Landes-Ordn. Art. 55.

Demnach auf dem platten Lande ***) die Feld- und Gartendiebereien überhand nehmen und deren bisherige Bestrafung auf den Landgerichten die gehoffte Wirkung nicht hat, so wird verordnet, daß künftig

*) cf. Verordn. v. 26. Juli 1827, die Strafe des Schand- und Straßfahls zc. betr., §. 1.

**) Ein landesf. Rescr. an den Magistrat zu Wolfenbüttel v. 8. Novbr. 1762 bestimmte, daß, da der Springkorb nicht mehr vorhanden sei, die Gartendiebe an den Straßfahlgestell und ihnen einige Stücke von den gestohlenen Gartenfrüchten an den Hals gehängt werden sollten.

***) Für die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel erging unterm 18. Novbr. 1761 eine landesf. Verordnung, wodurch aus dem Grunde, daß durch die Zeitumstände viele vor diesen Städten liegende Gärten von ihren Hecken und Plan-

alle Garten- und Felddiebereien auf dem platten Lande wie andere Diebstähle inquisitorie untersucht und bestraft, mithin nicht weiter als Landgerichts-Bröge betrachtet werden, sondern die Obergkeiten, welche die Criminalgerichte verwalten, wider die Thäter nach Vorschrift der peinlichen Rechte ohne Unterschied verfahren sollen.

Da auch die Schäden, welche an den Hecken, Planken, Bäumen und Früchten, imgleichen an den in den Gärten befindlichen Gebäuden und andern Vorrichtungen verübt werden, es mag solches aus Habsucht oder nur aus Bosheit geschehen, dem Eigenthümer eben so beschwerlich fallen, als jene Diebereien, dem Publico also daran gelegen ist, sich wider dergleichen Beschädigung ebenfalls gesichert zu sehen, so soll gegen solche Frevler gleicher Gestalt inquisitorie verfahren, mithin auch diese Art von Verbrechen in Zukunft nicht weiter vor die Landgerichte gezogen werden. Landesf. Verordn. v. 2. August 1764. (Br. Anz. v. 1764. Nro. 67.)

Bei dem Ueberhandnehmen der Garten- und Felddieberei wird verordnet, daß ohne weitläufiges Criminal-Verfahren, wenn sonst nur das delictum klar und der Thäter dessen überführt ist, dergleichen Feld- und Gartendiebe sofort von der Obergkeit des Orts auf den ersten Betretungsfall mit Anschließung an den Straßpfahl auf einige Stunden bestraft, bei wiederholten Uebertretungsfällen aber, außer solcher Strafe, die Diebe auch noch durch den Pfänder oder Gerichtsvoigt gepeitscht und diese Strafen an ihnen an dem Orte, auf dessen Feldmark der Diebstahl begangen ist, vollzogen werden sollen; zu welchem Ende an jedem Orte ein solcher Straßpfahl zu errichten ist. Landesf. Verordn. v. 27. August 1772. (Br. Anz. v. 1772. Nro. 74.)

S. auch: Bäume und Hecken, Beschädigung derselben.

cf. Landesf. Verordn. v. 26. Juli 1827, die Strafe des Schand- und Straßpfahls u. betr.

Feld- und Gartendieberei vor Braunschweig.

Wer des Gartendiebstahls vor Braunschweig, es sei auch das Gestohlene von noch so geringem Werthe, überführt wird, soll das erste Mal öffentlich an den Straßpfahl mit einem ihm an den Hals gehangenen Brette, worauf »Gartendieb« verzeichnet ist, zwei Tage nach einander des Vormittags um 10 Uhr 2 Stunden lang gestellt, im wiederholten Falle aber außerdem noch auf eine jedes Mal näher zu bestimmende Zeit in den kleinen, oder auch dem Befinden nach in den großen Karren, mit dem Zeichen, daß er ein Gartendieb sei, geschlossen, im Uebrigen aber, wenn der Diebstahl zum dritten Male geschehen, oder die Gartenhäuser, Thorwege und Thüren erbrochen worden, ein solcher Frevler auf Zeit Lebens in den großen Karren gespannt, derjenige auch, welcher zu Bewahrung der Garten- und Feldfrüchte von den Gemeinden gehalten und besoldet wird, Falls er sich selber dergleichen zu Schulden kommen lassen sollte oder überführt würde, daß mit seinem Wissen und Willen dergleichen von andern verübt worden, gleich das erste Mal mit der obgedachten auf den andern Fall geordneten Strafe des kleinen oder großen Karrens belegt werden. Landesf. Verordn. v. 2. August 1764. (Br. Anz. v. 1764. Nro. 67.)

cf. Bekanntmachung der k. u. k. Polizei-Direction v. 25. Octbr. 1815. i. f. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 85.) — Landesf. Verordn. v. 26. Juli 1827, die Strafe des Schand- und Straßpfahls u. betr.

Feld-
ken hätten entblößt werden müssen, für diejenigen, welche sich an den noch stehenden Hecken, Stangen, Bäumen und Früchten, wie auch an den Garten-, Lust- und andern Häusern, auch Planken diebischer Weise vergreifen würden, nicht nur alle gegen die Gartendieberei vorhin ergangenen Straf-Verordnungen, und insonderheit auch die darin gesetzte Strafe des Korbpringens ausdrücklich wiederholt und erneuert worden, sondern auch verordnet ist, daß wider solche Frevler, die das Ungemach ihres für das Publicum leidenden Nächsten durch ihre Bosheit noch mehr zu vermehren suchten, die Strafe geschärft werden solle.

Feldgeschworene.

Sollte keiner von der Gemeinde zur Uebernahme der Stelle eines Feldgeschworenen zu bewegen stehen, so ist nach aufhabenden Pflichten derjenige aus der Gemeinde, der am brauchbarsten und tüchtigsten dazu gehalten wird, auszuwählen und zu bestellen. Landesfürstl. Rescr. v. 4. Septbr. 1798 an das Gericht Samleben.

Feldhüter.

S. Pfänder.

Feldland vor Braunschweig.

Damit der Hude und Weide kein Abbruch geschehe und das Gartenland nicht depreziirt werde, soll das vor Braunschweig befindliche Feldland bei Vermeidung von 50 Thlr. Strafe nicht mit Gartenfrüchten bestellt werden. Auf landesf. Befehl publicirte Verordn. des Magistrats zu Braunschweig v. 10. Mai 1695. *)

Die betreffenden Verordnungen sind nicht allein confirmirt, sondern auch dahin erneuert, und ist allen und jedem, so vor der Stadt Braunschweig Feldacker, Wiesen oder Aenger entweder eigenthümlich oder pfand- und pachtweise inne haben, geboten, daß keiner, er sei wer er wolle, (nur allein diejenigen, welchen anstatt ihrer zum Festungsbau gezogenen Gärten andere Feldacker- oder Gartenplätze angewiesen werden, ausgenommen) sich unterstehen solle, einige Feld- oder pflugartige Aecker, wie auch Wiesen- und Aengerplätze zu Gärten zu machen, oder dieselben mit Gartenfrüchten zu bestellen und dadurch der Gemeinden-Hude und Weide Abbruch zu thun, mithin auch die bisher mit den an vielen Orten vor andern ästimirten Braunschweigischen Gartenfrüchten geführte Nahrung zu verderben, so lieb einem jeden ist, nicht nur die in den Edicten benannte, sondern auch dem Befinden nach größere und nachdrücklichere Bestrafung zu vermeiden, allermäßen nicht allein dem Magistrate gegen die Uebertreter mit zureichlichen Strafen zu verfahren, sondern auch der fürstl. Canzlei und dem Hofgerichte befohlen ist, keine in dieser Materie versuchte Appellationen anzunehmen, sondern die Appellanten damit ab- und zu schuldiger Partition anzuweisen. Landesf. Verordn. v. 4. Decbr. 1701 und 15. Mai 1721.

Feldscherer.

S. Chirurgen, Regiments- und Compagnie-.

Feldtauben.

S. Tauben.

Feldwanne.

Niemand soll sich an den bereits vermessenen, und noch künftig zu vermessenden Orten bei Vermeidung der in dem 61. §. der Landes-Ordnung darauf gesetzten Strafe **) an den von der Landesvermessungs-Commission abgestochenen Feldwannen oder andern Wegen vergreifen, solche beengen, oder an sein Land anpflügen. Landesf. Verordn. v. 4. Mai 1756.

Feldzäune.

Wer etwa einen Feldzaun vor oder um seinen bestellten Acker machen will, der soll die Staken und

*) Dasselbe war schon in der Polizei-Ordnung für die Stadt Braunschweig von 1579 Tit. 93 verboten, wie denn auch unterm 10. März 1638 und im Jahre 1659 dieserhalb Verbote ergangen waren.

**) S. Abpflügen.

Jaunpfähle oben nicht zuspitzen, sondern ganz platt abhauen, damit das etwa darauf gejagte Vieh oder Wildpret sich darin nicht spießen oder beschädigen möge, bei Strafe von 3 Fl. und Bezahlung des Schadens. Allgem. Landes-Ordn. Art. 59.

Felle, rohe, Auf- und Vorkauf derselben.

Da das Vorkaufen der Felle bereits durch vielfältige Ordnungen verboten ist, auch den eingefessenen Weißgärbern durch dergleichen Auf- und Vorkauf der rohen, sowohl grünen als dünnen Felle in ihrer Nahrung großer Schaden zugefügt wird, so soll auf dergleichen Aufkäufer fleißig vigilirt, und sollen dieselben, wenn sie betroffen werden, angehalten, das erste Mal verwarnt und, wenn sie sich daran nicht kehren, sondern weiter betreten lassen, ihnen die aufgekauften Felle abgenommen und confiscirt werden. Die Obrigkeiten sollen sich hiernach achten und den Unterthanen andeuten, daß sie ihre rohen Felle zum Verkaufe in die Städte schicken *) und daselbst verkaufen sollen. Landesf. Umlauf an alle Obrigkeiten in den Städten und auf dem Lande v. 16. Novbr. 1744.

Zu Abwendung des Nachtheils für die inländischen Gärbereien ist nicht nur der Inhalt des landesf. Circular-Rescripts, den Auf- und Vorkauf roher Felle betreffend, erneuert, sondern die Obrigkeiten sind alles Ernstes erinnert, ihrer Seits und in ihrem Gerichtsbezirke hierüber mit Nachdruck zu halten, und durchaus nicht zu gestatten, daß dergleichen Auf- und Vorkauf roher Felle, besonders Wild-, Schaaf-, Bock-, Kälber- und Rinderhäute, von irgend jemandem, er sei In- oder Ausländer, wenn er nicht mittelst einer landesf. Concession dazu berechtigt ist, oder durch beglaubte Pässe der Obrigkeiten, daß er für einheimische Weiß- und Lohgärber kaufe, oder selbst ein solcher sei, sich legitimiren kann, fernerhin geschehe. Sollten aber dennoch unbefugte Fell-Aussammler in einem Gerichtsbezirke sich einsinden, oder einheimische, zu dem Aufkaufe der Felle für die inländischen Gärbereien berechnigte Aussammler sich begeben lassen, die aufgekauften Felle ihrer Verbindlichkeit entgegen außer Landes zu schleppen, so ist nach Vorschrift des Circular-Rescr. v. 16. Novbr. 1744, sowohl gegen erstere als letztere, mit deren Arretirung und Confiscation der Felle, wovon sodann zu weiterer Verordnung gegen die Contravenienten sofort höchsten Orts zu berichten ist, zu verfahren. Landesf. Circular-Rescr. v. 8. April 1791.

Es soll nicht nur die Verordn. v. 8. April 1791 den Unterthanen wieder ins Gedächtniß gebracht, sondern von den Obrigkeiten über den ganzen Inhalt derselben und daß dergleichen Auf- und Vorkauf roher Felle, besonders Wild-, Schaaf-, Bock-, Kälber- und Rinderhäute, von irgend jemandem, er sei In- oder Ausländer, wenn er nicht mittelst einer landesf. Concession dazu berechtigt ist, oder durch beglaubte Pässe der Obrigkeiten, daß er für einheimische Weiß- und Lohgärber kaufe oder selbst ein solcher sei, sich legitimiren kann, nicht geschehe, genauer als bisher geschehen geachtet und gegen die Contravenienten nach Vorschrift des Circular-Rescripts vom 16. Novbr. 1744 resp. mit der Arretirung und der angedrohten Confiscation der Felle ohne Nachsicht verfahren werden. Landesf. Circular-Rescr. v. 5. April 1798.

cf. Gesetz über die Heranziehung ausländischer reisender Kaufleute zur Gewerbesteuer v. 15. Octbr. 1832. §. 8.

Fensterarbeit.

Zu Abwendung des Nachtheils, der durch schlechte Arbeit und schlechtes Glas verursacht wird, soll

*) Durch den Umlauf fürstl. Cammer v. 19. Octbr. 1756 wurden die Obrigkeiten aufgefordert, über den landesfürstlichen, der Cammer zur Prüfung vorgelegten Vorschlag, daß in jedem Amte und Gerichte jemandem die Concession ertheilt werden möchte, in solchem Districte privative die rohen Felle aufzukaufen, jedoch der Gestalt, daß den Eigenthümern frei bleibe, die Felle selbst zum Verkaufe in die Städte des hiesigen Landes zu bringen, zu berichten.

die Fensterarbeit künftig durch keine andere, als die in hiesigen Landen in wirklichen Gilden stehenden Glaser, oder deren Gesellen, welche beiderseits sich durch vorzuzeigende Attestate ihrer Obrigkeit legitimiren können, verrichtet, den sich anfindenden übrigen Puschern und auswärtigen Glasern aber das Glas, Blei, Handwerkszeug und die übrigen Materialien abgenommen *) und dergleichen Vorfälle an fürstl. Geheimen Rathsstube zu weiterer Verfügung berichtet werden. Die Obrigkeiten sollen sich hiernach gebührend achten. Landesf. Aussch. v. 6. Febr. 1773.

Fensterwaschen in Braunschweig.

E. Ausgießen auf die Straßen in Braunschweig.

Festtage.

Da die Prediger sowohl in den Städten, als insbesondere auf dem Lande nicht nur durch die Vermehrung der Arbeit im Catechisiren, sondern auch durch die ihnen aufgetragene genauere Aufsicht auf die Schulen der Gestalt beschäftigt worden, daß sie dagegen, und um diesen Verrichtungen um so fleißiger obliegen zu können, mit einigen bisher obgedachten Amts-Verrichtungen billig zu verschonen sind, und denn zu solchem Ende die Verlegung einiger Festtage, welche bisher gefeiert worden und oftmals zum Müßiggange und zur Ueppigkeit, nicht aber zu dem Zwecke, wozu sie anfänglich geordnet worden, angewandt sind, beliebt ist, so wird verordnet, daß folgende Festtage, als der Festtag der Offenbarung Christi oder der heil. drei Könige Tag, Mariä Reinigung oder Lichtmesscn, Verkündigung Mariä, Johannis des Täufers, der Heimsuchung Mariä, und der Michaelis-Tag zwar in den Städten des Morgens mit einer Predigt und solchem Gottesdienste, wie in den Wochenpredigten geschieht, begangen werden, auf dem Lande aber auf die nächstfolgenden Sonntage verlegt werden sollen, wobei sowohl in den Städten als auf dem Lande an obbenannten Tagen nach geendigtem Gottesdienste alle Arbeit wie an andern Tagen erlaubt ist. Da auch an dem Michaelis-Tag für die Erndte und den verliehenen Segen gedankt wird, so soll solches künftig an dem Sonntage nach Michaelis sowohl in den Städten als auf dem Lande geschehen. Landesf. Verordn. v. 3. Septbr. 1754.

Diese Verordnung ist dahin abgeändert, daß die gedachten sechs Festtage, wie sie auf dem Lande gar nicht besonders gefeiert werden, also künftig zu Erhaltung einer durchgängigen Gleichheit in den Städten auch nicht besonders gefeiert, sondern auf den nächsten Sonntag mit verlegt werden sollen. Fürstl. Consistorial-Rescr. v. 10. Juni 1755.

Die Feier des dritten Tages der drei hohen Feste Weihnachten, Ostern, Pfingsten ist abgestellt, und sowohl in den Städten als auf dem Lande an solchen Tagen alle Arbeit wie an den Werkeltagen erlaubt. Landesf. Verordn. v. 21. Octbr. 1773. (Br. Anz. v. 1773. Nro. 97.)

E. auch: Feiertags-Ordnung — Reichs-Kalender.

Feuer-Eimer.

Derjenige, welcher des Diebstahls der zu den Feuerlöschungs-Anstalten gehörigen Feuer-Eimer, es sei bei einer wirklichen Feuersgefahr oder beim Probiren der Sprützen, überführt werden kann, soll mit unausbleiblicher Zuchthausstrafe belegt werden. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements in Braunschweig v. 17. Octbr. 1788. (Br. Anz. v. 1788. Nro. 88.)

Feuer-Haken.

E. Feuer-Leitern.

*) cf. Gesetz v. 4. April 1837, die Gewerbesteuer betr., §§. 49 und 50.

Feuer-Herren.

Es sollen in jedem Flecken oder Dorfe zwei Männer verordnet werden, welche vom Bartholomäi-Tage an, so lange die Gebäude voll Futter oder Flachs liegen, zum öftern Tag und Nacht unversäumerter Sache im ganzen Dorfe herumgehen und dahin sehen sollen, daß den wegen der Feuersgefahr ergangenen Verordnungen nachgelebt werde. Allg. Land. Ordn. Art. 85.

cf. Rescr. fürstl. Cammer-Colleg. v. 10. Mai 1816. (Bege I. p. 353.) — Feuer-Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832, §§. 45. sqq.

Feuer-Hülfe.

Bei jedem auffkommenden Feuer soll nicht nur das Stürmen mit den Glocken öfters wiederholt werden, damit es die Leute im Felde hören können, sondern diese sollen auch ihre Arbeit verlassen, und sich sowohl mit ihrem Spannwerke, als die Handarbeiter bei den Aemtern und, wo keine Aemter sind, bei den Bauermeistern anfinden, damit von denselben die Repartition gemacht werden möge, um desto eher an den Ort, wo das Feuer ist, zu kommen. Demjenigen, welcher an seinem Orte mit seinen Pferden zuerst bei der Feuer-Sprünge sich einfindet, soll 1 bis 2 Thlr., und demjenigen, welcher mit einem Wagen und darauf gelegten Fässern zum Dorfe hinaus fährt, 1 Thlr. und den andern, welche sich aufmerksam und fleißig bezeigen, nach Proportion etwas zur Ergöghlichkeit aus den publiken Cassen gereicht werden. Landesf. Verordn. v. 15. April 1752. (Br. Anz. v. 1752. Nro. 44.)

Wenn künftig eine Nachricht von Feuer in der Nachbarschaft eingeht, so soll, ohne auf die Requisition des Beamten zu warten, mit so vielen Feuer-Sprüngen, als die eigene Sicherheit der Stadt wegzugehen erlaubt, zu Hülfe geeilt werden, und wenn demnächst von der Gemeinde, wo der Brand gewesen, die Vergütung der Unkosten des Transports nicht erhalten werden kann, so soll davon berichtet werden. Landesf. Rescr. v. 22. Novbr. 1784 an das Polizei-Departement in Wolfenbüttel.

cf. Feuer-Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832.

Feuer-Kittel, Veräußerung derselben in Braunschweig.

Niemand soll die den zu den Feuer-Anstalten angenommenen Leuten mitgetheilten schwarzen Feuer-Kittel an sich kaufen, oder in Versuch annehmen, bei Strafe, daß solche unentgeltlich wieder herausgegeben werden müssen. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements in Braunschweig v. 20. Novbr. 1787. (Br. Anz. v. 1787. Nro. 93.)

Feuer-Leitern in Braunschweig.

Demjenigen, der bei entstandenem Feuer die erste Feuer-Leiter oder den ersten Feuer-Haken zur Feuerstelle bringt, soll nach landesf. Befehl ein Douceur von zehn Thalern ausgezahlt werden. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 4. Novbr. 1784. (Br. Anz. v. 1784. Nro. 89.)

Feuer-Ordnungen.

Landesf. erneuerte und verbesserte Feuer-Ordn. für die Stadt Braunschweig v. 7. Septbr. 1780. *) — Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 1. Decbr. 1784, die Obliegenheiten der Müller bei Feuersbrünsten betr.

*) Die ältern Feuer-Ordnungen waren v. 29. August 1590. — 6. August 1647 und 1. Januar 1677; auch ist hier anzuführen die Verordnung des Rathes v. 22. Juli 1701, wie sich die Nachtruffer und Opferleute bei Feuersbrünsten in Betracht des Stürmens zu verhalten haben.

Fürstl. Braunschw. Lüneb. Feuer-Ordnung für die Grafschaft und Stadt Blankenburg v. 22. Januar 1652. (neu gedruckt 1737.) — Feuer-Ordnung für das Fürstenthum Blankenburg v. 20. April 1723. *)

Feuer-Ordnung für die Stadt Gandersheim v. 9. Juli 1787.

Feuer-Ordnung für die Stadt Helmstadt v. 21 Febr. 1754. **)

Feuer-Ordnung für die Stadt Königslutter v. 9. August 1781.

Feuer-Ordnung für die Stadt Seesen v. 10. Octbr. 1788 nebst Brunnen-Ordnung von demselben Tage.

Feuer-Ordnung der Heinrichsstadt zum Gotteslager v. 1. Septbr. 1585. — Feuer-Ordnung der Heinrichsstadt v. 8. Januar 1612. — Feuer-Ordnung der Residenz und Festung Wolfenbüttel v. 28. Januar 1661. (neu gedruckt 1738.)

In wie weit diese Feuer-Ordnungen noch Anwendung finden, werden die zu erwartenden städtischen Statute ausweisen.

cf. Allgemeine Feuer-Ordnung ***) für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832.

Feuersbrünste in den Blankenburgischen Forsten.

Es soll sich niemand, er sei Unterthan oder Fremder, bei ernster unnachlässiger Gelbbuße, oder befindenden Umständen nach Leibesbestrafung, gelüsten lassen, in den Forsten und Gehölzen der Grafschaft Blankenburg, absonderlich aber in trockener und dürre Zeit, beim Holzhauen, Grassmähen und Heusammeln, wie auch die Hirten oder sonst jemand anders, Mücken-, Wärme- und andere Feuer, absonderlich aber im Gereise oder Laube, wodurch, wie die Erfahrung öfters mehr denn zu gut zu Tage gelegt, große Feuersbrünste entstanden, anzuzünden noch zu machen, sondern sich dessen gänzlich enthalten, wie denn auch die Fuhrleute, die bei dem Hütten- und Forsthandel fahren, imgleichen Fremde, so in hiesigen Forsten zu verrichten und hindurch zu reisen haben, bei Vermeidung obbedeuteter Strafe, aus ihren Häusern von den Hütten oder Meilerstätten keine glühende Kohlen oder anderes angezündetes Feuer zum Tabackschmauchen oder Feueranzünden in die Hölzer mitnehmen, vielweniger aber Feuer von sich in das trockene Gereisig oder Laub und Moos werfen, sondern sich unterwegs des Tabackstrinkens und Feueranzündens gänzlich äußern und entschlagen, die Köhler und deren Leute auch ihre Feuer wohl verwahren, und um die Meiler herum vom Laube und Gereisig es fein sauber halten sollen. Würde aber alles angewandten Fleißes ohnerachtet bei großer Hitze und dürre Zeit oder sonst dennoch in den Forsten und Gehölzen eine Feuersbrunst entstehen, so sollen sich die nächstangesehnen Beamten, Forstbedienten und Magistrate auf vorhergehende Denunciation oder Wahrnehmung des Feuers oder aufgehenden starken Rauchs nebst den ihnen untergebenen Unterthanen, welche mit Beilen, Barten, Hacken, Spaten und Schaufeln, auch Eimern versehen sein sollen, ungesäumt an den Ort, wo das Feuer vorhanden, erheben, und zu Dämpfung und Löschung desselben allen möglichen Fleiß anwenden, auch befindenden Umständen und erheischender Nothdurft nach solche Feuersbrunst durch eine reitende Post der Blankenburgischen Regierung zeitig berichten, damit dieselbe bedürfenden Falls auch andere Unterthanen herbei zu treten in Zeiten befehlen, zu aller möglichen Löschung Anstalt verfügen, auch die benachbarten Obrigkeiten und Magistrate zu Abwendung solcher Gefahr, dem Herkommen gemäß, ersuchen könne, ihre untergebenen Unterthanen zu Hülfe zu schicken, welches in reciproco hinwieder so gehalten werden soll; und, da wegen Entlegenheit des Wassers für nöthig erachtet würde, Wagen, Karren und Pferde zu Herbeiführung des-

*) Ein Abdruck derselben findet sich in Schneiders Repertorium Bd. II. p. 459 sqq.

**) Die ältern Feuer-Ordnungen waren v. 23. April 1668 und 2. Octbr. 1691.

***) Für den Communion-Parz war eine besondere Feuer-Ordnung unterm 18. August 1763 erschienen.

selben bei der Hand zu haben, sollen die in den hiesigen nächstbelegenen Dörfern befindlichen bespannten Unterthanen ohne Unterschied auf Begehren mit ihren Pferden und Geschirre, auch dero Behuf benöthigten Fässern beim Feuer erscheinen und das Wasser anzufahren schuldig sein. Die anwesenden Beamten und Forstbedienten sollen für die arbeitenden Leute, sowohl einheimischen als fremden, die Nothdurft an Essen und einen Trunk aus den nächstbelegenen Orten gegen Bezahlung anschaffen und unter die Leute vertheilen, auch nach Befinden dieselben durch andere frische Leute ablösen lassen. Landesfürstl. Verordn. v. 7. Septbr. 1692.

Diese Verordnung ist unterm 15. Octbr. 1707 von fürstlicher Regierung zu Blankenburg nochmals wörtlich erneuert und dahin geschärft, daß derjenige, der in die Forsten Feuer durch glühende Kohlen oder Brände, oder durch mittelst Feuerzeugs angezündete Schwämme oder anderes Feuer zum Tabackschmauchen (dessen sich jeder in den Forsten gänzlich enthalten soll) und Feueranzünden mitnehmen, oder solches Feuer auf die trockenen Stufen, sowohl auf den offenen Haien als in stehendem Holze, legen, oder in das trockene Gering, Laub oder Moos werfen würde, er sei ein Fremder oder Einheimischer, ohne Ansehen der Person nicht mehr mit Gelde oder Gefängniß bestraft, sondern an den unehrlichen Raack auf öffentlichem Markte jedermann zum Spectakel gestellt und mit den vor dem Rathhause aufgehängten Schandsteinen behängt, ja wohl gar des Landes verwiesen werden solle.

cf. Refcr. fürstl. Geh. Raths-Colleg. v. 8. Juli 1819. (Bege II. p. 235.) — Feuer-Ordn. für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. §§. 33, 73 und 92. — Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §§. 120 sqq.

Feuersbrünste in den oberharzischen Forsten.

1) Es ist zwar die Meinung nicht, den Köhlern, Köhlernecchten und Holzhauern, worunter auch die Schacht- und Treibholz-, imgleichen die Pfahlhauer, Schindel-, Berg-, Tröge- und Karrenmacher, nicht weniger die Zimmerleute, Wasenbinder und alle andere, so in den Forsten arbeiten und darin zu thun haben, mit verstanden werden, alles Feuerhalten bei ihrer Arbeit schlechterdings zu verbieten, doch haben dieselben mit Fleiß dabei in Acht zu nehmen, und zwar die Köhler, daß sie ihr nöthiges Feuer nirgends anders als in den Köthen haben, den Zwischenraum ganz rein halten, auch niemals davon abgehen, es bleibe denn jemand dabei, oder das Feuer werde völlig ausgegossen, bei Vermeidung dreitägiger Gefängnißstrafe. So haben auch die Schindel-, Berg-, Tröge- und Karrenmacher, welche nothwendig Feuer halten müssen, ihre Werkstätten an solchen Orten anzulegen, wo von dem Feuer keine Gefahr zu besorgen, oder im widrigen Falle ebenfalls eine dreitägige Gefängnißstrafe zu erwarten, den Holzhauern aber, wie die immer Namen haben, kann nicht gestattet werden, im Sommer bei trockener Zeit ein beständiges Feuer, absonderlich an den Stufen, zu halten, nur mögen sie, so weit es zu ihrer Speisung nöthig, einiges Feuer an unschädlichen Orten anlegen, doch daß sie, wenn sie davon gehen, bei Vermeidung von dreitägigem Gefängniß entweder jemanden zur Verwahrung dabei lassen, oder es völlig auslöschten.

2) Von den Hirten soll sich keiner unterstehen, bei leidlichem Wetter Feuer in den Forsten anzumachen. Wenn aber die Luft sehr naß oder kalt ist, wird ihnen zwar an Orten, die von der Hecke rein und unschädlich sind, einiges Feuer zu halten vergönnt, doch daß sie solches, wenn sie davon treiben, wieder ausmachen, so lieb ihnen ist, unnachbleibliche Sackpfeifen- oder andere harte Bestrafungen zu vermeiden.

3) Weil durch Unvorsichtigkeit solcher, die Taback schmauchen, bei trockener Sommerzeit leicht Feuerschaden in den Forsten entstehen kann, so ist den Wasenbindern und andern, welche bei trockener Sommerzeit an sehr gefährlichen Orten, als bei Hecke und Moos arbeiten, oder sonst sich befinden, gänzlich bei 2 Thlr. Strafe, auch allen, welche sich auf Straßen oder andern nicht so gefährlichen Orten befinden, ohne auf dem Kopfe der Pfeife eine Kapsel von Blech oder anderem Metalle zu haben, Taback zu

schmauchen, bei 1 Thlr. Strafe, auch allen die glimmende Asche, Sunder, Kohlen oder Brände auszuschnitten oder ungelöscht von sich zu werfen, bei 2 Thlr. Strafe verboten.

4) Gleicher Gestalt wird den Frucht- und Aschentreibern, nicht weniger den Holzfuhrlenten und andern, welche des Nachts ihre Pferde hüten und in den Forsten liegen, bei trockener Sommerzeit Feuer zu halten bei schwerer Strafe gänzlich untersagt.

5) So wird auch denjenigen, so die Holzwiesen bei trockener Zeit rein machen oder mähen, das Feueranmachen überhaupt, absonderlich aber alte Stufen anzustecken, bei 10 bis 20 Thlr. Strafe verboten.

6) Ferner sollen die Köhler niemals, es sei Sonntag oder Werkeltag, aus ihren Haien gehen, sie haben denn ihre Stättenknechte oder andere von ihren Leuten da gelassen, welche auf das Feuer in den Köthen und Meilern Achtung haben müssen; sollten dieselben hierwider handeln, sind die drei Tage mit Gefängniß zu bestrafen.

7) Da auch das Tragen der Fackeln, deren sich viele anstatt der Leuchten bis daher bedient, eine höchst gefährliche Sache ist, wodurch, zumal bei trockenem Wetter, gar leicht ein Brandschaden veranlaßt werden kann, und daher solches vorhin schon nicht nur in den Communion-Bergstädten, auf den Zügen, Hütten und Puchwerken, sondern auch in den Forsten durchgehends abgestellt und verboten worden, so wird solche Verordnung hiermit erneuert, mit der ernstlichen Verwarnung, daß, wer dennoch derselben zuwider handeln und im Sommer bei trockenem Wetter mit einer brennenden Fackel in der Forst sich betreten lassen, oder dessen überführt werden wird, mit willkührlicher Strafe, und, wenn davon ein Brandschaden entstände, mit Landesverweisung und anderer schweren Leibesstrafe belegt werden soll; doch bleiben hiervon die Köhler ausgenommen, sofern sie in ihren Haien zu Zeiten nothwendig Fackeln brauchen müssen, wobei sie gleichwohl alle Vorsichtigkeit, daß davon kein Schaden entstehe, bei willkührlicher Strafe anzuwenden haben.

8) Sollen die Köhler, Holzhauer, Grabenarbeiter und andere Leute zu keiner Zeit, am Allerwenigsten aber des Sommers, einige Hecke verbrennen, sondern selbige zu nöthigem Behuf, weshalb im Forstamte verfügt werden wird, liegen lassen, bei harter Strafe, so oft der eine oder andere darüber betreten oder dessen überführt wird.

9) Sollte durch Uebertretung des einen oder andern in dieser Verordnung enthaltenen Punkts eine Feuersbrunst entstehen und ein sonderbarer Schaden dadurch verursacht werden, soll der Delinquent befindenden Falls mit Karrenschieben oder dem Zuchthause, oder mit anderer harter Strafe belegt werden. Verordn. des Communion-Bergamts zu Zellerfeld v. 23. August 1731.

cf. Feuer-Ordn. für die Landgemeinden v. 15. Octb. 1832. §§. 33, 73 und 92. — Forst-Straf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §§. 120 sqq.

Feuersgefähr, Abwendung derselben.

Die Verordnung v. 29. Januar 1768, *) wegen des Gebrauchs der Hobelspäne bei Leimung der Bretter und der Feuerzeuge in den Tischler-Werkstätten wird auch den übrigen Obrigkeiten im Lande zugestellt, mit dem Befehle, jedem der dafigen Tischler davon ein Exemplar zuzustellen und über die Beobachtung dieser Verordnung, welche auf das ganze Land erstreckt ist, auch ihres Orts streng zu halten. Landesf. Ausschreiben v. 18. Febr. 1768.

Wegen der durch die Feuerverwahrlosungen öfters entstehenden Feuersbrünste ist verordnet, daß die Unterthanen hinfüro alljährlich von Michaelis an bis Ostern zu sorgfältiger Verwahrung des Feuers und Lichts durch die Prediger alle 14 Tage von den Kanzeln ermahnt und ihnen zu desto mehrerer Verwar-

*) S. Feuersgefähr, Abwendung derselben in Braunschweig.

nung die nächstvorhergegangenen Feuersbrünste nebst deren betrübten Folgen zu Gemüthe geführt werden sollen. Die Obrigkeiten sollen deshalb, wenn sich Feuersbrünste ereignen, davon, auch wodurch solche veranlaßt, und wie diejenigen, so sich dabei einer Feuerverwahrlosung zu Schulden kommen lassen, bestraft worden, auch was sonst für Unglücksfälle sich dabei ereignet, fürstl. Consistorio jedes Mal, sobald es immer thunlich, ausführliche Anzeige thun. Landesf. Ausschr. v. 3. Decbr. 1770. *)

Demnach die Erfahrung gelehrt hat, wie nachlässig, ungeachtet aller deshalb vorhandenen Verordnungen, nach welchen hauptsächlich bei dem Dreschen, der Flachsarbeit und Lichtarbeit, auch in Rücksicht der in den Ställen und Scheuern aufzuhängenden Leuchten, Leuchten-Behältnisse, der Schornsteine und der Strohdächer, besonders aber auch in Absicht des Tabackßrauchens und von den in den Dörfern und Wirthshäusern einkehrenden Fuhrleuten wegen der Feuersgefahr alle Vorsicht abhibirt werden soll, seither absonderlich auf dem platten Lande mit Hintansetzung aller deshalb ergangenen Verordnungen mit dem Feuer umgegangen und durch solche unverantwortliche Nachlässigkeit verschiedene schwere Brandschäden verursacht worden, diesem landverderblichen und auf ganze Gemeinden und das ganze Land so traurige Folgen habenden Uebel aber auf alle mögliche Weise abgeholfen werden muß, so werden nicht nur alle deshalb vorhandenen Verordnungen erneuert und wiederholt, sondern auch sämtliche Unterthanen ihres eigenen Besten halber landesväterlich, jedoch ernstlich ermahnt, nicht nur ihre Aufsicht auf alle und jede Feuergesährlichkeit in ihren Häusern und Gebäuden zu verdoppeln, sondern auch besonders zu ihrem eigenen Besten hierunter über ihre Hausgenossen und die Ihrigen gehörig zu wachen, keine unerwachsene Kinder bei Feuer und Licht allein zu lassen, und vorzüglich darauf Acht zu haben, daß in ihren Häusern und Gebäuden nicht nur obigen Verordnungen überhaupt, sondern auch besonders den wegen des schädlichen Tabackßrauchens an gefährlichen Orten erlassenen Verfügungen besser als zeither nachgelebt, und vorzüglich in ihren Häusern und Gebäuden aller Flachsarbeit bei feuerfangenden Materien und Licht, worunter jedoch das Spinnen bei Licht nicht mit verstanden wird, sich gänzlich enthalten werde. Die sämtlichen Prediger im Lande sind auch zugleich angewiesen, nicht nur bei Ablefung dieser höchsten Verordnung von den Kanzeln, **) welches alle Jahr wenigstens vier Mal bei und nach der Erndte, aber auch bei angehender Flachsarbeit alle 14 Tage geschehen soll, sondern auch bei jeder andern schicklichen Gelegenheit, sowohl öffentlich als privatim, die ihnen anvertrauten Gemeinden zu Beobachtung der ihnen hierin empfohlenen mehreren Vorsicht liebreich und ernstlich zu ermahnen, wie denn auch sämtliche Obrigkeiten bei allen und jeden passenden Gelegenheiten ein Gleiches nicht versäumen, übrigens aber sowohl über den Inhalt dieser Verordnung, als den Inhalt der übrigen dabei angezogenen mit Nachdruck halten, und auf alle Feuergesährlichkeiten die möglichste Aufmerksamkeit anwenden sollen. Landesf. Verordn. v. 9. Novbr. 1778. (Br. Anz. v. 1778. Nro. 93.)

Die wegen Abwendung der Feuersgefahr ergangenen Verordnungen sollen den Predigern nicht nur nochmals eingeschärft, sondern solche auch angewiesen werden, bei entstandenen Brandschäden den Unglücksfall, wodurch der Brand veranlaßt worden, der Gemeinde jedes Mal bekannt zu machen und selbige zu ermahnen, so viel an ihnen ist, alle mögliche Vorsicht zur Verhütung dergleichen Unglücksfälle, wodurch so viele Leute oft in das äußerste Elend gestürzt werden, anzuwenden. Fürstl. Consistorial-Ausschreiben v. 25. Novbr. 1780.

E. auch:

*) Unterm 5. Decbr. 1769 ist durch ein landesf. Ausschreiben, bei Gelegenheit eines zu Hesseu dadurch entstandenen Brandes, daß die Küche und Scheuer nur durch eine schwache von den Mäusen durchlöcherter Mauer getrennt gewesen, befohlen, daß genau visitirt und jede solche und andere feuergefährliche Vorrichtung sofort abgestellt werden solle.

**) cf. Circular-Ausschr. des fürstl. Consistorii v. 9. Octbr. 1824. (Bege I. p. 204.)

S. auch: Flacharbeit — Leuchten — Leuchtenbehälter — Lichtarbeit — Kohlen — Holzkohlen, Aufbewahren und Verkauf derselben in Wolsenbüttel — Schießen — Tabakrauchen — Schornsteine — Strohdächer — Brauhäuser, Feuerfestigkeit derselben — Sichorien-Kaffee — Sichorien-Wurzeln, Darren u. derselben — Malz- und Darr-Ofen in Braunschweig — Maurermeister — Seiler — Frachtfuhrleute.

cf. Refcr. fürstl. Cammer-Collegii v. 10. Mai 1816. (Bege I. p. 353.) — Allgemeine Feuer-Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. Cap. I.

Feuersgefahr, Abwendung derselben in Braunschweig.

Nachdem man wahrnehmen müssen, wie vor einigen Häusern glühende Torsfäcke auf die Gasse geschüttet worden, dadurch aber, insonderheit bei einem Windsturm gar leicht ein großes Unglück entstehen kann, auch, da solches die Straßen verunreinigt, zu einer nicht geringen Unzierde der Stadt gereicht, als werden sämtliche hiesige Einwohner hiermit ernstlich ermahnt, künftig überall die Torsfäcke weder selbst auf die Gasse zu schütten, noch zu leiden, daß dergleichen von ihrem Gesinde oder ihren Inquilinen geschehe, widrigen Falls derjenige, so darüber betreten oder dessen überführt wird, zehn Thaler Strafe ohne einige Remission erlegen und davon die Halbschied dem Denuncianten gegeben werden soll. Würde aber der Contravenient wegen Armuth solche Strafe zu entrichten nicht im Stande sein, so soll auf den Fall selbiger, andern zum Exempel, in das Halsseisen öffentlich geschlossen, und, wenn er nichts destoweniger dieser Verordnung entgegen zu handeln fortfährt, mit noch härterer Strafe belegt werden. Uebrigens hat ein jeder Hauswirth zu veranstalten, daß dieserhalb in seinem Hause ein ausgemauertes Loch, welches entweder mit steinernen oder eisernen Platten belegt werden kann, gemacht werde. Verordn. des Magistrats zu Braunschweig aus dem Jahre 1746. (Br. Anz. v. 1746. Nro. 18.)

Nachdem wahrgenommen worden, daß die Tischler, wenn sie Bretter in ihren Werkstätten zusammen leimen, Hobelspäne auf ein naß gemachtes Brett legen, solche anzünden, damit unter den zu leimenden Brettern durchfahren, solche gedachtermäßig erwärmen und sodann die Hobelspäne und das Brett darüber auf den Boden werfen, auch wohl hölzerner Feuerzeuge, mit feinen Hobelspänen angefüllt, sich bedienen, diesermwegen aber aller zu besorgenden Gefahr möglichst vorzubeugen nöthig ist, so wird auf höchsten Befehl folgendes verordnet:

Das Erwärmen der Bretter soll von den Tischlern nur allein in den Werkstätten und in den Geleihenheiten, welche gegen den Zugwind wohl verwahrt, auch, wenn die umherliegenden Hobelspäne vorher weggeschafft sind, geschehen, dazu statt des bisher genommenen Brettes eine eiserne Blechpfanne von drei bis vier Fuß lang, funfzehn Zoll breit und sechs Zoll tief, worin die angezündeten Späne nach dem gemachten Gebrauche mit einem blechernen Deckel zu dämpfen, gebraucht, die Pfanne solcher Gestalt aus der Arbeitsstätte an einen feuerfesten Ort gebracht, und fernerhin kein hölzernes, sondern hinreichend großes und tiefes blechernes Feuerzeug gebraucht werden. Wenn bei anzustellender Visitation sich bei dem einen oder andern diese Pfannen und Feuerzeuge nicht finden, oder sonst der eine oder andere, welcher Tischlerarbeit zu verfertigen befugt ist, dieser Verordnung entgegen handeln sollte, derselbe soll nachdrücklich und besinnenden Umständen nach empfindlich bestraft werden. Verordn. des Polizei-Departem. zu Braunschweig vom 20. Januar 1768, wovon jedem Tischler ein Exemplar zugestellt werden soll. (Br. Anz. v. 1768. Nro. 12.)

Es ist ernstlich und bei 5 Thlr. Strafe geboten, überall keine glühende Kohlen, so wenig in Feuerbecken als Töpfen, (deren sich die Frauenspersonen in der Wintermesse beim Aus sitzen bedienen) in die Gewölbe, Boutiken und Stände, besonders auf dem Autorshofe und auf der Gallerie, zu bringen, und soll demjenigen, unter Verschweigung seines Namens, ein Drittel der Strafe gereicht werden, der eine Anzeige davon so zeitig thun wird, daß der Contravenient darüber noch betreten werden kann. Avertiffem. des Polizei-Departem. zu Braunschw. v. 18. Januar 1775. (Br. Anz. v. 1775. Nro. 7.)

Die Vorschrift der landesf. erneuerten Feuer-Ordnung v. 7. Septbr. 1780. Cap. I. §. 27, nach welcher glühende Kohlen, Holz- und Torfasche in gemauerten Dampflöchern, oder eisernen, oder andern feuerfesten Gefäßen gedämpft und gleich den Meiler- und Steinkohlen in Gewölben und Kellern aufbewahrt, aber bei zwanzig Thaler Strafe nicht auf die Böden geschüttet werden sollen, ist zur genauesten Nachachtung nochmals bekannt gemacht durch ein Avertissement des fürstlichen Polizei-Departements in Braunschweig v. 2. Juni 1786. *) (Br. Anz. v. 1786. Nro. 44.)

Zu Verhütung der Feuersgefahr ist zu jedermanns Nachricht bekannt gemacht, daß 1) bei 20 Thlr. Strafe der Gebrauch und die Anlegung der Windöfen **) nicht anders gestattet sein soll, als wenn die Einrichtung derselben nach der Vorschrift des §. 13. Cap. I. der erneuerten Feuer-Ordnung gemacht ist, und daß 2) alle an- oder umzulegende Feuerstellen ***) bei 30 Thlr. Strafe und Gewärtigung unsehlbarer Demolition derselben zuvor obrigkeitlich besichtigt und genehmigt sein müssen, ehe deren Einrichtung vorgenommen werden darf. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements in Braunschweig v. 19. Januar 1788. (Br. Anz. v. 1788. Nro. 13.)

Da schon in der unterm 7. Septbr. 1780 für die Stadt Braunschweig erneuerten und verbesserten Feuer-Ordn. §§. 3, 5 und 26 verordnet ist, daß in den Schornsteinen und Kaminen keine Balken oder anderes Holzwerk befindlich, daß ferner in den Fleisch- und Rauchkammern alles Holzwerk an den Seiten, auch die Wände und der Oberboden durchaus mit Haarkalk überzogen und die Fußböden mit Gips Übergossen sein, und daß endlich bei zwanzig Thaler Strafe kein Holz oder andere feuerfangende Sachen in und neben den Rauchlöchern getrocknet werden sollen, dennoch aber bemerkt ist, daß in verschiedenen Schornsteinen, behuf des Räucherns hölzerne Balken und Latten vorgerichtet sind, auf den Rauchkammern amoch mancherlei feuergefährliches tannenes Bretterwerk, obiger Verordnung zuwider, befindlich ist, auch das Trocknen der Splittern und Wäsen in und neben den Rauchlöchern und Defen noch nicht völlig unterbleibt, so ist das Publicum auf den Inhalt obgedachter Vorschriften bei nachdrücklicher Strafe nochmals verwiesen, auch bekannt gemacht, daß dem Denuncianten einer veranlaßten Feuersgefährlichkeit, insbesondere demjenigen, welcher ein unsatthafes Trocknen der Splittern oder Wäsen in den Rauchlöchern glaubhaft anzeigen wird, die Halbschied der auf diesen Contraventionsfall gesetzten und beigetriebenen Strafe zu Theil werden soll. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig vom 12. Decbr. 1788. (Br. Anz. v. 1788. Nro. 102.)

Dieses Verbot ist erneuert, zugleich aber den Hauswirthen insbesondere anbefohlen, ihres eigenen Besten halber nicht nur ihre Aufsicht auf alle und jede Feuersgefährlichkeiten in ihren Häusern und Gebäuden zu verwenden, sondern auch absonderlich nicht zu dulden, daß von den Inquilinen mit Feuer und Licht unvorsichtig zu Werke gegangen und nasses Holz und Splitterwerk vor den Defen und in den Rauchlöchern getrocknet werde, widrigen Falls sie, so wie diese, nachdrücklich dafür angesehen und bestraft werden sollen. Avertissm. des fürstl. Polizei-Depart. zu Braunschw. v. 24. Januar 1791. (Br. Anz. v. 1791. Nro. 10.)

Es ist bei fünf Thaler Strafe geboten, überall keine glühende Kohlen, so wenig in Feuerbecken als Löfen, in die Gewölbe, Boutiken und Stände, besonders auf dem Auktorshofe und auf der Gallerie, zu bringen, und soll demjenigen, der eine wahr befundene Anzeige thun wird, unter Verschweigung seines Namens ein Drittel der Strafe gereicht werden. Avertissement des fürstlichen Polizei-Departements in Braunschweig v. 2. Febr. 1791. †) (Br. Anz. v. 1791. Nro. 11.)

*) cf. Bekanntmachung der fürstl. Polizei-Direction v. 1. Decbr. 1817. (Br. Anz. v. 1817. Nro. 78.), welche nachher zu wiederholten Malen in Erinnerung gebracht ist.

**) 2. Windöfen.

*** 2. Feuerstätten, Anlegung und Abänderung derselben in Braunschweig.

†) cf. Bekanntmachung der fürstl. Polizei-Direction v. 28. Januar 1815. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 6.) Das Verbot ist nachher häufig wiederholt.

In der unterm 7. Septbr. 1780 erlassenen höchsten Feuer-Ordnung für die Stadt Braunschweig ist in den §§. 26 und 43 verordnet worden, daß alle feuerfangende Materialien, als Stroh, Heu, Grummet, Laub, Borke, Späne, Bretter, Holz, Reifig, hölzerne Gefäße, alles Holzwerk, Flachs, Hanf und dergleichen bei 20 Thlr. Strafe weit genug von den Feuerstellen, Küchen, Kaminen, Schornsteinen, Darren, Rauchkammern, Bad- und andern Defen an sichere und wohlverwahrte Orte, wo niemand mit Feuer und Licht hinkömmt, gelegt werden sollen, so daß in die Vordergebäude, besonders der Einwohner, welche vieles Küchen-, Ofen- und Kaminfeuer brauchen, kein Korn in Garben, Stroh, Hechsel, Heu, Grummet, Wafen, Holz, Späne, Dielen, Torf und Borke gelegt, sondern alles dieses in Seiten- und Hintergebäuden, worin keine Feuerstellen vorhanden sind, aufbewahrt werden soll. Da jedoch solches, wie verlauten will, nicht durchgehends genau beobachtet wird, als ist dem Publico diese Verordnung zu desto genauerer Befolgung, und damit niemand in Fällen der Bestrafung mit der Unwissenheit sich entschuldigen möge, hiermit nochmals in Erinnerung gebracht. Avertissement des fürstl. Polizei-Departement's zu Braunschweig v. 1. August 1791. (Br. Anz. v. 1791. Nro. 62.)

Die in die Schornsteine ziehenden Ofenröhren *) sollen fleißig gereinigt werden, und den Schornsteinfegern ist anbefohlen, solche jedes Mal mit zu visitiren, und in jedem Hause anzuzeigen, wenn sie Anhäufungen von Ruß in den Defen und Ofenröhren wahrnehmen. Avertissement des fürstl. Polizei-Departement's zu Braunschweig v. 10. Januar 1794. (Br. Anz. v. 1794. Nro. 6.)

Auf landesf. Befehl sind alle, insbesondere die feldbautreibenden Einwohner Braunschweigs bei der im §. 26 der Feuer-Ordnung bestimmten Strafe von 20 Thlr. angewiesen, ihr geerntetes Stroh und Heu an die sichersten und abgelegensten Orte in ihren Häusern zu legen und soll bei gleicher Strafe sich niemand mit freiem Lichte und brennender Tabackspfeife solchen Vorräthen nähern, wie denn auch die Vorschrift der Feuer-Ordnung §. 22, wonach bei Licht zu dreschen, Futter zu schneiden und mit Stroh, Heu, Pulver, Pech, Hanf, Torf, Kohlen, Hopfen, Theer, Speck, Talg, Fett, Del, Schwefel, Hopfenranken, Mohn- und Bohnenstroh und überhaupt mit feuerfangenden Sachen zu framen bei 40 Thlr. Strafe verboten worden, in Erinnerung gebracht ist. Bekanntmachung des Polizei-Departement's zu Braunschweig v. 25. Septbr. 1797. (Br. Anz. v. 1797. Nro. 76.)

S. auch: Brauhäuser, Feuerfestigkeit derselben — Eichorien-Kaffee — Eichorien-Wurzeln, Darren u. dergleichen — Schauspiele.

cf. Bekanntmachung herzogl. Polizei-Direction v. 6. Novbr. 1826. (Br. Anz. v. 1826. Nro. 87.)

Feuersgefähr in den Kirchen-Gebäuden.

Zu Abwendung der Feuersgefähr in den sämtlichen Landes-Städten sind in Absicht auf die in solchen Gebäuden selbst entstehende Feuersgefähr folgende Einrichtungen und Anstalten zu machen verordnet worden, daß 1) bei jeder Kirche zwei Ausgänge sein und die zu solchem Ende anzulegenden zwei Treppen tüchtig und von solcher Breite, daß zwei erwachsene Personen neben einander vorbeikommen können, von unten bis auf den obersten Boden und unter das Dach hinauf geführt; 2) auf den Böden über den Kirchen, imgleichen auf den Thürmen Behälter sein müssen, in welche das von den Dächern aufzufangende Regenwasser geleitet werden kann; 3) in allen Kirchen-Gebäuden, in welchen noch keine Lufen und Winden zur Aufziehung der erforderlichen Feuerlöschungs-Geräthschaften vorhanden, dergleichen so viele angelegt werden sollen, als die Umstände jedes Orts verstaten; 4) auf jeglichem Thurm und Kirchenboden eine genugsame Anzahl lederner Eimer, nebst zwei oder mehreren Handsprüngen; auch 5) wo

*) cf. Bekanntmachung fürstl. Polizei-Direction v. 10. Febr. 1823. (Br. Anz. v. 1823. Nro. 13.) — Desgl. v. 19. Febr. 1832. (Br. Anz. v. 1832. Nro. 15.)

mehr als eine Kirche vorhanden, wenigstens bei einer, und vorzüglich bei derjenigen, der nach ihrer Lage und Beschaffenheit bei darin entstehender Entzündung die meiste Gefahr droht, eine besondere Schlangen=Sprühe beständig in Bereitschaft gehalten; und 6) alle halbe Jahr durch einige Rathsglieder oder durch Deputirte vom Polizei=Departement, in der Zwischenzeit aber durch die Raths= und Polizei=Unterbedienten alle vier Wochen Visitationen angestellt und der Stadt=Obrigkeit schriftlich und specificce von selbigen angezeigt werde, ob und in wie fern ermeldete Veranstaltungen sich annoch in gehöriger Ordnung befinden oder nicht. Landesf. Auschr. v. 12. Novbr. 1763.

Mittelst abschriftlicher Zufertigung vorstehender wegen der Stadtkirchen ergangenen Verordnung ist auch den Obrikeiten auf dem Lande befohlen, zu ermäßigen, in wie fern auch bei den sämtlichen Kirchen=Gebäuden auf dem Lande eine bessere Einrichtung in diesem Betracht zu treffen stehen möchte, das Thunliche und besonders die Anlegung der nöthigen Ausgänge und tüchtiger Treppen ohne Aufschub zu verfügen, und wie solches geschehen, zu berichten. Landesf. Auschr. v. 12. Novbr. 1763.

S. auch: Kirchtürme.

Feuer=Sprühen.

S. Feuerhülfe.

Feuerstätten, Anlegung und Abänderung derselben in Braunschweig.

Die Feuer=Ordnung für die Stadt Braunschweig v. 7. Septbr. 1780 enthält im 1. Cap. ausführliche Vorschriften in Betreff der Anlegung feuerfester Feuerstätten und genaue Instructionen für die Handwerker, insbesondere die Maurer und Zimmerleute, bei Anlegung solcher Feuerstätten. *)

Fideicommiß=Güter.

Es hat sich bei verschiedenen Vorfällen gezeigt, daß, wenn unbewegliche Güter oder auch Capitalien in die Fideicommiß=Qualität gesetzt worden, dem Publico davon entweder überall nichts, oder doch nichts Zuverlässiges bekannt geworden, daher es denn zum Destern geschehen ist, daß man diejenigen, welche die mit einem Fideicommiße onerirten Güter genutzt oder die Zinsen von dergleichen Capitalien erhoben haben, für die wahren Eigenthümer angesehen und denselben beträchtliche Geldsummen vorgeliehen hat, wie denn auch von den Gerichten, welchen obgedachte Eigenschaft ebenfalls verborgen geblieben, die Confirmation über solche ungünstige Handlungen der Debitoren erschlichen und, wenn endlich sich die Schuldenlast vermehrt hat und von den Gläubigern die Execution oder Subhastation oder auch die Anweisung der Capitalien gesucht und diese von den Gerichten verfügt, die wahre Gestalt der Sache und, daß die Güter aus dem Commercio gekommen, allererst entdeckt worden ist. Wie aber diesem zum Nachtheile des gemeinen Wesens nicht weiter nachgesehen werden soll, so wird folgendes verordnet:

Alle diejenigen Güter und Capitalien, welche zu Fideicommiß gemacht sind, oder durch testamenta, pacta familiae, conventiones, oder auf andere Weise mit einem Fideicommiß onerirt werden, sollen von dem, in dessen Vortheil das Fideicommiß errichtet ist, der Obrikeit, welche die Jurisdiction über die Fideicommiß=Güter exercirt und unter deren Gerichtsbarkeit die Capitalien ausstehen oder niedergesetzt sind, und zwar, so viel die den höheren Justiz=Collegien unmittelbar unterworfenen Güter anlangt, nach

*) Schon durch eine landesf. Verordn. v. 7. Januar 1729 war vorgeschrieben, daß, so oft in der Stadt Braunschweig eine Feuerstätte neu vorgerichtet oder eine alte merklich abgeändert werde, der Baumeister zugezogen und alles nach dessen Anweisung, bei 20 Thlr. Strafe sowohl für die Maurermeister als für den Bauherrn, fertiggestellt werden sollte. Den Cementirern oder jedem Andern wurde verboten, gezaunte Arbeit an Schornsteinen, Wänden und Mauern da, wo Feuer gebrannt werde, bei obgedachter Strafe oder, im Falle der Armuth, bei Gefängniß= oder Leibesstrafe vorzurichten.

Willkühr bei einem derselben angezeigt, eine Designation der Fideicommiß-Güter beigefügt, auch welcher Gestalt darüber disponirt oder paciscirt worden, durch beglaubte Extracte aus den *dispositionibus testamentariis*, *pactis familiae* und *conventionibus* verificirt werden, und ist der Termin zur Profession der zur Zeit der Publication dieser Verordnung schon vorhanden gewesenen Fideicommiß-Güter auf zwei Jahre nach Publication dieser Verordnung gesetzt, bei den künftigen aber soll sie binnen drei Monaten nach Vollziehung des *pacti* oder der Publication des letzten Willens geschehen, widrigen Falls solche Fideicommiße null und nichtig sein und keinem Theile eine Befugniß, so wenig *ad agendum* als *ad excipiendum* daraus zugestanden werden soll, es wäre denn, daß diejenigen, in deren *faveur* das Fideicommiß errichtet worden, abwesend oder minderjährig wären, oder ihne, was in ihre *faveur* disponirt worden, nicht zur Wissenschaft käme, gestalt ihnen solchen Falls gegen den *fiduciarium*, wenn derselbe, wie ihm bei Strafe von fünf vom Hundert obliegt, das Fideicommiß binnen gesetzter Zeit nicht eintragen läßt, ihr Recht vorbehalten bleibt; jedoch soll es, wenn die Fideicommiß-Güter in eines Dritten Besiße gekommen, oder verpfändet sein sollten, in Ansehung dieses unschuldigen Dritten bei der *poena nullitatis* sein Bewenden haben. Sämmtliche Gerichte in hiesigen Landen sollen zu Eintragung gemeldeter Fideicommiß-Professionen besondere Bücher halten, über die geschehene Anzeige Bescheinigung ertheilen, die Professionen mit dem Verzeichnisse der profitirten Güter durch die Anzeigen bekannt machen und sich in Ansehung der Gerichts-Gebühren nach demjenigen richten, was vermöge der Verordnung vom 1. April 1752 wegen der gerichtlich niedergelegten Testamente geordnet ist. Landesf. Verordn. v. 1. Decbr. 1758. cf. Verordn. v. 12. Novbr. 1827, die Anmeldung und Eintragung der Fideicommiße betr.

Findelkinder.

Die Unterhaltung der Findelkinder kann, wie bereits unterm 27. April 1778 verordnet worden, den Armen-Anstalten nicht zugemuthet, sondern muß als ein *onus jurisdictionis* von der fürstl. Cammer übernommen werden. Landesf. Postscr. an das Armen-Directorium zu Wolfenbüttel v. 15. Febr. 1788.

Fischdieberei.

Wer in Teichen, Fischereien und Hegewässern, wo er nicht berechtigt ist, fischen wird, der soll nebst Erstattung des Schadens mit Gefängniß und dazu einer Geldstrafe, auch wohl gestalteten Sachen nach gar an Leib und Leben gestraft werden. Landes-Ordn. Art. 93. *)

Die Fischdiebe, welche in Teichen und Gewässern fischen, sich zum Schein des kleinen Angels bedienen, hernachmals aber die damit gefangenen kleinen Fische zu Schottfäßen und Grundangeln zum Fang der Hechte und großen Fische gebrauchen, wie auch die Frevler, welche die Fische mit frischen Kornähren zusammen locken und mit Ruckelskörnern vergeben, und, wenn sie darüber zur Rede gesetzt werden, keine Scheu tragen, sich zur Gegenwehr zu stellen, sollen wie andere Diebe, nach Beschaffenheit der Umstände, nebst Erstattung des Schadens, mit Gefängniß, Zuchthaus, gestalteten Sachen nach auch gar am Leibe und Leben gestraft werden. Die Obrigkeiten sollen die angezeigten Verbrecher zur gefänglichen Haft bringen lassen, inquisitorie gegen sie verfahren, und ihre ordnungsmäßige Bestrafung befördern. Landesf. Verordn. v. 7. Octbr. 1752.

Gegen die Fischdieberei in den Städten soll folgender Gestalt verfahren werden: 1) derjenige, welcher über einem Fischdiebstahl betroffen oder dessen überführt wird, soll ohne alle Nachsicht mit dem großen Karren auf eine willkührliche Zeit bestraft; 2) aber der Hehler dem Befinden nach mit gleicher oder

*) Schon unterm 30. Juli 1581, 26. Septbr. 1598, 30. August 1622 und 6. Juni 1645, sowie später für Blankenburg unterm 21. April 1724 sind strenge landesf. Verbote gegen den Wild- und Fischdiebstahl ergangen.

Werkhausstrafe belegt werden; 3) sollen alle diejenigen, welche einen Fischdiebstahl bemerkt und nicht angezeigt haben, dem Befinden nach mit einer empfindlichen Geld- oder Leibesstrafe angesehen; hingegen 4) diejenigen, welche einen Fischdiebstahl entdecken, wenn sie auch selbst daran Theil hätten oder die Geh-ler wären, mit Verschonung der wohlverdienten Strafe, entweder mit Geld oder besondern Freiheiten belohnt werden. Außerdem wird hierdurch den Fischern zu Abhaltung der Diebe und desto besserer Verwahrung ihrer Fische auf ihre Füllen und Fischhälter in der Stadt Otterfallen zu legen gestattet, und soll denselben, wenn gleich jemand, der die Absicht zum Fischdiebstahl gehabt, dadurch zu Schaden kommt, solches zu keiner Verantwortung gereichen. Landesh. Verordn. v. 28. April 1768. (Br. Anz. v. 1768. Nro. 41.)

Vorstehende Verordnungen sind nochmals erneuert, und alles unbefugte Fischen mit Hamen, Angeln, Körben, Stecheisen, Senken, Netzen und sonstige Fischdieberei ist bei den in den vorigen Verordnungen festgesetzten Strafen durchaus verboten. Landesh. Verordn. v. 7. Mai 1773.

Die der Fischdieberei wegen ergangenen Verordnungen v. 7. Octbr. 1752, 28. April 1768 und 7. Mai 1773 sind nicht nur sämmtlich erneuert, sondern es ist auch alles unbefugte Fischen in den Teichen, Flüssen, Kanälen und Gewässern, es geschehe nun mit Hamen, Angeln, Körben, Stecheisen, Senken und Netzen, oder auf welche Weise sonst dergleichen geschieht, unter den in vorgedachten Verordnungen, außer der Schadensersezung dem Befinden nach bestimmten Gefängniß-, Zuchthaus-, Leibes- und Lebensstrafe nochmals auf das Allerernstlichste verboten, und eine jede Ortsobrigkeit zugleich nachdrücklich angewiesen, auf solche Verordnungen besser als zeither zu achten, und, wenn ihnen Contraventionen bekannt oder denunciirt werden, die Contravenienten zur gebührenden Strafe zu ziehen. Landesh. Verordn. v. 12. Septbr. 1782. (Br. Anz. v. 1782. Nro. 80.)

cf. Forststraf-Director. v. 5. Mai 1815. §. 161.

Fischen in der Dfer und Altena.

Niemand, er sei Civil- oder Militair-Bedienter, auch Bürger, Bauer, oder von der Soldatesque und sonst, wer er wolle, vom Höchsten bis zum Niedrigsten, soll sich unterfangen, in den Hegewässern, als der Dfer und sogenannten Altena, oder gar in den binnen der Festung Wolfenbüttel befindlichen Fischhellern mit Legung einiger Seg- und Schortangeln und anderer Fischneze, oder auch bei der Leichzeit mit Schießen, Stecheisen und dergleichen verbotenen Instrumenten, es geschehe unter welchem Prätext es wolle, entweder selbst zu fischen, oder durch andere es verrichten zu lassen, mit der ausdrücklichen Commination und Verwarnung, daß, dafern der eine oder der andere bei solchen Hegewässern an einem verdächtigen Orte wird betreten werden, derselbe das erste Mal mit 10 Mfl., das andere Mal mit dem duplo bestraft, auch bei verspürter Iteration und Wiederholung des delicti nach Befinden mit scharfer exemplarischer Leibesstrafung belegt, obige Geldstrafen auch alsofort ohne Ansehen der Person auf frischer That executive beigetrieben, und darunter mit niemandem durch die Finger gesehen werden solle, und dafern ein solcher Delinquent etwa ein gemeiner Soldat wäre, oder einer von den Unterofficieren, von welchem die Strafe in continenti nicht zu erhalten, betreten werden sollte, solchen Falls soll es an den Monatsgeldern demjenigen Oberofficier, unter welchem der delinquirende Soldat steht, als an welchen er hinwiederum seinen Negreß zu nehmen hat, decourtirt, und zu dem Ende an den Zahl-Commissarius behufige Verordnung und dergleichen Diener sollen auf solche Fischdiebe so Tages als Nachts fleißig Achtung geben, zu dem verdächtige Personen bei mehrberührten Hegewässern ertappt und betreten werden sollten, selbige, ob sie gleich den intendirten Diebstahl noch nicht vollführt, ohne Ansehen der Person dem fürstlichen Forst-

amte zu gebührender Ahndung und Bestrafung schleunig anmelden. Landesfürstl. Verordnung vom 30. März 1697.

S. übrigens: Fischdieberei.

Fischerei.

S. Jagd und Fischerei.

Fischerei, Beschädigung derselben.

Das unterm 2. Mai 1760 erlassene Verbot, Enten zum Nachtheil der Ufer und der Fischerei auf die Osercanäle gehen zu lassen, *) imgleichen die landesf. Verordn. v. 12. Septbr. 1782, das unfugte Fischen in den Teichen, Flüssen, Canälen und Gewässern mit Hamen, Angeln, Körben, Stechseisen, Senken und Netzen betreffend, **) sind dem Publico, um sich danach gehörig zu achten, wieder in Erinnerung gebracht durch das Avertissement des fürstl. Polizei-Departements v. 28. Octbr. 1789. (Br. Anz. v. 1789. Nro. 87.)

S. auch: Flachsbrotten.

cf. Bekanntm. herzogl. Polizei-Direction v. 5. Mai 1828. (Br. Anz. v. 1828. Nro. 36.)

Fischerei in der Weser.

Wegen der Fischerei in dem Weser-Districte ist verordnet, daß niemand von den Fischern an dem Weserströme in dem fürstl. Amte und der Stadt Holzminden, auch den benachbarten Orten, statt der sonst üblichen Neze und Fischergarne mit verbotenen Instrumenten, insonderheit besonders dazu bereiteten Stech-Eisen, Stülpen und wie die sonst Namen haben mögen, das Fischen so wenig Tages als Nachts verrichten, besonders also, wie es sonst von Alters her damit gehalten worden, sich ferner darunter bezeugen, nicht weniger alle die hiernächst in fürstl. Holzmindischen Amts Hoheit gefangenen Fische, es sei wes Gattung es wolle, jedes Mal auf den Fisch-Stein bei dem fürstl. Zollhause anmelden und erstlich zu feilem Kauf ausbieten, und dann ferner mit dem Fischen den in den Weserstrom fließenden Forellenbächen nicht zu nahe kommen, besonders, wie das hergebracht, zum Wenigsten eine Ruthe lang und breit von denselben weichen und nicht näher die Garne ziehen sollen, so lieb einem jedweden ist, willkürliche harte Bestrafung und andere schwere Ungnade zu vermeiden. Den fürstl. Beamten, Zollverwaltern und andern Bedienten ist ernstlich befohlen, daß sie sammt und sonders, und ein jeder für sich von nun an, auf mehrgedachte Fischer und deren Thun und Lassen mit Fleiß Acht haben, zum Destern dieselben anhalten und ihre bei sich habenden Rähne und Baumschiffe visitiren lassen, auch, da nach diesem einige Uebertreter, so dieser Satzung und Ordnung zuwider zu kommen sich gelüsten ließen, sich finden sollten, gegen dieselben mit gebührendem Ernste verfahren, und, wenn sie es zu grob machen und sich gar zu halbstarrig erweisen, sie in gefängliche Haft bringen lassen, auch darin bis zu höchster fernerer Verordnung wohlwahrlich behalten lassen sollen. Landesf. Verordn. v. 25. Juni 1659.

Fisci-Gebühren.

Auf ausdrücklichen landesf. Befehl sind die bisher zu erlegen gewesenen Fisci-, Schreib- und Siegel-Gebühren von den den Unterthanen bewilligten Erlassungen an Dienst und Dienstgeide, an öffentlichen Cammer- und sonstigen Abgaben, imgleichen von den Remissionen an Zinsfrüchten wegen erlittenen Mißwachses und an Contribution, ferner für die Bauholz- und sonstigen Material-Bewilligungen gänzlich aufgehoben worden, damit der Recipient die ihm bewilligten Begnadigungen ganz und ohne allen Abzug

*) S. Enten.

**) S. Fischdieberei.

genießen möge, und sollen also nicht weiter gefordert werden, weshalb das Nöthige an diejenigen Collegien im Herzogthume Braunschweig und Fürstenthume Blankenburg, zu deren Ressort diese Sachen gehören, ergangen ist. Avertissement des fürstlichen Ministerii in Braunschweig v. 5. Mai 1795. (Br. Anz. v. 1795. Nro. 37.)

Flachsarbeit.

Es soll niemand, so wenig in den Dörfern als Städten und Flecken, in oder nahe bei den Wohnhäusern, und woselbst man bei Tage oder Nacht mit Feuer und Licht zu schalten und zu verrichten hat, noch viel weniger auch des Nachts, Abends oder Morgens bei Licht oder Leuchten die grobe Flachsarbeit, als Treuten, Backen, Braken, Schwingen, verrichten, noch den Flachs bei Back- und andern Defen, noch bei offenem Feuer trocknen, die Hechelarbeit auch anderer Gestalt nicht, als bei Tage und an solchen Orten in den Häusern, da kein Feuer und Licht hinkömmt, und keinesweges des Nachts, Abends oder Morgens bei Licht und Leuchten verrichten, noch den Flachs, wenn er auch schon geschwungen, an solche Orte legen, an welche man mit dem Lichte oft zu gehen pflegt. Sollte der eine oder andere dawi- der handeln, darüber betreten oder sonst in Erfahrung gebracht werden, der- oder dieselben sollen ohne alles Ansehen der Person ernstlich bestraft, insonderheit, da etwa eine Feuersbrunst darüber entstehen sollte, solche Verwahrloser und Fahrlässige nicht allein den Schaden, dafern sie so viel in bonis haben, gelten, sondern auch gestalten Sachen nach gar an Leib und Leben gestraft werden. Eine jede Obrigkeit soll in der ihr anvertrauten Jurisdiction, auch ein jeglicher auf seinen Nachbar gute Achtung geben, und, da jemand wider diese Verordnung handeln sollte, solches alsofort am gehörigen Orte anzeigen, und die Obrigkeit die Delinquenten ernstlich, andern zum Abscheu und Exempel, bestrafen, mit der Warnung, da bei dem einen oder andern, sonderlich bei den Obrigkeiten, Voigten, Gogrefen, Bauermeistern und Geschworenen, auch Nachbarn hierin einige Säumnis und Nachlässigkeit befunden würde, daß selbige alsdann in willkürliche schwere Strafe verfallen seien, und solche ungesäumt an ihnen erequirt werden solle. Landesf. Verordn. v. 30. Septbr. 1658 und 5. Octbr. 1685. *)

S. auch: Lichtarbeit — Feuersgefahr, Abwendung derselben.

cf. Feuer-Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. §§. 26 und 30.

Flachsbinden.

S. Korn- und Flachsbinden.

Flachsrotten.

Wer in Teichen, in fließenden oder andern Wassern, darin Fische sind, Flachs rotten oder legen wird, der soll 20 Fl. Strafe geben. In sumpfigen Orten, oder in den bei fließenden Wassern gemachten Gräben aber hat ein jeder Nacht und Raum genug, den Flachs zu rotten. Allgem. Land. Ordn. Art. 82.

Obwohl in der Landes-Ordnung Art. 82 versehen, auch mittelst eines den 5. August 1681 **) publicirten Edicts nochmals ernstlichst geboten ist, daß niemand in Teichen, fließendem oder anderm Wasser,

*) Beide Verordnungen sind gleichlautend. Die schon unterm 4. Octbr. 1592 und 18. Septbr. 1651 ergangenen Verordnungen waren weniger umfassend.

Im §. 23 der Feuer-Ordnung für die Stadt Braunschweig v. 7. Septbr. 1780 sind diese Verordn. wiederholt.

**) So wenig diese Verordnung, als die v. 6. Juli 1618 und v. 7. März 1647 sind so umfassend als die obige; in der v. 6. Juli 1618 war das Flachsrotten in lebendigem Wasser bei 50 Goldgulden zum Besten des Heinrichstädtischen neuen Kirchenbaues verboten.

Wasser, worin Fische sind, Flachs rotten, sondern dasselbe in sumpfigen Orten oder in den bei fließendem Wasser gemachten Gräben, worin keine Fische sind, legen soll bei 20 Mfl. Strafe, so wird dennoch solcher Verordnung nicht nachgelebt, noch mit Nachdruck darüber gehalten, wodurch denn die Teiche, Bäche und anderes fließendes Wasser merklich ruinirt werden, weshalb nochmals befohlen wird, daß niemand, wer er auch sei, in besagte Teiche, Bäche, fließendes und anderes Wasser, worin Fische sind, Flachs zum Rotten legen, oder widrigen Falls beregte Strafe der 20 Mfl. sofort bei solcher Contravention baar erlegen und selbige nicht bis zum nächsten Landgerichte verschoben, sondern sogleich executive beigegeben und an fürstl. Cammer, oder wohin dieselbe von Rechts und Gewohnheits wegen sonst gehört, abgeliefert werden, auch, da der eine oder andere Beamte, Gerichtsherr, Obrigkeit und Befehlshaber auf solche Contraventionen nicht fleißig Acht haben und dieselben durch Connivenz oder Nachlässigkeit verstaten, oder in begebenen Fällen solche Strafe nicht sofort erequiren und einliefern würde, derselbe nicht allein für solche Strafe als Selbstschuldner haften, sondern auch das duplum derselben, als 40 Mfl., an fürstl. Cammer erlegen und bezahlen soll. Und wie ein jeder in den sumpfigen Orten oder in den bei fließendem Wasser gemachten Gräben, worin keine Fische sind, Raum und Macht hat, den Flachs zu rotten, Gestalt denn, damit es an solcher Gelegenheit den Leuten um so viel weniger ermangeln möge, nahe bei den Flüssen oder Bächen, in oder bei welchen die Flachsrottung sonst gewesen, an einem niedrigen Orte, wo dem Wasser der Fall gegeben werden kann, Gruben gegraben, der zu rottende Flachs in dieselben gelegt und das zu solcher Rottung nöthige Wasser durch Rinnen und Röhren darauf geleitet, auch, wo solches nicht geschehen kann und kein anderes Mittel sich findet, aus dem nächsten Flusse oder Teiche jetztgemeldet Wasser in die Gruben getragen oder gefahren werden soll, als soll dieser Verordnung zur Erhaltung der Teiche, Bäche, fließender und anderer Fischwasser nachgelebt und auf den Fall der Contravention niemandem an der Strafe das Geringste nachgelassen werden. Landesf. Verordn. v. 29. April 1692.

Demnach verschiedentlich geklagt worden, daß in den Strömen, Bächen und Teichen, auch sonst überall in frischen und lebendigen Gewässern gegen die Verordn. v. 29. April 1692 Flachsrotten angelegt worden, die Erfahrung aber zeigt, daß das Wasser dadurch der Gestalt insicirt worden, daß nicht nur die Fischereien daher Schaden gelitten, sondern auch das Vieh, wenn es davon gegessen, faul und kinkfällig, ja auch das daraus gebrauchte Getränk ganz abschmeckend und dadurch allerhand Krankheiten verursacht worden, so wird verordnet, daß künftig das Flachsrotten in Strömen, Bächen, Teichen, auch überall in frischen und lebendigen Gewässern gänzlich abgeschafft sein und gegen die Contravenienten, sie seien, wer sie wollen, nicht nur mit der in vorangezogenem Edicte gesetzten Strafe von 20 Mfl. oder gegen die Unbemittelten mit achttägigem Gefängnisse, auch nach Befindung und Wiederholung des Verbrechens mit härterer Strafe verfahren werden, sondern auch einem jeden, welchem dadurch einiger Schaden zuwächst, zugelassen sein soll, den in fließenden Wassern oder Teichen angetroffenen Flachs eigenmächtiger Weise und ohne Requisition der Obrigkeit herauszuwerfen oder zu confisciren. Damit es aber am benöthigten Wasser und Mittel zum Flachsrotten nirgend ermangeln möge, so haben diejenigen, so deren benöthigt sind, entweder an sumpfigen und morastigen Orten, welche keine Communication mit fließenden Wassern haben, Gruben zu graben und ihren Flachs darin zu rotten, oder, wo dergleichen nicht vorhanden, ohnweit der Ströme, Bäche oder Teiche, in welchen das Flachsrotten bisher geschehen, jedoch an einem niedrigen Orte, wo dem Wasser der Fall gegeben werden kann, und welcher also gelegen, daß daraus nichts in einen Strom, Bach, Teich oder anderes lebendiges Wasser zurückfließen könne, Gruben zu graben, und, wenn der Flachs darin gelegt, das Wasser durch Furchen, Rinnen oder Röhren darauf zu leiten, Falls aber auch dergleichen füglich nicht geschehen könnte, sonst an einem unschädlichen Orte Gruben zu graben und das Wasser darauf zu tragen oder zu fahren. Auch soll diese Verordnung jährlich bei den Landgerichten verlesen werden. Landesf. Verordn. v. 24. Juli 1721.

Sämmtliche Oberforstbediente sind befehligt, den Gemeinden ihrer Districte, bei welchen nicht bereits die gehörige Anstalt gemacht, die zum Einlegen und Rotten des Flachses bequemsten Orte anzuweisen, hiernächst alljährlich durch die Revier-Forstbedienten auf die Contravenienten fleißig Acht geben zu lassen, daß an verbotene Orte gelegte Flachs ohne weitere Anfrage zu confisciren, und das dafür einkommende Geld an jeglichen Orts Armen-Anstalten abgeben zu lassen. Dieses ist den Obriheiten zur Publication und Nachachtung bekannt gemacht, um auch ihres Orts über diese Verordnung mit pflichtmäßigem Eifer zu halten, auf die Contraventionen ex officio sowohl als die Forstbedienten fleißig Acht geben zu lassen, und solche mit der Confiscation unfehlbar und ohne Ansehen der Person zu bestrafen. Landesf. Circular-Rescript v. 8. August 1750.

S. auch: Okerkanäle und Gräben in Braunschweig. Nro. 8.

cf. Rescr. fürstl. Cammer-Colleg. v. 19. Septbr. 1823. (Bege III. p. 118.) — Desgl. v. 26. März 1828. (Bege II. p. 241.) — Rescr. herzogl. Staats-Ministerii v. 4. Mai 1828. (Bege II. p. 243.) — Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §. 94.

Fleisch-Taxe.

Das Fleisch zum feilen Verkaufe soll von den vereideten Wardirern taxirt, die Taxe auf ein Taslein verzeichnet, dasselbe von dem Fleischer öffentlich, bei 5 Thlr. Strafe, ausgehängt, vor der Aestimation bei ebenmäßiger Strafe nichts verkauft und den Fleischern das Gewicht wenigstens alle 14 Tage probirt werden. Tax-Ordnung v. 29. Novbr. 1649. Tit. 10. §. 1 bis 5. Die Schatzmeister (Wardirer) sollen sich alles Eigennutzes, aller Collusion und Parteilichkeit bei Strafe des Meineides und andern ernstern Einsehens enthalten. Ebendas. §. 6.

Für die Stadt Braunschweig ist unterm 20. Januar 1733 eine besondere Fleischer- und Fleischtax-Ordnung publicirt.

Flöße auf der Oker.

S. Schiffe, Rähne und Flöße auf der Oker in Braunschweig.

Flößholz.

Die ältern Verordnungen *) über die Bestrafung der Entwendung von Flößholz sind durch die neuern Forststraf-Gesetze aufgehoben; s. Rescr. fürstl. Geheim. Raths-Colleg. v. 5. Januar 1818. (Bege II. p. 81.) und Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §. 56.

Flöß-Receß.

Es ist bewilligt, daß die hür- und fürstl. Parteien die Holzflößen auf der Oker und der Leine zu ihrem selbsteigenen Behufe und gegen Vorzeigung glaubhaften Scheines vom Harze und andern Orten einer dem andern frei ohne Auflagen, Umgeld und Behinderung gestatten und allen freund- und nachbarlichen Willen erzeigen wollen; es soll aber vorher, ob und wie solches Holzflößen ohne sonderbaren Schaden und Nachtheil anzustellen, der anstoßenden Orte Besichtigung vorgenommen und darüber auch wie und welcher Gestalt den Unterthanen allerseits hierunter zu willfahren, richtiger Vergleich und Abschied getroffen werden. Hildesh. Extradit. Receß v. 17. April 1643. §. 32.

*) Die wichtigsten waren v. 16. Mai 1699, 9. Mai 1747 und 7. April 1766, und für das Fürstenthum Blankenburg v. 17. August 1763 und 2. Septbr. 1796.

Die Communion-Forstbedienten besorgen das Flößen, wozu die beiden Communion-Wehren an der Oker und Innerste ferner gemeinschaftlich bleiben. Communion-Harztheilungs-Rescß v. 4. Octbr. 1788. §. 36.

Fluchen und Schwören.

Wer flucht und schwört, der soll alle Mal einen Mßl. und derjenige, so es hört und der Obrigkeit nicht anbringt oder einwrogt, zehn Mgr. zur Strafe geben. Allgem. Landes-Ordn. Art. 3.

Forderungen an Arbeitslöhnen und Materialien bei herrschaftlichen Bauten.

S. Bauforderungen.

Forstbediente, Verheirathung derselben.

Es soll bei Strafe der Cassation überall kein Jägerbursche, die Förster aber nicht ohne Consens fürstl. Cammer und des jedes Mal ihnen vorgesetzten Oberforstbedienten sich verheirathen. Dieses ist auf landesf. Befehl vom fürstl. Consistorio zu Blankenburg durch einen Umlauf an die sämtlichen Prediger d. d. den 4. Januar 1773 bekannt gemacht worden.

cf. Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 18. Juni 1825. (Bege III. p. 128.)

Forstbediente, Vorladung derselben vor Gericht.

Die Forst-Unterbedienten sollen in causis civilibus und criminalibus unter den Gerichten, in deren Districten sie wohnhaft, stehen und sich auf geschehene Citation, ohne daß es einer vorgängigen Requisition an die Ober-Forstbedienten bedarf, zu sistiren schuldig sein. Da es jedoch leicht geschehen kann, daß den Forst-Unterbedienten ein solcher Termin ad comparandum in judicio präfigirt werde, an welchem sie sich höchst nöthigen herrschaftlichen Verrichtungen unterziehen müssen, so soll das Gericht, wenn an einen Forst-Unterbedienten Citationen erlassen sind, den ihm vorgesetzten Ober-Forstbedienten vier Tage ante terminum comparitionis, oder, da periculum in mora vorhanden sein sollte, wenigstens 24 Stunden zuvor davon Nachricht geben, damit ihrer Dienstobliegenheit kein Nachtheil zugefügt werde. Landesf. Rescr. v. 16. Juni 1756.

cf. Rescr. fürstl. Cammer v. 22. Juli 1816. (Bege I. p. 66.) — Rescr. fürstl. Geh. Raths-Colleg. v. 25. Septbr. 1820. (Bege I. p. 169.)

Forstbeitrags-Gelder.

S. Holz-Interessenten, Beiträge derselben zu den Besoldungen der Forstbedienten.

Forstfrevler.

S. Holzdieberei.

Forstgericht.

S. Forstwogen, Untersuchung und Bestrafung derselben.

Forst- und Jagddienste.

S. Dienste — Jagddienst.

Forst- und Jagd-Ordnungen.

Die Forst- und Jagd-Ordnungen sind folgende: Holz- und Forst-Ordnung v. 4. Juli 1647. — Jagd-Ordnung v. 4. August 1559. — Forst-Ordnung v. 20. Octbr. 1590. — Jagd-Ordnung v. 1. Decbr. 1603. — Forst-Ordnung am Harze v. 23. Juni 1656. — Forst-Ordnung wegen der Erbhölzer

im Amte Seesen v. 27. Mai 1676. — Forst-Reglement v. 14. August 1686. — Formulare, wonach künftig die Forst-Rechnungen eingerichtet werden sollen v. 20. März 1689. — Blankenburgische Mast-Ordnung v. 12. Septbr. 1689. — Blankenburgisches Forst-Reglement v. 8. Juli 1693. — Blankenburgische Jagd-Ordnung v. 3. Decbr. 1718. — Renovirtes Blankenb. Forst-Reglement v. 8. April 1726. — Vorläufiges Reglement, die Forsten im Weser-Districte betr., v. 30. Mai 1746.

cf. Reglement fürstl. Cammer-Collegii v. 10. April 1815. (Bege III. p. 68.) — Rescr. herzogl. Cammer-Collegii v. 31. Juli 1828. (Bege III. p. 153.)

Forst-Rechnungswesen.

Obzwar in dem der unterm 14. August 1686 emanirten Forst-Ordnung angehängten Formulare v. 20. März 1689, wegen Einrichtung der Forst-Rechnungen, einige den damaligen Umständen angemessene Vorschriften ertheilt sind, so erscheint doch angemessen, eine Abänderung dahin zu verfügen, daß die Haupt-Forstrechnung eingestellt und dagegen die bereits eingeführte monatliche besondere Forst-Rechnung nebst Belägen u., sammt den daraus zu verfertigenden summarischen Quartal-Forstextracten angenommen und unfehlbar mit jedem Quartale zur Revision und Abnahme befördert werden soll; wie denn auch in Beziehung auf die künftige Rechnungs-Versaffung die Obliegenheiten und Pflichten der sämtlichen Districts-Oberforstbedienten, Forstschreiber und Revier-Forstbedienten bei Erhebung, Berechnung und Ablieferung der Forst- und Jagdgefälle im Nachstehenden bestimmt wird:

1) Jeder Unter-Forstbediente, welcher einen Forst oder einen Theil desselben zu respiciren hat, soll von allen und jeden Aufkünften oder Verabfolgungen aus demselben ohne Unterschied, es sei an Holz, Kohlen, Mast, Jagd, Fischerei, Erbenzins, Weidegeld u. sowohl von denen, welche gegen baare Bezahlung, als denen, welche frei verwilligt worden, kurz, nach allen Rubriken des Forst-Etats, monatlich eine richtige und deutliche Material- und Geldrechnung führen, in welcher die am Schlusse des Monats bleibenden Waldivorräthe genau zu specificiren sind; und da es den bisherigen Förster-Rechnungen noch hin und wieder an der erforderlichen Deutlichkeit und Vollständigkeit, so wie einigen der Unterbedienten an der Fähigkeit, dieselben gehörig zu formiren, ermangeln möchte, so haben die Districts-Forstschreiber den sämtlichen Revier-Forstbedienten nach den selbigen zuzustellenden, dem Districte völlig angemessenen gedruckten Formularen mit allem Fleiße die nöthige besondere Anweisung zu geben, und darauf, daß die Förster danach die Rechnung vorschriftsmäßig führen, bei der ihnen obliegenden Revision mit aller Aufmerksamkeit und Genauigkeit zu achten.

2) Da der Revier-Forstbediente als künftiger Haupt-Rechnungsführer und bei der ihm als solchem obliegenden Verantwortung nicht nur von allen und jeden Aufkünften und Verabfolgungen aus seinem Reviere, so wie von der richtigen Ablieferung der gesammten baaren Forst- und Jagdgefälle an die Behörde selbst vollkommene Wissenschaft und Ueberzeugung haben muß, sondern auch vermöge seiner Dienst-Instruction und des hiermit ausdrücklich hinzugefügten Befehls in seinem Forste, in Beziehung auf Abgaben, durchaus und überall nichts vornehmen, weder Holz hauen, noch Holz, Kohlen u. verabfolgen lassen und berechnen soll, wenn er dazu nicht durch landesfürstliche oder fürstlicher Cammer allgemeine Befehle und besondere Verwilligungen, oder darauf sich gründende und zwar schriftliche Ordres der Districts-Ober-Forstbedienten autorisirt worden, so sollen

a) die Ober-Forstbedienten zu allen Zeiten die eingehenden Verwilligungen den Revier-Forstbedienten in originali, oder nach Beschaffenheit der Umstände und, wenn solche etwa allgemein sind, oder auf mehrere Forsten und Gegenstände Bezug nehmen, wie solches z. B. bei den Holz-Schreib-Tages-Resolutionen der Fall ist, einzelne, gehörige und vidimirte Extracte daraus, in allen Fällen aber schriftliche und bei Vermeidung schwerer Verantwortung nur auf höhere Verfügungen gegründete Verabfolgungs-Ordres ertheilen, welche der Revier-Forstbediente in den Monats-Rechnungen richtig allegiren und damit zur Revision abliefern muß.

b) Die Forstschreiber aber sollen bei der monatlichen Revision der Rechnungen, bei 5 Thlr. Strafe, keine Abgabe darin passiren lassen, welche nicht durch dergleichen ordnungsmäßige Beläge oder, Falls die Verabfolgung sich auf perpetuirliche Verwilligung gründet, durch deren richtige Allegirung justificirt ist.

3) Der Revier-Forstbediente soll der Regel nach fürs Künftige alle und jede Geld-Aufkünfte aus seinem Reviere ohne Ausnahme, sie bestehen in Forstzinsen, Kohlen, Wildprets-Geldern, Jagd- und Fischerei-Pacht zc., auch die Mastgelder, und zwar letztere gleich bei der Ausnehmung oder, wenn die Mast verhandelt oder verpachtet ist, zur fälligen Zeit das stipulirte Kauf- und Pachtgeld, mit einem Worte, sämtliche baare Forst- und Jagd-Einkünfte unangelhaft selbst erheben und an sich nehmen. Wie jedoch in einigen Districten wegen der von den Eisenhütten zu bezahlenden Kohlen-Gelder besonders verordnet ist, daß solche von den Hütten unmittelbar an die fürstl. Aemter abgeliefert werden sollen, so hat es zwar dabei sein Bewenden, es ist aber von dem Districts-Forstschreiber dahin zu sehen, daß nach vorgängiger Abrechnung über die Hauer- und Köhler-Lohnvorschüsse die auf jeden Forst fallende Rate des reinen Kohlen-Ueberschusses in den monatlichen Rechnungen als baar abgeliefert, von den Förstern berechnet, und mit besondern Amts-Quittungen belegt werden.

4) Da auch einige Intraden und Aufkünfte aus den Forsten in ständigen Gefällen bestehen, welche zum Theil, dem Herkommen nach, von den fürstl. Aemtern erhoben werden, z. B. Rott- und Erbenzins, Hunde-Korngelber, Forststrafen zc., so hat der Districts-Forstschreiber solche Gefälle gleichwohl nicht nur in den monatlichen Rechnungen von jedem Forste mit aufzuführen zu lassen, sondern auch zu der Zeit, da solche fällig sind, ein Verzeichniß davon dem summarischen Quartal-Extracte beizufügen und, wenn etwa durch Remissionen oder neu hinzukommende Einkünfte (wie es z. B. bei den Erbenzinsen der Fall sein kann) dabei eine Veränderung vorkommt, solche mit den von dem Landesfürsten oder fürstl. Cammer erteilten Resolutionen, copeilichen Erbenzinsbriefen zc. zu belegen, da denn dergleichen Beläge, nach geschehener Abnahme der quartaligen Forst-Extracte und der dazu gehörigen Rechnungen, jedes Mal sofort an die Behörde remittirt werden sollen.

5) Alle stehenden Jagd- und Forst-Intraden müssen zu der Zeit, da solche fällig sind, so wie alles Holz, Kohlen, Wildprett zc. in dem Monate, worin dasselbe verabfolgt worden, getreulich und bei unabweichlichem Verluste des Dienstes im ersten Contraventionsfalle richtig berechnet und überall niemandem, wer er auch sei, ohne des Landesfürsten und fürstl. Cammer ausdrückliche schriftliche Bewilligung der mindeste Credit oder Frist zur Bezahlung gestattet werden, es sei denn, daß Absterben, Brand und andere dergleichen nicht abzuwendende Unfälle eintreten, welche die Bezahlung und zugleich die Auswirkung der Frist vor dem Abschlusse der monatlichen Rechnung unmöglich machen. Von allen dergleichen Restanten sind den monatlichen Rechnungen genaue und specificirte Restanten-Verzeichnisse, mit Auführung dieser Umstände, beizufügen, die Districts-Ober-Forstbedienten aber und Forstschreiber haben sowohl bei den unten im §. 7 angeordneten Abrechnungen, als bei Einsendung des Quartal-Extracts auf diese Restanten besonders zu achten und darüber zu berichten, damit das ferner Nöthige dieserhalb ungesäumt verfügt werden könne.

6) Der Revier-Forstbediente soll sämtliche nach seiner Rechnung in jedem Monate erhobene Forstgelder präcise und bei unnachbleiblicher Cassation mit dem Schlusse des Monats an das fürstl. Amt, worunter das Revier belegen, ohne Mangel richtig abliefern, die darüber erhaltenen Original-Amtsquittungen der Monats-Rechnung beifügen, und solche in duplo mit sämtlichen dazu gehörigen Belägen unfehlbar den vierten Tag nach jedem Monats-Schlusse an den Forstschreiber übergeben. Der Forstschreiber muß sodann gedachte monatliche Rechnung sowohl in calculo als in materia nach den geordneten Taren und unter Beobachtung der §. 2 sub b. enthaltenen Anweisung mit aller Genauigkeit revidiren, solche nach den vorangeführten Vorschriften berichtigen und dem Förster das eine revidirte Duplicat mit seiner, des

Forstschreibers, Unterschrift, nebst einer Bescheinigung über die an ihn gegebene Original-Amtsquitung, zurückgeben.

7) Damit nun auch beim Schlusse des Quartals wegen der aus jedem Forste von allen drei Monaten zu berechnenden und an die fürstlichen Aemter abzuliefernden baaren Forstgelber ein richtiger Abschluß formirt werden könne, so soll jedes Mal den sechsten Tag nach Ablauf des dritten Monats im Quartale, in Gegenwart des Districts-Ober-Forstbedienten, entweder in dessen Behausung oder an einem dazu bequem gelegenen, etwa in der Mitte des Districts zu bestimmenden Orte, die letzte Monats-Rechnung revidirt, mit jedem der Revier-, Forst- und Jagdbedienten in Person eine schließliche Abrechnung gehalten, und ihm über die von selbigem bei der letzten Monats-Rechnung abzuliefernde Geldsumme unter beider Unterschrift folgendes Certificat gestellt werden.

Im Quartale Dstern sind aus ... Forst an baaren Forst-Gefällen berechnet:

1) Für Bau- und Nutzholz.....	Thlr.	Mgr.	Pf.
2) » Brennholz.....	»	»	»
3) » Wildpret.....	»	»	»
4) » Rott- und Erbenzins.....	»	»	»
5) » Forst-Strafen.....	»	»	»

Summa

Hierauf ist vom Förster N. N. laut Quitung an das fürstl. Amt bezahlt:

a) Im Monat December 1785.....	»	»	»
b) Im Monat Januar 1786 u.....	»	»	»

Das fürstl. Amt hat selbst erhoben:

1) An Rott- und Erbenzinsen.....	Thlr.	Mgr.	Pf.
2) Forst-Strafe u.....	»	»	»

Summa

Es hat also der Förster N. vom Monat

Februar noch abzuliefern.....	»	»	»
-------------------------------	---	---	---

N. N.

Das fürstl. Amt soll über die von dem Förster hiernach geschehene richtige Ablieferung der zu bezahlenden Summe unter diesen Schein quittiren, worauf denn derselbe der dritten monatlichen Rechnung zum Belag beigelegt wird.

8) Der Forstschreiber hat nun aus diesen revidirten und abgeschlossenen drei Monats-Rechnungen den gewöhnlichen summarischen Quartal-Forstextract zu formiren, und da derselbe nach der bisherigen Einrichtung jedes Mal 14 Tage vor dem Amts-Rechnungs-Quartalschluß respective an die fürstl. Cammer in duplo und an das fürstl. Amt abgeliefert werden muß, so hat es bei diesem, jedoch hiermit ausdrücklich auf den 15. März, 15. Juni, 15. Septbr. und 15. Decbr. jedes Jahrs bestimmten und bei fünf Thaler Strafe zu beobachtenden Termine der Einsendung sein Verbleiben, und folgt daraus von selbst, daß, wie es auch bereits fast durchgängig eingeführt ist,

- 1) der summarische Extract vom Quartale Dstern, die Monate December, Januar, Februar,
 - 2) vom Quartale Johannis die Monate März, April, Mai,
 - 3) vom Quartale Michaelis die Monate Juni, Juli, August,
 - 4) vom Quartale Weihnachten die Monate September, October und November
- in sich fassen müsse.

9) Wenn solchemnach der summarische Quartal-Extract unter Mitunterschrift des Districts-Ober-Forstbedienten und Beifügung der drei monatlichen Förster-Rechnungen sammt Belägen bei fürstl. Cammer

zur geordneten Zeit eingelangt ist, soll solcher sofort zur weitem Revision ausgestellt und nach befundener Richtigkeit den Rechnungsführern jedes Mal vor Ablauf des folgenden Quartals darüber behufige Decharge erteilt werden.

10) Wie es übrigens zu den Obliegenheiten des Districts-Ober-Forstbedienten und auch des Forst-Schreibers gehört, die von den Revier-Förstern in den monatlichen Rechnungen aufgeführten Wald-Vorräthe von Zeit zu Zeit nach den vorkommenden Umständen entweder unmittelbar nach gelieferter Monats-Rechnung oder beim Schlusse eines Quartals sowohl selbst nachzusehen, als auch allenfalls durch den Förster eines andern Forstes nachzählen und controliren zu lassen, so wird deren pflichtmäßige Befolgung gewärtigt, und sind die bei solchen Nachsichten wider Verhoffen sich hervorthuenden Defecte oder Unrichtigkeiten sofort und bei eigener Verantwortung ohne alle Nachsicht und Schonung an fürstl. Cammer einzuberichten.

Damit nun diese Verordnung, worüber insonderheit fürstl. Cammer mit Nachdruck zu halten hiermit angewiesen wird, den sämmtlichen Forst- und Jagdbedienten zur Wissenschaft gelange, ist verordnet, daß hinfüro bei Annahme und Verpflichtung neuer Forst- und Jagdbedienten einem jeden ein Exemplar davon zur unverbrüchlichen Nachachtung zugestellt werden soll. Landesfürstliche Verordnung v. 13. März 1786.

cf. Berordn. v. 21. April 1815, die Beitreibung der Rückstände an den directen Steuern, den Domainen-, Forst- und sonstigen herrschaftlichen Gefällen betr. — Instruction fürstl. Cammer-Collegii, das Forst-Rechnungswesen betr., in Gemäßheit des höchsten Rescripts v. 1. Mai 1815. (Bege II. p. 73.) — Instruction fürstl. Cammer-Collegii v. 7. Novbr. 1815. (Bege III. p. 74.) — Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 11. Septbr. 1820. (Bege III. p. 96.) — Desgl. v. 30. März 1822. (Bege III. p. 103.) — Desgl. v. 31. Mai 1823. (Bege III. p. 115.) — Instruction fürstl. Cammer-Collegii v. 22. Mai 1826. (Bege III. p. 132.) — Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 31. Mai 1826. (Bege III. p. 136.) — Desgl. v. 1. Mai 1827. (Bege III. p. 149.) — Rescr. herzogl. Forst-Direction v. 11. August 1830. (Bege III. p. 157.) — Desgl. v. 22. Juni 1831. (Bege III. p. 161.) — Desgl. v. 6. Juni 1832. (Bege III. p. 170.)

Forst- und Schreibtage im Fürstenthume Blankenburg.

Diejenigen, welche in dem Fürstenthume Blankenburg Deputat-, Feuer- und Brennholz zu suchen haben, sollen sich auf dem Schreibtage vor dem März-Forstamte, welche Bauholz, Nutzholz und Schindeln verlangen, auf dem Schreibtage vor dem September-Forstamte, und mit dem Bauholze allenfalls noch auf dem Schreibtage vor dem December-Forstamte melden und ihre Zettel eingeben, zu welchem Ende folgende Schreibtage festgesetzt sind:

im Amte Blankenburg der Montag,

im Amte Heimbürg der Mittwoch,

im Amte Börnecke der Freitag in der ersten vollen Woche des Monats Februar, August und November,

im Amte Stiege der Mittwoch,

im Amte Walkenried der Freitag, und

im Gerichte Braunlage gleichfalls der Freitag in der zweiten vollen Woche des Monats Februar, August und November jedes Jahrs.

Auf die Holz-Anforderungen desjenigen, welcher auf den vorhin festgesetzten Schreibtagen sich nicht gemeldet, soll, außer im höchsten Nothfalle, bei den Forstämtern nicht reflectirt, sondern dessen eingereichter Zettel zurückgewiesen oder cassirt werden. Diese Verordnung soll jährlich drei Mal, als am ersten Sonntage in den Monaten Februar, August und November vor den Kirchthüren verlesen werden. Berordn.

336 Forst- und Schreibtage im Wolfenbüttelschen, Schöningischen und Harz-Districte.

der fürstl. Cammer zu Blankenburg v. 16. Novbr. 1765, *) welche durch wörtlichen Abdruck unterm 4. April 1795 erneuert ist.

Forst- und Schreibtage im Wolfenbüttelschen, Schöningischen und Harz-Districte.

Die Forsttage sind auf folgende Tage gesetzt: der eine im Herbst auf den Dienstag in der ersten Woche nach Michaelis, der zweite im Frühlinge auf den Dienstag nach Quasimodogeniti. Ferner sollen

1) auf dem Herbst-Forsttage alle diejenigen Sachen, so die in dem bevorstehenden Winter vorzunehmenden Hauungen und dabei vorkommenden Anordnungen betreffen, regulirt, auch auf selbigem zugleich das sowohl für die Unterthanen, als bei den Hoffstätten und Magazinen, auch zu sonstigem herrschaftlichen Behuf erforderliche Bau- und Brennholz verwilligt;

2) auf dem Frühlings-Forsttage hingegen, wie die Hauungen im verwichenen Winter geschehen, ob und was nach Verabfolgung des auf dem vorherigen Forsttage verwilligten und des zu den Deputaten abgegebenen Holzes darin übrig geblieben, berichtet, und was des Falls ferner zu veranstalten, verfügt, dabei aber auch zugleich dasjenige, was wegen Zuschlagung und Aufthuung der Gehäge, auch sonstiger Verbesserung der Forsten in dem bevorstehenden Sommer vorzukehren nöthig, verordnet werden. Die Ober-Forstbedienten beider obbesagten Districte sollen die auf jeglichem Forsttage vorzunehmenden Sachen in Zeiten präpariren, und solche jedes Mal wenigstens 14 Tage vor dem Forsttage der fürstl. Cammer zusenden. Hiernächst ist verordnet, daß

3) die Beamten bei neuen Gebäuden, (wozu sie nämlich Holz gesucht) der Supplicanten Vermögen, auch etwaige Schulden, vornämlich aber, ob die Baue nach der Supplicanten Umständen und Nahrung proportionirt, gründlich untersuchen und die befundene Beschaffenheit entweder unter das übergebene Memorial, oder allenfalls in einem besonders beizufügenden Berichte mit gehöriger Deutlichkeit pflichtmäßig attestiren, und solcher Gestalt die Supplicate mit den Anschlägen und ihren Attestaten den Ober-Forstbedienten zusenden sollen.

4) Ferner sollen um eben solche Zeit besagten Ober-Forstbedienten auch die Anschläge von dem etwa bei den Amts- und herrschaftlichen Gebäuden benöthigten Bauholze, wie nicht weniger die Verzeichnisse von dem bei den Hoffstätten, Brennholz-Magazinen und sonstigen herrschaftlichen Angelegenheiten erforderlichen Brennholze und den Wasen zugestellt, und daraus von denselben der gewöhnliche Extract verfertigt, auch darin, ob und woher das verlangte Holz erfolgen könne, specificirte angeführt und solcher mit den dazu gehörigen Memorialien und Berichten nebst den übrigen Forsttags-Sachen zu vorbemeldeter Zeit an fürstl. Cammer eingesandt werden. Landesf. Verordn. v. 3. April 1750.

Es soll zwar überhaupt bei der Verordn. v. 3. April 1750, die Abhaltung der Forsttage betreffend, darin sein Verbleiben haben, daß die Forsttage auf die dazu festgesetzten Termine, nämlich im Frühlinge auf den letzten Dienstag im Monate April, und im Herbst des Dienstags in der ersten Woche nach Michaelis abgehalten, auch die darauf zu tractirenden Sachen nach Vorschrift des ersten und zweiten Artikels sothaner Verordnung vorgenommen, und also insbesondere auf den Herbst-Forsttagen hauptsächlich und allein diejenigen Sachen abgehandelt und ausgemacht werden sollen, so die in dem bevorstehenden Winter vorzunehmenden Hauungen und die auf das ganze Jahr bei den Hoffstätten, Magazinen, zu Deputaten, auch sonstigem sowohl herrschaftlichen als Privatgebrauche, insonderheit auch zu allen fürstlichen und der Unterthanen Bauten, Reparaturen und Wegebetterungen, und überhaupt zu allem übrigen Behufe erforderlichen Vorräthe an Bau-, Ruß-, Geräthe- und Brennholz, auch Wasen betreffen. In Absicht des

*) Schon unterm 25. Mai 1698 ist durch eine landesfürstliche Verordnung befohlen, daß niemandem im Sommer von Ostern bis Michaelis Brenn-, Bau- oder Rußholz ohne die höchste zu erweisende Nothwendigkeit verwilligt werden solle.

des zu den sämtlichen herrschaftlichen Gebäuden und Bedürfnissen erforderlichen Holzes und dessen Anforderung soll es bei dem, was des Falls in dem 4. Nro. Anfangs erwähneter Constitution enthalten, lediglich sein unverändertes Bewenden behalten, hingegen bei dem für die Unterthanen, sowohl aus den fürstlichen Forsten, als aus den unter der Aufsicht der herrschaftlichen Forstbedienten stehenden Privat- und Interessenten-Holzungen anzuweisenden Bau-, Nutz- und Feuerholz künftig Nachstehendes aufs genaueste beobachtet werden:

1) Ist es zwar ratione der Anweisung, Theilung und Verabfolgung des Feuerholzes aus den Gemeinde- und Interessenten-Hölzern bei dem, was darunter nach der bisherigen Observanz und den Gerechtsamen der Interessenten beobachtet und hergebracht worden, fernerweit zu lassen und danach zu verfahren; zu desto besserer Benachrichtigung fürstl. Cammer aber, und der von derselben in besondern Fällen zu machenden Verfügung ist verordnet, daß bei einem jeden Amte mit Zugiehung der Revier-Forstbedienten eine Specification von den darin befindlichen Gemeinde-, Privat- auch Interessenten-Holzungen verfertigt, an fürstl. Cammer eingesandt und dabei zugleich berichtet werden müsse, was für eine Art der Theilung in einem jeden Gehölze üblich, wie viele Interessenten auf jeder solcher Holzungen vorhanden, und wie viel eines Jeden Theil etwa betrage. Die in Absicht der Art und Weise der Theilung sowohl, als in Verringerung und Vermehrung des einem Jeden zu gebenden Holzes zu machenden nöthigen Veränderungen sollen alle Mal auf den Herbst-Forsttagen zur Deliberation gebracht und verordnet werden.

2) Alle diejenigen, so binnen Jahresfrist Bauholzes aus den herrschaftlichen und den Privat-Holzungen, oder Feuer-, auch Nutz- und Geräthholz aus den herrschaftlichen Forsten benöthigt sind, sollen des Falls in den beiden letzten Wochen vor Bartholomäi-Tag, und zwar des Dienstags und Freitags, auf den fürstl. Aemtern oder bei ihrer sonstigen Obrigkeit entweder schriftliche oder allenfalls mündliche Anzeige davon thun und über das begehrte Holz eine Specification oder einen Holzzettel abgeben, diejenigen aber, die solches versäumen, gewärtigen, daß dergleichen nachher einkommende Gesuche, außer nur bei den höchsten durch Brand, Sturm und auf andere unabwendliche und nicht vorherzusehende Weise entstehenden Nothfällen, in dem ganzen Jahre nicht ferner angenommen, sondern sie damit bis auf künftijährige Hauung verwiesen werden.

3) Sollen die Beamten und Obrigkeiten auf obbenannten Tagen der jetzt angezeigten beiden Wochen die von den Solicitanten übergebenen Memorialia, oder, wenn sie dergleichen nicht haben, deren mit dem mündlichen Gesuche einzubringenden Holzzettel annehmen, und alsdann sofort ohne einigen Aufenthalt und Vershub die in mehrermeldeter Verordnung sub Nro. 3 vorgeschriebene Untersuchung vornehmen, auf Bartholomäi-Tag selbst aber die eingekommenen Memorialien und abgehaltenen Protocolle mit ihren wegen der Bedürfnisse in Conformität der angestellten Untersuchung zu ertheilenden Attesten den beeidigten Zimmerleuten selbst zustellen, damit sodann von diesen darunter nach ihrer Instruction weiter verfahren, und die nach den ihnen von den Beamten und Obrigkeiten solcher Gestalt angezeigten Umständen einzurichtenden Anschläge so zeitig gefertigt und ihnen wieder eingeliefert werden können, daß sie solche wenigstens 14 Tage vor Michaelis an die Oberforstbedienten mit ihren Berichten oder Attesten zu communiciren im Stande sind.

4) Wenn aber dergleichen Nothfälle, wie in dem vorhergehenden Nro. erwähnt, sich ereignen, und die Umstände nicht gestatten, daß das zu den dadurch gelitten habenden Gebäuden benöthigte Holz erst auf dem nächstfolgenden Herbst-Forsttage gesucht und bewilligt werde, so sollen die Eigenthümer der Gebäude sich des Falls, so wie es die Noth erfordert, bei den Aemtern und Obrigkeiten melden, die sodann deshalb unverzüglich die erforderliche Untersuchung anzustellen, die Anschläge von dem beeidigten Zimmermeister verfertigen zu lassen, und solche mit ihren Berichten an die Oberforstbedienten jeglichen Districts zu schicken haben, von welchen darauf solche mit ihren Vorschlägen, was für Veranstaltung zu Erhaltung desgleichen Holzes zu machen, an die fürstl. Cammer schleunig einzusenden sind. Im Uebrigen aber wird dasjenige,

was in vorerwähnter Verordnung in Nro. 4 und 5 wegen Uebergabung der Anforderungen von Brennholz und Wäsen für die fürstl. Hofstätte, Magazine und sonstigen herrschaftlichen Angelegenheiten, dergleichen in dem 5. Punkte wegen Einsendung der auf den Forsttagen vorzunehmenden Sachen festgesetzt ist, hierdurch nochmals wiederholt und dessen unnachlässliche Befolgung nachdrücklich befohlen, und, ob zwar die ~~eben~~gedachte Constitution eigentlich nur auf die Wolfenbüttelschen und Schöningischen Districte gerichtet ist, so soll doch solcher und dieser gegenwärtigen Verordnung auch in dem Harz-Districte ebenfalls in allen Stücken auf das Genaueste nachgelebt und danach verfahren werden. Landesf. Verordn. v. 20. Juni 1761, welche sowohl bei den Landgerichten, als auch alle Jahre auf den letzten Sonntag im Monate Juli auf dem Lande von den Kanzeln verlesen werden soll. *)

Da sowohl zur Formirung eines Etats von den jährlichen Holzabgaben aus den dem Landesfürsten bei Theilung der Communion-Harzforsten zugefallenen Forst-Districten, als auch sonst der Ordnung wegen nöthig gefunden worden, daß zur Aufnahme sämtlicher Bau-, Nutz- und Brennholz-Anforderungen für jedes Amt ein gewisser sogenannter Holz-Schreibtage bestimmt und im Beisein des Districts-Oberforst-Bedienten, des Forstschreibers und der Revierförster abgehalten werde, und denn hierzu fürerst und bis überhaupt die künftige Einrichtung darunter durch eine höchste Verordnung determinirt sein wird, der 18. Septbr. d. J. festgesetzt worden, so ist sofort nach Empfang dieses den sämtlichen Gemeinden und sonstigen im Amtsbezirke vorhandenen Holz-Interessenten allgemein bekannt zu machen, daß sie ihre nächstjährige Bau-, Nutz- und Brennholz-Benöthigungen, sie mögen solche frei oder für Bezahlung verlangen, bei Vermeidung, daß auf nachherige Anforderungen, außer höchsten Nothfällen, nicht weiter reflectirt werde, praecise am gedachten Schreibtage beim Amte, nach Verhältniß, entweder mündlich ad protocollum oder mittelst schriftlicher Verzeichnisse einbringen, auch zugleich, so viel das Feuerholz anlangt, dafür den Betrag des Hauerlohns in continenti erlegen sollen. In Ansehung der Bau- und Nutzholz-Anforderungen ist sodann mit den Ober-Forstbedienten conjunctim sowohl die Nothwendigkeit der Vorrichtung selbst, als die Benöthigung des in den Holzzetteln und Anschlägen des Behufs verzeichneten Holzes durch den Revier-Forstbedienten und mit Nächstem zu erachtenden, auch zu beeidigenden Amts-Zimmermeister untersuchen und nach Befinden attestiren zu lassen, auch sind, wenn Amts wegen dabei und insonderheit bei angetragenen neuen Gebäuden ratione der Holz-Anforderungen pflichtmäßig nichts zu erinnern gefunden, sämtliche Anschläge mit einem Atteste von dem Districts-Forstschreiber zur Formirung des in duplo auf gebrochenem Papiere zu fertigenden General-Verzeichnisses, welche beide Exemplare der Ober-Forstbediente hiernächst an fürstl. Cammer zur Bewilligung einzusenden hat, auf das Forderksamste abzugeben. Landesf. Rescr. v. 6. August 1789.

Den Ober-Forstbedienten des Harz-Districts soll gestattet sein, in eintretenden Fällen, da der eine oder andere mit dem freien Bauholze unstreitig berechnete Unterthan einigen dergleichen Holzes zwischen den angeordneten Schreibtagen zu unvorherzusehenden nothwendigen Reparaturen und sonst ob periculum in mora schleunigst bedarf, solches Bedürfniß auf beigebrachte pflichtmäßige Bescheinigung der fürstl. Aemter über die Gefahr des Verzugs sofort sub spe rati fürstl. Cammer verabfolgen zu lassen, mit der weitem Bestimmung, daß solche extraordinäre Verabfolgungen sodann nach den darüber eingekommenen ordnungsmäßigen Holzzetteln oder Anschlägen bei dem nächstfolgenden Holz-Schreibtage den allgemeinen Bauholz-Verzeichnissen mit inserirt und damit unter besonderer Bemerkung der bereits geschehenen Angaben zur Ratihabirung der fürstl. Cammer vorgelegt werden sollen. Rescr. fürstl. Cammer v. 12. Juli 1792.

S. auch: Bau-, Nutz- und Brennholz — Holzberechtigungen.

cf. Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 14. Novbr. 1816. (Bege III. p. 86.) — Desgl. v. 19. April 1828. (Bege II. p. 88.)

*) cf. Circular-Ausschr. des fürstl. Consistorii v. 9. Octbr. 1824. (Bege I. p. 204.)

Forst- und Schreibtage im Weser-Districte.

Es ist die Verfügung gemacht, daß der vorgekommenen Umstände wegen die die Weser-Forsten betreffenden Sachen nicht auf den nunmehr verordneten beiden Forsttagen, als im Frühlinge auf den Dienstag nach Quasimodogeniti, und im Herbst auf den Dienstag in der ersten Woche nach Michaelis, mit vorgenomimen werden, sondern dazu annoch ein besonderer Tag, und zwar jedes Jahr der Dienstag in der letzten Woche des Februars bestimmt sein solle. Wie aber zugleich nöthig gefunden, daß die Resolutionen und Verwilligungen wegen des für die Unterthanen und zum herrschaftlichen Bauwesen erforderlichen Bau- und Nutzholzes nicht bis zu solchem Forsttage ausgesetzt, sondern vor Anfang der Hauungen expedirt werden, damit bei dieser auf einen oder andern dabei vorkommenden Vorfall und Umstand desto besser mit reflectirt werden könne, als ist dieserhalb Nachstehendes resolvirt:

1) Daß alle diejenigen, welche Bau-, Nutz- und Brennholz verlangen, ihre Supplicate und Specificationen jedes Jahr vor Bartholomäi an dasjenige Amt, wprunter der Forst, aus welchem das Holz begehrt wird, belegen, übergeben, nach Bartholomäi aber dergleichen Supplicate zwar angenommen, jedoch die Supplicanten, wenn nicht etwa ein Unglücksfall, als Brand, Windsturm u. veranlaßt, daß solche nicht eher überreicht, dem Befinden nach bestraft, und Falls keine große Gefahr oder Verschlimmerung der Umstände auf dem Verzuge haftet, mit ihrem Suchen bis auf das künftige Jahr verwiesen werden sollen.

2) Von diesen solcher Gestalt übergebenen Memorialen sind die, so Bauholz betreffen, von den Beamten den dazu angenommenen und beeidigten Zimmermeistern auf Bartholomäi-Tag zuzustellen, und von diesen sofort mit gehöriger Achtsamkeit, ob der Bau oder die Reparatur nöthig, und was an Holz dazu erforderlich, zu examiniren, auch ist davon entweder der Anschlag zu verfertigen, oder, wenn solcher mit übergeben, dieser zu rectificiren und von dem Zimmermeister zu unterschreiben.

3) Von den Beamten selbst aber ist sodann in specie bei den neuen Gebäuden dasjenige, was wegen der nöthigen Untersuchung der Supplicanten Umstände und Vermögen, etwa habenden Schulden, und wie weit sie den Bau aus ihren eigenen Mitteln zu bestreiten im Stande, desgleichen, ob die Baue nach derselben Nahrung und Gewerbe proportionirt, in der Resolution vom heutigen Dato die Einführung des Mauerwerks bei den neuen Häusern der Unterthanen verordnet, *) gehörig zu beobachten, auch sind die über diese Umstände zu ertheilenden Atteste, oder allenfalls besonders beizufügenden Berichte mit gehöriger Deutlichkeit abzufassen, und solche mit den Anschlägen und Supplicaten dem jedesmaligen Ober-Forstbedienten im Weser-Districte so frühzeitig zuzustellen, daß derselbe den daraus zu machenden Extract 14 Tage vor Michaelis an fürstl. Cammer einsenden kann; worauf denn

4) diese in fürstl. Cammer, bei Abhaltung des wegen der übrigen Districts-Forsten den Dienstag in der ersten Woche nach Michaelis verordneten Herbst-Forsttages mit vorgenommen, und die nöthigen Resolutionen darauf ertheilt werden sollen.

Es sind also die sämtlichen Ober- und Beamte im Weser-Districte hierdurch befehligt, sich nach dieser Anordnung zu achten, den Unterthanen, wie auch den beeidigten Zimmermeistern solche gehörig zu publiciren, und sie zu der genauesten Beobachtung, ohne einige Nachsicht, anzuhalten, in specie aber mit aller erforderlichen Achtsamkeit sich angelegen sein zu lassen, daß die Supplicate mit der Zimmermeister Abrissen, Anschlägen und ihren eigenen Attesten so eilig und bald als thunlich dem Ober-Forstbedienten zugesandt werden, damit selbiger den daraus zu formirenden Extract zu der gesetzten Zeit an fürstl. Cammer zu übergeben im Stande sein möge. Landbes. Verordn. v. 3. Juni 1750.

Nachstehender Extract der Forst-Resolutionen ist den sämtlichen Ober- und Beamten des Weser-

*) S. Bauen im Weser-Districte.

Districts communicirt und befohlen, daß jegliches Amt davon ein Exemplar ad acta und dergleichen für jede Dorfschaft ein Stück nehmen, letzteres den Bauernmeistern jedes Dorfs zustellen, selbigen dessen Inhalt aufs Beste erklären, und ihnen dabei andeuten soll, daß künftig das Holz auf keine andere, als die darin vorgeschriebene Art verwilligt, auch die Gesuche und Memoriale zu keiner andern, als der darin bestimmten Zeit angenommen werden würden, und damit sich um so weniger jemand mit der Unwissenheit entschuldigen könne, so soll diese Anordnung jährlich zwei Mal, als das erste Mal den 1. August, und das andere Mal den 1. Decbr. öffentlich von ihnen der Gemeinde vorgelesen werden, wie denn bei Abhaltung der Landgerichte diese Verordnung ebenfalls mit verlesen werden soll. Um aber dasjenige, was dabei nach solcher Verordnung von den Zimmermeistern bewerkstelligt werden soll, desto besser und der höchsten Absicht gemäß ins Werk zu richten, so wird von den Ober-Forstbedienten darüber, und wie darunter die Einrichtung am Besten noch mit zu machen, weitere Rücksprache genommen und des Landesfürsten höchste Absicht darunter vorgängig bekannt gemacht werden, welche alsdann ebenfalls gebührend ins Werk zu richten ist. Umlauf Fürstl. Cammer zu Braunschweig v. 29. April 1767.

Extract aus den landesf. Forst-Resolutionen, d. d. Braunschweig, den 12. März 1765.

Demnach bei den von Uns mit der Oberaufsicht in den Forsten des Weser-Districts gemachten neuen Einrichtungen die Nothwendigkeit erfordert, daß die gewöhnliche und bei diesem Districte eine geraume Zeit her unterbliebene Abhaltung des jährlichen, in der Verordn. v. 3. Juni 1750 festgesetzten Weser-Forsttages wiederum angefangen, und damit von Jahr zu Jahr ohne Ausnahme continuirt werde, und dann von der fürstl. Cammer zu solchem Ende und um sowohl ratione termini, als der darauf vorzunehmenden Sachen wegen das Nöthige abzureden, eine besondere Conferenz mit den jetzigen Ober-Forstbedienten in dem Weser-Districte angestellt, auch von diesen über diejenigen Punkte, worüber dormalen in Absicht des Forst-Haushalts selbst nöthige Deliberationen anzustellen, die Uebergabe schriftlicher Propositionen erfordert worden, so wird, nachdem Uns von den darüber angestellten Deliberationen referirt worden, hierdurch Nachstehendes, und zwar die Forsten des Sollings-Reviere betreffend, verordnet. §. 1. Wegen der vorerwähnten Abhaltung der künftigen Weser-Forsttage ist die in Vorschlag gebrachte Einrichtung genehmigt, und wird hierdurch des Falls verordnet, daß dazu 1) künftig alle Mal der Dienstag nach der letzten Lichtmessens-Meß- oder Zahlwoche festgesetzt ist, dabei aber ferner 2) wegen der Holzgesuche jährlich zwei sogenannte Schreibtage in dem ganzen Weser-Districte angeordnet sind, und davon der eine 14 Tage vor Bartholomäi, der andere aber 14 Tage vor Weihnachten anberaumt und zugleich bestimmt ist, daß auf solchen alle diejenigen, die Bau- oder Nutzholz verlangen, sich bei den Revier-Förstern zu melden, und denselben schriftlich das Bedürfnis, wozu das Holz nöthig, anzuzeigen haben, der Revier-Förster aber darauf, mit Zuziehung eines Zimmermeisters, pflichtmäßig zu untersuchen hat, ob die angegebenen Baue oder Reparaturen vor der künftigen jährigen Hauungszeit unumgänglich vorzunehmen und anzustellen seien; 3) wenn dieses richtig gefunden, von beiden das höchstnöthige Bedürfnis des dazu erforderlichen Bauholzes gründlich untersucht, und 4) danach einem jeden Sollicitanten ein specificirter und nach dem von den Ober-Forstbedienten zu verfertigenden Formulare eingerichteter Anschlag unter beider Unterschrift zugestellt, von diesen aber 5) solche Anschläge sofort an die fürstl. Kammer abgegeben, und von diesen 6) innerhalb 14 Tagen, resp. nach Bartholomäi und Weihnachten, die Untersuchung ohne Mangel angestellt und das gerichtliche Attestat, insonderheit bei neuen Gebäuden, ob die Supplicanten solche nach den Umständen ihrer Nahrung und Haushaltung in der angegebenen Größe nöthig haben, oder ob und wie weit darunter sowohl eine Verminderung, als auch auf was Art dabei die Vorrichtung von Mauerwerk, nach Vorschrift der Verordn. v. 3. Juni 1750, mit Nutzen Statt haben könne, dergleichen ob und in wie weit eines Jeden Vermögen zu Vollführung sowohl dergleichen neuer Baue, als auch der nöthigen Reparaturen zureichend, und danach die Bezahlung des Forstzinses pflichtmäßig vor-

zuschlagen sei? ausgefertigt, und dieses alles binnen obbenannter Zeit dem Forstschreiber Grotrian zugesandt werden, dieser aber darauf 7) sowohl von solchen über die Baue der Unterthanen, als auch von den fürstl. Aemtern, Hütten- und Fabrikwerken, auch Handwerkern eingekommenen Holz-Anforderungen, welche insgesammt demselben binnen der vorangeführten Zeit übergeben werden sollen, den Ober-Forst-Bedienten, mit einem davon gemachten Extracte ebenfalls binnen 14 Tagen unfehlbar zustellen soll, worauf 8) diese ihre Atteste, ob und woher das specificirte Holz erfolgen könne? dem Verzeichnisse beizusetzen und damit die erstere Specification auf Michaelis, die andere aber 8 Tage vor Abhaltung des Forsttages an fürstl. Cammer einzusenden haben, welche darauf die nöthigen Bewilligungen ertheilen wird. 9) Außer obbenannten Schreibtagen aber sollen gar keine Ansuchungen um Holz, so wenig schriftlich als mündlich, angenommen, sondern sowohl von den Ober- als Unter-Forstbedienten, auch von den fürstl. Aemtern ab und auf benannte Schreibtage verwiesen werden, und bleiben davon nur die äußersten Nothfälle, so durch Brand, Sturm oder andere dergleichen nicht voraus abzusehende Veranlassungen entstanden und von den fürstl. Aemtern attestirt werden können, ausgenommen.

Bei der verordneten neuen Einrichtung mit der Oberaufsicht über die Forsten im Weser-Districte ist nöthig gefunden, wegen Abhaltung der künftigen Forsttage über gedachten District ebenfalls die unterm 3. Juni 1750 erlassene landesf. Verordn. in einigen Stücken abzuändern und dabei folgendes zu verordnen: 1) Daß die Abhaltung solches Forsttages künftig alle Mal auf den Dienstag nach der letzten Meß- oder Zahlwoche der Lichtmess-Messe auf fürstlicher Cammer gebührend geschehen und vorgenommen, nächstdem aber 2) wegen der vorfallenden Holzgesuche jährlich zwei sogenannte Schreibtage in dem ganzen Weser-Districte, und zwar der eine 14 Tage vor Bartholomäi, der andere aber 14 Tage vor Weihnachten abgehalten, und auf solchen 3) von allen denjenigen, die zu ordinären Reparaturen der Gebäude entweder für völlige Bezahlung, oder für einen moderirten Forstzins, oder auch freies Bauholz, oder zu Betreibung ihrer Professionen Nutzholz verlangen, sich bei den Revier-Förstern melden, und wegen des Bauholzes, wenn die Forderung mehr als zwei Sorten und von jeder Sorte über 100 Fuß belangt, durch ordentlich an fürstl. Cammer eingerichtete und auf Stempelpapier geschriebene Memorialie, wegen des Nutzholzes und wenigern Bauholzes aber nur mündlich oder vermittelt eines gewöhnlichen Holzzettels das benöthigte Holzquantum nebst dem Bedürfnisse, wozu das Holz nöthig, angezeigt werden; 4) der Revierförster aber darauf, wegen des Bauholzes mit Zuziehung eines Zimmermeisters, pflichtmäßig untersuchen solle, ob die angegebenen Reparaturen vor der künftigen Hauungszeit unumgänglich vorzunehmen und anzustellen seien; 5) wenn dieses richtig gefunden worden, ist ferner von beiden das höchstnöthige Bedürfniß des dazu erforderlichen Bauholzes gründlich zu untersuchen, und 6) danach einem jeden Sollicitanten ein specificirter, und nach dem von den Ober-Forstbedienten zu verfertigenden Formulare eingerichteter Anschlag unter beider Unterschrift zuzustellen, von diesen Sollicitanten aber sind 7) solche Anschläge mit den vorgedachten Memorialien und Bauholzzetteln sofort an die fürstl. Aemter abzugeben, von den Förstern aber die über das Nutzholz bei ihnen eingekommenen Forderungen binnen gleicher Zeit gedachten fürstl. Aemtern ebenmäßig zuzustellen. Von diesen sollen darauf 8) innerhalb 14 Tagen respective nach Bartholomäi und Weihnachten die Untersuchungen ohne Mangel angestellt, und das gerichtliche Attestat, ob die Supplicanten dergleichen Holz, nach der Beschaffenheit ihrer Nahrung und Haushaltung, auch sonstiger dabei in Betracht zu ziehenden Umstände, und insbesondere auch das Nutz- und Geräthholz in der angegebenen Qualität und Quantität nöthig haben, oder ob und in wie weit darunter eine Verminderung Statt haben könne, dergleichen in Absicht des Bauholzes, ob und in wie weit eines jeden Sollicitanten Vermögen zu Vollführung der nöthigen Reparaturen zureichend, und danach die Bezahlung des Forstzinses pflichtmäßig vorzuschlagen sei, ausgefertigt, und dieses Alles binnen obbenannter Zeit, und zwar respective vor dem 8. Septbr. und 9. Januar dem Districts-Forstschreiber zugesandt werden.

9) Anlangend hingegen das zu ganz neuen Gebäuden, Anbauen und dergleichen großen Reparaturen, wodurch eine Veränderung der vorherigen Gebäude selbst entsteht, erforderliche Holz, so ist, da zu den des Falls anzustellenden gründlichen Untersuchungen die Verfertigung und Producirung ordentlicher Abrisse nach der den dazu bestinnten Zimmerleuten des Falls zu gebenden besondern Instruction unentbehrlich, dazu aber die in solchem vorstehenden Nro. gesetzte 14tägige Zeit zu kurz fällt, von denjenigen Unterthanen, welche dergleichen neue Gebäude oder große Reparaturen vorzunehmen sich genöthigt sehen, solches dem Förster sogleich im Frühjahr, oder so zeitig als es sonst möglich, mit Zustellung eines darüber an fürstl. Cammer eingerichteten Memorialz anzuzeigen, und dieser hat sodann mit dem davon zu benachrichtigenden Zimmermeister die gründliche Untersuchung, wie solche neue oder zu verändernde Gebäude am besten und dauerhaftesten, sowohl in Absicht der Lage, als der Structur, jedoch mit möglichster Menagierung des Holzes und nach den, den Zimmermeistern sonst des Falls in ihrer Instruction vorgeschriebenen Puncten vorzurichten, so frühzeitig anzustellen, daß, wo nicht auf dem Schreibtage vor Bartholomäi, dennoch auf dem vor Weihnachten der Riß und Anschlag von ihnen mit übergeben, also auf einem solchen Schreibtage selbst dergleichen Riße und Anschläge sogleich examinirt werden können, und nachher weiter nichts darüber, als die Untersuchung der Ober- und Beamten erforderlich ist, ob solche neue Gebäude und Vorrichtungen mit dem Ackerbaue und der Haushaltung, auch sonstigen Gewerbe der Eigenthümer das gehörige und nothwendige Verhältniß haben, und also dessen Bewilligung unbedenklich und rathsam sei, nicht weniger, ob und auf was Art dabei die Vorrichtung des Mauerverks, nach Vorschrift der Verordn. v. 3. Juni 1750 *) mit Nutzen Statt finden könne. Die über diese Fälle abzufassenden gründlichen Berichte sind sodann von den fürstlichen Aemtern binnen der in dem vorgehenden Nro. bestimmten Zeit ebenmäßig den jedesmaligen Forstschreibern mit zuzusenden, worauf 10) von gedachten Forstschreibern solche nebst den übrigen in dem vorstehenden 8. Nro. bemeldeten Berichten, nicht weniger die von den fürstlichen Aemtern selbst, auch von den Hütten und Fabrikwerken abgefaßten Anforderungen, welche insgesammt denselben binnen der vorangeführten Zeit ebenfalls ohne Mangel communicirt, und von diesen auf solche sämtliche exhibita die praesentata gesetzt werden sollen, in die gewöhnlichen Holz-Memorialien-Extracte gebracht und diese dem Ober-Forstbedienten ebenfalls innerhalb 14 Tagen unfehlbar zugestellt werden sollen, worauf 11) diese ihre Atteste, ob und woher das specificirte Holz in ihren Forst-Districten forstnäßig erfolgen könne, solchen Extracten bei jedem Punkte beizufügen, und damit die Specificationen von dem Bartholomäi-Schreibtage auf Michaelis, von dem Weihnachts-Schreibtage aber 8 Tage vor Abhaltung des Forsttages an fürstl. Cammer zu weiterer Verfügung einzusenden haben. 12) Anlangend das Feuerholz, so haben die Deputanten, und die mit freiem Feuerholze berechtigten Interessenten zwar nicht nöthig, wegen der ihnen vermachten Holzportionen von Neuem anzusuchen; hingegen aber müssen selbige insgesammt auf dem Bartholomäi-Schreibtage den Betrag des Hauer- und Bindelohns dafür gehörig vorausbezahlen, und soll, wer damit zurück bleibt, gewärtigen, daß für ihn nichts angewiesen werde. Alle diejenigen aber, so für gebührende Bezahlung aus den herrschaftlichen Forsten Feuerung verlangen, haben sich deshalb auf dem Bartholomäi-Schreibtage ohne Mangel, und unter dem obbemeldeten Präjudiz zu erlegen. 13) Außer obbenannten Schreibtagen sollen gar keine Ansuchungen um Holz, so wenig schriftlich als mündlich, angenommen, sondern die Sollicitanten sowohl von den Ober- als Unter-Forstbedienten, auch von den fürstl. Aemtern ab und auf obbenannte Schreibtage verwiesen werden, und bleiben davon, außer den in dem 9ten Punkte erwähnten Fällen, nur allein die äußersten Nothfälle, so durch Brand, Sturm, Wasserfluthen oder andere dergleichen nicht voraus abzusehende Veranlassungen entstanden und von den fürstl. Aemtern attestirt werden

*) S. Baueu im Weser-Districte.

können, ausgenommen. 14) Wie jedoch in den hiesigen Districten, in Absicht des den Unterthanen zu bewilligenden Bauholzes, a) Balken, Sparren, Träger und alle dergleichen Bauholz-Sorten, so am Füglichsten und gewöhnlich von Tannenholze genommen werden, gar nichts von Eichen gegeben; b) zu Thor- und Pforten-Ständern die Solicitanten statt des Eichenholzes zu dem Gebrauche der Steine und des Mauerwerks angewiesen; c) zu den Krippen so wenig Eichen- als Büchen-Blöcke abgefolgt, sondern nur dazu die erforderlichen Bohlen verwilligt; d) zu Brunnen- und andern Trögen, auch e) zu Gerennen, Abzügen an Teichen und Gräben, wo dergleichen von Steinen zu bekommen, gar kein Holz, wo es hingegen an dergleichen Steinen fehlt, dennoch nur Bohlen dazu angewiesen werden, so ist auf dem dortigen Schreibtage und bei den Untersuchungen der Förster und Zimmermeister auf alle diese Umstände ebenfalls die nöthige Attention zu nehmen und ein Gleiches zu observiren, ad a) sind jedoch, wenn gute taugliche Esen in den Hauungen vorkommen, solche zu den Balken, Sparren und sonstigem inwendigen Bauholze mit vorzuschlagen, und ist dieses, wie auch sonst bei vorkommenden Fällen in den Forst-Memorialien-Extract die Ursachen, die etwa eine Abweichung von solchen Vorschriften nothwendig machen, umständlich anzuführen. Dabei ist endlich noch 14) zugleich beschlossen, daß ratione des Holzbedürfnisses der Einwohner der Stadt Holzminden für diese künftig die Holz-Schreibtage, anstatt daß solche sonst unter das fürstl. Amt Allersheim gezogen worden, in gedachter Stadt besonders auf die oben verordnete Art abgehalten werden sollen. 15) Uebrigens sind auf den Forsttagen selbst, a) die Berichte, auf was Weise die Forstresolutionen von dem vorhergehenden Jahre zur Wirklichkeit gebracht worden, b) die sowohl wegen der anzustellenden Culturen, als vorzunehmenden Hauungen und sonst nöthigen Verbesserungen und Einrichtungen zu übergebenden deliberanda und Vorschläge, und c) die Etats von dem auf das bevorstehende Jahr in dem ganzen Districte für die Hütten, Fabriken, fürstl. Aemter, Deputanten, Gemeinden und sonstigen Holz-Interessenten zu verabsolgendenden Brennholze und Kohlen zu übergeben, und wenigstens 14 Tage vorher an fürstl. Cammer einzusenden, damit solche vorher durchgesehen und zum Vortrage und zur Resolution gehörig präparirt werden können. Fürstl. Cammer, die Ober-Forstbedienten, Ober- und Beamten, auch übrigen Obrigkeiten des Weser-Districts sollen sich nach dieser höchsten Verordnung selbst aufs Genaueste achten, und darüber ohne einige Nachsicht streng halten, insbesondere aber die Unter-Forstbedienten und Zimmerleute nebst den Einwohnern und Unterthanen danach zu ihrer Obliegenheit mit Nachdruck anhalten; zu welchem Ende denn selbige auch, damit niemand sich um so weniger mit der Unwissenheit entschuldigen könne, nicht allein bei Abhaltung der Forst- und Landgerichte auf den Aemtern, sondern auch den letzten Sonntag des Monats Juli und den ersten Advents-Sonntag in den sämtlichen Kirchen des Weser-Districts von den Kanzeln verlesen werden soll. Landesf. Verordn. v. 22. Febr. 1769. (Br. Anz. v. 1769. Nro. 41.)

cf. Rescr. herzogl. Cammer-Collegii v. 3. Octbr. 1829. (Bege II. p. 90.)

Forst-Wrogen.

Die ältern Verordnungen über das bei der Untersuchung und Bestrafung von Forst- und Jagdfreveln zu beobachtende Verfahren sind durch die neuere Gesetzgebung, welche umfassendere und abändernde Bestimmungen enthält, unpractisch geworden. S. Verordn. v. 5. Mai 1815, das in Forst-Estraffachen zu beobachtende Verfahren betr. — Forst-Estraf-Directorium v. 5. Mai 1815. *) — Verordn. v. 9. Juli 1816, die Verwendung des Werthes und Schadenersatzes bei solchen Holzfreveln, wo die Eigenthümer des gestohlenen Holzes nicht in Erfahrung zu bringen, betr. — Declaration des §. 22 der Verordn. v. 5. Mai 1815, das in Forst-Estraffachen zu beobachtende Verfahren betr., v. 4. Decbr. 1822. —

*) Die ältern Forst-Estraf-Directorien waren: für den Wolfenbüttelschen und Schöningischen District v. 12. Decbr. 1753; — für den Harz-District v. 18. März 1757; — für den Weser-District v. 11. Novbr. 1767.

Verordn. v. 22. März 1825, die Jagdfrevel und Wildddieberei und deren Bestrafung betr. — Verordn. v. 20. April 1826 wegen Bestrafung der Forstfreveler und Vollziehung der ihnen zuerkannten Strafen. — Verordn. v. 7. Febr. 1827, die mit dem königl. Preussischen Gouvernement geschlossene Uebereinkunft wegen gegenseitiger Ergreifung wirksamer Maaßregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Gränzwal- dungen betr. *) — Erklärung v. 2. August 1828, die mit der königl. Hannoverschen Regierung zur Sicherung der Entdeckung und Bestrafung der an den Gränzen vorfallenden Holz-, Wild- und Fisch- Entwendungen getroffene Uebereinkunft betr. **) — Circular-Rescr. v. 10. Januar 1830, die Ausle- gung der mit dem königl. Preussischen Gouvernement unterm 7. Febr. 1827 abgeschlossenen Uebereinkunft betr. — Circular-Rescr. v. 3. April 1833, den Geschäftsgang bei Ausfertigung der Erkenntnisse in Forst- und Jagd-Straffachen betr. — Circular-Rescr. v. 31. Decbr. 1834, die den Kreiscassen mitzu- theilenden Nachweisungen der gegen Forstfreveler erkannten Geldstrafen betr. — Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837.

Fouragegeld.

S. Contribution.

cf. Rescr. des Landes-Steuer-Collegii v. 11. Juni 1829. (Bege II. p. 299.)

Frachtfuhrleute.

Kein Fuhrmann, er sei einheimisch oder fremd, soll sich unterfangen, so wenig die Wege selbst, als die daran liegende Länderei zu beschädigen, noch über die Gräben zu fahren, solche niederzustechen, oder sonst muthwilliger Weise die Aecker durch das Befahren zu verderben, noch auch den Wege-Ausssehern unge- bührlich zu begegnen, ***) imgleichen soll sich keiner unterstehen, mit einer brennenden Tabackspfeife †) in die Ställe zu gehen, daselbst das Licht aus den Leuchten zu nehmen und an die Wände und Balken zu hängen; widrigen Falls gegen die Contravenienten mit Geld, und dem Befinden nach, nachdrücklicher Leibesstrafe verfahren, von denselben auch der verursachte Schaden beigetrieben werden soll. Landesf. Verordn. v. 7. Decbr. 1755. (Br. Anz. v. 1755. Nro. 89.)

Fragstücke.

S. Interrogatoria.

Fran-

- *) In Erwägung, daß königl. Preussische Unterthanen bei Denunciationen wegen Forst- und Landgerichts-Wegen, wie überhaupt in keinem Falle, auswärtigen Gerichten nicht weiter zur Bestrafung sistirt wurden, schrieb das landesf. Rescr. v. 13. Septbr. 1805 vor, daß die Denunciationen gegen Preussische Unterthanen den Justizämtern mit specieller Bemerkung der nach dem Directorio für jeden Fall bestimmten Strafe communicirt und dieselben ersucht werden sollten, den in dem Straf-Directorio enthaltenen Werth des Holzes von den Delinquenten beitreiben und der requisirenden Behörde abliefern zu lassen. Dieses Rescript bezog sich ganz besonders auf das an das Königreich Preußen gekommene Fürstenthum Hildesheim.
- **) Das landesf. Rescr. v. 22. Decbr. 1736 bestimmte, daß dem Burgdorfschen Conferenz-Protocolle (v. 8., 11., 15. und 16. Decbr. 1736) gemäß die Forstfreveler den Hannov. Gerichten gestellt werden sollten, und der §. 29 des Communionartz-Heilungsrecesses von 1788 enthält die Convention, daß, insofern Communion- oder einseitige Unterthanen sich in den künftig einseitigen territoria des bisher in Gemeinschaft gewesen Harzes eines Forst- oder Hube-Ber- brechens schuldig gemacht, dieselben, auf vorgängige Requisition der Obrigkeit, zur Bestrafung reciproce sistirt, auch die erkannte Strafe binnen Jahr und Tag beigetrieben, oder die Konvalenten zur Verwanblung der Geld- strafe in Leibes- oder Arbeitsstrafe specificirt werden sollten, jedoch sei in den Requisitionen locus delicti und qua- litas delicti, nach Maaßgabe des Burgdorfschen Protocolls, anzuzeigen.
- ***) cf. Gesetz über die Chausseegeld-Erhebung, den Gebrauch der Chausseem und die Wegepolizei v. 28. Mai 1835.
- †) S. auch: Tabackrauchen.

Franzosen, damit behaftetes Vieh.

Da von dem Collegio medico einstimmig dafür gehalten worden, daß von dem mit den sogenannten Franzosen behafteten Hornvieh nicht nur Haut und Talg ohne Bedenken gebraucht und zu Gute gemacht, sondern auch das Fleisch desselben, insofern solches von den vermeinten Franzosen nicht angegriffen worden, gar wohl zum Besten der Armen oder sonst genutzt werden könne, so ist den Fleischern, wenn ein solcher casus sich ereignet, frei zu lassen, dergleichen Fleisch entweder wohlfeil zu verkaufen, oder es den Armen zu geben. Landesh. Rescr. an das fürstl. Polizei-Amt zu Wolfenbüttel v. 31. August 1752.

Franzosen, emigrirte.

S. Emigranten.

Freihäuser.

S. Dienstfreiheit.

Freijahre der Anbauer.

S. Anbauer, neue.

Freischießen.

In Erwägung, daß die in verschiedenen Städten und Flecken üblichen sogenannten Freischießen theils unnütz sind, da es bei längst veränderten Zeitumständen der Uebung der Bürger im Gebrauche der Waffen nicht mehr bedarf, theils aber solche den Bürgern selbst und insonderheit den Handwerkern wegen des damit verbundenen Zeitverlustes schädlich sind, wird verordnet, daß Freischießen in hiesigen Landen gänzlich abgestellt und aufgehoben sein sollen, es sei denn, daß dem einen oder andern Orte dazu eine besondere landesh. Concession ertheilt würde. Die zu dem Freischießen bisher hin und wieder gegebenen fürstl. Gnadengelder sollen hinfüro nach Befinden zu Prämien zur Ermunterung derer, die sich dem gemeinen Wesen vor andern nützlich zu machen suchen, und andern zur Aufnahme der Städte und Flecken gereichen. Landesh. Verordn. v. 12. März 1770. (Br. Anz. v. 1770. Nro. 24.)

Freischießen in Braunschweig.

Daß Granaten- und Schwärmerwerfen, sowohl von den Sitten als überhaupt auf der Masch und den Environs vor sämtlichen Thoren ist bei 50 Mfl. Strafe verboten. Wer diese Strafe binnen 6 Tagen nicht erlegen kann, wird dem Befinden nach mit Gefängniß, auch der Verkäufer der Granaten und Schwärmer dem Befinden nach nachdrücklich bestraft. Am dritten Tage des Königschießens, und besonders des Nachmittags von 1 Uhr an, sollen die ohne Aufsicht herumlaufenden Knaben von der Schützenmasch weggewiesen und denselben dadurch die Gelegenheit zum Lärmen, Schreien, Schwärmerwerfen und Schießen aus Schlüsselbüchsen benommen werden. Sollten dieselben auf Befehl der Schützenherren nicht weichen wollen, so sollen die Widerspenstigen mit Hülfe der obrigkeitlichen Unterbedienten arretirt, und zur Bestrafung ans Rathhaus geliefert werden, weshalb Eltern, Lehrmeister und Vormünder ermahnt werden, ihre Kinder, Lehrlinge und Pflegebefohlenen besonders an diesem Tage in ihren Häusern zu behalten und sich dadurch vor Schimpf und Verantwortung, auch wohl Erzekung des Schadens, welcher durch den außer Aufsicht gelassenen Knaben bewirkt worden, zu bewahren. Alles Placern und Schießen allenthalben vor den Thoren bleibt bei 10 Thlr. Strafe verboten; und wie darüber Beschwerde eingegangen, daß dem Bleicher auf der Neustadtmach das Linnen und Garn nicht wenig durch die Hunde derjenigen verdorben werde, welche sich des Weges über den Glacis nach dem Schützenhause bedienen, auch solche wohl gar aus Muthwillen die Hunde darüber hegen, so wird hiermit, außer Erzekung des Schadens, wie sich ohnehin versteht, bei 6 Mfl. Strafe verboten, einen Hund gedachten Weges los

mit sich zu führen, welche Strafe im wiederholten Falle verdoppelt, und der Hund an den Abdecker über-
das geliefert werden soll. Auf landesf. Befehl von dem Magistrate zu Braunschweig erlassene Verordn.
v. 13. Mai 1766. (Br. Anz. v. 1766. Nro. 42.)

Mit landesf. höchster Genehmigung ist verordnet:

1) Alles Schießen aus kleinem Gewehre, als: Pistolen, Puffern, Schlüsselbüchsen, oder wie es sonst
Namen haben mag, ist während des Bürgerschießens und anderer Feierlichkeiten auf dem Theile des
Maschplatzes, wo die Buden stehen, bei einer Geldstrafe von 10 bis 50 Thlr. verboten, den Umständen
nach aber soll dasselbe mit Gefängniß, allenfalls auch mit dem Zuchthause bestraft werden.

2) Bei gleicher Strafe ist das Schwärmerwerfen aus dem Schützenhause oder in der Nähe desselben,
ferner auf dem Platze, wo die Buden stehen, und neben dem Zuge der Schützen, endlich alles Schießen
der Schwärmer aus Gewehren verboten.

3) Jede Widerseßlichkeit gegen die Unterbedienten, welche auf solche Contraventionen achten, das ge-
nannte kleine Gewehr wegnehmen und ins Wasser werfen sollen, soll mit Gefängniß oder dem Zuchthause
bestraft werden. Bekanntmachung des Magistrats zu Braunschweig v. 10. Mai 1799. (Br. Anz. v.
1799. Nro. 38.)

Die wider das Schwärmerwerfen und Schießen auf der Masch bei dem Bürgerschießen zu Braun-
schweig unterm 10. Mai 1799 erlassene Verordnung ist wegen Mißbrauchs der in selbiger bewiesenen
Nachsicht mit landesf. höchster Genehmigung dahin modificirt worden, daß

1) hinfüro überall kein Schwärmerschießen oder Werfen während der Bürgerschießen und anderer
damit verbundenen Feierlichkeiten so wenig auf dem ganzen Maschplatze, als auf den herumliegenden
Gärten und Wegen und bei dem Zuge der Schützen gestattet sein soll, und sollen diejenigen, so dawider
handeln, mit einer Geldstrafe von 10 bis 50 Thlr. belegt, befundenen Umständen nach auch wohl mit
verhältnißmäßigem Gefängnisse oder Zuchthause bestraft werden.

2) Der Verkauf der Schwärmer ist während der Bürgerschießen und der damit verbundenen Feier-
lichkeiten sowohl auf dem Maschplatze, als in den herumliegenden Gegenden bei einer Strafe von 20 Thlr.
oder verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe untersagt.

3) Da bereits alles Schießen aus kleinen Gewehren, als: Pistolen, Puffern, Schlüsselbüchsen und
vergleichen auf dem Theile des Maschplatzes, worauf die Buden stehen, während der Bürgerschießen und
der damit verbundenen Feierlichkeiten, bei Vermeidung der §. 1 bestimmten Strafe untersagt ist, so hat
es dabei sein Bewenden; es wird jedoch unter gleichmäßiger Strafe auch das Schießen und Plackern nach
geendigtem Scheibenschießen zwischen den Scheibenbergen und dem Schützenhause, so wie in den Schützen-
gärten und den nach der Stadt führenden Wegen, insbesondere bei dem Schützeneinzuge, hiermit gleich-
falls verboten.

4) Jede Widerseßlichkeit wider die Unterbedienten, welche angewiesen sind, die Contravenienten zur
gebührenden Strafe anzuzeigen und zu arretiren, auch Schwärmer und kleines Schießgewehr an verbote-
nen Orten wegzunehmen, soll mit Gefängniß und dem Befinden der Umstände nach mit dem Zuchthause
bestraft werden; wie denn auch höchsten Orts die Verfügung getroffen worden, daß die Unterbedienten
durch die von Zeit zu Zeit nach dem Maschplatze von der Wache zu schickenden Militair-Patrouillen zu Er-
haltung der Ruhe und Ordnung thätig unterstützt werden. Bekanntmachung des Magistrats zu Braun-
schweig v. 31. Mai 1803. (Br. Anz. v. 1803. Nro. 43.)

Die Bekanntmachung v. 31. Mai 1803 ist unterm 2. Juni 1814. (Br. Anz. v. 1814. Nro. 43.)
erneuert und sodann fast alljährlich in Erinnerung gebracht.

Fremde.

S. Concurſ — Arrest — Bergmaterialien — Briefe und Adreſſen an Fremde in Braunschweig.

Fremde und Durchreisende.

Fremde unbekannte Leute ſoll niemand über zwei Nächte der Dbrigkeit jedes Orts unangezeigt beherbergen bei 1 fl. Strafe. Allg. Landes-Ordn. Art. 21.

Da in verſchiedenen Gegenden die Vorſchrift des 21. Art. der Landes-Ordn. gänzlich hintangeſetzt iſt, die Nothwendigkeit aber erfordert, daß wider das auf dem Lande umherſtreifende Gefindel und den von demſelben zu beſorgenden Unfug alle mögliche Anſtalt vorgekehrt werde, ſo wird jene Diſpoſition der Landes-Ordnung nicht nur geſchärft, ſondern auch weiter verordnet, wie es mit Beherbergung unbekannter Perſonen in den Dörfern gehalten werden ſoll:

1) Kein Bauersmann ſoll ſich unterſtehen, außer ſeinen Bekannten und Freunden jemand auf eine oder etliche Nächte zu beherbergen, es ſollen vielmehr diejenigen, welche ein Nachtlager verlangen, nach dem Krüge gewieſen werden. Ein jeder Hauswirth, der einen Häuſling, und wenn ſolches auch ſein Bekannter und Verwandter wäre, auf eine Zeit lang in ſein Haus nimmt, ſoll ſolches alſofort den Bauermeiſtern, und binnen 8 Tagen der Dbrigkeit melden. Sollte die Dbrigkeit nöthig finden, die Leute fortzuſchaffen, ſo iſt ſolches alſofort zu bewerkſtelligen. So viel die Durchreisenden und Fremden betrifft, ſollen

2) die Krüger diejenigen, welche bei ihnen auf eine Nacht, oder einen Theil derſelben einkehren, und ihnen unbekannt ſind, mit Beſcheidenheit fragen, wer ſie ſind, von wannen ſie kommen und wohin ſie reiſen, und ſich ſolches von den Fremden ſelbſt, wenn ſie dazu willig ſind, aufzeichnen laſſen, ſonſt aber für ſich ſolches Alles zu der bald zu erwähnenden Meldung genau bemerken. Sollten auch in der Nacht Fremde einkehren, ſo ſoll der Krüger, wenn er einheimiſch und deſſen vermögend iſt, jeder Zeit ſelbſt aufſtehen und von den Fremden obgedachte Nachrichten einziehen, in ſeiner Abweſenheit aber, oder wenn er krank, dazu an ſeiner Stelle die zuverläſſigſte Perſon, die er im Hauſe hat, gebrauchen.

3) Sollten wider Verhoffen ſich die Fremden bei der vorgeschriebenen Nachſtfrage ungeziemend bezeigen, ſo iſt ihnen dieſe Verordnung vorzulegen, und Falls ſie ſodann ſich derſelben nicht gemäß erklären, ſind ſie als Uebertreter der landeſſ. Geſetze anzuhalten und der Dbrigkeit zu melden.

4) Was der Krüger von den Fremden erfahren, ſolches meldet er, wenn ſie nicht bei nachtschlafen-der Zeit ankommen, alſofort, ſonſt aber erſt des folgenden Morgens, es wäre denn, daß die in der Nacht einkehrenden Fremden dem Krüger verdächtig vorkämen; auf dieſen Fall iſt er ſchuldig, den Bauermeiſtern und den Nachtwächtern davon Nachricht zu geben, damit dieſe auf ihrer Hut ſind, und bedürfenden Falls Unglück verhüten helfen. Da inzwiſchen die Krüger in ihrer Beſorgniß irren, und ehrliche Leute in ungleichem Verdachte haben können, ſo ſoll dadurch, und die etwa im Dorfe gemachten Anſtalten keinem an ſeiner Ehre und gutem Leumuth geſchadet werden, der Bauersmann aber auch, Falls nicht einige Boſheit bei der Sache hervorleuchtet, entſchuldigt und unbeftraft bleiben.

5) Die mehrerwähnte Meldung der Krüger geſchieht der ordentlichen Dbrigkeit, oder dem von ihr benannten Bedienten, wenn ſolche gegenwärtig, ſonſt dem Prediger, und wenn dieſer nicht im Dorfe, dem Schulmeiſter, und Falls auch dieſer abweſend, dem Bauermeiſter. Diejenigen, welchen die Meldung auf den Fall der Abweſenheit geſchieht, haben alles, was ihnen gemeldet worden, demjenigen, dem es ſonſt gemeldet werden müſſen, nach deſſen Zurückkunft zu hinterbringen; dieſe, welchen ordentlicher Weiſe die Meldung zu thun, ſollen, was ihnen gemeldet wird, in ein Buch verzeichnen, damit man, ſo oft es erforderlich, nachſehen könne, was für unbekannte Leute durch das Dorf gekommen.

6) Sollten ſie bei den gemeldeten Umſtänden was Verdächtiges finden, ſo iſt ihre Schuldigkeit,

entweder selbst oder durch die Bauermeister und andere, nähere Nachricht einzuziehen, auch, befindenden Umständen nach, im Dorfe Anstalt zu machen, und wird hier alles wiederholt, was bereits Nro. 4 von von dem Falle, da unschuldige Leute durch den Krüger in Verdacht gebracht, verordnet worden.

7) Fänden sich unter den von dem Krüger gemeldeten Fremden Leute, welche den Ordnungen gemäß anzuhalten und fest zu machen, so ist, wenn die Obrigkeit gegenwärtig, und nicht zu besorgen, daß der Verdächtige inzwischen entwiſche, von derselben dazu die Verordnung einzuholen, sonst aber dennoch dazu zu schreiten, auch sind, dem Reglement wegen der Bettler gemäß, diese fest zu machen, Leute, welchen Steckbriefe nachgeschickt, zu arretiren, auch wenn jemand, wie oben Nro. 3 gemeldet, sich vergeht, oder sonst ein großer Verdacht auf ihn fällt, gleiche Maaßregeln zu nehmen. Es soll aber, wenn dergleichen geschehen, solches der Obrigkeit durch einen Expreßten alsbald gemeldet werden.

8) Falls auch bei Tage sich in den Krügen verdächtige Leute einsinden, welche nicht übernachten wollen, so hat dennoch der Krüger alsbald den obangeführten Personen davon Nachricht zu geben, und diese sind zu dem, was oben Nro. 6 angeführt, gehalten.

9) Wer in irgend einem Stücke dieser Ordnung entgegen handelt, soll mit einer den Umständen nach höher, niemals aber unter 2 Mfl. zu bestimmenden Geldbuße, auch dem Befinden nach noch härter bestraft werden. Jedem Krüger soll ein Exemplar dieser Verordnung zugestellt werden. Landesf. Verordn. v. 8. Octbr. 1750. (Br. Anz. v. 1750. Nro. 86.)

E. auch: Beherbergen — General-Visitationen.

cf. Verordn. v. 4. Mai 1830, das Wohnortsrecht der Unterthanen in polizeilicher Hinsicht betr., §. 21.

Fremde, in hiesigen Landen sich niederlassende.

Die Verordnungen, *) wodurch den Ausländern, welche sich in den hiesigen Landen niederlassen würden, Vortheile zugesichert waren, sind außer Anwendung gekommen; jezt bedürfen sie dazu einer besondern Erlaubniß, die auf dem Lande von den herzogl. Kreis-Directionen (Verordn. v. 4. Mai 1830. §. 23.) und in den Städten vom Landesfürsten selbst (Städte-Ordn. v. 4. Juni 1834. §. 19.) ertheilt wird.

E. übrigens: Reformirte, Niederlassung derselben in den hiesigen Landen.

Fremde in Braunschweig.

Nach landesf. Befehl soll ein jeder hiesige Einwohner ohne Ausnahme, welcher während der hiesigen Messen Fremde logirt, die Anzeige davon nach einem vorgeschriebenen Formulare dem Districts-Commissario 4 Tage nach völlig geendigter Messe bei Vermeidung von 2 Thlr. Strafe für jeden nicht gehörig angezeigten Fremden einschicken. Verordn. des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 11. Januar 1765. (Br. Anz. v. 1765. Nro. 7.)

Auf landesf. Befehl ist wiederholt **) verfügt, daß ein jeder Gastwirth und Bürger, wenn Fremde bei ihm einkehren, und auch wenn selbige wieder abreisen, solche sofort mit Bemerkung seiner Hausnummer und der benannten Fremden Standes und Verkehrs dem Polizei-Directorio schriftlich melden, oder gewärtigen solle, daß er mit Nachdruck zu seiner Pflicht angehalten, und bei jedem Contraventionsfalle in

*) Die Verordn. v. 5. Juni 1747, wodurch den evangelisch-lutherischen Colonisten, welche sich in den hiesigen Landen niederlassen würden, bedeutende Vortheile zugesichert waren, ist schon durch die Verordn. v. 30. Juli 1756 zum Theil wieder aufgehoben, jezt aber völlig antiquirt.

**) Schon durch ein gedrucktes Patent des Magistrats zu Braunschweig v. 1. Decbr. 1722 war verordnet, daß diejenigen, welche Fremde, es sei in oder außer den Messen, zu beherbergen pflegten, dergleichen Meldungszettel alle Abend an den Commandanten und regierenden Bürgermeister bei Gefängnißstrafe einschicken, und wenn sie etwas Verdächtiges merkten, solches unverzüglich anmelden sollten.

5 Thlr. unabhöttliche Strafe fogleich genommen werde. Avertiffement des Polizei-Departem. zu Braunschweig v. 8. Mai 1780. *) (Br. Anz. v. 1780. Nro. 39.)

Alle hiefige Einwohner, welche in den Messen Fremde logiren, sollen alle Mal gleich nach deren Ankunft, einen Logirzettel, mit Bemerkung des Orts, woher dieselben find, ob es Verkäufer oder Einkäufer und im ersten Falle, womit dieselben handeln, bei 2 Thlr. Strafe, an den Commandanten und das fürstl. Polizei-Directorium einschicken. Avertiffement des fürstl. Polizei-Departem. zu Braunschweig v. 3. August 1784. **) (Br. Anz. v. 1784. Nro. 61.)

Ein jeder Einwohner soll höchstem Befehle zufolge von den in den Messen bei ihm logirenden Fremden 1) gleich nach deren Ankunft einen Logirzettel mit Bemerkung des Orts, woher dieselben find, ob es Einkäufer oder Verkäufer, und womit sie handeln, bei 2 Thlr. Strafe an den Stadt-Commandanten und bei gleicher Strafe einen gleichen an das fürstl. Polizei-Directorium einschicken, 2) aber vier Tage nach völlig geendigter Messe einen gleichen Zettel, und zwar diesen nach dem vorgeschriebenen, von den Polizei-Dienern unentgeltlich auszutheilenden Formulare, ebenfalls bei 2 Thlr. Strafe für jeden nicht gehörig angezeigten Fremden, dem Commissario des Districts zusenden. Uebrigens aber bleibt es bei der gleichfalls auf höchsten Befehl erlassenen Verordnung, daß die Gastwirthe und andere Bürger, welche auch außer den Messen Fremde beherbergen, deren Ankunft und Abreise mit Beschreibung ihres Standes und Verkehrs dem Stadt-Commandanten und dem fürstl. Polizei-Directorio bei 5 Thlr. Strafe schriftlich melden müssen. Avertiffement des fürstl. Polizei-Departements v. 23. Juli 1787. ***) (Br. Anz. v. 1787. Nro. 58.)

Die Verordn. v. 8. Mai 1780 wird nochmals erneuert, und den Contravenienten nicht allein die gesetzmäßige Strafe, sondern auch dem Befinden nach, wenn sie mehrmals dergleichen sich zu Schulden kommen lassen, der Verlust der Gastgerechtigkeit gedroht. Avertiffement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 24. April 1794. (Br. Anz. v. 1794. Nro. 35.)

Diese Verordnung ist abermals erneuert, und sonderlich den kleinern Wirthen im Contraventionsfalle nicht allein die ordnungsmäßige Strafe, sondern auch dem Befinden nach, und wenn sie mehrere Male die Meldung unterlassen, der Verlust der Gastgerechtigkeit gedroht. Avertiffement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 24. Juli 1794. †) (Br. Anz. v. 1794. Nro. 59.)

Auf höchsten Specialbefehl sollen alle und jede Einwohner der Stadt Braunschweig bei 10 Thlr. Strafe keinen Fremden über 24 Stunden bei sich beherbergen, oder gar eine Gelegenheit an eine Familie vermieten, wenn sie nicht zuvor bei dem Polizei-Directorio und dem jedesmaligen Commandanten der Stadt davon eine schriftliche, deutliche und ausführliche Anzeige mit Bemerkung des gesammten Personals der Fremden eingesandt haben; wie denn auch, wenn der Fremde seine Wohnung verändert, oder sich ganz wegbezieht, die Anzeige davon bei obgedachter Strafe von 10 Thlr. bei erwähnter Behörde eben-

*) Erneuert durch das Avertiffem. des fürstl. Polizei-Departem. v. 24. April 1793. (Br. Anz. v. 1793. Nro. 36.)

**) Erneuert durch das Avertiffem. des fürstl. Polizei-Departem. v. 26. Januar 1785. (Br. Anz. v. 1785. Nro. 9.)

***) Erneuert durch die Avertiffem. des fürstl. Polizei-Departem. zu Braunschweig v. 22. Januar 1789, und 20. Januar 1792, 16. Januar, 24. April, 27. Juli 1793, und 24. Juli 1794. (Br. Anz. v. 1789. Nro. 8, v. 1792. Nro. 8, v. 1793. Nro. 6, 36, 59 und v. 1794, Nro. 59.) In neuerer Zeit ist das Avertiffem. durch die Bekanntmachungen der fürstl. Polizei-Direct. v. 24. Juli 1815. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 58.) 21. Januar 1819. (Br. Anz. v. 1819. Nro. 8.) zc. in Erinnerung gebracht.

†) In Erinnerung gebracht durch das Avertiffem. des fürstl. Polizei-Departem. zu Braunschweig v. 24. Octbr. 1794. (Br. Anz. v. 1794. Nro. 84.)

falls sofort geschehen muß. Bekanntmachung des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 29. August 1796. *) (Br. Anz. v. 1796. Nro. 68.)

Um das Einbringen verdächtiger fremder und armer Familien in die Stadt Braunschweig zu verhüten, ist auf höchsten Befehl verordnet:

1) Niemand darf seinen Wohnsitz in Braunschweig nehmen, welcher nicht ein Zeugniß seines Wohlverhaltens von seiner bisherigen Obrigkeit beibringen kann und hinlängliche Kräfte hat, sich durch Handarbeit zu ernähren, oder doch ein zulängliches Vermögen zur Erwerbung seines Unterhaltes nachweisen kann.

2) Den zum Dienen tüchtigen Gesinde ist nicht erlaubt, sich auf eigene Hand zu setzen, außer wenn dasselbe eine bevorstehende Verheirathung nachweisen kann.

3) Wer sich als Schutzbürger niederlassen will, muß sich deshalb zeitig bei dem jedes Mal dirigirenden Bürgermeister melden, um einen gedruckten, von jenem zu unterschreibenden Erlaubnißschein zu erhalten, welchen der neue Schutzbürger dem Districts-Commissair seiner künftigen Wohnung vorzuzeigen hat, der die geschehene Vorzeigung auf dem Scheine bemerken muß. Ein solcher Schutzbürger muß auch jede Veränderung seiner Wohnung seinem Districts-Commissair und, wenn er in einen andern District zieht, seinem bisherigen und dem neuen Districts-Commissair anzeigen, welche dieses auf dem Erlaubnißscheine bemerken.

4) Zum ersten Male werden die Erlaubnißscheine auf 6 Monate ertheilt, dann aber nach Befinden der Umstände und des bisherigen Betragens auf anderweite 6 Monate verlängert und nach deren Ablauf auf Lebenszeit prolongirt.

5) Kein Einwohner darf Fremde, von welchem Stande sie auch sind, ohne gehörige Meldung bei 2 Uhr. Strafe bei sich aufnehmen und niemandem, welcher vom Lande oder aus einer andern Stadt nach Braunschweig ziehen und sich auf seine eigene Hand daselbst besetzen will, wenn selbiger nicht das Bürgerrecht gewonnen oder den obgedachten Erlaubnißschein erhalten, eine Gelegenheit allein, oder mit andern gemeinschaftlich vermieten, oder solche Leute bei sich aufnehmen. Bekanntmachung des Magistrats zu Braunschweig v. 22. März 1803. (Br. Anz. v. 1803. Nro. 27. und v. 1805. Nro. 75.)

Sowohl in als außer den Messen soll kein Einwohner Braunschweigs bei eigener Verantwortung einen Fremden, den er nicht genau kennt und für dessen Person er nicht responsabel sein will, bei sich beherbergen und aufnehmen. Sollten daher gänzlich unbekannte oder gar als verdächtig schon bekannte Personen sich bei jemandem einfinden und Aufnahme suchen, so sind selbige von dem Hauswirth, der sie unverdächtigen Falls aufnehmen will, zuvor zu dem Districts-Polizeicommissair zu führen, damit dieser den Fremden, insofern wegen dessen Person und Geschäfte keine Bedenklichkeiten obwalten, einen Erlaubnißschein zum Aufenthalte auf einen oder mehrere Tage ertheilen, oder denselben sofort aus dem Thore schaffen lassen könne.

Uebrigens hat es bei der bekannten Vorschrift, daß alle Fremde sogleich bei ihrer Ankunft dem Polizei-Directorio und dem Commandanten ausführlich gemeldet werden müssen, sein Verbleiben, und sollen die wegen ihrer lästigen Bettelei und sonstigen Unfugs schon in voriger Messe weggewiesenen Spiel-

*) Diese Bekanntmachung ist sowohl in älterer als neuerer Zeit zu wiederholten Malen erneuert; s. insbesondere die Bekanntmachungen der k. polizeil. Direction v. 16. Septbr. 1816. (Br. Anz. v. 1816. Nro. 73.) v. 22. März 1820. (Br. Anz. v. 1820. Nro. 25.) v. 7. April 1825. (Br. Anz. v. 1825. Nro. 28.) In specieller Beziehung auf die Aufnahme französischer Emigranten ist dieselbe durch das Avertissem. v. 12. Decbr. 1799 wörtlich erneuert und dieses zugleich mit der Bekanntmachung v. 20. Mai 1798 (s. Bettler in Braunschweig) nachher sehr häufig in Erinnerung gebracht; insbesondere unterm 18. Januar 1815. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 6.) 21. Januar 1819. (Br. Anz. v. 1819. Nro. 8.) 31. Juli 1819. (Br. Anz. v. 1819. Nro. 59.) u.

leute und Musikanten, Schaukasten-Träger und dergleichen Leute, deren Erwerb von sehr zweideutiger Art ist, in und zwischen den Messen weiter überall nicht zugelassen werden, daher bei unausbleiblicher Bestrafung niemand solche aufzunehmen hat. Bekanntmach. des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 24. Decbr. 1803. *)

S. auch: Bettler in Braunschweig — Messwirth.

Außer den in den Notizen angegebenen polizeilichen Bekanntmachungen vergl. auch noch: Bekanntmachung der fürstl. Polizei-Direction v. 1. März 1815. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 19.) 31. Mai 1815. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 42.) 24. Juli 1815. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 58.) 7. April 1825. (Br. Anz. v. 1825. Nro. 28.) 18. April 1825. (Br. Anz. v. 1825. Nro. 32.) 2. Januar 1826. (Br. Anz. v. 1826. Nro. 1.) 17. Januar 1828. (Br. Anz. v. 1828. Nro. 6.) 16. Octbr. 1831. (Br. Anz. v. 1831. Nro. 82.) 16. Januar 1832. (Br. Anz. v. 1832. Nro. 7.) 12. Febr. 1832. (Br. Anz. v. 1832. Nro. 13.) 6. Januar 1835. (Br. Anz. v. 1835. Nro. 8.) Die außerdem noch ergangenen Bekanntmachungen enthalten nur Wiederholungen der hier angeführten.

Fremde in Wolfenbüttel.

Auf landesf. Befehl ist von dem Magistrate in Wolfenbüttel folgendes verordnet:

Allen und jeden Bürgern und Einwohnern in der Stadt, auch in den Vorstädten, welche ein ordinares Wirthshaus haben, oder nur zuweilen, es sei wann es wolle, einige Fremde zu beherbergen pflegen, ist anbefohlen, daß sie alle Abende sowohl dem Commandanten, als auch dem regierenden Bürgermeister einen Zettel, worauf die Namen der bei ihnen Eingekehrten, desgleichen, in welches Thor sie hereingekommen, was ihre Verrichtung daselbst sei, und wie lange sie alhier zu verweilen gemeint, verzeichnet, einsenden; **) auch, dafern sie bei dem einen oder andern etwas Verdächtiges bemerken werden, solches unvorzüglich an obbesagten Orten mit anmelden, oder in dessen Verbleibung gewärtigen sollen, daß sie mit Gefängniß-Strafe ohne alles Nachsehen belegt werden; desgleichen dann auch alle und jede Brauer, Wirth und Bierschenken befehligt sind, nach geschehenem Zapfenstreiche keinen Soldaten einige Beche in ihren Häusern zu gestatten, noch ihnen einiges Getränk mehr reichen zu lassen, viel weniger gegen die umhergehende Patrouille selbige zu verhehlen und zu verschweigen, sondern dieselben nach geschehenem Zapfenstreiche alsogleich nach ihren Quartieren zu verweisen, und sofern dennoch jemand dawider betreten worden, hat dieser das erste Mal eine Bestrafung von 6 Mfl., das andere Mal aber Gefängnißstrafe ohne einige Remission und Moderation zu gewärtigen; diejenigen Bürger aber, bei denen einige Soldaten im Quartiere sind, haben dieselben den visitirenden Unter-Officiers, ob sie über Nacht zu Hause gewesen oder nicht, jedes Mal richtig anzumelden, auch da sie die Einbringung einiger verdächtiger Sachen bei Tage oder bei Nacht bemerken werden, solches bei 6 Mfl. Strafe sofort anzuzeigen. Verordn. des Magistrats zu Wolfenbüttel v. 22. Febr. 1756.

Niemand soll in Wolfenbüttel ohne Beibringung des erforderlichen Duldungsscheins von der Obrigkeit, bei Vermeidung von 5 Thlr., oder befundenen Umständen nach Gefängniß-Strafe, fremde Leute, die von anderen Orten herziehen, über zwei Tage beherbergen, viel weniger solche in ihren Häusern miethweise aufnehmen. Bekanntmachung des Magistrats v. 24. Januar 1776. ***)

Die landesf. Verordn. v. 1. Juli 1776, (Br. Anz. v. 1776. Nro. 57.) wodurch den ausländischen

*) In neuerer Zeit ist diese Bekanntmachung unterm 18. Januar 1815. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 6.) 21. Januar 1819. (Br. Anz. v. 1819. Nro. 8.) und späterhin noch häufig erneuert.

**) cf. Bekanntmach. der herzogl. Polizei-Direction zu Wolfenbüttel v. 1. Novbr. 1834. (Br. Anz. v. 1834. Nro. 265.)

***) cf. Bekanntmach. des fürstl. Stadtgerichts zu Wolfenbüttel v. 31. Mai 1823. (Br. Anz. v. 1823. Nro. 44.)

Negotianten, Wechselherren, Kauf- und Handelsleuten, Entrepreneurs und Künstlern u. auf den Fall, daß sie sich in Wolfenbüttel niederlassen wollten, große Vortheile zugesichert wurden, ist außer Anwendung gekommen; f. Fremde, in hiesigen Landen sich niederlassende.

Freudige Begebenheiten, Sammeln bei denselben für die Armen.

E. Armen-Anstalten.

Fristen.

Die zur Vollführung der Processse nothwendigen Termine sollen zu deren Beförderung alle Mal von vier zu vier Wochen angesetzt, und, wenn Präjudicial-Bescheide ertheilt, darüber mit besonderem Ernst gehalten, wider die verzögernde Partei *ex capite contumaciae* nach Anweisung der Rechte verfahren und darin niemandem nachgesehen werden. Canzlei-Ordn. Art. 48.

Ueber einen Präjudicial-Bescheid soll keine weitere Dilation verstattet, sondern die Sache in dem andern Termine für gestanden angenommen und, was recht sein wird, gesprochen werden, zumal die Termine von Hofgericht zu Hofgericht so räumig sind, daß der Beklagte überflüssig Zeit zu seinem Einbringen dadurch erlangt hat; in welchem Betracht auch die gewöhnlich gewesen *dilationes probandi* restringirt und nur von Hofgericht zu Hofgericht angesetzt und concedirt werden sollen, in solchem Falle, da der Kläger oder Appellant, oder wer sonst den Beweis führen muß, solche Dilationen gebührlich zu suchen befugt sein wird. Es soll auch die *tertia probandi dilatio* nicht anders, als wenn der Sache Wichtigkeit es erfordert und der Beweisführer die zulängliche Ursache solcher Verhinderung und nochmals gebetener Dilation mit einem körperlichen Eide bekräftigt, oder sonst nach Umständen und Bewandniß der Sache genugsam documentiren wird, hinfüro vergönnt und decretirt werden, welches die Richter mit Fleiß ermeßen sollen. Die *quarta dilatio* aber soll keinerlei Weise mehr verstattet und zugelassen werden. Hofger. Ordn. Tit. XLI. §. Ueber solchen u.

Die Advocaten und constituirten Procuratoren sollen die ihnen injungirten Handlungen sofort in dem ersten dero behuf anberaumten Termine oder von Hofgericht zu Hofgericht jedes Mal einbringen und keine unnöthige Dilationen bitten, oder, im Falle sie ja aus unvermeidlicher Nothwendigkeit dazu genöthigt würden, das dieserhalb zu allegirende *impedimentum* durch glaubwürdige schriftliche Attestate sofort Anfangs bescheinigen und darüber Erkenntniß gewärtigen; gestalt denn widrigen Falls auf die von dem Gegentheil geschehene Ungehorsamsbeschuldigung das Decret sofort purificirt, bei dem nächstfolgenden Hofgerichte mit Publication des Urtheils verfahren, und also über den im Tit. 41 der fürstl. Hofgerichts-Ordnung mit enthaltenen §. Ueber solchen Präjudicial-Bescheid u. hinfüro mit Nachdruck gehalten und die Processse dadurch möglichst beschleunigt werden sollen. Verordn. des fürstl. Hofgerichts zu Wolfenbüttel v. 31. März 1703.

Da durch das Dilationsbitten die Processse sehr aufgehalten werden, so soll außer der *dilatio praejudicialis prima* keine weiter verstattet werden, es sei denn, daß das *impedimentum legale* sogleich in *continenti* rechtlicher Gebühr beigebracht worden. Verordn. der fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 15. Septbr. 1721.

Nach Vorschrift der Hofgerichts-Ordnung ist genau darüber zu halten, daß binnen drei Monaten die *appellationes* nicht allein justificirt, sondern auch *processus* reproducirt werden, und wie zu dem Ende die *justificationes* so zeitig eingebracht werden müssen, daß vor Ablauf der drei Monate *processus* nicht nur erkannt, sondern auch insinuirt werden können, so soll das Hofgericht die *appellationes*, in welchen solches nicht beobachtet ist, ohne Verstattung weiterer Fristen *ad reproducendum* als desert

verwerfen und die Procuratoren davon, auch daß sie die *justificationes appellationum* in der Hofgerichts-Diät, welche vor dem Ablaufe der gesetzten drei Monate einfällt, *sub poena desertionis* einbringen sollen, benachrichtigen.

Zu Abkürzung der Sachen und um bei den Diäten die Zeit auf Hauptsachen verwenden zu können, sollen die Termine *ad re- et duplicandum* nicht von einem Hofgerichte zum andern, sondern auf sechs Wochen gesetzt werden, jedoch daß nichts desto weniger solche Termine wie vorhin und in alle Wege *praejudicialia* sein müssen.

Den Procuratoren ist durch einen gemeinen Bescheid *) bekannt zu machen, daß, wie alle Bescheide *praejudicialia* sind, also niemand ohne Bescheinigung eines rechtlichen *impedimenti* Frist zu suchen sich begeben lassen soll und daß zu Justification der Appellation überall keine *prorogationes* ertheilt werden sollen. Landesf. Rescr. an fürstl. Hofgericht v. 21. Mai 1755. **)

Es hat dabei sein Verbleiben, daß die in der Hofgerichts-Ordnung *usque ad proximam* gesetzten *fatalia* und Fristen auf vier Wochen eingeschränkt sind. ***) Landtags-Absch. v. 9. April 1770. Art. 11. Litt. a.

S. auch: Advocaten und Procuratoren bei fürstl. Justiz-Canzlei — Beweis — Eid — Rechtsmittel u. — Justiz — Untergerichte des Fürstenthums Blankenburg.

cf. Verordn. v. 15. Januar 1814, die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizei-Verfassung betr., §. 5. — Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §§. 2. 3. 6. 13. — Oberappellat. Ger. Ordnung v. 16. Septbr. 1835. §§. 123. 125. 130. 179.

Fristen, Berechnungsweise derselben.

Da über die gesetzten *fatalia justificationis* der eingewandten *suspensiv. remediorum*, *probationis* auch *terminorum praejudicialium* und die dero behuf präfigirte vierwöchige Frist Zweifel entstanden sind, ob solche vier Wochen zu 28, als jede Woche zu 7 Tage, oder aber von dem Tage des eingewandten *suspensivi remedii* und des *decreti prorogationis* item *praejudicialis* bis auf denselben Tag in dem nächstfolgenden Monate, und also z. B. von dem ersten bis wieder zum ersten gerechnet werden solle, und nach der von den Gerichten eingezogenen Erkundigung dies Letztere so oft gesprochen, daß dadurch eine Observanz introducirt worden, so wird diese Observanz nicht nur confirmirt und bestätigt, sondern auch verordnet, daß dieselbe sowohl jetzt als künftig befolgt und hiernach in allen Streit-sachen ohne Verstattung einiger Weitläufigkeit entschieden werden soll. Landesf. Verordn. v. 30. Mai 1718.

Wenn am 27. Febr. eines Schaltjahrs ein Erkenntniß publicirt und dagegen am 8. des folgenden Monats März ein Rechtsmittel eingewandt gewesen, so ist das *fatale decendii* für beobachtet zu halten. Attestat fürstl. Justiz-Canzlei v. 10. August 1773.

Da in der Verordn. v. 30. Mai 1718, die Berechnung der Termine bei den *Fatalen* und den *Präjudicial-* und andern Fristen betr., nicht zugleich direct bestimmt worden, wie die vierwöchigen Termine in dem Falle zu berechnen, wenn derjenige Monat, in welchem eine Frist zu laufen angefangen, mehr Tage enthält, als der folgende Monat, in welchem die Frist zu Ende geht, die Frist selbst aber von

*) Dieser erfolgte unterm 27. Mai 1755.

**) Dasselbe enthält außerdem noch dieweisung, daß das Hofgericht genau nach der Hofgerichts-Ordnung verfahren und insbesondere in den *sessionibus extrajudicialibus* keine andere Sachen, als nach Tit. VIII. dahin gehörten, vornehmen solle.

***) Dasselbe ist in Gemäßheit eines Landesf. Rescripts v. 26. April 1770 durch den gemeinen Bescheid des Hofgerichts v. 16. Juni 1770 bekannt gemacht.

einem der mehreren Tage dieses längern Monats zu laufen angefangen hat, und daher einige Zweifel darüber entstanden sind, ob zum Beispiel eine am 31. Januar oder 31. März zu laufen angefangene Frist resp. mit dem 28. Febr. und 30. April zu Ende gehe, oder bis resp. den 3. März und 1. Mai fortlaufe, so ist gedachte Verordnung dahin declarirt, daß die vierwöchigen Termine alle Mal und ohne Rücksicht, ob ein Monat 28 oder 30 oder 31 Tage hat, eine Monatsfrist enthalten sollen, und daß mithin eine am 31. Januar oder 31. März zu laufen angefangene Frist mit dem 28., oder, wenn es ein Schaltjahr ist, mit dem 29. Febr. und resp. mit dem 30. April zu Ende gehen soll. Landesfürstl. Verordn. v. 3. Septbr. 1781. (Br. Anz. v. 1781. Nro. 87.)

S. auch: Advocaten und Procuratoren bei fürstl. Justiz-Canzlei; Verordn. v. 28. Decbr. 1745. — Beweis — Eid — Rechtsmittel 2c.

cf. Oberappellat. Gerichts-Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §. 124.

Früchte auf dem Halme, Veräußerung derselben.

Korn auf dem Halme, Acker oder Felde zu verkaufen und von den Feldmarken zu führen, ist gänzlich verboten. *) Tar-Ordn. v. 29. Novbr. 1645. Tit. LXXVII. §. 15.

Da zum äußersten Schaden und Nachtheile des Landmannes hin und wieder dem Verbote der Tar-Ordnung entgegen verderbliche und unerlaubte Contracte über den Verkauf des Kornes auf dem Halme geschlossen sind und diesem zum unvermeidlichen Untergange der Landleute abzielenden Unwesen nicht weiter mehr nachgesehen werden soll, so ist verordnet, daß niemand auf die im Felde stehenden oder noch zu bestellenden Früchte Geld leihen, noch solche kaufen soll, und wenn solches wirklich geschehen, die Gläubiger verbunden sein sollen, die verkauften oder verpfändeten Früchte ihren Schuldnern zu lassen, und sich mit der Bezahlung bis nach der Erndte zu gedulden. Landesf. Verordn. v. 7. Juli 1768. **)

Die unterm 7. Juli 1768 ergangene Verordnung ist wörtlich erneuert, und die Obrigkeiten sind anderweit befehligt, über die genaue Befolgung derselben mit äußerster Aufmerksamkeit und Strenge zu halten. Landesf. Verordn. v. 10. Juli 1795. (Br. Anz. v. 1795. Nro. 57.)

S. auch: Gras auf den Wiesen, Veräußerung desselben — Säen um die Hälfte.

Fürbitten und Dankfagungen in den Kirchen.

Dabei sollen alle überflüssige Titulaturen weglassen werden. Rescr. fürstl. Consistorii zu Wolfenbüttel an die General-Superintendenten v. 21. März 1667.

Fuhrleute, auf den Straßen zu Braunschweig haltende.

Die Fuhrleute, welche von ihren bespannten Wagen weggehen, ohne die Pferde los- und die Zügel

*) Schon durch eine landesf. Verordn. v. 2. Septbr. 1645 war der Verkauf des Kornes auf dem Halme und das Säen um die Hälfte provisoire verboten.

**) Als im Jahre 1770 das Getreide schon vor der Einscheuerung zu geringen Preisen verkauft wurde, indem der Verkäufer auf Abschlag sofort einige Thaler erhielt, ein solcher voreiliger Verkauf aber bei dem damaligen Mangel und hohen Preise des Getreides offenbar zum Nachtheile der Landleute gereichte, weil sich diese, wenn sie ihren Vorrath verkauft hatten, genöthigt sehen mußten, selbst wieder aufzukaufen, so wurde dergleichen vortheilig getroffener Handel und Verkauf aus landesfürstl. Macht und Gewalt annullirt und dabei verordnet, daß die Unterthanen zu dessen Erfüllung nicht verbunden; dahingegen aber schuldig sein und von der ihnen vorgesetzten Obrigkeit angehalten werden sollten, die etwa auf den Kauf erhaltenen Gelder den Käufern wieder herauszugeben, oder allenfalls, wenn diese Käufer innerhalb Landes wohnten, denselben dafür ein proportionirtes und dem damaligen Kornpreise gemäßes Quantum an Getreide zu liefern. Landesf. Verordn. v. 19. Octbr. 1770, die verbotene Ausfuhr der Kornfrüchte aus dem Harz- und Weser-Districten, und landesf. Verordn. v. 13. Decbr. 1770, die verbotene Ausfuhr der Kornfrüchte aus dem Wolfenbüttelschen und Schöningischen Districten betreffend.

festzuhängen, sollen nicht allein in schon gesetzte Strafe von 5 Thlr. *) genommen, sondern es soll befindenden Umständen nach gegen dieselben inquisitorisch verfahren werden; auf alle Fälle aber sind die Polizei-Diener, auch Polizei-Knechte und andere Unterbedienten angewiesen worden, solchen Fuhrleuten, die auf die beschriebene Art von ihren bespannten Wagen weggegangen sind, sofort ein paar Stränge abzuschneiden, und sollen diese straffälligen Fuhrleute außerdem noch angehalten werden, außer der vorbenannten Strafe diesen Polizei-Bedienten 16 Sgr. für sothanes Abschneiden zu bezahlen. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 8. Novbr. 1784. (Br. Anz. v. 1784. Nro. 91.)

cf. Bekanntmachung der fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 9. April 1815. Nro. 21. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 29.)

Fuhrleute, Waaren-Transport derselben.

S. Expeditions-Geschäfte.

Fuhrlöhne.

S. Arbeitslöhne.

Füttern des Viehes auf den Straßen in Braunschweig.

Da durch das Füttern des Viehes der zu Märkte hereinkommenden Landleute, wenn solches auf den Straßen geschieht, selbige sehr verunreinigt werden, nicht weniger, besonders durch Kinder, an den Planken und anderen zu passirenden Plätzen viele Unreinigkeiten gemacht werden, so sollen an den Orten, allwo das Füttern des Viehes auf dem Pflaster nicht unterbleiben kann, die Fuhrleute das übrig bleibende grüne oder rauhe Futter bei der Abfahrt wieder sammeln und mit fortzuschaffen, auch den Kindern dieserhalb Gehalt geschehen. §. 8 der landesf. Verordn., die Straßenreinigung der Stadt Braunschweig betr. v. 28. Novbr. 1758.

cf. Bekanntmach. der fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 9. April 1815. Nro. 5. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 29.)

Futterkräuter, Anbau derselben.

Da es durch die Erfahrung bestätigt worden, wie gut der Bau der Futterkräuter und vorzüglich des Kleeß an den meisten Orten in hiesigen Landen gedeihet, auch von welchem segneten Einflusse derselbe auf die inländische Viehzucht ist, und wie stark diese wieder auf den Kornbau wirkt, so erfordert es das allgemeine Beste, auf die Kultur der Futterkräuter ein vorzügliches Augenmerk zu richten und die Beförderung derselben besonders durch die Hebung und Minderung der am Stärksten entgegenstehenden, in der Ausübung der Stoppelhude und des Zehntrechts beruhenden Hindernisse zu veranlassen.

Es darf sicher vorausgesetzt werden, daß der Umfang des Landes, welcher zum Anbau der Futterkräuter auf einer Feldmark bestimmt wird, nicht so groß sei, daß derselbe auf die Zulänglichkeit der Stoppelhude Einfluß haben könne, und um so mehr darf es erwartet werden, daß die Hude- und Weiden-Interessenten geneigt sein werden, die Futterkräuter mit der Viehhütung gänzlich zu verschonen, wenn sie zumal an Orten, welche gegen den Anlauf des Viehes durch Befriedigungen gesichert sind, oder in zusammenhängenden Revieren von einem Umfange, nach welchem es den Hirten thunlich ist, das Vieh abzuhalten, bestellt werden.

Nach dem unbedeutenden Umfange des mit Futterkräutern bestellten Landes kann es ebenfalls um so mehr erwartet werden, daß die Zehntherrn, wenn auch gleich die Bestimmungen älterer Landesgesetze in

*) Dies war schon durch das Avertissem. v. 19. April 1782 verordnet; s. Reiten und Fahren, übermäßig starkes auf den Straßen zu Braunschweig.

den vorkommenden Fällen nicht anwendbar sein sollten, gern geneigt sein werden; sich statt des Natural-Zehntens von den Futterkräutern, mit einem billigen Aequivalent zu begnügen, als die Abgabe des Natural-Zehntens von Futterkräutern an und für sich mit Schwierigkeiten verbunden ist, für sie aber in den wenigsten Fällen einen besondern Werth haben kann, hingegen die dem Eigenthümer der Futterkräuter zu überlassende vollständigste Benützung derselben vielmehr auf den ihnen gebührenden Zehnten von andern Kornarten wirkt. Der Landesfürst nimmt in manchen Hinsichten Anstand, über die Rechte und Verbindlichkeiten wegen Verschonung der Futterkräuter mit der Vieh-Hütung und der etwa eintretenden Abgabe des Natural-Zehntens eine Bestimmung zu treffen, zumal es den Obergkeiten, welche sich diese Angelegenheit zu einem eigenen Geschäft machen, nicht an Gelegenheit fehlt, durch zweckmäßige Vorstellungen und gütliche Versuche die eintretenden Hindernisse in einer Maasse zu heben, daß das Wohl der Unterthanen, welche Futterkräuter bauen, und das Interesse der Hude und Weide neben einander bestehen können. Der Landesfürst hat also sehr gern die Fortschritte vernommen, welche der Anbau der Futterkräuter in mehreren Gegenden der hiesigen Lande gemacht hat, und bezeugt den Obergkeiten, welche zur Erreichung des Endzwecks beigetragen haben, seine Zufriedenheit; auch hat derselbe nicht bloß das Vertrauen, daß diese Obergkeiten mit dem dieses Gegenstandes halber bezeigten rühmlichen Diensteifer fortfahren werden, sondern macht es auch den Obergkeiten, in deren Jurisdiction-Bezirken der Anbau der Futterkräuter noch zurück ist, zu einer besondern Pflicht, diesen Gegenstand in eine vorzügliche Aufmerksamkeit zu nehmen, den Unterthanen mit Rath über die Art und Weise, wie sie zu verfahren haben, an die Hand zu gehen, und die Hebung oder Minderung der eintretenden Schwierigkeiten nach den Localumständen zu befördern. Zu den Pachtinhabern der von fürstl. Cammer und Kloster-Rathsstube relevirenden Zehnten wird insbesondere das Vertrauen gehegt, daß selbige, wenn auch gleich die Pacht-Contracte deshalb keine Bestimmung enthalten, sich doch gern statt des Natural-Zehntens von den Futterkräutern mit einer billigen Vergütung an Gelde begnügen und allgemein dem hierunter schon von mehreren Pächtern gegebenen rühmlichen Beispiele folgen werden.

Uebrigens ist der Gegenstand von einer solchen Wichtigkeit für das Allgemeine, daß der Landesfürst keinen Umgang nehmen wird, von Zeit zu Zeit Berichte über den Erfolg einzuziehen, welchen die angewandten Bemühungen der Obergkeiten gehabt haben. Landesf. Circular-Rescr. v. 2. März 1802.

S. auch: Brachzehnten — Gemeinde-Anger, Theilung derselben.

cf. Gesetz v. 14. Mai 1835, die Schonung der Futterkräuter und das Umbrechen der Roden-, Weizen- und Klee-Stoppel betr.

Gänse

sollen auf den Wiesen nicht geduldet werden; s. Schweine und Gänse.

Gärten

sollen mit lebendigen Hecken umgeben werden; s. Holzplanten.

Gärten vor Braunschweig, Erhaltung der Wege an denselben.

S. Wege an den Gärten vor Braunschweig.

Gärten vor Wolfenbüttel, Veräußerung derselben.

S. Auflassung unbeweglicher Güter in Wolfenbüttel.

Gagen der Officiere.

S. Officiere, Schuldenmachen derselben.

Galli-Viehmarkt zu Braunschweig.

S. Viehmärkte zu Braunschweig.

Gandersheimer Landtags-Abschied.

Da aus einigen obrigkeitlichen Bescheiden ersehen ist, daß der Gandersheimer Landtags-Abschied von 1601 bei Beurtheilung dieses oder jenes Gegenstandes von den Obrigkeiten zum Grunde gelegt ist, wonach vermuthet werden muß, daß dieselben dafür halten, daß obgedachter Landtags-Abschied für die hiesigen Lande eine verbindliche Kraft habe, welches jedoch nach Maafgabe der Landtags-Verhandlungen von 1768 sich nicht der Gestalt verhält, so bleibt den Obrigkeiten solches hiermit unverhalten, damit dieselben den obgedachten Landtags-Abschied bei künftigen Verfahren nicht zum Entscheidungsgrunde machen mögen. Landesf. Circular-Rescr. v. 15. August 1788. *)

Garnhandel.

S. Kaufgarn.

Gartenfrüchte, Anbau derselben.

Da wahrgenommen ist, daß die Bauersleute den Anbau der Küchengewächse vernachlässigen, dadurch aber eine größere Consumtion des Kornes verursacht wird, indem erfahrungsmäßig bei einer Familie beim Mangel der Gartengemüse, je nach dem sie zahlreich ist, 5 bis 6 Himten Mehl mehr consumirt werden können, als sonst darauf gehen würden, so wird verordnet, daß die Obrigkeiten sämtliche Unterthanen auf dem Lande ernstlich anmahnen, auch selbst darüber halten sollen, daß sie den Anbau der Gartenfrüchte, als Garten- und Bietzbohnen, braunen Kohl, Salate, besonders der in einer Haushaltung so nützlichen Kartoffeln, sich allen Fleißes angelegen sein lassen, und solchen immer weiter befördern. Landesfürstl. Ausschreiben v. 15. Octbr. 1756.

Gartenfrüchte, Verkauf derselben in Braunschweig.

Da bereits von vielen Jahren her in der Stadt Braunschweig verordnet ist, daß das Umtragen der Gartenfrüchte niemandem, als den Gärtnern und den Leuten, welche sie dazu gebrauchen und denen sie die Früchte anvertrauen wollen, verstattet sein solle, so wird es dabei billig gelassen, und sind die Soldatenweiber zu bedeuten, daß, wenn sie Gartenfrüchte umtragen wollen, sie sich bei den Gärtnern deswegen anfinden, sonst aber des Umtragens sich enthalten sollen. Landesf. Verordn. v. 28. August 1691.

cf. Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837. §. 16. Nro. 7 und §. 40.

Garten-Gerechtigkeit.

S. Pänderei vor Braunschweig, welche mit Garten-Gerechtigkeit versehen ist.

Gartengeschwornen-Ordnung in Braunschweig.

Gartengeschwornen-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 2. Juni 1550, welche am 18. Januar 1681, 3. Febr. 1691, und 16. Octbr. 1705 confirmirt ist.

Eidesformel der Gartengeschwornen v. 7. Juli 1757.

Gartenhäuser, Beschädigung derselben.

S. Feld- und Gartendieberei.

*) cf. J. G. P. du Roi Anleitung zur Kenntniß der Quellen und Literatur des Braunsch. Wolfenb. Staats- und Privatrechts. p. 101.

Gartenland vor Braunschweig.

S. Feldland vor Braunschweig.

Garten-Unrath.

S. Wege an den Gärten vor Braunschweig.

Gassen.

S. Straßen.

Gasthöfe.

S. Wirthshäuser.

Gastwirthhe.

Der Wirth, so einen offenen Gasthof hält, soll ein Schild aushängen und den Einen sowohl als den Andern um billige Bezahlung unweigerlich aufnehmen. Wer aber kein Schild aushängen will, dem soll einige Wirthschaft zu treiben nicht verstattet werden, worauf die Obrigkeiten mit Ernst zu sehen haben. Tax-Ordnung v. 29. Novbr. 1645. Tit. XXIX. §. 1.

Vor allen Dingen sollen die Wirthhe und Gastgeber sich der Reinlichkeit befeisigen und dahin sehen, daß den Fremden reinliche und wohl zugerichtete Speisen vorgesetzt, insbesondere auch Essen und Trinkgeschirr, Stuben, Kammern, Betten und Bettgewand rein und sauber gehalten werden und daneben einem Jeden mit guter Bescheidenheit begegnet wird. Ebendas. §. 3.

Sie sollen die Gäste nach einer genau angegebenen Taxe *) billig bedienen. — Ebendas. §. 4 sqq. — und ihre Rechnungen nicht per summam summarum, sondern stückweise entweder mit Kreide den Gästen vorschreiben oder in einem Behrungszettel specificirt übergeben. Ebendas. §. 17.

S. auch: Wirthshäuser — Fremde u. — Bettler.

Gaukler.

S. Marktschreier, Riemenstecher u.

Gebühren.

S. Fisci-Gebühren — Sporteln.

Geburtsbriefe.

Die bekannte Clausel wegen der Barbieri und Bader soll aus den Geburtsbriefen, so in hiesigen Landen, wie auch in dem Chur- und Fürstenthume Sachsen und sonst oben im Reiche vorgezeigt werden sollen, nicht allein abgethan und ausgelassen, und deren im Geringsten weiter nicht gedacht, sondern auch die sämtlichen Gilden- und Innungs-Verwandte dahin angewiesen und angehalten werden, daß sie sowohl die Geburtsbriefe, so bei ihnen vorgezeigt werden, darin berührte Clausel nicht zu finden ist, unweigerlich auf- und annehmen, als auch die Barbieri, Bader und andere unter solcher Clausel benannte Personen und Handwerker, ohne einige Sperrung und Widerseßlichkeit in die Zünfte, Innungen und Gilden verflatten und zulassen; sollte aber jemand von den hiesigen Unterthanen außerhalb Landes an den Orten sich niederlassen, da er ohne dergleichen in den Geburtsbriefen enthaltene Clausel in Aemter, Gilden oder Innungen nicht aufgenommen werden wollte, alsdann soll davon Bericht eingeschickt und fernere höchste Verordnung erwartet werden. Landesf. Mandat v. 30. Decbr. 1650.

*) Eine solche Taxe war auch schon durch die Landesf. Verordn. v. 20. Mai 1585 bekannt gemacht.

Die landesf. Verordn. v. 30. Decbr. 1650 ist, wie es gleich Anfangs die Meinung gewesen ist, dahin declarirt und erklärt, und allen und jeden Obergkeiten ernstlich befohlen, daß in allen und jeden Geburtsbriefen die nachtheilige Clausel, darin nebst den Barbieren und Bader die Böllner, Müller, Leineweber, Pfeifer und Schäfer von den Gilden abgesondert werden wollen, hinfüro nicht allein gänzlich abgethan und ausgelassen, sondern auch die Barbieri und Bader, Böllner, Leineweber, Müller, Pfeifer und Schäfer, eben sowohl auch derselben Kinder, wenn sie nur sonst ihrer ehrlichen Geburt und untadelhaften Wandels halber genugsam Urkunde und Zeugniß beibringen können, zu allen und jeden Zünften, Innungen und Gilden, wie die Namen haben mögen, unweigerlich verstattet, zugelassen und aufgenommen werden sollen. Landesf. Verordn. v. 31. Januar 1652. (1655.)

cf. Gewerbe- und Gilde-Ordn. v. 29. Octbr. 1821. §. 65.

Geburtsbriefe für die Waisenkaben in Wolfenbüttel.

Die Geburtsbriefe für die Knaben im Wolfenbüttelschen Waisenhaus sollen fernerhin, wie bisher geschehen, bei dem dortigen Magistrate unentgeltlich aus gefertigt werden. Landesf. Rescr. an fürstliche Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 8. August 1765.

Geburtslisten.

S. Listen der Gebornen u.

Gefälle, herrschaftliche.

S. Intraden, herrschaftliche.

Gefangene, Befuchen derselben.

S. Römisch-Catholische Nro. 17. — Geistliches Gericht zu Braunschweig; Reglement v. 10. Decbr. 1691. Nro. 11.

Gefangene, Durchführung derselben.

Wenn Gefangene durch das Hildesheimische oder Braunschweigische geführt werden, so soll solches der Requirerent der Regierung melden und einen gewöhnlichen Revers bei der Requisition einschicken, da denn solches unverweigerlich gestattet werden soll. Hildesbh. Extradit. Receß v. 1643. §. 30.

Zu Beförderung der heilsamen Justiz ist das hursfürstl. Braunschw. Lüneb. Ministerium zu Hannover und die fürstl. Geheime-Rathskube zu Braunschweig wegen Durchführung der Gefangenen mit einander überein gekommen, daß die Pässe der beiderseitigen Beamten und Obergkeiten angenommen, und, wenn sich ein Anstand finden sollte, solcher durch nachbarliche Vorstellungen und Protestation salvirt werden solle, wie solches in dem Fürstenthume Blankenburg bekannt gemacht durch den fürstl. Blankenb. Regierungs-Umlauf v. 21. März 1768.

Wenn Inquisiten über die Gränze gebracht werden, so soll bei ihrer Entlassung ein zweckmäßiges und möglichst genaues Signalement derselben durch die Braunschweigischen Anzeigen bekannt gemacht werden und zwar so früh, daß dasselbe vor der Entlassung der Inquisiten bekannt werden kann. Landesf. Circular-Rescr. v. 24. Octbr. 1801.

cf. Verordnung v. 29. Decbr. 1814, den Transport der Verbrecher und Landstreicher über die Landesgränzen betr. — Rescr. fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 10. Juni 1817. (Bege I. p. 358.) — Deßgl. v. 26. Januar 1819. (Bege I. p. 367.) — Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 4. Juli 1821. (Bege I. p. 371.) — Landesf. Circular-Rescr. v. 12. August 1832, die Annahme und Absendung der zu transportirenden Verbrecher und Landstreicher betr.

Gefangenwärter.

S. Delinquenten, inhaftirte — Arrestatin, Unzucht mit derselben.

Gefundene Sachen.

Durch die Verordn. v. 15. April 1824, die gefundenen Sachen betr., sind die Verordnungen v. 2. Novbr. 1744 und 15. Decbr. 1750 aufgehoben.

S. auch: Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der vorgenommenen neuen Redaction der Kriegsartikel u. betr., I. Art. 70.

Gegenbeweis.

S. Beweis.

Gehäge, Treiben des Viehes in dasselbe.

S. Forst-Straf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §§. 75 sqq. *)

Gehalte.

S. Befolgungen.

Geheime Raths-Collegium.

S. Collegien, Geschäftsbestimmung für dieselben.

Geistliche.

Gleichwie das fürstl. Consistorium bislang ohne abzulassende subsidiales einen Jeden in dem Fürstenthume und Landen ad dicendum testimonium citirt, also soll auch ein Gleiches die fürstl. Canzlei und das Hofgericht immediate an die Prediger, Schul- und Kirchenbedienten und derselben Hausgenossen und Angehörige zu thun befugt und die Citirten in den ihnen anberaumten Terminen sich jedes Mal unausbleiblich einzufinden schuldig und gehalten sein. **) Fürstl. Declarat. v. 24. Juli 1685.

cf. Landschafts-Ordnung v. 12. Decbr. 1832. §. 228.

Da die Geistlichen billig Vorbilder der Gemeinde sein sollen, so sollen sie sich auch enthalten, in Dingen, die durch die Gesetze verboten, doch aber nach den vorkommenden Umständen erlaubt werden, um Dispensation anzuhalten, und daher nicht um Dispensation der öffentlichen Copulation, wie auch vom zweimaligen Aufgebote für ihre eigene Person nachsuchen, und trägt fürstl. Consistorium, wenn nicht besondere Umstände dergleichen Dispensation nothwendig machen, Bedenken, solche den Geistlichen ferner zu ertheilen. Fürstl. Wolfenb. Consist. Ausschr. v. 2. Juli 1766.

S. auch: Wechselrecht; Art. 6 der Wechselordn. v. 1. August 1715. — Braunsch. Anzeigen; landesf. Rescr. v. 17. Febr. 1756. — Versiegelung bei Sterbefällen der Geistlichen — Expeditions-Bücher der Geistlichen.

Geistliche Gebäude.

S. Bauen und Repariren der geistlichen Gebäude.

Geist-

*) Früher war das Treiben des Viehes in das Gehäge bei 8 Fl. Strafe verboten.

**) S. Gerichtsbarkeit.

Geistliches Gericht zu Braunschweig. *)

Nebst nochmaliger Confirmation des in der Stadt Braunschweig angeordneten geistlichen Gerichts, **) dem die völlige Cognition und Erörterung aller ad forum ecclesiasticum gehörigen Sachen, jedoch mit Vorbehalt der Appellation an fürstl. Consistorium zu Wolfenbüttel, ***) aufgegeben, ist bis zu Verrichtung einer besondern in solchem Gerichte zu observirenden Ordnung nachfolgendes Reglement publicirt:

1) Wenn ein Prediger, Schulbedienter, Organist, Armenkasten-Vorsteher, Opfermann, Bälgentreter, Pulsant, Prachervoigt und insgemein jemand, so bei Kirchen und Schulen einige Bedienung hat, in Sachen, so sein Amt und seine Verrichtung betreffen, zu corrigiren, oder sonst ihm etwas anzudeuten ist, geschieht solches billig nach Beschaffenheit der Umstände entweder von dem ganzen geistlichen Gerichte oder von dem Superintendenten allein. Da auch ex causis civilibus wider obgemeldete Personen actiones personales vorkommen würden, sollen zwar dieselben insgemein vom geistlichen Gerichte cognoscirt werden, es wäre denn, daß die Sache ob morae periculum schleunig abzu thun; solchen Falls hat der regierende Bürgermeister als Präses des geistlichen Gerichts die Parteien immediate vorzufordern, die Sache summariter zu untersuchen und zu entscheiden. Wenn aber der eine oder der andere sonst ex causa civili reali, oder auch etwa criminali, da ein delictum commune begangen wäre, zu belangen, oder darin wider dieselben etwas zu verordnen, so verbleibt die cognitio dem magistratui politico, und hat derselbe die Personen, so oft es der Sachen Nothdurft erfordert, auf gleiche Maaße zu citiren, jedoch sollen die Prediger und die vier obersten Schulcollegen in den Sachen, so vor das Bruchgericht gehören, hinfüro vor das geistliche Gericht gefordert, daselbst praevia causae cognitione mit Geldstrafe belegt, die Strafe aber von dem actuario causae, der ohnehin bei dem Bruchgerichte concurrirt, erhoben und zu des Rath's aerario peculiari geliefert werden.

2) Wenn künftig einige Collecten für Nothleidende landesfürstlich resolvirt, und dero behuf die Becken vor die Kirchthüren zu setzen, auch wohl zu Zeiten die gesammelten Gelder ins Consistorium zu schicken Befehle ergehen, alsdann sollen, so viel die Stadt Braunschweig betrifft, die höchsten Befehle an die zum geistlichen Gerichte Verordneten eingerichtet werden und abgehen, worauf sodann das Rescript im Collegio verlesen, die Anzeige vom Superintendenten den Predigern und von diesen hinwieder der Gemeinde von den Kanzeln gethan, die Kirchenvorsteher aber vor das geistliche Gericht gefordert und ihnen die Setzung der Becken, wie auch, daß sie die Gelder ins Gericht liefern sollen, daselbst anbefohlen, besagte Gelder nach der Gerichtsdisposition ausgetheilt, oder nach Anleitung des Befehls von dem Gerichte ans Consistorium gesandt werden sollen; wie denn auch in allen andern Fällen, wenn etwas von den Kanzeln zu publiciren vorkommen wird, der Befehl an die zum geistlichen Gerichte Verordneten ergehen, und nach Verlesung desselben die Anzeige zu thun dem Superintendenten überlassen werden soll.

3) In allen Sachen, welche in das Amt der Provisoren und Administration der Kirchengüter laufen und zu den Kirchen-Rechnungen gehören, sollen die Opferleute schuldig sein, den Provisoren unweiger-

*) Außer dem geistlichen Gerichte zu Braunschweig gab es auch noch: 1) ein geistliches Untergericht zu Walkenried, welches aus dem Kircheninspector des Stiftsamts, dem Justizbeamten und dem Actuar bestand, indeß nur cognitionem, nicht aber jus decidendi hatte, und deshalb die Acten, wenn die Sache geschlossen war, an fürstl. Consistorium zu Blankenburg zum Erkenntniße einsandte; 2) einen geistlichen Convent in Heddinghausen, der aus dem Drost und den beiden Predigern bestand, dem Consistorio zu Wolfenbüttel subordinirt war und sich nach einem besondern Reglement v. 11. Mai 1698 zu richten hatte.

**) Dasselbe bestand aus dem regierenden Bürgermeister, dem Superintendenten, dem Senior des Ministerii und dem Stadtsyndicus und wurde monatlich ein Mal gehalten.

***) Durch das landesf. Rescr. v. 2. Decbr. 1700 wurde wiederholt bestimmt, daß dem geistlichen Gerichte die Entscheidung der ad forum ecclesiasticum gehörigen Sachen in prima instantia gehöre und dem Consistorio allein die Appellation vorbehalten sei.

lichen Gehorsam zu leisten, auch keine eingesandte Kirchengelber über 24 Stunden bei sich behalten, viel weniger solche in ihren Nutzen verwenden, sondern den Provisoren unverzüglich aushändigen, oder widrigen Falls mit willkürlicher Strafe angesehen werden.

4) Die ordnairen Ausgaben, als Besoldung der Organisten, Opferleute u., desgleichen unvermeidliche Baukosten, so zu Erhaltung der Kirchengebäude erfordert werden, mögen die Provisoren wohl allein thun und verrichten. Da aber an den Kirchen etwas Hauptsächliches zu bauen, oder mit den Kirchenstühlen eine Veränderung vorzunehmen, oder sonst extra ordinem etwas auszugeben wäre, solches sollen der Superintendent, die pastores loci und Provisoren mit einander überlegen, auch der Sachen Nothdurft und Bewandniß nach dem geistlichen Gerichte vortragen und mit genugsamem Gutfinden bewerkstelligen.

5) Die Verkaufung der Kirchenstühle bleibt bei dem Amte der Provisoren, worin sie jedoch ohne Affecten zu verfahren, oder widrigen Falls von dem geistlichen Gerichte corrigirt werden sollen.

6) Die Bestellung der Prachervoigte dependirt von dem Amte der Provisoren, desgleichen die Wahl der Organisten und Opferleute, jedoch daß vor anzustellender Wahl des Superintendenten und der Prediger bei jeder Kirche Bedenken über des vorgeschlagenen Subjects Geschicklichkeit, auch Leben und Wandel eingeholt werde, worauf sodann die erwählte Person von dem geistlichen Gerichte beeidigt und von dem Superintendenten introducirt werden soll.

7) Wenn ein Prediger oder Schuldiener verreisen will, hat er solches vorher dem geistlichen Gerichte, und, da solches zu der Zeit nicht gehalten würde, dem regierenden Bürgermeister und Superintendenten anzumelden.

8) Die Abhörung der Kirchen-Rechnungen soll von dem geistlichen Gerichte angeordnet und mit Zuziehung der Pastoren jedes Orts verrichtet werden.

9) Die Collationen der Stipendien gehören denjenigen, welche in den Foundationen oder Testamenten dero behuf zu Executoren benennt; bei welchen Stipendien aber sich dergleichen Verordnung nicht findet, dieselben sollen von dem geistlichen Gerichte conferirt werden.

10) Gleichwie vermöge der Kirchen-Ordnung mit der Prediger Amte nicht überein kömmt, sich in weltliche Handel und Streit zu mischen, viel weniger den litigirenden Parteien vor Gericht das Wort zu reden, also haben sie sich dergleichen gänzlich zu enthalten.

11) Keinem Prediger soll erlaubt sein, die Gefangenen in den Frohnereien zu besuchen, es geschehe denn solches mit Vorbewußt und Verordnung des magistratus politici.

12) So oft im Namen des Landesfürsten einiger Befehl an Bürgermeister und Rath in der Stadt Braunschweig abgeht, und zu Folge solchen Befehls etwas von den Kanzeln abzulesen, soll solches unter den vorhin verordneten Formalien, daß nämlich auf landesf. Befehl Bürgermeister und Rath also anzeigen ließen, geschehen, und bei solchem modo oder Abkündigung ohne jemandes Aenderung oder Hinderung gelassen werden.

13) Gleichwie die Administration der Beguinenhäuser den jedes Orts bestellten Provisoren, zum Theil auch den Patronen zusteht, also sollen sich die Prediger enthalten, den Provisoren darin vorzugreifen. Fände sich aber etwas Erhebliches zu ändern, oder wäre etwa eine Person zu removiren, und eine andere an deren Statt zu bestellen, haben die Provisoren solches dem geistlichen Gerichte vorzutragen und dessen Gutachten und Verordnung darüber zu erwarten. Landesf. Reglement v. 10. Decbr. 1691.

Die examina und ordinationes candidatorum, welche zum Predigt-Amte in der Stadt Braunschweig befördert werden, sie mögen von dem Landesfürsten dazu verordnet, oder nach Anleitung der bei der einen oder andern Kirche hergebrachten Patronat-Rechte dazu präsentirt sein, sollen bei dem geistlichen Gerichte dafelbst verrichtet, und, da der examinatus geschickt befunden, in der Brüdernkirche ordinirt und ihm ein testimonium an fürstl. Consistorium ertheilt werden. Landesf. Reglement v. 27. August 1697.

S. Candidaten der Theologie.

cf. Verordnung v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul-Angelegenheiten betr., §§. 3 und 6.

Die Prediger zu Braunschweig sammt und sonders sollen sich nach obigem Reglement in allen sie angehenden Stücken geziemend achten, und insonderheit demjenigen, was erwähntem geistlichen Gerichte *ratione mediatae jurisdictionis* darin committirt, auch im Uebrigen wohlbedächtlich verordnet worden, unweigerlich accomodiren, zu welchem Ende denselben ein Exemplar davon zugefertigt ist. Landesf. Resolution für die gesammten Prediger in Braunschweig v. 18. Juli 1704.

Da wahrgenommen worden, welcher Gestalt das hiesige geistliche Ministerium aus obigem zwischen demselben und dem Rathe zu Braunschweig publicirten Reglement den einen und anderen Punkt, so etwas beschwerlich anscheinen wollen, der Zeit vorgestellt, so ist, was hiervon vormalz in *actis* vorgekommen, nachgesehen, und darauf nach wohlervogenen Umständen Nachfolgendes, welches vorerwähntem Reglement beizufügen, *ad protocollum* declarirt worden:

1) Weil den Superintendenten im Lande, so viel die gütigen *admonitiones pastorum* und der Opferleute belangt, *prima actio* zusteht, so hat es auch allhier in Braunschweig dabei sein Verbleiben, wenn aber solcher Versuch nicht helfen will, sodann hat der Superintendent die Sache ins geistliche Gericht zu bringen und darüber förmliche *Cognition* und Verordnung zu veranlassen.

2) Das *colloquium* ist auf keine *cognitiones causarum* oder *formam judicalem*, sondern vor Alters eigentlich dazu eingeführt, daß *post reformationem* die reine Lehre erhalten, den Irrthümern gewehrt, und, da der eine oder andere Prediger *aliquid heterodoxi* oder einige verdächtige Meinung auf der Kanzel tractirt und sonst in seinem Amte sich ungeschickt bezeigt, derselbe darüber von dem Superintendenten im Collegio gütlich admonirt und zur Emendation angewiesen werde; dann auch, daß ein jeder Pastor von den bei seiner Pfarre Angehörigen sowohl in Religions- und Glaubenssachen, als auch im Christenthume *circa vitam et mores* sich ereignenden Gebrechen in der Versammlung des Ministerii referire, und wie selbigen vorzukommen mit dem Superintendenten und übrigen Pastoren überlege; bei welcher Verordnung es noch ferner, jedoch mit der Bedeutung gelassen wird, daß, wenn die gütliche Admonition etwa vergeblich gewesen, oder es sonst der Sachen Wichtigkeit erfordert, selbige von dem Superintendenten ins geistliche Gericht und zur ordentlichen *Cognition* befördert werden müssen.

3) Die *Cognition* in den die Domestiken der Pastoren und übrigen Kirchen-Bedienten angehenden Sachen steht dem Superintendenten nicht zu; sollte dergleichen vor diesem unternommen sein, ist solche nicht unbillig geändert. Diejenigen Fälle, wobei *periculum in mora*, gehören *ad casus exceptos* und giebt des dirigirenden Bürgermeisters als Präses des geistlichen Gerichts summarische *Cognition* dem *judicio* und um so viel weniger dem Superintendenten kein Präjudiz, jedoch kann nebst gedachtem Präses auch der Superintendent solcher summarischen *Cognition* (wenn er eben zu solcher Zeit sich da abmüßigen kann) wohl mit bewohnen. Die Citationen müssen nicht anders als *immediate* durch den bei dem geistlichen Gerichte verordneten *citatorem* verrichtet werden. In *causis mere civilibus realibus* sowohl als in *criminalibus*, wenn *delicta communia* begangen, competirt dem magistratui politico, nämlich Bürgermeistern und Rath, alle *actus judiciales* privative ohne Concurrenz des geistlichen Gerichts allein zu expediren. Bei den Bruchgerichtsfällen ist vormalz unter den Schul-Collegen gar keine *Distinction* gehalten, sondern es sind dieselben *sine discrimine immediate* vor das Bruchgericht citirt, und dem Befinden nach bestraft worden; man hat aber aus bewegenden Ursachen die vier ersten Schul-Collegen in der Exemption den Predigern parificiren wollen, worüber sich denn niemand mit Zug beschweren mag.

4) In was für Sachen die Opferleute bei den Kirchen den Provisoren Gehorsam leisten sollen, ist

in diesem Artikel deutlich exprimirt, von den Kirchen-Vorstehern aber so wenig zu vermuthen, als ihnen zu gestatten, daß sie die Opferleute, wenn die Pastoren bei den Kranken das Sacrament zu administriren haben, von ihrer schuldigen Aufwartung abhalten.

5) Kann das von dem Superintendenten und dem *pastore loci* bei der Wahl eines Opfermanns erforderliche Bedenken wohl *effectum voti* haben; bei der Wahl eines Organisten aber muß es in *terminis* eines bloßen Bedenkens verbleiben.

6) Die bei nothwendiger Verweisung eines Predigers erforderliche Anmeldung muß zwar ohne Nachbleiben bei dem *praesidio* des geistlichen Gerichts geschehen; nichts desto weniger kann dieselbe auch zugleich bei dem Superintendenten geschehen und ist derselbe nicht ausgeschlossen.

7) Steht dem Superintendenten frei, sich von den *foundationibus ad pias causas* zu informiren und davon bei den Acten Abschrift zu nehmen, auch, wenn den *pastoribus loci* solches zu wissen nöthig, denselben weiter *particulair* Information zu ertheilen.

8) Daß die Pastoren ihre Pfarr-Angehörigen zu Friede und Eintracht, auch, die in Zwietracht verfallen, zu ermahnen sich bemühen, solches erfordert von ihnen ihres Amts Schuldigkeit, es müssen aber dieselben darum sich in das obrigkeitliche Gerichtsamt nicht mischen, noch den Lauf der Justiz hindern.

9) Es bleibt allerdings dabei, wenn ein Prediger zu einer gefangenen criminellen Person entweder aus eigener Bewegniß gehen will, oder dahin verlangt wird, daß solches anders nicht als mit Vorbe-
wußt und Zulassung des weltlichen Richters geschehen, daß auch keinesweges ein in *reatu* sitzender Inquisit, ehe und bevor derselbe nicht zum Bekenntniß gebracht und sein Urtheil empfangen, mit der Absolution und Reichung des Sacraments versehen werden müsse.

10) Weil Art. 9 geordnet, daß bei Collationen die geistlichen Präbenden und Legate zuvörderst den Foundationen nachzugehen, so kommt solche Verordnung, wenn die Pastoren in den Foundationen zu Exe-
cutoren und Dispensatoren mit benannt, denselben billig zu statten. Erklärung des unterm 10. Decbr. 1691 publicirten Reglements, in *praesentia Serenissimi Anton. Ulrici ad protocollum* gegeben in Braunschweig den 21. August 1704. *)

Da die *potestas dispensandi* in verbotenen casibus, als in *gradibus prohibitis*, *copulationibus* *absque praevia proclamatione*, und andern mehr, so in der fürstl. Kirchen-Ordnung *expresse* verboten, dem Landesfürsten und fürstl. Consistorio zusteht, so soll das geistliche Gericht zu Braunschweig dergleichen nicht ertheilen, sondern die Supplicanten ad *Serenissimum* und fürstl. Consistorium verweisen, damit die *casus* und *causae dispensationum* vorher untersucht, reiflich überlegt, und darauf dem Befinden nach des Falls, was sich gebührt, verordnet werden könne. Das geistliche Gericht soll nicht allein dieser Verordnung für sich gehorjamlich nachleben, sondern auch dem Superintendenten und den Pastoren in Braunschweig sammt und sonderß ernstlich einschärfen, daß sie bei Vermeidung höchster Unnade

*) Dadurch, daß die frühere Gerichtsbarkeit des Consistorii und damit auch des geistlichen Gerichts zu Braunschweig aufgehoben und dem ersten allein die Untersuchung und Entscheidung der Sachen, welche die Disciplin und Ordnung der bei dem Kirchenwesen angestellten Personen betreffen, gelassen ist, (Verordn. v. 15. Januar 1814, die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizei-Verfassung betr., §. 6. — Landtags-Absh. v. 11. Juli 1823. Art. 47. — Landschafts-Ordn. v. 12. Decbr. 1832. §§. 228 und 229.) so wie dadurch, daß dem Consistorio die allgemeine Aufsicht über das gesammte evangelisch-lutherische Kirchen- und Schulwesen übertragen ist, (Verordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul-Angelegenheiten betr., §. 1. — Landschafts-Ordn. v. 12. Decbr. 1832. §. 213.) und die frühern Functionen des geistlichen Gerichts, so weit diese hiernach noch eintreten können, durch die an dessen Stelle getretenen geistlichen und weltlichen Visitatoren versehen werden, (Verordn. v. 14. April 1814. §. 16.) sind zwar die obigen ältern Verordnungen in sehr wesentlichen Punkten aufgehoben und abgeändert, indeß erschien es zur bessern Verständlichkeit der darin enthaltenen, noch jetzt anwendbaren Bestimmungen zweckmäßig, diese ältern Verfügungen in *extenso* anzuführen.

und gebührender Ahndung keine Dispensationen, so nicht vom Landesfürsten oder fürstl. Consistorio an sie kommen, attendiren, sondern von denselben vorgängige Verordnung erwarten sollen. Landesf. Rescr. an das geistl. Gericht zu Braunschweig v. 23. Octbr. 1720.

S. Dispensationen.

cf. Verordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul-Angelegenheiten betr. — Landesf. Rescr. v. 10. Juli 1827. (Bege III. p. 270.) — Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §§. 212 sqq.

Gelage.

S. Pfingst- und Fastnachts-, wie auch Sonntags- und andere Gelage — Pflug- und Mistfuhren-Gelage — Fastnachts-Schwärmen — Johannistags-Feier.

Geld.

S. Münzen.

Geldsendungen durch Frachtfuhrleute.

S. Poststücke.

Geldbücher der Armen zu Braunschweig

dürfen nicht in Versuch genommen werden; s. Armen-Anstalten in Braunschweig, die von denselben den Armen anvertrauten Sachen.

Geld- und Wechselmäkler zu Braunschweig.

1) Ein zum Geld- und Wechselmäkler der Stadt Braunschweig zu bestellendes Subject muß die Handlung erlernt haben, und Kenntniß von Waaren- und Wechselgeschäften, so wie von auswärtigen Münzorten besitzen. Es muß ferner von einem unbescholtenen Rufe sein und das hiesige Bürgerrecht gewonnen haben, oder noch gewinnen, und soll bei Ansetzung eines solchen Mäklers auf diejenigen hiesigen Kaufleute vorzüglich gesehen werden, die durch Unglücksfälle ohne ihr Verschulden in ihrem eigenen Gewerbe zurück gekommen, und die in dieser Rücksicht würdig sind, daß ihnen durch die Anstellung bei solchem Geschäfte fortgeholfen werde.

2) Die Bestellung eines solchen Geld- und Wechselmäklers soll auf die Art geschehen, daß die Aeltesten des großen Victualien-Amtes und der Kaufmanns-Zinnung hieselbst das Subject, welches bei ihnen durch Mehrheit der Stimmen als das tüchtigste dazu erkannt worden, zur Bestätigung dem fürstl. Polizei-Departement vorschlagen, welches denselben, im Fall dasselbe gegen dessen Person nichts zu erinnern findet, bestellt und beeidigen läßt.

3) Zur Legitimation und Abwendung alles Unterschleifs soll dem Mäkler ein kleiner elfenbeiner Stock mit einem Roffe, und an der Seite des Stocks mit der Inschrift: **GELD- UND WECHSEL-MAEKLER** gezeichnet, zugestellt werden.

4) Die Anzahl der Geld- und Wechselmäkler bleibt zwar der Bestimmung des fürstl. Polizei-Departements mit Zuziehung der Kaufmannschaft nach Beschaffenheit der Umstände überlassen, jedoch sollen fürerst nur zwei angenommen werden, und soll sich niemand bei 10 Thlr. Strafe eines andern bedienen.

5) Der Name und die Wohnung der bestellten Geld- und Wechselmäkler soll zur Nachricht aller, die sich an sie wenden wollen, durch die hiesigen Intelligenzblätter bekannt gemacht werden, und daher muß auch jeder Mäkler, so oft er seine Wohnung verändert, solches durch diese öffentlichen Blätter dem Publico anzeigen.

6) Wie nun durch die unterm 18. Januar 1781 confirmirte Waarenmäkler-Ordnung §. 7 die

Schranken zwischen den Geschäften der Waarenmäkler und Geld- und Wechselmäkler bereits aufs Neue festgesetzt worden sind, so wird hierdurch nach deren Anleitung wiederholt, daß a) für die Waarenmäkler die Geschäfte bei dem Kaufe und Verkaufe aller ordinären Kaufmanns- und Apothekerwaaren und zur Handlung gehörigen Landesproducte, als Wolle, Hopfen u., jedoch exclusive des Kornes, die Vermietungen der Häuser, Gewölbe, Logis, Gärten und Ländereien privative bleiben, hingegen b) den Geld- und Wechselmäklern alle Geschäfte beim Umsatze mit Geld, Gold und Silber, nicht weniger aller Wechselverkehr, überhaupt auch die Anschaffung und Negociirung der Capitalien privative vorbehalten bleiben, beiden aber c) sowohl den Waaren- als den Geld- und Wechselmäklern der außergerichtliche und freiwillige Verkauf der Immobilien gestattet, dahingegen aber beiden sich mit Pfand-Versetzungen abzugeben nachdrücklich verboten sein soll, und sollen diese für jeden Mäkler festgesetzten Schranken bei Verlust ihres Stocßs und nachdrücklicher Bestrafung niemals überschritten werden.

Uebrigens versteht es sich jedoch dabei von selbst, daß der Mäkler die vorangeführten Geschäfte nur alsdann übernimmt, wenn er dazu geordert wird, keinesweges aber solche in dem Falle verlangen kann, wenn die Interessenten solche selbst ausrichten wollen, weswegen ihm auch alles Zubringen hierdurch ernstlich untersagt wird.

7) Der Geld- und Wechselmäkler darf aber auch, gleich wie der Waarenmäkler, keine Handlungsgeschäfte für seine eigene Rechnung machen, also weder selbst Geld einwechseln und umsetzen, noch Wechsel an seine eigene Ordre stellen lassen, oder unter seiner eigenen Hand abgeben, oder selbst indossiren, noch weniger Wechsel auf Speculation für sich und auf eigene Rechnung ankaufen und traffiren.

8) Eben so wenig darf derselbe mit jemand andern in öffentlicher oder stiller Compagnie stehn, und als Compagnon dergleichen Geschäfte auf seine Rechnung verrichten lassen, oder irgend eine Expedition, sie habe Namen wie sie wolle, übernehmen.

9) Sollte aber der Fall eintreten, daß der Käufer eines Wechsels den Verkäufer desselben nicht genug kenne, oder demselben nicht genug traute, so bleibt es dem Geld- und Wechselmäkler nachgelassen, wenn er selbst will, dem Käufer auf Verlangen zur Sicherheit des Wechsels einen Bürgschein auszustellen.

10) So lange ein Fremder sich hieselbst aufhält, darf der Mäkler dessen Geschäfte eben sowohl, als der Einheimischen, gegen die unten §. 20 festgesetzte Courtage besorgen. Allein sobald derselbe von hier weggereist ist, muß alle weitere Verbindung mit ihm aufhören, und es darf der Mäkler keine Geld- oder Wechsel-Commissionen von Fremden annehmen, sondern er ist verbunden, auf den Fall, wenn ihm Aufträge von Auswärtigen gemacht werden, solche schlechterdings an hiesige, und zwar an diejenigen Kaufleute, mit welchen er die verlangten Wechsel zu schließen, oder zu erhalten Gelegenheit hat, abzugeben, oder seinen Committenten an solche zu verweisen.

Baare Casse aber darf er von Fremden, um dafür hieselbst Wechsel einzukaufen, außer den hiesigen Messen, durchaus nicht an sich nehmen.

11) Sollte jedoch ein Fremder, der hier keinen Freund kenne, die valuta an ihn direct überschicken, um einen Wechsel einzukaufen, so darf er dies Geschäft allenfalls ein Mal übernehmen, allein er darf den Wechsel, wie schon §. 7 verordnet ist, nicht an seine Ordre, sondern muß solchen an die Ordre des Committenten schreiben lassen, und demselben zugleich ausdrücklich melden, daß er sich in Zukunft bei ähnlichen Fällen an die Handlungshäuser selbst zu wenden habe.

12) Außer dem eben gedachten einzigen Falle darf der Geld- und Wechselmäkler überall über Waarenpreise, Wechsel und Wechselcours keine auswärtige Correspondenz führen, oder durch andere führen lassen, jedoch wird ihm die Freiheit vorbehalten, nach Gefallen die auswärtigen Courszettel zu Besorgung seiner Mäklergeschäfte kommen zu lassen.

13) Da die vorzüglichste Pflicht eines Mäklers darin besteht, daß er jeden Auftrag mit Redlichkeit, Treue und Aufrichtigkeit der hiesigen Wechsel-Ordnung gemäß befolgen, und die ihm gegebenen Aufträge

äußerst verschwiegen und geheim halten, nicht weniger in seinem Betragen bescheiden, fleißig und ehrbar sein, auch jederzeit bei Schließung einer Partei den rechten Namen des Käufers dem Verkäufer, und so umgekehrt, bekannt machen muß, so soll der Geld- und Wechselmäkler, Falls er hiergegen handelt, außer Ersetzung des zugefügten Schadens nach vorgängiger rechtlicher Untersuchung nachdrücklich, und nach Verschaffenheit der Umstände auch wohl mit Entsetzung seines Dienstes bestraft werden.

14) Wenn es sich ereignen sollte, daß dem Mäkler von mehr als Einem ein Auftrag über einen und eben denselben Gegenstand, welcher vielleicht nur einfach zu haben ist, gegeben würde, so ist derselbe bei Verlust seines Dienstes oder anpaßlicher Strafe schuldig, dem ihm zuerst gemachten Auftrage den Vorzug zu geben, und solchen so lange zu verfolgen, bis entweder die Partei geschlossen, oder die Tractaten darüber gänzlich abgebrochen sind, bevor er den Auftrag eines andern über eben den Gegenstand zur Ausrichtung übernimmt.

15) Wenn dem Mäkler Geschäfte von gleicher Qualität, aber unter verschiedenen Conditionen aufgetragen würden, so hat derselbe dem ersten Committenten, wenn ihm ein nachheriger Auftrag, die Wechsel um geringern Cours loszuschlagen, geschehen ist, solches (jedoch ohne den Namen des letztern Committenten zu nennen) zu eröffnen, damit der erstere seine Maafregeln danach nehmen könne, und eben so hat derselbe sich zu verhalten, wenn der zweite Committent einen höhern Cours, als der erste, stellt, daß er nämlich dem zweiten Committenten, ohne den erstern zu nennen, eröffne, wie er schon den Auftrag habe, die Wechsel um geringern oder resp. höhern Cours zu verkaufen.

16) Damit die Geschäfte des beeidigten Mäklers ihre Glaubwürdigkeit erlangen, so soll er schuldig und gehalten sein, alle Aufträge, die ihm zur Ausrichtung aufgetragen werden, in ein bei sich zu führendes kleines Handbuch einzuschreiben, und, nachdem er dieselben ausgerichtet, mit allen Umständen des geschlossenen Geschäfts, nämlich die Münzsorte, die Zahlungszeit, den Zahlungsort und Herrn des Wechsels, mit Bemerkung des Vor- und Zunamens des Käufers und Verkäufers, und des Tages, in ein ordentliches Journal, und dann ferner in ein Hauptbuch, in welchem er sich alles Radirens und Ausstreichens zu enthalten hat, zu übertragen. Dieses Hauptbuch soll bei entstehenden Streitigkeiten unter den Interessenten über die Richtigkeit des Geschäfts alsdann einen halben Beweis machen, wenn das Geschäft völlig beendigt ist und der Mäkler seine Courtage bereits erhalten hat, es sei denn, daß beide Parteien sich darauf beriefen, in welchem Falle es die Kraft eines vollen Beweises haben soll.

17) Außerdem soll der Geld- und Wechselmäkler noch verbunden sein, über jeden geschlossenen Handel, wenn es verlangt wird, sowohl dem Käufer als dem Verkäufer eine genaue Note, wie eigentlich das Geschäft gemacht sei, mit Anführung aller im vorhergehenden §. 16 specificirten Umstände, zuzustellen.

18) Ferner soll der Mäkler aber auf den Fall, da ihm weder der Käufer noch Verkäufer zum Empfang der Gelder oder Wechsel einen speciellen Auftrag gegeben, beiden Theilen die resp. Empfangnahme der Gelder und Wechsel selbst überlassen.

Sollte jedoch der Käufer oder Verkäufer von ihm verlangen, daß er die Gelder in Empfang nehmen oder auszahlen solle, so kann er sich dessen nicht entziehen.

19) Die im §. 16 angeführten Bücher muß der Mäkler geheim halten, und niemandem, außer der Obrigkeit und bei entstandenen Streitigkeiten, vorzeigen, bei Strafe der Entsetzung vom Dienste.

20) In Absicht der Courtage wird hierdurch festgesetzt, daß dem Geld- und Wechselmäkler bei Geld- und Wechselgeschäften nicht mehr als Eins pro mille in hiesigem Courant, sie mögen nun in Banco-Courant oder Louisd'or geschlossen sein, sowohl vom Käufer als Verkäufer zu nehmen bewilligt und erlaubt sein soll, der Gestalt, daß er von 1000 Thlr. Hamburger oder Holländischen Courant doch nur 1 Thlr. hiesiges Courant erhält. Bei dem Kaufe und Verkaufe der Immobilien aber erhält derselbe,

gleichfalls von jedem Theile, ein Viertel Procent. Extra-Douceurs zu bedingen, bleibt demselben aber bei 10 Thlr. Strafe bei beiderlei Geschäften ausdrücklich untersagt.

21) Sollte der Geld- und Wechselmäkler bei seinem Verkehre in Erfahrung bringen, daß der eine oder der andere Käufer oder Verkäufer bei Schließung eines Handels gefährdet werden könnte, so soll er hierbei vorsichtig zu Werke gehen, und nicht anders als auf resp. baare Zahlung und prompte Ablieferung des Wechsels schließen, auch, wenn sich bei dem einen oder dem andern Schwierigkeiten hervorthun sollten, sodann die Unterhandlung lieber ganz abbrechen, als ein dem einen oder andern Theile unsicheres Geschäft befördern; wie ihm denn auch bei Strafe der aus seinen Mitteln zu beschaffenden Schadloshaltung und des Verlustes seines Amtes zur Pflicht gemacht wird, niemanden für gut und sicher auszugeben, von dem er bereits das Gegentheil weiß.

22) Sollte der beeidigte Mäkler mit einer Krankheit befallen werden, oder eine nothwendige Reise, oder andere wichtige Abhaltung ihn hindern, seinem Dienste persönlich vorzustehen, so darf er zwar durch seinen Sohn oder durch einen andern, den er dazu für tüchtig hält, seine Geschäfte verrichten lassen, jedoch bleibt er, der Geld- und Wechselmäkler, dafür jederzeit responsabel.

23) Wenn der beeidigte Mäkler überführt werden könnte, daß er in dem einen oder andern Stücke dieser Mäkler-Ordnung zuwider gehandelt, sich nicht rechtschaffen betragen hätte, und in Ausrichtung der ihm gegebenen Aufträge es an seinem Fleiße ermangeln lassen, so soll derselbe zu gewärtigen haben, daß er auf die von den Ältesten der beiden Kaufmanns-Innungen bei dem fürstl. Polizei-Departement zu thunende Anzeige und die darauf erfolgte rechtliche Untersuchung seines Dienstes entsetzt, und ihm der Mäklerstock abgenommen werde.

24) Würde endlich ein Mäkler das Geschäft aufgeben wollen, so soll er solches dem fürstl. Polizei-Departement melden, und die Bücher, wenn solche zuvörderst von dem Gilde-Commissario und den Ältesten der beiden Kaufmanns-Innungen versiegelt sind, sammt dem Mäklerstocke abliefern. Eben dieses sollen auch dessen Erben beobachten, wenn er mit Tode abgeht. Neu revidirte und von dem Landesfürsten confirmirte Geld- und Wechselmäkler-Ordnung für die Stadt Braunschweig v. 16. Octbr. 1787.

S. auch: Wechselrecht; Art. 48 der Wechsel-Ordnung v. 1. August 1715. — Waarenmäkler in Braunschweig.

cf. Verordn. v. 19. Juli 1827, die Sicherstellung des Publicums gegen Uebervortheilungen bei der Unterhandlung über an- und auszuleihende Capitalien u. betr. — Declaration ders. v. 11. Febr. 1832.

Gelehrte, Wohnungen derselben.

S. Handwerke, Geräusch machende.

Gemeinde-Kenger.

S. Angerplätze.

Gemeinde-Kenger, Theilung derselben.

Zur Aufmunterung der Theilung der Gemeinde-Kenger vor den Städten und Dörfern, Urbarmachung noch wüßt liegender Felder und des Anbaues der Futterkräuter, welche auf die Wirthschaft einen so wohlthätigen Einfluß haben würden, sind die Gemeinden und Eigenthümer weitläufiger Kenger und wüster oder doch wenig tragender Felder zu besserer Benützung und Bebauung derselben nicht nur ermahnt, sondern es ist ihnen auch zu mehrerer Ermunterung ausdrücklich versichert, daß nicht nur alle getheilte und mit Futterkräutern bestellte oder sonst auf irgend eine Weise neu cultivirte Kenger oder wüßt gelegene Plätze, wenn schon deren Ertrag demnächst sich ungleich vergrößern sollte, mit keinen neuen

neuen oder mehreren Abgaben, als bisher davon aufgekomen, belegt, sondern vielmehr diejenigen, welche hierunter vor andern ein gutes Beispiel geben werden, bei ihrem nützlichen Vorhaben, so viel thunlich, gern unterstützt werden sollen. Zu den sämtlichen Stadt- und Land-Obrigkeiten wird höchsten Orts vertrauet, daß sie ihrer Seits, wo sich dazu Gelegenheit findet, hierzu willig die Hände bieten und die landesväterliche Absicht hierunter sich bestens empfohlen sein lassen werden. Landesf. Verordn. v. 20. Febr. 1786. (Br. Anz. v. 1786. Nro. 20.)

S. auch: Graßtheilung.

cf. Gesetz v. 20. Decbr. 1834, die Gemeinheits-Theilungs-Ordnung betr.

Gemeinde-Ausgaben.

S. Nebenausgaben der Dorfgemeinden — Angerplätze.

Gemeinde-Bäcköfen.

S. Backöfen.

Gemeinde-Holzungen.

Damit alle Holzverwüstung desto mehr verhütet werde, so soll keine Dorfschaft in ihren Holzungen das Geringste an Feuer- und Nutzholz, es sei Ober- oder Unter-, weiches oder hartes Holz, abhauen oder theilen, es sei zu welcher Zeit des Jahrs es wolle, ehe und zuvor die Beamten oder Gerichtsherrn durch die dazu allbereits an jedem Orte bestellten oder noch zu bestellenden Förster solches ausweisen lassen, bei Strafe von 9 Fl. für jeden Stamm harten Holzes, von 10 Gr. aber für geringes Unter- und Weichholz. Welcher Förster sich der Ausweisung befehle der Forst-Ordnung weigern oder Trinkgeld nehmen wird, der soll 10 Fl. Strafe geben. Allg. Landes-Ordn. Art. 42.

cf. Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 3. Januar 1814. (Bege I. p. 62.) — Rescr. fürstl. Regierungs-Commiss. v. 18. Febr. 1814. (Bege III. p. 65.) — Rescr. fürstl. Cammer-Colleg. v. 31. Juli 1826. (Bege I. p. 88.) — Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §§. 138 sqq. — Bekanntmachung herzogl. Cammer, Direction der Forsten und Jagden, v. 7. Septbr. 1837, die Abänderung des Verfahrens bei Ausweisung der Holztheilungen in den Gemeinde-Waldungen betr.

Da bei den Gemeinden, welche mit Privatholzungen versehen sind, einige Holz-Interessenten ihre Theilungen an andere verkaufen oder denen, die ihnen Geld vorgestreckt haben, solche statt der Zinsen assigniren, in welchem Falle dann nicht der Eigenthümer solcher Theilung, sondern der Käufer oder der Creditor, dem solche von seinem Schuldner überwiesen worden, dieselbe aus dem Holze fährt, wodurch die Gelegenheit zu mannigfaltigen Inconvenienzen und Unterschleifen gegeben wird, solcher Mißbrauch aber gänzlich aufgehoben werden soll, so wird verordnet, daß keiner der Holz-Interessenten seine Theilung im Holze verkaufen, oder einem andern, es geschehe quo titulo es wolle, überweisen, sondern dieselbe erst auf seinen Hof fahren und, wenn solches geschehen, alsdann und eher nicht das, was er davon füglich entbehren kann, andern verkaufen und überlassen, mithin niemandem als dem Eigenthumsherrn selbst seine Theilung aus dem Holze zu fahren erlaubt sein soll. Landesf. Verordn. v. 27. Mai 1744.

S. auch: Holzverwüstung — Anbauer, neue — Angerplätze.

Gemeinde-Holzungen in der Grafschaft Blankenburg.

Da ein jeder, der mit eigener Holzung berechtigt ist, diese also gebrauchen muß, daß sie nicht in einer kurzen und etwa Menschenlebens-Zeit gar verwüstet, sondern conservirt werde, nicht minder auch daß landesf. mit unterlaufende kundbare Interesse ungeschwächt bleiben möge, so ist zu Steuerung der in
Erster Theil.

den Blankenburgischen Gemeinde=Holzungen eingerissenen Mißbräuche, ohne ordentliche Anweisung im Holzfällen und in Abnutzungen unrichtig zu verfahren, allen und jeden Gemeinden in der Grafschaft Blankenburg, welche eigene Holzungen haben und besitzen, bei willkührlicher ernster Strafe befohlen, daß niemand so wenig für sich, als etwa im Namen einer ganzen Commune eine Theilung oder Holzhauung unternehme, sondern, wenn er Bauholzes benöthigt ist, oder eine Theilung vorgehen soll, solches alle Mal mit Zuziehung und Vorwissen der landesfürstlich bestellten Ober- und Förster geschehe, und also die landesf. gemeinnützigen Satzungen, Land- und Forst=Ordnungen auch in diesem Stücke ihre gehörige Observanz haben, Gestalt denn mehrgedachte Communen denselben sich allerdings gemäß zu bezeigen, der fruchtbaren Bäume zu schonen, gewöhnliche Gehäge zu halten und junge Bäume zuzupflanzen schuldig sind und hierzu ernstlich hiermit angewiesen werden, so lieb ihnen ist, unnachlässige ernste Strenge, Verlust ihrer Gerechtigkeit und andere Ungnade zu vermeiden. Landesf. Verordn. d. d. Wolfenbüttel den 18. Febr. 1658.

cf. Forst=Straf=Gesetz v. 26. Juli 1837. §. 138.

Gemeinde=Laden.

S. Gemeinde=Urkunden.

Gemeinde=Lasten.

S. Nebenausgaben der Dorfgemeinden — Gemeinde=Reihewerke.

Gemeinde=Proceffe.

Keine Gemeinde soll ohne Rath ihrer ordentlichen Obrigkeit eine Klage anstellen, die angebrachte Klage ohne Zulassung eines Advocaten summarisch tractirt und die Acte an fürstl. Geh. Rathsstube gesendet werden. Landesf. Verordn. v. 20. Febr. 1740.

Eine jede Gemeinde, wenn sie Ursache zu haben glaubt, gegen eine andere Gemeinde oder wider einzelne Personen gerichtliche Klage zu erheben, soll solches nicht eher thun, als bis sie ihre ordentliche Obrigkeit darüber zu Rathe gezogen und derselben Gutachten, was hierunter am Besten für sie zu thun oder zu lassen sei, vernommen. Der Gesetzgeber hat dabei das feste Zutrauen, daß die Gerichte und Obrigkeiten ihren Rath hierunter nach ihrem besten Wissen und Gewissen also ertheilen werden, wie sie es vor Gott und ihm zu verantworten gedenken. Wenn es nun dahin kömmt, daß eine Gemeinde ihre Klage wirklich einbringt, soll der Richter des beklagten Theils die Güte mit aller Sorgfalt und allenfalls zu wiederholten Malen versuchen, in Entstehung derselben aber das Factum summarisch, jedoch hinlänglich untersuchen, zu dem Ende die Parteien gegen einander selbst und, außer dem äußersten Nothfalle, ohne Zulassung eines Advocaten fleißig hören, ein ordentliches deutliches Protocol verassen, und demnächst, ohne weitem beschwerlichen und kostbaren Schriftwechsel zu gestatten, die Acten mit umständlichem Berichte an die fürstl. Geh. Rathsstube einschicken, da denn der Landesfürst die Sache, wenn sie ihrer Natur nach so beschaffen, daß es auf kein rechtliches Urtheil ankömmt, reguliren lassen, oder aber zu rechtlichem, jedoch jederzeit summarischen Verfahren verweisen wird. Eben so soll es gehalten werden, wenn eine Gemeinde verklagt wird, und soll alsdann die ordentliche Obrigkeit einer solchen beklagten Gemeinde bei Untersuchung der Sache auf die jetzt verordnete Maaße ebenfalls verfahren und die Acten nach vorgängiger summarischer Cognition an die fürstl. Geh. Rathsstube zu weiterer, dem Befinden und den Umständen gemäßen Verfügung einsenden. Alle und jede hohe und niedrige Gerichts=Obrigkeiten in hiesigen Landen sind auf ihre aufhabenden Eide und Pflichten angewiesen, sich nach dieser Verordnung gebührend zu achten und strenge darüber zu halten. Landesf. Verordn. v. 20. Febr. 1744.

Ob zwar durch die landesf. Verordnungen v. 20. Febr. 1740 und 20. Febr. 1744 heilsamlich verordnet worden, daß eine Gemeinde, wenn sie gerechte Ursache zu haben glaube, gegen eine andere Gemeinde oder wider einzelne Personen gerichtliche Klage zu erheben, solches nicht eher thun solle, als bis sie ihre ordentliche Obrigkeit darüber zu Rathe gezogen und derselben Gutachten, was hierunter am Besten für sie zu thun oder zu lassen sei, vernommen habe, ein Gleiches auch in dem Falle beobachtet werden solle, wenn eine Gemeinde verklagt würde, so haben doch die Erfahrung und die vielen unnützen und ungerechten Gemeinde-Proceffe satzsam gelehrt, daß dieser zum Besten der Gemeinden erlassenen Vorschrift nicht allerdings nachgelebt werde und manche Gemeinde darüber in eine drückende Schuldenlast gerathen sei. Damit nun diesem Unwesen gesteuert werden möge, so werden nicht nur obgedachte Verordnungen hierdurch anderweitig erneuert, sondern es wird außerdem noch verordnet: 1) daß, bevor eine Gemeinde, sie sei Klägerin oder Beklagte, einen Proceß unternimmt, ein jedes Mitglied derselben Mann für Mann von seiner Obrigkeit, nach vorgängigem nöthigen Vorhalte von der Beschaffenheit der Sache, über die zu dem Proceffe zu ertheilende Einwilligung *ad protocollum* vernommen werden soll. Wenn sich nun 2) daraus ergibt, daß zwei Drittheile der Gemeinde die Zustimmung zum Proceffe gegeben, alsdann hat derselben Obrigkeit allererst, und anders nicht, die Klage anzunehmen; und, wenn der Rechtsstreit bei einem andern Gerichte geführt werden muß, ein Attestat, daß solcher Gestalt der größte Theil der Gemeinde darin gewilligt, zu ertheilen, welches die klagende Gemeinde bei dem Gerichte, wo der Proceß anzubringen, zu produciren hat, ohne welches Attestat kein Gericht eine Klage der Gemeinde annehmen soll. Ist hingegen eine Gemeinde der beklagte Theil, so ist sie nicht befugt, wenn nicht zwei Drittheile in die Klage willigen, einen Proceß anzufangen. Ob eine Wiederklage zuzugestehen oder darüber ein Rechtsstreit anzustellen sei, hängt gleichfalls von der Zustimmung des Zwei-Drittheils der Gemeinde ab, und muß des Falls, den Umständen nach, vorhin gedachtes Attestat auch beigebracht werden. Damit auch 3) wegen der aufzubringenden Proceßkosten etwas Bestimmtes festgesetzt werde, so sollen solche zwar von den Gemeinde-Aufkünften, wo dergleichen vorhanden sind, bestritten werden, wenn dergleichen aber nicht vorhanden, oder solche nach Abzug der nöthigen Ausgaben nicht zureichen, so soll durch den Bauernmeister, Geschwornen oder wem sonst in der Gemeinde die Besorgung des Processes aufgetragen wird, das Nöthige dazu in der Gemeinde gesammelt werden, jedoch nicht nach dem Contributions-Fuße oder zu gleichen Theilen, sondern nach den Höfen, und über diese Gelder, sie mögen aus den Gemeinde-Aufkünften ganz oder zum Theil erfolgen, oder besonders aufgebracht werden, jedes Mal eine besondere Rechnung geführt, und damit wie mit andern Gemeinde-Rechnungen verfahren werden. Landesfürstl. Verordn. v. 7. Febr. 1791. (Br. Anz. v. 1791. Nro. 22.)

Demnach in Erfahrung gebracht, was Maßen an dem einen und andern Orte einige Punkte der unter dem 7. Febr. 1791 erlassenen Verordnung, die Gemeinde-Proceffe betreffend, entweder gänzlich gemißdeutet worden, oder doch über den eigentlichen Sinn derselben Zweifel und Ungewißheit entstehen wollen, auch zugleich verschiedene zweckdienlich befundene Vorschläge geschehen, wie vermittelt einiger fernern Erweiterungen und Modificationen der wegen der Gemeinde-Proceffe getroffenen Verfügungen der dabei zum Grunde liegenden wohlthätigen Absicht noch näher getreten werden könne, so ist nöthig gefunden, zu declariren und festzusetzen:

1) Daß, da bei der Disposition vorgedachter Verordnung, daß jedes Mitglied einer Gemeinde Mann für Mann über die zu den Gemeinde-Processen zu ertheilende Einwilligung *ad protocollum* vernommen werden solle, die Absicht dahin gerichtet ist, die eigentlichen Gesinnungen jedes Individuum zu erforschen, und ihm vollkommene Freiheit zu verschaffen, sich ohne Furcht vor den übrigen über die vorliegende Angelegenheit zu äußern, die eben angezogenen Worte der Verordnung von einigen Obrigkeiten sehr irrig auf die Weise verstanden werden wollen, daß zwar die ganze Gemeinde Mann für

Mann vernommen werden müsse, diese Vernehmung aber in Gegenwart der andern Mitglieder geschehen könne, oder wohl gar geschehen solle, vielmehr die höchste in vorgeachten Worten ausgedrückte Willensmeinung dahin gehe, daß, wenn eine Gemeinde über eine von ihr zu erhebende, oder gegen sie angebrachte gerichtliche Klage sich zu erklären hat, der ganzen versammelten Gemeinde zwar unter eins die Beschaffenheit der vorsehenden Sache bekannt gemacht werden, darauf aber solche gänzlich abtreten solle, und jedes Mitglied seorsim in Abwesenheit aller übrigen über seine Meinung, jedoch mit der erforderlichen Behutsamkeit, damit dessen Meinung andern nicht bekannt, und dasselbe deswegen gehässig werden möge, zu vernehmen sei.

2) Ist die in der Verordn. v. 7. Febr. 1791 sub Nro. 3 enthaltene, ebenmäßig hin und wieder gemißdeutete Verfügung, daß die Proceß-Kosten, wenn solche aus den Gemeinde-Aufkünften entweder gar nicht, oder nur zum Theil bestritten werden können, nach den Höfen gesammelt werden sollen, in der Maasse zu verstehen, daß zu dem aufzubringenden Quantum der Ackermann noch einmal so viel als der Halbspänner und dieser noch einmal so viel als der Rothfasse, auch da, wo der Observanz nach die Brinkfiser hierzu beizutragen verpflichtet sind, der Rothfasse wieder noch einmal so viel als der Brinkfiser zu contribuiren gehalten sein solle, so daß, wenn z. B. die Kosten die Summe von 70 Thlr. ausmachen, sodann

die Ackerleute.....	40	Thlr.
die Halbspänner.....	20	»
die Rothfassen.....	10	»
	<u>70</u>	Thlr.

da aber, wo auch die Brinkfiser mit contribuiren, sodann

die Ackerleute.....	37	Thlr.	12	Mgr.
die Halbspänner.....	18	»	24	»
die Rothfassen.....	9	»	12	»
und die Brinkfiser.....	4	»	24	»
	<u>70</u>	Thlr.	—	Mgr.

zu bezahlen schuldig sind.

3) Soll, damit der Legitimations-Punkt sogleich und gehörig berichtigt werde, auch zu Vermeidung der größern Kosten, die sonst sowohl die weitere Hinaussetzung der Bestellung eines Syndici, als die auf andere Weise vorzunehmende Bestellung desselben den Gemeinden zu verursachen pflegt, so oft sich der Fall ereignet, daß eine Gemeinde über die zu einem vorsehenden Proceße zu ertheilende Einwilligung ad protocollum vernommen werden muß, und es sich daraus ergeben, daß zwei Dritttheile die Zustimmung ertheilt haben, sogleich nach Beendigung dieser Vernehmlassung, da die Gemeinde noch beisammen, ein Syndicus aus derselben Mittel ad protocollum bestellt, und der Gemeinde dabei eröffnet werden, daß durch diesen künftig die Geschäfte zu besorgen, insbesondere aber die etwa nöthigen Wege nach der Stadt oder der Gerichts-Obriegkeit zu verrichten wären, und sie daher denselben gehörig zu instruiren hätte.

Da auch 4) bei dem unleugbar überwiegenden Nutzen mehrgedachter Vernehmungen der Gemeinden dieselben jedoch in einigen Fällen und unter der Voraussetzung, daß die Mitglieder im Gerichte erscheinen müssen, mit den allerdings Aufmerksamkeit verdienenden Schwierigkeiten und Nachtheilen verbunden sind, daß dadurch die Mitglieder von ihren ökonomischen und häuslichen Angelegenheiten abgehalten, auch zu manchen zum Theil unnützen oder wohl gar schädlichen Ausgaben veranlaßt, nicht weniger ganze Dörfer auf eine zuweilen nicht unbeträchtliche Zeit, und besonders in Rücksicht einer etwa ausbrechenden Feuersbrunst nicht ohne Gefahr des Publicums von dem vorzüglichsten Theile ihrer Einwohner entblößt werden, zu geschweigen, daß aus allen diesen und sonstigen Ursachen gemeinlich einige Glieder der Gemeinde in termino zurückbleiben, sothanen Nachtheilen, Schwierigkeiten und Hindernissen aber dadurch abgeholfen

werden kann, daß die Vernehmung in loco der Gemeinde vorgenommen wird, so ist in Zukunft jedes Mal, wenn dergleichen erforderlich sein sollte, die Gemeinde durch die Bauermeister zu befragen, ob sie es ihrer Convenienz gemäßer finde, im Gerichte zu erscheinen, oder sich in loco vernehmen zu lassen? und wenn zwei Drittheile derselben den letztern modum vorziehen sollten, (indem sie hierunter die freie Wahl behalten muß) die Vernehmung in loco unweigerlich vorzunehmen, und in demselben Termine nicht nur in Gemäßheit der vorhin ertheilten Vorschrift erforderlichen Falls ein Syndicus zu bestellen, sondern auch das Verhör der Sache mit dem zugleich zu abcitirenden Gegentheile (insofern derselbe keine Gemeinde ist, weil in diesem Falle ein solches Verfahren keine Anwendung findet) vorzunehmen und darauf die Güte alles Ernstes zu versuchen. Wenn jedoch hierbei die Absicht hauptsächlich mit auf die Verminderung der Kosten gerichtet ist, welche den Gemeinden durch die Vernehmung verursacht werden können, diese Absicht aber wenigstens größtentheils vereitelt werden würde, wenn den Obrigkeitern in solchen Fällen die gewöhnlichen Commissions-Gebühren entrichtet werden sollten, so ist verordnet, daß von den Obrigkeitern für eine solche in loco vorgenommene Vernehmung *absque praejudicio*, und unter der Voraussetzung, daß sie von der Gemeinde durch eine Kiegefuhr abgeholt werden, ohne Unterschied, ob ein Beamter oder mehrere zu der Gemeinde gereiset, nicht mehr als zwei Thaler und für den Actuar ein Thaler, und, wenn die Güte nach vorhergegangenen Verhöre versucht worden, für den Beamten nicht mehr als drei Thaler, und für den Actuar ein und ein halber Thaler, wenn aber kein Actuar mit zur Stelle gereiset, für denselben auch nichts genommen werden solle. *) Landesf. Declarat. v. 6. Januar 1792.

Demnach durch eine landesf. Verordn. v. 7. Febr. 1791 festgesetzt worden ist, wie es mit den Gemeinde-Proceffen gehalten werden solle, und denn nöthig gefunden, daß wegen der Kosten in dergleichen Proceffen auch etwas mehr Bestimmtes verfügt werde, so wird deshalb folgendes hierdurch verordnet:

1) In den Gemeinde-Rechnungen passiren keine Proceß-Kosten in Ausgabe, wenn derselben Betrag nicht durch einen Zahlungs-Befehl (*decretum de solvendo*) desjenigen Gerichts, vor welchem der Gemeinde-Proceß rechtshängig ist, justificirt wird.

2) Ohne einen solchen Zahlungs-Befehl sollen auch keine Proceß-Kosten durch Sammlungen in der Gemeinde aufgebracht und bezahlt werden, bei Gefängniß-, und dem Befinden nach, noch schwererer Leibesstrafe für den oder diejenigen, welche eine solche Sammlung veranstalten oder verrichten.

3) Der Advocat und Anwalt (*Procurator*), welcher ohne einen solchen Zahlungs-Befehl Proceß-Kosten erhebt, macht sich dadurch seiner Forderung verlustig, und ist schuldig, die erhobene Quantität zu restituiren, auch noch überdem eben so viel an die Armen-Anstalten seines Wohnorts zur Strafe zu erlegen.

4) Da es den Advocaten und Anwälten längst zur Pflicht gemacht worden, (*Hofgerichts-Ordnung Tit. 77 §. Ferner ordnen ic.*) alles und jedes, was sie in Hinsicht auf die Führung des Proceßes empfangen, auf ihre Deserviten-Rechnung anzurechnen, so versteht es sich von selbst, daß vorstehende Regeln (§. 1. 2. 3.) dadurch keine Abänderung leiden, wenn die Proceß-Kosten nicht in baarem Gelde, sondern vermittelt einer Uebereinkunft durch Naturalien nach marktgängigem Preise vergütet werden, und noch weniger dadurch, wenn die Vergütung und Belohnung in der Absicht und unter der Benennung eines freiwilligen Gesenkts gegeben und angenommen wird.

5) Die Proceß-Kosten begreifen in sich:

- a) die sämtlichen Gebühren des Gerichts;
- b) das Deservitum des Advocaten und Procurators;

*) cf. Verordn. v. 8. Octbr. 1835, die Festsetzung der Beehrungs-Kosten der Justizbeamten und Actuaren bei Reisen in Officialssachen betr., und deren Ergänzung v. 4. Januar 1837.

- c) die Gebühren auswärtiger Commissarien und Gerichte für gewisse von denselben auf Befehl oder Requisition des den Proceß dirigirenden Gerichts vorgenommene Handlungen;
- d) die den abgehörten Zeugen zugebilligten und ihnen zukommenden Reise- und Zehrungs-Kosten;
- e) die Kosten auf die nöthige Correspondenz mit dem Advocaten und Anwalde, wie auch die auf die Herbeischaffung der nöthigen Nachrichten und Urkunden außergerichtlich verwandten Kosten;
- f) die Reise- und Zehrungs-Kosten des Syndicus, wenn selbiger bei dem Advocaten zur Ertheilung der nöthigen Information, oder im Gerichte selbst zur Instruction der Sache persönlich erschienen ist.

6) Alle vorstehend benannte Kosten muß der Advocat oder der Anwalde bei dem Schlusse jeder Instanz ordentlich specificiren. Die Specification muß mit fortlaufenden Nummern, worunter die Posten aufzuführen sind, auch zur Erleichterung des Referenten mit einer besondern unausgefüllt (in blanco) gelassenen Columne unter der Rubrik

moderirt

Rthlr. — Ggr. — Pf.

versehen werden.

7) In Ansehung der §. 5. N. d. e. f. bemerkten außergerichtlichen Ausgaben muß der Schriftsteller die etwa erforderlichen Beläge, auch nöthigen Falls die Manual-Acten beifügen, hingegen das Gericht untersuchen, ob die Ausgaben nach Maaßgabe der Manual-Acten und der beigebrachten Beläge wirklich verwendet worden, auch ob deren Verwendung, und zwar der Kosten sub Nro. f. nach Anleitung der wegen der Memorialien in der landesf. Verordn. v. 23. April 1770. Art. 9 festgesetzten Regeln zum Betriebe der Sachen nothwendig oder nützlich gewesen sei.

8) Da von der vollständigen Information des Schriftstellers die Vermeidung zeit- und geldspilrender Weitläufigkeiten, und überhaupt der rechte Gang der Sache so sehr abhängt, die dem Staate wirklich nützlichen Advocaten auch nicht verfehlen, vor Uebnahme der Sache bei ihren Principalen auf eine solche vollständige und gründliche Information zu bringen, und hiernächst, ohne auf die Anfangs ertheilte Information sich schlechterdings zu verlassen, ihre Principalen selbst um die nähern Umstände, Zeit, Ort und Beweisthümer genau zu befragen, so sind, wenn die gerichtlichen Acten deshalb nicht schon die Auskunft geben, behuf Bestimmung des Deservitums die Manual-Acten genau zu examiniren, ob der Schriftsteller bei Einziehung der Information mit Treue, Fleiß, Kenntniß und Klugheit gehandelt habe. Die Schriftsteller müssen daher die Correspondenz, wie auch die bei den persönlichen Conferenzen (§. 5. f.) ausgenommenen von dem Syndicus mit zu unterschreibenden Protocolle sorgfältig aufbewahren, um daraus sofort allen fränkenden Verdacht widerlegen und ihre Geschicklichkeit und Rechtschaffenheit beweisen zu können; wie denn, wenn Advocaten zu fürstl. Bedienungen in Vorschlag kommen, derselben Brauchbarkeit auch vorzüglich hiernach, und also nicht bloß nach den gerichtlichen Acten beurtheilt werden soll.

9) Das Deservitum der Schriften hat der Schriftsteller am Ende einer jeden Schrift neben seiner Namens=Unterschrift in dem zu den gerichtlichen Acten kommenden Originale bei Verlust desselben schon vorläufig anzusehen.

10) Alle durch des Schriftstellers und Anwals eigene Unwissenheit, Unfleiß und Bequemlichkeit verursachten Kosten werden nicht passiren, auch überall keine Deserviten und Kosten auf Prorogations- und Dilations=Gesuche gut gethan, insofern das angezeigte und der Ordnung gemäß zugleich bescheinigte Hinderniß vom Schriftsteller oder Anwalde herrührt und nicht auf der Gemeinde selbst haftet. Auch die überflüssigen Botenlöhne fallen dem Anwalde zur Last, weil es seine Schuldigkeit ist, die durch ihn extra- hirtten Bescheide selbst auszulösen und anzunehmen, wie auch die Insinuation derselben nicht unmittelbar

an den gegenseitigen Principal oder dessen Schriftsteller, sondern an dessen Anwalt, welcher Vollmacht beigebracht, oder de rato cavirt hat, bewerkstelligen zu lassen.

11) In Ansehung der Hauptschriften wird das Deservitum nicht bogenweise, sondern nach dem wirklichen Werthe der Arbeit und Wichtigkeit der Sache bestimmt. Es ist also insonderheit auch darauf zu sehen, ob die Schrift bündig, körnig, ohne überflüssige Allegationen, kurz, jedoch gründlich und zugleich deutlich verfaßt sei. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß, wenn der Advocat nicht eine gerechte oder wenigstens zweifelhafte Sache defendirt hat, vielmehr die Sache offenbar ungegründet ist, die Rechtsmittel widerrechtlich ergriffen worden und unnöthige Incident-Puncte vorgebracht sind, demselben kein honorarium zuzubilligen, sondern derselbe seine Principalen wegen der Gerichts-Gebühren und anderen Kosten schadlos zu halten schuldig, auch überdas annoch zu bestrafen sei.

12) Wird eine zweifelhafte und schwierige Sache durch Mitwirkung des Advocaten mittelst Vergleichs abgethan, so ist für diese Mitwirkung und in Rücksicht seiner dabei bezeigten Uneigennützigkeit ihm eine billige Belohnung zuzusprechen.

13) Nach diesen Grundsätzen (§. 7 bis 12.) muß das Gericht (§. 1.) in einem neben dem Haupt-Erkenntnisse zu ertheilenden Zahlungs-Befehle die Kosten bestimmen und festsetzen.

Bei Abgebung des Zahlungs-Befehls wird zwar jeder einzelne Posten der Specification (§. 6) erwogen, und das Quantum, worauf der Ansatz reducirt worden, von dem Referenten in eine besondere Columnne (§. 6) eingetragen; es beruht aber lediglich auf dem Ermessen des Gerichts, diese specificirten Moderationen zur Wissenschaft der Interessenten zu bringen, und braucht daher der Zahlungs-Befehl nur das Resultat der einzelnen Moderationen oder die daraus gezogene Hauptsumme zu enthalten. Wenn die Acten nach geschlossener Instanz zum auswärtigen Rechtsprüche verschickt werden, so geschieht die Bestimmung der Kosten und die Ertheilung des desfallsigen Zahlungs-Befehls auf dem vorgewiesenen Inrotulations-Termine und vor der wirklichen Absendung der Acten.

14) Gegen die geschehene Bestimmung der Kosten finden die ordentlichen Rechtsmittel keine Statt, jedoch mag derjenige, welcher dadurch sich beschwert hält, dagegen eine kurze Vorstellung, die nicht über einen Bogen enthalten darf, binnen 14 Tagen von Zeit der erhaltenen Wissenschaft bei Strafe der Präclusion einreichen. Erfolgt aber auf solche Vorstellung keine Abänderung, so hat es bei der Verordnung des Gerichts schlechterdings sein Bewenden, und wird derjenige, welcher das Gericht mit nochmaligen Querelen behelligt, willkürlich mit Gelde zum Besten der Armen-Anstalten bestraft. Ein Gleiches hat auch bei den vor den Untergerichten rechtshängigen Proceffen Statt, Falls nicht in der dem Untergerichte eingereichten Vorstellung ausdrücklich verlangt wird, die weitere Verordnung auf das Ermessen eines Landes-Dicasteriums zu verstellen. Alsdann ist der Unterrichter schuldig, an solches Dicasterium die Acten inclusive der Vorstellung mit Bericht einzusenden, und das darauf von dem Dicasterium erfolgte Rescript zur Richtschnur anzunehmen, ohne Rücksicht auf eine Appellations-Summe oder auf die Appellabilität der Hauptsache. In Ansehung derjenigen Gerichte, welche den Landes-Dicasterien entweder gar nicht, (z. E. der academische Senat in Helmstädt) oder nicht zunächst (z. E. das Untergericht der Stadt Braunschweig) untergeordnet sind, gehört die gedachte Revision vor die sothanen Gerichten zunächst oder unmittelbar vorgesetzten resp. Gerichte und höheren Instanzen.

15) Hat der Advocat und Anwalt die Kosten-Specification nebst den erforderlichen Belägen zu gehöriger Zeit (§. 6.) nicht beigebracht, so muß das Gericht die Gerichts-Gebühren und Deserviten von Amts wegen festsetzen, der außergerichtlichen aber wird der Syndicus, Advocat oder Anwalt seiner Saumseligkeit wegen verlustig.

16) Wird eine Instanz vom Gerichte ohne Erwartung oder Erforderung der gewöhnlichen Satz- oder Schluß-Schrift von Amts wegen für beschloffen angenommen, so muß in dem darüber abgegebenen Bescheide die Nachbringung der Kosten-Specification innerhalb einer gewissen Frist bei Strafe der Prä-

clusion erfordert, nach Ablauf solcher Frist aber von Amts wegen nach der obigen Vorschrift (§. 15.) verfahren werden.

17) Da auch Advocaten und Anwälde schuldig sind, die ergangenen Decrete zu bezahlen, und solche nicht unabgelöst liegen zu lassen, (landesh. Verordn. v. 9. Juli 1748.) so haben dieselben bei Einführung der Sache sowohl in der ersten als in der Appellations-Instanz zu einem solchen Vorschusse den Zahlungs-Befehl an die Gemeinde auszubringen. Bei den im Fortgange der Sache zu ertheilenden Zahlungs-Befehlen hat das Gericht von Amts wegen auch darauf Bedacht zu nehmen, daß der Advocat und Anwalt mit dem zur nöthigen Fortsetzung der Sache erforderlichen Vorschusse versehen werde, und nöthigen Falls darauf die oben (§. 13.) vorgeschriebenen Zahlungs-Befehle zu erstrecken.

18) Alle solche Zahlungs-Befehle und die damit verwandten Ausfertigungen (§. 14.) werden ganz umsonst ertheilt, auch mit keinem Stempel belegt.

19) Den Advocaten und Anwälden soll zu den Forderungen aus den erhaltenen Zahlungs-Befehlen auf das Schleunigste verholten werden. Leistet die Gemeinde auf den Zahlungs-Befehl binnen Monats-Frist seit der davon erhaltenen Wissenschaft keine Zahlung, so wird auf die bei ihrer ordentlichen Obrigkeit deshalb geschehene glaubhafte Anzeige sofort die Execution gegen sie verhängt.

20) Die Advocaten und Anwälde hingegen sollen ihre Forderungen zeitig genug beitreiben lassen. Wenn sie daher nicht binnen Jahresfrist a dato des Zahlungs-Befehls bei der ordentlichen Obrigkeit der Gemeinde um die executivische Beitreibung der ihnen zugebilligten Forderung schriftlich anrufen, so ist solchane Forderung gänzlich erloschen, und kann weder klagbar, noch durch Compensation oder sonst auf irgend eine Art weiter geltend gemacht werden.

21) Nicht nur in eigentlichen Gemeinde-Proceffen, sondern überdem auch in allen Proceffen, welche ganze Classen von Dorf-Gemeinden, als Ackerleute, Halbspänner, Rothfassen, Brinkfiser oder sämtliche Dienstpflichtige, oder die Zehntpflichtigen einer Gemeinde führen, sollen vorstehende Regeln gelten und zur Richtschnur dienen. *) Landesh. Verordn. v. 22. Juni 1792. (Br. Anz. v. 1792. Nro. 65.)

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 8. — Gewerbe- und Gilde-Ordnung v. 29. Octbr. 1821. §. 55. — Landesh. Circular-Rescr. v. 14. April 1831, die Beobachtung der Vorschriften der Verordn. v. 22. Juni 1792, wegen der Kosten in Gemeinde-Proceffen, betr.

Gemeinde-Reihewerke.

Da es billig und natürlich ist, daß der Begüterte mehr beitrage, als derjenige, welcher weniger besitzt, so ist es auch billig, daß der Beitrag zu den Gemeinde-Werken nach solcher Maaße oder dem Fuße der Contribution eingetheilt werde. So viel die Nutzung der Gemeinde-Wiesen betrifft, so ist dabei so wenig, als bei dem Kiegegrase etwas zu erinnern, daß ein Rothfasse nur halb so viel als ein Ackermann oder Halbspänner erhält, allein bei dem Hürdelager muß eine andere Proportion eingeführt werden, nämlich, daß selbiges ein Ackermann oder Halbspänner, wenn ihn die Reihe trifft, noch einmal so viel Nächte behalte, als ein Rothfasse. Die Wegebaubesserungs- und Kriegsfuhren sind von den Spannnten nach der Anzahl ihrer Pferde zu verrichten. Landesh. Rescr. v. 22. Juli 1773, ergangen in Sachen der Rothfassen zu Apelnstedt wider die Ackerleute und Halbspänner daselbst.

S. auch: Schriftsassen — Weiderechtigung der neuen Anbauer — Agerplätze.

Gemeinde-Theilung.

S. Gemeinde-Anger, Theilung derselben.

*) cf. Krügers Proceß p. 46.

Gemeinde=Triften.

S. Gemeinde=Weiden — Angerplätze.

Gemeinde=Urkunden.

Da bei verschiedenen Gelegenheiten wahrgenommen worden, daß bei den mehrsten Gemeinden auf den Dörfern die Urkunden und Nachrichten sehr schlecht verwahrt, von einem Bauermeister dem andern, oder den Krügern und andern Bauern in die Hände gegeben, daher denn solche durch Unachtsamkeit und Unreinlichkeit der Inhaber öfters unleserlich oder gar zerrissen und abhanden gebracht werden, so wird verordnet, daß in Zukunft eine jede Gemeinde eine Lade haben und darin ihre Urkunden und sonstigen schriftlichen Nachrichten, wie auch alle fürstlichen Verordnungen, die die Gemeinde betreffen, aufbewahren und sammeln soll. Alle Beamte und Obrigkeiten auf dem Lande sollen zu desto genauerer Befolgung dieser Verordnung mit den Geistlichen jedes Orts ausmachen, ob und wo in der Sacristei oder Kirche ein Platz vorhanden, und der Gemeinde anzuweisen, wohin solche Lade gesetzt werden könne. Sollte aber nurgedachter Platz, nach der Beschaffenheit der Kirche und Sacristei, sich nicht wohl anweisen lassen, so soll jede Obrigkeit einen andern möglichst sichern Platz ausmachen, der Gemeinde solchen anweisen, und darauf nachdrücklich halten, daß die Lade angeschafft und dieser Verordnung nachgelebt werde. Landesf. Verordn. v. 13. Juli 1752.

Gemeinde=Weiden.

Wer mit den Pferden keine Dienste thut, der soll auf gemeiner Weide mit den Pferden nicht gelitten werden, bei Strafe der Pfändung, so oft er sich darauf finden läßt; es sei denn, daß es an einem oder andern Orte insonderheit anders hergebracht, auf welchen Fall es dabei zu lassen. Allgem. Land. Ordn. Art. 35.

S. auch: Brinkfiker, Weidegeld derselben — Weideberechtigung der neuen Anbauer — Angerplätze — Kirchen- und Schuldiener auf dem Lande, wie viele Kühe dieselben auf die Gemeinde=Weide frei treiben dürfen — Prediger=Wittwen=Häuser — Contribution vom Viehe im Fürstenthume Blankenburg.

cf. Rescr. fürstl. Cammer=Collegii v. 20. März 1825. (Bege III. p. 178.)

Gemeinde=Wiesen.

S. Grastheilung — Gemeinde=Reihewerke.

General=Visitationen.

Die General=Visitationen nach umherstreifenden sowohl einheimischen als fremden Bettlern sollen jährlich wenigstens drei oder vier Mal unvermuthet angestellt, dieselben aufgesucht und aufgehoben, und sodann der Verordn. v. 26. April 1770 *) gemäß nach Befinden mit dem Karren, Zuchthause oder Philippsberge bestraft werden. Den terminum visitationis müssen die Obrigkeiten unter sich ausmachen, es muß aber dazu wenigstens eine Zeit von zehn Tagen gesetzt werden. Derjenigen Amts-, Gerichts- oder Stadt-Obrigkeit, welche auf die Visitation zuerst anträgt und einen Termin dazu vorschlägt, müssen die übrigen alle folgen und sich den Termin mit gefallen lassen. Die erste Invitation zur General=Visitation geschieht durch ein Circularschreiben, welches derjenige, der solches zuerst erhält, dem nächsten Amte, Stadt oder Gerichte mit seinem darauf bemerkten praesentato zuschickt, und wird damit von einer Obrigkeit zur andern fortgeführt, bis es alle, die zu dem Landes=Districte, in welchem die Visitation geschehen soll, gehören, erhalten haben. Den benachbarten auswärtigen Obrigkeiten wird das Vorseende

*) S. Bettler.

von dem nächsten fürstl. Amte gemeldet, damit dieselben, wenn sie wollen, auch bei sich visitiren können. Daß die vorzunehmende Visitation äußerst geheim gehalten werden müsse, folgt aus der Natur der Sache selbst. Jede Obrigkeit soll sich zu dem vorgesezten Zwecke bestmöglichst beförderlich erzeigen. Landesf. Ausschr. v. 26. April 1770, in dessen Gemäßheit unterm 24. April 1775 und 23. Septbr. 1776 anderweite landesf. Ausschr. ergangen sind, in welchen nachdrücklich befohlen ist, den Inhalt obgedachten Circulars v. 26. April 1770 auf das Genaueste zu befolgen, auch, so oft eine General=Visitation gehalten worden, von dem jedesmaligen Ausfall derselben zu berichten.

Daß bei Erlassung der landesf. Verordn. v. 26. April 1770 erlassene Circular=Rescript de eodem dato wird in Erinnerung gebracht, wonach jährlich drei bis vier Mal eine General=Visitation im Lande nach herumstreifenden Bettlern geschehen soll, und soll eine solche Visitation nach vorgängiger Verabredung mit den benachbarten Obrigkeiten in den nächsten Tagen mit Geheimhaltung des Termins geschehen. Sollten sich dabei außer den Bettlern auch verdächtige, mit keinen hinlänglichen Pässen versehene Leute finden, so sollen selbige nach Braunschweig oder Wolfenbüttel, wenn sich am Gerichtsorte kein sicheres Verwahrham finden sollte, abgeliefert und davon unter Beifügung des Vernehmungs=Protocolls an fürstl. Geh. Rathsstube berichtet werden. Landesf. Postscript v. 20. Januar 1797. (Br. Anz. v. 1797. Nro. 12.)

Die gefährlichen Diebstähle und nächtlichen Einbrüche, welche zeither auf eine freche Weise in den hiesigen Landen unternommen sind, lassen fast eine völlig organisirte Diebesbande vermuthen und zeigen zugleich von der wenigen Wachsamkeit mehrerer Obrigkeiten. Damit aber das Uebel nicht weiter um sich greife, so werden nicht nur alle Gerichts- und Polizeibehörden an ihre Pflicht über die Ruhe und Sicherheit in ihren Gerichtsbezirken mit unermüdeter Sorgfalt zu wachen und sich dabei nicht auf die Gerichts=Unterbedienten zu verlassen, sondern überall, wo es zum Zwecke führt, selbst gegenwärtig und thätig zu sein, hierdurch erinnert, sondern es ist auch nöthig befunden, eine allgemeine Nachsuchung nach Landstreichern, Diebes- und Bettelgesindel auf dem platten Lande und in den Landstädten anzuordnen und wird Termin auf den 1. M. hiermit festgesetzt. Die Obrigkeiten sollen daher mit möglichster Geheimhaltung dieses Termins, nach vorgängigen, mit den benachbarten Obrigkeiten getroffenen Verabredungen, in Ansehung der Zeit und Stunde und der Art und Weise, wie dabei zu verfahren, diese Visitationen vornehmen, auch vorher mit den Forst- und Jagdbedienten des Gerichtsbezirks Rücksprache halten, damit diese dabei thunlichst assistiren, wozu sie hiermit ausdrücklich angewiesen werden.

Bei der Visitation selbst sind die Haupt- und Nebenwege aus dem Gerichtsbezirke durch zuverlässige Leute zu besetzen, sodann müssen die Bauernmeister und Gerichts=Unterbedienten unter näherer Anweisung der Obrigkeit in dem ganzen Gerichtsbezirke die Feldmark ihrer Dorfschaft mit angemessener Mannschaft durchstreifen, in den einzeln liegenden Häusern und Hirtenwohnungen nach fremdem Gesindel nachsuchen und nachfragen, auch in den Wirthshäusern und Krügen Erkundigung über die dort übernachteten Reisenden einziehen, und, wofern sie jemanden dort finden, welcher sich sofort als unverdächtig nicht legitimiren kann, solchen an die Obrigkeit abliefern.

Auf gleiche Weise sollen auch die Forst- und Jagd=Unterbedienten in den Holzungen und Forsten verfahren und das Durchgehen derselben an den folgenden Tagen nach allen Richtungen fortsetzen.

Daß bei dieser Nachsuchung aufgegriffene Gesindel soll, wenn es aus dem Lande ist und sich sonst nichts Verdächtigendes dabei äußert, an seinen Wohnort zurückgewiesen, jedoch auch die Obrigkeit davon benachrichtigt werden; mit dem fremden Gesindel aber nach Vorschrift der darüber vorhandenen Verordnungen, in specie des Circular=Rescripts v. 30. Octbr. 1801 *) verfahren werden. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß das sich vorfindende Gesindel nicht nur selbst, sondern auch seine Packer, Kiepen

*) S. Bettler.

und Geräthschaften aufs Genaueste visitirt und alle diejenigen ohne Weiteres arretirt werden, bei welchen sich verdächtige oder gar Diebes-Werkzeuge, Gewehr, Pulver und Blei vorfinden, auch ist bei dieser Gelegenheit den Wirthen und Krügern, imgleichen den in den Dörfern angeordneten Tagwachen aufzugeben, darauf zu achten, daß die bei ihnen einkehrenden oder durch die Dörfer passirenden Packenträger oder sonstige Reisende zu Fuß kein Schießgewehr bei sich führen, und, wenn sie dergleichen bemerken, davon sofort dem Bauernmeister oder Amts-Unterbefehlten Anzeige zu machen.

In Absicht der fortbauenden Sicherheitsmaassregeln soll A. besser, als geschehen, darüber gehalten werden, daß die angeordneten Tag- und Nachtwachen ihre Schuldigkeit thun, und wo dergleichen wider Erwarten noch nicht angeordnet worden, sind solche sofort anzuordnen. B. Den Krügern, Hirten und Bewohnern von einzeln liegenden Häusern ist wiederholt einzuschärfen, daß sie bei der in der Verordn. v. 26. April 1770 *) ihnen angedrohten Strafe kein Gefindel hegen oder beherbergen, und, wenn sie dessen sich sofort nicht entledigen können, den Bauernmeistern des Orts, bevor sie ein Nachtlager ihnen gestatten, davon Anzeige machen sollen; wie denn die Krüger insbesondere wegen solcher Beherbergungen auf die Vorschrift der Verordnungen v. 8. Octbr. 1750, **) 17. Mai 1765 ***) und 26. April 1770 †) nochmals aufs Gemessenste zu instruiren sind. Endlich C. ist allen Krämern und Handels-Concessionisten bei Verlust ihrer Handelsbefugniß zu untersagen, an unbekannte Personen, am Wenigsten an fremdes Gefindel Pulver, Kugeln, Blei oder sogenanntes Schrot zu verkaufen. Landesf. Circular-Rescr. v. 29. Juni 1806.

S. auch: Bettler — Bagabunden und liederliches Gefindel — Zigeuner.

Gerade.

S. Heergewette, Gerade, Mußtheil.

Geräthschaften, die den Armen in Braunschweig anvertrauten.

S. Armen-Anstalten in Braunschweig u.

Geraubte Sachen, Erstattung des dafür gezahlten Kaufgeldes.

S. Kaufgeld für gestohlene Sachen.

Gerecht, Erscheinen vor demselben.

Diejenigen, so vor den Gerichten zu klagen haben, sollen sich mit einem genugsam unterrichteten Beistande gefaßt machen, oder selbst ihre Sache fein förmlich vorbringen, damit die Richter dieselbe genugsam einnehmen und recht Urtheil finden mögen. Allgemeine Landes-Ordn. Art. 11.

S. übrigens: Ungehorsam — Ungebühr.

cf. Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 22. Nro. 3.

Gerecht und Jurisdiction.

Bei den Gerichten und allen speciebus jurisdictionis, modica coercitione, Gefängnisse und resp. Bürgergehorsam, jure mulctandi, Angriff und allen andern Gerechtigkeiten und Freiheiten, soll männiglich, so weit er sie wohl hergebracht, geschützt werden. Die fürstl. Beamten sollen bei entstehenden Strei-

*) S. Bettler.

**) S. Fremde und Durchreisende.

***) S. Hausirer.

†) S. Bettler.

tigkeiten mit den benachbarten Landständen und Gerichten gegen selbige sich der Gebühr bezeigen, der Bescheidenheit befehligen, nach der Sachen Umständen sich vorher wohl erkundigen, sich nicht übereilen, und wenn kein periculum in mora vorhanden ist, für sich de facto nichts verhängen; dahingegen aber auch die Stände und Gerichte sich der gebührlchen Bescheidenheit gegen die fürstl. Beamten gebrauchen, sie für des Landesfürsten Beamte und Diener achten, ihnen zur Ungebühr mit beschwerlichen Worten und Werken nicht zusehen, noch einiger Neuerungen, darunter die landesf. Rechte gefährdet werden, sich unterfangen, sondern der Pflichten, womit sie ihrem Landes- und Lehnsherrn verbunden sind, sich wohl erinnern, und denselben gemäß verhalten sollen. Art. 31 der gesammten Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770.

S. auch: Justiz.

cf. Neue Landschafts-Ordn. v. 12. Octbr. 1832, §§. 91 sqq.

Gerichtliche Handlungen.

S. Handlungen, gerichtliche.

Gerichtliche Producte.

S. Producte, gerichtliche.

Gerichtsbarkheit.

Alle Gerichtsbarkheit geht vom Landesfürsten aus und sowohl die Patrimonial-Gerichtsbarkheit, als der privilegirte Gerichtsstand ist aufgehoben.

S. auch: Jurisdiction u.

cf. Verordn. v. 15. Januar 1814, die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizei-Verfassung betr., §. 6. — Landtags-Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 37. — Neue Landschafts-Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §§. 191 und 200.

Gerichtss-Bediente.

Alle zum Crequiren und Arretiren bei allen Amts-, ablichen und Stadt-Gerichten zu adhibirende Knechte und Bediente sollen in hiesigen Landen für ehrliche und unbescholtene Leute gehalten, und bei Vermeidung willkührlicher Strafe solcher Gestalt tractirt werden, auch bei allen Vorfällenheiten (als die Aufnahme ihrer Kinder bei Gilden und Handthierungen) des Effects davon sich zu erfreuen haben. Landesf. Verordn. v. 9. Mai 1752. (Br. Anz. v. 1752. Nro. 45.)

S. auch: Amts- und Gerichtsdiener.

Gerichtss-Gebühren.

S. Sporteln — Bescheide u., Einlösen derselben.

Gerichtss-Handelsbücher.

S. Handlungen, gerichtliche.

Gerichtss-Kosten.

S. Sporteln — Criminalsachen, Convention in Betreff derselben u.

Gerichtss-Siegel

soll an den Gerichtstagen auf der Gerichtsstube sein; s. Beamte u., Instruction für dieselben Nro. 6.

S. Sporteln.

Gerichts = Sporteln.

S. Gerichtsbarkeit.

Gerichts = Stand.

Gerichts = Tage.

S. Beamte u., Instruction für dieselben Nro. 6 und 7.

Geringfügige Sachen.

S. Prozesse, geringfügige.

Gesamtbelehnungen.

In den von dem Landesherrn des Fürstenthums Braunschweig = Wolfenbüttel recognoscirenden Lehnen sollen außer den *simultanee investitis*, welche a primis acquirentibus descendiren, keine andere Nebeneingebrungene, so bei der vor wenig Jahren nach Gottes Willen ersanguirten fürstl. Braunschw. Wolfenbüttelschen Linie der Gelegenheit wahrgenommen, und zu vermeintlicher gesammter Hand und Folge sich in die Lehnbriefe hineinrücken lassen, und den Fall oder Caducität derer, darauf sie beanwartet, bei Zeit obbemeldeter fürstl. Wolfenbüttelschen Linie nicht erlebt, hinfüro weiter in die zu ertheilenden Lehnbriefe mit hineingesezt, sondern deren Namen gänzlich hinweggerhan und ausgelassen, imgleichen auch die Schuldposten, so vorhin auf die Lehne gebürdet und ausgebracht worden, nicht mehr in die neuen Lehnbriefe ohne höchsten Special = Consens und Befehl gesezt werden. Landesf. Verordn. v. 16. März 1637.

cf. Gesez v. 28. März 1837, die Aufhebung der Feudalrechte u. betr.

Gesangbuch, neues.

Wegen Einführung des neuen Gesangbuchs auf Ostern 1780, und Anschaffung desselben bei den Gemeinden auf dem platten Lande ist ein fürstl. Consistorial = Aussch. unterm 21. Octbr. 1779 ergangen.

S. auch: Gottesdienst.

Bei Strafe dreifacher Erksezung, auch dem Befinden nach bei Leibesstrafe soll sich niemand unterstehen, die den Armen unentgeltlich ertheilten neuen Gesangbücher, welche zu ihrer Unterscheidung sowohl auf den beiden äußern Seiten des Bandes, als auf dem Titelblatte mit einem besondern Stempel bezeichnet sind, an sich zu kaufen, in Versuch zu nehmen, oder sich daran auf die eine oder andere zu erdenkende Weise bezahlt zu machen, indem die oberwähnte Strafe ohne einige Nachsicht an den Uebertretern unfehlbar vollzogen werden soll. Avertissement v. 24. Januar 1780. (Br. Anz. v. 1780. Nro. 13.)

Eben dieses ist auch in Betracht der an die Soldaten ausgetheilten, auf dem Titelblatte und zu Anfang des ersten Gesanges mit dem Regiments = Siegel gestempelten neuen Gesangbücher, bei Vermeidung der dadurch verwirkten, von eines Jeden Obrigkeit zu vollziehenden Strafe, festgesezt. Avertissement v. 22. März 1780. (Br. Anz. v. 1780. Nro. 25.)

S. auch: Bücher, gebundene, Handel mit denselben.

Geschenke.

Allen Bedienten in den Städten und auf dem Lande, Rätthen, Secretarien und Beamten ist, Geschenke, auch unter dem Namen einer Erkenntlichkeit für Leistung rechtmäßiger Hülfe und Beförderung, Erstattung wahrer und rechtmäßiger Berichte, auch für baldige Ab- und Ausfertigung oder sonst gehabte Mühe über die festgesezten Gebühren zu nehmen, gänzlich verboten.

1) Soll die eingeführte Sportel-Ordnung genau beobachtet, und in Fällen, wo Sporteln determinirt, nicht das Geringste darüber, sondern entweder die festgesetzten Sporteln oder gar nichts genommen werden.

2) Sollen alle und jede von Amts wegen und ohne Erlegung einiger Gebühren oder determinirter Sporteln umsonst zu übernehmende Verrichtungen auch platterdings umsonst geschehen, *) solcher Gestalt, daß die Bedienten weder vor noch nach der Expedition sich dafür etwas aufdringen lassen, sondern ganz und gar reine Hand behalten sollen.

3) Soll überhaupt gar kein Präsent, unter was für Vorwand es auch immer sein möchte, von Unterthanen oder Fremden, die etwas zu klagen oder zu suchen haben, angenommen, **) vielmehr in allen Anliegen und Suchen, in Rechts- und andern Sachen, gerade durchgegangen, und Einem wie dem Andern, dem Armen wie dem Vermögensamen mit einerlei Betragen und Rechte, ohne Nebenabsichten und eigennützige Begierden begegnet, und von diesen ein Mehreres als von jenen für die Amtsverrichtungen nicht genommen werden. Sollte wider besseres Verhoffen diesem zuwider gehandelt werden, so soll der Bediente, welcher sich dazu verleiten lassen, nicht nur das Genommene dreifach zum Nutzen der Armen erstatten, sondern auch seines Dienstes ohne Gnade entsetzt werden, ob er schon außer Annehmung des Präsent's nichts Unrechtes gethan oder veranlaßt hätte; wäre aber der letzte eines noch dazu geschehen, so soll außer obigen Strafen solches insbesondere auf das Schärffste geahndet werden. Niemand soll sich auch unterstehen, den Bedienten in ihren Amtsgeschäften, vor oder nach deren Ausrichtung Geschenke anzubieten, und dadurch einige Gunst oder Vorzug zu erwerben suchen, widrigen Falls aber gehalten sein, den dreifachen Werth dessen, was er gegeben oder auch nur offerirt, der Armuth zum Besten zu bezahlen; wie denn auch die Bedienten auf ihre geleisteten Eide und Pflichten und bei Vermeidung namhafter Strafe schuldig sein sollen, alsobald denjenigen bei ihren Vorgesetzten zu melden, der ihnen etwas dieser Ordnung zuwider aufbürden, und sie dadurch in Unrecht und Schaden stürzen wollen. Landesf. Verordn. v. 20. März 1742. ***)

S. auch: Amts-Dringkeiten — Simonie.

*) cf. Rescr. fürstl. Geh. Rath's-Collegii v. 29. Januar 1820. (Bege I. p. 118.)

**) Durch die Landesf. Verordn. v. 29. Febr. 1744 wurden diejenigen, welche einem Bedienten, unter was für Namen es auch geschehen sein möchte, in Bezug auf seine Amtsverwaltung etwas geschenkt, aufgefordert, solches binnen sechs Monaten anzuzeigen, in welchem Falle sie ungestraft bleiben sollten, wogegen diejenigen, die solches verschweigen und binnen der gesetzten Zeit nicht angeben würden, auf den Fall mit scharfer Bestrafung bedroht wurden.

***) Eine fast durchaus gleichlautende Verordnung ist von der Communion-Parzherrschaft unterm 4. Mai 1743 für die Ober- und Unterhartzischen Communion-Bergämter und die dazu gehörigen Bedienten, von der Feder und dem Leder, sowie die Richter und Rath's-Collegien der Communion-Bergstädte und die übrigen Communion-Bedienten ergangen, wobei nur folgende besondere Dispositionen zu bemerken sind: 1) Daß bei den Berg-Ämtern und Rath's- und umsonst administriert werden solle. 2) Daß bei Bestellungen der Steiger und anderer höherer und geringerer Berg-, Puch- und Hütten-Bedienten und Arbeiter, auch bei Anlegung gemeiner Berg- und Hüttenleute die Bergschlagen, oder denen sie zur Arbeit verhelfen, auch von andern, die sich etwa darum bewerben, nicht das geringste Geld oder Geldes Werth, Gewaaren und dergleichen zum Geschenke vorher und nachher annehmen, auch, daß von den übrigen solches nicht geschehe, fleißig Acht haben; sondern dabei ohne einige eigennützige Absichten allein auf das Beste der Herrschaft und der mitbauenden Gewerke, und die Geschicklichkeit und Fähigkeit eines Jeden ihre Wahl der Rathsglieder und sonst genau beobachtet werden solle. 3) Daß, wenn das genommene Geschenk den Werth Dienstes ohne Gnade entsetzt werden solle, ob er schon außer Annehmung des Präsent's nichts Unrechtes gethan oder veranlaßt hätte. Außer diesem ist diese Verordnung mit obiger völlig gleichlautend, nur daß sie sich auf vorgenannte Collegien und Bediente des Communion-Parzes speciel bezieht.

cf. Gewerbe- und Gilde-Ordn. v. 29. Octbr. 1821. §. 29. — Gesetz über den Civil-Staatsdienst v. 12. Octbr. 1832. §. 26. — Gesetz v. 23. April 1835 über die Besteuerung des inländischen Branntweins u. §. 62. — Gesetz von demselben Tage, die Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangs-Abgabe betr., §. 22. Nro. 2.

Geschlechtsregister.

S. Basallen und Lehnleute, Sterbefälle derselben.

Geschworne.

S. Bauernmeister und Dorfgeschworne — Feldgeschworne.

Gesellen.

S. Handwerksgefallen.

Gesetze.

S. Verordnungen, landesfürstliche.

Gefinde.

Durch die Gefinde-Ordnung v. 15. Octbr. 1832 sind alle ältere, das Gefindewesen betreffende gesetzliche Bestimmungen *) aufgehoben.

S. übrigens: Eiden auf eigene Hand — Leihhaus in Braunschweig, §. 33. — Catechismus-Lehre — Müller.

Gefinde, Beisteuer desselben zur Armen-Casse.

Da die Armen, insbesondere die Weibspersonen, mehrentheils in ihren jungen Jahren Dienstboten gewesen und nachher von den Armen-Anstalten den größten Genuß haben, es daher nicht mehr als höchst billig ist, daß sie auch, da ihnen eine so heilsame Einrichtung in ihrem Alter zu Statten kommt, einer freiwilligen Beisteuer sich nicht entziehen dürfen, so sollen die Repräsentanten der Gemeinden jeden Hauswirth durch gelinde und glimpfliche Vorstellungen dazu vermögen, daß selbige ihre sämmtlichen Domestiken zu einer freiwilligen Gabe bei den wöchentlichen Sammlungen selbst aufmuntern, diesen Beitrag sodann einsammeln, dem Collecteur hiernächst einhändigen, und im Uebrigen, so viel an ihnen ist, durch einen guten Vorgang den landesf. Absichten und der Verbesserung des Armenwesens sich bereit und willig finden lassen. Landesf. Aussch. v. 14. Septbr. 1747, welches den Collectenbüchern vorgeheftet werden soll.

S. auch: Armen-Anstalten auf dem Lande; Verordn. v. 5. Novbr. 1748. §. 3.

Gefinde, diebischeß.

S. Hausdiebstahl.

Gefinde, Gerichtsstand desselben.

S. Gefinde-Ordnung v. 15. Octbr. 1832. §. 37.

Gefinde, Heirathen desselben.

S. Gefinde-Ordnung v. 15. Octbr. 1832. §. 12. Nro. 4. und §. 30. Nro. 2.

S. auch: Proclamation u.

*) Die wichtigsten derselben waren in der Tax-Ordn. v. 29. Novbr. 1645. Tit. 69, Allgem. Landes-Ordn. Art. 88. sqq. und Verordn. v. 15. Febr. 1764 (die Dienstbindung betr.) enthalten; außerdem hatten besondere Gefinde-Ordnungen: Braunschweig v. 2. Octbr. 1758, Wolfenbüttel v. 29. Octbr. 1748 und Helmstädt v. 16. Juli 1764.

Gesinde-Klagen.

S. Gesinde-Ordnung v. 15. Octbr. 1832. §§. 40 und 41.

Gesindef.

Herrenloses Gesinde soll nicht geduldet, sondern es sollen die Wirthe mit den Gästen aufgenommen und exemplarisch bestraft werden. Landesf. Verordn. v. 19. Septbr. 1637.

S. auch: Bettler — Vagabunden und lichterliches Gesinde — Zigeuner.

Gesinde Lohn.

Da an vielen Orten auf dem Lande das Gesinde um Geld zu dienen sich weigert und den Landmann nöthigt, statt des Geldes ihm als Lohn einige Morgen des besten Ackers bestellen und abernden zu lassen, dies aber den Unterthanen zum merklichen Nachtheile gereicht, indem diese dadurch öfters ihr taugliches Korn zur Einsaat entbehren müssen, so wird verordnet, daß dem Gesinde anstatt des völligen Lohns kein Feld bestellt oder abzuernenden überlassen, sondern das Lohn an Gelde bezahlt, und von ihnen unweigerlich angenommen werden soll; es sei denn an dem einen oder andern Orte etwa üblich, dem Gesinde außer dem Gelde ein Weniges an Korn oder Lein zu säen, als wobei es fürs Erste also verbleibt. Landesf. Verordn. v. 27. Octbr. 1740. *)

cf. Gesinde-Ordnung v. 15. Octbr. 1832. §. 21.

Gesinde Lohn, Vorzugsrecht desselben im Concurse.

In Ansehung des Gesindelohns soll das dem Gesinde im Concurse zustehende Vorrecht demselben weiter nicht, als auf das Lohn von den drei letzten Jahren **) vor entstandenen Concurse angebeihen, mithin, was der Liquidat etwa weiter an Gesindelohn rückständig ist, in der letzten Classe des Prioritäts-Urtheils aufgeführt werden. Landesf. Verordn. v. 12. Octbr. 1756. ***)

cf. Gesinde-Ordnung v. 15. Octbr. 1832. §. 38.

Gesinde-Zeugnisse.

Da es schändlich ist, daß die Prediger für dergleichen Zeugnisse, die das von einem Orte zum andern ziehende Gesinde von ihnen, als seinem vorigen Beichtvater, seines Verhaltens halber mitnehmen will, einiges *lucrum* fordern und sonst die Zeugnisse auszustellen sich weigern, so ist ihnen solches bei zehn Thaler Strafe untersagt. Fürstl. Consistorial-Rescr. an die sämtlichen General-Superintendenten v. 20. Januar 1706.

cf. Gesinde-Ordn. v. 15. Octbr. 1832. §. 4.

Gesinde, Züchtigung desselben.

S. Gesinde-Ordn. v. 15. Octbr. 1832. §§. 16 und 20.

Geständniß

*) Schon durch den Wolfenb. Landtags-Absh. v. 27. Januar 1619 ist verordnet, daß dem Gesinde statt des Lohns nicht einige Morgen Korn gegeben, sondern ein gewisses Geldlohn vermacht werden solle, und durch eine Landesf. Verordn. v. 18. Novbr. 1637 ist verordnet, daß dem Gesinde ein Gewisses gerichtet, und darüber an Korn das Geringsste nicht zugesagt oder verabsolgt werden solle.

**) Nach einem Landesf. Rescr. an den Magistrat in Helmstädt v. 29. März 1745 sollte sich dies *jus praelationis* auf das von fünf Jahren rückständige Lieblohn erstrecken.

***) Diese Verordnung bestimmt zugleich auch das Vorzugsrecht der Beerdigungs-Kosten im Concurse; s. Beerdigungs-Kosten aus der Cencursmasse.

Geständniß in peinlichen Sachen.

Obgleich in der peinlichen Halsgerichts-Ordnung, namentlich im 9ten und 22sten und insbesondere im 69sten Artikel mit ausdrücklichen Worten klar und deutlich enthalten ist, daß ein Missethäter, dafern er der Missethat genugsam überwiesen worden, wenn er dieselbe gleich nicht bekennen wollte, dennoch ohne einige peinliche Frage verurtheilt werden solle, mithin durchaus sattfam erhellet und mit Beifall der bewährtesten Rechtsgelehrten bekräftigt wird, daß zur Verurtheilung eines Delinquenten genug sei, wenn er die Missethat entweder bekennet, oder derselben überführt wird, so hat der Landesfürst dennoch vernommen, daß viele sich an die bekannte Regel stoßen „quod reus convictus et confessus esse debeat,“ mithin mit der bloßen Ueberweisung nicht zufrieden sein wollen, sondern außer derselben noch ein besonderes, allenfalls durch die peinliche Frage zu extorquirendes Bekenntniß des Inquisiten verlangen und ohne dasselbe zur Strafe nicht schreiten wollen. Da aber obgedachte Regel und die darin enthaltene Copulative „Et“ den Criminal-Rechten durchaus nicht gemäß ist, sondern nach denselben und der gesunden Vernunft reus alternative aut convictus aut confessus sein soll, wie danach also bei der fürstl. Justiz-Canzlei erkannt wird, so sollen alle Obrigkeiten und Gerichts-Inhaber in hiesigen Landen, welche mit den peinlichen Gerichten versehen sind, sich ebenfalls stricte danach achten. Zu Vermeidung überflüssiger Eide soll auch, wenn der Dieb den Diebstahl bekennet, oder dessen, wie obgedacht, rechtlicher Weise überführt wird, und der bestohlene Eigenthümer, daß ihm das Gestohlene zugehöre, versichert, in denselben mit der eidlichen Bestärkung nicht weiter gedrungen werden. Landesf. Verordn. v. 4. Mai 1744.

S. auch: Tortur.

Gestorbene, Listen derselben.

S. Listen der Geborenen, Copulirten und Gestorbenen.

Gestohlene Sachen.

Was die Bestärkung des corporis delicti mittelst Eides betrifft, so ist ein Unterschied zu machen, ob die gestohlenen Sachen wirklich vorhanden oder nicht? da denn im ersten Falle genügt, wenn solche Sachen durch werbverständige Leute nach vorher abgestatteten Eiden der peritorum in arte tarirt worden, im letztern Falle aber sind die bestohlenen Eigenthümer zur Abstattung des Eides durch hinreichende Zwangsmittel anzuhalten. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei v. 28. Decbr. 1735. *)

Auf die Anfrage, ob derjenige, dem etwas gestohlen worden, wenngleich der Dieb solches eingestanden, dennoch existentiam furti eidlich zu erhärten angehalten werden solle, wird zur Verhaltungsmaasse gegeben, daß auf den ausdrücklich gesagten Fall, da der Delinquent den Diebstahl selbst eingesteht, wegen dessen juratorischer Erhärtung in den Bestohlenen oder Eigenthümer, nachdem er versichert, daß ihm das Gestohlene zugehöre, nicht gedrungen werden solle. Landesf. Rescr. v. 9. März 1737.

In judicando soll alle Mal der Preis zum Grunde gelegt werden, in welchem die Sache zur Zeit des Diebstahls stand, wobei jedoch die zu Milderung der Strafe gereichenden Umstände, auch wenn ein furtum magnnm begangen ist, in Consideration zu ziehen sind. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 9. Novbr. 1772.

S. auch: Geständniß in peinlichen Sachen — Kaufgeld für gestohlene Sachen — vindication gestohlener Sachen.

*) Der übrige Inhalt dieses Rescripts betrifft den Hausdiebstahl (s. die Note unter: Hausdiebstahl) und durch das Landesf. Rescr. an fürstl. Regierung zu Blankenburg vom 7. (2.) Novbr. 1746 ist verfügt, daß das, was in dem obigen Rescripte enthalten sei, im Fürstenthume Blankenburg gleichfalls beobachtet werden solle.

Besuche.

S. Suppliken und dabei zu erstattende Berichte.

Gesundheits-Pässe.

Allen hiesigen Unterthanen, welche auszureisen genöthigt sind, desgleichen und insbesondere denjenigen, welche Schlachtvieh, es sei von welcher Art es wolle, behuf feilen Verkaufs einkaufen, sollen die deshalb während der Viehseuche nöthigen Gesundheits-Pässe sofort ohne einigen Aufenthalt unentgeltlich, und ohne daß ihnen das Geringste dafür, es sei unter welchem Vorwand es wolle (als Schreibgebühren und dergleichen), abgefordert oder abgenommen werde, ertheilt werden, und ist diese Verordnung auch auf diejenigen Pässe, welche auf das Zucht-Vieh zu ertheilen sind, ausdrücklich extendirt. Es soll auch dieselbe nicht nur auf die zur Zeit der Publication derselben grassirende Viehseuche gültig sein, sondern auch, wenn dieses Uebel sich wieder äußern würde, auf das Genaueste befolgt werden. Die sämtlichen Obrigkeiten sollen sich nicht allein selbst nach dieser Verordnung achten, sondern auch darüber genau halten, daß derselben auch von den Unterbedienten nicht zuwider gehandelt werde; gestalt die Contraventionen nach Befinden nachdrücklich bestraft und dem Denuncianten die Halbschied sothaner Strafe zu Theil werden soll. Landesf. Verordn. v. 9. Septbr. 1776. (Br. Anz. v. 1776. Nro. 77.)

S. auch: Pässe — Viehmärkte zu Braunschweig.

cf. Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 28. März 1823. (Bege I. p. 373.)

Getreide, Abholen desselben durch die Müller.

S. Müller, Abholen des Getreides durch dieselben.

Getreide auf dem Halme, Verkauf desselben.

S. Früchte auf dem Halme, Veräußerung derselben.

Getreide, Auf- und Verkauf desselben.

Da das schädliche Vor- und Aufkaufen des Kornes sehr überhand nimmt, der Gestalt, daß nicht allein, wenn von dem Landmanne Korn nach den Städten zum Verkaufe gebracht wird, selbiges unterwegs aufgekauft wird, sondern auch, daß bei den Unterthanen auf dem Lande von Leuten, die das verhandelte Korn wieder verkaufen, solches in großen Quantitäten bestellt wird und öfters noch vor der Erndte ein Vorschuß an Geld darauf geschieht, und denn solches Alles den des Auf- und Verkaufs halber vormals publicirten Gesetzen und Verordnungen *) zuwider ist, auch zu unnöthiger Theuerung und

*) Schon durch den Salzdhfl. Landtags=Abschied v. 3. Juni 1597 und die Verordn. v. 16. Septbr. 1597 war der Verkauf des Kornes gänzlich verboten, und dabei den Magistraten in den Städten anbefohlen, die Anordnung zu machen, daß das Getreide, Holz und andere Victualien, die zu Kauf gebracht würden, nicht zur Ungebühr und den Armen zum Nachtheile, von etlichen einzelnen Personen vor oder in der Stadt alsobald aufgekauft, sondern zuvor auf den Markt geführt werden sollten, damit davon den Bedürftigen gleich den Reichen die Nothdurft gegen billigmäßige Bezahlung verabfolgt werde. Unterm 24. Juli 1651 erging ein wiederholtes Verbot gegen den Verkauf und das Abschleppen des Kornes außer Landes unter Androhung der Strafe der Confiscation, Ungnade, des Gefängnisses und ~~ander~~ ernstlichen Einsehens, wobei zugleich verordnet wurde, daß dasjenige, was jemand in Bezahlung oder an Proviant, Sehtz- und Zinskorn zu liefern habe, alle Mal vorher gerichtlich an dem Orte, wo er angesessen, umständlich angemeldet, und darunter keinerlei Gefährde gebraucht werden solle. Eben so war unterm 27. Octbr. 1609, 7. Septbr. 1649 und 20. Septbr. 1697 ein Edict wider die Wucherer und Monopolisten, die das Korn überall zusammen kauften und außer Landes verführen, ergangen und durch die Verordnung v. 26. August 1681 das Verkaufen und Verführen des Kornes in das Ausland verboten. Ferner war unter dem 25. Juli 1704 und 17. Septbr. 1725 besonders in Ansehung der Lüneburgischen und Hilbesheimischen Aukäufer verordnet, daß kein Unterthan, bei Ver-

Steigerung des Kornpreises Anlaß giebt, so wird verordnet, daß künftig niemandem auf dem Lande, insonderheit denjenigen, so ohnehin in großen Pachtungen stehen, oder sonst einige Gewalt haben, *) erlaubt sein soll, Korn zum Commercio in hiesigen Landen von den Unterthanen aufzukaufen, bei Vermeidung der Confiscation und anderer willkürlicher Bestrafung. Es soll jedermann auf solchen verbotenen Verkauf und diejenigen, so sich dessen gelüsten lassen möchten, genaue Acht haben, auch die Contravenienten, sie mögen sein, wer sie wollen, ohne einiges Ansehen der Person zu gehöriger unausbleiblicher Strafe bei dem fürstl. Geh. Rath's-Collegio oder dem Land-Fiscus, welcher hierbei ebenfalls fleißig mit vigiliren soll, ungesäumt anzeigen, und soll dagegen einem Leben, so dergleichen anzugeben wissen wird, jedes Mal die Hälfte der Strafe, mit Verschweigung seines Namens, zur Ergötlichkeit zugewandt werden, die andere Hälfte aber dem Fiscus anheim fallen. Landesf. Verordn. v. 17. Juli 1719.

Kein Unterthan und Eingeseffener soll bei Vermeidung von 20 Thaler Strafe von jeglichem Himten einiges Korn an jemanden auf dem Lande zum fernern Verkaufe verkaufen, sondern was ein jeglicher zu verlassen hat, zum feilen Kaufe in die jedem Orte zunächst belegenen Städte, allermeist aber nach Braunschweig und Wolfenbüttel bringen. Die Obrigkeiten sollen bei Vermeidung ernstler Bestrafung hierunter nicht conniviren. Landesf. Verordn. v. 4. Juni 1740.

Die Ober- und Beamte und Gerichts-Obrigkeiten sollen auf den noch leztlich unter dem 1. Juni 1740 und 28. Octbr. 1741 scharf verbotenen Korn-Aussauf auf dem Lande und desselben Verschleppung außer Landes, und die sich angebenden auswärtigen Kornhändler, insonderheit die sogenannten Thiriacker, ein wachsame Auge haben, sich des Korn-Aussaufs bei Vermeidung höchster Ungnade auf keine Weise, es geschehe durch Nachsicht, oder (wie von einigen wider besseres Vermuthen gar verlauten wollen) dadurch, daß sie an dergleichen Aufkäufer von ihrem eigenen Korne verkaufen, pflichtvergessener Weise theilhaftig machen, sondern vielmehr auf den Inhalt obgedachter Verordnungen strenge halten, und sowohl gegen die Unterthanen und Eingeseffenen, als gegen die Aufkäufer und Thiriacker mit der darin gesetzten resp. Geldstrafe und Confiscation unnachbleiblich verfahren. Landesf. Umlauf v. 27. Novbr. 1745.

Ueber die wegen des Korn-Aussaufs unterm 17. Juli 1719 ergangene Verordnung soll noch nachdrücklich gehalten, mithin nicht gestattet werden, daß auf dem Lande jemand, er sei wer er wolle, Korn aufkaufe, es sei denn, daß er dasselbe zu seiner Haushaltung gebrauche und solches vor dem Handel beigebracht habe; und sollen die Obrigkeiten nicht allein gegen die Contravenienten mit der Confiscation des Korns, oder des dafür erlegten Geldes verfahren, sondern auch, wenn es auswärtige Käufer sind, ihre Pferde und Wagen arretiren, oder, wenn sie zu Fuß kommen, dieselben, bis sie wenigstens 100 Thlr. Caution bestellst haben, dem Befinden nach mit Arrest belegen und die Contraventionen an fürstl. Geh. Rath'sstube

meidung von zwanzig Thaler Strafe für jeglichen Himten, einiges Korn an ausländische Kornhändler auf dem Lande verkaufen, sondern was ein jeglicher zu verlassen habe, zum feilen Kaufe in die jedem Orte zunächst belegenen Städte vorzüglich in die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel bringen, und den Lüneburgischen und Hildesheimischen Aufkäufern kein Korn mehr verabsolgt werden solle; noch sollten selbige damit durch die Pässe aus hiesigen Landen gelassen werden, es wäre denn, daß sie ein Attestat beibrächten, daß sie solches in den Städten erhandelt und aufgeladen hätten. Die Obrigkeiten sollten, bei Vermeidung harter Bestrafung, auf alle Contraventionen fleißig Acht haben lassen und über diese Verordnung mit Nachdruck halten. Dieselbe ist aber unter dem 8. Novbr. 1725 dahin declarirt, daß, da sie keine andere Intention habe, als nur dem den beiden Städten Wolfenbüttel und Braunschweig zu großem Nachtheile von den auswärtigen Fuhrleuten und Kiegespännern bisher auf dem Lande getriebenen häufigen Aufkaufen des Korns zu steuern, den Unterthanen auch nach wie vor unverwehrt bleibe, ihr Korn in die benachbarten Lande zu verföhren, auch an Auswärtige zu verkaufen.

*) Den Beamten, Gerichtsherrn und dergleichen Befehlshabern war schon durch die Landesf. Verordn. v. 26. August 1681 und deren Declaration v. 5. Septbr. 1681 der Verkauf des Korns ernstlich verboten, wobei sie angewiesen wurden, das Korn in den Städten und Flecken zu verkaufen.

berichten, auch dem Land-Fiscäl melden, als welcher sowohl gegen die Contravenienten, als gegen die Obrigkeiten, welche ihrer Obliegenheit nach auf die Contraventionen nicht gebührend achten, oder wohl gar ermeldeter Verordnung selbst entgegen handeln, seinem Amte gemäß zu verfahren angewiesen ist. Landesh. Aussch. an alle Ämter und Gerichte v. 8. Octbr. 1756.

Die wegen des Korn-Aufkaufs erlassenen Verbote, nach welchen durchaus niemand auf dem Lande, er sei denn specialiter dazu concessionirt, Korn zum Wiederverkauf und Handel damit für sich oder andere im Lande auf- und zusammenkaufen darf, sind nicht nur erneuert, sondern auch sämtliche Obrigkeiten erinnert, dergleichen verbotenen Auf- und Vorverkauf und Handel unter keinerlei Vorwand in ihren Gerichtsbezirken zu dulden, sondern hierunter bei eigener Verantwortung gegen die Contravenienten nach Vorschrift des landesh. Ausschreibens v. 8. Octbr. 1756 ohne Nachsicht zu verfahren. *) Landesh. Verordn. v. 23. Juni 1795. (Br. Anz. v. 1795. Nro. 50.)

Die Obrigkeiten sind angewiesen, obige Verordnung den Unterthanen nicht nur wieder ins Gedächtniß zu führen, sondern auch ihrer Seits über den Inhalt derselben und dessen Beobachtung strenge zu halten, und es also durchaus nicht zu gestatten, daß Getreide, besonders Roggen, zum Aufschütten oder Wiederverkauf und Handel von irgend jemandem, er sei, wer er wolle, fremd oder einheimisch, wenn er nicht zu dem Kornhandel specialiter concessionirt worden, auf- und zusammengekauft werde. Landesh. Circular-Rescr. v. 18. Septbr. 1795.

§. 2. **) Soll niemand, er sei, wer er sei, einheimisch oder fremd, unter keinerlei Vorwand, selbst nicht im Auftrage für das Magazin zu Braunschweig oder die Commissbäckerei, es wäre denn, daß er von dem Landesfürsten oder dem fürstl. Ministerio dazu besonders autorisirt worden und sich deshalb mit einer förmlichen Ausfertigung gehörig legitimiren könnte, irgend eine Art von Korn- oder Hülsenfrucht zum Aufschütten, Wiederverkauf und Handel damit auf dem Lande auf- und zusammenkaufen, und dazu seine Leute und Unterhändler auf das Land schicken, oder durch Briefe oder sonstige Aufträge, sie haben Namen wie sie wollen, die Früchte auf dem Lande vorwegkaufen und in Beschlag nehmen, noch weniger Alles bei einer Strafe von 100 Thlr. für jeden auf solche Weise auf- und vorwegkaufen; wovon die Hälfte dem Denuncianten und die andere Hälfte den Armen-Anstalten des Wohnorts des Denuncianten zufallen soll; wie denn alle wegen solchen verbotenen Getreide-Auf- und Vorkaufs geschlossene Contracte, selbst wenn schon ein Theil des Kaufgelbes darauf bezahlt worden, als obiger Disposition und der Verordnung v. 8. März 1803 entgegen, hierdurch gänzlich annullirt und aufgehoben werden.

§. 3. Sollen aus gleichen Rücksichten auch die sogenannten Korntreiber im Lande überall nicht geduldet werden, es wäre denn, daß sie ausländisches Korn bringen, oder für den Harz, Churbraunschweig und hiesigen Antheils, Getreide aufkaufen wollen und sich deshalb mittelst obrigkeitlicher Bescheinigung des Quantum und des Orts, wohin das Getreide bestimmt ist, bei der diesseitigen Obrigkeit, aus welcher ihnen unentgeltlich erteilt werden soll, erhalten haben.

§. 4. Sollen die Kornhändler und Kaufleute, welche in den Städten sich mit dem Kornhandel abgeben, oder in den Flecken und auf dem Lande damit privilegirt sind, bis zur nächsten Erndte und

*) Der übrige Inhalt der Verordnung geht auf ein temporäres Verbot der Korn-Ausfuhr.

**) Der erste Paragraph dieser Verordnung, welcher die gegen einige benachbarte Länder angeordnete Getreide-Sperre betraf, wurde durch die Verordn. v. 25. Novbr. 1805 (Br. Anz. v. 1805. Nro. 98.) aufgehoben, wogegen der übrige Inhalt der Verordnung nochmals bestätigt wurde.

sobann zu erwarten habenden weitem Verordnung bei Strafe der Confiscation des Getreides und Kaufgeldes, wovon ersteres den Armen-Anstalten und letzteres dem Denuncianten zugebilligt wird, keinen inländischen Rothen ankaufen, auch keine Getreideart, sie sei in- oder ausländisch, übers Meer verschicken, es wäre denn, daß ihnen von dem Landesfürsten oder dem fürstl. Ministerio Pässe dazu ertheilt worden.

§. 5. Soll alles Branntweinbrennen von Rothen, nach wie vor, gänzlich unterbleiben und der Contraventionsfall mit 100 Thlr. für jeden Wispel bestraft und diese Strafe zwischen dem Denuncianten und den Armen-Anstalten des Wohnorts des Denuncianten vertheilt werden.

§. 6. Sind sämtliche Unterthanen auf dem Lande, welche Getreide zum Verkauf erndten, besonders die Pächter der Cammer- und Klosterämter, so wie überhaupt die Gutsbesitzer, Pächter und Eigenthümer der größern Deconomien im Lande hiermit ernstlich aufgefordert, ihre zum Verkauf überschießenden Fruchtvorräthe, besonders Rothen und Gerste in die Städte, vorzüglich nach Braunschweig und Wolfenbüttel, sowohl zu Markte zu senden, als an die Bäcker und Brauer zu verkaufen und dadurch das Ihrige zur Abhelfung aller Beschwerden über den Getreidemangel in den Städten redlich beizutragen, um dadurch der Nothwendigkeit zu entheben, zu weitem Verfügungen vorzuschreiten. Landesf. Verordn. v. 15. Octbr. 1805. (Br. Anz. v. 1805. Nro. 85. *)

cf. Gesetz über die Heranziehung ausländischer reisender Kaufleute zur Gewerbesteuer v. 15. Octbr. 1832. §. 6. — Gesetz v. 23. April 1835, die Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangs-Abgaben betr. — Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837.

Getreide, Auf- und Verkauf desselben in Braunschweig.

1) Alles Korn, es sei von hiesigen Kornhändlern **) gekauft oder nicht, (jedoch was auf einer Achse durchgeht davon ausgenommen) soll zwei Stunden auf den Märkten halten, und innerhalb solcher Zeit einem jeden hiesigen Bürger und Einwohner die Nothdurft an einzelnen Scheffeln oder Himten um marktgängigen Preis, wie es die Kornhändler für sich bedungen, ausgemessen, der Verkäufer auch, welcher sich dessen weigern wird, durch Marktmeister und Wächter dazu gezwungen, auch sollen 2) die Mäkler, oder wer die auch sonst sind, welche außerhalb der Stadt das Korn entweder für sich oder andere besprochen und als verkauft hereinbringen, sogleich in Arrest gezogen und, wenn dieselben bei angestellter Cognition dessen überführt, mit schwerer Geldstrafe, oder nach Befinden mit Gefängniß belegt werden. ***) Landesf. Verordn. v. 10. Septbr. 1709.

Damit möglichste Ordnung und Polizei in der Anfuhr und dem Einkaufen des Kornes in Braunschweig beobachtet werde, wird verordnet:

1) daß alles zum Verkauf anher zu liefernde Korn, es sei Weizen, Rothen, Gerste, Hafer oder Bohnen, auf die drei großen öffentlichen Marktplätze und den Martini-Kirchhof †) gebracht, keinesweges

*) Außer diesen Verordnungen sind zu verschiedenen Zeiten noch viele andere ergangen, durch welche der Auf- und Verkauf des Getreides verboten wurde, indeß sind die hier angeführten die bekanntesten und auch wohl die wichtigsten.

**) Auf höchsten Befehl war unterm 10. Juli 1696 von dem Magistrate zu Braunschweig der Verkauf und Aukauf des Kornes von den Kornhändlern vor den Thoren und auf den Gassen, ehe es auf die öffentliche Marktselle gebracht worden, bei harter Strafe verboten, so wie auch unterm 29. Juni 1696 in Betracht der Stadt Wolfenbüttel eine mit der v. 28. Novbr. desselben Jahrs wörtlich gleichlautende Verordnung gegen den Verkauf ergangen, und unterm 17. Septbr. 1714 der Vor- und Aukauf des Kornes vor den Thoren und auf den Wegen nach Wolfenbüttel, bei landesf. Ungnade, und dem Befinden nach ernstlicher Bestrafung, Allen und Jedem ohne Ausnahme verboten war.

***) Durch ein landesf. Rescr. v. 8. Decbr. 1745 wurde dem Magistrate zu Braunschweig befohlen, den Verkauf des zur Stadt geführten Kornes durch öffentlichen Anschlag nochmals auf das Schärfste zu verbieten und jeden zu warnen, sich des Verkaufs und der Verwahrung des Kornes für andere bei 10 Thlr. Strafe für jede Contravention zu enthalten.

†) Durch die Avertissements des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 26. März und 15. Novbr. 1766 (Br. Anz.

aber auf den Straßen oder einem andern Plage, viel weniger vor den Thoren halten, auch weder daselbst noch auf den Wegen, und überhaupt nirgends als auf gedachten vier Plätzen über sothanes Korn einiger Handel geschlossen werden solle, bei Vermeidung der Confiscation und anderer schwerer Strafe, wie denn auch

2) männiglich, insonderheit den Kornmäklern, hierdurch bei harter Geld- oder Leibesstrafe verboten wird, Korn vor den Thoren, *) noch weniger auf dem platten Lande zu besprechen und zu kaufen. Besagte Kornmäkler sollen unter obgedachter Strafe ferner niemandem, der selbst für sich Korn einkaufen will, auf einige Art hinderlich sein; am Wenigsten in den Kauf fallen, oder gar zur Steigerung der Kornpreise Anlaß geben, auch für die Korn- und Mehlhändler überall kein Korn besprechen; wogegen selbige in Ansehung anderer Consumenten sich die Probe nicht bloß geben zu lassen, sondern solche selbst aus den Säcken zu nehmen; und, ohne sie vorher auszublafen und zu reinigen, dem Käufer die Güte des Kornes und den wahren Marktpreis pflichtmäßig anzuzeigen und den Preis durch den Käufer selbst bestimmen zu lassen, übrigens auch das ihnen zur fernern Anweisung der Verkäufer an die Käufer angelegene Korn den Bäckern und Brauern zuzuweisen und der wegen der Branntweinbrenner ihnen zuzustellenden Instruction auf das Genaueste nachzukommen, und jeden Tag von allem Korn, welches sie behandelt, ein genaues Verzeichniß, mit Beifügung der Käufer und des Preises, dem Polizei-Departement hiesiger Stadt einzuliefern haben.

3) Soll keinem hiesigen Einwohner, er sei Bäcker, Brauer, oder von irgend einer andern Profession oder Stande, ohne einigen Unterschied, bis zu weiterer Verordnung ferner erlaubt sein, dergleichen Korn auf dem Lande zu erhandeln, und solches bei dessen Ankunft sofort nach seiner Wohnung oder anderm Privatgewahrsam bringen zu lassen, und bleibt davon nur allein das zu dem Proviant- und andern öffentlichen Magazinen ankommende Korn ausgenommen. Auch erstreckt sich dieses Verbot nicht mit auf dasjenige von den Bäckern, Brauern, Branntweinbrennern und hiesigen Einwohnern bereits vor dieser höchsten Verordnung auf dem Lande erhandelte Korn, wovon der hiesige Stadt-Magistrat die Verzeichnisse unterm 12ten d. M. eingesandt hat. Es muß aber dieses Korn, so wie es ankömmt, nach der von gedachtem Magistrat zu ertheilenden Vorschrift gemeldet werden.

4) Damit es aber eines Theils den hiesigen gesammten Einwohnern nicht an bequemer und ordnungsmäßiger Anschaffung ihres benötigten Kornes fehle, andern Theils die Beamten, Pächter und andern Unterthanen, welche Korn zu verkaufen haben, zu dessen vortheilhaftem Absatze hinlängliche Gelegenheit finden mögen, so ist die Veranstaltung gemacht, daß alles Korn, was an den gewöhnlichen Markt-Tagen auf die obbemeldeten öffentlichen Markt-Plätze hieselbst gebracht, und bis um elf ein halb Uhr Vormittags nicht an die Einwohner verkauft wird, den Verkäufern jedes Mal gegen baare Bezahlung des Marktpreises ab und in ein öffentliches Magazin genommen werden solle. Sollte aber

5) wider Verhoffen bemerkt werden, daß die fürstl. oder andere Pächter, auch sonstige mit eigenen Kornvorräthen Versahene nichts oder nicht nach Proportion ihres Vorraths von Woche zu Woche auf hiesigen Markt bringen lassen, so haben sie sich selbst beizumessen, wenn die nachdrücklichsten Maaßregeln zur Hand genommen, gewisse Preise gesetzt und ohne Gnade ein gezwungener Verkauf verordnet wird. Landesf. Verordn. v. 30. Novbr. 1771. (Br. Anz. v. 1772. Nro. 4.)

Demnach beschwerend angezeigt worden, daß ungeachtet der schon öfters ergangenen Verbote, die

v. 1766. Nro. 26 und 93) war bestimmt, daß, wenn auf dem Altenstadt-, Regidien- und Hagenmarke es an Platz fehle, das zum Verkauf nach Braunschweig kommende Korn auf den Eiermarkt und die Tournierstraße, am Matini-Kirchhofe, die Gallerstraße, den Steinweg und die Kuhstraße gebracht werden solle.

*) Unterm 21. Januar 1762 (Br. Anz. v. 1762. Nro. 10) verbot der Magistrat zu Braunschweig wiederholt das Kaufen des Getreides vor der Stadt bei Vermeidung der darauf gesetzten Strafe von 20 Thlr. und der Confiscation des

hiesigen Kornhändler das zu Markte gebrachte Getreide vor 10 Uhr aufkaufen und die Kornmäkler denselben die Proben vor 10 Uhr bringen, oder in der Absicht, denselben das Getreide zuzuwenden, wohl Stunden lang bis um 10 Uhr an sich behalten, so ist den sämtlichen Kornhändlern nochmals ernstlich, und bei 5 Thaler Strafe für jeden Fall, untersagt, zu Markte gebrachtes Getreide vor 10 Uhr aufzukaufen; und den Kornmäklern ist ebenfalls nachdrücklich, und bei Vermeidung, daß sie im Uebertretungsfalle ihres Dienstes entsetzt werden sollen, verboten, daß sie den hiesigen Kornhändlern vor 10 Uhr Proben bringen, oder solche in der Absicht, um ihnen das Getreide zuzuwenden, bis um diese Stunde an sich behalten. *) Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig vom 29. Novbr. 1782. (Br. Anz. v. 1782. Nro. 98.)

Um allen Mißverständnissen vorzubeugen ist vorstehendes Verbot dahin erklärt, daß allen und jeden, welche nicht zur eigenen Consumtion, sondern zum Wiederverkaufe und zum Versenden Getreide aufkaufen, der Ankauf des zu Markte gebrachten Getreides vor 10 Uhr des Morgens gleich den Kornhändlern bei 5 Thlr. Strafe für jeden Fall verboten wird, wie denn absonderlich die Bäcker dergleichen Aufkaufs zur Versendung sich gänzlich zu enthalten haben. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 3. Decbr. 1791. **) (Br. Anz. v. 1791. Nro. 97.)

Da dem Vernehmen nach die Kornhändler in Braunschweig sowohl, als auch andere des Kornhandels nicht kundige dasige Einwohner, welche für das Mal Gewinnstes halber Korn nach auswärt's hin zu versenden übernommen haben, bekannter Verordnung zuwider jene zu liefernden Vorräthe theils auf den nächstgelegenen Dörfern, theils an und vor den Thoren, theils auf den hiesigen Wochenmärkten, sowohl selbst, als durch verschiedentlich angestellte Unterhändler zusammen zu schaffen beflissen gewesen, hierdurch aber die Zufuhr zur Stadt vermindert, und das zur Consumtion erforderliche Getreide von den Wochenmärkten zum Nachtheil des Publikums weggeschafft wird: als ist auf landesfürstl. Befehl bekannt gemacht, daß 1) auf den hiesigen Wochenmärkten und auf den nahe belegenen Dörfern und Aemtern nur allein diejenigen Einwohner Korn einzukaufen befugt sein sollen, welche solches zu eigener Consumtion nöthig haben; daß aber 2) alle diejenigen, die zum Wiederverkaufe oder zum Versenden außer Landes sich mit dem Kornhandel abgeben, überall kein Getreide, es sei von welcher Art es wolle, weder auf den Wochenmärkten, noch auf den nahe belegenen Dörfern und Aemtern einkaufen, noch weniger auch ihre Leute zum Auf- und Verkauf aufs Land schicken dürfen, und zwar bei 10 Thlr. Strafe für jeden Contraventionsfall, wovon nach geschehener Beitreibung dem Denuncianten ein Drittel zugesichert wird; und daß endlich 3) niemand das zur Stadt kommende Getreide vor den Thoren, auch kein Kornhändler bei oberwähnter Strafe das zur Abendzeit, oder außer den Markttagen hier unverfagt hergeführte Getreide sogleich des Abends noch zur Beeinträchtigung der Stadt-Consumenten in Beschlag nehmen solle. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 30. März 1795. (Br. Anz. v. 1795. Nro. 26.)

Inhalts der landesf. Verordn. v. 4. Juni 1740 ***) ist zu Verhütung alles Mißbrauchs den sämtlichen Kornhändlern, sich künftighin des Vormittags, besonders vor 10 Uhr an den Kornmarktplätzen oder sonst bei den Kornverkäufern auch nur einzufinden, untersagt, immaßen derjenige, der fernerhin zu

*) Das Aufkaufen des auf die Märkte kommenden Getreides vor 10 Uhr des Morgens ist vom Polizei-Departement unterm 29. Decbr. 1785 und 1. Novbr. 1790 (Br. Anz. v. 1786. Nro. 3 und v. 1790. Nro. 86) nochmals allen Kornhändlern zu Braunschweig bei 20 Thlr. Strafe untersagt und denselben zugleich verboten, künftig durch Kornmäkler Korn kaufen zu lassen.

**) Dieses Verbot ist erneuert durch ein Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 1. Septbr. 1794. (Br. Anz. v. 1794. Nro. 71.)

***) S. Lebensmittel, Auf- und Verkauf derselben in Braunschweig.

einer Zeit, wo er nicht kaufen soll, am Markte, oder bei den Kornfuhrern bemerkt werden, oder seine Leute dahin schicken wird, ohnfehlbar zu gewärtigen hat, daß er als ein Contravenient gegen obbesagte höchste Verordnung in 10 Thlr. Strafe genommen, und solche, ohne auf dessen unbedeutende Einreden und Entschuldigungen zu achten, sofort beigetrieben werde. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 6. August 1795.

Die auf höchsten Befehl erlassenen Bekanntmachungen des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 30. März und 6. August 1795, welche hiermit auf Wolfenbüttel extendirt werden, wider den Aufkauf des Kornes von Seiten der Kornhändler zu Braunschweig und Wolfenbüttel, theils auf den nächstgelegenen Dörfern und Aemtern, theils an und vor den Thoren, theils selbst auf den Wochenmärkten, sowohl durch sie selbst, als durch mehrere Unterhändler, sind nicht allein wiederholt, sondern es ist auch die in der Bekanntm. v. 30. März 1795 bestimmte Strafe von 10 Thlr. nun auf Einhundert Thaler für jeden auf solche Weise auf-, vor- und zusammengekauften Wispel erhöht und die Hälfte davon dem Denuncianten, die andere Hälfte aber den Armen-Anstalten des Ortes zugesichert. Bekanntmach. des fürstl. Ministerii v. 1. Novbr. 1800. (Br. Anz. v. 1800. Nro. 87.)

S. auch: Lebensmittel, Auf- und Vorkauf derselben in Braunschweig.

cf. Bekanntmachung der herzogl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 24. Octbr. 1830. (Br. Anz. v. 1830. Nro. 81.) desgl. v. 29. März 1831. (Br. Anz. v. 1831. Nro. 27.) desgl. v. 29. August 1831. (Br. Anz. v. 1831. Nro. 206.)

Gevattern.

Es soll niemand (es seien die Eltern hohen oder niedrigen Standes, Geistliche oder Weltliche, in Hof-, Kriegs-, Canzlei- oder andern Diensten) mehr als drei Gevattern bitten, *) bei 50 Thlr. Strafe für jede Person, die er darüber bittet; sonst aber soll einem jeden erbetenen Gevatter, was er zum Gevattergelde einbinden will, jedoch daß darin Maaß gehalten werde, frei stehen. Landesf. Verordn. v. 20. April 1636.

Wer mehr als drei Gevattern bittet, soll für jeden 30 Thlr. Strafe geben. Allgem. Land. Ordn. Art. 19.

Es sollen bei Strafe der Ordnung nicht mehr als zwei oder zum höchsten drei Personen zu einem Kinde zur Gevatterschaft gebeten werden. Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Cap. VIII. §. 5.

Es sollen keine Kinder oder junge Leute, die nicht zum heil. Abendmahle gewesen, imgleichen auch nicht diejenigen, welche aus wichtigen Ursachen der heil. Sacramente unwürdig sind, zur Gevatterschaft zugelassen werden. Ebendas. §. 6.

Die Gevattern sollen nicht obligirt sein, dem Kinde oder der Sechswöchnerin ein Geschenk zu geben, und sollen die Eltern auch dergleichen Geschenk durch Schickung der Kuchen nicht veranlassen, gestalt denn auch die Unterlassung solches Gevattern-Geschenk von des Kindes Eltern keinesweges übel aufgenommen, oder auch von andern ungleich davon geurtheilt werden soll. Ebendas. §. 7.

Nach Vorschrift der fürstl. Kirchen-Ordn. Thl. I. Cap. VIII. §. 5, welche sich auf die fürstl. Tauf-Ordn. gründet, soll niemand mehr, als höchstens drei Gevattern zu der Taufe seines Kindes bitten, oder gewärtigen, daß nicht nur die über die gesetzte Anzahl der drei Personen sich einfindenden Gevattern

zurück-

*) Dasselbe Verbot ist in der landesf. Verordn. v. 11. Octbr. 1645, welche zugleich Vorschriften wegen der Ceremonien bei Kindtaufen und Kirchgängen enthält, und in der Tauf-Ordnung v. 28. Octbr. 1646. §. 2. wiederholt.

zurückgewiesen werden, und die Taufhandlung nicht eher, als bis die zur ordnungsmäßigen Anzahl der Gevattern erforderlichen Personen bestimmt worden, verrichtet wird, sondern daß auch die Eltern des Kindes ohne alle Nachsicht in die ordnungsmäßige Strafe zu 30 Thlr. genommen werden. Avertissement des geistl. Gerichts zu Braunschweig v. 13. Juni 1787. (Br. Anz. v. 1787. Nro. 51.)

Die Prediger sollen eigenmächtig keine Gevattern ausschließen; s. Consistorium.

Die Catholiken dürfen gleichfalls nicht mehr als drei Gevattern nehmen, s. Römisch-Catholische Nro. 9. cf. Rescr. fürstl. Consistorii v. 31. Decbr. 1823. (Bege I. p. 202.) und v. 15. Febr. 1826. (Bege III. p. 265.)

Gevatternpflicht.

Da sich viele an die in der erneuerten Kirchen-Ordnung Thl. 2. Cap. 9. vorgeschriebene, nach geschener Taufhandlung an die Gevattern zu richtende Ermahnung, für ihre Pächten und deren Erziehung Sorge zu tragen, und das deshalb bestimmte Angelohniß stoßen und deshalb nicht gern eine Gevatterschaft übernehmen, so sollen künftig, wenn ein Taufact gehalten wird, die Worte: »sie werden dies gern vollbringen und vor Gottes Augen zusagen,« ausgelassen, auch soll von den Gevattern des Falls keine Antwort verlangt werden, gestalt denn auch die nachstehenden Worte: »das helfe Gott durch seinen heiligen Geist in Christo Jesu« cessiren sollen und mit deren Uebergehung zum Schlußgebet zu schreiten ist. Landesf. Rescr. an die General-Superintendenten v. 15. Juli 1716.

Gewalt, offene.

Wer den Andern in dem Seinigen, im Dorfe, Garten, Felde, Wiesen, auf offenen Straßen, oder wo es sonst sein mag, vergewaltigt, vergeht und verwegelagert, der soll mit hoher willkürlicher, auch wohl nach Gelegenheit mit Leibes- und Lebens-Strafe belegt werden. Allg. Land. Ordn. Art. 72.

Wer aber Einem vor seiner Thür, oder an Fenstern, Thüren und sonst in dem Seinigen Gewalt thut und Muthwillen übt, es sei bei Tage oder Nacht, oder mit Gewehr oder Schmähworten aus dem Seinen fordert, der soll in 10 Fl. Strafe verfallen sein. Ebendas. Art. 73.

S. auch: Schlägerei — Burg- und Hausfrieden.

Gewehr.

Wer einen Andern mit mörderlichem Gewehr überläuft und dasselbe über ihn auszeucht, doch nicht beschädigt, der soll in 15 Fl. Strafe erkannt und das Gewehr verfallen sein. Allg. Land. Ordn. Art. 74.

Es soll niemand mit Beil, Barten oder anderem Gewehr zu Krüge, Hochzeiten, Kindtaufen oder andern Gelagen gehen, bei Verlust des Gewehrs und 1 Thlr. Strafe. Ebendas. Art. 98.

S. auch: Schießen.

Gewissens-Vertretung.

S. Eid.

Gewohnheiten.

S. Verordnungen, landesfürstliche — Bescheide, Decrete, Urtheile, Abfassung derselben — Sachsenrecht.

Gifte, Verkauf derselben.

Den Apothekern ist zur Verhütung alles Mißbrauchs aufgegeben, auch gegen einen Schein niemandem Arsenik oder andere Gifte zu verkaufen, den sie nicht selbst als einen sichern, glaubwürdigen Bürger Erster Theil.

fennen, und in diesem Falle nur gegen einen Schein von demselben. In allen Fällen aber, wo das Gift durch Boten gefordert wird, sollen sie den Preis desselben um 6 Pf. erhöhen und dann das Gift wohl eingeseigelt und bezeichnet durch einen eigenen Boten dem, der es fordern läßt, vorausgesetzt, daß dieser ein sicherer Mann ist, einhändigen und ihn befragen lassen, ob der ihm vorzuzeigende Giftschein von ihm selbst ausgestellt sei. Bekanntmachung des fürstl. Dbersanitäts-Collegii v. 29. Juli 1802. (Br. Anz. v. 1802. Nro. 60.)

S. auch: Apotheker.

Gilden.

Durch die Verordnung v. 29. Octbr. 1821, die modificirte Gewerbe- und Gilde-Ordnung betr., ist nicht nur die Ordnung für die Gilden im Herzogthume Braunschweig und Fürstenthume Blankenburg v. 4. März 1765 *) ausdrücklich aufgehoben, sondern auch jede andere dieser neuen Gilde-Ordnung zuwider laufende Bestimmung.

S. auch: Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 14. Octbr. 1822. (Bege I. p. 134.) — Desgl. v. 24. Febr. 1823. (Bege I. p. 134.) — Desgl. v. 10. Febr. 1826. (Bege II. p. 116.) — Landesf. Verordn. v. 15. Decbr. 1828, die Declaration des §. 126 der Gewerbe- und Gilde-Ordn. v. 29. Octbr. 1821 betr. — Verordn. v. 5. Juni 1833, die Modification des §. 135 der angeführten Gilde-Ordn. betr. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, die Verpflichtung zum Kriegsdienste betr., §. 57. — Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837.

Gilde-Districte.

Im Harz = Districte **)

zufolge höchsten Rescripts vom 31. August 1754.

a) Seesen.

- 1) Amt Seesen.
- 2) » Langelsheim.
- 3) » Stausenburg excl. des Fleckens Gittelde und der darin errichteten Gilden.
- 4) » Harzburg.
- 5) » Lutter am Barenberge.
- 6) Gericht Volkersheim.
- 7) » Bornhausen.
- 8) » Hachenhausen.

- 9) Gericht Kirchberg
 - 10) » Idbehäusen
 - 11) » Windhausen
 - 12) im Flecken Gittelde die Handwerker, so darin keine eigene Gilden haben.
- } ratione der nicht in Gitten vorhandenen Gilden.

b) Gandersheim.

- 1) Amt Gandersheim.
- 2) Gericht Bodenburg.
- 3) » Wolperode.

*) Die übrigen älteren die Gilden im Allgemeinen betreffenden Gesetze waren: Verordn. v. 24. April 1656, die Mißbräuche der Handwerker, insbesondere hinsichtlich der angemessenen Jurisdiction betr. — Reglement und Verordnung, wie es, der in dem fürstl. Gesammthause genommenen Abrede nach, bei den Aemtern und Gilden der Künstler und Handwerker zu halten, v. 26. Septbr. 1692. — Verordnung wegen der unter den Handwerks-Gesellen eingeschlichenen Mißbräuche und Unordnungen v. 5. August 1723. — Offenes Patent und Publication der kaiserl. Verordn. v. 16. August 1731, die Abstellung der Mißbräuche bei den Handwerks-Zünften betr., v. 19. Octbr. 1731. — Verordn. v. 5. Januar 1763, die Handwerks-Gesellen betr. — Die oben angeführte Verordnung v. 4. März 1765 gründete sich auf die Verordn. v. 26. Septbr. 1692 und 16. August 1731, und sollte als die einzige Richtschnur für die Gilden angesehen werden.

**) Das ehemalige Fürstenthum Blankenburg bildete früher für sich einen Gilde-District. Jetzt sind besondere Gilde-Districte für die Aemter Blankenburg, Haffelsfelde (Landesf. Rescr. v. 3. Octbr. 1822.) und Balkenried (Landesf. Rescr. v. 21. April 1823.) eingerichtet.

4) Gericht Helmscherode.

5) Die Dörfer des Amtes Greene:

Bruchhof, Brunfen, Erzhafen, Garlebsen,
Greene, Holtershausen, Ippensen, Naensen.

Nota. Die übrigen Dörfer dieses Amtes sind
Stadtolbendorf beigelegt. vid. den We-
ferkreis.

Sämmtliche Schmiede im Amte Greene sollen
sich zur Gilde in Gandersheim halten.

c) Gittelde. *)

1) Amt Staufenburg.

2) Gericht Kirchberg

3) » Idehausen

4) » Windhausen

} ratione der Handwerker,
wovon Gilden in Gittelde
errichtet sind.

Im Weser = Districte

zufolge höchsten Rescripts vom 31. August 1754.

a) Holzminden.

1) Amt Ottenstein excl. des Fleckens Ottenstein.

2) » Forst.

3) » Fürstenberg. **)

4) Gericht Meinbreren.

5) Fürstl. Gericht Bevern.

6) Das Dorf Altendorf, A. Allersheim.

7) Der übrige Weser-Districte, insofern für die
Handwerker nicht in Stadtolbendorf od. Eschers-
hausen besondere Gilden aufgerichtet sind oder
noch etablirt werden.

b) Stadtolbendorf.

1) Die Handwerker aus dem Flecken Eschershausen
und aus dem dahin gelegten Districte, die
in Eschershausen keine eigene Gilde-Gerechtigkeit
haben oder eine solche hinfüro nicht erhalten.

2) Amt Allersheim excl. des Dorfs Altendorf.

3) Die Handwerker aus der Oberbörde des Amtes
Wickensen. ***)

4) Desgleichen die aus den Dörfern des Amtes
Greene: Ammensen, Bartshausen, Delligsen,

Holtensen, Hohenbüchen, Kaierde, Stroit, Bar-
rigsen, Voldaggen und Wenzgen.

Sämmtliche Schmiede im Amte Greene sollen
sich zur Gilde in Gandersheim halten.

5) Desgleichen aus den Dörfern des Klostergerichts
Amelunrborn,

6) dem Gerichte Deensen und

7) der Carlshütte.

c) Flecken Eschershausen.

1) Eschershausen.

2) Die Dörfer der Niederbörde d. Amtes Wickensen. †)

3) Gericht Hehlen. ††)

4) » Bisperode.

5) » Brunkenfen.

6) » Harderode.

7) Die Spiegelhütte ex observantia.

d) Flecken Ottenstein

zufolge höchsten Rescripts vom 31. Januar 1755.

1) Die Handwerker der daselbst, wie auch

2) der im Amte Ottenstein errichteten oder ferner
zu privilegierten Gilden.

3) Gericht Hehlen.

*) Durch das Rescript des herzogl. Staats-Ministerii v. 13. Juli 1829 sind die bisher zum Gilde-Bezirk Gittelde
gehörig gewesen Dörfer Ahlshausen und Sievershausen davon getrennt und dem Gilde-Bezirk Gandersheim bei-
gelegt.

**) Nach dem landesf. Rescripte v. 12. Febr. 1754 sollte in dem Dorfe Derenthal, so wie auch in den Gerichten Bis-
perode und Hehlen von der Verordnung, daß die Landmeister keine Gesellen und Lehrlinge halten durften, eine Aus-
nahme gemacht werden; cf. Gilde-Ordn. v. 29. Octbr. 1821. §. 17.

***) Von den Dörfern der Oberbörde und Niederbörde des Amtes Wickensen ist dem Rescripte folgendes Verzeichniß bei-
gefügt: 1) Niederbörde: Breitenkamp, Bremke, Buchhagen, Dohnsen, Halle, Heyen, Heinrichshagen, Hunzen,
Kirchbrack, Kreipke, Linse, Luchtfeld, Wegensen, Westerbrack, Kemnade, Dietmissen (Dietmissen gehörte eigentlich
zu dem Stadtolbendorfer Gilde-Districte und ist erst durch das Rescript v. 10. Novbr. 1768 dem Eschershäuser
Districte beigelegt). 2) Oberbörde: Denkehausen, Simen, Emmerborn, Heynade, Helzen (Holtensen), Lenne, Einnens-
kamp, Luerdissen, Weinzholzen, Deltassen, Scharfobendorf, Bormohle, Wangelstedt. (Holzen, Luerdissen, Del-
tassen und Scharfobendorf sind nachher gleichfalls dem Eschershäuser Districte beigelegt.)

†) S. die vorstehende Note.

††) S. den Gilde-Districte des Fleckens Ottenstein.

Im Wolfenbüttelschen und Schöningischen Districte

zufolge des landesf. Aussch. v. 7. Septbr. 1775.

Gilde = District der Stadt Braunschweig.

Amt Eich und Amt Neubrück ganz.

Amt Campen, excl. der nach Königsutter gelegten

Dörfer: Flechtorf,
 Beyenrode,
 Gardessen,
 Abbenrode,
 Rothenkamp,
 Boimsdorf und
 Schandelah.

Aus dem Amte Salzdahlum:

Klein = Stöckheim,
 Melverode und
 Rautheim.

Aus dem Residenz = Amte Wolfenbüttel das Halb-
 Gericht Bettmar, nämlich die Dörfer:

Bettmar,
 Eierße,
 Woltorf,
 Wendeburg,
 Wähle,
 Köchingen,
 Liedingen,
 Bodenstein,

und aus der Gogresschaft Sauingen das Dorf
 Wierthe.

Die Braunschweigischen Pfahldörfer:

Rünigen,
 Lehdorf,

Delper und
 Rühme.

Die Gerichts-Dörfer, auch fürstl. und adelichen Häu-
 ser in solchem Bezirk:

Groß = und Klein = Brunsrode,
 Kremlingen,
 Schulenrode,
 Erkerode,
 Duttonstedt,
 Essinghausen,
 Engerode,
 Riddagshausen,
 Hondelage,
 Querum,
 Gliesmarode,
 Mascherode,
 Klein = Schöppenstädt,
 Meerdorf,
 Harvesse,
 Neuhof,
 Fürstenaue,
 Sophienthal,
 Bechelde,
 Bechelade,
 St. Leonhard,
 Beltenhof,
 Wendezell,
 Wendhausen.

Gilde = District der Stadt Wolfenbüttel. *)

Residenz = Amt Wolfenbüttel, excl. a) der obbenann-
 ten der Stadt Braunschweig beigelegten Dörfer;

b) der aus dem Gerichte Evesen der Stadt
 Schöppenstädt beigelegten Dörfer:

Weserlingen,
 Eilum,
 Evesen,

Gilzum und
 Hachum,

Amt Gebhardshagen, } ganz
 Amt Rothenhof, }

Amt Achim, excl. der dem Schöppenstädtischen Gilde-
 Districte beigelegten Dörfer:

Zimmern und Hedeper,

*) Die Dach- und Schieferbedeck = Gilde zu Wolfenbüttel wurde auf das Gesuch um Beilegung eines bestimmten Gilde-
 Districts, der zwar durch das Ausschreiben v. 7. Septbr. 1775 regulirt, aber bisher nicht beobachtet sei, durch das
 landesf. Rescr. an das Polizei-Departement zu Wolfenbüttel v. 25. Januar 1802 dahin beschieden, daß die Beile-
 gung eines solchen Gilde-Districts nicht Statt finden könne, da dies der Stadt Braunschweig zu nachtheilig sein
 würde. Uebrigens wurde den Meistern zu Braunschweig bei 10 Thlr. Strafe untersagt, in Wolfenbüttel wohnende
 Gesellen in Arbeit zu nehmen und ein ähnliches Verbot erging an die Gilde zu Wolfenbüttel.

Amt Salzbadlum, excl. der dem Braunschweigischen
Gilde = Districte beigelegten Dörfer:

Klein-Stöckheim,
Melverode und
Rautheim.

Amt Lichtenberg, excl. der Lichtenbergischen Gilden,
so lange solche bleiben.

Die Gerichts-Dörfer, auch fürstl. und adelichen Häu-
ser in solchem Bezirke:

Burgdorf,
Bornum,
Halchter,

Hedwigsburg,
Rissenbrück,
Linden,
Lucklum,
Neindorf,
Delber am weißen Wege,
Steterburg,
Salder,
Watenstedt,
Nieder-Siecke,
Wettheim an der Dhe,
Wendessen.

Gilde = District der Stadt Schöppenstädt.

Amt Voigtsbadlum, } ganz
Amt Winnigstedt, }

Aus dem Amte Terrheim:

Gevenleben und
Watenstedt.

Residenz-Amt Wolfenbüttel, die zum Gerichte Eves-
sen gehörigen Dörfer:

Evesen,
Eilum,
Gitzum,
Hachum und
Weserlingen.

Amt Hessen, excl. der in dem Flecken errichteten
Gilden.

Die Gerichts-Dörfer:

Ambleben,
Sambleben,
Kneitlingen,
Schliesfeldt,
Rüblingen,
Eikum,
Groß- und Klein-Bahlberg,
Wesleben,
Wahum.

Gilde = District des Fleckens Hessen.

Der Flecken Hessen, ratione d. darin errichteten Gilden. |

Gilde = District der Stadt Helmstädt.

Amt Calvörde, ratione der nicht in dem Flecken
Calvörde errichteten Gilden.

Amt Borsfelde, ratione der nicht in dem Flecken
Borsfelde errichteten Gilden.

Aus dem Amte Bährdorf:

Bährdorf,
Rickensdorf,
Papenrode,
Meynkoth,

ratione der nicht in Borsfelde errichteten Gilden.

Aus dem Amte Schöningen das Dorf
Emmerstedt.

Aus dem Amte Warberg die Dörfer
Frellstedt und
Wolsdorf.

Die Gerichts-Dörfer und in deren Bezirk belegenen
Orte:

Kloster Marienberg,
Kloster Marienthal, mit dessen Gerichts-
Dörfern,
Barmke und
Grasleben;
Querenhorst aber nur ratione der nicht
in Borsfelde errichteten Gilden.
Kloster Lüdgeri,
Büstedt, excl. Belpke, ratione der
Steinhauer, so nach Schöningen
gehören,
Saalsdorf und
Mackendorf.

Gilde = District der Stadt Schöningen.

Amt Schöningen, excl. Emmerstedt, so nach Helmstädt gehört.

Amt Terrheim, excl. Gevensleben und Watenstedt, so nach Schöppenstädt gehören.

Amt Warberg, excl. Frellstedt und Wollsdorf, so nach Helmstädt gehören.

Kloster = Gericht Dffleben.

Aus d. Gerichte Büstedt d. Dorf Belpke, rat. d. Steinh.

Gilde = District der Stadt Königsutter.

Amt Königsutter, ganz.

Amt Neuhaus, ratione der nicht in Vorsfelde errichteten Gilden.

Aus dem Amte Bahrdorf:

Klein = Sisbeck,

Rümmer,

Klein = Zwülpsstedt, ratione der nicht in Vorsfelde errichteten Gilden.

Aus dem Amte Campen die Dörfer

Flechtorf,

Beyenrode,

Gardeffen,

Abbenrode,

Rothenkamp,

Boimsdorf,

Schandelah.

Die Gerichts = Dörfer, auch in solchem Bezirke belegenen fürstl. und adelichen Häuser u.

Bornum,

Destedt,

Hemkenrode,

Glentorf,

Scheppau,

Rottorf,

Süpplingenburg,

Gr. Steinum.

Nordsteimke,

Groß = Sisbeck,

Groß = Zwülpsstedt,

} ganz.

} ratione der nicht in Vorsfelde errichteten Gilden.

Gilde = District des Fleckens Vorsfelde.

Ämter: Bahrdorf,
Neuhaus,
Vorsfelde.

Gerichts = Dörfer u.

Nordsteimke,

Groß = Sisbeck,

Groß = Zwülpsstedt,

Querenhorst,

Büstedt,

Wahrstedt,

Belpke, excl. der Steinhauer, so nach Schöningen gehören.

} ratione der in dem Flecken Vorsfelde errichteten Gilden.

Gilde = District des Fleckens Calvörde.

Amt Calvörde, nebst den in dessen Hoheit belegenen adelichen Gerichten.

ratione der in diesem Flecken errichteten Gilden.

Die Gilde = Districte sollen auf keine Weise ein *jus prohibendi* gegen die Arbeit der Meister aus andern Districten auf dem Lande involviren. Landesf. Rescr. v. 14. März 1797.
cf. Gewerbe- und Gilde = Ordnung v. 29. Octbr. 1821; insbesondere §§. 1 und 9.

Gilde-Gebühren der Armen-Knaben.

S. Armen-Knaben u.

Gilde-Mitglieder.

Die neu aufgenommenen Gilde-Mitglieder sollen durch die Braunschw. Anzeigen bekannt gemacht werden; s. Braunschw. Anzeigen, Umlauf v. 16. Juli 1746.

Gilde-Ordnung.

S. Gilden.

Gilde-Processe.

S. Gilde-Sachen.

Gilde-Sachen.

Da die Processe in Gilde-Sachen der Natur der Sache ganz und gar nicht gemäß sind, indem Gilde-Sachen zur Polizei gehören, und dieselbe jederzeit mit und meistens hauptsächlich betreffen, mithin, wenn unter den Handwerkern über ihre Handwerks-Gebrauche, derselben Billigkeit oder Unbilligkeit, Innungs-Artikel, Befugnisse, jura prohibendi, privilegia, derselben rechten Gebrauch, Streit und Widerwärtigkeit entsteht, solche nicht vor die Gerichte zu ziehen sind, sondern dem Landesherrn, damit die Sache der Landes-Verfassung und dem hono publico gemäß entschieden werde, einzuberichten ist; so ist ein- für alle Mal landesf. verordnet, daß über Gilde- und dahin einschlagende Sachen kein Proceß weiter verstattet, sondern die Parteien, wenn bei angestellter Untersuchung dieselben nicht zu vergleichen, sodann mit ihrem Gesuche sofort zur fürstl. Geh. Rathsstube, allenfalls dem Befinden gemäß mit obrigkeitlichem Berichte und Gutachten, verwiesen werden sollen. Landesf. Umlauf v. 20. Juli 1743.

cf. Gilde-Ordn. v. 29. Octbr. 1821. §§. 25 und 33. — Rescr. herzogl. Cammer-Collegii v. 4. Mai 1832. (Bege III. p. 194.)

Die Amts- und Gerichts-Obrigkeiten sollen über die ihnen in Gilde-Sachen zur Berichterstattung zukommenden Gesuche jederzeit zuvor mit der Obrigkeit des Gilde-Districts communiciren und deren Gutachten alsdann beifügen. Landesf. Rescr. v. 22. März 1800.

S. auch: Polizei-Sachen in Braunschweig — Handwerks-Streitigkeiten, Beilegung derselben in Braunschweig.

Gips, Verkauf desselben in Braunschweig.

S. Kalk und Gips, Verkauf desselben in Braunschweig.

Giriren der Wechsel.

S. Wechsel, Giriren derselben.

Glas

soll nicht auf die Straßen in Braunschweig geworfen werden; s. Kummer und anderer Haus-, Hof- und Kellerunrath in Braunschweig.

Glasfer.

S. Fensterarbeit — Schlosserarbeit, Anschlagen derselben in Braunschweig.

Glashütten, Frieden auf denselben.

S. Burg- und Hausfrieden.

Glücks- und Hazardspiele.

Das Spielen soll überhaupt an den Sonn- und Festtagen gänzlich unterlassen werden, an den Werktagen aber den Bürgern, auch übrigen Leuten von schlechter Condition das Würfenspiel ganz und gar, und in Karten Bassette, auch andere dergleichen hohe Glücksspiele gänzlich untersagt sein, und insgemein in Karten kein höheres Spiel, als welches aufs Höchste 2 Thlr. Verlust nach sich zieht, gemacht werden, gestalt denn die Contravenienten nicht allein mit einer schweren Leibesstrafe belegt, sondern auch derjenige, so dergleichen verbotene Spiele sieht, das auf dem Tische stehende Geld sofort wegzunehmen bemächtigt sein, und nach der von ihm davon geschehenen Anzeige von jedem confiscirten zehn Thaler einen Thaler zur Ergöcklichkeit zu genießen haben soll. Des Herzogs Ludw. Rudolph Verordnung d. d. Blankenburg, den 29. April 1721.

Alle sogenannte Glücks- oder Hazardspiele, als Würfeln, Häuschen, Bassette, Pharaon, Lansquenet, Trisacken und alle andere, sie mögen Namen haben wie sie wollen, auch bereits erdacht sein oder noch künftig erdacht werden, sind bei Vermeidung willkürlicher Bestrafung ernstlich verboten; auf den Kellern oder in den Kaffee- und andern öffentlichen Häusern soll von den Wirthen selbst zu solchen verbotenen Spielen kein Vorschub geschehen, und sollen solche allenfalls sofort mit einer willkürlichen Geldbuße, diejenigen aber, welche andere zu obigen Spielen zu verleiten oder durch allerhand List zu bereuen sich unterstehen sollten, exemplarisch, und zwar jeder Spieler für jeden Contraventions-Fall mit 10 Thlr., die Hauswirthe aber mit 50 Thlr. *) bestraft werden. Landesf. Verordn. v. 14. April 1725. **)

Das Würfenspiel soll den Bauern und Leuten niedrigen Standes auf dem Lande unter sich, oder mit andern auf keine Weise nachgelassen, auch dasselbe in den Krügen und Bierschenken auf dem Lande durchaus nicht gestattet, und die Contravenienten, sowohl der Wirth als jeder Spieler, er mag ein Bauer oder ein Anderer sein, das erste Mal mit 5 Thlr., nachher aber schärfer gestraft, und befundenen Umständen nach mit empfindlicher Leibesstrafe angesehen werden. Die Obrigkeiten sollen über diese Verordnung bei Vermeidung schwerster Verantwortung auf das Schärfste halten. Landesf. Verordn. vom 26. Juni 1745.

Da das Spielen der in der Verordn. v. 14. April 1725 bei 10 Thlr. Strafe für jeden Spieler und bei 50 Thlr. Strafe für jeden Hauswirth verbotenen Glücks- und Hazardspiele stark wieder einreißt, überhaupt aber das Spielen, wenn es aus Gewinnsucht und um hohen Geldgewinn betrieben wird, als ein höchst schädliches Unwesen im Geringsten nicht geduldet werden kann, so soll gegen dergleichen Spieler mit prompter Vertreibung der resp. 10 und 50 Thlr. ohne alle Nachsicht verfahren, und der unerlaubte Gewinn überdas confiscirt werden. Landesf. Verordn. v. 25. Juni 1762.

Da auf dem Lande, besonders in den Krügen und großen Spinn-Gesellschaften, vorzüglich am Schlusse der letztern, hohes und wohl gar Hazard-Spiel getrieben wird, dergleichen aber durchaus nicht geduldet werden soll, so sollen die Obrigkeiten hierauf und, daß die Krüge mit dem Schlage 10 Uhr Abends geschlossen werden, streng achten. Landesf. Circular-Rescr. v. 22. Febr. 1800.

Für

*) In der unterm 5. August 1755 vom künftl. Polizeiamte zu Wolfenbüttel für die dortigen Klippkrüger erlassenen Anweisung §. 7 ist bestimmt, daß derjenige, welcher Würfel-, Karten- und Hazardspiele bei sich dulden würde, mit 5 Thlr. Strafe angesehen werden sollte.

**) Für die Universität Helmstädt enthielt die Landesf. Verordn. v. 22. Febr. 1725 strenge Verbote gegen alle Hazardspiele. Die Contravenienten sollten mit Carcer, dem consilio abeundi oder Relegation, die, welche dazu verleiten, mit Relegation und die Hauswirthe, welche solchen Spielen Vorschub gaben, mit angemessener Geldstrafe belegt, und das im Spiele verlorene Geld erigirt und ad pias causas verwandt werden.

Für das Fürstenthum Blankenburg und das Stiftsamt Walkenried ist auf landesf. Befehl von der Regierung zu Blankenburg unterm 9. August 1803 (Br. Anz. v. 1803. Nro. 67) eine mit der von dem Polizei-Departement zu Braunschweig unterm 18. Juli 1800 *) erlassenen Verfügung, das Verbot der Hazardspiele betr., gleichlautende Verordnung ergangen.

cf. Gesetz v. 21. Novbr. 1836, das Verbot des sogenannten Drei-, Vier- oder Fünf-Kartenspiels betr.

Glücks- und Hazardspiele in Braunschweig.

Obgleich die Glücks- und Hazardspiele aller Art schon durch wiederholte landesf. Verordnungen verboten sind, so sollen solche doch hin und wieder, besonders in den Messen, gespielt werden, weshalb dieselben in Gemäßheit jener Verordnungen, insbesondere den v. 14. April 1725 und 25. Juni 1762 **) nochmals verboten werden. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 4. August 1784. (Br. Anz. v. 1784. Nro. 62.)

Alle Glücks- und Hazardspiele jeder Art, als Würfeln, Häufchen, Bassette, Pharaon, Vingt et un, Quinze, Lansquenet, Trischafen und alle andere, sie mögen Namen haben, wie sie wollen, ***) auch bereits erdacht sein, oder noch erdacht werden, sind in Bezug auf die landesf. Verordnungen v. 14. April 1725 und 25. Juni 1762 nochmals verboten. Avertisssem. des fürstl. Polizei-Departem. zu Braunschweig v. 15. Mai 1787 und 12. Januar 1791, ****) in welchem (außerdem) den fremden zur Messe kommenden Spielern von Profession außer ernstlicher Bestrafung nach dem Maaße ihres verübten Unrechts die Wegschaffung aus der Stadt gedroht wird. (Br. Anz. v. 1791. Nro. 6.)

Obige Verbote sind auf höchsten Befehl abermals ausdrücklich wiederholt, und ist zugleich öffentlich bekannt gemacht, daß jeder Hauswirth (es sei in öffentlichen, oder in Privat-Häusern), welcher dergleichen Spiele dulde, in eine unabittliche Strafe von Einhundert Ducaten genommen, †) und die Spieler gleichfalls mit eben dieser Summe bestraft, letztere auch noch überdies, Falls sie eine Pharaon-Bank ausgelegt hätten und darüber betroffen würden, dieses zur Bank ausgelegten Geldes verlustig gehen sollten. Uebrigens ist demjenigen, der solcherlei verbotenes Hazardspiel der Gestalt angeben wird, daß die Spieler über der That betroffen werden können, nicht nur eine Prämie von zwanzig Louisd'or, sondern auch die Hälfte der beizutreibenden Strafe und die Hälfte der zu confiscirenden Bank nebst der Verschweigung seines Namens, Falls er diese verlangt, versichert. ††) Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 8. August 1795. †††) (Br. Anz. v. 1795. Nro. 62.)

*) S. Glücks- und Hazardspiele in Braunschweig.

**) S. oben: Glücks- und Hazardspiele.

***) Durch das Avertissement des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 2. Januar 1795 (Br. Anz. v. 1795. Nro. 5.), welches das obige Verbot gegen das Hazardspiel wiederholt in Erinnerung bringt, wird zugleich bemerkt, daß auch das sogenannte Stoßen, als ein bekanntes Hazardspiel, unter dem Verbote mit begriffen sei.

****) Dieses Avertissement ist späterhin zu wiederholten Malen in Erinnerung gebracht.

†) Schon durch die Avertissements des Polizei-Departements v. 26. Juli 1791 (Br. Anz. v. 1791. Nro. 59.) und v. 2. Januar 1795 (Br. Anz. v. 1795. Nro. 2.) wurden die Gast- und Hauswirths gewarnt, bei eigener Verantwortung die Hazardspiele bei edictmäßiger Strafe nicht zu dulden und die in ihren Gasthöfen und Häusern sich einfindenden Spieler der Polizei zur weitem Verfügung anzuzeigen.

††) Das Avertissement des Polizei-Departements v. 29. Januar 1791 (Br. Anz. v. 1791. Nro. 10.) sicherte jedem Denuncianten, welcher einen Contraventionsfall, so daß der Spieler wirklich bestraft werden könne, anzeige, ein Drittel der Strafe zu und durch das Avertissement v. 8. August 1791 (Br. Anz. v. 1791. Nro. 62.) wurde einem solchen Denuncianten, auch auf den Fall, daß er ein Mitspieler sei, eine Belohnung von 50 Thalern versprochen.

†††) Auch dieses Avertissement ist nachher öfters in Erinnerung gebracht.

Die Verbote gegen alle Hazardspiele, sie mögen Namen haben wie sie wollen und mit Würfeln oder Karten gespielt werden, werden nochmals in Erinnerung gebracht, und wie bereits vorhin verordnet worden, daß jeder Hauswirth, es sei in öffentlichen oder Privat-Häusern, welcher dergleichen Spiele duldet, in eine unabwiltliche Strafe von 100 Ducaten genommen und die Spieler gleichfalls mit eben dieser Summe bestraft werden, letztere auch, Falls sie eine Pharaobank ausgelegt hätten, des zur Bank ausgelegten Geldes verlustig sein sollen, so wird auf landesf. Befehl dieses Verbot noch dahin deutlicher bestimmt und erweitert, daß obige für die Spieler (Banquiers) festgesetzte Strafe von 100 Ducaten in jedem Contraventionsfalle, nämlich für jede zum Spiel gehaltene einzelne Sitzung, erlegt werden, jeder Mitspieler oder Pointeur aber außerdem für jeden Contraventionsfall, oder für jedes Mitspielen in einer Sitzung, 10 Ducaten zur Strafe erlegen und, Falls diese Geldstrafe nicht sofort berichtigt werden möchte, eine vier- bis sechswöchige Gefängnißstrafe, deren Vollstreckung sodann durch die öffentlichen Anzeigen bekannt zu machen ist, an selbigem ohne Anstand vollzogen werden soll. Uebrigens wird demjenigen, der solches verbotenes Hazardspiel der Gestalt anzeigen wird, daß die Spieler über der That betroffen werden, nicht nur eine Prämie von 20 Louisd'or, sondern auch die Hälfte der vorgefundenen und confiscirten Bank, nebst der Verschweigung seines Namens, insofern solches irgend thunlich ist, versichert. Jedem Hauswirth und besonders den Gastwirthen ist zur Pflicht gemacht, auf die sich bei ihnen anfindenden Spieler genau zu achten, und deren Ankunft, Aufenthalt und Zugang sogleich dem Polizei-Departement zu melden, widrigen Falls selbige nicht nur besonders bestraft, sondern, wenn nachher bei ihnen Hazardspiel betrieben wird, sie in die Strafe von 100 Ducaten genommen werden sollen. Bekanntmach. des Polizei-Departem. zu Braunschweig v. 18. Juli 1800. *) (Br. Anz. v. 1800. Nro. 59.)

Das Dreikarten oder Tippen ist auf landesf. Befehl bei 20 Thlr. Strafe, welche sowohl der Wirth, welcher dergleichen Spiele duldet, als auch jeder einzelne Mitspieler im Contraventionsfalle zu erlegen oder eine verhältnißmäßige Gefängnißstrafe zu gewärtigen hat, verboten. Bekanntmachung des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 18. Novbr. 1803. (Br. Anz. v. 1803. Nro. 92.)

cf. Bekanntmachung der fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 27. Juli 1814 (Br. Anz. v. 1814. Nro. 59.), welche bis in die neueste Zeit jährlich mehrmals, insbesondere zu den Meßzeiten, in Erinnerung gebracht ist.

Glückstöpfer.

S. Marktschreier, Riemenstecher, Glückstöpfer &c.

Gnaden=Halbejahr der Prediger=Wittwen.

S. Prediger=Wittwen.

Gnaden=Quartal.

S. Sterbe- und Gnaden=Quartal.

Gold, Auf- und Verkauf desselben.

S. Bruch- und anderes Gold, auch Bruch- und Brandsilber.

Gossen in Braunschweig.

S. Straßen in Braunschweig, Beengen derselben.

Gossenbrücken in Braunschweig.

S. Straßenpflaster.

*) Diese Bekanntmachung ist nachher häufig in Erinnerung gebracht.

Gossensteine, offene, in Braunschweig.

S. Straßen in Braunschweig, Beengen derselben.

Gottesdienst.

Wegen des bei Abhaltung des Gottesdienstes zu beobachtenden Rituals enthalten die Kirchen-Ordnungen *) die hauptsächlichsten Vorschriften, indeß sind außerdem auch noch über einzelne Theile desselben besondere landesf. Verordnungen erschienen, als:

Buß-, Bet- und Fasttags-Ordnung v. 13. Febr. 1636.

Landesf. Verordnung, was sämtliche Prediger bei jährlicher Ablesung der Texte vor dem Altare, und in Auslegung derselben in den Wochen-Predigten zu beobachten, d. d. Wolfenbüttel den 28. Novbr. 1647.

Landesf. Verordnung, wie es in den öffentlichen Betstunden im hiesigen Fürstenthume und Landen gehalten werden soll, d. d. Wolfenbüttel den 1. August 1648.

Landesf. Verordn. v. 24. Febr. 1780, den Gottesdienst bei öffentlicher Confirmation der Catechumenen betr.

Die Prediger im ganzen Lande sollen sich nach dem landesf. Regulativ v. 22. Januar 1780, **) wie es nach Einführung des neuen Gesangbuchs in Absicht der Liturgie in dem einen oder andern Stücke zu halten, richten. Consistorial-Ausschr. v. 6. Mai 1780.

S. auch: Gottesfurcht.

Gottesdienst in Braunschweig.

Reglement v. 6. Juni 1725, wie es bei der St. Aegidien-Kirche zwischen den beiden Predigern, wie auch mit dem Gottesdienste und andern Kirchenfachen zu halten.

Verordn. v. 21. Mai 1746, wie künftig der Gottesdienst in der Stadt Braunschweig eingerichtet werden soll. (Br. Anz. v. 1746. Nro. 41.)

Landesfürstl. Regulativ, wie es von Ostern 1780 an nebst der alsdann zu geschehenden Einführung des neuen Gesangbuchs auch in Absicht der Liturgie in dem einen und andern Stücke in der Stadt Braunschweig gehalten werden soll, v. 22. Januar 1780. (Br. Anz. v. 1780. Nro. 24.)

Landesf. Regulativ, wie es von Ostern 1780 an bei der alsdann geschehenden Einführung des neuen Gesangbuchs in Absicht der Liturgie in dem einen und andern Stücke bei der Dom- und Stiftskirche St. Blasii in der Stadt Braunschweig gehalten werden soll, v. 16. März 1780.

Gottesdienst in Wolfenbüttel.

Landesfürstl. Verordnung, wann, wo und von wem die Predigten und andere Verrichtungen auf dem Schlosse und in den Heinrichsstadts-Kirchen an Sonn-, hohen Fest- und andern Apostel- und Wochentagen gehalten werden sollen, v. 4. Mai 1645.

Gottesdienst bei der öffentlichen Confirmation der Catechumenen.

S. Confirmation der Kinder.

Gottesfurcht.

Ein Jeder soll sich eines gottesfürchtigen Lebens befleißigen, ohne erhebliche und wichtige Ursachen an

S. Kirchen-Ordnung.

S. Gottesdienst in Braunschweig.

Fest-, Herrn-, Bet- und Bußtagen den Gottesdienst nicht versäumen, sondern nebst dem öftern Gebrauche des heiligen Abendmahls sich zum Gehör des göttlichen Wortes fleißig einstellen, gleich nach geendigtem Geläute in die Kirche kommen, vor gesprochenem Segen daraus nicht fortgehen, auch Kinder und Gesinde zu einem Gleichmäßigen ernstlich anhalten und denselben in keinerlei Weise Aergerniß geben. Im Falle aber der Eine oder Andere dawider handeln, auch sonst ein üppiges, ruchloses Leben führen würde, der soll in der Gemeinde nicht gelitten und noch dazu, gestalten Sachen nach, von der Obrigkeit mit Leibesstrafe belegt werden. Allgem. Landes-Ordnung Art. 1.

E. auch: Verachtung des göttlichen Wortes und der Sacramente.

Gotteslästerung.

Wer den Namen Gottes lästert, der soll peinlich bestraft werden. Allgem. Land. Ordn. Art. 3.

E. auch: Verachtung des göttlichen Wortes und der Sacramente.

Grabefolge=Brüderschaft in Braunschweig.

Ordnung der Grabefolge=Brüderschaft in Braunschweig v. 12. Januar 1709, (gedruckt 1723 und 1764.)

Erneuerte Todtencassen=Ordnung der Grabefolge=Brüderschaft in Braunschweig, landesfürstlich confirmirt den 20. Juni 1771.

Ordnung der zweiten Grabefolge=Brüderschaft in Braunschweig, landesfürstlich confirmirt den 27. Decbr. 1773.

Erneuerte Ordnung der Grabefolge=Brüderschaft in Braunschweig v. 6. April 1786.

Graben=Ordnung in Braunschweig.

Graben=Ordnung für die Stadt Braunschweig v. 20. Febr. 1759. (Br. Anz. v. 1759. Nro. 28.)

cf. Bekanntmachung der herzogl. Polizei=Direction zu Braunschweig v. 11. Mai 1829. (Br. Anz. v. 1829. Nro. 37.)

Gradus prohibiti.

3. Ehen in verbotenen Gräben.

Gräben an den Feldern, Wiesen und Wegen.

Alle Gräben an den Feldern, Wiesen und Wegen, welche bei der General-Landesvermessung nöthig gefunden und angeordnet werden, sollen alle Mal während der Vermessung gezogen, nicht weniger die Gränz- und Wannensteine binnen der Zeit gesetzt werden. Die der Gestalt gezogenen Gräben und gesetzten Steine sollen von den Gemeinden und resp. Eigenthümern, bei fünf Mariengulden Strafe, im Stande erhalten, und soll zu dem Ende durch Bauernmeister und Geschworene jährlich ein Mal visitirt und sollen die Gräben und etwa weggekommenen Steine wieder hergestellt, auch die Gemeinden, welche das nöthig Befundene nicht sogleich machen, und die Eigenthümer, welche es an ihrer Schuldigkeit hierunter ermangeln lassen, der Obrigkeit zur Bestrafung und Anhaltung zu ihrer Schuldigkeit angezeigt werden. Die Aemter und Gerichte sollen fleißig nachsehen, ob dieser Verordnung genau nachgelebt werde. Landesf. Verordn. v. 19. Januar 1759.

cf. Instruction v. 19. Octbr. 1822, die Regulirung der landesf. Forstgränzen betr. §. 10. (Bege III. p. 111.)

Die Obrigkeiten sollen alle Frühjahre und Herbst die sämmtlichen Gräben durch eine General-Visitation im Beisein der Unterbedienten auch Bauernmeister besichtigen, dabei ein ordentliches Protocoll abfassen.

sen, und darin bemerken, in welchem Zustande die Gräben gefunden, was darin im vorigen halben Jahre gebessert worden, imgleichen wo, von wem, und mit welchen Kosten eine Aufräumung vorzunehmen sei; solches Besichtigungs-Protocoll aber zu demnächst zu erwartender weiterer Verordnung in Bereitschaft halten. Landesf. Ausfchr. v. 13. Juli 1767.

S. auch: Frachtfuhrleute — Seitengräben an den Heerstraßen — Wege, Besserung und Erhaltung derselben.

Gräben und Kanäle.

S. Ockerkanäle u.

Gränz-Pfähle

sollen mit Warnungstafeln für die Bettler versehen werden; s. Bettler.

Gränz-Sachen.

S. Beamte, Justitiarien und Actuarien, Instruction für dieselben, Nro. 14.

Gränz-Verrückung.

S. Abpflügen — Feldwanne.

Gränz- und Wannensteine.

S. Gräben an den Feldern, Wiesen und Wegen.

Grandgruben.

S. Stein-, Sand- und Grandgruben.

Gras auf den Wiesen, Veräußerung desselben.

Da hin und wieder die Landleute das Gras auf den Wiesen ihren Gläubigern anstatt der Zinsen verschreiben, auch solches grün und uneingeerntet verkaufen, dieses aber denselben eben sowohl zum Nachtheile gereicht, als der Verkauf und die Verpfändung des Kornes auf dem Halme, so wird die Verordnung v. 7. Juli 1768 *) auch auf die Verpfändung und den Verkauf des Grases in den Wiesen extendirt. Landesf. Verordn. v. 8. August 1768. (Br. Anz. v. 1768. Nro. 69.)

Gras-Legden.

S. Arthaftes Land.

Gras-Theilung.

Es ist in den hiesigen Landen Gebrauch, daß das Gras, welches auf den Aengern und Wiesen wächst, unter den Interessenten jeglicher Gemeinde vertheilt wird, und daß zu jeglichem Flecke auch ein jeder Bauer zu einem Antheile gehört. Da nun solcher Gestalt zwar die ganze Gemeinde ein gemeinschaftliches, niemand aus derselben aber ein besonderes Eigenthum an den Aengern und Wiesen hat, so werden dieselben auch nach Art der gemeinschaftlichen Sachen gemeinschaftlich veräunnt, und daher geschieht es, daß, was zur Erhaltung derselben nöthig und nützlich wäre, z. E. das Grabenziehen, Einstossen der Maulwurfsaufen, Abharken des Geräusches auf den Wiesen und dergleichen, zu derselben größtem Nachtheile unterlassen wird; folglich werden die Wiesen nach und nach verderbt und wo gutes und gesundes

*) S. Früchte auf dem Halme, Veräußerung derselben.

Futter wachsen könnte, da muß saueres und dem Viehe schädliches Heu und Graummet hervorkommen. Diesem abzuhelpen, wird verordnet, daß bei der vorsehenden Vermessung der Aecker und Wiesen, mit Aufhebung der bisherigen Grastheilung, einem jeglichen Interessenten ein Stück des Acker oder der Wiesen zugemessen, durch Pfähle und Steine abgefordert und ihm zur alleinigen Nutzung, und damit er es so gut als möglich cultiviren möge, eigenthümlich zugeschlagen, und dabei darauf gesehen werden solle, daß die Zutheilung mit möglichster Gleichheit und Billigkeit geschehe, und was dem einen etwa an der Qualität abgeht, in der Quantität ersetzt werde. Wenn einige Gemeinden sich zum Voraus (nämlich vor der Vermessung) theilen wollen, soll ihnen solches gestattet sein. Landesf. Verordn. v. 20. Decbr. 1745.

E. auch: Unbauer, neue — Gemeinde-Aenger, Theilung derselben.

Groß- und Detailhandel in den Braunschweigischen Messen.

E. Messen, Groß- und Detailhandel in denselben.

Gruben, Zinkerei und Schlägerei auf denselben.

E. Bergwerke, Zinkerei und Schlägerei auf denselben.

Grundmauern.

E. Bauen auf dem Lande.

Grundstücke, Acquisition derselben in Braunschweig.

E. Häuser-Ankauf in Braunschweig — Immobilien, Ankauf derselben in Braunschweig — Römisch-Katholische, Acquisition von Grundstücken durch dieselben in Braunschweig — Judenschaft in Braunschweig.

Grundstücke, Annahme derselben.

E. Höfe, Abtretung derselben.

Grundstücke, ob deren Verkauf die Miethe bricht?

Um allen Streitigkeiten über die Frage, ob Kauf Miethe breche? abzuhelpen und hierin ein Gewisses festzusetzen, wird folgendes verordnet: Wenn jemand sein Haus oder andere Grundstücke mieth- oder pachtweise auf gewisse Jahre austhut und einen schriftlichen Contract darüber errichtet hat, so soll dem conductor in sofern ein jus reale dadurch zu Statten kommen, daß er, wenn das Haus oder andere Grundstück während der Zeit verkauft wird, dem Käufer zu weichen nicht schuldig, vielmehr dieser ihm den Contract auszuhalten verpflichtet sein soll; es wäre denn, daß in dem Mieth- oder Pacht-Contracte ein Anderes ausdrücklich festgesetzt wäre. Wenn aber über die Miethe oder Pacht kein schriftlicher Contract errichtet ist, so ist zwar der Käufer befugt, dem conductor während der Mieth- und Pachtzeit die Pacht aufzukündigen; jedoch ist er in solchem Falle schuldig, demselben es ein ganzes Jahr vorher wissen zu lassen, wann er ausziehen oder die Pacht verlassen soll. Landesf. Verordnung v. 25. Decbr. 1760. (Br. Anz. v. 1760. Nro. 89.)

Grundstücke, Veräußerung und Verpfändung derselben

E. Veräußerung und Verpfändung.

Güter.

E. Grundstücke.

Güte=Versuch.

In allen zwischen Parteien vorgefallenen Irrungen soll vor allen Dingen so viel als möglich versucht werden, denselben durch billige, ehrbare und verantwortliche Wege in der Güte abzuheben, bevorab wenn es Sachen von keiner großen Wichtigkeit sind, oder auch solche, die *pias causas*, Wittwen, Waisen, nahe Anverwandte und sonst *miserabiles personas* betreffen. Canzlei-Ordnung Art. 32.

In geringen Sachen soll bei der ersten Communication der Klage an den Verklagten sofort ein Termin zur Güte angesetzt, *) in wichtigen Sachen aber zuvor des Verklagten Gegenbericht eingefordert werden. Ebendas. Art. 33.

In dem zum Güte-Versuche angesetzten Termine sollen die Parteien beiderseits in Person erscheinen und, wofern der Beweis der Sache auf brieflichen Urkunden beruhet, dieselben mit zur Stelle bringen; im Falle es aber auf Zeugenverhör oder Einnehmen des Augenscheins ankommt, alsdann wenige und kurze, bloß auf das *factum* gerichtete Artikel bei der Hand haben, damit sie dieselben auf Erfordern übergeben können und man sich bei Anordnung der Zeugenverhöre oder bei Anstellung der *ocularis inspectio* danach richten kann. Betrifft die streitige Sache Gränzen, Hude, Trift, Weide, Jagd, Fischerei und dergl., so sind beide Parteien verbunden, einen richtigen, deutlichen Abriß des streitigen Orts mit zur Stelle zu bringen, damit man sich in *facto* daraus informiren kann. Ebendas. Art. 34.

Die Procuratoren und Advocaten sollen in dem zum Güte-Versuche angesetzten Termine gefaßt und von dem ganzen *facto* und allen dessen Umständen hinlänglich informirt erscheinen, die Sache zur Information des Richters in der Kürze vortragen, die dazu gehörigen Urkunden bei der Hand haben, und insonderheit, wenn die Sache auf Rechnungen und Gegen-Rechnungen beruhet, mit richtigen Liquidationen und Gegen-Liquidationen parat sein; alles bei willkürlicher Strafe. Ebendas. Art. 35.

Wenn sich die Güte zerschlägt, soll, wenn die Sache zum Bescheide genugsam instruiert ist, sofort mit Publication desselben verfahren, jedoch die Güte vor der Publication erst nochmals versucht werden. Ebendas. Art. 40.

Dieses soll aber nicht anders geschehen, als wenn richtige Briefe und Siegel, *confessiones partium*, oder sonst dergleichen genugsame Urkunden vorhanden, wobei auf die Const. v. 3. Novbr. 1617 **) nochmals verwiesen ist. Ebendas. Art. 41.

In *primo termino*, nachdem eine Sache eingeführt ist, soll die Güte versucht werden. Wird dieselbe nicht erreicht, so soll der Kläger zum gerichtlichen Proceß verwiesen und nachher (obwohl außerdem zwischen streitenden Theilen die Sache in Güte beizulegen niemandem benommen, sondern einem Jeden freigelassen und vergönnt ist) im Geringsten nicht gestattet werden, daß durch gütliche Tractate und Handlungen der gerichtliche Proceß verzögert wird, vielmehr soll demselben und der Justiz der freie Lauf ungehindert bleiben. Sollte sich jedoch in *progressu causae* finden, daß aus der Sache besser durch gütliche Handlung zu gelangen ist, so steht dieselbe dem Richter alle Mal frei. Falls die sonst nöthige und den Parteien dienliche Vergleichung durch vorsätzliche Widrigkeit der Parteien und deren Bedienten mehr, als durch die Schwierigkeit und Wichtigkeit nicht erreicht werden kann, so soll der Richter ermächtigt sein, die nur zu Zank und Streit geneigten Anwälde und Beistände von den Parteien zu separiren und *ex officio* den streitigen Theilen mit Ernst zuzureden, die Umstände und Nothwendigkeit der gütlichen Com-

*) Dies soll auch in allen Ehe- und Verlöbniß-Sachen geschehen. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 7.

**) E. Briefe und Siegel, Klare.

position ihnen vorzuzeigen und sie nach Gelegenheit der Sache ad transigendum zu bedeuten und billigmäßige Verträge deshalb aufzurichten. Vor der Publication des Bescheides sollen die Parteien nochmals vor Gericht geladen und mit Vermeldung, daß allbereits ein Urtheil oder Bescheid, wosern die Güte nicht erreicht würde, abgefaßt sei, die gütliche Einigung nochmals versucht, in omnem eventum aber mit der Publication verfahren werden. Hofger. Ordn. Tit. VI. §. Desgleichen sollen ic.

Wenn sich der zu Anfang der Sache gemachte Güte-Versuch zerschlägt, die Parteien zur gerichtlichen Ausführung verwiesen sind, auch in dem Proceß also bis zu dem einen oder andern Punkte verfahren, ja sogar bis zur Hülfe geschritten ist, so soll dennoch dem einen oder andern Theile erlaubt sein, nochmals um einen gerichtlichen Versuch zur Erreichung der Güte zu bitten. Das Gericht hat alsdann mit Fleiß darauf zu achten, ob durch die gebetene Güte nur Aufschub und Verhinderung gesucht und der Gegentheil dadurch gefährdet wird, auf welchen kundbaren Fall die gütliche Pflege zu Eludirung der Justiz nicht zu gestatten ist. Hofger. Ordn. Tit. LXXIII. §. Wann sich schon ic.

In einem solchen Termine zum Versuche der Güte sollen die Parteien oder deren Bevollmächtigte sich einfinden oder gewärtigen, daß der säumige Theil oder dessen Bevollmächtigter, sofern die Schuld an demselben haftet, in die Expensen condemnirt und mit gütlicher Handlung weiter nicht gehört wird. Ebendas. §. Wenn die ic.

Sollten die gütlichen Mittel, so bei dem ersten Verhöre vorkommen, nicht zureichen und noch einige Hoffnung, daß die Parteien sich weiter besinnen und anders erklären möchten, übrig sein, so soll die Güte nicht sofort aufgehoben, sondern nach Gelegenheit nochmaliger Termin dazu angesetzt werden. Wenn aber bemerkt wird, daß durch die gesuchte gütliche Pflege die gerichtliche Austerlösung zu verhindern und zu hemmen beabsichtigt wird, auch sonst der impetirende Theil sich bei der ersten oder andern Tagfahrt nicht einstellt, oder auf billige Wege sich nicht anfindet und bezeigt, so soll, was Recht sein wird, in der Sache verordnet und gesprochen werden. Wenn auch in puncto executionis die Güte gesucht wird, so soll dieselbe ad illum effectum zugelassen sein, um gütliche Zahlungs-Termine zu vermitteln und wegen der Unkosten und Zinsen billige Moderation zu treffen, sonst aber sollen zur Verhinderung und Sperrung der erkannten Execution keine gütliche Termine gestattet werden. Ebendas. §. Sollten auch ic.

Die fürstl. Beamten, die von Adel, welche Gericht haben, und die Bürgermeister und Räte in den Städten sollen, wenn Klagen an sie gelangen, zuvor die Parteien gegen einander gütlich verhören und allen möglichen Fleiß anwenden, die Parteien zu vergleichen. Hofgerichts-Ordnung Tit. LXXXI. §. Erstlich sollen ic.

Sie sollen sich dabei aller Bescheidenheit befleißigen und den Parteien wider die Billigkeit nichts anmuthen, abdringen oder sie mit harten Worten und Ungeßüm bedrohen, sondern ehrbare, mögliche und billige Mittel und Wege vorschlagen, wie sie es mit gutem Gewissen zu verantworten sich zutrauen, auch sonst in ihrer eigenen Sache also geben und nehmen würden. Ebendas. §. Es sollen auch ic.

Wenn die Sachen vertragen und verglichen worden, so sollen die Parteien unter ihrem Siegel und ihrer Handschrift den Receß, welcher dem Handel und beider Parteien Billigkeit und Abrede gemäß sein soll, aufrichten und soll dieser in ein besonderes Buch eingeschrieben werden. Ebendas. §. Wann nun ic.

Es soll niemand wider Willen zur Güte gedrungen, noch mit List dazu inducirt und gezwungen werden, sondern der Weg Rechtens frei und offen bleiben. Dafern aber der Eine oder der Andere zu keiner Güte sich bequemen wollte, so soll in der Sache, wenn sie keiner fernern Untersuchung bedarf, sofort ein Abschied gegeben werden. Amts-Cammer-Ordnung v. 1. Juli 1688 Art. 3.

Wenn

Wenn ein Termin zur gütlichen Handlung angesetzt wird, soll solcher nicht mehr im versammelten Collegio oder vor dem *actuarius causae*, sondern in Gegenwart eines von dem Collegio zu ernennenden Commissarius, *) welchem ebenfalls, wenn es der Sachen Umstände und Wichtigkeit erfordern, noch ein anderer beizufügen, abgehalten werden, und sollen darin die einheimischen Parteien, wenn sie keine nothbringliche Ursache davon abhält, in Person erscheinen, oder wenigstens ihre Anwälde besonders auf gütliche Handlung mit instruiren, und daß sie solches gethan, in den an jene auszustellenden Vollmachten ausdrücklich specialiter mit erwähnen. Es soll aber eher nicht ein solcher Termin angesetzt werden, es seien denn zuvor, so viel die *causas appellationis* anbelangt, (wenn nicht die Appellation selbst ihrer Unstatthaftigkeit halber oder wegen Unerheblichkeit der *gravamina* sofort nach Verlustration der Acten abzuschlagen ist) *acta primae instantiae* sammt Bericht eingekommen, oder aber, so viel die *causas simplicis querelae* betrifft, von dem beklagten Theile ein hauptsächlichlicher Gegenbericht *sepositis dilatoriis* eingebracht, worin virtualiter et in effectu alle exceptiones sammt und sonderß, so er zu haben vermeint, verhandelt werden, damit der Commissarius, wer Recht oder Unrecht habe, mit ziemlicher Zuverlässigkeit daraus ersehen, und den Parteien, wenn sie vom Vergleiche sich zu weit entfernen wollen, entweder in Gegenwart ihrer Anwälde oder ohne dieselben, aus den *actis* desto deutlichere, ernstlichere, gewissenhaftere und umständlichere Vorstellung thun, besonders aber dem Theile, welcher aus den Acten das Meiste wider sich hat, von weiterer Ausführung abzulassen zureden, und denselben überzeugen könne, wie er zu seinem eigenen Besten wohl thue, wenn er den geschenehen Vorschlägen Gehör gebe und dergleichen selbst ins Mittel bringe. Wenn der Commissarius im Collegio von der vorgewesenen Handlung referirt hat, so bleibt zu dessen gewissenhafter Ermäßigung verstellt, ob der Sachen Umstände nach noch ein neuer Termin zu vorigem Ende, und zwar abermals *coram commissione* oder aber in pleno, zu präfigiren und abzuhalten sei. Der Gesetzgeber hat dabei versprochen, es insonderheit gegen diejenigen Advocaten, welche sich angelegen sein lassen, die Güte möglichst zu befördern und ihrer Partei dazu beiräthig sind, mit Gnaden zu erkennen, dahingegen aber diejenigen, die solches nicht thun, oder wohl gar die Vergleiche zu hindern suchen, gewärtigen sollen, daß solches gewissenlose Bezeigen nicht allein mit Geldstrafe, sondern auch mit Remotion, Legung der Praxis, und sonst dem Befinden nach noch härter geahndet werde. Landesfürstl. Verordn. v. 15. April 1747. (Br. Anz. v. 1747. Nro. 58.)

S. auch: Beamte, Justitiarien und Actuaren, Instruction für dieselben, Nro. 7 — Justiz — Dienstbeschwerden, Nro. 3 — Gemeinde-Processe — Armen-Recht — Untergericht zu Braunschweig, Verfahren bei demselben — Legitimation ad acta bei dem Untergerichte zu Braunschweig — Polizeisachen in Braunschweig, Nro. 8 — Kaufgericht zu Braunschweig, Verfahren bei demselben.

cf. Verordnung v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §§. 2. 3. 6. 7. 8. — Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 4. Nro. 1. — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der vorstehenden Verordn. v. 26. März 1823 betr., §. 3. Nro. 3. — Oberappellations-Gerichts-Ordnung v. 16. Septbr. 1835. §. 141.

Gutsherr.

S. Meier — Meierzins — Ghestiftungen.

Häuser-Verkauf in Braunschweig.

Da sowohl wegen der Sicherheit als Aufnahme der Stadt Braunschweig gar sehr daran gelegen ist, daß die Branntweinbrenner, Destillirer, Irdenzeug-Brenner, Seifensieder, Schmiede, Bäcker, Rademacher, Böttcher und Knochenhauer in dem Ankaufe der Häuser eine gewisse Ordnung halten und dadurch

*) Durch das landesf. Refcr. v. 17. Juni 1747 wurde bestimmt, daß beim fürstl. Hofgerichte die zur gütlichen Handlung angesetzten Termine alle Mal vor einem, oder nach Befinden vor zwei Commissarien abgehalten werden sollten.

den Beschwerden vorbeugen, welche verschiedentlich dann erst vorgebracht sind, wenn derjenige, gegen den Klage erhoben worden, das Haus schon erkauft hat, so wird verordnet, daß obbenannte Personen, wenn sie zum wirklichen Betriebe ihrer Profession und ihres Verkehrs ein Haus kaufen wollen, solches zuvor dem dasigen Stadt-Magistrate anzeigen und den Verkauf nicht ohne vorläufige Untersuchung und obrigkeitliche Genehmigung schließen sollen, widrigen Falls der Kauf für null und nichtig geachtet und dem Contravenienten so wenig das Haus gerichtlich verlassen, als der Nahrungsbetrieb darin gestattet werden soll. Landesf. Verordn. v. 8. Octbr. 1762. *) (Br. Anz. v. 1762. Nro. 86.)

E. auch: Immobilien, Ankauf derselben in Braunschweig.

Häuser, eigene, der Juden in Braunschweig.

E. Judenthüm in Braunschweig, Nro. 12.

Häuser in Wolfenbüttel, Zusammenziehen derselben und Bebauen der Hausstellen.

Diejenigen, welche früher solche Häuser und Hausstellen, darin oder darauf hinvor Leute gewohnt, zusammen gezogen haben, sollen nach Anzahl derselben proportionabiller die onera, sowohl personalia als realia, davon gleich andern Bürgern abtragen, worunter jedoch demjenigen, welches in recognitionem dominii an Pfahl- oder Grund- und Bodenzins gegeben wird, nichts abgehen, sondern wie vor also auch ferner völlig gegeben werden soll.

Und da gleich ratione officii aut personae der Eine oder Andere einige Freiheit hätte, soll jedoch derselbe weiter nicht, als auf ein Haus, so er bewohnt, wie solches von Alters und Anfang gewesen, derselben zu genießen haben, von den übrigen aber dazu gezogenen, oder sonst habenden und gebrauchenden Hausstellen, nicht weniger als die vorigen Einwohner thun sollen und müssen, pro rata zu steuern haben. Weil auch durch die also angelegten Gärten dem Publico nicht weniger Nachtheil zugezogen wird, und diese überdem eine unleidtsame Deformität öfters verursachen, so soll insonderheit keinesweges gestattet noch geduldet werden, daß ferner einige Hausstellen zu Gärten gemacht werden, sondern es sollen alle und jede obgedachte Unterthanen, Einwohner, Diener und Bürger vom Höchsten bis zum Niedrigsten, keinen ausgeschlossen, sammt und sonders, sich dessen ferner enthalten, auch diejenigen, welche sich früher dergleichen angemacht, sich äußerst und mit allem Fleiße dahin bemühen und sehen, daß aufs Förderlichste die wüsten Stellen und Gärten wieder bewohnt und also in den vorigen Stand gesetzt werden; dafern der Eine oder Andere Bedenken dabei hätte, auch etwa nicht zu dem Mittel gelangen könnte, soll derselbe anderen gegen einen billigen Preis solche wüste Plätze, gemachte Gärten und eingezogene Häuser, ohne sonderbaren Respect der etwa ad voluptatem et luxum angewandten Kosten, zum Bebauen und Bewohnen abzutreten und zu überlassen schuldig sein. Inmaßen das am 10. April 1657 des Falls erlassene Landesf. Edict hiermit wiederholt und auf diejenigen, welche solche Gärten haben, in allen Punkten und Clauseln extendirt sein soll; immittelst aber bis dahin solche Bebauung geschehen könne, sollen diejenigen, welche solche Gärten und wüste Stellen haben ohne Unterschied der Personen, gleichmaßen wie diejenigen, welche zwei oder mehr Häuser oder Hausstellen in Eins gezogen haben, davon, wie obgedacht, nach Anzahl und Proportion derselben, dafern solches annoch in keine Consideration gekommen, und bisher nicht geschehen, die bürgerlichen onera abtragen, und also der Bürgerschaft die Last erleichtern und übertragen helfen. Bei Eintheilung der onerum soll sich der Magistrat der Heinstadt und der Oberamtmann

*) Durch ein besonderes Conclusum des Magistrats an das Untergericht v. 8. August 1766 sind die Straßen und Plätze bestimmt, wo sich zu besetzen dergleichen Professionisten abgehalten werden sollen. Das Untergericht soll sich dies bei den Substationen zum Augenmerk mit dienen lassen, und dergleichen Professionisten, welche sich dazu anfinden, nach dem Inhalte der Landesf. Verordnung bedenten.

nach dieser Verordnung richten, dabei aber eine billigmäßige Gleichheit halten. Landesf. Verordn. v. 10. Febr. 1659.

Häuslinge, Aufnahme derselben.

Ein Jeder soll bei Aufnahme der Häuslinge Discretion und Behutsamkeit gebrauchen, und vorher des Vermögens halber sich erkundigen, widrigen Falls derjenige, welcher einen solchen gar verarmten Hausgenossen einnähme, für die Abführung der praestandorum stehen soll, und solche Unpflichten nicht von dem Häuslinge, sondern dessen Hauswirth, dem seine unbedachtsame Aufnahme darunter zu Schaden kommen wird, beigetrieben werden sollen. Fürstl. Regierung zu Blankenburg nomine Serenissimi erlassene Verordn. d. d. den 28. Octbr. 1722.

S. auch: Beamte — Fremde, in hiesigen Landen sich niederlassende — Sitten auf eigene Hand.

L. Verordn. v. 4. Mai 1830, das Wohnortsrecht betr., §. 21.

Häuslinge, in dienstfreien Höfen oder Freihäusern wohnende.

S. Dienstfreiheit.

Häuslinge in Helmstädt.

Wegen der von andern Orten sowohl in der Stadt Helmstädt, als deren Vorstädten sich miethweise niederlassenden Leuten, männlichen oder weiblichen Geschlechts, ist auf vorgängige Genehmigung der fürstliche Geh. Rathskube die Verordn. v. 20. Mai 1716 erneuert und dahin erweitert worden, daß ein jeder Bürger und Einwohner daselbst und in den Vorstädten niemanden zur Miethe aufnehmen solle, er habe denn solches wenigstens binnen den ersten drei Tagen, da jener sich bei ihm angefunken, dem Magistrate angezeigt, bei Strafe eines Mß., wenn er solches unterläßt, worauf denn sothaner Miethsmann zu Abstattung der Bürgerpflicht und deshalb praestanda zu prästiren, oder Falls es Weibskleute sind, zu gehöriger Anweisung ihrer Schuldigkeit vorgeladen werden sollen. Ferner soll ein jeder vorgedachter Bürger und Einwohner seine Miethskleute von Vierteljahr zu Vierteljahr bei dem jedesmaligen Rathskammerer und Contributions-Einnehmer richtig angeben, auch, wenn selbige etwa abziehen wollen, solches gleichfalls denselben sofort vor ihrer Abreise anzeigen. Und wie übrigens auf Verordnung fürstl. Geh. Rathskube der Contributions-Einnehmer bei Abnahme seiner Rechnungen die Namen der in der Rolle etwa ausgegangenen Häuslinge mit einem von den dasigen Bürger-Hauptleuten darüber auszustellenden Scheine zu belegen hat, also ist ein jeder Inquilin, wenn er aus dieser Stadt wegzuziehen gewillet, zwei Scheine, als einen für den Rathskammerer, den andern für den Contributions-Einnehmer von einem der Bürger-Hauptleute, dem das Viertel, worin er, der wegzuziehenden gewillte Häusling, wohnt, zugetheilt ist, zu fordern, der Bürger und Eigenthümer des Hauses auch zu seiner eigenen Sicherheit, daß solches geschehe, und gemeldeter Schein dem Rathskammerer und Contributions-Einnehmer eingeliefert werde, zu besorgen schuldig, und ehe der Inquilin einen von diesen beiden unterschriebenen Abzugs- und Passir-Zettel ihm nicht vorzeigt, soll er dessen Sachen aus dem Hause fahren zu lassen nicht gehalten sein. Dafern nun jemand von der Bürgerschaft gegenwärtiger Verordnung zuwider einen Häusling, ohne ihn vorgeschriebenermaßen anzugeben, aufnehmen und hausen würde, weshalb denn jeder Bürger-Hauptmann in dem ihm zugetheilten Viertel quartaliter zu visitiren hat, so soll derselbe für jeden Häusling sofort zwei Thaler Strafe zu erlegen, auch, Falls der Inquilin, ohne besagte Scheine vorzuzeigen, fortzöge, die von selbigem zu entrichtenden onera publica bis zur Revision des catastri contributionis und der Schoßrolle abzuführen ohne einiges Nachsehen angehalten werden, gestalt den Thorwirthen bei Verlust ihrer Bedienungen gleichfalls hiermit anbefohlen ist, keinen Begzie-

henden mit seinen Sachen ohne Vorweisung eines solchen Passir = Zettels aus dem Stadt = Thore zu lassen. Verordn. des Magistrats zu Helmstädt v. 15. Decbr. 1746.

cf. Gesetz v. 4. Mai 1830, das Wohnortsrecht betr., §. 21.

Häuslinge in Wolfenbüttel.

Alle und jegliche, welche eigene Häuser in Wolfenbüttel haben, sollen, so oft sie dieselben ganz oder zum Theil an Andere vermietthen, die neuen Miethsleute 8 Tage nach ihrem Einzuge dem fürstl. Polizei = Amte daselbst unfehlbar und bei Vermeidung unnachbleiblicher namhafter Strafe anzeigen. Landesfürstl. Verordn. v. 21. Decbr. 1748, wovon jedem Hauswirth ein Exemplar zuzustellen befohlen ist.

In Gemäßheit der unterm 21. Decbr. 1748 bekannt gemachten höchsten Verordnung ist aufs Neue in Erinnerung gebracht, daß alle und jede, welche eigene Häuser in Wolfenbüttel haben, so oft sie dieselben ganz oder zum Theil an andere vermietthen, die neuankommenden Inquilinen acht Tage nach ihrem Einzuge dem fürstl. Polizei = Departement daselbst bei Vermeidung unausbleiblicher namhafter Strafe anzeigen sollen, welches besonders in Rücksicht Fremder und Emigrirter dahin ausgedehnt ist, daß jeder, ehe er sich mit denselben in einen Mieth = Contract einläßt, zuvor dem fürstl. Polizei = Departement davon Anzeige thun solle. Avertissement des fürstl. Polizei = Departements zu Wolfenbüttel v. 17. Novbr. 1794 und 27. Novbr. 1795. (Br. Anz. v. 1794. Nro. 92 und v. 1795. Nro. 94.)

cf. Bekanntmachung des fürstl. Stadtgerichts zu Wolfenbüttel v. 31. Mai 1823. (Br. Anz. v. 1823. Nro. 44.)

Häuslings = Dienste.

S. Dienste.

cf. Ablösungs = Ordn. v. 20. Decbr. 1834. §. 85. — Verordn. v. 28. Januar 1835, die Ausführung der §§. 85—87 der Ablösungs = Ordn. betr.

Häute, Auf = und Vorkauf derselben.

S. Felle, rohe, Auf = und Vorkauf derselben.

Hagelschlag.

S. Meierzins, Remission an demselben wegen Mißwachses, Hagelschlags und sonstiger Unglücksfälle. — Feldbesichtigung.

Hagestolzen = Recht.

Obwohl die Verordn. v. 17. April 1727, *) wie es mit der Hagestolzen Verlassenschaften zu halten, mit möglichster Moderation zur Execution gebracht ist, so sollen dadurch dennoch einige Unterthanen in nicht geringe Apprehension gesetzt, ja wohl gar Auswärtige dadurch abgehalten sein, sich in den hiesigen Landen niederzulassen. Es wird deshalb verordnet, daß das Hagestolzen = Recht in Ansehung aller und jeder unverheiratheten Mannspersonen, von was Alter, Stand und Würde sie seien, in Städten, Aemtern

*) Diese Verordn. war ergangen, um die bei dem von uralten Zeiten hergebrachten Hagestolzen = Rechte eingerissenen Irrungen zu beseitigen, und bestimmte, daß, wenn jemand nach zurückgelegtem fünfzigsten Jahre unverheirathet mit Tode abginge, alles, was derselbe außer abstammlicher Erbschaft (von seinen Eltern und Vorfahren ererbten so wie Lehn = Gütern) an eigenem Vermögen oder in seinem Stande, Gewerbe u. erworben habe oder was ihm sonst durch besondere Glücksfälle zugeflossen sei, dem Fiscus anheim fallen und dem Hagestolzen weiter nicht gestattet sein solle, über sein Vermögen zum Nachtheile des Fiscus leichtwillig zu disponiren. Es waren hiervon nur die von der Ritterschaft, die Geistlichen und Militair = Bedienten ausgenommen.

oder Dörfern des hiesigen Landes, nichts davon ausbeshieden, gänzlich aufgehoben sein und dem Fiscus, oder wer sich dazu legitimiren möchte, kein fernerer Anspruch an ihren völligen Nachlaß, wenn er auch gleich in lauter acquisitis, oder sonst durch Glücksfälle erworbenen Gütern bestehen sollte, verflattet, noch er in den judiciis damit gehört, sondern sogleich damit abgewiesen werden soll. Es bleibt auch obangezogenen unverheiratheten Mannspersonen zu jeder Zeit, und welches Alter sie auch erlangen möchten, frei, auch von ihren acquisitis, oder sonst durch besondere Glücksfälle erworbenen Gütern ohne Unterschied durch ein Testament oder andern letzten Willen, auch per pacta inter vivos zu disponiren. Landesf. Verordn. v. 18. Novbr. 1730. *)

Da das Hagestolzen-Recht in hiesigen Landen aufgehoben ist, und dieserhalb königl. Preussischer Seits die wegen des Hagestolzen-Rechts jure retorsionis eingeführte Verordnung, daß nämlich nach dem zwischen den königl. Preussischen und hiesigen Landen gemachten Vergleiche von den in beiderseitigen Landen vorfallenden Hagestolzen-Erbchaften der zehnte Theil dem Fiscus verbleiben solle, wiederum aufgehoben worden, so ist die gedachte Convention wegen des Abzugs des zehnten Theils in den Braunschweigischen Landen gleichfalls wiederum aufgehoben, und sollen, wenn etwa einige Hagestolzen versterben sollten, deren Verlassenschaften den königl. Preussischen Unterthanen ohne den geringsten Abzug verabfolgt werden. Landesf. Außschr. v. 18. Septbr. 1731.

Halbgeschwister, Erbrecht derselben.

§. Erbfolge der Ehegatten nach den Heinrichstädtischen Statuten; Declarat. v. 15. August 1776

Halbspänner, Proceffe derselben.

§. Gemeinde-Proceffe; Verordn. v. 22. Juni 1792. §. 21.

Halbspännerhof.

§. Art. 29 der allg. Land. Ordn. unter: Pertinenzien der Bauergüter.

Halseisen.

§. Straßpfaß.

Halßgerichts-Ordnung.

§. Criminal-Sachen.

Hammellaufen.

§. Wettrennen.

Handdienste.

§. Dienste.

Handel auf dem Lande.

Niemandem **) soll der Handel auf dem Lande ohne Concession, deren Inhalt genau befolgt werden

*) Durch die landesf. Verordn. v. 21. Juni 1730 ist in dem Fürstenthume Blankenburg verordnet, daß der Landesfürst sich zwar des Hagestolzen-Rechts nicht begeben, aber auch sich dessen weder gegen Einheimische noch Auswärtige bedienen, sondern vielmehr der fürstl. Cammer den daher erwachsenden Zufluß hauptsächlich zu dem Ende gern entziehen wolle, damit hiesige Unterthanen, wenn ihnen in andern Ländern die Güter eines Hagestolzen ansterben sollten, bei deren Erlangung eine gleichmäßige Willfährigkeit genießen möchten, wie sie in solchen Fällen Auswärtigen nicht weniger wie Einheimischen in diesem Fürstenthume durchgehends zu Eratten kommen solle.

**) Es wurden hiervon nur die Leinewerker und Delschläger ausgenommen.

414 Handel für einen durchgängig gleichen Preis — Handlungen, gerichtliche.

den muß und nicht überschritten werden darf, gestattet sein. Landesfürstl. Ausschreiben vom 17. Novbr. 1777.

E. auch: Handels-Concessionisten auf dem Lande — Puscherei und unerlaubter Handel auf dem Lande.

cf. Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837.

Handel für einen durchgängig gleichen Preis.

E. Kurze Waaren.

Handel nach Proben und Mustern in den Messen.

E. Meßwaaren, Handel mit denselben nach Proben und Mustern.

Handels-Betrug.

E. Betrug im Handel und Wandel.

Handels-Bücher der Gerichte.

E. Handlungen, gerichtliche.

Handels-Bücher der Kaufleute.

Der Eid, vermittelt dessen dieselben beschworen werden, ist in der Canzlei-Ordnung Nro. XXII und in der Hofgerichts-Ordn. Tit. XLV gleichlautend folgendermaßen vorgeschrieben: Ihr sollt geloben und schwören einen Eid zu Gott und auf sein heiliges Evangelium, daß dasjenige, so in euern jetzt producirten Handels-Büchern verzeichnet, auch mit den bei den Acten befindlichen Rechnungen collationirt und die wider N. N. daraus bisher angestellte und gerichtlich geklagte Schuldforderung betrifft, sich in Wahrheit also verhalte und richtig eingeschrieben, auch darin einige Arglist oder Gefährde nicht begangen sei, so wahr euch Gott helfe und sein heiliges Wort.

Die Erben der Kaufleute sollen die von diesen geführten Handelsbücher nur juramento credulitatis bestärken; s. Eid vor dem Untergerichte zu Braunschweig §. 5.

Handels-Concessionisten auf dem Lande.

Da bei Ansetzung der Handels-Concessionisten auf dem Lande zu einer besondern Bedingung gemacht worden, daß selbige ihre sämtlichen Waaren lediglich von inländischen Kaufleuten und Grossisten nehmen sollen, verschiedene Vorfälle aber erwiesen haben, daß diesem nicht allerdings nachgekommen, sondern der Einkauf zum Theil außerhalb Landes, zum Theil aber auf den Braunschweigischen Messen von fremden Kaufleuten zum größten Nachtheile der inländischen Handlungen geschehen ist, solches aber vermieden sein würde, wenn von den Obrigkeiten auf die verordnete jährliche Vorlegung der Handels-Bücher ordnungsmäßig gedrungen wäre, so soll künftig streng hierauf gehalten werden. Landesf. Ausschr. v. 20. Januar 1783.

E. auch: Concessionisten — Handel auf dem Lande.

cf. Rescr. herzogl. Cammer-Collegii v. 30. Septbr. 1826. (Bege I. p. 381.)

Handels-Juden.

E. Juden, welche auf die Braunschweigischen Messen kommen.

Handlungen, gerichtliche.

Demnach oftmals unter den Privaten viele Irrungen daher entstanden, daß von den vor Gericht

vorgetragenen Käufen, Recessen u. und andern dergleichen gerichtlichen Handlungen keine beglaubte Abschriften beibehalten worden, und dem allen, wodurch die Unterthanen in Weiterungen oder verdrüssliche und kostspielige Proceße gerathen könnten, gesteuert werden soll, so wird allen Gerichts-Ordnungen in den Städten und auf dem Lande befohlen, daß bei jeder Raths-, Amts- oder Gerichtsstube, wo dergleichen noch nicht vorhanden, ein in folio gebundenes Buch angeschafft und alle vorgetragenen Käufe, Receß, Vergleiche, Testamente, Tausche, Geburtsbriefe, Quittungen, Obligationen, Pfandverschreibungen, Ehestiftungen, Tutoria, Curatoria, Erbtheilungen, Pacht- und Mieth-Contracte, Cautions-Scheine und Verschreibungen, auch andere dergleichen gerichtliche Handlungen, sie haben Namen, wie sie wollen, zur künftigen authentischen Nachricht, wenn die Originalien etwa abhanden kommen, darin deutlich eingetragen, ein Repertorium nach Ordnung des Alphabets und der Zunamen der Contrahenten annectirt, und wenn solches vollgeschrieben worden, es verwahrlich in die Registratur beigelegt, und ein neues angefangen werden soll. Für die ordentliche Eintragung vorbenannter gerichtlicher Handlungen in ermeldetes Hypotheken- oder Handelsbuch soll den Beamten, Gerichts-Schultheißen, Stadtschreibern, Actuaren und Gerichtshaltern nachgelassen sein, die Copial-Gebühren, der Tax-Ordnung gemäß, von den Contrahenten oder Interessenten pro rata zu nehmen; dagegen auf den Contraventionsfall dieselben mit willkürlicher Geldstrafe angesehen werden sollen. Damit auch über diese Ordnung stricte gehalten werden möge, so sind die Land-Gerichts- und Land-Commissarien *vi specialis commissionis* befehligt, bei den abzuhaltenden Land-Gerichten, und wenn die Land-Commissarien ihre Bereisungen anstellen oder sonst Commissionen erhalten, in Städten, Amts-, Kloster- und ablichen Gerichts-Stuben jederzeit solche Gerichts-Handelsbücher zu reviviren, und ob alles richtig darin eingetragen werde, zu recognosciren. Auch sollen, wie ohnehin bereits in den Landes-Gesetzen verordnet, alle und jede Contracte, welche über Immobilien geschlossen, von den Contrahenten binnen sechs Monaten nach dem Schlusse des negotii der Drigkeit zur Eintragung in diese Gerichts-Handelsbücher übergeben werden, widrigen Falls jeder Theil von jeglichem Hundert, so in dem Contracte begriffen, 1 Thlr. Strafe erlegen soll, worauf und auf Weitreibung solcher Strafe die Drigkeiten alles Ernstes achten sollen. Landesf. Verordn. v. 2. Decbr. 1744.

Die Gerichts-Verpfändungs- und Handelsbücher soll der Secretair des Untergerichts zu Braunschweig richtig und sauber halten, alle Handlungen, *) welche vor dem Untergerichte, nach Vorschrift der Untergerichts-Ordnung tractirt werden, sobald sie zu ihrer Vollkommenheit gelangt, in besondere dazu verfertigte Bücher mit einer leserlichen Hand einschreiben lassen, auch die Kauf- und Verpfändungs-Scheine denjenigen, so dieselben haben müssen, binnen drei Tagen ausfertigen, und nicht warten, bis die Parteien die Kosten erlegt haben. §. 2. Cap. 4 der verbesserten Untergerichts-Ordnung für die Stadt Braunschweig v. 2. Febr. 1764.

S. auch: Auflassung unbeweglicher Güter u. — Contracte und Verträge der Bauersleute — Contracte über Immobilien in den Städten — Testamente, Ehestiftungen u. — Beamte, Justitiarien und Actuaren, Instruction für dieselben Nro. 3. — Amts-Registratur.

cf. Landesf. Circular-Rescr. v. 7. August 1834, Bestimmungen über die Erhebung der Schreib-, Fidemations- und Siegel-Gebühren enthaltend, Nro. 5.

Handlungs-Bücher.

S. Handels-Bücher.

Handlungs-Obligationen.

S. Obligationen unter Kaufleuten.

*) Unterm 28. Novbr. 1607 verordnete der Magistrat zu Braunschweig, daß die Ehestiftungen nicht gültig sein sollten, wenn sie nicht in das Raths-Handelsbuch eingetragen wären.

Handpfänder.

S. Unterpfänder.

Handwerker, Geräusch machende.

Weil bereits 1565 allhier beschloffen worden, daß an den Orten, wo vor Alters keine Schmiede oder Bötticher gewohnt, denselben, wenn es von den Nachbarn angefochten würde, zu wohnen nicht solle verstattet sein, solches statutum aber in viridi observantia geblieben und danach nicht allein von fürstl. Commission 1688 decretirt, sondern auch in dieser Sache schon ein dem vorgesetzten conformes Urtheil von auswärtigen Rechtsgelehrten eingeholt worden, so hat der Magistrat solche Sentenz lediglich zu erequiren und den Bötticher Dehlmann dahin anzuhalten, daß er ohne fernere Einrede in einer kurzen Frist das Haus verlasse. Decretum der fürstl. Commission zu Braunschweig v. 1. April 1710 in Sachen der Nachbarn auf der neuen Straße wider den Bötticher Dehlmann zu Braunschweig.

Auf einen von dem fürstl. Polizei-Departement zu Wolfenbüttel erstatteten Bericht wegen eines Gesuchs der dasigen Hofrätthe v. L. und R. und des Consistorial-Assessors H., daß dem Bötticher L. die Betreibung seiner Profession in dem, in ihrer Nachbarschaft belegenen Hause nicht gestattet werden möge, ist resolvirt worden: daß das gelehrten Bedienten zu Statten kommende Privilegium außer Zweifel sei und der Consistorial-Assessor H. (der Eigenthümer des von ihm bewohnten Hauses) sich mit Zug darauf berufen könne. Gleichwie aber den Inquilinen (welches die beiden übrigen in dem H. schen Hause wohnenden Imploranten waren) eine solche Befugniß nicht zusieht, wofern nicht eine langjährige Miethe oder andere besondere Umstände denselben zu Statten kommen, so soll nach untersuchter Sache in dergleichen Fällen höchsten Orts angefragt werden. Landesf. Rescr. an das fürstl. Polizei-Departement zu Wolfenbüttel v. 29. August 1768. cf. L. unic. C. de stud. lib.

Handwerker.

Die böse Gewohnheit, daß derjenige, der zuvor bei einem Meister arbeiten lassen, einen andern in Arbeit zu nehmen nicht berechtigt sein soll, ist ganz abgeschafft, und sollen die Handwerksleute bei unnachlässiger Strafe schuldig sein, jedermanniglich um die Bezahlung, dieses Einwendens ungeachtet, die begehrte Arbeit zu verfertigen. Lar.-Ordnung v. 29. Novbr. 1645 Tit. 31. §. 8.

Wenn auch einer eine Arbeit angefangen hätte, und dieselbe entweder aus gewissen Ursachen nicht vollenden könnte, oder aus Faulheit, Vorsatz, oder um die Leute mit der Arbeit aufzuhalten, nicht vollenden wollte, soll der andere, von dem es begehrt wird, solche Arbeit um die Gebühr vollends zu verfertigen schuldig sein, bei Strafe von 5 Fl. für jedesmalige Verweigerung. Ebendaf. §. 9.

cf. Gewerbe- und Gilde-Ordnung v. 29. Octbr. 1821. §. 132.

Wenn Professionisten in das Werkhaus gesetzt werden, sollen sie demohnerachtet nachher zu den Gilde abmittirt werden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 12. Novbr. 1754.

cf. Gewerbe- und Gilde-Ordn. v. 29. Octbr. 1821. §. 128. — Gesetz v. 4. April 1837,

die Gewerbesteuer betr., §. 32.

S. auch: Landmeister.

Handwerker, Arbeiten derselben für öffentliche Anstalten und Gemeinden.

S. Arbeiten für öffentliche Anstalten und Gemeinden.

Handwerksgeräth, Abpfändung desselben.

S. Execution.

Handwerksgesellen.

Die Mißbräuche der Handwerksgesellen, daß sie nämlich den Magistraten in den Städten, wenn sie in Handwerksfachen eine Untersuchung anstellen, die vorgegangenen Excesse bestrafen, oder sonst deshalb das Nöthige verfügen wollen, sich muthwillig widersetzen, durch ihre Altgesellen, Schächter, Schenken und wie sie sonst genannt zu werden pflegen, unzulässige Complotte machen, den Meistern aus der Arbeit gehen und dadurch verursachen, daß von selbigen die übernommene Arbeit nicht gehörig gefertigt werden kann, in großer Anzahl aufrührerischer Weise sich zusammenrottiren, Verbündnisse mit einander aufrichten, und wohl gar durch Umherschickung gewisser Zettel denjenigen, so von der Werkstatt nicht aufsteht, und sich bei ihnen einfindet, für unehrlich erklären und nicht eher wieder in Arbeit gehen wollen, als bis die Obrigkeit sich nach ihrem Willen accommodirt, sind auf das Nachdrücklichste verboten. Den Altgesellen, Schächtern, Schenken, und wie sie Namen haben mögen, ist bei harter Leibes- und nach Befinden Lebensstrafe untersagt, ihre Mitgesellen wider die obrigkeitlichen Verordnungen aufzuwiegeln, oder von denselben etwas, so den Landes-Ordnungen, auch den approbirten Handwerksgewohnheiten und Gildbeartikeln nicht gemäß, zu verlangen, den Handwerksgesellen insgesammt aber ist gleichfalls bei empfindlicher Leibesstrafe und nach Befinden bei Vermeidung des Karrenziehens befohlen, so wenig für sich selbst, oder auf Veranlassen der Altgesellen einen Aufstand zu erregen, als auch aus ihrer Werkstatt aufzustehen und den Meistern aus der Arbeit zu gehen, in streitigen Polizei- und Justizsachen sich allein nach ihrer vorgelegten Obrigkeit Gebot und Verbot zu richten und bei obbemeldeter Strafe allen Aufstrebens und Scheltens, sowohl unter sich selbst als auch gegen abwesende Gesellen, sich gänzlich zu enthalten. Es soll auch diese Verordnung in den Gildeladen aufbewahrt und bei den Gilderversammlungen der Meister und Gesellen vor offener Lade alljährlich verlesen werden. Landesf. Verordn. v. 5. August 1723.

Die bei einigen Gilden gewesene Gewohnheit, keine beweihte Gesellen anzunehmen, ist abgeschafft, vielmehr einem jeden Meister, er sei von welcher Gilde er wolle, erlaubt, Gesellen, insonderheit diejenigen, welche in hiesigen Kriegsdiensten gestanden oder noch stehen, anzunehmen, wenn selbige auch gleich beweiht sein sollten. *) Landesf. Verordn. v. 5. Januar 1763. **) (Br. Ang. v. 1763. Nro. 7.)

Die Handwerksgesellen, sowohl in- als ausländische, sind auf die unterm 5. August 1723 wegen des bei Karren-, Leibes- und dem Befinden nach Lebensstrafe verbotenen Aufstehens der Handwerksgesellen von der Arbeit, deren Zusammenrottirens, eigenmächtigen Versammelns auf der Herberge und Tumultuirens erlassene landesf. Verordnung, womit das nachherige Reichsgesetz v. 16. August 1731 in Betreff des Aufstandes und Aufstrebens der Handwerker***) conform, und welche auf ausdrücklichen höchsten Befehl auf den Herbergen von Neuem angeschlagen worden ist, nicht nur verwiesen, sondern es ist ihnen auch allen Ernstes geboten, sich nicht truppweise, weder am Tage noch in der Nacht, auf den Straßen sehen zu lassen, sich bei ihrer Arbeit ruhig zu halten, und alsdann, wenn sie an erlaubten Tagen auf den Herbergen sind, sich der schon gemachten Verordnung gemäß um 10 Uhr Abends aufs Späteste nach Hause zu begeben, widrigen Falls diejenigen, welche nach solcher Zeit auf der Gasse oder der Herberge sich finden lassen, von den Patrouillen als Uebertreter der Ordnung aufgegriffen, an die

*) In Ansehung der Stadt Braunschweig wurde auf landesf. Befehl v. 3. Mai 1773 verordnet, daß, wenn unbeweihte Gesellen einwanderten, denselben die Arbeit bei den Meistern vor den beweihten Gesellen hergebrachtermaßen überlassen werden solle.

**) Diese Verordnung, welche ihre Veranlassung in dem durch die lange Kriegsführung veranlaßten Mangel an Handwerksgesellen gefunden hat, bestimmt außerdem noch, daß, wenn Handwerksgesellen sich in den hiesigen Landen besetzen wollten, um nützliche Gewerbe zu betreiben, ihnen in den Städten das freie Bürgerrecht und eine dreijährige Abgaben-Freiheit angedeihen solle.

***) S. Handwerks-Mißbräuche.

Wachen gebracht, und sodann mit Gefängniß, dem Befinden nach auch noch härter bestraft werden sollen. Nicht minder ist auf ausdrücklichen landesf. Befehl bekannt gemacht, daß alle diejenigen Handwerksgesellen, welche an Unruhen, obgleich selbigen solche Ziel und Maaße gesetzt werden soll, daß dergleichen so leicht nicht vorfallen können, den mindesten Theil nehmen, oder wohl gar höchst strafbarer Weise sich zu andern Gilden zu schlagen oder selbiger sich anzunehmen sich begeben lassen, sie mögen In- oder Ausländer sein, außer der verwirkten an ihnen dennoch zu vollziehenden gesetzmäßigen Strafe, sich in der Stadt Braunschweig oder im hiesigen Lande als Meister zu besetzen, oder auf irgend eine Art sonst eine Versorgung zu erhalten, nie einige Hoffnung haben, sondern von dem Meisterwerden oder aller sonstigen Versorgung zurückgewiesen werden sollen. Avertissement des fürstl. Ministerii v. 26. Novbr. 1790.

S. auch: Bettler.

cf. Gewerbe- und Gilde-Ordnung v. 29. Octbr. 1821. §§. 83 sqq. — Verordn. v. 30. Decbr. 1828, die Abwehrung der zweck- und arbeitslos umherschweifenden Handwerksgesellen betr. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, die gegen die öffentliche Ordnung gerichteten Vergehen betr., §. 7.

Handwerksgesellen in Braunschweig.

Auf ausdrücklichen landesf. Befehl ist allen und jeden Wirthen und Krugvätern, welche Gesellen-Herbergen im Hause haben, anbefohlen, keinem Gesellen ohne dessen Meisters Genehmigung, bei Verlust dessen, was er demselben geborgt, auf einige Weise Credit zu geben, und sowohl in Conformität des am 1. August 1709 publicirten sogenannten Sabbath's-Edicts *) an Sonn- und Festtagen vor Endigung des Gottesdienstes keine Handwerksburschen oder andere Gäste zu setzen, als wenig die Versammlungen der Handwerksburschen an den sogenannten freien Montagen, (außer, wenn selbige ihre Auslagen zur Lade zusammen bringen, wobei denselben jedoch kein Getränk zu gestatten ist,) zuzulassen, auch überhaupt sowohl an Sonn- und Fest-, als andern Tagen mit Verschenkung des Biers Abends vor 11 Uhr ein Ende zu machen und den Gästen alsdann nicht das Geringste mehr zu reichen. Deßgleichen ist den Wäscherinnen, die die Reinigung des Pinnengeräthes der Gesellen besorgen, anbefohlen, denselben überall, am Wenigsten an Sonn- und Festtagen oder des Montags keine Zusammenkünfte zu gestatten, noch ihnen Bier oder andere Getränke zu reichen; gestalt alle diejenigen Wirthe, Krugväter und Wäscherinnen, welche diesem zuwider leben werden, bei jedem Contraventionsfalle mit 10 Thaler Strafe belegt und solche ungesäumt beigetrieben werden sollen. Sollten sich auch einige Handwerksburschen und Gäste finden, die die Wirthe und Krugväter, auch Wäscherinnen, um diese Verordnung zu überschreiten, durch Drohungen, auch wohl gar durch Thätlichkeiten zu bewegen suchen wollten, so soll wider dergleichen Frevler mit der Beibehaltung der hierdurch verwirkten Strafe zu 10 Thaler, auch dem Befinden nach mit Gefängnißstrafe verfahren werden. Verordnung des Magistrats zu Braunschweig v. 12. Septbr. 1755, welche quartaliter bei den Gesellen-Zusammenkünften verlesen werden soll.

Einem jeden Gesellen, welcher allhier in Braunschweig funfzehn und mehrere Jahre bei einem Meister treu gearbeitet hat, soll das freie Bürgerrecht angedeihen. **) Dieses ist auf landesf. Befehl vom Bürgermeister und Rath bekannt gemacht unterm 31. Juli 1767. (Br. Anz. v. 1767. Nro. 61.)

*) S. Feiertags-Ordnung.

**) cf. Verordn. v. 4. Mai 1830, das Wohnortrecht in polizeilicher Hinsicht betr., §. 29. Durch das Rescript des herzogl. Staats-Ministerii v. 4. Febr. 1833 an herzogl. Kreis-Direction Braunschweig ist der §. 29 cit. dahin declarirt, daß derselbe nur auf inländische Handwerksgesellen und Dienstkoten anzuwenden sei, indem die Verordnung überhaupt nur die Regulirung der Wohnortrechte der Landesunterthanen bezwecke, und dasjenige, was von Ausländern gelten solle, durch den §. 23 (cf. Städte-Ordnung v. 4. Juni 1834. §. 19.) speciell bestimmt sei.

Handwerksgesellen, durch Braunschweig reisende.

1) Der fremde Geselle soll der Thorschwache und dem Einnehmer oder Thorschreiber seine jüngste in der letzten Stadt, wo er gearbeitet oder durchgereist, unterschriebene Kundschaft vorzeigen, und, wenn er solches zu thun nicht vermag, gar nicht eingelassen, sondern sofort zurückgewiesen werden.

2) Würde der zurückgewiesene Geselle sich erfrechen, dennoch auf irgend eine Art in die Stadt hereinzuschleichen und darin vorgefunden werden, so soll er aufgehoben und als ein Landstreicher behandelt werden.

3) Sollen alle fremde Gesellen auf der Gilde-Herberge einkehren, und keiner daselbst von dem Herberge-Water, bei drei Mfl. Strafe, länger als 24 Stunden beherbergt werden.

4) Würde ein solcher Fremder oder feurig gewordener Geselle nicht auf der Herberge, sondern in einem andern Hause bei einem dasigen Einwohner einkehren, so soll dieser in 6 Mfl. Strafe um so mehr genommen werden, da gar viel auf die Störung der Winkel-Herbergen ankommt, jener, der Geselle, aber soll als ein Vagabunde geachtet, mit Gefängniß gestraft und darauf aus der Stadt geschafft werden.

5) Kein fremder Geselle, er sei denn verschrieben, soll innerhalb Jahresfrist mehr als zwei Mal dahin kommen, widrigen Falls mit 2 Mfl. bestraft und sofort aus der Stadt gebracht, von dem Herberge-Water aber sogleich eine doppelte Strafe erlegt werden, wenn derselbe den Vorfall, den er aus dem Buche, worin er die Ankunft und die Namen des fremden Gesellen nach dem §. 22 der General-Gilde-Ordnung v. 4. März 1765 aufzuzeichnen schuldig ist, gleich wissen kann, verheimlicht, und solchen nicht sofort den obrigkeitlichen Gilde-Deputirten anzeigt.

6) Wenn der fremde Geselle keine Arbeit daselbst verlangt, oder, da er solche bekommen könnte, nicht annehmen will, so soll er sogleich, oder, wenn er erst kurz vor dem Thorschlusse hereingekommen, früh Morgens darauf weiter reisen, und keinesweges ein freies Nachtlager, Geschenk oder Zehrpfennig erhalten.

7) Der Gebrauch, daß der fremde Geselle bei der einen oder andern Gilde die Handwerks-Gutthat oder den Zehrpfennig von den Meistern nach der Reihe selbst sammelt, wird, verschiedener Bedenklichkeiten halber, hiermit aufgehoben, und der Geselle vielmehr an den Herberge-Water verwiesen, welcher demselben das Verwilligte nach Anweisung der Meisterschaft zu reichen hat.

8) Sollte der durchreisende Geselle mit dem, was ihm von der Meisterschaft, oder aus der Gildebelade, oder sonst üblichermassen von den dasigen Gesellen auf der Herberge gereicht wird, nicht friedlich sein wollen und alsdann bei den dasigen Armen-Anstalten um einen Zehrpfennig ansuchen, so soll derselbe nach Befinden bestraft und ihm keinesweges etwas aus der Armen-Casse gereicht werden. Würden aber die durchreisenden Gesellen zu solchen Gilden gehören, die daselbst nicht vorhanden sind, so sollen dieselben ihr Nachtlager in dem Wirthshause zu den drei Lilien auf der Friesenstraße nehmen und soll denselben ein billiger Zehrpfennig aus der Armen-Casse gegeben werden.

9) Würde ein durchreisender Geselle der kaiserl. Verordnung wegen Abstellung der Mißbräuche bei den Handwerksgünstigen v. 16. August 1731. Art. VII entgegen sich erfrechen, jemanden um eine Gabe anzusprechen, und es sei auf welche Art es immer wolle, daselbst zu betteln und zu sechten, so soll derselbe nöthigen Falls mit Hülfe der Wache zur Haft gebracht, mit viertägigem Gefängniß, auch wohl dem Befinden nach auf längere Zeit mit strenger Arbeit in dem dasigen Werkhause belegt, und darauf mit der ernstlichen, dem Herberge-Water gleichfalls bekannt zu machenden Bedeutung, binnen Jahr und Tag nicht wieder dahin zu kommen, aus dem Thore gebracht werden. Landesf. Reglement v. 21. Decbr. 1772. (Br. Anz. v. 1773. Nro. 6.)

S. auch: Handwerksgesellen-Herberge in Braunschweig — Bettler in Braunschweig.

cf. Bekanntmachung fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 1. März 1815. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 19.) — Gewerbe- und Gilde-Ordnung v. 29. Octbr. 1821 insbesondere §§. 94.

95. 97 und 112. — Verordn. v. 30. Decbr. 1828, die Abwehrung der zweck- und arbeitslos umherschweifenden Handwerksgesellen betr.

Handwerksgesellen = Herberge in Braunschweig.

Demnach verschiedentlich bemerkt worden, daß die Handwerksgesellen bekannten ältern Verordnungen und Polizei-Verfügungen zuwider sich theils bei ihrer Anherkunft, theils bei ihrem Hiersein, theils aber bei ihrem Wegwandern, wenn sie allhier feirig geworden, über die Gebühr auf den Herbergen aufgehalten, die Herberge-Väter auch den der Ordnung zuwiderlaufenden mißbräuchlichen Aufenthalt der Handwerksgesellen auf den Herbergen der Obrigkeit zur Bestrafung anzuzeigen, obgleich sie dazu wiederholt angewiesen sind, ihres Eigennuzes halber immerfort annoch unterlassen haben, hierdurch aber mancherlei Mißbräuche entstanden, welche überall ferner nicht geduldet werden sollen, als wird, damit alle dergleichen Unordnungen gänzlich gehoben werden, und damit niemand bei der Nichtbefolgung dieser auf ältere Verordnungen und Polizei-Verfügungen sich gründenden Vorschriften mit der Unwissenheit sich entschuldigen könne, folgendes hiermit wiederholt und festgesetzt: 1) Jeder Herberge-Vater soll durchaus keinen fremden Gesellen, der nicht eine gehörige Kundschaft oder einen Steuerbrief vorgezeigt, beherbergen, bei 1 Thlr. Strafe; käme aber ein Geselle aus einem Orte, wo keine Kundschaften gegeben werden, und der Geselle führte das an, so muß der Herberge-Vater sogleich zum Altgesellen schicken und mit diesem und dem Fremden zum Gilde-Commissair sich verfügen, und dessen Entscheidung, ob er ihn beherbergen könne oder nicht, abwarten und sich danach achten, bei 1 Thlr. Strafe. So muß auch 2) der Herberge-Vater den Tauf- und Zunamen eines jeden Gesellen nebst dessen Geburtsorte, und woher er gewandert kommt, sogleich in ein dazu zu haltendes Buch eintragen, bei 1 Thlr. Strafe. Und da 3) kein Handwerksgeselle ohne obrigkeitliche Genehmigung anderswo, als in der Herberge seiner Gilde, logiren darf, so soll jeder, der in einem andern Wirthshause betroffen wird, nicht als ein Handwerksgeselle, sondern als ein Landstreicher, der seinen Aufenthalt verheimlichen will, angesehen, arretirt und ohne Anstand sogleich aus dem Thore gebracht werden. Kommt nun 4) ein Geselle gewandert, so muß selbiger dem Herberge-Vater eröffnen, ob er sich umschauen lassen wolle oder nicht? Verlangt selbiger Arbeit, so muß 5) der Herberge-Vater sogleich den Altgesellen rufen lassen, und der fremde Geselle muß Tages nach der Ankunft sich umschauen lassen und bei dem Meister, den die Reihe trifft, in Arbeit gehen. Verlangt selbiger keine Arbeit, so muß zwar 6) der Altgeselle (aber weiter kein Geselle) auch gerufen werden, allein der Fremde muß Tages darauf sogleich weiter wandern, erhält auch keinen Zehrpfennig; behält ihn der Herberge-Vater länger, so bezahlt selbiger 2 Thlr. Strafe. Wäre ein Geselle krank und könnte nicht sogleich weiter wandern, so muß 7) der Herberge-Vater solches ohne Anstand dem Gilde-Commissair melden und dessen Entscheidung befolgen. Jedem fremden Gesellen muß 8) der Herberge-Vater gleich bei seiner Ankunft eröffnen, daß er hier nicht sechten oder betteln dürfe und daß dies bei Zuchthausstrafe verboten sei. 9) Feirig gewordene hiesige Gesellen dürfen sich nicht auf die Herberge legen, sondern müssen nach erhaltener Kundschaft sogleich aus dem Thore wandern; beherbergt sie der Wirth auf der Herberge länger als eine Nacht, so ist selbiger in 2 Thlr. Strafe verfallen. 10) Da auch die sogenannten freien Montage abgeschafft sind und kein Geselle ohne Vergünstigung seines Meisters sich einen freien Tag machen darf, bei Gefängnißstrafe, so soll der Herberge-Vater keine Zusammenkünfte der Gesellen, unter dem Vorwande: »sie gingen heute spazieren oder wollten feiern« dulden, bei 5 Thlr. Strafe. Fest-, Sonn- und Bußtage, auch die gewöhnlichen Quartal-Zusammenkünfte sind allein ausgenommen. Alle Tage aber, und auch an den Fest-, Sonn-, Buß- und Quartal-Tagen müssen die Gesellen 11) Abends um 10 Uhr höchstens die Herberge räumen (die Bäcker-Gesellen aber, so wie solches in der Gesellenordnung vom 29. Decbr. 1772. §. 40 verordnet ist, schon um 9 Uhr zu Hause gehen, weil selbige des Morgens früher als andere Gesellen wiederum an die Arbeit gehen müssen); duldet der Herberge-Vater deren Zusam-

menbleiben länger, es sei unter welchem Vorwande es wolle, so wird selbiger beim ersten Male mit 5 Thlr., beim zweiten Male mit 10 Thlr., und beim dritten Male mit Gefängniß und Verlust der Herberge unabkömmlich bestraft. Sollte sich auf seine Erinnerung, wegzugehen, irgend ein oder mehrere Gesellen weigern, so muß der Herberge-Vater gleich des andern Tages solche Weigerer namentlich dem Polizei-Gerichte mündlich oder schriftlich anzeigen, und sollen selbige, befundenen Umständen nach, mit Geld- oder Gefängniß-Estrafe belegt werden. Die Entschuldigung, man habe keinen Glockenschlag gehört u., die Zeit nicht gewußt u. und dergleichen, werden für nichtig erklärt, weil jeder schuldig ist, nach der Zeit zu fragen und sich danach anzuschicken, daß er um 9 oder respective 10 Uhr in seines Meisters Hause sei. 12) Allen ungesitteten Lärm auf den Herbergen, alles Schreien und Singen vor den Herbergen und dergleichen mißbräuchliche Unordnung muß der Herberge-Vater bei eigener Verantwortung nicht leiden, den Gesellen auch, da der Mißbrauch, einen Arlequin oder sogenannten Kilian zu haben, gänzlich abgeschafft worden, nicht gestatten, daß sonstige Verkleidungen auf der Herberge vorgenommen werden. Auch darf der Herberge-Vater nicht gestatten, daß Gesellen von einer andern Profession zu denjenigen Gesellen, welche ihre Herberge bei ihm haben, sich einsünden, sondern er muß diese andern Gesellen bescheidenlich wegweisen; weigerten selbige sich aber, auf diese Erinnerung wegzugehen, so muß er sofort deren Gilde-Commissair davon Nachricht geben, und bleibt ihm frei, sich derselben, wenn sie die Ruhe stören, durch Herbeiholung der Wache zu entledigen, und den Unfug dem Polizei-Gerichte anzuzeigen. Sollte er dennoch dergleichen dulden oder erfahren und dem Polizei-Gerichte unangemeldet lassen, so sollen von ihm 5 Thlr. zur Estrafe beigetrieben, die Gesellen aber, die gelärmt, oder sich verkleidet und auf andern Herbergen eingedrängt haben, mit Gefängniß bei Wasser und Brod gestraft werden. 13) Da auch den Gilden vormals bereits untersagt worden, mit einander Correspondenz zu führen, so müssen alle von auswärtigen Gesellen in Handwerksachen einlaufende Briefe sofort dem Gilde-Commissair eingeliefert werden. Sollten dergleichen Briefe an die Herberge adressirt sein, so ist der Herberge-Vater solche dem Gilde-Commissair sogleich einzuhändigen schuldig, bei 2 Thlr. Estrafe. 14) Bei den durch die Polizei-Diener auf den Herbergen zu haltenden Visitationen muß der Herberge-Vater sich bescheiden betragen, denselben auf die einzuziehenden Erkundigungen gehörig Nachricht geben, deren Anweisungen, Inhalts dieser Ordnung, pünktlich und bescheidenlich folgen und keinesweges die Handwerksburschen verhehlen, ihnen beipslichten oder ihre Partei nehmen, alles bei 5 Thlr. Estrafe, oder dem Befinden nach Gefängniß-Estrafe. Reglement des fürstl. Polizei-Departements in Braunschweig für die Handwerksgefallen und Herberge-Väter v. 31. Octbr. 1791.

cf. Gewerbe- und Gilde-Ordnung v. 29. Octbr. 1821. §. 112.

Handwerkslehrlinge.

E. Lehrlinge.

Handwerkslöhne.

E. Arbeitslöhne.

Handwerks-Mißbräuche.

Reichschluß wegen Abstellung der Mißbräuche bei den Handwerks-Zünften v. 16. August 1731, welcher durch ein landesf. Edict v. 19. Octbr. 1731 in hiesigen Landen publicirt ist.

In den hiesigen Landen soll die auf dem Reichstage beschlossene unterm 19. Octbr. 1731 publicirte Verordnung wegen Abstellung der Handwerks-Mißbräuche auf das Genaueste beobachtet, auch sollen weiter keine Handwerks-Mißbräuche unter dem fälschlichen Vorwande, daß solche in andern Ländern noch nicht abgestellt seien, geduldet, noch weniger dem Unfuge, daß diejenigen, welche eine von einem Andern vorhin

geschwächte Weibsperson heirathen, von der Gilde=Gerechtigkeit ausgeschlossen sein sollen, nachgesehen werden. Es soll hierüber auf das Strengste gehalten werden. Landess. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 10. Januar 1770.

S. auch: Harlekin.

cf. Gewerbe- und Gilde=Ordnung v. 29. Octbr. 1821. §§. 56 sqq. und 114.

Handwerksfachen.

S. Gildesachen.

Handwerks=Streitigkeiten, Beilegung derselben in Braunschweig.

S. Reglement des fürstl. Polizei=Departements zu Braunschweig v. 4. Januar 1791, die Beilegung der zwischen Meistern, Gesellen und Lehrlingen in Handwerksfachen vorkommenden Streitigkeiten und die deshalb zu veranstaltenden Handwerksforderungen *) betr.

cf. Gewerbe- und Gilde=Ordnung v. 29. Octbr. 1821, insbesondere §§. 25. 54 und 117.

Harlekin bei den Zusammenkünften der Handwerksgefelln.

Auf höchsten Befehl ist die unsittliche Gewohnheit, einen Harlekin oder sogenannten Kiliän bei den Zusammenkünften der Handwerksgefelln zu haben, gänzlich abgeschafft und dieses zu dem Ende öffentlich bekannt gemacht, daß sich nicht nur alle Gilden, bei denen dergleichen gebräuchlich gewesen, hiernach achten sollten, sondern auch das Publicum von der Abschaffung dieses ärgerlichen Gebrauchs benachrichtigt werde, und ein Jeder, der etwa diese verbotene Unsittlichkeit entdecken sollte, wissen möge, daß er sie als eine strafbare Ueberschreitung der Ordnung anzuzeigen befugt sei. Avertissement des fürstl. Polizei=Departements zu Braunschweig v. 3. Januar 1791. (Br. Anz. v. 1791. Nro. 4.)

Hasenfangen.

S. Schlingenlegen nach Hasen.

Haspel=Maasse.

S. Kaufgarn.

Hauptbuch der Kirchen.

S. Corpora honorum.

Hauptsache, Verfahren in derselben.

In Mandatsfachen cum et sine clausula soll weiter nicht, denn usque ad duplicas, in der Hauptsache aber (da solches die äußerste Nothdurft erfordern sollte) post litis contestationem usque ad quadruplicas und in specie in puncto des Beweissthums usque ad duplicas, alles inclusive, in puncto expensarum aber von einem jedem Theile mit einer Schrift verfahren werden, und zwar also, daß in

*) Hiernach sollten die Gilden befugt sein, Streitigkeiten der Meister, Gesellen und Lehrlinge, welche das Verhältniß derselben zu einander betreffen, vornehmlich zur Ordnung und Zucht gehören, das Handwerk selbst angehen und besonders die in den Gildeartikeln bestimmten dahin gehörenden Fälle zuerst mit Zuziehung des Gilde=Commissairs durch eine Zusammenberufung des Gewerks vor offener Lade abzumachen. Ein solches Handwerks=Gericht durfte nicht höher als mit 3 Rthl. bestrafen und es fand gegen den Ausspruch desselben der Recurs an das Polizei=Gericht Statt. Grobe Injurien und Sävitien, Vergewaltigungen und Verbrechen, die eine förmliche Untersuchung erforderten, Streitigkeiten über die Erfüllung der Contracte, welche durch ein ordentliches Verfahren erörtert werden mußten, sollten nicht vor das Handwerksgericht gezogen werden.

und bei dem letzten Sack nichts Neues vor- und eingebracht wird, widrigen Falls in *judicando et decidendo* darauf im Geringsten nicht attendirt und, was von Producten über die Zahl der Ordnung übergeben, nicht angenommen werden soll. *Canzlei-Ordn. Art. 49.*

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §§. 3 und 6.

Hausbacken in Braunschweig.

S. Backwesen in Braunschweig.

Hausbetteln.

S. Bettler in Braunschweig.

Haus-Copulation.

S. Haustrauung.

Hausdiebstahl.

Welcher Knecht, Junge oder Magd dem Herrn das Korn aus der Scheuer oder vom Boden entfremden wird, ob sie solches schon dem Viehe hinwiederum zuwenden möchten; welches Gesinde auch das Vieh und insonderheit die Pferde verfüttern oder verkaufen lassen wird, das soll den Schaden erstatten, und wo es solches nicht vermag, mit ernstester Leibesstrafe angesehen werden. *Allg. Landesordnung Art. 87.*

Da in unterschiedlichen Fällen vorgekommen ist, daß die vorhin wegen Bestrafung des Hausdiebstahls ergangenen Verordnungen *) in einigen Stücken noch weiterer Erklärung bedürfen und, damit der intendirte Zweck, jedem in seinem Hause gegen dergleichen Diebe Sicherheit zu verschaffen, desto sicherer erreicht wird, beschlossen ist, vorgebachte Verordnungen zu erneuern und zu declariren, so wird verordnet, daß diejenigen Hausbedienten, welche in eines Andern Kost oder Lohn stehen, dieselben mögen Namen haben, wie sie wollen, sie mögen im Hause die Kost genießen, oder Geld dafür nehmen und sich selbst beköstigen, den Aufenthalt im Hause ihres Herrn haben, oder außer demselben besonders wohnen, wie auch die Ladendiener, Gesellen und Lehrlinge, die in hiesigen Landen ihren Hausherren oder Hausfrauen, Lehrherren oder Meistern Geld, Silber, Geschmeide, Kleinodien, Leinen-Geräthe, Meubeln oder Waaren und Materialien freventlich entwenden, auch Eß- und Trinkwaaren wegnehmen, und solche schnöden Gewinns halber verpartiren oder verkaufen, imgleichen die von ihren Herren zur Bezahlung oder Bestellung ihnen anvertrauten Gelder in ihren Nutzen verwenden, oder auch auf ihrer Herren Credit betrüglicher Weise Waaren ausnehmen, wenn die Summe fünf Thaler **) oder darüber beträgt, ohne Unterschied, ob sie dergleichen Diebstahl ein- oder mehrmal ausgeübt, am Leben gestraft werden sollen, und die Restitution oder Erstattung des Gestohlenen oder Untergeschlagenen, wenn gleich solche freiwillig, und ehe sie darüber betreten werden, entweder aus Reue oder aus Furcht geschieht, ihnen dabei zur Defension oder Milderung der Strafe nicht zu Statuten kommen soll. Wofern jedoch der Diebstahl unter fünf Thaler Werth beträgt, oder

*) Diese waren besonders die Verordnung v. 2. Januar 1714 und deren Declaration v. 17. Decbr. 1744; inbeß disponirt die obige Verordnung nicht nur über alles, was die ältern enthalten, sondern ist auch noch umfassender als diese.

**) Durch ein landesf. Rescr. an fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 7. (2.) Novbr. 1746 ist verordnet, daß, wie bereits vor einigen Jahren an die fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel die Verordnung (Rescr. v. 28. Decbr. 1735) ergangen, daß die Hausdiebe künftig nicht nach dem Edicte v. 2. Januar 1711 um 5 Thlr. Werth gestohlener Sachen willen, sondern nur alsdann am Leben gestraft werden sollen, wenn der Werth des Gestohlenen 10 Thlr. oder darüber beträgt, dieses Alles im Fürstenthume Blankenburg gleichfalls beobachtet werden soll. Den übrigen Inhalt des Rescripts v. 28. Decbr. 1735, der gleichfalls im Fürstenthume Blankenburg beobachtet werden sollte, s. unter: Gestohlene Sachen.

in Eß- und Trinkwaaren, so nicht Gewinns halber hingenommen sind, besteht, oder wenn der Thäter noch nicht achtzehn Jahre alt ist, soll selbiger zur Bestungsbau-Arbeit condemnirt, oder mit dem Zucht- oder Werkhause bestraft werden. Diese Verordnung soll alljährlich am neunten Sonntage nach Trinitatis nach der Nachmittags-Predigt von den Kanzeln verlesen werden. Landesf. Verordn. v. 7. Septbr. 1752. (Br. Anz. v. 1752. Nro. 79.)

Wie künftig die Verordn. v. 7. Septbr. 1752 allein, die vorigen aber weiter nicht, von den Kanzeln abzulesen ist, also ist dieserhalb an das Consistorium das Nöthige rescribirt worden. Immittelst hat fürstl. Justiz-Canzlei wohl gethan, die Declaration v. 28. Decbr. 1738, *) durch welche die in dem Edicte bestimmte Summe der 5 Thlr. auf 10 Thlr. erhöht worden, der Verordnung nicht einzurücken; in sententionando soll sich aber dennoch danach gerichtet werden. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei v. 7. Septbr. 1752.

Wenn ein Tagelöhner einen Hausdiebstahl begeht, soll auf schärfere Strafe erkannt werden, als sonst die poena ordinaria furti simplicis mit sich bringt. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei v. 30. Juli 1764. **)

Die wegen des Hausdiebstahls ergangenen Verordnungen sollen jährlich am neunten Sonntage nach Trinitatis von den Kanzeln verlesen werden. ***) Landesf. Rescr. an fürstl. Consistorium v. 5. Juli 1787.

Die von einem Diensthoten geschehene Entwendung solcher Effecten, welche der Herrschaft nicht eigenthümlich gehören, sich aber in ihrem Gewahrsame befinden, soll für einen Hausdiebstahl gehalten werden, und ist zu mehrerer Gewissheit die wider den Hausdiebstahl erlassene Verordn. v. 7. Septbr. 1752 dahin declarirt worden, daß bei Beurtheilung eines solchen Falles die Verordnung wider den Hausdiebstahl künftig zur Anwendung gebracht werden soll. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 17. Febr. 1805.

cf. Rescr. fürstl. Landes-Gerichts v. 26. August 1819. (Bege I. p. 25.) — Rescr. fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 18. Octbr. 1820. (Bege III. p. 27.) — Gewerbe- und Gilde-Ordn. v. 29. Octbr. 1821. §§. 77 und 108. — Gesinde-Ordnung v. 15. Octbr. 1832. §. 17.

Hausdiebstahl in den Communion-Bergstädten.

Der- oder diejenigen Hausbedienten, so in eines Andern Kost und Lohn stehen, sie haben Namen, wie sie wollen, wenn sie auf den Communion-Berg-Städten und den übrigen in dem Communion-Territorio belegenen Orten sich unternehmen, ihren Hausherrn oder Hausfrauen etwas von ihren Sachen, Gelde, Silber, Pretiosen, Kleinodien, Linnen-Geräthe und andern ansehnlichen Meublen, auch gar Eß- und Trinkwaaren, wenn sie solche schnöden Gewinnes halber verpartiren und verkaufen, böshaft und vorsätzlich Weise zu entwenden, und sie über solcher Hausdieberei betreten, oder deren zu Recht überführt sein werden, sollen ohne Unterschied, ob sie dergleichen Hausdieberei ein oder mehrere Male verrichtet, imgleichen, ob es restituirt sei oder nicht, am Leben gestraft werden, es wäre denn die Summe des Gestohlenen gar gering und unter 5 Thlr. Werth, oder Eß- und Trinkwaaren, so nicht schnöden Gewinns halber hingenommen und verkauft, oder die Thäter noch jung und keine 18 Jahre alt, in welchen Fällen dieselben

) S. die Note ») p. 423.«

**) Dieses Rescript ist in Inquisitionen-Sachen wider Anna Dorothea Rullen ergangen und ratio legis ist, weil dergleichen Diebe regulariter nicht als Hausdiebe zu betrachten sind.

*** cf. Circular-Auschr. fürstl. Consistorii v. 9. Octbr. 1824. (Bege I. p. 204.) — Desgl. v. 4. März 1829. (Bege II. p. 57.)

dieselben entweder mit perpetuirllicher Condemnation ad operas publicas, oder mit dem Werk- und Spinnhause bestraft werden sollen. Diese Verordnung soll jährlich an dem Sonntage, wenn das Evangelium vom ungerechten Haushalter erklärt wird, abgelesen werden. Communion: herrschaftl. Verordn. v. 27. Octbr. 1717.

Hausfrieden.

S. Burg- und Hausfrieden.

Haus-, Hof- und Kellerunrath in Braunschweig.

S. Kummer und anderer Haus- u. Unrath in Braunschweig.

Hausirer.

Da die Erfahrung aufs Neue bestätigt hat, daß ein großer Theil des Diebesgefindels sein Gewerbe unter der Maske von Hausirern treibt und gerade um desto gefährlicher wird, je mehr es dadurch Gelegenheit erhält, ohne Verdacht zu erregen sich in großer Anzahl und in Verbindung unter einander in einer Gegend umherzutreiben, sich längere Zeit an einem Orte aufzuhalten, sich in die Wohnungen einzuschleichen und die Gelegenheit zum Diebstahle mit Muße abzusehen, so ist das schon in anderer Rücksicht so schädliche, dem inländischen Nahrungszustande nachtheilige Hausiren, wodurch die Unterthanen zum Ankaufe von schlechter und theurerer Waare verleitet und oft nur zu unnöthigen Ausgaben verführt werden, durchaus nicht weiter zu dulden und um so weniger darunter ferner nachzusehen, als dadurch das Eigenthum und die Sicherheit in hohem Grade gefährdet wird. Es werden daher nicht nur die früheren gegen das Hausiren ergangenen Verordnungen, insbesondere die v. 14. Mai 1744, 21. April 1758 und 17. Mai 1765 *) ihrem ganzen Inhalte nach erneuert, sondern es wird auch bei nachdrücklicher Strafe verboten, von irgend einem Hausirer, welcher nicht eine besondere landesf. Concession oder einen Hausirzettel von der Obrigkeit des Orts, wo er umgeht, aufzuweisen hat, Waaren zu erhandeln, oder gar ihn und seine Waaren aufzunehmen, zu beherbergen, zu verbergen, oder ihm auf irgend eine Art zu seinem Fortkommen oder zu dem Verkaufe seiner Waaren in dem hiesigen Lande beförderlich zu sein, und ist dieses Verbot auf alle Hausirer ohne Unterschied, ob solche Waaren und Sachen zu verkaufen, oder nur Dienste zu leisten und anzubieten haben, also namentlich auch auf die Medicinhändler, Oltitätenkrämer, Siebe-, Hechel- und Mäusefallen-Umträger, Mäuse- und Rattenfänger, Zingießer, Topfbinder, Kesselflicker, Scheerenschleifer, Porcellan- und Fayance-Kitter, Musikanten, Kuckkasten-Umträger und dergleichen Leute hiermit ausdrücklich extendirt. Die Krüger und Wirthe, auch jeder, welcher Kenntniß von der Anwesenheit eines unbefugten Hausirers in einer Stadt oder Dorfschaft erhält, sollen solches sofort der Obrigkeit des Orts, und, wenn in den Dörfern dergleichen nicht vorhanden, den Bauernmeistern oder Dorfvorstehern anzeigen, damit der Hausirer ohne ein Weiteres dieser Verordnung gemäß fortgeschafft, oder dem Befinden nach arretirt und mit demselben und dessen Effecten nach Vorschrift der oben allegirten Verordnungen weiter verfahren werde. Die Obrigkeiten sollen auf den Inhalt dieser Verordnung mit Nachdruck halten und die Unterbedienten, Bauernmeister und Dorfschulzen danach weiter instruiren. Landesf. erneuerte Verordn. v. 10. Febr. 1804.

S. übrigen: Hausirhandel.

Hausirhandel.

Die neuere Gesetzgebung wiederholt das schon in der ältern enthaltene allgemeine Verbot des Hausirhandels, bestimmt aber zugleich genauer als jene, mit welchen Gegenständen ausnahmsweise der Hausir-

*) S. die Note unter Hausirhandel.

handel geſtattet bleibt, und ändert die älteren, auf den verbotenen Hauſirhandel bezüglichlichen Strafbeſtimmungen, weſhalb dieſe zahlreichen älteren Verordnungen *) keinen practiſchen Werth mehr haben.

G. Gewerbeſteuer-Gefeß v. 4. April 1837. §§. 40 ſqq.

Hausſchlachten in Braunschweig und Wolfenbüttel.

Alle und jede, welche einiges Vieh ſchlachten laſſen, ſie ſeien, weſ Standes ſie immer wollen, hohe oder niedrige, Civil- oder Militair-, geiſtliche oder weltliche Perſonen, ſollen hierzu Niemanden als des Falls beſonders vereidete Schlächter nehmen, und am Pachthauſe bei Abforderung des Zettels des zu gebrauchenden Schlächters Namen, damit ſelbiger darauf mit verzeichnet werden könne, anmelden; diejenigen aber, welche dieſem zuwider dennoch unvereidete Schlächter nehmen, ſollen ſowohl, als die das Hausſchlachten verrichten, ein Jeder, ſo oft er hierüber betreten wird, 2 Thlr. Strafe erlegen, und ſoll ſelbige entweder durch Vorenthaltung der Pachthaus-Zettel ohne alle Remiſſion, oder von eines Jeglichen vorgeſetzter Obrigkeit ſonder weiteres Nachfragen, auf Anmelden der Acciſe-Bedienten, beigetrieben werden. Landesſf. Verordn. v. 13. Novbr. 1716.

Zu Vermeidung alles Unterſchleiſſ bei der Acciſe ſoll niemand ſein Vieh durch andere, als beeidigte Schlächter, bei Vermeidung von 20 Thlr. Strafe, ſchlachten laſſen. Wenn jedoch ein Hauswirth, ſo ſonſt vom Schlachten keine Profeſſion macht, zur Erſparung der Unkoſten ſelbſt Hand anlegen, und nebſt ſeinem Hausgeſinde ſein Vieh ſelbſt ſchlachten will, bleibt ſolches einem Jeden frei, wenn er aber auf einigen Unterſchleiſſen wegen nicht entrichteter Acciſe befunden werden ſollte, ſoll er mit gleichmäßiger Strafe belegt werden. Landesſf. Verordn. v. 29. Novbr. 1719.

Kein Bürger und Einwohner der Stadt Wolfenbüttel, wenn er nicht ſelbſt oder durch ſein Hausgeſinde ſein Vieh ſchlachten laſſen will, ſoll ſich anderer, als beeidigter Hausſchlächter, bei Vermeidung von 20 Thlr. Strafe, bedienen. Landesſf. Verordn. v. 27. Octbr. 1740.

Die Verordn. v. 29. Novbr. 1719 iſt erneuert, und dahin extendirt, daß Hinfuro kein Einwohner der Stadt Wolfenbüttel, der Auguſtſtadt, des Gotteslagers, und der außer ſelbigen belegenen Wohn- und Gartenhäuser ſein Vieh durch andere als beeidigte Schlächter bei 20 Thlr. Strafe ſchlachten laſſen ſoll; wobei zwar einem jeden Hauswirth, der ſonſt vom Schlachten keine Profeſſion macht, zur Erſparung der Unkoſten aber ſelbſt Hand anlegen, und mit ſeinem Hausgeſinde ſein Vieh ſelbſt ſchlachten will, ſolches fernerhin frei bleiben und geſtattet ſein ſoll; er ſoll ſich aber, ebenfalls bei 20 Thlr. Strafe, keine Unterſchleiſſe wegen nicht entrichteter Acciſe zu Schulden kommen laſſen. Landesfürſt. Verordn. v. 7. Juli 1766.

In Gemäßheit der höchſten Verordn. v. 7. Juli 1766 iſt auf höchſten Befehl den Einwohnern in Wolfenbüttel mit namentlicher Angabe der beeidigten Haus- und Gaſſen-Schlächter bekannt gemacht, bei Vermeidung der in der angeführten Verordnung bereits geordneten Strafe von 20 Thlr., ihr Vieh durch keine andere, als die benannten Hausſchlächter, oder deren Gehülſen und Geſellen, welche jedoch in dem Falle, daß die Meiſter das Schlachten nicht ſelbſt verrichten könnten, ſich durch einen Beglaubigungſchein des Meiſters legitimiren müſſen, ſchlachten zu laſſen. Avertiſſement des fürſtlichen Polizei-Departements zu Wolfenbüttel v. 19. Septbr. 1786. (Br. Anz. von 1786. Nro. 74.)

*) Die wichtigſten derſelben waren v. 14. Mai 1744, 21. April 1758 und 17. Mai 1765; hierdurch wurde alles Hausſiren ohne Conceſſion, außer den Märkten, bei Strafe der Conſiſcation verboten, und angeordnet, daß die Hausſiren beim Eintritte ins hieſige Land ihre Waaren auf der erſten Zollſtätte ſollten verſiegeln laſſen. Durch das Avertiſſement v. 25. Juni 1781 wurde inſondere auch jeder Hauſirhandel auf den Jahrmärkten, mit Ausnahme der beiden Meſſen zu Braunschweig, verboten.

Auf höchsten Befehl ist bei 5 Thlr. Strafe untersagt, daß so wenig die Einwohner in der Stadt, als die vor den Thoren wohnenden bei dem Hauschlachten sich der Gesellen ohne Vorwissen ihrer Meister bedienen, noch auch die vor der Stadt wohnenden Einwohner bei dem Hauschlachten Schlächter von den nahe gelegenen Dörfern nehmen sollen. Von der Strafe soll denjenigen Gassenschlächtern, welche die Contravenienten denunciiren, ein Drittel zugebilligt werden. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements in Braunschweig v. 3. Mai 1788. (Br. Anz. v. 1788. Nro. 37.)

Die Verordn. v. 3. Mai 1788 ist erneuert worden mit dem Hinzufügen, daß sich ein Jeder an die beeidigten Hauschlächter selbst wenden, oder, insofern er das Schlachten seines Viehes selbst verrichten will, sich keines unbefugten Gehülfen bei Vermeidung der gesetzlichen Strafe zu 5 Thlr. dabei bedienen soll. Bekanntmachung des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 5. Juni 1798.

cf. Bekanntm. fürstl. Cammer-Collegii v. 27. Juli 1821. (Br. Anz. v. 1821. Nro. 60.) — Bekanntm. herzogl. Polizei-Direction zu Braunschw. v. 14. Decbr. 1826. (Br. Anz. v. 1826. Nro. 98.) — Gesetz über die städtischen Abgaben in Braunschweig und Wolfenbüttel vom 11. Mai 1835. §§. 31 sqq.

Hausstellen in Wolfenbüttel.

G. Häuser in Wolfenbüttel, Zusammenziehen derselben ic.

Haus-Taufe.

Denen von der Ritterschaft ist erlaubt, die Kindtaufen in ihren Häusern verrichten zu lassen. Erneuerte Kirchenordn. v. 1. Mai 1709. Thl. 1. Cap. IX. §. 7.

Für die Dispensation, die Kinder im Hause taufen zu lassen, soll in den Städten hiesiger Lande jedes Mal ein Species-Ducaten an jeglichen Orts Armen-Anstalten gegeben werden. Fürstl. Wolfenb. Consistorial-Rescr. v. 16. Mai 1747.

Wegen der Kindtaufen derer von der Ritterschaft, wie auch ihrer Kinder und nahen Anverwandten, in ihren Häusern, hat es bei demjenigen sein Bewenden, was in dem Landtags-Abschiede von 1682 §. 20 *) enthalten ist. Gesammter Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770. Art. 69.

G. auch: Haus-Traung — Taufen — Römischkatholische.

cf. Verordnung v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul-Angelegenheiten betr., §. 12.

Haus-Traung.

Denen von der Ritterschaft soll zwar erlaubt sein, die Kindtaufen und Copulationen in ihren Häusern, jedoch nach Inhalt der Kirchen-Ordnung, und zwar die ehelichen Copulationen solcher Gestalt verrichten zu lassen, daß sie nachher solches ihr Vorhaben in der Kirche der christlichen Gemeinde öffentlich anzeigen. Landtags-Abschied v. 10. Octbr. 1682. §. 20. **)

Unter denen, auf welche sich diese Befugniß bezieht, sollen nur die eigenen Personen derer von der Ritterschaft, wie auch deren Kinder und Anverwandte, nahe Blutsfreunde, welche sich bei ihnen in ihren Häusern befinden, nicht aber deren Bedienten und Gesinde verstanden werden. Landesf. Declarat. v. 7. Decbr. 1683.

*) G. Haus-Traung.

**) Diese Disposition ist durch ein Consistorial-Ausschreiben an die Generalsuperintendenten v. 13. April 1683 bekannt gemacht. (Kirchen-Ordn. v. 1709. p. 127.)

Denen von der Ritterschaft ist erlaubt, die Copulationen in ihren Häusern verrichten zu lassen. Gr. neuerte Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Thl. 1. Cap. IX. §. 7.

Wegen der Copulationen derer von der Ritterschaft, wie auch ihrer Kinder und nahen Anverwandten, in ihren Häusern, hat es bei demjenigen sein Bewenden, was in dem Landtags-Abschiede von 1682 §. 20 enthalten ist. Gesammter Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770. Art. 71.

S. auch: Dispensations-Gebühren.

cf. Verordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul-Angelegenheiten betr., §. 12. — Rescript des herzogl. Staats-Ministerii v. 17. Octbr. 1829 *) und die sich darauf beziehende Bekanntmachung der herzogl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 23. Octbr. 1829. (Br. Anz. v. 1829. Nro. 84.)

Hauswirth in Braunschweig.

S. Fremde in Braunschweig — Briefe und Adressen an Fremde in Braunschweig — Defection.

Hauswirth in Wolfenbüttel.

S. Häuslinge in Wolfenbüttel.

Hazardspiele.

S. Glücks- und Hazardspiele.

Hebammen und Wärmefrauen.

Reglement und Verordn. v. 4. Januar 1747, das Collegium medicum betreffend, §§. 26 bis 33; i. Collegium medicum.

Um den Mißbräuchen, welche sich bei dem Hebammenwesen eingeschlichen haben, zu steuern, ist erforderlich, folgende Hebammen-Ordnung **) publiciren zu lassen:

§. 1. Außer den bestellten und beeidigten Bademüttern soll sich niemand unterstehen, außer in Nothfällen, sich den Verrichtungen einer Hebamme zu unterziehen, noch weniger daraus ein heimliches Handwerk zu machen, bei nachdrücklicher namhafter Strafe.

§. 2. Zu Hebammen sollen keine andere Personen angenommen werden, als diejenigen, welche von mittelmäßigem Alter, mit einem natürlichen guten Verstande, mit gesunden dauerhaften Leibeskräften und mit Wachsamkeit, insonderheit mit reinen, geraden und gelenken Händen begabt und von allen äußerlichen Gebrechen befreiet sind. Ferner sollen diejenigen, welche zu obgedachten Ämtern gelangen wollen, lesen und schreiben können, auch bereits selbst Kinder zur Welt geboren haben. Außer diesem sollen sie noch und vornehmlich glaubhafte Zeugnisse beibringen, daß sie einen ordentlichen und christlichen Lebenswandel führen.

§. 3. Damit aber bei der von ihnen demnächst auszuübenden Wissenschaft und Diensten ein tüchtiger Grund gelegt werde, so ist höchst nöthig, daß sie vorher in dieser Kunst unterrichtet und angewiesen werden. Zu diesem Ende ist nicht allein unlängst verordnet, daß eine jede Hebamme sowohl in der Stadt Braunschweig als Wolfenbüttel sich eine Gehülfin unter dem Namen einer Wärmefrau zulege und derselben sich sowohl zur Beihülfe bediene, als auch zur Hebammenkunst selbige gehörig anführe, sondern es

*) Dieses Rescript bezieht sich allein auf die Haus-Trauungen in Braunschweig.

**) Schon 1686 war eine Ordnung nebst Unterricht für die Hebammen oder Bademütter in der Stadt Braunschweig durch den Druck bekannt gemacht.

soß dieses hinfort auch in den übrigen Städten, Flecken und Dörfern beobachtet werden. Auch ist überdies veranstaltet, daß den Hebammen sowohl, als den Wärmefrauen in Braunschweig nicht nur diejenigen Theile des menschlichen Körpers, deren Kenntniß ihnen nöthig ist, in den für sie allein unentgeltlich angestellten anatomischen Vorzeigungen nebst darüber erforderlicher Erklärung und Unterricht durch einen von den ernannten Professoren des fürstl. Collegii anatomico-chirurgici recht bekannt gemacht, sondern auch denselben annoch ferner besonderer Unterricht in der Hebammenkunst selbst ertheilt werden soll, damit sie wissen können, wie sie sich sowohl in natürlich gewöhnlichen, leichten und schweren, als auch ungewöhnlichen Vorfällen recht zu verhalten haben. Um des hiervon zu hoffenden großen Nutzens wegen sollen sowohl die Hebammen, als insbesondere die Wärmefrauen diesen Unterricht in den dazu festgesetzten Stunden fleißig besuchen, aufmerksam anhören und ohne wichtige Ursachen niemals verabsäumen, damit sie desto tüchtiger ihrem Amte und Berufe vorzustehen, auch der Instruction, welche jeder besonders bei ihrer Annahme oder Bestätigung zugestellt werden soll, gehörig nachzukommen vermögen. Wie denn hiermit ausdrücklich geordnet wird, daß künftig bei Wiederbesetzung der erledigten Hebammenstellen in Braunschweig jeder Zeit eine Wärmefrau genommen werden soll, welche nicht nur ein Zeugniß ihres bewiesenen Fleißes und ihrer Aufmerksamkeit beibringen, sondern welche auch bei der mit ihr vorzunehmenden Prüfung ihre erlernte Geschicklichkeit gebührend darthun kann. In den übrigen Städten, Flecken und Dörfern, wo obiges zwar so vollkommen nicht beobachtet werden kann, hat dennoch jedes Orts Obrigkeit dahin zu sehen, daß die bestellten Wärmefrauen oder auch andere Personen, die zur Hebammenkunst Lust haben, durch die Stadt- und Land-Physici darin unterrichtet, auch von den Hebammen zur Ausübung derselben zugleich angeführt werden, damit durch selbige die vorkommenden ledigen Hebammenstellen gleichfalls mit Nutzen wieder besetzt werden können.

§. 4. In der Stadt Braunschweig wählt das fürstl. Collegium medicum diejenigen Personen aus, welche es ihrem Alter, ihrer Person, Aufführung und Geschicklichkeit nach zu Wärmefrauen sowohl, als auch nachgehends zu Hebammen für geschickt hält, und läßt sich nicht allein ein Zeugniß der Beichtväter von ihrem Christenthume und bisherigen Wandel produciren, sondern fragt auch bei dem Magistrate daselbst an, ob etwas vorhanden sei, warum sie zu diesem Amte nicht könnten gelassen werden. Falls dergleichen Hindernungen nicht vorhanden sind, so wird der Magistrat durch eine Deputation dem Collegio medico beizutreten eingeladen, da denn entweder die Wärmefrau zu ihrer Pflicht angewiesen, oder, wenn eine neue Hebamme anzunehmen ist, mit derselben zum Examen geschritten, und, wenn sie gut bestanden, sofort von dem Collegio medico beeidigt, und darauf dem zeitigen Seniori ministerii zugesandt wird, damit er sie ermahne und über die Nothtaufe instruire.

§. 5. Außer Braunschweig soll für die Wahl und Annehmung geschickter Hebammen und Wärmefrauen jedes Orts Obrigkeit mit Zuziehung des Stadt- und Land-Physici gehörige Sorge tragen, auch die Wärmefrauen sofort verpflichten, und, wenn demnächst denselben hinlänglicher Unterricht in der Hebammenkunst ertheilt, und darauf von ihnen das Examen in Gegenwart der Gerichtsobrigkeit vorgenommen, sodann von dem Befinden mit Beifügung des Protocolls und des von ihren Beichtvätern erhaltenen testimonii an das Collegium medicum berichten, da denn auf dessen Verfügung die Beeidigung der Hebammen von der Gerichtsobrigkeit verrichtet werden muß.

(Die folgenden §§. 6 bis 22 incl. geben Vorschriften über das Verhalten der Hebammen und Wärmefrauen, welche in der Verordn. v. 10. April 1803 verbessert und vervollständigt enthalten sind.)

§. 23. Dem fürstl. Collegio medico bleibt einzig und allein anheim gestellt, wie etwa die offbaren und erweislichen Fehler wider die den Hebammen zu ertheilende Instruction und gegenwärtige Verordnung zu bestrafen sind. Es haben zu diesem Zwecke die Obrigkeiten, wenn über eine Hebamme wegen unredten Verfahrens in ihrer Kunst geklagt wird, solcherhalß alsosofort mit dem Stadt- und Land-Physicus zusammen zu treten, da denn letzterer unweigerlich auf die geschehene obrigkeitliche Einladung

erscheinen, ob und in wie weit der Instruction entgegen gehandelt, mit Hülfe der Obrigkeit, so weit solche dazu erforderlich, auszumachen, und sodann die Obrigkeit an das Collegium medicum zu dessen fernern Verfügung mit Einsendung der verhandelten Acten zu berichten hat. Landesf. Verordn. v. 18. Febr. 1757, welcher noch folgende Eidesformeln angehängt sind:

Eid einer Hebamme: Ich N. N. schwöre zu Gott dem Allmächtigen einen leiblichen Eid, daß ich die mir vorgehaltenen Punkte, welche meine Ausführung sowohl, als die künftig von mir zu besorgenden Hebammen-Berrichtungen betreffen, und die ich wohl verstanden habe, auch was sonst dabei nöthig und nützlich sein wird, nach meinem besten Wissen und Vermögen jeder Zeit aufrichtig, treulich und redlich bedenken und in Obacht nehmen will, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort, durch Jesum Christum, Amen.

Instruction und Eides-Notul für die Wärmefrauen: Ihr sollet an Eides statt angeloben, daß ihr das Amt einer Wärmefrau, wozu ihr jezt verordnet und aufgenommen werdet, in der Furcht Gottes, welcher euch dazu berufen hat, mit aller Treue und Sorgfalt, es sei bei Tage oder Nacht, unverdrossen abwarten, euch zu dem Ende stets zu Hause behalten, oder, wenn ihr auszugehen nöthig habt, zuverlässige Nachricht, wo ihr zu finden seid, hinterlassen, damit die Hebamme, der ihr zugeordnet, eurer jedes Mal habhaft werden kann, euch vornehmlich vor dem Trunke hüten und hingegen der Nüchternheit befehligen wollet. Insonderheit sollt ihr angeloben, die neugeborenen Kinder, deren Wärmung und Reinigung euch anvertraut wird, mit aller Vorsicht und Sorgfalt zu handhaben, den Hebammen bei der Geburt auf deren Verlangen alle hülfsreiche Handreichung zu leisten, auch alles zu thun und zu lassen, was die euch zugeordnete Hebamme während der Geburt und Wochenzeit zum Besten des Kindes und dessen Mutter von euch verlangt; einseitig aller Hebammen-Berrichtungen euch gänzlich zu enthalten, es sei denn, daß die Hebamme, da sie beschäftigt ist, einer gebährenden Frau beizustehen, euch entweder vorläufig zu einer kreisenden Frau zu schicken, oder auch bei ersterer zu lassen für nöthig befindet. Da inzwischen die heilsame Absicht vornehmlich dahin gerichtet ist, daß demnächst bei entstehendem vacanten Hebammen-Dienste aus den Wärmefrauen, welche sich löblich und christlich betragen, auch zugleich was Nütziges in der Hebammen-Kunst erlernt haben, solche ledige Stellen wiederum besetzt werden sollen, so sollt ihr ferner heilig angeloben, dem zu solchem Ende geordneten Hebammen-Unterricht fleißig beizuwohnen und solchen niemals ohne triftige Ursache zu versäumen. Ferner und überall sollt ihr euch so betragen und aufführen, als es einer ehrbaren und christlichen, gewissenhaften, Gott und ihren Nächsten liebenden Wärmefrau eignet und gebührt.

In der Stadt Braunschweig sollen von keinem Andern, als von den recipirten Hebammen Kinder zur Taufe gebracht werden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 9. April 1779.

Da die unterm 18. Febr. 1757 erlassene Verordnung, das Hebammenwesen betreffend, und die derselben beigelegte Instruction einer Verbesserung und resp. Ergänzung bedurfte, so ist folgende vom Ober-Sanitäts-Collegio vorgelegte

Instruction und Unterricht

für die Hebammen über die ihnen obliegenden Pflichten

genehmigt und befohlen, daß darüber gleich andern Landesgesetzen gehalten werden soll.

1) Zuvörderst haben die Hebammen überhaupt, wie es allen guten Christen gebührt, einen gottesfürchtigen Wandel zu führen und besonders ihren wichtigen Beruf so abzuwarten, wie sie es gegen Gott und ihre Obrigkeiten, auch gegen ihr eigenes Gewissen jeder Zeit verantworten können.

2) Gegen diejenigen, welche ihrer Hülfe bedürfen, sollen die Hebammen Freundlichkeit, Bescheidenheit, Sanftmuth und Billigkeit üben, und in ihrem Geschäfte jeder Zeit mit Fleiß, Geduld, Beharrlichkeit, Ueberlegung, Vorsicht, Sorgfalt, Behutsamkeit und Nüchternheit zu Werke gehen.

3) Gegen ihre Mitschwester aber sollen die Hebammen friedlich, verträglich und uneigennützig sich bezeigen; dieselben nicht aus Mißgunst und Neid verläumden und verkleinern; hinter ihrem Rücken keine üble Nachreden machen, und den Leuten das Zutrauen, welches sie zu irgend einer andern Hebamme hegen könnten, nicht durch nachtheilige Beurtheilung derselben benehmen; sich nicht auf hinterlistige Art bei den Leuten, welche sich einer andern Hebamme zu bedienen gewohnt sind, einschleichen; andere nicht durch hingeworfene zweifelhafte Aeußerungen, ja nicht einmal durch bedeutendes Achselzucken und bedenkliche Mienen zu verdrängen suchen. Viel weniger noch soll eine Hebamme in solchen Fällen, wo es für gut gefunden würde, noch eine andere neben ihr zu Rath und That herbeizurufen, an dieser Tadel suchen, mit ihr Zänkereien anfangen und sich ihrem Rathe ohne hinlänglichen Grund halsstarrig widersetzen; eben so wenig wie die zunächst gerufene Hebamme mit der schon vorhandenen ungebührlich umgehen, dieselbe öffentlich beschuldigen, ihr im Beisein der Gebährerin und der Verwandten oder Umstehenden, Fehler vorhalten soll u. s. w. Vielmehr sollen in solchen Fällen beide Hebammen friedlich und mit gehöriger Geistesruhe mit einander überlegen, was zum Besten der Gebährenden zu thun sei, sich über die zu leistende Hülfe vereinigen, und, wo eine solche Vereinigung nicht Statt finden möchte, einen Geburtshelfer zur Entscheidung herbeirufen lassen, und zwar so, daß über die Vereinigung oder Entscheidung in beiden Fällen nicht der beste Zeitpunkt zur nöthigen Hülfe verloren gehe; in welchem Falle, wie überhaupt bei einer solchen Entscheidung durch einen Dritten, jedesmal diejenige Hebamme, welche sich ein Versehen hat zu Schulden kommen lassen, nachdrücklich bestraft werden soll.

4) Aller Verordnung von eigentlichen Arzneimitteln, sowohl von innerlichen als äußerlichen und sowohl vor, bei, als nach der Geburt, haben sich die Hebammen gänzlich und bei Vermeidung schwerer Strafe zu enthalten; ja selbst das Anempfehlen sogenannter Hausmittel soll denselben nicht gestattet sein, weil diese Mittel, wenn sie auch nicht in allen Fällen offenbar schaden, doch wenigstens oft verhindern, daß eine wirksame Hülfe gesucht werde. Für allen aus solcher Verzögerung wirksamer Hülfe entstehenden Schaden sollen die Hebammen, wenn sie Hausmittel gerathen haben, verantwortlich sein. Nur in solchen Fällen, die schleunige Hülfe erfordern, als bei heftigen Blutflüssen, tiefen Ohnmachten und dergleichen sollen die Hebammen die ihnen beim Unterrichte angegebenen Mittel verordnen, oder selbst anwenden, bis ein Arzt oder Geburtshelfer, auf dessen Herbeirufung in solchen Fällen sie eiligt und dringend zu bestehen haben, anlangt. Noch viel weniger aber sollen die Hebammen jemals sich mit Besprechungen, sogenannten sympathetischen Mitteln, und sonstigen auf Aberglauben sich gründenden Kuren abgeben, widrigen Falls, wenn sie je auf dergleichen Dingen ertappt werden, sie schwere Strafe leiden sollen.

5) Damit man der Hebammen desto gewisser habhaft werden könne, so hat eine jede derselben, wenn sie aus ihrer Wohnung geht, Nachricht zu hinterlassen, wo sie anzutreffen sei, und zwar so, daß sie nicht nur den nächsten Ort nenne, wohin sie sich in ihren Geschäften begiebt, sondern wo möglich die Häuser, wo sie Verrichtungen hat, in derselben Folge angebe, wie sie dieselben nach einander besucht; und würde sie aus irgend einem dieser Häuser zu einer ihr vorher unbekannten Gebährenden oder Wöchnerin gerufen, so soll sie in dem Hause, von wo man sie abrufft, deshalb den nöthigen Bescheid hinterlassen.

6) Wäre eine Hebamme genöthigt, in dringenden Geschäften über Land zu reisen, so hat sie dieses jedesmal bei ihrer Abreise, oder in Dörfern, wo sonst keine Abreise vorhanden, bei dem Bauermeister zu melden und deren respektive Einwilligung zu suchen, auch sich, sobald ihr auswärtiges Geschäft nur beendigt ist, unverzüglich wieder einzufinden.

7) Wenn eine Hebamme von mehreren Schwangeren um ihre Hülfe angesprochen wird, deren Niederkunft auf einerlei Zeit bevorsteht, so soll sie ohne Eigennutz und ohne alles Ansehen der Person ihre Hülfe derjenigen zusagen, welche dieselbe zuerst verlangt hat, die andern aber bedeuten, daß sie sich dorthin schon versagt und schwerlich im Stande sein werde, ihnen für diesmal beizustehen. Wenn dann die

Zeit wirklich eingetreten ist, in welcher sie der ersten beizustehen hat, so soll sie dies ohne alle Ausflüchte redlich und gewissenhaft thun.

8) Noch weniger soll eine Hebamme, im Falle man sie von dem Orte abrufen wollte, wo sie einmal angefangen hat, ihre Dienste zu leisten, die daselbst in der Geburtsarbeit begriffene Frau, wenn es auch die allerärmste wäre, verlassen, sondern treulich bei derselben ausharren, und derjenigen, welche aufs Neue ihre Hülfe verlangt, eine andere Hebamme vorschlagen. Eben dieses soll eine jede Hebamme zu thun schuldig sein, wenn eine Schwangere ihre Hülfe verlangte, nachdem sie bei einer langwierigen und beschwerlichen Niederkunft ihre Dienste in dem Maaße geleistet hätte, daß sie für jetzt zu sehr abgemattet wäre, um einer andern Frau sofort Hülfe leisten zu können. An ihrer statt in diesen beiden erwähnten Fällen vorläufig eine Wärmefrau zu schicken, soll einer Hebamme nur dann erlaubt sein, wenn sie im ersten Falle Ursache hat, zu glauben, daß die Niederkunft, wozu sie zuletzt gefordert wird, noch entfernt sei, wenn z. B. sich so eben nur die ersten Wehen geäußert haben, oder die Hülfbedürftige eine Erstgebärende ist, als bei welcher der Fortgang der Geburt gewöhnlich langsamer zu sein pflegt; oder wenn im zweiten Falle sie sich bald genug wieder stark zu fühlen glaubt, um einer abermaligen Entbindung vorstehen zu können. Jedezmal soll es aber auch vorzüglich mit darauf ankommen, ob erstlich die Gebärende, welche die Hülfe zuletzt verlangt hat, auch Zutrauen zu der Wärmefrau habe, widrigen Falls eine Hebamme dieselbe statt ihrer selbst gar nicht aufdringen soll; und zweitens, ob die Hebamme nach Pflicht und Gewissen ihrer Wärmefrau die Verwaltung ihres eigenen Amtes auch dergestalt anvertrauen dürfe, daß letztere im Nothfalle auch die Entbindung und das, was nach derselben zu thun ist, für sich allein verrichte.

9) Wenn eine Schwangere, welche zu irgend einer Hebamme schickte, während diese bei einer Niederkunft schon Hülfe zu leisten angefangen hätte, zu eben dieser Hebamme auch das größte Vertrauen hätte und sie auch noch so dringend um ihre Hülfe bitten ließe, so soll die Hebamme dennoch bei der erstern ausharren, wenn diese nicht etwa auf gemachte Vorstellung ganz freiwillig sich mit einer andern vorgeschlagenen Hebamme begnügen, oder gar von der Wärmefrau, im Falle diese dazu vollkommen fähig ist, die Hülfe bis zur Beendigung der Niederkunft u. s. w. leisten lassen will. Ließe sich aber eine Gebärende auch hierzu willig finden, so soll die Hebamme, welche zu einer andern gerufen ist, die erste doch auf keinen Fall eher verlassen, als bis die vorgeschlagene Hebamme oder Wärmefrau wirklich angelangt ist und von ihr die obwaltenden Umstände gehörig erfahren hat.

10) Wenn Hebammen zu unverehelichten schwangeren Weibspersonen gerufen werden, so sollen sie auch hier unverdrossen Hülfe leisten; nach deren Niederkunft aber, das Kind mag nun zeitig oder unzeitig, lebendig oder todt, wohlgebildet oder als Mißgeburt zur Welt kommen, selbiges alle Mal und sogleich nach geleisteter Hülfe der ordentlichen Obrigkeit, oder, wenn solche auf dem platten Lande abwesend, den Bauermeistern, welche es der Obrigkeit anzuzeigen haben, bei namhafter Strafe melden. Wenn aber die Hebammen erfahren sollten, daß solche unverehelichte Personen vor der Geburt gewaltsam abtreibende Mittel, wodurch die Frucht auf irgend eine Art des Lebens oder nur der vollkommenen Gesundheit beraubt werden könnte, gebraucht hätten, so sollen sie dieses nach Pflicht und Gewissen der Obrigkeit melden, auch, sobald das Kind zur Welt gekommen ist, solches in der Stadt Braunschweig dem dirigirenden Bürgermeister, in andern Städten und auf dem platten Lande der ordentlichen Obrigkeit, und in deren Abwesenheit zu weiterer Meldung den Unterbedienten und Bauermeistern des Orts, ob das Kind lebendig oder todt, wer dessen Vater und Mutter sind, und wo die Mutter im Kindbette liegt, anzeigen.

11) So wie es nun den Hebammen hiermit zur Pflicht gemacht wird, auf vorgedachtes schändliches Verfahren unverehelichter Schwangeren ein wachsames Auge zu haben und dasselbe, wo sie es in Erfahrung bringen, unter keinerlei Vorwand und um keinen Preis zu verheimlichen, so sollen dieselben noch viel weniger selbst zur Erreichung böser Absichten in Abtreibung einer Leibesfrucht durch anzurathende Mittel

Mittel behülflich sein, und schon dann, wenn ihnen nur eine solche Zumuthung geschähe, diesen Fall den resp. Obrigkeiten anzeigen, und zwar alles dieses bei Verlust ihres Dienstes, und dem Befinden nach schwerer Leibesstrafe.

12) So wie aber überhaupt Verschwiegenheit eine Hauptpflicht der Hebammen ist, so sollen dieselben in den unter Nris. 10 und 11 bemeldeten Fällen, außer der Obrigkeit, niemandem davon Nachricht geben, auch überhaupt das, was bei ihren Berufsgeschäften etwa zur Wissenschaft kommt, völlig geheim halten, davon niemandem etwas entdecken, am Wenigsten aber, was bei der einen oder andern Wöchnerin vorgegangen, in Gegenwart anderer Leute erzählen und ausschwägen, auch im Falle einer Mißgeburt andern davon nichts erzählen, noch viel weniger durch solche Erzählung das Uebel größer darstellen, als es wirklich ist, sondern vielmehr, wenn ihnen ja übertriebene Gerüchte davon zu Ohren kämen, oder sie um diesen oder jenen Umstand bei einer solchen Mißgeburt befragt würden, ohne alle Uebertreibung die reine Wahrheit aussagen.

13) Den mit einer von lieberlichen Ursachen entstandenen Krankheit behafteten schwangeren Personen sollen die Hebammen keine Hülfe zu leisten verbunden sein, es sei denn, daß sich keine andere Person fände, welche in Gegenwart der Hebamme und auf ihr Anordnen die nöthige Hülfe bei der Niederkunft leisten könnte, oder daß die Geburt widernatürlich wäre. Wenn aber ja eine Hebamme nothgedrungen in eben erwähnten Fällen bei einer solchen kranken Person Hülfe geleistet hätte, so soll sie gleich nach der Niederkunft ihre Hände wiederholt und sorgfältig reinigen, auch die etwa von dem Blute und anderen Feuchtigkeiten der kranken Person beschmutzten Kleidungsstücke sogleich wechseln und nicht eher als nach sorgfältigem Auswaschen wieder anlegen; alles dieses, sowohl um ihrer selbst, als anderer Frauen und Kinder willen, welchen sie sonst diese Krankheit mittheilen könnte. Hätte die Hebamme aber die geringste Wunde oder nur Hautverletzung an den Fingern oder Händen, z. B. selbst nur einen sogenannten Reißnagel, so soll sie um ihrer eigenen Gesundheit willen durchaus die Geburtshülfe bei einer von obgemeldeter Krankheit befallenen Person nicht leisten.

14) Bei gesunden oder mit keiner verdächtigen Krankheit behafteten Schwängern aber soll jede Hebamme zu jeder Zeit, bei Tag und Nacht, ohne Ansehen des Standes und Vermögens, gern und willig, ungesäumt, so bald sie gefordert wird und nicht schon bei einer andern Frau Hülfe leistet, erscheinen, und sowohl bei Armen als Reichen nach ihrem besten Wissen und Vermögen alles das thun, wozu sie kraft ihres Amtes verpflichtet ist, die Aermsten durchaus eben so zweckmäßig und gewissenhaft bedienen als die Reichsten, und bei dem Einen, so wie bei dem Andern weder Fleiß noch Mühe sparen.

15) Wenn eine Hebamme zu einer unerfahrenen Person gerufen wird, welche zum ersten Male schwanger ist, und ihren Rath in Rücksicht des Verhaltens während der Zeit der Schwangerschaft verlangt, so soll sie derselben mit aller Sorgfalt die Fehler bemerklich machen, welche eine solche Person zu vermeiden hat; ihr alle übermäßigen Leibes- und Gemüthsbewegungen, Heben und Tragen schwerer Lasten, starkes Ausrecken der obern Gliedmaassen nach hochstehenden Dingen, tiefes Bücken, plötzliches Niederhocken, Springen, starkes Einschnüren des Leibes, oder festes Binden der Röcke über den Hüften, ferner das Nehmen von Arzneimitteln irgend einer Art, zumal des Lenhardt'schen Purgirtrankes, so wie auch das Ueberlassen, wenn beides nicht durch einen Arzt verordnet worden, das Gebrauchen von Fußbädern, Halbbädern, Dampfbädern, den Genuß blähender Nahrungsmittel und die Wiederholung des Beischlafs möglichst abrathen. Während der Niederkunft selbst aber sollen die Hebammen vorzüglich bei Erstgebährenden mit Freundlichkeit und Sanftmuth verfahren und denselben vernünftige Anleitung geben, wie sie sich in den verschiedenen Zeiträumen der Geburt zu verhalten haben.

16) Was nun aber die von den Hebammen zu leistende Hülfe selbst betrifft, so soll jede derselben nächst reinlicher und anständiger Kleidung auch dahin sehen, daß ihre Hände selbst reinlich und sauber seien; sie soll mit den Händen außer der Zeit ihrer Berufsgeschäfte keine schwere Hausarbeit verrichten,

wodurch das feine Gefühl der Fingerspitzen abgestumpft wird; ferner soll sie die Nägel oft genug und auf gehörige Art beschneiden, damit dieselben weder überhaupt zu lang, noch an dem Rande mit scharfen Ecken und Rauigkeiten versehen bleiben, wodurch bei der innerlichen Untersuchung sowohl die Geburtstheile der Frau verletzt, als auch bei gestellter oder durch eine Wehe angespannter Wasserblase die Häute des Kindes zerrissen und folglich die Wasserblase zu früh gesprengt werden können. Es soll daher jede Hebamme nach der Beschneidung der Nägel, die Ränder derselben auch noch mit der Schneide eines Messers stumpf schaben.

17) Sowohl bei der innerlichen Untersuchung als in jedem andern Falle, wo das Einbringen eines oder mehrerer Finger, oder der ganzen Hand in die äußern sowohl als innern Geburtstheile nöthig ist, soll die Hebamme die Finger oder nöthigen Falls die ganze Hand mit Del, oder ungesalzener Butter, oder ungesalzenem Schweineschmalz bestreichen; welches von den dreien sie aber anwende, muß nie sehr kalt, sondern wenigstens durch Stehen in einer warmen Stube erwärmt sein. Die innerliche Untersuchung durch Einbringung eines oder mehrerer Finger in die Mutterscheide bis an den Muttermund, soll eine Hebamme nicht öfter, als nöthig ist, und mit möglichster Behutsamkeit und sorgfältiger Schonung der Theile der Gebährenden verrichten, damit nicht durch unnöthiges Ein- und Ausführen der Finger die Theile gereizt, entzündet und zum Nachtheile und zur Verzögerung der Geburt widernatürlich trocken, oder durch Drücken und Herumwühlen gar noch stärker verletzt werden, und damit auch hierdurch die so nöthige Wasserblase nicht vor der Zeit eröffnet werde.

18) Auch die äußerliche Untersuchung durch vorsichtiges Befühlen des Unterleibes der Gebährerin sollen die Hebammen ja nicht außer Acht lassen, weil dieselbe von großem Nutzen ist und, wie z. B. bei schiefer Lage der Gebährmutter, dieselben schon anleiten kann, wo sie bei der innerlichen Untersuchung den Muttermund zu suchen haben.

19) So wenig es sonst einer Hebamme erlaubt sein soll, eine Gebährende, welche sich übrigens bei guten Kräften und vollkommener Gesundheit befindet, vor dem Zeitraume der völlig gestellten und springfertigen Wasserblase in ein beständiges Lager oder gar in den Geburtsstuhl zu bringen, so soll sie doch im Falle einer sehr schief liegenden Gebährmutter die Kreisende gleich vom Anfange der sich äußernden Wehen an in eine solche Lage bringen, wodurch der schiefe Stand der Gebährmutter möglichst verbessert werden kann; sie soll nämlich der Kreisenden im Falle der zu stark nach vorn überhangenden Gebährmutter eine möglichst waagerechte Lage auf dem Rücken, im Falle der auf der rechten Seite hin schief liegenden Gebährmutter eine Seitenlage im Bette auf der linken Seite anempfehlen und umgekehrt, wenn die Gebährmutter nach links hin schief liegt, die Frau völlig auf der rechten Seite im Bette liegen lassen, bis die Wasserblase springfertig oder eben von selbst gesprungen ist, worauf dann die Gebährende in das eigentliche Geburtslager im Bette oder auf einen Geburtsstuhl gebracht werden muß.

20) In keinem Falle soll eine Hebamme die Gebährerin vor der Zeit zur Geburtsarbeit anstrengen, die Geburt auf irgend eine Art übereilen, oder gar treibende Mittel verordnen, sondern vielmehr die Kräfte derselben im Anfange schonen, damit ihr dieselben in der Folge zu rechter Zeit zu Statten kommen mögen und es dann nicht am Ende an den nöthigen Kräften fehle, wenn dieselben schon vorher unverantwortlicher Weise erschöpft worden sind. Ehe die Wasserblase gesprungen ist, soll in der Regel die Gebährende nie zur Verarbeitung ihrer Wehen angehalten werden. Eben so wenig soll eine Hebamme es vorliegendem recht gestelltem Kopfe ganz aus den äußern Theilen hervorgetreten wäre, oder daß ein heftiger Blutsturz der Mutter, tiefe Ohnmacht u. s. w. eine schleunige Entbindung erforderte, oder ein anderer Theil als der Kopf vorläge, und sie bei hinlänglich erweitertem Muttermunde sich entschlossen hätte und dazu berechtigt wäre, das Kind geschickt zu wenden, oder, wenn die Füße selbst der vorliegende Theil wären, solches bei den Füßen zur Welt zu befördern. Solche Hebammen, welche nicht geschickt

eine Wendung zu machen verstehen, oder darauf nicht beeidigt worden sind, sollen in dem bemerkten Falle sogleich, ohne die Wasserblase überall zu sprengen, dem Ehemanne oder den sonstigen gegenwärtigen Verwandten der Gebährerin es zur Pflicht machen, den Professor der Hebammenkunst, oder einen andern Geburtshelfer, zu dem die Gebährende etwa mehreres Zutrauen hat, herbeirufen zu lassen, und keinesweges die Gefahr verhehlen, welche im Falle einer längern Zögerung entstehen könnte.

21) Wenn sich eine Niederkunft lange verzögert, so soll die Hebamme dabei alle Zeit munter und wachsam bleiben, nicht die beste Zeit verschlafen, oder sonst durch Versäumnis und Nachlässigkeit etwas versehen, oder den rechten Zeitpunkt einer zweckmäßigen Hülfsleistung vorübergehen lassen, da oft sehr viel, ja alles, auf die wohlgewählte Zeit der Hülfe ankommt, und im Gegentheile unerseßlicher Schaden entsteht und selbst die beste Hülfe unwirksam bleibt. Wenn sich die Hebamme durch die innerliche Untersuchung überzeugt hat, daß der Kopf des Kindes recht in der gehörigen Lage vorstehe, wenn dabei die Kreisende gesund und stark ist, wenn sie gehörige Wehen hat, wenn, wie es zumal bei Erstgebährenden zu sein pflegt, die äußeren Theile vorzüglich durch Engheit und nur langsam erfolgendes Nachgeben die Geburt verzögern, so soll die Hebamme nicht allein mit aller Geduld und Beharrlichkeit selbst das natürliche Ende der Niederkunft abwarten, sondern auch die Gebährerin, sie mag zum ersten Male ihre Niederkunft erwarten, oder schon öfter geboren haben, mit aller möglichen Sanftmuth zur Geduld ermahnen. Ferner soll die Hebamme vorzüglich in solchen Fällen die äußeren Geburtstheile fleißig mit Del oder andern fettigen Dingen gelinde bestreichen, auch wohl den Dampf von warmem Wasser an die äußeren Geburtstheile gehen lassen, sich aber ja hüten, vermittelst eingebrachter Finger den Muttermund selbst, oder die Oeffnung der äußeren Geburtstheile gewaltsam zu erweitern. Wenn aber bei gesprungenen Wassern die äußeren Theile anfangen, schmerzhaft, trocken und aufgetrieben zu werden oder stark zu schwellen, so soll alsdann jede Hebamme gleichfalls ungesäumt auf die Herbeiholung eines Geburtshelfers dringen. Um so eher soll dieses der Hebamme obliegen, wenn schon seit längerer Zeit eine Kopfgeschwulst oder sogenannte Wülse des Kindeskopfes sich gezeigt hat und diese äußerst angespannt oder prall ist. Wenn bei einer Mehrgebährenden nach gesprungener Wasserblase in drei Stunden und bei einer Erstgebährenden in fünf Stunden die Geburt bei gut stehendem Kopfe nicht erfolgt ist, so soll jede Hebamme, die übrigen Umstände mögen dann derselben noch so günstig scheinen, gehalten sein, den Professor der Hebammen-Kunst oder einen andern Geburtshelfer rufen zu lassen.

22) Wenn die Hebamme vor oder gleich nach dem Wassersprunge das Gesicht des Kindes vorliegen fühlt, so soll sie sogleich ungesäumt auf das Herbeiholen eines Geburtshelfers dringen; eben so soll sie, wenn vor dem Sprunge der Wasserblase gar kein Theil des Kindes zu fühlen wäre, sogleich, ohne den Wassersprung abzuwarten, oder ohne die Wasserblase selbst sträflicher Weise zu sprengen, auf die Herbeiholung eines Geburtshelfers bestehen. Fühlt die Hebamme, daß das Gesicht nach oben gegen die Schaambeine hingewandt ist, welches leicht an der Hinten am Kreuzbeine liegenden kleinen Fontanelle und von dieser nach vorn gegen die Schaambeine hinlaufenden Scheitelnath und der mitten im Muttermunde erreichbaren großen Fontanelle zu erkennen ist, so soll sie ungesäumt einen Geburtshelfer herbeirufen lassen. Steht der Kopf des Kindes sehr schief vor, so daß sie z. B. ein Ohr hinter dem Muttermunde, oder die Scheitelnath quer von der rechten zur linken Seite der Mutter laufen fühlt, so soll sie, im Falle sie nicht völlig versteht und bei ihrer Beeidigung berechtigt worden ist, die Wendung nöthigen Falls zu unternehmen, sogleich den Geburtshelfer rufen lassen. Bei vorgefallener Nabelschnur soll jede Hebamme, wenn sie nicht zur Wendung berechtigt ist, sogleich zum Geburtshelfer schicken lassen, das Kind mag übrigens mit dem Kopfe noch so gut vorliegen oder nicht. Selbst die Hebammen, welche eine Wendung vollkommen zu machen verstehen, sollen in Fällen, wo der vorliegende Kopf schon völlig durch die Krönung gegangen ist, nie, wenn die Anzeigen auch, wie bei starken Blutflüssen u. s. w., noch so dringend scheinen, die Wendung zu machen versuchen, sondern sogleich einen Geburtshelfer herbei rufen lassen, damit

die Geburt so schnell als möglich durch Instrumente beendigt werde. Bei Erstgebährenden sollen auch solche Hebammen, welche die Wendung geschickt zu machen verstehen, dieselbe, vorzüglich wenn der Kopf vorsteht, aber auch im Falle eines anderen vorliegenden Theils, welcher die Wendung durchaus nothwendig macht, doch einem Geburtshelfer zur Beurtheilung und Verrichtung überlassen, weil die Wendung bei einer Erstgebährenden aus mancherlei Ursachen ungleich schwieriger ist, als bei solchen, die schon mehrmals geboren haben, und ein Geburtshelfer vorzüglich in dem Falle, wo der Kopf gerade oder doch nicht allzuschief vorliegt, noch außer der Wendung andere Mittel in seiner Gewalt hat, wodurch das Kind mit dem Kopfe voran zur Welt befördert werden kann, wobei denn Mutter und Kind ungleich weniger Gefahr leiden als bei der Wendung. Wenn das Kind bei einer Erstgebährenden mit dem Steiße vorliegt, so soll die Hebamme, sobald sie diese Lage erkannt hat, einen Geburtshelfer rufen lassen. Ist aber bei einer Mehrgebährenden der Steiß schon schief im Becken und mehr oder weniger eingekleilt, so soll keine Hebamme je die Zurückbringung des Steißes versuchen, sondern das Kind mit dem Steiße voran zur Welt befördern und, wenn die Geburt in solchen Fällen sich irgend verzögert, einen Geburtshelfer rufen lassen.

23) Wenn sich bei einer Gebährenden die Wehen entweder ganz verlieren, oder dieselben doch sehr schwach und nach stundenlanger Zeit nicht kräftiger werden, oder gar nicht wiederkommen, so soll bei vorliegendem Kopfe jede Hebamme in Zeiten zu einem Arzte und Geburtshelfer schicken, damit das Kind nicht durch den allzulangen Stand in der Geburt Schaden leide und die Gebährerin nicht durch unkräftige Wehen immer mehr abgemattet und geschwächt werde.

24) Wenn der Mutterkuchen seinen Sitz auf dem Muttermunde hätte, welches sowohl aus dem schon in den letzten Monaten der Schwangerschaft von Zeit zu Zeit wiederkehrenden Blutflusse gemuthmaßt, als bei während der Geburtsarbeit stärker werdendem Blutabgange und bei eröffnetem Muttermunde zu fühlenden unebenen, gleichsam körnigen, dem Gefühle wie ein Blumenkohlkopf vorkommenden Theile bestätigt und zur Gewißheit gebracht werden kann, so soll eine jede Hebamme, um der dringenden Gefahr willen, sogleich auf die Herbeiholung eines Geburtshelfers bestehen.

25) Wenn sowohl in diesem, als in jedem andern angeführten oder denkbaren Falle, wo die Hebamme ihrer Pflicht gemäß die Herbeirufung eines Geburtshelfers verlangt hätte, die Gebährerin oder deren nächste Anverwandte solches Herbeirufen aus unzeitiger Schamhaftigkeit oder aus irgend einer andern Ursache nicht gestatten wollten, so soll die Hebamme den Prediger des Orts herbeirufen, damit dieser entweder durch vernünftiges Zureden und christliche Vorstellungen die Schwangere und deren Verwandte zu ihrer Pflicht zu bereuen suche, oder, wenn dieses fruchtlos bliebe, wenigstens der Hebamme ein schriftliches Zeugniß gebe, daß diese ihrer Pflicht gemäß gehandelt habe und im Falle des unglücklichsten Ausganges gerechtfertigt sei. Aber auch in diesem Falle soll die Hebamme die Gebährerin nicht verlassen, sondern derselben bis auf den letzten Augenblick nach ihrem besten Vermögen beistehen.

26) Wenn nun eine Gebährerin in solchen Fällen, entweder aus Mangel an wirksamer Hülfe, oder auch sonst durch irgend einen Zufall während der Geburtsarbeit sterben sollte, so hat die gegenwärtige Hebamme sogleich ohne den geringsten Verzug dafür zu sorgen, daß durch einen Geburtshelfer, oder bene noch auf irgend eine Art entbunden und wo möglich dadurch das Kind am Leben erhalten werde. Nach dem sechsten Monate ihrer Schwangerschaft, ohne vorher entbunden zu sein, gestorben sei. Es soll vorhanden ist, solches demselben in möglichster Eile melden, oder, Falls er nicht zu weit von dem Orte entfernt ist, durch einen Boten eiligst melden lassen. In Städten soll dieses jedes Mal bei dem Stadt-Physicus, in Braunschweig aber bei dem zeitigen Decan des fürstl. Ober-Sanitäts-Collegiums, und,

wenn dieser nicht zu Hause wäre, bei dem Stadt-Physicus unverzüglich geschehen. So oft aber eine Hebamme solches ver säumt, soll sie in eine namhafte Strafe verfallen sein, oder dem Befinden nach noch härter bestraft werden.

27) So wie überhaupt gleich zu Anfange dieser Instruction den Hebammen Vorsicht und Behutsamkeit zur Pflicht gemacht ist, so haben dieselben vorzüglich in allen Fällen, wo irgend vor, während und nach der Geburt ungewöhnliche, bedenkliche und gefährliche unvorhergesehene Umstände und Zufälle sich äußern sollten, als da sind: Blutflüsse aus der Gebärmutter oder aus Nase und Mund, Krämpfe und Zuckungen, Ohnmachten, Schmerzen u. s. w., sogleich nach einem Arzte oder Geburtshelfer zu schicken und sich nicht auf die ihnen bei ihrem Unterrichte bekannt gemachten gelinden Mittel gegen einige von diesen Uebeln allein zu verlassen. Wenn aber ein Arzt oder Geburtshelfer herbeigerufen ist, so sollen die Hebammen demselben alle Umstände und Vorfälle genau erzählen, demselben durchaus nichts verhehlen und ihm selbst diejenigen Umstände, welche die Schwangere oder Entbundene aus unzeitiger Schamhaftigkeit zu verheimlichen suchen würde, ohne Rückhalt kund thun, damit derselbe hierauf bei seinen Verordnungen die gehörige Rücksicht nehme und nicht aus Verschweigung und Verheimlichung eines dem Anscheine nach unbedeutenden Umstandes in der Folge größeres Unheil entstehe. Was aber der Arzt oder Geburtshelfer in irgend einem Falle zu verordnen oder zu thun für gut findet, das soll die Hebamme, insofern sie dazu beitragen kann, getreulich und ohne Widerrede erfüllen, keine spöttelnde Anmerkungen über diese Verordnungen, weder in Beisein des Arztes noch hinter seinen Rücken, machen, sich nicht klüger dünken, nichts an den Verordnungen tadeln und bessern wollen, sondern dahin sehen, daß dieselben pünktlich befolgt werden, und, wenn sie das Gegentheil bemerkte, hiervon dem Arzte und Geburtshelfer auf Pflicht und Gewissen Anzeige thun, auch sich bemühen, die Kindbetterin und ihre Verwandte durch vernünftiges Zureden zur genauen Befolgung der erhaltenen Vorschriften und Anordnungen zu bewegen.

28) Eben diese Vorsicht und Behutsamkeit soll eine Hebamme auch in allen Fällen der von ihr selbst zu beendigenden Entbindungen anwenden, und daher niemals übereilt zu Werke gehen, so wenig bei der natürlichsten Geburt, nachdem der Kopf geboren ist, an diesem mit Gewalt und Eile den Körper herausziehen, als im umgekehrten Falle, wo das Kind mit den Füßen voran zur Welt kommt, an diesen schnell und ruckweise das Kind hervorziehen, die Arme ohne Bedachtsamkeit lösen, und dabei, wie es nur leicht geschehen kann, verrenken und abbrechen, oder nach gelösten Armen an dem Körper unbedachtsam ziehen, um den Kopf herauszubringen, noch viel weniger am Körper drehen, um dadurch dem Kopfe eine bessere Lage zu seinem endlichen Ausgange zu verschaffen. Es sollen die Hebammen vielmehr bei der natürlichen Geburt sich vorzüglich um den Damm bekümmern, damit dieser nicht einreißt, und sobald der Kopf geboren ist, der Gebährerin einen Augenblick Ruhe lassen, damit die Gebährmutter Kraft erhalte, sich von Neuem zusammen zu ziehen und dadurch die Schultern und den Rumpf des Kindes zum Ausgange zu bringen.

29) Sobald das Kind geboren ist, soll die Hebamme dasselbe quere auf die Hände oder in den Schooß nehmen, wenn dazu die Nabelschnur lang genug ist, so daß dasselbe in beiden Fällen auf die Seite und nicht auf den Rücken zu liegen komme. Sieht das Kind weder durch Bewegung noch durch Wimmern oder Schreien Lebenszeichen von sich, so soll die Hebamme zuerst mit einem vorher zu dieser Absicht sorgfältig gereinigtem Finger behutsam in den Mund gehen, und aus demselben den vorhandenen Schleim herausnehmen. Wenn dann das Kind noch nicht anfängt zu athmen oder zu schreien, so soll sie, im Falle das Gesicht desselben sehr roth oder gar schwarz und aufgetrieben ist, sogleich das Kind von der Nabelschnur lösen und von dem Kinde etwas Blut durch die abgeschnittene Nabelschnur laufen lassen, und dann erst diese Schnur und zwar so unterbinden, daß sie nöthigen Falls in der Folge noch einmal wieder geöffnet werden könne. Ist das Kind aber blaß und schlaff, so soll sie mit der Durchschneidung der Nabelschnur nicht so sehr eilen. In allen Fällen soll sie vor dem Ende der Niederkunft

forgen, daß alles sowohl zur Unterbindung und Durchschneidung der Nabelschnur, als auch zur Reinigung und nöthigen Wiederbelebung des etwa todt scheinenden Kindes in Bereitschaft sei. Auf die Wiederbelebung des Kindes soll sie nöthigen Falls eine ganze, ja zwei Stunden unermüdet verwenden, wenn solche nicht gleich in den ersten Augenblicken erfolgen wollte; denn es sind Beispiele genug vorhanden, wo Kinder erst nach zwei, ja noch nach mehreren Stunden bei zweckmäßiger Behandlung wieder zum Leben gebracht worden sind. Die Mittel zur Wiederbelebung soll sie in gehöriger Ordnung mit reiflicher Ueberlegung nach dem erhaltenen Unterrichte anwenden. Während dieser Bemühungen aber soll sie auch ja nicht vergessen, sich nach der Entbundenen umzusehen. Ferner soll sie das Kind genau allenthalben betrachten und untersuchen, ob solches wohlgebildet sei und durchaus keinen Mangel an sich habe, wenn sie aber solchen bemerkte, es sogleich dem Vater, oder einem der gegenwärtigen Verwandten, nicht aber geradezu der Mutter anzeigen, damit diese dagegen bei einem Arzte, Geburtshelfer oder Wundarzte Rath und Hülfe suchen. Das sogenannte Zungenlösen sollen die Hebammen gänzlich unterlassen, weil solches nur in sehr seltenen Fällen nöthig ist. Bemerkte die Mutter aber in der Folge, daß das Kind gar nicht saugen könnte, so soll ein Geburtshelfer oder Wundarzt zu Rathe gezogen werden, ob die Operation des ZungenlöSENS in diesem Falle nöthig sei, und damit einer von diesen beiden dieselbe auch kunstmäßig verrichte. Wäre ein Kind aber auch noch so sehr mangelhaft oder mißgebildet, so soll die Hebamme doch, es gebe dasselbe Lebenszeichen von sich oder nicht, sich eben so darum bemühen, als ob es völlig wohlgebildet wäre, es müßte denn sein, daß solche Theile fehlten, welche zum Leben unumgänglich nöthig sind.

30) Was die Entbundene betrifft, so soll die Hebamme sogleich, nachdem das Nöthige wegen der allerersten Hülfsleistungen für das neugeborene Kind besorgt ist, sehen, ob die Nachgeburt sich gelöst hat, und, wo dies nicht der Fall ist, durch gelindes Reiben des Bauches, und hiernächst durch ein sehr gelindes und kunstmäßiges Ziehen an der Nabelschnur, so wie es ihr bei dem Unterrichte auf jeden vorkommenden Fall angegeben worden ist, versuchen, ob die Nachgeburt sich dadurch losgebe; folgt aber die Nachgeburt auf den gelindesten Zug nicht, so soll die Hebamme, wenn nicht dringende Zufälle, z. B. heftiger Blutsturz, anderes rathen, geduldig eine Stunde warten, von Zeit zu Zeit den Bauch der Entbundenen gelinde reiben und, wenn demungeachtet die Nachgeburt nicht folgen wollte, einen Geburtshelfer herbeirufen lassen, in keinem Falle aber und unter keinerlei Vorwand unbehutsam und stark an der Nabelschnur zerren und ruckweise ziehen, oder gar den Mutterkuchen durch die in die Gebärmutter gebrachten Finger unvorsichtig ablösen, sondern alles dieses, weil solches oft ungleich mehr Gefahr als die Geburt des Kindes selbst auf sich hat, einem geschickten Geburtshelfer überlassen. Hat die Hebamme die Nabelschnur vom Mutterkuchen abgerissen, oder sonst bei der Lösung der Nachgeburt sich Fehler zu Schulden kommen lassen, so soll alles dieses scharf bestraft werden.

31) Ueberhaupt aber soll eine Hebamme nie an die Ausziehung oder Lösung der Nachgeburt eher denken, als bis sie sich überzeugt hat, daß auch kein Zwillingeskind in der Gebärmutter vorhanden sei. In dem Falle, daß ein solches vorhanden wäre, soll sie, wenn das zweite Kind mit dem Kopfe recht gestellt vorliegt, bereits tief ins Becken gesunken ist und die Frau noch Kräfte hat, der Natur die Geburt des zweiten Kindes überlassen, wenn aber die Füße vorliegen, das Kind, wie ihr beim Unterrichte gezeigt worden ist, bei den Füßen zur Welt befördern, oder, wenn der Kopf sehr schief, oder außer dem Kopfe irgend ein anderer Theil vorliegt, das Kind durch Wendung zur Geburt befördern, wenn sie auf die Wendung beedigt ist, sonst aber sogleich einen Geburtshelfer rufen lassen. Die Nachgeburt soll in dem Falle von Zwillingeskindern alle Mal erst nach der Geburt des zweiten Kindes herausgezogen werden, wenn nicht dieselbe, wie es nur in äußerst seltenen Fällen zu geschehen pflegt, sich eher im Muttermunde und nahe an den äußeren Gekreten ist.

32) In keinem Falle soll die Hebamme eine Kindbetterin eher verlassen, als bis diese vom Kinde und der Nachgeburt entbunden ist, es sei denn, daß ein Geburtshelfer anbefohlen habe, die Frau vorläufig zur Ruhe zu bringen; aber auch in diesem Falle soll sie, wenn dringende Geschäfte sie auf eine Zeitlang von der Kindbetterin entfernen, sobald als möglich dahin zurückkehren und eine Wärmefrau indessen bei derselben zurücklassen. Ist aber die Nachgeburt durch eigene Kraft der Gebärmutter oder durch schickliche Hülfleistung abgegangen, so soll die Hebamme dafür sorgen, daß die Entbundene nun völlig zur Ruhe in das Bett gebracht werde, wobei sie sorgfältig darauf zu sehen hat, daß dies ohne starke und plötzliche Bewegung und Erschütterung der Entbundenen geschehe, um so viel möglich alle gefährlichen Zufälle zu vermeiden.

33) Wie schon oben den Hebammen alle abergläubischen Mittel strenge verboten worden sind, so sollen dieselben denn auch mit der Nachgeburt keinen sträflichen Aberglauben treiben, sondern dieselbe so gleich in gute Verwahrung bringen und, wo etwa ein Arzt oder Geburtshelfer nach der völligen Entbindung zu Rathe gezogen wird, die Nachgeburt zu ihrer Rechtfertigung, daß daran nichts verlegt oder davon zurückgelassen, vorzeigen und alsdann da, wo ihnen anbefohlen wird, hintragen.

34) Wenn ein zur Welt geborenes Kind sehr schwach ist, haben die Hebammen es in Zeiten zu melden, damit es bald zur heiligen Taufe gebracht werden könne. Im äußersten Nothfalle aber haben sie die Nothtaufe vorzunehmen, deren Art und Weise sie vorher von dem Prediger wohl zu erlernen und alle Fehler dabei sorgfältig zu vermeiden haben. Auch sind alle von ihnen getaufte Kinder, wenn sie bald nach empfangener Taufe mit Tode abgehen, gleichwohl den Oysterleuten anzuzeigen, damit sie von den Pfarrern oder jenen ordentlich eingeschrieben werden können.

35) Die Hebammen mit ihren Wärmefrauen sind schuldig, die ersten Wochen nach der Niederkunft die Kindbetterin wo möglich täglich zu besuchen, wobei sie denn wohl Acht zu geben haben, daß Mutter und Kind vor Verwahrlosung und Schaden mögen gesichert bleiben; auch haben sie so lange damit fortzufahren, bis beide zu Kräften und dauerhafter Gesundheit gelangen. Sobald sie aber irgend etwas Bedenkliches bemerken, so sollen sie darauf bestehen, daß bei einem Arzte oder Geburtshelfer Rath und Hülfe gesucht werde.

36) So wie die Hebammen überall in ihrem Betragen bescheiden sein sollen, so haben sie vorzüglich während ihrer Hülfleistungen wohl solche Erfrischungen an Speise und Trank, die man ihnen freiwillig darreichen würde, im Falle sie deren bedürfen, mit Danke anzunehmen, nie aber dieselben mit Unbescheidenheit und Ungestüm zu fordern, oder zu verlangen, oder mit Fleiß darauf zu warten. Auch sollen sie niemanden, wer es auch sei, mit übermäßigen Forderungen belästigen; zu welchem Ende denn sowohl, als auch wegen der Undankbaren, die eines billigen und verdienten Lohns sich weigern, hierdurch vorgeschrieben und festgesetzt wird, daß Frauen von vorzüglichem Stande an die Hebamme 3 bis 6 Thlr., derselben Wärmefrau 2 Thlr., Bürger- und Handwerkerfrauen, die eines ziemlichen Vermögens sind, an die Hebamme 1 bis 2 Thlr., derselben Wärmefrau 1 Thlr.; gering bemittelte und Tagelöhner-Frauen der Hebamme 18 bis 24 Mgr., derselben Wärmefrau 6 Mgr., bei Zwillingen aber, auch bei einer langwierigen schweren Niederkunft noch einmal so viel entrichten sollen. Auf dem platten Lande sollen, wo sonst nicht die vorhandenen Umstände ein Anderes an die Hand geben, die Frauen der Ackerleute zu 1 bis 2 Thlr. für die Hebamme und zu 1 Thlr. für die Wärmefrau, die übrigen Einwohner zu 24 Mgr. bis 1 Thlr. für die Hebamme und zu 6 Mgr. für die Wärmefrau, und die Häuslinge zu 12 bis 18 Mgr. für die Hebamme und für die Wärmefrau 6 Mgr., jedoch, daß, wie in Städten, also auch auf dem platten Lande, in Fällen, wie oberrwähnt, die Verdoppelung des Lohns Statt hat, angehalten werden. Mit dem gesetzten Lohne sollen sich die Hebammen und Wärmefrauen begnügen lassen, und nichts darüber begehren. Wenn jedoch jemand aus freiem Willen noch überdies denselben etwas zur Erkenntlichkeit reichen will, so soll hierdurch diese Freiheit niemandem benommen sein.

37) Für die Mühe und Handreichungen, welche die Wärmefrauen in besonderen Fällen leisten, ge-

bührt ihnen, außer ihrem ordentlichen Lohne, nach Verschiedenheit des Standes und Vermögens derjenigen, welchen sie ihre Dienste geleistet, eine der Billigkeit gemäße Bezahlung.

38) Da die Erfahrung gelehrt hat, daß einige Hebammen ungern Wärmefrauen halten, oder wenigstens dieselben nicht gehörig anweisen wollen, woraus denn zum Nachtheile des allgemeinen Bestens erfolgt, daß, wenn die alten erfahrenen Hebammen absterben, man mit tüchtigen und schon einigermaßen geübten Personen deren Stellen nicht sofort wieder besetzen kann, so wird hierdurch ausdrücklich und bei namhafter Strafe allen Hebammen geboten und aufgegeben, daß, wenn hinfort eine der Wärmefrauen abgehen sollte, sie solches ungesäumt den Obrigkeiten anzeigen, welche sodann das Nöthige hierunter gehörig besorgen werden, damit baldmöglichst die erledigten Stellen wieder besetzt werden. Auch haben die Hebammen bei Vermeidung ernstlicher Strafe sich der geordneten Wärmefrauen gehörig zu bedienen und dieselben zur Hebammenkunst nach bestem Vermögen, Wissen und Gewissen anzuführen. Dagegen sollen die Wärmefrauen sich bei solcher Anführung bereitwillig und gehorsam bezeigen, den guten Vorschriften der älteren erfahrenen Hebammen gehörig folgen, keine Widerrede haben, noch weniger mit offenbar zankfüchtigen Worten sich gegen diese vergehen.

39) Beide, sowohl Wärmefrauen als Hebammen, haben in guten Büchern über ihre Kunst fleißig nachzulesen, keine Gelegenheit zu versäumen, wo sie sich über irgend einen Fall der Geburtshülfe belehren können und guten Rath und Anweisung oder Belehrung von dem Professor der Hebammenkunst oder einem andern geschickten Geburtshelfer nicht zu verachten und zurückzuweisen, sondern vielmehr mit allem Danke anzunehmen und zu befolgen. Landesf. Verordn. v. 10. April 1803.

S. auch: Landtags-Abschied v. 9. April 1770. Art. 28. unter: Collegium medicum.

cf. Verordn. v. 24. Febr. 1814, den Geschäftskreis der Oberhauptleute betr., §. 8.

Hecken.

S. Holzplanzen — Bäume und Hecken, Beschädigung derselben — Feld- und Gartendieberei.

Heergewette, Gerade, Mußtheil.

Obwohl dem Gesetzgeber wohl erinnerlich ist, wie es bisher an den Orten der hiesigen Lande, wo die Gerade, Mußtheil und Heergewette gezogen, gehalten und durch lange und alte eingeführte Gewohnheit und nicht nach Sachsenrecht, welches in den Gerichten aufgehoben, an gehörende Orte gefolgt wird, es dabei auch hätte bewenden können, weil Neuerungen so viel möglich im Regimente zu vermeiden sind; jedoch weil täglich befunden, darüber auch in andern Chur- und Fürstenthümern geklagt wird, daß bisweilen unter dem Scheine der Gerade den Söhnen selbst, wie auch den Creditoren allerlei vortheilhafte Dinge zugewiesen werden, auch die Lehrer der Rechte darin nicht einig sind und in vielen Fällen von einander stimmen, welche Stücke in die volle oder Nistel-Gerade gehören, in welcher Zeit sie zu befördern, auch an den Orten, da Gerade, Mußtheil und Heergewette am Meisten im Gebrauche ist, von einer Meile, Amt und Stadt zur andern nicht gleich genommen und gezogen wird, und, welches am Allermeisten in gute Aufsicht zu nehmen, daß Häuser, Vorwerke und Güter geschwächt werden und die Geschlechter in Verderb gerathen, auch schon vor vielen Jahren in benachbarten Fürstenthümern Heergewette, Frauen-Gerade und Mußtheil gänzlich aus dem Grunde, daß die Sächsischen Rechte nicht gehalten werden, abgeschafft sind: so wird für nöthig erachtet, daß Heergewette und Gerade neben dem Mußtheile durchaus abzuschaffen, inmaßen es denn hiermit den Unterthanen allein zu Gute und Aufnahme abgeschafft sein und den Erben, oder wem es gehört oder vermacht ist, hinfüro in künftigen Fällen gefolgt, danach auch in den Gerichten alle Mal gesprochen und erkannt werden soll. Landesf. Verordn. v. 8. Juli 1625.

Demnach

Demnach allbereits am 8. Juli 1625 wegen Ziehung des Heergewettes, der Frauen-Gerade und des Mußtheils besondere Bestimmung gemacht, dem Landesfürsten aber in Erfahrung gekommen ist, daß die Gewohnheit mit Ziehung des Heergewettes, der Gerade und des Mußtheils an etlichen Orten sich wieder einschleichen will und obiger Verordnung entgegen gehandelt wird, dergleichen abgeschaffte Mißbräuche aber nicht wieder einreißen dürfen, sondern vielmehr über dem, was den Unterthanen zum Besten gereicht und zu ihrer Aufnahme verordnet ist, beständig gehalten werden muß: so wird vorerwähnte Constitution wiederholt, dahin bestätigt und erneuert, daß das Heergewette, Gerade und Mußtheil den Unterthanen zum Besten in den hiesigen Landen gänzlich abgeschafft, und unter solchem Scheine und Vorwande aus vorfallenden Erbschaften Niemandem etwas zu fordern oder zu erheben gestattet, noch abgefolgt, sondern alles dasjenige, was in einer Erbschaft vorhanden oder dazu gehörig ist, den Erben, so aus oder ohne Testament von Rechts wegen zu solcher Erbschaft befugt sind, unabbrüchig gelassen und ausgefolgt, auch in hiesigen Gerichten sämmtlich und sonderlich bei sich begebenden Fällen nach dem deutlichen Inhalte dieser Verordnung erkannt, gesprochen und geurtheilt werden soll, es wäre denn, daß eine Erbschaft oder ein Vermächtniß in andere außerhalb hiesiger Lande belegene Bothmäßigkeit, worin das Heergewette, Gerade oder Mußtheil gezogen wird, verabfolgt werden müßte, auf welchen Fall ex justissima talionis seu retorsionis lege hiesige Unterthanen das Heergewette, Gerade oder Mußtheil auf gleiche Maaße und in gleicher Quantität zurück zu behalten befugt sein sollen. Landesf. Verordn. v. 12. Mai 1657.

Heerstraßen.

§. Chausseen.

Hegezeit.

§. Segezeit.

Heide=Abbrennen.

Niemand, wer es auch sei, soll zu Anzündung und Abbrennung der Heide, an welchem Orte auch dasselbe sein möchte, schreiten, oder sich dessen ermächtigen, es sei denn, daß selbiges dem fürstl. Beamten, in dessen Amte der Ort belegen, zuvor angemeldet, von demselben solches vermittelt eines schriftlichen Scheins gestattet, ein Voigt zu der Besichtigung zugegeben, und dann nach Befinden, daß es zulässig, von den Unterthanen, denen es verstattet wird, nöthige Hülfe, um auf jeden Fall die sich etwa ereignende Gefahr abzuwenden, in Bereitschaft gehalten werde, alles so lieb ihnen ist, ernstliche willkührliche auch gestalten Sachen nach Leibes- und Lebensstrafe zu vermeiden. Die Dbrigkeiten und Unterthanen sollen, im Falle dieser Verordnung zuwider gehandelt würde, nicht allein die Dämpfung des Feuers und Abwendung der daraus entstehenden Gefahr und des Schadens, sondern auch die Erfundigung der Thäter, und, daß dieselben an die Aemter zur verwahrlichen Haft gebracht, und andern zum Abscheu gebührend abgestraft werden mögen, sich höchsten Fleißes anlegen sein lassen. Landesf. Verordn. v. 20. April 1655.
cf. Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §. 123.

Heie, Schonen derselben.

§. Holzverwüstung Nro. 4.

Heinrichsstädtische Statuten.

Fürstl. Privilegia, Statuta und Ordnung der Heinrichsstadt v. 25. Januar 1602 *) (neu gedruckt 1731.)

*) Die ältern Privilegien und Statuten waren: Bürgerliche Ordnung, und Artikel-Brief für die Heinrichsstadt v. 13. April 1540 und Privilegien derer, die sich bei der neuen Heinrichsstadt zum Gotteslager am Okerstrome der Julius-Schiffahrt niederlassen, wohnen und handthieren wollen, v. 21. August 1584.

Es soll in der ganzen Stadt Wolfenbüttel, der sogenannten Freiheit und derselben Vorstädte einerlei Recht sein, und sollen, so weit die Statuten der Heinrichsstadt in Observanz sind, solche allerwärts und bis zu weiterer Verordnung gelten. Landesf. Rescript an fürstl. Residenz-Amt und den Magistrat zu Wolfenbüttel v. 26. Octbr. 1747.

Heirathen.

S. Bedemund — Proclamation und Copulation.

Heirathen der Fremden.

S. Proclamation und Copulation.

Heirathen der Forstbedienten.

S. Forstbediente, Verheirathung derselben.

Heirathen der Juden.

S. Judenthüm in Braunschweig §. 13 und 14.

Heirathen der Berg-, Puch- und Hüttenleute.

Denjenigen Oberharzischen Communion-Berg-, Puch- und Hüttenleuten, welche noch nicht in solcher vollen Arbeit und so hinlänglichem Lohne stehen, daß sie Frauen und Kinder ernähren können, soll anderer Gestalt nicht gestattet sein zu heirathen, als wenn sie entweder zu einer andern zulässigen Arbeit und Profession, wovon sie Frau und Kinder ernähren können, sich begeben, oder wegen vorhandener besonderer Umstände von dem Oberharzischen Communion-Bergamte für gut erachtet würde, dem einen oder andern dazu mit Beibehaltung seiner Bergwerks-Arbeit Concession zu ertheilen. Es sollen derowegen diejenigen Berg-, Puch- und Hütten-Arbeiter, welche gewillet sind, sich zu verehelichen, vor ihrer Verlobung solches ihren Vorgesetzten anzeigen, und von dem Oberharzischen Communion-Bergamte zu Zellerfeld einen Schein, daß ihnen solches zugelassen sei, auswirken und beibringen. Und weil oft weitläufige Proceße entstanden sind, wenn Wittwer oder Wittfrauen ohne Vorwissen des Stadt-Magistrats zur andern Ehe geschritten, ehe sie den Kindern erster Ehe Vormünder bestellen lassen, und sich der Güter halber auseinander gesetzt, so sollen diese Scheine dem Raths-Collegio jedes Orts eingeliefert, und darauf, wenn zuvorberst wegen Bestellung der Vormundschaften und was sonst die Rechte erfordern, das Nöthige beobachtet sein wird, von Richtern und Rath Proclamations-Scheine an die Geistlichen ohne Entgelt und Aufenthalt ertheilt werden. Damit auch diese Verordnung sowohl beobachtet, als darüber bestens gehalten werden könne, daß nicht Fremde, welche am Harze heirathen, daselbst ihre Wohnung zu nehmen sich vorherigen Verordnungen zuwider anmaßen mögen; so sollen die auf den Communion-Berg-Scheine beigebracht haben, aufbieten oder gar copuliren, wie denn auch Richter und Räte der Communion-Bergstädte keinem Puch- und Hüttenarbeiter eher einen Proclamations-Schein ertheilen sollen, als bis er ihnen vorerwähnten Verwilligungs-Schein von dem Oberharzischen Communion-Bergamte eingeliefert haben wird. Communion-herrschaftl. Verordn. v. 16. März 1751.

Heirathen der Wittwen.

S. Wittwen, Wiederverheirathung derselben.

Heiraths-Consens.

S. Bedemund — Proclamation und Copulation.

Heirath's-Gut.

S. Erbfolge der Ehegatten.

Helmstädt, Häuslinge daselbst.

S. Häuslinge in Helmstädt.

Helmstädt, Stadtrecht.

Die neu revidirten *) und verbesserten Statuta oder das Stadtrecht eines ehrbaren Rath's der Stadt Helmstädt von 1589 findet überall keine Anwendung mehr; s. landesf. Rescr. v. 6. Juni 1826. (Bege I. p. 177.)

Helmstädt, Universität daselbst.

Die im Jahre 1575 gestiftete Universität zu Helmstädt **) ist im Jahre 1809 aufgehoben, weshalb die sich darauf beziehenden gesetzlichen Bestimmungen keinen practischen Werth mehr haben.

Herbergen.

S. Fremde u. — Bettler — Handwerksgesellen — Handwerksgesellen-Herberge in Braunschweig.

Herrendienst.

Wer den Andern im Herrendienste schlägt, der soll in der Herren Ungnade erkannt werden. Allgem. Landes-Ordn. Art. 76.

S. übrigens: Dienste.

Herrendienst-Führen.

S. Dienste, insbesondere Verordn. v. 22. Februar 1656.

Herrenloses Gefindel.

S. Gefindel.

Herrentage.

S. Feiertags-Ordnung.

Herrschaftliche Reiseführen.

S. Vorspann und Reitpferde bei herrschaftlichen Reisen.

Hessische Gutegroschen und Albus.

S. Gesetz v. 18. Decbr. 1834, die Münz-Versaffung betr., §. 38, und Bekanntmachung des herzogl. Staats-Ministerii v. 1. Juli 1835, die fernere Zulassung der Hessischen Gutengroschen und Albusstücke in den Kreisen Sandersheim und Holzminden im Privatverkehre und die Normirung des Werths dieser Münzstücke betr.; es sind hierdurch die ältern Bestimmungen ***) unpractisch geworden.

*) Das erste Stadtrecht war von 1247.

**) Sie hatte ihren Ursprung von dem 1571 gestifteten Pädagogium zu Sandersheim genommen.

***) Durch das landesf. Circular-Rescript v. 8. Juni 1789 (Br. Anz. v. 1789. Nro. 45.) wurde befohlen, daß, da ein Hessischer Gutegroschen nur zu 11 Pf., ein einfacher Albus zu 8 Pf. und ein doppelter zu 16 Pf. angesetzt sei, diese Münzsorten im Handel und Wandel bei Strafe der Confiscation und einer Geldbuße von 20 Thlr., eventuell einer gleichkommenden Leibesstrafe zu einem höhern, als dem angegebenen Werthe nicht sollten angesetzt oder angenommen werden.

Himten.

S. Elle, Maaß und Gewicht.

Himten in Braunschweig.

Zu Abwendung der Vervorthaltung durch falsches Messen ist verordnet, daß bei Leuten, welche im Kaufe und Verkaufe der Himten und anderer solcher Maaße sich bedienen müssen, keine andere als solche, die mit einer mitten über den Himten gehenden Stange, von welcher wiederum eine andere über die eine Hälfte des Himten geht, versehen und solcher Gestalt beschlagen sind, gestattet, und diejenigen, bei welchen ein anderer, als ein auf diese Art beschlagener Himten bei angestellter Visitation gefunden wird, nachdrücklich bestraft werden sollen. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 5. Febr. 1788. (Br. Anz. v. 1788. Nro. 17.)

cf. Gesetz v. 30. März 1837, die Maaß- und Gewichts-Ordnung betr., §. 8. — Bekanntmachung der herzogl. Landes-Deconomie-Commission v. 16. Juni 1837, die Regulirung der Getreide-Gemäße betr.

Hirschgeweihe.

Niemand soll bei Vermeidung von 3 Thlr. Strafe sich unterstehen, die abgeworfenen und gefundenen Hirschgeweihe so wenig an Auswärtige als an hiesige Unterthanen zu verkaufen, oder sonst zu überlassen, sondern dieselben an die Ober- und Unterforst- und Jagdbedienten liefern, und von denselben für jedes Pfund 2 Mgr. bei geschעהner Lieferung gewärtigen. Fürstl. Cammer zu Blankenb. nomine Serenissimi erlassener Umlauf v. 3. Decbr. 1763. *)

Hirten.

Die von Adel, Beamte, Conductoren, Bürgermeister und Rath in den Städten, auch Communen in der Grafschaft Blankenburg sollen solche Hirten, an denen man sich wegen des von ihnen durch unzulässige Betreibung der jungen Heie verursachten Schadens erholen, und von welchen man die zuerkannte Strafe herbeibringen kann, annehmen, widrigen Falls aber gewärtigen, daß ohne einiges Nachsehen von ihnen selbst die verwirkten Forst-Broden eingefordert und wirklich herbeigetrieben werden. Landessf. Verordn. d. d. Braunschweig den 18. Octbr. 1697.

S. auch: Viehhüten — Holzverwüstung.

cf. Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §. 82.

Hirtenlohn, Befreiung der Kirchen- und Schuldiener in Betreff desselben.

S. Kirchen- und Schuldiener auf dem Lande, wie viele Kühe dieselben auf die Gemeindeweide frei treiben dürfen.

Hochzeiten.

Verlöbniß-, Hochzeits-, Kindtaufs- und Begräbniß-Ordnung v. 28. Octbr. 1646. **)

cf. Verordnung v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul-Angelegenheiten betr., §. 13. — Verordn. v. 28. März 1825, die erneuerte Feiertags-Ordn. betr., §. 8.

*) Ähnliche Bekanntmachungen waren im Fürstenthume Blankenburg schon im Jahre 1707 und unterm 1. April 1724 ergangen.

**) Diese Hochzeits-Ordnung ist zwar die zuletzt ergangene (s. da Roi Anleitung zur Kenntniß der Quellen und Literatur des Braunschw. Wolfenbüttelschen Staats- und Privatrechts p. 158), indes hat auch diese jetzt wohl nur noch historischen Werth.

Wegen des Almosen sammelns bei Hochzeiten f. Armen-Anstalten — Wegen des Schießens bei Hochzeiten f. Schießen.

Hochzeiten im Amte Wolfenbüttel.

Da im Residenzamte Wolfenbüttel die übele Gewohnheit besteht, daß bei Hochzeiten den Zuschauern so viel Bier und Brantwein gegeben wird, als selbige nur trinken, ja einige sogar mit nach Hause nehmen mögen, hierdurch aber zu allerhand Unordnungen Anlaß gegeben wird, so soll diesem Unfuge mit Nachdruck gesteuert werden. Landesf. Rescr. v. 23. Juli 1761.

Hochzeiten in Braunschweig. *)

Demnach mit größtem Mißfallen bemerkt worden, daß bei Gelegenheit der Hochzeiten in hiesiger Stadt sowohl an dem Hochzeitstage selbst, als auch besonders an dem Tage zuvor, nämlich an dem sogenannten Polter-Abende, sich die Handwerksburschen und andere Jungen vor den Hochzeitshäusern häufig versammeln, und durch Lärmen und Werfen mit allerlei Scherben einen ungeziemenden Unfug treiben, so ist solche strafbare Unordnung nicht allein ernstlich und bei Verwarnung unablässiger Gefängnißstrafe untersagt und verboten, sondern auch den Lehrherren und Eltern solcher Jungen ausdrücklich befohlen, auf ihre Lehrlinge und Kinder dieserhalb genaue Aufsicht zu haben, widrigen Falls auch sie selbst wegen des von denselben getriebenen Unfugs mit verhältnißmäßiger Strafe angesehen werden sollen. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 16. Mai 1781. (Br. Anz. v. 1781. Nro. 43.)

Die Strafe für das Zusammenfahren der Gäste bei Hochzeiten der Einwohner mittlern Standes in Braunschweig, **) ist mit landesf. Genehmigung aufgehoben, und hat ein Jeder die völlige Freiheit, seine Gäste durch Miethskutschen zusammen fahren zu lassen. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 13. Septbr. 1782. (Br. Anz. v. 1782. Nro. 76.)

Da das Werfen mit Köpfen und andern alten Scherben vor den Hochzeits-Häusern am Abende vor dem Hochzeitstage wieder mißfälligst bemerkt worden, obgleich solches durch das Verbot v. 28. Decbr. 1782 ***) schon bei Gefängniß-Strafe mit untersagt worden ist, so ist dieses Verbot nicht allein dahin wiederholt, daß außer solchen muthwilligen Burschen auch deren Eltern, Vormünder und Lehrherren, insofern sie mit an diesem Unfuge Schuld sind, ernstlich bestraft werden sollen, sondern es ist auch denen, welche Hochzeit halten wollen, hierdurch nachdrücklich und bei Vermeidung von 2 Thlr. Strafe anbefohlen, von ihrer Hochzeit dem Districts-Commissair Nachricht zu ertheilen, damit dieser wegen der anzustellenden Aufsicht die nöthige Verfügung anordnen könne. Avertissement des fürstl. Polizei-Departem. v. 8. Novbr. 1784. (Br. Anz. v. 1784. Nro. 91.)

Die Verbote gegen den Unfug auf den Straßen sind nochmals erneuert, und ist besonders an dem Tage vor dem Hochzeitstage, als dem sogenannten Polterabende, der Unfug des Lärmens und Werfens mit allerlei Scherben bei den in den Verordnungen bestimmten Strafen verboten worden. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 30. Octbr. 1795. (Br. Anz. v. 1795. Nro. 86.)

E. auch: Unfug und Auslauf auf den Gassen.

cf. Bekanntmachung der herzogl. Polizei-Direction v. 16. Januar 1835. (Br. Anz. v. 1835. Nro. 17.)

*) Für die Stadt Braunschweig sind unterm 19. Februar 1573, 5. Februar 1579, 3. August 1608, 9. Decbr. 1624, 28. Septbr. 1643, 10. Decbr. 1647 und 1. März 1661 besondere Hochzeits-Ordnungen publicirt.

**) Dieses war durch eine Verordnung des Magistrats zu Braunschweig vom 24. April 1716 verboten.

***) E. Unfug und Auslauf auf den Gassen.

Höfe.

S. Bauerhöfe.

Höfe, Abtretung derselben.

Den Unterthanen sollen bei gar jungen Jahren, und ehe sie die annos majorennitatis erreicht haben, keine Güter zugeschrieben werden. Auf landesf. Befehl v. 31. März 1759 durch einen fürstl. Blankenb. Regierungs-Umlauf v. 4. April 1759 bekannt gemacht.

Da zu vermuthen ist, daß die ungewöhnlich häufige Abtretung der Höfe nicht so sehr aus Nothwendigkeit, daß die Väter denselben nicht mehr vorstehen könnten, als vielmehr in der Absicht, die Söhne von dem Landsoldaten-Dienste dadurch loszumachen, geschieht, es aber zum größten Nachtheile der Höfe gereicht, wenn solche den Söhnen zu früh übergeben, und mit dem Altvatertheile belastet werden, so sind die Obrigkeiten befehligt, zu Abwendung des daraus zu besorgenden allgemeinen Nachtheils dem etwaigen Mißbrauche Einhalt zu thun, und des Falls, wenn die Väter ihre Höfe an ihre Söhne abtreten wollen, sowohl überhaupt als insonderheit bei solchen, deren Söhne als Landsoldaten in Diensten stehen, ob die Abtretung der Höfe unumgänglich nöthig, oder nicht vielmehr die Belästigung der Höfe mit dem Altvatertheile denselben nachtheilig sei, streng zu untersuchen, die Ursachen, welche solche allenfalls nothwendig machen, in den davon zu erstattenden Berichten deutlich auseinander zu setzen, in diesen aber das Alter des Vaters sowohl, der den Hof abgeben will, als des Sohnes, der ihn übernehmen soll, genau zu bemerken, und vor erfolgter Genehmigung keinem Landsoldaten den Hof gerichtlich zu übergeben, sondern damit, bis selbige eingegangen, die Verabschiedung des Landsoldaten erkannt, und ein anderer Bursche an seine Stelle ausgenommen worden, anzustehen. Wie denn auch insonderheit die dieserhalb zu erstattenden Berichte sowohl von den Pacht- als Justiz-Beamten alle Mal unumgänglich unterschrieben werden müssen. Landesf. Circular-Rescr. v. 24. Juni 1788.

S. auch: Bauerhöfe — Erbfolge der Kinder.

cf. Gesetz vom 23. Februar 1837, die Verpflichtung zum Kriegsdienste betr., insbesondere §§. 53 und 57.

Höfe, dienstfreie.

S. Dienstfreiheit.

Höfe im Amte Thedinghausen, Dismembration derselben.

Da sich bei der Vermessung des Amts Thedinghausen ergeben hat, daß daselbst sowohl in vorigen Zeiten, als auch nach Errichtung des letzten Contributions-Catasters verschiedene oneröse Bauerhöfe von den Gutsherren zerrissen und die Grundstücke zum Theil ablig und aller Unpflichten frei verkauft, zum Theil in eigene Nutzung gekommen, die darauf haftenden onera dagegen auf den Höfen gelassen sind, dergleichen Dismembrirung aber nicht nur den Landesgesetzen entgegen, sondern auch in den für das Amt Thedinghausen unterm 21. April 1704 und 3. Juli 1714 ergangenen Verordnungen ausdrücklich verboten ist, so ist für nöthig erachtet, solche Maaßregeln zu ergreifen, wodurch diesem gesetzwidrigen Unternehmen für das Künftige gesteuert und das, was bisher zur Ungebühr geschehen ist, remedirt werden kann. Es werden deshalb die oballegirten Verordnungen ausdrücklich erneuert, und es wird in deren Gefolge

1) allen und jeden sowohl in- als ausländischen Gutsherren ernstlich, und unter nachdrücklicher Warung, daß man sich im Uebertretungs-falle an ihren übrigen im Amte Thedinghausen belegenen Gütern schadlos halten wolle, befohlen, daß sich keiner dergleichen unerlaubten Zergliederung oneroser Höfe, oder Veränderung der Meiergüter in Pachtgüter weiter unterfangen solle. Gleicher Gestalt sollen 2) alle und jede, seit der Zeit, da gedachtes Amt an das hiesige fürstl. Haus gekommen, von den Höfen genomme-

von den Gutsherren an sich gezogene, oder auch von allen Abgiften frei verkaufte Grundstücke von denselben, unter eben der Commination, daß man sich widrigen Falls an ihre übrigen in dem Amte belegenen Grundstücke halten werde, in Zeit von sechs Monaten wieder herbei geschafft, bis dahin aber die Contribution davon, nebst andern gemeinen Lasten, von den jetzigen Besitzern derselben, oder von den Gutsherren selbst prästirt werden. Das fürstl. Amt Thedinghausen ist dabei 3) befehligt, auf die Contraventio- nen fleißig zu invigiliren, und, Falls dergleichen vorgehen sollten, solche sofort an fürstl. Cammer zu melden, auch, wenn dem, was im vorstehenden 2. §. verordnet, binnen den präfigirten 6 Monaten nicht gelebt, oder inzwischen von den Inhabern der Grundstücke, oder den Gutsherren selbst, die Contribution und andere praestanda nicht abgeführt wären, davon zu berichten, und welcher Gestalt man sich deshalb erholen könne, Vorschläge zu thun, nicht weniger 4) in Ansehung der Amtsunterthanen, welche von ihren pflichtigen Höfen contribuables Land und Wiesen an Auswärtige frei verkauft, die Obrigkeiten, unter welchen die Käufer wohnhaft, oder die gekauften Stücke belegen, zu requiriren, daß dieselben die Käufer zu Wiederabtretung der gekauften Stücke, und so lange, bis solches geschehen, zu Abführung der darauf haftenden Contribution und sonstigen praestandorum anhalten mögen. Landesfürstl. Verordn. vom 14. August 1766.

Höfe, wüste.

E. Wüste Höfe.

Hofgericht.

Das vor der Westphälischen Regierungsperiode bestehende Hofgericht *) ist nicht wieder hergestellt.

Hofgerichts-Ordnung.

Hofgerichts-Ordnung des Herzogs August v. 17. Juni 1663, **) aus welcher das Wichtigste unter den betreffenden Artikeln angeführt ist.

*) Das Hofgericht hatte in den ältesten Zeiten seinen Sitz zu Braunschweig auf dem Mosthose (s. die Vorreden zu den Hofgerichts-Ordn. v. 1. Novbr. 1556 und v. 3. Januar 1571), dann wurde dasselbe nach Gandersheim verlegt, jedoch unter der Regierung des H. Julius auch von da wieder weggenommen und zu Braunschweig auf dem Kapittel- hause St. Blasii und zu Wolfenbüttel getheilt gehalten (s. Landt. Absch. zu Gandersheim v. 10. Octbr. 1601. §. Zum Andern zc. und Hofger. Ordn. v. 3. Januar 1571. Tit. 1.), zuletzt aber ganz nach Wolfenbüttel verlegt, wo es seinen Sitz bis zu seiner Endschaft behalten hat. (du Roi Anleitung zur Kenntniß der Quellen der Litteratur des Br. Wolf. Staats- und Privatrechts p. 192.) In den Hofgerichten führte der Landesfürst, oder in dessen Namen der Vice-Hofrichter den Vorsitz, und Beisitzer waren Anfangs die ersten Hofbeamten und Ritter, zuletzt wurden zu den ordinären Beisitzern vier gelehrte vom Landesfürsten und vier aus der Landschaft gewählt; (Privilegien der Land- schaft v. 9. April 1770. Art. 12.) außer denselben war das Gericht noch mit einigen extraordinären Beisitzern besetzt. (Hofger. Ordn. v. 1663. Tit. III.)

Das Hofgericht war kein stehendes Gericht, sondern trat zu gewissen Zeiten zusammen; früher geschah dies all- jährlich vier Mal, je auf vier Tage, nach der Hofger. Ordn. v. 1571 wurden diesen jährlichen Hofgerichten noch vier extraordinäre hinzugesetzt, und die Hofger. Ordn. v. 1663 änderte dies dahin, daß sich das Hofgericht jährlich zu drei ordinären und drei extraordinären Sitzungen jedes Mal auf sechs Tage versammeln sollte. (Tit. VII.) Zwischen diesen Hofgerichten durften von den versammelten gegenwärtigen Assessoren, wenn periculum in mora vorhanden war, mandata sine clausula erkannt werden, wie denn auch andere nicht bedenkliche processualische Handlungen, die den Parteien mit keinem Rechte versagt werden konnten, extrajudicialiter von zwei Beisitzern vorgenommen werden durften. (Hofger. Ordn. v. 1663. Tit. VIII.)

Ursprünglich war das Hofgericht für die nach Hofrecht zu entscheidenden Sachen bestimmt, nachher erhielt es eine mit der Justiz-Ganzlei concurrirende durch Prävention und Litispendenz sich begründende Gerichtsbarkeit, mit Ausschluß der Criminal-, Grenz- und einiger andern Sachen; s. Justiz-Ganzlei.

**) Die erste öffentlich publicirte Hofgerichts-Ordnung ist die des Herzogs Heinrich d. J. vom 1. Novbr. 1556, welche unterm 5. August 1559 vom Kaiser Ferdinand I. bestätigt und unterm 5. Septbr. 1559 unter dem Titel einer

Hofmarschall-Amt.

Nach der Aufhebung des privilegierten Gerichtsstandes ist auch die frühere Gerichtsbarkeit des Hofmarschall-Amtes *) nicht wieder hergestellt.

cf. Verordnung v. 15. Januar 1814, die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizei-Versaffung betr., §. 6.

Hoftrauer.

Landesf. Hoftrauer-Reglement v. 30. April 1768, wonach bei allen künftigen Fällen die Trauer nach geschehener Ankündigung bei Hofe eingerichtet und getragen werden soll.

Hofuniform.

Auf landesf. höchste Genehmigung ist es den Hofcavalieren erlaubt, eine bereits genehmigte Hofuniform zu tragen, jedoch mit dem Vorbehalte, daß diejenigen, welche bereits landschaftliche oder Johanniter-Uniformen tragen, die Freiheit behalten sollen, diese oder jene anzulegen, desgleichen, daß es einem Jeden ganz frei bleiben soll, anstatt der Hofuniform wie bisher jede andere angemessene Hofkleidung beizubehalten. Indessen dürfen nur diejenigen, welche wirklich in Hofdiensten stehen, oder als Hofcavaliers dergleichen Charactere bekleiden, diese Uniform anlegen. Bekanntmach. des fürstl. Hofmarschall-Amtes v. 4. Febr. 1796. (Br. Anz. v. 1796. Nro. 12.)

Hoken in Braunschweig

sollen sich des frühzeitigen Aufkaufs auf den Wochenmärkten enthalten; s. Wochenmärkte in Braunschweig.

Hokenhandel.

Da zwischen der Kaufgilde und den privilegierten Hoken nicht selten Streit entsteht, mit welchen Waaren und in welcher Maaße die letztern zu handeln berechtigt sind, so ist den Stadtoberkeiten unten folgendes ausführliche Verzeichniß aller der Waaren, die zum Hokenhandel künftig gerechnet werden sollen, zugefertigt. Es ist jedoch solches mit der Einschränkung zu verstehen, daß die Hoken von allen solchen Waaren nur Meße-, Pfund-, Schock-, Stück-, Groschen- und Pfennigweise, keinesweges aber en gros etwas davon verkaufen dürfen, es wäre denn, daß dergleichen Waaren bei den Kaufleuten und Victualien-Händlern einer Stadt nicht in gesuchter und verlangter Quantität, oder wohl gar nicht zu haben wären. Auch sollen

renovirten und verbesserten Hofgerichts-Ordnung sammt angehängter Kaiserl. Confirmation öffentlich publicirt wurde. Eine neue Bearbeitung derselben fand unter der Regierung des Herzogs Julius Statt, der diese verbesserte und vermehrte Hofger. Ordn. unterm 3. Januar 1571 publiciren ließ. Auf diese folgte die oben angeführte letzte Revision unter dem Herzoge August v. 17. Juni 1663. (S. du Roi Anleitung zur Kenntniß der Quellen und der Litteratur des Braunsch. Wolfenb. Staats- und Privatrechts. §. 135 sqq.)

- *) Diese erstreckte sich Anfangs über den gesammten Landesadel, indeß wurde dem Marschall-Amte nachher die Jurisdiction über die Ritterschaft genommen und den höhern Justiz-Collegien beigelegt, wonach dasselbe nur noch über persönliche Klagen gegen die Hofbedienten, wenn sie nicht über 300 Thlr. betrugen, erkannte und solche Verbrechen derselben, die außerdem vor die Untergerichte gehört haben würden, bestrafte. Außerdem standen die Hofbedienten unter der Justiz-Canzlei und in Ehefachen unter dem Consistorium. Nachdem das Hofmarschall-Amt durch das Reglement v. 21. April 1740 für ein Obergericht erklärt war, fanden Appellationen gegen Erkenntnisse desselben an die Justiz-Canzlei nicht mehr Statt. (S. v. Liebhabers Einleitung in das herzogl. Braunsch. Lüneb. Landrecht. 1. Abt. p. 129.)

Durch das landesf. Edict v. 7. März 1802 wurde der Aebtissin zu Gandersheim die Errichtung eines besondern Hofmarschall-Amtes zu Braunschweig gestattet, von dem die Appellation, wenn das objectum litis über 100 Thlr. betrug, an das Hofgericht ging.

sollen sich die Obrigkeiten zum Principe nehmen, daß unter dem Namen eines Hofen eigentlich nicht ein Victualienhändler zu verstehen ist, welcher den Victualien-Waarenhandel gildemäßig erlernt hat, und entweder in einer eigenen Victualien-Handlungsgilde oder in der Kaufmanns-Innung mit steht, und die Waaren, die er mit den Hofen gemein hat, nicht in solchem Detail, wie den Hofen gestattet ist, verkaufen muß, und daß also, wenn in den den Hofen erteilten Concessionen des Handels mit Victualien zugleich erwähnt wird, solches dennoch bloß von solchen Waaren zu verstehen ist, die nur zum Hofenhandel gerechnet werden. Hiernach sollen also auch die jedesmaligen Beschwerden der Kaufleute wider die Hofen entschieden werden. Landesf. Rescr. an alle Landstädte v. 21. August 1766.

B e r z e i c h n i ß
der zum Hofenhandel gehörigen Waaren.

Häring,
Stockfisch,
Schollen,
Meyfisch,
Stint,
Klippfisch,
Bütte,
Havelhecht,
Bücking,
Dorsch,
Cabliau,
Lachs,
Neunaugen,
Muscheln,
Nehaal,

und alle andere eingesalzene, geräucherte und gedörrte
Fische, ausgenommen Austern und Sardellen.

Ferner :

Gemeines Del,
Thran,
Käse,
Butter,
Theer,
Pech,
Honig,
Salz,
Seife,
Lichte,
Speck,
Schmalz,

Eier,
Lein,
Kreide,
Bieressig,
Kienruß,
Zunder,
Schuhwachs,
Schuhpinnen,
Feuersteine,
Besen,
Inländischer Blätter- und Kollentaback,
Pfeifenköpfe,
Schwefelsticken und Faden,
Löpfe,
Gemeine Pfeifen,
Hirse,
Mohn,
Hafer- und Buchweizen-Grüge,
Kocherbsen,
Bohnen,
Rüben,
Möhren,
Linsen,
Winter- und Sommersaat,
Lein,
Hanskörner,
Mehl,
Senf,
Allerlei Gartengewächse und Obst.

cf. Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 18. April 1819. (Bege I. p. 432.) — Tarif des
Gewerbesteuer-Gesetzes v. 4. April 1837. *)

*) Es werden hiernach nur in Städten Hofenhändler zugelassen; eine zeitgemäße Feststellung der Handels-Befugnisse der Hofen und der Victualien-Händler wird nächstens durch einen Beschluß der herzogl. Landes-Direction erfolgen.

Hofenhandel in Wolfenbüttel.

Zu Abschaffung der Mißbräuche und Einführung guter Ordnung ist nachstehende Hofen-Ordnung verfertigt: 1) wird hierdurch zur Vermeidung aller Irrungen erklärt, daß man unter dem Namen eines Hofen eigentlich nicht einen Victualienhändler verstehe, welcher die Handlung mit Gewürz und Materialien, Thee, Kaffee, Zucker, Kanaster, fremdem Taback, Baumöl, auch allen Hofenwaaren gilmäßig erlernt haben, und entweder in einer eigenen Victualiengilde oder in der Kaufmanns-Innung mit stehen muß. Es wird dennoch aber von einem Hofen erfordert, daß er die Waaren kenne, mit welchen er handeln will, und den Handel derselben verstehe, ohne welche Eigenschaft er dem Publicum und sich selbst mehr schädlich als nützlich ist, und ihm der Hofenhandel nicht gestattet werden soll. 2) Wer nun als ein Hofe daselbst aufgenommen oder geduldet sein will, der muß sich zuvörderst bei dem fürstl. Polizei-Amt melden, wegen seines guten Lebenswandels richtige Zeugnisse beibringen, seine ehrliche Geburt bescheinigen, und hinlänglich anzeigen, woher er die Mittel, und wie viel zu Anlegung eines künftigen Hofenframs er anzuwenden gedenke und vermöge. 3) Die Concession zur Hoferei ist ebenfalls bei dem fürstl. Polizei-Amt zu suchen, welches nach eingeholter Ratification solche erteilt; *) es muß aber der Hofe, sobald er die Concession erhält, wenn es nicht bereits geschehen, das Bürgerrecht gewinnen, **) und seine eigene häusliche Wohnung haben; bevor es aber damit seine gute Richtigkeit hat, darf er bei 10 Thlr. Strafe keine Hoferei anfangen und treiben. 4) Wer ein Handwerk, eine Profession oder bürgerliche Nahrung treibt, darf eine Hoferei so wenig, als die Polizei- und Magistrats-Bedienten treiben, dergleichen kein Soldat, noch dessen Ehefrau, es wäre denn nach vorbeschriebener Untersuchung und aus dringenden Ursachen auf eingegangene landesf. Dispensation dem einen und dem andern concedirt worden, mit einigen Hofenwaaren zu handeln, welche alsdann ausdrücklich zu benamen sind, und ist diese Freiheit über die gesetzten Grenzen nicht zu extendiren, alles bei Verlust der Waaren und 10 Thlr. Strafe. ***) 5) Ein Hofe soll für Einschreibung seines Namens in die Hofenrolle 6 Mgr. und jährlich 2 Mariengulden pro canone ans fürstl. Polizei-Amt, alle Mal auf Michaelis, sub poena dupli entrichten. 6) Dahingegen soll einem obgedachtermaßen recipirten Hofen mit nachstehenden Waaren, als Häring, Stockfisch, Schollen, Meißfisch, Stint, Klippfisch, Bütteln, Havelhecht, Büding, Dorsch, Cabliau, Lachs, Neunaugen, Muscheln, Neßaal und anderen eingesalzenen, geräucherten und gedörrten Fischen, (Austern und Sardellen ausgenommen,) ferner mit gemeinem Del, Thran, Käse, Butter, Theer, Pech, Honig, Salz, Seife, Lichten, Speck, Schmalz, Eiern, Leim, Kreide, Bieressig, Kienruß, Zunder, Schuhwachs, Schuhspinnen, Feuersteinen, Besen, inländischen Blätter- und Röllentaback, Pfeifenköpfen, Schwefelsäcken und Faden, Töpfen, gemeinen Pfeifen, Hirse, Mohn, Hafer- und Buchweizengrütze, Kocherbsen, Bohnen, Rüben, Lein, Möhren, Linsen, Winter- und Sommersaat, Hanskörnern, Mehl, Senf, Gartengewächsen, Obst und Kornbranntwein, jedoch mit der Einschränkung zu handeln erlaubt sein, daß er von allen nur Mezen-, Pfund-, Schock-, Stück-, Groschen- und Pfennigweise, keinesweges aber davon etwas en gros, Centnerweise verkaufe, es wäre denn dergleichen Waare bei den dasigen Kaufleuten und Victualienhändlern nicht in gesuchter und verlangter Quantität, oder wohl gar nicht zu haben. 7) Wer ohne erlangte Concession mit Hofenwaaren handelt, der soll nicht allein mit 10 Thlr. bestraft, sondern es sollen auch dessen sämtliche Waaren confiscirt werden. †) 8) Kein Hofe soll an zwei Orten feil haben, ††) sondern entweder in seinem Hause, oder, so ihm darin die Gelegenheit fehlt, in einer Bude hofern. 9) Es soll kein Hofe bei 5 Thlr. Strafe seine Bude an einen andern Ort, als auf den ihm angewiesenen Platz setzen, noch solchen

*) cf. Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837. §. 18.

**) cf. Allgemeine Städte-Ordnung v. 4. Juni 1834. §. 18.

***) cf. Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837. §. 49 aqq.

†) cf. Ebendaf. §§. 50 und 54.

††) cf. Ebendaf. §. 35.

Ort nach eigenem Willen und Gefallen verändern. Wie denn keinesweges durch die Buden die Passage zu beengen und zu hindern ist, die Hoken auch mit den Leuten, welche ihre Waaren vom Lande zum Verkaufe auf den Markt bringen, nicht durcheinander sitzen sollen. 10) Welcher Hoke eine Tonne Butter, Käse, Häring und Fischwerk ohne Beisein des Marktmeisters aufschlägt, und so oft er frische Waaren bekommt, solches demselben nicht anzeigt, der soll jedes Mal mit 2 Thlr. bestraft werden. 11) Kein Hoke darf bei ausgesteckter Fahne an den Markttagen und den Abend vorher etwas auf Wiederverkauf einkaufen, noch von dem, was außer den Jahr- und Wochenmärkten zum Verkaufe zur Stadt kommt, etwas erhandeln, es habe denn die Waare 3 Stunden auf dem Markte feil gestanden, am Wenigsten aber vor den Thoren einen Vor- und Aufkauf treiben, alles bei 20 Thlr. Strafe und Confiscation der Waare. 12) Wer alte verlegene und verdorbene Waare, desgleichen alte Häringe für frische debitirt, soll das erste Mal mit 10 Thlr., im Wiederholungsfalle aber mit Verlust des Hokenhandels bestraft werden. 13) Wer unrichtige und von dem fürstl. Polizei-Amte nicht rectificirte Maaße, Waagen und Gewichte hat, soll für jedes unrichtige und nicht gestempelte Stück eine Heinrichstädtsche Mark Strafe erlegen, derjenige aber, so falsch wiegt oder mißt, und solcher Gestalt den Käufer vervortheilt, doppelt so hoch bestraft werden. *) 14) Auch soll kein Hoke bei 2 Thlr. Strafe sich erlauben, verdorbene stinkende Waare und faules Wasser von Häringen und eingewässerten Seefischen auf die Gassen zu werfen und zu gießen, vielmehr erstere durch einen Karrenfahrer aus der Stadt an einen Abort wegschaffen, und das faule Wasser beim Ausfluß in die Oker gießen lassen. 15) Wie nun ein Hoke sich möglichst zu befeßigen hat, daß er gute und untadelhafte Waare erhalte, so soll er auch bei Verlust der Concession solche um einen gerecht billigen Preis verkaufen, zu welchem Ende ein jeder Hoke an sein Haus oder seine Bude eine Tafel zu hängen, und darauf die Preise der Waaren zu verzeichnen, auch von diesen eine Preiskarte monatlich dem fürstl. Polizei-Amte unangefordert einzureichen schuldig sein soll. Sollte sich dann wider Verhoffen finden, daß der Preis nicht gerecht und billig wäre, so soll die Waare nach Fallen und Steigen obrigkeitlich geschätzt, und derjenige mit 2 Heinrichstädtschen Mark bestraft werden, der die Taxe überschreitet, die Waaren nebst ihrem Preise auf obbesagte Tafel nicht verzeichnet, und gedachte Preiskarte den ersten Tag jedes Monats nicht einliefert. 16) Auch soll kein Hoke bei 5 Thlr. Strafe Branntweinsgäste setzen, ob ihm gleich bis zu anderweiter Verordnung verstattet ist, Branntwein einzeln zu verkaufen, und es hat nach dem Sabbats-Edicte dabei sein Verbleiben, daß an den Wet- und Sonntagen vor geendigtem Nachmittags-Gottesdienste bei 20 Thlr. Strafe keine Bude zu öffnen ist, noch einige Hokenwaaren zu verkaufen sind. **) Landesf. Hoken-Ordnung für die Stadt Wolfenbüttel v. 6. März 1751.

Holz.

S. Bau-, Nutz- und Brennholz — Brennholz.

Holz, Abgabe davon in den Thoren zu Braunschweig und Wolfenbüttel.

S. Brenn- und Nutzholz, Abgabe davon ic.

Holz, Auf- und Verkauf desselben in Braunschweig.

Der Auf- und Verkauf des Brennholzes vor den Thoren ist nochmals ***) gänzlich, und zwar der Gestalt unterlagt, daß derjenige, so des Falls betreten und überführt werden wird, entweder 10 Thlr. Strafe ohne Erwartung einiger Remission bezahlen, oder aber, Falls er solche Strafe zu erlegen nicht vermögsam sein würde, mit Gefängnißstrafe belegt werden soll. Damit nun auf dergleichen Contraven-

*) cf. Maaß- und Gewichts-Ordnung v. 30. März 1837. §§. 31 und 42.

**) cf. Feiertags-Ordnung v. 28. März 1825. §§. 5 und 13.

***) S. Lebensmittel, Auf- und Verkauf derselben in Braunschweig.

tionen desto besser Acht gegeben, und selbige gehörig angezeigt werden mögen, so soll dem Denuncianten, dessen Name, so viel immer möglich, verschwiegen werden wird, von gedachten 10 Thlr. Strafgeldern der dritte Theil gereicht werden. Verordn. des Magistrats zu Braunschweig v. 24. August 1751. (Br. Anz. v. 1751. Nro. 74.)

Auf höchsten Befehl ist den sämtlichen Cichoriencaffee-Fabricanten zu Braunschweig der Aufkauf des Brennholzes auf den Wochenmärkten daseibst bei 5 Thlr. Strafe auf jeden Contraventionsfall untersagt, auch denselben bei gleichmäßiger Strafe, welche sowohl in diesem als im ersten Falle zur Halbschied dem Denuncianten anheim fallen soll, aller Vorkauf des Holzes vor den Thoren verboten worden. Avertissements des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 17. Novbr. 1789, erneuert am 15. Juli 1790, 10. Octbr. 1792 und 31. März 1798. (Br. Anz. v. 1789. Nro. 92, v. 1790. Nro. 56, v. 1792. Nro. 80 und v. 1798. Nro. 28.)

S. auch: Wochenmärkte in Braunschweig Nro. 7 und 10. — Lebensmittel, Auf- und Vorkauf derselben in Braunschweig.

Holz, Auslaugen desselben in Braunschweig.

S. Okerkanäle und Gräben in Braunschweig.

Holz, Trocknen desselben in Rauchlöchern und bei Fesen in Braunschweig.

S. Feuergefähr, Abwendung derselben in Braunschweig.

Holz, Vorkauf desselben in Braunschweig.

S. Holz, Auf- und Vorkauf desselben in Braunschweig.

Holzanforderungen.

S. Forst- und Schreibtage.

Holzafche.

S. Feuergefähr, Abwendung derselben in Braunschweig.

Holzberechtigungen.

S. Holzverwüstungen.

Holzberechtigungen in den Harzforsten.

Man ist erbötig, daß die Unterthanen das Bauholz, Dielen und Latten um ein Billigmäßiges vor den Fremden bemächtigt sein sollen und, weil des Falls über großen Mißbrauch geklagt wird, die Vorsehung zu thun, daß mit Zuziehung etlicher und zwar der Landstände, so dem Harze am nächsten gelegen, eine Inquisition angeordnet werde. Landtags-Absch. v. 1619. Art. 15.

Die Hude, Trift, Weide, Holz- und Mastungs-Gerechtigkeit in allen obgemeldeten Forsten (Oberharzischer, Zellerfelder und Wildemänner) bleibt den fürstl. Aemtern, Bergstädten, auch Amts- und Communen-Unterthanen in Städten, Flecken, Dörfern, Hütten und Mühlen ohne einige Hinderung, Schmälerung oder Turbation zuständig, jedoch so weit dieselbe ein Jeder beständig hergebracht, insonderheit soll den fürstlichen Aemtern Harzburg, Seesen und Staufenburg an Bau- und Brennholze zu eigenem Behufe, wie auch nothdürftiges Nutzholz, zu dem Amts-Ackerwerk benöthigt, ohne einigen Forstzins unweigerlich von dem Forstamte ausgewiesen und abgefolgt werden; jedoch, daß zum Behufe des Bauholzes, insonderheit zu neuen Gebäuden Behuf des Amtes, ein richtiger Ueberschlag von den fürstl. Beamten

und Oberförstern vorher gemacht, auch die Küchenheie zum Behufe des Brennholzes den Aemtern durch die Förster unweigerlich und unaufhältlich an den nächst gelegenen Orten angewiesen werden. Das Dielenholz betreffend, sollen jedem fürstl. Amte zu nothwendiger vorfallender Ausbesserung jährlich so viele gute Sägeblöcke, als zu drei Fuder Dielen von Nothen, ohne Forstzins auf dem Stamme an- und angewiesen; wenn aber bei vorbemeldeten Aemtern neue zu demselben gehörige Gebäude über kurz oder lang der Nothwendigkeit nach anzurichten, solle zum Behufe der Dielen, so viel deren dazu nöthig sein werden, ein richtiger Ueberschlag von den fürstl. Beamten und Oberförstern bei einzunehmendem Augenschein gemacht, und sollen so viele Sägeblöcke, als dazu nothwendig erfordert werden, auf dem Stamme ohne Forstzins angewiesen werden. Hildesh. Recept v. 12. Mai 1649. Art. 14 und 15.

Was das *jus lignandi* anbelangt, ist selbiges dahin festgestellt worden, daß, gleich wie den fürstl. Aemtern und Unterthanen die Holzungs-Gerechtigkeit nach dem Hildesh. Recepte ohne Schmälerung verbleiben und daher denselben das Bau- und Brennholz, und zwar das erstere, wie es der Haushalt nothwendig erfordert, auch zur nöthigen Erweiterung und Reparation der Gebäude, imgleichen zur nöthigen Erbauung neuer Gebäude auf wüsten Stellen, aus den Communions-Forsten abgefolgt werden, also hingegen auch an Seiten der Aemter und Gerichte zu einer guten Deconomie und Holz-Menage alle Beförderung geleistet und wegen der Anschläge Behuf der Gebäude es nach bisheriger Observanz der Gestalt gehalten werden solle, daß insonderheit bei Hauptgebäuden die Revier-Oberforstbedienten die Besichtigung mit den Beamten *conjunctim* vornehmen, auch, wenn wegen der Attestate über die Nothdurft des Holzes Zweifel vorfallen würde, dem Communions-Forstamte frei stehen solle, deswegen Erkundigung einzuziehen, da denn, wenn nachher Schwierigkeiten oder Bedenken obhanden wären und beiderseitige Berghauptmannschaft sich darüber nicht verstehen könnte, davon an beiderseitige Cammern referirt werden solle. Und ob zwar fürstl. Wolfenb. Seits nicht verlangt wird, daß die fürstl. Unterthanen, welche die Holzgerechtigkeit in den Communions-Forsten hergebracht, aus andern Forstrevieren, als denen, woraus sie dem Herkommen nach das nothdürftige Holz vorhin bekommen haben, die Holzanweisung regulariter zu fordern haben sollen, so ist doch hingegen für billig agnoscirt und gemeinschaftlich festgestellt worden, daß der Haushalt in den Communions-Forsten so eingetheilt werden solle, daß die fürstl. Aemter und Unterthanen obgedachtermaßen ihre benöthigte Holzung aus den Forstrevieren, worin sie berechtigt, haben und empfangen können, wobei noch ferner beiderseits verwahrt werden, daß, wenn der ganze Punkt *ratione juris lignandi* von dem einen oder andern Theile nicht ratificirt werden sollte, man die ganze Materie des *juris lignandi ad compromissum* aufgestellt haben wolle. Burgdorffsches Conferenz-Protocoll v. 3/9. Decbr. 1736. §. 15, welches durch das landesf. Rescr. v. 18. April 1737 den Aemtern, um striete darauf zu halten, zugesertigt ist.

Reglement wegen Besichtigung der Gebäude in den Harzämtern und der Stadt Seesen behuf Verwilligung des Bauholzes aus der Communions-Forst v. 16. Decbr. 1737. Rescr. v. 16. Decbr. 1737, wodurch dieses Reglement zur Befolgung mitgetheilt wird.

Da man beim Communions-Forstamte sich hat anmaßen wollen,

- 1) wegen des von dem Beamten der mit der Holzungs-Gerechtigkeit in den Communions-Forsten interessirten fürstl. Aemter verlangten Nutzholzes das Bedürfniß desselben durch die Communions-Förster mittelst Nachsehung der Vorräthe zu untersuchen;
- 2) eine gleiche Besichtigung wegen des, gedachten fürstl. Aemtern verwilligten und verabsolgten Bauholzes darüber, ob solches Holz
 - a) sämmtlich, und
 - b) *ad destinatum usum*
 verbraucht worden, anzustellen, auch

3) diese letztere Untersuchung in Absicht der berechtigten Unterthanen auf gewisse Weise vorzunehmen, so ist davon referirt und folgende Veranstaltung darunter beliebt und verordnet:

Wie in Absicht des ersten Punkts bekanntermaßen

a) sowohl in den Hildesheimischen als Burgdorfischen Recessen gar nichts von einer dergleichen Untersuchung in Absicht des Nußholzes erwähnt, sondern in beiden expresse disponirt ist, daß und welcher Gestalt nur allein bei dem zu verabsolgendenden Bauholze für solche fürstl. Aemter das Bedürfniß untersucht und bescheinigt werden solle, so soll auch hierunter lediglich den Worten der Reccesse um so mehr pure inhärirt und der obgedachten Präntention des Communion-Forstamtes ratione des Nußholzes nicht nachgegeben werden, da

b) der in dem 15. §. gedachten Hildesh. Reccesse bei dieser Materie befindliche Ausdruck: des nothdürftigen Nußholzes, darunter keine interpretationem extensivam zu involviren vermag, sondern vielmehr aus den gleich darauf folgenden Worten dieses §., jedoch daß NB. zum Behufe des Bauholzes ic. ein richtiger Ueberschlag von den fürstl. Beamten und Oberförstern vorher gemacht werde ic. klärlich abzunehmen ist, daß a paciscentibus die Untersuchung und Bescheinigung des Bedürfnisses nur allein auf das Bauholz restringirt worden, auch

c) den Pächtern solcher fürstl. Aemter die Holzungs-Gerechtigkeit nomine Serenissimi und auf eben die Maaße, wie selbige vom Landesfürsten selbst bei der etwaigen Administration und eigenen Nutzung sothaner Aemter exercirt würde, zu Statuten kommen muß, und

d) es um deswillen desto bedenklicher fällt, bei dergleichen Anforderungen einen Zweifel in deren Richtigkeit zu setzen und solche der Dijudicatur und Entscheidung eines Communion-Försters allein aussetzen zu wollen.

Bei dem zweiten und dritten Punkte hingegen sollen

a) die beiden Fälle, ob das verwilligte Bauholz gar nicht verbaut, sondern zum Verderben liegen geblieben, oder ob das erhaltene Holz ad destinatum usum verwandt sei, unterschieden, bei beiderlei aber wiederum

b) darauf attendirt werden, ob die Quästion einen berechtigten Unterthanen, oder ein fürstl. Amt selbst betrifft, und sodann

c) wegen des gar nicht verbauten Holzes in Absicht der Unterthanen die nach dem Berichte diesseitiger Berghauptmannschaft introducirte Veranstaltung, daß nämlich von den fürstl. Aemtern auf Ansuchen der Communion-Revier-Forstbedienten die Nachsicht des Falls von den Amts-Unterbedienten mit Zuziehung und im Beisein gedachter Communion-Forstbedienten angestellt, und denjenigen Unterthanen, die das erhaltene und noch vorhandene Holz gar nicht mehr bedürfen, oder doch nicht so bald, als die Abwendung des Verderbens des Holzes es erfordert, verbrauchen können, solches abgenommen und andern Solicitanten gegeben werde, ferner, jedoch der Gestalt beibehalten werden, daß dadurch dem Communion-Forstamte keine Cognition und Ahndung darin zugestanden, sondern solche den fürstl. Aemtern alle Mal reservirt bleibe.

Bei dem den fürstl. Aemtern verabsolgendenden Bauholze hingegen soll diese Anstalt nicht Statt haben, da nicht nur die Beamten obrigkeitliche Personen sind, die vermöge ihres officii und ihrer Pflichten die Unterthanen zu dem Verbrauche des bekommenen Holzes und, daß damit überall die gehörige Menage nach Vorschrift und Recess beobachtet werde, anhalten müssen und deßhalb die Präsumtion für sich haben, daß sie selbst sich dergleichen verbotene Contraventionen nicht werden zu Schulden kommen lassen, sondern auch der vorherige in Absicht der Unterthanen ratihabirte modus der Nachsichtung auf die Beamten ebenfalls nicht quadriert, weil man selbige den von ihnen dependirenden Amts-Unterbedienten und zugezogenen Communion-Förstern nicht committiren kann.

Anlangend hingegen den Punkt, wenn das aus den Communion-Forsten erfolgte Holz nicht ad destinatum usum verbraucht worden, so ist des Falls die landesf. Intention, daß, weil sich in Absicht der fürstl. Aemter in dem Burgdorffschen Receffe, und den sämmtlichen bei dem nachherigen Compromiß ergangenen Acten niemals findet, daß darin der fürstl. Aemter mit gedacht, sondern die Quästion nur alle Mal dahin:

wenn ein Unterthan das Holz zu anderem Behufe, als wozu es ihm verabfolgt worden, verwandt hat, gegangen, auch jezt nicht nachzugeben sei, daß diese Quästion auf die fürstl. Aemter extendirt werde.

In Absicht der Unterthanen aber soll, obgleich in dem Burgdorffschen Receffe dieser Punkt sowohl generaliter ratione cognitionis, als wegen der Bestrafung ad compromissum ausgesetzt und nachher von dem bei diesem erfolgten laudo an die Reichsgerichte appellirt worden, folglich solche Quästion bisher noch unentschieden geblieben, und bei solcher Bewandniß dem Communion-Forstamte ebenfalls die vorgeschlagene Nachsicht der Communion-Forstbedienten pure nicht zu concediren sein würde, dennoch, um darunter alle Willfährigkeit möglichst zu bezeigen, gestattet werden, daß bei der oberwähnten und ratificirten Nachsicht der Unter-Amtsbedienten mit den Communion-Forstern nach dem unverbaueten Holze auch auf diesen Punkt mit attendirt, jedoch

a) dabei ausdrücklich reservirt werde, daß dadurch die unausgemachte Hauptsache und darin erhobene Appellation nicht auf die geringste Weise präjudicirt oder alterirt werde;

b) die davon gefundenen Contraventions-Fälle ferner von den fürstlichen Aemtern gleich nach der davon erhaltenen Nachricht genau untersucht, und, ohne solche auf die Land-Gerichte zu verschieben, an fürstl. Cammer zur weiteren Verfügung gemeldet werden sollen.

Es wird also diese landesf. Willensmeinung hierdurch bekannt gemacht, und ist solche in den vor kommenden Fällen auf das Genaueste zu befolgen, auch hat sich das Amt auf keine Weise die angezogenen Mißbräuche und Contraventionen so wenig in Absicht des Nugholzes als des verwilligten Bauholzes zu Schulden kommen zu lassen, dem obgemeldeten Forst-Gegenreuter und Secretair darunter mit den verlangten Nachrichten nach Eid und Pflicht bei Anstellung der ihnen aufgegebenen Nachsicht und Erkundigungen an die Hand zu gehen, sonst aber keinem Communion- Ober- und Unter-Forstbedienten ohne ausdrückliche Ordre darunter einige Nachsichung und Untersuchung zu gestatten, wobei es übrigens

ratione der Revision und Attestirung der Bauanschläge bei dem, was des Falls in den Recessen verordnet und danach bisher beobachtet worden, ferner ohne Aenderung zu lassen und überhaupt dabei alle Mal darauf pflichtmäßig zu attendiren ist, daß, wie in allen, also auch in obigen Angelegenheiten, durch des Amts Veranlassen zu keinen Differenzen und Streitigkeiten mit der Communion Gelegenheit gegeben, landesf. Gerechtsamen aber auch nicht präjudicirt werde. Rescr. fürstl. Cammer v. 22. Decbr. 1764.

Wegen der Verabfolgung des Nugholzes auf dem Stamme; s. Vergleich zwischen den beiderseitigen Berghauptmannschaften v. 11. Mai 1780, den Unterthanen nach Vorschrift des Rescripts fürstl. Cammer v. 23. Juni 1780 bekannt gemacht.

Da die wechselseitige Abtretung der landeshoheitlichen Rechte und die durch die in dem gegenwärtigen Receffe enthaltenen Verabredungen der bisher auf die Communion ihre Beziehung gehabtten besondern Receffe und Verträge nur in so fern, als in Ansehung derselben in den vorstehenden Paragraphen keine Aenderung getroffen ist, ihre Anwendung finden, so behalten der Hildesheimische Receß v. 12. Mai 1649 und das Burgdorffsche Conferenz-Protocoll vom Jahre 1736, nicht minder die in civilibus und ecclesiasticis vorhandenen Receffe, in Ansehung der ferner bleibenden Communion, ihre vollkommene Kraft und wechselseitige Verbindlichkeit. Communion-Harz-Theilungs-Receß v. 4. Octbr. 1788. §. 49.

Reglement, wie es bei der durch die anno 1789 geschehene Theilung der ehemaligen Communion-Harzforsten veränderten Verfassung in den aus solchen Forsten mit freiem Holze berechtigten fürstl. Aemtern

Harzburg, Staufenburg, Langelsheim und Seesen sammt den dazu gehörigen Städten, Flecken und adelichen Gütern mit der Anforderung, Verwilligung und Verabfolgung des Bauholzes gehalten werden soll, v. 30. März 1792.

cf. Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 16. Septbr. 1822. (Bege III. p. 107.) — Desgl. v. 4. März 1825. (Bege III. p. 126.) — Reglement des herzogl. Staats-Ministerii v. 5. Mai 1835 über den Geschäftsgang bei den Bauholz-Anforderungen der in den herzogl. Forsten mit freiem Holze berechtigten Unterthanen in den herzogl. Aemtern Harzburg, Lutter am Barenberge und Seesen. — Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §§. 130 sqq.

Holzdeputate.

S. Deputate an Holz, Wäsen und Kohlen.

Holzdieberei.

S. Forstwogen — Flößholz.

Holzdieberei an den Kunst-, Puch- und Hüttengräben.

Diejenigen, welche bei der Dieberei an den Kunst-, Puch- und Hüttengräben auf dem Communions-Harze sich betreten lassen, oder auch dessen nachgehends überführt werden, sollen ohne einiges Nachsehen mit dem Halßeisen (S. Schandpfahl) bestraft und daran einige Stunden lang behalten werden. Zellerfeldsche Bergamts-Verordn. v. 19. Octbr. 1720.

cf. Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §. 59.

Holzentwendungen in Braunschweig.

Holzentwendungen, welche von den Tannenholzführen auf dem Wege vom Magazine zu Braunschweig bis zum Hause des Käufers während des Fahrens geschehen, sollen auf höchsten Befehl mit öffentlicher Ausstellung und Anschließung an den Straßpfahl (S. Schandpfahl), und wer Tannenholzküste an sich kauft, mit einer Gelebuße von 5 Thlr. bestraft werden. Die Denuncianten sollen die Hälfte der beigegebenen Geldstrafe erhalten, und soll, wenn es irgend thuntlich, der Name derselben verschwiegen werden. Bekanntmachung des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 15. Novbr. 1797. (Br. Anz. v. 1797. Nro. 90.) Erneuert am 24. Febr. 1798. (Br. Anz. v. 1798. Nro. 17.), desgl. am 2. Novbr. 1798. (Br. Anz. v. 1798. Nro. 87.)

cf. Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §. 56.

Holzerparung.

S. Bauen im Weser-Districte — Backöfen im Weser-Districte und im Amte Greene — Forst- und Schreibtage im Weser-Districte — Dörfer, Verwahrung derselben.

Holzführen.

S. Kohlen-, Erz-, Holz- und andere Führen.

Holzführen, herrschaftliche.

S. Brennholz, Anfahren desselben für die fürstl. Hoffstätten und Magazine.

Holzgeschworene.

S. Holzverwüstung — Anpflanzung junger Bäume.

Holzgesuche.

S. Bau-, Nutz- und Brennholz.

Holzhandel in Braunschweig.

Landesf. Verordnung v. 7. April 1760, den Holzhandel auf den Privat-Niederlagen in und vor Braunschweig betr. — Landesf. Verordn. v. 11. April 1760, den Holzhandel auf den Privat-Niederlagen vor dem Fallersleber Thore betr. (Br. Anz. v. 1760. Nro. 38.)

S. auch: Holz, Auf- und Verkauf desselben in Braunschweig.

Holz-Interessenten, Beitrag derselben zur Besoldung der Forstbedienten.

S. Gesetz v. 16. Octbr. 1831, die Beiträge der Privat-Forstbesitzer zu den Besoldungs-Kosten des herzogl. Forstpersonals betr. *)

Holzkohlen, Aufbewahrung und Verkauf derselben in Wolfenbüttel.

Den Bäckermeistern in Wolfenbüttel ist bei Vermeidung von 5 Thlr. Strafe ernstlich anbefohlen, nicht allein ihre Kohlen in feuerfesten blechernen oder kupfernen Gefäßen und Dampfgruben gehörig zu verlöschen und früher nicht als nach 48 Stunden zu verkaufen, sondern es ist ihnen auch bei gleicher Strafe geboten, an niemanden unter irgend einem Vorwande sothane verlöschte Kohlen fernerweit in hölzernen Gefäßen verabsolgen zu lassen, sondern lediglich in eiserne, blecherne und feuerfeste irdene Gefäße beim Verkaufe zu verschütten. Avertissem. des fürstl. Polizei-Departem. zu Wolfenb. v. 5. Septbr. 1792. (Br. Anz. v. 1792. Nro. 71.)

Holzlesen.

S. Anbauer, neue — Holztag.

Holzlesen in den Forsten bei Braunschweig und Wolfenbüttel.

Zur Steuerung der Holzverwüstungen in den den beiden Städten Braunschweig und Wolfenbüttel zunächst gelegenen Forsten ist verordnet:

1) Von dem Holzlesen sollen alle in Reihe und Glied stehenden Soldaten, beweihte und unbeweithe, beurlaubte oder nicht beurlaubte, für ihre Person ausgeschlossen sein, und sich in den Holzungen, um Holz zu sammeln, oder den Holzsammlern dabei zu helfen, weiter nicht finden lassen, wie sie denn, wenn sie dennoch darüber betreten werden, mit viermaligem Gassenlaufen ohne Rücksicht bestraft werden sollen.

2) Dagegen soll ihren Weibern und Kindern, so wie überhaupt den Weibern und Kindern der ärmern Classe der Einwohner, insofern die Kinder das zwölfte Jahr noch nicht erreicht haben, imgleichen den Häuslingen, Schutzbürgern und dergleichen geringen Leuten, den Invaliden und Pensionairen, wenn erstere von ihrer Civil- und letztere von ihrer Militair-Drigkeit einen Erlaubnißschein dazu ausgewirkt haben, das Holzlesen auch ferner gestattet sein, jedoch müssen die Holzleser diesen Erlaubnißschein, welcher ihnen unentgeltlich ertheilt werden soll, wenn sie an den Holztagen davon Gebrauch machen wollen, bei sich führen, um sich damit auf Anrufen der Förster und in den Thoren sofort zu legitimiren, auch dürfen diese Erlaubnißscheine, bei Strafe des Verlusts derselben auf einen oder mehrere Monate, ja in wiederholten Fällen auf ein ganzes Jahr, an keinen andern abgegeben oder verliehen werden.

3) Die zum Holz sammeln berechtigten Leute sollen keine Sägen, Aerte, Warten und Haken, oder

*) Durch das Circular-Rescript fürstl. Cammer v. 4. August 1761 waren wegen der pünktlichen Einzahlung der von Privat-Forstbesitzern zur Salairung der über ihre Holzungen mit angestellten Unter-Forstbedienten zu leistenden Beiträge Anordnungen getroffen, die indeß durch das obige Gesetz aufgehoben sind.

wie sonst dergleichen zum Holzfällen und Holzabschneiden tauglicher Werkzeuge Namen sein mögen, mit sich führen, *) auch diese Werkzeuge im Betretungsfalle ohne Rücksicht confiscirt werden.

4) Sollen die Holzsammler sich an dem in den Forsten sich vorfindenden trockenen Abfall-, Reis- und Leseholze zu ihrer eigenen nothdürftigen Feuerung genügen lassen, und sich also auf keine Weise an dem grünen Holze vergreifen, noch mit dem Abfall- oder Leseholze Handel treiben, wie denn derjenige, welcher überführt wird, junge Stämme, Kossreiser und Besaamungsbäume, oder überhaupt grünes Holz angesägt, beschädigt, abgehauen, abgeschnitten, oder auch nur abgerissen zu haben, als ein muthwilliger Verwüster der Holzungen mit viertägigem Gefängniß bei Wasser und Brod und im wiederholten Falle mit öffentlicher Ausstellung an dem Schandpfahl bestraft werden soll.**) Wer aber mit dem Leseholze Handel treibt, oder davon verkauft, soll zum ersten Male das duplum des dafür erhaltenen Kaufgeldes als Strafe erlegen, und der Fehler oder Abnehmer, er wohne in der Stadt oder auf dem Lande, oder auf den Gärten vor den Thoren, in Ansehung des bezahlten Kaufgeldes auf gleiche Art bestraft werden, mithin das Kaufgeld noch einmal als Strafe erlegen, und dem Denuncianten die Hälfte von diesen Strafen zufallen, bei wiederholten Contraventionsfällen aber gegen beide auf Gefängnißstrafe bei Wasser und Brod auf vier oder mehrere Wochen erkannt werden. ***)

5) Außer dem am Mittwochson ferner bestimmt bleibenden Holztag soll bei Gefängnißstrafe sich kein Holzsammler in den Forsten sehen lassen, auch nur an diesem Tage das Holz in drei Thore, und zwar in Braunschweig ausschließlich nur in das Petri-, Stein- und Augustthor eingelassen werden.

6) Sollen die zur Rücksicht des einzubringenden Abfall- oder Leseholzes angesehnen Visitatoren das einkommende Holz vor der Einlassung genau nachsehen, ob auch kein grünes Holz darunter vorhanden sei, und soll, wenn nur das Mindeste davon sich findet, die ganze Tracht confiscirt und an das Thor- magazin abgeliefert, dem Contravenienten aber vorerst, die weitere Strafe vorbehaltlich, der Holzzettel abgenommen werden. Landesf. Verordn. v. 10. April 1804. (Br. Anz. v. 1804. Nro. 37.) †)

Die Stadtmagistrate zu Braunschweig und Wolfenbüttel sollen den Einwohnern durch ein Avertissement bekannt machen, daß sie die in vorgedachter Verordnung vorgeschriebenen Erlaubnißscheine bei gedachten Magistraten suchen, und wenn sie dazu qualificirt befunden würden, dieselben erhalten sollten. Diese Erlaubnißscheine sollen vorerst auf ein Jahr unentgeltlich ertheilt, die folgenden Jahre aber die ertheilte Verlängerung darauf bemerkt und jedes Mal diejenigen, welche dergleichen impetriren, mit dem Inhalte der obgedachten Verordnung bekannt gemacht, auch ihr sonstiges Gewerbe in dem Scheine mit bemerkt werden. Uebrigens sollen die Erlaubnißscheine gedruckt und über die ausgegebenen förmliche Register geführt werden. Landesf. Rescript an die Magistrate zu Braunschweig und Wolfenbüttel v. 4. Mai 1804.

cf. Bekanntmach. des fürstl. Stadtgerichts zu Wolfenbüttel v. 8. Septbr. 1821. (Br. Anz. v. 1821. Nro. 71.) — Bekanntmach. herzogl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 27. Februar 1827. (Br. Anz. v. 1827. Nro. 18.) — Deßgl. v. 25. Januar 1831. (Br. Anz. v. 1831. Nro. 9.)

*) cf. Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §. 99.

**) cf. Ebenbas. §. 40.

***) cf. Ebenbas. §. 133.

†) Die zur Abwendung der Holzverwüstung in den Forsten bei Braunschweig schon früher ergangene Verordnung des Magistrats v. 31. Januar 1727 und das landesfürstliche Rescript v. 7. März 1744 sind weniger umfassend als die obige Verordnung, indem die erste nur verbietet, grünes Holz abzuheuen, Sägen, Kerze, Barten und Beile einzuführen; und das landesf. Rescr. sich nur auf die Verhütung von Uebertretungen der des Holzlesens wegen getroffenen Anordnungen von Seiten der Soldaten bezieht.

Holzlicent.

S. Brenn- und Nußholz, Abgabe davon in den Theren zu Braunschweig und Wolfenbüttel.

Holzplancken.

Zur Herstellung der durch den Krieg verwüsteten Zäune um die Gärten und Höfe, so wie zur Conservation der Forsten und Holzungen ist folgendes verordnet:

Wenn sonst der Grund und Boden es erlauben will, sollen hinfort keine Zäune im Harz- und Weser-Districte ferner gestattet, sondern statt derselben lebendige Hecken angepflanzt werden. Wie also die fürstl. Ober- und Forstbedienten weiter kein Holz, es sei aus herrschaftlichen oder Privat-Holzungen, zu Zäunen verabsolgen lassen sollen, so sind die sämtlichen Obrigkeiten und Magistrate befehligt, darüber nachdrücklich zu halten, daß gar keine Zäune wieder hergestellt oder reparirt, sondern wie solche nach gerade abgängig werden, an derselben Stelle lebendige Hecken angezogen werden. Landesf. Verordn. v. 19. Januar 1763.

Unter Wiederholung dessen, was durch die Verordn. v. 19. Januar 1763 für den Harz- und Weser-District bestimmt ist, insofern nicht die gegenwärtige Verordnung in dem einen oder andern Falle eine Ausnahme zu machen gestattet, wird ferner für das ganze Land verordnet:

1) Neue Einfassungen von Eichen und andere Holz-Plancken zu machen, bleibt gänzlich verboten, und zwar bei 2 Thlr. Strafe für jede Ruthe, die damit eingefast werden möchte, und bei Vermeidung der sofort zu verfügenden Niederreißung des neu gefertigten. 2) Ein jeder Eigenthümer soll den in den Dörfern belegenen Hofraum seines Hauses und Hofes mit einer steinernen Mauer oder Mäuerwand oder auch einem geflochtenen Zaune *) von Weiden, nach Beschaffenheit eines jeden Orts Gelegenheit und der am Füglichsten zu habenden Materialien, einfassen. Die Plancken und geschwidrigen Zäune sollen auf Verfügung der Obrigkeit niedergerissen werden. 3) Denjenigen Gemeinden, welche nicht mit hinlänglichen Materialien, oder auch mit Weiden zu Zaunruthen versehen sind, soll nach des Falls erstattetem Berichte geholfen, auch dem Befinden nach aus den Forsten, worin ein Weiden-Ausschlag sich finden möchte, die Nothdurft ohne Entgelt angewiesen, jedoch unter Aufsicht der Forstbedienten und ohne Beschädigung des bessern jungen Holzes verabsolgt werden. 4) Die hinter den Häusern, oder wohl gar außer den Dörfern belegenen Gärten, imgleichen die sogenannten Kämpfe oder Reiten sollen, wo es die Nässe des Bodens gestattet, mit lebendigen Hecken eingefast werden, und wie zu deren innerer Abtheilung allerhand Buschwerk zureichend sein kann, also soll hingegen ein Jeder die auswärtigen Seitenhecken vornämlich von Weißdornen solcher Gestalt anziehen, daß selbige in zwei Reihen, wovon die eine kreuzweise zu setzen, angepflanzt, und diese jungen Hecken bis zu ihrer völligen Größe mit Gräben, zusammengelegten Steinen, oder geflochtenen niedrigen Zäunen von Weiden und anderen Braken befriedigt werden. 5) Da auch ein Ort vor dem andern bald mit diesen, bald mit jenen Materialien vorzüglich versehen ist, so sollen die Obrigkeiten, auch Ober- und Forstbedienten pflichtmäßig erwägen und bestimmen, welche Art der vorbeschriebenen Zäune in jeder Gegend, auch an jedem Orte am Leichtesten und Dauerhaftesten anzulegen stehe, und die Unterthanen zu dessen Befolgung mit Nachdruck anhalten. 6) Die Bauernmeister jedes Dorfs sollen bei 20 Thlr. Strafe den Obrigkeiten und Aemtern anzeigen, wer dieser Anordnung sich gemäß verhalte oder nicht. 7) Endlich soll auch von den Landgerichts-Commissarien und Obrigkeiten auf den Landgerichten untersucht werden, in wie weit diese Verordnung in Ausübung gebracht worden, gegen die Säumigen prompte Strafe verhängt, den Fleißigen aber alle gute Beihülfe verschafft, und übrigens von

*) cf. Feuer-Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. §. 21.

dem jedesmaligen Befinden dieser Angelegenheit an den Landesfürsten besonderer Bericht erstattet werden. Landesf. Verordn. v. 19. Juli 1763. *)

S. auch: Dörfer, Verwahrung derselben.

cf. Verordn. v. 24. Febr. 1814, den Geschäftskreis der Oberhauptleute betr., §. 9.

Holzsammeln.

S. Holzlesen.

Holztag in den Blankenburgischen Forsten.

Allen Unterthanen der Grafschaft Blankenburg, so Holz eintragen, wird befohlen, daß sie sich außer Dienstags und Freitags, als den vor diesem bereits angeordnet gewesenen Holztagen, in den fürstl. Forsten zum Einsammeln und Eintragen des Holzes nicht finden lassen, widrigen Falls diejenigen, welche an den übrigen Tagen in der Woche in den Forsten angetroffen werden, von den Förstern gepfändet, angemeldet und darauf gebührend bestraft werden sollen. Verordn. fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 12. Decbr. 1688.

Wer außer den gestatteten Holztagen zu Einsammlung und Eintragung des Holzes sich in den Forsten finden läßt, soll von den Förstern eingewrogt, gepfändet, und ohne Ansehen der Person jedes Mal mit einem Mfl. unausbleiblich bestraft werden. Fürstl. Regierung zu Blankenb. Umlauf v. 12. März 1707. cf. Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §. 40.

Holztag in den Forsten des Wolfenbüttelschen und Schöningenschen Districts.

Das Holzlesen soll zwar zur Erleichterung der Armuth ferner gestattet sein, es ist aber dabei verordnet: daß 1) solches Holzlesen nur zwei Tage in der Woche, nämlich des Montags und Donnerstags geschehen, 2) Niemand dabei aber eine Art, Beil oder Hacke u. mit in die Forst zu bringen und damit Holz zu hauen oder abzureißen sich unterstehen, sondern nur allein das abgefallene trockene Holz aufzusammeln verstattet sein soll, gestalt denn diejenigen, so außer gedachten beiden Tagen entweder in den Forsten bei dergleichen Arbeit, oder außerhalb der Forsten mit dem gesammelten Holze angetroffen werden, nicht weniger auch die, so bei der verstatteten Sammlung eine Art, Beil, Hacken oder andere dergleichen Geräthschaften bei sich führen, wenn sie auch gleich damit keinen Schaden gethan, jedes Mal mit 9 Mgr. zur Wroge gesetzt und auf dem Forstgerichte, nach der Delinquenten Umständen, mit solcher Geld- oder einer proportionirten Leibesstrafe belegt werden sollen, gegen diejenigen aber, so wirklich entweder an den obgedachten beiden Tagen, oder auch außer selbigen, Holz abzuhauen oder abzureißen sich gelüsten

*) Schon durch die landesf. Verordn. v. 29. März 1699 war verordnet, daß die Unterthanen um ihre Gärten, Aecker und Kämpfe grüne Hecken, (wozu die Stämme auszuroden ihnen von den Forstbedienten unweigerlich verstattet werden sollte) pflanzen sollten, damit das trockene Holz um so mehr verschont werden könne. Ferner ist durch eine landesf. Verordn. v. 19. Novbr. 1731 verordnet, daß in Conformität mit dem Art. 12 der Forst- und Holzordnung v. 1591 die Unterthanen zu Sparung des vielen Jaunholzes sich des lebendigen Heckenwerks bedienen sollten, und zwar auf die Weise, daß ein Ackermann an den Orten, wo man des steinigten Landes halber graben könne, alljährlich 30 Ruthen, ein Halbspanner 15 Ruthen, und ein Rödher 10 Ruthen lebendiges Heckenwerk, bei Strafe von 6 Mariengulden, zu rechter Zeit zwischen Michaelis und Walpurgis pflanzen, und auf solche Weise seine Gärten einhegen, des Sämens aber sich gänzlich enthalten solle, es wäre denn, daß nach Beschaffenheit des Bodens, oder aus anderen erheblichen Ursachen die Anlegung der lebendigen Hecken an dem einen oder andern Orte unausführbar wäre, auf welchen Fall sodann die Ober- und Forstbedienten nach vorgängiger Erkundigung und eingenommenem Augenscheine, keinesweges aber extra casum necessitatis das Rödher an Jaunholz verabfolgen lassen sollten. Zur Erleichterung dieser Anpflanzungen sollte das Heckenroden an unschädlichen Orten verstattet sein.

lassen, mit der vorhin auf solche unerlaubte Holzdieberei verordneten Bestrafung verfahren werden soll. Landesf. Verordn. v. 3. April 1750.

Demnach, um den durch die vielen Holzträger verursachten Holzverwüstungen etwas vorzubeugen, verfügt ist, daß künftig nur ein Holztag in der Woche des Mittwochs verstatet bleiben soll, die übrigen aber gänzlich abgestellt sein sollen, so haben sämtliche Behörden des Wolfenbüttelschen und Schöningenschen Districts sich danach zu achten. Landesf. Verordn. v. 15. Juni 1772.

S. auch: Holzlesen in den Forsten bei Braunschweig und Wolfenbüttel.

cf. Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §§. 40 und 99.

Holztheilung.

Wer dem Andern bei Abhauung des Holzes, insonderheit auch in der Holztheilung zu nahe kommt, der soll 4 Fl. Strafe erlegen, und nichts desto weniger dem Beleidigten seinen Schaden bezahlen. Allgemeine Landes-Ordnung Art. 41.

S. auch: Gemeinde-Holzungen.

Holzungen, Ausroden derselben.

Das Ausroden zum Abbruch der Holzung und zur Schmälerung gemeiner Weide an Orten, da andere des Holzes und der Weide halber interessirt sind, soll keinesweges zugegeben werden, gleichwohl aber den fürstl. Aemtern zu ihrer besonderen Verbesserung, wo andere nicht interessirt sind, Anschläge zu machen und auszuroden unbenommen sein. Wolfenb. Landtags-Absch. v. 27. Januar 1619. Art. 24.

S. auch: Angerplätze — Buschwerk auf den Ländereien — Rottländereien.

cf. Circular-Rescript herzogl. Staats-Ministerii v. 30. Januar 1836. *)

Holzungen, eigene.

Die Stände sollen so wenig, als sonst jemand an ihren Holzungen beschwert, sondern ein Jeder des Falls bei seinen Gerechtigkeiten geschützt werden; und mögen die darüber entstehenden Klagen bei der fürstl. Kanzlei oder dem Hofgerichte angebracht und erörtert werden, jedoch, daß solches des Landesfürsten höchsten Rechten in Betreff der Forsten und deren Conservation unnachtheilig bleibe. Es will auch der Landesfürst die Wildbahn der Gestalt ferner bleiben lassen, daß getreue Stände und Unterthanen sich des Falls zu beschweren auch künftig keine Ursache haben mögen; auch sollen keine übermäßige Zuschläge zum Schaden gemeiner Trift und Weide gestattet werden. Art. 36 der gesammten Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770.

*) Dasselbe lautet folgendermaßen:

Da es zweckmäßig erscheint, über den Geschäftsgang bei den Anträgen auf Gestattung von Ausrodungen in Gemeinde- und Privatforsten Bestimmung zu treffen, und Wir in Beziehung darauf für angemessen erachten, daß die desfalligen schriftlichen Gesuche bei den betreffenden Localbehörden eingereicht, von diesen aber in der Hinsicht geprüft werden, ob der Forstgrund, dessen Rodung beabsichtigt wird, nachhaltig zur Acker- oder Wiesen-cultur benutzt werden könne, oder dauernd eine ertragreiche Weide gewähren werde, so wie ob die wirthschaftlichen Verhältnisse des Besizers überhaupt von der Art sind, daß die Verwandlung des Forstgrundes unbezweifelst eine höhere Rente ergeben wird, — daß die Localbehörde sodann unter Einsendung der Acten an die competente herzogl. Kreis-Direction berichtet, von dieser nach Vervollständigung der Untersuchung mit herzogl. Cammer, Direction der Forsten und Jagden, über die Sache communicirt und endlich von der letztgenannten Behörde unter Darlegung der in Betracht kommenden Verhältnisse die Entscheidung des herzogl. Staats-Ministeriums in Antrag gebracht wird, so ist hiernach von jetzt an zu verfahren.

Braunschweig, den 30. Januar 1836.

Herzogl. Braunschw. Lüneb. Staats-Ministerium.

In den Holzungen derer von Adel sollen behuf der Festungen erforderliche Pallisaden ohne des Falls mit den Eigenthümern vorgenommene Accorde nicht gefordert, noch weniger von den Forstbedienten eigenmächtig gefällt werden. Wie denn überall sowohl diesen, als auch den fürstl. Beamten alle Neuerungen und Eingriffe in den Holzungen verboten sind. Wenn Specialbeschwerden dagegen einkommen, sind solche durch besondere sowohl aus den fürstl. Ministerien als der getreuen Landschaft zu verordnende Commissionen genau zu untersuchen und die befundenen Excesse abzustellen. Der Landesfürst versieht sich dahingegen, daß auch die Gerichtsherren ihres Orts sich gegen die fürstl. Beamten und Forstbedienten friedlich und gebührend erzeigen und zu keinem Streite Anlaß geben werden. Ebendas. Art. 72.

S. auch: Gemeinde-Holzungen.

cf. Gesetz v. 12. Octbr. 1832, die Organisation und den Geschäftskreis der herzogl. Cammer betr., §. 10.

Holz = Unterstüßungen.

S. Bau-, Nutz- und Brennholz — Brennholz = Unterstüßungen in Braunschweig.

Holz = Verkauf in Braunschweig. *)

Der mit dem 1. Novbr. 1798 wieder anfangende Verkauf des tannenen Brennholzes ist landesfürstl. Absicht gemäß zunächst für diejenigen Einwohner bestimmt, welche Unvermögens halber aus den Forsten und Märkten die benöthigte Feuerung zu kaufen außer Stande sind, und sind daher alle Uebrigen ausgeschlossen. Bekanntm. des Polizei-Depart. zu Braunschw. v. 15. Octbr. 1798. (Br. Anz. v. 1798. Nro. 81.)

S. auch: Brennholz = Unterstüßungen in Braunschweig.

cf. Bekanntmachung des Magistrats zu Braunschweig v. 1. Decbr. 1827. (Br. Anz. v. 1827. Nro. 95.)

Holzverwüstung.

Zu Vermeidung der schädlichen Holzverwüstung, sonderlich der Bauerholzungen, ist verordnet: daß 1) nach der fürstl. Holz- und Forst-Ordnung niemand, wer es auch wäre, anfänglich einen Stamm groben Holzes ohne Vorbewußt, Erlaubniß und Anweisung der an jedem Orte bestellten herrschaftlichen Ober- und Förster hauen soll; 2) wenn sie (die Holztheilhaber) das Unterholz theilen, auf einer jeden Ruthe lang und breit, so einem Jedem zugetheilt und abgemessen sind, alle Mal neun junge Heister unabgehauen stehen lassen; dazu 3) wenn selbige junge Heister zwei, drei und mehr Jahre übergestanden, sie dieselben nicht, wie bisher geschehen, weghauen; 4) daß sie ohne Buziehung der Oberförster und Förster keine Holztheilung für sich in ihren Holzungen anstellen, auch den Abschlag und die Braken, wenn das grobe Holz daraus gehauen, ebenfalls ganz wegräumen, damit die Heie und Gehäge desto besser wieder angeordnet werden, die jungen Boden desto besser wieder aufwachsen und unverhindert hervorkommen können, gestalt denn auch die Kuhhirten sich der Betreibung der Heie bis so lange, daß sie vorerst zu ihrem völligen Wachsthum gekommen, gänzlich enthalten, desgleichen auch die Schäfer mit ihren Schaafen, bevor an den Orten, da der Landesfürst und dessen Dorfschaften in den Holzungen mit der Hude und Weide mit berechtigt sind, ebenfalls sich so lange, gleich den Kuhhirten, derselben entäußern sollen; 5) daß die Holzgeschworenen fleißiger, als bisher geschehen sein mag, auf die Holzungen an jedem Orte sehen, und die eingerissene Verwüstung, so viel an ihnen ist, verhüten und abwenden helfen, auch die Brogen von den

*) Unterm 11. April 1760 (Br. Anz. v. 1760. Nro. 38.) ist ein landesf. Reglement publicirt, wodurch für den Verkauf des Brennholzes in Braunschweig sowohl die dabei zu beobachtende Maße, als auch der nicht zu überschreitende Preis desselben bestimmt ist.

Delinquenten einbringen, und da sich etwa fremde Jäger und Schützen, welche dazu nicht befugt, in selbigen Holzungen über Vermuthen finden ließen, und sie sich derselben für ihre Person durch ihre Kräfte nicht allein bemächtigen könnten, dieselben gehörigen Orts anzeigen, damit sie zur gebührenden Bestrafung, auch auf allen Fall zu Nachung Röhr, Wandel und Abtrag gezogen werden können, alles bei Vermeidung höchster Ungnade und willkührlicher Strafe, wie dieselbe in der publicirten fürstl. Forst- und Holz-Ordnung determinirt ist, Falls der eine oder andere dawider handeln und thun würde. Die Beamten sollen den Ober- und Förstern auf ihr jedesmaliges Anhalten die gebührende Amtshülfe wider die etwa angezeigten Delinquenten, damit dieselben zur gebührenden Bestrafung gezogen werden können, jeder Zeit unverzüglich bieten. Landesf. Verordn. v. 28. Febr. 1645. *)

S. auch: Gemeinde-Holzungen — Holzlesen in den Forsten bei Braunschweig und Wolfenbüttel. cf. Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §§. 138 sqq.

Holzwrogen.

S. Forstwrogen.

Hopfen.

Niemand soll sich bei tausend Thaler Strafe unterstehen, den mit dem Braunschweigischen Löwen bezeichneten Stempel bei seinen auszufendenden Waaren, als Hopfen, Mumme, Garn und dergleichen, weder in noch außer der Stadt eigenmächtigerweise zu gebrauchen, noch im Hause zu haben, und wie es übrigens bei der unterm 14. Decbr. 1725 des fremden Hopfens halber ergangenen Verordnung **) in allen Punkten sein Bewenden hat, so ist zu Herstellung des guten Rufes, worin sonst der hiesige Hopfen aller Orten von undenklichen Jahren gewesen, daran aber durch unzulässige Vermischung mit fremdem weit geringerem Hopfen eine Zeitlang ziemlich abgenommen hat, ferner ernstlich verordnet: daß künftig kein anderer Hopfen für hiesiges aufrichtiges Gut passiren soll, als derjenige, so allhier vor Braunschweig gewachsen, und der alten Observeanz nach in hiesiger Stadt getrocknet, zweitens allein von den besonders verordneten Hopfenmessern allhier gesackt und gepackt, und drittens auch von denselben, sobald der Hopfen zugenähet, oben über der Nath mit dem Braunschweigischen Löwen drei Mal bedruckt und bezeichnet worden; gestalt denn zu dem Ende diese Hopfenmesser dahin nochmals aufs Neue vereidet sind, daß sie, so oft jemand verlangt, hiesigen Hopfen packen zu lassen, den Stempel mit dem Löwen vom Packhause abfordern, des Abends aber, wenn sie selbigen gebraucht, alda wiederum nebst einem Verzeichnisse, worauf die Namen des Käufers und Verkäufers, wie nicht minder die Scheffel-Zahl deutlich niedergeschrieben, nebst 4 Pfennig Stempelgeld von jedem Scheffel, so der Verkäufer alsofort, ehe und bevor die Zeichnung geschieht, dem Hopfenmesser über dessen bisherige Gebühr zu erlegen hat, aufrichtig einliefern; Falls sie aber dabei einigen Unterschleif oder vorgegangene Vermischung inne werden, mit der Einpackung desselben anstehen, und zu fernerer Untersuchung es den zum Packhause Verordneten, bei Verlust ihres Dienstes und Vermeidung anderer dem Befinden nach zu determinirender Strafe, sonder Aufschub anzeigen sollen.

*) Schon unterm 19. Decbr. 1637 ist ein landesf. Edict gegen die Verwüstungen der Privat-Holzungen ergangen, welches aber nur ein allgemeines Verbot derselben enthält und weniger umfassend disponirt als das obige. Eine spätere Verordnung v. 1. März 1647 bezieht sich vornehmlich auf die in damaliger Zeit geschehenen Holzverwüstungen und bestimmt, daß ein Jeder mit dem ihm zufallenden Unterholze zufrieden sein und kein starkes Holz verlangen solle.

**) Diese bestimmte, daß der in Braunschweig ankommende trockene Hopfen sogleich nach dem Packhause gefahren und daselbst nicht umgepackt, sondern gerades Weges wieder aus dem Thore gesandt werden solle. Zugleich bedrohte diese Verordnung das Verfälschen des Braunschweigischen Hopfens mit 50 Thlr. Strafe. Es waren übrigens schon früher zahlreiche Verordnungen ähnlichen Inhalts ergangen, welche beabsichtigten, das Verfälschen des Braunschweigischen Hopfens zu verhüten.

Da auch zu nicht geringem Schaden dieser Stadt, und derer, die allhier Hopfenland haben, oder solchen bauen, angemerkt worden, daß die Hopfenwurzeln oder das junge Hopfenholz in großer Menge außer Landes verschickt worden, so ist solches, es geschehe unter welchem Prätexte es wolle, hiermit gleichfalls bei hundert Thaler, oder, wenn der Contravenient solche aufzubringen nicht würde im Stande sein, bei empfindlicher, den Umständen nach zu schärfender Leibesstrafe, durchgehends verboten. Landesfürstl. Verordn. v. 12. Januar 1726.

cf. Bekanntmachung herzogl. Cammer-Collegii v. 27. August 1828. (Br. Anz. v. 1828. Nro. 69.) — Gesetz über die städtischen Abgaben in Braunschweig und Wolfenbüttel v. 11. Mai 1835.

Hornvieh.

§. Vieh.

Hospital zu Braunschweig.

§. Armen-Krankenhaus zu Braunschweig.

Hospital-Gelder und Güter.

§. Pupillen, Curatelen, Kirchen und andern milden Stiftungen zustehende Gelder — Kirchen und anderen piis corporibus zustehende Güter — Vorsteher und Rechnungsführer bei Kirchen, Hospitalern und Armenkassen.

Hospitaliten.

§. Beguinen und Hospitaliten u.

Hude. -

§. Viehhüten — Koppelweiden — Buschwerk auf den Ländereien — Futterkräuter, Anbau derselben — Ackerplätze — Holzverwüstung — Weideberechtigung der neuen Anbauer — Hüten.

Hudekämpe im Weser-Districte.

Da bei dem bisher von den Eigenthümern der Hudekämpe im Weser-Districte betriebenen alleinigen Hüten ihres Viehes auf solchen Kämpfen verschiedener Unfug dadurch verübt worden, daß das Vieh sowohl bei dem Hin- und Hertreiben in den Feldern u. Schaden gethan, als auch aus den Kämpfen durch die darum befindlichen schlechten Einfassungen durchgebrochen, und ebenfalls sowohl die Felder als Forsten beschädigt hat, so ist zu Abstellung dieses Mißbrauchs dem Landesfürsten zwar der Vorschlag geschehen, daß das einzelne Hüten in solchen Kämpfen gar nicht weiter, sondern nur deren Gebrauch zu Wiesen, Acker oder Gärten verstattet werden möge, der Landesfürst hat aber darauf resolvirt, daß vorerst noch die Hüten des Viehes in solchen Kämpfen denjenigen ferner erlaubt werden solle, die solche mit festen und dergleichen Befriedigungen verwahrt hätten, daß das Vieh aus solchen nicht wegkommen könne, dabei aber zugleich verordnet, daß, wenn von solchem Viehe entweder bei dem Hin- und Hertreiben, oder auch wenn dasselbe durch die Zäune aus den Kämpfen gebrochen, Schaden in den Feldern oder Forsten geschehen, solches desto härter bestraft werden solle. Die Obrigkeiten sind zugleich, sich hiernach aufs Genaueste zu achten und zu dem Ende den Eigenthümern der in jedem Amte befindlichen Hudekämpe sothane landesf. Willensmeinung in Absicht deren Nützung zur Viehhude bekannt zu machen und sie nachdrücklich wegen Vermeidung des dabei bisher vorgefallenen Unfugs und der künftig darauf erfolgenden härteren Strafe

zu verwarnen, angewiesen, durch den Umlauf fürstl. Cammer zu Braunschweig vom 29. April 1767. *)
 S. übrigens: Viehhüten in den Forsten, Feldern und Wiesen des Weser-Districts.

Hude- und Weidereviere im Amte Harzburg.

Da durch das Zuwachsen der Hude und Weide mit Buschwerk die Viehzucht, folglich das Beste der Gemeinden leidet, so wird die Aufräumung der außer der Forst liegenden Hude- und Weidereviere und Ausrottung der darin befindlichen Dornen und des andern schädlichen Buschwerks und dessen Wegbringung den Gemeinen befohlen, und sollen sie bei schwerer, auch dem Befinden nach empfindlicher Leibes-Strafe fleißig damit fortfahren. Und damit dieses schädliche Buschwerk sich nicht wieder einwurze, sollen diese Reviere alle Frühjahr visitirt, das sich findende mit der Wurzel ausgerodet und von der Weide weggeschafft werden. Die Ober- und Beamten zu Harzburg sollen die dasigen Amtsgemeinden mit allem Ernst und Nachdruck zu genauer Erfüllung dieser Verordnung anhalten, auch dahin sehen, daß solcher in allem pünktlich nachgelebt werde. Landesf. Verordn. v. 20. Januar 1772.

Hühner, Umherlaufen derselben in Braunschweig.

S. Hunde u., Umherlaufen derselben in Braunschweig.

Hühnerhändler in Braunschweig.

S. Lebensmittel, Auf- und Verkauf derselben in Braunschweig.

Hürdelager, Vertheilung desselben.

S. Gemeinde-Reihewerke.

Hüten.

S. Viehhüten — Stoppel, Behütung derselben — Pferdehüten — Hude.

Hüttenleute.

S. Berg- und Hüttenleute u.

Hüttenzwang.

Ob zwar der Hüttenzwang mehr Gleichheit mit der *coercitione domestica* als der Jurisdiction hat, welche bereits einem besondern Justitiar auf den Hütten übertragen worden, so soll doch derjenige, welchem die Direction der Hütten anvertraut ist, nicht allein gewissermaßen bei solcher Jurisdiction concurriren, sondern auch in Bestrafung einiger Verbrechen, die auf den Hütten selbst und auf dem Hüttenhofe begangen werden, ganz allein erkennen, wiewohl die Parteisachen, so vor das Amt und die Justiz-Canzlei gehören, davon ausdrücklich ausgenommen sind. Was für Excesse und Delicte demnach auf dem Hüttenhofe vorkommen und zu den Ungerichten gehören, darüber soll der jedesmalige Director der Hüttenwerke allein richten, und obwohl die *criminalia* dem Erkenntnisse der Justiz-Canzlei allerdings vorbehalten bleiben, so soll doch der Hütten-Director in solchem Falle die Delinquenten fesseln, auch das erste Verhör nebst dem Justitiar *conjunctim* vornehmen und den Bericht an die Justiz-Canzlei abstaten. Die Gerichtsbarkeit über diejenigen Hüttenleute und Arbeiter, so außerhalb der Hütte wohnen,

*) Durch dieses Circular-Rescript wurde zugleich noch verfügt, daß die Ober-Forstbedienten mit den fürstl. Aemtern, um zu ermitteln, auf welche Weise die Hudekämpfe von den Eigenthümern am Besten benutzt werden könnten, in Communication treten und nach vorgängiger gründlicher Untersuchung berichten sollten, ob diese Hudekämpfe von dem einen oder andern Eigenthümer nach Beschaffenheit seiner Nahrung und seines Haushalts besser zur Viehweide, unter obigen Bedingungen, oder zu Wiesen, Gärten oder Aedern benutzt werden könnten.

bleibt zwar gleichfalls dem Sussitiar, der Hütten-Director soll aber auch Macht haben, dergleichen Leute zur Vernehmung im Factoreihause immediate citiren zu lassen und sie im Nichterscheinungsfall zu bestrafen. Wenn von den Amtsunterthanen auf den Hütten oder Hüttenhöfen unzulässige Dinge vorgehen, welche die Hüttenschreiber dem Director sofort zu melden haben, so soll dieser die Beamten des Delinquenten requiriren, daß selbige die letztern auf einen bestimmten Tag stellen, da denn der Director überhaupt den Landes-Ordnungen gemäß zu verfahren hat, aber die delicta, welche vor die Untergerichte gehören, noch einmal so hoch bestrafen, als solches auf den Landgerichten eingeführt ist. Ueber alles soll derselbe ordentliche Protocolle halten und solche alle Quartale jemandem aus fürstl. Cammer auf den Hütten vorzeigen. Bei den Strafen ist durchgehends mehr auf eine Züchtigung des Leibes oder Gefängniß als auf Geldbuße zu sehen, weil letztere die Leute in ihrer Nahrung und in ihrem Hauswesen zurücksetzt. Die Geldstrafen sollen zum Unterhalte verarmter oder gebrechlicher Hütten-, Berg- und Fuhrleute auch Köhler mit zur Büchsen-Pfennigscasse gegeben werden. Zum Hüttenzwange gehört insonderheit, wenn ein Hüttenarbeiter, was ihm befohlen und zu seiner Verrichtung gehört, entweder gar nicht oder unfleißig ins Werk richtet, in welchem Falle ihm ein Gewisses pro rata am Lohne abgekürzt und zum Büchsen-pfennig geliefert werden soll. Eben so wird es mit den Kohlen-Fuhrleuten gehalten, die ihre gehörige Ladung nicht haben, indem diesen, wie auch den Eisensteins-Fuhrleuten, alsdann das Fehlende am Lohne abgebrochen, letztern auch, wenn sie nicht nach der jährlich zu machenden Eintheilung, sondern etwa nach ihrer Willkühr verfahren und den Eisenstein gar zu unrein bringen, der ganze Lohn nicht gerechnet und gegen sie noch außerdem mit 1 Thlr. Strafe oder mit Gefängniß verfahren werden soll. In Abwesenheit des Hütten-Directors ist den Hüttenschreibern die Exercirung des Hüttenzwangs, jedoch keinesweges die Jurisdiction selbst verstatet, sie sollen aber alles genau notiren, was auf den Hütten und Hüttenhöfen Strafbares vorgeht, insonderheit Tögen, Drohen, Fluchen, Schelten, Schlagen, auch bei etwa schweren Vergehen die Delinquenten zur Haft bringen und an ihren Vorgesetzten ungesäumt davon berichten. Landesf. Verordn. v. 5. März 1729.

Da bei verschiedenen Gelegenheiten das herrschaftliche Interesse und die Ausrichtung des Herrendienstes darunter leidet, wenn das fürstl. Berg- und Hüttenamt die Unterthanen, welche bei der herrschaftlichen Arbeit sich vergehen, nicht immediate abstrafen und im Zaume halten kann, vielmehr den Beamten jedes Mal das Vorgegangene denunciiren und bei ihnen die Bestrafung suchen muß, so ist verordnet, daß die herrschaftlichen Arbeiter an und für sich selbst des forum prorogiren, und solchemnach diejenigen Bergamte von den Beamten sistirt, die Sache sodann abgethan und den Beamten communicirt werden solle, was den Denunciaten für Strafe dictirt worden, deren schleunige Vollstreckung die Beamten sodann zu besorgen haben. Sollten casus vorkommen, wo auf gewisse Art periculum in mora vorhanden, z. E. bei Aufwiegelung, Widerspenstigkeit oder zu vermuthender Flucht, so soll die Arretirung, auch allenfalls die Strafe von dem Berg- und Hüttenamte oder dessen membris gleich verordnet, von dem aber, was geschehen, dem Amte Nachricht gegeben werden. Landesf. Rescript an fürstl. Cammer zu Blankenburg v. 16. April 1749, welches durch ein landesf. Rescript von eben dem dato dem fürstl. Berg- und Hüttenamte zu Blankenburg communicirt ist.

E. Berg- und Hüttenleute, Gerichtsstand derselben.

Hufenschag.

Der Hufenschag *) ist gänglich aufgehoben und statt dessen der doppelte Landschag eingeführt. S. Landesf. Verordn. v. 29. März 1703, unter Landschag.

*) Der Hufenschag war eine Supplementar-Steuer zum Landschage, welche die Guts- und Sehntherrn unmittelbar traf;

Hunde.

Da sich den vielfältig ergangenen Verboten*) zuwider die Hirten, Bürger und Bauern gelüsten lassen, ihre Hunde ohne Knittel, oder ohne dieselben an Stricken zu führen, in die Feldmarken, Gehölze, Wildbahnen und Hasengehege mitzunehmen und dadurch dem Wildstande nicht unerheblichen Schaden zuzufügen, so wird zur Abstellung desselben verordnet:

Die Schäfer und andere Hirten, wie auch die Unterthanen insgemein, sie seien von Adel oder nicht, Bürger oder Bauern, sollen ihren Hunden, die sie halten und etwa nothwendig mit zu Felde nehmen müssen, große starke Schleif- und Querknittel von fünf viertel Ellen lang, laut der Forst-Ordnung, damit sie nicht durch Busch und Braken bringen, auch im Felde die jungen Thiere nicht verfolgen können, an den Hals hängen, und dieselben nicht lebendig und los in das Holz und in die Wildbahn mitnehmen, sondern an Stricken führen. Würde aber der eine oder andere hierwider frevelmüthiger Weise handeln, so soll der Verbrecher nicht allein jedes Mal, so oft er betreten wird, daß seine Hunde keine Knittel inne haben, und er sie in die Gehege mit sich nehmen wird, in 15 Thlr. Strafe, die der Oberjäger- und Forstmeister, wie auch die Beamten jedes Orts, worunter selbiger Verbrecher geseßen, ohne Ansehen der Person durch scharfe Execution zur Stunde einfordern und baar berechnen sollen, ohne einige Gnade verfallen sein, sondern überdas sollen auch die verpflichteten und vereideten Diener volle Macht haben, solche Hunde, welche ohne Knittel laufen, niederzuschießen und daneben sich erkundigen, wenn der- oder dieselben zustehen, damit solcher Hunde Herren, denen sie angehören, mit vorangedrohter Bestrafung andern zum Abscheu desto besser auch angesehen werden können. Ueber diese Verordnung sollen vorerwähnte vereidete Diener ohne Ansehen der Person bei Vermeidung höchster Ungnade und willkührlicher Bestrafung fleiß und fest halten. Landesf. Verordn. v. 8. Januar 1638. **)

Den Schäfer- und andern Hunden sollen, vermöge der fürstl. Constitution, Knittel angehängt werden, fünf viertel Ellen lang, bei Strafe der fürstl. Constitution einverleibt. Allg. Land. Ordn. Art. 83.

Die Verordnung v. 8. Januar 1638 ist mit folgender Erweiterung erneuert:

Die Bauersleute, außer den Hirten, sollen ihre geknittelten Hunde gar nicht mit in das Feld oder Holz nehmen. Dieselben sollen ihre nothwendig zu haltenden Hunde des Tages auf ihren Höfen sowohl, als wenn sie dieselben etwa unumgänglich mit sich über Feld nehmen müssen, anlegen oder gleich den Hirten dieselben alle Mal, zuvörderst aber zur Segezeit, im Felde vom März bis Bartholomäi, im Holze aber von Walpurgis bis Jacobi am Stricke führen; da aber die Hirten ihre Hunde, so alle Mal abhemelbetermaßen geknittelt sein sollen, zu Einholung und Zusammentreibung des Viehes dann und wann des Tages benöthigt sind, so soll ihnen solches zwar unverwehrt bleiben, dennoch aber sollen sie alsobald und, wenn solches geschehen, dieselben wieder anlangen. Dahingegen soll zwar den Unterthanen, so zunächst an den Wildbahnen und Hölzern gelegen und des Nachts ihr Korn hüten müssen, einen Hund mit sich in das Feld zu nehmen und damit das Wildpret abzuschrecken erlaubt sein; jedoch soll auf solchen Fall der Hund in

sie wurde nach Art. 7 der Schatz-Ordnung von 1619 nicht allein von vermeierter und zinsweise ausgethaner Länderei, sondern auch von Lehn- und Erbäckern, welche der Eigenthümer selbst in Nutzung hatte, gehoben. Allein davon befreiet blieb die Länderei, welche die Ritterschaft selbst unter dem Pfluge hatte und die, welche die Bürger in den Städten selbst beackerten. (S. Bode's Beiträge 2c. p. 29 und 45.)

*) Schon durch ein Schreiben an die Landstände v. 21. April 1549, durch ein offenes Mandat v. 12. Mai 1563, durch das gemeine Ausschreiben v. 27. Juli 1564, in der Ordnung der Amtleute v. 22. April 1566. Artikel 5, in der Verordn. v. 20. Juli 1601 und in der v. 19. Decbr. 1637 war verordnet, daß den Hunden Knittel angehängt werden, welche nach dem angeführten gemeinen Ausschreiben v. 27. Juli 1564 fünf viertel Ellen lang sein sollten.

**) Die Verordnung giebt außerdem noch Vorschriften wegen der Dauer der Jagdzeit; s. Segezeit. Für das Fürstenthum Blankenburg ist diese Verordnung durch den Umlauf der fürstl. Regierung v. 3. August 1693 nochmals besonders in Erinnerung gebracht.

der Hütte oder sonst vor dem Korne an einer dero Behuf gemachten Stange oder Rieße angelegt und nicht losgelassen werden. *) Wie denn auch nicht weniger die Fleischer, sowohl auswärtige als eingefessene, gehalten sein sollen, wenn sie durch die Wildbahn, sowohl im Felde als Walde, passiren und kein Vieh bei sich haben, ihre Hunde alle Mal an sich zu nehmen, oder auch am Stricke zu führen. Die Strafe für denjenigen, welcher gegen diese Verordnung handelt, ist dahin bestimmt, daß derselbe jedes Mal, so oft er betreten wird, daß seine Hunde keinen Knittel inne haben und er sie ins Gehäge mit sich nimmt, vier Mfl. zahlen soll. Landesf. Verordn. v. 27. Novbr. 1696.

Die Verordn. v. 1638 wird in Erinnerung gebracht und weiter verfügt, daß die Hirten, Schäfer und Unterthanen ihren Hunden starke fünf viertel Ellen lange und drei Zoll in die Runde dicke gerade Schleif- und Querknittel, nicht aber krumme, kurze und leichte, an den Hals hängen, und auf diese und keine andere Weise frei und ohne Führung am Stricke bei sich führen, auch so wenig auf den Dörfern als Hüttenwerken herumlaufen lassen, widrigen Falls aber gewärtigen sollen, daß die Hunde von den Ober- und Forstbedienten sofort niedergeschossen, und überdas die Eigenthümer derselben nicht allein in 15 Thlr. Strafe verfallen sein, sondern auch, wenn zugleich einiges Wildpret angefreßen und beschädigt worden, dasselbe mit bezahlen sollen. Umlauf fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 11. Juni 1717.

Die Constitution v. 11. Juni 1717 soll alljährlich vor den Kirchenthüren öffentlich verlesen und jedem neu angenommenen Hirten in specie bekannt gemacht werden. Umlauf fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 19. Juli 1721.

Zu Verhütung des von den toll werdenden Hunden sonderlich an Horn- und Schweine-Vieh zu verursachenden Schadens sollen alle auf dem Lande wohnende Unterthanen ihre Hunde in Zukunft anlegen, und diejenigen, welche dieselben umherlaufen lassen, nicht nur derselben verlustig sein, sondern noch dazu mit unausbleiblicher und befundenen Umständen nach, sonderlich wenn die Hunde Schaden gethan, mit schwerer Strafe belegt werden. Landesf. Verordn. v. 18. Septbr. 1745.

Alle Hunde in den Dörfern und überall auf dem Lande, auch in den Gärten vor den Thoren sollen angelegt und jeder Zeit angelegt gehalten werden. Sämmtliche Obrigkeiten sind nachdrücklich angewiesen, bei Vermeidung unnachbleiblicher schwerer Ahndung strenger und pflichtmäßiger, als bisher geschehen, darüber zu halten, daß diesem Befehle jeder Zeit genau nachgelebt werde. Nicht weniger sind die sämmtlichen Jagd- und Forst-Unterbedienten befehligt, alle ohne Herren und Hirten in und vor den Dörfern oder vor den Stadt-Thoren umherlaufende Hunde ohne Unterschied und Schonung des ihnen etwa bekannten Eigenthümers derselben todt zu schießen. Diese Verordnung soll alle Jahre am Sonntage vor Pfingsten von den Ranzeln verlesen werden. Landesfürstl. Verordn. v. 27. Juni 1774. (Br. Nuz. v. 1774. Nro. 52.)

Vorstehende Verordnung ist auch auf sämmtliche Städte und Flecken im Herzogthume Braunschweig und Fürstenthume Blankenburg erstreckt und dabei verordnet, daß künftighin in den Städten und Flecken ein Jeder, ohne Unterschied der Person, **) bei Vermeidung von 3 Thlr. Strafe, wovon 1 Thlr. dem Denuncianten gegeben werden soll, seine Hunde im Hause behalten, und nicht auf den Gassen oder vor den Thoren umherlaufen lassen solle, und sollen die Polizeidiener, insonderheit aber die Gassenvoigte, darauf fleißig Acht haben. Nicht weniger sollen auch die Inhaber der Gärten bei 2 Thlr. Polizeistrafe ihre

*) S. Wild, Verschwendung desselben.

**) Daß insbesondere auch die Prediger und Opferleute bei Tage und Nacht ihre Hunde an Ketten legen sollten, bestimmt das Circular-Rescript des fürstl. Consistorii v. 6. Decbr. 1775.

Hunde auf denselben an Ketten legen, und so oft diese umherlaufend angetroffen werden, solche Strafe sofort erlegen; die Obrigkeiten und Polizei-Departements sollen darauf gleichfalls fleißig Acht haben lassen. Auch sollen die Obrigkeiten ein für alle Mal die Verfügung treffen, daß die Abdecker in allen Jahreszeiten, insonderheit bei heißen Sommertagen fleißig umhergehen, und alle auf den Gassen, auch vor den Thoren und Gärten allein und ohne ihren Herrn umherlaufende Hunde todt schlagen müssen, und bei Vermeidung unnachbleiblicher schwerer Ahndung strenge über diese Verordnung halten. Die sämmtlichen Jagd- und Forst-Unterbiedienten sind auch hierdurch nochmals befehligt, alle ohne Herren und Hirten ihnen vorkommende Hunde ohne Unterschied und Schonung des ihnen etwa bekannten Eigenthümers todt zu schießen. Zu desto besserer Erinnerung soll auch ein Exemplar dieser Verordnung außer der gewöhnlichen Publication den wöchentlichen Armen-Collecten-Büchern beigelegt und dieselbe jährlich ein paar Mal in die Intelligenz-Blätter gesetzt werden. Landesf. Verordn. v. 29. August 1774. (Br. Anz. v. 1774. Nro. 74.)

Ueber den Inhalt der Verordnungen v. 27. Juni und 29. August 1774, die Anlegung der Hunde, wie auch die in den Städten, Flecken, Dörfern und Gärten umherlaufenden Hunde betreffend, soll mit mehrerem Nachdruck gehalten und sollen solche den Gemeinden aufs Neue eingeschärft werden. Landesf. Aussch. v. 14. Juni 1779.

Die in der Verordn. v. 29. August 1774 befindlichen Worte: »insonderheit aber die Gassenvoigte« sollen aus bewegenden Ursachen bei der Verlesung dieser Verordn. von den Kanzeln nicht weiter verlesen, sondern weggelassen werden. *) Landesf. Rescr. an das geistl. Gericht zu Braunschw. v. 9. August 1779.

Die Obrigkeiten werden nochmals ernstlichst und bei Vermeidung unangenehmer Verfügung befehligt, über den Inhalt der Verordnungen v. 27. Juni und 29. August 1774 zu halten. Landesf. Circular-Rescr. v. 23. Decbr. 1779.

S. auch: Vieh, toll gewordenes — Tollwurm der Hunde.

cf. Forststraf-Directorium v. 5. Mai 1815. §§. 139 sqq. — Rescr. fürstl. Cammer v. 5. Mai 1816. (Bege III. p. 81.) — Desgl. v. 3. April 1824. (Bege III. p. 335.)

Hunde, Umherlaufen derselben in Braunschweig.

Die Hunde sollen in Braunschweig nicht auf den Gassen umherlaufen, bei 2 Thlr. Strafe auf den ersten und 5 Thlr. Strafe auf den andern Contraventionsfall. Außerdem soll auch der Straffällige die Gerichts-Gebühren für die Untersuchung erlegen, und diese alle Mal denselben Tag, da die Denunciation geschehen, oder doch den Tag darauf vorgenommen, auch die Strafe nebst den Unkosten binnen 24 Stunden beigetrieben werden. Die Polizei- und Gerichtsdiener sollen des Tages, und die Nachtwächter des Nachts auf die Hunde Acht geben und die Contraventionen denunciiren. Landesf. Rescr. v. 22. Novbr. 1753.

Die Hunde, die an der Linie geführt werden, sollen nicht todt geschlagen werden. Avertissement des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 22. Juli 1768. (Br. Anz. v. 1768. Nro. 58.)

Es sollen auch von den Gassenvoigten weiter keine Denuncationen in dergleichen Contraventionsfällen bei dem Polizei-Gerichte zu Braunschweig angenommen werden. Avertissement v. 9. August 1779. (Br. Anz. v. 1779. Nro. 64.)

Daß Umherlaufen der Hunde auf den Straßen ist bei 2 Thlr. Strafe und Bedrohung des Todtschlagens derselben wiederholt verboten worden durch ein Avertissement des fürstl. Polizei-Departements v. 27. April 1785. (Br. Anz. v. 1785. Nro. 35.)

*) cf. Consistorial-Rescript v. 9. Octbr. 1824. Nro. 3. (Bege I. p. 204.) Nach dem Consistorial-Ausschreiben v. 4. Januar 1780 sollten die Verordnungen v. 27. Juni und 29. August 1774 alljährlich vier Mal von den Kanzeln verlesen werden.

Wegen des großen Unglücks, welches von toll gewordenen Hunden zu besorgen ist, ist das Umherlaufen der Hunde zu allen Jahreszeiten und auf beständig nochmals bei 2 Thlr. Strafe, oder in Ermangelung des Vermögens bei 48stündiger Gefängnißstrafe, ernstlich verboten, und einem Jeden ohne Ausnahme des Standes anbefohlen, seine Hunde beizusperrern, oder im Hause zu behalten, widrigen Falls sich ein Jeder selbst beizumessen haben wird, wenn nicht allein die Hunde durch den dazu befehligten Nachrichten-Knecht todt geschlagen, sondern auch der Eigenthümer in obige Strafe unerbittlich genommen wird. Uebrigens sind die Polizei-Unterbefehlten befehligt, bei Vermeidung eigener Verantwortung auf die umherlaufenden Hunde Acht zu haben, und die Eigenthümer derselben bei dem Polizei-Gerichte zu gebührender Bestrafung anzuzeigen; wie denn auch ein Jeder, welcher einen solchen Contraventionsfall mit Benennung des Eigenthümers erweislich anzeigt, 1 Thlr. zum Douceur haben soll, auch in dem Falle, wenn dieser mit Gefängnißstrafe belegt wird. Avertissement des fürstl. Polizei-Directorii v. 11. Januar und 4. Mai 1790. *) (Br. Anz. v. 1790. Nro. 5 und 36.)

In Gemäßheit der landesf. Verordn. v. 29. August 1774 **) ist das Umherlaufen der den Gärtnern und Anbauern vor den Thoren zustehenden Hunde nochmals verboten, und sollen von einem jeden Garten-Bewohner, dessen Hund, vorzüglich auf den Feldern, umherlaufend angetroffen wird, 2 Thlr. Strafe beigetrieben werden. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements in Braunschweig v. 19. April 1793. (Br. Anz. v. 1793. Nro. 33.)

S. auch: Hunde — Freischießen in Braunschweig.

cf. Bekanntmachung der fürstlichen Polizei-Direction zu Braunschweig v. 18. Juli 1814. (Br. Anz. v. 1814. Nro. 56.) — Forststraf-Directorium v. 5. Mai 1815. §§. 139 und 174. — Bekanntmach. der fürstl. Polizei-Direction v. 26. August 1824. (Br. Anz. v. 1824. Nro. 67.) — Desgl. v. 20. Juni 1825. (Br. Anz. v. 1825. Nro. 48.) — Desgl. v. 8. Octbr. 1835. (Br. Anz. v. 1835. Nro. 241.)

Hunde, Ziegen, Schweine und Hühner, Umherlaufenlassen derselben in Braunschweig.

Hunde, Ziegen, Schweine und Hühner soll niemand auf den Gassen in Braunschweig umherlaufen lassen, sondern jeder zu Hause behalten, oder gewärtigen, daß er auf den ersten Contraventionsfall mit 2 Thlr., auf den zweiten aber mit 5 Thlr. Strafe belegt, und solche sogleich executive beigetrieben wird. Verordn. des Magistrats zu Braunschw. v. 6. April 1759. (Br. Anz. v. 1759. Nro. 40.)

In Betracht der Schweine, Ziegen und Hühner ist obige Verordnung erneuert durch ein Avertissement des Polizei-Departements v. 10. Octbr. 1766. (Br. Anz. v. 1766. Nro. 83.)

S. auch: Hunde, Umherlaufen derselben in Braunschweig.

Hundefett, Verkauf desselben.

Der Verkauf oder die Veräußerung des Hundefetts ist den Scharfrichtern und deren Knechten, so wie auch sonst jedermann im ganzen Lande bei 5 Thlr. und dem Befinden nach noch schärferer Strafe, es sei unter welchem Vorwande es wolle, auf landesf. Befehl verboten. Bekanntmachung des Ober-Sanitäts-Collegii v. 6. Juli 1803. (Br. Anz. v. 1803. Nro. 53.)

Hundertjährige Personen, Bekanntmachung des Absterbens derselben.

S. Braunschw. Anzeigen; Landesf. Rescr. v. 17. Febr. 1756.

*) Beide Avertissemens sind gleichlautend.

**) S. Hunde.

Hundezieher.

§. Bären-, Affen- und Hundezieher.

Huren.

§. Weibspersonen, unzüchtige — Gestorbene Huren und deren Kinder sollen an das *Theatrum anatomicum* abgeliefert werden; s. *Theatrum anatomicum*.

Hurenbrüche.

Wegen der Unzuchtsbrüche *) wird von den hiesigen Gerichten keine Untersuchung mehr angestellt, noch deren Beitreibung verfügt. Landesf. Rescr. v. 22. Juni 1821. (Bege II. p. 47.)

Hurerei.

§. Ehebruch, Hurerei u. — Arrestatin, Unzucht mit derselben.

Hurenwirth.

§. Ehebruch, Hurerei u. — Weibspersonen, unzüchtige.

Hypothekarische und chirographarische Gläubiger in Helmstädt.

Demnach darüber Zweifel vorgefallen, ob in Helmstädt durch ein besonderes statutum festgesetzt und daher Rechtsens sei, daß ein einheimischer creditor chirographarius einem auswärtigen hypothecario sodann vorgehe, wenn die Hypothek nicht gerichtlich vor dem hiesigen Magistrate confirmirt worden, und denn ein solches zur Sperrung des Handels und Wandels mit Auswärtigen gereichende statutum, Falls es in ehemaligen Zeiten vorgewaltet haben möchte, jetzt nicht mehr üblich, sondern vielmehr die beständige Observanz des Gegensatzes vorhanden ist und in verschiedenen Fällen die mit einer außergerichtlichen Hypothek, der Wechselordnung nach, versehenen an Auswärtige ausgestellten Wechselbriefe den einheimischen creditis chirographariis vorgezogen worden, so hat der Magistrat dies öffentlich bekannt gemacht und declarirt, zugleich auch den Advocaten und Procuratoren verboten, sich auf ein solches längst durch die Observanz aufgehobene Statut in streitigen Rechtshandeln zu berufen. Declaration des Magistrats zu Helmstädt v. 29. Febr. 1748.

• Demnach darüber zeither einiger Zweifel entstanden, ob diejenigen Creditoren, welche zu Erkaufung eines Guts sub expressa constitutione hypothecae privatae Geld hergeliehen, den creditoribus, welche eine jüngere hypothecam publicam haben, vorgezogen werden sollen, desgleichen, ob die hypothecae tacitae sive legales, welche die römischen Gesetze den pupillis in bonis tutorum, und den Kindern wegen des mütterlichen Guts in bonis parentum gestatten, den publicis weichen, und diese, wenn sie gleich tempore posteriores sind, jenen vorgehen müssen? so ist auf landesf. Befehl verordnet: daß in Zukunft bei concursibus creditorum diejenigen Creditoren, welche eine gerichtliche Hypothek haben, alle Mal denjenigen, welche ad rem emendam hergeliehen und sich die dafür erkaufte Sache privatim hypotheciren lassen, wenn gleich diese Hypothek älter ist als jene, vorgezogen werden sollen. Die hypo-

*) Die Hurenbrüche mußten von beiden Theilen, wenn dieselben solche Personen waren, die vor das Landgericht gehörten, an die Obrigkeit des Orts, wo das Kind zuerst die Welt beschrien, erlegt werden. Mit den Gührbraunschw. Landen war wegen der gegenseitigen Beitreibung dieser Brüche eine besondere Convention unterm 29. Januar 1735 geschlossen, welche durch die landesf. Verordn. v. 16. Febr. 1735 publicirt wurde. Die Soldaten waren von der Zahlung der Hurenbrüche nicht befreiet, und deshalb eben so wenig die, welche sich in Kriegsdienste begaben, um der Zahlung zu entgehen. Landesf. Verordn. v. 19. Decbr. 1744.

thecae tacitae sive legales, welche den Pupillen in bonis tutorum und den Kindern wegen des mütterlichen Guts in bonis parentum zustehen, sollen mit den hypothecis publicis in eine Classe secundum prioritatem temporis locirt werden. Verordn. des Magistrats zu Helmstädt v. 21. April 1749.

E. auch: Concurß.

cf. Verordn. v. 26. März 1823, die stillschweigenden und gesetzlichen Hypotheken betr.

Hypothekarische Gläubiger, Vorladung derselben bei der Subhastation der verhypothecirten Grundstücke.

E. Subhastation.

Hypotheken, dem Leihhause constituirte.

E. Leihhaus in Braunschweig, §. 16.

Hypotheken, Bestellung derselben vor incompetenten Gerichten, vor Notar und Zeugen und vor Zeugen allein.

Da die Erfahrung lehrt, wie schädlich es dem Credite ist, wenn den vor incompetenten Gerichten, vor Notarien und Zeugen, und vor Zeugen allein bestellten Hypotheken gleiche Vorrechte mit denen, welche coram iudice rei sitae bestellt sind, zugestanden werden, daher denn diese Vorrechte jenen Hypotheken an mehreren Orten des Landes durch Localrechte bereits genommen sind, so wird verordnet, daß alle drei vorgenannte Hypotheken künftig nicht weiter als publicae und quasi publicae, sondern nur als Privathypotheken betrachtet, dagegen aber einzig und allein die vor dem Gerichte, dessen Jurisdiction die zu verhypothecirenden Grundstücke, oder die von solchen kommenden Prästationen und stehenden Renten unterworfen sind, in Gegenwart oder auch in Abwesenheit des creditoris bestellten, oder, insofern sie in einem instrumento privato bestellt sein sollten, von selbigem auf Ansuchen beider Contrahenten, oder wenigstens des Schuldners, bestätigten und in das Gerichts-Handelsbuch eingetragenen Hypotheken, und zwar jene vom Tage der Bestellung, diese vom Tage der Bestätigung an, als öffentliche und gerichtliche gelten und in Concursen classificirt werden sollen. Da jedoch die Hager-, Meyerdings-, Probstdings-, Freien- und dergleichen Gerichte, wie auch dem Vernehmen nach die Gerichte einiger Erbenzinsherrn das Recht hergebracht haben, resp. auf die zu ihrem Ressort gehörigen Güter und auf die außerhalb ihres Jurisdiction-Bezirks belegenen Erbenzinstücke des Gerichtsherrn Hypotheken zu bestellen, oder selbige zu bestätigen, so ist denselben dieses Recht in der Maaße, wie sie solches hergebracht, der Gestalt vorbehalten, daß diejenigen Hypotheken, welche auf die dazu qualificirten Grundstücke vor ihnen bestellt oder bestätigt worden, auch in Zukunft für öffentliche und gerichtliche Hypotheken gehalten, folglich denselben alle damit verbundene Rechte eingeräumt werden sollen, weshalb sothane Gerichte der Verordn. v. 2. Decbr. 1744 *) wegen der Handelsbücher genau nachzuleben haben. Diese Verordn. soll zwar nur auf solche Hypotheken gehen, welche nach 30 Tagen, vom dato dieser Verordn., bestellt oder bestätigt worden, in dessen sollen den Gläubigern, welchen auf eine der obgedachten drei Arten eine Hypothek bestellt ist oder binnen 30 Tagen noch bestellt werden sollte, ihre Rechte und Priorität, die sie nach bisher bestandenen allgemeinen oder Local-Rechten gehabt haben, ungeschmälert bleiben, wenn sie, und zwar die einheimischen innerhalb eines Jahres, die auswärtigen aber innerhalb zweier Jahre a dato dieser Verordn., die geschehene Bestellung unter Production der Original-Urkunden dem foro rei sitae behuf Eintragung in die Gerichts-Handelsbücher anzeigen. Nach Ablauf dieser Frist soll die Anzeige und Eintragung solcher Hypotheken nicht weiter Statt finden, vielmehr diese Verordnung in Ansehung der sodann noch nicht zur

Anzeige

*) E. Handlungen, gerichtliche.

Anzeige gekommenen Hypotheken dieser Art ebenfalls zur Anwendung gebracht und in solcher Maaße ad *casus praeteritos* gezogen werden. Uebrigens sind die einigen Gerichten zur Norm dienenden Local-Rechte, *) vermöge welcher die vollständigen, einer öffentlichen und gerichtlichen Hypothek gebührenden Vorrechte nur durch die Bestellung vor diesen Gerichten, mithin auch nicht durch eine dafelbst nicht übliche Confirmation einer in einem *instrumento privato* erteilten Hypothek erlangt werden können, nicht aufgehoben, vielmehr soll diesen Local-Rechten auch in Zukunft nachgegangen werden, und versteht es sich von selbst, daß die in Folge der gegenwärtigen Verordnung nachgelassene Eintragung der bis zu dem bestimmten Zeitpunkte in einem *instrumento privato* bestellten Hypotheken in das Gerichts-Handelsbuch bei den erwähnten Gerichten nicht Statt finde. Für die Eintragung der gedachten Hypotheken sollen außer den Copialien überall keine Gebühren entrichtet, überhaupt auch künftig bei Hypothekbestellungen oder Befestigungen, mit Abschaffung der bisher in solchen Fällen bei den höhern Justizcollegien üblich gewesen Gebühren, nur $\frac{1}{4}$ Procent, von allen übrigen Gerichten aber ein Mehreres nicht, als die Sportel-Ordnung v. 2. August 1720 besagt, genommen werden; **) weshalb es jedoch in Absicht derjenigen Gerichte, bei welchen eine höhere Sportel-Fare hergebracht ist, so wie wegen des Untergerichts zu Braunschweig bei der Untergerichts-Ordnung sein Bewenden behält. Wenn endlich diejenigen Gläubiger, welche auf gerichtlich bestätigte Hypotheken Geld geliehen haben, durch die Verordn. v. 6. April 1778. ***) der Zinsen halber vor andern begünstigt sind, so versteht es sich von selbst, daß dieser Begünstigung künftig nur solche Hypotheken sich zu erfreuen haben können, welche dieser Verordnung gemäß vor dem *foro rei sitae* bestellt oder bestätigt und resp. dafelbst angezeigt und eingetragen sind. Landesf. Verordn. v. 12. Octbr. 1803.

cf. Verordnung v. 26. März 1823, die stillschweigenden und gesetzlichen Hypotheken betr., §. 2. — Landesf. Circular-Rescript v. 14. Decbr. 1825, die Ausfertigung der Hypotheken-Scheine betr. — Rescript herzogl. Landesgerichts v. 9. Novbr. 1826. (Bege II. p. 149.)

Hypotheken, Bestellung derselben vor auswärtigen Gerichten.

Bei entstandenem Concurse soll zwar, wie solches schon Recht und Billigkeit erfordert, auf der auswärtigen Creditoren Schuldforderungen und dabei einem Jeden zustehende Vorrechte und Privilegien alle gehörige Reflexion genommen, jedoch aber sollen diejenigen *creditores hypothecarii*, die mit einer von auswärtigen Gerichten confirmirten Schuld- und Pfand-Verschreibung, sie mag generaliter auf alle und jede Habe und Güter des Debitors, oder aber specialiter auf ein in dem Fürstenthume Blankenburg belegenes Grundstück gerichtet sein, versehen sind, denjenigen *creditoribus hypothecariis*, die von der fürstl. Landes-Regierung gehörige Confirmation über ihr Anlehn und die constituirte Hypothek erhalten haben, wenn auch selbige gleich den *datis* und der Zeit nach viel jünger denn jene wären, nachgesetzt und in den Graduations-Urtheilen nachclassificirt, gegenwärtige landesf. Constitution auch von denjenigen Verschreibungen, die vor deren Publication ausgestellt sein möchten, verstanden werden. Landesf. Verordn. d. d. Blankenburg den 11. Octbr. 1721.

S. übrigens: Hypotheken, Bestellung derselben vor incompetenten Gerichten 2c.

Hypotheken, gerichtliche, in Braunschweig.

Es soll keine Verpfändung der zu der Stadt gehörigen liegenden Gründe, Häuser und anderer unbeweglicher Güter, wohin auch stehende Zinsen zu rechnen, in der Stadt Braunschweig die vollen

*) S. Hypotheken, gerichtliche, in Braunschweig.

**) cf. Neue Sportel-Ordnung v. 10. Mai 1835.

***) S. Zinsen, Bezahlung derselben nach entstandenem Concurse.

Rechte einer Verpfändung haben, sie geschehe denn vor dem Untergerichte und sei in das Gerichtsbuch verzeichnet, und, wenn gleich eine solche Hypothek vor andern Gerichten, *coram tribus testibus* oder auf andere nach Landes- und gemeinen Rechten gültige Art constituit wäre, soll dennoch dieselbe nur allein den *creditoribus chirographariis* vorgezogen werden. Wer an liegendem oder unbeweglichem Gute ein gerichtliches Unterpfand erlangt, erhält dadurch von dem Tage an, da solche Hypothek ihm bei dem Untergerichte angelegt worden, das gesetzmäßige Vorrecht. §§. 1 und 2. Cap. 13 der verbesserten Untergerichts-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 2. Febr. 1764. *)

Vorstehende Passus der Untergerichts-Ordnung sind in *casu speciali* dahin declarirt, daß, da die Rechte demjenigen Creditor, welcher zur Erlangung eines unbeweglichen Gutes Gelder hergeliehen, nur alsdann vor andern *hypothecariis* einen Vorzug geben, wenn er sich zugleich an solchem Gute eine *hypothecam expressam* constituiren lassen, diese Hypothek aber nach der Untergerichts-Ordnung, gleich allen andern *conventionalibus*, vor dem Untergerichte constituit sein muß, ein solcher Creditor, wenn er sich später, als ein anderer an dem unbeweglichen Gute eine gerichtliche Hypothek bestellen lassen, ob *causam crediti* keinen Vorzug vor demjenigen Creditor, welcher früher die gerichtliche Hypothek erhalten, verlangen könne, sondern diesem in der Locirung der Forderung den Vorzug lassen müsse. Landesfürstl. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 20. Septbr. 1743.

S. übrigens: Hypotheken, Bestellung derselben vor incompetenten Gerichten u.

Hypotheken, stillschweigende und gesetzliche.

Da bei der unter den Rechtsgelehrten sehr bestrittenen Frage: ob *hypothecae tacitae sive legales* den *publicis* weichen, und diese, wenn sie gleich *tempore posteriores* sind, jenen vorgehen müssen, der bisherige *usus fori* in der Canzlei, auch verschiedenen Gerichten es mit sich bringt, daß die *hypothecae tacitae sive legales*, welche die römischen Gesetze den *pupillis in bonis tutorum* und den Kindern wegen des mütterlichen Guts in *bonis parentum* gestatten, mit den *hypothecis publicis* in eine Classe gesetzt und *secundum prioritatem temporis* locirt werden, so soll über diesen *usum fori* bis zu einer dieserhalb etwa erfolgenden Landes-Constitution gehalten werden. Landesf. Rescr. an fürstl. Hofgericht v. 8. März 1749, worin dasselbe zugleich angewiesen ist, in vorkommenden Fällen nach diesem Gerichtsgebrauche zu sprechen. **)

cf. Verordn. v. 26. März 1823, die stillschweigenden und gesetzlichen Hypotheken betr. — Declaration derselben v. 8. Decbr. 1825. — Landesf. Circular-Rescript v. 14. Decbr. 1825, die Ausfertigung der Hypothekenscheine betr. — Neue Landschafts-Ordnung vom 12. Octbr. 1832. §. 199.

*) Schon in der Untergerichts-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 16. Novbr. 1677 Cap. XXVI. §. 1 und 2 ist diese Disposition enthalten, mit dem Beifügen, daß, obgleich dieser Gebrauch aus dem in der Stadt Braunschweig abgeschafften Sachenrechte herrühre, solcher dennoch beibehalten werden solle.

**) Durch eine dem Commissair Schaffels in Sachen seiner wider seinen Debitor Michael Preuster ertheilte landesfürstliche Resolution v. 20. Septbr. 1743 war eine *interpretatio authentica* der Untergerichts-Ordnung der Stadt Braunschweig, §. 1 und 2, Cap. 26, vermöge welcher alle Verpfändungen liegender Gründe, Häuser und anderer unbeweglicher Güter in das Gerichtsbuch verzeichnet werden müssen, wenn sie zu Recht gültig sein sollen (S. Hypotheken, gerichtliche, in Braunschweig), dahin gegeben, daß, gleichwie der Natur der Sache nach die *hypothecae legales vel tacitae* keiner zu constituirenden *hypothecae expressae* bedürften, mithin der Disposition vorangezogener Untergerichts-Ordnung nicht unterworfen seien, sondern, wenn gleich selbige nicht zu Buche getragen und dahinein gerichtlich verzeichnet worden, ihre volle Rechtsgültigkeit behalten sollten, also hinwieder, wenn die Rechte dem Creditor anders nicht, er habe denn zugleich eine *hypothecam expressam* auf das unbewegliche Gut (wie in *casu substrato*, wo zu Erlangung eines Hauses Geld hergeliehen war) sich constituiren lassen, ein Vorrecht geben, dergleichen *hypothecae expressae*, gleich allen andern *conventionalibus*, wo sie ihre Gültigkeit haben sollen, kraft mehrangeführter Un-

Jäger.

Bei dem Jägergelde, so anstatt der Jägerzehrung und Belohnung die Dorfschaften in einigen Gegenden erlegt haben, soll es gelassen, und dasselbe nicht gesteigert, noch auf andere und mehrere Dorfschaften, als bei denen es bisher im Gebrauche gewesen, von Neuem gelegt werden. Landtags-Absh. v. 3. Juni 1597. Art. 6.

Die Meier und Röther der Stände sollen über das Herkommen mit Jägern und Hunden nicht beschwert werden, und bleibt zwar das Jägergeld, statt einer Jägerzehrung und Belohnung, wo es hergebracht, es darf aber solches von niemandem gesteigert, noch auf Dorfschaften extendirt werden, bei welchen es vormalz nicht gebräuchlich gewesen. Zugleich ist den Jägern verboten, von den Gemeinden an freier Zehrung, Trank, Futter oder baarem Gelde etwas zu fordern. Art. 37 der gesammten Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770.

Wie mittelst landesf. Verordn. v. 15. Juni 1752 *) der an einigen Orten noch in Uebung gewesene Gebrauch, daß die Jäger nebst dem Tranke sich von den Einwohnern der Dörfer speisen lassen, auch für ihre Pferde und Hunde freies Futter gefordert, welches die Einwohner nach der Reihe in den Krug bringen müssen, abgestellt und bei namhafter Strafe verboten worden; so hat es dabei sein Bewenden, und soll darüber nachdrücklich gehalten werden. Ebendas. Art. 38.

Jägerburschen, Verheirathung derselben.

S. Forstbediente, Verheirathung derselben.

Jägergeld.

S. Jäger.

Jagd und Fischerei.

Diejenigen, so von Alters her bei lebendiger Menschen Gedenken die Jagden und Fischereien rechtmäßiger Weise hergebracht, sollen auch hinfüro an den Enden und Orten, da, wie, und auf was für Art und Weise ein Jeder solches hergebracht, dabei an denselben Orten und auf die Art, Maasse und Weise, wie berührt, weiter und anderer Gestalt aber gar nicht hinfüro gelassen werden, jedoch gleichwohl davon zu rechter Zeit und ohne allen im Felde zuzufügenden Schaden Gebrauch machen. Die andern aber, so jetzt-berührter Gestalt mit Jagden und Fischen nicht berechtigt sind, noch es hergebracht haben, sollen dasselbe in keine Wege weder heimlich noch öffentlich unternehmen, sondern sich dessen bei Vermeidung der Pfändung und willkührlicher Strafe gänzlich enthalten. Salzbadl. Landtags-Absh. v. 3. Juni 1597. Art. 38.

tergerichts-Ordnung gerichtlich constituirt sein müßten, und diesemnach die ältern Hypotheken den jüngern vorgehen sollten. Aus dem ersten Theile dieser Declaration erhellt also, daß schon damals die *hypothecae tacitae* den *expressis* gleich gehalten sind.

- *) Durch diese Verordnung ist den Gardereutern bei der Abholung des Service, so wie den Unterofficiern von dem Landregimente bei Ausnehmung der Landsoldaten und beim Visitiren ihrer Mannschaft verboten, im Krüge auf Gemeinde-Unkosten zu zehren; den Jägern, nebst dem Tranke von den Einwohnern im Dorfe sich speisen zu lassen oder für ihre Pferde und Hunde freies Futter zu fordern; den Vogresen und Landvoigten, unter dem Namen der ihnen bei Erhebung des Dienstgelbes und anderen Verrichtungen in herrschaftlichen Angelegenheiten gebührenden freien Zehrung in den Dörfern, wo sie wohnen, oder auch unter dem Namen der Bauernschuld ein gewisses Geld von den Gemeinden zu erigiren; endlich auch den Boten der Schatzeinnehmer, freie Zehrung von den Gemeinden zu verlangen. Die Uebertretung der Verbote ist mit ernster Strafe bedroht, und nur den landschaftlichen *Treutoren* blieb erlaubt, von den Gemeinden bei der Beitreibung der Schatzgefälle etwas an freier Zehrung, Trank, Futter und baarem Gelde zu fordern.

Inhalts des Salzbadl. Landtags=Abschiedes soll niemand an dem Jagen, so weit und fern er befugt, in einerlei Wege, es sei durch die gesetzten Hagepfähle oder sonst beeinträchtigt werden, dagegen aber keiner das Jagen, Hetzen, Kuren, Kreisen, Stellen, Schießen unbefugter Weise und zu unrechter Zeit wider die fürstl. Jagd- und Forst=Ordnung bei willkürlicher ernster Strafe unternehmen und sich anmaßen. Wolfenb. Landtags=Absch. v. 27. Januar 1619. Art. 33.

Niemand der Stände soll in hergebrachter possessione vel quasi wegen seines Jagens, auch seiner Fischerei, es sei durch gesetzte Hagepfähle oder sonst beeinträchtigt, sondern ein Jeder, der die Jagden und Fischereien rechtmäßiger Weise hergebracht, auch hinfüro da, und an den Orten, auch auf die Art und Weise, wie solches hergebracht, weiter und anderer Gestalt aber nicht ruhig dabei gelassen werde; dahingegen aber keiner das Jagen und Fischen unbefugter Weise, oder zu unrechter Zeit, wider die fürstl. Jagd-, Forst-, oder andere Ordnung bei ernster Strafe unternehmen und sich anmaßen. Art. 35 der gesammten Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770.

S. auch: Jagen und Kuren — Sehezeit — Wildddiebe — Fischdieberei — Schlingenlegen nach Hasen.

Jagddienst.

Mit den Jagdfrohnen soll es, wie es gebräuchlich, gelassen, und die Leute, welche anstatt derselben ein genanntes Geld geben, sollen dabei künftig gelassen und darüber mit Frohnen oder mehrerem Gelde nicht beschwert werden. Salzbadl. Landtags=Absch. v. 3. Juni 1597. Art. 6.

Von den Hinterlassen der Ritterschaft sollen keine Jagddienste irgend gefordert werden, als wo die fürstl. Cammer dazu berechtigt ist. *) Die in den Rechten gegründete praesumptio libertatis soll also auch hierunter bei den adlichen Gerichten Statt finden, es wäre denn, daß die den Jagddienst fordernde fürstl. Cammer actus possessorios für sich hätte, auf welchen Fall den Rechten gemäß zu verfahren. Landtags=Absch. v. 9. April 1770. Art. 53.

Ohne jedesmalige Anforderung der Districts=Oberforstbedienten sollen von den Aemtern keine Jagddienste verabsolgt werden. Rescr. fürstl. Cammer v. 4. Decbr. 1777.

Der landesf. durch das Cammer=Rescript v. 16. Novbr. 1776 **) zu Abstellung verschiedener bei Anforderung der Handdienste zum Klapperjagen und Perchensfreichen von den Unter=Forstbedienten admittirten Mißbräuche gegebene Befehl, daß dergleichen Jagddienste nicht ohne Vorwissen und Anforderung des Oberjägermeisters von den fürstl. Aemtern verabsolgt werden sollen, ist mittelst höchsten Rescripts v. 30. Januar a. c. dahin extendirt, daß künftig ohne Anforderung des jedesmaligen Oberjägermeisters oder des dem Districte vorgesetzten Ober=Forstbedienten keine Jagddienste zu dem quästionirten Gebrauche abgegeben werden sollen. Circular=Rescript fürstl. Cammer zu Braunschweig v. 24. Febr. 1778.

S. auch: Dienste.

cf. Rescript fürstl. Cammer=Collegii v. 20. Septbr. 1814. (Bege II. p. 63.) — Desgl. v. 10. Januar 1815. (Bege I. p. 63.) — Forststraf=Directorium v. 5. Mai 1815. §. 144.

Jagdfolge.

Es soll sowohl in den herrschaftlichen als adlichen Jagd=Revieren derjenige Schütze, welcher ein Stück Wild angeschossen und es in das andere Revier hinein spürt, den Anschuß mit einem Bruche be merken, sodann solchen und die Flucht über die Grenze dem benachbarten Jäger zeigen, dieser aber ihm

*) Schon in dem dem Landtags=Abschiede v. 10. Decbr. 1682 annectirten recessu gravaminum de eod. dat. Art. 23 ist verordnet, daß die Hinterlassen der Ritterschaft damit über das alte Herkommen nicht angestrengt werden sollen.

**) In dem vorliegenden gedruckten Originale des Rescripts ist diese Jahreszahl in 1746 umgedruckt.

sodann gestatten, es mit dem Schweißhunde zu verfolgen, wie er es binnen 24 Stunden habhaft werden kann. Der requirirte Jäger soll den verfolgenden Jäger hierbei überall begleiten, und dieser den Schweißhund nicht eher lösen, als bis er mit vieler Wahrscheinlichkeit hoffen kann, daß der Hund das angeschossene Wild bald fangen oder wenigstens stellen werde, in welchem Falle ihm nachzulassen ist, daß er solches vollends todt schieße. Wenn das Wild gestürzt ist, soll der requirirte Jäger es dem verfolgenden, nach vorgängiger Meldung an den Revier-Förster, verabfolgen lassen. Wenn aber zu fürchten ist, daß ein angeschossenes Wildpret dadurch, daß die Meldung vor der Verabfolgung geschehen müsse, unbrauchbar werden könnte, so soll in solchem Falle das Wild dem anschießenden Jäger gleich frei bleiben, jedoch die Meldung gleich nach dem facto geschehen. Wenn aber der Landesfürst selbst, oder einer seiner Angehörigen gegenwärtig sein sollte, so finden diese Vorschriften nicht Statt. Landtags-Absh. v. 9. April 1770. Art. 54. *)

cf. Recesß zwischen dem Königreiche Hannover und dem Herzogthume Braunschweig v. 10. Januar 1822. (Bege II. p. 83.)

Jagdfuhren.

S. Dienste — Reihesfuhren — Rothfassen, Pferdehalten derselben.

Jagd=Ordnung.

S. Forst- und Jagd=Ordnungen.

cf. Jagd=Reglement v. 10. April 1815. (Bege III. p. 68.) — Rescr. herzogl. Cammer-Collegii v. 31. Juli 1828. (Bege III. p. 153.) — Jagd=Regeln der herzogl. Forst=Direction v. 1. August 1832 nebst Rescript v. 17. August 1832. (Bege III. p. 173.)

Jagdtermin.

S. Sehezeit.

Jagdwrogen.

S. Forstwrogen.

Jagen und Kuren.

Des Hasenfangens und Kurens, daneben auch Antvögel, Enten, Reiher und anderes Feder-Wildpret auf den herrschaftlichen Teichen und andern fließenden und stehenden Wassern und Sümpfen, und an den Orten, wo es der landesf. Obrigkeit allein zukömmt, zu schießen, soll sich jedermannniglich gänzlich enthalten, mit der ernstlichen Verwarnung, daß denjenigen, die hierin widerseßig und ungehorsam befunden würden, nicht allein die Garne, Büchsen und was sie sonst zu obbemeldetem Jagen, Schießen und Kuren brauchen, genommen, sondern auch die Verbrecher und Thäter bei dem Kopfe genommen und eingezogen, und andern zum Abscheu am Leibe gestraft werden sollen. Die Haupt- und Amtleute, Bürgermeister und Räthe in den Städten, die hierauf nicht Acht haben, sondern unachtsam sind, sollen mit höchster schwerer Ungnade und Strafe als meineidige Eidvergeßene angesehen werden. Denen von der Ritterschaft aber soll unbenommen und unverboden sein, auf dem Ihrigen Hasen zu fangen und Feder-Wildpret zu schießen, da sie Gerechtigkeit und dieselbe ruhig ersehen und hergebracht haben. Landesf. Verordn. v. 4. August 1559.

*) Dieser Art. bezieht sich auf die im Art. 23 des Landtags-Abshiedes v. 10. Octbr. 1682 gemachte Zusage, daß wegen der Folge des angeschossenen Wildes und wegen des Ueberjagens der Hunde ein gewisses Reglement ergehen solle, damit die Ritterschaft keine Ursache habe, sich desfalls zu beschweren.

Diese Verordnung ist auch durch die landesf. Gemein-Ausschreiben an alle Amtleute v. 27. Juli 1564, *) 20. Juli 1565 und 14. Octbr. 1567 **) nochmals bestätigt und dabei verordnet, daß sich sowohl die Amtleute selbst, als auch die Junker alles Kurens, Stellens oder Jagens nach Wildpret, es sei gleich, was es wolle, in herrschaftlicher Hoheit und Holzung bei Vermeidung exemplarischer Bestrafung enthalten sollen.

Die von Adel sollen sich in den fürstl. Aemtern, Gerichten und Hoheit alles Jagens, Stellens, Hagens, Lauschens und Weidewerks, vornehmlich aber des Schießens, imgleichen des Fischens bei Tag und Nacht gänzlich enthalten, und die Unterthanen auf ihrer Junker Erfordern dazu sich nicht gebrauchen lassen; denn da der eine oder andere darüber betroffen würde, soll solches für sonderlichen vorgefetzten gewaltsamen Frevel und Muthwillen geachtet und aufgenommen, und es sollen sowohl die Unterthanen, Knechte und Dienstleute, so mit dazu geholfen, als ihre Herren und Junker gebühlich gestraft werden. Landesf. Verordn. v. 30. Juli 1581.

Alle und jede Unterthanen, die von Adel, und alle diejenigen, so in den herrschaftlichen Wildbahnen und Gehölzen etwa zu reisen, oder sonst darin andere zugelassene Geschäfte zu verrichten haben, sie seien Fremde, Einheimische, Förster oder andere, insonderheit auch diejenigen, welche bis daher des heimlichen Schießens sich unterfangen, sollen bei Vermeidung höchster Ungnade und bei Strafe von alle Mal 100 Goldgülden, und noch wohl nach Gelegenheit unnachlässiger Leibes- und Lebens-Strafe aller Plackereien sowohl in den Landhölzern als allen andern herrschaftlichen Wildbahnen sich hinfüro gänzlich enthalten, oder obberührter Bestrafung, so der eine oder andere darüber betreten wird, gewiß und unverbleiblich gewärtig sein; gestalten denn sowohl die fürstl. Beamten, als auch Oberförster, Holzgeschworene und männiglich ein wachsames Auge darauf haben, und, da etwa der eine oder andere wider diese Verordnung darin betreten würde, demselben nicht allein, da er auf frischer That befunden wird, das Rohr, so er bei sich trägt, abnehmen, sondern auch ihn zu gefänglicher Haft nehmen, dero Behuf mit allem Ernste und Zuthun der Unterthanen (welche durch diese Verordnung zur Assistenz ernstlich befehligt sind) an andere Orte, auch außerhalb Landes verfolgen und an dasjenige Gericht, woselbst er betreten wird, liefern, auch solches höchsten Orts in continenti anmelden sollen, damit er also zu gebührender und angeordneter Bestrafung gezogen werde. In Verbleibung dessen, da es von Obgedachten nicht sollte alsbald berichtet, sondern verschwiegen und also durch die Finger gesehen werden, sollen sie, wenn es sonst von andern erfahren wird, gleicher Gestalt 100 Goldgülden der fürstl. Cammer erlegen. Landesf. Verordn. v. 16. Juli 1643. ***)

Die Studenten, auch andere Universitäts-Verwandte, nicht weniger die Bürgerschaft zu Helmstädt, sollen sich des Jagens um und vor Helmstädt hinfüro gänzlich enthalten und mit Büchsen, Flinten oder anderem Schießgewehr vor dasigen Thoren in der Jagd sich nicht finden lassen, oder unfehlbar gewärtigen, daß die Contravenienten mit den auf das verbotene Jagen und Wildschießen in den hier zuvor publicirten fürstl. Jagd-Edicten und an den Gehege-Pfählen exprimirten Geldstrafen belegt, auch nach jedesmäligen Befinden noch schärfer bestraft werden sollen. Landesfürstl. Edict vom 2. Septbr. 1744. (S. Wolterecks kurzen Begr. Braunsch. Wolfenb. Landes-Ordn. p. 362.)

S. übrigens: Wildddiebe — Jagd und Fischerei — Schlingenlegen nach Hasen.

*) Durch dieses Ausschreiben wird zugleich das Gebot wiederholt, den Hundten Knittel einzubinden.

**) In den verbis enuntiativis dieses Ausschreibens beschwert sich Herzog Heinrich d. J., daß er im ganzen Fürstenthume nicht einmal so viele Hasen bekommen könne, als er für sich und seine Gemahlin bedürfe.

***) Auch unterm 20. Febr. 1617 ist ein Edict wider das unbefugte Kuren und Jagen ergangen, das indeß nur die früheren Verbote wiederholt.

Jahrmärkte.

Den hiesigen Unterthanen wird gestattet, diejenigen, welche sie außerhalb Landes zu ihren Jahrmärkten nicht zulassen wollen, auch innerhalb des Fürstenthums so wenig in als vor den Städten zu leiden, vielmehr sollen diese von den Beamten und Gerichtsherrn zurückgewiesen und, wenn sie mit gutem Willen nicht abziehen wollen, so sollen ihnen die Waaren verschlossen und den Unterthanen bei gewisser Strafe verboten werden, mit ihnen im Her- und Zurückreisen zu handeln. Landtags-Abschied v. 3. Juni 1597. Art. 45.

Da durch langwierige böse Gewohnheit in hiesigen Landen an des Herrn oder andern hochfeierlichen Tagen hin und wieder öffentliche Jahrmärkte gehalten werden, obwohl den Sabbath und die Feiertage zu heiligen ernstlich geboten ist, durch angeregte Krämerei aber die Leute von dem wahren Gottesdienste abgehalten und die Feiertage dadurch entheiligt werden, so wird, um dieß nicht länger zu dulden, verordnet, daß alle Jahrmärkte und Handthierungen, wie sie Namen haben mögen, es sei in Städten, Flecken und Dörfern, auf des Herrn oder andern Feiertagen gänzlich abgeschafft sein, und etwa auf die nächstfolgenden Werkstage verschoben und angestellt werden sollen. Landesf. Verordn. v. 28. April 1649, welche unter dem 11. Decbr. 1654 wiederholt ist.

In den Städten, Flecken und andern Orten, wo öffentliche Jahrmärkte gehalten werden, soll jeder ehrliche Handels- und Handwerksmann mit Auslegung und Verhandlung seiner Arbeit und Waaren ungehindert und unweigerlich zugelassen werden, absonderlich aber sollen die Wandtschneider in allen und jeden Städten sich der Sperrung und Verhinderung des Tuchhandels enthalten und die fremden Krämer und Handelsleute mit allen ihren Waaren und Tüchern, sie haben Namen wie sie wollen, bei und auf den öffentlichen Jahrmärkten, so lange dieselben währen, ungehindert admittiren und sie mit deren Verkauf unbeeinträchtigt und ungesperrt gewähren lassen. Landesf. Verordn. v. 1. August 1656.

cf. Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837, insbesondere §§. 17 und 41 sqq.

Da ungeachtet des unterm 28. April 1649 ergangenen Verbots dennoch verschiedene Jahr- und Viehmärkte auf Sonn- und Festtagen abgehalten werden, solcher Mißbrauch und die daraus entstehende Entheiligung des Sabbaths aber durchaus nicht weiter geduldet werden soll, so wird verordnet, daß in den sämtlichen hiesigen Städten, Flecken und Dörfern keine Jahr- und Viehmärkte oder dergleichen Handlungen, sie mögen Namen haben wie sie wollen, auf einen Sonn- und Festtag ferner abgehalten werden, oder solche an diesen Tagen ihren Anfang nehmen sollen; wie denn zu solchem Ende alle dergleichen Märkte, welche zeither an Sonn- und Festtagen abgehalten worden oder ihren Anfang genommen, hiermit ausdrücklich abgeschafft und auf den darauf folgenden Werktag verlegt worden sind. Den Auswärtigen soll dieses gehörig durch die Zeitungen und sonst bekannt gemacht werden. Landesf. Verordn. v. 27. Mai 1779. *)

cf. Feiertags-Ordnung v. 24. März 1825.

*) Ganz dasselbe Verbot enthält das Sabbaths-Edict v. 17. Mai 1779. §. 11, und das Edict v. 1. August 1709. §. 12 bestimmte, daß die Jahrmärkte auf den Dienstag anfangen sollten, damit die Reisenden sich nicht gezwungen sähen, des Sonntags zu reisen. Auch der Magistrat zu Braunschweig hat unterm 1. März 1661 das Abhalten der Jahrmärkte an Sonn- und Festtagen untersagt.

Es wird indeß jetzt auf das Verbot nicht überall mehr gehalten, wie denn z. B. dem Dorfe Lutter am Barenberge unterm 2. Januar 1835 gestattet ist, daß daselbst wieder zwei Jahrmärkte, und zwar beide an Sonntagen gehalten werden, wobei die Anordnung getroffen ist, daß der Vormittags-Gottesdienst früher als sonst abgehalten, der Nachmittags-Gottesdienst aber ganz ausgesetzt werden solle. Dagegen werden nicht selten wegen der jüdischen Festtage die gewöhnlichen Marktstage abgeändert.

Illaten.

§. Erbfolge der Ehegatten — Privilegium dotis zu Braunschweig.

Immission.

Da es der Wechsel-Ordnung und deren Declaration v. 25. Octbr. 1723 *) nicht gemäß ist, daß die chirographarischen Gläubiger, wenn sie die Abnahme der Nahrung des Schuldners bemerken, denselben gerichtlich zu belangen und die Sache bis zur Immission zu treiben pflegen und darauf, wenn über des Schuldners Vermögen Concurß entsteht, vor allen Wechselgläubigern ein Vorzugsrecht verlangen, so wird verordnet, daß diejenigen Gläubiger, deren Forderungen der Gestalt beschaffen sind, daß sie den Wechselschulden nachstehen, durch die Immission kein Vorzugsrecht vor den Wechselgläubigern erhalten, mithin solche Immission gegen die Wechselgläubiger gar nicht attendirt werden soll. Landesf. Verordn. v. 27. Febr. 1756.

Immissionen in Grundstücke behuf des Pfandrechts sind nicht mehr zulässig; s. Subhastation, insbesondere Verordn. v. 10. April 1800. §. 1.

§. übrigens: Executionen.

Immobilien.

§. Contracte und Verträge der Bauersleute — Contracte über Immobilien in den Städten — Auflassung unbeweglicher Güter — Grundstücke u. — Handlungen, gerichtliche.

Immobilien, Ankauf derselben in Braunschweig.

Bei der Disposition des hiesigen Stadtrechts soll es darin sein unverändert geblieben haben, daß diejenigen, so Häuser oder andere Immobilien an sich zu bringen gewillt sind, sich sogleich um die Bürgerschaft zu bewerben haben und ratione solcher Güter der Jurisdiction des Stadtmagistrats unterwürfig sein sollen. Landesf. Verordn. v. 18. August 1705.

§. auch: Römisch-katholische, Acquisition von Grundstücken durch dieselben in Braunschweig — Zudenschaft in Braunschweig.

cf. Bekanntmachung des fürstl. Stadtgerichts zu Braunschweig v. 20. Decbr. 1816. (Br. Anz. v. 1816. Nro. 101.) — Bekanntmachung des Stadt-Magistrats daselbst v. 12. Februar 1827. (Br. Anz. v. 1827. Nro. 14.) — Städte-Ordn. v. 4. Juni 1834. §. 18.

Incerta der Contribution.

§. Contribution.

Indossament.

§. unter: Wechselrecht. Wechsel-Ordnung v. 1. August 1715. Art. 42 und 43.

Indossant.

Gegen denselben soll in jedem vorkommenden Falle nach Wechselrecht ohne Verstattung einiger Ausflüchte schleunig verfahren werden. Markt-Gerichts- und Wechsel-Ordnung v. 1. Decbr. 1686. Art. 28.
cf. Unter Wechselrecht: Wechsel-Ordnung v. 1. August 1715. Art. 24.

Indos-

*) §. Wechselrecht.

Indossirte Wechsel.

S. Wechsel, Giriren derselben.

Inhastirte.

S. Inquisiten.

Injurien.

Es wird den Schuldheissen, Bürgermeistern und Rath's-Verwandten ernstlich eingebunden, daß sie diejenigen, welche mit Schelten, Schmähen und Calumniiren in Gelagen und sonst einen Andern öffentlich oder heimlich zugesetzt haben, wenn an der Wissenschaft der vorgeworfenen oder aufgesagten Handel dem Landesfürsten, der Regierung, Land und Leuten oder auch gemeiner Stadt nicht gelegen, zu keinem Beweise ihres unziemlichen Beginns lassen, sondern solches in den Rechten und Gottes Wort verbotenes Schelten, Schmähen und Calumniiren nach Gelegenheit der Personen, so das gethan und gelitten, wie auch des Orts, der Zeit und der anwesenden Personen, da es geschehen, und nach Befinden des Handels an sich selbst strafen sollen. Heinrich'st. Statuten, Art. 4. *)

Wenn Einer den Andern an Ehre und Leumuth schilt und ihm solches nicht überbringen kann, derselbe soll 1 Thlr. zur Strafe erlegen und dem Beleidigten einen Widerruf thun, doch gestalten Sachen nach ihm an seinen Ehren unschädlich. Allg. Land. Ordn. Art. 79.

Wenn ein Weib einen Mann schilt, oder eine Frau oder Magd einander raufen, schlagen oder schelten, doch vom Schlagen keine gefährliche Wunden werden, so soll die Frau, so gescholten, nach Befinden eine Stiege Sackleinewand oder mehr zur Strafe geben. Ebendaf. Art. 80.

S. auch: Schlägerei — Prediger, fürstl. Diener und Befehlshaber, Beleidigungen gegen dieselben — Beamte, Justitiarien und Actuarien, Instruction für dieselben, §. 7. — Braunschweigische Anzeigen; Verordn. v. 31. Januar 1746.

cf. Gesetz v. 12. Decbr. 1832, die Aufhebung der ästimatorischen Injurienklage betr. — Gesetz v. 15. Decbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 4. — Gesetz vom 23. Februar 1837, das Verfahren in Injurien-sachen betr.

Inquilinen.

S. Häuslinge.

Inquisiten.

S. Delinquenten, inhastirte — Gefangene — Arrestatin, Unzucht mit derselben — Suspensio ab officio — Beerdigung der Inquisiten — Geständniß in peinlichen Sachen.

Inquisition's-Proceß.

S. Criminalsachen — Todesurtheile.

Inserenda in die Braunschweigischen Anzeigen.

S. Braunschweigische Anzeigen.

*) In diesem Artikel behält sich der Landesfürst auch noch vor, die Injurien und Calumnien, die ihm selbst und andern fürstlichen Personen, desgleichen der Regierung, den Rätthen und andern vornehmen Dienern widerfahren, selbst gegen jedermann zu bestrafen.

Insinuation der Decrete 2c.

Wenn eine Partei processus arctiores und Bescheide sub comminatione praejudiciali sucht, soll jedes Mal ein documentum insinuationis, oder ein anderer beglaubter Schein, daß die zuvor ertheilten Prozesse den Parteien selbst oder deren Procuratoren insinuirt worden, beigebracht werden, in Entstehung dessen aber keine arctioris processus mandata, oder Bescheide sub comminatione praejudiciali erkannt, viel weniger zur Declaration geschritten werden. Da auch die Parteien dergleichen Documente von sich zu geben sich weigern sollten, sollen sie jedes Mal dem Fiscus mit 50 Goldgülden verfallen sein. Landesf. Verordn. v. 18. Febr. 1623. *)

Die ersterkannten Prozesse **) sollen durch einen geschworenen Canzleiboten erequirt werden, welcher die geschehene Insinuation, wann, wie, an welchem Orte und wem sie geschehen, mit Fleiß entweder selbst verzeichnen oder dem Botenmeister referiren, von diesem darüber einen Schein fordern und solchen dem Anwalde des klagenden Theils zustellen soll, welcher dann, wenn ihm anderweite Handlung obliegen wird, dasselbe gerichtlich und absonderlich mit Wenigem anzumelden hat, damit erforderlichen Falls der erequirende Bote bei seinen abgelegten Pflichten in Recht befragt werden könne. Canzlei-Ordn. Art. 20.

In den Fällen, wo mehrere Litesconsorten sind, soll die Citation einem Jeden besonders und nicht einem oder zweien ihres Mittels, vorzüglich wenn sie diversa domicilia haben, insinuirt, solches auch gleicher Gestalt in pluribus coheredibus und wo mehrere Erben, die sich in ihres Vaters Nachlaß getheilt, vorhanden sind, gehalten werden, indem sonst diejenigen, denen die Citation nicht zugekommen ist, im Falle ihres Nichterscheinens für ungehorsam nicht geachtet werden können, noch gegen sie in contumaciam verfahren werden kann. Ebenas. Art. 21.

Die Gerichtsboten sollen die Ladungen und andere Prozesse denjenigen, wider welche sie ausgehen, im Falle diese anzutreffen sind, selbst in die Hand, andern Falls jedoch in ihrer gewöhnlichen Behausung oder Heimwesen, oder wo ihnen sonst befohlen wird, fleißig überantworten und verkündigen. Hofger. Ordn. Tit. XIV. §. Es sollen auch 2c.

Wenn der Gerichtsbote Ladungen und andere Prozesse verkündigen will, und er nur einer einzigen

*) Diese Verordnung bestimmt außerdem noch, wie es auch in einigen andern den Proceß betreffenden Punkten bei fürstl. Rathsstube gehalten werden soll.

**) Nach dem ersten Decrete und wenn beide Theile zum Gerichtsstande gelangt wären, sollte die Insinuation an dieselben wegfallen, indem der Art. 19 bestimmt, daß zur Beschleunigung der Justiz und Ersparung der Proceßkosten jede streitende Partei einen Procurator zu bestellen habe, welcher die einkommenden Proceßschriften annehme, damit die kostbaren und mühsamen Insinuationen erspart würden. Die Anwälde sollten die Verfügungen der Justiz-Canzlei, von welchen der Pöbel sofort nach beendigter Audienz oder Gerichtsßung ein Verzeichniß auf dem Canzleisaale anschlagen müßte, unverzüglich abfordern und dem Anwalde des Gegentheils insinuiren, widrigen Falls und wosern solches nicht binnen 14 Tagen geschehen würde, die ertheilten Bescheide gänzlich cassirt, erloschen sein und nebst den eingegebenen Schriften ab actis removirt, in der Sache aber nach Gelegenheit wie Recht proceßirt werden solle. (Canzl. Ordn. Art. 17.) Durch den landesf. offenen Befehl v. 26. Januar 1652 wurde diese Bestimmung wiederholt und den säumigen Procuratoren zugleich angemessene Strafe gedrohet. Die Verordn. fürstl. Canzlei v. 1. Juni 1670 bedrohte die Advocaten und Procuratoren, auch andere klagende Parteien auf den Fall, daß die ausgefertigten Sachen gegen Erstattung der hergebrachten Canzlei- und Schreibgebühren unabgefordert liegen blieben, mit willkührlicher Strafe, resp. Suspension und Remotion ab officio; von dem, welcher diesem nicht nachkomme und zur Gewinnung von Zeit und seines Vortheils halber die Sache solcher Gestalt aufhalte und dem Gerichte vergebliche Mühe mache, solle keine Schrift mehr angenommen, sondern sofort, wie bemerkt worden, verfahren werden. Die Bestimmung, daß von dem Säumigen keine Schrift mehr angenommen werden solle, wiederholte die fürstl. Canzlei-Verordn. v. 4. Octbr. 1686 und eine fernere v. 24. Septbr. 1688 erneuerte völlig die Bestimmung des Art. 17 der Canzlei-Ordnung.

Person was zu verkündigen hat, so soll er dieser das Original zustellen und zu Ende des Concepts deutlich aufschreiben, wie, wann und wem, auch an welchem Orte die Verkündigung geschehen ist, und alsdann das Concept dem Hofgerichts-Fiscäl wieder zustellen; sind aber mehrere Personen in dem Proceß begriffen, so sollen eben so viele unterschriebene Copien mitgeschickt werden, und hat der Bote der einen das Original, einer jeden der andern aber eine besondere Copie zu überantworten und mit dem Concepte, wie oben bemerkt ist, zu handeln. Ebendas. §. Und wann also 2c.

Der Bote soll die verkündigten Proceße mit zurückaufgeschriebener Execution wenigstens vier Tage vor jedem Hofgerichte dem Hofgerichts-Fiscäl wieder zustellen, von welchem die Procuratoren aber selbst, bevor die erste Audienz angefangen wird, praestitis praestandis, dieselben abfordern sollen. Ebendas. §. Ueber das soll 2c.

Wenn mehrere Proceße auf einer Straße oder Reise zu insinuiren sind, so soll der Bote nicht von einer jeden Partei das volle Botenlohn fordern, sondern hierunter Discretion gebrauchen. Ebendas. §. Damit auch 2c.

Die Richter sollen das Anrufen wider den Beklagten nicht erkennen, noch wirklich vollstrecken lassen, bevor die impetirte Citation dem Beklagten selbst oder den Seinigen in seiner Behausung gebühlich und also insinuirt ist, daß die Ladung zeitig genug zu seiner Notiz gelangt, und also facta insinuatio gerichtlich documentirt und bescheinigt ist. Ebendas. Tit. LXIV. §. Es sollen aber 2c.

Die Citationen sollen alle Mal 14 Tage ante terminum (es wäre denn, daß beide Theile zur Stelle wären oder auch sonst eine engere Frist beliebten) dem citato insinuirt werden und, wenn die Ladung personal ist, die Parteien in Person, sonst aber durch genugsam bevollmächtigte Anwälde vor der Rathsstube erscheinen und vor erlangter Dimission nicht weggehen. Landesf. Verordn. v. 31. August 1667, wie es mit Beförderung der Proceße bei der fürstl. Rathsstube zu halten. *)

S. auch: Bescheide 2c., Einlösen derselben — Ungehorsam — Beamte, Justitiarien und Actuaren, Instruction für dieselben. §. 10. — Advocaten und Procuratoren bei fürstl. Justiz-Canzlei.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 23. — Verordn. v. 9. Febr. 1814, die Gerichtsporteln betr., §. 7. — Rescr. fürstl. Landes-Gerichts v. 27. Febr. 1817. (Bege I. p. 162.) — Landesf. Declaration v. 8. Octbr. 1825, die Insinuation der gerichtlichen Erkenntnisse im Falle des Ungehorsams betr. — Verordn. v. 4. Octbr. 1826, die Bestimmung verschiedener Gerichtsgebühren betr., §§. 2, 3 und 4. — Postscript des herzogl. Landes-Gerichts v. 21. Juni 1827. (Bege II. p. 168.) — Rescript herzogl. Landes-Gerichts v. 8. März 1830. (Bege II. p. 111.) — Landesf. Circular-Rescript v. 14. April 1831, die Beobachtung der Vorschriften der Verordn. v. 22. Juni 1792, wegen der Kosten in Gemeinde-Proceßen betr., Nro. 3. — Gesetz v. 10. Mai 1835, die neue Sportel-Ordnung betr., I. C. 4. a. — Oberappellations-Gerichts-Ordnung v. 16. Septbr. 1835. §§. 121 und 122. — Gesetz v. 13. Decbr. 1836, Abänderungen und Ergänzungen der Sportel-Ordn. betr., §. 3.

Insinuation der Decrete 2c. zu Braunschweig.

Alle und jede Bürger, sie seien Kläger oder Beklagte, sie werden wegen einer Klage, oder aus andern Absichten vor die den Senatoren und Secretarien aufgetragenen Commissionen zu Rathhause citirt, sollen sich zu der von dem Gerichtsboten ihnen angezeigten Stunde, **) ohne Erwartung einer fernern

*) Wegen des übrigen Inhalts dieser Verordnung s. Canzlei-Ordnung; Note p. 163.

**) Die Verordnung des Magistrats zu Braunschweig v. 20. Febr. 1725 bestimmt §. 5, daß die Parteien, Falls ihnen keine andere Stunde durch den Rathsbienner präfigirt würde, Vormittags um 9 Uhr, Nachmittags aber um 2 Uhr

Citation, unfehlbar einstellen, um sich auf die Sache vernehmen zu lassen, widrigen Falls aber gewärtigen, daß sie nicht allein dem vergeblich erscheinenden Theile die Unkosten zu erstatten, sondern auch die Commissions-Gebühren zu bezahlen schuldig verurtheilt werden und beides durch schleunige Execution von ihnen eingetrieben wird. Verordn. des Magistrats zu Braunschweig v. 21. Febr. 1749.

Nach angebrachter Klage läßt der Gerichts-Verwalter den Beklagten oder, da deren mehrere sind, dieselben insgesammt, und zwar jeden besonders auf einen, jedoch nicht über acht Tage auszufehenden Gerichtstag, oder auch, wenn die Beschaffenheit der Sache es erfordert, auf den nächsten Gerichtstag sub praepjudicio citiren, und wird die Zeit und Stunde, auch, wenn die Klage mündlich angebracht worden, die causa citationis expreß in den gedruckten Citations-Zetteln benannt, wovon der eine nach geschehener Insinuation dem Beklagten gelassen, der zweite Citations-Zettel aber dem Kläger cum documento insinuationis von dem Gerichtsboten zugestellt wird. Sind mehrere Beklagte vorhanden, so geschieht die Insinuation an alle, der Citations-Zettel wird aber demjenigen Beklagten gelassen, welchen der Gerichts-Verwalter dem Boten angezeigt hat. Der Gerichts-Verwalter soll die ausgefertigten Citationen nebst Bemerkung der Zeit und Stunde sämmtlich in ein zu dem Ende verfertigtes Terminsbuch, welches er alle Zeit zu Rathhause bringen muß, solcher Gestalt verzeichnen, daß dasselbe erforderlichen Falls jedes Mal producirt werden kann. §. 2. Der Gerichtsbote soll die Citationen jedem Beklagten selbst insinuiren und, Falls er denselben das erste Mal nicht zu Hause findet, zum zweiten Male zu ihm gehen; Falls er sich alsdann auch nicht antreffen läßt, so mag der Citations-Zettel des Beklagten Ehefrau oder Kindern, wenn solche erwachsen sind, oder auch den Angehörigen und Bedienten insinuirt werden, mit dem Bedeuten, daß sie denselben dem Beklagten bei seiner Zuhausekunft sofort einzuliefern haben. Falls diese den Zettel anzunehmen sich weigern, oder nicht vorhanden sind, soll er denselben an des Beklagten Stuebenthür anslagen, und auf welche Weise die Insinuation geschehen, unter den andern Citations-Zettel notiren. §. 3. Cap. VI der verbesserten Untergerichts-Ordnung v. 2. Febr. 1764.

Wegen der neuern Gesetzgebung f. Insinuation der Decrete u.

Inspectio ocularis.

E. Beweis beim Untergerichte zu Braunschweig §. 3.

Inspectionen=Lesegesellschaften und Bibliotheken der Prediger.

E. Lesegesellschaften und Bibliotheken der Prediger.

Instanz, erste.

E. Prima instantia.

Instrumentum guarentigatum.

E. Briefe und Siegel, klare — Wechselrecht; Wechsel-Ordnung v. 1. August 1715. Art. 45.

Intelligenz-Blätter.

E. Braunschweigische Anzeigen.

präcise erscheinen sollten. Würde aber die eine oder andere Partei vor 11 Uhr Vormittags und 3 Uhr Nachmittags sich nicht anfinden, so könne die erschienene contumaciam accusiren, expensas termini designiren und des folgenden Rathstags Bescheid gewärtigen, inmaßen der schuldige Theil vor der Sache Fortgang expensas termini circumducti erstatten solle. Jetzt wird die Ungehorsams-Beschuldigung eine Stunde nach der in dem Decrete bestimmten Tageszeit zugelassen; Bekanntmach. des Stadt-Gerichts zu Braunschweig v. 23. März 1814. (Br. Anz. v. 1814. Nro. 25.)

Intelligenz-Comptoir zu Hannover.

Nach einer von der Churbraunschweigischen Landesregierung dem Intelligenz-Comptoir zu Hannover ertheilten Vorschrift werden die demselben von auswärtigen Gerichten zur Bekanntmachung eingesandten Vorlaungen und andere dergleichen gerichtliche Verordnungen ohne vorgängige Genehmigung der Churbraunschweigischen Justiz-Canzlei zu Hannover nicht angenommen, weshalb in vorkommenden Fällen die hiesigen Untergerichte bei den ihnen vorgesetzten Obergerichten die erforderlichen Requisitions-Schreiben auswirken müssen. Avertissement der fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 22. Mai 1794. (Br. Anz. v. 1794. Nro. 42.)

Interpositio remediorum.

S. Rechtsmittel, Einlegung derselben.

Interrogatoria specialia.

Die interrogatoria sollen, wenn die articuli ad probandum zugelassen worden, alsofort dem Gerichte zur Zulassung oder Verwerfung übersandt und dergleichen, die nicht zur Sache dienlich, an sich selbst unerheblich und übermäßig sind, gänzlich vermieden und ausgelassen werden, wogegen nur das allein, was der Sache dienlich und zur Ergründung der rechten Wahrheit nützlich, solchen Fragstücken inserirt und einverleibt werden soll; alles bei ernster, von dem Richter zu ermessender Strafe. Wenn auch der Examinator befindet, daß auch solche interrogatoria mit eingemengt sind, welche turpitudinem testis enthalten oder sonst nur zu Irrungen und gesuchtem Intricat dienen sollen, so beruht in seinem arbitrio, solche zur Sache nicht dienliche interrogatoria zu übergehen und nur dasjenige, was zur Hervorbringung des wahren facti dienlich ist, zu attendiren und darauf zu befragen. Hofgerichts-Ordnung Tit. XLIV. §. So wollen wir u.

Wenn der Gegentheil keine Fragstücke eingelegt hat, so soll nichts desto weniger von dem Richter der Zeuge auf die gemeinen Fragstücke verhört und, wenn er aussagen würde, daß er einige Artikel, vornehmlich in den Fällen oder Handlungen, daran den Parteien insonderheit gelegen, glaube oder daß dieselben wahr seien, um die Ursache seines Wissens oder Glaubens, auch um die Zeit, Mahlstatt und andere Umstände der Sachen gefragt werden. Ebenas. Tit. XLVI. §. Wann aber der Gegentheil u.

Gemeine Fragstücke, worauf die Zeugen mit examinirt und verhört werden sollen:

- 1) Wie der Zeuge mit seinem wahren Tauf- und Zunamen heiße und wie alt er sei?
- 2) Ob er im geistlichen oder weltlichen Banne, in der Acht und Oberacht begriffen? *)
- 3) Wie er zu diesem Zeugnisse komme?
- 4) Ob er dem einen oder andern Theile mit Sipp- oder Blut-, Freund-, Schwäger- oder Gevatterschaft oder sonst zugethan sei?
- 5) Ob er etwa Nutzen oder Schaden aus dem Siege des führenden Theils zu hoffen oder zu fürchten habe?
- 6) Ob er einem Theile mehr günstig sei als dem andern?
- 7) Ob er von Einem unterrichtet sei oder sich mit seinen Mitzeugen besprochen habe, auf was Art er Kundschaft geben solle?
- 8) Ob er auch dem einen oder andern Theile in dieser Sache vorher ein- oder beiräthig gewesen?
- 9) Ob er auch wisse, wozu ihn der abgeleistete Eid verbinde, und festiglich glaube, wenn er demselben nicht nachkommen, sondern ihn übergehen würde, daß er sich alsdann aller Gnaden und Segen

*) Dieses Fragstück fällt jetzt aus.

Gottes berauben und seinen Leib und seine Seele selbst muthwillig in die ewige Verdammniß stürzen werde?

(10) Ob er denn in Allem, darum er würde gefragt werden, die rechte reine Wahrheit aufrichtig ohne allen Schein berichten und aussagen wolle?

Hofgerichts-Ordnung Tit. XLVI.

E. auch: Beweis — Zeugenbeweis.

cf. Gesetz v. 23. Februar 1837, nähere Bestimmungen des Gesetzes v. 15. Octbr. 1832. Nro. 33 betr. §. 16 *) sqq.

Intraden, herrschaftliche.

Die Beamten sollen die Amtsgefälle in jedwedem Quartale, da sie betagt, zeitig einfordern, und weder für sich etwas nachlassen, noch längere Zahlungszeit über die Gebühr jemandem vergönnen; sollte aber der eine oder andere Unterthan eine Remission aus erheblichen Ursachen suchen wollen, so sollen sie selbigen zeitig an den Landesfürsten oder die fürstl. Cammer verweisen, und sich vor Ablauf des Quartals deshalb schriftlichen Befehl einbringen lassen, oder in Verbleibung und Verweilung dessen gegen denselben mit der Execution verfahren, widrigen Falls die Beamten wegen ihrer Nachlässigkeit den Nachstand selbst, und zwar sogleich nach Verfließung des einen oder andern Quartals zu bezahlen schuldig, und nicht befugt sein sollen, hiernächst denselben von den Unterthanen eigenmächtig und zur Unzeit wieder einzutreiben. Da aber der eine oder andere Unterthan einigen Vorschuß erhalten, und selbigen hiernächst den Beamten völlig wiederum zu bezahlen angelobt hätte, auf solchen Fall mögen sie denselben solches zu erstatten zu rechter Zeit wohl anstrengen. Amts-Cammer-Ordnung v. 1. Juli 1688. Art. 47.

Die fürstl. Beamten sind ernstlich befehligt, der im 47. Art. der fürstl. Amts-Cammer-Ordnung enthaltenen Vorschrift und der in Conformität derselben im Jahre 1740 von fürstl. Cammer gemachten Verfügung genau nachzuleben, mithin in Beitreibung der herrschaftlichen Gefälle nicht die geringste Nachsicht zu gebrauchen, oder sich dabei eine Saumseligkeit zu Schulden kommen zu lassen, sondern selbige jedes Mal zu rechter gehöriger Verfallzeit einzufordern, oder, im Fall bei einigen Unterthanen erhebliche Ursachen obwalten möchten, weshalb denselben einige Nachsicht zu gönnen, solches sofort und längstens binnen 4 Wochen nach dem Verfalltermine an fürstl. Cammer zu weiterer Verfügung einzuberichten. Diejenigen Reste aber, welche durch ihre Saumseligkeit erwachsen, sollen als gültige Reste nicht angenommen werden, noch passiren, sondern sie sollen dafür einstehen; gleichwie denn dergleichen Reste von ihnen bei jedem Rechnungsschlusse ex propriis bezahlt, und von Seiten fürstl. Cammer darüber strenge gehalten, ihnen aber keinesweges gestattet werden soll, sich deshalb an den Unterthanen, wenn dieselben dadurch in Verfall gerathen, zu erholen. Landesf. Ausschreiben v. 13. Juni 1760.

Die Cammer-Prästantiarii, sowohl in der Stadt Braunschweig als außer derselben, welche an fürstl. Cammer Pacht-, Erbenzins-, Recognitionen-Gelder, oder andere dergleichen Abgiften abzuführen haben, und sich bis daher in Berichtigung derselben säumig erwiesen haben, sind erinnert, in Zukunft die praestanda jedes Mal zu rechter gehöriger Verfallzeit, wie es sich gebührt, ohne zu erwartende Anmahnung, richtig und ordentlich an fürstl. Cammer zu bezahlen, mit der Verwarnung, daß diejenigen, die sich fernerhin darunter säumig finden lassen werden, für jedesmalige Erinnerung dem Monitor, der die Anmahnung verrichtet, 4 Ggr. für seinen Weg bezahlen, und zu Erlegung dieser Gebühren und des praestandi selbst

*) Hierdurch ist freilich das Zeugenverhör nach Artikeln und Fragstücken im Civilproceß abgeschafft, indeß scheint das dafür vorgeschriebene processualische Verfahren auf die Beweisführung zum ewigen Gedächtnisse unanwendbar zu sein, weshalb hier das articulirte Verhör auch ferner noch wird Statt finden müssen.

nöthigen Falls durch richterliche Hülfe ohne Nachsicht angehalten werden sollen. Verordn. fürstl. Cammer zu Braunschweig v. 9. April 1772.

Da die bei den fürstl. Cassen aufs Genaueste zu beobachtende durchgängige Ordnung unter andern nothwendig mit erfordert, daß die sämmtlichen an dieselben gehörigen Intraden und Einnahmen 1) zu rechter Zeit eingefordert, und 2) ohne Mangel und Abbruch richtig zur gesetzten Zeit eingeliefert werden, so ist allen und jeden Receptoren und Rechnungsbedienten, denen die Erhebung und Berechnung herrschaftlicher Revenüen, es sei an Contributions-, Proviant-, Pacht- und allen andern Amts- und Kloster-Gefällen, oder an Forst- und Jagd-, Dorf-, Accise-, Zoll-, Post- und allen sonstigen Einkünften, auch insonderheit der bei den Holzhöfen, Ziegeleien, Stein-, Kalk- und Gipsbrüchen, Hüttenwerken, Factoreien, Fabriken und allen übrigen herrschaftlichen Werken und Anstalten aufkommenden Gelder anvertraut sind, ernstlich befohlen, bei ihren abgeleisteten Eidespflichten 1) sothane von ihnen zu erhebende Einkünfte zu der bestimmten und gewöhnlichen Zeit richtig und völlig einzufordern, und keinen Debenten darunter, ohne landesf. oder der dazu verordneten Collegien Vorwissen, und darüber entweder von dem Landesfürsten unter höchstdeffelben Unterschrift und der beigefügten gewöhnlichen Contrasignatur ertheilte förmliche Verfügungen und Befehle, oder von den Collegien erlassene und von mehreren, wenigstens drei membris, unterschriebene ordentliche Rescripte, Resolutionen oder Decrete, keinesweges aber auf private und particuläre mündliche oder schriftliche Anordnung einzelner membrorum der Collegien, sollten es auch die Chefs und Vordersten, oder die dem einen und andern Departement specialiter Vorgesetzten sein, Frist und Nachsicht zu geben; am Allerwenigsten aber jemanden darunter zu übersehen, und ihm einigen Erlaß angedeihen, oder ihm von den herrschaftlichen Effecten an Eisen, Kohlen, Holz, Steinen, oder worin solche sonst bestehen, etwas ganz frei oder um geringere Preise, als verordnet sind, verabsolgen zu lassen. 2) Sollen alle dergleichen erhobene Gelder an diejenigen Cassen und Orte, wohin sie ihrer Natur und der Verfassung nach gehören, ebenfalls zur bestimmten Zeit ohne den geringsten Mangel und Verzug abgeliefert, auf keine Weise aber solche von den Recipienten und Rechnungsführern, ohne ebenmäßige von dem Landesfürsten oder den Collegien, an deren Cassen jene gehören, auf vorerwähnte Art ertheilte schriftliche Befehle und Verwilligungen, ganz oder zum Theile zu andern Anstalten und Bedürfnissen, wenn solche auch noch so nützlich und vortheilhaft sind, oder zu baren Vorschüssen, so wenig nach ihrem eigenen Gutfinden, als auf Veranlassen und Anweisung der ihnen vorgesetzten Bedienten oder ebenfalls einzelner auch der vordersten Mitglieder aus den Collegien ausgegeben und verwandt werden, wenn sie gleich wegen deren gewisser und zeitiger Ersehung, oder der darüber zu verschaffenden förmlichen Verwilligung die zuverlässigste Hoffnung haben, oder ihnen solche gemacht und versichert wird. Alle Receptoren und Rechnungs-Bedienten, wenn sie wider diesen Befehl handeln, sollen die entweder zu rechter Zeit nicht eingeforderten oder moderirten und gar erlassenen, oder aber auch zu andern Anstalten hergeschossenen und creditirten Intraden das erste Mal aus ihren eigenen Mitteln, oder von ihren Besoldungen, ohne allen Aufschub und Ausnahme ersetzen, sie selbst aber bei dessen Wiederholung den befundenen Umständen nach auf die an den Landesfürsten davon zu erstattenden Berichte mit nachdrücklicher Strafe, deren Determination der Landesfürst sich vorbehält, belegt werden. Dahingegen aber bleibt ihnen nicht allein frei, sondern ist ihnen auch ernstlich befohlen, wenn sie von jemandem gegen diese Verordnung auf die eine oder andere Art zu handeln, oder davon abzuweichen mit Güte oder Strenge angegangen und genöthigt werden, solches sofort, ohne wegen der daher zu besorgenden Ungunst oder Unlust sich dessen entschuldigt halten zu mögen, immediate an den Landesfürsten ohne alle Scheu einzuberichten, worauf alsdann die erforderliche Verfügung auf solche Art erfolgen soll, daß sie dabei vor allem Nachtheil, Verantwortung und sonstigen Folgen in Sicherheit gesetzt werden. Von dieser Verordnung sollen jedem Receptor 2 Exemplare zugesandt, das eine derselben zur beständigen Nachachtung von selbigem zurück behalten, unter das andere aber von einem

Jeden dessen Empfang und Insinuation schriftlich mit Unterscheidung des Namens und Datums bezeugt und damit zurückgeschickt, die künftig anzunehmenden Bedienten aber darauf ausdrücklich mit vereidet werden. Landesf. Verordn. d. d. Braunschweig den 12. April 1774. *)

Es ist verordnet, daß 1) in allen den Fällen, worin zwischen den fürstl. Cammern zu Braunschweig und Wolfenbüttel, auch der fürstl. Kloster-Rathsstube und einem ihrer Pächter, Verwalter, Einnehmer, Rechnungsführer oder andern, welche an fürstl. Cammern und die Kloster-Rathsstube, oder an die denselben untergeordneten Departements Gelder zu zahlen, oder Gefälle abzuliefern haben, so wenig in Ansehung des Rückstandes an sich, als der Zeit, da solcher fällig geworden, ein Streit obwaltet, fürstl. Cammern und die Kloster-Rathsstube gleich nach der Verfallzeit dem Schuldner, obgleich es einer solchen Anmahnung nicht bedürfte, eine Frist von höchstens 14 Tagen bei Vermeidung unfehlbarer Execution zur Bezahlung anberaumen, nach derselben fruchtlosen Ablauf aber ohne den mindesten fernern Verzug die Execution solcher liquiden Rückstände vollziehen, dazu einer der nächsten Obrigkeiten Auftrag thun, und diese sich derselben, bei Vermeidung der Exekution des aus dem Verzuge etwa entstehenden Schadens sofort unterziehen solle. 2) Da über dergleichen von dem Schuldner nicht zu verkennende Forderungen ihrer Eigenschaft nach es einer vorgängigen gerichtlichen Untersuchung nicht bedarf, so haben die fürstl. höheren Justiz-Collegien sowohl in Wolfenbüttel als Blankenburg, Falls wider Vermuthen ein solcher Schuldner sich an dieselben wenden, und der von fürstl. Cammern oder der Kloster-Rathsstube verhängten Execution etwas in den Weg zu legen versuchen sollte, denselben mit seinem Gesuche lediglich an gedachte fürstl. Cammern oder die Kloster-Rathsstube zurück zu weisen, und kein gerichtliches Verfahren darüber zu gestatten. Eben so wenig soll 3) diejenige Obrigkeit, welcher die Execution aufgetragen ist, solcher Anstand zu geben befugt, sondern dieselbe in aufgebener Maaße so lange ungesäumt fortzusetzen schuldig sein, bis von fürstl. Cammern oder der Kloster-Rathsstube, oder vom Landesfürsten unmittelbar ein Befehl deshalb an dieselben einlangt; gleichwie auch 4) wenn die im §. 1 angeführten Personen unter dem Vorwande, daß die Schuld illiquide sei, oder daß sie Gegenforderungen hätten, um Aufhebung oder Suspension der Execution ansuchen sollten, und mit ihrem Gesuche von fürstl. Cammern, oder der Kloster-Rathsstube abgewiesen würden, dem Landesfürsten und fürstl. Geh. Rathsstube allein darüber das Weitere den Rechten und der Billigkeit gemäß zu verfügen vorbehalten ist. Landesf. Verordn. v. 21. Febr. 1780. (Br. Anz. v. 1780. Nro. 22.)

Da Fälle vorkommen können, daß ein Schuldner herrschaftlicher Gefälle, gegen welchen nach Vorschrift der Verordn. v. 21. Febr. 1780 verfahren wird, die an ihn formirte Forderung entweder agnoscirt oder Gegenforderungen macht, so ist dieserhalb Folgendes verordnet: 1) Es versteht sich zuvörderst ohnehin, daß, wenn wegen Aufhebung oder Suspension der Execution von Seiten des Schuldners Gesuche eingehen und derselbe darin keine Gegenforderungen anführt, die mit der an ihn gemachten liquiden Forderung in unmittelbarer und unzertrennlicher Verbindung stehen, selbige bloß den fürstl. Cammern und der Kloster-Rathsstube zum pflichtmäßigen Gebrauche zuzusenden sind; 2) wenn hingegen Gegenforderungen gemacht werden, die aus eben demselben Contratte, aus welchem die Zahlung erfordert wird, und nicht etwa aus andern damit nicht verbundenen Ansprüchen an vorgenannte Collegien herkommen, so soll dieserhalb von denselben Bericht gefordert, und in so weit jene für liquide zu achten, die Execution quoad summam concurrentem wieder aufgehoben, wegen des residui aber nach wie vor damit continuirt werden; 3) wenn aber die Posten, woraus die Gegenforderungen herrühren, in illiquido beruhen, so soll gedachten Collegien aufgegeben werden, die Sache der gegenwärtigen Execution unaufhältlich durch Comissionen, wie solches der Contract mit sich bringt, abzuthun, inzwischen aber mit der Execution in Ansehung der

*) Diese Verordnung ist den Obrigkeiten durch das Circular-Rescript der fürstl. Cammer v. 20. Juni 1774 mitgetheilt, um mit aller Strenge darüber zu halten.

der von dem Schuldner als liquide agnoscirten Schuld fortzufahren. 4) Vermeinte der Debitor, seine Gegenforderungen aus einem andern Grunde, als aus dem Contracte, ad effectum compensationis geltend machen zu können, so soll auf deshalb von den gedachten Collegien erstatteten Bericht von dem Landesfürsten das Weitere den Rechten und der Billigkeit gemäß verordnet werden, auch 5) auf den Fall, wenn ein Einnehmer, oder andere, welche an sothane Collegien, oder die denselben untergeordneten Departements Gelder zu zahlen, oder Gefälle abzuliefern haben, wegen verübter Untreue cum infamia abzusetzen, oder sonst criminaliter wider dieselben zu verfahren wäre, auf deshalb von den Collegien erstatteten Vortrag jedes Mal specielle Verordnung erfolgen. Instruction für fürstl. Geheime-Rathsstube v. 24. Febr. 1780.

S. auch: Quartalrechnungs-Extracte der Cammer- und Kloster-Rechnungsführer — Amts-Obri-
keiten.

cf. Reglement über das bei der Beitreibung der rückständigen herrschaftlichen Intraden zu beobachtende Verfahren v. 18. August 1814. (Bege I. p. 415.) — Verordn. v. 21. April 1815, die Beitreibung der Rückstände an den directen Steuern, den Domainen-, Forst- und sonstigen herrschaftlichen Gefällen betr. — Instruction des fürstl. Cammer-Collegii für die Rechnungsführer der Cammer- und Klostergüter v. 1. Octbr. 1823. (Bege III. p. 41.) — Gesetz v. 12. Octbr. 1832, die Organisation und Geschäftsführung des herzogl. Finanz-Collegiums betr. §§. 18 sqq. — Rescript herzogl. Cammer, Direction der Domainen, v. 6. April 1833.

Introductionskosten der Prediger.

S. Prediger, Berufung und Einführung derselben.

Inventarisation der Pupillen-Güter.

S. Pupillen-Vermögen, Inventarisation, Verwaltung und Veräußerung desselben.

Investitur.

S. Erbenzinsgüter.

Johannis-Bier.

S. Fastnachtsschwärmen.

Johannistags-Feier.

Die Officiere und Beamten sollen auf die um Johannistag verwilligten Zusammenkünfte und Gelage eine fleißige Aufsicht halten, dieselben auf unterschiedene viele Tage nicht zulassen, noch verstaten, daß dabei allerhand Leichtfertigkeit in Worten und Werken getrieben, sondern dahin sehen, daß in Essen und Trinken Maaß gehalten, alle Ueppigkeit abgestellt, und eine fröhliche Zeit zur Erregung Gottes Zorns und Strafe nicht gemißbraucht werden möge. Die Ungehorsamen sollen wegen ihres Frevels und Muthwillens solcher Gestalt bestraft werden, daß andere einen Abscheu daran nehmen. Landesfürstl. Verordn. v. 8. Juni 1659.

S. auch: Fastnachtsschwärmen — Pfingst- und Fastnachts-, wie auch Sonntags- und andere Gelage.

Lebenzeugbrenner, Häuser-Ankauf derselben in Braunschweig.

S. Häuser-Ankauf in Braunschweig.

Juden.

Da die Stände die Besorgniß geäußert haben, daß mit der Zeit die Judenthümlichkeit zu einer dem ge-
ersten Theil.

meinen Wesen schädlichen Anzahl sich vermehren möchte, so hat der Landesfürst die Versicherung ertheilt, darüber zu halten, daß solches nicht geschehe. *) Landtags-Absch. v. 9. April 1770. Art. 20.

Der von den Reisenden jüdischer Nation bisher genommene Leibzoll ist auf landesf. Befehl aufgehoben. Bekanntmachung des fürstl. General-Zoll- und Accise-Directorii v. 23. August 1803. (Br. Anz. v. 1803. Nro. 35.)

Die Abgabe des Leibzolls ist auch im Blankenburgischen aufgehoben. Landesf. Rescr. an fürstliche Cammer zu Blankenburg v. 9. August 1803.

*) Heinrich d. J. befahl durch das Edict v. 8. Januar 1553, daß die Juden und Judengenossen mit Weibern und Kindern und aller Habe aus dem Fürstenthume verbannt und weder in Städten noch in Flecken oder Dörfern gebuldet werden, und daß die Beamten und Unterthanen sie nicht leiden, hausen, hegen, ihnen zu essen, zu trinken, noch einen andern Vorschub, Paß oder Unterschleif gönnen oder geben, viel weniger mit ihnen einige Handthierung oder Handlung treiben, sondern, wo sie nach Publication des Edicts Juden oder deren Güter antreffen würden, dieselben anhalten und verwahrlich verstricken sollten, in welchem Falle der Landesfürst an denselben Recht suchen und bekommen wolle. Würde sich jemand ungehorsam erweisen, so solle er angesehen werden, als ob er den jüdischen, tyrannischen, lästerlichen und widerrechtlichen Mißhandlungen anhinge und derselben theilhaftig wäre, und solle gegen denselben wie gegen die Juden selbst mit Confiscation des Vermögens und sonst ferner verfahren werden. Als Grund dieses strengen Edicts giebt der Gesetzgeber an, daß die Juden durch Verwechseln und Granalifiren der guten Münzen verbotene Handthierung, Münzen-Prägen und sonst dergleichen unternähmen, weshalb gute Münzen fast gar nicht mehr oder doch nur gegen beschwerliche Aufwechsellung zu erhalten wären; daß sie die Christen beim Gelbleihen mit verbotenem Wucher übersehten und ihr höchster Fleiß nicht nur dahin gehe, die Christen an den Bettelstab zu bringen, sondern auch in ihren Versammlungen Gott und Jesus Christus, auch alle gläubige Christen zum Schmähschiffen zu lästern, zu schänden, zu verfluchen und zu verachten, wodurch sie sich aller Gnade, Freiheit, Recht und Gewohnheiten verlustig gemacht hätten. Durch das Edict v. 30. April 1557 wurde aus denselben Ursachen, und weil auch dem Erbfeinde, den Türken, durch die Juden Kundschaft zukomme, den Juden der Aufenthalt in den hiesigen Landen abermals verboten und ihnen Seileit, Schutz und Schirm gänzlich aufgekündigt der Gestalt, daß sie bis zu den nächsten Pfingsten das Fürstenthum mit ihrer Habe räumen sollten. Der Herzog Julius theilte darauf unterm 12. August 1578 den Juden aufs Neue Schutz, Schirm und Seileit, wogegen der Herzog Heinrich Julius durch das Ausschreiben v. 23. Novbr. 1589 den Juden den Schutz wieder aufkündigte, durch das Patent v. 6. Januar 1590 gebot, die Juden nicht mehr im Lande zu bulden, und auf den Antrag der Landschaft dieses Gebot durch das Edict vom 28. Juni 1591 dahin erneuerte, daß den Juden bis kommende Michaelis eine Frist zur Räumung des Landes gesetzt und ihnen sogar der Durchzug durch dasselbe unterjagt wurde, unter dem Verwarnen, daß ihr Leib, ihre Habe und ihr Gut nicht länger mehr geschirmt und geschützt sein und es dann einem Jeden frei stehen solle, sie anzugreifen und zu beleidigen. Dieses Edict wurde indeß durch die Declaration v. 17. Decbr. 1594 dahin gemildert, daß den Juden der Durchzug durch das Land gegen die Entrichtung des gebührligen Zolls, Seileites und Weggeldes wieder gestattet wurde, indeß mit der Beschränkung, daß sie sich an keinem Orte länger als eine oder höchstens zwei Nächte aufhalten (ausgenommen, wenn ein Samstag einfiel oder einer mit kindlicher Leibeschwachheit angegriffen würde), viel weniger außer den gewöhnlichen Jahrmärkten Handel treiben, borgen, tauschen oder sonst Contracte schließen dürften; die Uebertreter dieses Verbots sollten bis auf weitem höchsten Bescheid in Haft verwahrt werden. Im 24. Art. des Salzbadlumer Landtags-Abschiedes v. 3. Juni 1597 wurde der Landschaft anderweit die Versicherung ertheilt, daß die Juden in das Land durchaus nicht wieder aufgenommen werden sollten, jedoch solle es wegen der für sie eingewandten kaiserlichen Intercession in Betreff des Durchzuges bei dem Edicte von 1594 verbleiben. Nachher wurde anderweit auf Ansuchen der Landschaft die Austreibung der Juden, auch der, welche noch heimlich in den Städten steckten, in dem Landtags-Abschiede zu Sandersheim v. 10. Octbr. 1601. Art. 48 und in dem Landtags-Abschiede zu Alfeld v. 12. Octbr. 1614 versprochen, jedoch behielt sich der Landesfürst im letztern vor, ein, zwei oder drei Juden der Gelegenheit nach im Lande zu bulden, wodurch aber der Landschaft keine Beschwerde zugezogen werden solle. In Gemäßheit dieser Zusage wurde denn auch durch das Edict v. 12. Januar 1615 die Austreibung der Juden nochmals befohlen, und dies scheint die letzte ernstliche Maßregel zu ihrer gänzlichen Verbannung gewesen zu sein, denn wenn auch im 2. Art. des Landt. Absch. v. 27. Januar 1619 erklärt ist, daß die Juden vermöge des 24. Art. des Salzbadl. Landt. Absch. nicht gebuldet werden sollten, so findet sich doch später kein Edict mehr, welches die gänzliche Austreibung der Juden aus den hiesigen Landen zum Zwecke gehabt hätte, obwohl ihnen der Aufenthalt nur unter großen Beschränkungen und Anfangs wohl nur in den Städten, jedoch nicht in allen gestattet wurde, wie z. B. nicht in Holzminden, was

Juden, Aussagen derselben vor Gericht.

S. Judeneid Nro. 37 und 38.

Juden in Braunschweig.

S. Judenthath in Braunschweig.

Juden, Handel derselben in den Braunschweigischen Messen.

Die ältern beschränkenden Bestimmungen in Betreff des Handels der Juden auf den Braunschweigischen Messen *) werden nicht mehr angewandt; ihre Handels-Befugniß wird eben so wie bei den christlichen Kaufleuten nach den bestehenden gewerbepolizeilichen Vorschriften beurtheilt und unterliegt keinen besondern Beschränkungen mehr.

daraus hervorgeht, daß im Art. 29 des Landt. Absch. v. 23. Juni 1702 gesagt ist, der Landesfürst habe verfügt, daß die Juden, welche sich zu Holzminden etablirt hätten, von da auf bevorstehende Michaelis wieder ausgeschafft werden sollten. Sie erhielten jetzt nach und nach Schutz und Geleit, wofür sie Schutgeld und Zoll von ihren Waaren entrichten mußten; die unvergeleiteten Juden zahlten außerdem noch einen Leibzoll und Weggeld. (v. Selchow's Br. Künb. Privatrecht §. 100.) In der Amts-Cammer-Ordnung v. 1. Juli 1688. Art. 10 wurde schon die Vereinnahmung des Schutzelbes und Zolls unter einem besondern Capitel vorgeschrieben. Die Aufnahme der Juden in die hiesigen Lande durfte nicht anders als mit Genehmigung des Landesfürsten geschehen, und durch die landesf. Verordn. v. 24. August 1743 wurde den Beamten, Gerichts-Obriqkeiten und Magistraten bei einer Strafe von 200 Thlr., im Wiederholungsfalle bei Strafe der Entsetzung vom Dienste, Privation der Gerichte und anderer schärferer Strafe verboten, einen unvergeleiteten Juden, welcher keinen ihm vom Landesfürsten ertheilten Schutzbrief aufzuweisen habe, zu bulden, zu haufen und zu hegen oder ihm den Aufenthalt zu gestatten. Den unvergeleiteten Juden, wenn sie keine Betteljuben wären, (f. Betteljuben) solle nichts weiter als ein ungefährdeter freier Durchzug und Paß, wie auch auf den Jahrmärkten eine unverboteue Handthierung gegen zu entrichtendes Zoll-, Geleit- und Weggeld gestattet werden.

Wenn auch jetzt noch die Juden nur als Schutzverwandte angesehen werden, und zur Erwerbung des vollen Staats-Bürgerrechts nicht fähig sind, so kennt doch die neuere tolerantere Zeit im Ganzen nur noch wenige Ueberbleibsel der ältern rigurösen Gesetzgebung. Schutzbriefe werden nicht mehr ertheilt, vielmehr wird jetzt bei Aufnahme der Juden in den Unterthanen-Verband eben so wie bei den Bekennern zur christlichen Religion nach der Verordnung v. 4. Mai 1830, das Wohnortrecht der Unterthanen in polizeilicher Hinsicht betr., und nach der Städte-Ordnung v. 4. Juni 1834 verfahren, obwohl ihre Befugniß zur Erwerbung von Grundvermögen noch immer beschränkt ist; (f. Judenthath in Braunschweig §. 12.) Auch ein Schutgeld wird von ihnen nicht mehr erhoben und sie sind überhaupt keinen andern Staats-Abgaben mehr unterworfen, als die übrigen Unterthanen; nach der Gewerbe- und Gübe-Ordnung v. 29. Decbr. 1821. §. 65 sind sie auch gildefähig. Im Landtags-Absch. v. 12. Decbr. 1832. Art. 19 ist bestimmt, daß ihnen diejenigen bürgerlichen Rechte, in deren Besitze sie sich befinden, gesichert bleiben sollen.

*) Die Marktgerichts- und Wechsel-Ordnung v. 1. Decbr. 1686 schrieb vor: Art. 31, daß kein Jude auf der Messe zugelassen werden solle, der nicht wenigstens für die Summe von 400 Thlr. verkaufe, einkaufe oder verwechsle; Art. 35, daß die Juden keine offene Gewölbe oder Buden bei den Christen haben, an keinen andern, als den ihnen angewiesenen Orten in der Stadt ihre Waaren ausstellen und diese nicht von Haus zu Haus anbieten sollten; indeß wurde ihnen gestattet, besondere von dem Kauf-Gerichtsdirector zu bestätigende Märkte zu halten; Art. 36, daß sie sich allen verbotenen Handels enthalten, keine falsche und geringe Münzen ins Land bringen, viel weniger gute einwechseln und ausschleppen, mit Diebesgesindel keine Gemeinschaft haben, keine Mäscpei treiben, niemanden mit falschen Juwelen, Perlen, Gold oder andern Waaren betrügen und am Wenigsten sich nach ausgeläuteter Messe noch länger in Braunschweig aufhalten sollten. Dagegen wurde aber auch jedermann bei 10 Thlr. Strafe verboten, die Juden auf freiem Markte oder offener Straße zu beschimpfen. Durch das Cammer-Rescript v. 26. Febr. 1751 wurden den Juden die Gränzen, wo sie ihre Messgewölbe haben sollten, mit Benennung der Straßen und Häuser, vorgeschrieben, und diese Anordnung wurde durch das landesf. Rescript v. 26. Januar 1784 bestätigt, indeß zugleich verfügt, daß in einzelnen Fällen davon Dispensation solle ertheilt werden können.

Juden, welche auf die Braunschweigischen Messen kommen.

Die früher bestandenen polizeilichen und finanziellen Anordnungen und Beschränkungen, *) denen die auf die Braunschweigischen Messen kommenden Juden unterworfen waren, sind aufgehoben, indem die Zeit ihrer Ankunft und ihres Aufenthalts nicht mehr beschränkt ist, und ein Entreegeld eben so wenig als ein besonderer Zoll von ihnen noch erhoben wird. Es kommen jetzt bei ihnen, insbesondere bei den handeltreibenden Juden, keine andere paß- und gewerbepolizeiliche Vorschriften und Besteuerungen in Anwendung, als bei den christlichen zur Messe kommenden Fremden.

S. übrigens: Judenschaft in Braunschweig.

Juden, welche zwischen den Messen nach Braunschweig kommen.

Die reisenden Juden, welche zwischen den Messen nach Braunschweig kommen, unterliegen keinen besondern Beschränkungen **) mehr und der Aufenthalt wird ihnen daselbst eben so wie den christlichen Fremden gestattet, wenn sie sich durch gehörige Pässe als unverdächtig ausweisen.

S. Fremde in Braunschweig.

*) Diese waren besonders folgende: Die Juden durften nicht eher als den Donnerstag vor eingeläuteter Messe nach Braunschweig kommen und daselbst nicht länger als den Montag nach ausgeläuteter Messe verbleiben. Reglement v. 30. Juli 1762. Nro. 19. — Höchste Resolution v. 23. August 1762. Sie mußten sich bei ihrer Ankunft beim Thorschreiber melden, daselbst ihre Pässe und außerdem noch ein Attest ihrer Obrigkeit von ihrem unberücktigten Lebenswandel abgeben (dieses Zeugniß konnte ihnen nach der Verordn. v. 7. Febr. 1763 auch vor den Pachtzhaus-Commissarien von einer als unverdächtig bekannten Person mündlich erteilt werden) und erhielten sodann einen Entree-Zettel, wofür ein Jude, mochte er Handel treiben oder nicht, 4 Thlr., ein Diener oder Knecht, eine Frau oder ein Mädchen 2 Thlr. zahlen mußte. Nachher wurde das Entree-Geld für Jeden ohne Unterschied des Standes und Geschlechts auf 4 Thlr. bestimmt, — Landesf. Declar. v. 21. August 1751. — und dann auf 1 Thlr. herabgesetzt. Promemoria des General-Zoll- und Accise-Directorii vom 20. März 1783. Die Zahl der Diener für jeden war auf höchstens 2, und die Zahl des übrigen, die handeltreibenden Juden bedienenden Personals auf 2 Meister-Köche, 2 Schlächter, 6 Handlanger, 2 Frauen, 2 Mädchen, 1 Kaffeekoch und 3 Schulbediente beschränkt. Außer dem Entree-Zettel mußten sie sich auch einen Quartier-Zettel theilen lassen, ohne welchen sie von niemandem bei 20 Thlr. Strafe aufgenommen werden durften. Avertissement der fürstl. Cammer v. 10. Januar 1757. Die einführenden Waaren mußten an das Pachtzhaus gebracht, daselbst ihrem Werthe nach angegeben und davon die nach der Zollrolle für außer den Messen eingeführte Waaren zu zahlenden Taxen entrichtet werden. (Nach der Declaration v. 21. August 1751 sollten die Waaren, mochten sie verkauft werden oder nicht, nach der Meß-Zollrolle v. 30. Juli 1740 und der Declarat. v. 18. Januar 1744 versteuert werden.) Eben so wurde auch mit den eingekauften oder getauschten Waaren verfahren (von den eingekauften Waaren sollte nachher in allen Fällen nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein Species-Ducaten gezahlt werden; Landesf. Verordn. v. 3. August 1737.) und kein Jude durfte den Werth seiner Waaren unter 400 Thlr., ein Juwelier aber nicht unter 600 Thlr. angeben. Neue, nicht von Schneidern zu Braunschweig angefertigte Kleidungsstücke durften sie an Einheimische gar nicht verkaufen. Bevor sie ihre Geschäfte beendigt und auf dem Pachtzhaus Zahlung geleistet hatten, durften sie bei 50 Thlr. Strafe die Stadt nicht verlassen. Verordn. v. 27. Juli 1737.

**) In früherer Zeit sollte fremden Juden außer den Messen der Aufenthalt in Braunschweig überall nicht gestattet werden, und nur, wenn sie durch unvermeidliche Hindernisse am sofortigen Weiterreisen verhindert wurden, durften sie sich 2 bis 3 Tage gegen Entrichtung des Zolls daselbst aufhalten. Landesf. Refcr. v. 15. Juli 1749. Diese Bestimmung wurde nachher dahin abgeändert, daß kein Einwohner einen außer der Messe ankommenden Juden ohne Wissen des Magistrats beherbergen sollte. Die Juden, welche sich einige Tage in Braunschweig aufhalten wollten, sollten dazu die Erlaubniß des Magistrats einholen; damit sie aber keinen Handel treiben könnten, so wurden ihre Effecten von den Behörden bis zu ihrer Abreise in Verwahrnam genommen. Die mit den Posten ankommenden Juden durften bei 5 Thlr. Strafe an keinem andern Orte als vor der Post absteigen. Verordn. v. 5. Septbr. 1755. Einem jeden zwischen den Messen nach Braunschweig kommenden Juden wurde von dem Thorschreiber ein Entree-Zettel gegeben, welchen derselbe sofort einem Senator oder Raths-Deputirten abliefern mußte, wofür er einen Logir-Zettel erhielt, ohne welchen kein Einwohner bei 20 Thlr. Strafe den Juden aufnehmen durfte. Bei der Abreise wurde dem Juden gegen Zurückgabe des Logir-Zettels der Entree-Zettel mit der Bemerkung der Dauer seines Aufenthalts retrabirt,

Juden, nach Helmstädt und Wolfenbüttel kommende.

Auf die nach Helmstädt und die nach Wolfenbüttel kommenden Juden werden keine andere polizeiliche Maßregeln und insbesondere wegen ihres Aufenthalts daselbst keine andere Beschränkungen *) mehr angewandt, als die, welchen auch die christlichen Reisenden sich unterziehen müssen.

Juden, reisende.

In Gemäßheit der landesf. Verordnungen v. 8. Decbr. 1774 und 7. Decbr. 1780 **) ist verordnet, daß Juden, welche nicht mit Posten oder eigenem Fuhrwerke, oder zu Pferde reisen, sich ohne Rücksicht auf das Geschlecht und Alter mit ordentlichen von ihrer Obrigkeit ausgestellten Pässen versehen sollten, weil sie in Ermangelung derselben zurückgewiesen werden würden. ***) Eben diese Einrichtung wird auch in den Braunschw. Messen auf das Strengste beobachtet werden, welches zur Nachricht und Nachachtung, und zugleich in Absicht der Wolfenbüttelschen Schutz-Juden, daß sie sich durch Vorzeigung der Schutz-Briefe †) vor Einpassirung in Braunschweig zu legitimiren haben, bekannt gemacht ist. Avertissement des fürstl. General-Zoll- und Accise-Directorii zu Braunschweig v. 13. Juli 1791. (Br. Anz. v. 1791. Nro. 55.)

Juden, Wechselzahlung derselben.

§. unter »Wechsel-Recht« Art. 39 der Wechsel-Ordnung v. 1. August 1715.

Judeneid.

Da mit Aufhebung der im Jahre 1753 vorgeschriebenen Form des Juden-Eides ††) nunmehr eine andere Vorschrift, wie es mit den Eidesleistungen der Juden zu halten, ergangen ist, so wird solche den

und mußte er denselben beim Auspassiren dem Thorhofsreiber zustellen und an diesen für jeden Tag und jede Nacht seines Aufenthalts 24 Groschen einzahlen. Von dieser Abgabe waren die befreit, welche durchreisten und sich nur einen Tag und keine Nacht in Braunschweig aufhielten, ohne sich kurze Zeit darauf wieder einzufinden, so wie auch die in den hiesigen Landen aufgenommenen Schutzjuden, welche sich als solche durch einen Schein ihrer Obrigkeit legitimiren mußten. Verordn. v. 6. August 1770, welche durch das Avertissement des General-Zoll- und Accise-Directorii v. 28. Septbr. 1786 (Br. Anz. v. 1786. Nro. 79) in Erinnerung gebracht wurde.

- *) Durch die Verordn. v. 26. Mai 1747 machte der Magistrat zu Helmstädt bekannt, daß den landesf. Verordnungen v. 1688 und 1707 genau nachgelebt werden solle, wonach die Juden so wenig in, als außer den Jahrmärkten in die Stadt gelassen, sondern im Falle des nothwendigen Durchreisens von den Thorwirthen von einem Thore zum andern gebracht werden sollten. Wenn sie einigen Verkehr in der Stadt treiben würden, so sollten ihre Waaren confiscirt und sie außerdem noch bestraft werden. Nachher wurde durch das Avertissement v. 18. Septbr. 1775 (Br. Anz. v. 1775. Nro. 74.) bekannt gemacht, daß kein Jude, außer den mit Pferden und Haaren handelnden und den Pettschaftstechern, sich außer den Jahrmärkten des Handels wegen in Helmstädt aufhalten, sondern arretirt und aus dem Thore gebracht werden solle.

Die auf die Jahrmärkte nach Wolfenbüttel kommenden Juden sollten nach der landesf. Verordn. v. 28. Decbr. 1751, wenn sie Waaren bei sich führten, 4 Thlr. und, wenn dies nicht der Fall wäre, ein jeder ohne Unterschied des Standes einen Species-Ducaten bezahlen.

**) S. Betteljuden.

- ***) Auf die reisenden Juden finden jetzt keine andere als die allgemeinen Paß-Vorschriften Anwendung, wobei die Art des Reisens hinsichtlich der Verpflichtung, sich durch einen Paß legitimiren zu müssen, keinen Unterschied mehr macht.

†) Schutzbriefe werden nicht mehr ertheilt.

- ††) Die in der Kanzlei-Ordn. Art. 23 und in der Hofgerichts-Ordn. Tit. XLV vorgeschriebenen Formalitäten bei der Eidesleistung der Juden wurden im Jahre 1730 vom Landesfürsten erläutert und verbessert, (Heinrichsstädtische Statuten p. 220) worauf auch diese wieder im Jahre 1753 (landesf. Rescr. v. 24. Mai) anderweit abgeändert wurden. (Unterger. Ordn. der Stadt Braunschweig p. 54.)

Obriheiten zugefertigt und befohlen, in vorkommenden Fällen danach zu verfahren. Landesf. Circular-Rescript v. 19. Febr. 1788.

Vorschrift, wie es mit den Eidesleistungen der Juden zu halten.

1) Alle Eide der Juden, die ihnen von dem Gegentheile zu- oder zurückgeschoben, oder von dem Richter auferlegt worden, sollen in der Synagoge oder Schule abgeleistet werden. 2) An Orten, wo keine eigentliche Schule sich befindet, muß die Ableistung des Eides in demjenigen Zimmer, oder anderem Privatgelaße geschehen, wo die daselbst wohnenden Juden ihre gottesdienstlichen Zusammenkünfte zu halten pflegen. 3) Den Fall bringender Nothwendigkeit ausgenommen, sollen die Juden an Sabbath-, Fest- und Bußtagen, mit Eidesleistungen verschont werden. 4) Zwei Neujahrstage, ein Versöhnungstag, der erste, zweite, achte und neunte Laubbütten-, der erste, zweite, siebente und achte Ostertag, und zwei Pfingsttage, sind als dergleichen jüdische Festtage anzusehen. 5) Die jüdischen Bußtage nehmen mit dem ersten jüdischen Neujahrstage ihren Anfang, und endigen sich mit dem Versöhnungsfeste. 6) Unter allen übrigen vorstehend nicht benannten Tagen bleibt die Auswahl des Termins zur Eidesleistung dem Richter lediglich anheim gestellt. 7) Doch kann es an Orten, wo bisher üblich gewesen, die Judeneide an einem Montage oder Donnerstage abzunehmen, dabei ferner sein Bewenden haben. 8) Zu jeder Eidesleistung muß der Schwörende zwei Zeugen mitbringen; auch muß der Rabbiner des Orts, oder ein jüdischer Assessor, oder Gelehrter gegenwärtig sein. 9) Dieser Rabbiner, Assessor oder Gelehrte kann im Nothfalle zugleich die Stelle des zweiten Zeugen vertreten. 10) Ist die Gegenpartei des Schwörenden ein im Orte sich aufhaltender Jude, so muß auch dieser bei der Eidesleistung in Person erscheinen. 11) Diesem wird durch den Rabbiner, Assessor oder Gelehrten die Strafe des Bannes angedroht, wenn er etwa ohne Grund auf die Eidesleistung bestände. 12) Diese Ankündigung muß derselbe mit Amen beantworten. 13) Der Schwörende selbst muß sich zur Eidesleistung durch Abwaschung der Hände und durch Anlegung des Gebets-Mantels und der Gebetschnur vorbereiten. 14) Vor wirklicher Ableistung des Eides muß der Rabbiner oder Gelehrte dem Schwörenden die sub A. beiliegende Warnung vorhalten. 15) Dem Rabbiner oder Gelehrten steht es frei, solcher vorgeschriebenen Warnung noch andere schickliche, den Umständen angemessene Vermahnungen und Gründe beizufügen. 16) Nach der Admonition muß die dabei gegenwärtige Gerichtsperson mit Beihülfe des jüdischen Gelehrten die Süohn nochmals versuchen. 17) Läuft dieser Versuch einander zu: weicht von dem Aufenthalte dieser frevelhaften Leute! worauf sich alle übrigen Juden, bis auf den Rabbiner oder Assessor und die Zeugen, entfernen. 18) Der Rabbiner oder Assessor redet hierauf nach dem Verstande, den wir und die Richter mit den Worten verbinden, den Eid ablegt. 19) Nach dieser zweiten Ermahnung tritt der Schwörende vor den Gesetzschanck, der Klöpfer öffnet die Thüre des Schrancks, nimmt eine bekleidete Thora heraus, und giebt sie dem Schwörenden in den Arm. 20) Alsdann wird dem Schwörenden, wenn derselbe Geschriebenes lesen kann, die Formel des Eides, welchen er ableisten soll, in die Hand gegeben, und er eröffnet den Schwur mit den Worten: ich schwöre bei Adonai, dem Gott Israels u. 21) In der Eidesformel muß das Wort Adonai mit den hebräischen Mitlautern des Wortes Jehova verzeichnet sein. 22) Es versteht sich von selbst, daß, wenn der Schwörende der deutschen Sprache nicht kundig ist, die Eidesformel mit Inbegriff vorgedachter Anfangsworte in seine Sprache durch einen vereideten Dolmetscher übersezt werden, und dieser letztere der Eidesabnahme beiwohnen muß. 23) Kann der Schwörende gar nichts Geschriebenes lesen, so muß ihm zwar der Eid von dem Rabbiner oder Assessor vorgesagt, und von ihm Wort für Wort nachgesprochen werden. 24) Es muß aber derjenige, welcher den Eid abnimmt, das Wort Adonai nicht mit vorsagen, sondern nur gedachtes Wort auf der in der Schule befindlichen Tafel dem Schwörenden vorzeigen, damit er solches selbst ausspreche, weil die

Wiederholung des Wortes Abonai bei einerlei Handlung nach jüdischen Religions-Grundsätzen für sündhaft angesehen wird. 25) Um die Eideshandlung nicht zu unterbrechen, muß derjenige, welcher den Eid abnimmt, den Schwörenden wegen dieses Umstandes vorläufig unterrichten. 26) Die bei der Eidesleistung gegenwärtige christliche Gerichtsperson muß den ganzen Vorgang umständlich zu Protocoll verzeichnen, und darauf Acht geben, daß der Eid dieser Vorschrift gemäß abgenommen werde. 27) In Sachen der Juden gegen Juden bedarf es bei jüdischen Zeugen keines Eides, sondern es werden den Zeugen nur die zehn Gebote, und die im mosaischen Gesetze ausdrücklich befohlene Pflicht, als Zeuge die Wahrheit zu sagen, von dem Rabbiner oder Gelehrten ernstlich zu Gemüthe geführt. 28) Wenn Christen bei einer Rechtsfache ein Interesse haben, so können auch jüdische Zeugen der Ableistung des gewöhnlichen Zeugeneides sich nicht entziehen. 29) Die Abnahme des Eides geschieht alsdann ebenfalls mit Zuziehung eines Rabbiners oder jüdischen Assessors und der Zeugen, auch mit den §. 13, 14, 15, 20 und 26 bei andern Judeneiden vorgeschriebenen Feierlichkeiten. 30) Dagegen aber braucht

1) der Zeugeneid nicht nothwendig in der Schule, sondern er kann an gewöhnlicher Gerichtsstätte abgeleistet werden.

2) Es bedarf nicht des §. 16, 17 und 18 vorgeschriebenen Sühneversuchs, Zurufs und wiederholter Admonition.

3) Die §. 11 und 12 vorgeschriebene Vermahnung findet nur in dem seltenen Falle Statt, wenn der Producent ein Jude, und bei der Abnehmung des Zeugeneides persönlich zugegen wäre.

4) Dem schwörenden Zeugen muß der Rabbiner oder Assessor statt der Thora die Tephillin in den Arm geben.

5) In dem Falle des §. 23 und 24 müssen dem des Lesens unkundigen Zeugen die Mitlauter des Wortes Jehova, statt der in der Schule befindlichen Tafel, so wie sie in der Eidesformel selbst verzeichnet sind, zum Aussprechen angewiesen werden.

31) Die Judenweiber können nur zu einer Zeit, wo sie von der monatlichen Reinigung frei sind, schwören. 32) Fällt daher der zur Eidesleistung angelegte Termin in die Zeit ihrer monatlichen Reinigung, so liegt ihnen ob, dessen Verlegung zu suchen. 33) Der Schwangerschaft wegen können jüdische Weibspersonen sich der Eidesleistung nicht entziehen. 34) Wenn jedoch der Gegentheil, oder bei Zeugeneiden beide Parteien die Aussetzung des Eides bis nach erfolgter Niederkunft sich gefallen lassen, so soll ihnen der Richter darin nachsehen. 35) Die Glaubwürdigkeit und Beweiskraft des von einer Jüdin abgelegten Zeugnisses soll lediglich nach den Gesetzen des Staats beurtheilt werden. 36) In Criminalfällen, wo es auf harte Leibes- oder Lebensstrafen ankommt, soll kein Jude, männlichen oder weiblichen Geschlechts, zur Ablegung eines eidlichen Zeugnisses gezwungen werden. 37) Auch freiwillige Aussagen jüdischer Zeugen können in dergleichen Fällen niemals einen vollen Beweis ausmachen. 38) Bei geringen Verbrechen, die nach den Gesetzen nur mit Geld- oder mit einer allenfalls in Geldbuße zu verwandelnden Gefängnißstrafe geahndet werden, ist das eidliche Zeugniß eines Juden zulässig und glaubwürdig.

A.

Ermahnungs-Formel,

welche der Rabbiner oder die Gerichtsperson den schwörenden Juden vor Ableistung des Eides vorsagen muß.

Ein jeder gläubige Israelit ist schuldig, der Obrigkeit, sie sei jüdisch oder christlich, bei Rechtsstreitigkeiten die Wahrheit zu gestehen, und solche, auf ihr Begehren, mit einem Eide zu bekräftigen. Ein von der christlichen Obrigkeit geforderter Eid ist also, nach der Lehre der Rabbinen, für keinen unrechtmäßiger Weise erzwungenen Eid zu achten. Wer daher die christliche Obrigkeit durch einen falschen Eid hintergeht, oder dabei etwas anders denkt, als er sagt, der entheilt den Namen Gottes, und begehet einen Meineid.

Der Meineid ist das schrecklichste Verbrechen, dessen sich der Mensch schuldig machen kann. Die ganze sittliche Welt beruhet (wie die Rabbinen sagen) auf dreierlei, auf Recht, Wahrheit und Frieden. Ungerechtigkeit und Lügen sind also schon an sich selbst höchst strafbare Verbrechen, indem sie die Zerrüttung der sittlichen Welt zur Folge haben. Bei einem Meineide aber kommt der Frevel dazu, daß der Meineidige den Gott der Wahrheit zum Zeugen der Unwahrheit, und den Gott der Gerechtigkeit selbst zur Bestrafung der Ungerechtigkeit auffordert, und also den Namen des Allerheiligsten bei einer sehr schändlichen That mißbraucht.

Daher auch die ganze Welt erschüttert worden, als der Gott unserer Väter auf dem Berge Sinai die Worte hat hören lassen:

Du sollst den Namen des Ewigen, deines Gottes, nicht bei einer Unwahrheit mißbrauchen.

Wenn jeder andere Verbrecher durch Buße und Sinnesänderung von der Strafe Gottes sich befreien kann, so kann doch der Meineidige durch die stärkste Buße; ohne hinlänglichen Ersatz, keine Vergebung hoffen, denn es heißt ausdrücklich:

Der Ewige, dein Gott, wird denjenigen nicht ungestraft lassen, der seinen Namen bei einer Unwahrheit mißbraucht.

Bei einem jeden andern Verbrechen trifft die Strafe bloß den Sünder und die Mitschuldigen, oder die dem Uebel hätten steuern können, bei einem Meineide aber leidet die ganze Familie des Verbrechers, ja das ganze Land, in welchem er wohnt, empfindet die darauf folgende göttliche Strafe.

Bei einem jeden andern Verbrechen wird dem Verbrecher öfters durch die Langmuth des barmherzigen Gottes eine Zeit lang nachgesehen, auf einen Meineid aber folgt die Strafe unverzüglich, und also fort, denn so heißt es in den Propheten: (Zach. Cap. 5, v. 4.)

Ich will den Fluch hervorbringen, spricht der Herr Zebaoth, daß er soll kommen über das Haus des Diebes, und über das Haus derer, die bei meinem Namen fälschlich schwören, und er soll bleiben in ihrem Hause, und soll's verzehren, sammt seinem Holz und Steinen.

E. auch: Jüdinnen, Eidesleistung derselben.'

cf. Refcr. herzogl. Staats-Ministerii v. 23. Juni 1830. (Bege II. p. 176.)

Judenschaft in Braunschweig.

Wegen der Schutzjuden in Braunschweig ist folgendes verordnet:

1) Jeder der hiesigen Schutzjuden soll auf Ostern und Michaelis alle Mal unaufgefordert, bei 10 Thlr. Strafe, bei dem hiesigen Polizei-Departement eine accurate Designation von der Anzahl, auch von dem Geschlechte und Alter seiner Kinder und sämmtlichen Hausgenossen eingeben. 2) Diejenigen Juden, welche behuf Anrichtung einiger Manufacturen und Fabriken Schutz erhalten haben, müssen alle halbe Jahre gleichfalls unaufgefordert, bei Vermeidung von 20 Thlr. Strafe, schriftlich anzeigen, wie sich ihre Anlage und der Debit der gefertigten Waare verhält. 3) Wer das verordnete Schutzgeld *) und die Abgift nicht zur gesetzten Zeit richtig abführt, soll für jeden verspäteten Tag einen halben Gulden, auch dem Befinden nach einen Gulden erlegen, und mittelst prompter Execution dazu angehalten werden. 4) Die Juden müssen sich bei schwerer Strafe in den gesetzmäßigen Schranken ihres Gottesdienstes halten, und wie dieselben darin von niemandem gestört werden sollen, so müssen sie hingegen auch an den Sonn- und Festtagen sich alles Handels und öffentlichen Verkehrs, bei gleichfalls nachdrücklicher Strafe, enthalten. **) 5) Wenn sie eine Hochzeit, Beschneidung und Begräbniß auszurichten haben, müssen sie solches dem Magistrate zeitig

*) Schutzgeld wird von den Juden nicht mehr bezahlt.

**) Das Handeltreiben der Juden an Sonn- und Festtagen wird jetzt nach der Feiertags-Ordnung v. 28. März 1825 bestraft.

zeitig vorher anzeigen. 6) Wer mit Kaufen, Verkaufen, Wechseln und Verkehren die Gränzen seines Privilegiums überschreitet, verfällt das erste Mal in eine dem Befinden nach zu bestimmende Geldbuße, das andere Mal in 100 Thlr. Strafe, und auf den dritten Uebertretungsfall erfolgt der Verlust des Privilegiums und Schutzes. Er muß sodann die Stadt bei Strafe der Haft und obrigkeitlicher Wegschaffung binnen 14 Tagen räumen. 1) 7) Kein Schutzjude darf andere fremde Juden, auch nicht seine Eltern und Verwandte, ohne obrigkeitliche Concession auf einen oder mehrere Tage beherbergen, bei Strafe von 20 Thlr. 2) 8) Welcher Jude sich hier ohne einen hiesigen landesf. Schutzbrief 3) oder Concession, und in den Messen ohne richtige Bezahlung der verordneten Entree- oder Handlungsgelder, 4) auch ohne erhaltenen oder nicht weiter gültigen Nachtzettel betreten läßt, derselbe wird dem Befinden nach mit 5, 10, 50 und mehr Thalern Strafe belegt, und darauf aus der Stadt weggeschafft. 9) Die hiesigen Schutzjuden verfallen ebenfalls in eine dem Befinden nach zu bestimmende Strafe, wenn sie den Aufenthalt des Contravenienten gewußt und solchen der Obrigkeit verschwiegen haben, und werden sie hierdurch ein für alle Mal ausdrücklich angewiesen, auf dergleichen Contravenienten bestens zu vigiliren, und solche sofort anzumelden. 10) Kein Jude darf die hiesigen Münzen gegen schlechtere, item Bruch- und ungemünztes Gold und Silber außer Landes schicken, bei Confiscation und 100 Thlr. Strafe. 11) Wenn ihm gestohlenes oder verdächtiges Gut zu Kaufe gebracht wird, muß er solches anhalten, der Obrigkeit sofort einliefern, und nach Möglichkeit den Verkäufer melden, widrigen Falls er als ein Hehler zur Inquisition gezogen werden soll. 12) Den Juden wird verboten, Immobilien, bei Verlust derselben, ohne Special-Concession zu kaufen, 5) und sie dürfen kein eigenes Haus, ohne Vorwissen der Obrigkeit, und dem Befinden nach eingeholter höchster Genehmigung, allein bewohnen, noch sich der Wohnung auf Lebenszeit durch heimliche Erlegung des Kaufgeldes versichern. 13) Wenn ein Schutzjude heirathen will, muß er solches vorher dem Magistrate anzeigen, und nach erhaltener Concession einen Goldgulden an die Polizei-Casse erlegen. 6) Würde er eine Wittwe heirathen, die aus vorübergehender Ehe Kinder hat, so erhalten diese durch solche Heirath an sich selbst keine Schutzfreiheit. 14) Ohne höchste landesf. Concession darf eines Juden Knecht, Magd und Hausgenosse jüdischer Nation nicht heirathen, noch außer dem Hause des Brodherrn wohnen, 7) bei Strafe der Hinwegschaffung aus der Stadt. 15) Ohne Special-Concession darf kein Jude mehr als einen unverheiratheten Bedienten männlichen Geschlechts halten, bei 10 Thlr. Strafe. 8) 16) Ein jüdischer Bediente, Informator, Vorsinger, Schlächter oder eine Magd darf, bei 20 Thlr. Strafe, für sich und unter dem Prätexte, daß solches für ihre Herrschaft geschehe, nicht handeln. 9)

1) Die Ueberschreitung der Gewerbebefugniß wird, ohne Rücksicht auf die Religion, nach dem Gewerbesteuer-Gesetze v. 4. April 1837 bestraft.

2) S. Juden, welche zwischen den Messen nach Braunschweig kommen.

3) Schutzbriefe werden nicht mehr erteilt.

4) S. Juden, welche auf die Braunschweigischen Messen kommen.

5) Auch in den übrigen Städten, so wie auf dem Lande bedürfen die Juden zum Ankauf von Grundstücken der landesf. Erlaubniß. (cf. Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 2. Octbr. 1832. Wege III. p. 206.) Hierbei pflegen ihnen ausdrücklich die Bedingungen gemacht zu werden, daß sie die Beiträge zu den Communal- und Parochial-Lasten gleich den Christen übernehmen, daß bei Häusern der jedesmalige künftige Besitzer desselben sich darüber auszuweisen habe, daß er ein rechtlich ernährendes Gewerbe erlernt habe und gegen seinen bisher geführten Lebenswandel nichts Erhebliches zu erinnern sei, und daß das Haus ohne zuvor erwirkte höchste Genehmigung nicht an Seitenverwandte oder sonstige Glaubensgenossen verkauft, verschenkt oder freiwillig übertragen werden dürfe.

6) cf. Verordn. v. 21. März 1825, die Wiedereinführung der Trauscheine betr., und die Verordn. v. 8. Novbr. 1830, die vor Eingehung der Ehen beizubringenden obrigkeitlichen Bescheinigungen betr.

7) Dasselbe Verbot enthielt schon das landesf. Rescr. v. 19. Febr. 1760; cf. die in der vorhergehenden Note angeführten neuern Verordnungen. — S. auch: Eizen auf eigene Hand.

8) Dieses Verbot findet keine Anwendung mehr.

9) Der unbefugte Handelsbetrieb wird allgemein nach dem Gewerbesteuer-Gesetze v. 4. April 1837 bestraft.

17) Betteljuden, jung und alt, müssen bei schwerer Strafe die hiesige Stadt und deren Gränzen vor den Thoren meiden. *) 18) Kein Jude mag in die Stadt gelassen, noch demselben ein Logir-Zettel gegeben werden, welcher nicht richtige Kundschaft von seiner Schuß-Drigkeit, mit Benennung seiner Handthierung, produciren kann. **) 19) Wer einen Juden ohne eine Logir-Concession oder einen sogenannten Nacht-Zettel, auch die Messjuden länger als den Montag nach ausgeläuteter, und eher als den Donnerstag vor eingeläuteter Messe beherbergt, ***) wird dem Befinden nach mit 5 bis 20 Thlr. bestraft, und muß dafür haften, wenn er im Geringsten merkt, und nicht anzeigt, daß der Jude außer der Messe Handlung und Verkehr treibt. 20) Es soll kein fremder Jude in den Messen ohne Erlaubniß des Hausherrn bei ganz früher Morgens- oder später Abendszeit sich in einem Hause finden lassen, in welchem besagter Jude sein Logie nicht hat, bei Strafe der Wegschaffung aus der Stadt. 21) Wenn ein Schuß-Jude einem Christen Geld auf Pfand geliehen hat, und er ohne Verkaufung desselben nicht zu Wiedererhaltung des Pfandgeldes nebst erlaubten Zinsen gelangen kann, so soll dennoch das Pfand nicht anders, als mittelst obrigkeitlicher Verfügung bei Verlust der Forderung verkauft werden. Es soll auch kein pactum und keine renunciatio hiergegen gelten, und wenn der Jude dennoch das Pfand distrahirt, und ohne obrigkeitliche Verfügung verkauft hat, so soll er den doppelten Werth halb an den Verfeher und halb an die Polizei-Casse sogleich bezahlen. †) 22) Außer den Messen ist, nach Anleitung des §. 8, fremden und allhier unvergeleiteten Juden kein Aufenthalt zu gestatten. ††) 23) Die in hiesigen Landen unter landesf. Schuß stehenden, aber hier in der Stadt nicht wohnenden Juden dürfen ohne einen Logir-Zettel keinesweges, und noch weniger deren Bedienten sich hier aufhalten, bei 5 Thlr. Strafe für jeden Tag und jede Nacht. 24) Welcher Jude sich einen falschen Namen und Stand beilegt, wird im Betretungsfalle mit 50 Thlr. bestraft und darauf weggeschafft. 25) Die durchreisenden Juden müssen sich, wenn sie nicht gleich mit der Post oder gewechselten Pferden weiter reisen können, sofort bei dem Raths-Deputirten melden, einen Logir-Zettel extrahiren, die bestimmte Zeit der Abreise genau in Acht nehmen, und während ihres Hierseins einige Handlung und Gewerbe nicht treiben, bei der im §. 8 enthaltenen Strafe. Landesf. Reglement, die Juden in Braunschweig betreffend, v. 30. Juli 1762, welches in der Synagoge affigirt werden soll.

Auf Ansuchen der Deputirten der auswärtigen die hiesige Messe frequentirenden Judenschaft, daß obiges Juden-Reglement in einigen Artikeln modificirt werden möchte, ist zur Resolution ertheilt, daß, so wie überhaupt sothanes Reglement vornehmlich auf die Juden außer den Messen geht, 1) das Erkenntniß über die im Art. 18 desselben bemerkte Einlassung der auswärtigen Messjuden in die Stadt nach wie vor dem Pachthaus-Departement verbleibt, welches alle dabei entstehenden Zweifel erörtern und die nach vorheriger summarischer Cognition sich etwa findende Unrichtigkeit der Pässe u. dem hiesigen Magistrate zu weiterer Untersuchung anzeigen soll; 2) ist der 19. Art. des Reglements dahin abgeändert, daß dem auswärtigen Juden verstattet sein soll, den Donnerstag vor der Handlungswoche zur Messe anher zu kommen, und soll es dieserhalb lediglich bei der bisherigen Observanz gelassen werden, und da 3) die Absicht der Verordnung im Art. 20 des Reglements nur dahin geht, daß kein Jude sich außer seinem Logie in einem andern Hause finden lassen soll, worin er weder bei dem Hausherrn noch dessen Inquilinen Verrichtungen hat, so wird im Falle einiger Geschäfte auch des Morgens und Abends der Zutritt billig gestattet; es ist aber sogleich bei dem Eintritte in das Haus dem Hausherrn oder dessen Domestiken der-

*) S. Betteljuden.

**) S. Juden, welche zwischen den Messen nach Braunschweig kommen.

***) S. Juden, welche auf die Braunschweigischen Messen kommen.

†) S. Unterpfänder.

††) Wegen dieser und der folgenden Bestimmungen s. Juden, welche zwischen den Messen nach Braunschweig kommen.

jenige, welchen der Jude zu sprechen verlangt, namhaft zu machen, und wenn ihm sodann der Zugang auf eine unbillige Art verwehrt wird, solches bei der Obrigkeit zu melden, wohingegen allen Juden der Eingang in fremde Häuser, in welchen sie keine Geschäfte haben, oder wohin sie nicht gerufen werden, bei Strafe der Arretirung und Hinwegschaffung aus der Stadt verboten wird. *) Landesf. Resolution v. 23. August 1762.

Der Judenthume in Braunschweig ist die Concession erteilt, ein Haus behuf ihrer Synagoge anzukaufen und eigenthümlich besitzen zu dürfen. Landesfürstl. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 19. April 1779.

Jüdinnen, Eidesleistung derselben.

Die Beeidigung der Jüdinnen muß in dem Theile der Synagoge, wo sie dem Gottesdienste beiwohnen, vorgenommen werden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 5. März 1764.

Auf eine Anfrage des Magistrats zu Wolfenbüttel, wie es mit der Abnahme der von den Jüdinnen abzuleistenden Eide gehalten werden solle, ist unter Mittheilung eines von dem Magistrate zu Braunschweig geforderten Berichts rescribirt worden, daß es nach dem Inhalte dieses Berichts in vorkommenden Fällen eben so wie in Braunschweig zu halten sei. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Wolfenbüttel v. 10. Febr. 1799.

Dieser Bericht des Magistrats zu Braunschweig v. 1. Febr. 1799 ist folgenden Inhalts: Die dem höchsten Circular-Rescripte v. 19. Febr. 1788 beigefügte Vorschrift, wie es mit den Eidesleistungen der Juden zu halten, **) erwähnt zwar auch auf gewisse Fälle ausdrücklich der von jüdischen Weibspersonen überhaupt und der von den Judenweibern insbesondere zu leistenden Eide, aber nicht, wie es mit der Abnahme der Eide der Jüdinnen gehalten werden solle. Es ist daher von dem Magistrate der Grundsatz befolgt, daß es damit eben so, wie in Betreff der Abnahme der von den Juden zu leistenden Eide verordnet worden, zu halten sei, insofern nicht ältere Gesetze oder die jüdischen Gebräuche Abweichungen davon nothwendig machen. Beides ist nun der Fall. Denn den verheiratheten Jüdinnen ist der Zutritt zu demjenigen Theile der Synagoge, woselbst die Juden ihren Gottesdienst verrichten, der jüdischen Religionsverfassung zufolge, versagt, ihnen jedoch ein abgesonderter, höher liegender Theil der Synagoge, die Gallerie genannt, zur Beiwohnung des Gottesdienstes angewiesen, und den unverheiratheten Jüdinnen ist auch dieser Theil der Synagoge nicht einmal zu jeder Zeit offen; sie sind von dem öffentlichen Gottesdienste an hohen Festtagen gänzlich ausgeschlossen. In Folge dessen werden den unverheiratheten Jüdinnen alle Eide ohne Unterschied zu Rathhause abgenommen, den verheiratheten Jüdinnen aber nur, gleich den Juden, die zu leistenden Zeugeneide, alle übrigen Eide hingegen in der Synagoge, und zwar in demjenigen Theile derselben, der ihnen, um dem Gottesdienste beizuwohnen, angewiesen ist. Zwar ist in dem höchsten Rescripte v. 5. März 1764 im Allgemeinen verordnet, daß die Beeidigung der Jüdinnen in demjenigen Theile der Synagoge, wo sie dem Gottesdienste beiwohnen, vorgenommen werden solle, mithin weder bei den von den verheiratheten Jüdinnen zu leistenden Zeugeneiden, noch bei den von den unverheiratheten Jüdinnen überhaupt abzustattenden Eiden eine Ausnahme statuiert; allein diese letztere Ausnahme ergibt sich von selbst aus der gottesdienstlichen Verfassung bei den Juden, deren Aenderung die Absicht

*) Dieselbe Bestimmung ist in der Verordn. v. 7. Febr. 1763, die auf die Braunschw. Messen kommenden auswärtigen Juden betr., wiederholt.

**) In dem landesf. Rescripte an den Magistrat zu Braunschweig v. 22. Januar 1754 wurde gesagt, daß der im Jahre 1753 vorgeschriebene Judeid nur auf Mannspersonen gehe, mithin, wenn Judenweibern Eide abzunehmen wären, solches nach der in der Hofgerichts-Ordnung vorgeschriebenen Form geschehen könne.

des höchsten Gesetzgebers unstreitig nicht gewesen ist; und die erstere, die von den verheiratheten Töbinnen an der gewöhnlichen Gerichtsstelle zu leistenden Zeugenelde betreffende Ausnahme, ist analogisch durch die dem erwähnten Circular-Rescripte beigefügte Vorschrift, nach welcher nachgelassen ist, die Beeidigung der Juden als Zeugen an gewöhnlicher Gerichtsstätte vorzunehmen, begründet. Was die übrigen bei solchen Eiden beobachteten Feierlichkeiten betrifft, so sind 1) bei solchen Eiden der Judenweiber sowohl als der Mädchen die beiden jüdischen Zeugen und der Vorsänger, welcher letztere die Warnung vor dem Meineide vorliest, mit zugegen; 2) bei den Eiden der Judenweiber in der Synagoge wird der Gesetzschrank geöffnet, die Frau schwört mit dagegen gerichtetem Gesichte und legt die rechte Hand an die Stelle, wo die zehn Gebote stehen, denn es ist keiner jüdischen Frau erlaubt, die Thora anzurühren; 3) die Eide der Judenweiber und Mädchen, welche im Gerichte abgenommen werden, werden von ihnen, mit gegen Morgen gekehrtem Gesichte abgeleistet und legen sie bei der Ableistung die rechte Hand auf das Blatt einer geöffneten hebräischen Bibel, auf welchem die zehn Gebote gedruckt befindlich sind, der Vorsänger zeigt ihnen zugleich auch die Tephillim, welche sie ebenfalls in die Hände nehmen dürfen, vor.

§. Judeide.

Juramentum.

§. Eid.

Juramentum aestimationis.

Wenn ein Ding, um welches gestritten wird, nicht mehr in esse oder vorhanden ist, so erfolgt das juramentum aestimationis. Wenn jemand schwört, daß die geklagte Sache so hoch ausgetragen, wie sie in der Klage specificirt worden, so wird dies juramentum veritatis genannt, zum Unterschiede dessen, welches die Rechtslehrer affectionis nennen, wenn der Kläger lieber so viel und so hoch an Gelde, als in seiner Klage benannt ist, verlieren als die beklagten Stücke entbehren wollte. Hofger. Ordn. Tit. LXI. §. Wann auch *ic.*

Wann, in welchen Fällen und zu welcher Zeit nun obgedachte Eide zu erkennen, kann wegen des vielfältigen Unterschieds der vorkommenden Sachen nicht eigentlich vorgeschrieben und bestimmt werden, sondern wird billig des Richters Discretion anheimgestellt. Ebendas. §. Wann, in welchen *ic.*

Sollte etwa jemand nomine tutoris oder curatoris litigiren, so soll er schwören, daß, wenn er an seines Unmündigen und Verpflegten Stelle und Condition wäre, er des geklagten Dinges so hoch nicht enttrathen wolle, als solches in der Klage ästimirt und vorgeschlagen. Ebendas. §. Sollte etwa *ic.*

Juramentum aestimationis, Formeln desselben.

1) Juramentum aestimat. veritatis.

Ihr sollt geloben und schwören einen Eid zu Gott und auf sein heiliges Evangelium, daß die geklagten Stücke, so hoch sie in eurer Klage specificirt, austragen, getreulich ohne Gefährde. Kanzlei-Ordnung Nro. XXIV.

2) Juram. aestimat. affectionis.

Ihr sollt *ic.*, daß ihr lieber so viel und hoch an Gelde, als in der Klage benannt, verlieren, als der geklagten Stücke entbehren wollt, getreulich ohne Gefährde. Kanzlei-Ordnung Nro. XXV.

3) Jurament. aestimationis der Tutoren und Curatoren.

Ihr sollt *ic.*, daß, wenn ihr an eurer Unmündigen und Verpflegten Stelle und deren Condition wäret, ihr des geklagten Dinges so hoch nicht enttrathen wollt, als solches in der Klage ästimirt und vorgeschlagen, getreulich ohne Gefährde. Kanzlei-Ordnung Nro. XXVI.

Juramentum calumniae.

Wenn der Krieg befestigt ist, und alsdann von beiden Parteien oder von einer der Eid für Gefährde (*juramentum calumniae* genannt) zu schwören begehrt würde, so soll solches alsbald also geschehen: Wenn die Principale selbst persönlich zugegen sind, so sollen sie und dazu ihre Anwälde, ein jeder in seine eigene Seele, wenn aber die Prinzipale oder einer derselben nicht gegenwärtig, alsdann der oder desselben Anwalt in seines Prinzipalen und seine eigene Seele solchen Eid nach gesetzter Form wirklich leisten und schwören. Hofger. Ordnung Tit. XXXVIII. §. Wann nun u.

Es mag auch dieser Eid für Gefährde stillschweigend wohl umgangen und unterlassen werden, und wird der Proceß darum nicht zu nichte. Wenn aber derselbe begehrt würde, so ist ein jeder Theil ihn zu schwören schuldig. Ebendas. §. Es mag nun u.

Weigert sich der Kläger des Eides, so ist er dadurch von seiner Klage gefallen, und soll alsdann der Antworter durch das Urtheil sofort absolvirt und ledig erkannt werden, mit Abtrag der Kosten und des Schadens. Ebendas. §. Weigert sich u.

Wenn aber der Beklagte den Eid weigert, so soll er angesehen werden, als wenn er sich zu der Klage bekannt hätte. Ebendas. §. Wann aber u.

Wenn sich auch aus den Acten oder Protocolen ergeben würde, daß die Parteien gefährliche Auszüge zu suchen oder sonst einander unbillig umzutreiben sich unterstehen würden (als wenn jemand fürstl. Abschiede, eingewilligte Transactionen und Sentenzen, so die Kraft Rechts erreicht, vergeblich impuirt, mehr Sätze, als die Ordnung zuläßt, einzugeben oder der Weitläufigkeit, um die Acten groß zu machen oder den Richter zu verwirren, sich befleißigte, auch was einmal ausgeführt in andern Producten taediose und ohne Noth wiederholen würde), so mögen die Richter der einen oder den beiden Parteien den Eid der Bosheit, *juram. malitiae* genannt, obgleich die Parteien einander deshalb nicht anfordern, aus richterlichem Amte wohl auflegen, und soll auch auf solchen Fall der eine Theil ohne Leistung jenes Eides von seinem Widerparte, imgleichen von dessen Advocaten und Procurator jekterwähntes *juram. malitiae* zu fordern wohl befugt sein, welches selbige auf solches Erfordern, sowohl der Part als dessen Advocat und Procurator, ein jeder in seine eigene Seele zu schwören haben oder in Verleibung dessen der Principal der Sache verlustig sein und in die Expensen auch Strafe temere litigantium verurtheilt, der Advocat und Procurator aber dafür, daß sie in solchen unbefugten Sachen sich gebrauchen lassen, in Strafe nach Ermäßigung condemnirt werden sollen. Ebendas. §. Wann sich auch u.

Da die Advocaten die Gewohnheit einführen wollen, daß sie den *juramentis calumniae specialibus* dasjenige, was ihnen in *meritis causae* zu beweisen obliegt oder zuerkannt worden, inseriren und, wenn solches von dem Gegentheile abgeschworen worden, auch noch zu fernern Beweise dessen, was der Gegentheil der Gestalt eidlich abgeleugnet, zugelassen werden wollen, dieser Mißbrauch der *juramentorum calumniae* aber abgestellt werden soll, so wird den Gerichten befohlen, daß sie dergleichen sogenannte *juramenta calumniae specialia* nicht admittiren, sondern es bei der Verordnung der gemeinen Rechte, welche die Eide für Gefährde nicht zum Beweise der Sache, sondern nur die Malice und Temerität der Litigirenden zu coerciren geordnet, lassen sollen. Wenn aber von den Parteien ein *juramentum calumniae*, worin einige *merita causae* mit berührt, abgestattet worden, soll solches pro judiciali gehalten, und der deferens zu keinem fernern Beweise desjenigen, was der Gegentheil eidlich verneint, zugelassen werden. Landesf. Verordn. v. 14. Januar 1724.

S. auch: Urkunden, Edition derselben — Eid vor dem Untergerichte zu Braunschweig §. 3.

Juramentum calumniae, Formeln desselben.

1) Der Eid für Gefährde.

Der Kläger oder Appellant oder die Anwälde derselben sollen nachfolgenden Eid schwören:

Ihr werdet schwören einen Eid zu Gott und auf das heilige Evangelium in eurer Parteien und eure eigene Seele, daß ihr glaubt und nicht anders wißt, eine gute Sache zu haben, auch wollet keinen unnöthigen und gefährlichen Schub, Auszug oder Beibringung der Sachen suchen oder begehren, und so oft ihr im Reu. : gefragt werdet, die Wahrheit nicht verhalten, sondern dieselbe ehrbarlich und aufrichtig anzeigen und aussagen, auch der Sachen halber keinem andern als demjenigen, so das Recht zuläßt, auf daß ihr das Urtheil erhalten möget, ichts geben oder verheissen, alles getreulich und ungefährlich.

Der Antworter oder Appellat und die Anwälde derselben sollen in nachfolgender Form schwören:

Ihr sollt schwören einen Eid ic. in eurer Parteien und eure eigene Seele, daß ihr glaubt und nicht anders wißt, eine gute Sache zu haben, auch gegen den Kläger oder Appellanten zu beschirmen, auch wollt keinen unnöthdürftigen gefährlichen Schub, Auszug oder Beibringung der Sachen suchen oder begehren, und so oft ihr im Rechte gefragt werdet, die Wahrheit nicht verhalten, sondern ehrbarlich und aufrichtig dieselbe anzeigen und aussagen, auch der Sachen halber keinem andern als demjenigen, so das Recht zuläßt, auf daß ihr das Urtheil erhalten möget, ichts geben oder verheissen, getreulich und ohne Gefährde. Hofger. Ordn. Tit. XXXIX. Canzl. Ordn. Nro. XI und XII.

2) Der Eid, Bosheit zu vermeiden, juramentum malitiae genannt.

Wenn der Principal selbst zugegen ist, so soll er in nachgesetzter Form schwören:

Ihr werdet schwören ic., sofern ihr das in euer Gewissen thun möget, daß ihr dasjenige, das ihr vorbringt, nicht aus Gefährde oder böser Meinung, noch zur Verlängerung der Sache, sondern allein zur Nothdurft thut.

Wenn der Principal nicht selbst zugegen, so soll sein Anwalt nachfolgenden Eid schwören:

Ihr werdet in eurer Parteien und eure eigene Seele schwören einen Eid ic., sofern ihr das in euer Gewissen thun möget, daß ihr dasjenige, das ihr vorbringt und begehrt, nicht aus Gefährde oder böser Meinung, noch zur Verlängerung der Sachen, sondern allein zur Nothdurft thut, und ihr das also zu thun von eurer Partei Unterrichtung und Gewalt erhalten habt. Hofger. Ordnung Tit. XL. Canzlei-Ordnung Nro. XIII.

Juramentum credulitatis.

Wenn von den ersten Contrahenten, Paciscenten oder von welchen sonst die Sache anfänglich principaliter angegangen, keiner mehr am Leben oder vorhanden, sondern die Sache auf die Erben oder andere gekommen, so ist es genug, daß dieselben schwören, daß sie es gänzlich glauben und es also dafür halten, welches jurament. credulitatis genannt wird. Hofger. Ordn. Tit. LXI. §. Würde es auch ic.

S. auch: Eid; Berordn. v. 17. Mai 1757. Nro. 7. — Eid vor dem Untergerichte zu Braunschweig.

Juramentum dandorum et respondendorum.

Obwohl in der Canzlei- und in der Hofgerichts-Ordnung zur Behauptung der quaestionum facti in Processen die positiones auf gewisse Maße zugelassen und die Formeln der jurament. dandorum et respondendorum vorgeschrieben worden, so sind selbige doch nicht geringem, in vorgedachten Ordnungen zum Theil bereits bemerktem Mißbrauche unterworfen, vornehmlich da öfters beide streitende Theile zu Ableistung der Eide ohne Ueberlegung sich erbieten, und dieses mit unvermeidlicher Gefahr eines Meineides verknüpft ist, weshalb die juramenta dandorum et respondendorum ganz abgeschafft sein, und sowohl die höhern Justiz-Collegien, als alle andere Obrigkeiten in hiesigen Landen die positiones

und juramenta dandorum et respondendorum, es sei in was für Sachen es wolle, überall nicht zulassen, noch die Parteien zu deren Uebergebung und Ableistung anhalten sollen. Landesf. Verordn. v. 2. April 1744.

Juramentum malitiae.

§. Juramentum calumniae.

Juramentum paupertatis.

§. Armen-Recht.

Juramentum perhorrescentiae.

§. Perhorresciren.

Juramentum purgatorium.

§. Juramentum suppletorium — Eid — Polizeisachen in Braunschweig §. 10.

Juramentum purgatorium, Formel desselben.

Ihr sollt geloben und schwören einen Eid zu Gott und auf sein heiliges Evangelium, daß ihr an der beschuldigten That (so specific benannt werden muß) unschuldig seid; oder daß ihr von der Sache, deren ihr beschuldigt, nämlich (das und das, so nach der Länge erzählt werden muß) nichts wißt, selber nicht gethan, auch andern keinen Rath oder Beistand dazu gegeben habt; oder daß ihr dem klagenden Theile (das und das, enumeretur) nicht zugesagt, versprochen, verheißen habt, so wahr euch Gott helfe und sein heiliges Wort. Canzl. Drbn. in fine.

Juramentum respondendorum.

§. Juramentum dandorum et respondendorum.

Juramentum suppletorium.

Wenn jemand sein Vorbringen zwar zum Theil (semiplene) und also nicht genugsam erwiesen hätte, auf den Fall wird der Eid in supplementum, das ist zur Erfüllung der vollkommenen Beweifung von den Parteien abgestattet. Hofger. Drbn. Tit. LXI. §. Wann nun ic.

Ob aber und wie, auch welcher Partei solcher Eid aufzulegen sei, das steht zu der Richter Ermäßigung und Bescheidenheit, und sollen dieselben die Sachen mit allen ihren Umständen, Anzeigen und Vermuthungen mit besonderm Fleiße erwägen und ermessen, in welchem Ansehen, Ehre und Tapferkeit eine jede Partei sei, welche auch am Besten der Sachen Wissenschaft habe und was ein jeder Theil vor dem andern erwiesen, auch verhalten eine bessere Vermuthung für sich habe; alsdann mag demselben aus erst erzählten, auch andern dergleichen Bewegnissen nach des Gerichts Erkenntniß solcher Eid in eigener Person oder, da sonst erhebliche Verhinderungen derselben Partei, welcher der Eid wäre zuerkannt worden, vorfielen oder durch Schwachheit oder in andere Wege solches nicht geschehen könnte, seinem dazu genugsam und in specie bevollmächtigten Anwalde abzustatten wohl auferlegt werden. Ebendas. §. Ob aber ic.

§. auch: Eid — Polizeisachen in Braunschweig Nro. 10. — Eheverlöbniße; Verordnung v. 19. Novbr. 1725. §. 1.

Jura realia, Uebertragung derselben in den Städten.

§. Contracte über Immobilien in den Städten.

Jura stolae.

S. Stolzgebühren.

Jurisdiction.

S. Gerichtsbarkeit — Gericht und Jurisdiction.

Jurisdiction des Magistrats zu Braunschweig.

Nach der veränderten Gerichtsverfassung steht dem Magistrate keine Jurisdiction *) mehr zu; derselbe hat allein die städtischen Gemeinde-Angelegenheiten zu verwalten. (cf. Allgem. Städte-Ordnung v. 4. Juni 1834. §. 98.)

Jurisdiction über die Militairpersonen.

S. Soldaten, Gerichtsstand derselben.

Ius patronatus.

S. Patronat-Pfarren.

Ius protimiseos.

S. Retract.

Ius reluendi.

S. Subhastation.

Ius retentionis.

S. Arrest; insbesondere Unterger. Ordn. v. 2. Febr. 1764. §. 8.

Ius retorsionis gegen Fremde

im Concurse f. Concurß — bei Zinszahlungen f. Zinsen.

Ius retractus bei nothwendigen Subhastationen.

S. Subhastation.

Ius sistendi pinguorem emtorem.

S. Subhastation.

Justi-

*) In Braunschweig wurde die Jurisdiction nicht allein vom Magistrate, sondern auch von dem Untergerichte und dem geistlichen Gerichte ausgeübt. Gegen die Erkenntnisse des Magistrats in Civilsachen konnte nur dann an die höhern Justiz-Collegien appellirt werden, wenn der Streitgegenstand mehr als hundert Thaler betrug. In Criminalsachen schickte der Magistrat die Acten nicht an die Justiz-Canzlei ein, sondern fällte in allen Fällen das Erkenntniß selbst und überreichte nur dann, wenn in Capitalverbrechen und Tortsachen auf Leibes- oder Lebensstrafe erkannt war, die Acten dem Landesfürsten, damit dieser das Begnadigungsrecht ausüben könne; die Appellation in Criminalsachen ging an ein auswärtiges Spruchcollegium. (S. den Vertrag zu Riddagshausen pto praesidii et subjectionis v. 24. Septbr. 1675.) Von dem Untergerichte wurde an den Magistrat appellirt.

Um die Jurisdictionen-Streitigkeiten zwischen dem Magistrate zu Braunschweig und den Militair-Beehörden zu beseitigen, sind insbesondere unterm 18. August 1698, 6. Februar 1723, 17. Januar 1724, 26. Juli 1724, 22. Octbr. 1732 und 22. Februar 1753 landesfürstl. Verordnungen ergangen; es wurde dadurch für manche Fälle ein iudicium mixtum angeordnet.

Justitiarien und Actuaren bei den adlichen Gerichten.

Die wegen der Besetzung der Justitiariate ergangenen ältern Verordnungen *) sind durch die Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit (s. Gerichtsbarkeit) außer Anwendung gekommen.

Justiz.

Der Herzog Heinrich Julius hat sich bei Einführung des Hofgerichts am 20. Apr. 1589 mit gutem Vorbedachte in offener Audienz dahin erklärt, über die Hofgerichts-Ordnung zu halten und der heilsamen Justiz ihren straffen Lauf zu lassen, dabei man es denn billig beruhen läßt. Landtags-Abschied v. 3. Juni 1597. Art. 36.

Wegen der geklagten Rechtsverweigerung und Verzögerung ist verabschiedet, daß hinfüro niemandem in befugten und richtigen Sachen, so wenig in den fürstlichen, als auch den andern Gerichten, die rechtliche Hülfe aufgezo-gen oder versagt, sondern sowohl an dem einen als dem andern Orte dieselbe ohne einiges Ansehn der Person oder andere Affection jedermanniglich in causis liquidis auf vorgegangene gründliche Verhöre und Erkundigung unparteiisch und unverlängt mitgetheilt werden soll. Ebend. Art. 48.

Damit die liebe Justiz schleunig befördert werde, so sollen die Gerichte jedes Orts mit gelehrten und der Rechte wohlverfahrenen Personen besetzt, die Sachen durch die Referenten unnachlässig befördert, die unnöthigen und ausflüchtigen Dilationen, wie auch unnöthige Handlungen nicht verstattet, imgleichen in klaren, richtigen und undisputirlichen Schuldsachen klagendem Theile unaufhältlich verholten, und darüber und vor geschעהner Bezahlung keine Supplicationen, Appellationen, Inhibitionen, noch auch andere Exceptionen, es wäre denn, daß Beklagter solutionem in continenti beweisen könnte, oder liquidationem prä-tendirte, attendirt, **) die Relationen in richtigen Sachen, sonderlich da definitiv zu erkennen, durch die Rätthe treulich verrichtet, und also unparteiische Justiz männiglich administriert, die Extrajudicial-Decrete nicht attendirt, auch an den Magistrat jedes Orts so schleunig keine Inhibitionen in Extrajudicial-Sachen erkannt, sondern zuvörderst um Bericht geschrieben werden. Wolfenb. Landtags-Abschied v. 27. Januar 1619. Art. 6.

Einem Jeden soll nach Gestalt der Sachen ohne einigen Aufzug und Verlängerung schleunig und unparteiisch Recht wiederfahren, auch darüber steif und fest gehalten, die Sachen an ihrem Orte gelassen und was gesprochen ist und rei judicatae auctoritatem erlangt hat, unaufhältlich erequirt und vollstreckt werden. Landesf. Edict v. 23. März 1624. **)

*) Die Verordnungen v. 23. Decbr. 1755 und 25. Mai 1778, beide gleichlautend, bestimmten, daß, wenn die anzustellenden Justitiarien und Actuaren nicht schon durch eine Rechtsgelehrsamkeit erfordernde Bedienung, oder durch die erhaltene Doctor-Würbe, oder durch die von den Obergerichten geschעה Reception unter die Zahl der Advocaten einen Beweis oder die gegründete Präsumtion ihrer Geschicklichkeit für sich hätten, sie solche durch ein Examen bei fürstl. Justiz-Ganzlei darthun sollten. Wenn ein Justitiarius oder Actuarius abgehe oder ein neuer bestellt werde, so solle solches den Obergerichten gemeldet, auch durch die Braunschw. Anzeigen bekannt gemacht und zugleich fürstl. Justiz-Ganzlei berichtet werden, ob der Justitiarius oder Actuarius, nachdem er vorher bei der Ganzlei den Erbhuldigungseid geleistet, zur Justiz und zum Protocolle verpflichtet sei. Durch das Landesf. Refer. an fürstl. Justiz-Ganzlei vom 28. Decbr. 1775 wurde vorgeschrieben, daß künftig niemand, der nicht zuvor von der Justiz-Ganzlei examinirt und tüchtig befunden worden, als Justitiar angestellt werden solle. Fürstl. Justiz-Ganzlei solle mit ihm ein rigouröses Examen anstellen und dabei seinen moralischen Charakter und geführten Lebenswandel erforschen, auch darauf Rücksicht nehmen, ob er einige Kenntniß von der Landwirthschaft und der Landpolizei habe, und von diesem Allen auf Eid und Pflicht höchsten Orts berichten.

**) S. auch: Briefe und Siegel, Klare — Execution — Fristen.

***) In den Eingangsworten des Edicts, welches ergangen ist, um den durch die langjährigen Kriegsunruhen gestörten Rechtsgang wieder herzustellen, sagt der Gesetzgeber (Herzog Friedrich Ulrich), daß er sich vom Anfange seiner Erster Theil.

Der Justiz soll ihr richtiger, freier und ungesperrter Lauf gelassen und in dieselbe nicht im Geringsten durch andere Expedition oder Extrajudicial-Befehle oder Rescripte eingegriffen werden, und was dem zuwider ausgehen oder erlangt werden würde, das soll kraftlos und nichtig sein und dafür gehalten, auch keinesweges von den Gerichten attendirt werden. Canzlei-Ordn. Art. 2. *)

Allen Beamten und Unterthanen wird befohlen, daß ein Jeder, der zur Execution erlangter Urtheile zu verhelfen angegangen wird, diesem ohne Verzögerung nachkomme, nach Inhalt der Executorialen ohne Weigerung und Verzug verfare und sich davon durch überall nichts, es sei Liebe, Gunst, Freundschaft oder sonstige Affecte, wie sie genannt werden mögen, abhalten noch irren lassen solle, wenn gleich Extrajudicial-Rescripte sub- et obreptitie dagegen ausgebracht würden (wider dergleichen unbefugte Impetranten sich der Landesfürst den Umständen nach willkührliche Bestrafung vorbehalten will), alles bei Vermeidung der landesf. Ungnade und andern nachdrücklichen Einsehens. Hofger. Ordn. Tit. LXXV. §. Befehlen auch ic. **)

Der Landesfürst hat sich gegen die Landschaft vernehmen lassen, daß ihm nichts Höheres am Herzen liege, als daß in den Landen die Justiz jedermannlich ohne alle Parteilichkeit schleunigst und ohne sonderliche Kosten administriert werde, er auch insonderheit vor übermäßigen Sporteln und andern dergleichen Exactionen eine rechte Aversion habe und darauf bedacht und im Begriff sei, alle bei dem Justizwesen eingeschlichenen Unordnungen, Excesse und Gebrechen ernstlich und nach äußerster Möglichkeit zu emendiren und also überall der Justiz ihren straffen Lauf zu gönnen, und dasjenige, was in den judiciis

Regierung nichts mehr habe angelegen sein lassen, denn die liebe Justiz, als das Fundament, die Grundfeste und Speise, der Unterhalt und die Seele einer wohlbestellten Regierung, mit höchstem Fleiße zu befördern und einem Jeden schleunig und unparteilich Recht mitzutheilen. Durch das Ebdict selbst wird erklärt, daß die fürstl. Rathsstube, das Hofgericht und das geistliche Consistorium nicht allein mit qualificirten Personen besetzt, sondern denselben ernstlich befohlen sei, nach befundenen Sachen ohne einiges Ansehen der Person, sie sei auch, welche sie wolle, reich oder arm, die Billigkeit zu beschaffen, und da es bisher bei der fürstl. Rathsstube, inmaßen bei dem fürstl. Hofgerichte, an Advocaten und Procuratoren gefehlt habe, welche die Sache ihrer Partei befördert hätten, so würden besondere, namentlich benannte Advocaten und Procuratoren bestellt, durch welche alle Processachen von Termin zu Termin sollicitirt oder, wie es sonst die Nothdurft erfordere, fortgesetzt und betrieben werden sollten. Das Ebdict enthält zugleich specielle Vorschriften, wonach diese Advocaten und Procuratoren verfahren sollen.

*) Die Einleitungsworte zu der Canzlei-Ordnung geben einen Beweis, wie hoch der Herzog August eine gute Justizpflege achtete, indem er versichert, daß er seit dem Antritte seiner Regierung mit sorgfältigem, väterlichem, getreuem Fleiße danach getrachtet habe, daß die heilsame geliebte Justiz, als welche nächst dem reinen Worte Gottes die wahre Grundfeste aller guten Regimente und das rechte Band sei, wodurch die menschliche Societät zusammen verknüpft und erhalten werde, schleunig befördert und fortgestellt, auch männiglich unparteiisches, gleich durchgehendes Recht, ohne Ansehen der Person und alle ungeziemende Aufhaltung, mitgetheilt werden möge.

**) In der Vorrede zur Hofger. Ordnung sagt der Herzog August, daß er sich beim Antritte der Regierung fürstlich erklärt habe, über die Hofgerichts-Ordnung und die andern Landes-Constitutionen fleißig und fest zu halten und der Justiz in allen Wegen ihren straffen Lauf zu lassen. Zugleich wird darin den Vice-Hofrichtern und Beisitzern volle Gewalt gegeben, alle Sachen, die bei dem Landesfürsten und dem Hofgerichte, als dahin gehörig, angebracht würden oder dahin erwüchsen, im Namen des Landesfürsten anzunehmen, darin zu verhandeln und zu erkennen, was den Rechten, der Billigkeit, den Verordnungen, den Gewohnheiten, den Acten und der Hofgerichts-Ordnung gemäß sei, eben so wie der Landesfürst selbst solches zu thun Macht habe, und was die Vice-Hofrichter also erkannten, verhandelten und geböten, das solle vollkommen so viel Macht und Kraft haben, weil es im Namen des Landesfürsten geschehe, als wenn es von diesem selbst ausgegangen wäre. Den übrigen Beamten wird ernstlich und bei Vermeidung willkührlicher, auch der in den erlassenen gerichtlichen Mandaten und Processen einverleibten Strafen befohlen, daß sie in allen die Justiz, insbesondere die Vollstreckung der Erkenntnisse betreffenden Sachen dem, was von den Vice-Hofrichtern und Beisitzern erlassen werde, gebührenden Gehorsam und Folge leisten und sich darin durch nichts denn Gottes Gewalt, auch durch keine andere, als vom Hofgerichte ergangene Befehle abhalten, abschrecken, aufhalten und behindern lassen sollten.

erkannt worden, ohne Aufschub und Hinderung zur Execution bringen zu lassen. Landt. Absch. v. 10. Octbr. 1682. Art. 9.

Die Ober- und Beamten sollen die Justiz unverweilich administrieren, und einem Jeden, sowohl Armen als Reichen, unparteiisches Recht wiederfahren lassen, und in Entscheidung und Decision auf die gemeinen Rechte, insonderheit aber auf die fürstl. Landes-Ordnungen, Constitutionen und Landtags-Abschiede sich gründen, zuvörderst aber die Parteien in ihrem An- und Vorbringen satzsam hören und vernehmen, auch sich äußerst bemühen, daß die Differenzen und Streitigkeiten unter ihnen, ehe zu einer Rechtfertigung geschritten wird, in Güte beigelegt, in geringen Sachen keine Schriftwechselungen verstatet, sondern die Nothdurft mündlich vorgetragen, und alle Weitläufigkeiten, Zeitverlust und Kosten nach Möglichkeit verhütet bleiben mögen. Jedoch soll niemand wider Willen zur Güte gebrungen, noch mit List dazu inducirt oder gezwungen werden, sondern der Weg Rechts frei und offen bleiben. Amts-Cammer-Ordnung v. 1. Juli 1688. Art. 3.

In Justizsachen soll ohne höchsten Befehl und andere Nothwendigkeit nicht angefragt, sondern den Pflichten gemäß was Rechts erkannt werden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 9. April 1757.

Die *causae justitiae* sollen sich zu keiner Intercession oder Annehmung *) qualificiren, da Recht oder Unrecht alle Zeit dasselbe bleibt, ob einer allein, oder unter der Theilnehmung mehrerer seine Sache bei dem Gerichte betreibt. Landtags-Abschied v. 9. April 1770. Art. 40.

Der Justiz soll ihr stracker Lauf gelassen, auch über die Sportel-Ordnung nachdrücklich gehalten, der Armuth die Justiz unentgeltlich administriert, jedoch zu Verhütung des daher etwa zu befürchtenden Mißbrauchs niemand leichtlich zu dem *juramento paupertatis* gelassen werden. **) Gesammtter Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770. Art. 13.

S. auch: Collegien, Geschäftsbestimmung für dieselben §. 2. — Beamte — Beamte u., Instruction für dieselben §. 9. — *Querela denegatae vel protractae justitiae* — Verordnungen, landesfürstliche.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 58. — Receß über die Gränz-Regulirung mit dem Königreiche Hannover v. 24. Juni 1824. §. 1. — Rescript fürstl. Geh. Raths-Colleg. v. 5. Juli 1825. (Bege II. p. 205.) — Neue Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §§. 106. 192 sqq. 200 sqq. und 210. — Oberappellations-Gerichts-Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §§. 12. 35 und 37.

Justiz-Beamte.

S. Beamte.

Justiz-Canzlei.

Die fürstl. Justiz-Canzlei ***) ist nach der westphälischen Regierungs-Periode nicht wieder hergestellt.

*) Es ist hier zunächst von einer Intercession von Seiten des engern oder des größern Ausschusses der Landschaft die Rede, indem die Stände gebeten hatten, der Landesfürst möge verfügen, daß der Ausschuß, wenn ein *membrum* einer Curie der Landschaft einen die *jura* und das Interesse des ganzen *corporis* betreffenden Fall anzeige und des Ausschusses Theilnehmung und Intercession begehre, sich dem unterziehen müsse.

**) S. Armen-Recht.

***) Durch die im Jahre 1586 vorgenommene Trennung der fürstl. Rathskube in zwei Sectionen, von welchen der einen ausschließlich die Justiz- und Partei-Sachen überwiesen wurden (s. p. 186. Not. *), entstand das Obergericht, welches nachher die Namen »Canzlei« und dann »Justiz-Canzlei« führte und seinen Sitz in Wolfenbüttel hatte. Der Geschäfts-Umfang der Justiz-Canzlei zur Zeit ihrer Endschaft durch den Eintritt der westphälischen Regierung

war folgender: 1) Sie hatte eine mit dem fürstl. Hofgerichte concurrirende, durch Prävention und Litispensenz sich begründende Gerichtsbarkeit, und zwar in erster Instanz in den Sachen der kanzleifähigen Personen und Realitäten und in der Appellations-Instanz in allen bürgerlichen Sachen, welche vor die Untergerichte gehörten, (Verordn. v. 18. Septbr. 1596. — 25. Febr. 1605. — Landt. Absch. v. 27. Januar 1619. Art. 9. — Kanzlei = Ordnung v. 21. Juni 1651. — Verordn. v. 6. Mai 1757.) und wenigstens 50 Thlr. (Verordn. v. 14. Mai 1770) betrug. Bei den vor den Magistrat zu Braunschweig gehörigen Sachen war die Appellationssumme auf 100 Thlr. (Verordn. v. 21. Septbr. 1675.) und bei den vor den Magistrat zu Helmstädt gehörigen auf 80 Thlr. (Landesf. Rescripte v. 19. Decbr. 1743. — 2. Januar 1744 und 22. Febr. 1745.) bestimmt. — Von der fürstl. Justiz = Kanzlei wurde an die Reichsgerichte appellirt, wenn die Summe 2000 Goldgülden erreichte. (Extendirtes privilegium summae appellabilis des Kaisers Ferdinand III. v. 21. Novbr. 1648.) 2) Ferner gehörten, und zwar mit Ausschluß des Hofgerichts, vor die Justiz = Kanzlei: a) die Lehn- und Territorial = Gränzsachen; (Verordnung v. 30. August 1699. s. Collegien, Geschäftsbestimmung für dieselben.) b) die Criminalsachen; (Verordnung v. 30. August 1699. l. c. Hofger. Ordn. Tit. II.) obwohl die ablichen Gerichte hierin nicht an die Justiz = Kanzlei gebunden waren, sondern die Acten zur Abgabe eines Erkenntnisses auch an eine Juristen = Facultät oder einen Schöppenstuhl verschicken durften; (Debekinds Proceß §. 28. Note.) c) die Official = Untersuchungen wegen Amtsvergehen; (Hofger. Ordn. Tit. II.) d) die Entscheidung in den Sachen, welche den Stand der Landsassen und Unterthanen betrafen; — quaestiones de peregrinitate aut statu civium — (Hofger. Ordnung Tit. II.) e) die mit der Justiz = Kanzlei zu Hannover concurrirende Jurisdiction in den Appellations = Sachen und in den Criminal = Sachen aus den Gegenden des Communion = Harzes. In den Criminal = Sachen wurde wegen des von der einen Kanzlei abgegebenen Erkenntnisses mit der andern communicirt, und wenn keine Vereinigung erreicht werden konnte, so wurden die Acten an eine auswärtige Facultät gesandt. (Ribbentropfs Geschichte der Stadt Braunschweig Th. II. p. 20.) f) die Aufsicht über die Anstellung der ablichen Gerichtshalter und Actuaren; (landesf. Ausschreiben v. 25. Mai 1778 und landesf. Rescript v. 28. Decbr. 1775, s. die Note zu Justitiarien und Actuaren bei den ablichen Gerichten.) g) die Aufsicht über die Criminal = Rechtspflege bei den Untergerichten; (cf. landesf. Rescripte v. 11. Januar und 25. Juni 1788, die Einsendung der Criminal = Tabellen betr.) h) die Prüfung und Anstellung der Notarien (S. Notarien), so wie die Prüfung der übrigen Rechts = Candidaten (landesf. Rescript v. 10. März 1768) und auch wohl deren Beeidigung, obgleich die Verpflichtung der Justizbeamten und Actuaren sowohl ad civilia als ad criminalia nach dem landesf. Rescripte v. 19. Mai 1791 vor fürstl. Cammer vorgenommen werden sollte.

